

17. Wahlperiode

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Bericht 2015 über die Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen des privaten Rechts und an bedeutenden Anstalten des öffentlichen Rechts für das Geschäftsjahr 2014

Der Senat von Berlin
Fin I A - BT 0003 – 1/2015 –
Tel.: 9(0)20-3444

An das

Abgeordnetenhaus von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

V o r l a g e

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin
über Bericht 2015 über die Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen des privaten Rechts und an bedeutenden Anstalten des öffentlichen Rechts für das Geschäftsjahr 2014

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Nach § 65 Abs. 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung (LHO) hat der Senat das Abgeordnetenhaus über die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen in zweckentsprechender Form zu unterrichten. Der Bericht enthält die Wirtschaftsdaten der Kapital- und Personengesellschaften, an denen das Land Berlin beteiligt ist, und der bedeutenden Anstalten des öffentlichen Rechts für das Geschäftsjahr 2014. Alle übrigen Angaben entsprechen dem Stand 30. Juni 2015.

Der Bericht besteht aus zwei Bänden:

- Band 1 u.a. mit ausgewählten Daten aus den Bilanzen sowie den Gewinn- und Verlust-Rechnungen der Unternehmen bzw. Konzerne;
- Band 2 mit den Lageberichten der Gesellschaften, die für das Land Berlin von besonderem Interesse sind, sowie Erklärungen zur Einhaltung des Corporate Governance Kodex und Vergütungsübersichten gemäß dem Zweiten Gesetz zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen des Landes Berlin an privatrechtlichen Unternehmen und in öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin (Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz) vom 19.04.2011.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung, Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und Wirtschaftsunternehmen sowie Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

Keine.

Berlin, den 27.10.2015

Der Senat von Berlin

Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Senator für Finanzen

**Senatsverwaltung
für Finanzen**



**BETEILIGUNGSBERICHT 2015
- Geschäftsjahr 2014 -**

Band 1

BETEILIGUNGSBERICHT 2015

- Geschäftsjahr 2014 -

Band 1 - Unternehmensdaten -

Band 1 - Unternehmensdaten -

Band 2 - Lageberichte -

mit Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex
beiliegend als CD

Senatsverwaltung für Finanzen
- Abteilung I -
Klosterstraße 59
10179 Berlin

<http://www.berlin.de/sen/finanzen>

Berliner Beteiligungsunternehmen auch 2014 mit deutlich positivem Ergebnis

Die Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der wachsenden Stadt und zur Stärkung der regionalen Wirtschaft. Ihre finanzielle Stärke verdeutlichen nicht zuletzt die Jahresabschlusszahlen 2014: Die Landesunternehmen schlossen das vergangene Jahr mit einem erheblichen Überschuss ab und erwirtschafteten ein Plus von 397 Millionen Euro.

Wenn das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr rückläufig war (2013: 455 Millionen Euro), dann ist dies in der Hauptsache einem positiven Einmaleffekt im Vorjahr bei der BVG geschuldet. Insgesamt zeigt sich eine positive Entwicklung trotz deutlich gesteigerter Anforderungen an das Land Berlin. Es gilt nicht nur, der dynamischen Entwicklung der Stadt und den Erwartungen einer ständig wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden. Gleichzeitig gehört Berlin heute zu einem der attraktivsten Ziele des internationalen und nationalen Tourismus – mit jährlich neuen Besucherrekorden.

Von den insgesamt 55 Berliner Beteiligungsunternehmen erzielten 2014 39 Landesbeteiligungen ein positives Jahresergebnis (Vorjahr: 41) und neun Unternehmen ein ausgeglichenes Ergebnis (wie im Vorjahr). Sieben Beteiligungen weisen negative Zahlen aus (2013: fünf), wobei diese in Summe 10 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr sind. Insgesamt war das Land Berlin zum 31.12.2014 an 47 Unternehmen privaten Rechts und acht Anstalten öffentlichen Rechts unmittelbar beteiligt.

Die Investitionstätigkeit liegt mit rund 2 Mrd. Euro im Jahr 2014 weiterhin auf hohem Niveau. Tatsächlich übertreffen die landeseigenen Unternehmen hier sogar das Investitionsvolumen des ganzen Landeshaushalts. Die Kreditverbindlichkeiten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 180 Mio. Euro auf 15,06 Mrd. Euro an.

In den vergangenen Jahren sind die Landesunternehmen deutlich gewachsen, was sich am gestiegenen Anlagevermögen und höheren Umsatzerlösen zeigt. Unternehmenswachstum geht auch mit zunehmenden Kreditverbindlichkeiten einher. Dennoch ließ sich die Finanzierungsstruktur leicht verbessern. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht belegt dies insgesamt eine solide und nachhaltige Entwicklung der Landesunternehmen.

Der vorliegende Bericht macht neben den wirtschaftlichen Kennzahlen auch die Bezüge der Mitglieder der Unternehmensleitungen transparent und schlüsselt die Besetzung der Mandate Berlins in den Aufsichtsgremien sowie die Besetzung der Geschäftsleitungspositionen geschlechterbezogen auf. Es freut mich besonders, dass heute in den Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin so viele Frauen wie noch nie zuvor Aufsichtsratsmandate (45 Prozent) wahrnehmen oder Geschäftsleitungspositionen (37 Prozent) ausüben.



A handwritten signature in blue ink that reads "Matthias Kollatz-Ahnen". The signature is written in a cursive, flowing style.

Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Senator für Finanzen

Inhaltsverzeichnis Band 1
- Unternehmensdaten -

	Seite
1. Erläuterungen	9
2. Schaubild: Unmittelbare Beteiligungen und ausgewählte Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin	12
3. Unternehmensdaten Übersicht 2014, Vermögensnachweis nach § 73 LHO	
3.1. Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin - Gesamtübersicht 2014.....	13
3.2. Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von 2010 bis 2014 für alle Landesbeteiligungen in diesem Zeitraum.....	14
3.3. Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von 2010 bis 2014 für das im Jahr 2014 aktuelle Portfolio.....	15
3.4. Grafische Darstellung der Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von 2010 bis 2014 für das im Jahr 2014 aktuelle Portfolio.....	16
3.5. Vermögensnachweis nach § 73 LHO für die Vermögensgruppe Beteiligungen - Jahr 2014 -	17
4. Mitglieder der Unternehmensorgane	
4.1. Geschlechterbezogene Verteilung der vom Land Berlin zu besetzenden Mandate in Aufsichtsgremien für alle Landesbeteiligungen	18
4.2. Geschlechterbezogene Verteilung der Besetzungen in Geschäftsführungen und Vorständen bei den Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin	20
4.3. Alphabetische Zusammenstellung aller Mitglieder in Aufsichtsgremien per 30.06.2015.....	21
5. Einzeldarstellungen	
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	31
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	35
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	38
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH.....	41
Berlin Tourismus & Kongress GmbH.....	44
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	48
Berliner Energieagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....	52
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	55
Berliner Stadtgüter GmbH	58
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts.....	62
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts.....	66
BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts	70
Berliner Werkstätten für Behinderte Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB).....	74
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	77
Berlinwasser Holding GmbH.....	81
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH.....	85
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH.....	89
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG.....	93
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	95
degewo Aktiengesellschaft	98
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....	102

Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	106
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	110
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH.....	113
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung.....	117
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH.....	120
GESOBAU AG	123
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin.....	127
Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung	131
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	135
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung	138
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung.....	142
INPRO Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH	146
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	149
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts.....	153
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	157
Kulturprojekte Berlin GmbH	161
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH	165
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	169
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG.....	172
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	174
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	177
Messe Berlin GmbH	180
Musicboard Berlin GmbH.....	184
Olympiastadion Berlin GmbH	185
Rundfunk-Orchester und -Chöre (gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin.....	188
SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH.....	192
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	196
Tempelhof Projekt GmbH	200
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	203
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	207
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung.....	211
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	215
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTS-STANDORT BERLIN-ADLERSHOF	219
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft.....	223
6. Anhang	
6.1. Geringfügige Beteiligungen.....	227
6.2. Gesellschaften in Liquidation	227
6.3. Veränderungen am Portfolio in den Jahren 2014/2015	227
6.4. Internetadressen der Unternehmen für die Daten des Beteiligungsberichts, Band 2	228
7. Index: Verzeichnis der unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen.....	231

1. Erläuterungen

- in der Reihenfolge der Einzeldarstellungen der Unternehmensdaten -

Berichtszeitraum und Stichtage

Berichtszeitraum ist das Geschäftsjahr 2014. Die Wirtschaftsdaten haben den Stand Jahresabschluss 2014. Die in den Lageberichten in Band 2 abgedruckten Ausblicke wurden im Frühjahr 2015 erstellt und können im Einzelfall durch andere Entwicklungen überholt sein. Stichtag für die allgemeinen Unternehmensangaben, u.a. Mitglieder der Aufsichtsgremien, Geschäftsleitungen, Tochtergesellschaften, ist der 30.06.2015.

Nominalkapital

Der Begriff wird einheitlich verwandt für Grundkapital, Stammkapital, gezeichnetes Kapital oder Kommanditeinlagen bezogen auf 100 % der Geschäftsanteile.

Geschäftsleitungen

Die per 30.06.2015 amtierenden Geschäftsführungen und Vorstände sind in alphabetischer Reihenfolge dargestellt. Ausgeschiedene Geschäftsleitungen, die in 2014 Vergütungen erhalten haben, werden mit entsprechender Kennzeichnung aufgeführt und sind untereinander alphabetisch geordnet.

Mit dem 2011 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen des Landes Berlin an privatrechtlichen Unternehmen und in öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin (*Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz*) wurden die Landeshaushaltsordnung und das Berliner Betriebsgesetz dahingehend geändert, dass die den Mitgliedern der Unternehmensorgane (der privatrechtlichen Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts) für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge – jeweils aufgegliedert in feste und variable Leistungen sowie deren Einzelbestandteile – im Anhang zum Jahresabschluss der Unternehmen oder an anderer geeigneter Stelle angegeben werden sollen. Die Veröffentlichung wird zusätzlich im Beteiligungsbericht vorgenommen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgt eine Veröffentlichung nur, soweit die Zustimmung des jeweiligen Mitglieds des Geschäftsführungsorgans vorliegt. Bei Minderheitsbeteiligungen Berlins mit mehreren Geschäftsführern/Vorständen wird die Summe der Gesamtbezüge aller Geschäftsführer/Vorstände ausgewiesen; bei Einzelgeschäftsführern entfällt diese Angabe, sofern sie nicht einer Einzelveröffentlichung zugestimmt haben.

Gesamtbezüge: Summe der Aufwendungen des Unternehmens für das Mitglied des Geschäftsführungsorgans, also insbesondere Gehälter einschließlich Weihnachtsgratifikation, Urlaubsgeld, Tantiemen, Gewinnbeteiligungen, Sondervergütungen, Provisionen für Geschäftsabschlüsse, Naturalbezüge, Versicherungsprämien (wenn das Mitglied des Geschäftsführungsorgans Begünstigter ist), Altersvorsorge, freiwillige Zahlungen, z. B. für übernommene Steuerlasten etc.. Ausgenommen hiervon sind die Arbeitgeberanteile zur (gesetzlichen) Sozialversicherung. Auf betriebliche Versorgungszusagen wird verbal hingewiesen; eine monetäre Darstellung kann nicht erfolgen, da kalkulatorische Zuführungen zu Pensionsrückstellungen nicht mit gezahlten Rentenversicherungsbeiträgen gleichzusetzen sind und i. d. R. Anwartschaften an die Erfüllung von Voraussetzungen, u. a. Erreichen von Altersgrenzen bei bestehendem Beschäftigungsverhältnis, gebunden sind.

Größere Veränderungen der Gesamtbezüge im Vergleich zum Vorjahr können sich ergeben, wenn ein Mitglied einer Geschäftsleitung - i. d. R. im zweiten Beschäftigungsjahr - erstmals eine erfolgsbezogene Prämie erhält sowie im Jahr des Ausscheidens aus der Geschäftsleitung, wenn erfolgsbezogene Prämien für zwei Jahre und/oder ggf. ein Abfindungsbetrag gezahlt werden.

Aufsichtsgremien

Die Namen der Mitglieder der Aufsichtsgremien (Aufsichtsräte, Verwaltungsräte, Kuratorien) sind - bis auf Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende - in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt. Es ist gekennzeichnet, ob es sich um vom Gesellschafter Land Berlin entsandte oder auf seinen Vorschlag von der Gesellschafterversammlung gewählte Mitglieder („Vertr. Bln.“), um Kraft Amt im Mandat befindliche Mitglieder („qua Amt“), um Arbeitnehmervertreter/innen („AN“) oder Vertreter/innen der Mitgesellschafter („Mitges.“) handelt. Für alle Mitglieder werden Angaben über Beginn und Laufzeit des Mandats gemacht. Zusätzlich ist für die letzten fünf Jahre das Verhältnis der weiblichen und männlichen Mitglieder der Aufsichtsgremien, die für das Land Berlin in diesen Gremien vertreten sind, per 30.06. des jeweiligen Jahres angegeben. Mitglieder, die qua ihres Amtes in den Gremien vertreten sind, bleiben bei der Angabe des Zahlenverhältnisses unberücksichtigt, weil für ihre Mitgliedschaft keine Auswahl zu treffen war, sondern sich aus ihrer Funktion ergibt. Es gilt ebenfalls das 2. Vergütungs- und Transparenzgesetz. Eine Veröffentlichung erfolgt nur, wenn die Zustimmung **aller** Mitglieder des jeweiligen Aufsichtsgremiums vorliegt.

Lageberichte, BCGK-Erklärungen und Vergütungsübersichten

Für die bedeutenderen Unternehmen sind die Lageberichte, Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex und detaillierte Vergütungsübersichten gem. Zweitem Vergütungs- und Transparenzgesetz Bestandteil des Beteiligungsberichts (Band 2), so dass sich zusätzlich vertiefende Kenntnisse über das betreffende Unternehmen gewinnen lassen.

Wirtschaftsdaten

Die Wirtschaftsdatendarstellung erfolgt weitestgehend gemäß den testierten Jahresabschlüssen; nur bei stark abweichenden GuV-Gliederungen (überwiegend Zuwendungsempfänger) wurden Angaben zur Wahrung eines einheitlichen Schemas von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) modifiziert. Wichtige branchenspezifische Sonderpositionen aus GuV und Bilanz einzelner Unternehmen werden zusammen mit Leistungsdaten in der Rubrik „Spezifische Daten“ dargestellt.

Währungsangaben erfolgen in Mio. €, Abweichungen sind gekennzeichnet. Leistungsdaten sind mit der jeweiligen Maßeinheit gekennzeichnet. Erfolgt der Ausweis „---“, so ist die Position bei dem Unternehmen nicht vorhanden bzw. kein sinnvoller Quotenausweis möglich. Die Angabe „0,00“ bedeutet, dass der Wert rechnerisch 0 bzw. weniger als 5 T€ beträgt. Aus rechen-technischen Gründen können Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten auftreten.

Definitionen für Wirtschaftsdaten / Kennzahlen

Fremdkapital	Summe aus Verbindlichkeiten und Rückstellungen
Abschreibungen	Einschließlich Abschreibungen auf Finanzanlagen
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte
EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBT	Ergebnis vor Steuern
Beschäftigte	Im Jahresdurchschnitt inklusive Geschäftsleitungen. Teilzeitkräfte sind auf Vollzeit umgerechnet. Auszubildende werden als Vollzeitbeschäftigte behandelt.
Gewinnabführungen	An den Gesellschafter Land Berlin ausgeschütteter Betrag vor Kapitalertragsteuer für das Geschäftsjahr.

Zuführungen	<p>Zahlungen oder rechtsverbindliche Zahlungszusagen an Beteiligungsunternehmen durch die öffentliche Hand <u>ohne</u> Leistungen aus marktüblichen gegenseitigen Verträgen, wie sie auch beliebige Dritte schließen würden und <u>ohne</u> Kapitalmaßnahmen der Gesellschafter.</p> <p>Zuführungen der öffentlichen Hand begründen sich zum einen aus der bei öffentlichen Unternehmen oft verbleibenden Differenz zwischen den Aufwendungen des Unternehmens und den am Markt erzielbaren Erträgen (z. B. aus Fahrkartenverkäufen, Eintrittspreisen, etc.), die durch öffentliche Zahlungen geschlossen werden muss. Hinzu kommen ggf. noch Zahlungen der öffentlichen Hand für Investitionen des Unternehmens, die ebenfalls als Zuführung ausgewiesen werden. Zum anderen gibt es gesetzlich begründete Zahlungsansprüche, die bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen sowohl öffentlichen Unternehmen als auch Unternehmen mit privaten Anteilseignern zustehen und unabhängig von der Ertragslage gewährt werden (z. B. Wohnungsbauförderung, Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht, bestimmte Investitionszuschüsse).</p> <p>Privatrechtliche Finanzbeziehungen aus gegenseitigen Leistungsverträgen zwischen dem Land und den Beteiligungsunternehmen, wie sie auch zwischen beliebigen Dritten zustande kommen – z. B. Müllabfuhr für Berliner Behörden durch die BSR –, werden grundsätzlich nicht als „Zuführungen“ ausgewiesen. Sofern sie im Einzelfall gleichwohl von besonderem Interesse sind, erfolgt der Ausweis unter den „spezifischen Daten“.</p> <p>Kapitalmaßnahmen der Gesellschafter sowie die Gewährung und Umwandlung von Gesellschafterdarlehen werden im Beteiligungsbericht nicht unter den „Zuführungen“, sondern unter den „spezifischen Daten“ ausgewiesen.</p>
Investitionen	Zugänge laut Anlagenspiegel ohne Finanzanlagen und ohne Vermögenseinbringungen durch Gesellschafter
Forderungsausfall	Saldo aus Wertberichtigungen, Ausbuchung von Forderungen und Eingang auf abgeschriebene oder wertberichtigte Forderungen
Pro-Kopf-Umsatz	Umsatzerlöse / Beschäftigte
Eigenkapitalquote	Eigenkapital / Bilanzsumme
Eigenkapitalrentabilität	EBT / Eigenkapital
Umsatzrentabilität	EBT / Umsatzerlöse
Zinslastquote	Zinsaufwand / Umsatzerlöse
Personalkostenquote	Personalaufwand / Umsatzerlöse

Spezifische Daten

Auf Definitionen der „Spezifischen Daten“ wird verzichtet, da dies wegen der großen Anzahl unterschiedlichster branchenbezogener Leistungskennzahlen den Rahmen des Berichts sprengen würde. Definitionen und vertiefende Informationen sind i. d. R. den Geschäftsberichten der Unternehmen zu entnehmen.

2. Schaubild: Unmittelbare Beteiligungen und ausgewählte Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin und Kapitalanteile (Stand: 31.12.2014)

(Die Namen der Gesellschaften/Anstalten sind verkürzt, ohne Gesellschaften i.L. und ohne geringfügige Beteiligungen)

Land Berlin								
Kredit- und Versicherungswirtschaft	Wohnungswirtschaft	Landesentwicklung und Grundstücksverwaltung	Verkehr	Dienstleistungen	Ver- und Entsorgungswirtschaft	Kultur und Freizeit	Wissenschaft und Ausbildung	Gesundheit und Soziales
Investitionsbank Berlin Gewährträger: Berlin	degewo AG 100%	Berlinovo Immobilien Ges. mbH 100%	BEHALA GmbH 100%	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Gewährträger: Bln. u. Brandenburg	Berl. Stadtreinigungsbetriebe Gewährträger: Berlin	BBB Infrastrukt. Verw. GmbH 100%	Dt. Film- u. Fernsehakad. GmbH 100%	Berliner Werkst. f. Beh. GmbH 70%
	GESOBAU AG 100%	BIM GmbH 100%	Berliner Verkehrsbetriebe Gewährträger: Berlin	Berlin Tourismus & Kongress GmbH 15%	Berliner Wasserbetriebe Gewährträger: Berlin	BBB Infrastrukt. GmbH & Co. KG 100 % Kommanditist: Berlin	Deutsches Zentrum f. Hochschul- u. Wiss.forschung GmbH 1,85%	Vivantes GmbH 100%
	Gewobag AG 96,69%	Berliner Stadtgüter GmbH 100%	DEGES Dt. Einheit Fernstraßen- planungs- u. -bau GmbH 5,91%	Berliner Energieagentur GmbH 25%	Berlinwasser Holding AG ¹ 50,10%	Berliner Bäder-Betriebe Gewährträger: Berlin	FWU Institut für Film GmbH 6,25%	
	HOWOGE GmbH 100%	Liegenschaftsfonds GmbH 100%	Flughafen Bln.-Brdb. GmbH 37%	Berliner Großmarkt GmbH 100%	BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG 99,96%	Friedrichstadt-Palast GmbH 100%	Helmholtz-Zentrum Bln. GmbH 10%	
	STADT U. LAND GmbH 100%	Liegenschaftsfonds KG 100 % Kommanditist: Berlin	VBB GmbH 33,33%	BGZ GmbH 60%	MEAB GmbH 50%	Grün Berlin GmbH 100%	Wissenschaftszentrum gGmbH 25%	
	WBM GmbH 100%	Liegenschaftsfonds Projekt KG 100 % Kommanditist: Berlin		Deutsche Klassenlotterie Gewährträger: Berlin	SBB Sonderabfall GmbH 25%	Hebbel-Theater GmbH 100%		
		Olympiastadion Berlin GmbH 100%		INPRO GmbH 14,28%		KuJ Wuhlheide gGmbH 100%		
		Tempelhof Projekt GmbH 100%		IT-Dienstleistungszentrum Berlin Gewährträger: Berlin		Kulturprojekte Berlin GmbH 100%		
		WISTA-Management GmbH 98,93%		Messe Berlin GmbH 99,70%		Kunsthalle BR Deutschld. GmbH 2,44%		
						Musicboard Berlin GmbH 100%		
						Rundfunk-Orchester gGmbH 20%		
						Zoologischer Garten Berlin AG 0,03%		

¹ Die restlichen Anteile wurden von der Berlinwasser Beteiligungs GmbH (ehemals RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH) gehalten, an der über die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG das Land Berlin zu 100 % beteiligt war.

3. Unternehmensdaten Übersicht, Vermögensnachweis nach § 73 LHO

3.1. Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin - Gesamtübersicht per 31.12.2014

Unternehmensname	Nominalkapital in Mio. €	Anteil Berlin in %	Bilanzsumme in Mio. €	Eigenkapital in Mio. €	Umsatz * in Mio. €	EBITDA in Mio. €	EBIT in Mio. €	EBT in Mio. €	Jahresergebnis in Mio. €	Zuführungen Land Berlin in Mio. €	Investitionen in Mio. €	Personal- aufwand in Mio. €	Beschäftigte in VZA
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	0	50,00	8,40	0,66	0,28	0,39	0,20	0,06	0,07	17,84	0,06	24,49	439
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	17,00	100,00	98,93	88,46	1,28	1,48	0,90	0,90	0,01	13,10	3,41	0,19	5
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	0,03	100,00	0,06	0,02	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	21,00	100,00	94,89	30,51	18,33	12,38	7,56	7,16	4,78	0,00	3,10	5,84	102
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	0,51	15,00	7,49	0,77	11,40	1,01	0,03	0,02	-0,03	7,63	0,44	6,67	190
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	0,03	100,00	18,11	0,00	16,19	1,05	-0,40	-0,53	-0,53	47,27	1,31	32,73	776
Berliner Energieagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung	2,56	25,00	18,44	4,96	12,17	2,11	0,91	0,64	0,41	0,00	2,59	2,57	53
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	24,80	100,00	45,62	31,79	10,89	9,34	7,07	6,82	4,36	0,00	0,25	1,40	22
Berliner Stadtgüter GmbH	10,15	100,00	78,05	59,44	6,30	6,37	5,78	5,85	5,20	0,00	2,76	2,05	39
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	153,39	100,00	1.004,69	117,71	560,59	110,76	48,02	39,86	12,72	0,04	29,74	303,05	5.585
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	2.560,00	100,00	4.586,60	1.441,24	800,45	257,54	43,52	9,01	7,45	529,30	262,30	628,04	12.534
BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts	1.790,00	50,10	6.638,72	2.221,13	1.119,60	635,53	353,38	260,37	138,34	0,27	274,29	294,66	4.243
Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)	0,06	70,00	19,95	11,82	4,38	1,98	0,58	0,61	0,59	0,00	0,67	25,77	1.940
Berlinwasser Holding AG	51,13	100,00	1.500,74	1.379,02	0,00	18,07	18,04	18,08	6,77	0,00	0,00	1,21	11
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	0,03	60,00	0,61	0,03	0,00	0,01	0,00	0,00	0,00	0,32	0,01	0,38	8
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	0,05	100,00	827,04	295,19	187,76	75,39	74,44	57,59	44,06	0,00	1,96	23,63	361
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	0,3	100,00	8,59	4,15	15,75	2,27	1,75	1,56	1,08	0,00	0,46	12,32	219
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG	0,03	99,96	1.306,81	78,96	0,00	49,00	49,00	48,68	48,68	0,00	0,00	0,00	1
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	0,06	5,91	406,93	0,10	17,43	0,79	0,15	0,08	0,01	0,00	1,09	20,23	241
degewo Aktiengesellschaft	145,00	100,00	2.983,67	688,69	421,88	182,21	122,36	69,04	62,38	6,20	262,83	49,15	1.124
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,03	100,00	1,85	0,03	0,13	0,88	0,00	0,00	0,00	4,83	0,30	2,58	50
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	10,23	100,00	70,07	31,15	276,99	6,39	5,24	5,81	5,76	0,00	0,86	11,45	167
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	0,03	1,85	10,45	0,16	0,00	-0,43	-0,52	-0,52	-0,52	0,22	0,14	9,76	240
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	11,00	37,00	3.748,80	948,62	288,84	34,65	-61,76	-166,43	-171,29	0,00	261,04	112,90	1.760
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	0,51	100,00	14,34	5,78	22,24	4,20	0,19	0,10	0,10	8,55	7,26	16,66	272
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	0,16	6,25	3,58	1,15	4,04	1,36	0,05	0,02	0,02	0,02	1,19	2,69	38
GESOBÄU AG	78,27	100,00	1.499,64	326,93	228,75	82,90	55,14	30,34	30,23	2,39	163,74	15,68	264
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	84,46	96,69	2.010,37	0,00	386,64	122,47	69,94	18,78	18,07	2,76	98,57	34,52	482
Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,05	100,00	55,11	0,05	3,86	1,92	0,09	0,09	0,00	17,95	7,54	3,78	54
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	0,03	100,00	0,98	0,06	0,60	0,11	0,01	0,01	0,01	4,91	0,08	1,85	34
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,4	10,00	306,89	1,56	6,94	20,09	-0,14	-0,14	-0,14	14,41	34,94	64,24	1.039
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	25,00	100,00	2.465,14	1.217,45	318,48	153,64	99,11	66,86	58,47	0,72	241,86	29,52	585
INPRO Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH	1,44	14,28	5,98	2,51	8,11	0,76	0,14	0,09	0,05	0,00	0,84	5,73	102
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	300,00	100,00	20.147,68	678,04	457,98	55,36	25,93	25,93	25,86	0,00	2,85	48,54	576
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	65,00	100,00	142,86	79,10	131,17	15,41	1,03	-0,76	-0,73	0,00	22,48	28,24	528
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	0,03	100,00	1,28	0,00	1,80	0,57	0,44	0,44	0,44	6,04	0,27	3,94	94
Kulturprojekte Berlin GmbH	0,03	100,00	2,03	0,10	1,03	-0,11	-0,15	-0,16	-0,05	6,21	0,03	1,98	72
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland - Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,04	2,44	4,29	2,39	3,32	0,81	0,81	0,84	0,69	0,00	0,00	5,68	133
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	1,00	100,00	8,65	1,28	10,06	0,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,66	6,32	109
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG	0,10	100,00	1,66	0,10	0,09	0,00	0,00	0,00	-0,01	0,00	0,00	0,20	3
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	0,03	100,00	0,22	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,22	1
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	25,60	50,00	419,02	73,78	43,83	18,59	10,95	7,81	6,41	0,00	2,84	9,35	202
Messe Berlin GmbH	20,71	99,70	228,53	57,84	269,42	18,98	10,78	8,45	5,54	0,00	39,47	53,20	783
Musicboard Berlin GmbH	0,03	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0
Olympiastadion Berlin GmbH	0,50	100,00	11,17	1,72	11,72	0,76	1,64	1,70	1,14	0,00	0,05	1,06	23
Rundfunk-Orchester und -Chöre (gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin	0,03	20,00	20,85	12,52	5,16	-0,11	-0,28	-0,33	-0,33	6,78	0,09	27,23	331
SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	0,75	25,00	3,09	2,49	2,77	0,06	-0,04	0,06	0,05	0,00	0,11	1,98	32
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	165,02	100,00	1.778,77	460,62	246,57	117,30	71,90	38,38	36,11	9,18	193,43	26,73	516
Tempelhof Projekt GmbH	0,03	100,00	0,94	0,71	0,00	0,31	0,28	0,28	0,20	2,98	0,01	2,17	35
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	0,32	33,34	4,55	0,32	1,10	0,11	-0,01	0,00	0,00	3,79	0,05	5,56	99
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	55,00	100,00	1.020,20	345,86	1.027,85	62,32	10,02	8,80	7,93	16,21	55,98	698,99	11.279
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung	6,72	100,00	1.665,71	572,35	219,73	90,57	75,59	38,01	31,87	3,05	60,91	19,97	339
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	0,03	25,00	20,24	0,03	0,46	0,77	0,00	0,00	0,00	3,74	0,16	15,66	253
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF	11,78	98,93	244,78	48,25	16,73	14,68	2,55	2,04	1,74	0,00	2,42	2,93	39
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft	1,72	0,03	65,01	48,62	18,09	5,38	3,99	3,57	3,51	0,00	1,21	10,71	239
Summe	5.642,21	---	55.639,07	11.376,29	7.219,20	2.198,54	1.116,24	615,89	397,48	736,70	2.048,67	2.716,39	48.669

In der Übersicht werden im Unterschied zu den Vorjahren nicht die Konzernzahlen der Berlinwasser Holding AG, sondern die Zahlen der Berliner Wasserbetriebe AöR und der Berlinwasser Holding AG angegeben, was zu einem Sondereffekt aus der Entkonsolidierung der BWB AöR und der BWH führt. In 2015 erfolgt die Auflösung der stillen Gesellschaften mit der Harmonisierung der Eigenkapitaldarstellung.

Modifizierter Umsatz Investitionsbank Berlin = Erträge aus Zins-, Provisions- und Finanzgeschäften

3.2. Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von 2010 bis 2014 für alle Landesbeteiligungen in diesem Zeitraum

Angaben in Mio. €

	2014	2013	2012	2011	2010
	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten
Bilanzsumme	55.639	53.442	51.658	50.513	49.699
Eigenkapital	11.376	9.666	9.216	9.130	9.082
Umsatz	7.219	6.991	6.841	6.810	7.054
EBITDA	2.199	2.118	2.070	2.201	1.973
Jahresergebnis	397	455	257	223	-26
Zuführungen Land Berlin	737	722	679	666	686
Investitionen	2.049	1.681	1.976	1.746	1.630
Personalaufwand	2.716	2.569	2.527	2.463	2.443
Beschäftigte (Vollzeitäquivalente)	48.669	48.396	47.962	47.802	47.090

In der Übersicht werden für 2014 nicht die Konzernzahlen der Berlinwasser Holding AG, sondern die Zahlen der Berliner Wasserbetriebe AöR und der Berlinwasser Holding AG angegeben, was zu einem Sondereffekt aus der Entkonsolidierung der BWB AöR und der BWH führt.

In 2015 erfolgt die Auflösung der stillen Gesellschaften mit der Harmonisierung der Eigenkapitaldarstellung.

3.3. Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Berlin von 2010 bis 2014 für das im Jahr 2014 aktuelle Portfolio

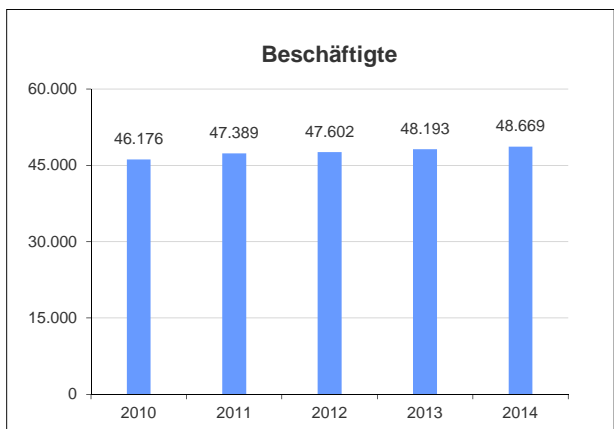
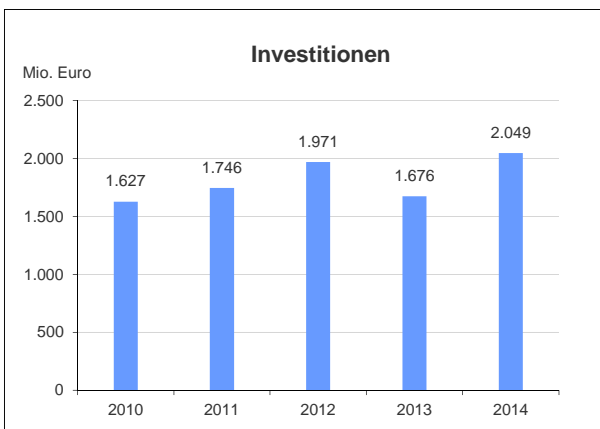
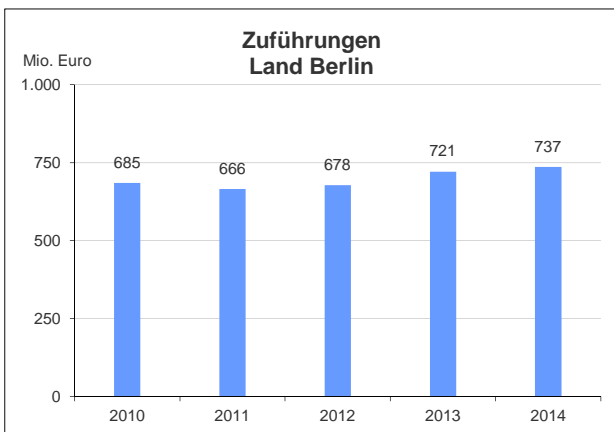
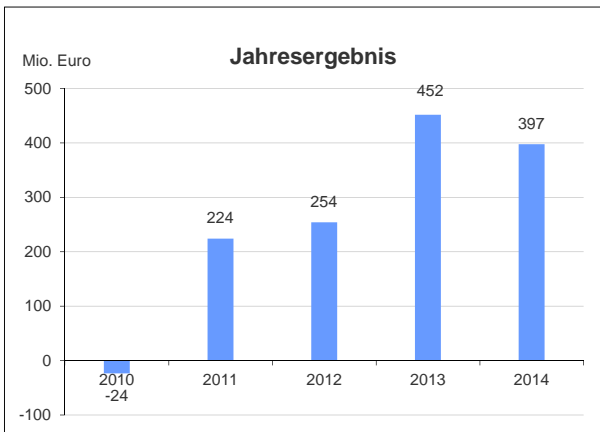
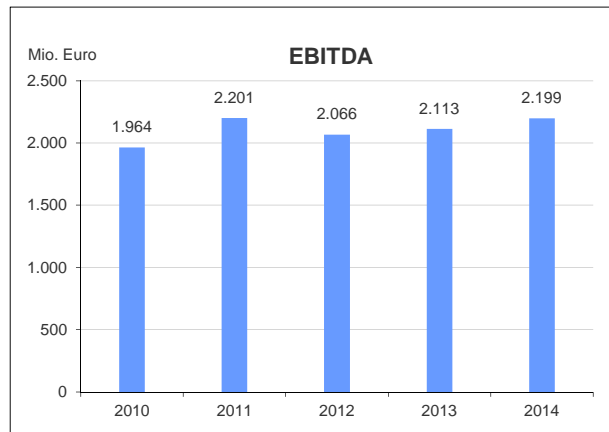
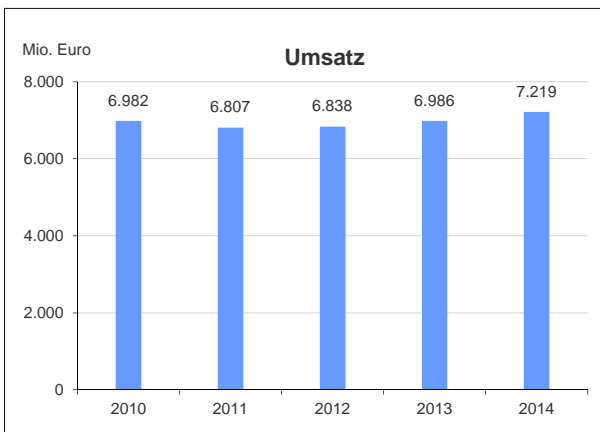
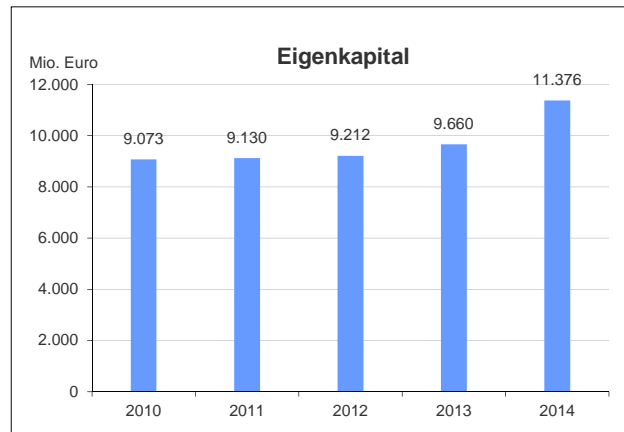
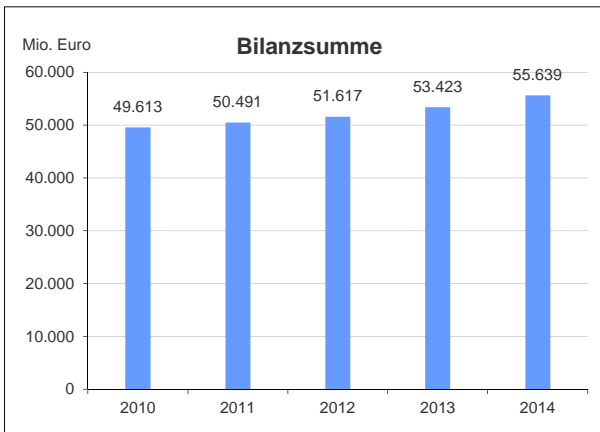
Angaben in Mio. €

	2014	2013	2012	2011	2010
	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten	Summe Beteiligungsunternehmen und Anstalten
Bilanzsumme	55.639	53.423	51.617	50.491	49.613
Eigenkapital	11.376	9.660	9.212	9.130	9.073
Umsatz	7.219	6.986	6.838	6.807	6.982
EBITDA	2.199	2.113	2.066	2.201	1.964
Jahresergebnis	397	452	254	224	-24
Zuführungen Land Berlin	737	721	678	666	685
Investitionen	2.049	1.676	1.971	1.746	1.627
Personalaufwand	2.716	2.555	2.492	2.438	2.387
Beschäftigte (Vollzeitäquivalente)	48.669	48.193	47.602	47.389	46.176

In der Übersicht werden für 2014 nicht die Konzernzahlen der Berlinwasser Holding AG, sondern die Zahlen der Berliner Wasserbetriebe AöR und der Berlinwasser Holding AG angegeben, was zu einem Sondereffekt aus der Entkonsolidierung der BWB AöR und der BWH führt.

In 2015 erfolgt die Auflösung der stillen Gesellschaften mit der Harmonisierung der Eigenkapitaldarstellung.

3.4. Entwicklung der Beteiligungsunternehmen und Anstalten des öffentlichen Rechts für das aktuelle Portfolio



3.5. Vermögensnachweis nach § 73 LHO für die Vermögensgruppe Beteiligungen per 31.12.2014

Unternehmen	Nominalkapital in Mio. €	Kapitalanteil Berlin in %	Eigenkapital in Mio. €	davon Rücklagen in Mio. €	Eigenkapitalanteil Berlin in Mio. €
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	0,00	50,00	0,66	0,00	0,33
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	0,03	100,00	0,02	0,00	0,02
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	17,00	100,00	88,46	71,48	88,46
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	21,00	100,00	30,51	0,79	30,51
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	0,03	100,00	0,00	0,00	0,00
Berliner Energieagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung	2,56	25,00	4,96	0,16	1,24
Berliner Grossmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	24,80	100,00	31,79	2,63	31,79
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	153,39	100,00	117,71	0,56	117,71
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	2.560,00	100,00	1.441,24	18,67	1.441,24
BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts	1.790,00	50,10	2.221,13	191,98	1.112,79
Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)	0,06	70,00	11,82	11,17	8,27
Berlinwasser Holding AG	51,13	50,10	1.379,02	15,51	690,89
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	0,51	15,00	0,77	0,00	0,12
Berliner Stadtgüter GmbH	10,15	100,00	59,44	29,15	59,44
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	0,03	60,00	0,03	0,00	0,02
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	0,05	100,00	295,19	110,39	295,19
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	0,30	100,00	4,15	0,03	4,15
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG	0,03	99,96	78,96	0,03	78,93
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	0,06	5,91	0,10	0,04	0,01
degewo Aktiengesellschaft	145,00	100,00	688,69	467,90	688,69
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,03	100,00	0,03	0,00	0,03
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	10,23	100,00	31,15	16,50	31,15
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	0,03	1,85	0,16	0,14	0,00
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	11,00	37,00	948,62	1.531,08	350,99
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	0,51	100,00	5,78	7,78	5,78
FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	0,16	6,25	1,15	0,96	0,07
GESOBAU AG	78,27	100,00	326,93	233,44	326,93
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	84,46	96,69	0,00	32,70	0,00
Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,05	100,00	0,05	0,00	0,05
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,40	10,00	1,56	1,16	0,16
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	0,03	100,00	0,06	0,03	0,06
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	25,00	100,00	1.217,45	1.133,73	1.217,45
INPRO Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH	1,44	14,28	2,51	0,21	0,36
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	300,00	100,00	678,04	352,18	678,04
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	65,00	100,00	79,10	13,05	79,10
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	0,03	100,00	0,00	0,00	0,00
Kulturprojekte Berlin GmbH	0,03	100,00	0,10	0,06	0,10
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland - Gesellschaft mit beschränkter Haftung	0,04	2,44	2,39	0,00	0,06
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	1,00	100,00	1,28	0,28	1,28
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG	0,10	100,00	0,10	0,00	0,10
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	0,03	100,00	0,05	0,00	0,05
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	25,60	50,00	73,78	54,14	36,89
Messe Berlin GmbH	20,71	99,70	57,84	12,69	57,67
Musicboard Berlin GmbH	0,03	100,00	0,00	0,00	0,00
Olympiastadion Berlin GmbH	0,50	100,00	1,72	0,04	1,72
Rundfunk-Orchester und -Chöre (gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin	0,03	20,00	12,52	12,83	2,50
SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	0,75	25,00	2,49	0,00	0,62
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	165,02	100,00	460,62	277,11	460,62
Tempelhof Projekt GmbH	0,03	100,00	0,71	0,00	0,71
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	0,32	33,34	0,32	0,00	0,11
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	55,00	100,00	345,86	475,04	345,86
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung	6,72	100,00	572,35	367,75	572,35
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	0,03	25,00	0,03	0,00	0,01
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF	11,78	98,93	48,25	14,73	47,73
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft	1,72	0,03	48,62	43,39	0,01
Summe	5.642,21	---	11.376,29	5.501,50	8.868,36

Ab dem Vermögensnachweis des Jahres 2014 werden die Angaben der Einzelunternehmen Berliner Wasserbetriebe AöR und Berlinwasser Holding AG anstelle die Konzernangaben der Berlinwasser Holding verwendet, was zu einem Sondereffekt aus der Endkonsolidierung der BWB AöR und der BWH führt. In 2015 erfolgt die Auflösung der stillen Gesellschaften mit der Harmonisierung der Eigenkapitaldarstellung. Das ausgewiesene Eigenkapital für den Flughafen, den Friedrichstadt-Palast, die Gewobag sowie für Vivantes ist im Wesentlichen der Saldo zwischen Jahresergebnis und Rücklagen. Aufgrund der Jahresfehlbeträge übersteigt daher der Ausweis der Rücklagen das Eigenkapital.

4. Mitglieder der Unternehmensorgane

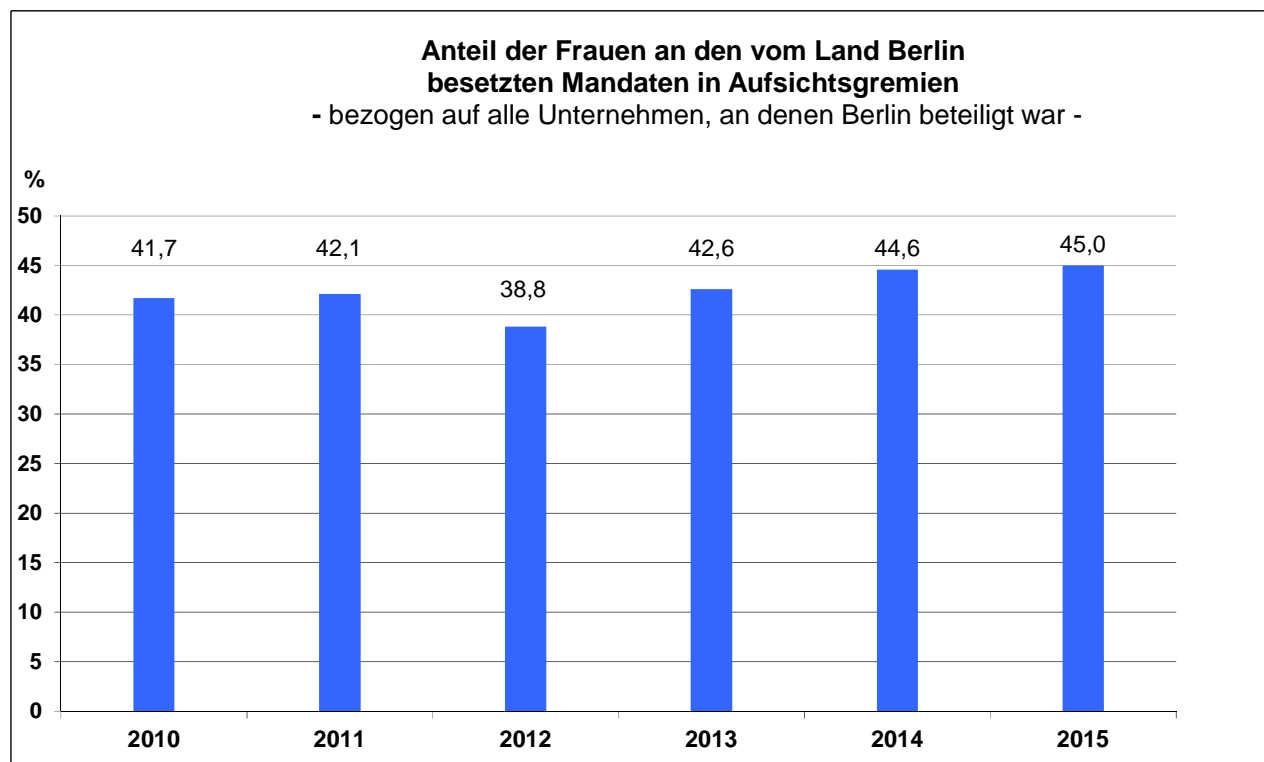
4.1 Geschlechterbezogene Verteilung der vom Land Berlin zu besetzenden Mandate in Aufsichtsgremien für alle Landesbeteiligungen

Die Zielsetzung einer geschlechtergerechten Verteilung von Positionen gemäß dem Landesgleichstellungsgesetz hat bei der Besetzung von Mandaten in Aufsichtsgremien zu einer Konsolidierung des Anteils der Frauen auf hohem Niveau geführt.

Während Mitte 2010 nur 93 Mandate mit Frauen besetzt waren (41,7 %), steigerte sich die Anzahl bis Mitte 2015 auf 99 Mandate (45,0 %). Dies ist insbesondere auf die erheblichen Anstrengungen des Senats zur Verbesserung des Verhältnisses der Geschlechter in den Aufsichtsgremien zurückzuführen.

Mitglieder, die qua ihres Amtes in den Gremien vertreten sind, bleiben bei der Angabe des Zahlenverhältnisses unberücksichtigt, weil bei ihrer Mitgliedschaft keine Auswahl zu treffen war, sondern sich ihre Mitgliedschaft aus ihrer Funktion ergibt.

	2010		2011		2012		2013		2014		2015	
Geschlecht	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m
Anzahl der Mandate	93	130	96	132	87	137	98	132	99	123	99	121
in %	41,7	58,3	42,1	57,9	38,8	61,2	42,6	57,4	44,6	55,4	45,0	55,0



Verteilung der vom Land Berlin besetzten AR-Mandate nach Geschlechtern

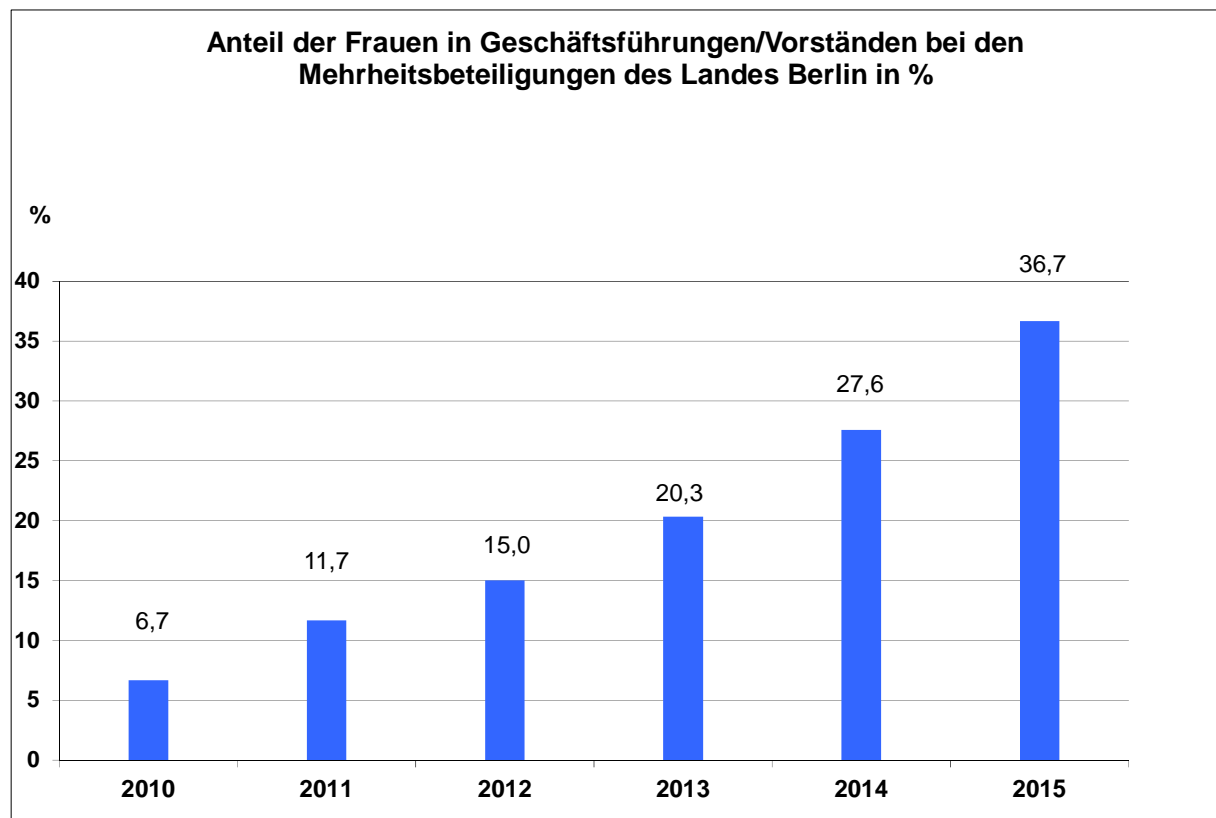
	30.06.2013		Quote	30.06.2014		Quote	30.06.2015		Quote
	Frauen	Männer		Frauen	Männer		Frauen	Männer	
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	1	1	50,0%	1	1	50,0%	1	1	50,0%
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	1	2	33,3%	1	2	33,3%	0	2	0,0%
BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH i. L.	1	4	20,0%	1	4	20,0%	-	-	
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	3	1	75,0%	3	1	75,0%	3	1	75,0%
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	-	-		1	1	50,0%	1	1	50,0%
Berliner Bäder-Betriebe Anstalt des öffentlichen Rechts	2	2	50,0%	2	2	50,0%	1	2	33,3%
Berliner Energieagentur GmbH	0	2	0,0%	0	2	0,0%	0	2	0,0%
Berliner Großmarkt GmbH	3	2	60,0%	3	2	60,0%	3	2	60,0%
Berliner Stadtgüter GmbH	1	4	20,0%	2	3	40,0%	2	3	40,0%
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	2	4	33,3%	4	4	50,0%	4	4	50,0%
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	3	5	37,5%	4	4	50,0%	4	4	50,0%
Berliner Wasserbetriebe (BWB) Anstalt des öffentlichen Rechts	4	3	57,1%	4	4	50,0%	4	4	50,0%
Berliner Werkstätten für Behinderte GmbH (BWB)	2	2	50,0%	2	2	50,0%	2	2	50,0%
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	1	4	20,0%	2	4	33,3%	2	4	33,3%
Berlinwasser Holding AG	6	3	66,7%	0	3	0,0%	0	3	0,0%
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	1	1	50,0%	1	1	50,0%	1	1	50,0%
BIM GmbH (Berliner Immobilienmanagement GmbH)	3	1	75,0%	3	1	75,0%	3	1	75,0%
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	-	-	-	-	-	-	0	1	0,0%
degewo Aktiengesellschaft	3	3	50,0%	3	2	60,0%	4	2	66,7%
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH	4	2	66,7%	4	2	66,7%	4	2	66,7%
Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	3	3	50,0%	3	3	50,0%	3	3	50,0%
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	-	-		1	0	100,0%	1	0	100,0%
Fachinformationszentrum Chemie GmbH i. L.	1	3	25,0%	-	-	-	-	-	-
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	1	3	25,0%	1	3	25,0%	0	4	0,0%
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	4	3	57,1%	5	2	71,4%	4	2	66,7%
GESOBAU AG	3	3	50,0%	3	3	50,0%	3	3	50,0%
Gewobaq Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	2	4	33,3%	2	3	40,0%	1	4	20,0%
Grün Berlin Park und Garten GmbH	2	7	22,2%	3	6	33,3%	4	5	44,4%
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	2	3	40,0%	2	3	40,0%	2	3	40,0%
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1	0	100,0%	1	0	100,0%	1	0	100,0%
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH	3	3	50,0%	3	3	50,0%	3	3	50,0%
INPRO Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH	0	1	0,0%	0	1	0,0%	0	1	0,0%
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	4	2	66,7%	3	2	60,0%	3	2	60,0%
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	1	4	20,0%	1	4	20,0%	2	3	40,0%
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gGmbH	2	4	33,3%	2	4	33,3%	2	4	33,3%
Kulturprojekte Berlin GmbH	3	2	60,0%	3	2	60,0%	3	2	60,0%
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft	1	2	33,3%	1	2	33,3%	1	2	33,3%
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen - Betriebsgesellschaft mbH	0	2	0,0%	0	2	0,0%	0	2	0,0%
Messe Berlin GmbH	4	5	44,4%	2	7	22,2%	2	7	22,2%
Musicboard Berlin GmbH	-	-	-	-	-	-	1	2	33,3%
Olympiastadion Berlin GmbH	1	2	33,3%	1	2	33,3%	1	2	33,3%
Rundfunk-Orchester und -Chöre (gemeinnützige) GmbH Berlin	1	1	50,0%	1	1	50,0%	1	1	50,0%
SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	0	2	0,0%	0	2	0,0%	1	1	50,0%
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	4	5	44,4%	4	5	44,4%	4	5	44,4%
Tempelhof Projekt GmbH	1	5	16,7%	1	4	20,0%	2	4	33,3%
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	0	4	0,0%	1	3	25,0%	1	3	25,0%
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	3	5	37,5%	4	4	50,0%	4	4	50,0%
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH	6	3	66,7%	6	2	75,0%	5	3	62,5%
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	1	0	100,0%	1	0	100,0%	1	0	100,0%
WISTA-MANAGEMENT GMBH	3	5	37,5%	3	5	37,5%	4	4	50,0%
Zoologischer Garten Berlin AG	-	-		-	-		-	-	
Summe	98	132		99	123		99	121	
Anzahl der besetzten AR-Positionen	230			222			220		
Anteil der Frauen an den vom Land Berlin am 30.06. besetzten AR-Positionen in % (bezogen auf Unternehmen, an denen das Land Berlin am 31.12. des Vorjahres beteiligt war)	42,6			44,6			45,0		

4.2 Geschlechterbezogene Verteilung der Besetzungen in Geschäftsführungen und Vorständen bei den Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin

Die Zielsetzung einer geschlechtergerechten Verteilung von Positionen gemäß dem Landesgleichstellungsgesetz hat hinsichtlich der Besetzung von Vorstands- und Geschäfts-führungspositionen zu einer erheblichen absoluten und prozentualen Steigerung des Anteils der Frauen geführt.

Während Mitte 2010 bei allen Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin 4 Vorstands-/Geschäftsführungspositionen mit Frauen besetzt waren (6,7%), steigerte sich die Anzahl bis Mitte 2015 auf 22 Positionen (36,7%).

Geschlecht	2010		2011		2012		2013		2014		2015	
	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m
Anzahl der Besetzungen	4	56	7	53	9	51	12	47	16	42	22	38
in %	6,7	93,3	11,7	88,3	15,0	85,0	20,3	79,7	27,6	72,4	36,7	63,3



4.3 Mitglieder der Aufsichtsgremien (Stand: 30.06.2015)

(Fettgedruckt sind die vom Land Berlin in die Aufsichtsgremien entsandten Personen)

A		Billing, Carsten	204
		Landkreis Spree-Neiße, Dezernent	
Abel, Maria, Dr.	31	Binder, Reinhart, Dr.	189
Senatsverwaltung für Finanzen		Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	
Adam, Lutz	95	Birnstiel, Ines	67
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt		Frauenvertreterin im Bereich Straßenbahn der BVG	
Adams, Gregory A.	146	Bläschke, Angelika, Dr.	55
Vice President Automotive, Sabic Innovative Plastics		Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	
Albers, Karin	208	Bockhardt, Carsten	204
Geschäftsführerin Personal bei der DB Kommunikationstechnik GmbH, Berlin		Landkreis Barnim, Erster Beigeordneter	
Albrecht, Thomas	223	Böger, Klaus	38, 48, 185
Storck International		Präsident des Landessportbundes Berlin; Senator a.D.	
Alt, Peter-André, Prof. Dr.	216	Böhning, Björn	102, 184, 200
Präsident der Freien Universität Berlin		Chef der Senatskanzlei	
Altenwerth, Johannes	142	Bomba, Rainer	114
ehem. Vorstandsmitglied der Berliner Volksbank eG		Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Staatssekretär	
Ammirabile, Giovanni	208	Bomke, Michael	150
Vorsitzender des Betriebsrats der Vivantes GmbH		Vorsitzender des Personalrats der Investitionsbank Berlin	
Andersch-Niestedt, Heidrun	89, 154	Braatz, Sigrid	211
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung		Vorsitzende des Betriebsrats der WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH	
B		Brabant, Ulrike	181
		Messe Berlin GmbH	
Badack-Hebig, Elke	85	Brand, Thomas	123
Senatsverwaltung für Finanzen		Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	
Baier, Beate	99	Brandenburg, Bernd	204
degewo AG		Landkreis Uckermark, Beigeordneter	
Bäsler, Frank	67	Bretschneider, Rainerer	114
Gewerkschaftssekretät ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg		Staatskanzlei Brandenburg, Staatssekretär	
Basse, Lutz	142	Brockmann, Iris	102, 131
Vorsitzender des Vorstandes der SAGA Siedlungs-AG Hamburg		Senatsverwaltung für Finanzen	
Bauer, Martin, Dr.	120	Brost, Christian	208
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen		Mitglied des Betriebsrats der Vivantes GmbH	
Beck, Karoline, Dipl.-Kfm.	220	Bruckmann, Frank	223
in.wendt Management GmbH		Berlinwasser Holding GmbH	
Beckmann, Jörn	138	Brunnberg, Leo, Prof. Dr.	223
Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie GmbH		Freie Universität Berlin	
Beermann, Guido	106	Bschorr, Stephanie	220
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Staatssekretär		HTG Wirtschaftsprüfung GmbH	
Benz, Günther	166	Bunde, Henner	59, 71, 81, 174, 220
Bundesministerium für Bildung und Forschung		Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung, Staatssekretär	
Bering, Maria	220, 111	Burger, Axel	208
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft		Mitglied des Betriebsrats der Vivantes GmbH	
Bernstein, Nadja	150	Buschkowsky, Heinz	196
Personalrat der Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts		Bezirksbürgermeister a.D.	
Bias-Engels, Sigrid, Dr.	166	C	
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien		Ceglarek, Renée	157
		Senatsverwaltung für Finanzen	

Cordes, Dieter	123	Feiler, Klaus	38, 48, 82, 181, 200, 220
ehemaliger Geschäftsführer der GBH Hannover		Senatsverwaltung für Finanzen, Staatssekretär	
Cramer, Hans-Jürgen	63	Fratzl, Peter, Prof. Dr.	138
Director Climate - KIC German Centre		Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grünflächenforschung	
Cremers, Franz-Josef	55	Freudenberger, Sylvia	196
Senatsverwaltung für Finanzen		STADT UND LAND Wohnbauten- Gesellschaft mbH	
Czaja, Mario	208	Fricke, Bernd	67
Senator für Gesundheit und Soziales		ALBA Group plc & Co. KG	
D		Friedrich, Andreas	146
		Vice President Technology Factory MBC	
Demele, Ottwald, Dr.	128	Früh, Thomas	166
ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di Landesbezirk Berlin- Brandenburg		Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst	
Derling, Markus	204	Fuchs, Sylvia	67
Stadt Frankfurt (Oder), Beigeordneter		Vorsitzende des Personalrats im Bereich Infrastruktur der BVG	
Dunger-Löper, Hella	59, 106	Fugmann-Heesing, Annette, Dr.	200
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei, Staatssekretärin		Senatorin für Finanzen a.D.	
E		Funk, Ellen	181
		Messe Berlin GmbH	
Eder, Jan	174, 181	G	
Hauptgeschäftsführer der IHK Berlin		Gaebler, Christian	52, 59, 67, 71, 131, 204
Eder von Grafenstein, Michaela Maria	150	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Staatssekretär	
Aquila Gruppe; Partnerin der I.T.C. Immobilien Team Consulting GmbH & Co.		Gallep, Bernd	189
Eifler, Martin	189	Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien		Galley, Birgit	123
Eisermann, Reinhard, Dr.	193	Direktorin der Steinbeis- Hochschule Berlin	
Geschäftsführer der Lobbe Industrieservice GmbH & Co. KG		Garrels, Manfred	193
Ellerbeck, Thomas	181	eneotech Entsorgungsdienstleistungen GmbH	
TUI AG		Gatzer, Werner	114
Ensinger, Axel	71	Bundesministerium der Finanzen, Staatssekretär	
Vice President Mergers & Acquisitions Veolia Water		Geisel, Andreas	63, 150, 200
Epping, Volker, Prof. Dr.	111	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt	
Universität Hannover		Genrich, Karin	55
Erb-Korn, Patricia	41	Präsidentin des Handelsverbandes Berlin- Brandenburg	
Geschäftsführerin Rheinhäfen Karlsruhe		Gentz, Manfred, Dr.	135
Esser, Ingeborg	63	ICC Deutschland e.V. Internationale Handelskammer	
Mitglied der Geschäftsführung im Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (GdW)		Gernhardt, Volker	208
Evers, Johannes, Dr.	223	Mitglied des Betriebsrats der Vivantes GmbH	
Berliner Sparkasse		Giesecking, Katja	52
Exner, Burkhard	204	Mitglied des Vorstandes der GASAG Berliner Gaswerke AG	
Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam		Giffey, Franziska, Dr.	131
F		Bezirksbürgermeisterin des Bezirks Neukölln	
		Goetsch, Ute	154
Falkner, Gerda, Prof. Dr.	216	Senatsverwaltung für Finanzen	
Universität Wien		Göke, Christian, Dr.	44
		Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Berlin GmbH	

Golasowski, Wolfgang	95	Helbig-Zschäpe, Hannelore, Dr.	99
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr der Freien Hansestadt Bremen		Kaufmännischer Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft Solidarität eG	
Gothe, Petra	208	Helmrich, Klaus	146
Juristin		Mitglied des Vorstands der Siemens AG	
Gräff, Christian	131	Henkel, Frank	38, 48, 114, 185
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Bezirksstadtrat		Senator für Inneres und Sport	
Greisler, Peter	111	Henselek, Carsten	131
Bundesministerium für Bildung und Forschung		Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau / BGD	
Grimm, Rainer	67	Henzgen, Hans-Joachim	131
Mitglied des Gesamtpersonalrats der Berliner Verkehrsbetriebe AöR		Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	
Grünberg-Schröder, Andrea	63	Herbst, Sabine	128
Vorsitzende des Personalrats der Hauptverwaltung der BSR		Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	
Grützmaker, Stefan	52	Herdmann, Ute, Dr.	106
ehem. Vorsitzender des Vorstands der GASAG Berliner Gaswerke Aktiengesellschaft		Senatsverwaltung für Finanzen	
Grygier, Bärbel, Dr.	99	Herdrich, Inga	142
Bezirksbürgermeisterin a.D.		Vorstandsmitglied bei der nordlicht und der horizont Wohnungsgenossenschaft eG	
Günther, Sven-Olaf	63	Herrmsmeier, Jörg, Dr.	138
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats BSR		Ewe AG, Oldenburg	
Günthner, Dirk	120	Herrmann, Alexander J.	174
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz		Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion der CDU	
H		Herrmann, Clara	174
Hagen, Ina	48	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
Stellv. Personalratsvorsitzende der Berliner Bäderbetriebe AöR		Herrmann, Günther	95
Halsch, Volker	99	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	
arvato AG		Hildebrandt, Sandra	74
Haußdörfer, Ellen	174	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion der SPD		Hille, Wolf	189
Hefter, Stefanie	106	Deutschlandradio	
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts		Hoffmann, Barbara	63
Heid, Peter	211	Steuerberaterin, Wirtschaftsprüferin	
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater		Hoffmann, Swen	150
Hein, Jens Peter	211	Personalrat der Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH		Holtkamp, Jens	44
Heine, Heinrich	120	Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	
Ministerium für Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt		Hoops, Andrea	111
Heinemann, Ullrich, Dr.	120	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	
Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen		Horn, Hubertus	99
Heinrich, Claudia	114	degewo AG	
Mitglied des Betriebsrats der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH		Huber, Martin	95
Heinrich-Jaschinski, Christian	204	Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg	
Landkreis Elbe-Elster, Landrat		Hütte, Dieter	44
Heinz, Beate	95	Geschäftsführer der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH	
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur			

I			
Irmer, Lutz	95		
Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft			
J			
Jacobs, Ute	44		
Geschäftsführende Direktorin Estrel Hotel & Convention Center			
Jaeger, Erika	71, 78		
Immobilienökonomin (ebs; Wirtschaftsprüferin), ehem. Bereichsleiterin der TLG Immobilien GmbH			
Jaegler, Thomas	181		
Capital Catering GmbH			
Jäschke, Roland	71		
Vorsitzender des Personalrats Rohrnetz der Berliner Wasserbetriebe AöR			
Jerzynski, Thomas	67		
Mitglied des Gesamtpersonalrats der Berliner Verkehrsbetriebe AöR			
Jonas, Peter, Sir	216		
Bayerische Staatsoper a.D.			
Jost, Andrea	196		
Geschäftsführerin bei der Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts			
Jung, Peter	208		
Berater bei der Mercatura AG, Achim			
Junkersdorf, Eberhard	102		
Neue Bioskop Film GmbH			
Juretzka, Christa, Dr.	161		
Bezirksamt Pankow			
K			
Kandziora, Jens	157		
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten			
Karasch, Ralf	161		
Senatsverwaltung für Finanzen			
Katzenstein, Peter J., Prof.	216		
Cornell University, USA			
Kauert, Hans-Georg	52, 85, 184		
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung			
Keck, Rolf	74		
Vorsitzender des Betriebsrats der Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH			
Kern, Horst-Achim	223		
PROHACON GmbH			
Keseberg, Rudolf	204		
Ministerium des Innern des Landes Brandenburg			
Kieker, Burkhard	117		
Berlin Tourismus & Kongress GmbH			
Kielies, Heinz	71		
Vorsitzender des Personalrats Werke der Berliner Wasserbetriebe AöR			
Klaiber, Gert	95		
Ministerium für Verkehr und Infrastruktur des Landes Baden- Württemberg			
Klang, Klaus, Dr.	95		
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt			
Klebba, Sigrid	48, 157		
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Staatssekretärin			
Kleebank, Helmut	174		
Bezirksbürgermeister von Berlin- Spandau			
Klemm, Gernot	157		
Bezirksstadtrat für Jugend des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin			
Kliem, Kurt	31		
Senatsverwaltung für Inneres und Sport			
Klingauf, Antje	193		
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt			
Kloß, Andreas	196		
Vorsitzender des Betriebsrats der STADT UND LAND Wohnbauten- Gesellschaft mbH			
Klug, Grit	204		
Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Erste Beigeordnete			
Kluge, Christian	123		
GESOBAU AG			
Koch, Monika	74		
Sozialverband Deutschland e.V.			
Koch-Unterseher, Jutta, Dr.	138, 216		
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung			
Kofler, Christiane	117		
Medienunternehmerin			
Köhler, Janine	67		
Mitglied des Personalrats im Bereich Infrastruktur der Berliner Verkehrsbetriebe AöR			
Kolland, Hubert, Dr.	157		
Präsident des Landesmusikrates			
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr.	63, 67, 71, 78, 208		
Senator für Finanzen			
Komoß, Stefan	38, 48		
Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf			
König, Dorette	211		
Hauptamtliche Geschäftsführerin des ADAC Berlin-Brandenburg e.V.			
Kopp, Norbert	174		
Bezirksbürgermeister von Steglitz- Zehlendorf			
Kosmider, Rainer, Dr.	95		
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern			
Kostyra, Erwin	85		
Vizepräsident der Handwerkskammer Berlin			
Kraft, Wolfgang	120		
Landesmedienzentrum Baden- Württemberg			

Krajewski, Christiane	63	L	
Geschäftsführerin der Christiane Krajewski GmbH			
Krämer, Christian	52	Lademann, Holger	204
Kreditanstalt für Wiederaufbau		Landkreis Teltow-Fläming, erster Beigeordneter	
Kraus, Christoph	166	Landerer, Christoph, Dr.	196
Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz		Geschäftsführender Gesellschafter der Tricon Unternehmensberatung, Berlin	
Krause, Stefan, Dr.	95	Landgraf, Stephanie	204
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur		Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	
Kretschmer, Karsten	71	Landmann, Peter	166
Vorsitzender des Personalrates Hauptverwaltung, Berliner Wasserbetriebe AöR		Staatskanzlei Nordrhein- Westfalen	
Kretzschmar, Ulrike	161	Lange, Katrin,	204
Deutsches Historisches Museum GmbH		Staatssekretärin	
Kreutzahler, Andreas	63	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Staatssekretärin	
Vorsitzender des Personalrats Reinigung und Vorstandsmitglied des Gesamtpersonalrats, Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR		Lauterbach, Anastassia, Dr.	220
Kriegelsteiner, Paul, Dr.	193	Qualcomm Incorporated	
Verband der Chemischen Industrie e.V. - Landesverband Ost		Lehming, Bernd	193
Krings-Heckemeier, Marie- Therese, Dr.	123	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	
Vorstandsvorsitzende der empirica AG Berlin		Leibach, Abris	55, 63
Kroos, Karsten, Dr.	146	Geschäftsführender Gesellschafter der Elpro GmbH Berlin - Industrieholding	
Mitglied des Vorstands der Thyssen Krupp Technologies AG		Lenz, Barbara, Prof. Dr.	67
Kropp, Thomas	44	Leiterin des Instituts für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft-und Raumfahrt e.V. Berlin-Adlershof	
Deutsche Lufthansa AG		Leonhardt, Klaus	74
Krüger, Wolfgang, Dr.	114	Geschäftsführer der FSD Lwerk Berlin Brandenburg gGmbH	
Hauptgeschäftsführer IHK Cottbus		Lindner, Peter	114
Krull, Wilhelm, Dr.	216	Stellv. Vorsitzender des Betriebsrates der BFG	
VolkswagenStiftung		Lissau, Uwe	78, 200
Kuban, Monika	142	Präsident des Amtsgerichtes Bremerhaven	
ehemalige Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetags und Leiterin des Dezernats Finanzen		Loge, Stephan	204
Kuhlich, Cornelia	63	Landkreis Dahme-Spreewald, Landrat	
Mitglied im Personalrat Hauptverwaltung, Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR		Lorenz, Heike	131
Kühn, Kerstin	128	Bund Deutscher Landschaftsarchitekten/bdla	
Rechtsanwältin		Lorenz, Jörn	142
Kühn, Swantje, Prof.	223	Vorsitzender des Betriebsrats der Howoge Wohnungsbaugesellschaft mbH	
Partnerin GKK Architekten BDA und Professorin an der Hochschule Ostwestfalen-Lippe		Lübke, Iris	31
Kühnel, Steffen, Prof. Dr.	111	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg	
Universität Göttingen		Lüscher, Regula	89, 211
Kühner, Martin	189	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Senatsbaudirektorin	
ROC GmbH - Rundfunk- Sinfonieorchester Berlin		Lütke Daldrup, Engelbert,	78, 99, 114, 128, 142, 174
Kunwald, Andrea	67	Prof. Dr.-Ing. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Staatssekretär	
Projektleiterin MINT Zukunft schaffen			
Künzel, Joachim	204		
Senatskanzlei			

M			
Maatz, Ekhart	95		
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen			
Malareck, Karsten	71		
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Wasserbetriebe AöR			
Mandel, Birgit, Prof. Dr.	161		
Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim			
Matuszczak, Boris	128		
Leiter der Niederlassung Berlin der HSH Nordbank AG			
May, Frank, Dr.	52		
Vattenfall Europe Wärme AG			
Meitzner, Andreas	166		
Auswärtiges Amt			
Melloh, Maike	193		
Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg			
Meyer, Antje	135		
orangeblue relations gmbh			
Michael, Hans-Werner	31, 204		
Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg			
Mihatsch, Michael, Dr.	111		
Bayrisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst			
Mlynek, Jürgen, Prof. Dr.	220		
Präsident der Helmholtz- Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.			
Morgenschweis, Konrad, Dr.	193		
BASF Schwarzheide GmbH			
Mühlberg, Philipp	196		
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt			
Mühlenfeld, Karsten, Dr.	44		
Geschäftsführer der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH			
Müller, Gunther	52		
Mitglied der Geschäftsführung der Vattenfall Wärme Hamburg GmbH			
Müller, Michael	114		
Regierender Bürgermeister von Berlin			
Müller-Dannecker, Eva, Dr.	208		
Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH			
Munsonius, Sven	114		
Mitglied des Betriebsrates der BFG			
Müntner, Andreas	193		
Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg			
N			
Nägele, Frank, Dr.	95		
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein			
Naujokat, Anja	59, 184, 196		
Senatsverwaltung für Finanzen			
Neetzel, Lutz		71, 82	
Vorsitzender des Personalrats Abwasserentsorgung der Berliner Wasserbetriebe AöR			
Nehring-Kleedehn, Bärbel		71	
Partner NC - Nehring Consulting; Ministerin a.D. in Mecklenburg- Vorpommern			
Neumann, Egbert		95	
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg			
Neumann, Ingeborg		71	
Geschäftsführende Gesellschafterin der Peppermint Holding GmbH			
Neumann, Klaus, Prof. Dr.		223	
Beuth Hochschule für Technik Berlin			
Niclauss, Norbert		189	
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien			
Niehuus, Kirsten		102	
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH			
Niggemann, Ulrike		181	
Geschäftsführerin der Fruitnet Media International GmbH / Fruchthandel Magazin			
Nolte, Gunther		208	
Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH			
Nothelle, Claudia, Dr.		102	
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)			
Nümann-Seidewinkel, Ingrid, Dr.		117	
Rechtsanwältin			
O			
Olbertz, Jan-Hendrik, Prof. Dr.		216	
Präsident der Humboldt- Universität zu Berlin			
P			
Pantring, Gabriela		114	
Mitglied des Vorstandes der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)			
Pape-Wunnenberg, Wolfgang		74	
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales			
Petscha, Michael		74	
ehemals Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen			
Pett, Alexander, Dr.		181	
Geschäftsführer der gfu Consumer & Home Electronics GmbH			
Pieda, Bernd		74	
Vorstandsmitglied Spastikerhilfe Berlin e.V.			
Pohle, Dagmar		208	
Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Bezirksstadträtin			

Poll, Jens, Prof. Dr. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	106	Sabrowski, Simone Frauenvertreterin Personalrat Reinigung Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR	63
Preuss, Ulrich ehem. Deutsche Bundesbank in Berlin	223	Sachs, Michael Staatsrat a.D.	128
Profé, Beate Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	131	Sänger, Kathrin Deutsche Klassenlotterie Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	106
R		Schade, Dirk Messe Berlin GmbH	181
Randow, Monika Senatsverwaltung für Finanzen	41, 185	Scheller, Steffen Stadt Brandenburg an der Havel, Bürgermeister	204
Raue, Peter, Prof. Dr. Raue LLP	135	Schimko, Edelgard Landkreis Prignitz, Geschäftsbereichsleiterin	204
Reichenbach, Susanne Senatsverwaltung für Finanzen	135, 189	Schindler, Joachim, Prof. Dr. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater	223
Reinhardt, Ralf Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Landrat	204	Schippers, Rolf-Dieter Senatsverwaltung für Finanzen	128
Remde, Bernhard Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg	177	Schlautmann, Michael Bundesministerium der Finanzen	95
Renner, Tim Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten, Staatssekretär	117, 135, 161	Schmidt, Gernot Landkreis Märkisch-Oderland, Landrat	204
Rettler, Jochen, Dr. Geschäftsführer der Dr. Rettler Service GmbH	89	Schmidt, Ines Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Verkehrsbetriebe AöR	67
Rhode-Mühlenhoff, Heidrun Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung	41, 44, 55, 63	Schmidt-Werthern, Konrad, Dr. Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten	189
Richlitzki, Birgit Vorsitzende der ver.di- Betriebsgruppe der Berliner Wasserbetriebe AöR	71	Schmitteckert, Günter Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	166
Richter, Heike, Dr. Ministerium Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg	204	Schneider, Torsten Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion der SPD	174
Rohbeck, Oliver Senatsverwaltung für Finanzen	123	Scholze, Anja Vorsitzende des Betriebsrats der GESOBAU AG	123
Röseler, Christiane WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH	211	Schröder, Burkhard, Dr. Landkreis Havelland, Landrat	204
Rößler, Holger ver.di Gewerkschaftssekretär Landesbezirk Berlin-Brandenburg	114	Schröder, Rita Senatsverwaltung für Finanzen	117
Rothärmel, Bettina, Dr. Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG	117	Schrödter, Wolfgang Geschäftsführer der Fürst- Donnersmarck-Stiftung zu Berlin	74
Rottmann, Tanja Howoge Wohnungsbaugesellschaft mbH	142	Schulgen, Wolf Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	220
Rukwied, Joachim Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V.	181	Schüller, Ulrich Bundesministerium für Bildung und Forschung	216
Rümker, Dietrich, Dr. ehem. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Schleswig-Holstein	150	Schulz, Günter Senatsverwaltung für Finanzen	177, 204
S		Schulz, Swen Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion der SPD	216
Sablotny, Bernd Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	95	Schulz-Strelow, Monika Präsidentin FidAR e.V.	106
		Schulze, Dietmar Landkreis Uckermark, Landrat	59
		Schunder, Ulrich Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	157

Schwan, Gesine, Prof. Dr. Humboldt-Viadrina School of Governance	216	Thelen, Kathleen, Prof. Massachusetts Institute of Technology	216
Schworck, Oliver Bezirksamt Tempelhof- Schöneberg, Bezirksstadtrat	154	Thomsen, Christian, Prof. Dr. Präsident der Technischen Universität Berlin	216
Seidler, Sabine, Prof. Dr. Technische Universität Wien O.Univ.Prof	138	Thonke, Sabine Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Wasserbetriebe AöR	71
Senier, Ramona GESOBAU AG	123	Tietmann, Michael Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien	166
Sieber, Andreas Gewobag Wohnungsbau- Aktiengesellschaft Berlin	128	Toll, Christian Zoologischer Garten Berlin AG	223
Sölch, Rudi Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)	189	Treusch, Joachim, Prof. Dr. Jacobs University Bremen gGmbH	138
Sonnenmoser, Karin Finanzvorstand der Zumtobel AG	208	Trochowski, Daniela Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, Staatssekretärin	114
Spallek, Carsten Bezirksamt Mitte, Bezirksstadtrat	131, 154	Tronnier, Claudia Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)	102
Sparmann, Volker Mobilitätsbeauftragter des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung	67	Tzschoppe, Marietta Beigeordnete der Stadt Cottbus	204
Sprenger, Klaus Geschäftsführer der tandem BQG gemeinnützige Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH	74	U	
Statzkowski, Andreas Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Staatssekretär	154	Ulbrich, Thomas Mitglied des Vorstands der Volkswagen AG	146
Stein, Christian Landkreis Potsdam-Mittelmark, Erster Beigeordneter	204	Ullrich, Joachim, Prof. Dr. Physikalisch-Technische Bundesanstalt	138
Steitz, Roland, Dr. Helmholtz-Zentrum Berlin für Material und Energie GmbH	138	Ulrich, Torsten STADT UND LAND Wohnbauten- Gesellschaft mbH	196
Stephan, Lothar Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Verkehrsbetriebe AöR	67	Urban, Gabriele BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	41
Sträßner, Matthias, Dr. Deutschlandradio	189	Usinger, Sabine Rechtsanwältin und Notarin	78
Stubbe, Peter Vorsitzender des Vorstandes der Gewoba AG Wohnen und Bauen, Bremen	211	V	
Stumpenhusen, Susanne Landesbezirksleiterin ver.di, Landesbezirk Berlin-Brandenburg	63, 208	Versteyl, Andrea, Prof. Dr. Rechtsanwältin	67
Sudhof, Margaretha, Dr. Senatsverwaltung für Finanzen, Staatssekretärin	89, 99, 142, 150, 174, 211	Vetter, Erwin, Dr. Minister a.D.	189
T		Vierkorn-Rudolf, Beatrix, Dr. Bundesministerium für Bildung und Forschung	138
Tag, Jaqueline Vorstandsvorsitzende der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)	177	Vogel, Volkmar Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion der CDU	95
Tegtbauer, Tatjana Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	95	Volke-Schleiff, Matthias EDV-Revisor bei der Deutschen Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	106
ter Horst, Jan Niedersächsisches Kultusministerium	120	von der Aue, Gisela Senatorin a.D.	99, 123
		von Lackum, Eugen, Dr. Rechtsanwalt; ehem. Geschäftsführer der TLG Immobilien GmbH	78

von Paczensky, Gregor	63	Wolf, Wolf-Dieter	181
Vorsitzender des Personalrats Abfallwirtschaft und Vorstandsmitglied Gesamtpersonalrat der Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR		Geschäftsführender Gesellschafter der Grundkonzept GmbH	
Voß, Gerhard	114	Wolff, Christine	71
Mitglied des Betriebsrates der BFG		Selbständige Unternehmerin	
W		Y	
Wagner, Ariane, Prof. Dipl.	196	Yzer, Cornelia	150, 181, 200
Ing. Professorin an der HTW Berlin		Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung	
Walkenbach, Georg	181	Z	
Geschäftsführender Gesellschafter der Beurer GmbH		Zahmel, Norbert	223
Warnecke, Petra, Dr.	223	Zoologischer Garten Berlin AG	
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit		Zalenga, Manfred	204
Weber, Olaf	52	Landkreis Oder-Spree, Landrat	
DtA/KfW Bankengruppe		Zandonella, Carlo	177
Weiland, Willy	44	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	
Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Berlin e.V.		Zeglin, Norbert	181
Weniger, Hans-Jörg	106	Messe Berlin GmbH	
Steuerberater		Zehden, Michael	44, 114
Werner, Thomas, Dr.	208	A-Z Hotelmanagement und Beratungs GmbH & Co. KG	
Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH		Zessin, Marina	41
Werth, Bettina	74	BEHALA Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	
Senatsverwaltung für Finanzen		Zillich, Steffen	174
Weskamp, Ludger	204	Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fraktion Die Linke	
Landrat des Landkreises Oberhavel		Zimmer, Nicolas	146
Wibbe, Susanne	67	Technologiestiftung Berlin	
ConMoto Consulting GmbH (München)		Zimmermann, Joachim	41
Wiegand, Rolf	63	Geschäftsführer der Bayernhafen GmbH & Co. KG	
Stellv. Vorsitzender des Gesamtpersonalrats der Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR		Zinke, Doro	71
Wiehoff, Gisela	177	Vorsitzende des DGB des Bezirks Berlin-Brandenburg	
Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg		Zühlsdorff, Peter	181, 208
Wierzchowski, Angelika	99	Kaufmann	
Vorsitzende des Betriebsrats der degewo AG			
Wietschorke, Dagmar	189		
ROC GmbH - RIAS Kammerchor			
Willsch, Klaus-Peter	216		
Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion der CDU			
Winands, Günter, Dr.	166		
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien			
Wittke, Jürgen	85		
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin			
Wittke, Kerstin	142		
Howoge Wohnungsbaugesellschaft mbH			
Wittkowski, Frank	48		
Diplom-Finanzwirt			

**Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: (0331) 8173 1777
Telefax: (030) 9028 4091
www: www.statistik-berlin-brandenburg.de
E-Mail: info@statistik-bbb.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Anstalt erfüllt gemäß Berliner - und Brandenburger Landesstatistikgesetz alle ihr übertragenen Aufgaben. Hierzu gehört auch die Aufbereitung der amtlichen Statistik in der für die administrative Gliederung der Länder erforderlichen kleinräumigen, regionalen und sachlichen Tiefengliederung, sowie Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen.

Zu den Aufgaben gehören insbesondere

1. Erhebung und Aufbereitung der EU-, Bundes- und Landesstatistiken sowie Auswertung, Analyse, Veröffentlichung der statistischen Ergebnisse,
2. Landesstatistiken methodisch und technisch vorzubereiten und weiterzuentwickeln sowie bei der Vorbereitung und Weiterentwicklung von EU- und Bundesstatistiken mitzuwirken,
3. Darstellung und Veröffentlichung von volkswirtschaftlichen und umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie anderen Gesamtsystemen statistischer Daten,
4. Führung eines statistischen Informationssystems.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Anstaltslast	Land Berlin	50,00%
	Land Brandenburg	50,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Frees, Rudolf (komm. Vorstand) <i>Ausgeschieden:</i>	70	01.03. – 31.12.
Rockmann, Ulrike, Prof. Dr.	14	01.01. – 28.02.

Verwaltungsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Kliem, Kurt	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2012/2017
Michael, Hans-Werner	Stellv. Vorsitzender		Mitges. 2011/2017
Abel, Maria, Dr.			Vertr. Bln. 2013/2017
Lübke, Iris			Mitges. 2012/2017

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Verwaltungsratsmitglieder	1/1	1/1	1/1	2/0	1/1

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

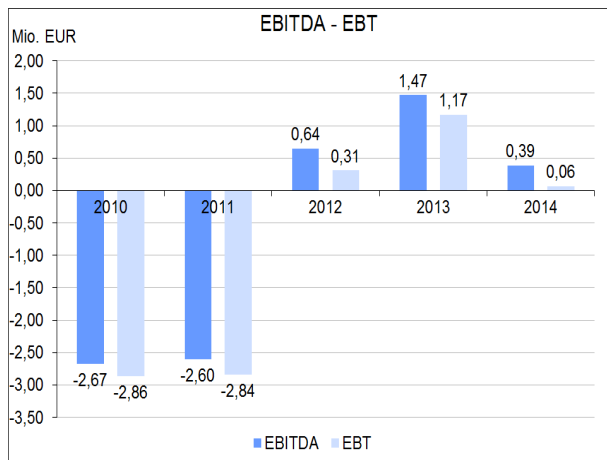
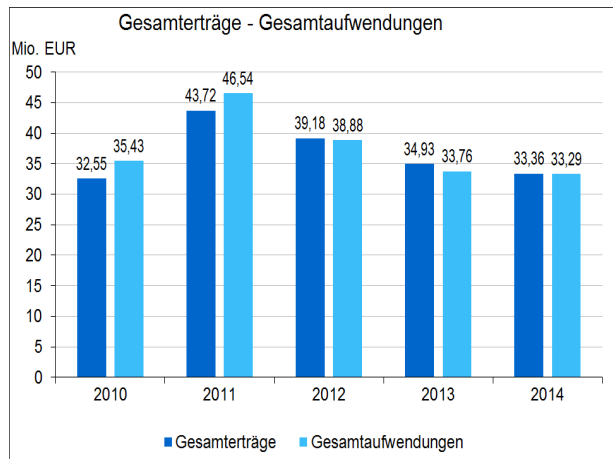
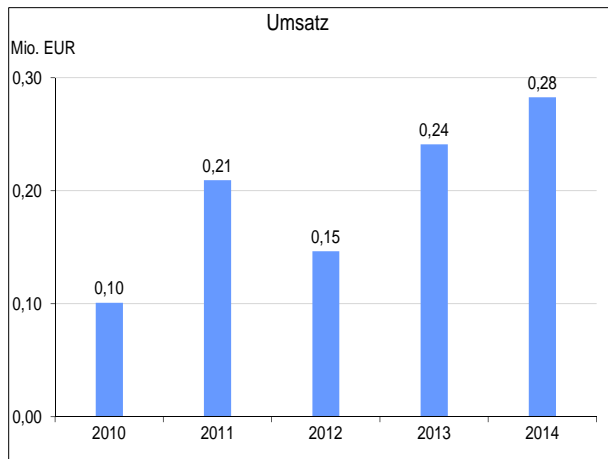
Band 2, Seite 7

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Träger der Anstalt gewähren zu gleichen Teilen einen Ausgleich der Anstaltslast. Eine darüber hinausgehende Haftung der Träger besteht nicht.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	8,40	10,69	15,05	20,74	13,29	
Anlagevermögen	2,29	2,41	2,55	4,61	4,72	
Sachanlagen	0,21	0,27	0,35	0,41	0,49	
Finanzanlagen	2,00	2,00	2,00	4,00	4,00	
Umlaufvermögen	5,90	8,06	11,68	14,93	8,05	
Eigenkapital	0,66	0,60	-0,57	-0,88	1,95	
Rücklagen	---	---	---	1,95	4,82	
Sonderposten für Zuschüsse	0,04	0,11	0,19	0,24	0,29	
Fremdkapital	7,69	9,98	14,85	20,49	11,05	
Rückstellungen	5,49	4,94	6,03	7,08	5,00	
Verbindlichkeiten	2,20	5,03	8,82	13,42	6,06	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	33,36	34,93	39,18	43,72	32,55	
Umsatzerlöse	0,28	0,24	0,15	0,21	0,10	
Übrige Erträge	33,08	34,69	39,04	43,51	32,45	
Gesamtaufwendungen	33,29	33,76	38,88	46,54	35,43	
Personalaufwand	24,49	24,60	27,66	30,68	24,57	
Abschreibungen	0,18	0,19	0,25	0,24	0,19	
Zinsaufwand	0,16	0,20	0,18	0,12	0,10	
Übrige Aufwendungen	8,46	8,77	10,79	15,50	10,56	
EBITDA	0,39	1,47	0,64	-2,60	-2,67	
EBT	0,06	1,17	0,31	-2,84	-2,86	
Jahresergebnis	0,07	1,17	0,31	-2,83	-2,87	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	439	463	567	630	499	
Auszubildende	1	2	3	2	1	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	31,88	32,37	37,38	42,50	31,67	
Zuführungen Land Berlin	17,84	19,09	14,56	28,87	16,82	
Investitionen	0,06	0,05	0,19	0,13	0,31	
Forderungsausfall	0,29	0,22	0,19	0,14	0,07	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	1	1	0	0	0	
Eigenkapitalquote (%)	7,9	5,6	-3,8	-4,3	14,7	
Eigenkapitalrentabilität (%)	9,6	196,1	-53,6	322,0	-147,0	
Umsatzrentabilität (%)	22,5	484,4	210,0	-1.354,8	-2.837,6	
Zinslastquote (%)	56,6	83,8	125,8	57,5	103,8	
Personalkostenquote (%)	8.665,0	10.205,1	18.881,4	14.649,1	24.362,2	
Spezifische Daten						
Bundesstatistiken insgesamt	Anz.	225	227	232	219	219
Statistiken für Bedarf der EU	Anz.	96	96	98	73	73
Unternehmensstatistiken	Anz.	210	208	213	216	216
Onlinestatistiken	Anz.	150	132	108	87	51
Sonstige Statistiken	Anz.	39	38	39	31	31



Hindenburgdamm 10
12203 Berlin

Telefon: (030) 393 73 390
Telefax: (030) 393 73 399
www: www.bbb-infra.de
E-Mail: info@bbb-infra.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Veräußerung, der Besitz, die Verpachtung und Vermietung, der Betrieb, die Planung und Entwicklung, Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern (Hallen-, Frei- und Sommerbädern) für die Öffentlichkeit und für den Freizeit-, Breiten- und Leistungssport sowie von Saunen und Solarien und weiteren Nebengeschäften, das allgemeine und technische Gebäudemanagement von Hallen-, Frei- und Sommerbädern sowie technische und betriebswirtschaftliche Entwicklung bestehender und neuer Bäderstandorte, die Zurverfügungstellung von Schwimmbädern für Schulen, den von ihnen erteilten obligatorischen Schwimmunterricht, förderungswürdige Sportorganisationen und Kindertagesstätten sowie die Entwicklung und Durchführung von Schwimm- und Sportkursen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 17.000.000,00 EUR	davon	Land Berlin	100,00%
		BBB Infrastruktur- Verwaltungs GmbH	0,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name

Komplementärin (BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH), vertreten durch die Geschäftsführer.

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

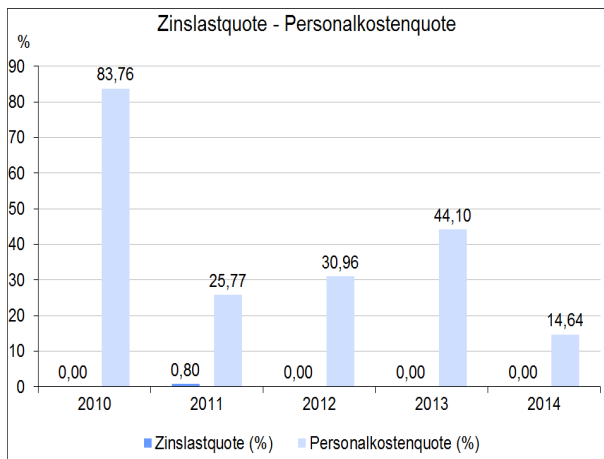
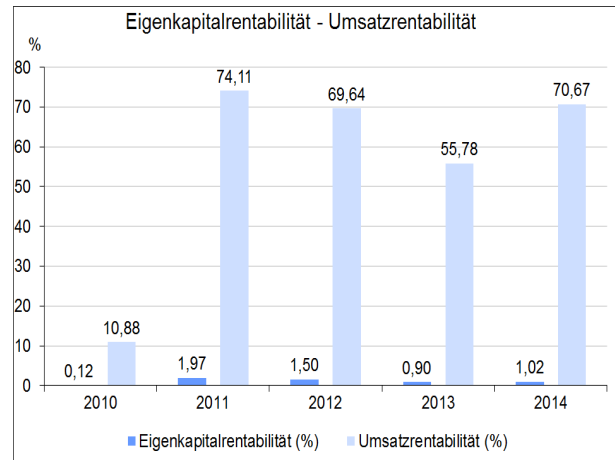
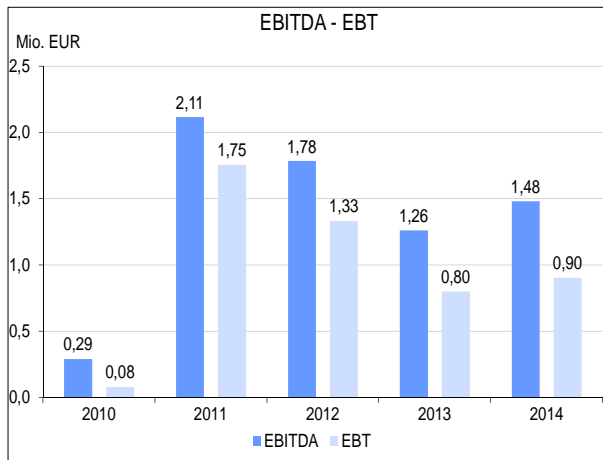
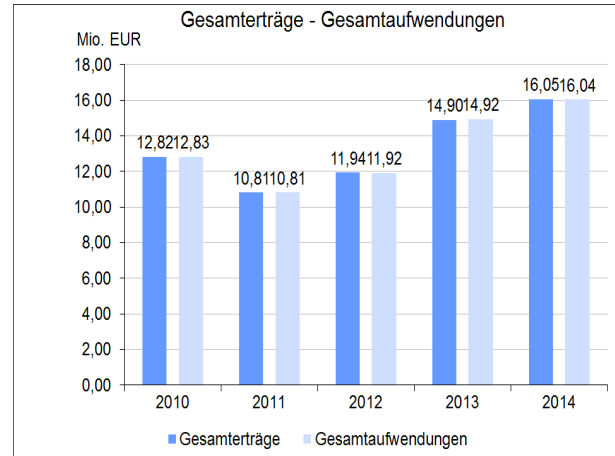
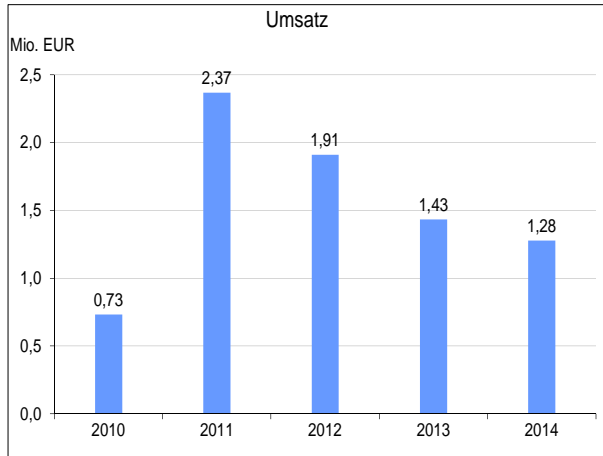
Band 2, Seite 16

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Aufsichtsrat der Komplementärin ist zugleich Kontrollorgan der GmbH & Co. KG.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	98,93	95,94	94,50	96,09	73,35
Anlagevermögen	94,76	92,10	91,76	91,70	69,01
Sachanlagen	94,70	91,98	91,57	91,43	68,83
Finanzanlagen	---	---	---	---	---
Umlaufvermögen	4,16	3,82	2,73	4,37	4,33
Eigenkapital	88,46	88,46	88,43	89,00	66,92
Rücklagen	71,48	71,49	71,43	72,00	49,92
Sonderposten für Zuschüsse	6,06	3,40	3,10	2,46	1,83
Fremdkapital	4,37	4,07	2,97	4,62	4,59
Rückstellungen	2,29	2,84	0,60	0,76	0,68
Verbindlichkeiten	2,08	1,22	2,38	3,86	3,91
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	16,05	14,90	11,94	10,81	12,82
Umsatzerlöse	1,28	1,43	1,91	2,37	0,73
Übrige Erträge	14,77	13,46	10,03	8,45	12,09
Gesamtaufwendungen	16,04	14,92	11,92	10,81	12,83
Personalaufwand	0,19	0,63	0,59	0,61	0,61
Abschreibungen	0,58	0,46	0,46	0,34	0,21
Zinsaufwand	---	---	0,00	0,02	0,00
Übrige Aufwendungen	15,27	13,83	10,87	9,84	12,00
EBITDA	1,48	1,26	1,78	2,11	0,29
EBT	0,90	0,80	1,33	1,75	0,08
Jahresergebnis	0,01	-0,03	0,02	0,00	0,00
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	5	13	13	13	14
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	13,10	12,44	9,01	7,38	11,62
Zuführungen Land Berlin	13,10	12,44	9,01	7,38	11,62
Investitionen	3,41	0,81	1,18	0,94	0,76
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	247	110	147	182	52
Eigenkapitalquote (%)	89,4	92,2	93,6	92,6	91,2
Eigenkapitalrentabilität (%)	1,0	0,9	1,5	2,0	0,1
Umsatzrentabilität (%)	70,7	55,8	69,6	74,1	10,9
Zinslastquote (%)	---	---	0,0	0,8	0,0
Personalkostenquote (%)	14,6	44,1	31,0	25,8	83,8
Spezifische Daten					
Anzahl Grundstücke	Anz.	58	58	57	50
Größe Flächenbestand	Tsd. m ²	1.124	1.124	1.124	949



BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH

Hindenburgdamm 10
12203 Berlin

Telefon: (030) 393 73 390
Telefax: (030) 393 73 399
www: www.bbb-infra.de
E-Mail: info@bbb-infra.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Beteiligung an anderen Unternehmen sowie die Übernahme der Funktion als persönlich haftende geschäftsführende Gesellschafterin der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, die den Erwerb und die Veräußerung, den Besitz, die Verpachtung und Vermietung, den Betrieb, die Planung und Entwicklung, Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern (Hallen-, Frei- und Sommerbädern) für die Öffentlichkeit und für den Freizeit-, Breiten- und Leistungssport sowie von Saunen und Solarien und weiteren Nebengeschäften, das allgemeine und technische Gebäudemanagement von Hallen-, Frei- und Sommerbädern sowie die technische und betriebswirtschaftliche Entwicklung bestehender und neuer Bäderstandorte, die zur Verfügungstellung von Schwimmbädern für Schulen des von ihnen erteilten obligatorischen Schwimmunterrichts, förderungswürdige Sportorganisationen und Kindertagesstätten, sowie die Entwicklung und Durchführung von Schwimm- und Sportkursen und die Durchführung von allen Geschäften, die mit den vorgenannten Zwecken im Zusammenhang stehen oder ihnen förderlich sind, zum Gegenstand hat.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 25.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, Berlin	17,00	0,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Bested Hensing, Ole	8	ganzjährig
Siering, Annette	8	ganzjährig

Die Geschäftsführer sind in Personalunion zugleich Vorstände der Berliner Bäderbetriebe AöR.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Henkel, Frank, Senator	Vorsitzender	---	qua Amt	2012/ --
Feiler, Klaus, Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2012/ --
Böger, Klaus		1	qua Amt	2012/ --
Komoß, Stefan, Bezirksbürgermeister		---	Vertr. Bln.	2012/ --
N.N.			Vertr. Bln.	2012/ --

Die Mitglieder des Aufsichtsrats, die im Dienst des Landes Berlin stehen, erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/2	1/2	1/2	1/4	2/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 33

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden entsandt. Die Mitgliedschaft endet, wenn das Aufsichtsratsmitglied das Amt verliert, welches für seine Benennung maßgeblich war oder mit dem Widerruf der Entsendung durch die jeweils entsendende Senatsverwaltung.

Aufgrund der Geringfügigkeit der Daten wird auf eine grafische Darstellung verzichtet.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	0,06	0,05	0,05	0,05	0,04
Anlagevermögen	---	---	---	---	---
Sachanlagen	---	---	---	---	---
Finanzanlagen	---	---	---	---	---
Umlaufvermögen	0,06	0,05	0,05	0,05	0,04
Eigenkapital	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03
Rücklagen	---	---	---	---	---
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---
Fremdkapital	0,04	0,02	0,02	0,02	0,01
Rückstellungen	0,02	0,02	0,01	0,02	0,01
Verbindlichkeiten	0,01	0,00	0,01	0,00	0,00
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01
Umsatzerlöse	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01
Übrige Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtaufwendungen	0,03	0,02	0,02	0,02	0,01
Personalaufwand	---	---	---	---	---
Abschreibungen	---	---	---	---	---
Zinsaufwand	---	---	---	---	---
Übrige Aufwendungen	0,03	0,02	0,02	0,02	0,01
EBITDA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	2	2	2	2	2
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---
Investitionen	---	---	---	---	---
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	11	11	9	10	7
Eigenkapitalquote (%)	35,0	52,9	58,3	58,1	69,9
Eigenkapitalrentabilität (%)	-15,3	-8,6	-0,7	-1,7	-1,1
Umsatzrentabilität (%)	-15,2	-9,6	-1,0	-2,2	-2,0
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---

Westhafenstraße 1
13353 Berlin

Telefon: (030) 390 95 202
Telefax: (030) 390 95 139
www: www.behala.de
E-Mail: info@behala.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Betrieb von insbesondere öffentlichen Häfen, die Lagerei und der Umschlag von Waren und Gütern aller Art einschließlich der Wiederaufbereitung von Bauschutt und kontaminierten Böden, die Vermietung und Verpachtung von Immobilien, die Erbringung von Logistikleistungen und der Betrieb von Hafen- und Regionalbahnen u.a. für den Güterverkehr.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 21.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
B-Plus Planungs-Aktiengesellschaft, Berlin	2,60	100,00%
BPS BEHALA Port Services GmbH, Berlin	0,03	100,00%
IGB, Industriebahn-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin	0,73	49,80%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Stäblein, Peter	173	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Rhode-Mühlenhoff, Heidrun	Vorsitzende	5	Vertr. Bln. 2013/2017
Randow, Monika	Stellv. Vorsitzende	4	Vertr. Bln. 2012/2017
Erb-Korn, Patricia		3	Vertr. Bln. 2012/2017
Urban, Gabriele		3	AN 2012/2017
Zessin, Marina		3	AN 2004/2017
Zimmermann, Joachim		3	Vertr. Bln. 2007/2017

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	3/1	3/1	3/1	0/4	1/3

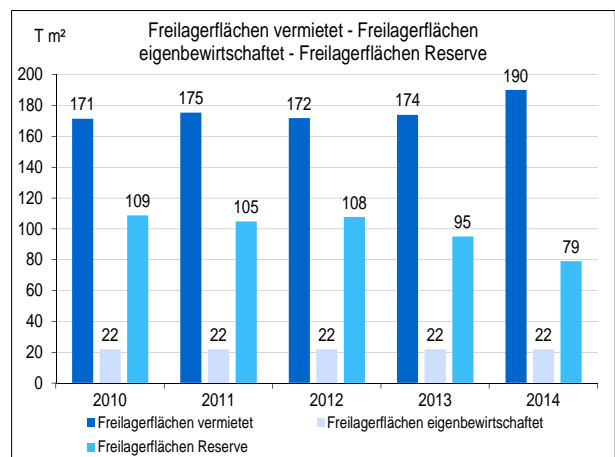
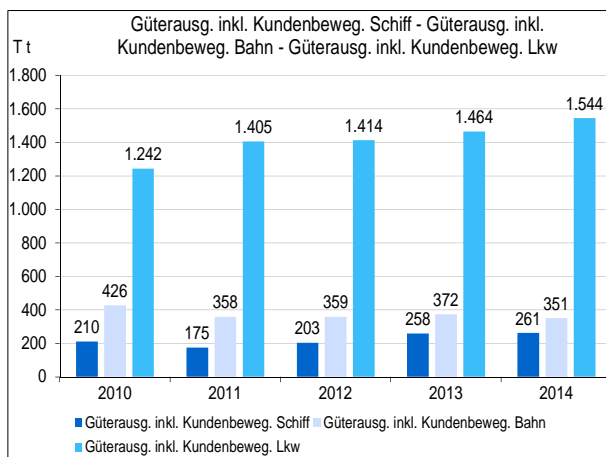
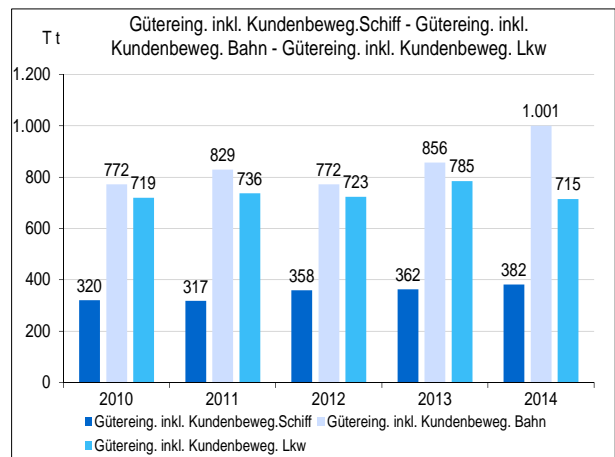
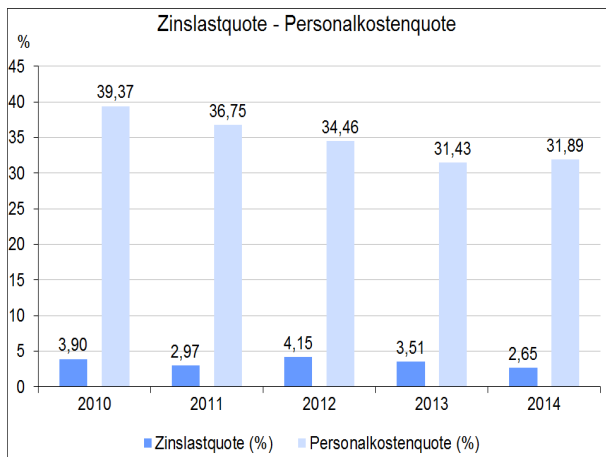
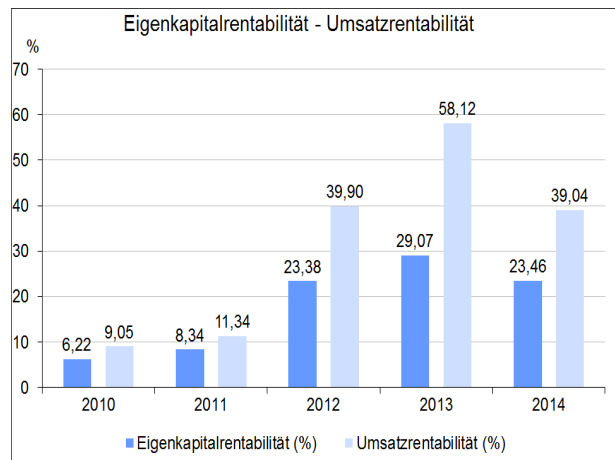
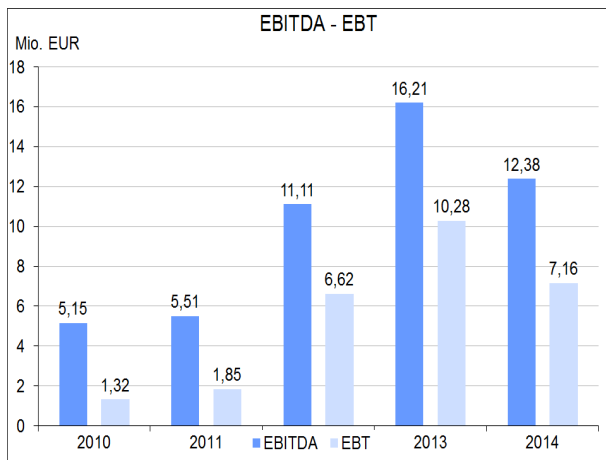
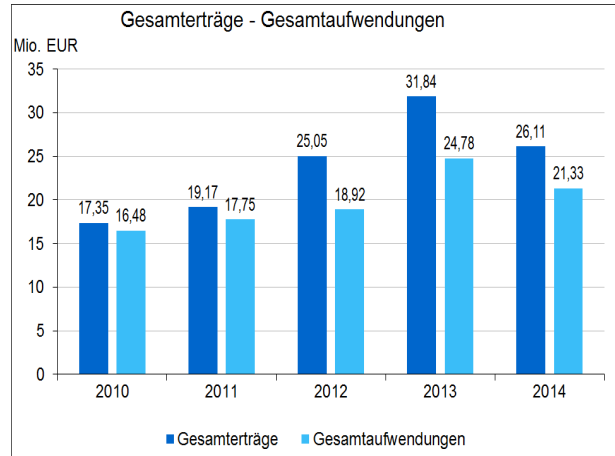
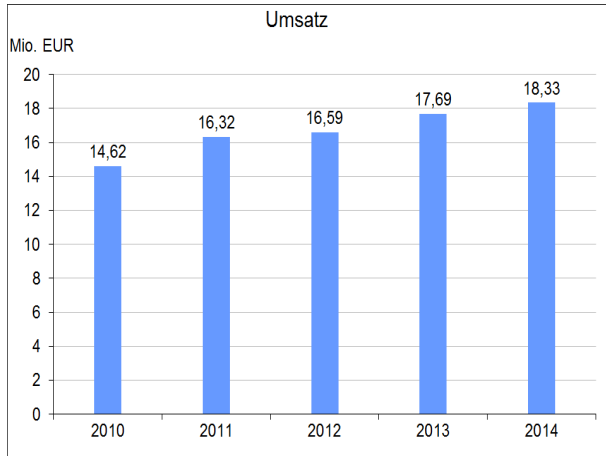
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 46

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	94,89	102,46	94,18	84,62	76,85	
Anlagevermögen	86,92	89,04	87,61	80,97	72,75	
Sachanlagen	74,43	76,56	73,96	67,32	59,09	
Finanzanlagen	12,22	12,22	13,37	13,37	13,37	
Umlaufvermögen	7,79	13,20	6,35	3,42	3,85	
Eigenkapital	30,51	35,37	28,31	22,18	21,25	
Rücklagen	0,79	0,79	0,79	0,79	1,29	
Sonderposten für Zuschüsse	21,35	22,79	23,48	23,33	16,08	
Fremdkapital	18,02	20,36	20,47	16,67	16,55	
Rückstellungen	7,65	7,32	6,27	6,88	6,89	
Verbindlichkeiten	10,37	13,04	14,21	9,80	9,66	
Kreditverbindlichkeiten	7,64	9,64	12,03	4,63	6,23	
GuV						
Gesamterträge	26,11	31,84	25,05	19,17	17,35	
Umsatzerlöse	18,33	17,69	16,59	16,32	14,62	
Übrige Erträge	7,78	14,15	8,46	2,86	2,73	
Gesamtaufwendungen	21,33	24,78	18,92	17,75	16,48	
Personalaufwand	5,84	5,56	5,72	6,00	5,76	
Abschreibungen	4,82	5,70	3,83	3,18	2,80	
Zinsaufwand	0,49	0,62	0,69	0,48	0,57	
Übrige Aufwendungen	10,18	12,90	8,69	8,09	7,35	
EBITDA	12,38	16,21	11,11	5,51	5,15	
EBT	7,16	10,28	6,62	1,85	1,32	
Jahresergebnis	4,78	7,06	6,13	1,42	0,87	
Gewinnabführung	---	9,00	---	0,50	0,50	
Beschäftigte	102	106	109	113	113	
Auszubildende	9	6	6	5	8	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	0,33	1,01	1,63	8,23	3,36	
Zuführungen Land Berlin	---	0,48	---	2,67	1,40	
Investitionen	3,10	7,78	10,71	11,43	5,95	
Forderungsausfall	---	0,02	---	0,01	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	180	167	152	144	129	
Eigenkapitalquote (%)	32,2	34,5	30,1	26,2	27,7	
Eigenkapitalrentabilität (%)	23,5	29,1	23,4	8,3	6,2	
Umsatzrentabilität (%)	39,0	58,1	39,9	11,3	9,0	
Zinslastquote (%)	2,6	3,5	4,1	3,0	3,9	
Personalkostenquote (%)	31,9	31,4	34,5	36,8	39,4	
Spezifische Daten						
Freilagerflächen vermietet	Tsd. m ²	190	174	172	175	171
Freilagerflächen eigenbewirtschaftet	Tsd. m ²	22	22	22	22	22
Freilagerflächen Reserve	Tsd. m ²	79	95	108	105	109
Gedeckter Lagerraum	Tsd. m ²	118	118	116	116	117
Gütereing. inkl. Kundenbeweg. Schiff	T t	382	362	358	317	320
Gütereing. inkl. Kundenbeweg. Bahn	T t	1.001	856	772	829	772
Gütereing. inkl. Kundenbeweg. Lkw	T t	715	785	723	736	719
Güterausg. inkl. Kundenbeweg. Schiff	T t	261	258	203	175	210
Güterausg. inkl. Kundenbeweg. Bahn	T t	351	372	359	358	426
Güterausg. inkl. Kundenbeweg. Lkw	T t	1.544	1.464	1.414	1.405	1.242



Am Karlsbad 11
10785 Berlin

Telefon: (030) 26 47 48 - 0
Telefax: (030) 25 00 24 24
www: www.visitBerlin.de
E-Mail: information@visitBerlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung des Tourismus, des Geschäftsreiseverkehrs, von Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongressen sowie die Information der Touristen der Region Berlin. Die Gesellschaft betreibt damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungs- und Handelsgeschäfte.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 512.000,00 EUR	davon	visitBerlin-Partnerhotels e.V.	40,00%
		Investitionsbank Berlin	25,00%
		Anstalt des öffentlichen Rechts	
		Land Berlin	15,00%
		Flughafen Berlin	10,00%
		Brandenburg GmbH	
		Messe Berlin GmbH	5,00%
		TMB Tourismus-Marketing	5,00%
		Brandenburg GmbH	

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Stadt und Land Reisen GmbH	0,03	100,00%
Berlin-Brandenburg WelcomeCenter GmbH	0,03	50,00%
TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH, Potsdam	0,10	4,98%
dotBerlin GmbH & Co. KG	0,03	0,10%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Kieker, Burkhard	296	ganzjährig

Aufsichtsrat

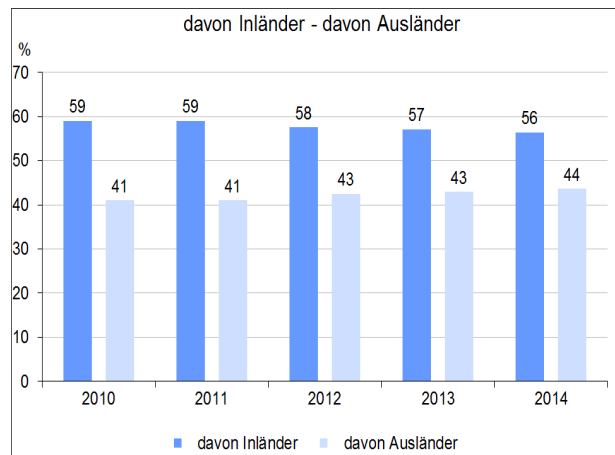
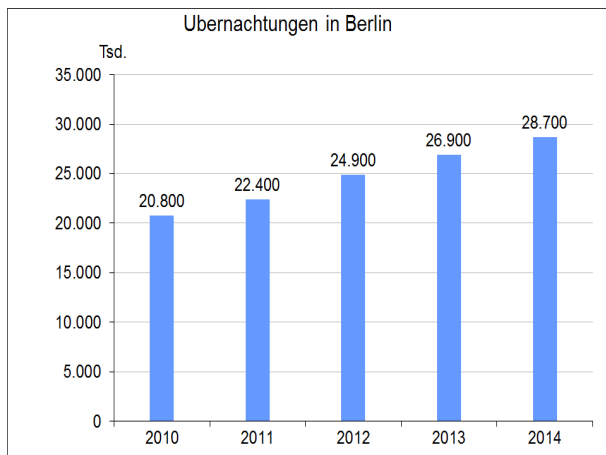
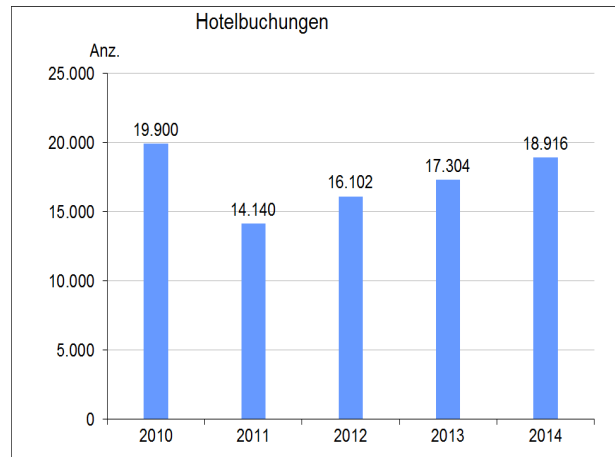
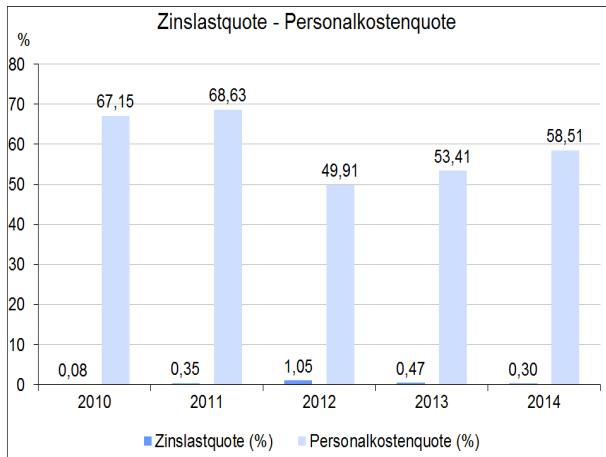
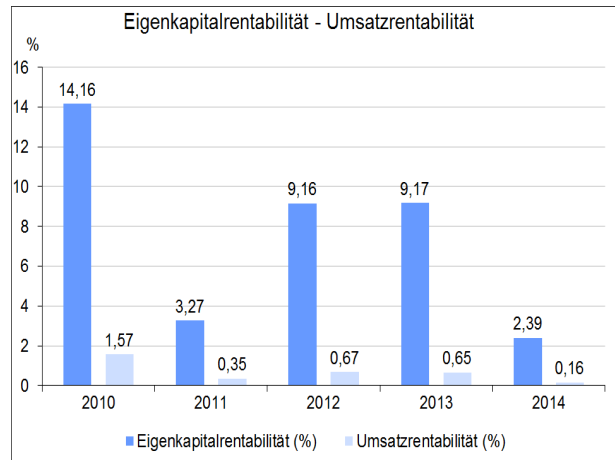
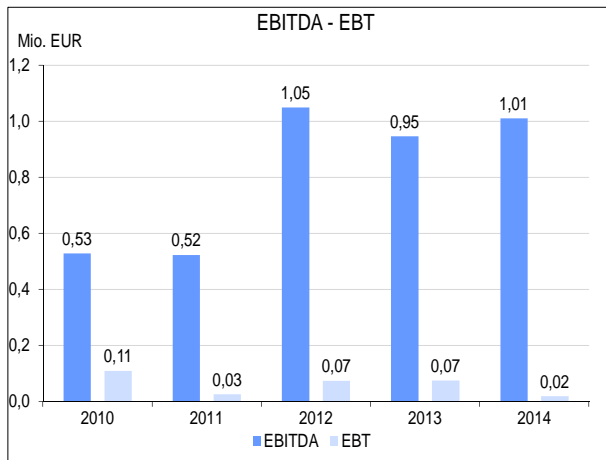
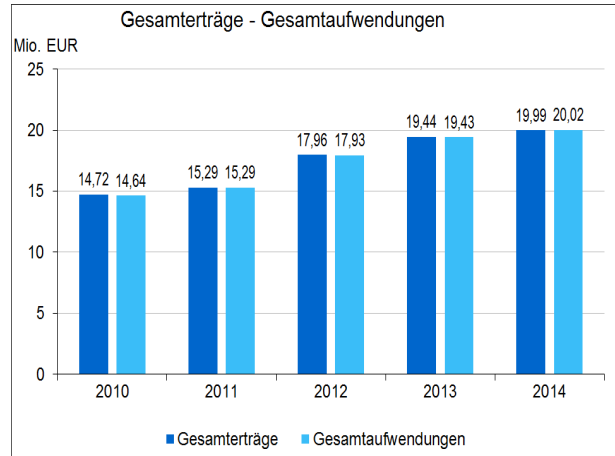
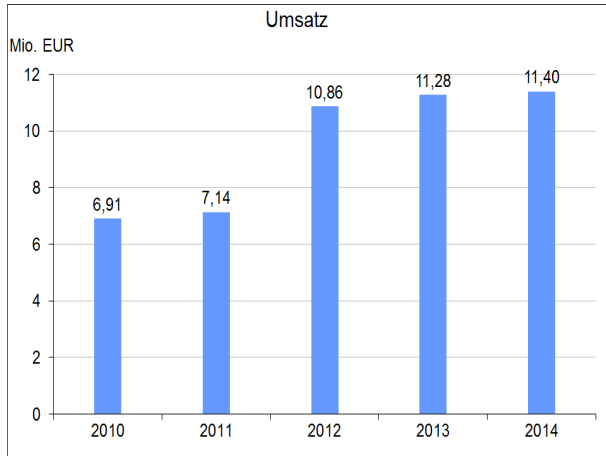
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Zehden, Michael	Vorsitzender		Mitges. 2007/2017
Rhode-Mühlenhoff, Heidrun	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2013/2017
Göke, Christian, Dr.			Mitges. 2000/2017
Holtkamp, Jens			Mitges. 2013/2017
Hütte, Dieter			Mitges. 2002/2017
Jacobs, Ute			Mitges. 2013/2017
Kropp, Thomas			Vertr. Bln. 2013/2017
Mühlenfeld, Karsten, Dr.			Mitges. 2015/2017
Weiland, Willy			Mitges. 2012/2017

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/1	1/1	0/0	0/1	0/1

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	7,49	9,19	9,49	7,73	3,88	
Anlagevermögen	2,76	3,25	3,20	3,14	0,78	
Sachanlagen	0,47	0,40	0,32	0,36	0,44	
Finanzanlagen	0,51	0,46	0,40	0,12	0,01	
Umlaufvermögen	4,71	5,87	6,24	4,57	3,07	
Eigenkapital	0,77	0,80	0,80	0,77	0,76	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	0,96	0,98	0,76	0,43	0,39	
Fremdkapital	5,76	7,40	7,94	6,53	2,72	
Rückstellungen	0,50	0,51	0,48	0,51	0,54	
Verbindlichkeiten	5,26	6,89	7,46	6,03	2,19	
Kreditverbindlichkeiten	0,80	1,10	1,40	1,00	---	
GuV						
Gesamterträge	19,99	19,44	17,96	15,29	14,72	
Umsatzerlöse	11,40	11,28	10,86	7,14	6,91	
Übrige Erträge	8,59	8,16	7,10	8,14	7,81	
Gesamtaufwendungen	20,02	19,43	17,93	15,29	14,64	
Personalaufwand	6,67	6,02	5,42	4,90	4,64	
Abschreibungen	0,98	0,86	0,88	0,49	0,42	
Zinsaufwand	0,03	0,05	0,11	0,02	0,01	
Übrige Aufwendungen	12,33	12,50	11,52	9,87	9,58	
EBITDA	1,01	0,95	1,05	0,52	0,53	
EBT	0,02	0,07	0,07	0,03	0,11	
Jahresergebnis	-0,03	0,00	0,03	0,00	0,08	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	190	182	176	174	166	
Auszubildende	16	17	16	15	16	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	7,63	6,99	6,12	7,06	6,87	
Zuführungen Land Berlin	7,63	6,99	6,12	7,06	6,87	
Investitionen	0,44	0,85	0,66	2,86	0,36	
Forderungsausfall	0,02	0,03	0,03	0,01	0,01	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	60	62	62	41	42	
Eigenkapitalquote (%)	10,3	8,7	8,4	10,0	19,7	
Eigenkapitalrentabilität (%)	2,4	9,2	9,2	3,3	14,2	
Umsatzrentabilität (%)	0,2	0,7	0,7	0,4	1,6	
Zinslastquote (%)	0,3	0,5	1,1	0,3	0,1	
Personalkostenquote (%)	58,5	53,4	49,9	68,6	67,2	
Spezifische Daten						
Veranstaltungen Kongressbereich	Anz.	76	81	74	39	29
Hotelbuchungen	Anz.	18.916	17.304	16.102	14.140	19.900
beantwortete Touristenanfragen	Anz.	99.760	85.737	144.173	113.000	123.900
telefonische Anfragen	Anz.	75.859	66.900	106.173	83.000	65.900
schriftliche Anfragen	Anz.	23.901	18.837	38.000	30.000	58.000
Übernachtungen in Berlin	Tsd.	28.700	26.900	24.900	22.400	20.800
davon Inländer	%	56,4	57,1	57,5	59,0	59,0
davon Ausländer	%	43,6	42,9	42,5	41,0	41,0



**Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Sachsendamm 2-4
10129 Berlin

Telefon: (030) 787 32 - 5
Telefax: (030) 787 32 999
www: www.berlinerbaederbetriebe.de
E-Mail: vorstand@bbb-aoer.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Berliner Bäder-Betriebe haben den gesetzlichen Auftrag des Landes Berlin, im Rahmen der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben zur Daseinsfürsorge für die Berliner Bevölkerung die Berliner Bäder zur sportlichen Betätigung, Erholung und Entspannung zu betreiben, die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und Sportvereine zu sichern und dabei durch einen effizienten und kaufmännischen Betrieb dieser Bäder die Belastungen für den öffentlichen Haushalt der Stadt zu reduzieren.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 25.564,59 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Bested Hensing, Ole	177	ganzjährig
Siering, Annette	149	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Henkel, Frank, Senator	Vorsitzender		qua Amt
Komoß, Stefan, Bezirksbürgermeister	Stellv. Vorsitzender		Vertr. Bln. 2012/ --
Böger, Klaus			qua Amt 2011/ --
Feiler, Klaus, Staatssekretär			Vertr. Bln. 2012/ --
Hagen, Ina			AN 2012/ --
Klebba, Sigrid, Staatssekretärin			Vertr. Bln. 2012/ --
N.N.			Vertr. Bln. 2012/ --
Wittkowski, Frank			AN 2012/ --

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/2	2/2	2/2	2/2	2/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 62

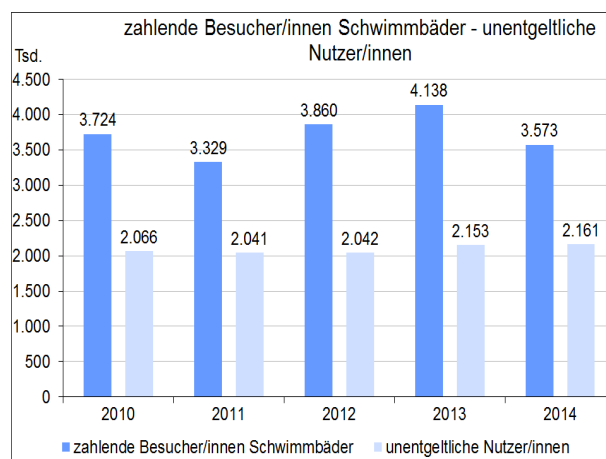
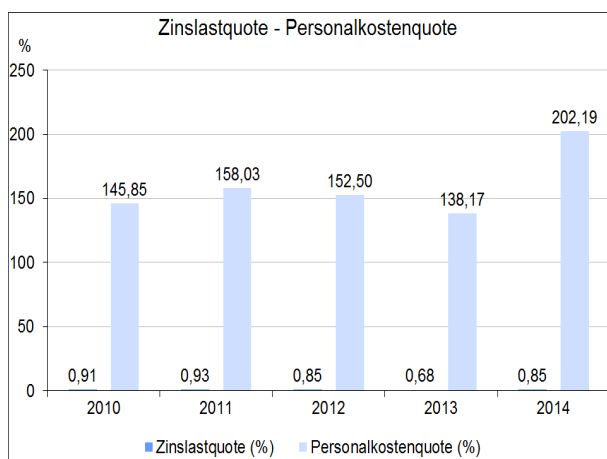
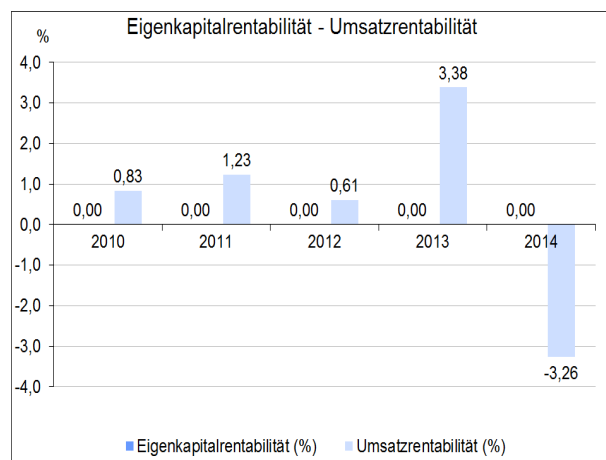
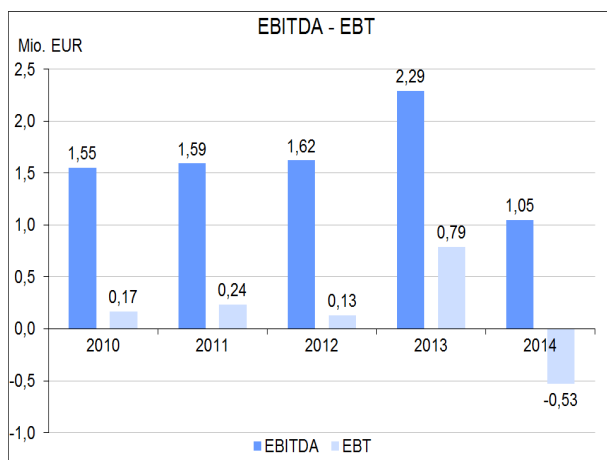
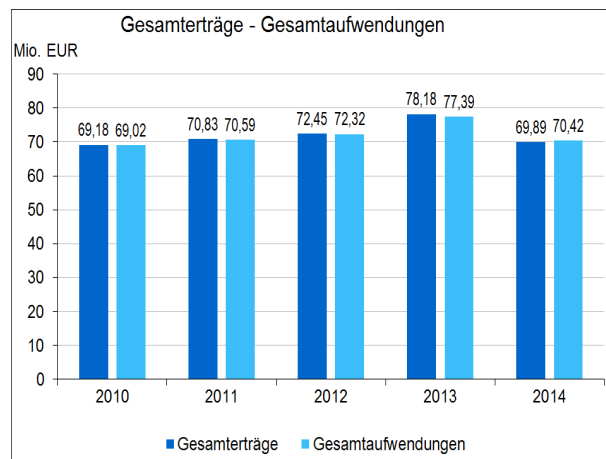
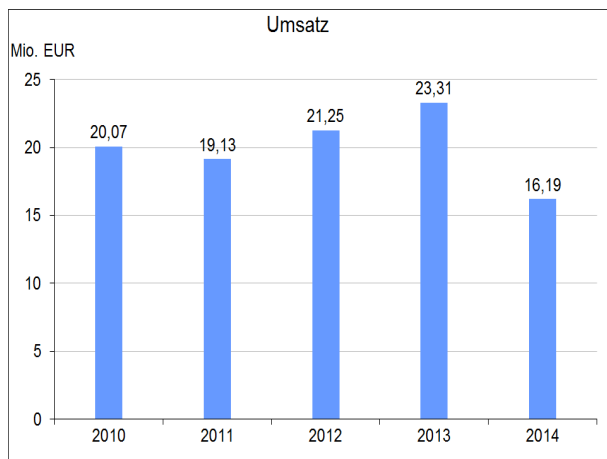
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Aufsichtsrat ist bestellt bis zum Ende der 16. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin, wobei die Bestellung erst dann endet, wenn ein neuer Aufsichtsrat bestellt worden ist.

Das Unternehmen wies im Jahr 2014 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 5,36 Mio. € (Vj. 4,83 Mio. €) aus.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	18,11	19,53	23,15	23,26	26,43	
Anlagevermögen	7,80	7,95	8,57	9,44	8,07	
Sachanlagen	7,53	7,62	8,20	9,21	7,99	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	4,87	6,70	8,90	8,04	12,35	
Eigenkapital	---	---	---	---	---	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	7,25	7,30	7,83	8,59	7,13	
Fremdkapital	8,57	9,58	8,87	12,99	16,51	
Rückstellungen	6,67	7,30	7,29	11,21	14,71	
Verbindlichkeiten	1,90	2,28	1,58	1,78	1,80	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	69,89	78,18	72,45	70,83	69,18	
Umsatzerlöse	16,19	23,31	21,25	19,13	20,07	
Übrige Erträge	53,70	54,87	51,20	51,70	49,11	
Gesamtaufwendungen	70,42	77,39	72,32	70,59	69,02	
Personalaufwand	32,73	32,20	32,40	30,23	29,27	
Abschreibungen	1,45	1,36	1,35	1,27	1,11	
Zinsaufwand	0,14	0,16	0,18	0,18	0,18	
Übrige Aufwendungen	36,11	43,67	38,40	38,92	38,45	
EBITDA	1,05	2,29	1,62	1,59	1,55	
EBT	-0,53	0,79	0,13	0,24	0,17	
Jahresergebnis	-0,53	0,78	0,13	0,23	0,16	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	776	772	807	731	700	
Auszubildende	30	39	38	38	32	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	47,60	50,01	44,70	45,04	45,31	
Zuführungen Land Berlin	47,27	49,68	44,64	44,44	44,76	
Investitionen	1,31	0,75	0,62	2,63	1,20	
Forderungsausfall	0,24	0,03	0,06	0,55	0,25	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	21	30	26	26	29	
Eigenkapitalquote (%)	---	---	---	---	---	
Eigenkapitalrentabilität (%)	---	---	---	---	---	
Umsatzrentabilität (%)	-3,3	3,4	0,6	1,2	0,8	
Zinslastquote (%)	0,8	0,7	0,8	0,9	0,9	
Personalkostenquote (%)	202,2	138,2	152,5	158,0	145,8	
Spezifische Daten						
zahlende Besucher/innen Schwimmbäder	Tsd.	3.573	4.138	3.860	3.329	3.724
unentgeltliche Nutzer/innen	Tsd.	2.161	2.153	2.042	2.041	2.066
Saunabesucher/innen	Tsd.	172	180	210	220	197
Bäder	Anz.	62	62	63	63	63



**Berliner Energieagentur Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**



Französische Str. 23
10117 Berlin

Telefon: (030) 29 33 30 - 0
Telefax: (030) 29 33 30 - 99
www: www.berliner-e-agentur.de
E-Mail: office@berliner-e-agentur.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist es, als Energiedienstleistungsunternehmen insbesondere Betriebe, Institutionen und öffentliche Verwaltungen über Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung, zur umweltschonenden energetischen Modernisierung und beim Bau umweltschonender und effizienter Energieanlagen zu beraten sowie solche Vorhaben zu planen, zu finanzieren, zu realisieren und zu betreiben.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 2.557.200,00 EUR	davon	GASAG Berliner Gaswerke AG, Berlin	25,00%
		KfW Bankengruppe	25,00%
		Land Berlin	25,00%
		Vattenfall Europe Wärme AG	25,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
EPRO Energieprojektgesellschaft Berlin mbH, Berlin	0,03	100,00%

Geschäftsführung

Name

Geißler, Michael

Aufsichtsrat

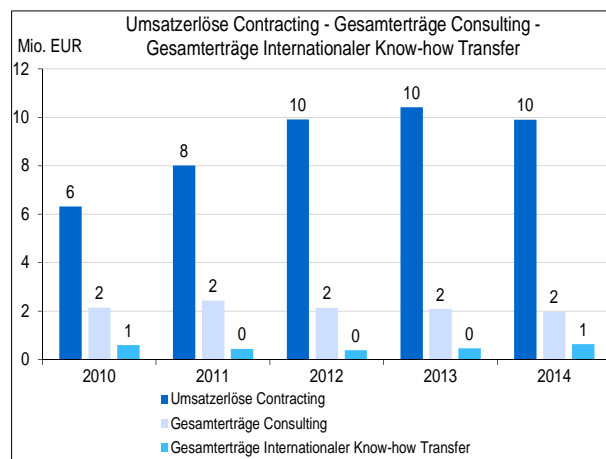
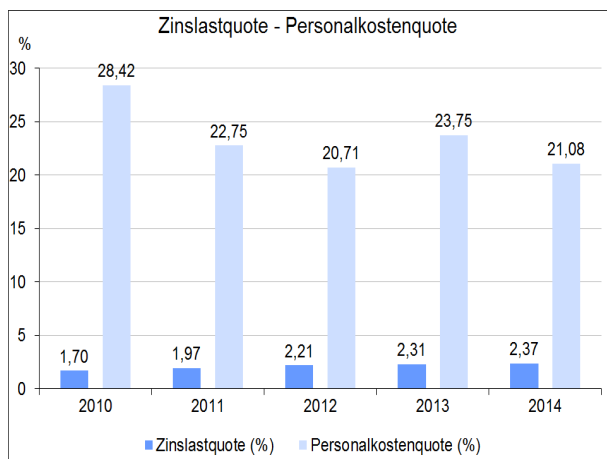
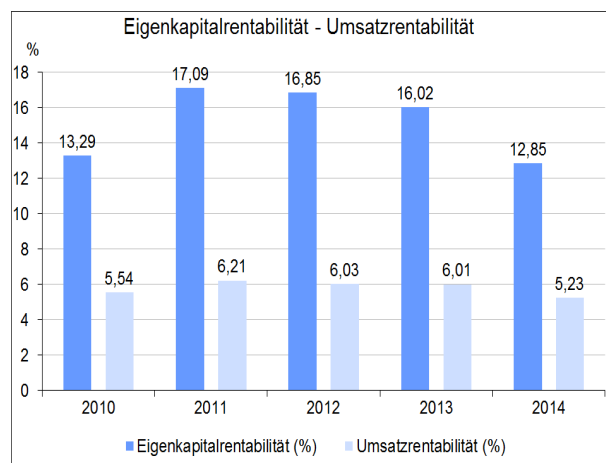
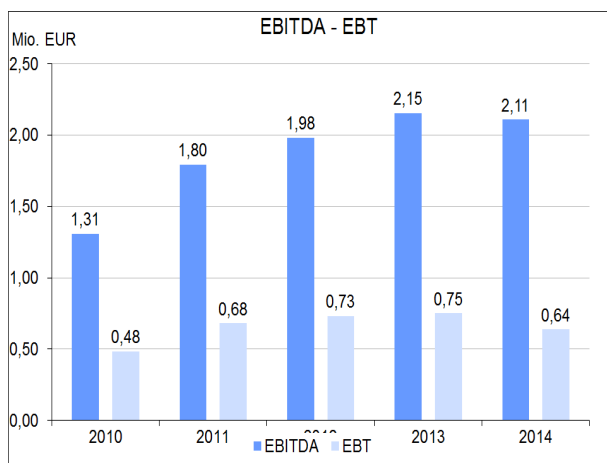
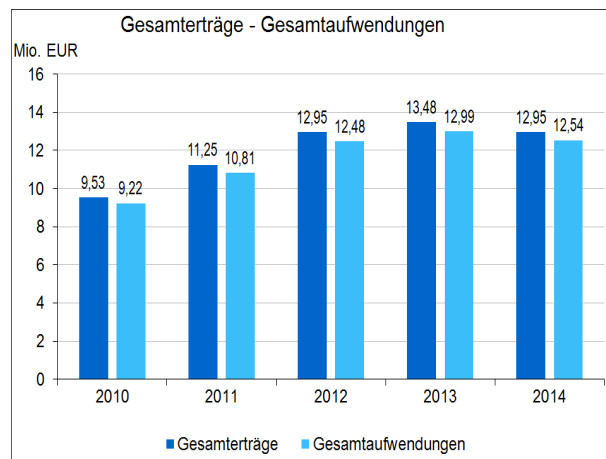
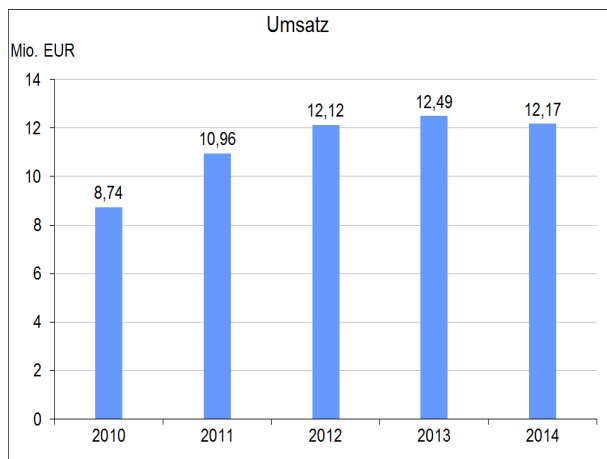
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Gaebler, Christian, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln.	2012/2015
Müller, Gunther	Stellv. Vorsitzender		Mitges.	2013/2015
Gieseking, Katja			Mitges.	2013/2015
Grützmaker, Stefan			Mitges.	2013/2015
Kauert, Hans-Georg			Vertr. Bln.	2013/2015
Krämer, Christian			Mitges.	2012/2015
May, Frank, Dr.			Mitges.	2010/2015
Weber, Olaf			Mitges.	1995/2015

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/2	0/2	0/2	0/2	1/1

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	18,44	17,29	17,24	15,67	13,06	
Anlagevermögen	14,19	12,79	12,47	10,48	7,89	
Sachanlagen	14,10	12,68	12,37	10,39	7,87	
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	
Umlaufvermögen	3,87	4,15	4,40	4,87	4,84	
Eigenkapital	4,96	4,68	4,34	3,98	3,65	
Rücklagen	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	
Sonderposten für Zuschüsse	0,31	0,28	0,32	0,36	0,42	
Fremdkapital	13,16	12,32	12,57	11,28	8,99	
Rückstellungen	1,02	1,12	1,42	1,87	0,80	
Verbindlichkeiten	12,14	11,20	11,15	9,41	8,19	
Kreditverbindlichkeiten	9,26	8,57	8,36	6,50	4,69	
GuV						
Gesamterträge	12,95	13,48	12,95	11,25	9,53	
Umsatzerlöse	12,17	12,49	12,12	10,96	8,74	
Übrige Erträge	0,78	0,99	0,83	0,29	0,79	
Gesamtaufwendungen	12,54	12,99	12,48	10,81	9,22	
Personalaufwand	2,57	2,97	2,51	2,49	2,48	
Abschreibungen	1,20	1,13	1,08	0,97	0,75	
Zinsaufwand	0,29	0,29	0,27	0,22	0,15	
Übrige Aufwendungen	8,49	8,61	8,63	7,14	5,84	
EBITDA	2,11	2,15	1,98	1,80	1,31	
EBT	0,64	0,75	0,73	0,68	0,48	
Jahresergebnis	0,41	0,49	0,47	0,44	0,30	
Gewinnabführung	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	
Beschäftigte	53	56	46	48	49	
Auszubildende	9	8	8	6	6	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	0,43	0,33	0,52	0,19	0,19	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	2,59	1,61	3,15	3,56	3,38	
Forderungsausfall	0,02	0,01	0,02	0,01	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	231	224	261	229	178	
Eigenkapitalquote (%)	26,9	27,1	25,2	25,4	27,9	
Eigenkapitalrentabilität (%)	12,8	16,0	16,8	17,1	13,3	
Umsatzrentabilität (%)	5,2	6,0	6,0	6,2	5,5	
Zinslastquote (%)	2,4	2,3	2,2	2,0	1,7	
Personalkostenquote (%)	21,1	23,7	20,7	22,8	28,4	
Spezifische Daten						
Umsatzerlöse Contracting	Mio. €	9,90	10,41	9,91	8,01	6,31
Gesamterträge Consulting	Mio. €	1,97	2,07	2,13	2,42	2,14
Gesamterträge Internationaler Know-how Transfer	Mio. €	0,63	0,45	0,37	0,43	0,59



**Berliner Großmarkt
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**



Beusselstraße 44 n - q
10553 Berlin

Telefon: (030) 39 89 61 - 0
Telefax: (030) 39 89 61 - 24
www: www.berliner-grossmarkt.de
E-Mail: info@berliner-grossmarkt.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung, Schaffung und Vermarktung von Markt- und Handelsflächen für den Einzel- und Großhandel insbesondere mit für den Endverbraucher bestimmten Produkten. Hierzu gehören auch:

1. Die Verwaltung und der Betrieb von Großmärkten insbesondere
 - a) für den Großhandel mit Obst, Gemüse und Südfrüchten,
 - b) für den Großhandel mit Fleisch- und Wurstwaren,
 - c) für den Großhandel mit Blumen, Floristikbedarf und Pflanzen,
 - e) für Erzeuger von im eigenen Betrieb erzeugten Waren der Land- und Gartenbauwirtschaft, nebst allen hierzu gehörenden Nebenanlagen und Nebeneinrichtungen.
2. Die Verwaltung und der Betrieb von Einzelhandelsmarkthallen nebst allen hierzu gehörenden Nebenanlagen und Nebeneinrichtungen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 24.800.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Foidl, Andreas	150	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Rhode-Mühlenhoff, Heidrun	Vorsitzende	1	Vertr. Bln. 2012/2019
Cremers, Franz-Josef	Stellv. Vorsitzender	1	Vertr. Bln. 2014/2019
Bläschke, Angelika, Dr.		1	Vertr. Bln. 1999/2019
Genrich, Karin		1	Vertr. Bln. 2009/2019
Lelbach, Abris		1	Vertr. Bln. 2014/2019

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	3/2	3/2	3/2	2/3	2/3

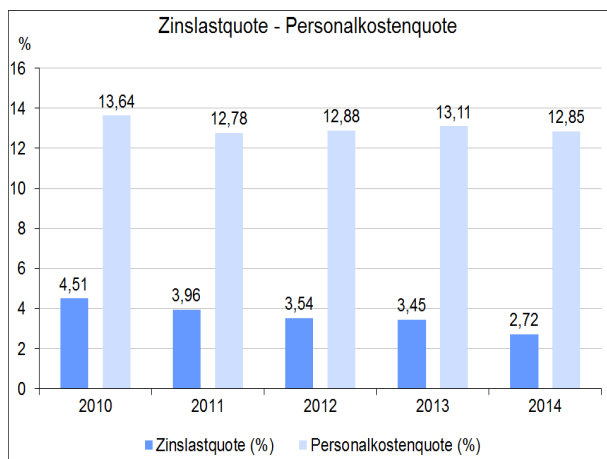
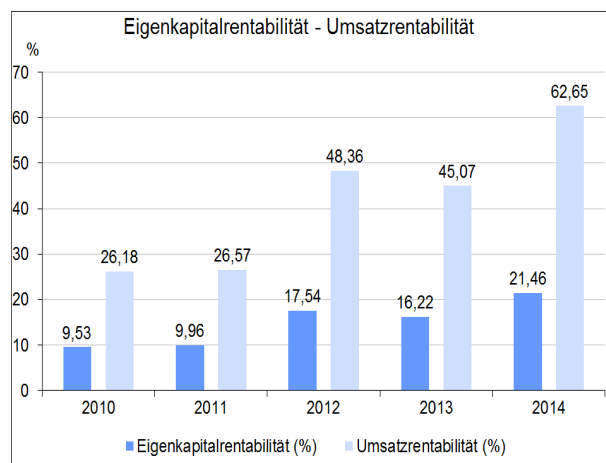
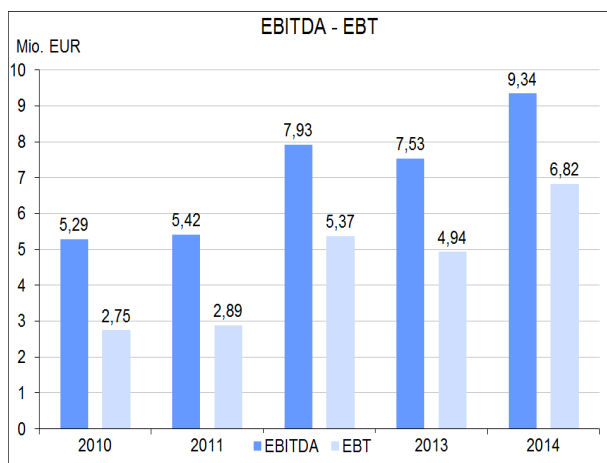
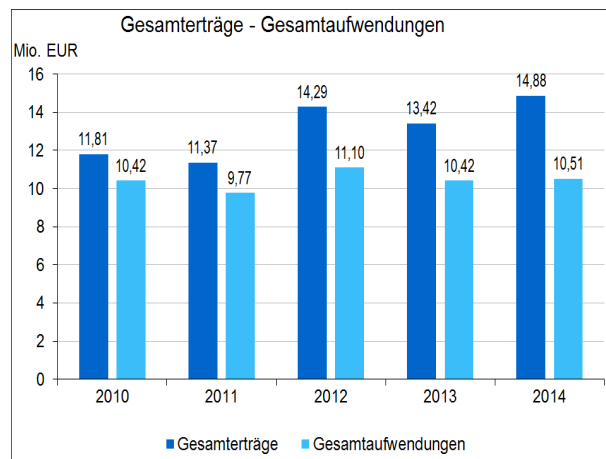
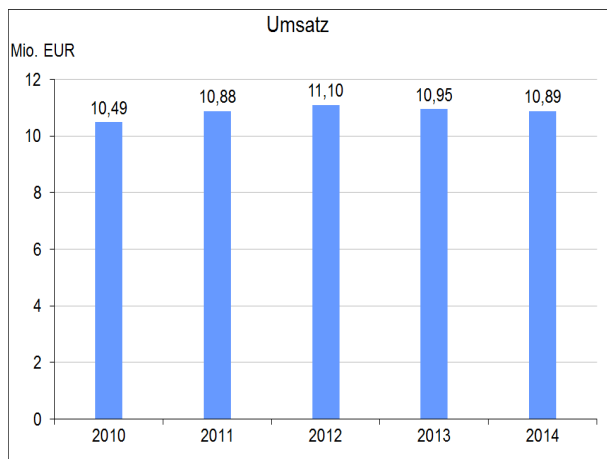
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 91

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	45,62	45,03	46,50	44,21	45,45	
Anlagevermögen	33,35	35,51	37,74	38,45	40,29	
Sachanlagen	33,33	35,48	37,69	38,38	40,24	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	12,26	9,52	8,75	5,76	5,16	
Eigenkapital	31,79	30,42	30,61	29,02	28,82	
Rücklagen	2,63	2,63	2,63	2,63	2,63	
Sonderposten für Zuschüsse	0,54	0,58	0,62	0,66	0,70	
Fremdkapital	11,89	12,61	14,38	14,41	15,81	
Rückstellungen	2,16	1,31	1,22	1,15	1,27	
Verbindlichkeiten	9,73	11,30	13,17	13,26	14,55	
Kreditverbindlichkeiten	8,76	10,22	11,88	11,90	13,27	
GuV						
Gesamterträge	14,88	13,42	14,29	11,37	11,81	
Umsatzerlöse	10,89	10,95	11,10	10,88	10,49	
Übrige Erträge	3,99	2,47	3,18	0,49	1,32	
Gesamtaufwendungen	10,51	10,42	11,10	9,77	10,42	
Personalaufwand	1,40	1,44	1,43	1,39	1,43	
Abschreibungen	2,27	2,27	2,24	2,16	2,11	
Zinsaufwand	0,30	0,38	0,39	0,43	0,47	
Übrige Aufwendungen	6,55	6,34	7,04	5,79	6,40	
EBITDA	9,34	7,53	7,93	5,42	5,29	
EBT	6,82	4,94	5,37	2,89	2,75	
Jahresergebnis	4,36	2,99	3,18	1,60	1,39	
Gewinnabführung	4,36	2,99	3,18	1,60	1,39	
Beschäftigte	22	28	28	26	28	
Auszubildende	2	2	2	1	1	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	0,25	0,11	1,66	0,46	6,59	
Forderungsausfall	0,03	0,03	0,24	0,16	0,32	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	495	391	397	418	368	
Eigenkapitalquote (%)	69,7	67,6	65,8	65,6	63,4	
Eigenkapitalrentabilität (%)	21,5	16,2	17,5	10,0	9,5	
Umsatzrentabilität (%)	62,7	45,1	48,4	26,6	26,2	
Zinslastquote (%)	2,7	3,4	3,5	4,0	4,5	
Personalkostenquote (%)	12,9	13,1	12,9	12,8	13,6	
Spezifische Daten						
Mieter / Angesiedelte Firmen	Anz.	300	300	300	350	300
Umschlag Obst und Gemüse	T t	500	500	220	220	200
Umschlag Blumen	Mio. €	---	---	31,00	40,00	31,00
Vermietbare Fläche	Tsd. m ²	25	25	194	194	134
Vermietungsstand	%	99,8	95,4	96,0	99,0	98,5



Berliner Stadtgüter GmbH



Frankfurter Allee 73 c
10247 Berlin

Telefon: (030) 467 94 - 0
Telefax: (030) 467 94 - 102
www: www.stadtgueter-berlin.de
E-Mail: post@berlinerstadtgueter.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Bewirtschaftung und Verwaltung der im engeren Verflechtungsraum Brandenburg/Berlin gelegenen Stadtgutflächen des Landes Berlin mit dem Ziel der Freiflächensicherung und Siedlungsbegrenzung, des Erhalts sowie der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes im Umfeld des Ballungszentrums Berlin unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, ökologischer und landschaftskultureller Gesichtspunkte, sowie die Übernahme und Verwaltung anderer Grundstücke des Landes Berlin außerhalb seiner Landesgrenzen,
- die Aufwertung bebauter und unbebauter Grundstücke und landwirtschaftlicher Flächen durch geeignete wirtschaftliche und ökologische Maßnahmen, Altlastensanierung,
- die Arrondierung, Flurneuordnung und Durchführung der Rechtsbereinigung bezüglich der gesellschaftseigenen Grundstücke,
- die am Grundstücksbestand und -markt orientierte Verwertung ausgewählter Grundstücke, wobei der Verkauf von Grundstücken im engeren Verflechtungsraum nur im Ausnahmefall in Betracht kommt und jeweils der Zustimmung der für die Landesplanung zuständigen Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Finanzen und eventuell weiteren betroffenen Senatsverwaltungen bedarf und
- im Ausnahmefall der Grunderwerb zu marktüblichen Konditionen ausgewählter Grundstücke, insoweit dies dem Betriebszweck unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten dienlich ist.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 10.150.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Landhandels- und Dienste GmbH Mittenwalde i.L., Mittenwalde	0,10	51,00%
Berliner Milcheinfuhrgesellschaft mbH, Berlin	<0,00	0,55%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Hecktor, Peter	163	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Bunde, Henner, Staatssekretär	Vorsitzender	1	Vertr. Bln.	2013/2018				
Gaebler, Christian, Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	0	Vertr. Bln.	2012/2018				
Dunger-Löper, Hella, Staatssekretärin		1	Vertr. Bln.	2012/2018				
Naujokat, Anja		1	Vertr. Bln.	2013/2018				
Schulze, Dietmar		0	Vertr. Bln.	2001/2018				
			2015	2014	2013	2012	2011	
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder			2/3	2/3	1/4	1/4	2/3	

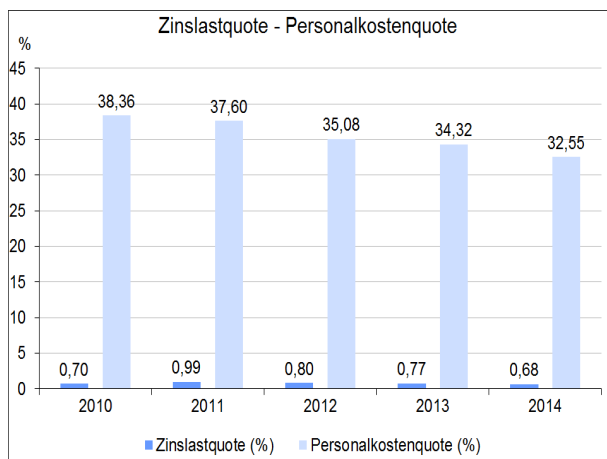
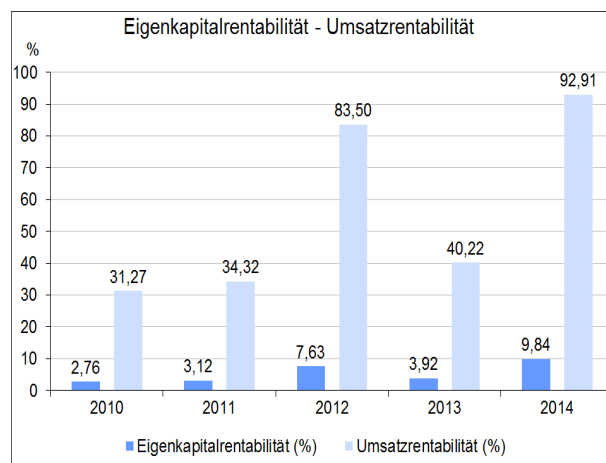
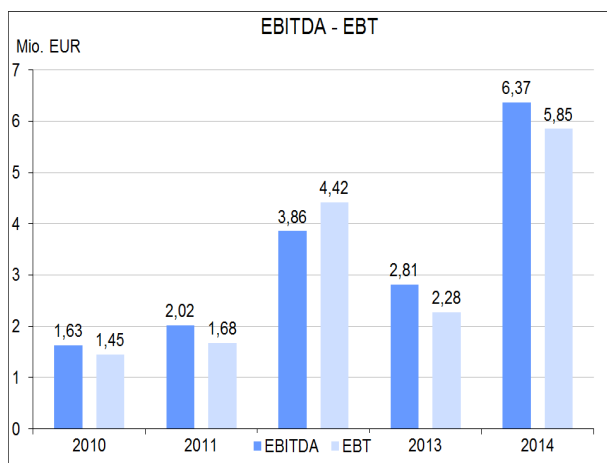
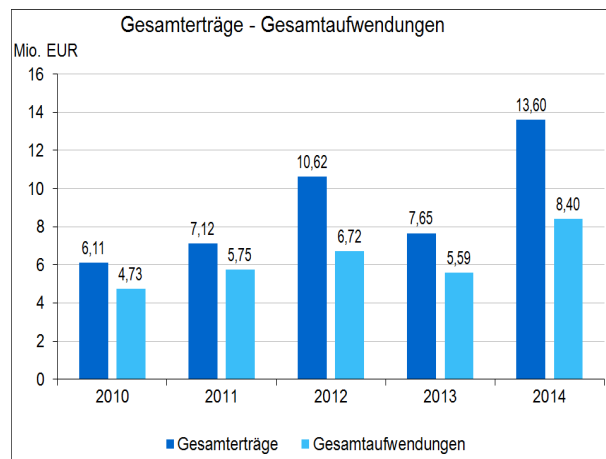
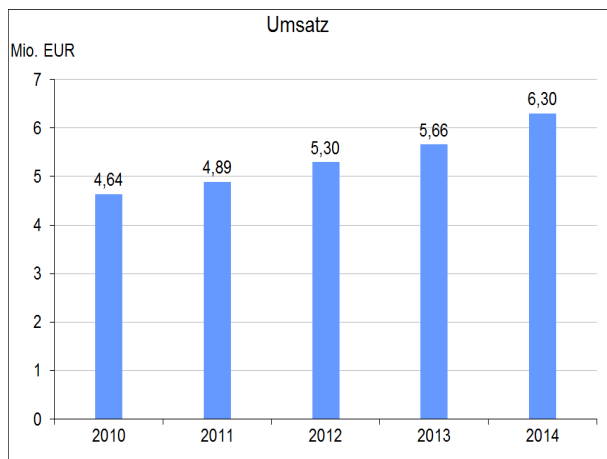
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 105

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	78,05	74,92	75,68	67,89	66,38	
Anlagevermögen	52,38	50,52	50,65	49,38	47,79	
Sachanlagen	52,35	50,46	50,57	49,28	47,76	
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Umlaufvermögen	25,64	24,36	25,00	18,47	18,56	
Eigenkapital	59,44	58,04	57,96	53,87	52,50	
Rücklagen	29,15	32,15	32,13	31,95	31,95	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	14,51	14,89	16,85	13,51	13,36	
Rückstellungen	7,70	8,11	8,93	9,17	9,47	
Verbindlichkeiten	6,80	6,78	7,93	4,34	3,89	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	13,60	7,65	10,62	7,12	6,11	
Umsatzerlöse	6,30	5,66	5,30	4,89	4,64	
Übrige Erträge	7,30	1,99	5,33	2,23	1,47	
Gesamtaufwendungen	8,40	5,59	6,72	5,75	4,73	
Personalaufwand	2,05	1,94	1,86	1,84	1,78	
Abschreibungen	0,59	0,59	0,54	0,46	0,36	
Zinsaufwand	0,04	0,04	0,04	0,05	0,03	
Übrige Aufwendungen	5,72	3,01	4,28	3,41	2,56	
EBITDA	6,37	2,81	3,86	2,02	1,63	
EBT	5,85	2,28	4,42	1,68	1,45	
Jahresergebnis	5,20	2,06	3,91	1,37	1,38	
Gewinnabführung	4,38	3,80	1,60	0,40	---	
Beschäftigte	39	39	39	45	44	
Auszubildende	8	9	9	8	8	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	0,05	0,04	0,08	0,05	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	2,76	0,47	2,01	2,11	1,55	
Forderungsausfall	0,06	0,06	0,06	---	0,17	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	161	145	136	109	105	
Eigenkapitalquote (%)	76,2	77,5	76,6	79,3	79,1	
Eigenkapitalrentabilität (%)	9,8	3,9	7,6	3,1	2,8	
Umsatzrentabilität (%)	92,9	40,2	83,5	34,3	31,3	
Zinslastquote (%)	0,7	0,8	0,8	1,0	0,7	
Personalkostenquote (%)	32,5	34,3	35,1	37,6	38,4	
Spezifische Daten						
Erlöse aus Landpacht	Mio. €	4,02	4,10	3,58	3,26	3,32
Erlöse aus Erbpacht	Mio. €	0,60	0,58	0,50	0,46	0,43
Erlösauskehr Grundstücksverkäufe	Mio. €	2,55	0,05	1,59	0,85	0,10
Flächeneigentum	ha	16.558	16.642	16.643	16.540	16.515



**Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Ringbahnstraße 96
12103 Berlin

Telefon: (030) 75 92 - 49 00
Telefax: (030) 75 92 - 22 62
www: www.bsr.de
E-Mail: service@BSR.de

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Abfallvermeidung, die Abfallentsorgung und die Abfallverwertung, die Straßenreinigung, die Übernahme von Geschäften und Tätigkeiten aller Art im Rahmen der Abfall- und Wertstoffwirtschaft sowie des Umweltschutzes und die Durchführung sonstiger Aufgaben, die insbesondere der Sauberkeit des Stadtgebiets und der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht dienen (Sonderdienste).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 153.387.564,36 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
BR Berlin Recycling GmbH, Berlin	0,50	100,00%
BSR-Investitions- und Umwelttechnologiegesellschaft mbH, Berlin	0,10	100,00%
FBS Fuhrpark Business Service GmbH, Berlin	0,50	100,00%
GET Gesellschaft für Entsorgung und Technologie mbH, Berlin	0,30	100,00%
SpreeUrban-Entwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
SpreeUrban-Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Berlin	1,16	100,00%
GBAV Gesellschaft für Boden und Abfallverwertung mbH, Berlin	0,51	51,00%
MPS Betriebsführungsgesellschaft mbH, Berlin	1,00	51,00%
BRAL Reststoff-Bearbeitungs GmbH, Berlin	0,26	50,00%
SBB Entsorgungswirtschaft GmbH, Berlin	0,03	4,00%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Theis, Michael	306	ganzjährig
Urban, Martin	106	01.06. - 31.12.
Wielgoß, Tanja, Dr.	40	01.11. - 31.12.
<i>Ausgeschieden:</i>		
Gäde-Butzlaff, Vera	336	ganzjährig
Scholz-Fleischmann, Andreas	156	01.01. - 31.05.

Hinzu kommen betriebliche Versorgungszusagen für die Vorstände Gäde-Butzlaff und Scholz-Fleischmann.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit				
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr., Senator	Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2015/2015			
Günther, Sven-Olaf	Stellv. Vorsitzender	5	AN	1997/2015			
Cramer, Hans-Jürgen		4	Vertr. Bln.	2010/2015			
Esser, Ingeborg		5	Vertr. Bln.	2004/2015			
Geisel, Andreas, Senator		---	Vertr. Bln.	2015/2015			
Grünberg-Schröder, Andrea		4	AN	2005/2015			
Hoffmann, Barbara		6	Vertr. Bln.	2014/2015			
Krajewski, Christiane		9	Vertr. Bln.	2004/2015			
Kreutzahler, Andreas		4	AN	2010/2015			
Kuhlich, Cornelia		4	AN	2011/2015			
Lelbach, Abris		4	Vertr. Bln.	2004/2015			
Rhode-Mühlenhoff, Heidrun		3	Vertr. Bln.	2014/2015			
Sabrowski, Simone		4	AN	2010/2015			
Stumpfenhusen, Susanne		5	AN	1999/2015			
Wiegand, Rolf		4	AN	2005/2015			
von Paczensky, Gregor		4	AN	2008/2015			
		2015	2014	2013	2012	2011	
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder		4/4	4/4	2/4	4/4	4/4	

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

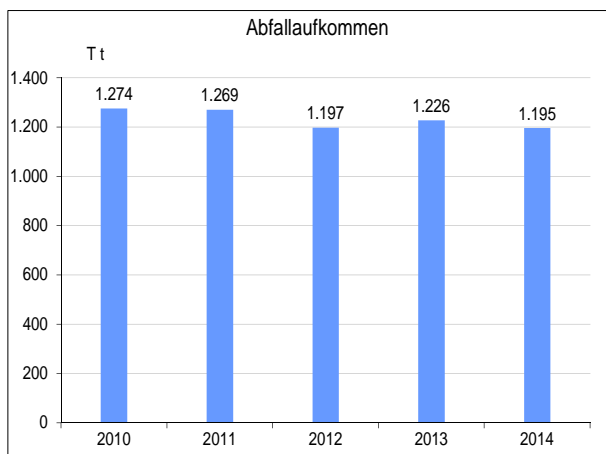
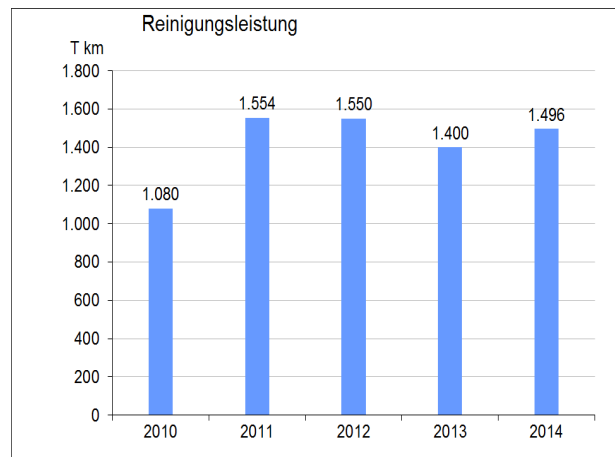
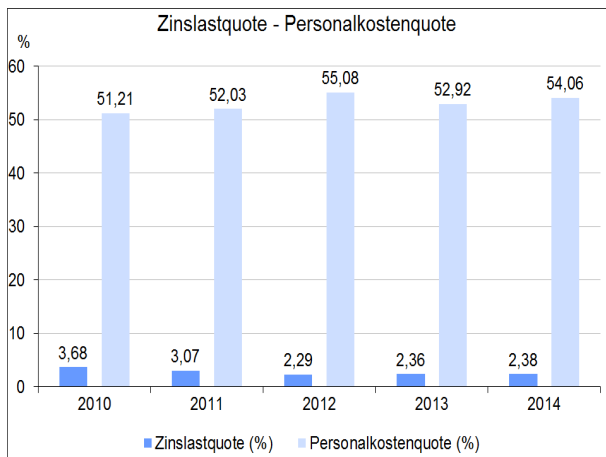
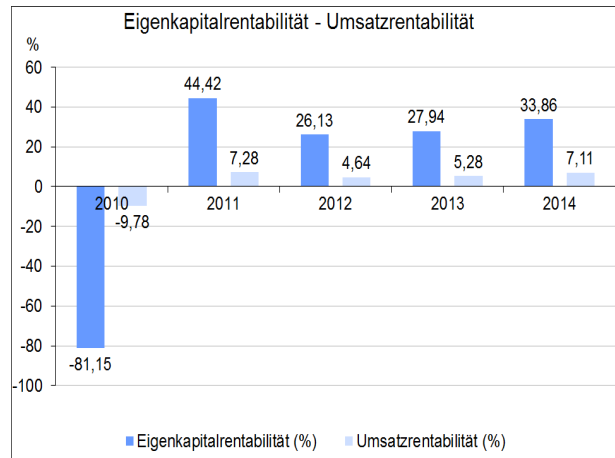
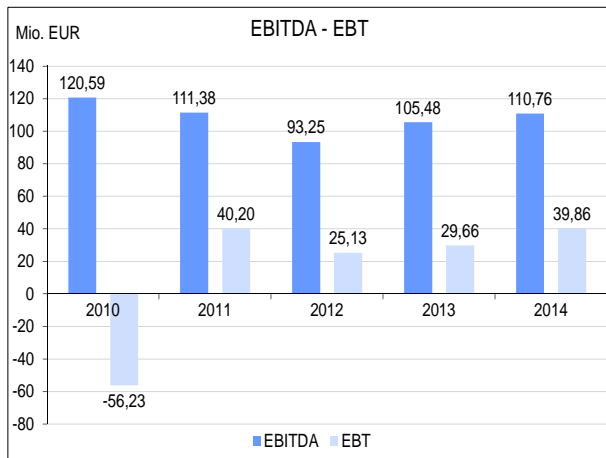
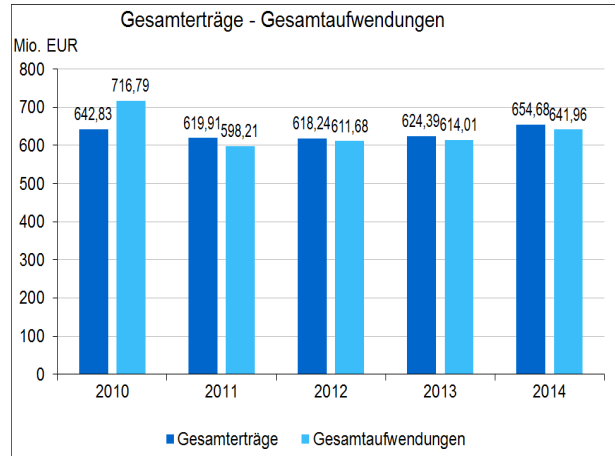
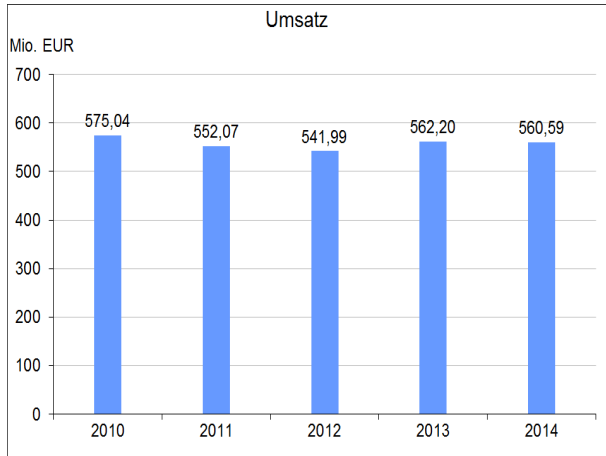
Band 2, Seite 131

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		1.004,69	1.041,86	1.090,78	1.094,93	1.086,81
Anlagevermögen		832,77	859,26	905,29	871,58	849,62
Sachanlagen		538,39	588,27	618,38	576,75	544,66
Finanzanlagen		292,15	268,36	283,83	291,97	301,33
Umlaufvermögen		151,48	147,37	134,78	157,81	156,63
Eigenkapital		117,71	106,14	96,18	90,49	69,29
Rücklagen		0,56	0,56	0,56	0,56	0,56
Sonderposten für Zuschüsse		0,50	0,52	---	---	---
Fremdkapital		886,44	935,17	994,57	1.004,40	1.017,48
Rückstellungen		517,97	550,88	557,89	570,59	588,34
Verbindlichkeiten		368,48	384,30	436,68	433,81	429,15
Kreditverbindlichkeiten		272,96	278,57	313,48	317,49	308,95
GuV						
Gesamterträge		654,68	624,39	618,24	619,91	642,83
Umsatzerlöse		560,59	562,20	541,99	552,07	575,04
Übrige Erträge		94,09	62,20	76,25	67,84	67,79
Gesamtaufwendungen		641,96	614,01	611,68	598,21	716,79
Personalaufwand		303,05	297,53	298,55	287,23	294,46
Abschreibungen		79,24	65,68	65,05	58,72	64,20
Zinsaufwand		13,13	13,28	12,41	16,94	21,19
Übrige Aufwendungen		246,54	237,52	235,67	235,32	336,94
EBITDA		110,76	105,48	93,25	111,38	120,59
EBT		39,86	29,66	25,13	40,20	-56,23
Jahresergebnis		12,72	10,39	6,56	21,70	-73,96
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		5.585	5.501	5.532	5.623	5.533
Auszubildende		211	209	202	207	201
Allgemeine Daten						
Zuführungen		0,04	0,58	---	---	---
Zuführungen Land Berlin		0,04	0,58	---	---	---
Investitionen		29,74	36,43	107,90	92,04	72,43
Forderungsausfall		0,69	0,82	0,56	0,54	1,07
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		100	102	98	98	104
Eigenkapitalquote (%)		11,7	10,2	8,8	8,3	6,4
Eigenkapitalrentabilität (%)		33,9	27,9	26,1	44,4	-81,2
Umsatzrentabilität (%)		7,1	5,3	4,6	7,3	-9,8
Zinslastquote (%)		2,4	2,4	2,3	3,1	3,7
Personalkostenquote (%)		54,1	52,9	55,1	52,0	51,2
Spezifische Daten						
Reinigungsleistung	T km	1.496	1.400	1.550	1.554	1.080
Abfallaufkommen	T t	1.195	1.226	1.197	1.269	1.274
Hausmüll	T t	816	814	822	845	858
Sperrmüll	T t	52	53	49	50	49
Altholz	T t	52	52	52	53	50
Bioabfall	T t	67	63	62	62	58
Grünabfälle	T t	66	71	64	65	56
Straßenkehrsicht	T t	58	88	56	89	102
Sonstige Abfälle	T t	85	86	91	106	101



**Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Holzmarktstraße 15-17
10179 Berlin

Telefon: (030) 256 29 - 826
www: www.bvg.de
E-Mail: kathrin.bierwirth@bvg.de

Gegenstand des Unternehmens

Die allgemeinen Aufgaben der BVG AöR sind die Durchführung von straßen- und schienengebundenem öffentlichen Personennahverkehr mit Omnibussen, Straßenbahnen, Eisenbahnen und Bahnen besonderer Bauart, das Betreiben von Fährverkehr auf den Berliner Gewässern, eines Omnibus-Ausflugs- und Sonderverkehrs einschließlich einer Vermietung von Fahrzeugen, die Durchführung von Werbung an, auf und in Verkehrsanlagen und Verkehrsmitteln sowie auf öffentlichem Straßenland und die Vermietung von Geschäftsräumen in Verkehrsanlagen sowie auf öffentlichem Straßenland.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 2.560.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Berlin	0,03	100,00%
BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
Projektrealisierungs GmbH U5	0,03	100,00%
Bus-Verkehr-Berlin KG Omnibus-Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co., Berlin	0,55	25,10%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Falk, Henrik	380	ganzjährig
Nikutta, Sigrid Evelyn, Dr. Schulte, Dirk	474 ---	ganzjährig ---
<i>Ausgeschieden:</i> Zweiniger, Lothar	364	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr., Senator	Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2015/2018				
Stephan, Lothar	Stellv. Vorsitzender	5	AN	1995/2018				
Birnstiel, Ines		4	AN	2009/2018				
Bäsler, Frank		5	AN	1994/2015				
Fricke, Bernd		5	Vertr. Bln.	2010/2018				
Fuchs, Sylvia		4	AN	2009/2018				
Gaebler, Christian, Staatssekretär		5	Vertr. Bln.	2014/2018				
Grimm, Rainer		3	AN	2014/2018				
Jerzynski, Thomas		4	AN	2013/2018				
Kunwald, Andrea		4	Vertr. Bln.	2013/2018				
Köhler, Janine		4	AN	2009/2018				
Lenz, Barbara, Prof. Dr.		5	Vertr. Bln.	2011/2018				
Schmidt, Ines		---	AN	2015/2018				
Sparmann, Volker		5	Vertr. Bln.	2009/2018				
Versteyl, Andrea, Prof. Dr.		5	Vertr. Bln.	2009/2018				
Wibbe, Susanne		5	Vertr. Bln.	2014/2018				
		2015	2014	2013	2012	2011		
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder		4/4	4/4	3/5	2/5	3/4		

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 151

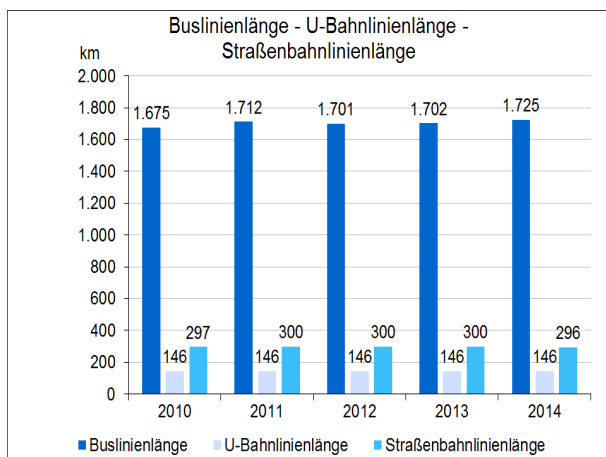
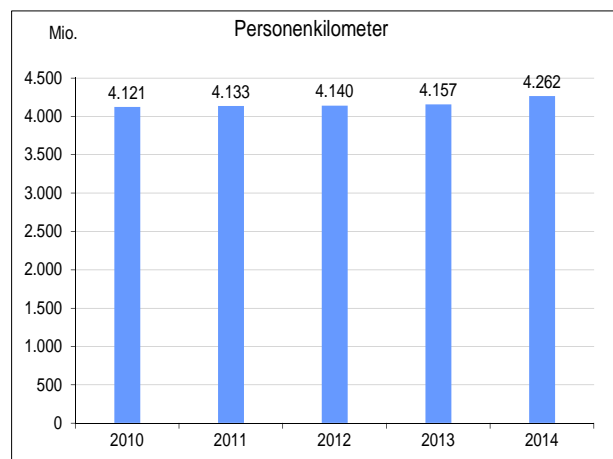
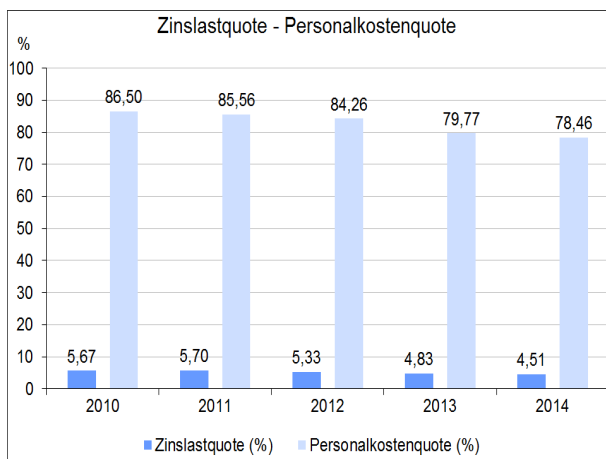
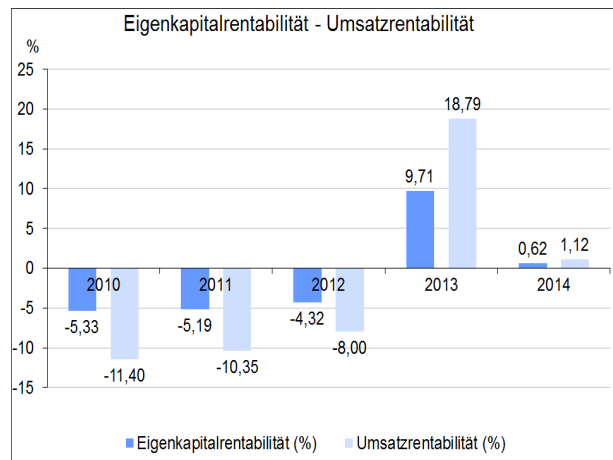
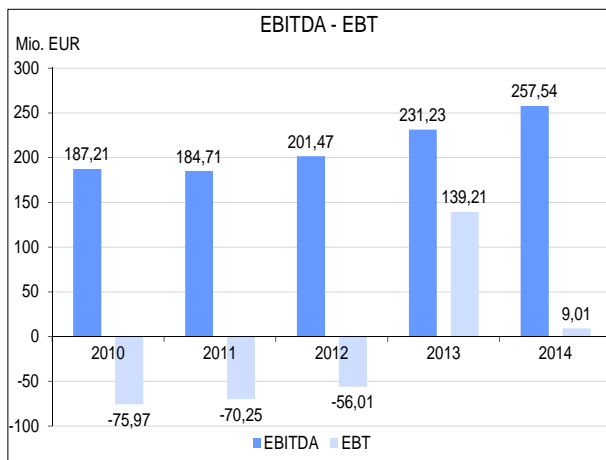
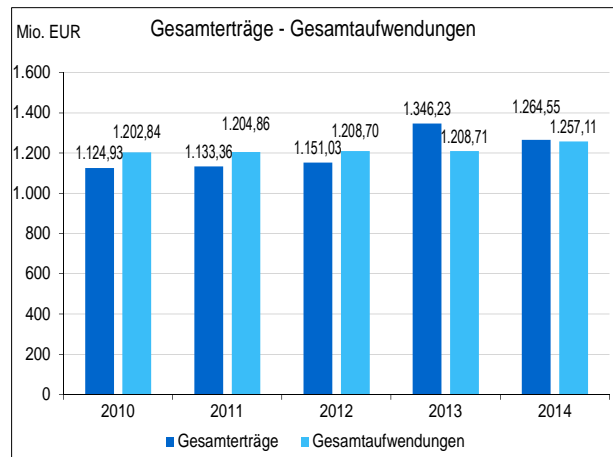
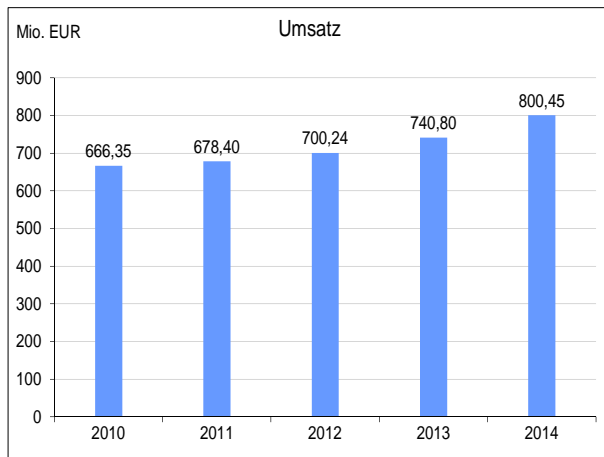
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Die spezifischen Daten „Erstattung für Einnahmeausfälle“ und „Erstattung aus Verkehrsvertrag“ sind Teilbeträge der „Zuführungen“.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		4.586,60	4.563,35	4.486,08	4.379,44	4.337,79
Anlagevermögen		4.464,18	4.429,98	4.377,96	4.284,19	4.238,08
Sachanlagen		4.436,79	4.399,41	4.344,73	4.247,96	4.200,81
Finanzanlagen		2,38	2,40	2,40	2,46	2,47
Umlaufvermögen		122,23	133,24	107,96	95,09	99,63
Eigenkapital		1.441,24	1.433,79	1.296,30	1.353,97	1.425,47
Rücklagen		18,67	18,67	18,67	18,67	18,67
Sonderposten für Zuschüsse		1.971,53	1.892,96	1.783,85	1.642,47	1.570,67
Fremdkapital		1.131,92	1.196,37	1.366,96	1.345,25	1.304,23
Rückstellungen		319,19	301,19	460,45	451,79	444,53
Verbindlichkeiten		812,73	895,19	906,51	893,46	859,70
Kreditverbindlichkeiten		711,76	815,49	815,87	800,97	734,92
GuV						
Gesamterträge		1.264,55	1.346,23	1.151,03	1.133,36	1.124,93
Umsatzerlöse		800,45	740,80	700,24	678,40	666,35
Übrige Erträge		464,10	605,43	450,79	454,96	458,58
Gesamtaufwendungen		1.257,11	1.208,71	1.208,70	1.204,86	1.202,84
Personalaufwand		628,04	590,91	590,04	580,44	576,38
Abschreibungen		214,03	212,09	209,97	203,57	204,59
Zinsaufwand		36,08	35,77	37,29	38,67	37,78
Übrige Aufwendungen		378,96	369,94	371,40	382,17	384,11
EBITDA		257,54	231,23	201,47	184,71	187,21
EBT		9,01	139,21	-56,01	-70,24	-75,97
Jahresergebnis		7,45	137,52	-57,67	-71,50	-77,91
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		12.534	12.769	12.751	12.593	12.164
Auszubildende		396	397	387	369	372
Allgemeine Daten						
Zuführungen		574,18	584,43	609,68	534,92	511,87
Zuführungen Land Berlin		529,30	492,40	474,30	427,81	434,30
Investitionen		262,30	280,25	313,76	257,21	203,52
Forderungsausfall		6,24	2,57	2,97	4,61	6,76
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		64	58	55	54	55
Eigenkapitalquote (%)		31,4	31,4	28,9	30,9	32,9
Eigenkapitalrentabilität (%)		0,6	9,7	-4,3	-5,2	-5,3
Umsatzrentabilität (%)		1,1	18,8	-8,0	-10,4	-11,4
Zinslastquote (%)		4,5	4,8	5,3	5,7	5,7
Personalkostenquote (%)		78,5	79,8	84,3	85,6	86,5
Spezifische Daten						
Erstattung für Einnahmeausfälle	Mio. €	103,21	98,72	98,99	97,55	98,68
Erstattung aus Verkehrsvertrag, Ruhegeld	Mio. €	310,19	295,54	293,52	287,98	280,86
Rückstellungsbildung für Personalmaßnahmen	Mio. €	2,10	5,00	9,64	11,40	14,51
Unternehmensbeförderungsfälle	Mio.	978	947	937	937	922
Personenkilometer	Mio.	4.262	4.157	4.140	4.133	4.121
Buslinien (Tag)	Anz.	151	149	149	149	149
Buslinienlänge	km	1.725	1.702	1.701	1.712	1.675
U-Bahnlinien (Tag)	Anz.	10	10	10	10	10
U-Bahnlinienlänge	km	146	146	146	146	146
Straßenbahnlinien (Tag)	Anz.	22	22	22	22	22
Straßenbahnlinienlänge	km	296	300	300	300	297



BERLINER WASSERBETRIEBE
Anstalt des öffentlichen Rechts



Neue Jüdenstraße 1
10864 Berlin

Telefon: 0800 - 292 75 87
Telefax: (030) 86 44 - 28 10
www: www.bwb.de
E-Mail: presse@bwb.de

Gegenstand des Unternehmens

Allgemeine Aufgaben der Anstalt sind

- a) die Wasserversorgung Berlins,
- b) die Ableitung und Reinigung des in Berlin anfallenden Abwassers einschließlich des Betriebs und der Unterhaltung von Oberflächenwasser-Aufbereitungsanlagen,
- c) die Produktion ausschließlich erneuerbarer Energien und der Vertrieb dieser selbstproduzierten Energie in einer gesellschaftsrechtlich selbstständigen Tochter. Für einen Übergangszeitraum kann das Unternehmen zusätzlich selbstproduzierten Strom aus dezentralen KWK-Anlagen (Wirkungsgrad von mindestens 80 Prozent) vermarkten, die zu einem größtmöglichen Anteil mit nachhaltig erzeugten, erneuerbaren Energieträgern betrieben werden. Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz gilt analog. Das Nähere regelt die Satzung.
- d) Die Anstalt kann im Rahmen ihrer allgemeinen Aufgabenstellung
 - 1. mit den Betriebszwecken zusammenhängende Aufgaben wahrnehmen,
 - 2. auch außerhalb Berlins einschließlich dem Ausland tätig werden,
 - 3. sich an anderen Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen beteiligen
 - 4. Tochterunternehmen gründen, erwerben und betreiben,
 - 5. Eigenkapital bilden und Fremdkapital aufnehmen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 1.264.000.000,00 EUR davon Land Berlin 50,10%
 Berlinwasser Holding GmbH 49,90%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Berliner Stadtwerke GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Wasser Nord GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf	2,05	50,70%
Klärwerk Wansdorf GmbH, Wansdorf	1,30	49,00%
Wasser Nord Verwaltungs GmbH, Hohen Neuendorf	0,03	49,00%
KWB Kompetenzzentrum Wasser Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin	0,03	12,50%
aquabench GmbH, Hamburg	0,05	8,00%
SBB Abfallerzeuger GbR, Berlin	0,38	6,80%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Bruckmann, Frank	248	ganzjährig
Oster, Kerstin	---	---
Simon, Jörg	339	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i> Schmidt, Norbert	240	ganzjährig

Hinzu kommen teilweise betriebliche Versorgungszusagen für die Vorstände.

Siehe ferner Bezüge der gleichen Geschäftsführer bei der Berlinwasser Holding GmbH.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit				
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr., Senator	Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2015/2019			
Neetzel, Lutz	Stellv. Vorsitzender	8	AN	1999/2020			
Bunde, Henner, Staatssekretär		5	Vertr. Bln.	2014/2019			
Ensinger, Axel		6	Vertr. Bln.	2012/2019			
Gaebler, Christian, Staatssekretär		5	Vertr. Bln.	2014/2019			
Jaeger, Erika		6	Vertr. Bln.	2013/2019			
Jäschke, Roland		6	AN	2003/2020			
Kielies, Heinz		6	AN	2009/2016			
Kretschmer, Karsten		---	AN	2015/2020			
Malareck, Karsten		5	AN	2001/2020			
Nehring-Kleedehn, Bärbel		6	Vertr. Bln.	2013/2019			
Neumann, Ingeborg		6	Vertr. Bln.	2009/2019			
Richlitzki, Birgit		---	AN	2015/2020			
Thonke, Sabine		5	AN	2010/2020			
Wolff, Christine		5	Vertr. Bln.	2014/2019			
Zinke, Doro		5	AN	2012/2020			
			2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder			4/4	4/4	4/3	2/2	3/1

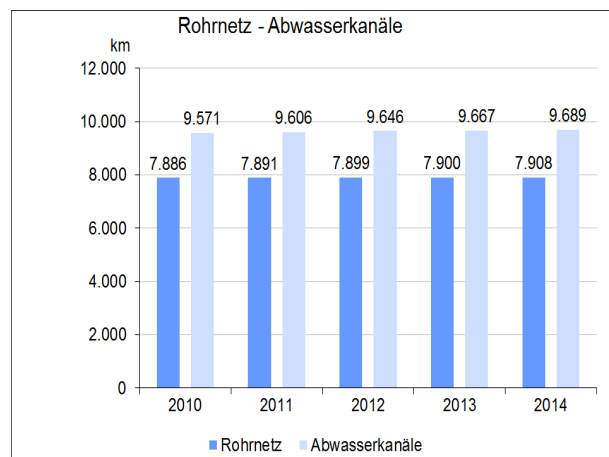
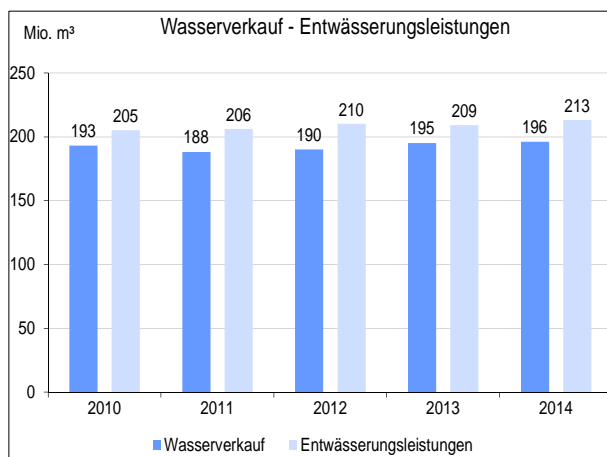
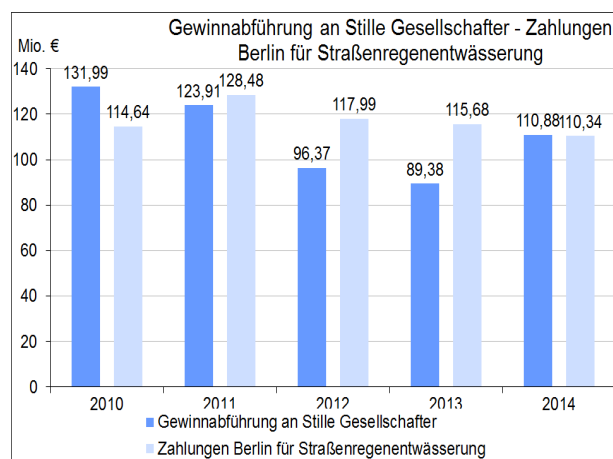
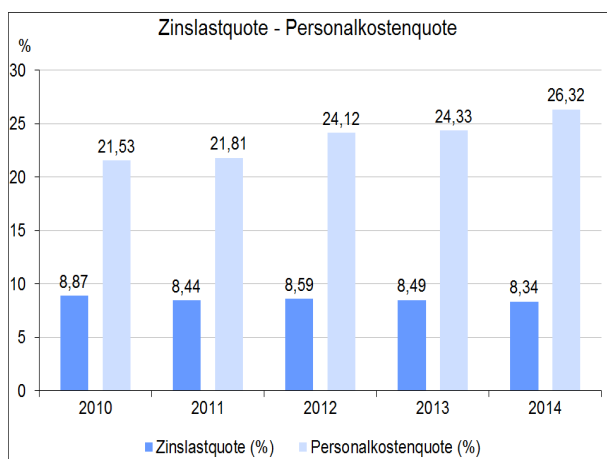
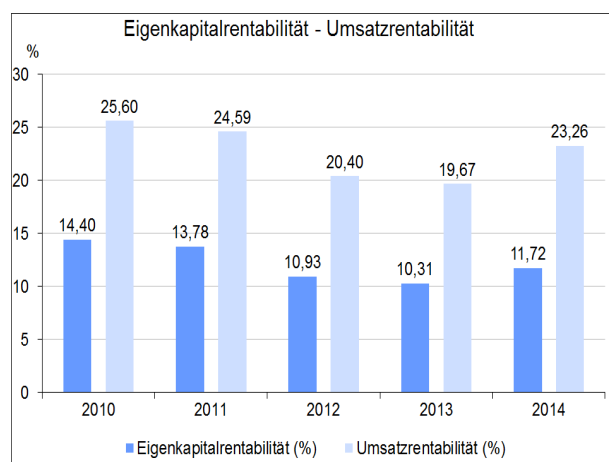
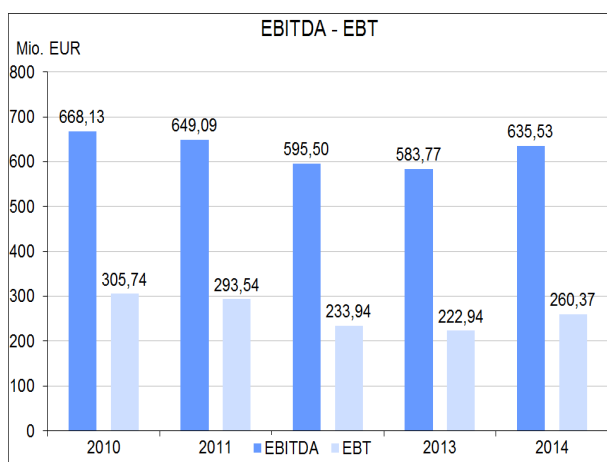
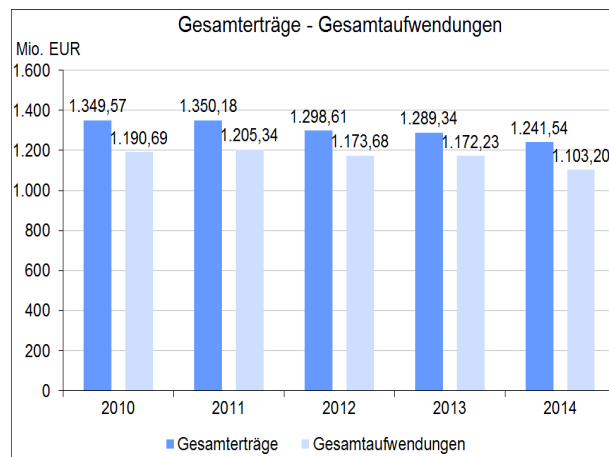
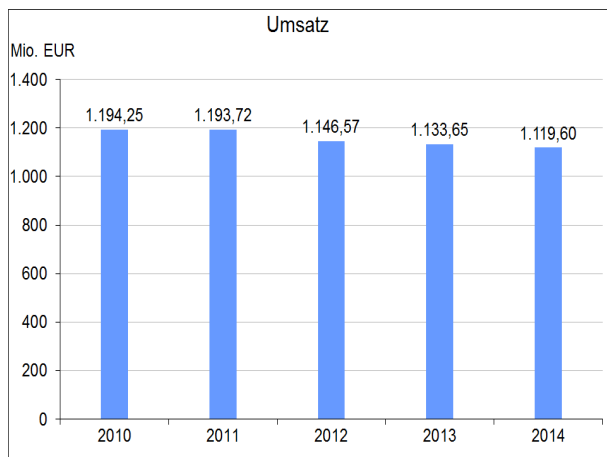
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 193

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		6.638,72	6.686,30	6.481,45	6.437,65	6.444,27
Anlagevermögen		5.794,65	5.803,70	5.564,87	5.559,23	5.539,94
Sachanlagen		5.684,48	5.694,92	5.446,36	5.440,29	5.421,01
Finanzanlagen		11,49	6,49	13,22	10,94	8,64
Umlaufvermögen		840,49	879,57	913,19	876,61	902,15
Eigenkapital		2.221,13	2.163,15	2.139,48	2.130,55	2.123,10
Rücklagen		191,98	167,67	147,93	128,29	117,75
Sonderposten für Zuschüsse		707,82	697,61	689,68	672,44	665,19
Fremdkapital		3.690,26	3.804,95	3.630,22	3.611,14	3.630,98
Rückstellungen		213,20	226,74	211,72	152,18	179,26
Verbindlichkeiten		3.477,06	3.578,21	3.418,51	3.458,96	3.451,72
Kreditverbindlichkeiten		2.334,07	2.495,68	2.332,61	2.319,05	2.298,14
GuV						
Gesamterträge		1.241,54	1.289,34	1.298,61	1.350,18	1.349,57
Umsatzerlöse		1.119,60	1.133,65	1.146,57	1.193,72	1.194,25
Übrige Erträge		121,94	155,68	152,04	156,47	155,32
Gesamtaufwendungen		1.103,20	1.172,23	1.173,68	1.205,34	1.190,69
Personalaufwand		294,66	275,86	276,58	260,36	257,16
Abschreibungen		282,15	263,46	263,60	255,70	255,11
Zinsaufwand		93,36	96,27	98,47	100,77	105,93
Übrige Aufwendungen		433,03	536,65	535,03	588,52	572,49
EBITDA		635,53	583,77	595,50	649,09	668,13
EBT		260,37	222,94	233,94	293,54	305,74
Jahresergebnis		138,34	117,10	124,93	144,84	158,87
Gewinnabführung		99,79	77,70	85,72	108,43	129,28
Beschäftigte						
Auszubildende		254	266	276	288	314
Allgemeine Daten						
Zuführungen		0,53	0,68	0,93	1,26	1,78
Zuführungen Land Berlin		0,27	0,32	0,04	0,62	0,86
Investitionen		274,29	507,84	270,20	277,92	270,20
Forderungsausfall		1,41	0,70	1,24	0,33	0,87
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		264	271	270	289	284
Eigenkapitalquote (%)		33,5	32,4	33,0	33,1	32,9
Eigenkapitalrentabilität (%)		11,7	10,3	10,9	13,8	14,4
Umsatzrentabilität (%)		23,3	19,7	20,4	24,6	25,6
Zinslastquote (%)		8,3	8,5	8,6	8,4	8,9
Personalkostenquote (%)		26,3	24,3	24,1	21,8	21,5
Spezifische Daten						
Gewinnabführung an Stille Gesellschafter	Mio. €	110,88	89,38	96,37	123,91	131,99
Zahlungen Berlin für Straßenregenentwässerung	Mio. €	110,34	115,68	117,99	128,48	114,64
Wasserverkauf	Mio. m ³	196	195	190	188	193
Entwässerungsleistungen	Mio. m ³	213	209	210	206	205
Rohrnetz	km	7.908	7.900	7.899	7.891	7.886
Abwasserkanäle	km	9.689	9.667	9.646	9.606	9.571
Wasserwerke	Anz.	9	9	9	9	9
eigene Klärwerke	Anz.	5	5	4	4	4
betriebene Klärwerke	Anz.	6	6	6	6	6



Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB)



Berliner Werkstätten für Behinderte GmbH

Westhafenstraße 4
13353 Berlin

Telefon: (030) 39 096 - 0
Telefax: (030) 39 096 - 197 oder - 118
www: www.bwb-gmbh.de
E-Mail: post@bwb-gmbh.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist es, Einrichtungen zu schaffen und Maßnahmen durchzuführen, die der beruflichen und sozialen Integration behinderter Menschen dienen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

Nominalkapital 55.000,00 EUR	davon	Land Berlin	70,00%
		Arbeiterwohlfahrt	5,00%
		BWB eigene Anteile	5,00%
		Fürst Donnersmarck Stiftung	5,00%
		Sozialverband Deutschland e.V.	5,00%
		Sozialverband VdK	5,00%
		Spastikerhilfe Berlin e.V.	5,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Sperwien, Manuela	89	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Pape-Wunnenberg, Wolfgang	Vorsitzender	0	Vertr. Bln. 2007/2017
Schrödter, Wolfgang	Stellv. Vorsitzender	0	Mitges. 1997/2017
Hildebrandt, Sandra		0	Vertr. Bln. 2014/2017
Keck, Rolf		0	AN 2008/2017
Koch, Monika		0	Mitges. 2007/2017
Leonhardt, Klaus		0	Mitges. 2007/2017
Petscha, Michael		0	Vertr. Bln. 2002/2017
Pieda, Bernd		0	Mitges. 1996/2017
Sprenger, Klaus		0	Mitges. 2012/2017
Werth, Bettina		---	Vertr. Bln. 2015/2017

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	2/2	2/2	2/2	2/2	1/3

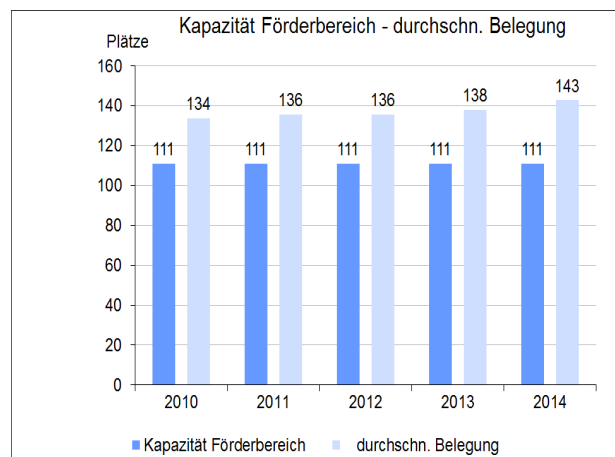
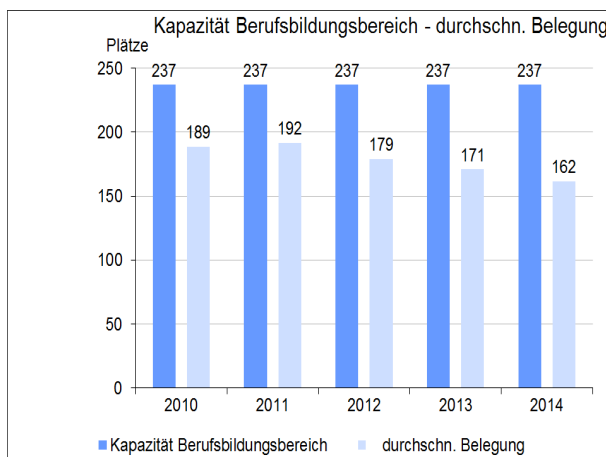
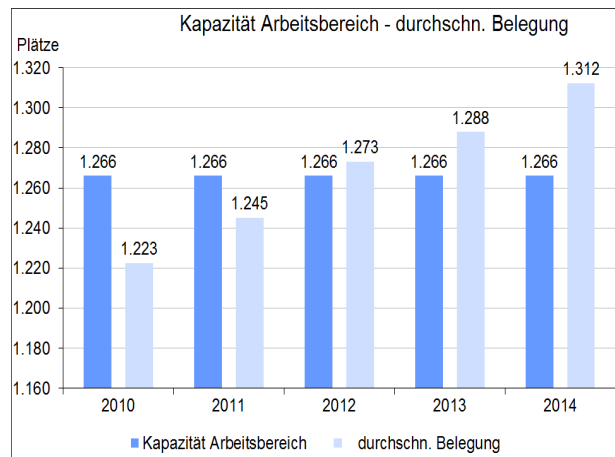
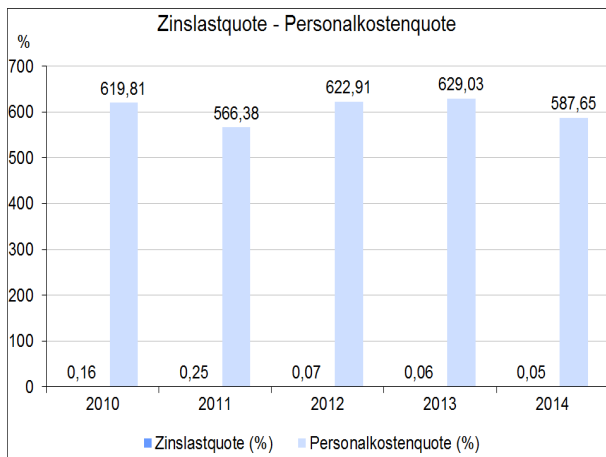
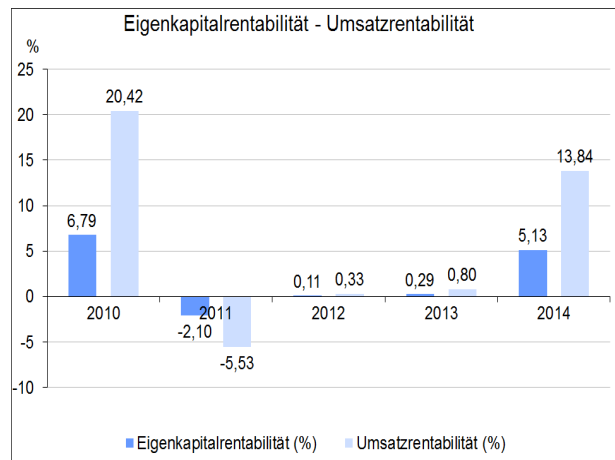
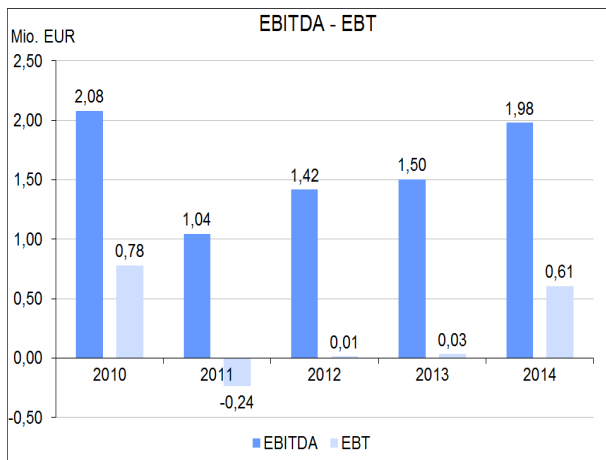
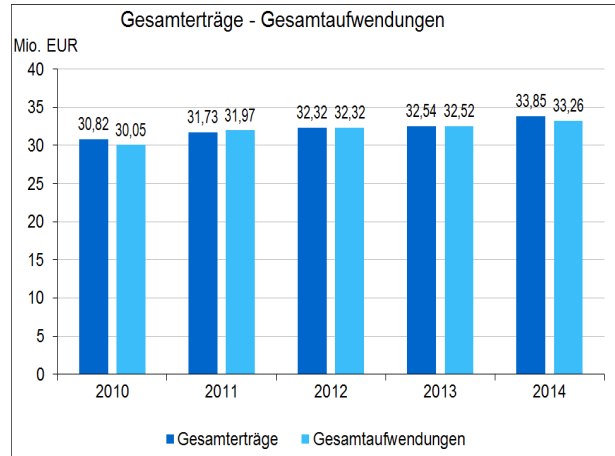
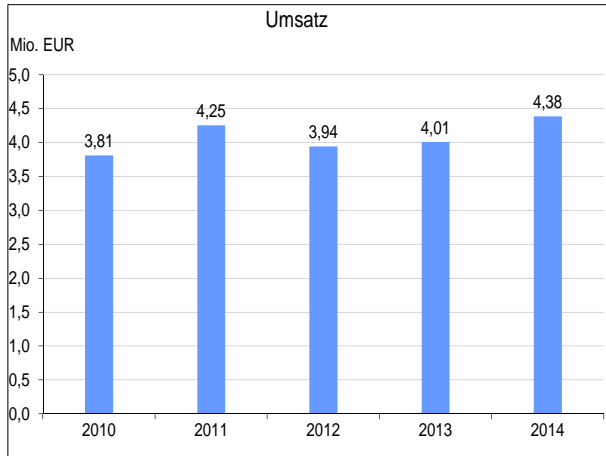
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 220

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		19,95	19,56	19,80	20,61	20,57
Anlagevermögen		11,66	12,40	13,44	13,82	13,75
Sachanlagen		11,39	12,00	13,06	13,57	13,66
Finanzanlagen		---	---	---	---	---
Umlaufvermögen		8,24	7,12	6,32	6,66	6,78
Eigenkapital		11,82	11,23	11,20	11,20	11,45
Rücklagen		11,17	11,15	11,15	10,86	10,63
Sonderposten für Zuschüsse		5,34	5,66	5,97	6,28	6,60
Fremdkapital		2,79	2,67	2,63	3,13	2,52
Rückstellungen		0,29	0,18	0,14	0,40	0,14
Verbindlichkeiten		2,50	2,49	2,49	2,73	2,38
Kreditverbindlichkeiten		0,25	0,28	0,32	0,35	0,39
GuV						
Gesamterträge		33,85	32,54	32,32	31,73	30,82
Umsatzerlöse		4,38	4,01	3,94	4,25	3,81
Übrige Erträge		29,47	28,53	28,38	27,47	27,01
Gesamtaufwendungen		33,26	32,52	32,32	31,97	30,05
Personalaufwand		25,77	25,21	24,56	24,09	23,62
Abschreibungen		1,39	1,50	1,44	1,32	1,33
Zinsaufwand		0,00	0,00	0,00	0,01	0,01
Übrige Aufwendungen		6,10	5,81	6,31	6,55	5,10
EBITDA		1,98	1,50	1,42	1,04	2,08
EBT		0,61	0,03	0,01	-0,24	0,78
Jahresergebnis		0,59	0,02	0,00	-0,25	0,77
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Auszubildende		1.940	1.917	1.894	1.864	1.828
Allgemeine Daten						
Zuführungen		28,87	27,99	27,79	26,99	26,47
Zuführungen Land Berlin		---	---	---	---	---
Investitionen		0,67	0,46	1,07	1,40	0,54
Forderungsausfall		---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		2	2	2	2	2
Eigenkapitalquote (%)		59,3	57,4	56,6	54,4	55,7
Eigenkapitalrentabilität (%)		5,1	0,3	0,1	-2,1	6,8
Umsatzrentabilität (%)		13,8	0,8	0,3	-5,5	20,4
Zinslastquote (%)		0,1	0,1	0,1	0,3	0,2
Personalkostenquote (%)		587,6	629,0	622,9	566,4	619,8
Spezifische Daten						
Stammpersonal	Anz.	334	336	320	291	284
Kapazität Arbeitsbereich	Plätze	1.266	1.266	1.266	1.266	1.266
durchschn. Belegung	Plätze	1.312	1.288	1.273	1.245	1.223
Auslastung	%	103,7	101,8	100,6	98,4	96,6
Kapazität Berufsbildungsbereich	Plätze	237	237	237	237	237
durchschn. Belegung	Plätze	162	171	179	192	189
Auslastung	%	68,1	72,2	75,5	80,9	79,8
Kapazität Förderbereich	Plätze	111	111	111	111	111
durchschn. Belegung	Plätze	143	138	136	136	134
Auslastung	%	128,6	124,3	122,3	122,3	120,5



Hallesches Ufer 74 - 76
10963 Berlin

Telefon: (030) 25 441 - 1200
Telefax: (030) 25 441 - 1222
www: www.berlinovo.de
E-Mail: Siebner@berlinovo.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- a) das Halten und die Verwaltung von Gesellschaften sowie von deren direkten und indirekten Beteiligungen im immobilienwirtschaftlichen Bereich,
- b) das operative Portfolio- und Objektmanagement für eigene Bestände und für Dritte inkl. Entwicklung und Verwertung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und sonstigen Immobilien,
- c) die Entwicklung von Immobilienbeständen, die Verwaltung von Wohn- und Gewerbegrundstücken, die Beratung und Leitung von Betriebsgesellschaften oder Betreibern solcher Objekte, die Anmietung und die Vermietung von Immobilien,
- d) die Vermietung und Bewirtschaftung von Wohnanlagen mit Wohnungen, Apartments und Wohnheimplätzen im eigenen und fremden Namen,
- e) die Übernahme von Verwaltungen, Dienstleistungen und Versorgungsleistungen für Immobilien aller Art,
- f) die Baubetreuung bei der Sanierung und Modernisierung von Einzelhäusern, Wohnhäusern und gewerblichen Objekten für eigene und fremde Rechnung, soweit diese zu den bewirtschafteten oder verwalteten Immobilienbeständen gehören,
- g) der Abschluss von Lizenzverträgen über die Nutzung eingetragener Marken durch Dritte,
- h) die Erbringung von Dienstleistungen aller Art für mit der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH verbundene Gesellschaften,
- i) das Halten und Verwalten von Fondsanteilen auch durch verbundene Gesellschaften bei Fondsgesellschaften sowie der Abschluss von Finanzierungsgeschäften mit diesen Fondsgesellschaften,
- j) die Fondsgeschäftsführung auch durch verbundene Gesellschaften für Fondsvermögen verbundener Gesellschaften oder für fremdes Fondsvermögen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 50.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
Berlinovo Apartment GmbH, Berlin	34,98	100,00%
Berlinovo Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH, Berlin	15,10	100,00%
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Objektgesellschaft Schnellerstraße 101 GmbH & Co. KG, Berlin	<0,00	100,00%
BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen i.L., Berlin	5,11	94,90%
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Berlin	15,34	94,90%
Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Berlinovo mbH, Berlin	0,51	94,90%

Bavaria Immobilien Trading GmbH & Co. KG - LBB Fonds Zehn -, Berlin	252,43	5,90%
Bavaria Immobilien Trading GmbH & Co. KG - BB Fonds International I - United Kingdom, Berlin	94,35	1,60%
Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt- Marketing mbH, Berlin	1,24	0,41%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Hirschler, Herbert, Dr.	---	---
Stauber, Roland J.	342	ganzjährig
Ausgeschieden: Baitalskaia, Kira	261	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr., Senator	Vorsitzender	0	Vertr. Bln.	2014/2016				
von Lackum, Eugen, Dr.	Stellv. Vorsitzender	8	Vertr. Bln.	2012/2016				
Jaeger, Erika		6	Vertr. Bln.	2012/2016				
Lissau, Uwe		10	Vertr. Bln.	2011/2016				
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär		---	Vertr. Bln.	2015/2016				
Usinger, Sabine		6	Vertr. Bln.	2013/2016				
				2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder				2/4	2/4	1/4	1/4	0/5

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 275

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Bei den Tochterunternehmen werden die an 100% fehlenden Anteile von der Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH gehalten.

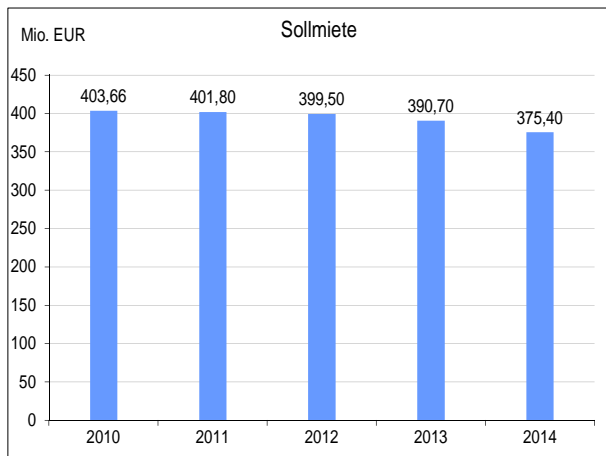
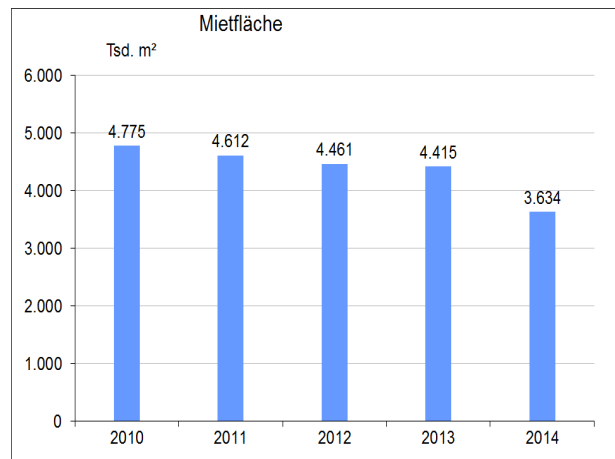
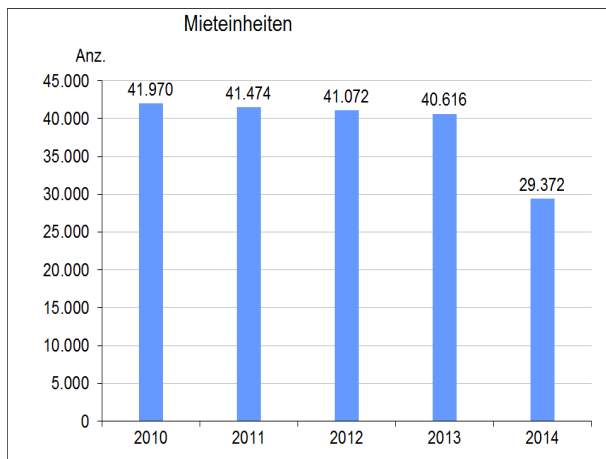
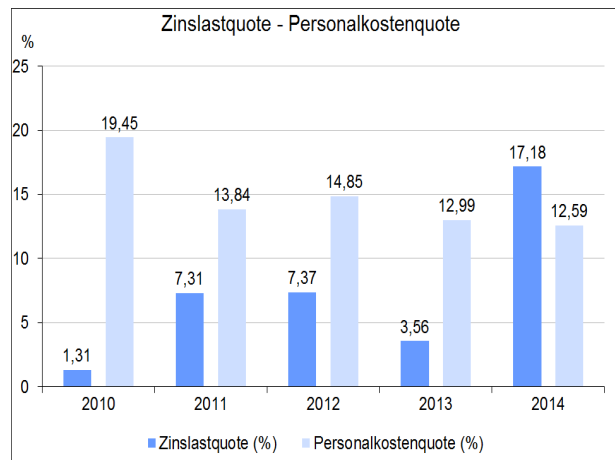
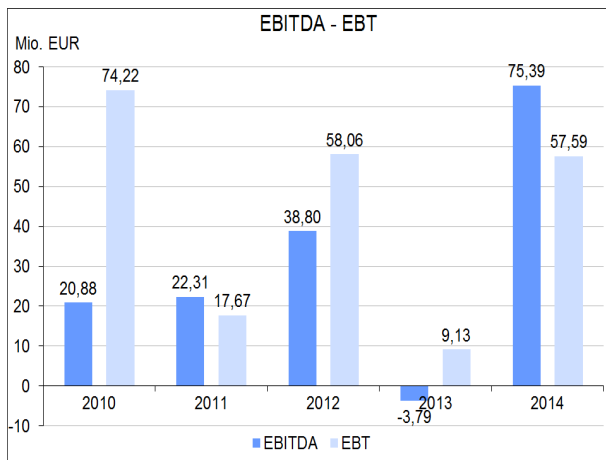
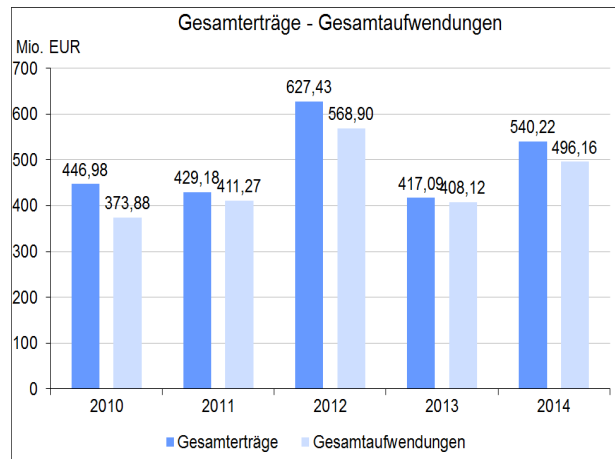
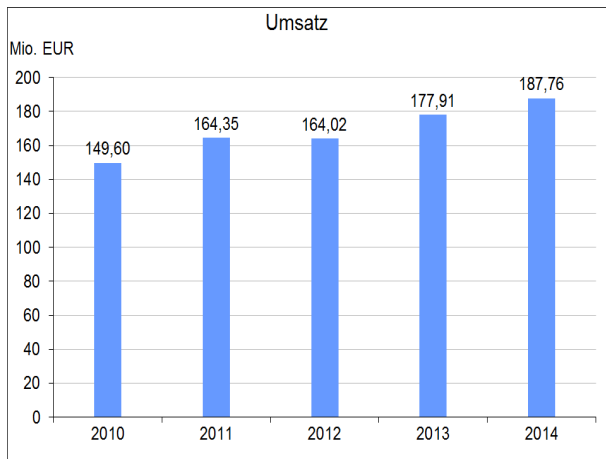
Am 10.08.2015 wurden die (zum 01.01.2015 rückwirkend wirksamen) Verschmelzungen der BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen i. L. und der ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH auf die Berlinovo GmbH notariell beurkundet. Die Wirksamkeit tritt mit Eintragung in das Handelsregister ein.

Die Wirtschaftsdaten und Beschäftigtenzahl sind Konzernangaben. Die immobilienwirtschaftlichen Kennziffern („Spezifische Daten“) beziehen sich auf die 24 Rückkauffonds.

DetV = Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft. Ausgewiesen werden die von der Berlinovo bilanzierten Zahlen, die von den kameraleen Haushaltszahlen abweichen können.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	827,04	707,76	670,45	853,68	874,58	
Anlagevermögen	123,76	125,66	161,40	165,97	312,10	
Sachanlagen	4,37	3,71	2,93	2,80	3,33	
Finanzanlagen	119,13	121,61	158,00	162,82	307,85	
Umlaufvermögen	696,07	574,56	501,10	679,32	553,38	
Eigenkapital	295,19	251,13	242,16	183,63	165,72	
Rücklagen	110,39	110,39	110,39	110,39	110,39	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	501,39	425,61	389,67	630,94	661,36	
Rückstellungen	169,24	164,17	166,35	216,31	234,44	
Verbindlichkeiten	332,16	261,44	223,32	414,62	426,92	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	0,00	
GuV						
Gesamterträge	540,22	417,09	627,43	429,18	446,98	
Umsatzerlöse	187,76	177,91	164,02	164,35	149,60	
Übrige Erträge	352,46	239,18	463,42	264,83	297,37	
Gesamtaufwendungen	496,16	408,12	568,90	411,27	373,88	
Personalaufwand	23,63	23,11	24,36	22,75	29,09	
Abschreibungen	1,36	2,89	4,86	5,60	10,34	
Zinsaufwand	32,25	6,34	12,08	12,02	1,96	
Übrige Aufwendungen	438,91	375,79	527,59	370,89	332,49	
EBITDA	75,39	-3,79	38,80	22,31	20,88	
EBT	57,59	9,13	58,06	17,67	74,22	
Jahresergebnis	44,06	8,97	58,53	17,91	73,10	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	361	374	349	376	412	
Auszubildende	8	8	10	9	8	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	1,96	2,48	1,65	0,72	0,71	
Forderungsausfall	7,61	13,90	4,92	14,21	36,50	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	520	476	470	437	363	
Eigenkapitalquote (%)	35,7	35,5	36,1	21,5	18,9	
Eigenkapitalrentabilität (%)	19,5	3,6	24,0	9,6	44,8	
Umsatzrentabilität (%)	30,7	5,1	35,4	10,7	49,6	
Zinslastquote (%)	17,2	3,6	7,4	7,3	1,3	
Personalkostenquote (%)	12,6	13,0	14,9	13,8	19,4	
Spezifische Daten						
Zahlungen des Landes aus DetV	Mio. €	---	---	419	65	73
Immobilienfonds	Anz.	24	24	24	24	29
Beteiligungskapital	Mio. €	2.973	2.985	2.985	2.985	3.121
Mieteinheiten	Anz.	29.372	40.616	41.072	41.474	41.970
Mietfläche	Tsd. m ²	3.634	4.415	4.461	4.612	4.775
Sollmiete	Mio. €	375,40	390,70	399,50	401,80	403,66



Neue Jüdenstraße 1
10179 Berlin

Telefon: (030) 814 68 - 0
Telefax: (030) 814 68 - 299
www: www.berlinwasser.de
E-Mail: info@berlinwasser.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Tätigkeit als Holding, die insbesondere konzernleitende und geschäftsfeldübergreifende Aufgaben im Zusammenhang mit den von ihr gehaltenen stillen Beteiligungen an den Berliner Wasserbetrieben AöR sowie an anderen Unternehmen im In- und Ausland, die auf den folgenden Gebieten tätig sind, erfüllt:

- Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,
- Erzeugung von und Versorgung mit elektrischer Energie, Gas, Wärme sowie Verwertung von Reststoffen und Entsorgung von Abfall,
- Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb von chemischen Produkten aller Art,
- Handel mit und Bearbeitung von Waren aller Art, vornehmlich Baumaterialien, technischen wie elektronischen Produkten und Erzeugnissen der chemischen Industrie,
- Transport, Umschlag und Lagerung von Waren aller Art,
- Dienstleistungen aller Art, vornehmlich auf dem Gebiet Technik und Consulting,
- Errichtung und Betrieb von Telekommunikationsnetzen und -diensten,
- Wahrnehmung aller Aufgaben der Immobilienwirtschaft.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 51.130.000,00 EUR davon Land Berlin 50,10%
 Berlinwasser Beteiligungs GmbH 49,90%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Berlinwasser International GmbH, Berlin	20,00	100,00%
Berlinwasser Services GmbH, Berlin	2,10	100,00%
avida GmbH, Berlin	0,03	100,00%
bluepartner GmbH, Berlin	0,03	100,00%
p2m Berlin GmbH, Berlin	0,03	100,00%
pigadi GmbH, Berlin	0,03	100,00%
BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin	1.264,00	49,90%
KompetenzZentrum Wasser Berlin gGmbH, Berlin	0,03	12,03%
TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Klärwerk Waßmannsdorf KG	342,58	0,01%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Bruckmann, Frank	95	ganzjährig
Oster, Kerstin	---	---
Simon, Jörg	43	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i>		
Schmidt, Norbert	75	ganzjährig

Siehe ferner Bezüge der gleichen Vorstandsmitglieder bei den Berliner Wasserbetrieben.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Feiler, Klaus, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln.	2014/2019
Bunde, Henner, Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender		Vertr. Bln.	2014/2019
Neetzel, Lutz			Vertr. Bln.	2014/2019

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/3	0/3	6/3	4/2	3/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 238

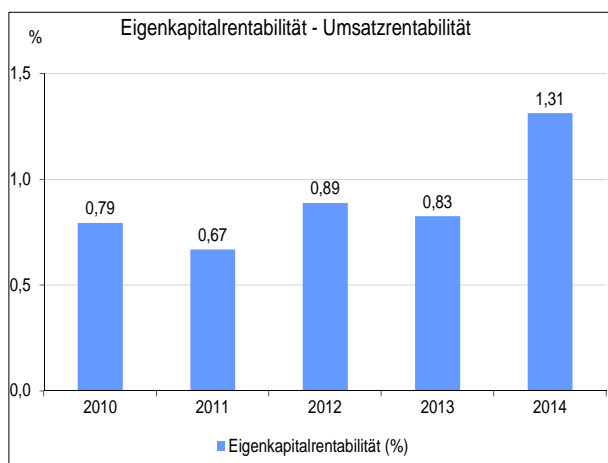
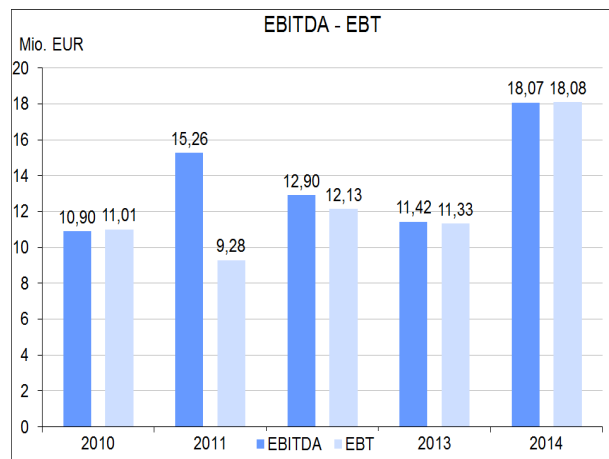
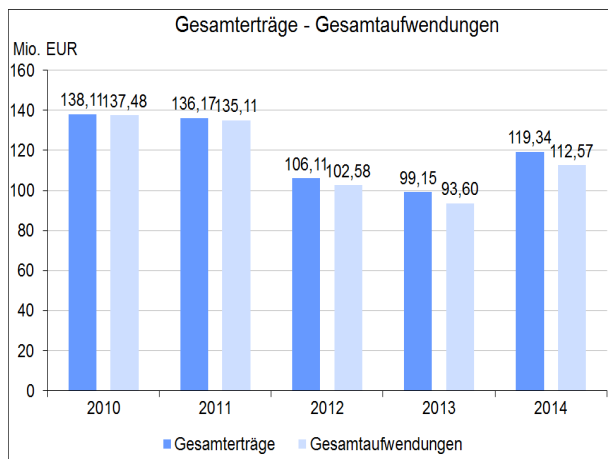
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Im Zuge der Neustrukturierung der Berlinwasser Gruppe wurde am 19.05.2015 die Rechtsform der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft in eine GmbH geändert.

Die Anteile an der Berlinwasser Beteiligungs GmbH wurden per 30.06.2015 noch von der BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG gehalten, die sich im Eigentum des Landes Berlin befand. Im Rahmen der Neustrukturierung der Berlinwasser Gruppe ist die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG am 15.07.2015 durch Anwachsung an die Berlinwasser Beteiligungs GmbH erloschen. Die notarielle Beurkundung der Verschmelzung der Berlinwasser Beteiligungs GmbH auf die Berlinwasser Holding GmbH wurde am 23.07.2015 vollzogen. Mit der Eintragung in das Handelsregister wird die Verschmelzung rechtskräftig. Die Berlinwasser Holding GmbH hat nunmehr allein das Land Berlin als 100%igen direkten Gesellschafter.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	1.500,74	1.476,68	1.483,86	1.534,67	1.530,44
Anlagevermögen	1.336,23	1.336,42	1.339,98	1.357,08	1.367,49
Sachanlagen	---	0,01	0,02	0,03	0,03
Finanzanlagen	1.336,23	1.336,40	1.339,95	1.357,05	1.367,46
Umlaufvermögen	162,68	139,31	143,06	175,84	157,02
Eigenkapital	1.379,02	1.372,25	1.366,70	1.389,18	1.388,12
Rücklagen	15,51	15,18	14,90	14,72	386,12
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---
Fremdkapital	104,48	85,77	96,33	122,97	119,17
Rückstellungen	5,93	2,39	1,95	1,51	4,34
Verbindlichkeiten	98,55	83,38	94,38	121,46	114,83
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	119,34	99,15	106,11	136,17	138,11
Umsatzerlöse	---	---	---	---	---
Übrige Erträge	119,34	99,15	106,11	136,17	138,11
Gesamtaufwendungen	112,57	93,60	102,58	135,11	137,48
Personalaufwand	1,21	2,24	2,18	2,09	1,98
Abschreibungen	0,02	0,01	1,11	6,33	0,03
Zinsaufwand	0,06	0,07	0,09	0,17	0,49
Übrige Aufwendungen	111,28	91,29	99,20	126,53	134,98
EBITDA	18,07	11,42	12,90	15,26	10,90
EBT	18,08	11,33	12,13	9,28	11,01
Jahresergebnis	6,77	5,55	3,52	1,06	0,63
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	11	26	26	26	25
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---
Investitionen	---	0,00	0,00	0,02	0,01
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---	---	---	---
Eigenkapitalquote (%)	91,9	92,9	92,1	90,5	90,7
Eigenkapitalrentabilität (%)	1,3	0,8	0,9	0,7	0,8
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---	---	---
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---



Pohlstraße 67
10785 Berlin

Telefon: (030) 80 99 41 - 0
Telefax: (030) 80 99 41 - 20
www: www.bgz-berlin.de
E-Mail: info@bgz-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Förderung der Entwicklungshilfe und der internationalen Zusammenarbeit - vor allem mit der Türkei, den Ländern Mittel- und Osteuropas und den Partnerstädten Berlins - durch

- Konzeption und Durchführung von Projekten in Berlin und im Ausland, die der Völkerverständigung, der Berufsbildung und der Unterstützung der wirtschaftlichen Selbsthilfeinitiativen dienen (beispielsweise durch Projekte zur Verbreitung innovativer Ansätze der Aus- und Weiterbildung und durch Durchführung von Mobilitätsprojekten zur Förderung des europäischen Gedankens);
- Förderung der Kooperation zwischen hierzu befähigten Bildungs- und Sozialeinrichtungen, einschließlich Verwaltungen, Unternehmen und deren Selbstverwaltungseinrichtungen im In- und Ausland (beispielsweise durch die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zum Aufbau grenzüberschreitender Netzwerke von Berufsbildungsverantwortlichen, Selbstverwaltungseinrichtungen und Selbsthilfeinitiativen sowie durch Projekte zur Förderung des sozialen Dialogs);
- Entwicklung und Verbreitung von Methoden zur Integration von benachteiligten Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft (beispielsweise durch Maßnahmen zur Verbesserung der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 25.564,59 EUR davon Land Berlin 60,00%
Handwerkskammer Berlin 40,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Hansen, Hilde, Dr.	77	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Wittke, Jürgen	Vorsitzender		Mitges. 2008/2018
Kauert, Hans-Georg	Stellv. Vorsitzender		Vertr. Bln. 2015/2018
Badack-Hebig, Elke			Vertr. Bln. 2015/2018
Kostyra, Erwin			Mitges. 2008/2018

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/1	1/1	1/1	1/1	1/1

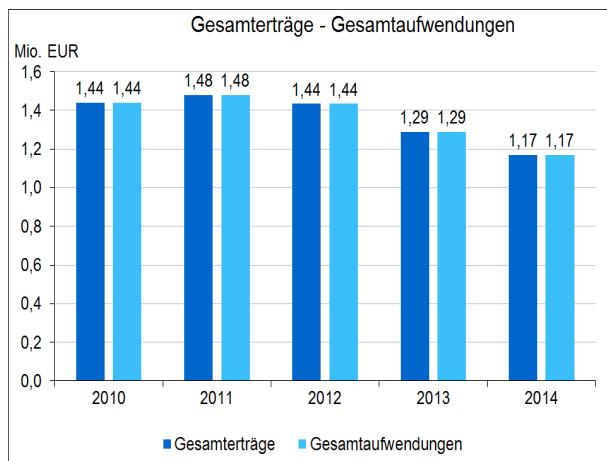
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 267

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	0,61	0,54	0,60	1,09	0,59
Anlagevermögen	0,01	0,01	0,00	0,01	0,01
Sachanlagen	0,01	0,01	0,00	0,01	0,01
Finanzanlagen	---	---	---	---	---
Umlaufvermögen	0,60	0,53	0,59	1,08	0,58
Eigenkapital	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03
Rücklagen	---	---	---	---	---
Sonderposten für Zuschüsse	0,01	0,01	0,00	0,01	0,01
Fremdkapital	0,57	0,50	0,57	1,06	0,55
Rückstellungen	0,03	0,03	0,03	0,02	0,03
Verbindlichkeiten	0,54	0,47	0,54	1,03	0,52
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	1,17	1,29	1,44	1,48	1,44
Umsatzerlöse	---	---	---	---	---
Übrige Erträge	1,17	1,29	1,44	1,48	1,44
Gesamtaufwendungen	1,17	1,29	1,44	1,48	1,44
Personalaufwand	0,38	0,39	0,44	0,46	0,45
Abschreibungen	0,01	0,00	0,00	0,01	0,01
Zinsaufwand	---	---	---	---	---
Übrige Aufwendungen	0,79	0,89	0,99	1,01	0,98
EBITDA	0,01	0,00	0,00	0,01	0,00
EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	---	---	---
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	8	8	9	10	10
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	1,16	1,29	1,43	1,47	1,43
Zuführungen Land Berlin	0,32	0,34	0,51	0,79	0,67
Investitionen	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---	---	---	---
Eigenkapitalquote (%)	4,4	5,1	4,6	2,5	4,6
Eigenkapitalrentabilität (%)	---	---	---	---	---
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---	---	---
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---



Keibelstraße 36
10178 Berlin

Telefon: (030) 90 166 - 16 60
Telefax: (030) 90 166 - 14 14
www: www.bim-berlin.de
E-Mail: info@bim-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Geschäftsführung beim Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) und die Steuerung und fachliche Aufsicht über den Landesbetrieb für Gebäudebewirtschaftung (LfG), die Vermietung und Bewirtschaftung von landeseigenen Gebäuden sowie die Anmietung von Liegenschaften für dienstliche Belange Berlins sowie die Übernahme und Durchführung weiterer Geschäftsbesorgungen und Dienstleistungen auf dem Gebiet der Immobilienwirtschaft für das Land Berlin, deren Tochtergesellschaften, insbesondere auch die Liegenschaftsfonds-Gruppe, sowie Stiftungen, Anstalten usw., die der Gesellschaft vom Gesellschafter übertragen werden. Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin die Bewertung und Strukturierung des direkt oder indirekt gehaltenen Liegenschaftsvermögens des Landes Berlin.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 300.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Lemiss, Sven	217	ganzjährig
Möhring, Birgit	---	---

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin	Vorsitzende		Vertr. Bln. 2012/2018
Lüscher, Regula, Senatsbaudirektorin	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2013/2018
Andersch-Niestedt, Heidrun			Vertr. Bln. 2013/2018
Rettler, Jochen, Dr.			Vertr. Bln. 2013/2018

Die Bezüge für 2014 wurden erst in 2015 gezahlt.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	3/1	3/1	3/1	2/2	1/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

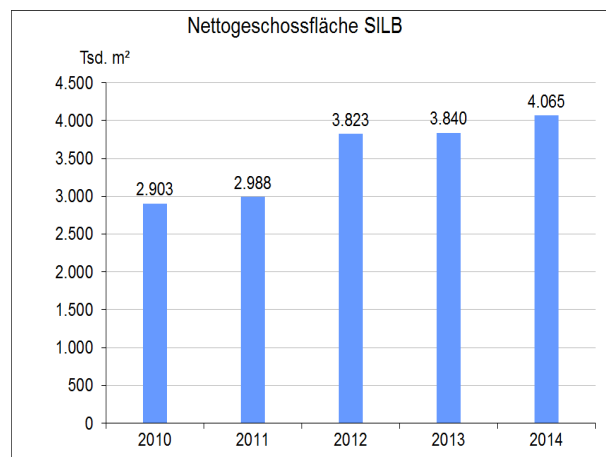
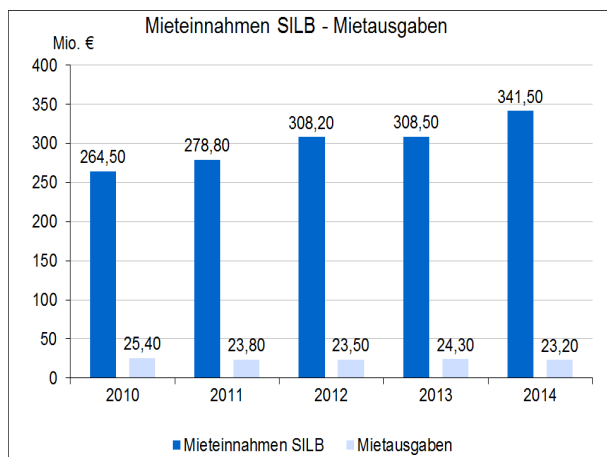
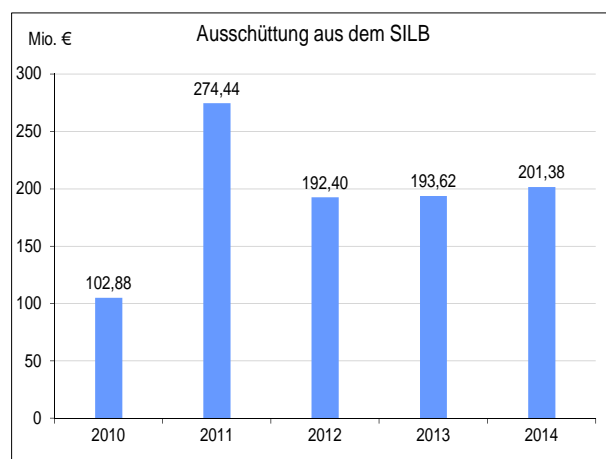
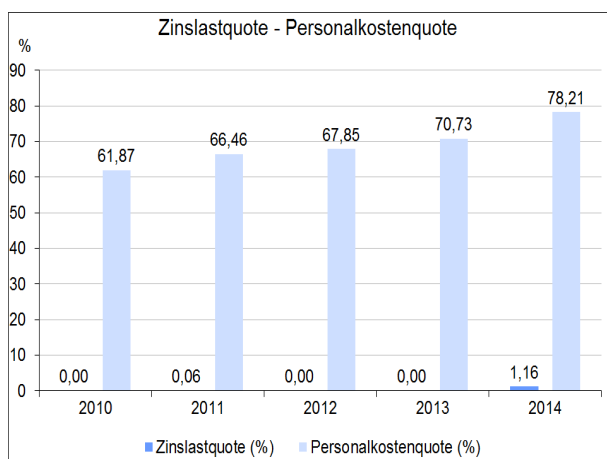
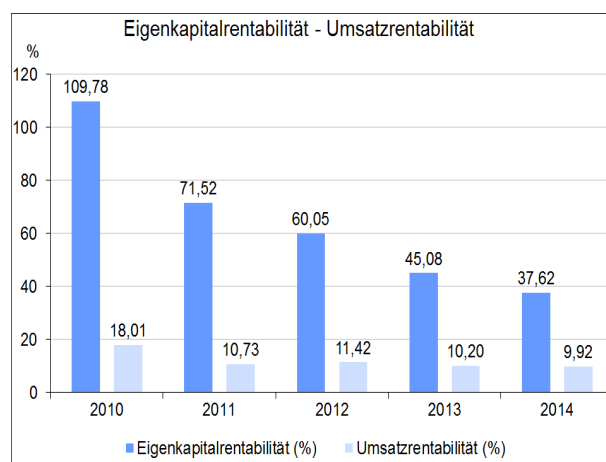
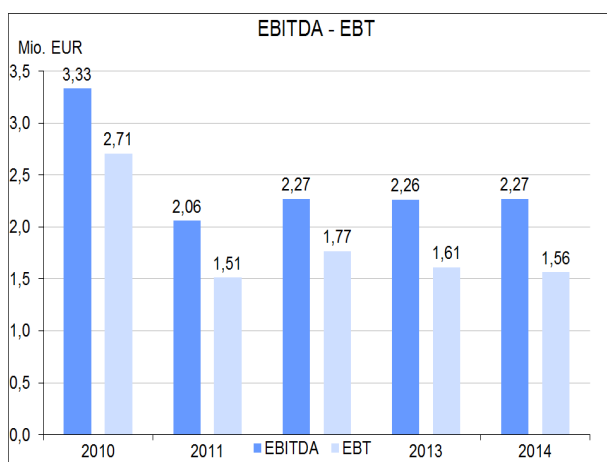
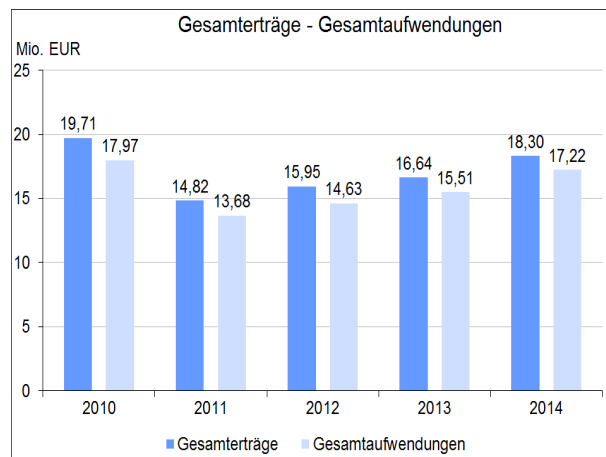
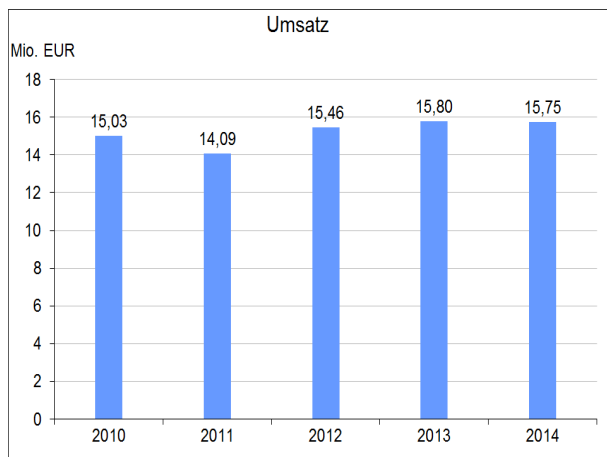
Band 2, Seite 305

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Zum 01.03.2015 sind die BIM GmbH und die Liegenschaftsfonds-Gruppe zusammengeführt worden: Die BIM GmbH hat die operativen Geschäftsbetriebe der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG übernommen. Der Liegenschaftsfonds hat seine Geschäftsbereiche auf die BIM übertragen und die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer des Liegenschaftsfonds sind auf die BIM übergegangen. Im Gesellschaftsvertrag der BIM wurde unter § 2 die Darstellung des Gegenstands des Unternehmens erweitert. Der Aufsichtsrat der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH hat die Geschäftsführerin der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH als zweite Geschäftsführerin bestellt. Sie bleibt weiterhin Geschäftsführerin der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH und vertritt somit die Gesellschaft auch im weiterhin notwendigen rechtsgeschäftlichen Verkehr mit der BIM. Umgekehrt wurde der Geschäftsführer der BIM als weiterer Geschäftsführer der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH bestellt.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	8,59	9,53	8,58	8,46	9,15	
Anlagevermögen	0,97	1,04	1,04	1,06	1,17	
Sachanlagen	0,73	0,73	0,75	0,76	1,02	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	7,47	8,42	7,45	7,29	7,65	
Eigenkapital	4,15	3,57	2,94	2,11	2,47	
Rücklagen	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	4,44	5,96	5,64	6,35	6,68	
Rückstellungen	3,54	3,28	3,16	4,51	4,73	
Verbindlichkeiten	0,90	2,67	2,48	1,84	1,95	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	18,30	16,64	15,95	14,82	19,71	
Umsatzerlöse	15,75	15,80	15,46	14,09	15,03	
Übrige Erträge	2,55	0,84	0,49	0,73	4,68	
Gesamtaufwendungen	17,22	15,51	14,63	13,68	17,97	
Personalaufwand	12,32	11,17	10,49	9,36	9,30	
Abschreibungen	0,53	0,65	0,51	0,54	0,65	
Zinsaufwand	0,18	---	---	0,01	0,00	
Übrige Aufwendungen	4,19	3,68	3,62	3,76	8,03	
EBITDA	2,27	2,26	2,27	2,06	3,33	
EBT	1,56	1,61	1,77	1,51	2,71	
Jahresergebnis	1,08	1,13	1,33	1,15	1,73	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	219	209	194	178	181	
Auszubildende	10	11	15	17	14	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	0,46	0,65	0,50	0,43	0,23	
Forderungsausfall	0,23	0,31	0,31	0,10	0,09	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	72	76	80	79	83	
Eigenkapitalquote (%)	48,4	37,5	34,3	25,0	27,0	
Eigenkapitalrentabilität (%)	37,6	45,1	60,0	71,5	109,8	
Umsatzrentabilität (%)	9,9	10,2	11,4	10,7	18,0	
Zinslastquote (%)	1,2	---	---	0,1	0,0	
Personalkostenquote (%)	78,2	70,7	67,9	66,5	61,9	
Spezifische Daten						
Ausschüttung aus dem SILB	Mio. €	201,38	193,62	192,40	274,44	102,88
Zahlungen SILB/Land Berlin aus Geschäftsbesorgung	Mio. €	15,34	15,34	15,22	13,52	13,47
Mieteinnahmen SILB	Mio. €	341,50	308,50	308,20	278,80	264,50
Grundstücke im SILB	Anz.	374	375	373	308	306
Nettogeschossfläche SILB	Tsd. m ²	4.065	3.840	3.823	2.988	2.903
Angemietete Objekte	Anz.	89	86	79	72	66
Mietausgaben	Mio. €	23,20	24,30	23,50	23,80	25,40



BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: 030 - 21253810
Telefax: 030 - 2125133810
E-Mail: Wilhelm.Reiss@ibb.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Erwerb und die Verwaltung von unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an den Berliner Wasserbetrieben AöR. Die Gesellschaft verwaltet ausschließlich ihr eigenes Vermögen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 25.000,00 davon Land Berlin 99,96%
IBB-Holding GmbH 0,04%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Berlinwasser Beteiligungs GmbH, Berlin (vormals RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH)	0,05	100,00%
BWB Rekom Verwaltungs GmbH, Berlin	0,03	0,00%

Geschäftsführung

Kommanditistin (IBB-Holding GmbH), vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Wilhelm Reiß.

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 317

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Im Rahmen der Neustrukturierung der Berlinwasser Gruppe ist die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG am 15.07.2015 durch Anwachsung an die Berlinwasser Beteiligungs GmbH erloschen. Die Berlinwasser Beteiligungs GmbH wurde am 23.07.2015 auf die Berlinwasser Holding GmbH verschmolzen.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012
Bilanzsumme	1.306,81	1.297,96	686,97
Anlagevermögen	1.137,38	1.137,48	579,99
Sachanlagen	---	---	---
Finanzanlagen	1.137,38	1.137,48	579,99
Umlaufvermögen	169,43	160,47	106,98
Eigenkapital	78,96	4,61	25,38
Rücklagen	0,03	0,03	0,03
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---
Fremdkapital	1.227,85	1.293,34	661,59
Rückstellungen	0,06	0,06	0,03
Verbindlichkeiten	1.227,79	1.293,28	661,56
Kreditverbindlichkeiten	1.227,78	1.267,58	658,82
GuV			
Gesamterträge	76,57	14,78	25,87
Umsatzerlöse	---	---	---
Übrige Erträge	76,57	14,78	25,87
Gesamtaufwendungen	27,89	10,21	0,54
Personalaufwand	---	---	---
Abschreibungen	---	---	---
Zinsaufwand	27,60	9,81	0,32
Übrige Aufwendungen	0,29	0,40	0,22
EBITDA	49,00	-0,40	23,38
EBT	48,68	4,56	25,33
Jahresergebnis	48,68	4,56	25,33
Gewinnabführung	---	---	---
Beschäftigte	1	1	1
Auszubildende	---	---	---
Allgemeine Daten			
Zuführungen	---	---	---
Zuführungen Land Berlin	---	---	---
Investitionen	---	---	---
Forderungsausfall	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---	---
Eigenkapitalquote (%)	6,0	0,4	3,7
Eigenkapitalrentabilität (%)	61,7	98,9	99,8
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---
Zinslastquote (%)	---	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---	---

Zimmerstr. 54
10117 Berlin

Telefon: 030 20243-0
Telefax: 030 20243-291
www: deges.de

Gegenstand des Unternehmens

Planung und Baudurchführung (Bauvorbereitung, Bauüberwachung) von und für Bundesfernstraßen oder wesentliche Teile davon im Rahmen der Auftragsverwaltung gemäß Art. 90 Grundgesetz. Entsprechendes gilt für vergleichbare Verkehrsinfrastrukturprojekte im Aufgabenbereich der Gesellschafter einschließlich zugehöriger Aufgaben. Die Beauftragung erfolgt durch Einzelauftrag auf Grundlage eines Rahmenvertrags mit dem beauftragenden Gesellschafter.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 62.600,00 EUR davon Land Berlin 5,91%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Baumbach, Bodo	187	ganzjährig
Brandenburger, Dirk	214	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Krause, Stefan, Dr.	Vorsitzender	---	Mitges.	2015/ --
Tegtbauer, Tatjana	Stellv. Vorsitzende	---	Mitges.	2015/ --
Irmer, Lutz	Stellv. Vorsitzender	1	Mitges.	2004/ --
Adam, Lutz		0	Vertr. Bln.	2014/ --
Golasowski, Wolfgang		0	Mitges.	2009/ --
Heinz, Beate		---	Mitges.	2015/ --
Herrmann, Günther		1	Mitges.	2010/ --
Huber, Martin		0	Mitges.	2012/ --
Klaiber, Gert		0	Mitges.	2014/ --
Klang, Klaus, Dr.		---	Mitges.	2015/ --
Kosmider, Rainer, Dr.		0	Mitges.	2014/ --
Maatz, Ekhart		0	Mitges.	2014/ --
Neumann, Egbert		0	Mitges.	2010/ --
Nägele, Frank, Dr.		0	Mitges.	2014/ --
Sablotny, Bernd		0	Mitges.	2012/ --
Schlautmann, Michael		0	Mitges.	2013/ --
Vogel, Volkmar		0	Mitges.	2010/ --

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/1	0/0	0/0	0/0	0/0

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Das Land Berlin ist der DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin am 08.12.2014 als Gesellschafter beigetreten.

Die Bestellung der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt unbefristet.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014
Bilanzsumme	406,93
Anlagevermögen	2,35
Sachanlagen	1,50
Finanzanlagen	0,01
Umlaufvermögen	404,24
Eigenkapital	0,10
Rücklagen	0,04
Sonderposten für Zuschüsse	---
Fremdkapital	406,82
Rückstellungen	5,07
Verbindlichkeiten	401,75
Kreditverbindlichkeiten	---
GuV	
Gesamterträge	51,54
Umsatzerlöse	17,43
Übrige Erträge	34,11
Gesamtaufwendungen	51,54
Personalaufwand	20,23
Abschreibungen	0,64
Zinsaufwand	0,08
Übrige Aufwendungen	30,59
EBITDA	0,79
EBT	0,08
Jahresergebnis	0,01
Gewinnabführung	---
Beschäftigte	241
Auszubildende	2
Allgemeine Daten	
Zuführungen	---
Zuführungen Land Berlin	---
Investitionen	1,09
Forderungsausfall	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	71
Eigenkapitalquote (%)	0,0
Eigenkapitalrentabilität (%)	72,2
Umsatzrentabilität (%)	0,4
Zinslastquote (%)	0,5
Personalkostenquote (%)	116,1

Potsdamer Straße 60
10785 Berlin

Telefon: (030) 264 85 - 0
Telefax: (030) 264 85 - 43 20
www: www.degewo.de
E-Mail: info@degewo.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art, insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 145.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
degewo 2. Wohnungsverwaltungsgesellschaft Beteiligungs- und Geschäftsführungs-GmbH, Berlin	0,03	100,00%
degewo 4. Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
degewo City Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	10,00	100,00%
degewo Forderungsmanagement GmbH, Berlin	0,08	100,00%
degewo Gebäudeservice GmbH	0,03	100,00%
degewo Köpenicker Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	10,00	100,00%
degewo Marzahner Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	17,00	100,00%
degewo Nord Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	10,00	100,00%
degewo Süd Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	10,00	100,00%
degewo Technische Dienste GmbH	0,03	100,00%
degewo Treuhand GmbH, Berlin	0,05	100,00%
degewo Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
degewo Wärme GmbH	0,03	100,00%
degewo-Hausbau GmbH, Berlin	0,05	100,00%
gewobe Wohnungswirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	0,80	100,00%
degewo 3. Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	0,05	93,44%
SOPHIA Berlin GmbH, Berlin	0,05	50,00%
GEDE Gemeinsame Berliner Wohnen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	7,20	47,45%
Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt- Marketing mbH, Berlin	1,24	0,32%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Beck, Christoph	258	ganzjährig
Jahn, Kristina	48	01.10. - 31.12.
<i>Ausgeschieden:</i>		
Bielka, Frank	212	01.01. - 30.09.

Hinzu kommen teilweise betriebliche Versorgungszusagen für die Vorstände.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Halsch, Volker	Vorsitzender	7	Vertr. Bln.	2013/2019				
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	3	Vertr. Bln.	2014/2019				
Baier, Beate		2	AN	2014/2019				
Grygier, Bärbel, Dr.		4	Vertr. Bln.	2009/2019				
Helbig-Zschäpe, Hannelore, Dr.			Vertr. Bln.	2015/2019				
Horn, Hubertus		2	AN	2014/2019				
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin		6	Vertr. Bln.	2012/2019				
Wierzchowski, Angelika		5	AN	2009/2019				
von der Aue, Gisela		2	Vertr. Bln.	2014/2019				
				2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder				4/2	3/2	3/3	3/3	2/4

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 324

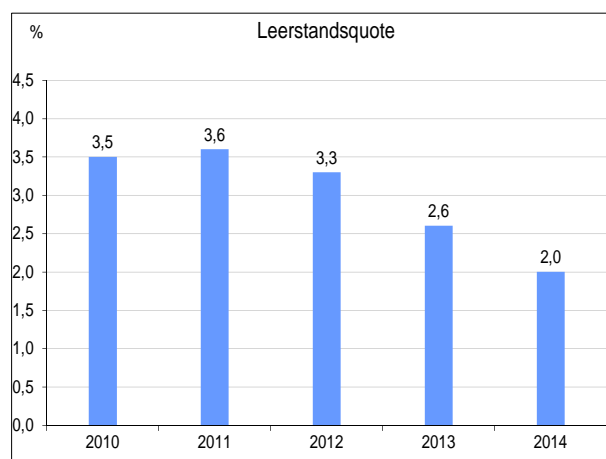
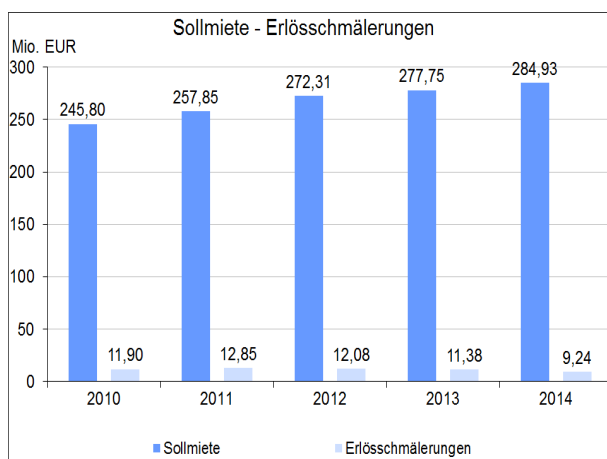
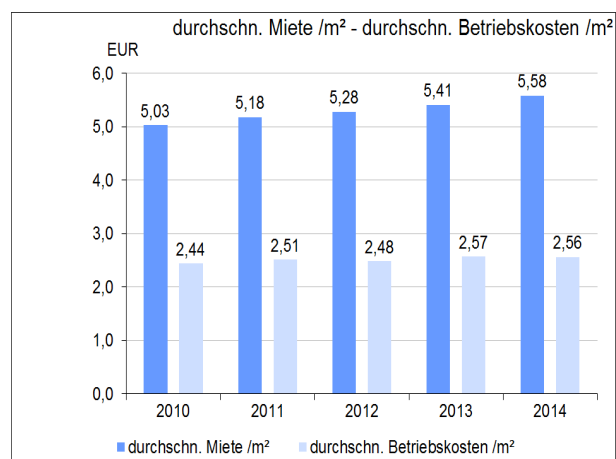
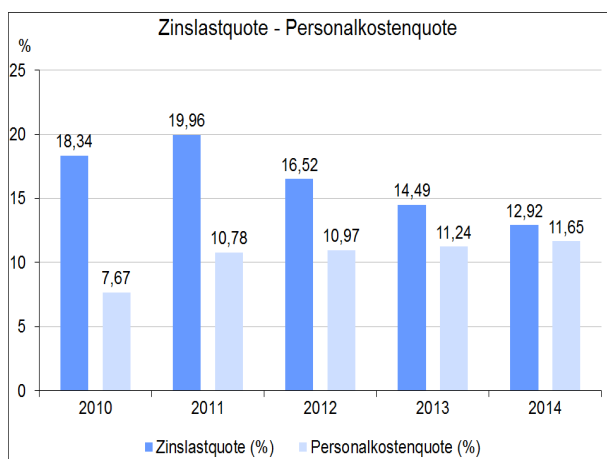
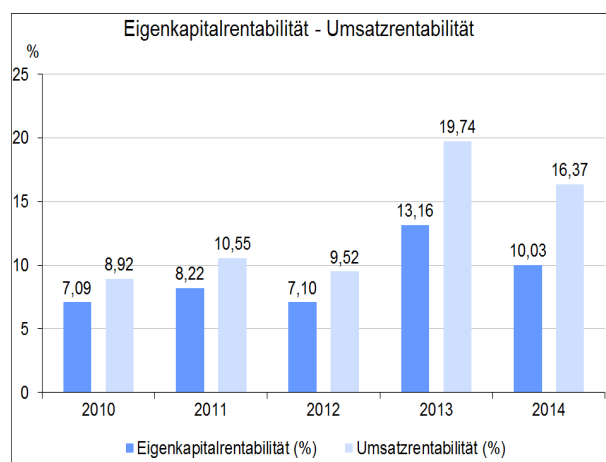
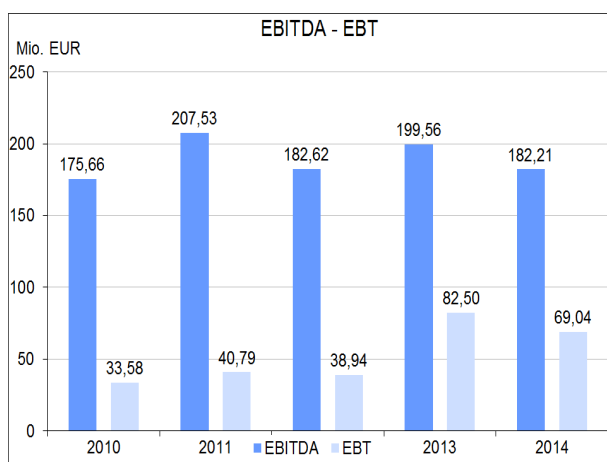
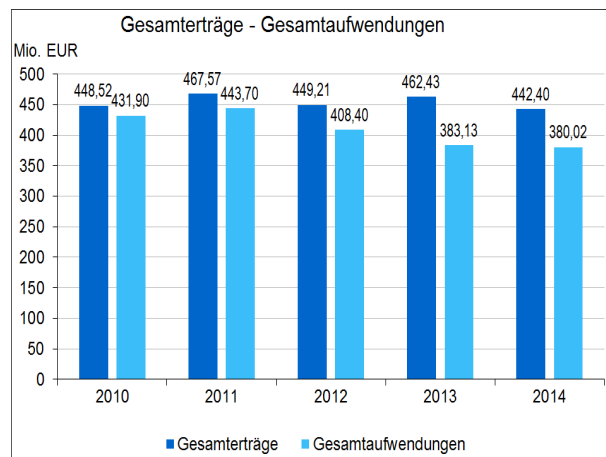
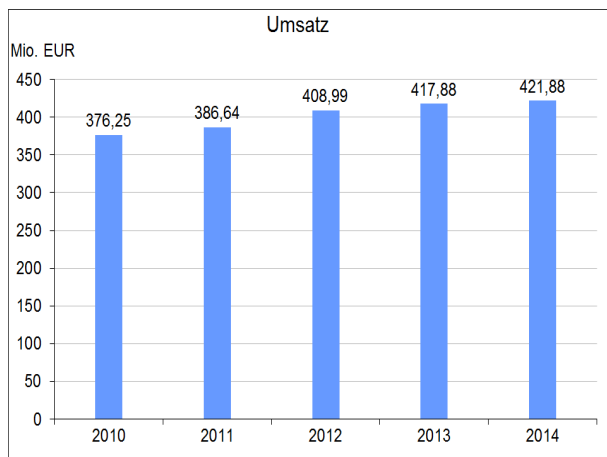
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Außerdem hält die degewo Beteiligungen an diversen Immobilienfonds bzw. Grundstücks- und Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG), Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) bzw. Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	2.983,67	2.765,32	2.751,07	2.645,77	2.489,55	
Anlagevermögen	2.715,58	2.519,09	2.526,76	2.410,09	2.231,33	
Sachanlagen	2.701,67	2.505,51	2.512,92	2.333,18	2.212,98	
Finanzanlagen	13,38	12,97	13,03	76,11	17,51	
Umlaufvermögen	267,46	245,11	222,64	234,18	256,96	
Eigenkapital	688,69	626,77	548,70	496,17	473,46	
Rücklagen	467,90	411,01	334,26	287,18	273,54	
Sonderposten für Zuschüsse	16,78	17,25	17,71	18,07	18,73	
Fremdkapital	2.256,87	2.100,21	2.163,83	2.089,73	1.932,21	
Rückstellungen	31,01	32,67	46,89	56,79	75,22	
Verbindlichkeiten	2.225,87	2.067,54	2.116,94	2.032,94	1.856,99	
Kreditverbindlichkeiten	2.029,77	1.909,02	1.945,68	1.882,07	1.710,63	
GuV						
Gesamterträge	442,40	462,43	449,21	467,57	448,52	
Umsatzerlöse	421,88	417,88	408,99	386,64	376,25	
Übrige Erträge	20,52	44,54	40,22	80,94	72,27	
Gesamtaufwendungen	380,02	383,13	408,40	443,70	431,90	
Personalaufwand	49,15	46,97	44,87	41,66	28,87	
Abschreibungen	61,19	58,08	81,17	71,57	81,35	
Zinsaufwand	54,49	60,56	67,58	77,17	69,01	
Übrige Aufwendungen	215,20	217,53	214,78	253,30	252,68	
EBITDA	182,21	199,56	182,62	207,53	175,66	
EBT	69,04	82,50	38,94	40,79	33,58	
Jahresergebnis	62,38	79,29	40,81	23,87	16,62	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	1.124	1.077	1.037	983	534	
Auszubildende	46	46	45	39	31	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	6,20	7,79	9,77	13,59	20,63	
Zuführungen Land Berlin	6,20	7,79	9,77	13,59	20,63	
Investitionen	262,83	52,67	87,10	84,61	116,64	
Forderungsausfall	0,38	0,69	1,04	---	6,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	375	388	394	393	705	
Eigenkapitalquote (%)	23,1	22,7	19,9	18,8	19,0	
Eigenkapitalrentabilität (%)	10,0	13,2	7,1	8,2	7,1	
Umsatzrentabilität (%)	16,4	19,7	9,5	10,6	8,9	
Zinslastquote (%)	12,9	14,5	16,5	20,0	18,3	
Personalkostenquote (%)	11,7	11,2	11,0	10,8	7,7	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	---	---	
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	---	---	
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	
verwaltete Wohnungen	Anz.	74.802	73.599	72.897	69.637	69.475
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	64.788	62.621	62.725	60.293	57.660
durchschn. Miete /m ²	€	5,58	5,41	5,28	5,18	5,03
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,56	2,57	2,48	2,51	2,44
Leerstandsquote	%	2,2	2,6	3,3	3,6	3,5
Sollmiete	Mio. €	284,93	277,75	272,31	257,85	245,80
Erlösschmälerungen	Mio. €	9,24	11,38	12,08	12,85	11,90
Ist-Miete	Mio. €	275,69	266,37	260,24	245,01	233,90



**Deutsche Film- und Fernsehakademie
Berlin, Gesellschaft mit beschränkter
Haftung**



Potsdamer Straße 2
10785 Berlin

Telefon: (030) 257 59 - 0
Telefax: (030) 257 59 - 161
www: www.dffb.de
E-Mail: direktor@dffb.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und Unterhaltung der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin. Die Akademie hat die Aufgabe, durch Orientierung und Vorlesung, Demonstration und Seminar sowie durch Anleitung in Übungs- und Entwicklungsstudios Kenntnisse über Film und Fernsehen zu vermitteln; sie soll die künstlerische Entwicklung des Films und Fernsehens fördern.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei

Nominalkapital 25.600,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Forster, Edith*	6	01.10. – 31.12.
Knapheide, Bodo*	6	01.10. – 31.12.
<i>Ausgeschieden:</i>		
Schütte, Jan, Prof.	101	01.01 – 30.09.

* Zusatzvergütung als Ausgleich für interimistische Geschäftsführungstätigkeiten.

Kuratorium

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Böhning, Björn, Chef der Senatskanzlei	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2012/2017
Junkersdorf, Eberhard	Stellv. Vorsitzender		Vertr. Bln. 1989/2017
Brockmann, Iris			Vertr. Bln. 2012/2017
Niehuus, Kirsten			Vertr. Bln. 2007/2017
Nothelle, Claudia, Dr.			Vertr. Bln. 2009/2017
Tronnier, Claudia			Vertr. Bln. 2007/2017

Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Kuratoriumsmitglieder	4/2	4/2	4/2	4/2	4/1

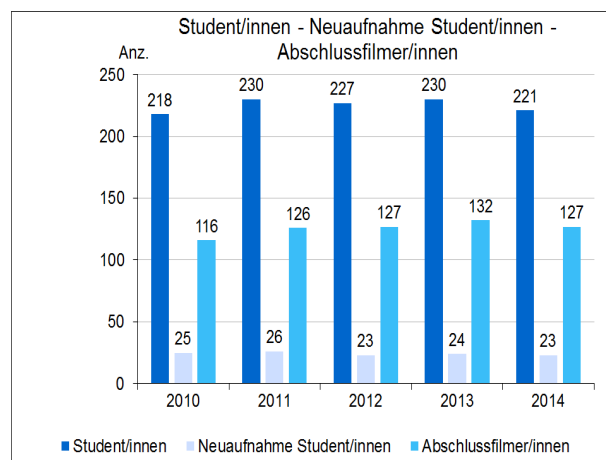
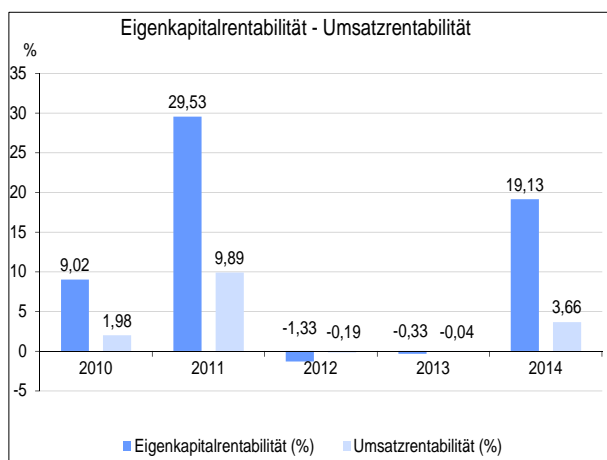
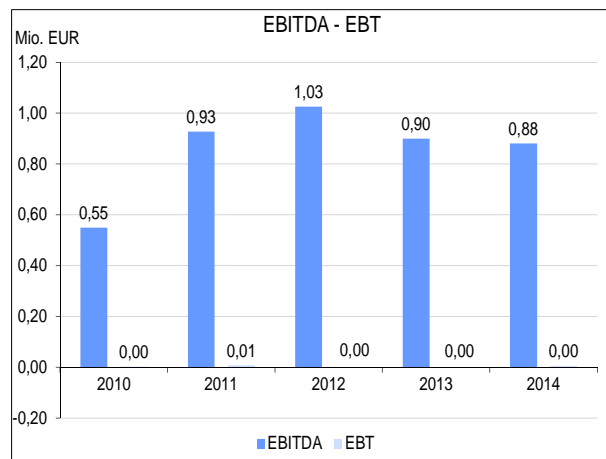
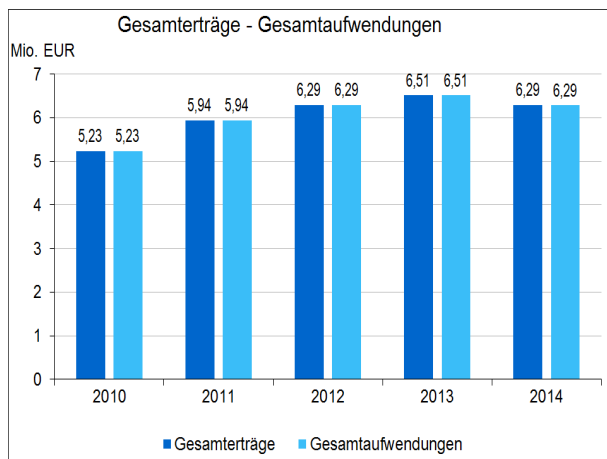
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 347

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1,85	2,38	3,35	4,24	4,29	
Anlagevermögen	1,03	1,64	2,50	3,49	3,42	
Sachanlagen	0,99	1,63	2,49	3,48	3,41	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	0,81	0,74	0,85	0,74	0,87	
Eigenkapital	0,03	0,02	0,02	0,03	0,02	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	1,04	1,64	2,51	3,50	3,43	
Fremdkapital	0,70	0,63	0,75	0,65	0,80	
Rückstellungen	0,09	0,21	0,25	0,26	0,44	
Verbindlichkeiten	0,61	0,42	0,50	0,39	0,36	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	6,29	6,51	6,29	5,94	5,23	
Umsatzerlöse	0,13	0,17	0,16	0,08	0,11	
Übrige Erträge	6,16	6,34	6,13	5,86	5,12	
Gesamtaufwendungen	6,29	6,51	6,29	5,94	5,23	
Personalaufwand	2,58	2,54	2,44	2,51	2,34	
Abschreibungen	0,88	0,90	1,03	0,92	0,55	
Zinsaufwand	---	---	---	---	---	
Übrige Aufwendungen	2,83	3,07	2,82	2,50	2,33	
EBITDA	0,88	0,90	1,03	0,93	0,55	
EBT	0,00	0,00	0,00	0,01	0,00	
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	50	46	43	41	39	
Auszubildende	---	1	---	---	---	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	4,83	4,67	4,51	5,09	5,85	
Zuführungen Land Berlin	4,83	4,65	4,48	5,04	5,83	
Investitionen	0,30	0,03	0,04	0,99	1,93	
Forderungsausfall	0,00	0,01	0,00	0,00	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	3	4	4	2	3	
Eigenkapitalquote (%)	1,4	0,9	0,7	0,6	0,6	
Eigenkapitalrentabilität (%)	19,1	-0,3	-1,3	29,5	9,0	
Umsatzrentabilität (%)	3,7	0,0	-0,2	9,9	2,0	
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---	
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---	
Spezifische Daten						
Student/innen	Anz.	221	230	227	230	218
Neuaufnahme Student/innen	Anz.	23	24	23	26	25
Abschlussfilmer/innen	Anz.	127	132	127	126	116
Studienabbrüche	Anz.	2	1	1	1	---





**Deutsche Klassenlotterie Berlin
rechtsfähige Anstalt des öffentlichen
Rechts**

Brandenburgische Straße 36
10707 Berlin

Telefon: (030) 89 05 - 0
Telefax: (030) 89 05 - 15 17
www: www.lotto-berlin.de
E-Mail: info@lotto-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe gemäß § 2 des DKLB-Gesetzes (Gesetz über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin) ist die Durchführung von behördlich erlaubten Glücksspielen einschließlich Lotterien, Sporttoto, Sportwetten und Ausspielungen, sowie aller damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 10.225.837,62 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin	0,25	100,00%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Bleiß, Marion, Dr.	190	ganzjährig
Höltkemeier, Hansjörg	197	ganzjährig

Verwaltungsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Dunger-Löper, Hella, Staatssekretärin	Vorsitzende	0	Vertr. Bln.	2012/2016
Poll, Jens, Prof. Dr.	Stellv. Vorsitzender	0	Vertr. Bln.	2008/2016
Beermann, Guido, Staatssekretär		0	Vertr. Bln.	2013/2016
Hefter, Stefanie		0	AN	2013/2016
Herdmann, Ute, Dr.		---	Vertr. Bln.	2012/2016
Schulz-Strelow, Monika		0	Vertr. Bln.	2012/2016
Sänger, Kathrin		0	AN	2009/2016
Volke-Schleiff, Matthias		0	AN	2013/2016
Weniger, Hans-Jörg		0	Vertr. Bln.	2002/2016

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Verwaltungsratsmitglieder	3/3	3/3	3/3	3/2	2/4

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 360

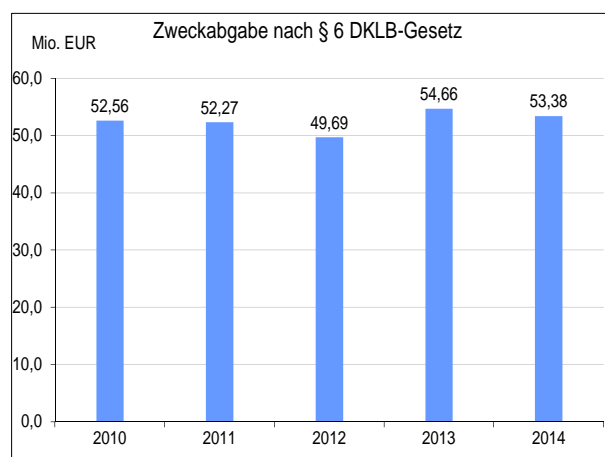
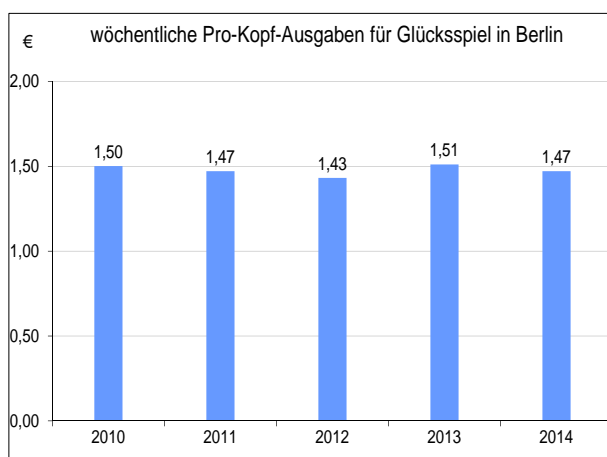
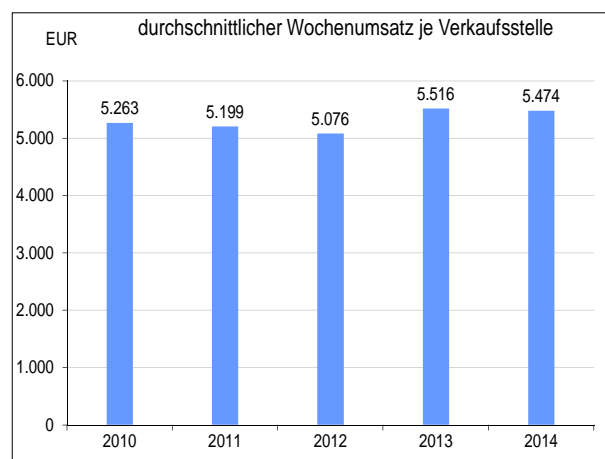
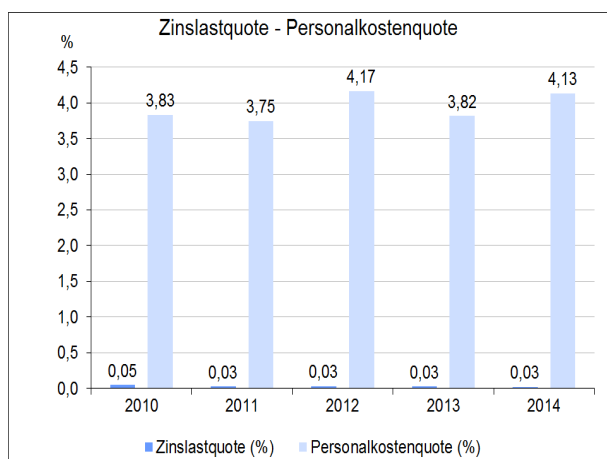
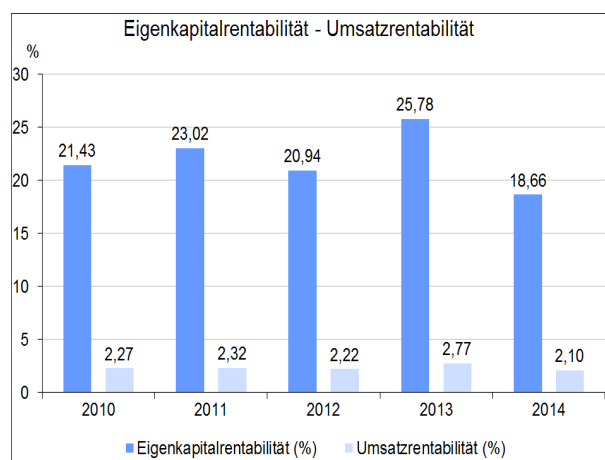
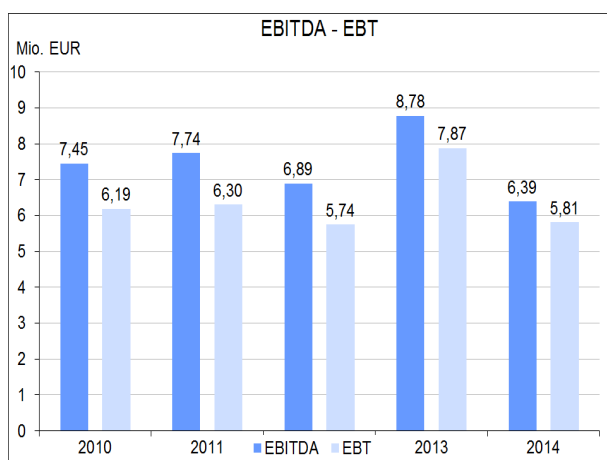
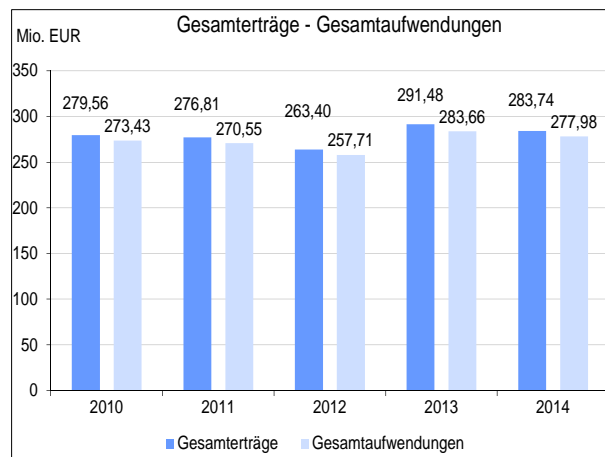
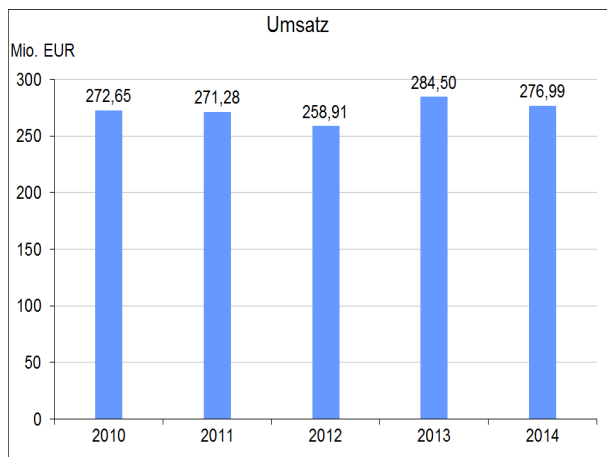
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Verwaltungsrat ist bestellt bis zum Ende der 17. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin, wobei die Bestellung erst dann endet, wenn ein neuer Verwaltungsrat bestellt worden ist.

Die Gewinnabführung erfolgt an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	70,07	65,57	65,34	58,97	61,02	
Anlagevermögen	3,64	3,84	4,11	4,22	5,08	
Sachanlagen	1,78	1,86	2,12	3,02	4,02	
Finanzanlagen	0,25	0,25	0,25	0,25	0,25	
Umlaufvermögen	65,33	60,67	60,21	53,53	54,47	
Eigenkapital	31,15	30,54	27,42	27,39	28,87	
Rücklagen	16,50	15,16	12,49	11,50	10,91	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	33,40	29,20	32,02	25,77	26,46	
Rückstellungen	6,50	6,47	5,64	4,85	5,08	
Verbindlichkeiten	26,91	22,73	26,37	20,92	21,38	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	283,74	291,48	263,40	276,81	279,56	
Umsatzerlöse	276,99	284,50	258,91	271,28	272,65	
Übrige Erträge	6,75	6,99	4,49	5,53	6,92	
Gesamtaufwendungen	277,98	283,66	257,71	270,55	273,43	
Personalaufwand	11,45	10,86	10,79	10,16	10,45	
Abschreibungen	1,15	1,47	1,96	2,00	1,78	
Zinsaufwand	0,07	0,08	0,08	0,08	0,13	
Übrige Aufwendungen	265,31	271,26	244,88	258,31	261,07	
EBITDA	6,39	8,78	6,89	7,74	7,45	
EBT	5,81	7,87	5,74	6,30	6,19	
Jahresergebnis	5,76	7,83	5,69	6,25	6,14	
Gewinnabführung	4,42	5,16	4,70	5,66	7,74	
Beschäftigte	167	161	155	156	158	
Auszubildende	12	10	10	9	9	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	0,86	0,89	1,80	0,97	1,37	
Forderungsausfall	---	---	---	---	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	1.659	1.767	1.670	1.739	1.726	
Eigenkapitalquote (%)	44,5	46,6	42,0	46,4	47,3	
Eigenkapitalrentabilität (%)	18,7	25,8	20,9	23,0	21,4	
Umsatzrentabilität (%)	2,1	2,8	2,2	2,3	2,3	
Zinslastquote (%)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Personalkostenquote (%)	4,1	3,8	4,2	3,7	3,8	
Spezifische Daten						
Zweckabgabe nach § 6 DKLB-Gesetz	Mio. €	53,38	54,66	49,69	52,27	52,56
durchschnittlicher Wochenumsatz je Verkaufsstelle	€	5.474	5.516	5.076	5.199	5.263
wöchentliche Pro-Kopf-Ausgaben für Glücksspiel in Berlin	€	1,47	1,51	1,43	1,47	1,50



**Deutsches Zentrum für Hochschul- und
Wissenschaftsforschung GmbH**



Goseriede 9
30159 Hannover

Telefon: (0511) 12 20 0
Telefax: (0511) 12 20 250
www: www.dzhw.eu
E-Mail: info@dzhw.eu

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient als Kompetenzzentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung der Stärkung der Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Deutschland und der Erfüllung des Bedarfs an forschungsbasierten Dienstleistungen seitens der Akteure der Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Sie stellt wissenschaftliche Infrastrukturen für die Hochschul- und Wissenschaftsforschung bereit.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Nominalkapital 27.000,00 EUR	davon	Bundesrepublik Deutschland	70,40%
		Freie Hansestadt Bremen	1,85%
		Freie und Hansestadt Hamburg	1,85%
		Freistaat Bayern	1,85%
		Freistaat Sachsen	1,85%
		Freistaat Thüringen	1,85%
		Land Baden-Württemberg	1,85%
		Land Berlin	1,85%
		Land Brandenburg	1,85%
		Land Hessen	1,85%
		Land Mecklenburg- Vorpommern	1,85%
		Land Niedersachsen	1,85%
		Land Nordrhein-Westfalen	1,85%
		Land Rheinland-Pfalz	1,85%
		Land Sachsen-Anhalt	1,85%
		Land Schleswig-Holstein	1,85%
		Saarland	1,85%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Hartung, Bernhard, Dr.	93	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Greisler, Peter	Vorsitzender		Mitges. 2013/2018
Bering, Maria			Vertr. Bln. 2013/2018
Epping, Volker, Prof. Dr.			Mitges. 2014/2018
Hoops, Andrea			Mitges. 2013/2018
Kühnel, Steffen, Prof.Dr.			-- /2018
Mihatsch, Michael, Dr.			Mitges. 2013/2018

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/0	1/0	0/0	0/0	0/0

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Das Unternehmen wurde zum 28.08.2013 gegründet. Aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit wird auf die grafische Darstellung verzichtet.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013
Bilanzsumme	10,45	9,08
Anlagevermögen	0,21	0,16
Sachanlagen	0,17	0,13
Finanzanlagen	---	---
Umlaufvermögen	10,21	8,91
Eigenkapital	0,16	0,68
Rücklagen	0,14	0,41
Sonderposten für Zuschüsse	0,21	0,16
Fremdkapital	10,07	8,24
Rückstellungen	0,37	0,42
Verbindlichkeiten	9,69	7,82
Kreditverbindlichkeiten	---	---
GuV		
Gesamterträge	12,48	11,11
Umsatzerlöse	---	---
Übrige Erträge	12,48	11,11
Gesamtaufwendungen	13,00	10,87
Personalaufwand	9,76	8,68
Abschreibungen	0,09	0,10
Zinsaufwand	---	---
Übrige Aufwendungen	3,16	2,08
EBITDA	-0,43	0,34
EBT	-0,52	0,24
Jahresergebnis	-0,52	0,24
Gewinnabführung	---	---
Beschäftigte	240	232
Auszubildende	---	---
Allgemeine Daten		
Zuführungen	11,65	10,75
Zuführungen Land Berlin	0,22	0,20
Investitionen	0,14	0,27
Forderungsausfall	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---
Eigenkapitalquote (%)	1,6	7,5
Eigenkapitalrentabilität (%)	-318,2	35,4
Umsatzrentabilität (%)	---	---
Zinslastquote (%)	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---

Flughafen Berlin Brandenburg
12521 Berlin

Telefon: (030) 60 91 - 70000
Telefax: (030) 60 91 - 70009
www: www.berlin-airport.de
E-Mail: karsten.muehlenfeld@berlin-airport.de

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb und der Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld zum Flughafen BER sowie die unternehmerische Beteiligung an Flughafengesellschaften im Berlin-Brandenburger Raum.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei

Nominalkapital 11.000.000,00 EUR davon

Land Berlin	37,00%
Land Brandenburg	37,00%
Bundesrepublik Deutschland	26,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH, Berlin	38,35	100,00%
FMT Facility Management Tempelhof GmbH i.L., Berlin	0,03	100,00%
Flughafen Energie & Wasser GmbH (FEW), Berlin	0,03	100,00%
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	0,51	10,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Fölster, Heike	279	ganzjährig
Mühlenfeld, Karsten, Dr. <i>Ausgeschieden:</i>	---	---
Mehdorn, Hartmut	746	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Müller, Michael, Regierender Bürgermeister	Vorsitzender	0	Vertr. Bln.	2015/2019
Bretschneider, Rainer	Stellv. Vorsitzender	2	Mitges.	2015/2018
Bomba, Rainer		2	Mitges.	2010/2015
Gatzer, Werner		2	Mitges.	2011/2016
Heinrich, Claudia		1	AN	2008/2019
Henkel, Frank, Senator		1	Vertr. Bln.	2011/2016
Krüger, Wolfgang, Dr.		1	Mitges.	2013/2018
Lindner, Peter		1	AN	2009/2019
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär		---	Vertr. Bln.	2015/2020
Munsonius, Sven		1	AN	2008/2019
Pantring, Gabriele		---		2015/2020
Rößler, Holger		1	AN	2003/2019
Trochowski, Daniela		0	Mitges.	2014/2019
Voß, Gerhard		0	AN	2014/2019
Zehden, Michael		1	Vertr. Bln.	2003/2018

Stichtag für die Besetzung des Aufsichtsrats ist der 03.07.2015.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/4	1/3	1/3	1/3	0/4

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 381

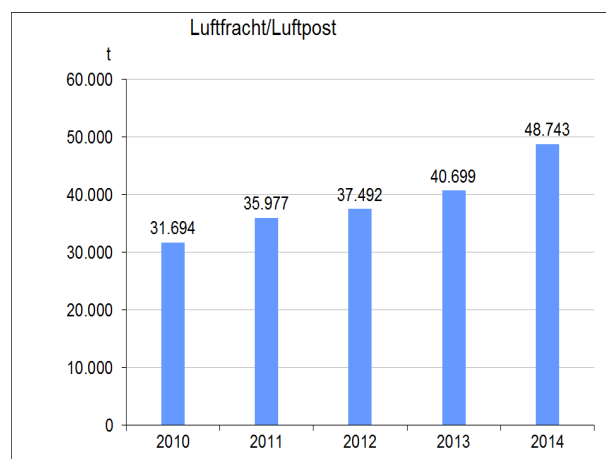
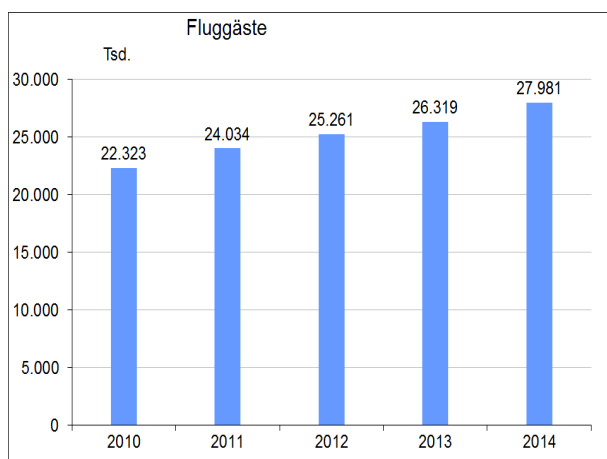
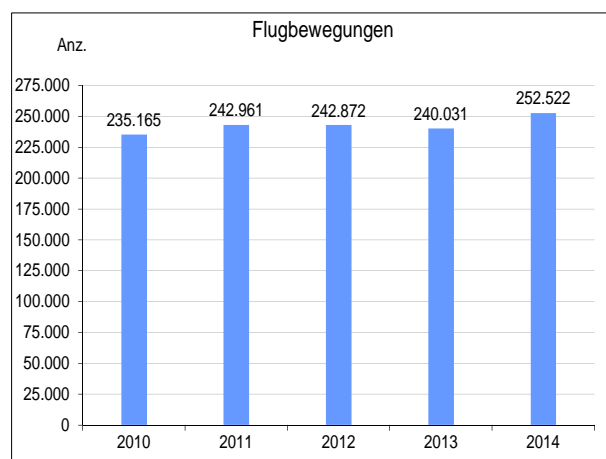
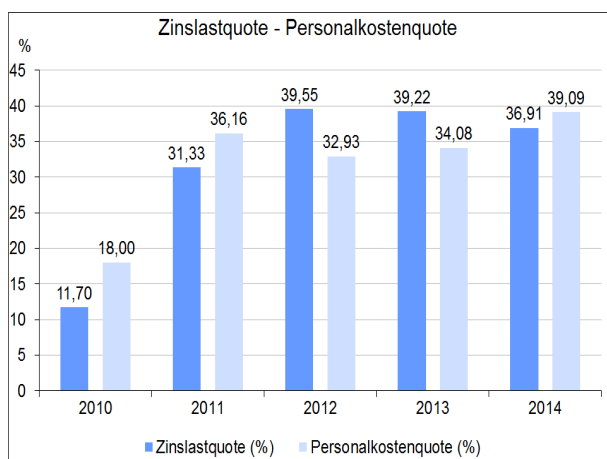
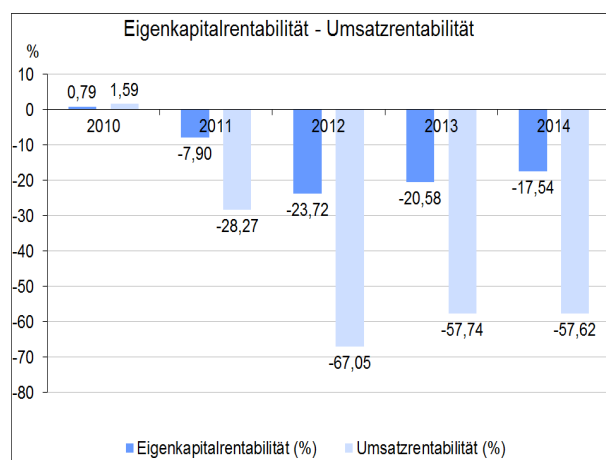
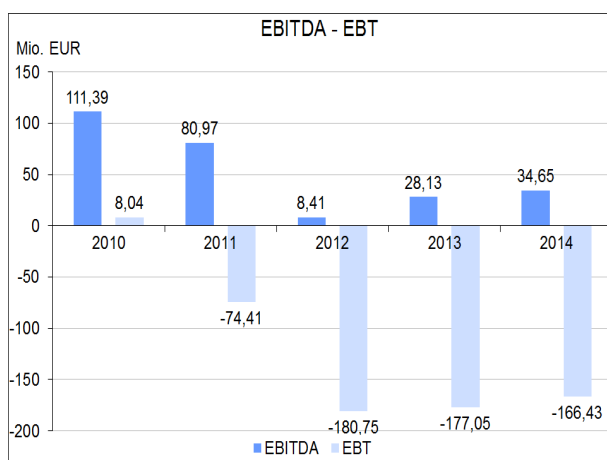
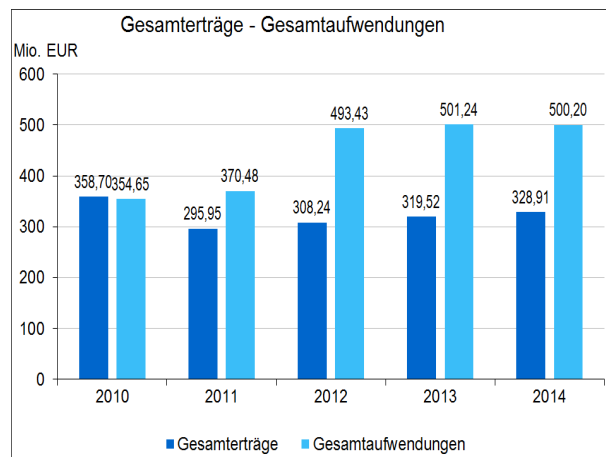
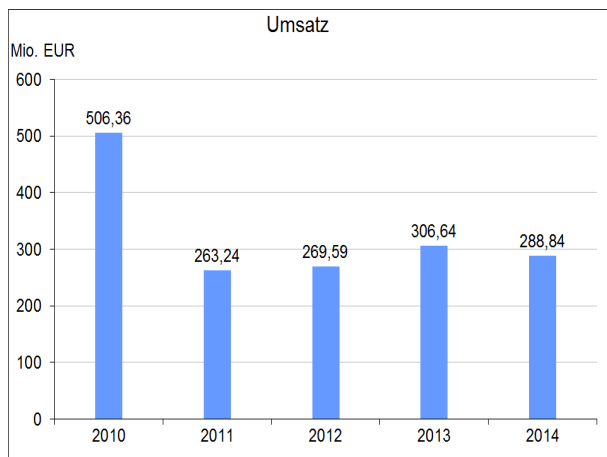
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Außerdem hält die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH Beteiligungen an diversen
Grundstücksgesellschaften in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft.

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		3.748,80	3.687,35	3.381,77	2.830,96	2.219,87
Anlagevermögen		3.610,08	3.475,30	3.171,03	2.637,95	2.060,61
Sachanlagen		3.554,39	3.453,12	3.159,90	2.629,24	2.055,75
Finanzanlagen		0,05	0,05	0,09	0,10	0,10
Umlaufvermögen		123,34	193,71	194,18	177,66	139,83
Eigenkapital		948,62	860,51	761,91	942,08	1.016,62
Rücklagen		1.531,08	1.271,68	974,91	969,90	969,90
Sonderposten für Zuschüsse		96,26	101,92	105,14	86,14	80,22
Fremdkapital		2.646,28	2.667,41	2.434,51	1.732,99	1.070,77
Rückstellungen		138,58	148,92	122,33	92,58	92,51
Verbindlichkeiten		2.507,70	2.518,49	2.312,18	1.640,41	978,26
Kreditverbindlichkeiten		2.445,54	2.459,02	2.228,16	1.540,08	893,30
GuV						
Gesamterträge		328,91	319,52	308,24	295,95	358,70
Umsatzerlöse		288,84	306,64	269,59	263,24	506,36
Übrige Erträge		40,07	12,89	38,65	32,71	-147,66
Gesamtaufwendungen		500,20	501,24	493,43	370,48	354,65
Personalaufwand		112,90	104,50	88,78	95,19	91,15
Abschreibungen		96,40	90,62	85,66	74,27	49,67
Zinsaufwand		106,61	120,27	106,64	82,46	59,25
Übrige Aufwendungen		184,29	185,86	212,35	118,56	154,57
EBITDA		34,65	28,13	8,41	80,97	111,39
EBT		-166,43	-177,05	-180,75	-74,41	8,04
Jahresergebnis		-171,29	-181,72	-185,18	-74,54	4,05
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		1.760	1.547	1.408	1.458	1.459
Auszubildende		71	65	61	66	62
Allgemeine Daten						
Zuführungen		0,01	0,01	22,11	7,14	38,44
Zuführungen Land Berlin		---	---	---	---	---
Investitionen		261,04	233,09	617,56	650,79	593,50
Forderungsausfall		2,24	10,02	0,79	0,13	0,28
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		164	198	191	181	347
Eigenkapitalquote (%)		25,3	23,3	22,5	33,3	45,8
Eigenkapitalrentabilität (%)		-17,5	-20,6	-23,7	-7,9	0,8
Umsatzrentabilität (%)		-57,6	-57,7	-67,0	-28,3	1,6
Zinslastquote (%)		36,9	39,2	39,6	31,3	11,7
Personalkostenquote (%)		39,1	34,1	32,9	36,2	18,0
Spezifische Daten						
Gesellschaftereinzahlungen und Darlehensumwandlungen	Mio. €	259,40	299,10	---	---	48,00
davon Land Berlin	Mio. €	93,80	107,30	---	---	17,76
Flugbewegungen	Anz.	252.522	240.031	242.872	242.961	235.165
Fluggäste	Tsd.	27.981	26.319	25.261	24.034	22.323
Luftfracht/Luftpost	t	48.743	40.699	37.492	35.977	31.694



**Friedrichstadt-Palast
Betriebsgesellschaft mit beschränkter
Haftung**



Friedrichstraße 107
10117 Berlin

Telefon: (030) 232 62 - 264
Telefax: (030) 282 45 78
www: www.show-palace.eu
E-Mail: info@show-palace.eu

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb des Revue-Theaters Friedrichstadt-Palast.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle
Angelegenheiten

Nominalkapital 512.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Schmidt, Berndt, Dr.	313	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Renner, Tim, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2014/2017
Nümann-Seidewinkel, Ingrid, Dr.	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2013/2017
Kieker, Burkhard			Vertr. Bln. 2009/2017
Kofler, Christiane N.N.			Vertr. Bln. 2014/2017
Rothärmel, Bettina, Dr.			Vertr. Bln. 2007/2017
Schröder, Rita			Vertr. Bln. 2015/2017

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	4/2	5/2	4/3	3/4	3/4

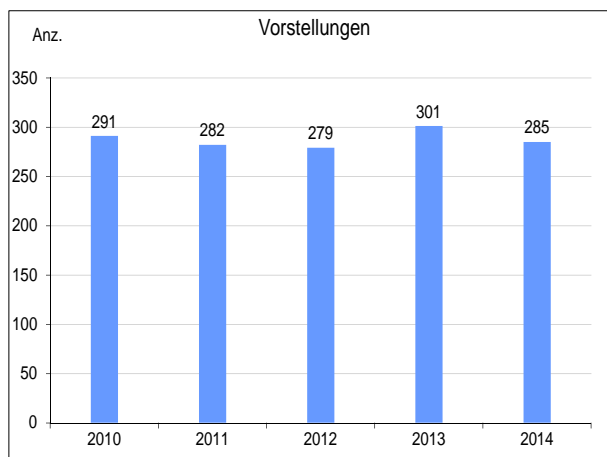
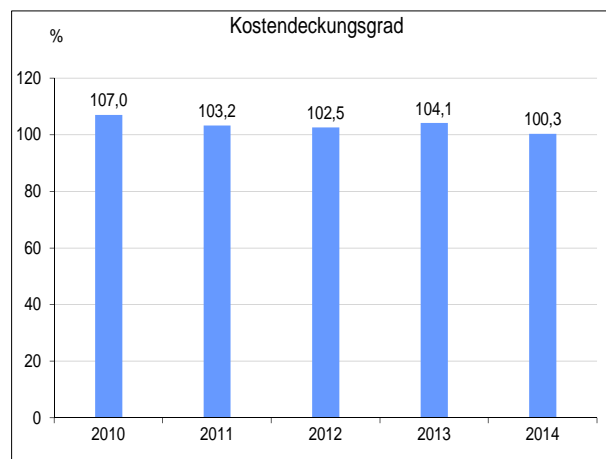
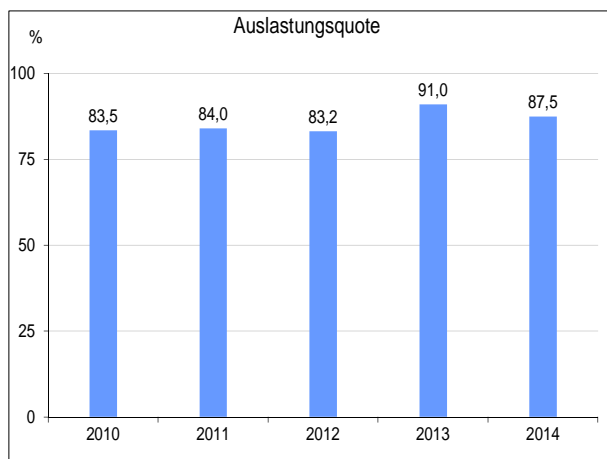
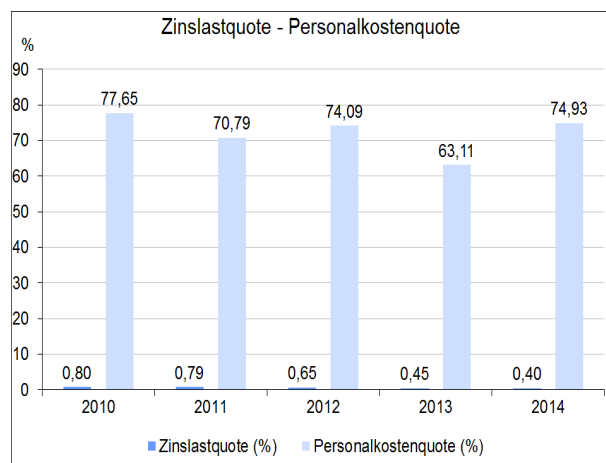
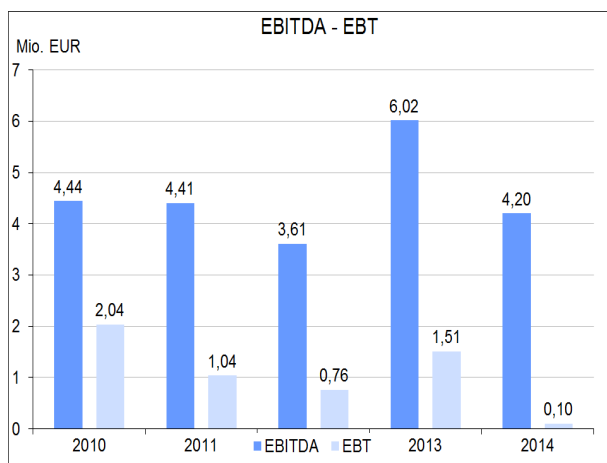
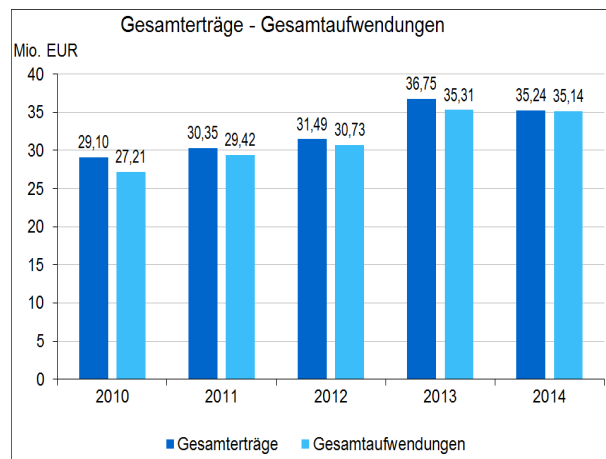
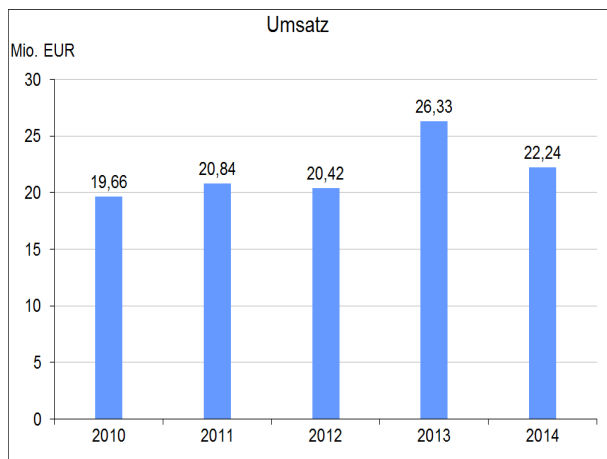
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 420

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	14,34	14,31	13,51	11,91	12,98	
Anlagevermögen	11,39	8,15	10,50	8,03	6,03	
Sachanlagen	11,01	7,70	9,95	7,65	5,92	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	2,92	6,03	2,96	3,84	6,74	
Eigenkapital	5,78	5,68	4,24	3,48	2,55	
Rücklagen	7,78	7,78	7,78	7,78	7,78	
Sonderposten für Zuschüsse	0,03	0,07	0,11	0,16	0,26	
Fremdkapital	8,54	8,55	9,16	8,27	10,17	
Rückstellungen	1,17	1,66	1,62	1,84	2,63	
Verbindlichkeiten	7,36	6,89	7,54	6,43	7,53	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	35,24	36,75	31,49	30,35	29,10	
Umsatzerlöse	22,24	26,33	20,42	20,84	19,66	
Übrige Erträge	13,00	10,43	11,08	9,50	9,44	
Gesamtaufwendungen	35,14	35,31	30,73	29,42	27,21	
Personalaufwand	16,66	16,61	15,13	14,76	15,27	
Abschreibungen	4,02	4,40	2,72	3,24	2,27	
Zinsaufwand	0,09	0,12	0,13	0,16	0,16	
Übrige Aufwendungen	14,37	14,18	12,75	11,26	9,52	
EBITDA	4,20	6,02	3,61	4,41	4,44	
EBT	0,10	1,51	0,76	1,04	2,04	
Jahresergebnis	0,10	1,45	0,76	0,92	1,89	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	272	263	261	255	251	
Auszubildende	7	8	7	7	7	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	8,55	8,36	8,07	6,55	6,57	
Zuführungen Land Berlin	8,55	8,36	8,07	6,55	6,57	
Investitionen	7,26	2,05	5,19	5,23	4,11	
Forderungsausfall	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	82	100	78	82	78	
Eigenkapitalquote (%)	40,3	39,7	31,4	29,2	19,7	
Eigenkapitalrentabilität (%)	1,8	26,5	18,1	29,8	79,7	
Umsatzrentabilität (%)	0,5	5,7	3,7	5,0	10,4	
Zinslastquote (%)	0,4	0,5	0,7	0,8	0,8	
Personalkostenquote (%)	74,9	63,1	74,1	70,8	77,7	
Spezifische Daten						
Auslastungsquote	%	87,5	91,0	83,2	84,0	83,5
Vorstellungen	Anz.	285	301	279	282	291
Kostendeckungsgrad	%	100,3	104,1	102,5	103,2	107,0



**FWU Institut für Film und Bild in
Wissenschaft und Unterricht
gemeinnützige GmbH**



Bavariafilmplatz 3
82031 Grünwald

Telefon: (089) 64 97 - 1
Telefax: (089) 64 97 - 300
www: www.fwu.de
E-Mail: info@fwu.de

Gegenstand des Unternehmens

Herstellung und Förderung der Verwendung audiovisueller Medien als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung u. Wissenschaft.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Nominalkapital 163.613,40 EUR	davon	Freie Hansestadt Bremen	6,25%
		Freie und Hansestadt Hamburg	6,25%
		Freistaat Bayern	6,25%
		Freistaat Sachsen	6,25%
		Freistaat Thüringen	6,25%
		Land Baden-Württemberg	6,25%
		Land Berlin	6,25%
		Land Brandenburg	6,25%
		Land Hessen	6,25%
		Land Mecklenburg-Vorpommern	6,25%
		Land Niedersachsen	6,25%
		Land Nordrhein-Westfalen	6,25%
		Land Rheinland-Pfalz	6,25%
		Land Sachsen-Anhalt	6,25%
		Land Schleswig-Holstein	6,25%
		Saarland	6,25%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name
Frost, Michael Nill, Rüdiger

Aufsichtsrat

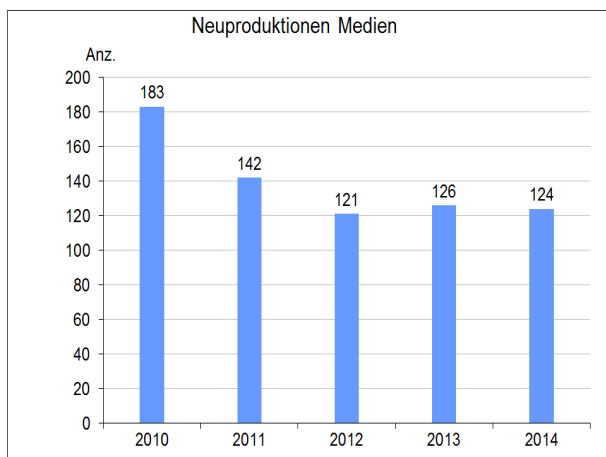
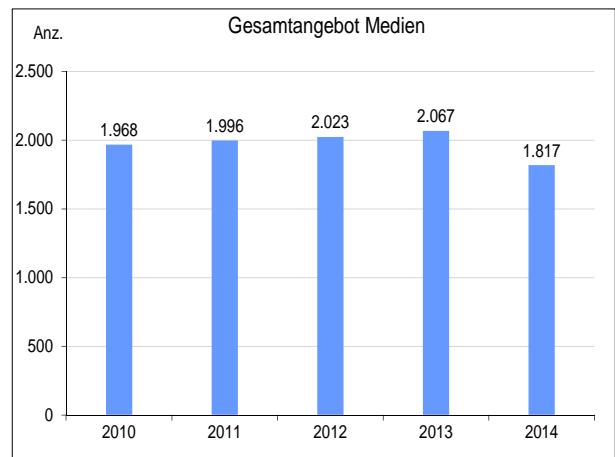
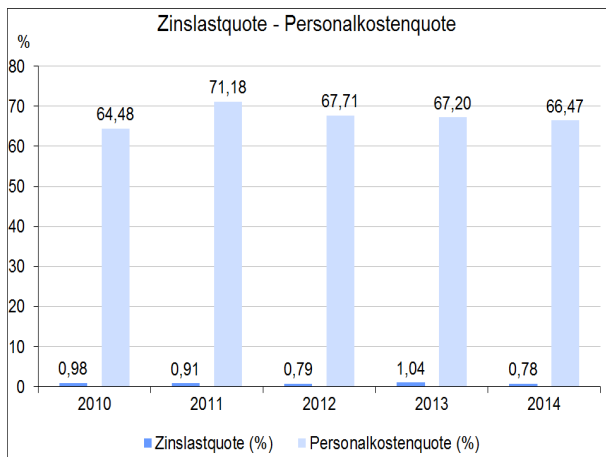
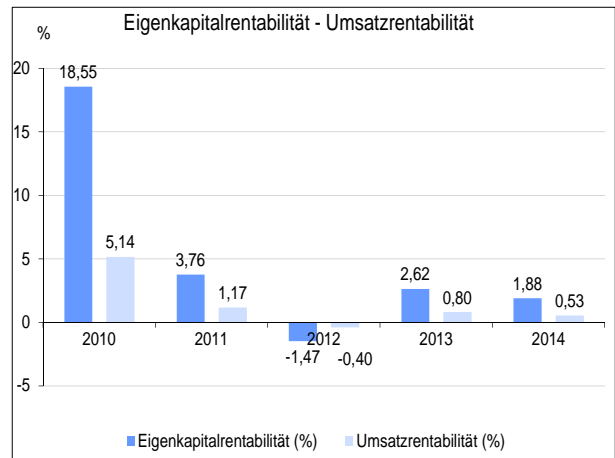
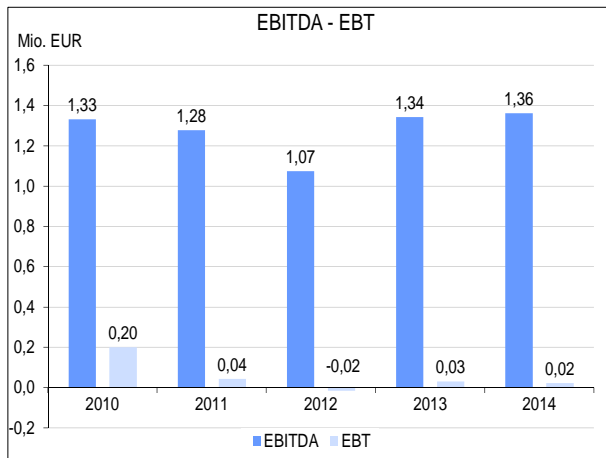
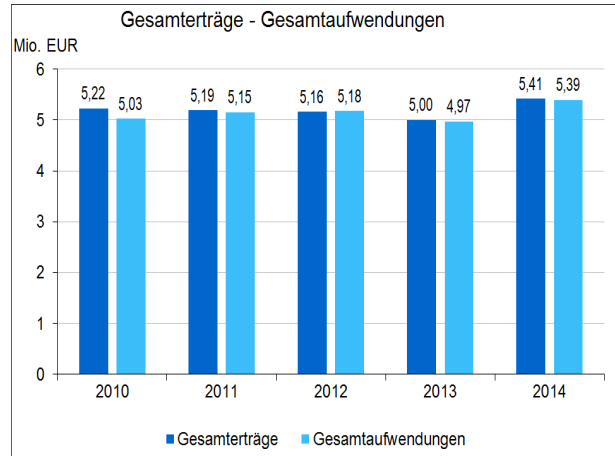
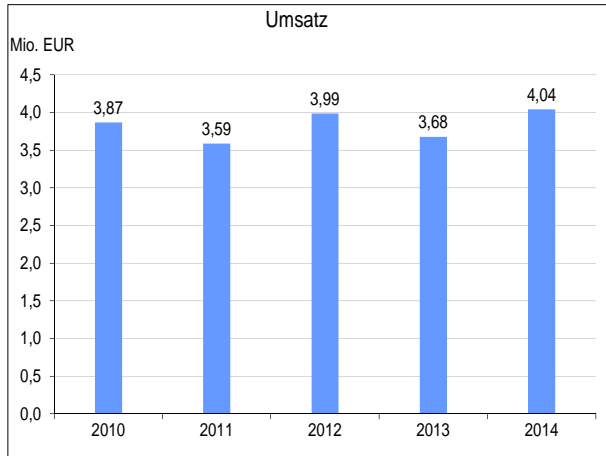
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Kraft, Wolfgang	Vorsitzender		Mitges. 2005/2016
Bauer, Martin, Dr.	Stellv. Vorsitzender		Mitges. 2011/2016
Günthner, Dirk			Mitges. 2011/2016
Heine, Heinrich			Mitges. 2009/2016
Heinemann, Ullrich, Dr.			Mitges. 2006/2016
ter Horst, Jan			Mitges. 2013/2016

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	3,58	3,49	3,53	3,46	3,62	
Anlagevermögen	2,14	2,26	2,50	2,51	2,64	
Sachanlagen	1,12	1,19	1,21	1,31	1,35	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	1,41	1,21	1,00	0,91	0,95	
Eigenkapital	1,15	1,12	1,10	1,11	1,07	
Rücklagen	0,96	0,93	0,95	0,91	0,71	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	2,42	2,35	2,42	2,33	2,54	
Rückstellungen	2,06	2,02	2,15	2,01	2,24	
Verbindlichkeiten	0,36	0,33	0,27	0,33	0,29	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	5,41	5,00	5,16	5,19	5,22	
Umsatzerlöse	4,04	3,68	3,99	3,59	3,87	
Übrige Erträge	1,37	1,32	1,17	1,60	1,36	
Gesamtaufwendungen	5,39	4,97	5,18	5,15	5,03	
Personalaufwand	2,69	2,47	2,70	2,55	2,49	
Abschreibungen	1,31	1,28	1,06	1,21	1,10	
Zinsaufwand	0,03	0,04	0,03	0,03	0,04	
Übrige Aufwendungen	1,36	1,18	1,38	1,35	1,39	
EBITDA	1,36	1,34	1,07	1,28	1,33	
EBT	0,02	0,03	-0,02	0,04	0,20	
Jahresergebnis	0,02	0,03	-0,02	0,04	0,20	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	38	46	45	40	39	
Auszubildende	2	2	2	2	2	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	0,65	0,65	0,63	0,68	0,68	
Zuführungen Land Berlin	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02	
Investitionen	1,19	1,03	1,05	1,07	1,26	
Forderungsausfall	0,01	0,00	0,02	0,00	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	105	80	89	89	99	
Eigenkapitalquote (%)	32,0	32,2	31,1	32,2	29,6	
Eigenkapitalrentabilität (%)	1,9	2,6	-1,5	3,8	18,6	
Umsatzrentabilität (%)	0,5	0,8	-0,4	1,2	5,1	
Zinslastquote (%)	0,8	1,0	0,8	0,9	1,0	
Personalkostenquote (%)	66,5	67,2	67,7	71,2	64,5	
Spezifische Daten						
Gesamtangebot Medien	Anz.	1.817	2.067	2.023	1.996	1.968
Neuproduktionen Medien	Anz.	124	126	121	142	183
Umsatz VHS	Mio. €	---	0,01	0,00	0,01	0,08
Umsatz DVD	Mio. €	2,00	2,19	2,40	2,52	2,63
Umsatz CD-Rom	Mio. €	0,01	0,01	0,03	0,06	0,06
Umsatz Online-Medien	Mio. €	1,61	0,96	0,87	0,84	0,95



Wilhelmsruher Damm 142
13439 Berlin

Telefon: (030) 40 73 - 0
Telefax: (030) 40 73 - 13 58
www: www.gesobau.de
E-Mail: info@gesobau.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 78.265.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
GESOBAU Geschäftsführung GmbH, Berlin	0,03	100,00%
aktiva Haus- und Wohnungseigentumsverwaltung GmbH, Berlin	1,31	100,00%
berlinwohnen Hausmeister GmbH, Berlin	0,03	100,00%
GEDE Gemeinsame Berliner Wohnen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	7,20	47,45%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Franzen, Jörg	279	ganzjährig
Wilkens, Christian	242	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
von der Aue, Gisela	Vorsitzende	---	Vertr. Bln. 2015/2020
Galley, Birgit	Stellv. Vorsitzende	5	Vertr. Bln. 2015/2020
Senier, Ramona	Stellv. Vorsitzende	4	AN 2015/2020
Brand, Thomas		4	Vertr. Bln. 2003/2020
Cordes, Dieter		---	Vertr. Bln. 2015/2020
Kluge, Christian		---	AN 2015/2020
Krings-Heckemeier, Marie-Therese, Dr.		4	Vertr. Bln. 2015/2020
Rohbeck, Oliver		---	Vertr. Bln. 2015/2020
Scholze, Anja		4	AN 2007/2020

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	3/3	3/3	3/3	3/3	3/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

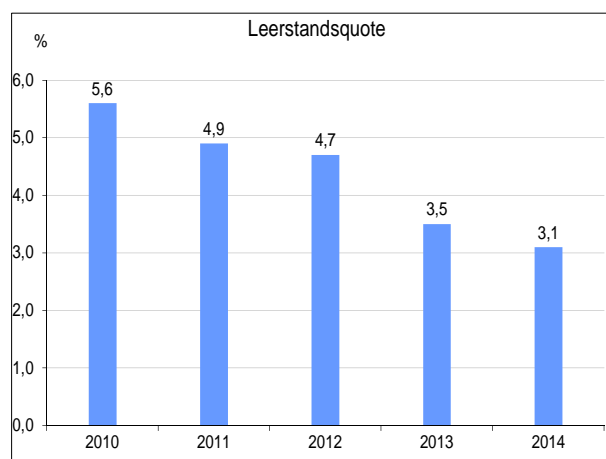
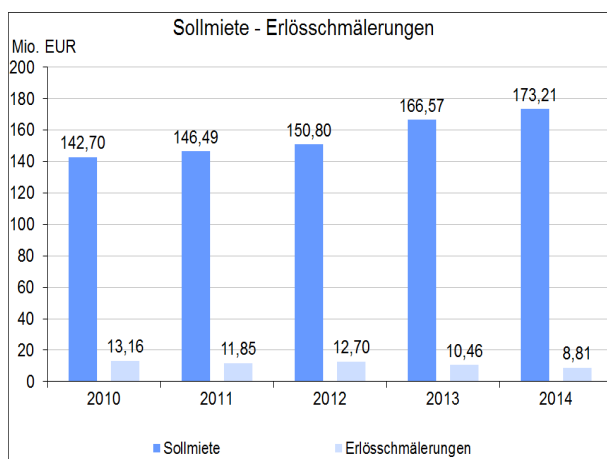
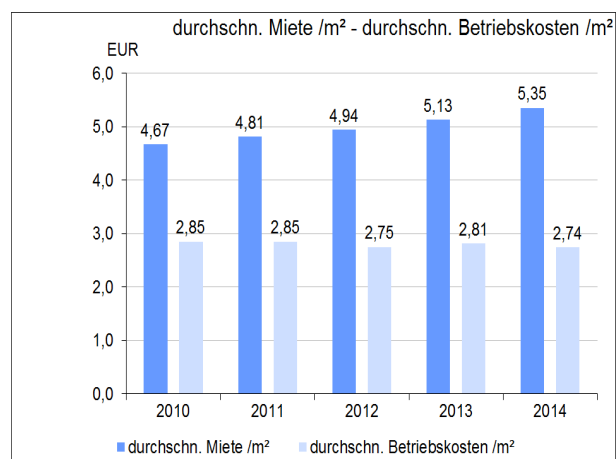
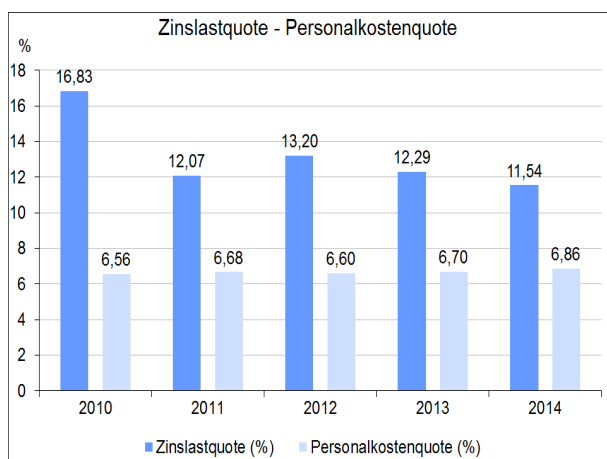
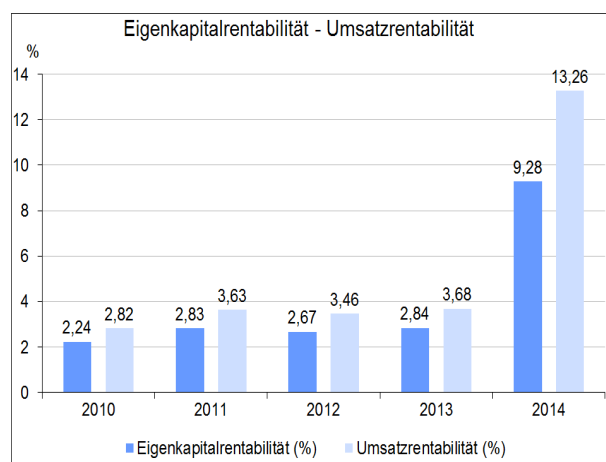
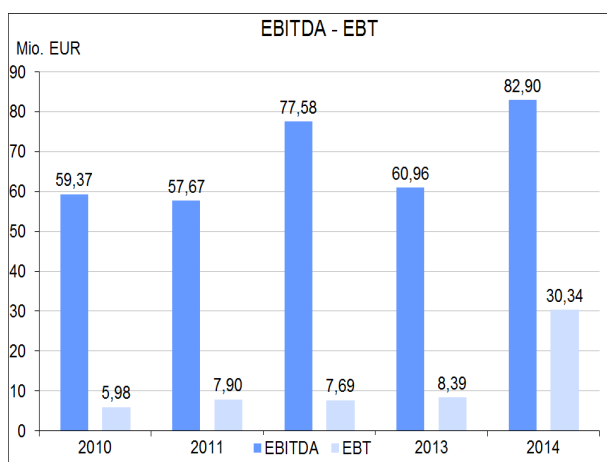
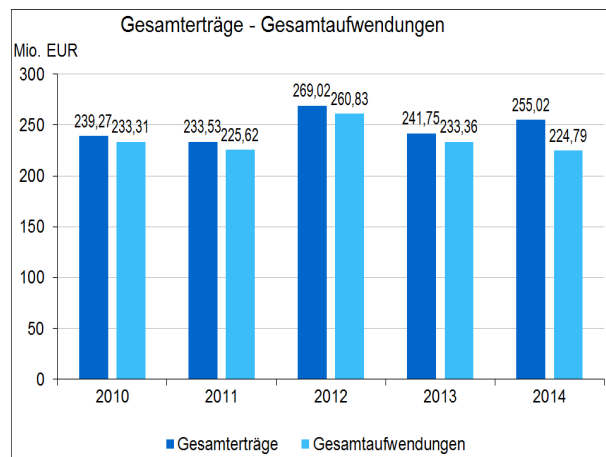
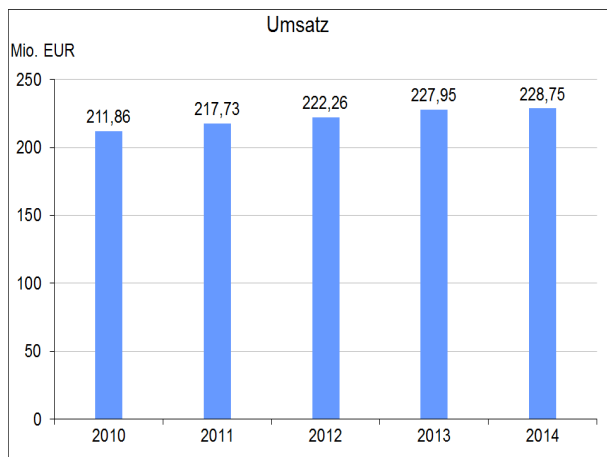
Band 2, Seite 444

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Außerdem hält die GESOBAU AG Beteiligungen an einem Immobilienfonds in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft (KG) sowie einem Immobilienfonds in der Rechtsform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1.499,64	1.352,45	1.334,07	1.311,75	1.221,19	
Anlagevermögen	1.335,15	1.199,59	1.173,13	1.043,43	986,35	
Sachanlagen	1.266,62	1.130,69	1.104,22	1.014,14	982,06	
Finanzanlagen	68,51	68,81	68,79	29,15	4,22	
Umlaufvermögen	162,38	150,17	156,89	264,95	233,50	
Eigenkapital	326,93	295,93	287,55	279,36	267,10	
Rücklagen	233,44	209,28	201,09	193,19	182,87	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1.159,09	1.051,06	1.040,86	1.026,52	947,22	
Rückstellungen	121,80	138,47	150,98	166,88	174,73	
Verbindlichkeiten	1.037,29	912,59	889,89	859,64	772,50	
Kreditverbindlichkeiten	938,63	814,51	789,78	762,27	678,55	
GuV						
Gesamterträge	255,02	241,75	269,02	233,53	239,27	
Umsatzerlöse	228,75	227,95	222,26	217,73	211,86	
Übrige Erträge	26,27	13,80	46,75	15,79	27,41	
Gesamtaufwendungen	224,79	233,36	260,83	225,62	233,31	
Personalaufwand	15,68	15,26	14,67	14,53	13,90	
Abschreibungen	27,76	26,45	44,06	25,93	21,86	
Zinsaufwand	26,39	28,02	29,34	26,29	35,65	
Übrige Aufwendungen	154,96	163,63	172,75	158,87	161,89	
EBITDA	82,90	60,96	77,58	57,67	59,37	
EBT	30,34	8,39	7,69	7,90	5,98	
Jahresergebnis	30,23	8,39	8,19	7,90	5,97	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	264	265	265	262	263	
Auszubildende	32	32	33	29	33	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	2,39	2,43	2,99	3,37	3,56	
Zuführungen Land Berlin	2,39	2,43	2,99	3,37	3,56	
Investitionen	163,74	51,73	63,18	60,84	71,13	
Forderungsausfall	0,67	1,19	1,42	2,66	2,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	868	861	840	832	804	
Eigenkapitalquote (%)	21,8	21,9	21,6	21,3	21,9	
Eigenkapitalrentabilität (%)	9,3	2,8	2,7	2,8	2,2	
Umsatzrentabilität (%)	13,3	3,7	3,5	3,6	2,8	
Zinslastquote (%)	11,5	12,3	13,2	12,1	16,8	
Personalkostenquote (%)	6,9	6,7	6,6	6,7	6,6	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	---	---	
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	---	---	
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	
verwaltete Wohnungen	Anz.	41.000	40.977	38.669	38.822	38.892
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	39.426	39.400	37.134	36.920	36.953
durchschn. Miete /m ²	€	5,35	5,13	4,94	4,81	4,67
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,74	2,81	2,75	2,85	2,85
Leerstandsquote	%	3,1	3,5	4,7	4,9	5,6
Sollmiete	Mio. €	173,21	166,57	150,80	146,49	142,70
Erlösschmälerungen	Mio. €	8,81	10,46	12,70	11,85	13,16
Ist-Miete	Mio. €	164,40	156,11	138,10	134,64	129,54



Gewobag Wohnungsbau- Aktiengesellschaft Berlin



Alt-Moabit 101 A
10559 Berlin

Telefon: (0800) 47 08 - 800
Telefax: (030) 47 08 - 4510
www: www.gewobag.de
E-Mail: info@gewobag.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 84.458.262,00 EUR davon Land Berlin 96,69%
Gewobag (eigene Anteile) 3,31%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Gewobag EB Entwicklungs- und Baubetreuungsgesellschaft mbH, Berlin	0,51	100,00%
Gewobag ED Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Berlin	1,50	100,00%
Gewobag MB Mieterberatungsgesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
Gewobag VB Vermögensverwaltungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Berlin	1,30	100,00%
GRATUS Immobilienservice GmbH, Berlin	0,35	100,00%
TREUCONSULT Immobilien GmbH, Berlin	0,10	100,00%
Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH, Berlin	90,96	90,06%
BERLETAS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH Co. KG, Berlin	0,10	48,48%
Gewobag PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH, Berlin	7,95	8,90%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Michaelis, Snezana	91	01.06. - 31.12.
Terboven, Markus	275	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i> Jellema, Hendrik	263	01.01. - 30.11.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit		
Sachs, Michael	Vorsitzender	---		Vertr. Bln.	2015/2019	
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	3		Vertr. Bln.	2014/2019	
Demele, Ottwald, Dr.		4		AN	2004/2019	
Herbst, Sabine		5		AN	2009/2019	
Kühn, Kerstin		5		Vertr. Bln.	2009/2019	
Matuszczak, Boris		5		Vertr. Bln.	2004/2019	
N.N.				Vertr. Bln.	2015/2019	
Schippers, Rolf-Dieter		4		Vertr. Bln.	2004/2019	
Sieber, Andreas		4		AN	2009/2019	
		2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder		1/4	2/3	2/4	2/4	3/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 471

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

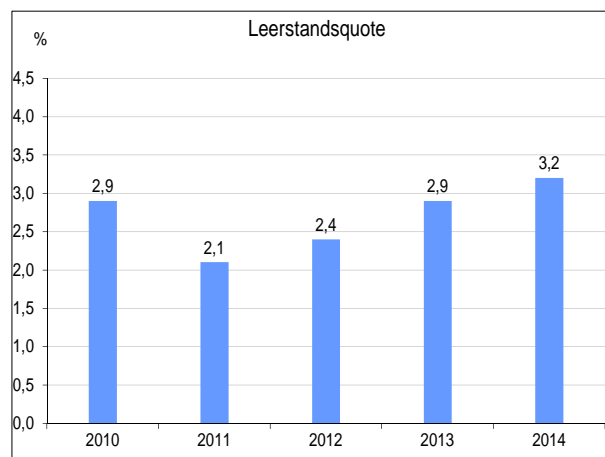
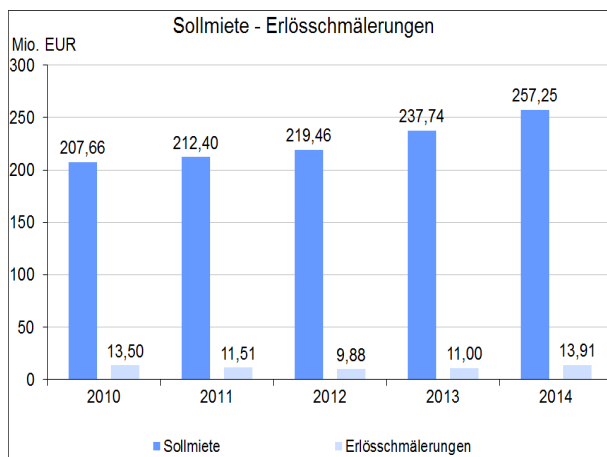
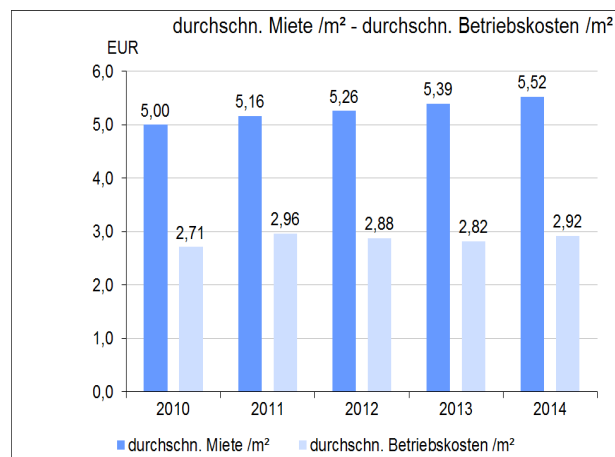
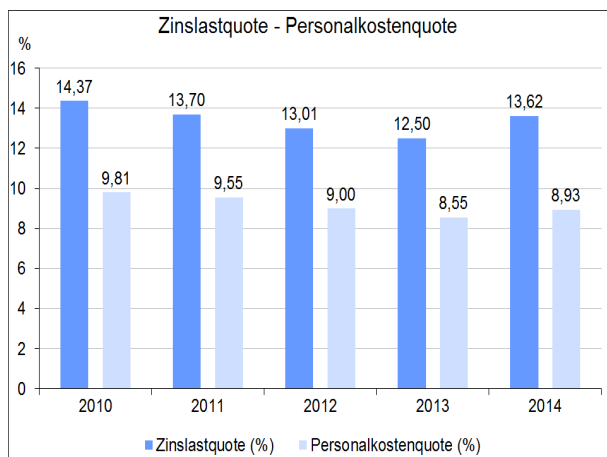
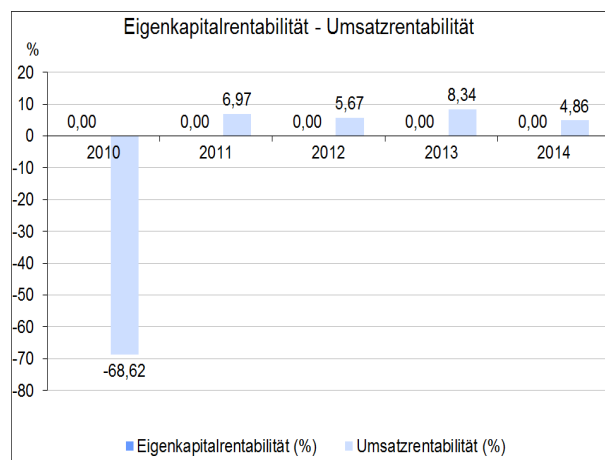
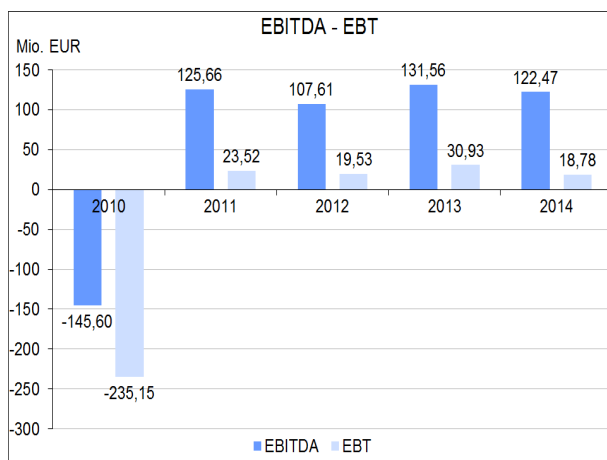
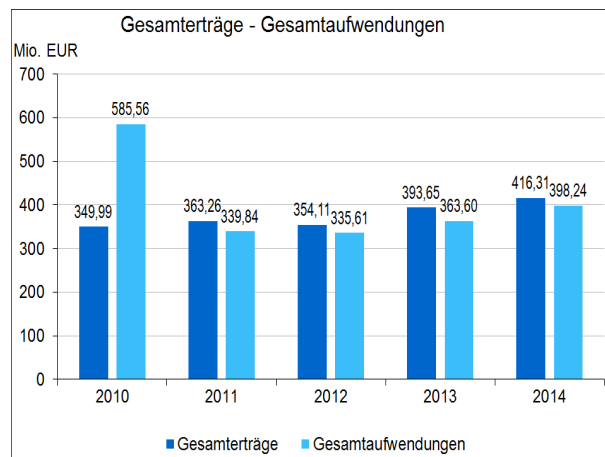
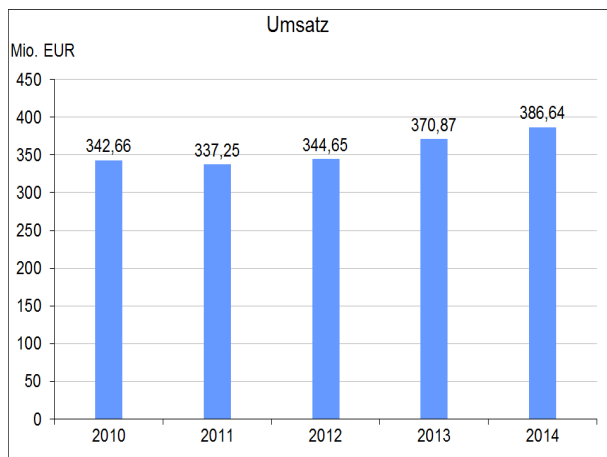
Außerdem hält die Gewobag Beteiligungen an Immobilienfonds in den Rechtsformen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts sowie der Kommanditgesellschaft.

Die an 100% fehlenden Anteile der Gewobag an der Gewobag PB werden von anderen Töchtern gehalten.

Der Konzern wies im Jahr 2014 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 70,96 Mio. EURO aus (2013: 89,03 Mio. EURO). Der Fehlbetrag ist durch Passivierung von Aufwendungsdarlehen in Höhe von 236,21 Mio. EURO im Geschäftsjahr 2010 entstanden.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	2.010,37	1.973,61	1.678,74	1.577,49	1.619,58	
Anlagevermögen	1.722,57	1.688,86	1.347,34	1.221,02	1.230,71	
Sachanlagen	1.711,72	1.678,48	1.346,36	1.219,90	1.229,42	
Finanzanlagen	9,71	9,71	0,51	0,49	0,20	
Umlaufvermögen	216,10	194,50	212,21	203,74	194,30	
Eigenkapital	---	---	---	---	---	
Rücklagen	32,70	31,89	42,76	38,57	30,35	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1.986,53	1.949,29	1.632,38	1.515,61	1.539,52	
Rückstellungen	55,94	47,43	49,29	44,25	63,32	
Verbindlichkeiten	1.930,59	1.901,86	1.583,09	1.471,37	1.476,20	
Kreditverbindlichkeiten	1.758,18	1.648,40	1.423,27	1.318,06	1.322,34	
GuV						
Gesamterträge	416,31	393,65	354,11	363,26	349,99	
Umsatzerlöse	386,64	370,87	344,65	337,25	342,66	
Übrige Erträge	29,67	22,78	9,45	26,01	7,33	
Gesamtaufwendungen	398,24	363,60	335,61	339,84	585,56	
Personalaufwand	34,52	31,70	31,02	32,21	33,60	
Abschreibungen	52,53	55,49	44,21	58,38	39,16	
Zinsaufwand	52,67	46,36	44,86	46,20	49,24	
Übrige Aufwendungen	258,52	230,05	215,53	203,05	463,57	
EBITDA	122,47	131,56	107,61	125,66	-145,60	
EBT	18,78	30,93	19,53	23,52	-235,15	
Jahresergebnis	18,07	30,05	18,50	23,42	-235,57	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	482	481	476	472	634	
Auszubildende	27	27	26	23	24	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	2,76	4,06	4,67	8,36	11,52	
Zuführungen Land Berlin	2,76	4,06	4,67	8,36	11,52	
Investitionen	98,57	393,06	174,72	50,56	76,60	
Forderungsausfall	1,80	1,29	1,79	1,85	2,22	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	802	771	724	715	540	
Eigenkapitalquote (%)	---	---	---	---	---	
Eigenkapitalrentabilität (%)	---	---	---	---	---	
Umsatzrentabilität (%)	4,9	8,3	5,7	7,0	-68,6	
Zinslastquote (%)	13,6	12,5	13,0	13,7	14,4	
Personalkostenquote (%)	8,9	8,5	9,0	9,6	9,8	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	20,91	35,76	52,78
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	21,52	36,48	54,41
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	---
verwaltete Wohnungen	Anz.	64.561	64.541	58.793	56.847	57.104
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	57.842	57.421	53.480	51.247	51.334
durchschn. Miete /m ²	€	5,52	5,39	5,26	5,16	5,00
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,92	2,82	2,88	2,96	2,71
Leerstandsquote	%	3,2	2,9	2,4	2,1	2,9
Sollmiete	Mio. €	257,25	237,74	219,46	212,40	207,66
Erlösschmälerungen	Mio. €	13,91	11,00	9,88	11,51	13,50
Ist-Miete	Mio. €	243,34	226,74	209,57	200,89	194,16



**Grün Berlin Gesellschaft mit
beschränkter Haftung**



Columbiadamm 10, Turm 7
12101 Berlin

Telefon: (030) 70 09 06 - 0
Telefax: (030) 70 09 06 - 70
www: www.gruen-berlin.de
E-Mail: poststelle@gruen-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist

- a) die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder sowie des Umweltschutzes
- b) die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege
- c) die Förderung der Volksbildung sowie die Förderung von Kunst und Kultur.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 51.640,48 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Grün Berlin Service GmbH, Berlin	0,03	100,00%
IGA Berlin 2017 GmbH, Berlin	0,02	66,67%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Schmidt, Christoph	141	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Gaebler, Christian, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2011/2018
Profé, Beate	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2001/2018
Brockmann, Iris			Vertr. Bln. 2013/2018
Giffey, Franziska, Dr., Bezirksbürgermeisterin			Vertr. Bln. 2015/2018
Gräff, Christian			Vertr. Bln. 2011/2018
Henselek, Carsten			Vertr. Bln. 2013/2018
Henzgen, Hans-Joachim			Vertr. Bln. 2013/2018
Lorenz, Heike			Vertr. Bln. 2013/2018
Spallek, Carsten, Bezirksstadtrat			Vertr. Bln. 2011/2018

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	4/5	3/6	2/7	2/7	4/5

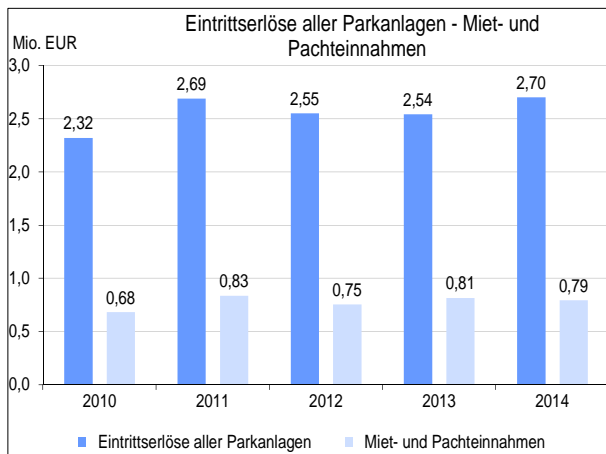
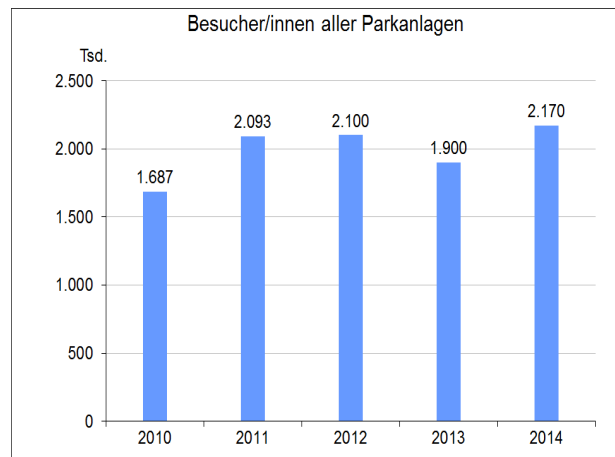
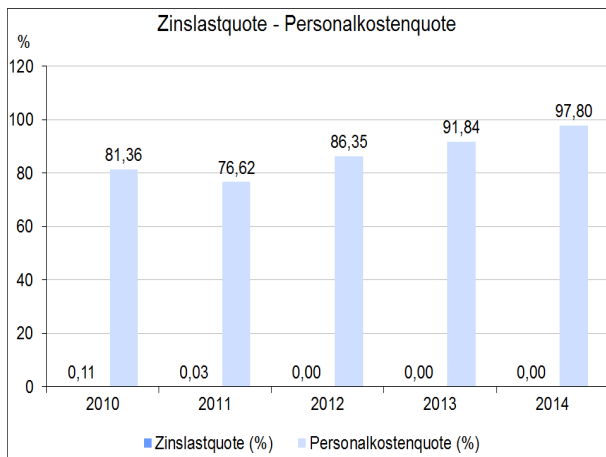
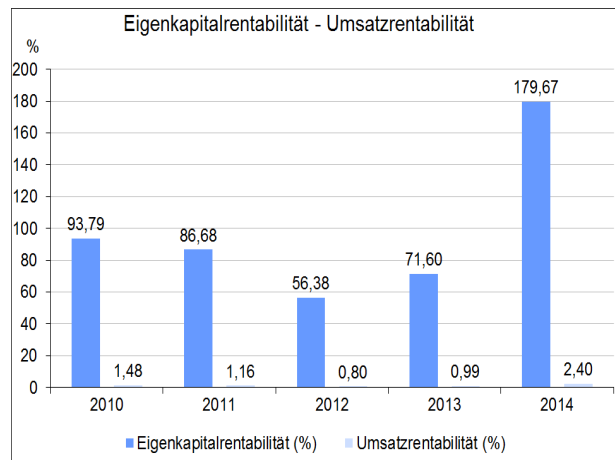
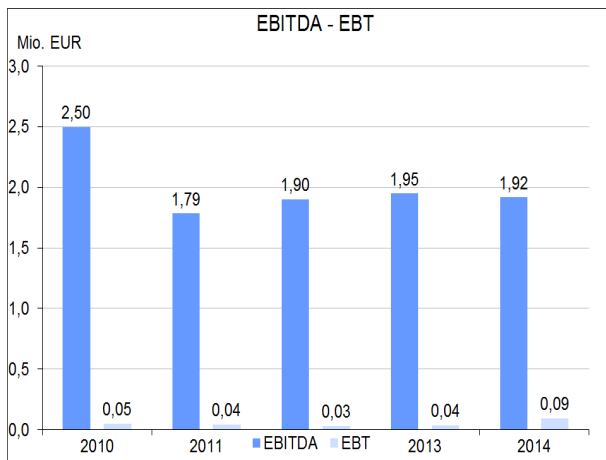
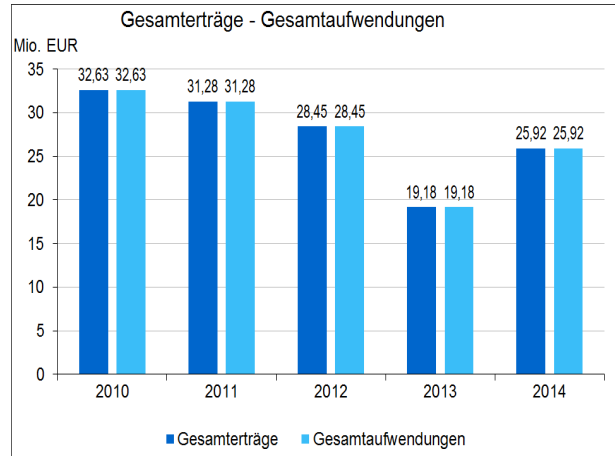
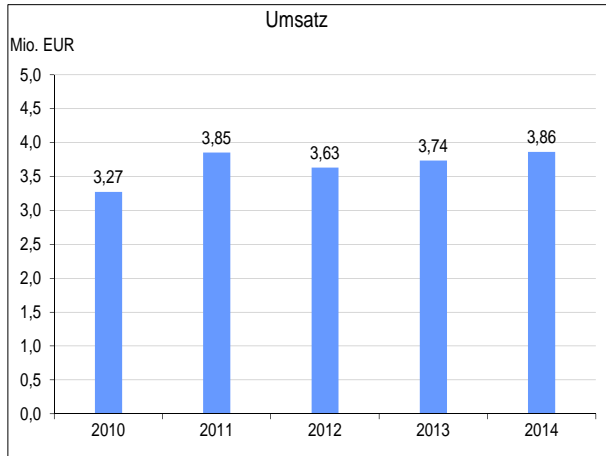
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 511

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	55,11	49,59	51,64	51,08	43,22	
Anlagevermögen	26,99	21,28	20,47	21,52	21,61	
Sachanlagen	26,94	21,21	20,39	21,43	21,53	
Finanzanlagen	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	
Umlaufvermögen	28,10	28,31	31,16	29,55	21,60	
Eigenkapital	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	46,60	44,04	45,58	44,62	37,88	
Fremdkapital	7,97	5,08	5,62	6,00	4,95	
Rückstellungen	0,98	1,60	1,36	1,77	2,12	
Verbindlichkeiten	6,99	3,48	4,26	4,23	2,83	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	25,92	19,18	28,45	31,28	32,63	
Umsatzerlöse	3,86	3,74	3,63	3,85	3,27	
Übrige Erträge	22,06	15,45	24,82	27,43	29,36	
Gesamtaufwendungen	25,92	19,18	28,45	31,28	32,63	
Personalaufwand	3,78	3,43	3,13	2,95	2,66	
Abschreibungen	1,83	1,92	1,81	1,78	2,50	
Zinsaufwand	---	---	0,00	0,00	0,00	
Übrige Aufwendungen	20,32	13,83	23,50	26,54	27,47	
EBITDA	1,92	1,95	1,90	1,79	2,50	
EBT	0,09	0,04	0,03	0,04	0,05	
Jahresergebnis	---	---	---	---	---	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	54	49	48	45	44	
Auszubildende	3	2	---	---	---	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	17,95	11,75	14,29	16,51	17,60	
Zuführungen Land Berlin	17,95	11,75	14,29	16,51	17,60	
Investitionen	7,54	2,73	0,93	1,71	5,11	
Forderungsausfall	---	0,00	0,00	---	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	72	76	76	86	74	
Eigenkapitalquote (%)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Eigenkapitalrentabilität (%)	179,7	71,6	56,4	86,7	93,8	
Umsatzrentabilität (%)	2,4	1,0	0,8	1,2	1,5	
Zinslastquote (%)	---	---	0,0	0,0	0,1	
Personalkostenquote (%)	97,8	91,8	86,3	76,6	81,4	
Spezifische Daten						
eigene Erträge gesamt	Mio. €	5,76	5,39	4,32	4,32	3,64
Eintrittserlöse aller Parkanlagen	Mio. €	2,70	2,54	2,55	2,69	2,32
Miet- und Pachteinnahmen	Mio. €	0,79	0,81	0,75	0,83	0,68
Besucher/innen aller Parkanlagen	Tsd.	2.170	1.900	2.100	2.093	1.687



Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbHStresemannstraße 29
10963 BerlinTelefon: (030) 25 90 04 - 0
Telefax: (030) 25 90 04 - 49
www: www.hebbel-am-ufer.de
E-Mail: administration@hebbel-am-ufer.de**Gegenstand des Unternehmens**

Förderung von Kunst und Kultur durch den Theaterbetrieb, Durchführung von Eigenveranstaltungen und Betreuung von Koproduktionen.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten**Nominalkapital** 25.600,00 EUR davon Land Berlin 100,00%**Unmittelbare Beteiligungen**

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Vanackere, Annemie	88	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Renner, Tim, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2014/2017
Raue, Peter, Prof. Dr.	Stellv. Vorsitzender		Vertr. Bln. 1995/2017
Gentz, Manfred, Dr.			Vertr. Bln. 1995/2017
Meyer, Antje			Vertr. Bln. 2009/2017
Reichenbach, Susanne			Vertr. Bln. 2012/2017

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

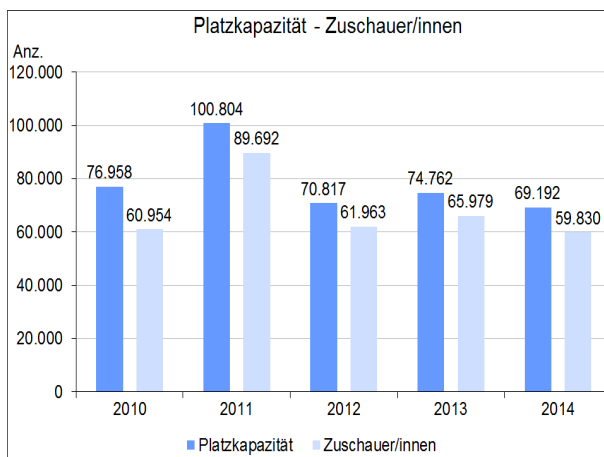
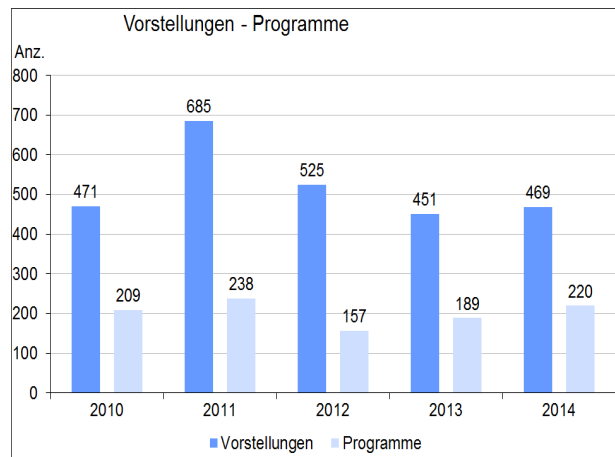
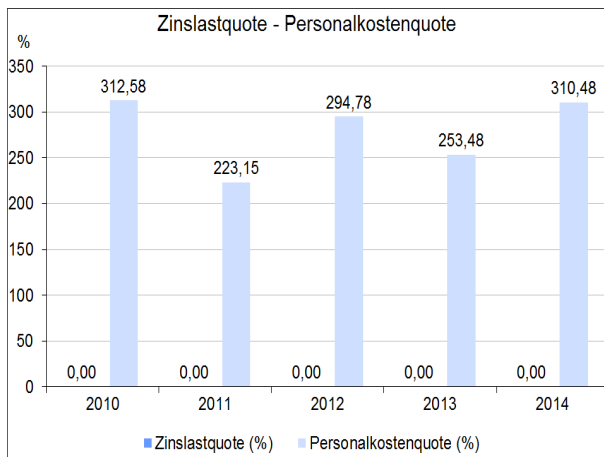
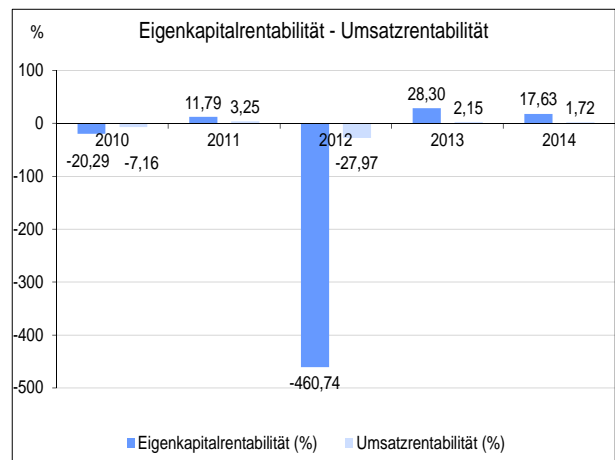
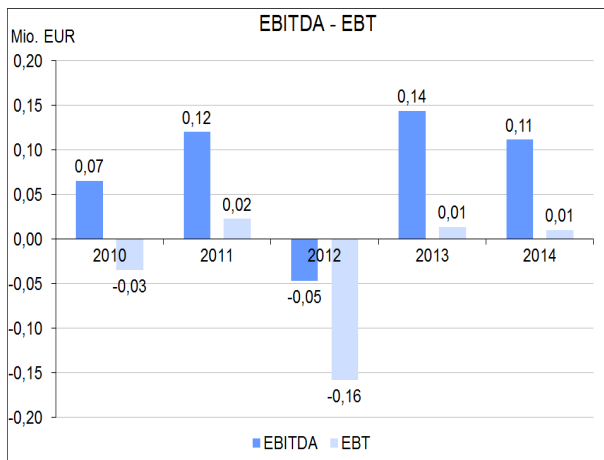
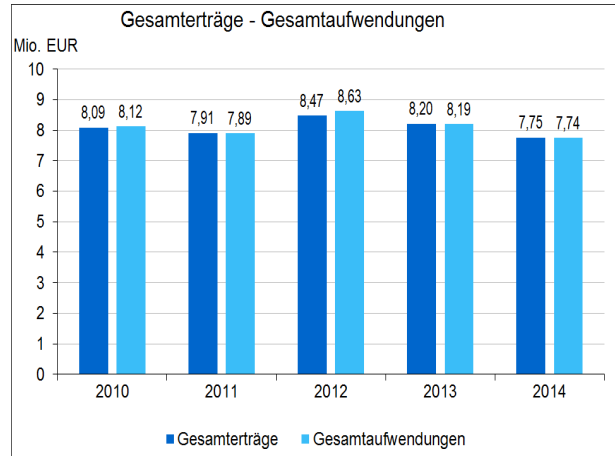
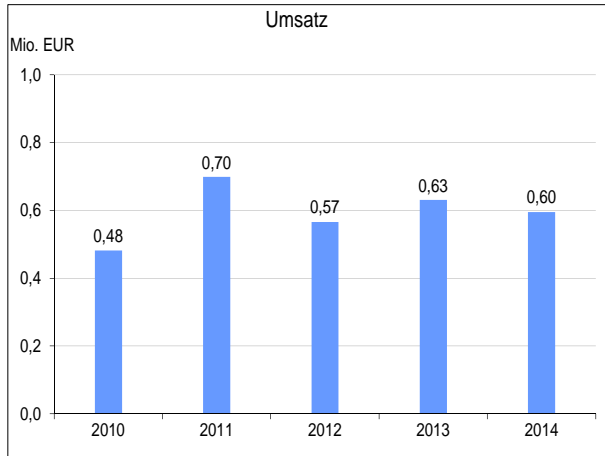
	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	2/3	2/3	2/3	2/3	2/3

Bericht der GesellschaftLagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 542

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	0,98	0,86	0,95	0,70	0,73	
Anlagevermögen	0,44	0,46	0,47	0,20	0,23	
Sachanlagen	0,39	0,43	0,43	0,20	0,22	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	0,53	0,40	0,48	0,50	0,50	
Eigenkapital	0,06	0,05	0,03	0,19	0,17	
Rücklagen	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	
Sonderposten für Zuschüsse	0,44	0,46	0,47	0,20	0,23	
Fremdkapital	0,46	0,34	0,43	0,30	0,32	
Rückstellungen	0,09	0,10	0,07	0,09	0,08	
Verbindlichkeiten	0,37	0,24	0,36	0,21	0,25	
Kreditverbindlichkeiten	0,00	---	0,00	0,00	0,00	
GuV						
Gesamterträge	7,75	8,20	8,47	7,91	8,09	
Umsatzerlöse	0,60	0,63	0,57	0,70	0,48	
Übrige Erträge	7,16	7,57	7,90	7,21	7,60	
Gesamtaufwendungen	7,74	8,19	8,63	7,89	8,12	
Personalaufwand	1,85	1,60	1,67	1,56	1,51	
Abschreibungen	0,10	0,13	0,11	0,10	0,10	
Zinsaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	---	
Übrige Aufwendungen	5,79	6,46	6,85	6,23	6,51	
EBITDA	0,11	0,14	-0,05	0,12	0,07	
EBT	0,01	0,01	-0,16	0,02	-0,03	
Jahresergebnis	0,01	0,01	-0,16	0,02	-0,03	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	34	34	35	35	34	
Auszubildende	2	3	2	2	5	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	5,77	6,33	6,01	5,39	5,68	
Zuführungen Land Berlin	4,91	5,02	5,63	4,57	4,74	
Investitionen	0,08	0,12	0,38	0,07	0,04	
Forderungsausfall	---	---	0,03	0,02	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	18	19	16	20	14	
Eigenkapitalquote (%)	6,0	5,6	3,6	27,4	23,3	
Eigenkapitalrentabilität (%)	17,6	28,3	-460,7	11,8	-20,3	
Umsatzrentabilität (%)	1,7	2,2	-28,0	3,3	-7,2	
Zinslastquote (%)	0,0	0,0	0,0	0,0	---	
Personalkostenquote (%)	310,5	253,5	294,8	223,2	312,6	
Spezifische Daten						
Vorstellungen	Anz.	469	451	525	685	471
Programme	Anz.	220	189	157	238	209
Platzkapazität	Anz.	69.192	74.762	70.817	100.804	76.958
Zuschauer/innen	Anz.	59.830	65.979	61.963	89.692	60.954



**Helmholtz-Zentrum Berlin für
Materialien und Energie Gesellschaft
mit beschränkter Haftung**



Hahn-Meitner-Platz 1
14109 Berlin

Telefon: (030) 80 62 - 42640
Telefax: (030) 80 62 - 42047
www: www.helmholtz-berlin.de
E-Mail: info@helmholtz-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Strategisch-programmatisch ausgerichtete Forschung auf den Gebieten der Natur- und Materialwissenschaften; Errichtung, Betrieb und Weiterentwicklung von Großgeräten und wissenschaftlichen Infrastrukturen für die nationale und internationale Wissenschaftsgemeinde; Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und Wirtschaft in diesen Forschungsbereichen; das Wissen der Gesellschaft im Rahmen von Technologietransfers weiterzugeben. Die Gesellschaft ermöglicht Metrologie im Rahmen gesetzlicher Aufgaben des Bundes. Sie verfolgt nur friedliche Zwecke und als Mitglied der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V. (HGF) langfristige Forschungs- und Bildungsziele des Staates und der Gesellschaft und fördert den wissenschaftlichen Fortschritt.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 400.000,00 EUR davon Bundesrepublik Deutschland 90,00%
Land Berlin 10,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name

Frederking, Thomas
Kaysser-Pyzalla, Anke Rita, Prof. Dr.

Bezüge 2014 gesamt (TEUR) 254

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Treusch, Joachim, Prof. Dr.	Vorsitzender		Mitges.	2009/2015
Vierkorn-Rudolf, Beatrix, Dr.	Stellv. Vorsitzende		Mitges.	2005/2020
Beckmann, Jörn			AN	2012/2016
Fratzl, Peter, Prof. Dr.			Mitges.	2009/2017
Hermsmeier, Jörg, Dr.			Mitges.	2014/2017
Koch-Unterseher, Jutta, Dr.			Vertr. Bln.	2008/2020
Seidler, Sabine, Prof. Dr.			Mitges.	2014/2017
Steitz, Roland, Dr.			AN	2012/2016
Ullrich, Joachim, Prof. Dr.			qua Amt	2012/2020

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

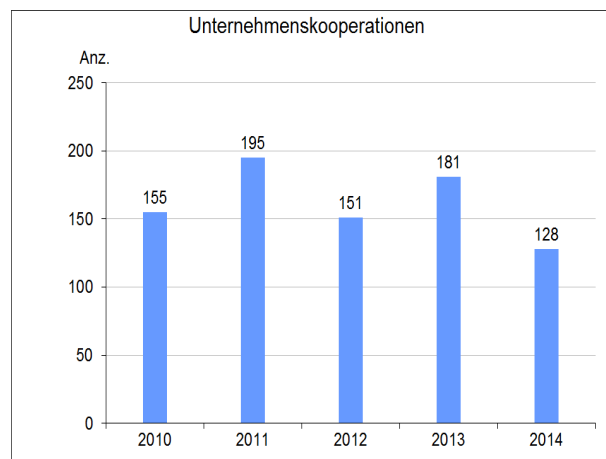
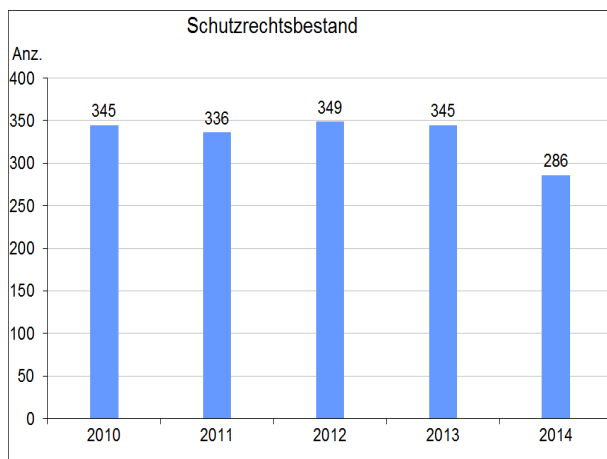
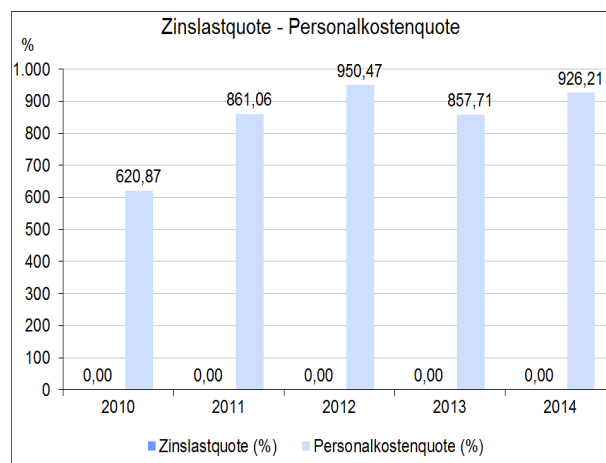
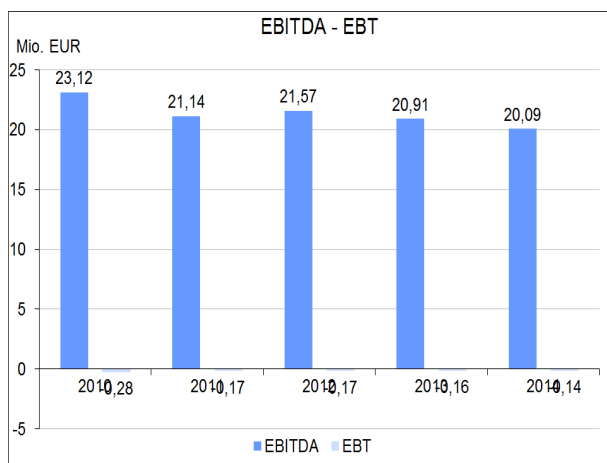
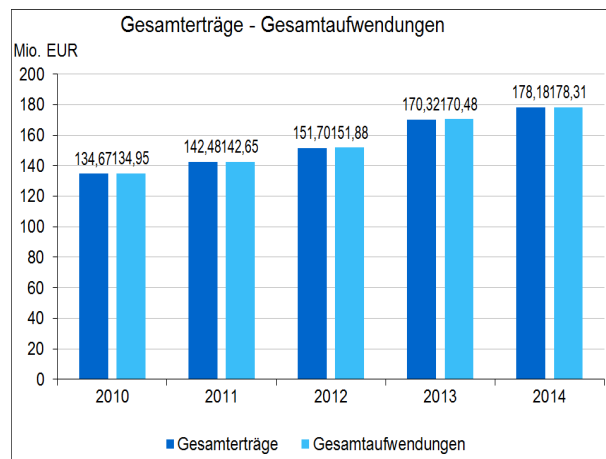
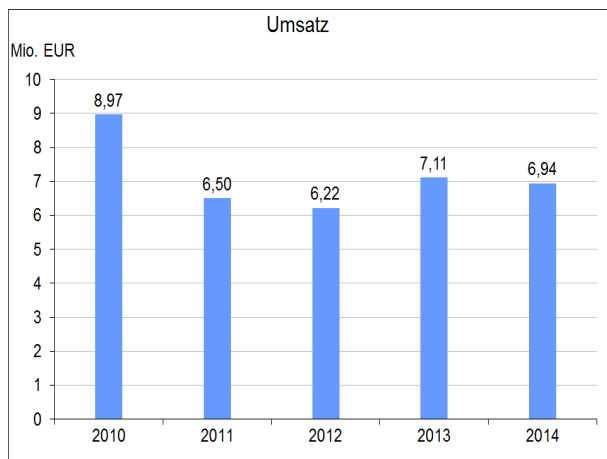
	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/0	1/0	1/0	1/0	1/0

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Mandate einiger Aufsichtsratsmitglieder sind unbefristet. Die Vergütungen der Organmitglieder werden im Rahmen der Berichterstattung zum Public Corporate Governance Kodex auf der Internetseite des HZB veröffentlicht.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	306,89	280,58	257,51	251,13	243,02	
Anlagevermögen	197,49	182,82	174,53	170,84	167,65	
Sachanlagen	196,82	182,08	173,83	170,20	166,73	
Finanzanlagen	0,00	0,00	---	0,00	0,18	
Umlaufvermögen	107,60	96,17	81,05	78,58	75,07	
Eigenkapital	1,56	1,70	1,86	2,04	2,21	
Rücklagen	1,16	1,30	1,46	1,64	1,81	
Sonderposten für Zuschüsse	218,68	199,71	189,79	185,86	179,92	
Fremdkapital	86,64	79,16	65,86	63,23	60,89	
Rückstellungen	59,40	53,68	46,78	45,76	45,93	
Verbindlichkeiten	27,24	25,49	19,09	17,47	14,96	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	178,18	170,32	151,70	142,48	134,67	
Umsatzerlöse	6,94	7,11	6,22	6,50	8,97	
Übrige Erträge	171,24	163,21	145,49	135,98	125,70	
Gesamtaufwendungen	178,31	170,48	151,88	142,65	134,95	
Personalaufwand	64,24	60,98	59,08	55,97	55,69	
Abschreibungen	20,23	21,07	21,75	21,31	22,12	
Zinsaufwand	---	---	---	---	---	
Übrige Aufwendungen	93,85	88,43	71,05	65,37	57,13	
EBITDA	20,09	20,91	21,57	21,14	23,12	
EBT	-0,14	-0,16	-0,17	-0,17	-0,28	
Jahresergebnis	-0,14	-0,16	-0,17	-0,17	-0,28	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	1.039	1.001	973	968	1.144	
Auszubildende	50	57	64	66	65	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	144,75	135,24	120,99	112,31	101,42	
Zuführungen Land Berlin	14,41	12,33	12,89	13,80	10,23	
Investitionen	34,94	29,41	25,52	24,71	21,16	
Forderungsausfall	0,00	---	0,18	---	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	7	7	6	7	8	
Eigenkapitalquote (%)	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	
Eigenkapitalrentabilität (%)	-8,8	-9,4	-9,3	-8,5	-12,7	
Umsatzrentabilität (%)	-2,0	-2,3	-2,8	-2,7	-3,1	
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---	
Personalkostenquote (%)	926,2	857,7	950,5	861,1	620,9	
Spezifische Daten						
Veröffentlichungen	Anz.	595	580	520	574	618
Dissertationen	Anz.	29	30	31	31	27
Schutzrechtsbestand	Anz.	286	345	349	336	345
Unternehmenskooperationen	Anz.	128	181	151	195	155
wissenschaftliche Kooperationen	Anz.	248	190	287	173	136



**HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft
mit beschränkter Haftung**



Ferdinand-Schultze-Straße 71
13055 Berlin

Telefon: (030) 54 64 - 0
Telefax: (030) 54 64 - 12 60
www: www.howoge.de
E-Mail: info@howoge.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art, insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 25.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
HOWOGE Servicegesellschaft mbH, Berlin	0,23	100,00%
HOWOGE Wärme GmbH, Berlin	0,50	100,00%
Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg mbH, Berlin	20,00	100,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Eltrop, Sophia	255	ganzjährig
Frensch, Stefanie	258	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Kuban, Monika	Vorsitzende	7	Vertr. Bln.	2003/2020				
Basse, Lutz	Stellv. Vorsitzender	6	Vertr. Bln.	2005/2020				
Altenwerth, Johannes		3	Vertr. Bln.	2010/2020				
Herdrich, Inga		4	Vertr. Bln.	2010/2020				
Lorenz, Jörn		3	AN	2005/2020				
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär		2	Vertr. Bln.	2014/2020				
Rottmann, Tanja		3	AN	2010/2015				
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin		3	Vertr. Bln.	2012/2020				
Wittke, Kerstin		4	AN	2000/2020				
				2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder			3/3	3/3	3/3	3/3	3/3	3/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

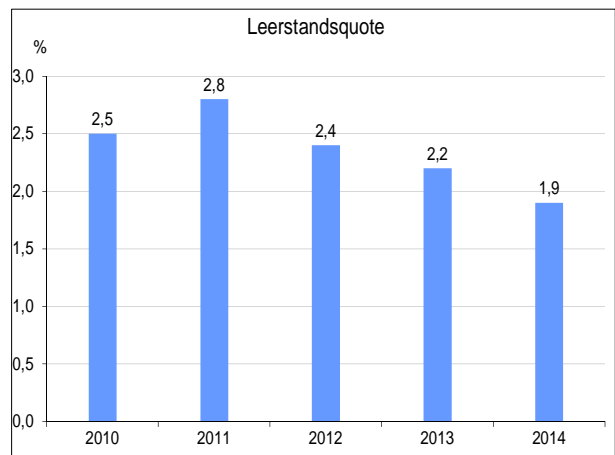
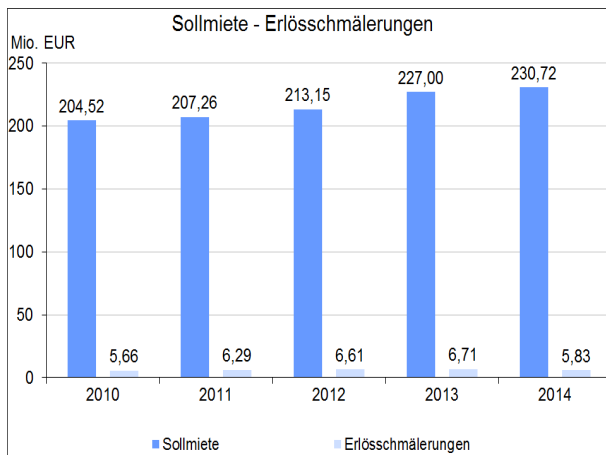
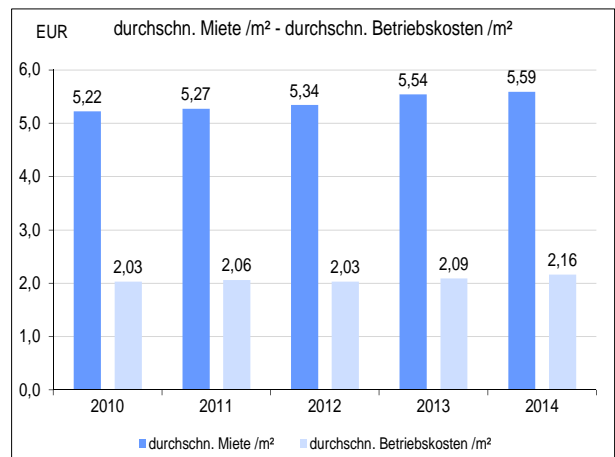
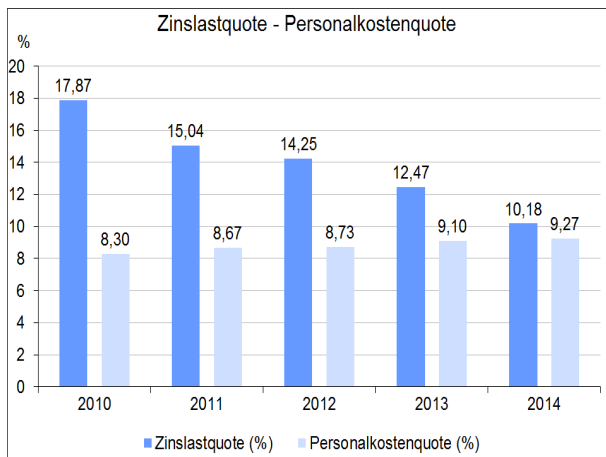
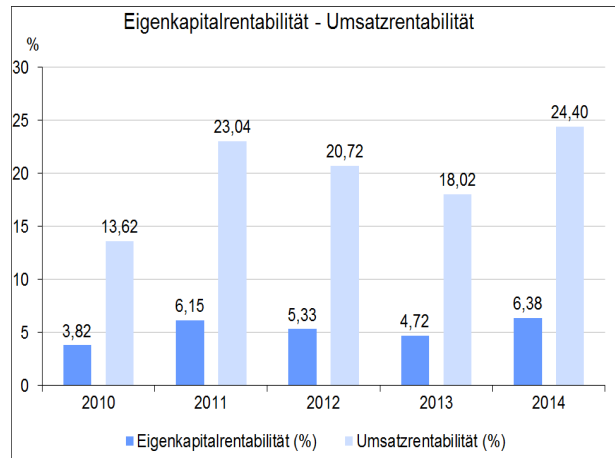
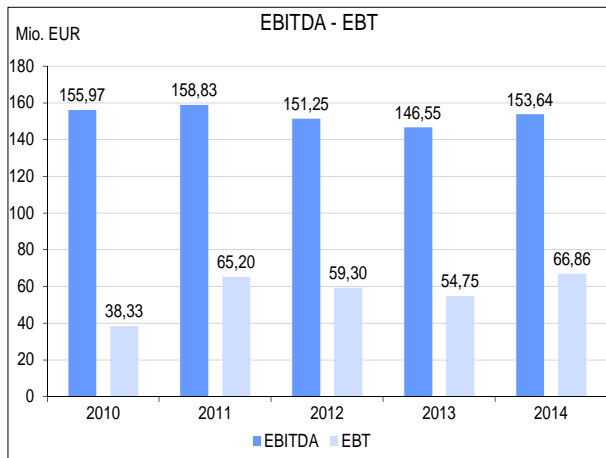
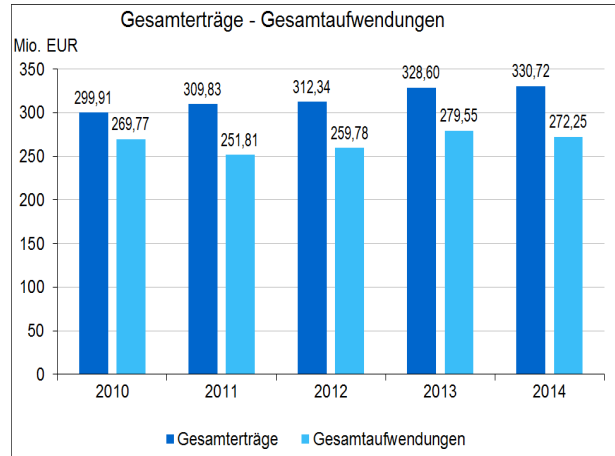
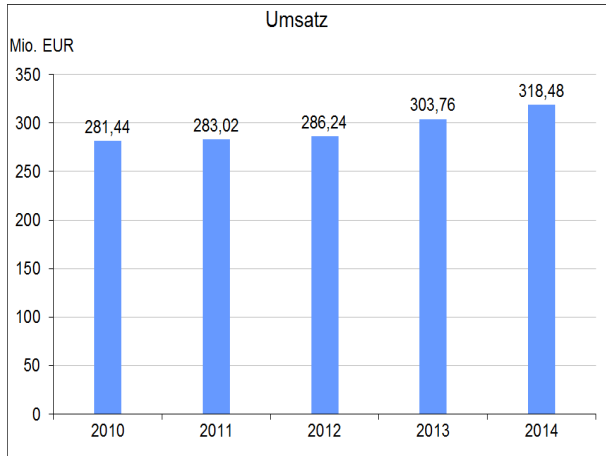
Band 2, Seite 564

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	2.465,14	2.254,59	2.246,51	2.145,51	2.151,21	
Anlagevermögen	2.310,77	2.115,82	2.090,89	1.996,66	2.007,83	
Sachanlagen	2.256,03	2.065,28	2.044,51	1.954,15	1.968,94	
Finanzanlagen	53,89	49,92	46,00	42,20	38,57	
Umlaufvermögen	151,55	135,70	152,31	145,72	140,63	
Eigenkapital	1.217,45	1.159,70	1.111,66	1.060,09	1.003,07	
Rücklagen	1.133,73	1.085,40	1.033,84	978,56	949,03	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1.240,27	1.087,41	1.127,28	1.077,74	1.140,37	
Rückstellungen	23,93	26,20	28,51	32,37	40,20	
Verbindlichkeiten	1.216,34	1.061,20	1.098,77	1.045,37	1.100,17	
Kreditverbindlichkeiten	1.087,39	943,61	986,63	940,86	994,75	
GuV						
Gesamterträge	330,72	328,60	312,34	309,83	299,91	
Umsatzerlöse	318,48	303,76	286,24	283,02	281,44	
Übrige Erträge	12,24	24,84	26,11	26,82	18,46	
Gesamtaufwendungen	272,25	279,55	259,78	251,81	269,77	
Personalaufwand	29,52	27,64	24,98	24,54	23,35	
Abschreibungen	54,53	54,27	51,86	51,74	68,38	
Zinsaufwand	32,43	37,87	40,78	42,58	50,30	
Übrige Aufwendungen	155,77	159,78	142,15	132,96	127,73	
EBITDA	153,64	146,55	151,25	158,83	155,97	
EBT	66,86	54,75	59,30	65,20	38,33	
Jahresergebnis	58,47	49,05	52,56	58,02	30,14	
Gewinnabführung	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	
Beschäftigte	585	581	583	564	553	
Auszubildende	26	21	14	15	16	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	0,72	1,07	1,44	1,94	2,43	
Zuführungen Land Berlin	0,72	1,07	1,44	1,94	2,43	
Investitionen	241,86	71,14	140,54	32,81	13,38	
Forderungsausfall	0,64	0,62	0,66	0,81	0,70	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	544	523	491	502	509	
Eigenkapitalquote (%)	49,4	51,4	49,5	49,4	46,6	
Eigenkapitalrentabilität (%)	5,5	4,7	5,3	6,2	3,8	
Umsatzrentabilität (%)	21,0	18,0	20,7	23,0	13,6	
Zinslastquote (%)	10,2	12,5	14,2	15,0	17,9	
Personalkostenquote (%)	9,3	9,1	8,7	8,7	8,3	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	---	---	
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	---	---	
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	
verwaltete Wohnungen	Anz.	58.692	59.275	57.902	56.761	56.381
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	54.175	54.134	52.915	51.410	51.303
durchschn. Miete /m ²	€	5,59	5,54	5,34	5,27	5,22
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,16	2,09	2,03	2,06	2,03
Leerstandsquote	%	1,9	2,2	2,4	2,8	2,5
Sollmiete	Mio. €	230,72	227,00	213,15	207,26	204,52
Erlösschmälerungen	Mio. €	5,83	6,71	6,61	6,29	5,66
Ist-Miete	Mio. €	224,89	220,30	206,55	200,97	198,86



INPRO Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH



Hallerstraße 1
10587 Berlin

Telefon: (030) 399 97 - 0
Telefax: (030) 399 97 - 117
www: www.inpro.de
E-Mail: info@inpro.de

Gegenstand des Unternehmens

Erforschung, Entwicklung und Verwertung fortgeschrittener Produktionssysteme, insbesondere für die Fahrzeugindustrie.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 1.435.000,00 EUR	davon	Daimler AG	14,28%
		INPRO GmbH (eigene Anteile)	14,29%
		Land Berlin	14,28%
		SABIC Ventures B.V., NL Sittard	14,29%
		Siemens AG, Nürnberg	14,28%
		ThyssenKrupp Technologies Beteiligungen GmbH	14,29%
		Volkswagen AG, Wolfsburg	14,29%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name
Eßer, Gerd, Dr.

Aufsichtsrat

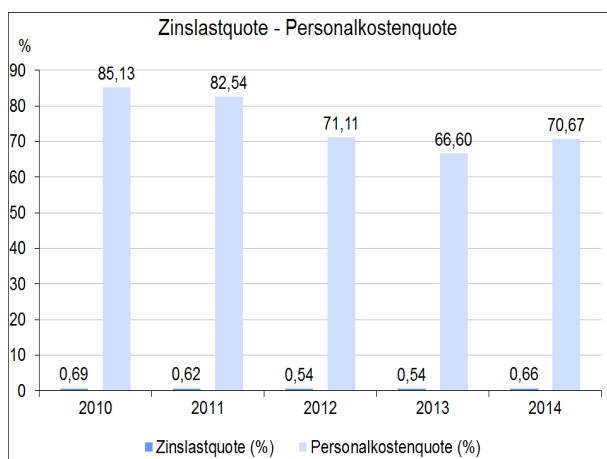
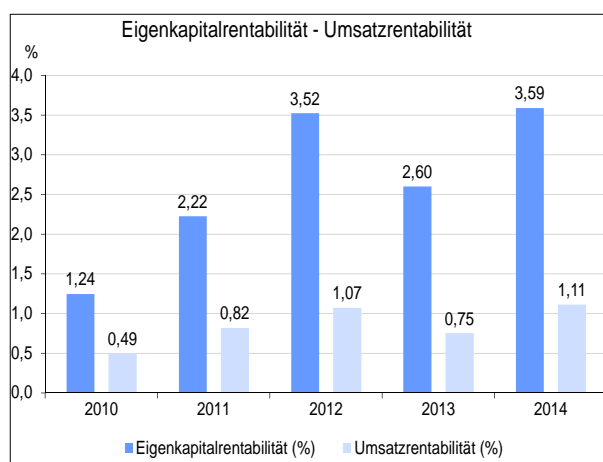
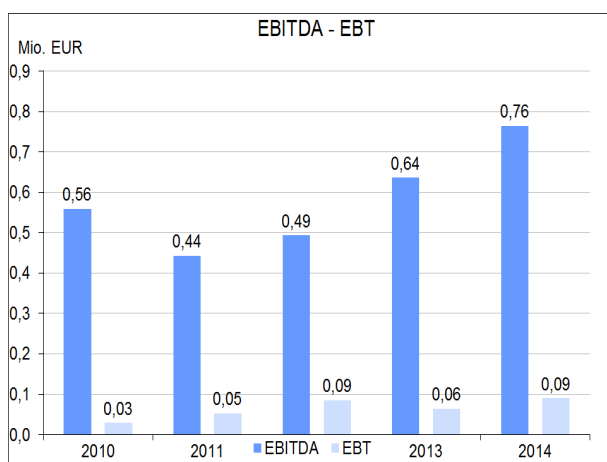
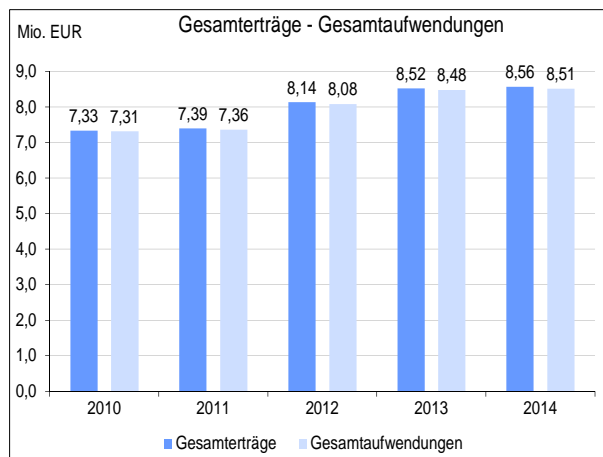
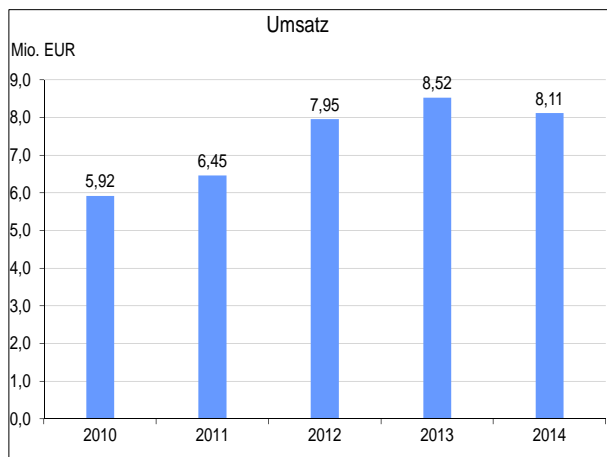
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Kroos, Karsten, Dr.	Vorsitzender	Mitges.	2009/2017
Ulbrich, Thomas	Stellv. Vorsitzender	Mitges.	2014/2017
Adams, Gregory A.		Mitges.	2011/2017
Friedrich, Andreas		Mitges.	2014/2017
Helmrich, Klaus		Mitges.	2014/2017
Zimmer, Nicolas		Vertr. Bln.	2012/2017

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/1	0/1	0/1	0/1	1/0

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	5,98	6,61	6,70	7,06	7,50
Anlagevermögen	1,16	0,94	0,94	0,58	0,40
Sachanlagen	0,99	0,77	0,88	0,53	0,36
Finanzanlagen	---	---	---	---	---
Umlaufvermögen	4,62	5,51	5,92	6,36	7,01
Eigenkapital	2,51	2,46	2,42	2,37	2,34
Rücklagen	0,21	0,21	0,21	0,21	0,21
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---
Fremdkapital	3,47	4,16	4,56	4,68	5,16
Rückstellungen	1,58	1,56	1,54	1,52	1,47
Verbindlichkeiten	1,89	2,59	3,02	3,16	3,69
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	8,56	8,52	8,14	7,39	7,33
Umsatzerlöse	8,11	8,52	7,95	6,45	5,92
Übrige Erträge	0,45	0,00	0,18	0,94	1,42
Gesamtaufwendungen	8,51	8,48	8,08	7,36	7,31
Personalaufwand	5,73	5,67	5,65	5,33	5,04
Abschreibungen	0,62	0,53	0,38	0,34	0,37
Zinsaufwand	0,05	0,05	0,04	0,04	0,04
Übrige Aufwendungen	2,10	2,23	2,01	1,65	1,87
EBITDA	0,76	0,64	0,49	0,44	0,56
EBT	0,09	0,06	0,09	0,05	0,03
Jahresergebnis	0,05	0,04	0,05	0,03	0,02
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	102	99	95	107	94
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---
Investitionen	0,84	0,55	0,74	0,53	0,28
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	80	86	84	60	63
Eigenkapitalquote (%)	42,0	37,2	34,7	33,6	31,2
Eigenkapitalrentabilität (%)	3,6	2,6	3,5	2,2	1,2
Umsatzrentabilität (%)	1,1	0,7	1,1	0,8	0,5
Zinslastquote (%)	0,7	0,5	0,5	0,6	0,7
Personalkostenquote (%)	70,7	66,6	71,1	82,5	85,1



**Investitionsbank Berlin
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Bundesallee 210
10719 Berlin

Telefon: (030) 21 25 - 0
Telefax: (030) 21 25 - 20 20
www: www.ibb.de
E-Mail: Isabelle.Ziesche@ibb.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Investitionsbank ist die Förderbank des Landes Berlin. Sie hat das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben zu unterstützen. In diesem Rahmen obliegt der Investitionsbank die Durchführung eines effizienten Bestandsmanagements im Bereich der Immobilienförderung sowie die monetäre Wirtschaftsförderung mit Schwerpunkt auf der Förderung des Berliner Mittelstandes.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 300.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	1,00	100,00%
IBB Business Team GmbH, Berlin	0,03	100,00%
IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG	0,10	100,00%
IBB-Holding GmbH, Berlin	0,03	100,00%
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	0,05	52,50%
Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam	0,06	50,00%
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	0,86	31,51%
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	0,51	25,00%
BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co.KG	0,06	25,20%
BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH	0,03	25,20%
Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin	0,24	19,92%

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Allerkamp, Jürgen, Dr.	---	---
Kardorf, Sonja	160	01.07. - 31.12.
<i>Ausgeschieden:</i>		
Friedhofen, Rolf	398	14.04. - 31.12.
Kissing, Ulrich	96	01.01. - 21.03.
Schneider, Frank, Dr.	207	01.01. - 30.04.

Verwaltungsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Yzer, Cornelia, Senatorin	Vorsitzende	8	Vertr. Bln.	2012/2018				
Geisel, Andreas, Senator	Stellv. Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2015/2018				
Bernstein, Nadja		5	AN	2013/2016				
Bomke, Michael		5	AN	2004/2016				
Eder von Grafenstein, Michaela Maria		5	Vertr. Bln.	2014/2018				
Hoffmann, Swen N.N.		4	AN	2013/2016				
Rümker, Dietrich, Dr.		7	Vertr. Bln.	2004/2018				
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin		4	Vertr. Bln.	2012/2018				
				2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Verwaltungsratsmitglieder		3/2	3/2	4/2	4/2	3/3		

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 589

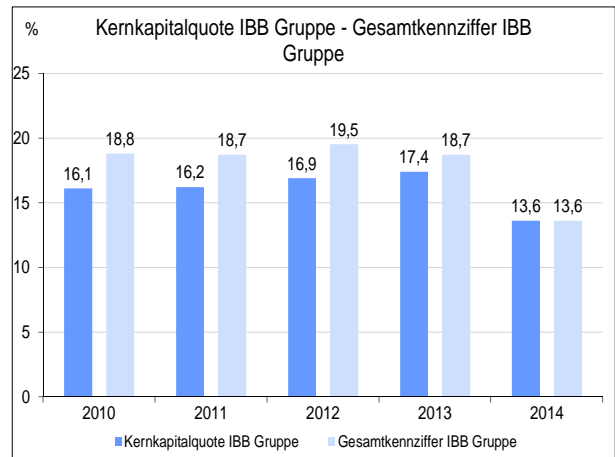
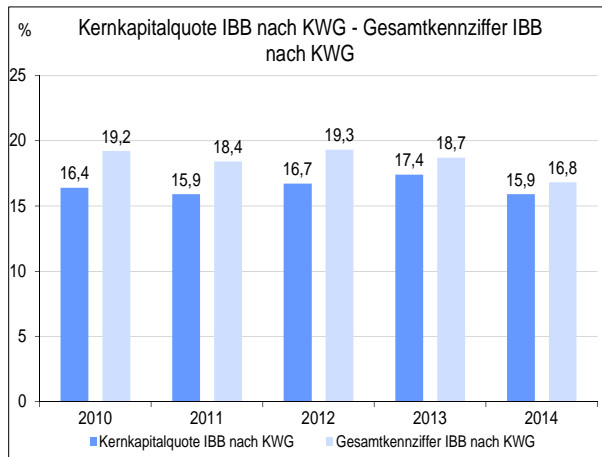
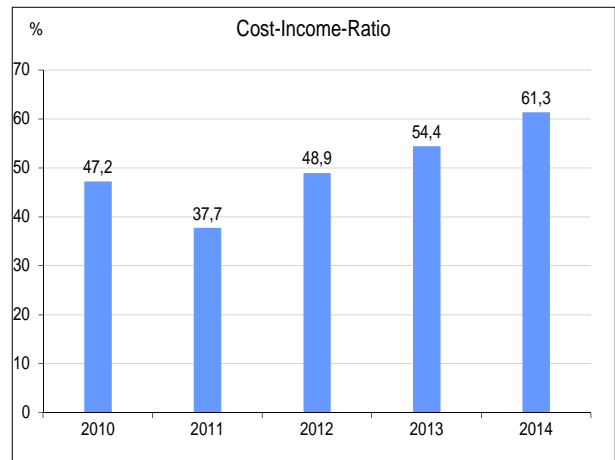
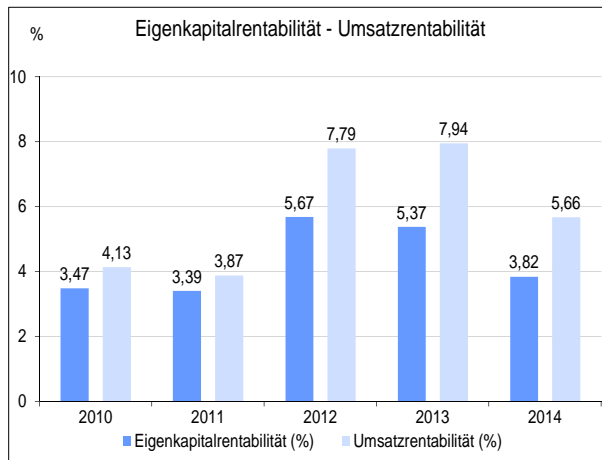
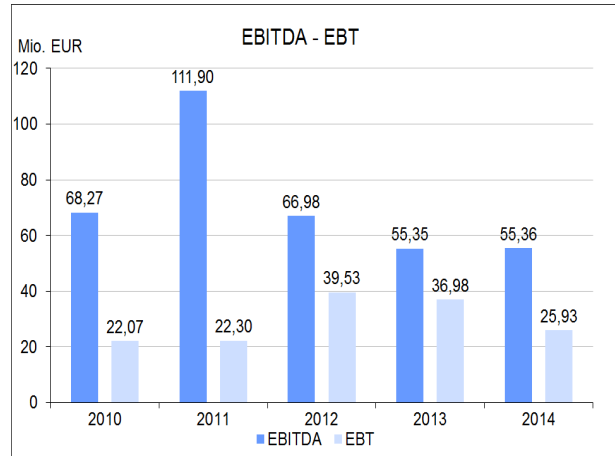
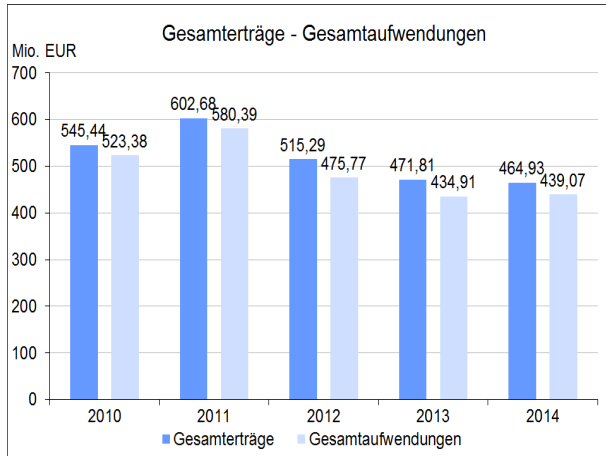
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Bei der Kennzahlenberechnung werden die Erträge aus Zins-, Provisions- und Finanzgeschäften als „Umsatz“ zugrundegelegt.

Bei der modifizierten EBITDA Berechnung wurden die Aufwendungen aus Zins-, Provisions- und Finanzgeschäften als „Materialaufwand“ der Bank berücksichtigt.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	20.147,7	20.466,5	19.935,5	20.230,2	20.148,3	
Sachanlagen und Beteiligungen	445,6	423,4	405,7	397,7	342,5	
Forderungen	19.657,2	19.989,9	19.487,3	19.769,2	19.728,1	
Barreserven	21,2	24,3	19,5	30,9	37,2	
Sonstige Vermögensgegenstände	1,2	1,3	1,9	1,3	2,3	
Eigenkapital	678,0	689,1	697,0	657,5	635,2	
Rücklagen	352,2	352,2	313,1	313,1	313,1	
Fonds für allgemeine Bankrisiken	204,3	204,3	144,3	144,3	144,3	
Fremdkapital	18.988,5	19.299,6	18.819,6	19.153,6	19.089,6	
Rückstellungen	193,5	176,8	182,8	176,7	217,7	
Verbindlichkeiten	18.795,1	19.122,8	18.636,8	18.976,9	18.871,9	
GuV						
Gesamterträge	464,9	471,8	515,3	602,7	545,4	
Umsatzerlöse	458,0	465,6	507,6	576,5	535,0	
Übrige Erträge	7,0	6,2	7,7	26,2	10,4	
Gesamtaufwendungen	439,1	434,9	475,8	580,4	523,4	
Personalaufwand	48,5	50,3	52,5	48,5	58,2	
Abschreibungen	29,4	18,4	27,4	89,6	46,2	
Zinsaufwand	302,8	314,7	349,1	403,5	366,3	
Übrige Aufwendungen	58,3	51,5	46,8	38,7	52,7	
EBITDA	55,4	55,4	67,0	111,9	68,3	
EBT	25,9	37,0	39,5	22,3	22,1	
Jahresergebnis	25,9	36,9	39,5	22,3	22,1	
Gewinnabführung	25,9	44,8	22,5	22,3	---	
Beschäftigte	576	582	595	601	612	
Auszubildende	32	33	35	36	40	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	2,85	1,61	1,49	2,31	2,29	
Forderungsausfall	15,17	17,14	-2,66	4,25	16,96	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	1	1	1	1	1	
Eigenkapitalquote (%)	3,4	3,4	3,5	3,3	3,2	
Eigenkapitalrentabilität (%)	3,8	5,4	5,7	3,4	3,5	
Umsatzrentabilität (%)	5,7	7,9	7,8	3,9	4,1	
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---	
Personalkostenquote (%)	10,6	10,8	10,3	8,4	10,9	
Spezifische Daten						
Cost-Income-Ratio	%	61,3	54,4	48,9	37,7	47,2
Kernkapitalquote IBB nach KWG	%	15,9	17,4	16,7	15,9	16,4
Gesamtkennziffer IBB nach KWG	%	16,8	18,7	19,3	18,4	19,2
Kernkapitalquote IBB Gruppe	%	13,6	17,4	16,9	16,2	16,1
Gesamtkennziffer IBB Gruppe	%	13,6	18,7	19,5	18,7	18,8



**IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Anstalt des öffentlichen Rechts**



Berliner Straße 112-115
10713 Berlin

Telefon: (030) 9222 - 60 90
Telefax: (030) 9222 - 31 12
www: www.itdz-berlin.de
E-Mail: vertrieb@itdz-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Die Anstalt unterstützt die Verwaltung beim Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) als zentraler IT-Dienstleister des Landes Berlin. Bei Erledigung dieser Aufgabe gelten die für den IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung erlassenen Verwaltungsvorschriften.
- (2) Sie stellt den Stellen des Landes Berlin ein umfassendes Angebot an Informationstechnik, -anwendungen und -dienstleistungen zur Verfügung, insbesondere bietet sie die durch Landesvereinbarungen definierten IT-Leistungen an.
- (3) Soweit diese Stellen der Anstalt die Erfüllung von Aufgaben übertragen oder Leistungen von ihr beziehen, nehmen sie die Anstalt unmittelbar in Anspruch, ohne dass es eines besonderen Vergabeverfahrens bedarf. Die Erfüllung unterliegt der fachlichen Weisung der beauftragenden Stelle.
- (4) Preise für die Dienste der Anstalt werden nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BAnz. 244), zuletzt geändert durch Art. 289 Abs. 5 der Verordnung vom 25. November 2003 (BGBl I S. 2304), in der jeweils gültigen Fassung gebildet.
- (5) Leistungen Dritter beschafft die Anstalt für das Land nach Maßgabe der für öffentliche Auftraggeber geltenden Vergabevorschriften.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 65.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Vorstand

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Kandziora, Konrad	188	ganzjährig

Verwaltungsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Statzkowski, Andreas, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2012/2015
Goetsch, Ute	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2014/2015
Andersch-Niestedt, Heidrun			Vertr. Bln. 2013/2015
Schworck, Oliver, Bezirksstadtrat			Vertr. Bln. 2007/2015
Spallek, Carsten, Bezirksstadtrat			Vertr. Bln. 2009/2015

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Verwaltungsratsmitglieder	2/3	1/4	1/4	0/5	1/4

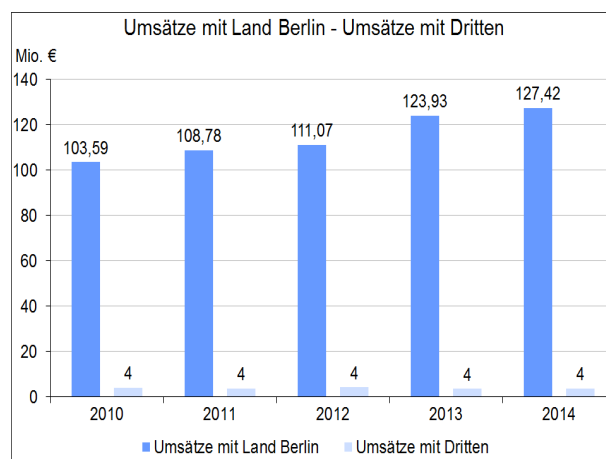
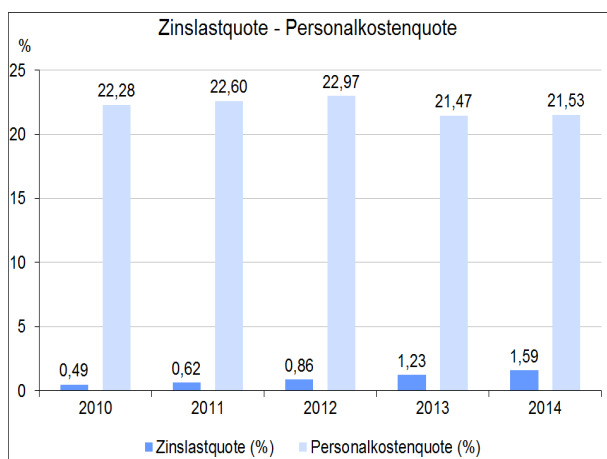
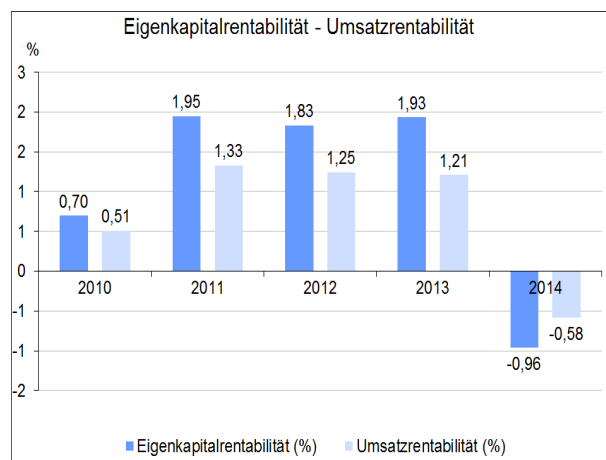
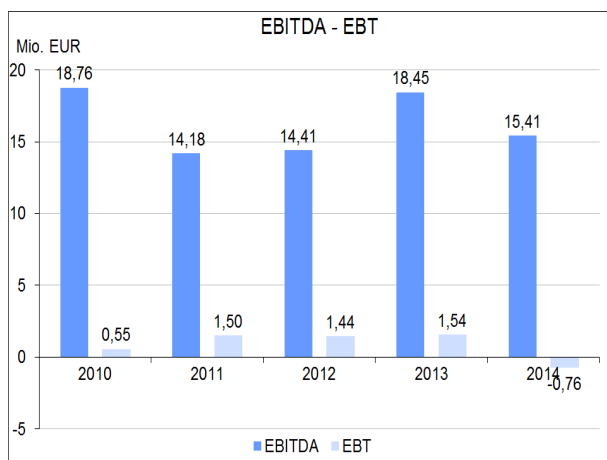
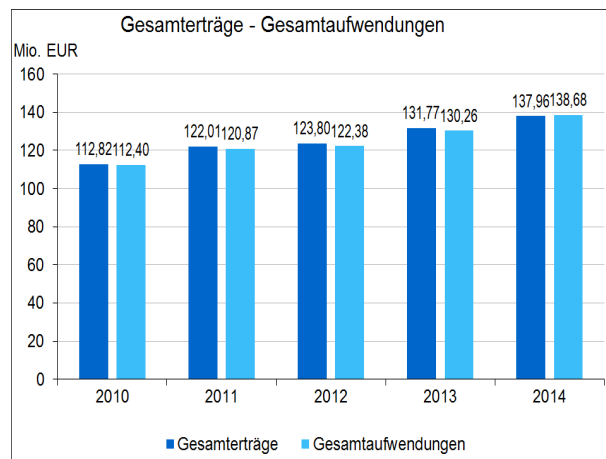
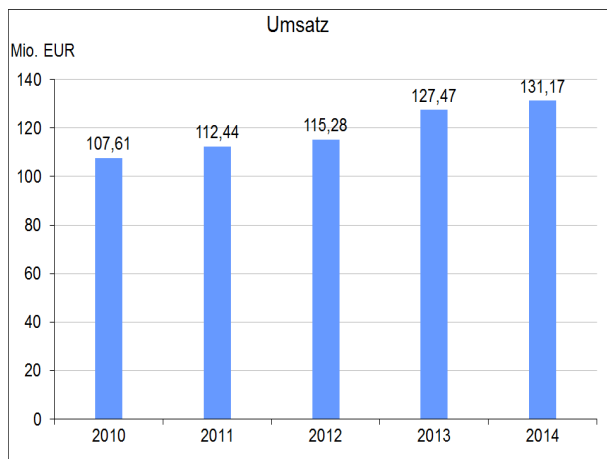
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 642

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		142,86	146,76	148,59	145,87	138,90
Anlagevermögen		95,87	88,32	87,10	88,44	83,72
Sachanlagen		81,60	72,26	69,69	73,05	67,72
Finanzanlagen		4,09	4,60	5,11	5,62	6,14
Umlaufvermögen		39,11	51,98	57,05	52,30	50,26
Eigenkapital		79,10	79,82	78,31	76,90	78,25
Rücklagen		13,05	9,70	10,09	10,19	12,33
Sonderposten für Zuschüsse		7,23	7,34	7,61	7,50	7,65
Fremdkapital		44,28	46,48	45,45	50,37	39,97
Rückstellungen		22,14	19,63	19,70	25,00	24,28
Verbindlichkeiten		22,14	26,85	25,75	25,37	15,69
Kreditverbindlichkeiten		---	---	---	---	---
GuV						
Gesamterträge		137,96	131,77	123,80	122,01	112,82
Umsatzerlöse		131,17	127,47	115,28	112,44	107,61
Übrige Erträge		6,79	4,30	8,51	9,57	5,21
Gesamtaufwendungen		138,68	130,26	122,38	120,87	112,40
Personalaufwand		28,24	27,37	26,48	25,41	23,98
Abschreibungen		14,38	15,70	13,98	14,03	17,15
Zinsaufwand		2,09	1,57	1,00	0,70	0,53
Übrige Aufwendungen		93,98	85,62	80,92	80,73	70,75
EBITDA		15,41	18,45	14,41	14,18	18,76
EBT		-0,76	1,54	1,44	1,50	0,55
Jahresergebnis		-0,73	1,51	1,41	1,15	0,42
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		528	499	490	483	474
Auszubildende		25	22	17	17	15
Allgemeine Daten						
Zuführungen		---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin		---	---	---	---	---
Investitionen		22,48	17,46	13,27	19,36	20,00
Forderungsausfall		0,40	0,03	0,02	0,09	0,48
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		249	256	235	233	227
Eigenkapitalquote (%)		55,4	54,4	52,7	52,7	56,3
Eigenkapitalrentabilität (%)		-1,0	1,9	1,8	1,9	0,7
Umsatzrentabilität (%)		-0,6	1,2	1,2	1,3	0,5
Zinslastquote (%)		1,6	1,2	0,9	0,6	0,5
Personalkostenquote (%)		21,5	21,5	23,0	22,6	22,3
Spezifische Daten						
Umsätze mit Land Berlin	Mio. €	127,42	123,93	111,07	108,78	103,59
Umsätze mit Dritten	Mio. €	3,75	3,53	4,21	3,66	4,07
Lichtwellenleiternetz (Datenverbindungen)	km	1.047	1.005	995	976	942
verwaltete Kabelführungssysteme	km	910	907	904	896	888
betreute PC-Arbeitsplätze (ca.)	Anz.	12.503	12.301	12.172	11.961	11.275



**Kinder- und Jugendfreizeitzentrum
Wuhlheide - Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft
mbH**



Straße zum FEZ 2
12459 Berlin

Telefon: (030) 53 071 200
Telefax: (030) 53 071 111
www: www.fez-berlin.de
E-Mail: liljeberg@fez-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Betrieb des Hauptgebäudes und der umgebenden Gebäude und Anlagen zur Ausgestaltung eines(r) Kinder- und Jugendfreizeitentrums und der Landesmusikakademie Berlin. Die Gesellschaft sorgt für ein ausgewogenes Verhältnis und eine konstruktive Verzahnung der Betriebsbereiche. Unter die Aufgaben der Gesellschaft fallen nicht der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken einschließlich Belastungen von Grundeigentum und grundstücksgleicher Rechte sowie die Tätigkeit von Baumaßnahmen und die Durchführung der baulichen und technischen Unterhaltung für die für den Betrieb erforderlichen Grundstücke, Anlagen und damit fest verbundene Einrichtungen (ausgenommen Kleinreparaturen zur Sicherstellung des Betriebsablaufs).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Nominalkapital 25.564,59 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Liljeberg, Thomas	---	---
Litty, Joachim	78	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i> Mannkopf, Lutz-S.	88	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Klebba, Sigrid, Staatssekretärin	Vorsitzende		Vertr. Bln. 2010/2017
Ceglarek, Renée			Vertr. Bln. 2012/2017
Kandziora, Jens			Vertr. Bln. 2012/2017
Klemm, Gernot, Bezirksstadtrat			Vertr. Bln. 2012/2017
Kolland, Hubert, Dr.			Vertr. Bln. 2011/2017
Schunder, Ulrich			Vertr. Bln. 2009/2017

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	2/4	2/4	2/4	2/4	2/4

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 680

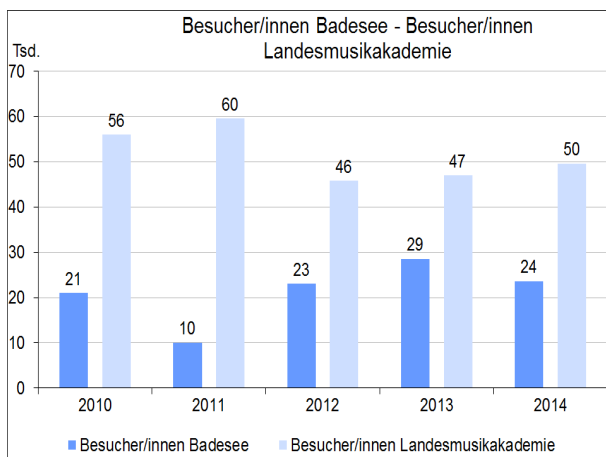
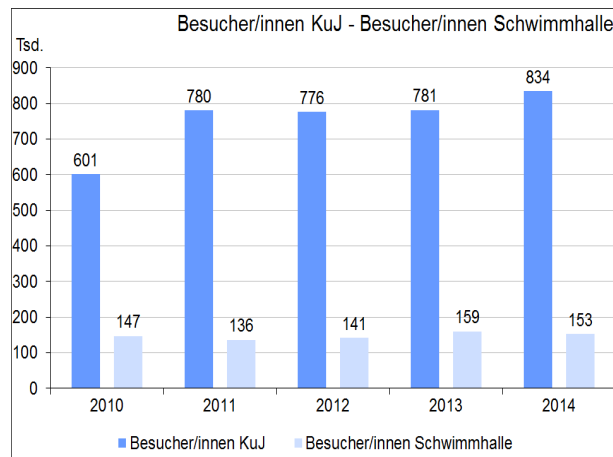
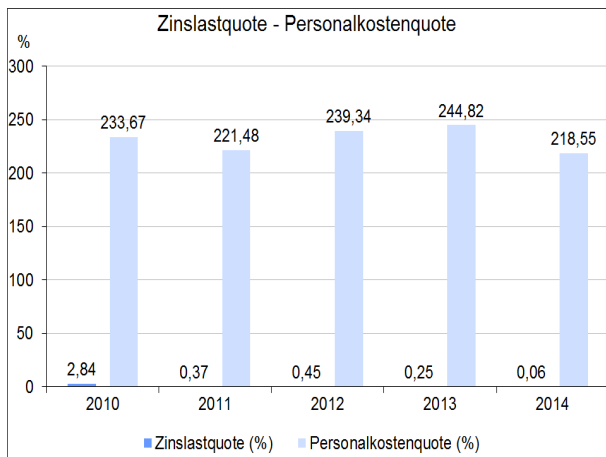
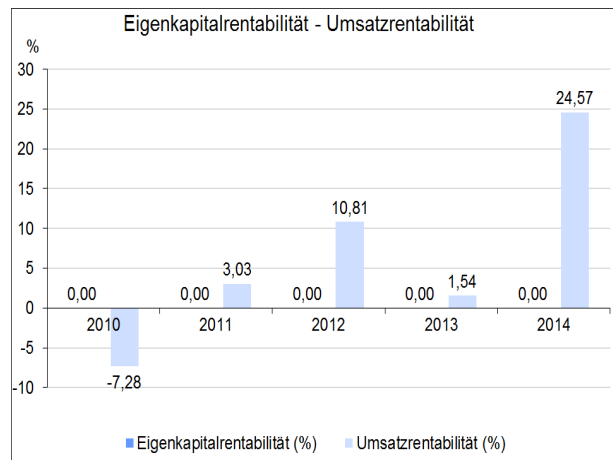
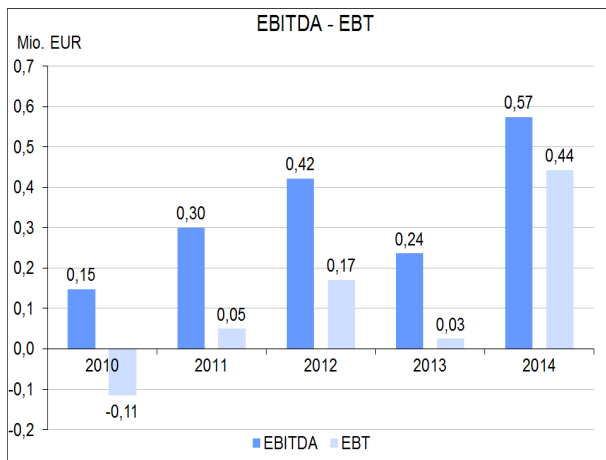
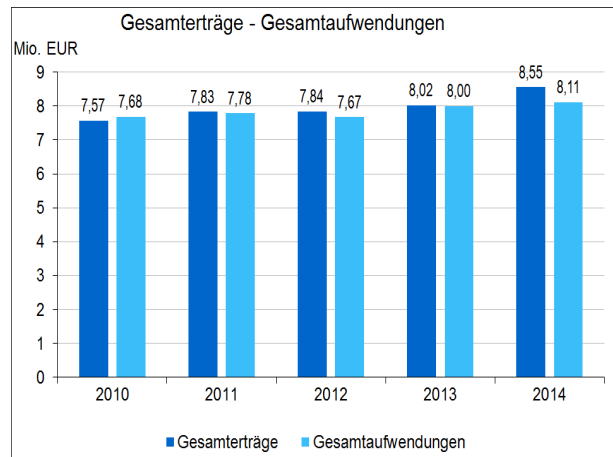
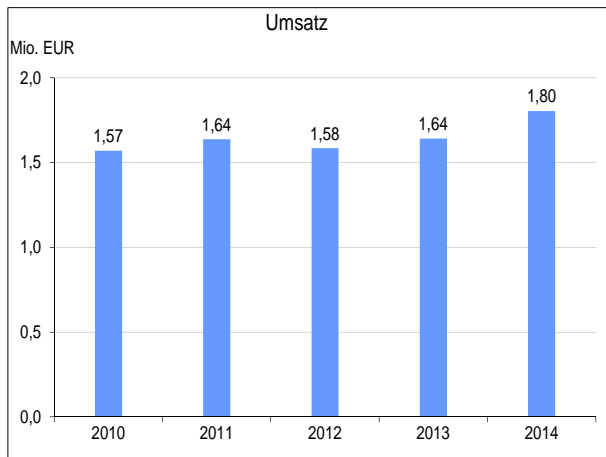
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Mehrzahl der Auszubildenden wird im Verbund ausgebildet.

Das Unternehmen wies im Jahr 2014 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 0,10 Mio. € (Vj. 0,55 Mio. €) aus.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1,28	1,66	2,00	1,79	1,98	
Anlagevermögen	1,02	0,97	1,06	0,96	1,02	
Sachanlagen	0,88	0,97	1,05	0,95	1,01	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	0,15	0,15	0,37	0,09	0,16	
Eigenkapital	---	---	---	---	---	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	1,02	0,97	1,06	0,96	1,02	
Fremdkapital	0,24	0,68	0,93	0,83	0,93	
Rückstellungen	0,13	0,38	0,55	0,69	0,71	
Verbindlichkeiten	0,12	0,30	0,38	0,14	0,21	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	8,55	8,02	7,84	7,83	7,57	
Umsatzerlöse	1,80	1,64	1,58	1,64	1,57	
Übrige Erträge	6,75	6,38	6,26	6,19	6,00	
Gesamtaufwendungen	8,11	8,00	7,67	7,78	7,68	
Personalaufwand	3,94	4,02	3,79	3,63	3,67	
Abschreibungen	0,22	0,23	0,27	0,27	0,24	
Zinsaufwand	0,00	0,00	0,01	0,01	0,04	
Übrige Aufwendungen	3,95	3,75	3,61	3,88	3,73	
EBITDA	0,57	0,24	0,42	0,30	0,15	
EBT	0,44	0,03	0,17	0,05	-0,11	
Jahresergebnis	0,44	0,03	0,17	0,05	-0,11	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	94	93	87	87	90	
Auszubildende	10	10	10	15	11	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	6,04	5,82	6,08	5,40	5,43	
Zuführungen Land Berlin	6,04	5,82	5,52	5,24	5,11	
Investitionen	0,27	0,14	0,37	0,20	0,28	
Forderungsausfall	---	---	---	---	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	19	18	18	19	17	
Eigenkapitalquote (%)	---	---	---	---	---	
Eigenkapitalrentabilität (%)	---	---	---	---	---	
Umsatzrentabilität (%)	24,6	1,5	10,8	3,0	-7,3	
Zinslastquote (%)	0,1	0,2	0,5	0,4	2,8	
Personalkostenquote (%)	218,5	244,8	239,3	221,5	233,7	
Spezifische Daten						
Besucher/innen insgesamt	Tsd.	884	828	822	842	825
Besucher/innen KuJ	Tsd.	834	781	776	780	601
Besucher/innen Schwimmhalle	Tsd.	153	159	141	136	147
Besucher/innen Badeseen	Tsd.	24	29	23	10	21
Besucher/innen Landesmusikakademie	Tsd.	50	47	46	60	56



Klosterstraße 68
10179 Berlin

Telefon: (030) 247 49 - 700
Telefax: (030) 247 49 - 710
www: www.kulturprojekte-berlin.de
E-Mail: info@kulturprojekte-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Gegenstand der Gesellschaft ist die Verwaltung, organisatorische Betreuung und der künstlerische Betrieb des Hauses in der Klosterstraße 68-70 im Bezirk Berlin-Mitte. Ihre Aufgabe ist darüber hinaus die Durchführung von kulturellen Projekten im Rahmen des Kulturaustausches und die Durchführung von kulturellen Projekten im Rahmen von Städtepartnerschaften sowie die Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag des Landes Berlin. Ferner soll die Gesellschaft die Öffentlichkeitsarbeit für diese Veranstaltungen übernehmen und eine zentrale Informationsstelle zur kulturellen Infrastruktur Berlins einrichten. Die Gesellschaft wird weiterhin den Betrieb und die Betreuung von Räumen übernehmen, die im Eigentum oder im Besitz des Landes Berlin stehen und die von Künstlern genutzt werden, soweit diese Aufgaben nicht direkt von der Senatskulturverwaltung wahrgenommen werden. Hierzu gehört auch die Hilfestellung bei der Vermittlung von Spielstätten, Proberäumen und Ateliers, die sich im Eigentum des Landes Berlin befinden, für kulturelle Projekte. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

Nominalkapital 25.600,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
van Dülmen, Moritz	82	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Renner, Tim, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2014/2018
Juretzka, Christa, Dr.	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2003/2018
Karasch, Ralf			Vertr. Bln. 2008/2018
Kretzschmar, Ulrike			Vertr. Bln. 2007/2018
Mandel, Birgit, Prof. Dr.			Vertr. Bln. 2007/2018

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	3/2	3/2	3/2	3/2	3/2

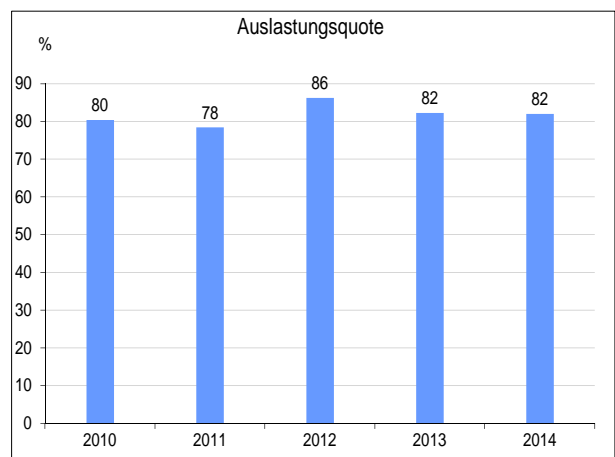
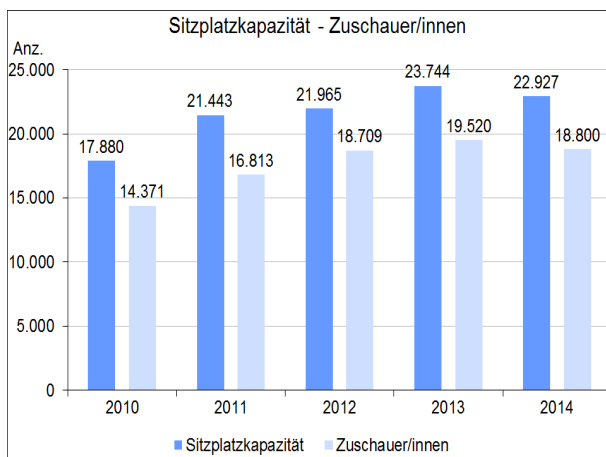
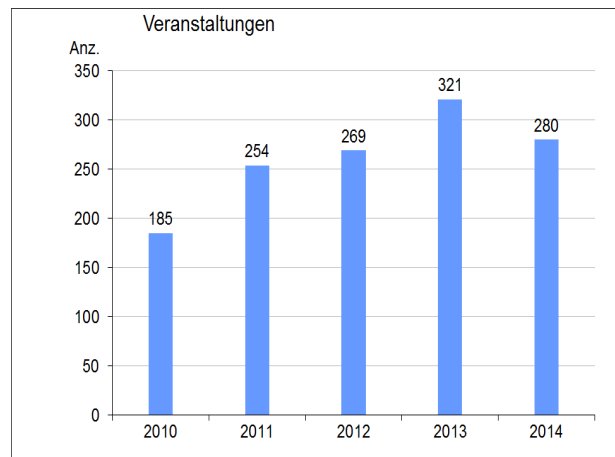
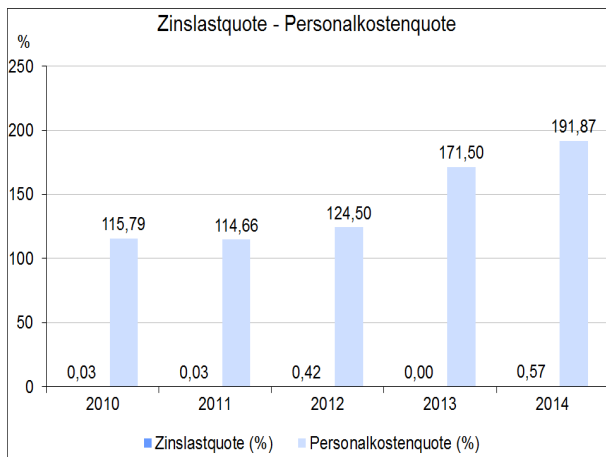
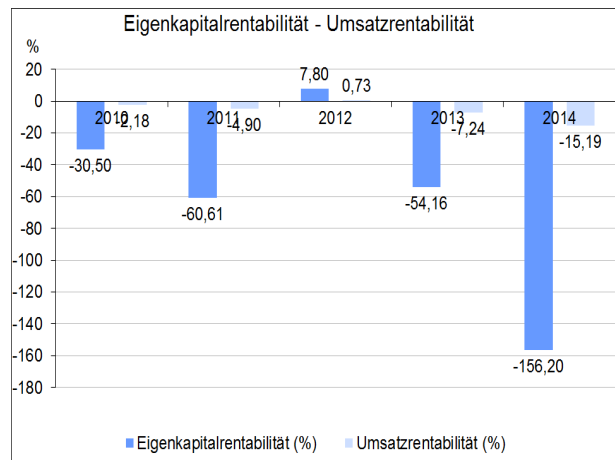
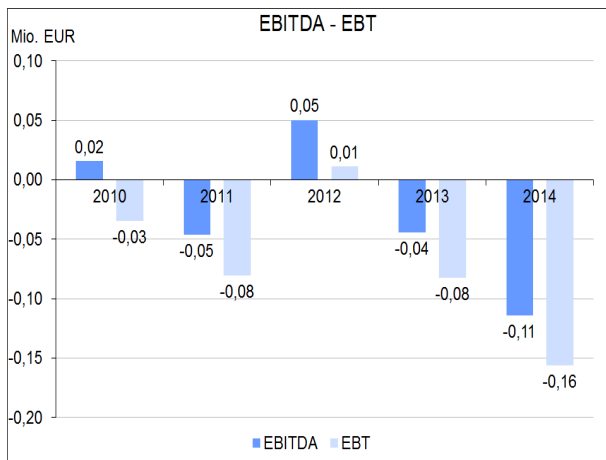
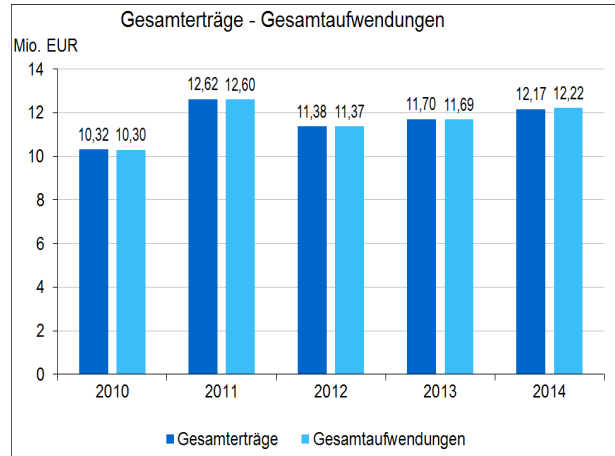
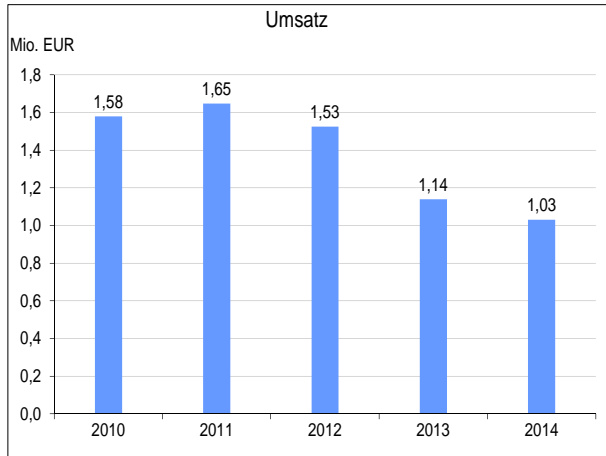
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 692

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	2,03	2,18	2,01	2,14	2,11	
Anlagevermögen	0,06	0,07	0,07	0,08	0,10	
Sachanlagen	0,05	0,06	0,07	0,08	0,10	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	1,88	2,06	1,92	1,95	1,85	
Eigenkapital	0,10	0,15	0,14	0,13	0,11	
Rücklagen	0,06	0,12	0,12	0,10	0,08	
Sonderposten für Zuschüsse	0,06	0,07	0,07	0,08	0,10	
Fremdkapital	1,75	1,54	1,52	1,37	1,51	
Rückstellungen	0,20	0,14	0,24	0,10	0,12	
Verbindlichkeiten	1,56	1,39	1,28	1,27	1,39	
Kreditverbindlichkeiten	---	0,00	0,00	---	---	
GuV						
Gesamterträge	12,17	11,70	11,38	12,62	10,32	
Umsatzerlöse	1,03	1,14	1,53	1,65	1,58	
Übrige Erträge	11,14	10,56	9,85	10,97	8,74	
Gesamtaufwendungen	12,22	11,69	11,37	12,60	10,30	
Personalaufwand	1,98	1,95	1,90	1,89	1,83	
Abschreibungen	0,04	0,04	0,04	0,04	0,06	
Zinsaufwand	0,01	---	0,01	0,00	0,00	
Übrige Aufwendungen	10,20	9,70	9,42	10,67	8,41	
EBITDA	-0,11	-0,04	0,05	-0,05	0,02	
EBT	-0,16	-0,08	0,01	-0,08	-0,03	
Jahresergebnis	-0,05	0,01	0,01	0,02	0,02	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte						
Beschäftigte	72	65	60	56	52	
Auszubildende	2	2	---	---	1	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	8,93	8,84	8,79	10,24	7,66	
Zuführungen Land Berlin	6,21	6,51	6,74	7,19	6,04	
Investitionen	0,03	0,03	0,03	0,03	0,05	
Forderungsausfall	0,01	0,00	0,00	0,02	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	14	18	25	29	30	
Eigenkapitalquote (%)	4,9	7,0	7,1	6,2	5,4	
Eigenkapitalrentabilität (%)	-156,2	-54,2	7,8	-60,6	-30,5	
Umsatzrentabilität (%)	-15,2	-7,2	0,7	-4,9	-2,2	
Zinslastquote (%)	0,6	---	0,4	0,0	0,0	
Personalkostenquote (%)	191,9	171,5	124,5	114,7	115,8	
Spezifische Daten						
Veranstaltungen	Anz.	280	321	269	254	185
Zuschauer/innen	Anz.	18.800	19.520	18.709	16.813	14.371
Sitzplatzkapazität	Anz.	22.927	23.744	21.965	21.443	17.880
Auslastungsquote	%	82,0	82,2	86,2	78,4	80,4



**Kunst- und Ausstellungshalle der
Bundesrepublik Deutschland -
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**



Friedrich-Ebert-Allee 4
53113 Bonn

Telefon: (0228) 91 71 - 0
Telefax: (0228) 23 41 54
www: www.bundeskunsthalle.de
E-Mail: info@bundeskunsthalle.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist es, die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland zu betreiben und geistige und kulturelle Entwicklungen von nationaler und internationaler Bedeutung sichtbar zu machen, insbesondere durch Ausstellungen, die von der Gesellschaft veranstaltet oder - auch im Austausch - übernommen werden.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

Nominalkapital 41.925,93 EUR	davon	Bundesrepublik Deutschland	60,96%
		Freie Hansestadt Bremen	2,44%
		Freie und Hansestadt Hamburg	2,44%
		Freistaat Bayern	2,44%
		Freistaat Sachsen	2,44%
		Freistaat Thüringen	2,44%
		Land Baden-Württemberg	2,44%
		Land Berlin	2,44%
		Land Brandenburg	2,44%
		Land Hessen	2,44%
		Land Mecklenburg-Vorpommern	2,44%
		Land Niedersachsen	2,44%
		Land Nordrhein-Westfalen	2,44%
		Land Rheinland-Pfalz	2,44%
		Land Sachsen-Anhalt	2,44%
		Land Schleswig-Holstein	2,44%
		Saarland	2,44%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Spies, Bernhard, Dr.	107	ganzjährig
Wolfs, Reinier Carl	122	ganzjährig

Kuratorium

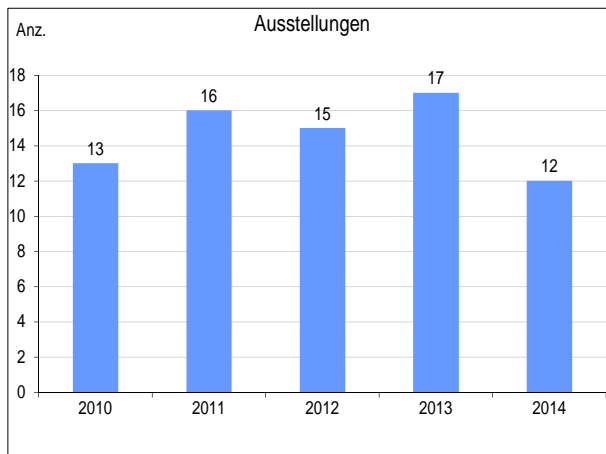
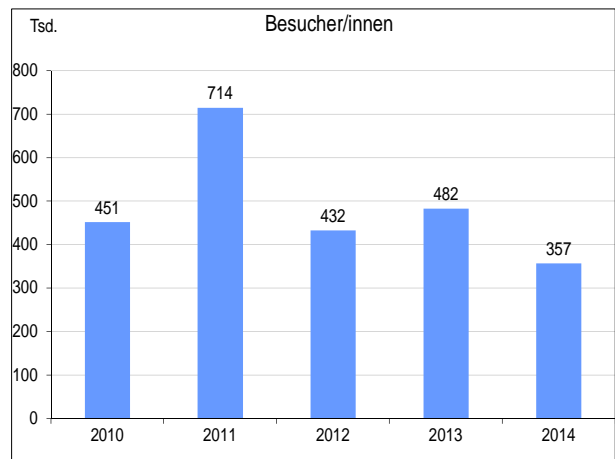
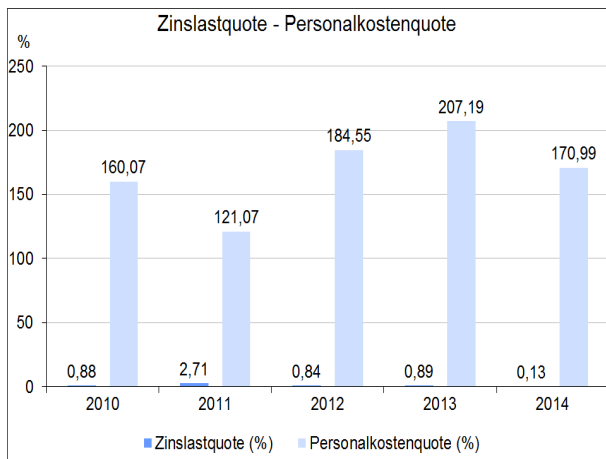
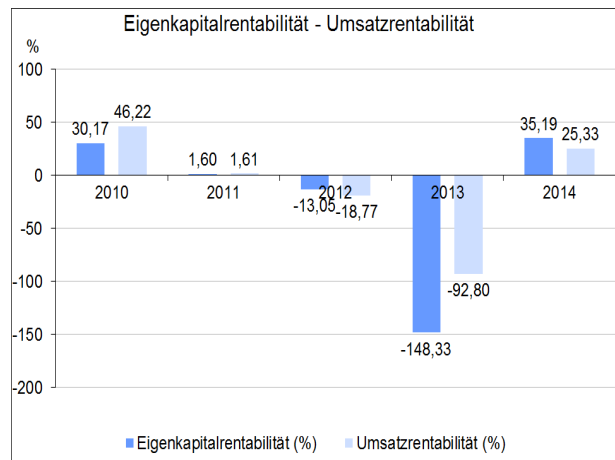
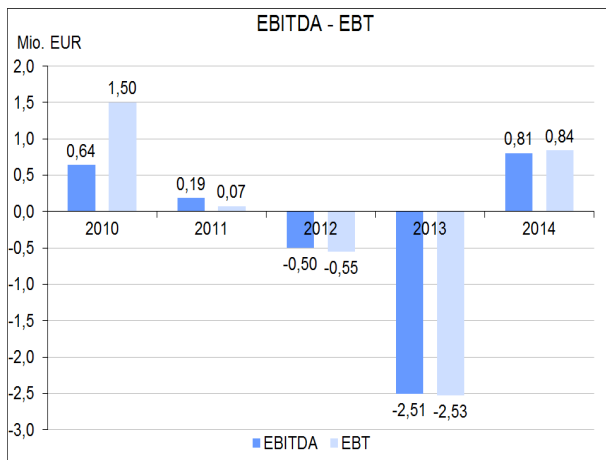
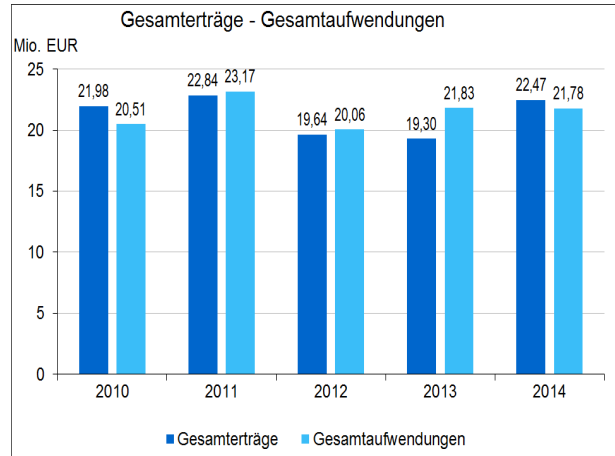
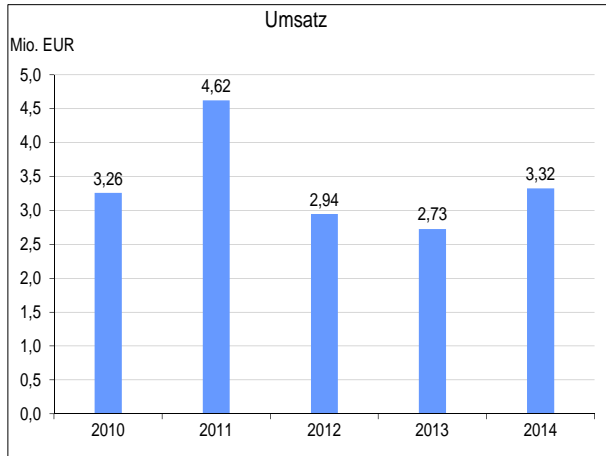
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Winands, Günter, Dr.	Vorsitzender	Mitges.	2013/2017
Landmann, Peter	Stellv. Vorsitzender	Mitges.	2006/2017
Benz, Günther		Mitges.	2012/2017
Bias-Engels, Sigrid, Dr.		Mitges.	2005/2017
Früh, Thomas		Mitges.	2013/2017
Kraus, Christoph		Mitges.	2013/2017
Meitzner, Andreas		Mitges.	2012/2017
Schmitteckert, Günter		Mitges.	2007/2017
Tietmann, Michael		Mitges.	2006/2017

Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Kuratoriumsmitglieder	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	4,29	3,84	6,55	7,56	8,12	
Anlagevermögen	---	---	---	---	---	
Sachanlagen	---	---	---	---	---	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	4,28	3,76	6,55	7,56	8,12	
Eigenkapital	2,39	1,71	4,24	4,66	4,99	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1,82	2,08	2,28	2,84	3,03	
Rückstellungen	0,77	0,93	1,16	1,87	1,75	
Verbindlichkeiten	1,05	1,15	1,12	0,97	1,27	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	22,47	19,30	19,64	22,84	21,98	
Umsatzerlöse	3,32	2,73	2,94	4,62	3,26	
Übrige Erträge	19,15	16,57	16,69	18,22	18,72	
Gesamtaufwendungen	21,78	21,83	20,06	23,17	20,51	
Personalaufwand	5,68	5,65	5,43	5,59	5,21	
Abschreibungen	---	---	0,03	---	---	
Zinsaufwand	0,00	0,02	0,02	0,13	0,03	
Übrige Aufwendungen	16,09	16,15	14,57	17,45	15,27	
EBITDA	0,81	-2,51	-0,50	0,19	0,64	
EBT	0,84	-2,53	-0,55	0,07	1,50	
Jahresergebnis	0,69	-2,53	-0,42	-0,33	1,47	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	133	133	134	126	130	
Auszubildende	11	12	13	12	11	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	19,15	16,57	16,28	17,71	17,18	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	---	---	---	---	---	
Forderungsausfall	---	0,00	0,03	0,01	0,01	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	25	20	22	37	25	
Eigenkapitalquote (%)	55,8	44,4	64,7	61,5	61,4	
Eigenkapitalrentabilität (%)	35,2	-148,3	-13,1	1,6	30,2	
Umsatzrentabilität (%)	25,3	-92,8	-18,8	1,6	46,2	
Zinslastquote (%)	0,1	0,9	0,8	2,7	0,9	
Personalkostenquote (%)	171,0	207,2	184,6	121,1	160,1	
Spezifische Daten						
Ausstellungen	Anz.	12	17	15	16	13
Open-Air Konzerte	Anz.	---	---	---	---	---
Besucher/innen	Tsd.	357	482	432	714	451



Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG



Warschauer Straße 41/42
10243 Berlin

Telefon: (030) 22 33 - 68 92
Telefax: (030) 22 33 - 67 88
www: www.liegenschaftsfonds.de
E-Mail: info@liegenschaftsfonds.de

Gegenstand des Unternehmens

Verwertung von Grundstücken des Landes Berlin sowie treuhänderische Übernahme von Grundstücken des Landes Berlin und deren Verwaltung.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 1.000.000,00 EUR	davon	Land Berlin	100,00%
		Liegenschaftsfonds Berlin	0,00%
		Verwaltungsgesellschaft mbH	

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name

Komplementärin (Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH), vertreten durch den Geschäftsführer.

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht	Band 2, Seite 700
Lagebericht des Treuhandvermögens	Band 2, Seite 710

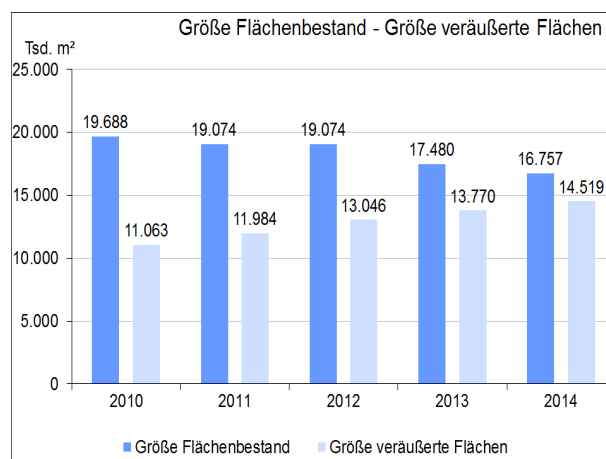
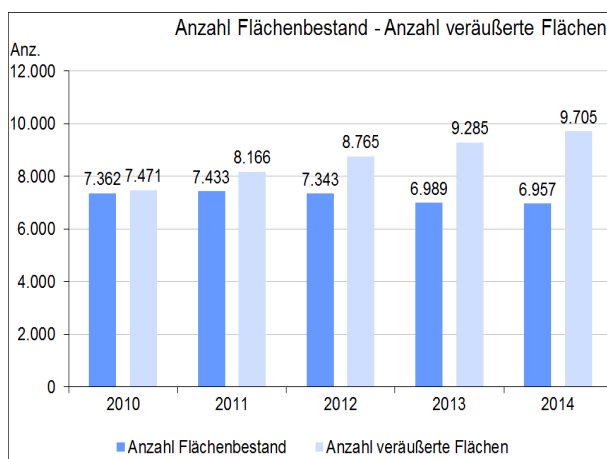
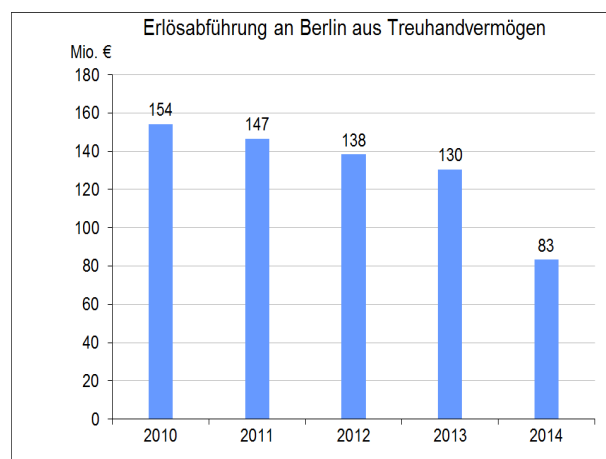
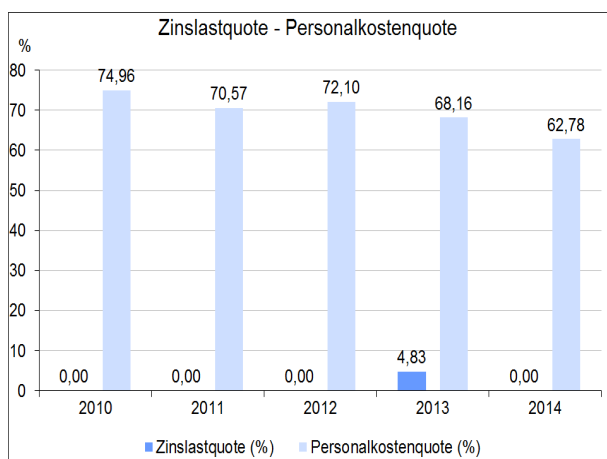
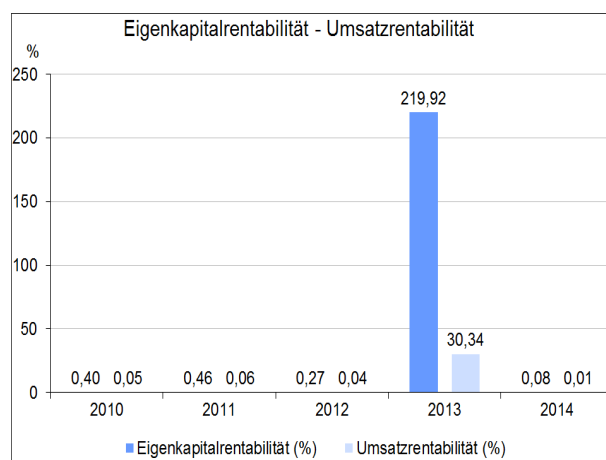
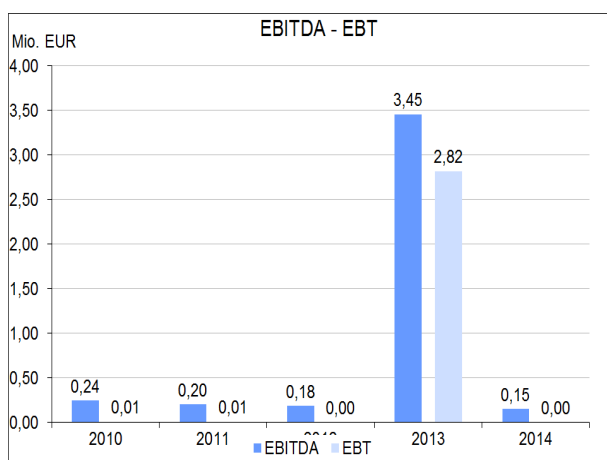
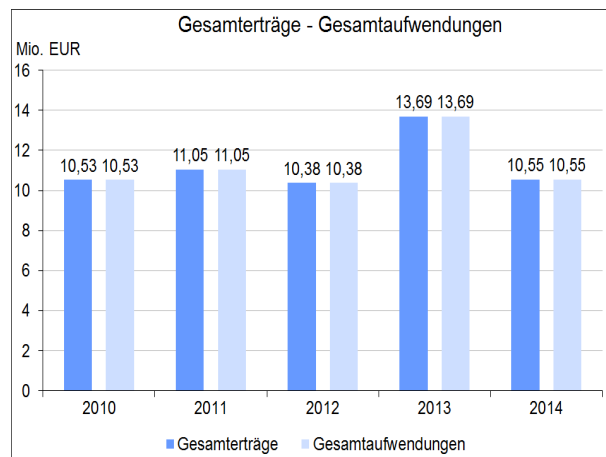
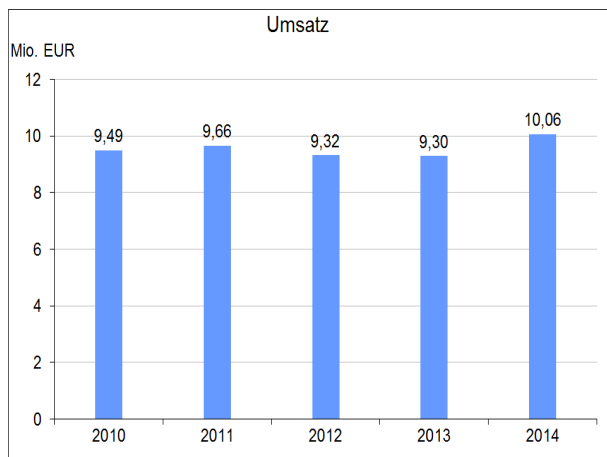
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Aufsichtsrat der Komplementärin ist zugleich Kontrollorgan der GmbH & Co. KG.

Zum 01.03.2015 sind die BIM GmbH und die Liegenschaftsfonds-Gruppe zusammengeführt worden: Die BIM GmbH hat die operativen Geschäftsbetriebe der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG übernommen. Der Liegenschaftsfonds hat seine Geschäftsbereiche auf die BIM übertragen und die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer des Liegenschaftsfonds sind auf die BIM übergegangen. Im Gesellschaftsvertrag der BIM wurde unter § 2 die Darstellung des Gegenstands des Unternehmens erweitert. Der Aufsichtsrat der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH hat die Geschäftsführerin der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH als zweite Geschäftsführerin bestellt. Sie bleibt weiterhin Geschäftsführerin der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH und vertritt somit die Gesellschaft auch im weiterhin notwendigen rechtsgeschäftlichen Verkehr mit der BIM. Umgekehrt wurde der Geschäftsführer der BIM als weiterer Geschäftsführer der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH bestellt.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		8,65	5,32	4,76	6,21	6,14
Anlagevermögen		0,80	0,29	0,35	0,42	0,53
Sachanlagen		0,25	0,19	0,23	0,26	0,30
Finanzanlagen		---	---	---	---	---
Umlaufvermögen		6,26	2,82	2,74	3,18	2,52
Eigenkapital		1,28	1,28	1,28	1,28	1,28
Rücklagen		0,28	0,28	0,28	0,28	0,28
Sonderposten für Zuschüsse		---	---	---	---	---
Fremdkapital		5,83	1,88	1,83	2,35	1,80
Rückstellungen		1,07	1,02	1,44	1,71	1,44
Verbindlichkeiten		4,76	0,86	0,39	0,64	0,36
Kreditverbindlichkeiten		---	---	---	---	---
GuV						
Gesamterträge		10,55	13,69	10,38	11,05	10,53
Umsatzerlöse		10,06	9,30	9,32	9,66	9,49
Übrige Erträge		0,49	4,39	1,06	1,39	1,04
Gesamtaufwendungen		10,55	13,69	10,38	11,05	10,53
Personalaufwand		6,32	6,34	6,72	6,82	7,12
Abschreibungen		0,15	0,19	0,19	0,22	0,26
Zinsaufwand		0,00	0,45	0,00	0,00	0,00
Übrige Aufwendungen		4,08	6,71	3,47	4,02	3,16
EBITDA		0,15	3,45	0,18	0,20	0,24
EBT		0,00	2,82	0,00	0,01	0,01
Jahresergebnis		---	---	---	---	---
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		109	118	117	122	122
Auszubildende		4	4	5	3	2
Allgemeine Daten						
Zuführungen		---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin		---	---	---	---	---
Investitionen		0,66	0,14	0,12	0,10	0,18
Forderungsausfall		---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		93	79	80	79	78
Eigenkapitalquote (%)		14,8	24,1	27,0	20,7	20,9
Eigenkapitalrentabilität (%)		0,1	219,9	0,3	0,5	0,4
Umsatzrentabilität (%)		0,0	30,3	0,0	0,1	0,1
Zinslastquote (%)		0,0	4,8	0,0	0,0	0,0
Personalkostenquote (%)		62,8	68,2	72,1	70,6	75,0
Spezifische Daten						
Erlösabführung an Berlin aus Treuhandvermögen	Mio. €	83,39	130,46	138,44	146,53	154,23
Aufwandsersatzung an Liegenschaftsfonds aus Treuhandvermögen	Mio. €	10,06	9,30	9,32	9,66	9,49
Anzahl veräußerte Flächen	Anz.	9.705	9.285	8.765	8.166	7.471
Größe veräußerte Flächen	Tsd. m ²	14.519	13.770	13.046	11.984	11.063
Anzahl Flächenbestand	Anz.	6.957	6.989	7.343	7.433	7.362
Größe Flächenbestand	Tsd. m ²	16.757	17.480	19.074	19.074	19.688



**Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG**



Warschauer Straße 41/42
10243 Berlin

Telefon: (030) 22 33 - 68 90
Telefax: (030) 22 33 - 68 97
www: www.liegenschaftsfonds.de
E-Mail: info@liegenschaftsfonds.de

Gegenstand des Unternehmens

Insbesondere Übernahme von Grundstücken des Landes Berlin und der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG, deren Verwaltung, Entwicklung und Veräußerung.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 100.000,00 EUR	davon	Land Berlin	100,00%
		Liegenschaftsfonds Berlin	0,00%
		Verwaltungsgesellschaft mbH	

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name

Komplementärin (Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH), vertreten durch den Geschäftsführer.

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht	Band 2, Seite 723
Lagebericht des Treuhandvermögens	Band 2, Seite 732

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Aufsichtsrat der Komplementärin ist zugleich Kontrollorgan der GmbH & Co. KG.

Aufgrund der Geringfügigkeit der Daten wird auf eine grafische Darstellung verzichtet.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1,66	1,65	1,75	1,29	1,29	
Anlagevermögen	---	---	---	---	---	
Sachanlagen	---	---	---	---	---	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	1,44	1,36	1,60	1,18	1,03	
Eigenkapital	0,10	0,10	0,10	0,10	0,10	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1,34	1,26	1,50	1,08	0,93	
Rückstellungen	0,05	0,05	0,05	0,06	0,07	
Verbindlichkeiten	1,29	1,21	1,45	1,02	0,86	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	0,64	0,49	0,69	0,67	0,93	
Umsatzerlöse	0,09	0,12	0,25	0,21	0,39	
Übrige Erträge	0,55	0,37	0,44	0,45	0,54	
Gesamtaufwendungen	0,65	0,46	0,52	0,54	0,72	
Personalaufwand	0,20	0,18	0,26	0,28	0,31	
Abschreibungen	---	---	---	---	---	
Zinsaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Übrige Aufwendungen	0,45	0,28	0,26	0,26	0,41	
EBITDA	0,00	0,03	0,18	0,15	0,25	
EBT	0,00	0,04	0,19	0,16	0,25	
Jahresergebnis	-0,01	0,03	0,16	0,13	0,21	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	3	3	4	4	4	
Auszubildende	---	---	---	---	---	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	---	---	---	---	---	
Forderungsausfall	---	---	---	---	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	31	41	63	54	98	
Eigenkapitalquote (%)	6,0	6,1	5,7	7,8	7,8	
Eigenkapitalrentabilität (%)	-4,1	37,8	191,1	157,1	254,7	
Umsatzrentabilität (%)	-4,4	31,0	76,4	73,1	65,3	
Zinslastquote (%)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Personalkostenquote (%)	214,0	145,8	104,5	131,8	78,8	
Spezifische Daten						
Erlösabführung an Berlin aus Treuhandvermögen	Mio. €	6,50	32,00	17,18	0,80	---
Aufwandsersatzung an Liegenschaftsfonds aus Treuhandvermögen	Mio. €	0,54	0,35	0,41	0,42	0,32
Anzahl veräußerte Flächen	Anz.	40	38	34	28	27
Größe veräußerte Flächen	Tsd. m ²	225	216	147	135	130
Anzahl Flächenbestand	Anz.	156	128	82	66	56
Größe Flächenbestand	Tsd. m ²	978	984	642	350	200

**Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH**



Warschauer Straße 41/42
10243 Berlin

Telefon: (030) 22 33 - 68 00
Telefax: (030) 22 33 - 68 97
www: www.liegenschaftsfonds.de
E-Mail: info@liegenschaftsfonds.de

Gegenstand des Unternehmens

Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen sowie Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei anderen Gesellschaften, insbesondere bei der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 25.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG, Berlin	1,00	0,00%
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin	0,10	0,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Lemiss, Sven	---	---
Möhring, Birgit	163	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i>		
Lippmann, Holger	64	---

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin	Vorsitzende	1	Vertr. Bln.	2012/2020
Lütke Daldrup, Engelbert, Prof. Dr.-Ing., Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	0	Vertr. Bln.	2014/2020
Bunde, Henner, Staatssekretär		1	Vertr. Bln.	2013/2020
Eder, Jan		1	Mitges.	2002/2020
Haußdörfer, Ellen		1	Mitges.	2010/2020
Herrmann, Alexander J.		---	Mitges.	2015/2020
Herrmann, Clara		---	Mitges.	2015/2020
Kleebank, Helmut, Bezirksbürgermeister		---	qua Amt	2015/2020
Kopp, Norbert, Bezirksbürgermeister		1	qua Amt	2009/2020
Schneider, Torsten		1	Mitges.	2012/2020
Zillich, Steffen		---	Mitges.	2015/2020

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 743

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Aufgrund der Geringfügigkeit der Daten wird auf eine grafische Darstellung verzichtet.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme	0,22	0,20	0,14	0,15	0,13
Anlagevermögen	---	---	---	---	---
Sachanlagen	---	---	---	---	---
Finanzanlagen	---	---	---	---	---
Umlaufvermögen	0,22	0,20	0,14	0,14	0,13
Eigenkapital	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Rücklagen	---	---	---	---	---
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---
Fremdkapital	0,17	0,15	0,09	0,10	0,09
Rückstellungen	0,07	0,07	0,06	0,06	0,06
Verbindlichkeiten	0,10	0,08	0,03	0,04	0,03
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---
GuV					
Gesamterträge	0,48	0,38	0,27	0,33	0,26
Umsatzerlöse	---	---	---	---	---
Übrige Erträge	0,48	0,38	0,27	0,33	0,26
Gesamtaufwendungen	0,48	0,38	0,27	0,33	0,26
Personalaufwand	0,22	0,21	0,19	0,19	0,19
Abschreibungen	---	---	---	---	---
Zinsaufwand	---	---	---	---	---
Übrige Aufwendungen	0,26	0,16	0,08	0,14	0,07
EBITDA	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewinnabführung	---	---	---	---	---
Beschäftigte	1	1	1	1	1
Auszubildende	---	---	---	---	---
Allgemeine Daten					
Zuführungen	---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---
Investitionen	---	---	---	---	---
Forderungsausfall	---	---	---	---	---
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---	---	---	---
Eigenkapitalquote (%)	22,7	24,8	34,1	32,2	34,0
Eigenkapitalrentabilität (%)	7,8	6,6	6,4	7,7	6,0
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---	---	---
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---

MEAB Märkische Entsorgungsanlagen- Betriebsgesellschaft mbH



Tschudistraße 3
14476 Potsdam

Telefon: (033208) 60 - 0
Telefax: (033208) 60 - 235
www: www.meab.de
E-Mail: meab@meab.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist

- Deponierung, Lagerung, Aufbereitung und Umwandlung von Abfällen jeglicher Art einschließlich Vermarktung der Materialien;
- Planung, Errichtung und Betrieb von Behandlungs- und Entsorgungsanlagen jeglicher Art einschließlich erforderlicher Sicherungs-, Sanierungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen;
- Erbringung von Bau-, Projektierungs- und Überwachungsleistungen auch gegenüber Dritten;
- Erbringung von Laborleistungen auf dem Gebiet der Umweltanalytik und deren Bewertung auch gegenüber Dritten;
- Vermittlung der Verbringung von Abfällen jeglicher Art;
- Sammeln und Transport von Abfällen jeglicher Art;
- Beratungs- und Schulungsmaßnahmen im Zusammenhang mit vorgenannten Leistungen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 25.600.000,00 EUR davon Land Berlin 50,00%
Land Brandenburg 50,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG (ORS KG), Löwenberger Land	0,32	24,90%
SBB Entsorgungswirtschaft GbR, Berlin	0,03	7,41%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Michaelis, Dirk-Uwe	260	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Tag, Jaqueline	Vorsitzende	10	Mitges. 2013/2017
Schulz, Günter	Stellv. Vorsitzender	2	Vertr. Bln. 2005/2018
Remde, Bernhard		2	Mitges. 1997/2015
Wiehoff, Gisela		2	Mitges. 2013/2017
Zandonella, Carlo		1	Vertr. Bln. 2005/2019

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/2	0/2	0/2	0/2	0/2

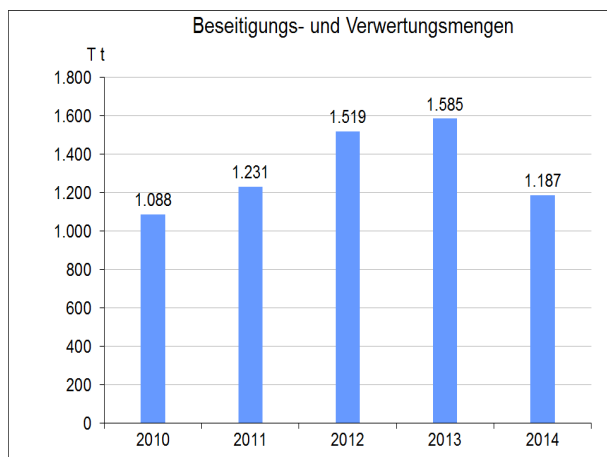
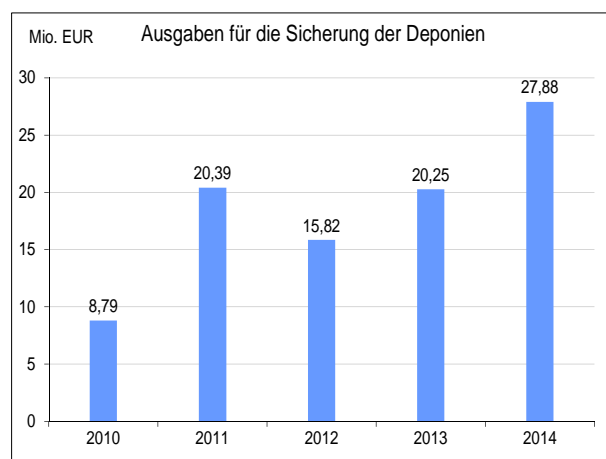
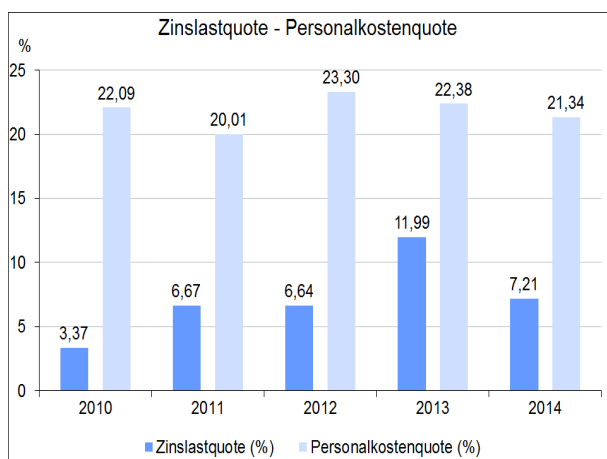
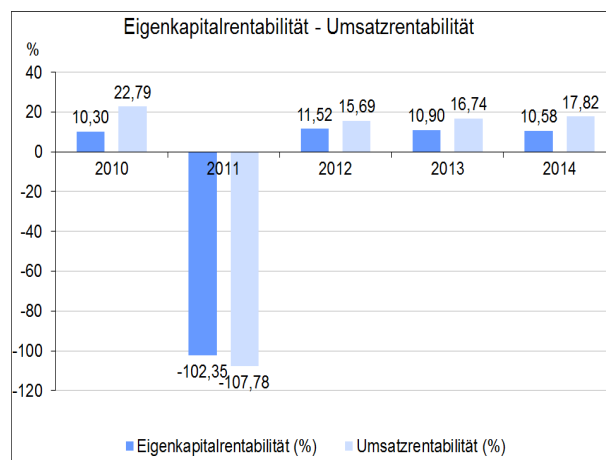
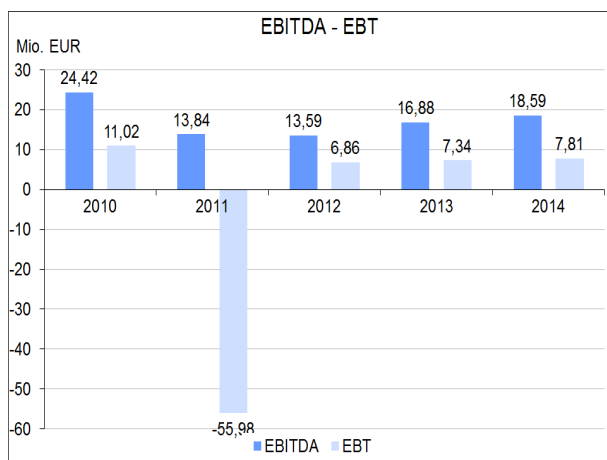
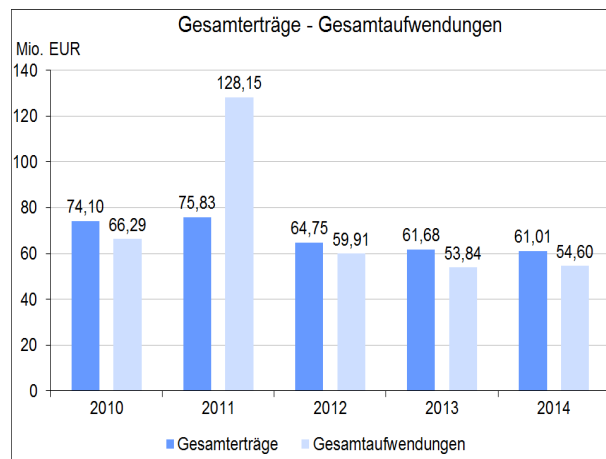
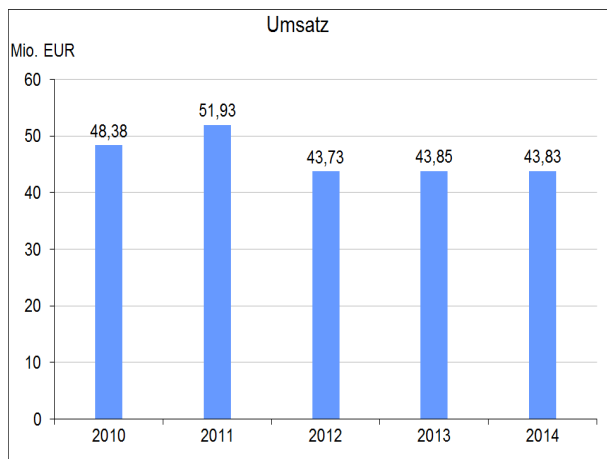
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 766

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	419,02	440,82	461,77	481,30	546,80	
Anlagevermögen	404,37	423,56	442,28	462,05	526,63	
Sachanlagen	17,99	19,10	21,03	26,50	81,50	
Finanzanlagen	386,33	404,39	421,05	435,31	444,98	
Umlaufvermögen	14,60	17,18	19,36	19,08	19,97	
Eigenkapital	73,78	67,37	59,53	54,69	107,01	
Rücklagen	54,14	54,14	54,14	54,14	54,14	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	345,24	373,46	402,24	426,61	439,79	
Rückstellungen	324,68	346,83	371,30	387,77	400,84	
Verbindlichkeiten	20,56	26,62	30,93	38,84	38,95	
Kreditverbindlichkeiten	16,79	21,23	25,67	30,10	34,54	
GuV						
Gesamterträge	61,01	61,68	64,75	75,83	74,10	
Umsatzerlöse	43,83	43,85	43,73	51,93	48,38	
Übrige Erträge	17,19	17,83	21,02	23,89	25,72	
Gesamtaufwendungen	54,60	53,84	59,91	128,15	66,29	
Personalaufwand	9,35	9,81	10,19	10,39	10,69	
Abschreibungen	3,93	3,67	4,64	9,62	13,05	
Zinsaufwand	3,16	5,26	2,90	3,46	1,63	
Übrige Aufwendungen	38,16	35,10	42,17	104,67	40,92	
EBITDA	18,59	16,88	13,59	13,84	24,42	
EBT	7,81	7,34	6,86	-55,98	11,02	
Jahresergebnis	6,41	7,83	4,84	-52,32	7,81	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	202	215	226	254	257	
Auszubildende	7	9	10	9	13	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	2,84	1,79	1,14	4,19	1,70	
Forderungsausfall	-0,02	-0,03	0,00	0,13	0,07	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	217	204	193	204	188	
Eigenkapitalquote (%)	17,6	15,3	12,9	11,4	19,6	
Eigenkapitalrentabilität (%)	10,6	10,9	11,5	-102,3	10,3	
Umsatzrentabilität (%)	17,8	16,7	15,7	-107,8	22,8	
Zinslastquote (%)	7,2	12,0	6,6	6,7	3,4	
Personalkostenquote (%)	21,3	22,4	23,3	20,0	22,1	
Spezifische Daten						
Ausgaben für die Sicherung der Deponien	Mio. €	27,88	20,25	15,82	20,39	8,79
Beseitigungs- und Verwertungsmengen	T t	1.187	1.585	1.519	1.231	1.088



Messedamm 22
14055 Berlin

Telefon: (030) 30 38 - 0
Telefax: (030) 30 38 - 23 25
www: www.messe-berlin.de
E-Mail: central@messe-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist das Veranstalten, Durchführen und Betreuen von Messen, Ausstellungen, Kongressen und Tagungen, Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen zur Stärkung des Messeplatzes Berlin im In- und Ausland sowie die Teilnahme an Veranstaltungen dieser Art und alle mit derartigen Geschäften zusammenhängenden Aktivitäten.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 20.707.600,00 EUR	davon	Land Berlin	99,70%
		Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	0,07%
		Industrie und Handelskammer zu Berlin	0,17%
		Verband Deutscher Maschinen und Anlagenbau e.V. (VDMA)	0,03%
		Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI)	0,03%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Capital Catering GmbH, Berlin	0,06	100,00%
Capital Facility GmbH, Berlin	0,03	100,00%
MB Capital Services GmbH, Berlin	0,40	100,00%
MW Messe-, Ausstellungs- und Dienstleistungsgesellschaft Wolfsburg mbH, Wolfsburg	0,03	100,00%
Messe Berlin (Singapore) Pte. Ltd., Singapore	0,05	100,00%
K.I.T. Group GmbH, Berlin	0,03	75,00%
Global Produce Events GmbH, Berlin	0,03	70,00%
E.G.E. European Green Exhibitions GmbH, Berlin	0,03	50,00%
ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH, Schönefeld	0,03	50,00%
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	0,51	5,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Göke, Christian, Dr.	497	ganzjährig
<i>Ausgeschieden:</i> Maaß, Ingrid	336	01.01. - 27.11.

Hinzu kommen betriebliche Versorgungszusagen für die Geschäftsführer, soweit vereinbart.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Zühlsdorff, Peter	Vorsitzender	15	Vertr. Bln.	2014/2019
Yzer, Cornelia, Senatorin	1. Stellv. Vorsitzende	5	Vertr. Bln.	2012/2019
Jaegler, Thomas	2. Stellv. Vorsitzender	5	AN	1999/2019
Brabant, Ulrike		4	AN	2009/2019
Eder, Jan		4	Mitges.	2004/2019
Ellerbeck, Thomas		2	Vertr. Bln.	2014/2019
Feiler, Klaus, Staatssekretär		4	Vertr. Bln.	2012/2019
Funk, Ellen		4	AN	1994/2019
Niggemann, Ulrike		2	Vertr. Bln.	2014/2019
Pett, Alexander, Dr.		2	Vertr. Bln.	2014/2019
Rukwied, Joachim		4	Vertr. Bln.	2013/2019
Schade, Dirk		2	AN	2014/2019
Walkenbach, Georg		2	Vertr. Bln.	2014/2019
Wolf, Wolf-Dieter		4	Vertr. Bln.	2010/2019
Zeglin, Norbert		4	AN	2013/2019

2015 2014 2013 2012 2011

Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder

2/7 2/7 4/5 4/5 4/5

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

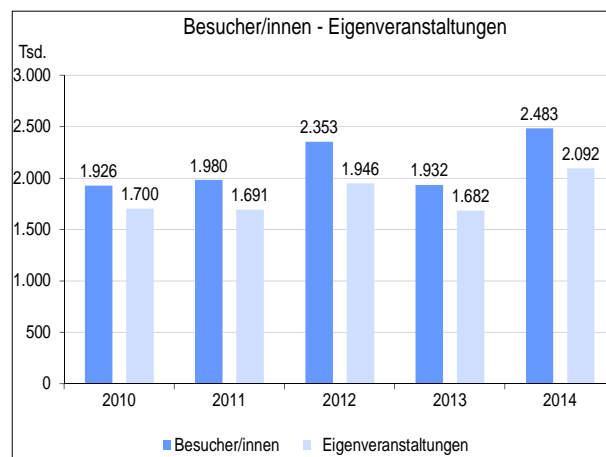
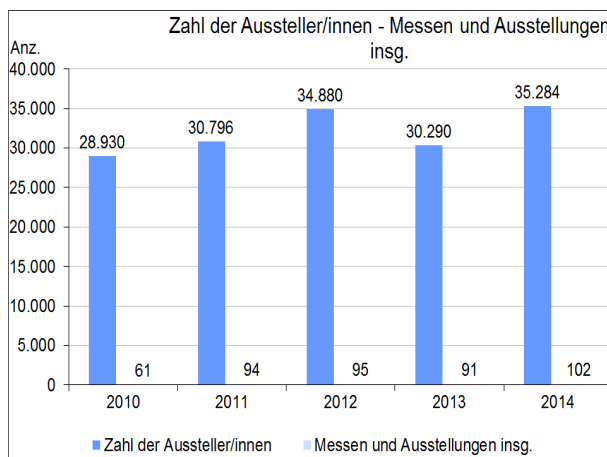
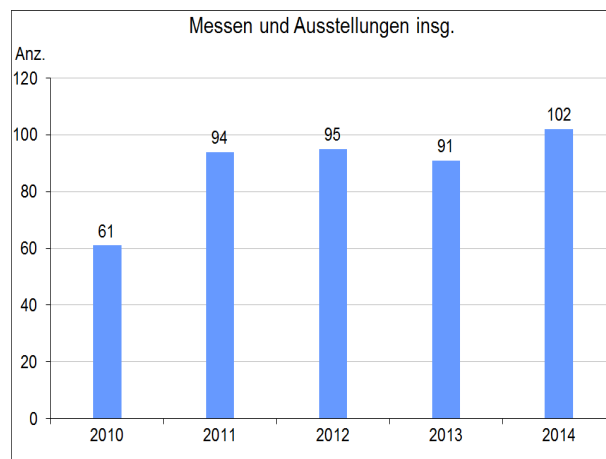
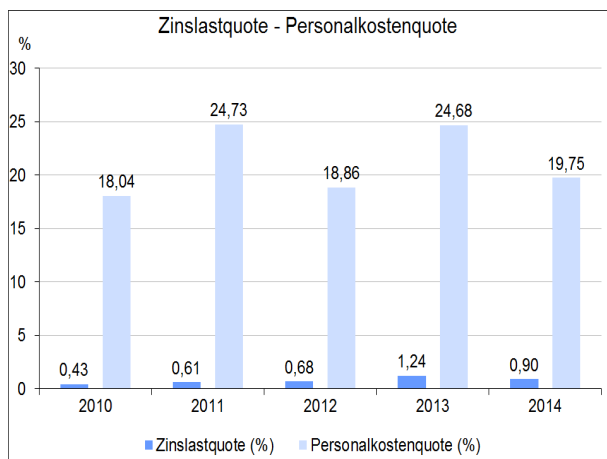
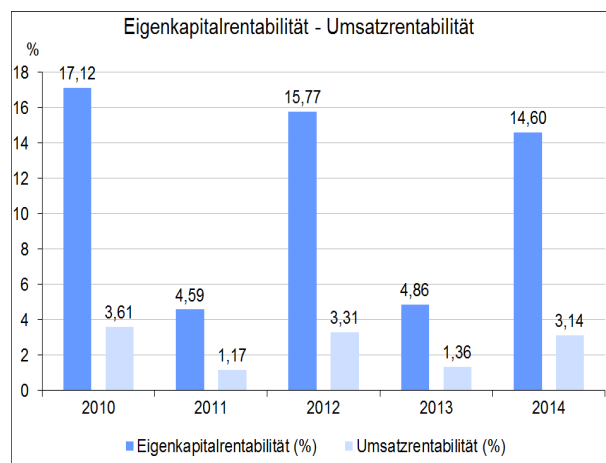
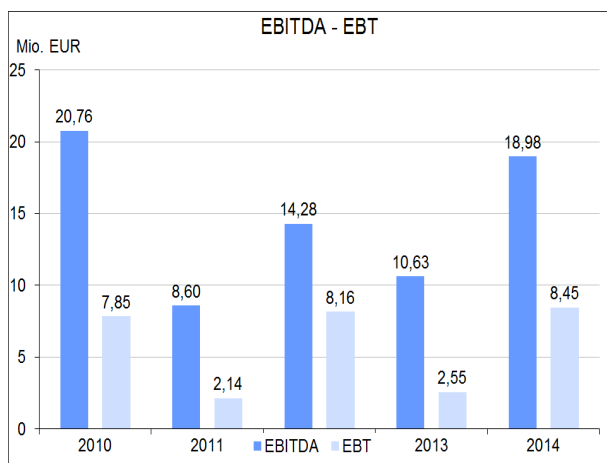
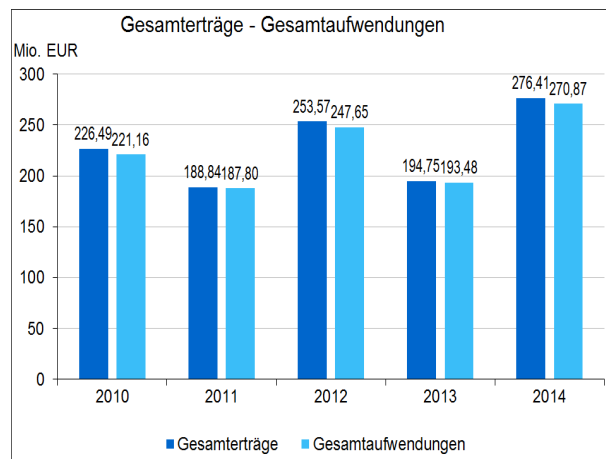
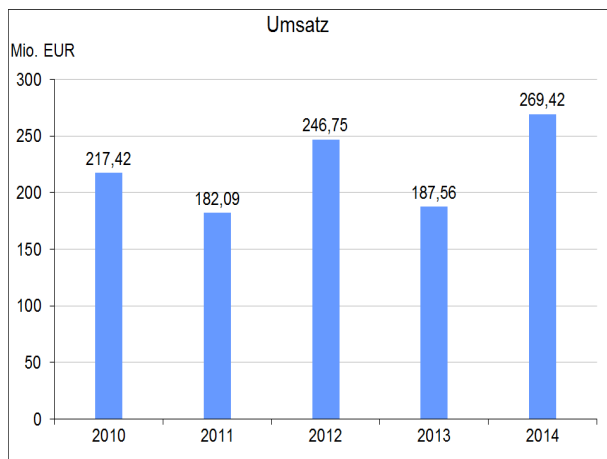
Band 2, Seite 779

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	228,53	212,99	175,12	153,78	143,93	
Anlagevermögen	154,56	122,80	83,36	60,03	39,43	
Sachanlagen	151,85	120,05	79,45	56,49	38,07	
Finanzanlagen	0,65	0,15	1,51	1,32	0,11	
Umlaufvermögen	73,88	89,14	91,70	93,59	104,31	
Eigenkapital	57,84	52,42	51,73	46,50	45,82	
Rücklagen	12,69	12,69	12,69	12,69	12,69	
Sonderposten für Zuschüsse	9,66	7,10	4,26	4,55	4,84	
Fremdkapital	159,49	151,70	117,08	100,44	90,74	
Rückstellungen	63,80	54,50	64,11	47,29	49,76	
Verbindlichkeiten	95,69	97,20	52,97	53,16	40,99	
Kreditverbindlichkeiten	57,30	59,70	16,50	16,50	---	
GuV						
Gesamterträge	276,41	194,75	253,57	188,84	226,49	
Umsatzerlöse	269,42	187,56	246,75	182,09	217,42	
Übrige Erträge	6,99	7,19	6,82	6,75	9,06	
Gesamtaufwendungen	270,87	193,48	247,65	187,80	221,16	
Personalaufwand	53,20	46,29	46,55	45,03	39,23	
Abschreibungen	8,20	5,94	4,77	5,99	11,50	
Zinsaufwand	2,43	2,33	1,69	1,11	0,93	
Übrige Aufwendungen	207,04	138,92	194,65	135,67	169,50	
EBITDA	18,98	10,63	14,28	8,60	20,76	
EBT	8,45	2,55	8,16	2,14	7,85	
Jahresergebnis	5,54	1,27	5,92	1,04	5,33	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	783	723	719	721	693	
Auszubildende	30	32	33	33	24	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	1,90	0,15	2,13	1,87	7,71	
Zuführungen Land Berlin	---	0,15	0,23	1,87	3,10	
Investitionen	39,47	45,56	28,00	25,58	11,60	
Forderungsausfall	0,61	0,98	0,84	0,84	0,83	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	344	259	343	253	314	
Eigenkapitalquote (%)	25,3	24,6	29,5	30,2	31,8	
Eigenkapitalrentabilität (%)	14,6	4,9	15,8	4,6	17,1	
Umsatzrentabilität (%)	3,1	1,4	3,3	1,2	3,6	
Zinslastquote (%)	0,9	1,2	0,7	0,6	0,4	
Personalkostenquote (%)	19,7	24,7	18,9	24,7	18,0	
Spezifische Daten						
Zahlungen Berlin für Wartung/Instandhaltung	Mio. €	10,00	10,00	14,00	14,00	14,00
Messen und Ausstellungen insg.	Anz.	102	91	95	94	61
Eigenveranstaltungen	Anz.	50	47	52	49	22
Zahl der Aussteller/innen	Anz.	35.284	30.290	34.880	30.796	28.930
Eigenveranstaltungen	Anz.	30.484	25.640	27.260	25.766	24.430
Besucher/innen	Tsd.	2.483	1.932	2.353	1.980	1.926
Eigenveranstaltungen	Tsd.	2.092	1.682	1.946	1.691	1.700
Kongressveranstaltungen	Anz.	25	34	511	438	530
Kongressteilnehmer/innen	Tsd.	105	119	147	161	240
Anteil Auswärtige	Tsd.	73	88	103	119	150



Musicboard Berlin GmbH



Gerichtstr. 35
13347 Berlin

Telefon: 030 28878788
Telefax: 030 28878790
www: musicboard-berlin.de
E-Mail: info@musicboard.berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Die Förderung von Kunst, Kultur- und Kreativwirtschaft im Bereich der Popmusik und -kultur; die Förderung und Betreuung sowie Durchführung von Projekten zur Unterstützung der Popkultur in Berlin in Form einer Anlaufstelle sowie die Durchführung von Veranstaltungen in diesem Kontext. Ferner soll die Gesellschaft die Musikinfrastruktur in Berlin verbessern (z.B. Spielstätten, Proberäume) durch Förderung, Initiierung von Kooperationsprojekten oder Vermittlung bzw. Moderation zwischen Verwaltung und Musikinfrastruktur. Hierzu gehört auch, die Förder- und Ausbildungslandschaft in Berlin im Bereich Musik und Popkultur transparent darzustellen und Künstlerinnen und Künstler zu vermitteln und zu unterstützen bei ihrer professionellen Karriere. Schließlich soll die Gesellschaft Berlin als Standort für Popmusik und -kultur in Deutschland und international stärken.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei

Nominalkapital 25.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Lucker, Katja	---	---

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Böhning, Björn, Chef der Senatskanzlei	Vorsitzender	---	Vertr. Bln.	2015/2020
Naujokat, Anja	Stellv. Vorsitzende	---	Vertr. Bln.	2015/2020
Kauert, Hans-Georg		---	Vertr. Bln.	2015/2020

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/2	0/0	0/0	0/0	0/0

Bericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 12.12.2014 gegründet und am 14.01.2015 in das Handelsregister eingetragen.

Olympiastadion Berlin GmbH



Olympischer Platz 3
14053 Berlin

Telefon: (030) 306 88 - 100
Telefax: (030) 306 88 - 120
www: www.olympiastadion-berlin.de
E-Mail: info@olympiastadion-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Betrieb und die Vermarktung des Olympiastadions in Berlin.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Nominalkapital 500.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
von Löbbecke, Peter	---	20.11.– 31.12.
<i>Ausgeschieden:</i> Thomas, Joachim E.	125	01.01. – 29.10.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Henkel, Frank, Senator	Vorsitzender	0	Vertr. Bln. 2012/2018
Randow, Monika	Stellv. Vorsitzende	0	Vertr. Bln. 2012/2018
Böger, Klaus		0	Vertr. Bln. 2007/2018

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 815

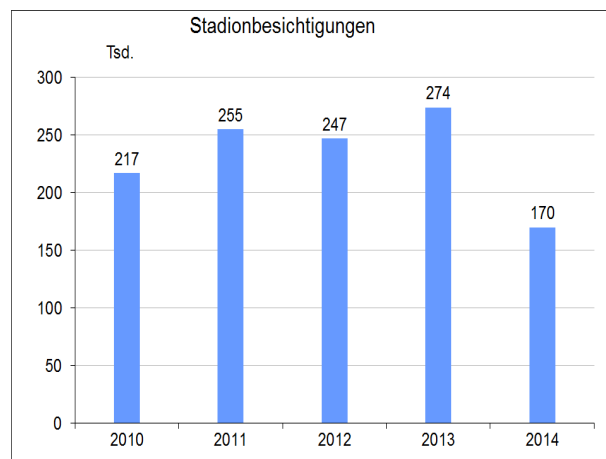
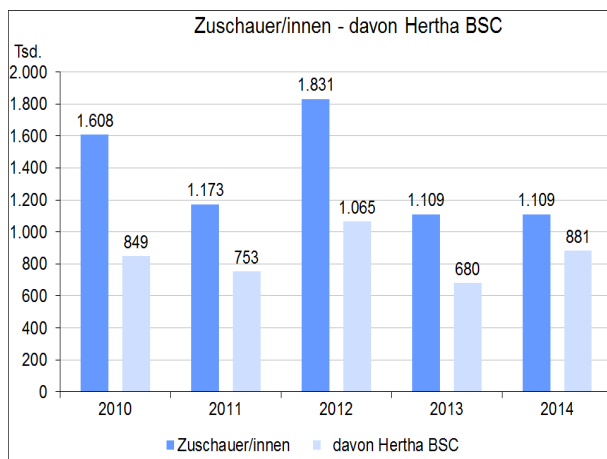
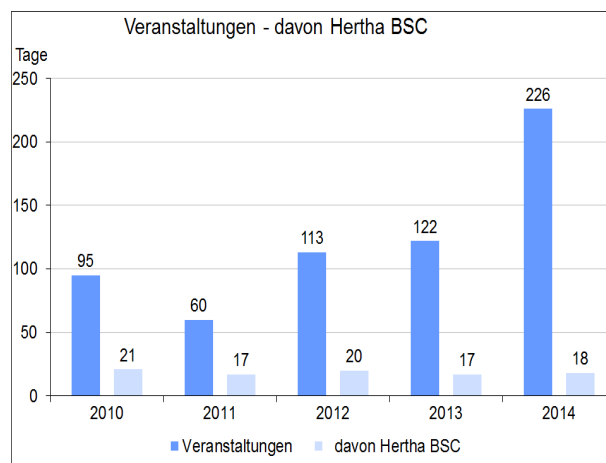
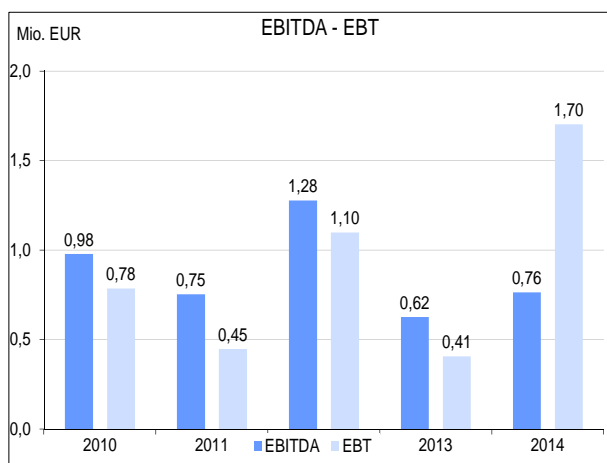
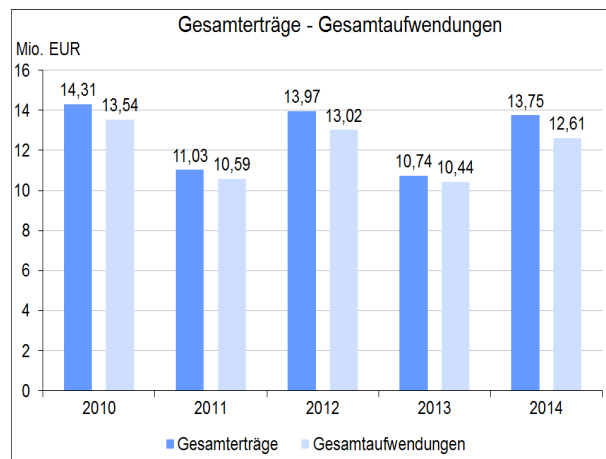
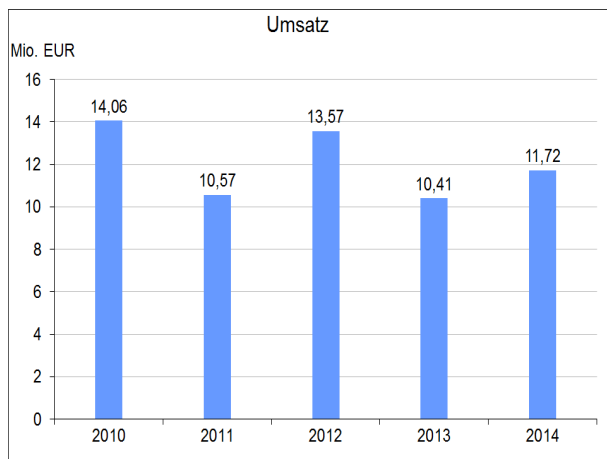
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft hat seit dem Jahr 2004 ein abweichendes Geschäftsjahr vom 01.07. bis 30.06. Die mit 2014 gekennzeichneten Daten beziehen sich auf das Geschäftsjahr 2013/2014 usw.

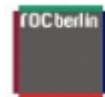
Das Unternehmen wies bis zum Jahr 2011 einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus. Unter Berücksichtigung der vorhandenen stillen Reserven und der vom Gesellschafter und anderen Gläubigern erklärten Rangrücktritte war jeweils keine reale Überschuldung gegeben.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	11,17	12,07	11,38	11,97	12,56	
Anlagevermögen	0,70	0,78	0,84	0,56	0,47	
Sachanlagen	0,68	0,75	0,82	0,54	0,45	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	10,45	11,14	10,23	10,26	10,41	
Eigenkapital	1,72	0,58	0,28	---	---	
Rücklagen	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	
Sonderposten für Zuschüsse	0,14	0,14	0,15	---	---	
Fremdkapital	9,30	11,06	10,39	11,13	11,46	
Rückstellungen	2,44	1,99	2,53	1,44	2,41	
Verbindlichkeiten	6,86	9,06	7,86	9,70	9,05	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	13,75	10,74	13,97	11,03	14,31	
Umsatzerlöse	11,72	10,41	13,57	10,57	14,06	
Übrige Erträge	2,03	0,33	0,40	0,46	0,25	
Gesamtaufwendungen	12,61	10,44	13,02	10,59	13,54	
Personalaufwand	1,06	1,09	0,93	0,91	0,90	
Abschreibungen	0,12	0,13	0,14	0,11	0,10	
Zinsaufwand	0,03	0,24	0,21	0,23	0,22	
Übrige Aufwendungen	11,40	8,98	11,74	9,34	12,32	
EBITDA	0,76	0,62	1,28	0,75	0,98	
EBT	1,70	0,41	1,10	0,45	0,78	
Jahresergebnis	1,14	0,30	0,95	0,45	0,77	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	23	22	19	18	18	
Auszubildende	---	---	1	2	3	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	---	---	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	---	---	
Investitionen	0,05	0,07	0,06	0,20	0,22	
Forderungsausfall	0,01	0,02	-0,03	0,03	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	509	473	714	587	781	
Eigenkapitalquote (%)	15,4	4,8	2,4	---	---	
Eigenkapitalrentabilität (%)	99,2	69,8	396,4	---	---	
Umsatzrentabilität (%)	14,5	3,9	8,1	4,2	5,6	
Zinslastquote (%)	0,2	2,3	1,6	2,2	1,5	
Personalkostenquote (%)	9,1	10,5	6,9	8,7	6,4	
Spezifische Daten						
Veranstaltungen	Tage	226	122	113	60	95
davon Hertha BSC	Tage	18	17	20	17	21
Zuschauer/innen	Tsd.	1.109	1.109	1.831	1.173	1.608
davon Hertha BSC	Tsd.	881	680	1.065	753	849
Stadionbesichtigungen	Tsd.	170	274	247	255	217



**Rundfunk-Orchester und -Chöre
(gemeinnützige) Gesellschaft mit
beschränkter Haftung Berlin**



Charlottenstraße 56
10117 Berlin

Telefon: (030) 20 29 87 - 410
Telefax: (030) 20 29 87 - 419
www: www.roc-berlin.de
E-Mail: geschaeftsleitung@roc-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Förderung der Musikkultur. Dazu werden Orchester und Chöre zur Aufführung von Musikwerken im In- und Ausland und zur Mitwirkung bei Aufnahmen von Musikwerken für Ton- und Bildträgerproduktionen und Rundfunkproduktionen unterhalten: Das Deutsche Symphonie-Orchester Berlin, das Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin, der Rundfunkchor Berlin und der RIAS-Kammerchor. Die Gesellschaft ist selbstlos; sie verfolgt nicht in erster Linie wirtschaftliche Zwecke.

Fachliche Zuständigkeit Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

Nominalkapital 26.000,00 EUR	davon	Körperschaft des öffentlichen Rechts "DeutschlandRadio"	40,00%
		Bundesrepublik Deutschland	35,00%
		Land Berlin	20,00%
		Körperschaft des öffentlichen Rechts "Rundfunk Berlin-Brandenburg"	5,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Kipp, Thomas	134	ganzjährig

Kuratorium

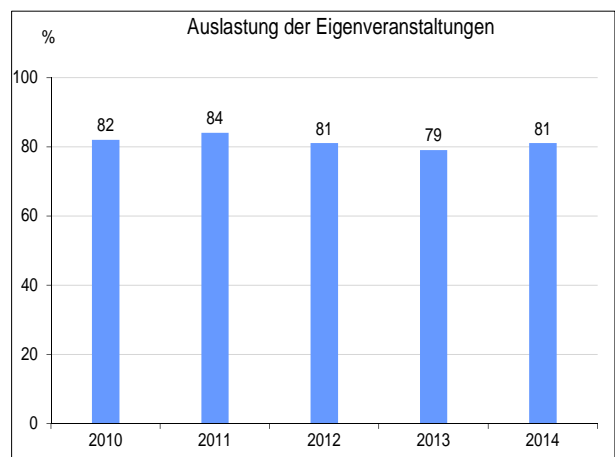
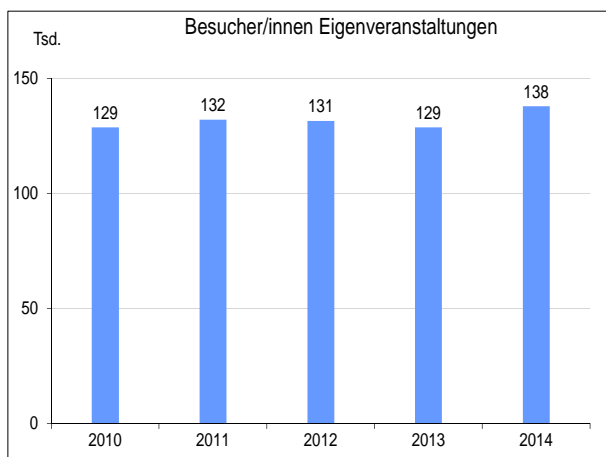
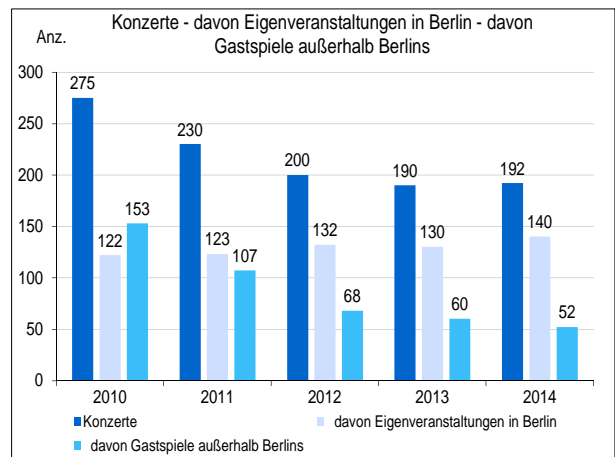
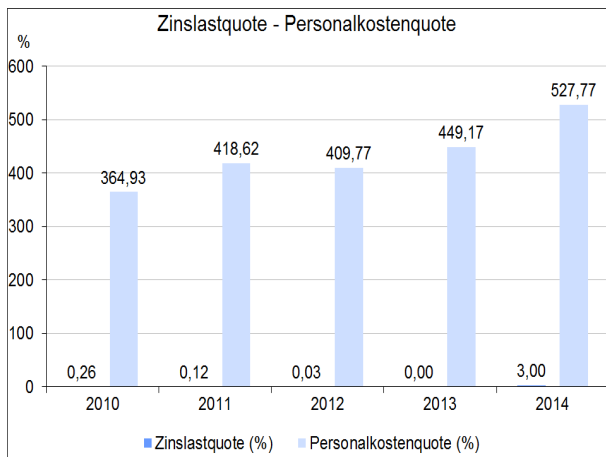
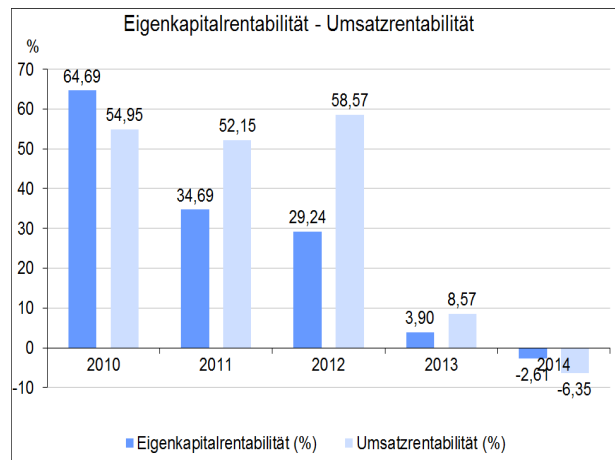
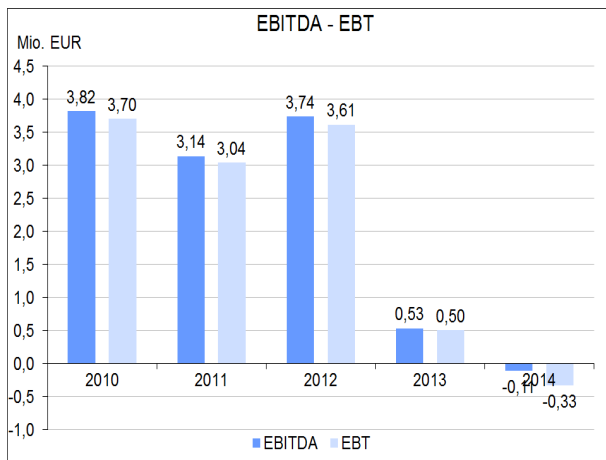
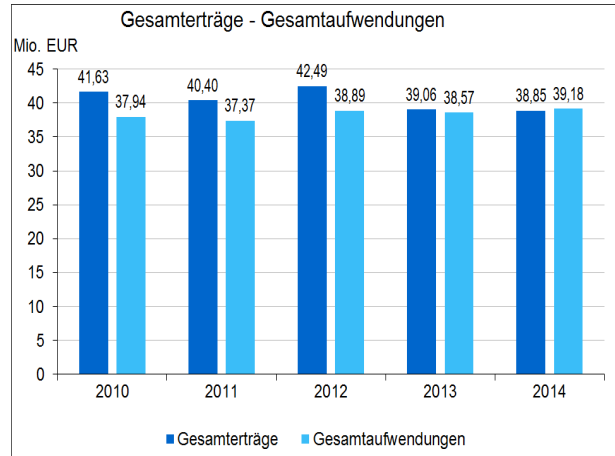
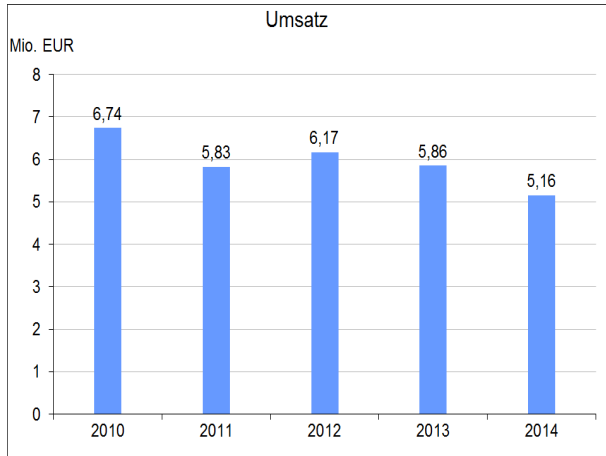
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Sölch, Rudi	Vorsitzender		Mitges. 1993/2015
Eifler, Martin	Stellv. Vorsitzender		Mitges. 2010/2015
Binder, Reinhart, Dr.			Mitges. 2004/2015
Gallep, Bernd			Mitges. 2008/2015
Hille, Wolf			Mitges. 2013/2015
Kühner, Martin			AN 2012/2015
Niclauss, Norbert			Mitges. 2007/2015
Reichenbach, Susanne			Vertr. Bln. 2010/2015
Schmidt-Werthern, Konrad, Dr.			Vertr. Bln. 2012/2015
Sträßner, Matthias, Dr.			Mitges. 1993/2015
Vetter, Erwin, Dr.			Mitges. 2007/2015
Wietschorke, Dagmar			AN 2012/2015

Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Kuratoriumsmitglieder	1/1	1/1	1/1	1/1	1/1

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	20,85	22,04	21,29	18,31	14,45	
Anlagevermögen	0,40	0,46	0,50	0,48	0,42	
Sachanlagen	0,39	0,44	0,49	0,46	0,39	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	18,99	20,37	19,59	16,64	12,84	
Eigenkapital	12,52	12,85	12,36	8,76	5,73	
Rücklagen	12,83	12,34	8,73	5,88	5,88	
Sonderposten für Zuschüsse	0,21	0,20	0,15	---	---	
Fremdkapital	7,46	8,36	8,14	8,74	7,87	
Rückstellungen	5,72	6,64	6,43	7,10	5,97	
Verbindlichkeiten	1,75	1,72	1,71	1,64	1,90	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	38,85	39,06	42,49	40,40	41,63	
Umsatzerlöse	5,16	5,86	6,17	5,83	6,74	
Übrige Erträge	33,69	33,21	36,32	34,58	34,89	
Gesamtaufwendungen	39,18	38,57	38,89	37,37	37,94	
Personalaufwand	27,23	26,30	25,29	24,39	24,60	
Abschreibungen	0,17	0,17	0,22	0,15	0,14	
Zinsaufwand	0,15	0,00	0,00	0,01	0,02	
Übrige Aufwendungen	11,62	12,10	13,37	12,83	13,18	
EBITDA	-0,11	0,53	3,74	3,14	3,82	
EBT	-0,33	0,50	3,61	3,04	3,70	
Jahresergebnis	-0,33	0,49	3,60	3,03	3,69	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	331	336	334	334	337	
Auszubildende	1	1	---	---	---	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	31,43	32,47	33,92	33,92	33,92	
Zuführungen Land Berlin	6,78	7,08	7,08	7,08	7,08	
Investitionen	0,09	0,10	0,19	0,20	0,10	
Forderungsausfall	---	---	---	---	0,09	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	16	17	18	17	20	
Eigenkapitalquote (%)	60,1	58,3	58,1	47,8	39,6	
Eigenkapitalrentabilität (%)	-2,6	3,9	29,2	34,7	64,7	
Umsatzrentabilität (%)	-6,3	8,6	58,6	52,2	55,0	
Zinslastquote (%)	3,0	0,0	0,0	0,1	0,3	
Personalkostenquote (%)	527,8	449,2	409,8	418,6	364,9	
Spezifische Daten						
Konzerte	Anz.	192	190	200	230	275
davon Eigenveranstaltungen in Berlin	Anz.	140	130	132	123	122
davon Gastspiele außerhalb Berlins	Anz.	52	60	68	107	153
Produktionen	Anz.	23	8	2	5	16
Besucher/innen Eigenveranstaltungen	Tsd.	138	129	131	132	129
Auslastung der Eigenveranstaltungen	%	81,0	79,0	81,0	84,0	82,0



**SBB Sonderabfallgesellschaft
Brandenburg/Berlin mbH**



Großbeerenstraße 231
14480 Potsdam

Telefon: (0331) 27 93 - 0
Telefax: (0331) 27 93 - 20
www: www.sbb-mbh.de
E-Mail: info@sbb-mbh.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation der Entsorgung von Abfällen im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg mit dem Ziel, die Entsorgungssicherheit für Gewerbe und Industrie zu gewährleisten. Dazu ist insbesondere die Vermeidung von gefährlichen Abfällen zu fördern und - soweit dies nicht möglich ist - eine ordnungsgemäße und umweltverträgliche Verwertung oder Beseitigung dieser Abfälle langfristig zu sichern. Das Unternehmen ist die zentrale Einrichtung im Sinne der Landesabfallgesetze der beteiligten Länder. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

1. die Zuweisung der von den Abfallbesitzern ordnungsgemäß angedienten gefährlichen Abfälle in dafür zugelassene und aufnahmebereite Abfallentsorgungsanlagen,
2. die Sicherung ausreichender Entsorgungsmöglichkeiten, vor allem durch den Abschluss von langfristigen Entsorgungsverträgen und wenn es notwendig ist auch durch die Beteiligung, die Errichtung und den Betrieb von eigenen Abfallentsorgungsanlagen,
3. die Sicherstellung und Überprüfung der ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen im Rahmen der übertragenen Befugnisse,
4. die Information und Beratung von Abfallbesitzern und Abfallentsorgungsunternehmen über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von gefährlichen Abfällen,
5. die Mitarbeit an Entsorgungskonzepten,
6. die Wahrnehmung sonstiger durch Rechtsvorschrift der SBB übertragene Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, nämlich
 - 6.1 Aufgaben im Zusammenhang mit Anzeigen und Erlaubnissen für das Sammeln, Befördern, Handeln und Makeln von Abfällen,
 - 6.2 Aufgaben im Zusammenhang mit der Nachweisführung,
 - 6.3 Aufgaben im Zusammenhang mit der Entscheidung über die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen,
 - 6.4 Die Entgegennahme und Bearbeitung von Anzeigen zu gewerblichen und gemeinnützigen Sammlungen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 750.000,00 EUR	davon	Land Berlin	25,00%
		Land Brandenburg	25,00%
		SBB Abfallerzeuger GbR	25,00%
		SBB Entsorgungswirtschaft GmbH	25,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name
Wilkens, Berend

Aufsichtsrat

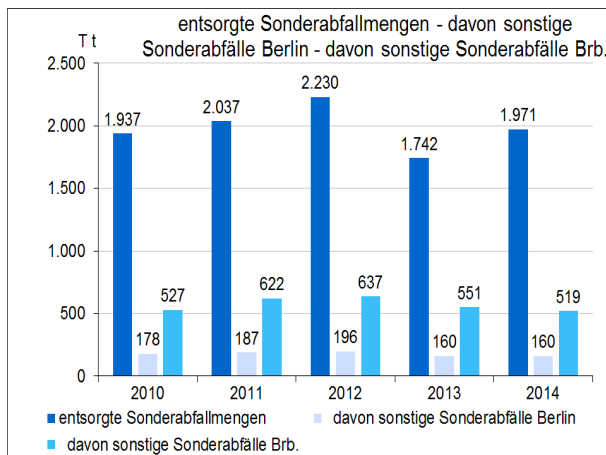
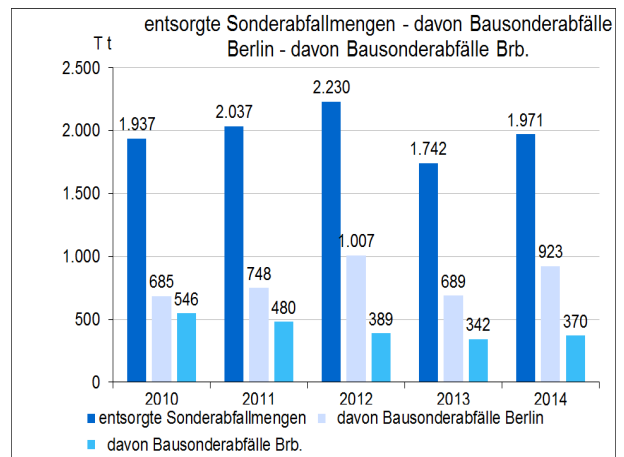
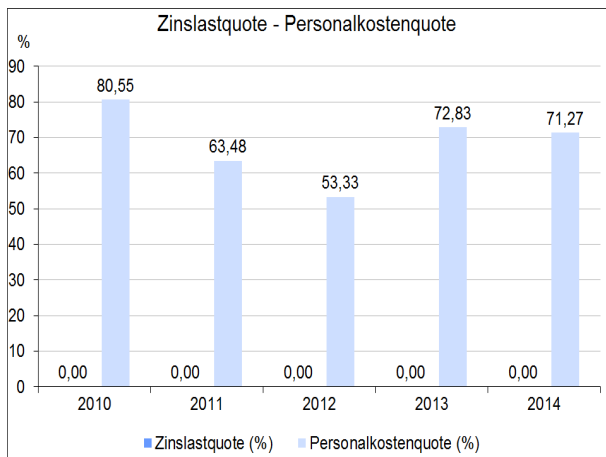
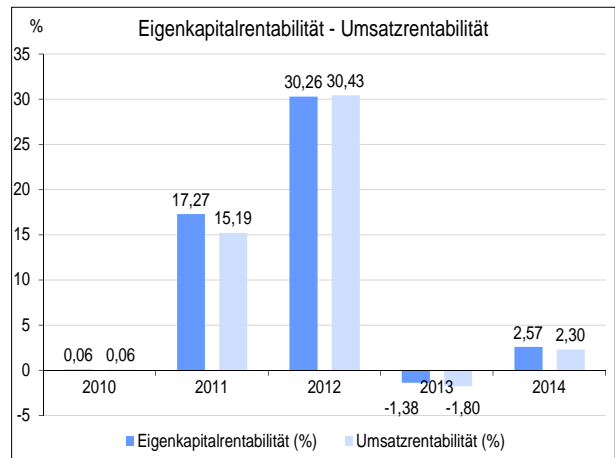
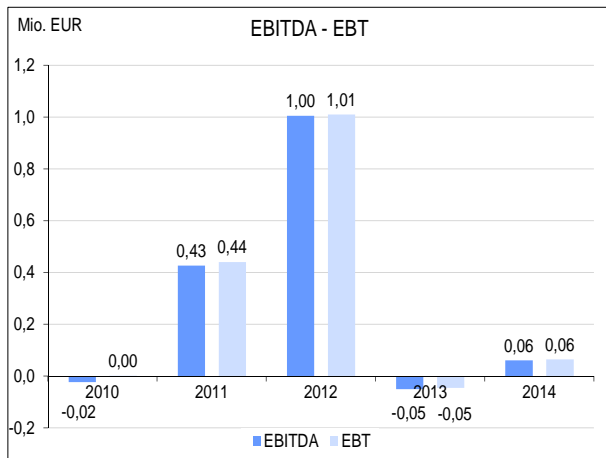
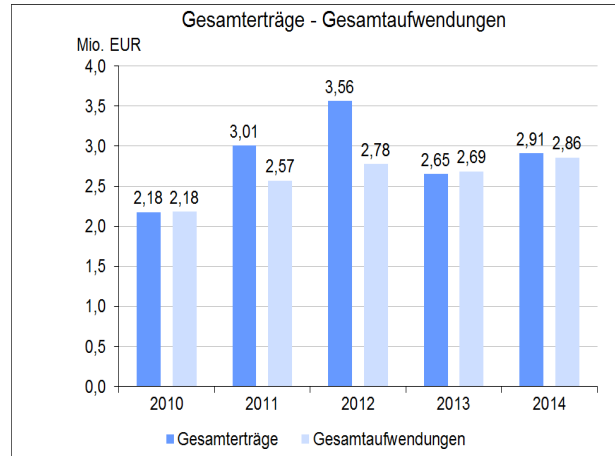
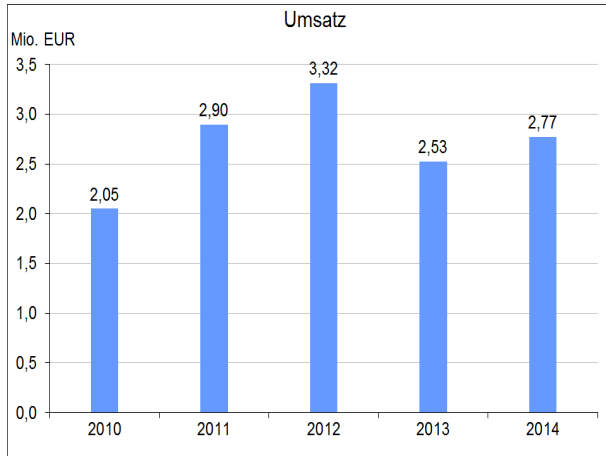
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Lehming, Bernd	Vorsitzender		Vertr. Bln.	2014/2018
Eisermann, Reinhard, Dr.	Stellv. Vorsitzender		Mitges.	2014/2019
Garrels, Manfred			Mitges.	2011/2016
Klingauf, Antje			Vertr. Bln.	2013/2018
Kriegelsteiner, Paul, Dr.			Mitges.	2013/2018
Melloh, Maike			Mitges.	2008/2019
Morgenschweis, Konrad, Dr.			Mitges.	2013/2018
Müntner, Andreas			Mitges.	2014/2019

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/1	1/1	0/2	0/2	0/2

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		3,09	3,79	4,07	3,23	2,49
Anlagevermögen		0,24	0,23	0,22	0,24	0,25
Sachanlagen		0,13	0,15	0,15	0,13	0,11
Finanzanlagen		---	---	---	---	---
Umlaufvermögen		2,80	3,53	3,81	2,96	2,20
Eigenkapital		2,49	3,30	3,33	2,55	2,11
Rücklagen		---	---	---	---	0,16
Sonderposten für Zuschüsse		---	---	---	---	---
Fremdkapital		0,60	0,49	0,73	0,69	0,38
Rückstellungen		0,44	0,38	0,56	0,51	0,28
Verbindlichkeiten		0,16	0,12	0,17	0,18	0,10
Kreditverbindlichkeiten		---	---	---	---	---
GuV						
Gesamterträge		2,91	2,65	3,56	3,01	2,18
Umsatzerlöse		2,77	2,53	3,32	2,90	2,05
Übrige Erträge		0,14	0,12	0,25	0,11	0,13
Gesamtaufwendungen		2,86	2,69	2,78	2,57	2,18
Personalaufwand		1,98	1,84	1,77	1,84	1,65
Abschreibungen		0,10	0,08	0,08	0,07	0,07
Zinsaufwand		---	---	---	---	---
Übrige Aufwendungen		0,79	0,77	0,93	0,66	0,46
EBITDA		0,06	-0,05	1,00	0,43	-0,02
EBT		0,06	-0,05	1,01	0,44	0,00
Jahresergebnis		0,05	-0,04	0,79	0,44	-0,01
Gewinnabführung		0,02	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		32	32	31	30	29
Auszubildende		2	2	2	2	1
Allgemeine Daten						
Zuführungen		---	---	---	---	---
Zuführungen Land Berlin		---	---	---	---	---
Investitionen		0,11	0,09	0,06	0,05	0,05
Forderungsausfall		0,01	0,00	0,00	0,00	0,00
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		86	80	108	96	70
Eigenkapitalquote (%)		80,6	87,0	82,0	78,8	84,6
Eigenkapitalrentabilität (%)		2,6	-1,4	30,3	17,3	0,1
Umsatzrentabilität (%)		2,3	-1,8	30,4	15,2	0,1
Zinslastquote (%)		---	---	---	---	---
Personalkostenquote (%)		71,3	72,8	53,3	63,5	80,6
Spezifische Daten						
Entsorgungsnachweise / Andienungen	Anz.	5.324	5.147	5.118	5.307	4.608
entsorgte Sonderabfallmengen	T t	1.971	1.742	2.230	2.037	1.937
davon Bausonderabfälle Berlin	T t	923	689	1.007	748	685
davon Bausonderabfälle Brb.	T t	370	342	389	480	546
davon sonstige Sonderabfälle Berlin	T t	160	160	196	187	178
davon sonstige Sonderabfälle Brb.	T t	519	551	637	622	527
Begleitscheinaufkommen (Anzahl Entsorgungen)	Tsd.	170	161	163	155	144



**STADT UND LAND Wohnbauten-
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**



Werbellinstraße 12
12053 Berlin

Telefon: (030) 68 92 - 0
Telefax: (030) 68 92 - 60 09
www: www.stadtundland.de
E-Mail: info@stadtundland.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art, insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 165.020.550,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
IHZ GmbH Berlin, Berlin	0,15	100,00%
STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH, Berlin	0,03	100,00%
WoBeGe Wohnbauten und Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Berlin	6,65	100,00%
WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH, Berlin	28,12	100,00%
SIWOGE 1992 Siedlungsplanung und Wohnbauten Gesellschaft mbH, Berlin	1,53	50,00%
SOPHIA Berlin GmbH, Berlin	0,05	50,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Keilholz, Anne	143	01.04. - 31.12.
Malter, Ingo	240	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Landerer, Christoph, Dr.	Vorsitzender	7 Vertr. Bln.	2002/2017
Naujokat, Anja	Stellv. Vorsitzende	--- Vertr. Bln.	2015/2017
Buschkowsky, Heinz, Bezirksbürgermeister		5 Vertr. Bln.	2002/2017
Freudenberger, Sylvia		4 Vertr. Bln.	2007/2017
Jost, Andrea		3 Vertr. Bln.	2012/2017
Kloß, Andreas		4 Vertr. Bln.	2012/2017
Mühlberg, Philipp		--- Vertr. Bln.	2015/2017
Ulrich, Torsten		4 Vertr. Bln.	2007/2017
Waegner, Ariane, Prof. Dipl. Ing.		4 Vertr. Bln.	2010/2017

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	4/5	4/5	4/5	4/5	5/4

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 845

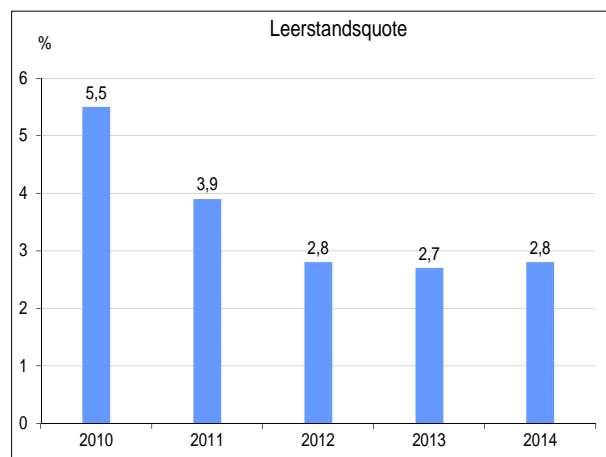
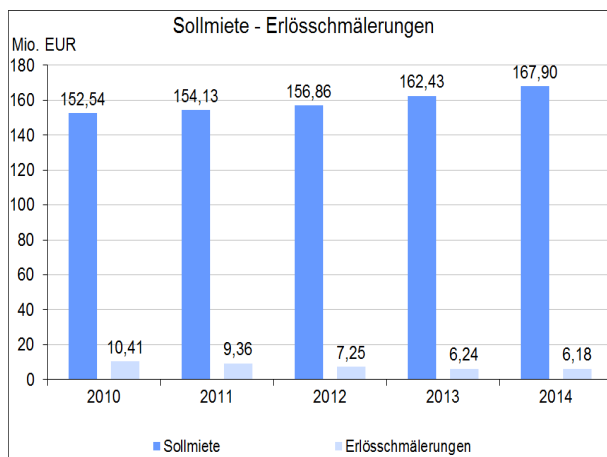
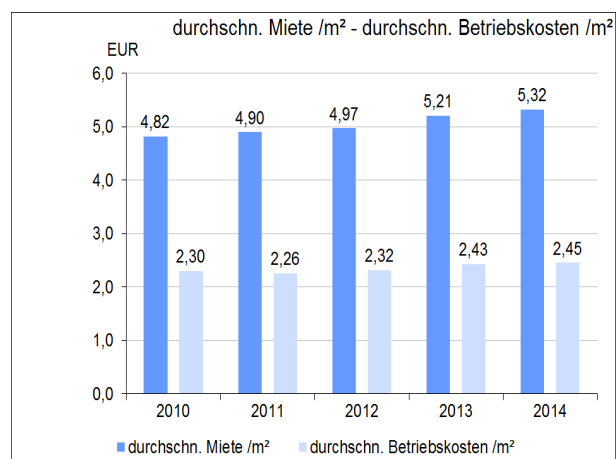
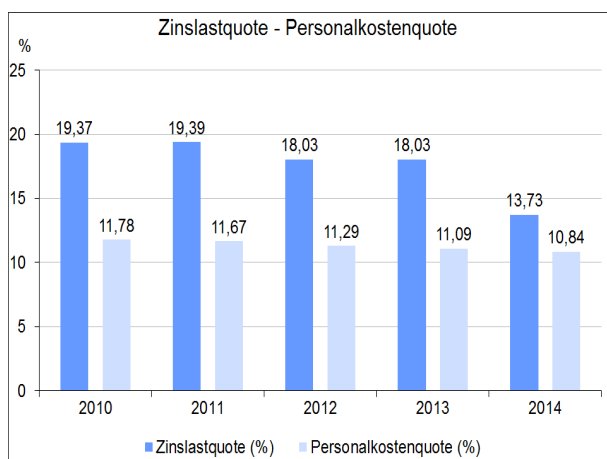
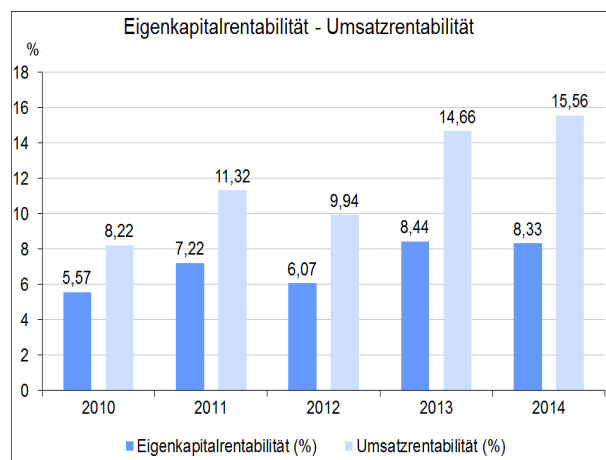
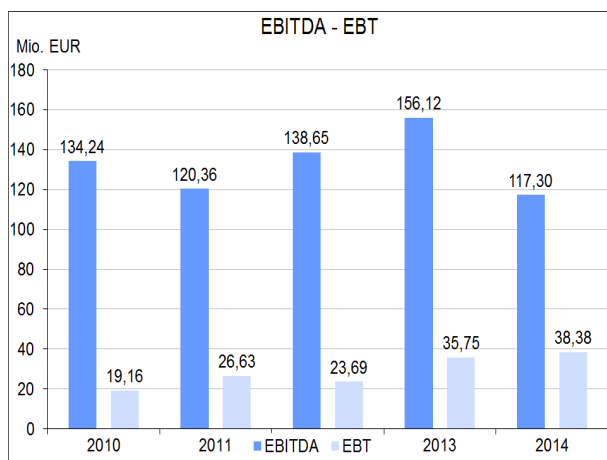
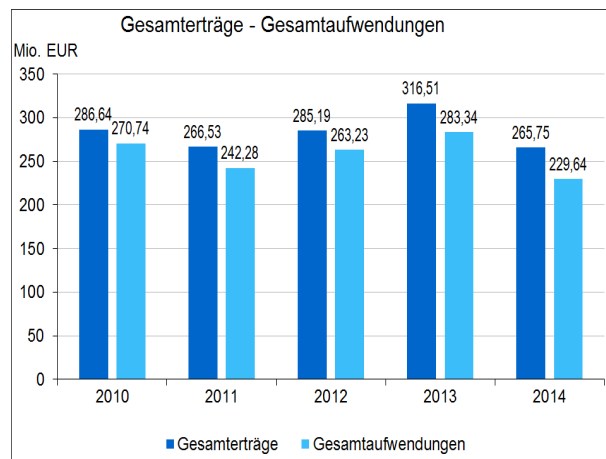
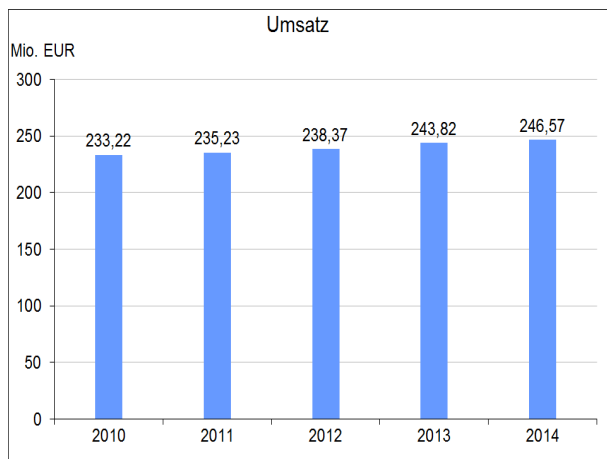
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Außerdem hält die Gesellschaft im Zusammenhang mit einem Bauvorhaben eine Beteiligung an einer Fondsgesellschaft in der Rechtsform der Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1.778,77	1.640,42	1.678,79	1.722,03	1.743,47	
Anlagevermögen	1.636,91	1.494,21	1.539,93	1.599,52	1.617,36	
Sachanlagen	1.601,28	1.450,95	1.486,40	1.540,32	1.552,93	
Finanzanlagen	34,22	41,19	50,77	56,48	61,58	
Umlaufvermögen	140,32	144,33	136,83	119,58	122,47	
Eigenkapital	460,62	423,78	390,62	368,66	344,29	
Rücklagen	277,11	234,11	167,13	181,98	165,49	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1.318,15	1.216,63	1.288,16	1.353,37	1.399,18	
Rückstellungen	42,80	52,78	75,98	97,55	101,87	
Verbindlichkeiten	1.275,35	1.163,85	1.212,18	1.255,81	1.297,31	
Kreditverbindlichkeiten	1.186,06	1.077,89	1.130,34	1.172,68	1.220,54	
GuV						
Gesamterträge	265,75	316,51	285,19	266,53	286,64	
Umsatzerlöse	246,57	243,82	238,37	235,23	233,22	
Übrige Erträge	19,17	72,69	46,82	31,30	53,42	
Gesamtaufwendungen	229,64	283,34	263,23	242,28	270,74	
Personalaufwand	26,73	27,05	26,92	27,44	27,48	
Abschreibungen	45,40	76,84	72,56	48,88	71,86	
Zinsaufwand	33,87	43,95	42,97	45,62	45,18	
Übrige Aufwendungen	123,65	135,51	120,78	120,34	126,23	
EBITDA	117,30	156,12	138,65	120,36	134,24	
EBT	38,38	35,75	23,69	26,63	19,16	
Jahresergebnis	36,11	33,16	21,96	24,25	15,89	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	516	528	536	547	550	
Auszubildende	32	31	28	26	27	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	9,18	12,24	16,11	17,65	23,20	
Zuführungen Land Berlin	9,18	12,24	16,11	17,65	23,20	
Investitionen	193,43	27,21	15,34	38,80	15,86	
Forderungsausfall	0,80	0,74	0,80	0,90	0,83	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	478	461	445	430	424	
Eigenkapitalquote (%)	25,9	25,8	23,3	21,4	19,7	
Eigenkapitalrentabilität (%)	8,3	8,4	6,1	7,2	5,6	
Umsatzrentabilität (%)	15,6	14,7	9,9	11,3	8,2	
Zinslastquote (%)	13,7	18,0	18,0	19,4	19,4	
Personalkostenquote (%)	10,8	11,1	11,3	11,7	11,8	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	---	---	
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	---	---	
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	
verwaltete Wohnungen	Anz.	46.078	44.803	44.626	44.642	43.664
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	40.452	39.370	39.431	39.389	39.634
durchschn. Miete /m ²	€	5,32	5,21	4,97	4,90	4,82
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,45	2,43	2,32	2,26	2,30
Leerstandsquote	%	2,8	2,7	2,8	3,9	5,5
Sollmiete	Mio. €	167,90	162,43	156,86	154,13	152,54
Erlösschmälerungen	Mio. €	6,18	6,24	7,25	9,36	10,41
Ist-Miete	Mio. €	161,72	156,19	149,61	144,77	142,14



Columbiadamm 10, D2
12101 Berlin

Telefon: (030) 20 00 37 400
Telefax: (030) 20 00 37 499
www: www.tempelhoferfreiheit.de
E-Mail: info@tempelhof-projekt.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Entwicklungsaufgaben zur Nachnutzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof und die Koordination und Steuerung der Nutzung des Flughafengebäudes.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 25.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Lippmann, Holger <i>Ausgeschieden:</i> Steindorf, Gerhard W.	---	---
	176	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Geisel, Andreas, Senator	Vorsitzender	---	Vertr. Bln. 2015/2016
Feiler, Klaus, Staatssekretär	Stellv. Vorsitzender	1	Vertr. Bln. 2013/2016
Böhning, Björn, Chef der Senatskanzlei		0	Vertr. Bln. 2012/2016
Fugmann-Heesing, Annette, Dr.		0	Vertr. Bln. 2014/2016
Lissau, Uwe		2	Vertr. Bln. 2011/2016
Yzer, Cornelia, Senatorin		1	Vertr. Bln. 2013/2016

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	2/4	1/4	1/5	0/5	3/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 878

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Der Gesellschaftsvertrag wird im Hinblick auf die nach dem Volksentscheid von 2014 nicht mehr notwendige Entwicklung der Freiflächen, die im Vertrag noch als Gegenstand des Unternehmens aufgeführt wird, geändert.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	
Bilanzsumme	0,94	0,75	0,68	0,41	
Anlagevermögen	0,07	0,09	0,06	0,02	
Sachanlagen	0,06	0,08	0,05	0,02	
Finanzanlagen	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	0,86	0,66	0,62	0,39	
Eigenkapital	0,71	0,52	0,34	0,10	
Rücklagen	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	
Fremdkapital	0,23	0,23	0,34	0,31	
Rückstellungen	0,14	0,12	0,26	0,20	
Verbindlichkeiten	0,09	0,11	0,08	0,11	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	
GuV					
Gesamterträge	3,06	2,93	2,73	2,03	
Umsatzerlöse	---	---	---	---	
Übrige Erträge	3,06	2,93	2,73	2,03	
Gesamtaufwendungen	2,86	2,75	2,49	1,95	
Personalaufwand	2,17	2,06	1,92	1,47	
Abschreibungen	0,03	0,05	0,01	0,01	
Zinsaufwand	---	---	---	---	
Übrige Aufwendungen	0,66	0,65	0,55	0,48	
EBITDA	0,31	0,31	0,36	0,12	
EBT	0,28	0,25	0,35	0,11	
Jahresergebnis	0,20	0,18	0,24	0,07	
Gewinnabführung	---	---	---	---	
Beschäftigte	35	34	31	25	
Auszubildende	---	---	---	---	
Allgemeine Daten					
Zuführungen	2,98	2,87	2,68	2,02	
Zuführungen Land Berlin	2,98	2,87	2,68	2,02	
Investitionen	0,01	0,08	0,05	0,03	
Forderungsausfall	---	---	---	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	---	---	---	---	
Eigenkapitalquote (%)	76,0	69,0	49,9	24,2	
Eigenkapitalrentabilität (%)	39,9	48,9	101,6	108,2	
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---	---	
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	
Spezifische Daten					
Gesamtfläche Gebäude inkl. Vorfeld	Tsd. m ²	310	310	305	310
davon Vermietung Büro-, Gewerbe-, Lagerflächen	Tsd. m ²	77	72	68	68
davon Vermietung Veranstaltungsflächen	Tsd. m ²	70	70	70	70
davon Leerstand	Tsd. m ²	60	65	67	67

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH



Hardenbergplatz 2
10623 Berlin

Telefon: (030) 25 414 - 100
Telefax: (030) 25 414 - 112
www: www.VBB.de
E-Mail: info@VBB.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 324.000,00 EUR	davon	Land Berlin	33,33%
		Land Brandenburg	33,33%
		Landeshauptstadt Potsdam	1,85%
		Landkreis Barnim	1,85%
		Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%
		Landkreis Elbe-Elster	1,85%
		Landkreis Havelland	1,85%
		Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%
		Landkreis Oberhavel	1,85%
		Landkreis Oberspreewald- Lausitz	1,85%
		Landkreis Oder-Spree	1,85%
		Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%
		Landkreis Potsdam- Mittelmark	1,85%
		Landkreis Prignitz	1,85%
		Landkreis Spree-Neiße	1,85%
		Landkreis Teltow-Fläming	1,85%
		Landkreis Uckermark	1,85%
		Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%
		Stadt Cottbus	1,85%
		Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
keine		

Geschäftsführung

Name
Henckel, Susanne

Aufsichtsrat

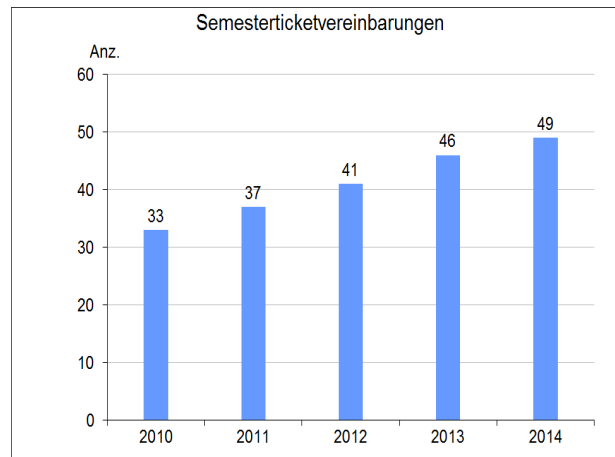
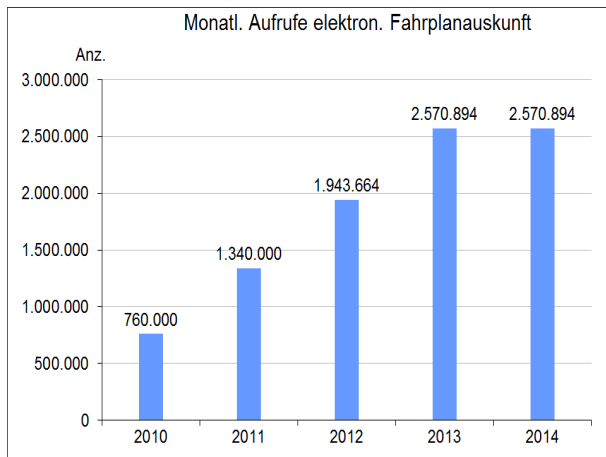
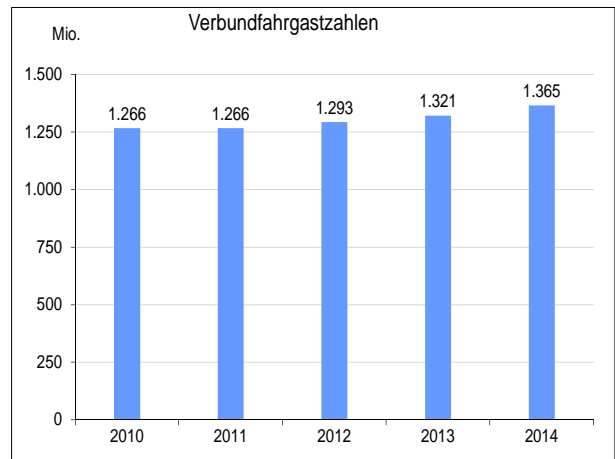
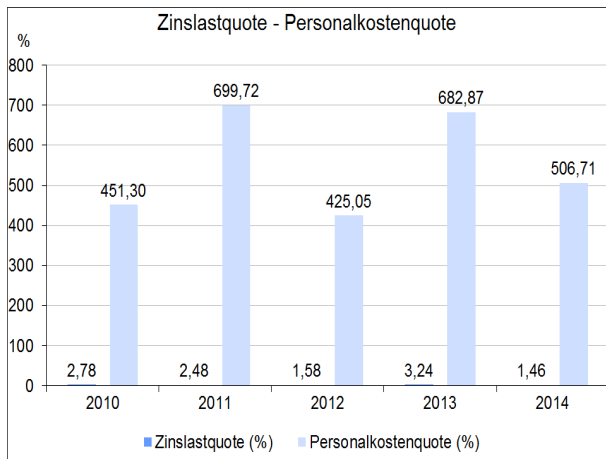
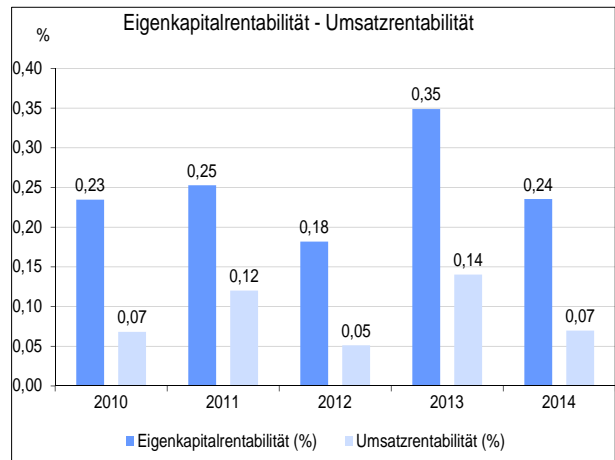
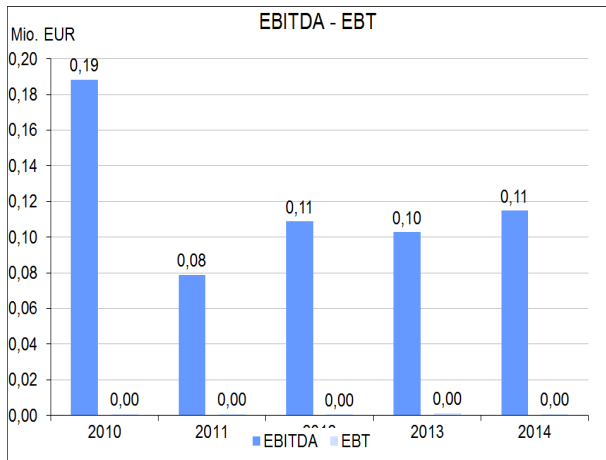
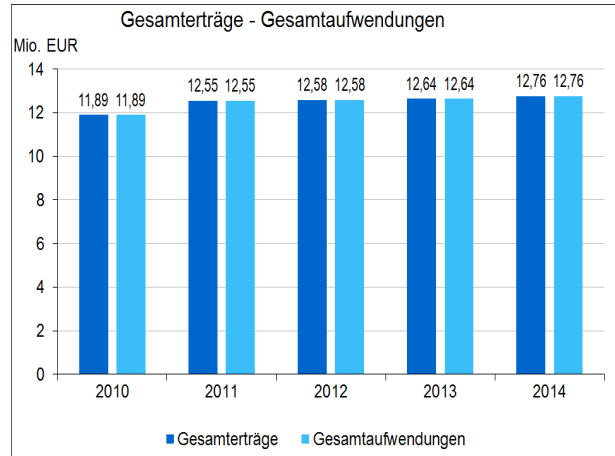
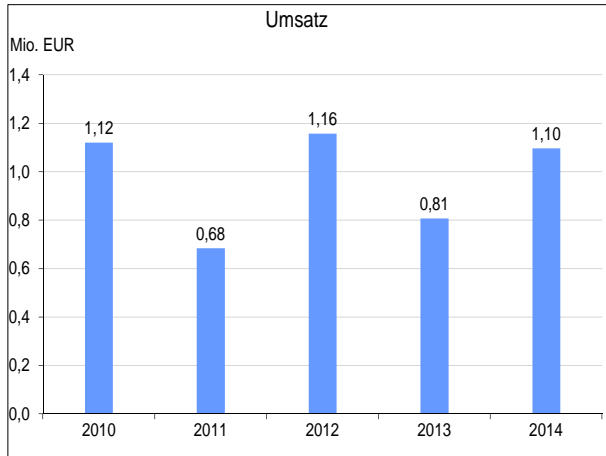
Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Gaebler, Christian, Staatssekretär	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2014/2016
Lange, Katrin, Staatssekretärin	1. Stellv. Vorsitzende		Mitges. 2014/2016
Zalenga, Manfred, Landrat	2. Stellv. Vorsitzender		Mitges. 2013/2016
Billing, Carsten			Mitges. 2010/2016
Bockhardt, Carsten			Mitges. 2002/2016
Brandenburg, Bernd			Mitges. 2011/2016
Derling, Markus			Mitges. 2010/2016
Exner, Burkhard, Bürgermeister			Mitges. 2002/2016
Heinrich-Jaschinski, Christian; Landrat			Mitges. 2012/2016
Keseberg, Rudolf			Mitges. 2010/2016
Klug, Grit			Mitges. 2010/2016
Künzel, Joachim			Vertr. Bln. 2003/2016
Lademann, Holger			Mitges. 2012/2016
Landgraf, Stephanie			Vertr. Bln. 2013/2016
Loge, Stephan, Landrat			Mitges. 2008/2016
Michael, Hans-Werner			Mitges. 2000/2016
Reinhardt, Ralf, Landrat			Mitges. 2010/2016
Richter, Heike, Dr.			Mitges. 2010/2016
Scheller, Steffen, Bürgermeister			Mitges. 2005/2016
Schimko, Edelgard			Mitges. 2012/2016
Schmidt, Gernot, Landrat			Mitges. 2006/2016
Schröder, Burkhard, Dr., Landrat			Mitges. 1995/2016
Schulz, Günter			Vertr. Bln. 1994/2016
Stein, Christian			Mitges. 2007/2016
Tzschoppe, Marietta, Bürgermeisterin			Mitges. 2013/2016
Weskamp, Ludger, Landrat			Mitges. 2015/2016

Auf eine Veröffentlichung der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder für ihre Tätigkeit wird verzichtet, da die Zustimmungserklärungen zur Offenlegung nicht vollständig vorliegen.

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	1/3	1/3	0/4	0/4	1/3

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	4,55	4,29	5,41	5,36	5,23	
Anlagevermögen	0,42	0,49	0,40	0,39	0,37	
Sachanlagen	0,37	0,44	0,35	0,36	0,37	
Finanzanlagen	---	---	---	---	---	
Umlaufvermögen	4,05	3,73	4,94	4,91	4,81	
Eigenkapital	0,32	0,32	0,32	0,32	0,32	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	0,41	0,48	0,39	0,37	0,36	
Fremdkapital	3,81	3,45	4,70	4,66	4,54	
Rückstellungen	1,29	1,14	1,07	1,28	1,54	
Verbindlichkeiten	2,52	2,32	3,63	3,38	3,00	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	12,76	12,64	12,58	12,55	11,89	
Umsatzerlöse	1,10	0,81	1,16	0,68	1,12	
Übrige Erträge	11,67	11,83	11,42	11,86	10,77	
Gesamtaufwendungen	12,76	12,64	12,58	12,55	11,89	
Personalaufwand	5,56	5,51	4,92	4,78	5,05	
Abschreibungen	0,12	0,12	0,15	0,14	0,20	
Zinsaufwand	0,02	0,03	0,02	0,02	0,03	
Übrige Aufwendungen	7,07	6,99	7,49	7,60	6,61	
EBITDA	0,11	0,10	0,11	0,08	0,19	
EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Jahresergebnis	---	---	---	---	---	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	99	101	94	93	97	
Auszubildende	6	7	8	6	7	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	9,16	8,84	8,47	8,40	8,26	
Zuführungen Land Berlin	3,79	3,90	3,70	3,45	3,52	
Investitionen	0,05	0,22	0,16	0,16	0,20	
Forderungsausfall	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	11	8	12	7	12	
Eigenkapitalquote (%)	7,1	7,6	6,0	6,0	6,2	
Eigenkapitalrentabilität (%)	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2	
Umsatzrentabilität (%)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Zinslastquote (%)	1,5	3,2	1,6	2,5	2,8	
Personalkostenquote (%)	506,7	682,9	425,1	699,7	451,3	
Spezifische Daten						
kooperierende Verkehrsunternehmen	Anz.	42	40	41	41	41
Semesterticketvereinbarungen	Anz.	49	46	41	37	33
Semestertickets (ca.)	Anz.	200.650	194.324	181.008	170.403	162.731
Monatl. Aufrufe elektron. Fahrplanauskunft	Mio.	2,57	2,57	1,94	1,34	0,76
Verbundfahrgastzahlen	Mio.	1.365	1.321	1.293	1.266	1.266



Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH



Aroser Allee 72-76
13407 Berlin

Telefon: (030) 130 11 1003
Telefax: (030) 130 11 1004
www: www.vivantes.de
E-Mail: info@vivantes.de

Gegenstand des Unternehmens

Das Betreiben von Krankenhäusern, die Sicherstellung, dass der im jeweiligen Krankenhausplan des Landes Berlin der Gesellschaft auferlegte und festgelegte Versorgungsauftrag erfüllt wird, sowie die Übernahme von weiteren gesundheitsbezogenen und sozialen Aufgaben. Dies umfasst auch, Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen zu gründen, zu erwerben, zu pachten und sich an diesen zu beteiligen sowie Zweigniederlassungen zu errichten.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

Nominalkapital 55.000.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH, Berlin	0,03	100,00%
VivaClean Nord GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes - Forum für Senioren GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes - MVZ GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Ambulantes Schulterzentrum GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Hospiz gGmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes International GmbH i. L., Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Komfortklinik GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Service GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Therapeutische Dienste GmbH, Berlin	0,03	100,00%
Vivantes Rehabilitation GmbH, Berlin	0,03	70,00%
VivaClean Süd GmbH, Berlin	0,03	51,00%
Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH, Berlin	0,10	50,00%
Labor Berlin - Charité Vivantes Service GmbH, Berlin	0,03	50,00%
Michels Klinik Service GmbH, Berlin	0,03	24,50%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Grebe, Andrea, Dr.	415	ganzjährig
Krahmer, Eibo, Dr.	---	---
<i>Ausgeschieden:</i>		
Friese, Christian, Dr.	329	ganzjährig
Kahnes, Bernd	54	01.01. - 17.03.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit					
Zühlsdorff, Peter	Vorsitzender	12	Vertr. Bln.	2013/2016				
Stumpfenhusen, Susanne	Stellv. Vorsitzende	7	AN	2000/2017				
Albers, Karin		5	Vertr. Bln.	2012/2016				
Ammirabile, Giovanni		6	AN	2000/2017				
Brost, Christian		5	AN	2012/2017				
Burger, Axel		6	AN	2009/2017				
Czaja, Mario, Senator		5	Vertr. Bln.	2011/2016				
Gernhardt, Volker		5	AN	2007/2017				
Gothe, Petra		6	Vertr. Bln.	2012/2016				
Jung, Peter		11	Vertr. Bln.	2010/2016				
Kollatz-Ahnen, Matthias, Dr., Senator		---	Vertr. Bln.	2015/2016				
Müller-Dannecker, Eva, Dr.		6	AN	2002/2017				
Nolte, Gunther		5	AN	2012/2017				
Pohle, Dagmar		6	Vertr. Bln.	2002/2016				
Sonnenmoser, Karin		11	Vertr. Bln.	2014/2016				
Werner, Thomas, Dr.		6	AN	2012/2017				
		2015	2014	2013	2012	2011		
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder		4/4	4/4	3/5	2/5	3/4		

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 897

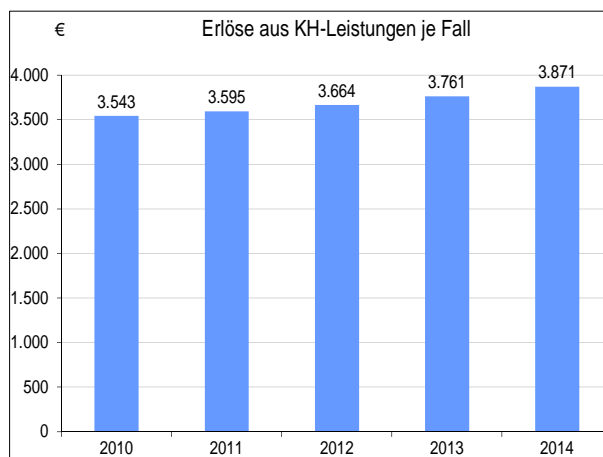
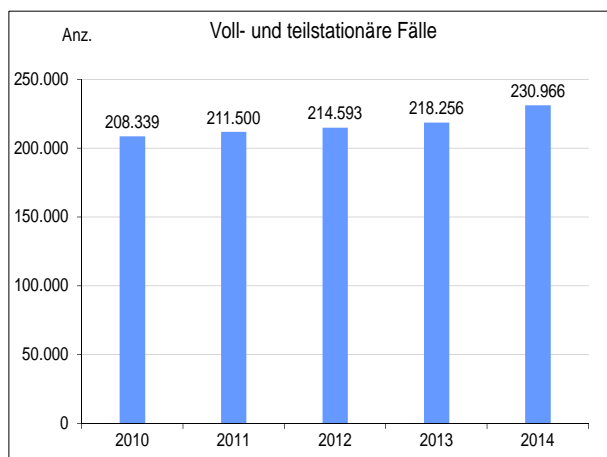
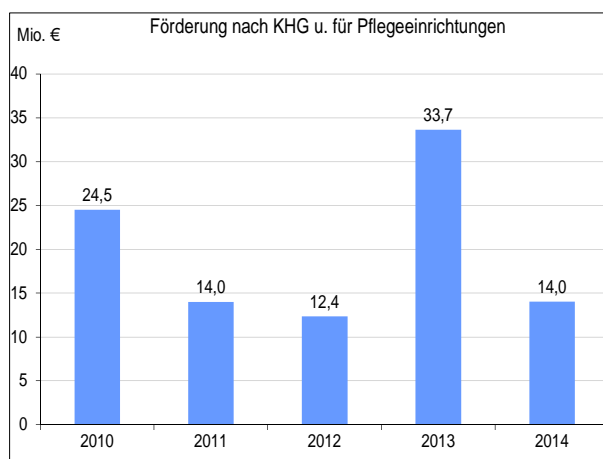
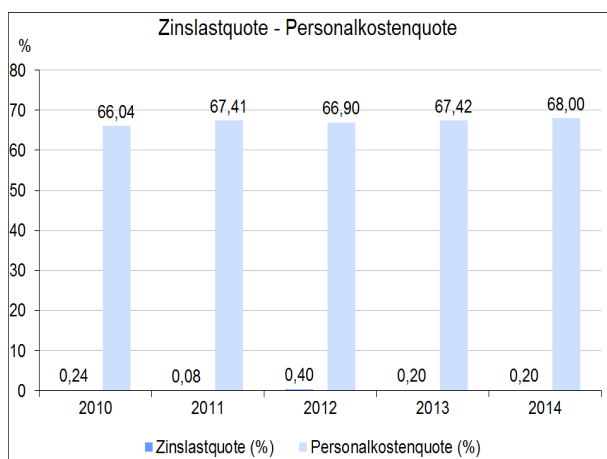
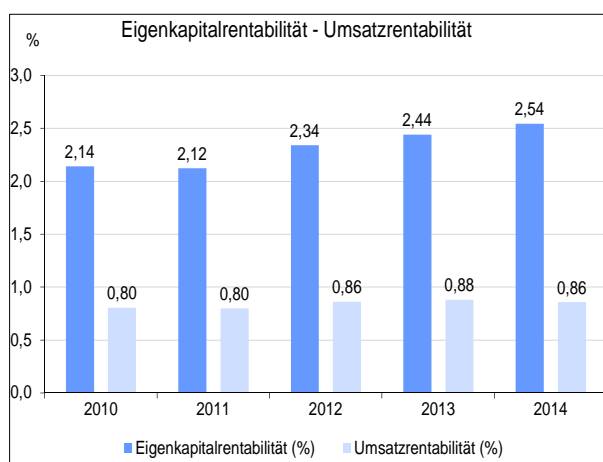
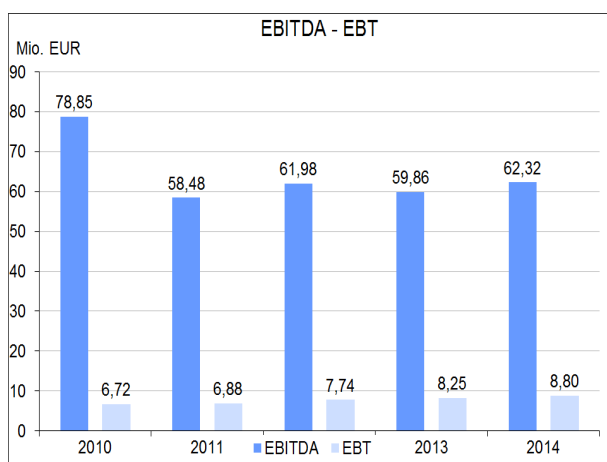
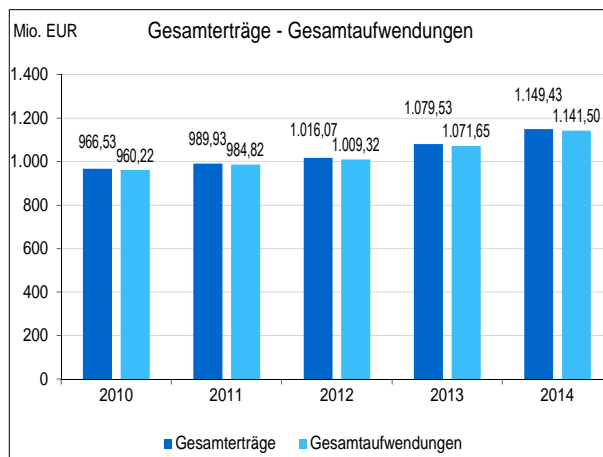
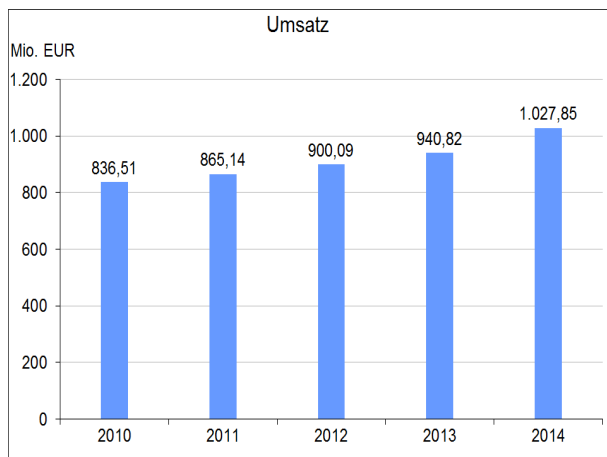
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

In die Beschäftigtenzahl flossen die Auszubildenden modifiziert gemäß krankenhausspezifischem Schlüssel ein.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1.020,20	1.001,56	942,16	951,67	954,62	
Anlagevermögen	716,65	717,61	701,34	724,00	750,86	
Sachanlagen	708,07	708,78	693,85	717,87	746,11	
Finanzanlagen	2,67	2,85	2,21	1,52	0,15	
Umlaufvermögen	296,60	277,32	237,06	227,08	203,05	
Eigenkapital	345,86	338,41	330,85	324,50	314,07	
Rücklagen	475,04	475,04	475,04	475,04	470,04	
Sonderposten für Zuschüsse	411,29	422,30	428,71	443,42	457,83	
Fremdkapital	262,25	240,07	181,83	182,77	181,43	
Rückstellungen	95,64	95,45	84,37	94,76	90,14	
Verbindlichkeiten	166,61	144,62	97,46	88,01	91,28	
Kreditverbindlichkeiten	38,74	15,77	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	1.149,43	1.079,53	1.016,07	989,93	966,53	
Umsatzerlöse	1.027,85	940,82	900,09	865,14	836,51	
Übrige Erträge	121,58	138,71	115,98	124,80	130,02	
Gesamtaufwendungen	1.141,50	1.071,65	1.009,32	984,82	960,22	
Personalaufwand	698,99	634,34	602,14	583,15	552,47	
Abschreibungen	52,31	50,50	52,68	53,28	70,89	
Zinsaufwand	2,07	1,93	3,61	0,71	2,01	
Übrige Aufwendungen	388,13	384,88	350,89	347,68	334,85	
EBITDA	62,32	59,86	61,98	58,48	78,85	
EBT	8,80	8,25	7,74	6,88	6,72	
Jahresergebnis	7,93	7,88	6,75	5,11	6,31	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte						
Beschäftigte	11.279	11.021	10.712	10.462	10.078	
Auszubildende	804	781	789	781	754	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	16,49	36,07	14,35	17,41	26,04	
Zuführungen Land Berlin	16,21	35,81	14,25	16,99	25,27	
Investitionen	55,98	68,18	35,84	38,43	56,63	
Forderungsausfall	7,71	5,72	4,39	4,31	6,09	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	91	85	84	83	83	
Eigenkapitalquote (%)	33,9	33,8	35,1	34,1	32,9	
Eigenkapitalrentabilität (%)	2,5	2,4	2,3	2,1	2,1	
Umsatzrentabilität (%)	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	
Zinslastquote (%)	0,2	0,2	0,4	0,1	0,2	
Personalkostenquote (%)	68,0	67,4	66,9	67,4	66,0	
Spezifische Daten						
Personalaufwand (KH-Bereich ohne Pflege)	Mio. €	614,69	552,10	525,81	512,82	493,67
Personalaufwand (KH-Bereich ohne Pflege) je Fall	€	2.661	2.530	2.450	2.425	2.370
Förderung nach KHG u. für Pflegeeinrichtungen	Mio. €	14,03	33,65	12,35	13,99	24,49
Erlöse aus KH-Leistungen je Fall	€	3.871	3.761	3.664	3.595	3.543
Voll- und teilstationäre Fälle	Anz.	230.966	218.256	214.593	211.500	208.339
Behandlungstage	Tsd.	1.747	1.707	1.682	1.674	1.641
durchschnittl. Verweildauer vollstat. Bereich	Tage	7,4	7,6	7,6	7,7	7,7



WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung



Dircksenstraße 38
10178 Berlin

Telefon: (030) 24 71 - 30
Telefax: (030) 24 71 - 4100
www: www.wbm.de
E-Mail: info@wbm.de

Gegenstand des Unternehmens

Betreiben von Immobiliengeschäften jedweder Art, insbesondere die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen, die nach Größe, Ausstattung und Preis für breite Schichten der Bevölkerung geeignet sind, mit dem Ziel einer ausreichenden Wohnungsversorgung aller Bevölkerungsschichten (u.a.).

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

Nominalkapital 6.724.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
B.A.A.M. Berlin-Anlagen-Agentur Mitte GmbH, Berlin	0,05	100,00%
WBF Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain mbH, Berlin	7,10	100,00%
WBMI Real Estate GmbH, Berlin	17,00	60,84%
BBcom Berlin-Brandenburgische Kommunikationsgesellschaft mbH, Berlin	0,05	25,00%
Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH BEWOG, Berlin	48,98	6,00%
Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt- Marketing mbH, Berlin	1,24	0,41%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Ernst, Lars	256	ganzjährig
Geib, Christina	---	---
<i>Ausgeschieden:</i>		
Schmack, Uwe	284	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
N.N.	Vorsitzender		Vertr. Bln. 2014/ --
Sudhof, Margaretha, Dr., Staatssekretärin	Stellv. Vorsitzende	5	Vertr. Bln. 2012/2017
Braatz, Sigrid		3	Vertr. Bln. 2006/2017
Heid, Peter		6	Vertr. Bln. 2005/2017
Hein, Jens Peter		4	Vertr. Bln. 2012/2017
König, Dorette		3	Vertr. Bln. 2007/2017
Lüscher, Regula, Senatsbaudirektorin		3	Vertr. Bln. 2012/2017
Röseler, Christiane		4	Vertr. Bln. 2006/2017
Stubbe, Peter		---	Vertr. Bln. 2015/2017

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	5/3	6/2	6/3	6/3	5/3

Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 940

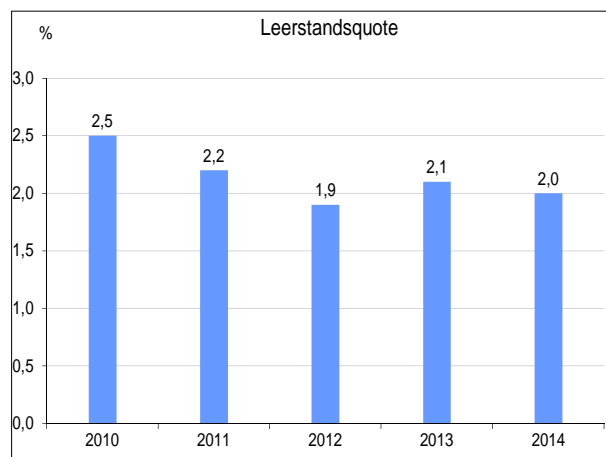
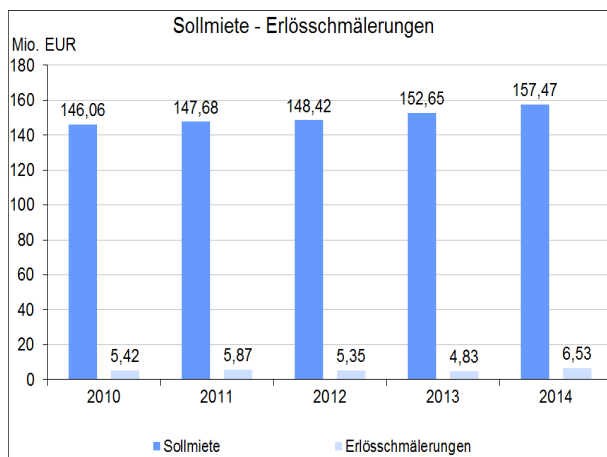
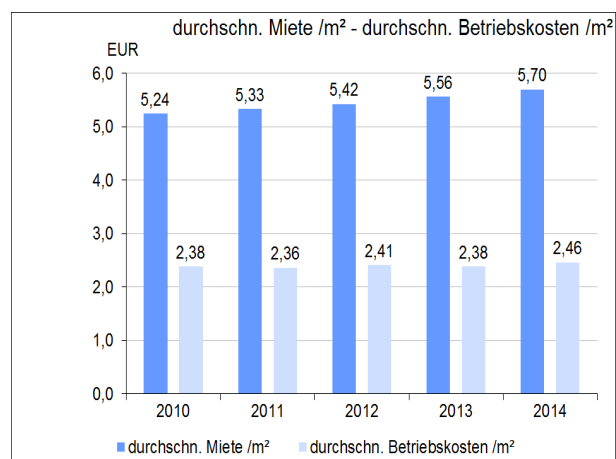
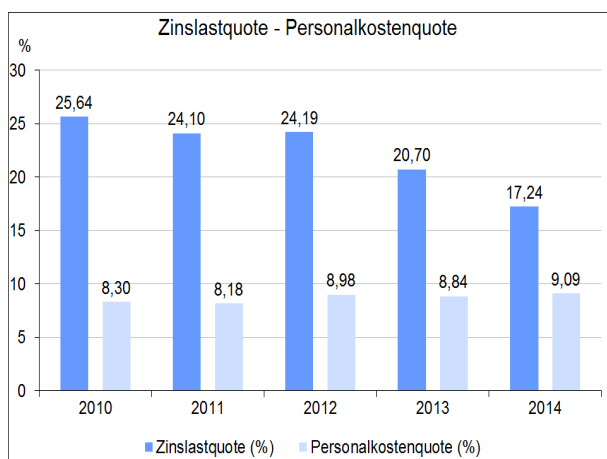
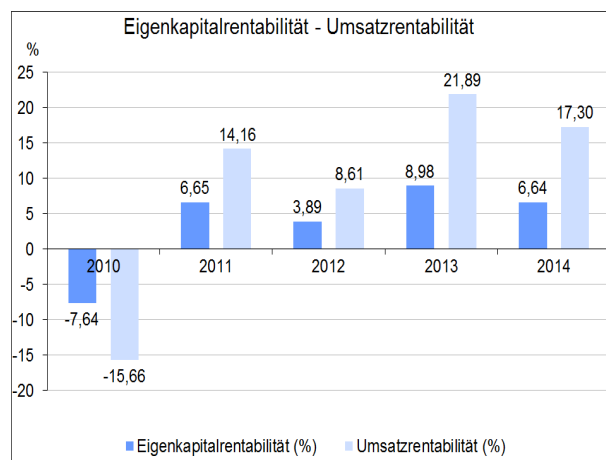
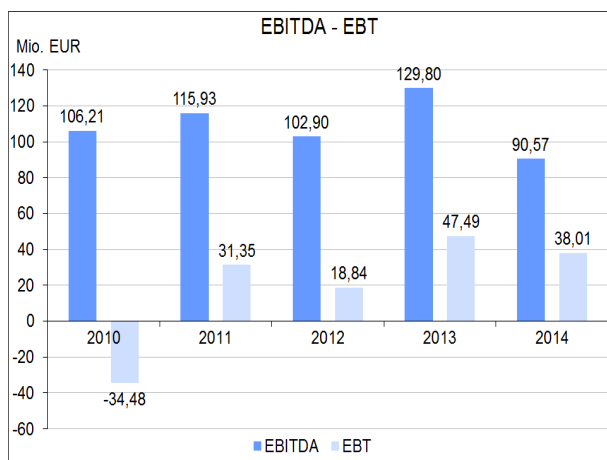
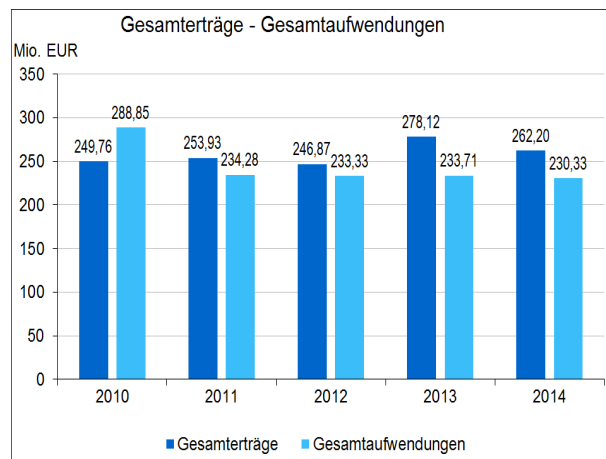
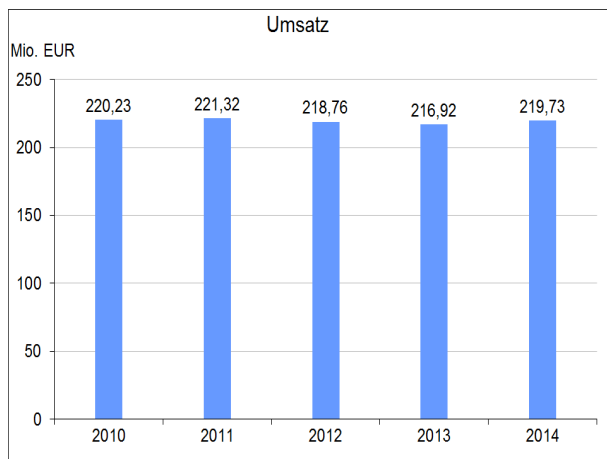
Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Wirtschaftsdaten sind Konzernangaben.

Die an 100% fehlenden Anteile der WBM an der WBMI Real Estate GmbH und der BEWOGGE werden von anderen Töchtern gehalten.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	1.665,71	1.613,30	1.681,39	1.743,42	1.768,30	
Anlagevermögen	1.469,36	1.435,74	1.502,59	1.567,84	1.569,22	
Sachanlagen	1.466,91	1.432,72	1.407,55	1.422,10	1.438,32	
Finanzanlagen	2,33	2,84	94,77	145,49	130,72	
Umlaufvermögen	149,64	130,11	131,39	124,89	140,22	
Eigenkapital	572,35	529,13	484,73	471,19	451,55	
Rücklagen	367,75	356,40	424,47	424,47	424,47	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	1.072,25	1.062,30	1.174,04	1.248,87	1.287,61	
Rückstellungen	51,07	50,94	54,47	58,86	67,79	
Verbindlichkeiten	1.021,18	1.011,36	1.119,57	1.190,01	1.219,81	
Kreditverbindlichkeiten	922,16	909,82	1.022,33	1.093,87	1.125,80	
GuV						
Gesamterträge	262,20	278,12	246,87	253,93	249,76	
Umsatzerlöse	219,73	216,92	218,76	221,32	220,23	
Übrige Erträge	42,47	61,19	28,11	32,61	29,53	
Gesamtaufwendungen	230,33	233,71	233,33	234,28	288,85	
Personalaufwand	19,97	19,18	19,65	18,10	18,28	
Abschreibungen	32,76	40,03	31,87	31,67	31,63	
Zinsaufwand	37,87	44,90	52,93	53,33	56,46	
Übrige Aufwendungen	139,73	129,60	128,89	131,18	182,48	
EBITDA	90,57	129,80	102,90	115,93	106,21	
EBT	38,01	47,49	18,84	31,35	-34,48	
Jahresergebnis	31,87	44,40	13,54	19,65	-39,09	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	339	344	345	337	345	
Auszubildende	17	16	13	11	9	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	3,05	3,53	4,05	4,85	6,09	
Zuführungen Land Berlin	3,05	3,53	4,05	4,85	6,09	
Investitionen	60,91	46,40	5,97	12,27	8,57	
Forderungsausfall	0,18	1,34	0,55	0,38	1,76	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	647	630	633	657	638	
Eigenkapitalquote (%)	34,4	32,8	28,8	27,0	25,5	
Eigenkapitalrentabilität (%)	6,6	9,0	3,9	6,7	-7,6	
Umsatzrentabilität (%)	17,3	21,9	8,6	14,2	-15,7	
Zinslastquote (%)	17,2	20,7	24,2	24,1	25,6	
Personalkostenquote (%)	9,1	8,8	9,0	8,2	8,3	
Spezifische Daten						
Stadterneuerungsposten	Mio. €	---	---	---	4,95	
Stadterneuerungsmittel	Mio. €	---	---	---	5,05	
nicht passivierte Aufwendungsdarlehen	Mio. €	---	---	---	---	
verwaltete Wohnungen	Anz.	33.082	33.178	32.939	33.087	33.365
Eigenbestand Wohnungen	Anz.	28.027	27.942	27.636	27.760	28.038
durchschn. Miete /m ²	€	5,70	5,56	5,42	5,33	5,24
durchschn. Betriebskosten /m ²	€	2,46	2,38	2,41	2,36	2,38
Leerstandsquote	%	2,0	2,1	1,9	2,2	2,5
Sollmiete	Mio. €	157,47	152,65	148,42	147,68	146,06
Erlösschmälerungen	Mio. €	6,53	4,83	5,35	5,87	5,42
Ist-Miete	Mio. €	150,94	147,81	143,07	141,81	140,64



Reichpietschufer 50
10785 Berlin

Telefon: (030) 25 49 1 - 0
Telefax: (030) 25 49 1 - 684
www: www.wzb.eu
E-Mail: wzb@wzb.eu

Gegenstand des Unternehmens

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung ist eine Trägerorganisation für problemorientierte sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung. Es betreibt wissenschaftliche Einrichtungen und fördert die Verbreitung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in Wissenschaft und Praxis. Die Gesellschaft fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs. Zu diesem Zweck kann die Gesellschaft Stipendien aus eigenen Mitteln vergeben. Näheres regelt eine Stipendienordnung.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 25.564,59 EUR davon Bundesrepublik Deutschland 75,00%
Land Berlin 25,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft GmbH (gemeinnützig), Berlin	<0,00	33,30%
Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH, Berlin	<0,00	16,50%

Geschäftsführung

Name	Beschäftigungszeitraum 2014
Allmendinger, Jutta, Prof.	ganzjährig
Baßler, Heinrich	ganzjährig
Bezüge 2014 gesamt (TEuro)	283

Kuratorium

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR	Mandatszeit
Schüller, Ulrich	Vorsitzender		Mitges. 2010/2020
Koch-Unterseher, Jutta, Dr.	Stellv. Vorsitzende		Vertr. Bln. 2012/2020
Alt, Peter-André, Prof. Dr.			qua Amt 2010/2016
Falkner, Gerda, Prof. Dr.			Mitges. 2008/2016
Jonas, Peter, Sir			Mitges. 2014/2018
Katzenstein, Peter J., Prof.			Mitges. 2014/2018
Krull, Wilhelm, Dr.			Mitges. 2012/2016
Olbertz, Jan-Hendrik, Prof. Dr.			qua Amt 2010/2018
Schulz, Swen			Mitges. 2014/2018
Schwan, Gesine, Prof. Dr.			Mitges. 2008/2015
Thelen, Kathleen, Prof.			Mitges. 2008/2015
Thomsen, Christian, Prof. Dr.			qua Amt 2014/2018
Willsch, Klaus-Peter			Mitges. 2006/2018

Die Mitglieder des Kuratoriums erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.

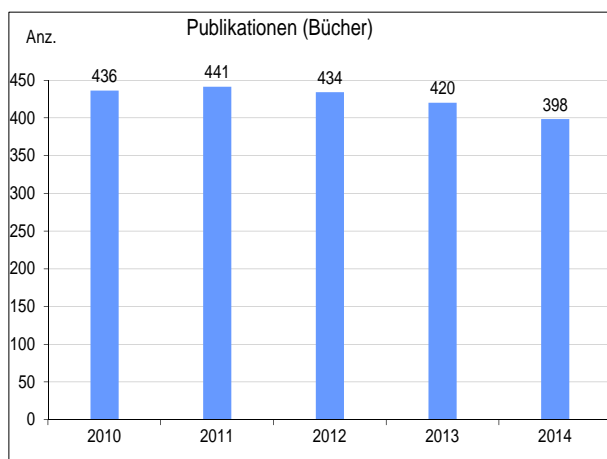
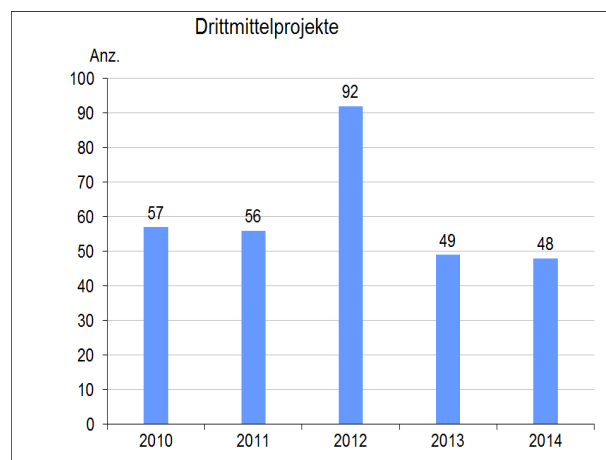
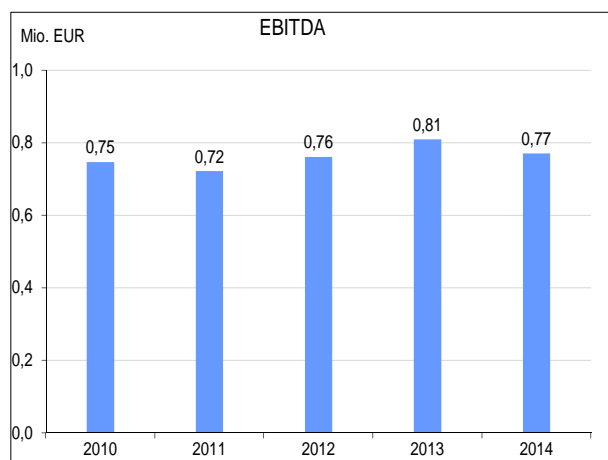
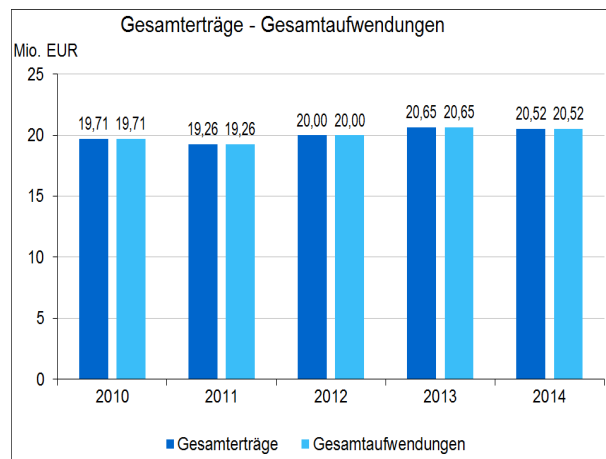
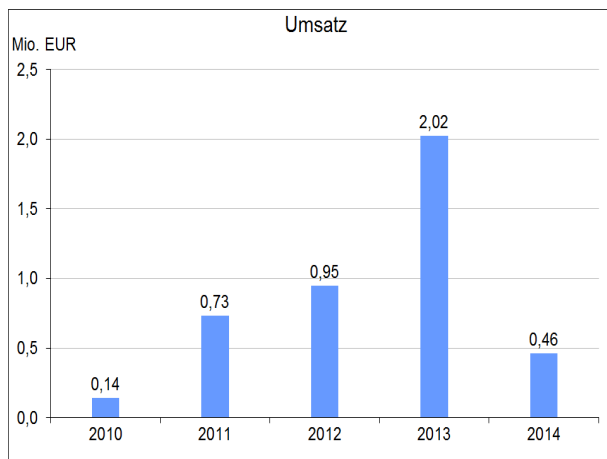
	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Kuratoriumsmitglieder	1/0	1/0	1/0	1/0	0/2

Sonstige Angaben zum Unternehmen

Die Amtszeit einiger Aufsichtsratsmitglieder ist an ihr Amt gekoppelt. Einzelne Mandate werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung berufen.

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	20,24	19,42	21,33	21,91	21,94	
Anlagevermögen	9,47	10,07	10,51	11,08	11,48	
Sachanlagen	9,31	9,86	10,27	10,83	11,32	
Finanzanlagen	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	
Umlaufvermögen	10,63	8,67	10,15	10,29	10,12	
Eigenkapital	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	
Rücklagen	---	---	---	---	---	
Sonderposten für Zuschüsse	9,62	10,78	11,18	11,65	11,83	
Fremdkapital	10,60	8,61	10,13	10,24	10,08	
Rückstellungen	7,07	6,81	6,89	6,88	6,75	
Verbindlichkeiten	3,53	1,81	3,24	3,36	3,34	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	20,52	20,65	20,00	19,26	19,71	
Umsatzerlöse	0,46	2,02	0,95	0,73	0,14	
Übrige Erträge	20,06	18,62	19,05	18,53	19,57	
Gesamtaufwendungen	20,52	20,65	20,00	19,26	19,71	
Personalaufwand	15,66	15,16	14,36	13,91	13,52	
Abschreibungen	0,77	0,81	0,76	0,72	0,75	
Zinsaufwand	---	---	---	---	---	
Übrige Aufwendungen	4,08	4,68	4,88	4,63	5,44	
EBITDA	0,77	0,81	0,76	0,72	0,75	
EBT	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Jahresergebnis	---	---	---	---	---	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	253	259	246	245	243	
Auszubildende	7	5	6	4	5	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	17,86	17,82	17,13	16,36	15,78	
Zuführungen Land Berlin	3,74	3,80	3,82	3,52	3,27	
Investitionen	0,16	0,38	0,19	0,32	0,34	
Forderungsausfall	---	---	---	---	---	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	2	8	4	3	1	
Eigenkapitalquote (%)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Eigenkapitalrentabilität (%)	---	---	---	---	---	
Umsatzrentabilität (%)	---	---	---	---	---	
Zinslastquote (%)	---	---	---	---	---	
Personalkostenquote (%)	---	---	---	---	---	
Spezifische Daten						
Anteil Drittmittel an Gesamtausgaben	%	21,9	21,8	19,8	24,1	25,8
Drittmittelprojekte	Anz.	48	49	92	56	57
Publikationen (Bücher)	Anz.	398	420	434	441	436
WZB-Konferenzen	Anz.	261	149	99	111	90



WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTS-STANDORT BERLIN-ADLERSHOF

Rudower Chaussee 17
12489 Berlin

Telefon: (030) 6392-2247
Telefax: (030) 6392-2199
www: www.wista.de
E-Mail: pr@wista.de

Gegenstand des Unternehmens

Entwicklung eines wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zentrums (Forschungs- und Technologiepark) auf der Basis einer fortzuschreibenden Stadtentwicklungskonzeption und im Rahmen eines integrierten Konzepts von Wirtschaft und Wissenschaft in dem Gebiet Adlershof/Johannisthal und dessen Förderung, aber auch seine Führung und Verwaltung einschließlich aller Geschäfte, welche geeignet erscheinen, den Betrieb eines solchen Zentrums zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Durchführung von grundstücksbezogenen Maßnahmen unter Wahrung der Interessen des Landes Berlin.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Nominalkapital 11.776.000,00 EUR davon Land Berlin 100,00%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Adlershof Facility Management GmbH, Berlin	0,15	100,00%
Adlershof Projekt GmbH, Berlin	0,03	100,00%
IZBM Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH, Berlin	0,05	100,00%
Tegel Projekt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	0,03	100,00%
FORSATUS Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin-Adlershof KG	0,03	94,00%
NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Technologiepark Adlershof KG	0,05	94,00%

Geschäftsführung

Name	Gesamtbezüge 2014 TEUR	Beschäftigungszeitraum 2014
Schmitz, Hardy Rudolf	235	ganzjährig

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit						
Bunde, Henner, Staatssekretär	Vorsitzender	4		Vertr. Bln.	2013/2016					
Beck, Karoline, Dipl.-Kfm.	Stellv. Vorsitzende	2		Vertr. Bln.	2013/2016					
Bering, Maria		---		Vertr. Bln.	2015/2016					
Bschorr, Stephanie		2		Vertr. Bln.	2013/2016					
Feiler, Klaus, Staatssekretär		2		Vertr. Bln.	2011/2016					
Lauterbach, Anastassia, Dr.		2		Vertr. Bln.	2013/2016					
Mlynek, Jürgen, Prof. Dr. N.N.		2		Vertr. Bln.	2001/2016					
Schulgen, Wolf		2		Vertr. Bln.	2012/2016					
						2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder		4/4		3/5		3/5		2/5		4/3

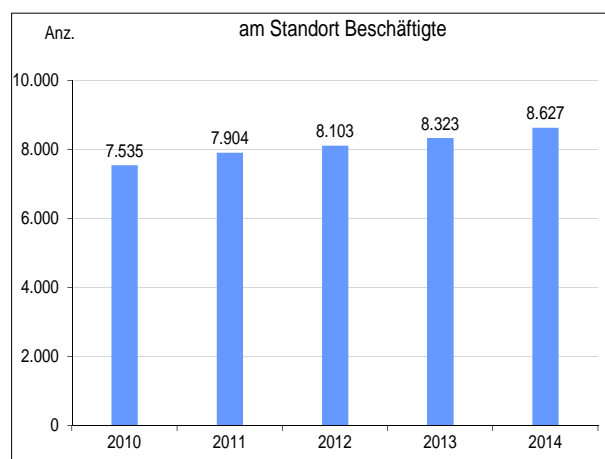
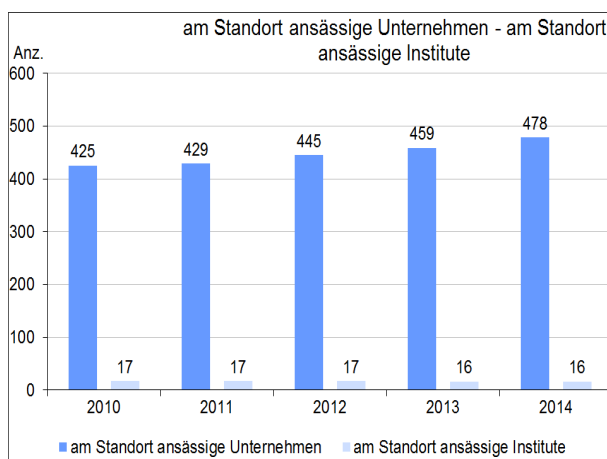
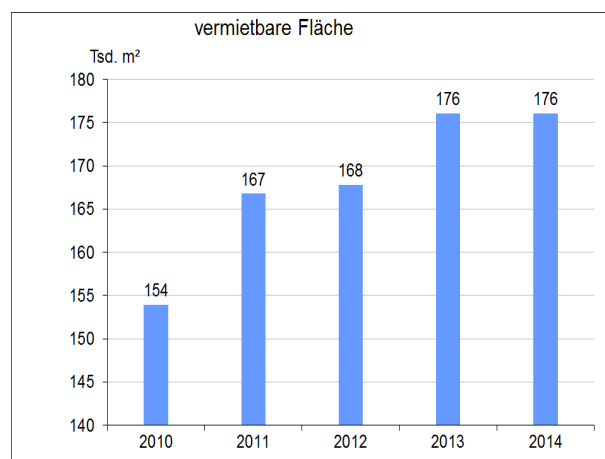
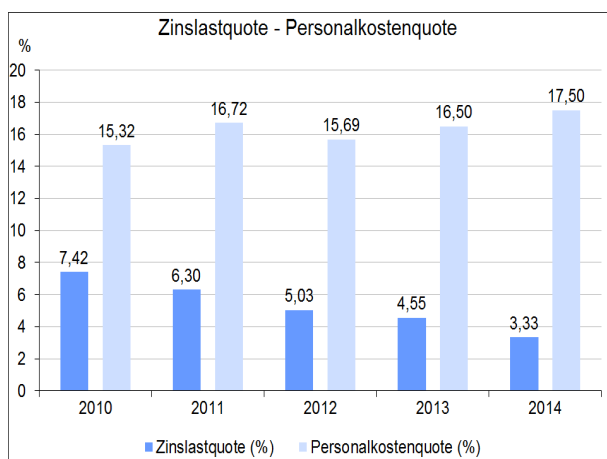
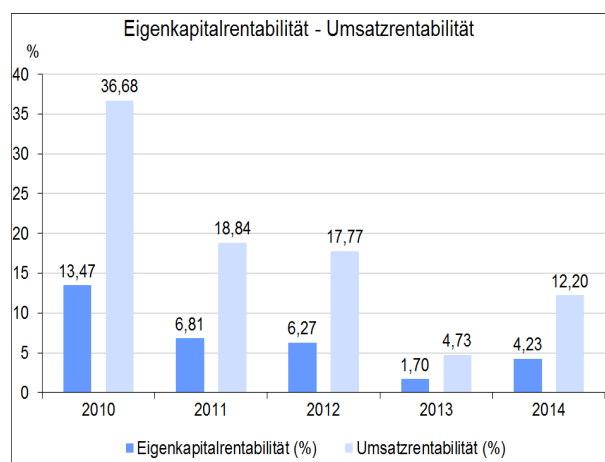
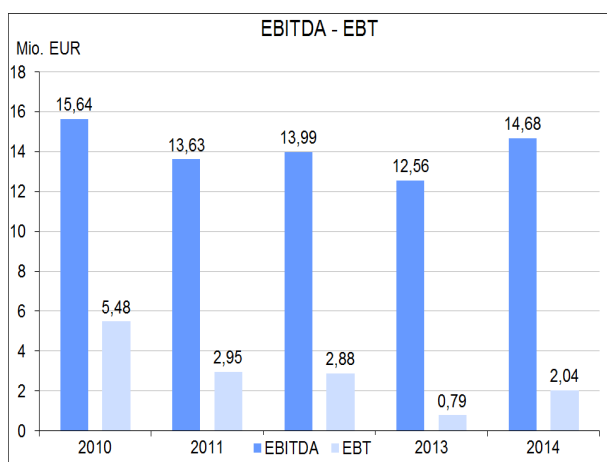
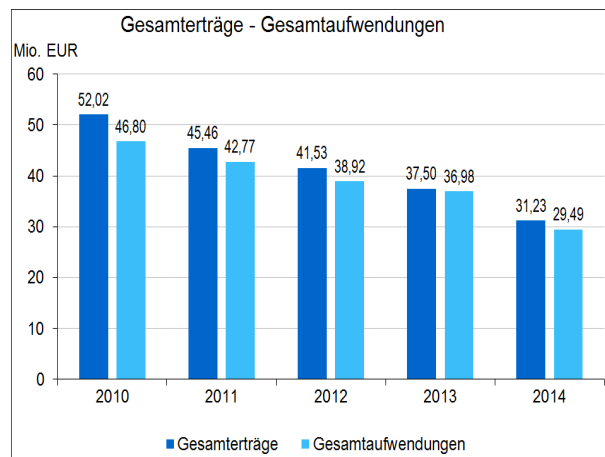
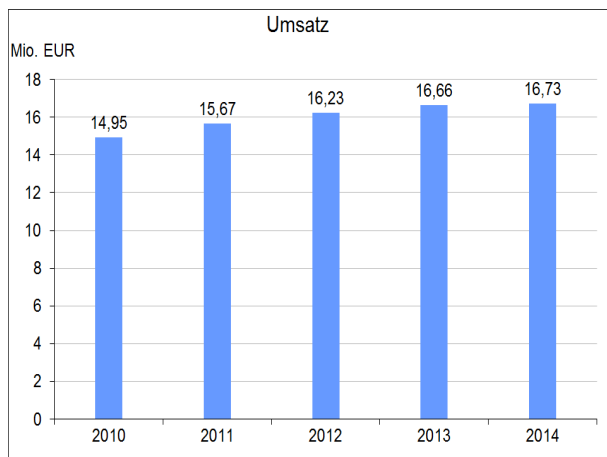
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 965

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz		2014	2013	2012	2011	2010
Bilanzsumme		244,78	259,62	260,92	264,60	256,17
Anlagevermögen		227,73	239,55	243,59	244,05	236,36
Sachanlagen		227,28	239,08	243,12	243,61	235,95
Finanzanlagen		0,44	0,44	0,44	0,44	0,41
Umlaufvermögen		17,04	20,06	17,32	20,54	19,80
Eigenkapital		48,25	46,51	45,99	43,38	40,69
Rücklagen		14,73	14,86	14,86	14,86	14,86
Sonderposten für Zuschüsse		112,42	121,87	122,31	119,21	109,79
Fremdkapital		83,93	91,09	92,45	101,86	105,52
Rückstellungen		0,77	1,90	0,36	2,65	0,41
Verbindlichkeiten		83,16	89,19	92,09	99,21	105,11
Kreditverbindlichkeiten		10,01	12,58	15,20	17,91	20,30
GuV						
Gesamterträge		31,23	37,50	41,53	45,46	52,02
Umsatzerlöse		16,73	16,66	16,23	15,67	14,95
Übrige Erträge		14,50	20,84	25,30	29,79	37,07
Gesamtaufwendungen		29,49	36,98	38,92	42,77	46,80
Personalaufwand		2,93	2,75	2,55	2,62	2,29
Abschreibungen		12,13	11,07	10,37	9,80	9,16
Zinsaufwand		0,56	0,76	0,82	0,99	1,11
Übrige Aufwendungen		13,87	22,41	25,18	29,36	34,24
EBITDA		14,68	12,56	13,99	13,63	15,64
EBT		2,04	0,79	2,88	2,95	5,48
Jahresergebnis		1,74	0,51	2,62	2,69	5,22
Gewinnabführung		---	---	---	---	---
Beschäftigte						
Beschäftigte		39	39	37	37	36
Auszubildende		1	2	1	1	2
Allgemeine Daten						
Zuführungen		---	8,34	11,24	17,06	17,95
Zuführungen Land Berlin		---	0,01	0,75	0,96	0,82
Investitionen		2,42	9,86	12,77	19,79	21,10
Forderungsausfall		0,06	0,08	0,08	0,00	0,00
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)		429	427	439	423	415
Eigenkapitalquote (%)		19,7	17,9	17,6	16,4	15,9
Eigenkapitalrentabilität (%)		4,2	1,7	6,3	6,8	13,5
Umsatzrentabilität (%)		12,2	4,7	17,8	18,8	36,7
Zinslastquote (%)		3,3	4,6	5,0	6,3	7,4
Personalkostenquote (%)		17,5	16,5	15,7	16,7	15,3
Spezifische Daten						
Verbindlichk. aus Einbringungsvertrag	Mio. €	64,53	66,81	68,45	71,50	74,02
vermietbare Fläche	Tsd. m ²	176	176	168	167	154
Leerstandsquote	%	12,9	13,7	7,1	8,7	2,7
am Standort ansässige Unternehmen	Anz.	478	459	445	429	425
am Standort ansässige Institute	Anz.	16	16	17	17	17
am Standort Beschäftigte	Anz.	8.627	8.323	8.103	7.904	7.535



Hardenbergplatz 8
10787 Berlin

Telefon: (030) 25 40 1 - 0
Telefax: (030) 25 40 1 - 228
www: www.zoo-berlin.de
E-Mail: info@zoo-berlin.de

Gegenstand des Unternehmens

Förderung von Tierzucht, Tierschutz, Bildung und Forschung zum Zwecke der Erhaltung und Verbesserung des Zoologischen Gartens. Pflege, Erhalt und Vermehrung der im Zoologischen Garten gepflegten Tiere nach dem neuesten Stand tiergärtnerischer Erkenntnisse sowie die Förderung des Artenschutzes. Die Gesellschaft betreibt wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten der Zoologie, der Tiermedizin und der Tiergartenbiologie und will naturwissenschaftliche Kenntnisse in allen Bevölkerungskreisen verbreiten und vertiefen.

Fachliche Zuständigkeit Senatsverwaltung für Finanzen

Nominalkapital 1.716.000,00 EUR davon Streubesitz 99,97%
Land Berlin 0,03%

Unmittelbare Beteiligungen

Firma und Sitz des Unternehmens	Nominalkapital Mio. EUR	Beteiligung %
Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH, Berlin	0,41	100,00%

Vorstand

Name

Knieriem, Andreas, Dr.
Ausgeschieden:
Blaszkiwicz, Bernhard, Dr.

Die Bezüge des Vorstandes werden unter Ausübung des Wahlrechtes gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Aufsichtsrat

Name	Funktion	Gesamtbezüge 2014 in TEUR		Mandatszeit
Bruckmann, Frank	Vorsitzender	2	Mitges.	2006/2018
Kern, Horst-Achim	1. Stellv. Vorsitzender	3	Mitges.	2013/2016
Neumann, Klaus, Prof. Dr.	2. Stellv. Vorsitzender	2	Mitges.	2010/2016
Albrecht, Thomas		---	Mitges.	2015/2018
Brunnberg, Leo, Prof. Dr.		1	Mitges.	2007/2016
Evers, Johannes, Dr.		---	Mitges.	2015/2018
Kühn, Swantje, Prof.		1	Mitges.	2013/2016
Preuss, Ulrich		1	Mitges.	2002/2017
Schindler, Joachim, Prof. Dr.		---	Mitges.	2015/2018
Toll, Christian		1	AN	2010/2020
Warnecke, Petra, Dr.		---	Mitges.	2014/2017
Zahmel, Norbert		1	AN	2010/2020

	2015	2014	2013	2012	2011
Gesellschafter Berlin: Verhältnis weibliche/männliche Aufsichtsratsmitglieder	0/0	0/0	0/0	1/1	0/1

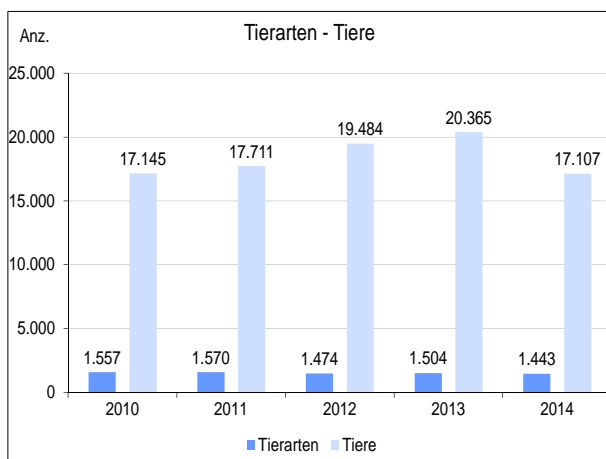
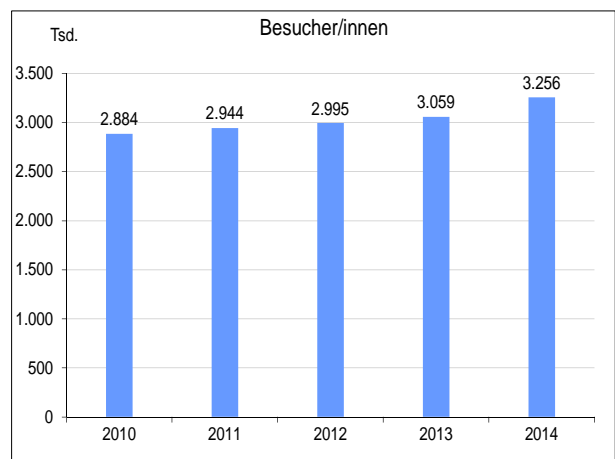
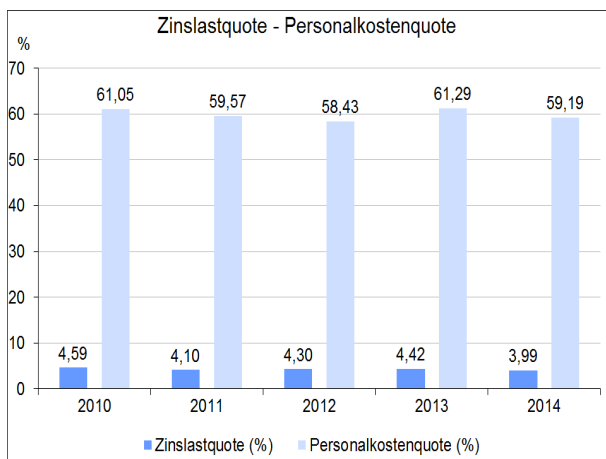
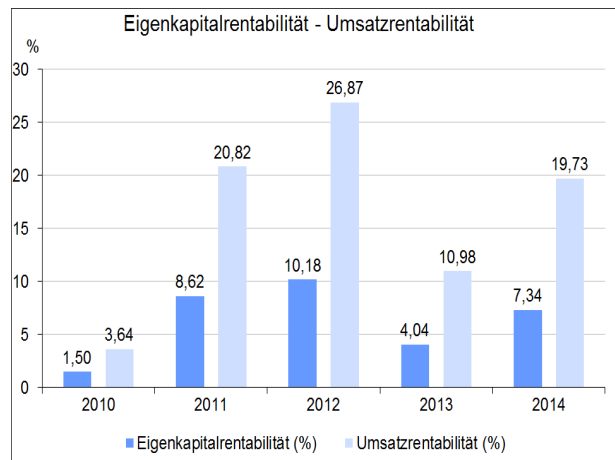
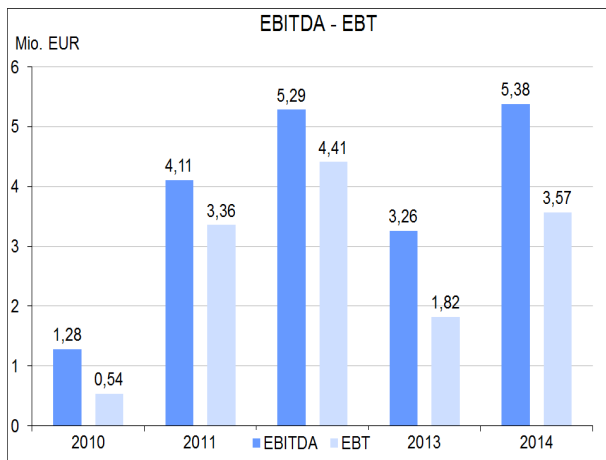
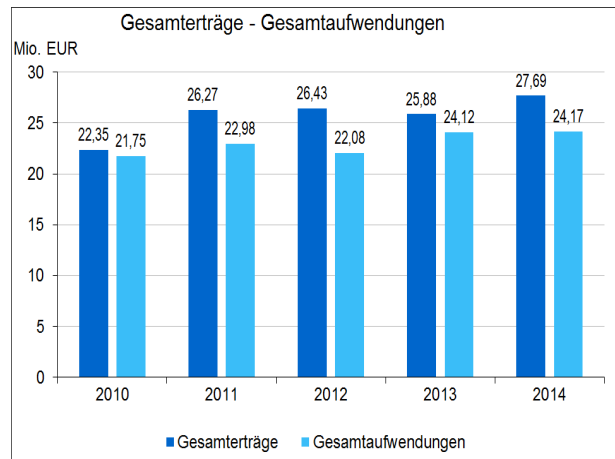
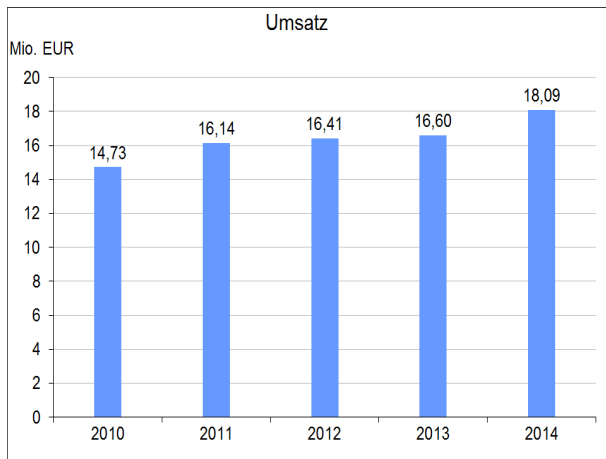
Bericht der Gesellschaft

Lagebericht, BCGK-Erklärung und Veröffentlichung der Bezüge gem. dem
Zweiten Vergütungs- und Transparenzgesetz

Band 2, Seite 994

Unternehmensdaten (in Mio. €)

Bilanz	2014	2013	2012	2011	2010	
Bilanzsumme	65,01	60,85	63,25	57,77	53,47	
Anlagevermögen	23,21	23,38	20,78	13,04	13,37	
Sachanlagen	23,20	23,38	20,76	12,23	8,33	
Finanzanlagen	---	---	---	0,80	5,03	
Umlaufvermögen	41,78	37,44	42,45	44,69	40,06	
Eigenkapital	48,62	45,11	43,35	38,99	35,70	
Rücklagen	43,39	42,51	39,39	35,57	33,73	
Sonderposten für Zuschüsse	---	---	---	---	---	
Fremdkapital	15,47	14,78	18,90	17,96	17,01	
Rückstellungen	13,39	12,33	16,23	15,88	14,47	
Verbindlichkeiten	2,08	2,44	2,67	2,08	2,53	
Kreditverbindlichkeiten	---	---	---	---	---	
GuV						
Gesamterträge	27,69	25,88	26,43	26,27	22,35	
Umsatzerlöse	18,09	16,60	16,41	16,14	14,73	
Übrige Erträge	9,60	9,28	10,02	10,14	7,62	
Gesamtaufwendungen	24,17	24,12	22,08	22,98	21,75	
Personalaufwand	10,71	10,18	9,59	9,61	8,99	
Abschreibungen	1,40	1,17	0,81	0,77	0,61	
Zinsaufwand	0,72	0,73	0,71	0,66	0,68	
Übrige Aufwendungen	11,34	12,04	10,97	11,94	11,47	
EBITDA	5,38	3,26	5,29	4,11	1,28	
EBT	3,57	1,82	4,41	3,36	0,54	
Jahresergebnis	3,51	1,76	4,35	3,29	0,61	
Gewinnabführung	---	---	---	---	---	
Beschäftigte	239	238	240	237	233	
Auszubildende	18	17	18	17	17	
Allgemeine Daten						
Zuführungen	---	---	---	1,30	1,44	
Zuführungen Land Berlin	---	---	---	1,30	1,44	
Investitionen	1,21	3,74	9,36	4,64	2,38	
Forderungsausfall	0,02	0,00	0,00	0,00	0,02	
Umsatz pro Vollzeitkraft (TEUR)	76	70	68	68	63	
Eigenkapitalquote (%)	74,8	74,1	68,5	67,5	66,8	
Eigenkapitalrentabilität (%)	7,3	4,0	10,2	8,6	1,5	
Umsatzrentabilität (%)	19,7	11,0	26,9	20,8	3,6	
Zinslastquote (%)	4,0	4,4	4,3	4,1	4,6	
Personalkostenquote (%)	59,2	61,3	58,4	59,6	61,1	
Spezifische Daten						
Besucher/innen	Tsd.	3.256	3.059	2.995	2.944	2.884
Futterkosten	T €	1.128	1.144	1.193	1.181	1.141
Tierarten	Anz.	1.443	1.504	1.474	1.570	1.557
Tiere	Anz.	17.107	20.365	19.484	17.711	17.145



6. Anhang

6.1. Geringfügige Beteiligungen (Stand 31.12.2014)

	Anteil Berlins in T€	Anteil am Nominalkapital (in %)
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main	29.499	0,79
GEHAG GmbH	1 Geschäftsanteil	

6.2. Gesellschaften in Liquidation (Stand: 31.12.2014)

	in Liquidation mit Wirkung vom
Wasserstadt GmbH i. L. Treuhänderischer Entwicklungsträger des Landes Berlin	01.01.2008
IWF Wissen und Medien gGmbH i. L.	01.01.2011
Fachinformationszentrum Chemie GmbH i. L.	01.01.2013
BCIA Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien-Altrisiken mbH i. L.	01.01.2015

6.3. Veränderungen am Portfolio in den Jahren 2014/2015

Käufe		
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	08.12.2014	Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 5,91%
Musicboard Berlin GmbH	14.01.2015	Die Gesellschaft wurde am 14.01.2015 in das Handelsregister eingetragen. Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 100,00%
Aufhebungen		
HIS Hochschul-Informationssystem GmbH	02.05.2014	Die Gesellschaft wurde am 02.05.2014 aus dem Handelsregister gelöscht.

6.4. Internetveröffentlichung von Lageberichten, Corporate Governance Erklärungen und Vergütungsübersichten

Die im Band 2 des Beteiligungsberichts veröffentlichten Lageberichte, Corporate Governance Erklärungen und Vergütungsübersichten wichtiger Beteiligungsunternehmen sind unter den nachstehenden Links auf den jeweiligen Unternehmenshomepages eingestellt. Ab dem Beteiligungsbericht 2016 werden diese Daten nur noch auf den Homepages der Beteiligungsunternehmen abrufbar sein.

Unternehmensname	Internetadresse
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/inhalt/ueberuns/corporate-governance-afs.asp
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	http://www.berlinerbaeder.de/unternehmen/ueber-uns/
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	http://www.berlinerbaeder.de/unternehmen/ueber-uns/
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	http://www.behala.de/behala/de/web/unternehmen/daten_fakten.php?theme=unternehmen&sub=5
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	http://www.berlinerbaeder.de/unternehmen/ueber-uns/
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	http://www.berliner-gross-markt.de/dt/geschaeftsbericht.asp?site=geschaeftsbericht
Berliner Stadtgüter GmbH	http://www.berlinerstadtqueter.de/Offenlegungsexemplar_2014.pdf
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	http://www.bsr.de/9423.html http://www.bsr.de/9421.html
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	http://unternehmen.bvg.de/de/Unternehmen/Medien/Publicationen
BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts	http://www.bwb.de/content/language1/html/1097.php
Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB)	http://www.bwb-gmbh.de/ueber-uns/initiative-transparente-zivilgesellschaft/
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	https://www.berlinovo.de/de/seite/%C3%BCber-berlinovo/profil
Berlinwasser Holding GmbH	http://www.berlinwasser.de/content/language1/html/59.php
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	http://www.bgz-berlin.de/impressum.html
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	http://www.bim-berlin.de/unternehmen/geschaeftsergebnisse/
degewo Aktiengesellschaft	http://www.degewo.de/content/de/Unternehmen/4-12-Downloads.html
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	http://www.dffb.de/html/de/akademie/unternehmensdaten

Unternehmensname	Internetadresse
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	https://www.lotto-berlin.de/pfe/controller/InfoController/showPortrait.js?essio-nid=5cxD06Lv1AtS_LrQUM0T5w6C1jeUHNOSL_CtXI4a35JxxtXPfYXe!1148544465!dkipf1!8001!-1!86925677!dkipf5!8001!-1?gbn=7&loc=de&jdn=7
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	http://www.berlin-airport.de/de/unternehmen/ueber-uns/unternehmensorganisation/corporate-governance/index.php
	http://www.berlin-airport.de/de/presse/publikationen/index.php/unternehmen/2015
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	http://www.palast.berlin/de/index/info/#kontakt
GESOBAU AG	http://www.gesobau.de/unternehmen/
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	http://www.gewobag.de/berichte
Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung	http://gruen-berlin.de/de/unternehmensgruppe/ueber-uns/gruenberlin-gmbh
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	http://www.hebbel-am-ufer.de/haus/beteiligungsbericht/
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung	http://www.howoge.de/unternehmen/ueberblick.html
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	http://www.ibb.de/desktopdefault.aspx/tabid-458/#137
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	http://www.itdz-berlin.de/unternehmen/kodex.html
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	http://fez-berlin.de/ueber-uns/geschaeftsjahr-2014/
Kulturprojekte Berlin GmbH	http://www.kulturprojekte-berlin.de/fileadmin/user_upload/Unsere_Serviceangebote/1..pdf
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	http://www.bim-berlin.de/unternehmen/geschaeftsergebnisse/
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG	http://www.bim-berlin.de/unternehmen/geschaeftsergebnisse/
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	http://www.bim-berlin.de/unternehmen/geschaeftsergebnisse/
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	http://www.meab.de/informationen-der-oeffentlichkeit/sonstige-berichte/

Unternehmensname	Internetadresse
Messe Berlin GmbH	http://www.messe-berlin.de/Unternehmen/MesseBerlinGmbH/Geschaeftsbericht/
Musicboard GmbH	http://www.musicboard-berlin.de/category/berichte/
Olympiastadion Berlin GmbH	http://www.olympiastadion-berlin.de/stadion-besucherzentrum/betreibergesellschaft.html
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	http://www.stadtundland.de/33_Publikationen.htm
Tempelhof Projekt GmbH	http://www.thf-berlin.de/flughafengebäude/projektbeteiligte/tempelhof-projekt-gmbh/jahresberichte/
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	http://www.vivantes.de/unternehmen/konzernberichte/geschaeftsberichte
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung	http://www.wbm.de/de/medien-news/publikationen/geschaeftsbericht/
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF	http://www.adlershof.de/transparenz/
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft	http://www.zoo-berlin.de/de/ueber-uns

7. Index (Stand: 30.06.2015)

(Fettgedruckt sind die unmittelbaren Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin)

A		Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	62
Adlershof Facility Management GmbH, Berlin	219	Berliner Stadtwerke GmbH, Berlin	70
Adlershof Projekt GmbH, Berlin	219	Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts	66
aktiva Haus- und Wohnungseigentumsverwaltung GmbH, Berlin	123	BERLINER WASSERBETRIEBE Anstalt des öffentlichen Rechts	70
Alexander von Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft GmbH (gemeinnützig), Berlin	215	Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB)	74
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	31	Berliner Wohn- und Geschäftshaus GmbH BEWOG, Berlin	211
aquabench GmbH, Hamburg	70	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co.KG	149
ARWOBAU Immobilien- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	77	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsges. mbH	149
avida GmbH, Berlin	81	Berlinovo Apartment GmbH, Berlin	77
		Berlinovo Grundstücksentwicklungs GmbH, Berlin	77
B		Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	77
B-Plus Planungs-Aktiengesellschaft, Berlin	41	Berlinwasser Beteiligungs GmbH, Berlin	93
B.A.A.M. Berlin-Anlagen-Agentur Mitte GmbH, Berlin	211	Berlinwasser Holding GmbH	81
Bavaria Immobilien Trading GmbH & Co. KG - BB Fonds International I - United Kingdom, Berlin	77	Berlinwasser International GmbH, Berlin	81
Bavaria Immobilien Trading GmbH & Co. KG - LBB Fonds Zehn -, Berlin	77	Berlinwasser Services GmbH, Berlin	81
Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH, Berlin	77	berlinwohnen Hausmeister GmbH, Berlin	123
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	35	BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH	85
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, Berlin	38	BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen i.L., Berlin	77
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	38	BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	89
BBcom Berlin-Brandenburgische Kommunikationsgesellschaft mbH, Berlin	211	bluepartner GmbH, Berlin	81
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH	41	BPS BEHALA Port Services GmbH, Berlin	41
BERLETAS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH Co. KG, Berlin	127	BR Berlin Recycling GmbH, Berlin	62
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH	149	BRAL Reststoff-Bearbeitungs GmbH, Berlin	62
Berlin Tourismus & Kongress GmbH	44	BSR-Investitions- und Umwelttechnologiegesellschaft mbH, Berlin	62
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	113, 149, 180	Bus-Verkehr-Berlin KG Omnibus-Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co., Berlin	66
Berlin-Brandenburg WelcomeCenter GmbH	44	BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Berlin	66
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	48	BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	66
Berliner Energieagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung	52	BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG	93
Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH, Berlin	113	BWB Rekom Verwaltungs GmbH, Berlin	93
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	55		
Berliner Milcheinfuhrgesellschaft mbH, Berlin	58	C	
Berliner Stadtgüter GmbH	58	Capital Catering GmbH, Berlin	180
		Capital Facility GmbH	180

D		FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht gemeinnützige GmbH	120
DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH Berlin	95	G	
degewo 2. Wohnungsverwaltungsgesellschaft Beteiligungs- und Geschäftsführungs-GmbH, Berlin	98	GBAV Gesellschaft für Boden und Abfallverwertung mbH, Berlin	62
degewo 3. Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	98	GEDE Gemeinsame Berliner Wohnen Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	98, 123
degewo 4. Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	98	GESOBAU AG	123
degewo Aktiengesellschaft	98	GESOBAU Geschäftsführung GmbH, Berlin	123
degewo City Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	98	GET Gesellschaft für Entsorgung und Technologie mbH, Berlin	62
degewo Forderungsmanagement GmbH, Berlin	98	Gewobag EB Entwicklungs- und Baubetreuungsgesellschaft mbH, Berlin	127
degewo Gebäudeservice GmbH	98	Gewobag ED Energie- und Dienstleistungsgesellschaft mbH, Berlin	127
degewo Köpenicker Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	98	Gewobag MB Mieterberatungsgesellschaft mbH, Berlin	127
degewo Marzahner Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	98	Gewobag PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH, Berlin	127
degewo Nord Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	98	Gewobag VB Vermögensverwaltungs- und Betriebsgesellschaft mbH, Berlin	127
degewo Süd Wohnungsgesellschaft mbH, Berlin	98	Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH, Berlin	127
degewo Technische Dienste GmbH	98	Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin	127
degewo Treuhand GmbH, Berlin	98	gewobe Wohnungswirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	98
degewo Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin	98	Global Produce Events GmbH, Berlin	180
degewo Wärme GmbH	98	GRATUS Immobilienservice GmbH, Berlin	127
degewo-Hausbau GmbH, Berlin	98	Grün Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung	131
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, Gesellschaft mit beschränkter Haftung	102	Grün Berlin Service GmbH, Berlin	131
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts	106	H	
Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH	110	Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	135
dotBerlin GmbH & Co. KG	44	Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung	138
E		HOWOGE Servicegesellschaft mbH, Berlin	142
E.G.E. European Green Exhibitions GmbH	180	HOWOGE Wohnungsbau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	142
EPRO Energieprojektgesellschaft Berlin mbH, Berlin	52	HOWOGE Wärme GmbH, Berlin	142
ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH	180	I	
F		IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	149
FBS Fuhrpark Business Service GmbH, Berlin	62	IBB Business Team GmbH, Berlin	149
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	113	IBB Technologie-Entwicklungs-Fonds GmbH & Co. KG	149
Flughafen Energie & Wasser GmbH (FEW), Berlin	113	IBB-Holding GmbH, Berlin	149
FMT Facility Management Tempelhof GmbH i.L., Berlin	113	IGA Berlin 2017 GmbH, Berlin	131
FORSATUS Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin-Adlershof KG	219	IGB, Industriebahn-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin	41
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung	117	IHZ GmbH Berlin, Berlin	196

Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Berlinovo mbH, Berlin	77	Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam	149
Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH, Berlin	77	Messe Berlin (Singapore) Pte. Ltd., Singapore	180
Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH, Berlin	215	Messe Berlin GmbH	180
INPRO	146	Michels Klinik Service GmbH, Berlin	207
Innovationsgesellschaft für fortgeschrittene Produktionssysteme in der Fahrzeugindustrie mbH		MPS Betriebsführungsgesellschaft mbH, Berlin	62
Investitionsbank Berlin	149	Musicboard Berlin GmbH	184
Anstalt des öffentlichen Rechts		MW Messe-, Ausstellungs- und Dienstleistungsgesellschaft Wolfsburg mbH	180
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	149	N	
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	153	NOTITIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Technologiepark Adlershof KG	219
IZBM Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH, Berlin	219	O	
K		Objektgesellschaft Schnellerstraße 101 GmbH & Co. KG, Berlin	77
K.I.T. Group GmbH	180	Olympiastadion Berlin GmbH	185
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	157	Otto-Rüdiger Schulze Holz- und Baustoffrecycling GmbH & Co. KG (ORS KG), Löwenberger Land	177
Klärwerk Wandsdorf GmbH, Wandsdorf	70	P	
KompetenzZentrum Wasser Berlin gGmbH, Berlin	81	p2m Berlin GmbH, Berlin	81
Kulturprojekte Berlin GmbH	161	Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin	77, 98, 211
Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland - Gesellschaft mit beschränkter Haftung	165	Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, Berlin	149
KWB Kompetenzzentrum Wasser Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin	70	pigadi GmbH, Berlin	81
L		Projektrealisierungs GmbH U5	66
Labor Berlin - Charité Vivantes GmbH, Berlin	207	R	
Labor Berlin - Charité Vivantes Service GmbH, Berlin	207	Rundfunk-Orchester und -Chöre (gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin	188
Landhandels- und Dienste GmbH Mittenwalde i.L., Mittenwalde	58	S	
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	169	SBB Abfallerzeuger GbR, Berlin	70
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG	172	SBB Entsorgungswirtschaft GbR, Berlin	177, 177
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	174	SBB Entsorgungswirtschaft GmbH, Berlin	62
LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH, Berlin	77	SBB Sonderabfallgesellschaft Brandenburg/Berlin mbH	192
LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, Berlin	106	SIWOG 1992 Siedlungsplanung und Wohnbauten Gesellschaft mbH, Berlin	196
M		SOPHIA Berlin GmbH, Berlin	98, 196
MB Capital Services GmbH, Berlin	180	SpreeUrban-Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Berlin	62
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH	177	SpreeUrban-Entwicklungsgesellschaft mbH, Berlin	62
		STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH, Berlin	196
		Stadt und Land Reisen GmbH	44
		STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	196
		SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH, Berlin	207

T

Tegel Projekt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin	219
TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Klärwerk Waßmannsdorf KG	81
Tempelhof Projekt GmbH	200
Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH, Berlin	223
TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH, Potsdam	44
TREUCONSULT Immobilien GmbH, Berlin	127

V

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	203
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	149
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	149
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	149
VivaClean Nord GmbH, Berlin	207
VivaClean Süd GmbH, Berlin	207
Vivantes - Forum für Senioren GmbH, Berlin	207
Vivantes - MVZ GmbH, Berlin	207
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH	207
Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH, Berlin	207
Vivantes Ambulantes Schulterzentrum GmbH, Berlin	207
Vivantes Hospiz gGmbH, Berlin	207
Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH, Berlin	207
Vivantes International GmbH i.L., Berlin	207
Vivantes Komfortklinik GmbH, Berlin	207
Vivantes Rehabilitation GmbH, Berlin	207
Vivantes Service GmbH, Berlin	207
Vivantes Therapeutische Dienste GmbH, Berlin	207

W

Wasser Nord GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf	70
Wasser Nord Verwaltungs GmbH, Hohen Neuendorf	70
WBF Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain mbH, Berlin	211
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mit beschränkter Haftung	211
WBMI Real Estate GmbH, Berlin	211
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	215
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF	219
WoBeGe Wohnbauten und Beteiligungs-Gesellschaft mbH, Berlin	196
WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH, Berlin	196
Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg mbH, Berlin	142

Z

Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft	223
--	------------

**Senatsverwaltung
für Finanzen**



BETEILIGUNGSBERICHT 2015

Band 2

- Lageberichte 2014 -

mit Erklärungen zum

Berliner Corporate Governance Kodex

BETEILIGUNGSBERICHT 2015

Band 2

- Lageberichte 2014 -

mit Erklärungen zum
Berliner Corporate Governance Kodex

Senatsverwaltung für Finanzen
- Abteilung I -
Klosterstraße 59
10179 Berlin

<http://www.berlin.de/sen/finanzen>

Lageberichte

Band 2 zum Beteiligungsbericht 2015 enthält die Lageberichte 2014 der Gesellschaften und Anstalten, an denen das Land Berlin am 31.12.2014 mindestens 50 v.H. der Anteile hielt oder Gewährträger war, und/oder an denen hinsichtlich ihrer Größe, Aufgabe oder wirtschaftlichen Bedeutung ein besonderes Interesse bestand.

Offenlegung der Vergütung der Mitglieder aller Unternehmensorgane

Mit dem am 01.05.2011 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Herstellung von Transparenz bei Beteiligungen des Landes Berlin an privatrechtlichen Unternehmen und in öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin (Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz) vom 19.04.2011 wurde u. a. die Landeshaushaltsordnung dahingehend geändert, dass die den Mitgliedern der Unternehmensorgane der privatrechtlichen Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge - jeweils aufgegliedert in feste und variable Leistungen sowie deren Einzelbestandteile - im Anhang zum Jahresabschluss oder an anderer geeigneter Stelle angegeben werden sollen.

Soweit diese Informationen vorlagen, sind sie im Band 2 zum Beteiligungsbericht 2015 veröffentlicht.

Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex

Der Senat hat am 10. Februar 2004 beschlossen, dass bei den Beteiligungsgesellschaften, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und/oder die hinsichtlich Größe, Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung - insbesondere Risikolage - von besonderem Interesse sind, Regelungen, die auf der Basis des DCGK erstellt wurden, angewendet werden sollen. Zwischenzeitlich wurde der Kodex für die Berliner Beteiligungsunternehmen angepasst und wird jetzt in Form des Berliner Corporate Governance Kodex angewendet. Daneben sind börsennotierte Aktiengesellschaften ohnehin nach § 161 Aktiengesetz verpflichtet, eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) abzugeben (hier nur zutreffend für Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft).

Redaktioneller Hinweis

Die Texte der Lageberichte und CGK-Erklärungen wurden von den Beteiligungsunternehmen und Anstalten als PDF- oder Word-Dateien zugeliefert und inhaltlich nicht verändert. Aus drucktechnischen Gründen kann es optische Abweichungen von der Fassung im jeweiligen Jahresabschluss geben, z.B. einen veränderten Zeilen- und Seitenumbruch.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts	7
BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	16
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH	33
BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH.....	46
Berliner Bäder-Betriebe (BBB) Anstalt des öffentlichen Rechts	62
Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung	91
Berliner Stadtgüter GmbH	105
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) Anstalt des öffentlichen Rechts	131
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts.....	151
BERLINER WASSERBETRIEBE (BWB) Anstalt des öffentlichen Rechts	193
Berliner Werkstätten für Behinderte Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)	220
Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft	238
BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH.....	267
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH	275
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	305
BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG	317
degewo Aktiengesellschaft	324
Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin, GmbH	347
Deutsche Klassenlotterie Berlin rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.....	360
Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	381
Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH	420
GESOBAU AG.....	444
Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin.....	471
Grün Berlin GmbH	511
Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH	542
HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung.....	564
Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	589
IT-Dienstleistungszentrum Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts	642
Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide - Landesmusikakademie - gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH	680
Kulturprojekte Berlin GmbH.....	692
Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG	700
Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG.....	723
Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH	743
MEAB Märkische Entsorgungsanlagen - Betriebsgesellschaft mbH	766
Messe Berlin GmbH.....	779
Olympiastadion Berlin GmbH	815
STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.....	845
Tempelhof Projekt GmbH	878
Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH.....	897
WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH.....	940
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF.....	965
Zoologischer Garten Berlin Aktiengesellschaft.....	994

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Anstalt des öffentlichen Rechts

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Anstalt des öffentlichen Rechts, Potsdam

Lagebericht 2014

Geschäftsergebnis

Der Jahresabschluss 2014 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg als Anstalt des öffentlichen Rechts weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 69 aus (Vorjahr: TEUR 1.169).

Entwicklung nach Geschäftsfeldern

Das Amt hat gemäß Staatsvertrag und Satzung die durch Gesetz den Ländern übertragenen statistischen Aufgaben wahrzunehmen. Hierzu gehören als Kerngeschäft die Erhebung und Aufbereitung der EU-, Bundes- und Landesstatistiken sowie deren Auswertung, Analyse und Veröffentlichung, die methodische und technische Vorbereitung und Weiterentwicklung der Landes-, EU- und Bundesstatistiken, die Darstellung und Veröffentlichung von volkswirtschaftlichen und umweltökonomischen Gesamtrechnungen sowie anderen Gesamtsystemen statistischer Daten sowie die Führung eines statistischen Informationssystems.

Im Geschäftsfeld der amtlichen Statistik für EU und Bund wurden auf Grund der Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin für das Geschäftsjahr 2014 TEUR 26.000 vereinnahmt. Der Vorstand hat den Vertragspartnern umfassend dargestellt, dass die seit Jahren konstante Grundvergütung für die Durchführung der gesetzlichen Aufgaben durch die tariflichen Anpassungen auf der einen Seite und den stetigen Zuwachs an neuen gesetzlichen Aufgaben trotz eines erheblichen Personalabbaus nicht auskömmlich ist.

Die Trägerländer haben in den Geschäftsjahren 2012 bis 2014 daraufhin je Berichtsjahr eine Zusatzvereinbarung zur Servicevereinbarung zur Durchführung der amtlichen Statistik mit dem AfS abgeschlossen, die dem AfS je Geschäftsjahr eine **einmalige** Erstattung planmäßiger finanzieller Aufwendungen (u.a. Tarifierhöhung) zusicherte und somit zu einer Ergebnisverbesserung in den genannten Geschäftsjahren beitrug: In 2012 in Höhe von TEUR 539, in 2013 in Höhe von TEUR 487, in 2014 in Höhe von TEUR 501. Die einmalige Erstattung von Aufwendungen, die aus Tarifierhöhungen resultieren, lässt jedoch unberücksichtigt, dass diese in der Zukunft fortwirken.

Die Trägerländer haben für das Geschäftsjahr 2015 eine Aufstockung des Budgets des AfS in Aussicht gestellt. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts des Landes Brandenburg im Juni 2015 wäre damit der Abschluss einer auskömmlichen Servicevereinbarung für die Durchführung der Amtlichen Statistik für die Länder Berlin und Brandenburg möglich.

Neben der Durchführung der amtlichen Statistik für die Länder Berlin und Brandenburg sind die Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Zensus 2011 stehen, eine weitere gesetzlich veranlasste Ausweitung der Leistungen im Geschäftsfeld der amtlichen Statistik. Sie ist temporärer Natur und wird bis zum Abschluss der Auswertungsphase bis 2016 andauern. Hierfür konnten getrennte kostendeckende Servicevereinbarungen mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg sowie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin mit einer Laufzeit bis 31.12.2016 abgeschlossen werden. Die ersten Vorbereitungen für den Zensus 2021 laufen derzeit sowohl auf Bundesebene als auch im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg an.

Ein weiteres Geschäftsfeld des Amtes ist die Mitwirkung bei der Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen in der Ländern Berlin und Brandenburg. So ist die Geschäftsstelle der Berliner Landeswahlleiterin im Amt für Statistik angesiedelt. Für das Land Brandenburg leistet das Amt die Unterstützung des Brandenburger Landeswahlleiters. Aufgabenumfang und Wahrnehmung der Aufgaben unterliegen dem Weisungsrecht der Berliner Landeswahlleiterin bzw. des Brandenburger Landeswahlleiters. Die Länder tragen die Kosten auf der Grundlage von Servicevereinbarungen. In diesem Geschäftsfeld hat sich der Aufgabenumfang aufgrund der wachsenden Zahl von Volksbegehren und -entscheiden sowie von Bürgerentscheiden erheblich ausgeweitet, wobei die besondere Herausforderung darin besteht, dass diese Arbeiten häufiger ohne einen angemessenen Vorlauf zu realisieren sind. Zudem besteht das Problem der temporär erforderlichen Personalrekrutierung aufgrund des erforderlichen Qualifikationsniveaus. Im Jahr 2014 waren in Berlin der Volksentscheid „Über den Erhalt des Tempelhofer Feldes“, in beiden Ländern die Europawahlen und in Brandenburg die Kommunal- und die Landtagswahl zu unterstützen.

Für die Ministerien der Finanzen, des Innern und für Kommunales, der Justiz, für Wirtschaft und Energie, für Infrastruktur und Raumordnung, für Bildung, Jugend und Sport sowie für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie sowie Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg wurden fünfzehn Servicevereinbarungen bearbeitet. Für das Land Berlin wurden elf Servicevereinbarungen mit den Senatsverwaltungen für Inneres und Sport, für Finanzen, für Arbeit, Integration und Frauen, für Justiz und Verbraucherschutz, für Bildung, Jugend und Wissenschaft sowie für Stadtentwicklung und Umwelt geschlossen. Um in diesem Geschäftsfeld kostendeckend zu arbeiten, werden diese Verträge mit den Verwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg in regelmäßigen Zeitabständen überprüft und ggf. neu verhandelt. Die Erträge aus diesen Verträgen betragen ca. TEUR 2.600.

Schließlich kann die Anstalt gem. Staatsvertrag in ihrem Aufgabenbereich Dienstleistungen für Dritte erbringen, soweit dies die Erfüllung der Aufgaben nach Artikel 3, Absätze 1 bis 4 nicht beeinträchtigt und für diese Leistungen kein Markt besteht. Über die kostenfreie Abgabe von Standardinformationen hinaus kann jede natürliche und juristische Person weiterführende statistische Informationen und Sonderauswertungen erhalten. Für diese Leistungen werden Leistungsentgelte erhoben. Die Umsätze in diesem Geschäftsfeld betragen TEUR 283.

Wesentliche Ausgaben des Amtes sind und bleiben die Personalkosten. Die Anstalt benötigt neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Aufbereiten einer Vielzahl von EU-, Bundes- und Landeseinzelstatistiken im zunehmenden Maße qualifiziertes Personal mit einem wissenschaftlichen Universitäts- bzw. Hochschulabschluss für die methodischen Entwicklungen, die Bewertung und Analysen. Die Zahl des Personals sank zensusbereinigt und stichtagsbezogen von 437 auf 425 Beschäftigte.

Die Kostenstruktur für die Aufgabenerfüllung auf Grund gesetzlicher Vorgaben wird im Wesentlichen durch Personal-, Verwaltungs-, Betriebs- sowie IT-Aufwendungen bestimmt. Zur Deckung dieser Aufwendungen trägt der Ertrag aus der Servicevereinbarung Amtliche Statistik den wesentlichen Teil bei. Hinzu kommen Servicevereinbarungen mit den Verwaltungen der Länder. Die Umsatzerlöse aus den Dienstleistungen für Dritte sind von untergeordneter Bedeutung.

Lage zum Bilanzstichtag

Das AfS weist für das Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 69 aus. Das Eigenkapital beträgt TEUR 664, die Eigenkapitalquote 7,9 Prozent. Zum Bilanzstichtag ist gegenüber dem Vorjahr weiterhin eine stark abnehmende Liquidität zu verzeichnen. Der Cash Flow ist negativ.

Das Jahresergebnis ist wie bereits in 2013 stark durch einmalige **Sondereinflüsse** geprägt. Dazu zählen im Berichtsjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 296), Aufwandsersatz für Wahlunterstützungen für das Land Brandenburg (TEUR 643), Erträge aus der einmaligen Erstattung finanzieller Aufwendungen (Tarifanpassung 2014) durch die Länder Berlin und Brandenburg (TEUR 501), Erträge aus Buß- und Zwangsgeldabrechnungen (TEUR 361) sowie periodenfremde Aufwendungen (TEUR 85) und periodenfremde Erträge (TEUR 132)

Das Anlagevermögen beträgt TEUR 2.290. Wesentlicher Bestandteil ist der im Finanzanlagevermögen ausgewiesene Sparbrief mit einem Nennwert in Höhe von TEUR 2.000, der der anteiligen Pensionssicherung der im AfS beschäftigten Beamtinnen und Beamten dient.

Chancen und Risiken künftiger Entwicklung

Ein auf die spezifischen Bedürfnisse des AfS abgestimmtes Risikomanagement ist implementiert und funktionsfähig. Dabei nutzt das AfS den Risikobegriff des Bundesrechnungshofes. Diesem zufolge sind „Risiken für Behörden solche Ereignisse und Entwicklungen, die sie vorübergehend oder dauerhaft daran hindern, die ihnen übertragenen Aufgaben erfolgreich und wirtschaftlich zu erfüllen.“ Das AfS handelt gemäß Staatsvertrag nicht gewinn-, sondern aufgaben- und leistungsorientiert. Die wesentlichen Regelungen und Maßnahmen des Risikomanagementsystems sowie die Dokumentationserfordernisse sind im Risikomanagement-Handbuch beschrieben.

Personalrisiken

Synergien zu heben durch die Zusammenlegung von zwei Ämtern, war ein wesentliches Ziel bei der Gründung der Zweiländeranstalt Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Dieses Ziel wurde in den vergangenen Jahren erfolgreich umgesetzt. Seit der Amtsgründung wurden 12,5 Prozent des Personals abgebaut und gleichzeitig die gesetzlichen Aufgaben der Amtlichen Statistik auf dem erforderlichen qualitativen und quantitativen Niveau realisiert.

Bereinigt um die Summe der tariflichen Steigerungen wurden die Personalkosten mit 11,6 Prozent fast in gleichem Maße gesenkt. Aufgrund der Tarifsteigerungen sind die Personalkosten absolut jedoch um 14,35 Prozent gestiegen. Dieser steigende Kostendruck verlangt deshalb auch in den nächsten Jahren weitergehende organisatorische Maßnahmen sowie strukturelle Optimierung in allen Bereichen.

Aufgrund der Altersstruktur der Belegschaft werden in den nächsten fünf Jahren fast 20 Prozent der Beschäftigten ausscheiden. Dieser Trend wird anhalten, so dass bis 2025 nahezu die Hälfte der jetzigen Beschäftigten in den Ruhestand ausgeschieden ist. Der Generationenwechsel beschleunigt den Umbau des Amtes zu einem modernen Dienstleister in einem Maße, dass ohne eine umfassende Personalstrategie die Durchführung der amtlichen Statistik nicht mehr sichergestellt werden kann.

Eine in 2014 initiierte ausführliche Personalbedarfsplanung bildet den Anfangspunkt dieser Personalstrategie, die auf die Verbesserung der Produktivität, die Erhöhung der qualitativen Mitarbeiterkapazität und die Beschaffung von Personal ausgerichtet sein muss.

In Verbindung mit einer konsequenten Aufgabenkritik schafft die Personalstrategie die Voraussetzung für einen angemessenen Einstellungskorridor, der für die nächsten Jahre zu definieren ist, um das richtige und genügend qualifizierte Personal für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben gewinnen zu können.

IT-Risiken

Die täglichen Produktionsprozesse im AfS sind in allen Bereichen ohne IT nicht möglich. Die IT-gestützte Integration der Geschäftsprozesse setzt voraus, dass die mit ihr verbundenen Risiken für die Stabilität der Geschäftsprozesse sowie für die Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der Daten und der IT für das AfS, seine Auskunftspflichtigen und seine Kunden minimiert sind.

Soweit das AfS Dienstleister, wie bei der IT-Infrastruktur, einsetzt, werden vertragliche Vereinbarungen abgeschlossen um sicherzustellen, dass die Verfügbarkeitsrisiken eingeschränkt werden. Allerdings können aufgrund der Finanzlage nur Verträge und Service Level Agreements auf mittlerem Niveau abgeschlossen werden. D.h. es müssen u.U. etwas längere Ausfallzeiten und damit ein Arbeitsstillstand in Kauf genommen werden.

Hinsichtlich Datenschutz und IT-Sicherheit wurden vom AfS unter den gegebenen Rahmenbedingungen alle erforderlichen organisatorischen, personellen und technischen Maßnahmen nach den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) getroffen. Zu diesen Maßnahmen gehören u.a. die Aufstellung eines IT-Sicherheitskonzeptes für alle drei AfS-Standorte und moderne Verschlüsselungsverfahren, die eine abhörsichere Authentisierung und Übertragung der Daten im Onlineverfahren für Statistikmeldungen gewährleisten. Die neuen Anforderungen des IT Planungsrates sind entsprechend des abgestimmten Arbeits- und Zeitplans im Statistischen Verbund umzusetzen.

Die Datenbestände erfordern durchgängig einen erhöhten Schutzbedarf. Die fortschreitende Vernetzung der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes im Zuge der gemeinsamen Datenverarbeitung und Datenhaltung erfordert eine Erhöhung der IT-Sicherheit. Diese Anforderungen werden auch in den nächsten Jahren mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden sein.

Die genannten Risiken werden sich auf die ämterübergreifende Zusammenarbeit und Vertiefung der Arbeitsteilung im Statistischen Verbund auswirken. Konkret bedeutet dies, dass das AfS seine Rolle als Dienstleister für andere Länder verlieren könnte und damit zu Ausgleichszahlungen für die nicht erbrachten Leistungen verpflichtet wäre.

Finanzrisiken

Die Betrachtung der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit des AfS kann nur im Zusammenhang mit den regelmäßigen Zuweisungen an die Anstalt für die Finanzierung der amtlichen Statistik durch die Länder Berlin und Brandenburg erfolgen. Damit ist eine direkte Abhängigkeit des AfS definiert. Die aktuelle Situation zeigt auf, dass – um diesen Risiken entgegenzuwirken – eine bedarfsorientierte Mittelzuweisung erforderlich ist, die unter anderem die tariflichen und gesetzlichen Veränderungen berücksichtigt.

Prognose

Die mittelfristige Finanzplanung des AfS zeigt auf, dass die derzeitige Grundvergütung für die amtliche Statistik Höhe von TEUR 26.000 nicht auskömmlich ist. Die wirtschaftliche Lage des AfS wird sich unter diesen Rahmenbedingungen zunehmend verschlechtern. Das Eigenkapital wird bei gleichzeitig negativem Cash Flow nachhaltig abnehmen. Unter Zugrundelegung einer bedarfsorientierten Mittelzuweisung würde sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des AfS stabilisieren.

Die weitere finanzielle Lage des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg hängt somit fast ausschließlich von dem Ergebnis künftiger Vereinbarungen zur amtlichen Statistik und der weiteren Beauftragung mit Statistik-Dienstleistungen durch Dienststellen der Länder Berlin und Brandenburg ab. Derzeit laufen Verhandlungen über eine anteilige Aufstockung der Finanzierungsanteile beider Länder in Höhe von jeweils TEUR 1.000. Rund 90 Prozent der Erträge des Amtes im Jahr 2014 (ohne Zensus) resultieren allein aus der Grundvereinbarung mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg über die amtliche Statistik.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht ereignet.

Potsdam, 28. Mai 2015

Vorstand
Rudolf Frees (komm.)



Corporate Governance Kodex

Erklärung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) zum Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen (CGK Brandenburg) für das Geschäftsjahr 2014

Das Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg hat den im Sommer 2005 in Kraft gesetzten Corporate Governance Kodex im Jahr 2010 grundlegend überarbeitet. Der Kodex ist bei den Unternehmen, bei denen das Land als Anteilseigner unmittelbar oder mittelbar die Stimmrechtsmehrheit hat, für verbindlich erklärt worden. Den anderen landesbeteiligten Unternehmen ist die Beachtung des Kodex empfohlen worden. Gemäß § 3 Abs. 4 der Satzung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg sind die Regelungen des „Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen“ anzuwenden, soweit dem nicht die Vorschriften des Staatsvertrags, der Satzung oder der Geschäftsordnung nach § 5 Absatz 6 der Satzung entgegenstehen.

Den im CGK Brandenburg niedergelegten Verhaltensempfehlungen wurde im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Geschäftsjahr 2014 mit Ausnahme der nachstehenden Abweichungen entsprochen:

1. *Eine Gewährträgersammlung findet nicht statt. Die von den Gesellschaftern nicht zwingend wahrzunehmenden Zuständigkeiten wurden an den gemäß Staatsvertrag gebildeten Verwaltungsrat übertragen.*
2. *Eine D & O-Versicherung wurde weder für den Vorstand noch für die Mitglieder des Verwaltungsrates abgeschlossen. (3.12 des CGK Brandenburg)*
3. *Der Vorstand besteht aus nur einer Person. Er leitet das AfS eigenverantwortlich. (4.2 des CGK Brandenburg)*
4. *Eine erfolgsorientierte Vergütung ist für den Vorstand nicht vorgesehen. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten keine gesonderte Vergütung. (4.3 und 5.4.8 des CGK Brandenburg)*
5. *Der Verwaltungsrat hat keine Ausschüsse zur Unterstützung seiner Tätigkeit gebildet. (5.3 CGK Brandenburg)*

Berlin, den 25. März 2015
Für den Verwaltungsrat

Kurt Kliem
Verwaltungsratsvorsitzender

Potsdam, den 25. März 2015
Vorstand

Rudolf Frees
Vorstand



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Anstalt des öffentlichen Rechts

Vergütung der Unternehmensorgane in 2014

1. Vorstand des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Der Vorstand hat in 2014 folgende Vergütung erhalten:

Prof. Dr. Ulrike Rockmann	01.01.2014-28.02.2014	13.701 EUR
Rudolf Frees	01.03.2014-31.12.2014	70.424 EUR

Eine erfolgsorientierte Vergütung und andere Vergütungsbestandteile sind für den Vorstand nicht vorgesehen.

2. Der Verwaltungsrat

Besetzung des Verwaltungsrates in 2014

Name	Behörde	Tätigkeit/ Position	Funktion
Kurt Kliem	Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin	Abteilungsleiter	Vorsitzender
Hans-Werner Michael	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg	Referatsleiter	Stellv. Vorsitz
Dr. Maria Henriette Abel	Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin	Abteilungsleiterin	Mitglied
Iris Lübke	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg	Referatsleiterin	Mitglied

Die Verwaltungsratsmitglieder erhalten keine gesonderte Vergütung.

BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, Berlin

1 Geschäftsverlauf

1.1 Überblick und Rahmenbedingungen

Durch die Novellierung des Bäder-Anstaltsgesetzes (BBBG) und die in 2006 getroffene Entscheidung zur Gründung der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG (BBB Infra KG) wurden die für die Neustrukturierung der BBB (Trennung von Infrastruktur und Betrieb) erforderlichen Grundlagen geschaffen.

Vorrangiges Unternehmensziel ist es auch weiterhin, durch betriebswirtschaftliche Optimierung und Entwicklung der im Eigentum befindlichen Bäderstandorte zusätzliche Erlöse zu generieren und damit einen nachhaltigen Beitrag zum Erhalt des Bäderangebotes in Berlin zu leisten.

Komplementärin des Unternehmens ist die BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH mit Sitz in Berlin. Kommanditistin ist das Land Berlin. Von der Kommanditistin wurde ein wesentlicher Anteil aus dem Bestand an 63 Hallen-, Kombi-, Sommer- und Freibädern auf die Gesellschaft übertragen. Das Land Berlin brachte als Kapital bisher 58 Bäderliegenschaften sukzessive ein und hält 100 % der Gesellschafteranteile.

1.2 Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Bereits im Jahr 2013 wurde der Beschluss gefasst, bisherige personelle Doppelstrukturen zwischen der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG und der BBB AöR abzubauen. Die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, die Eigentümerin der Bäder-Liegenschaften, wird eine reine Vermögensgesellschaft werden ohne eigenes Personal. Das Gros der Beschäftigten schied bereits aus dem Unternehmen aus.

Zum 31.12.2014 sind unverändert 58 von insgesamt 60 einzubringenden Liegenschaften mit notariellem Grundstücksübertragungsvertrag auf die Gesellschaft übertragen worden. Bei den noch ausstehenden Liegenschaften handelt es sich um die Sonderfälle SSE Schwimm- und Sprunghalle im Europapark und das Strandbad Wannsee. Für die Sommerbäder Neukölln und Humboldthain sowie Freibad Plötzensee stehen die Eigentumsumschreibungen noch aus.

Für zwei neu- bzw. teilvermessene Liegenschaften wurde im Jahresabschluss 2014 Anpassungen der Einbringungswerte vorgenommen. Hierdurch hat sich eine geringfügige Reduzierung der Grundstückswerte ergeben.

Das Bädersanierungsprogramm umfasst Maßnahmen an 39 Standorten. Bis zum Ende des Jahres 2014 konnten alle Baumaßnahmen nahezu abgeschlossen werden.

Im Kombibad Spandau Süd finden noch Restarbeiten im Frühjahr 2015 in geringem Umfang statt. Für die Projekte Kombibad Spandau Süd, Kombibad Gropiusstadt und Schwimmhalle Finckensteinallee sind die endgültigen Abrechnungen zu erstellen und mit den Verwendungsnachweisen im Jahr 2015 einzureichen.

Das Bädersanierungsprogramm ist seit 2008 nicht mehr als reines Instandsetzungsprogramm zur Vermeidung von Bäderschließungen fortgeführt worden. Die Vorhaben wurden konzeptionell umfassender betrachtet, um die Sanierungsziele auch mit den Zielen des Klimaschutzes und der Energieeinsparung in Übereinstimmung zu bringen.

Ursprünglich war das Bädersanierungsprogramm mit einem Volumen in Höhe von T€ 45.000 ausgestattet. Zur Ausfinanzierung der Baumaßnahmen wurde im Jahr 2013 eine Aufstockung um T€ 2.952 bewilligt. Im Jahr 2014 erfolgten mit T€ 3.237, T€ 1.763 und T€ 604 weitere Aufstockungen. Das Gesamtvolumen des Bädersanierungsprogramms beläuft sich somit auf T€ 53.556.

Ergänzt wird das Bädersanierungsprogramm durch Mittel für die energetische Sanierung aus dem Umweltentlastungsprogramms II (UEP II) bis zu einer Höhe von T€ 8.412 und aus dem Investitionspakt in Höhe von T€ 3.100 sowie dem Konjunkturpaket II von T€ 6.153. Infolge von Feststellungen im Rahmen der Vergabeprüfungen wurde der Erstattungsbetrag des Umweltentlastungsprogramms II in 2013 um T€ 125 gekürzt.

Die Mittel des Investitionspaktes sowie des Konjunkturpaketes II wurden bereits vor 2014 vollständig verausgabt.

Insgesamt sind für das Bädersanierungsprogramm 47 Verwendungsnachweise sowie weitere drei für die Programme UEP II und Investitionspakt zu erstellen. 42 Verwendungsnachweise wurden bisher eingereicht.

2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die BBB Infra KG schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem positiven Ergebnis von T€ 7 (Vj: T€ -25) ab.

Angaben in	2014		2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	1.277	8,0	1.434	9,6	-157	-10,9
Umsatzerlöse	1.277	8,0	1.434	9,6	-157	-10,9
Zuwendungen	13.098	81,6	12.440	83,5	658	5,3
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	569	3,5	446	3,0	123	27,6
übrige Erträge	1.102	6,9	579	3,9	523	90,3
Sonstige betriebliche Erträge	14.769	92,0	13.465	90,4	1.304	9,7
Betriebserträge	16.046	100,0	14.899	100,0	1.147	7,7
Personalaufwendungen	-187	1,2	-632	4,2	445	-70,4
Abschreibungen	-577	3,6	-460	3,1	-117	25,4
Instandhaltungsaufwendungen	-10.730	66,9	-11.812	79,3	1.082	-9,2
Einstellung in den Sonderposten für Investitionsz	-3.228	20,1	-743	5,0	-2.485	334,5
Verwaltungsaufwendungen	-395	2,5	-437	2,9	42	-9,6
Betriebsaufwendungen	-26	0,1	-15	0,1	-11	73,3
Gewinnunabhängige Steuern	-896	5,6	-825	5,6	-71	8,6
Betriebsaufwendungen	-16.039	100,0	-14.924	100,2	-1.115	7,5
Betriebsergebnis	7		-25		32	-128,0
Zinsergebnis	0		0		0	
Ergebnis vor Ertragssteuer	7		-25		32	-128,0
Ertragssteuer	0		0		0	
Jahresergebnis	7		-25		32	-128,0

Der BBB Infra KG ist es 2014 gelungen, ein leicht positives Ergebnis darzustellen. Den Aufwendungen für bauliche Instandhaltung in Höhe von T€ 10.730 und den auf T€ 3.228 gestiegenen Investitionen stehen Fördermittel/ Zuwendungen von insgesamt T€ 13.098 sowie gestiegene übrige Erträge gegenüber. Der Anstieg der übrigen Erträge resultiert überwiegend aus ertragswirksamen Auflösungen von Rückstellungen.

Die um T€ -157 ermäßigten Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.277 wurden ausschließlich mit der Berliner Bäder-Betriebe AöR aus dem Pachtvertrag für die im Eigentum befindlichen Liegenschaften erzielt. Die laufenden Aufwendungen für Verwaltung und Personal inkl. der Grundsteuern für die Liegenschaften werden im Wesentlichen durch die Erlöse aus dem Pachtvertrag sowie den laufenden Geschäftsbetrieb betreffende sonstige betriebliche Erträge gedeckt.

2.2 Vermögenslage

Angaben in	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Langfristiger Bereich						
Immaterielle Vermögensgegenstände	55	0,0	115	0,1	-60	-52,2
Sachanlagen	94.701	95,7	91.985	95,9	2.716	3,0
Anlagevermögen	94.756	95,7	92.100	96,0	2.656	2,9
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	57	0,1	132	0,1	-75	-56,8
Forderungen gegenüber dem Gesellschafter	808	0,8	1.634	1,7	-826	-50,6
Sonstige Vermögensgegenstände	267	0,3	723	0,8	-456	-63,1
Liquide Mittel	3.029	3,1	1.335	1,4	1.694	126,9
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,0	12	0,0	-2	-16,7
Umlaufvermögen	4.171	4,3	3.836	4,0	335	8,7
Bilanzvolumen	98.927	100,0	95.936	100,0	2.991	3,1
PASSIVA						
Langfristiger Bereich						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.056	6,1	3.397	3,5	2.659	78,3
	6.056	6,1	3.397	3,5	2.659	78,3
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Rückstellungen	2.290	2,3	2.845	3,0	-555	-19,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.044	2,1	1.113	1,2	931	83,6
Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	39	0,0	39	0,0	0	0,0
übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	34	0,0	81	0,1	-47	-58,0
	4.407	4,4	4.078	4,3	329	8,1
Eigenkapital	88.464	89,5	88.461	92,2	3	0,0
Bilanzvolumen	98.927	100,0	95.936	100,0	2.991	3,1

Die Bilanzsumme hat sich von T€ 95.936 auf T€ 98.927 und somit um T€ 2.991 (3,1%) erhöht. Dies begründet sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Anlagevermögen korrespondierend mit den Veränderungen des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Das Anlagevermögen erhöht sich um T€ 2.656. Es erfolgten Zugänge in Höhe von insgesamt T€ 3.408 mit dem Schwerpunkt auf technischen Anlagen (T€ 2.481) und Badausstattungen (T€ 332). Den Investitionen stehen Abschreibungen von T€ 577 sowie Nettoabgänge in Höhe von T€ 175 gegenüber. Die Wertkorrekturen aus Vermessung und Anpassung der unbebauten und baulichen Flächen belaufen sich auf T€ +4.

Die aktivierungsfähigen Instandsetzungen wurden durch Zuwendungen des Landes Berlin finanziert. Die ertragswirksame Vereinnahmung von erhaltenen Investitionszuschüssen wird über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes verteilt. Hierzu ist ein „Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“ gebildet. Die jährliche Auflösung des Sonderpostens in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und beträgt T€ 569 (Vj: T€ 446).

Die Vermögenslage des Unternehmens ist ausgewogen; das langfristige Vermögen der Gesellschaft (T€ 94.756 / Vj: T€ 92.100) ist mit 93,4 % (Vj: 96,0 %) im Wesentlichen durch Eigenmittel (T€ 88.464 / Vj: T€ 88.461) finanziert.

Unter Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse beträgt die wirtschaftliche Eigenkapitalquote 95,6 % (Vj: 95,8 %).

2.3 Finanzlage

Angaben in T€	2014	2013	Veränderung
Periodenergebnis	7	-25	32
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	577	460	117
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-555	2.249	-2.804
Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-569	-446	-123
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	3	-3
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.363	-1.961	3.324
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	880	-1.144	2.024
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	1.703	-864	2.567
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.237	-745	-2.492
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-3.237	-745	-2.492
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	3.228	743	2.485
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.228	743	2.485
Veränderung des Finanzmittelbestandes	1.694	-866	2.560
Stand Finanzmittelfonds zum 01.01.	1.335	2.201	-866
Stand Finanzmittelfonds zum 31.12.	3.029	1.335	1.694

Ihren Zahlungsverpflichtungen kam die BBB Infra KG im Geschäftsjahr fristgerecht nach. Zum Jahresende hat sich der Bestand an Liquidem Mitteln um T€1.694 auf T€3.029 erhöht.

Der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich 2014 auf T€1.703. Er erhöht sich im Wesentlichen aufgrund rückläufiger Forderungen sowie gestiegenen Verbindlichkeiten. Es wurden regelmäßig Skontoerträge geltend gemacht und zu Gunsten des Verbrauchs der Zuwendungen vereinnahmt.

3 Personal

Zum 31.12.2014 beschäftigte die Gesellschaft drei Mitarbeiter (Vj: 13). Davon schied ein Beschäftigter zum 31.12.2014 aus. Im Jahresmittel waren fünf Beschäftigte (Vj: 13) im Unternehmen tätig.

Nach dem Abschluss der Sanierungsvorhaben aus dem Bädersanierungsprogramm und der Erstellung der Verwendungsnachweise wird das Unternehmen als reine Vermögensgesellschaft ohne eigenes Personal geführt.

Über einen Dienstleistungsvertrag werden die Serviceleistungen und Geschäfte der Gesellschaft durch die BBB AöR besorgt.

4 Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung führen würden, als sie durch den Abschluss und den Lagebericht vermittelt werden.

5 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die BBB Infra ist bestrebt, negative Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung rechtzeitig zu erkennen und so geeignete Maßnahmen zu deren Abwehr einzuleiten. Durch monatliche Analysen zu Plan-/Ist-Abweichungen können frühzeitig negative Entwicklungen erkannt werden. Des Weiteren werden durch das Baucontrolling regelmäßige Budgetvergleiche zu den Maßnahmenplanungen durchgeführt.

Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig im Rahmen der Gremiensitzungen zur Lage der Gesellschaft. Über Geschäftsvorfälle, die als schwerwiegendes Risiko identifiziert werden, wird der Aufsichtsratsvorsitzende umgehend und regelmäßig informiert.

Bestandsgefährdende Risiken für die Gesellschaft sind nicht erkennbar. Die Änderung politischer, rechtlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen können mögliche Risiken für die künftige Ergebnissituation der BBB Infra haben.

Durch die noch ausstehende Bestandsaufnahme von bestehenden Leitungs- und Wegerechten, die teilweise - bedingt durch historische Gegebenheiten - bisher den Grundbüchern nicht zu entnehmen waren bzw. sind, sind bei den einzelnen Liegenschaften Risiken für Wertminderungen aber auch Werterhöhungen möglich. Diese Korrekturen würden ebenfalls die durch die Kommanditistin erbrachten Rücklagen erhöhen oder vermindern. Die Risiken in weiteren daraus ggf. erforderlichen Nachbewertungen der Grundstücke werden gering eingeschätzt. Sofern die Bestandsaufnahme auch fehlende Leitungs- und Wegerechte anliegender Grundstücke betreffend zu Tage bringt und diese Durchleitungen für den Badbetrieb erforderlich sind, können daraus Beseitigungsansprüche Dritter gegenüber der BBB Infra entstehen.

Risiken können sich ferner aus den noch ausstehenden Prüfungen der Verwendungsnachweise ergeben, wenn die Auflagen der Bewilligungsbescheide nicht vollumfänglich nachgewiesen werden können.

Die federführend von der BBB AöR vorangetriebene Bäder-Neubau-Strategie ist für die BBB Infra KG die Chance, sich langfristig am Markt im Verbund mit der BBB als Vermögensgesellschaft zu etablieren. Marktstudien und Trendanalysen zeigen, dass für

die BBB eine wesentliche Marktchance in der nach Bevölkerungsmilieus ausdifferenzierten wohnortnahen Angebotsgestaltung liegt. Für die optimale Erfüllung der Bedarfsvorsorge müssen ansprechende neue Angebote weitere Teile der Bevölkerung neu erreichen bzw. zurückgewinnen. Dabei soll auf bereits im Vermögen der BBB Infra KG befindlichen Liegenschaften der Neubau von einigen multifunktionalen Bädern realisiert werden.

Ab 2015 wird sich die BBB Infra KG gezielt der weiteren Entwicklung ihrer Badliegenschaft aus dem Blickwinkel des Bäderkonzeptes 2025, welches am 10.02.2015 im Berliner Senat beschlossen wurde, widmen.

Der Wirtschaftsplan 2015 wurde am 18.11.2014 vom Aufsichtsrat genehmigt. Nach dem Bäderanstaltsgesetz des Landes Berlin sind die im Eigentum der BBB Infra KG gehaltenen Badliegenschaften an die BBB AöR verpachtet. Die für die Badliegenschaften aufzubringende Grundsteuer unterliegt weiterhin den vertraglichen Regelungen zum Pachtobjekt und wird erfolgsneutral an die BBB AöR berechnet. Die verbleibenden Personalkosten, die Sachkosten sowie die Aufwendungen für den AöR Servicevertrag sind kostendeckend aus dem Pachtzins der Hauptpächterin finanziert. Insofern rechnet die Geschäftsführung mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis 2015 in Höhe von T€0,6.

6 Corporate Governance Kodex

Geschäftsführung und Aufsichtsrat der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Die gemeinsame erweiterte Entsprechenserklärung (siehe Anlage) des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Berliner Fassung (BCGK) soll in der Aufsichtsratssitzung am 13. April 2015 beschlossen werden.

Berlin, den 16. Februar 2015

Ole Bested Hensing
Geschäftsführer

Annette Siering
Geschäftsführerin

Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung · Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung · Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt.</p> <p>In den Fällen in denen die Verschwiegenheit externer bzw. Dritter von Bedeutung ist, wird diese vertraglich geregelt.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> · Sitzungen des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat 2014 unter Beteiligung der Geschäftsleitung vier Sitzungen abgehalten.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> · Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. · Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich von Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	<p>Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt und regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsführung.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> · Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens zwei Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungsterminen · Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für die Sitzungs- und Entscheidungstermine des Aufsichtsrates war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung).</p> <p>Soll-/Ist-Vergleiche bezogen auf den Wirtschaftsplan 2014 wurden vorgenommen, die Planabweichungen dem Aufsichtsrat plausibel und nachvollziehbar dargestellt und erläutert; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden benannt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I.5	<ul style="list-style-type: none"> · Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats · D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besteht ohne Selbstbehalt.</p>

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> · Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben · Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Bestimmungen · Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und -controlling.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> · Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung 	<p>Die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit für die Geschäftsleitung waren in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Ein Vorsitzender der Geschäftsleitung und eine Beschlussmehrheit wurden nicht bestimmt.</p> <p>Beschlüsse der Geschäftsführung werden in der Regel gemeinschaftlich in Sitzungen gefasst.</p> <p>Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer nach außen gemeinsam vertreten. In der Kontoführung ist eine Einzelverfügungsberechtigung für die Geschäftsführer vereinbart.</p>

**Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
 BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
 Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013**

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

II.3	<ul style="list-style-type: none"> . Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung . Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung . Veröffentlichung der Einzelvergütung 	<p>Die Geschäftsführung erhält ausschließlich eine Ermessensbonuszahlung. Eine Bonuszahlung aus der Abrechnung der Zielvereinbarung 2013 ist in 2014 an die Geschäftsführer erfolgt. Eine Zielvereinbarung für 2014 wurde abgeschlossen. Im Rahmen der Offenlegung des Jahresabschlusses 2014 der BBB Infrastruktur GmbH wird diese Bonuszahlung veröffentlicht.</p>
------	--	---

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> . Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäfts-anweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen . Geschäftsordnung des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben entsprechend des Gesellschaftsvertrages wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
-------	---	---

III.2	<ul style="list-style-type: none"> . Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat, im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss 	<p>Die Anstellung und die Vergütungsregelungen für die Geschäftsführung wurden im Plenum entschieden.</p>
-------	---	---

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
III.3	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse · Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie und die Geschäftsentwicklung beraten.</p> <p>Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> · Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p>Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> · Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern · Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen · Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsfunktionen bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> · Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Die Zielvereinbarung der Geschäftsführung wurde vor der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat inhaltlich mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden abgestimmt.</p>
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> · Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat in 2014 vier Sitzungen abgehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder waren insgesamt vollständig vertreten. Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die Anforderungen an eine fachgerechte Überwachungstätigkeit wurden gewahrt.</p>

Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> · Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung · Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung 	<p>Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet.</p> <p>Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> · Wahrung des Unternehmensinteresses · Persönliche Interessen 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3/4	<ul style="list-style-type: none"> · Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats 	<p>In 2014 sind keine Interessenkonflikte entstanden.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats 	<p>Es erfolgten in 2014 keinerlei derartige Geschäfte.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> · Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung 	Die Geschäftsführerin hat die Genehmigung des Aufsichtsrates, ehrenamtlich die Funktion eines Vorstandsmitgliedes beim Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) wahrzunehmen.
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> · Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige 	An die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Kredite gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	<p>Transparente Beurteilung des Branchen- und Marktumfeldes im</p> <ul style="list-style-type: none"> · Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf · Informationen über das Unternehmen im Internet 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2013 wurde auf der Homepage der BBB Infra im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.</p>
-----------	---	--

**Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
 BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
 Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013**

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> · Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen 	<p>Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgestellt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert.</p> <p>Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.</p>
------------	---	--

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> · Berufliche, finanzielle und sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits · Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt · Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	<p>Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> · Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	<p>Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Angebots der DOMOS die Bestellung des Abschlussprüfer erklärt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde der Bestellung des Abschlussprüfers zugestimmt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> · Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung · Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> · Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 	<p>Der Abschlussprüfer hat nicht an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen.</p>

I. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin, der BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH, Berlin, vertreten durch folgende Geschäftsführer/in:

- Herr Ole Bested Hensing, in Personalunion auch Vorstand der Berliner Bäder-Betriebe, Anstalt öffentlichen Rechts, da die Gesellschaft durch die Geschäftsführer vertreten wird, die auch Vorstand der Berliner Bäder-Betriebe, Anstalt öffentlichen Rechts, sind;
- Frau Annette Siering, in Personalunion auch Vorständin der Berliner Bäder-Betriebe, Anstalt öffentlichen Rechts, da die Gesellschaft durch die Geschäftsführer vertreten wird, die auch Vorstand der Berliner Bäder-Betriebe, Anstalt öffentlichen Rechts sind.

Die Geschäftsführer/in erhielten von der Gesellschaft keine Vergütung.

Die Geschäftsführer/in sind gemeinschaftlich zur Vertretung der Gesellschaft verpflichtet. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Diese Befreiung gilt auch für Rechtsgeschäfte mit den Berliner Bäder-Betrieben, Anstalt des öffentlichen Rechts.

BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH

**Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2014
der
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH
Berlin**

1 Geschäftsverlauf

Die GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26. September 2006 gegründet. Sie ist bis auf die Einlage ohne eigenes Vermögen. Sie ist persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG (BBB Infra KG) und vertritt diese im Außenverhältnis.

Die Geschäftsfelder der GmbH lagen auch 2014 rein auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr der BBB Infra KG mit sich gebracht hat.

2 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die alleinige Tätigkeit der Gesellschaft als Geschäftsführerin und persönlich haftende Gesellschafterin der BBB Infra KG spiegelt sich auch in der Ertragslage, die im Wesentlichen die Aufwendungen, die der Gesellschaft in Zusammenhang mit der Geschäftsführung der BBB Infra KG entstehen und deren Weiterbelastung beinhaltet, wider.

Das Unternehmen erzielte im Berichtsjahr 2014 neben der Haftungsvergütung (€ 500), welche in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wird, Umsätze in Höhe von €21.365,16 (Vj: €21.878,63). Die Umsätze beziehen sich auf die vereinbarte Umlage gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der BBB Infrastruktur GmbH & CO.KG, um die entstandenen Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der KG abzudecken.

Zusammen mit periodenfremden Erträgen führt dies zu einer gegenüber 2013 um €512,72 gesunkenen Gesamtleistung von €21.891,15. Dem gegenüber stehen um €567,28 gestiegene sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von €25.136,15. Diese beinhalten u. a. die Bonuszahlungen der Geschäftsführung sowie die Kosten für Buchhaltung und Steuerberatung im Rahmen der Erstellung der Jahressteuererklärung.

Insgesamt konnte der betriebliche Aufwand wegen nicht umlagefähiger Aufwendungen nicht gedeckt werden.

Die nicht umlagefähigen Jahresabschluss- und Prüfungskosten in Höhe von €3.745,00 werden durch die Haftungsvergütung (500,00 €) nicht vollständig gedeckt und ergeben den diesjährigen Jahresfehlbetrag in Höhe von €3.245,0 (Vj: €2.092,65).

2.2 Finanz- und Vermögenslage

Die Eigenkapitalquote liegt bei 35 % (Vj: 53 %). Die Reduktion resultiert im Wesentlichen aus gestiegenen Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen sowie gebildeter Rückstellungen.

Die BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH verfügt am 31. Dezember 2014 über Bestände an liquiden Mitteln von €41.591,44 (Vj: €29.264,86). Ihren Zahlungsverpflichtungen kam die Gesellschaft jederzeit fristgerecht nach.

3 Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 sind keine Vorgänge eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung führen würden, als sie durch den Jahresabschluss und den Lagebericht vermittelt werden.

4 Chancen- und Risikobericht

Die Geschäftsfelder der GmbH liegen weiterhin rein auf Handlungen, die der gewöhnliche Geschäftsverkehr der BBB Infra KG mit sich bringt. Hierfür erhält die GmbH neben der Haftungsvergütung eine vereinbarte Umlage gem. § 8 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der BBB Infrastruktur GmbH & CO.KG, um die entstandenen Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der BBB Infra KG abzudecken.

Für die Gesellschaft sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken aus vergangenen oder aus künftigen Entwicklungen ersichtlich, da die Umlage für die Kostenerstattungen in regelmäßigen Abständen an die jeweiligen Kostenentwicklungen angepasst wird. Außerdem werden Maßnahmen diskutiert, wie zukünftig die nicht umlagefähigen Kosten abgedeckt werden können. Die Anpassung der Haftungsvergütung von derzeit 2 % des Stammkapitals unter Beachtung der maßgeblichen Gewinnaufteilung aus der Kommanditgesellschaft und Ausgleich für die Übernahme der persönlichen Haftung und Entschädigung in Höhe von 2 %, höchstens jedoch in Höhe von 10 % des Stammkapitals wird für die Komplementärin gemäß §§ 8 und 14.4 des Gesellschaftsvertrages neu zu verhandeln sein.

Eine positive Entwicklung des Zinsniveaus wird derzeit jedoch nicht erwartet. Andererseits könnten sich die Zinserträge bei positiver Entwicklung der liquiden Mittel und unter der Annahme eines gleichbleibenden Zinsniveaus wieder erhöhen und könnten dann wieder vermehrt zur Kostendeckung der nicht umlagefähigen Aufwendungen beitragen.

Risiken aus der Komplementärstellung bei der BBB Infra KG sind derzeit nicht zu erkennen.

Die Geschäftsführung sieht im Rahmen der Neustrukturierung der Berliner Bäderlandschaft auch die Notwendigkeit, die Gesellschafterstrukturen der BBB Infra GmbH & Co KG neu auszurichten. Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, zur Erreichung eines besseren Durchgriffes und der Vermeidung von Vergabeschwierigkeiten soll der vollständige Erwerb der Geschäftsanteile der BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH durch die AöR erfolgen. Die entsprechenden Zustimmungserfordernisse wurden eingeholt und der Erwerbsvorgang soll

in 2015 erfolgen. Zugleich kann die Überwachung der Geschäftsführung durch einen eigenen Aufsichtsrat der GmbH, wie er jetzt besteht, entfallen. Die Gesellschafterrechte nimmt künftig der Vorstand der AöR unmittelbar wahr. Die Tätigkeit des Vorstandes wird durch den Aufsichtsrat der AöR überwacht.

5 Prognosebericht

Das Unternehmen wird auch 2015 vorrangig die Vertretung der KG im Außenverhältnis als Geschäftstätigkeit haben.

Basierend auf der Vereinbarung mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG, nach der alle Aufwendungen in Bezug auf die Geschäftsführung der KG erstattet werden, der angestrebten Lösung für die Kompensation der bisher nicht umlagefähigen Kosten und auf Basis eines unveränderten Zinsniveaus im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 wird 2015 wieder mit einem nahezu ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet.

6 Corporate Governance Kodex

Aufsichtsrat und Geschäftsführung der BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Die gemeinsame erweiterte Entsprechenserklärung (siehe Anlage) des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Berliner Fassung (BCGK) soll in der Aufsichtsratssitzung am 13. April 2015 beschlossen werden.

Berlin, 16. Februar 2015

Ole Bested Hensing
Geschäftsführer

Annette Siering
Geschäftsführerin

Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung · Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung · Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt.</p> <p>In den Fällen in denen die Verschwiegenheit externer bzw. Dritter von Bedeutung ist, wird diese vertraglich geregelt.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> · Sitzungen des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat 2014 unter Beteiligung der Geschäftsleitung vier Sitzungen abgehalten.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> · Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. · Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich von Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	<p>Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt und regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsführung.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> · Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens zwei Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungsterminen · Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für die Sitzungs- und Entscheidungstermine des Aufsichtsrates war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung).</p> <p>Soll-/Ist-Vergleiche bezogen auf den Wirtschaftsplan 2014 wurden vorgenommen, die Planabweichungen dem Aufsichtsrat plausibel und nachvollziehbar dargestellt und erläutert; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden benannt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I.5	<ul style="list-style-type: none"> · Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats · D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat besteht ohne Selbstbehalt.</p>

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> · Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben · Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Bestimmungen · Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und -controlling.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> · Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung 	<p>Die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit für die Geschäftsleitung waren in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Ein Vorsitzender der Geschäftsleitung und eine Beschlussmehrheit wurden nicht bestimmt.</p> <p>Beschlüsse der Geschäftsführung werden in der Regel gemeinschaftlich in Sitzungen gefasst.</p> <p>Die Gesellschaft wird durch die Geschäftsführer nach außen gemeinsam vertreten. In der Kontoführung ist eine Einzelverfügungsberechtigung für die Geschäftsführer vereinbart.</p>

**Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
 BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
 Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013**

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

II.3	<ul style="list-style-type: none"> . Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung . Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung . Veröffentlichung der Einzelvergütung 	<p>Die Geschäftsführung erhält ausschließlich eine Ermessensbonuszahlung. Eine Bonuszahlung aus der Abrechnung der Zielvereinbarung 2013 ist in 2014 an die Geschäftsführer erfolgt. Eine Zielvereinbarung für 2014 wurde abgeschlossen. Im Rahmen der Offenlegung des Jahresabschlusses 2014 der BBB Infrastruktur GmbH wird diese Bonuszahlung veröffentlicht.</p>
------	--	---

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> . Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäfts-anweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen . Geschäftsordnung des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben entsprechend des Gesellschaftsvertrages wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
-------	---	---

III.2	<ul style="list-style-type: none"> . Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat, im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss 	<p>Die Anstellung und die Vergütungsregelungen für die Geschäftsführung wurden im Plenum entschieden.</p>
-------	---	---

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
III.3	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse · Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie und die Geschäftsentwicklung beraten.</p> <p>Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> · Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p>Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> · Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern · Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen · Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsfunktionen bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> · Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Die Zielvereinbarung der Geschäftsführung wurde vor der Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat inhaltlich mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden abgestimmt.</p>
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> · Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat in 2014 vier Sitzungen abgehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder waren insgesamt vollständig vertreten. Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Die Anforderungen an eine fachgerechte Überwachungstätigkeit wurden gewahrt.</p>

Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> · Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung · Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung 	<p>Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet.</p> <p>Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> · Wahrung des Unternehmensinteresses · Persönliche Interessen 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3/4	<ul style="list-style-type: none"> · Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats 	<p>In 2014 sind keine Interessenkonflikte entstanden.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats 	<p>Es erfolgten in 2014 keinerlei derartige Geschäfte.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> · Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung 	Die Geschäftsführerin hat die Genehmigung des Aufsichtsrates, ehrenamtlich die Funktion eines Vorstandsmitgliedes beim Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) wahrzunehmen.
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> · Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige 	An die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Kredite gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	<p>Transparente Beurteilung des Branchen- und Marktumfeldes im</p> <ul style="list-style-type: none"> · Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf · Informationen über das Unternehmen im Internet 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2013 wurde auf der Homepage der BBB Infra im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.</p>
-----------	---	--

**Erweiterte BCGK-Erklärung 2013 (Berliner Corporate Governance Kodex)
 BBB Infrastruktur-Verwaltungs GmbH und BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG
 Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2013**

2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> · Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen 	<p>Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgestellt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert.</p> <p>Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.</p>
------------	---	--

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> · Berufliche, finanzielle und sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits · Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt · Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	<p>Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> · Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	<p>Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Angebots der DOMOS die Bestellung des Abschlussprüfer erklärt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde der Bestellung des Abschlussprüfers zugestimmt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> · Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung · Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> · Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 	<p>Der Abschlussprüfer hat nicht an den Beratungen des Aufsichtsrats teilgenommen.</p>

Berlin, 12.06.2015

Bezüge 2014

Folgende Bezüge wurden in 2014 ausbezahlt:

Ole Bested Hensing:	8.000,- €
Annette Siering:	8.000,- €
Klaus Böger:	600,- €
<u>Marlies Wanjura:</u>	<u>450,- €</u>

Summe: 17.050,- €

Insgesamt wurden 17.050,00 € ausbezahlt. Die Geschäftsführung hat eine vom Aufsichtsrat beschlossene Leistungsabhängige Vergütung erhalten, Frau Wanjura und Herr Böger haben Sitzungsgelder erhalten (siehe Übersicht).

BBB Infrastruktur-
Verwaltungs GmbH
Hindenburgdamm 10
D-12203 Berlin
Telefon: + 49 (0)30 39 37 33 90
Telefax: + 49 (0)30 39 37 33 99
E-Mail: info@bbb-infra.de

Commerzbank AG
BLZ 100 400 00
Kto.-Nr.: 207 5521 00

St.Nr.: 30/164/00518

BBB Infrastruktur
Verwaltungs GmbH
Sitz der Gesellschaft:
Berlin, AG Charlottenburg
HRB 104187 B

Geschäftsführer:
Ole Bested Hensing
Anette Siering
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Henkel

AR-Mitglied	Betrag in €	Datum der AR-Sitzung
Klaus Böger	150,00	31.03.2014
Klaus Böger	150,00	18.06.2014
Klaus Böger	150,00	01.09.2014
Klaus Böger	150,00	18.11.2014
Marlies Wanjura	150,00	18.06.2014
Marlies Wanjura	150,00	01.09.2014
Marlies Wanjura	150,00	18.11.2014

Mit freundlichen Grüßen



Rebecca Behrendt

BEHALA
Berliner Hafen- und
Lagerhausgesellschaft mbH

BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Der Geschäftsbetrieb der BEHALA umfasst den Hafenbetrieb, die Lagerei und den Umschlag von Gütern und Waren, den Betrieb von Hafenanlagen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien. Die Gesellschaft befindet sich zu 100 % im Besitz des Landes Berlin.

Die Gesellschaft hält in ihrem Eigentum Immobilien mit Hafenanlagen und Gebäuden sowie Lager- und Umschlagtechnik an den Standorten Westhafen, Hafen Neukölln, Südhafen Spandau, Nonnendammallee und Viktoriaspeicher.

Geschäftsentwicklung der Gesellschaft

Der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 4.781 liegt um TEUR 2.277 unter dem des Vorjahres (TEUR 7.058). Die wesentliche Ursache liegt in der Abnahme der sonstigen betrieblichen Erträge trotz Verkaufs einer weiteren nicht betriebsnotwendigen Immobilie im Osthafen. Der Verkaufsgewinn (einschl. Berücksichtigung Rückstellung für städtebauliche Maßnahmen) für diese Immobilie wurde in Höhe von EUR 4,5 Mio. realisiert.

Die Umsätze haben sich von EUR 17,7 Mio. auf EUR 18,3 Mio. erhöht. Der Anstieg der Umsätze um EUR 0,6 Mio. resultiert u.a. aus den nunmehr ganzjährig wirksamen Mietumsätzen (330 T€) einer neu gebauten Halle B im Südhafen Spandau sowie dem Anstieg im Bahngeschäft (129 T€).

Dem Gesellschafter wurde im Berichtsjahr ein Gewinn von EUR 9,6 Mio. ausgeschüttet.

Die Investitionen und Bautätigkeiten für die Infrastruktur im Westhafen wurden planmäßig fortgesetzt. Das ehemalige Verwaltungsgebäude wurde etagenweise saniert. Diese Bauarbeiten werden im 1. Quartal 2015 abgeschlossen sein, die Aufwendungen werden die Plansumme nicht überschreiten. Die Bauarbeiten zur Umnutzung des Restteils der Halle 1 zur Vermietung werden voraussichtlich im Mai 2015 abgeschlossen. Die errichtete Umschlaganlage für Holzhackschnitzel der Vattenfall AG ist im Dezember 2014 vollständig fertiggestellt worden und in Betrieb gegangen.

Die städtebaulichen Maßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen Osthafens wurden im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt.

Ertragslage

a) Bereich Logistik

Das Logistikgeschäft hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der angestiegenen Umsätze im Bahnbereich und des Schwerlast-Leichter-Transports verbessert. Der Lagereibereich hat dagegen einen Umsatzrückgang zu verzeichnen. Die Logistikkumsätze betragen rd. EUR 8,0 Mio. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von 2 %. Die restlichen Logistikbereiche haben sich weiterhin stabil entwickelt, sodass der Bereich insgesamt, u.a. wegen Kostenminderungen, einen positiven Deckungsbeitrag I in Höhe von EUR 1,2 Mio. ausweist. Dies entspricht einer Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von über 100 %.

Damit konnten erneut Umsatz sowie Deckungsbeitrag gesteigert werden.

Im Containerterminal im Westhafen wurde mit 116.126 TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) ein neuer Umschlagrekord aufgestellt. Damit bleibt der in den vergangenen Jahren in Gang gesetzte Wachstumstrend erhalten.

b) Bereich Immobilien

Der Umsatz im Bereich Immobilien erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 9.732 auf TEUR 10.138. Damit ist auch im Berichtsjahr ein stabiler Deckungsbeitrag erreicht; die positive Entwicklung hat sich fortgesetzt.

Der Umsatzanstieg beruht unter anderem auf der Berücksichtigung der vollständigen ganzjährigen Mieterlöse für die neu gebaute Halle in Spandau (TEUR 330). Die Vermietungsaktivitäten auf dem Areal Viktoriaspeicher wurden intensiviert, nachdem sich der Verkauf an den Investor nicht realisieren ließ.

c) Finanzergebnis

Im Vorjahr wurde eine Wertberichtigung an der Beteiligung an der IGB Industriebahn-Gesellschaft Berlin mbH in Höhe von EUR 1,2 Mio. vorgenommen. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Wertberichtigungen vorgenommen, sodass sich das Finanzergebnis verbessert hat.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der BEHALA beträgt im Jahr 2014 EUR 95 Mio. Sie verminderte sich u.a. aufgrund der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter gegenüber dem Vorjahr (EUR 102 Mio.) um rd. 7 %.

Die immateriellen Vermögensgegenstände veränderten sich im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig. Das Sachanlagevermögen verminderte sich trotz getätigter Investitionen und unter Berücksichtigung vorgenommener Abschreibungen von EUR 77 Mio. auf EUR 74 Mio.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr (EUR 1,1 Mio.) um EUR 0,2 Mio. vermindert.

Die zum Bilanzstichtag vorgehaltenen liquiden Mittel betragen EUR 6,4 Mio. (i. Vj. EUR 11,3 Mio.). Der wesentliche Grund für die Abnahme der flüssigen Mittel liegt an dem Geldabgang für die Gewinnabführung sowie an getätigten Investitionen.

Das Stammkapital (EUR 21,0 Mio.) ist unverändert zum Vorjahresstichtag. Das Eigenkapital ist aufgrund der Gewinnausschüttung in Höhe von EUR 9,6 Mio. bei einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 4,8 Mio. von EUR 35,4 Mio. auf EUR 30,5 Mio. gesunken. Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital zuzüglich 70 % des Sonderpostens mit Rücklagenanteil zur Bilanzsumme einschließlich Sonderposten aus Zuschüssen zum Anlagevermögen) beträgt 61,2 %.

Die angestiegene Höhe der Rückstellungen von EUR 7,3 Mio. auf EUR 7,6 ist im Wesentlichen mit der Zuführung für städtebauliche Maßnahmen zu erklären, zur deren Durchführung im Zuge der erfolgten Grundstücksverkäufe die BEHALA verpflichtet ist. Pensionsrückstellungen wurden nach dem vorliegenden versicherungsmathematischen Gutachten gebildet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen unter Berücksichtigung regulärer Tilgungen bzw. Sondertilgungen zum Stichtag EUR 7,6 Mio. Das im Laufe des Jahres bei der Tochtergesellschaft, der B Plus Planungs-Aktiengesellschaft, aufgenommene Darlehen wurde im Berichtsjahr zurückgezahlt, sodass insofern keine Darlehensverbindlichkeiten bestehen.

Investitionsmaßnahmen

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von rd. EUR 3,1 Mio. getätigt. Die bereits in den Vorjahren begonnenen Maßnahmen wurden im Geschäftsjahr fortgesetzt bzw. fertiggestellt.

Die umfangreichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen zur Umnutzung der Restfläche der Halle 1 im Westhafen verlaufen planmäßig.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die BEHALA wird im Jahr 2015 ihr Kerngeschäft Logistik weiter stärken. Im Massengutumschlag werden durch die nunmehr fertiggestellte Umschlaganlage für Holzhackschnitzel am ehemaligen Zementsilo im Westhafen Mehrmengen erwartet. Damit verbunden ist eine langfristige Steigerung des Umsatzpotenzials in diesem Bereich.

Ein weiterer Fokus der Dienstleistungen wird auf den Bahnbereich gerichtet. Hier konnten in der Vergangenheit die Potenziale nicht ausreichend ausgelastet werden, sodass für 2015 eine Anpassung der Kapazitäten an die Marktanforderungen geplant ist. Das Augenmerk wird weiterhin auf der Verbesserung des Deckungsbeitrages liegen.

Im Bereich Immobilien soll die Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude, z. B. des Verwaltungsgebäudes, zu Umsatzzuwächsen führen. Bis Mitte 2015 wird die zweite Hälfte der Halle 1 umgebaut sein und dem Mieter zur Nutzung übergeben werden. Darüber hinaus werden im Südhafen Spandau auch in den Folgejahren weitere Instandsetzungs- und Ersatzinvestitionen ins Auge gefasst, um den Standort intensiver zu entwickeln und die Marktattraktivität zu steigern.

Weiter sehen wir Chancen in der laufenden Nachfrage nach Archiv- und Lagerflächen, für die wir unsere Bestandsimmobilien im Westhafen anbieten.

Risiken der künftigen Entwicklung

Ein besonderes Augenmerk legt die BEHALA auf die Kontrolle bestehender Risiken. Es findet eine kontinuierliche Überwachung der Risikolage des Unternehmens statt. Bei Auftreten etwaiger Implikationen sondiert die Geschäftsführung den Sachverhalt und setzt die jeweils erforderlichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung beziehungsweise Risikovermeidung um.

Das Risikokataster wird periodisch überprüft, aktualisiert und ggf. um weitere Positionen ergänzt. Die Ergebnisse werden im Risikobericht zusammengefasst und quartalsweise dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der bestehende Sanierungsbedarf wird im Rahmen der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen fortlaufend abgetragen.

Risiken der Finanzierung werden aufgrund regelmäßig aktualisierter Liquiditätsplanungen überwacht.

Finanzwirtschaftliche Risiken sind aufgrund der geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse, der hohen Eigenkapitalquote und der vorhandenen liquiden Mittel von untergeordneter Bedeutung.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen nicht.

Das Aufsichtsgremium wurde durch die Geschäftsführung über wichtige Vorgänge und Maßnahmen, welche die Geschäftstätigkeit der BEHALA betrafen, laufend und umfassend informiert.

Nachtragsbericht

Wesentliche Geschäftsvorfälle nach dem Bilanzstichtag, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von Bedeutung wären, sind bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes nicht eingetreten.

Die Gesellschaft hat 2015 ein Grundstück, das nicht mehr zum Betrieb notwendig war, veräußert.

Ausblick/Prognosebericht

Mit Beschluss vom 10. Dezember 2014 stimmte der Aufsichtsrat der BEHALA dem Wirtschaftsplan für das kommende Geschäftsjahr zu.

Die Geschäftsführung plant für das Geschäftsjahr 2015 ohne Berücksichtigung von Immobilienverkäufen ein positives Jahresergebnis von rd. EUR 2,0 Mio. Die kontinuierlich stabile Entwicklung soll auch in den Folgejahren beibehalten werden. Die Geschäftsführung rechnet daher ebenfalls für das Jahr 2016 mit einem positiven Ergebnis.

Zur nachhaltigen Sicherung der positiven Deckungsbeiträge im Bereich Logistik wird eine Verstärkung und Ausweitung des bereits etablierten Umschlags von Massengütern und Containern angestrebt. Ebenso werden die Leistungen der BEHALA im Bereich Immobilien auf die Steigerung des Umsatzes unter Beibehaltung der anteiligen Deckungsbeiträge gerichtet sein.

Das übergeordnete Ziel besteht darin, die Kostenstruktur und die Ertragslage weiterhin nachhaltig zu verbessern.

Sonstiges

Diesem Lagebericht ist als Anlage die Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex beigefügt.

Berlin, den 27. Februar 2015

Peter Stäblein,
Geschäftsführer der BEHALA - Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft mbH

Anlage zum Lagebericht DCGK für Unternehmen, an denen das Land Berlin beteiligt ist

Entsprechenserklärung für das Jahr 2014 für die BEHALA – Herr Stäblein

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung/Aufsichtsrat	Abweichungen
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat			
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offen gelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden vom Geschäftsführer auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>	
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.</p> <p>In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.</p>	
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.</p>	

I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>	
I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung mit Selbstbehalt wurde abgeschlossen.</p>	

II. Geschäftsleitung

<p>II.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Das Unternehmen benehmende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.</p>	
<p>II.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen 	<p>Da nur ein Geschäftsführer bestellt wurde, sind eine Geschäftsverteilung und eine Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen entbehrlich.</p>	
<p>II.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap 	<p>Die Gesamtvergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Jahresgehalt (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen.</p> <p>Die variable Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung zwischen dem Personalausschuss des Aufsichtsrats und dem Geschäftsführer.</p> <p>Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt.</p> <p>Die Gesamtvergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss aufgeteilt nach fixen und variablen Bestandteilen ausgewiesen.</p> <p>Abfindungen wurden nicht gezahlt.</p>	

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Handlungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>	
<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung; Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: <ul style="list-style-type: none"> (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Der Aufsichtsrat hat einen Wirtschafts- und Personalausschuss gebildet. Der Personalausschuss befindet abschließend über die dienstvertraglichen Angelegenheiten der Geschäftsführung. In allen übrigen Angelegenheiten haben die Ausschüsse lediglich empfehlende Befugnisse.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für Geschäftsführer festgelegt.</p> <p>Eine Nachfolgeplanung erfolgte wegen der Restlaufzeit des aktuellen Vertrages des amtierenden Geschäftsführers nicht.</p> <p>Es wurde eine Wiederbestellung ausgesprochen.</p>	

<p>IV.3 5.2 DCGK</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsführung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unternehmung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er unterrichtet wurde. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.</p>	
<p>III.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat einen Wirtschafts- und Personalausschuss. Der Personalausschuss beschließt die Anstellungsverträge und Zielvereinbarungen der Geschäftsführung. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet. Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Prüfungsausschusses und kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung.</p>	
<p>III.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die Gesamtvergütungen ergaben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt. Mit Beschluss des Gesellschafters vom 24.09.2014 wurde die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder mit Wirkung ab dem 01.10.2014 geändert.</p>	

III.6	<ul style="list-style-type: none"> Vorlage der Zielvereinbarung 	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung vereinbarte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschaftervertreter zur Beurteilung vorgelegt.
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	Kein Mitglied hat an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Die Effizienzprüfung wurde für das Jahr 2014 vorgenommen.
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung. Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung. 	Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gewährt noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> Wahrung des Unternehmensinteresses. Persönliche Interessen. 	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats. 	Es lagen keine Interessenskonflikte vor.

<p>IV.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihr nahestehenden Personen oder ihr persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.</p> <p>Der Geschäftsführer nutzt einen Stellplatz für sein Wohnmobil zu einem monatlichen marktüblichen Entgelt iHv 99,00 €.</p> <p>Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
<p>IV.6</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	<p>Der Aufsichtsratsvorsitzenden sind keine neuen Nebentätigkeiten zur Zustimmung vorgelegt worden.</p>
<p>IV.7 3.9 DCCGK</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>

V. Transparenz

<p>V. 1 und 2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.</p> <p>Unternehmensinformationen werden über das Internet veröffentlicht.</p>	
--------------------------	---	--	--

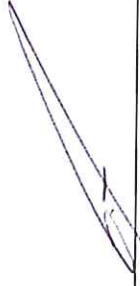
VI. Rechnungslegung

<p>VI. 1 bis 3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterte Zwischenberichte 	<p>Der Jahresabschluss wird entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen beauftragt. Die Zwischenberichte entsprechen ihnen. Der Jahresabschluss ist so beauftragt, dass er in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende) an den Gesellschafter übermittelt werden kann. Die Zwischenberichte wurden innerhalb von 19, 32 und 24 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums vorgelegt.</p> <p>Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat bzw. Prüfungsausschuss erörtert.</p> <p>Der Jahresabschluss/Zwischenbericht führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.</p>	
---------------------------	--	--	--

VII. Abschlussprüfung

<p>VII.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.</p> <p>Der Abschlussprüfer wird bei Vorlage des Jahresabschlusses aufgefordert, der Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten.</p>	
<p>VII.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>	
<p>VII. 3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung und Aufsichtsrat abgegebene Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat in 2014 den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p>	

VIII.4	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2014 teilnehmen. Er wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.	
--------	--	--	--


 Peter Stäblein
 Geschäftsführer

12.12.2014
 Datum

18. Dezember 2014
 Datum


 Heidrun Rhode-Mühlenhoff
 Vorsitzende des Aufsichtsrats

Berliner Hafen- und Lagerhausgesellschaft GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Peter Stäblein

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Geschäftsführervergütung	96.000,00
Erfolgsabhängige Vergütung	64.000,00
Summe	160.000,00
Geldwerter Vorteil Pkw	11.049,00
Risiko-Lebensversicherung	1.752,00
Pausch.-Steuer	369,67
Gesamtbezüge 2014	173.170,67

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der BEHALA

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit folgende Vergütung:

Mitglied des Aufsichtsrates	Betrag in Euro
Frau Heidrun Rhode-Mühlenhoff (AR-Vorsitzender)	5.375,00
Frau Monika Randow (stellv. AR-Vorsitzende)	4.125,00
Herr Joachim Zimmermann	3.187,50
Frau Patricia Erb-Korn	3.187,50
Frau Marina Zessin	3.187,50
Frau Gabriele Urban	3.187,50

Der BEHALA liegen für die Offenlegung der Vergütungen die Einverständniserklärungen von den Aufsichtsratsmitgliedern vor.

Berliner Bäder-Betriebe
Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Geschäftsverlauf

1.1. Überblick und Rahmenbedingungen

Die Berliner Bäder-Betriebe sind gemäß Gesetz über die Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Bäder-Betriebe (Bäder-Anstaltsgesetz – BBBG) mit dem Betrieb, der Unterhaltung und Verwaltung von Schwimmbädern des Landes Berlin betraut. Die Betriebspflicht liegt zum 31. Dezember 2014 bei 62 Bädern. Die Durchführung der Aufgaben erfolgt auf der Grundlage des BBBG mit dem Ziel einer kostengünstigen, benutzer- und umweltfreundlichen Leistungserbringung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.

Die Schwimmhallen, Sommer- und Freibäder werden insbesondere zur sportlichen Betätigung und Erholung für die Bevölkerung angeboten, die unentgeltliche Nutzung durch Schulen, Kindertagesstätten und förderungswürdige Sportorganisationen sichergestellt und Angebote für den Hochleistungssport gewährleistet. Die Berliner Bäder-Betriebe haben vom Land Berlin einen jährlichen Zuschuss in Höhe von Mio. € 45,3 für konsumtive Zwecke erhalten.

Der bewilligte Zuschuss für investive Zwecke von Mio. € 5 p. a. wurde 2014 in vollem Umfang zur Nachfinanzierung der verbleibenden Maßnahmen aus dem Bädersanierungsprogramm 2007-2012 (BSP) benötigt. Dieses wurde gemeinsam mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG fortgeführt, so dass die Schwimmhalle Finckensteinallee sowie das Kombibad Gropiusstadt im III. Quartal 2014 wieder in Betrieb genommen werden konnten. Wegen der damit nicht zur Verfügung stehenden Mittel für investive Zwecke bei den Berliner Bäder-Betrieben mussten erneut bereits geplante Maßnahmen, wie die Sanierung der Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße, zurückgestellt werden.

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten konnte am 5. Januar 2015 auch das Kombibad Spandau Süd wieder seinen Betrieb aufnehmen. Mit der Wiedereröffnung der drei genannten Bäder wurden nicht nur die drei größten Sanierungsprojekte des Bädersanierungsprogramms beendet, sondern zugleich das vom Land Berlin finanzierte und mit Fördermitteln des Landes, des Bundes und der EU ergänzte Bädersanierungsprogramm erfolgreich abgeschlossen. Dennoch verbleibt insgesamt noch ein erheblicher Instandhaltungsstau.

1.2. Marktlage und Strategie

Ein Kennzeichen der Metropole Berlin ist eine hohe soziale Durchmischung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen und Lebensstile. Vor diesem Hintergrund wurde eine Strategie entwickelt, die dieser sozialen Vielfalt und dem Auftrag an die Berliner Bäder-Betriebe aus dem Sportleitbild des Landes Berlin, nämlich "Platz zum vielseitigen Schwimmen, Baden, Spielen, Erholen und Entspannen zu bieten", gerecht wird, um eine Angebotsvielfalt zu gestalten, die alle Berlinerinnen und Berliner ansprechen kann.

Der Kern der neuen Strategie liegt in der Angebotsschaffung nach unterschiedlichen Bedarfsgruppen.

Während 63 % der Berliner Bevölkerung schwimmen möchten, um Spaß und Erholung zu haben, können sich nur 24 % sportliches Schwimmen vorstellen. Befragt man die aktuellen Besucher der Berliner Bäder, so möchten 58 % sportlich schwimmen und nur 40 % aus Gründen von Spaß und Erholung. Es ist erkennbar, dass die Berliner Bäder primär von der Gruppe der sportlichen Schwimmer präferiert werden. Deutlich erkennbar sind im Weiteren die Abweichungen, was die empfundene bzw. gewünschte Wassertemperatur angeht. Differenziert nach Schwimmtyp, empfindet es jeder Dritte, der gern zum Spaß und zur Erholung schwimmt, als zu kalt. Darüber hinaus werden weitere Interessenkonflikte der unterschiedlichen Gästegruppen erkennbar. Im Rahmen der Grundlagenstudie für das Bäderkonzept 2025 wurden die unterschiedlichen Motive für das Schwimmen bzw. Baden eingehend analysiert und verdichtet. Es zeigen sich unterschiedliche Ausprägungen von Motiven in den verschiedenen sozialen Milieus, die nach vier verschiedenen Schwerpunkten in die Segmente „Ausgleichssport“, „Bewegung und Gesundheit erhalten“, „Freizeitbaden“ und „Spaß und Event“ eingruppiert wurden.

Aus diesen strukturellen Betrachtungen heraus entwickelt sich die Segmentierungsstrategie für die einzelnen Bäder der „Berliner Bäderlandschaft“. Die Strategie fußt dabei auf zwei Säulen: Einerseits werden für die vier Haupt-Zielgruppen bestimmte Bäder marketingtechnisch positioniert und andererseits deren räumliche Verteilung über das Stadtgebiet hinweg optimiert, um die Prämisse der wohnortnahen Versorgung zu erfüllen.

1.3. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Zum 1. Januar 2014 trat die neue Tarifsatzung in Kraft. Mit ihr wird eine neue Tarifsystematik und Preisstruktur umgesetzt. Diese ermöglichen eine Verbesserung und Ausweitung des Angebotes verbunden mit einer Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes.

Die Änderung der „Satzung über die Nutzung der Einrichtungen der Berliner Bäder-Betriebe“ (Nutzungssatzung) ist zum 1. Januar 2014 in Kraft getreten. Sie beinhaltet vor allem eine Änderung der Kriterien zur unentgeltlichen Vergabe von Wasserfläche (Vergabekriterien) zugunsten des Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetriebes der Kinder- und Jugendbereiche der nutzenden Vereine.

Weiterhin wurden Maßnahmen zur Verbesserung einer zeitgemäßen und zielgruppenorientierten Angebotspalette für die Kundinnen und Kunden umgesetzt. So bieten das Stadtbad Schöneberg und das Wellenbad am Spreewaldplatz „Meerjungfrauenschwimmen“ an, in mehreren Bädern wurde das Warmbaden bei 30°C Wassertemperatur eingeführt. Der Betrieb der drei freizeitorientierten Bäder Stadtbad Schöneberg, Stadtbad Lankwitz und Wellenbad am Spreewaldplatz konnte mit der Optimierungen der Öffnungszeiten, einer Anhebung der Wassertemperatur und badspezifischen Angeboten besser an die Bedürfnisse der Kundinnen und Kunden ausgerichtet werden. Insgesamt wurden mehr Nutzungszeiten (+5,8 %) zur Verfügung gestellt.

Erstmals haben die Berliner Bäder-Betriebe eine Marketingstrategie entwickelt, die mit einer umfangreichen Werbekampagne im öffentlichen Raum verbunden ist. Die erste Stufe der Kampagne startete im Herbst 2014.

Seit Mitte des Jahres bereiten die Berliner Bäder-Betriebe über ein Qualitätsmanagement die Zertifizierung der Bäder für das Signet: ServiceQualität Deutschland vor. Die Zertifizierung der einzelnen Bäder soll 2015 erfolgen.

Seit 1. Januar 2014 wenden die Berliner Bäder-Betriebe für ihre Beschäftigten ausschließlich den TVöD an. Damit gehört das Unternehmen nur noch einem Tarifgebiet und einem Arbeitgeberverband an. Der für den Übergang der nach TV-L vergüteten Beschäftigten auf den TVöD vorgesehene Überleitungstarifvertrag wurde am 18. Februar 2014 zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV Berlin) und der Vereinigten Dienstleistungsgesellschaft ver.di schlussverhandelt. Die Überleitung der Beschäftigten aus dem TV-L in den TVöD ist abgeschlossen. Zugleich findet der Sommerbadtarif keine Anwendung mehr.

Der Berliner Senat hat am 10. Februar 2015 das Bäderkonzept 2025 beschlossen, dessen Grundlagenerarbeitung durch die Berliner Bäder-Betriebe Schwerpunkt im Berichtsjahr war.

Der Vorstand hat sein besonderes Augenmerk auf die Fortsetzung des begonnenen Restrukturierungs- und Optimierungsprozesses gerichtet. Der Aufsichtsrat wurde regelmäßig in strategische Entscheidungen einbezogen und über wichtige Geschäftsvorfälle unterrichtet.

1.4. Umsatzerlöse und Besuche

Die Berliner Bäder-Betriebe bieten neben den im BBBG geregelten Aufgaben für die entgeltfreie Nutzung von Schulen, Vereinen und Kindertagesstätten (nicht öffentlicher Badebetrieb) eine breite Angebotspalette zur öffentlichen Nutzung an. Dazu gehören neben der Schwimmbad- auch die Saunanutzung sowie ein umfangreiches Kursprogramm von Aqua-Fitness über Babyschwimmen bis hin zu Technikkursen.

Die Entwicklung der wesentlichen Besucher- / Nutzergruppen stellt sich wie folgt dar:

Angaben in Tsd.	2010	2011	2012	2013	2014
Öffentlicher Badebetrieb	3 774	3 361	3 945	4 200	3 573
davon unentgeltlich*	72	59	53	62	136
	-1,3%	-10,9%	17,4%	6,5%	-15,0%
Sauna	197	220	213	183	172
	3,1%	11,7%	-3,2%	-14,1%	-6,0%
nicht öffentlicher Badebetrieb	1 994	1 982	1 986	2 088	2 025
	1,5%	-0,6%	0,2%	5,1%	-3,0%

* u.a. Kinder unter 2 Jahren / ab 2014 unter 5 Jahren

Die öffentlichen Badegäste haben 2014 nicht so häufig die Bäder besucht wie noch im Jahr zuvor. Verzeichnete das Jahr 2013 rund Tsd. 4 200 Besuche in den Berliner Bädern waren es 2014 nur noch Tsd. 3 573. Dabei bewegten sich die Besuchszahlen der Hallenbäder mit rd. Tsd. 2 491 in etwa auf Vorjahresniveau (Tsd. 2 606). Einen deutlichen Rückgang verzeichneten hingegen die Freibäder (-32 %) aufgrund des wesentlich weniger beständigen Hochsommerwetters. Diese Entwicklung ist bundesweit zu beobachten: Überall verzeichneten Badbetreiber Rückgänge bei den Besuchen. Ein weiteres Indiz hierfür ist die rückläufige Zahl derjenigen Badegäste, welche mittels Vergünstigungen die Bäder besuchen können. Unter anderem sank die Zahl der Ferienpassnutzer um rund 37 % von Tsd. 185 im Jahr 2013 auf Tsd. 117 in 2014.

Mit der neu eingeführten Tarifstruktur und der Differenzierung nach Haupt- und Basistarif konnten die Auslastung und Kapazitäten der Bäder über die gesamte Öffnungszeit optimiert werden. Durch die Einführung des Basistarifs wurden Besucherströme auf die bisher schwachen Zeiten zwischen 10:00 und 15:00 Uhr umgelenkt. Besuchten im Jahr 2013 rund 22 % der Badegäste zwischen 10:00 und 15:00 Uhr die Hallenbäder, waren es 2014 rund 28 % die zum nun günstigeren Basistarif in die Schwimmhallen kamen.

Die Zahl der Saunabesuche sinkt gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Die Nutzung im nicht öffentlichen Badebetrieb (Eigenverbrauch) sinkt gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Insgesamt wurden 2014 Umsatzerlöse von T€ 16.187 erzielt. Der Wert liegt um T€ 116 (0,7 %) über dem des Vorjahres in Höhe von T€ 16.071.

Die Entwicklung der wesentlichen Umsatzgrößen stellt sich wie folgt dar:

Angaben in T€	2010	2011	2012	2013	2014
Schwimmbad	9.994	8.876	10.823	12.362	12.562
	-0,6%	-11,2%	21,9%	14,2%	1,6%
Sauna	1.873	2.081	1.929	1.719	1.583
	5,8%	11,1%	-7,3%	-10,9%	-7,9%
Kurse	960	1.049	1.189	1.257	1.271
	-2,4%	9,3%	13,3%	5,7%	1,1%

Die Tarifstruktur für die Schwimmbadnutzung wurde zum 1. Januar 2014 geändert. Dies führte zu einem leichten Zuwachs im Bereich Schwimmbadumsatz, welcher die Auswirkungen aus rückläufigen Besucherzahlen insbesondere aus der Sommersaison kompensierte.

Die nachfolgende Übersicht verdeutlicht den saisonalen Einfluss des Sommers auf die Entwicklung der Umsätze und Besuche:

Sommerbadsaison	2010	2011	2012	2013	2014
Schwimmbad-Umsatz in T€	3.610	2.331	3.060	4.172	3.543
	7,2%	-35,4%	31,3%	36,3%	-15,1%
Besuche (öffentlicher und nicht öffentlicher Badebetrieb) in Tsd.	1.688	1.121	1.428	1.715	1.190
	0,7%	-33,6%	27,4%	20,1%	-30,6%
Wetterdaten (Juli - August)					
durchschnittliche Temperaturen (°C)	20	19	18	20	19
durchschnittliche Sonnenstunden	731	583	590	717	658
Niederschlag (l/m ²)	200	314	283	152	134

Quelle: www.wetterkontor.de

Bei gleichbleibenden Saunatarifen sanken die Besuche und damit korrespondierend die Umsätze aus Saunanutzung. Unter anderem standen 2014 nicht alle Saunen aufgrund von außerplanmäßigen Schließzeiten sowie planmäßigen Umbaumaßnahmen in vollem Umfang zur Verfügung.

Die Umsätze aus Kursen konnten 2014 erneut leicht gesteigert werden. Grund ist eine ständige Ausweitung des Angebotes.

Das durchschnittlich erzielte Eintrittsentgelt je Schwimmbadbesuch erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von € 2,94 auf € 3,52.

1.5. Umwelt, Medien, Qualitätssicherung und Hygiene

Die Gesamtemissionen an CO₂ betragen 12.349 t (Vorjahr 13.213 t), davon entfielen anteilig auf die Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark (SSE) 1.629 t (Vj: 1.930 t).

2014 wurden durch die Photovoltaikanlage in der Schwimmhalle Märkisches Viertel 16.891 kWh Strom erzeugt. Am gleichen Standort wurden 52.179 kWh Wärmeenergie durch die Solarkollektoranlage produziert. Durch die Solarabsorberanlagen in diversen Bädern wurden insgesamt ca. 1.000 MWh Wärme erzeugt und entsprechender Bezug aus fossilen Quellen vermieden. In der Sport- und Lehrschwimmhalle Schöneberg wurde durch die Nutzung von Wärme aus Abwasser ca. 230 MWh fossile Erzeugung vermieden.

Im Wellenbad am Spreewaldplatz wurde 2014 im Rahmen der Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlagen eine Kraftwärmekopplungsanlage errichtet und in Betrieb genommen. In der SSE wurde ein Teil der Beleuchtungsanlage auf LED umgestellt. Die nach der grundhaften Sanierung in Betrieb genommenen Standorte Kombibad Gropiusstadt, Schwimmhalle Finckensteinallee und Kombibad Spandau Süd (ab Januar 2015) wurden energieeffizient saniert und die Freibäder mit Solarabsorberanlagen ausgestattet.

Die Erfolge aus den Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung von Bädern schlagen sich in der Reduzierung der Verbräuche für Wasser, Heizung und fossile Brennstoffe nieder, werden aber durch die Erhöhung der Betriebsstunden und Wiederinbetriebnahme der sanierten Standorte in Teilen kompensiert. Der Rückgang bei Fernwärme und Gas ist im Wesentlichen durch Witterungseinflüsse bedingt. Die Gradtagszahlen 2014 lagen um ca. 12 % unter den Werten des Jahres 2013¹.

BBB gesamt (inklusive Verwaltung)		2014	2013	Veränderung in %	Veränderung bereinigt in %
Wasserverbrauch	1000 m ³	863	876	-1,5	-5,4
Stromverbrauch	MWh	31.907	31.627	0,9	-1,6 ²
Heizung	MWh	58.251	60.316	-3,4	0,7
Gas- / Ölverbrauch	MWh	19.627	21.650	-9,3	-3,0

Der Verbrauch für Wasser/Abwasser reduzierte sich um 1,5 %. Die Preise für Trinkwasser und Abwasser sanken geringfügig um 1,6 %, der Preis für Niederschlagswasser blieb konstant. Die Aufwendungen für Wasser/Abwasser (inkl. Niederschlagswasser) verringerten sich um 3,8 %.

Der Stromverbrauch stieg um 0,9 %. Die Durchschnittspreise erhöhten sich um 11 %. Während die Lieferpreise konstant blieben, trugen vor allem die Steigerung beim EEG um ca. 18 % sowie der Anstieg der Netznutzungsentgelte zum Gesamtpreisanstieg bei. Die Aufwendungen für Strom stiegen insgesamt um 8,6 %.

¹ IWU-Tabelle gerechnet mit 28 °C/15 °C

² Berücksichtigt werden außergewöhnliche Änderungen der Nutzung und Betriebszeiten (z.B. auf Grund von sanierungsbedingter Schließzeiten) sowie Witterungseffekte.

Durch Eigenerzeugungsanlagen wurden 391 MWh (Vj: 277 MWh) Elektroenergie erzeugt (davon 17 MWh durch Photovoltaik und 374 MWh durch Kraft-Wärme-Kopplung) und damit der entsprechende Eigenbedarf gedeckt.

Der Verbrauch für Heizung reduzierte sich um insgesamt 3,4 %. Die Wärmepreise der Fernwärmeversorger gingen geringfügig um ca. 1,4 % zurück. Der Preisrückgang ist in den gesunkenen Rohenergiepreisen bedingt. Die Aufwendungen für Heizung sanken um 4,5 %.

Der Verbrauch von Erdgas verringerte sich um 9,3 %, die durchschnittlichen Bezugskosten sanken um ca. 2,1 %. Die Aufwendungen für Erdgas reduzierten sich um 14,8 %.

Die Medienverbräuche und Preisentwicklung haben zu folgenden Aufwendungen im Geschäftsjahr geführt:

Angaben in T€	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung in %
Wasser / Abwasser	3.953	4.111	-3,8
Strom	5.401	4.973 ³	8,6
Heizung	3.789	3.967	-4,5
Erdgas	865	1.015	-14,8
Medienkosten	14.008	14.066	

Die Qualität der Hygienehilfsparameter und damit die Badewasserqualität konnte auf dem Niveau des Vorjahres gesichert bzw. weiter verbessert werden. Dies betrifft auch die Desinfektionsnebenprodukte wie beispielsweise Trihalogenmethan (THM). Die Anstrengungen zur Verbesserung der Legionellenprophylaxe wurden fortgeführt.

1.6. Investitionen, Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen

2014 standen im Rahmen des konsumtiven Zuschusses nur geringe Mittel zur planmäßigen baulichen Unterhaltung zur Verfügung. Diese wurden u. a. im Wellenbad am Spreewaldplatz (Fassade/Eingangsbereich) sowie für diverse kleinere Instandsetzungsmaßnahmen eingesetzt. Insgesamt investierten die Berliner Bäder-Betriebe im Geschäftsjahr 2014 T€ 10.520 in die Erhaltung der Bäder (Vj: T€ 11.506). Hiervon entfallen T€ 9.213 (Vj: T€ 10.754) auf die aufwandswirksame bauliche Instandhaltung und Unterhaltung.

Im Rahmen des investiven Zuschusses wurden die in 2012 begonnenen Maßnahmen - Finanzierungsanteil investiver Zuschuss 2012 - beendet bzw. mit den Mitteln des investiven Zuschusses 2013 fortgeführt. 13 Maßnahmen wurden insgesamt beendet, 7 befinden sich weiterhin

³ 2013 war ein Teil der Stromkosten der Verwaltung noch nicht gesondert als sonstige betriebliche Aufwendungen dargestellt. In der aktuellen Vergleichsbetrachtung wurde dies auch für 2013 berücksichtigt.

in der Umsetzungsphase. Schwerpunktmäßig wurden im Geschäftsjahr folgende Maßnahmen mit einem Volumen von insgesamt T€ 1.499 umgesetzt bzw. fortgeführt:

- Fertigstellung der Genehmigungsplanung und Beginn der Ausführungsplanung für die grundhafte Sanierung der Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße,
- Erneuerung der Beckenauskleidung in der Schwimmhalle Paracelsus-Bad,
- Erneuerung der Außenbecken im Kombibad Gropiusstadt,
- Erneuerung der Spülabwasseraufbereitungsanlage im Kombibad Gropiusstadt sowie
- Migration der Gebäudeautomation und Umstellung der Beleuchtung auf LED in der SSE.

1.7. Personal- und Sozialbereich

Die Berliner Bäder-Betriebe beschäftigen zum 31. Dezember 2014 insgesamt 738 Mitarbeiter (Vj: 761), - inklusive Auszubildende - davon 307 Frauen (Vj: 311). Der Anstieg im Beschäftigtendurchschnitt auf 775,5 Beschäftigte (Vj: 771,5) ergibt sich durch einen gestiegenen Anteil von Aushilfen für die Sommersaison.

Bei den Berliner Bäder-Betrieben wurden bis 2013 zwei verschiedene Tarifverträge angewendet und damit die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten beibehalten. Ende 2013 wurde die Entscheidung getroffen, die Mitgliedschaft im Verband von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes (VAdöD) mit dem Ziel aufzugeben, zukünftig nur noch einen Tarifvertrag anzuwenden. Die bereits bestehende Teilmitgliedschaft beim Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) wurde entsprechend für alle Beschäftigten erweitert.

Letztlich wurde die Überleitung der Beschäftigten in den TVöD zum 1. Januar 2014 vollzogen, unter Anwendung eines dafür mit der Gewerkschaft ausgehandelten Überleitungstarifvertrages TV BBB. Die meisten Beschäftigten haben sich für die Überleitung ausgesprochen. Die Beschäftigten, die sich bereits in der Altersteilzeit befanden, wurden von dieser Überleitung ausgenommen. Per Stichtag werden von den Beschäftigten 37 (Vj: 513, zzgl. 43 Auszubildende) nach dem TV-L und 671 zzgl. 30 Auszubildende (Vj: 205) nach dem TVöD vergütet.

Der Altersdurchschnitt der Belegschaft verbleibt durch die Übernahme von Auszubildenden und Einstellungen in den Beruf der Fachangestellten stabil. Er lag per 31.12.2014 bei 46,1 (Vj: 45,5).

Altersgruppe	31.12.2014	31.12.2013
bis 40 Jahre	226	237
bis 57 Jahre	363	338
über 57 Jahre	149	186

Die 21 Beschäftigten in Altersteilzeit (Vj: 33) befinden sich zum Stichtag in der Freiphase. Elf Beschäftigte sind im Berichtsjahr aus der Freiphase der Altersteilzeit ausgeschieden.

Die Berliner Bäder-Betriebe legen besonderen Wert auf die Ausbildung von Nachwuchskräften. 30 Auszubildende (Vj: 43) befinden sich in der Berufsausbildung zum / zur Fachangestellten für Bäderbetriebe. Im Berichtsjahr konnten leider aufgrund der schwachen Bewerberlage nur vier Neuverträge mit Auszubildenden abgeschlossen werden. Nach erfolgreicher Abschlussprüfung wurden 2014 ein Auszubildender in ein unbefristetes, acht in ein bis zum 4. Juli 2015 und drei bis zum 28. Februar 2015 befristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Im Rahmen des Personalentwicklungskonzeptes werden kontinuierlich Weiterbildungen für die Beschäftigten angeboten. Dazu gehören sowohl bäderspezifische Weiterbildungen zu Themen wie Sicherheit und Kundenservice als auch Führungskräfte-seminare und Weiterbildungen im Qualitätsmanagement. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Weiterbildungstage auf 797, darunter eine Vielzahl in Form von Inhouse-Schulungen.

Für Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten wurden T€ 57 (Vj: T€ 63) abgerechnet.

Die organisatorische Umstrukturierung der Verwaltung wurde fortgesetzt. Sechs offene Leitungspositionen konnten besetzt werden, u. a. die Positionen Leitung Betrieb Bäder und Leitung Strategisches Marketing. Darüber hinaus wurden Organisationseinheiten aufgabenbezogen neu strukturiert. Nunmehr werden 45 % der Führungspositionen (Vj: 41 %) von weiblichen Fachkräften ausgefüllt. Der Umstrukturierungsprozess der Verwaltung soll 2015 abgeschlossen werden.

Der durchschnittliche Krankenstand im Bereich von Verwaltung und Badbetrieb liegt bei 9,6 % (Vj: 7,0 %) bzw. 11,8 % (Vj: 11,0 %). Die Erhöhungen resultieren insbesondere aus einem Anstieg der Ausfallzeiten infolge längerer Erkrankungen. Der Anteil steigt gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 2,8 % auf 3,8 %.

2. Ertragslage

Die Berliner Bäder-Betriebe schlossen das Jahr 2014 mit einem Ergebnis von T€ -531 (Vj: T€ 784). Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresergebnis vor Steuern) um T€ 1.316 auf T€ -528.

Angaben in	2014		2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse (ohne Eigenverbrauch)	16.187	23,7	16.071	23,0	116	0,7
Zuschüsse	47.598	69,6	50.007	71,4	-2.409	-4,8
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	1.358	2,0	1.279	1,8	79	6,2
übrige Erträge	3.237	4,7	2.649	3,8	588	22,2
Betriebserträge	68.380	100,0	70.006	100,0	-1.626	-2,3
Materialaufwendungen	14.578	20,8	14.767	21,3	-189	-1,3
Personalaufwendungen	32.729	46,7	31.955	46,0	774	2,4
Abschreibungen	1.449	2,0	1.361	2,0	88	6,5
Aufwand aus Eigenverbrauch (Umsatzsteuer)	466	0,7	507	0,8	-41	-8,1
Instandhaltungsaufwendungen	9.213	13,2	10.754	15,5	-1.541	-14,3
Bewirtschaftungsaufwendungen *	6.275	9,0	6.337	9,1	-62	-1,0
Verwaltungsaufwendungen *	1.972	2,8	1.663	2,4	309	18,6
Vertriebsaufwendungen *	1.364	1,9	435	0,6	929	213,6
Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.307	1,9	752	1,1	555	73,8
übrige Aufwendungen ***	690	1,0	862	1,2	-172	-20,0
Betriebsaufwendungen	70.043	100,0	69.393	100,0	650	0,9
operatives Betriebsergebnis	-1.663	-2,4	613	0,9	-2.276	-371,3
Zinsergebnis	-129	-0,2	-145	-0,2	16	-11,0
neutrale / periodenfremde Erträge	1.503	2,2	919	1,3	584	63,5
neutrale / periodenfremde Aufwendungen	242	0,4	603	0,9	-361	-59,9
Neutrales / periodenfremdes Ergebnis	1.261	1,8	316	0,4	945	299,1
Jahresergebnis	-531	-0,8	784	1,1	-1.315	-167,7

* inhaltliche Verschiebung im Geschäftsjahr 2013

** einschließlich sonstige Steuern T€ 3 (Vj: T€ 4)

Die entgeltpflichtigen Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vergleichszeitraum um T€ 116. Hierbei werden die Umsatzsteigerungen durch die Tarifanpassungen zum 1. Januar 2014 von sinkenden Umsätzen in der Sommersaison kompensiert. Höheren Erlösen aus Schwimmbadnutzung (T€ +200) und Kursgebühren sowie Vermietung von Wasserfläche etc. (T€ +52) stehen sinkende Erlöse aus der Saunanutzung (T€ -136) gegenüber.

Die Erträge aus Zuschüssen sanken um T€ 2.409, da der investive Zuschuss an die BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG zur Ausfinanzierung der Baumaßnahmen in den Kombibädern Gropiusstadt und Spandau Süd sowie der Schwimmhalle Finckensteinallee weitergereicht wurde. Teilweise kompensiert wurde dies durch Mittel, die noch aus den Jahren 2012 und 2013 zur Fortführung begonnener Maßnahmen zur Verfügung standen. Darüber hinaus erhöhte sich der konsumtive Zuschuss von T€ 45.000 auf T€ 45.261.

Die übrigen Erträge erhöhten sich um T€ 588. Dies resultiert u. a. aus höheren Erträgen aus der Abrechnung von Mietnebenkosten (T€ +115), der Abrechnung des Dienstleistungsvertrages mit der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG (T€ +188) sowie höheren Erträgen aus Kompensationsgeschäften (T€ +239).

Die Materialaufwendungen - überwiegend Aufwand für Medien - betragen T€ 14.578 und sind trotz einer Erhöhung des Leistungsspektrums leicht gesunken (Vj: T€ 14.767).

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um T€ 774 auf T€ 32.729. Das Ziel, alle Beschäftigten auf einen einheitlichen Tarifvertrag umzustellen, wurde nahezu erreicht. Das Gros der Beschäftigten wird nun nach dem TVÖD vergütet, welcher zum 1. März 2014 einen Tarifanstieg von 3 % verzeichnete. Darüber hinaus konnten Schlüsselpositionen in der Verwaltung neu besetzt werden.

Die Instandhaltungsaufwendungen belaufen sich auf T€ 9.213. Die Verringerung zum Vorjahr von T€ -1.541 ist auf Einsparungen im Haushaltsetat zurückzuführen und korrespondiert mit den Veränderungen bei den Zuschüssen im investiven Bereich.

Die Bewirtschaftungsaufwendungen betragen T€ 6.275 (Vj: T€ 6.337) und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Pacht und Pachtnebenkosten von T€ 1.256 (Vj: T€ 1.492), für Straßen- und Gebäudereinigung von T€ 1.776 (Vj: T€ 1.703) und Sicherheit von T€ 851 (Vj: T€ 719). Darüber hinaus entfallen T€ 1.451 (Vj: T€ 1.484) auf Honorarkräfte und Leiharbeiter.

Die Aufwendungen für Verwaltung erhöhten sich um T€ +309 auf T€ 1.972. Dies ist im Wesentlichen auf erhöhte Kosten für Büroräume sowie Beratungsleistungen im Rahmen der Restrukturierung des Unternehmens zurückzuführen.

Die Vertriebsaufwendungen umfassen neben den Aufwendungen für Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Kompensationen und übliche Werbemittel (Prospekte und badbezogene Flyer) u. a. die Kosten in Verbindung mit der neuen Marketingstrategie der Berliner Bäder-Betriebe und belaufen sich auf insgesamt T€ 1.364 (Vj: T€ 435).

Das Investitionsvolumen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ +555 auf T€ 1.307 erhöht.

Die Berliner Bäder-Betriebe schlossen das Jahr 2014 mit einem operativen Betriebsergebnis von T€ -1.663 (Vj: T€ 613) ab. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Ergebnisveränderung von T€ -2.276. Das Jahresergebnis enthält periodenfremde Erträge und Aufwendungen, die nicht der operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen sind. Sondereffekte ergeben sich hier im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung von Abgrenzungen für Sammelkarten, deren Ansprüche mittlerweile verjährt sind. Diese belaufen sich auf T€ 613.

3. Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage wurden Aktiva (Kassenbestand und Forderungen) mit zugehörigen Passiva (Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und Rückstellungen) im Zusammenhang mit den investiven Zuschüssen in Höhe von T€ 575 sowie Treuhandvermögen mit Treuhandverbindlichkeiten aus Kauttionen in Höhe von T€ 154 saldiert.

Angaben in	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Langfristiger Bereich						
Anlagevermögen	7.803	44,9	7.949	42,3	-146	-1,8
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Vorräte	172	1,0	170	0,9	2	1,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	971	5,6	451	2,4	520	115,3
Forderungen gegen Gewährträger	203	1,2	179	1,0	24	13,4
Sonstige Vermögensgegenstände	563	3,2	1.281	6,8	-718	-56,0
Liquide Mittel	2.227	12,8	3.843	20,5	-1.616	-42,1
Rechnungsabgrenzungsposten	81	0,5	49	0,3	32	65,3
	4.217	24,3	5.973	31,9	-1.756	-29,4
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	5.362	30,8	4.831	25,8	531	11,0
Bilanzvolumen	17.382	100,0	18.753	100,0	-1.371	-7,3
PASSIVA						
Langfristiger Bereich						
Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.253	41,7	7.304	38,9	-51	-0,7
Pensionsrückstellungen	173	1,0	173	0,9	0	0,0
Sonstige Rückstellungen	109	0,6	129	0,7	-20	-15,5
	7.535	43,3	7.606	40,5	-71	-0,9
Mittel- und kurzfristiger Bereich						
Pensionsrückstellungen	58	0,3	54	0,3	4	7,4
Sonstige Rückstellungen	5.908	34,0	6.737	35,9	-829	-12,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.575	9,1	1.549	8,3	26	1,7
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträger	8	0,0	0	0,0	8	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	12	0,1	163	0,9	-151	-92,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2.286	13,2	2.644	14,1	-358	-13,5
	9.847	56,7	11.147	59,5	-1.300	-11,7
Bilanzvolumen	17.382	100,0	18.753	100,0	-1.371	-7,3

Das Bilanzvolumen laut Vermögenslage reduziert sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt T€ -1.371 auf T€ 17.382.

Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf den geringeren Bestand an flüssigen Mitteln (T€ -1.616) sowie geringere sonstige Vermögensgegenstände (T€ -718) zurückzuführen. Kompensiert wird dies zum Teil durch steigende Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(T€ +520) und gegenüber dem Gewährträger (T€ +24) sowie dem Anstieg des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages (T€ +531). Das Anlagevermögen reduziert sich um insgesamt T€ -146. Das Investitionsvolumen erhöht sich dabei um T€ 555 auf T€ 1.307. Es betrifft sowohl Technische Anlagen als auch Soft- und Hardware und weitere Ausstattungen für den Badbetrieb. Den Investitionen stehen Abschreibungen von T€ 1.449 sowie Nettoabgänge in Höhe von T€ 4 gegenüber.

Auf der Passivseite reduziert sich korrespondierend zum Anlagevermögen der Sonderposten für Investitionszuschüsse um T€ -51. Darüber hinaus sinken die sonstigen Rückstellungen um T€ -849 auf insgesamt T€ 6.017. Dies erfolgt schwerpunktmäßig im Bereich Medien und Personal, hier ist der Verbrauch von Rückstellungen aus Altersteilzeitvereinbarungen zu nennen. Die Verbindlichkeiten reduzieren sich insgesamt um T€ -117 auf T€ 1.595. Die Rechnungsabgrenzungsposten für zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommene Mehrfachkarten aus Schwimmbad- und Saunanutzung, Schwimmkurskarten und Aqua-Fitnesskurse reduzieren sich durch die ertragswirksame Auflösung für bereits verjährte Sammelkarten auf T€ 2.286 (Vj: T€ 2.644).

Langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 7.535 stehen langfristige Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 7.803 gegenüber.

Zur Deckung der mittel- und kurzfristigen Verbindlichkeiten von T€ 9.847 stehen mittel- und kurzfristige Vermögensgegenstände in Höhe von T€ 4.217 zur Verfügung. Die Finanzierungsquote beträgt 42,8 % (Vj: 53,6 %). In diesem Zusammenhang verweisen wir auf § 4 BBBG. Gemäß Wirtschaftsplan werden die Zahlungsverpflichtungen aus den Personalrückstellungen (z. B. für Altersteilzeit) durch laufende konsumtive Zuschüsse gedeckt, deren absolute Erhöhung im Rahmen der Mittelfristplanung 2015 bis 2019 angestrebt ist.

Bei einem Stammkapital von T€ 26 beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag T€ 5.362 (Vj: T€ 4.831). In diesem Zusammenhang verweisen wir auf § 4 des Bäderanstaltsgesetzes.

4. Finanzlage

Die Berliner Bäder-Betriebe konnten ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen.

Zusammenfassend stellt sich die Entwicklung der Liquidität im Berichtsjahr wie folgt dar:

Angaben in T€	2014	2013	Veränderung
Periodenergebnis	-531	784	-1.315
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.449	1.361	88
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-627	7	-634
Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-1.358	-1.279	-79
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2	-1	3
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	38	-236	274
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-739	-3.102	2.363
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.766	-2.466	700
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-69	-79	10
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-1.238	-673	-565
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	4	17	-13
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-1.303	-735	-568
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	1.307	752	555
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.307	752	555
Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.762	-2.449	687
Stand Finanzmittelfonds zum 01.01	4.606	7.055	-2.449
Stand Finanzmittelfonds zum 31.12.	2.844	4.606	-1.762
davon Finanzmittelfonds laufende Geschäftstätigkeit	2.381	3.985	-1.604
davon Finanzmittelfonds investiver Zuschuss	463	621	-158

Der Finanzmittelbestand der Berliner Bäder-Betriebe beläuft sich zum Bilanzstichtag auf T€ 2.844. Er beinhaltet die Kassenbestände der einzelnen Bäder und Guthaben bei Kreditinstituten. Bereinigt um

Mittel für Maßnahmen, die aus den investiven Zuschüssen der Vorjahre (T€ 463) zu finanzieren sind, sowie vereinnahmte Kautionen (T€ 154) reduzieren sich die liquiden Mittel im Vergleich zum 1. Januar 2014 um T€ 1.616 auf T€ 2.227.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt T€ -1.766. Die Auszahlungen zu Lasten der Rückstellung für Altersteilzeit verbleiben mit T€ 928 annähernd auf Vorjahresniveau (T€ 956). Der Bestand an Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen (Lieferantenrechnungen) sowie die Rechnungsabgrenzungsposten für Mehrfachkarten verringerte sich im Jahresverlauf.

Im Cashflow aus der Investitionstätigkeit (T€ -1.303) werden die Auszahlungen für aktivierte Investitionen sowie die Einnahmen aus Vermögensabgängen ausgewiesen.

Dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (T€ 1.307) ist der Anteil des Zuschusses zugeordnet, der zur Finanzierung der aktivierten Investitionen verwendet wurde.

5. Nachtragsbericht

Am 5. Januar 2015 wurde die sanierte Schwimmhalle des Kombibad Spandau Süd wieder in Betrieb genommen. Weitere Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Berliner Bäder-Betriebe von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2014 nicht eingetreten.

6. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

6.1. Prognosebericht

Der mit dem Vorstandswechsel 2013 begonnene Paradigmenwechsel wird fortgesetzt. Hierzu zählt die Ausrichtung an die veränderten Kundenwünsche, welche Angebotserweiterungen sowie die Differenzierung der Schwimmstandorte an die Bedürfnisse der umliegenden Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Nach der Wiedereröffnung der drei Standorte Schwimmhalle Finckensteinallee, Kombibad Gropiusstadt und Kombibad Spandau Süd erhöht sich 2015 das Angebot für sport- und freizeitorientiertes Schwimmen.

Der Wirtschaftsplan für 2015 wurde am 18. November 2014 vom Aufsichtsrat bestätigt und berücksichtigt einen gleichbleibenden Zuschuss in Höhe von Mio. € 50. Der Vorstand geht für 2015 von einem ausgeglichenen leicht positiven Jahresergebnis 2015 in Höhe von T€ 176 aus. Diese Einschätzung folgt der Annahme, dass zusammen mit den drei wiedereröffneten Bädern 2015 32 Hallen, 4 Kombi- und 12 Sommerbäder betrieben werden. Gemeinsam stehen diese ca. Mio. 2 Schülern und Vereinsmitgliedern im Rahmen des entgeltfreien nicht öffentlichen Angebotes sowie ca. Mio. 4,3 erwarteten öffentlichen Bade- und Saunagästen zur Verfügung. Der Besucherzuwachs im öffentlichen Badebetrieb basiert sowohl auf der Angebotserweiterung (Vollauswirkung nach der Wiederinbetriebnahme von Bädern) als auch auf Neukundengewinnen als Ergebnis der begonnenen Marketingkampagne sowie dem erweiterten Kursangebot. Dies führt zu deutlich steigenden

prognostizierten Umsätzen gegenüber dem Vorjahr. Die aktuelle Tarifstruktur bleibt dabei unverändert.

Zur Sicherstellung der Finanzierung bei gleichbleibendem Zuschuss muss das Angebot (hier Öffnungszeiten) selektiv angepasst werden, um den teilweise tariflich bedingten Ausgabenanstieg zu dämpfen. Der Mitteleinsatz für Instandhaltungen steigt zwar gegenüber dem Vorjahr, liegt jedoch deutlich unter dem notwendigen Volumen zum nachhaltigen Abbau des Instandhaltungsstaus. 2015 wird das Augenmerk auf den Erhalt der stärker frequentierten Öffentlichkeitsbäder gelegt, um die Aufenthaltsqualität dort weiter zu verbessern und die Umsatzentwicklung positiv zu beeinflussen.

Für eine zukunftsorientierte Ausrichtung der Berliner Bäder-Betriebe wird in der Mittelfristplanung bis 2019 - und dies zeichnet sich bereits bei den Vorbereitungen und laufenden öffentlichen Diskussionen der Berliner Politik für den Landeshaushalt 2016/2017 ab - von deutlich höheren Zuschüssen ausgegangen. Diese werden vorrangig der Bad-Infrastruktur (Modernisierung bestehender Bäder sowie Badneubau) zugeführt, um die Attraktivität der Berliner Bäderlandschaft zu erhöhen. Damit wird sich das Sport- und Freizeitschwimmen langfristig als Alternative für andere Sport-, Gesundheits- und Freizeitaktivitäten bei der Berliner Bevölkerung etablieren.

6.2. Chancen- und Risikobericht

6.2.1. Risikomanagementsystem

Die Berliner Bäder-Betriebe haben ein umfassendes Risikomanagementsystem implementiert, welches der Risikoerkennung, -inventarisierung und -steuerung dient. Im Geschäftsjahr 2014 wurde das Risikomanagementsystem in Teilen überarbeitet und als Risikomanagementhandbuch dokumentiert und in das innerbetriebliche Regelwerk aufgenommen.

Die Aufnahme, Analyse und Bewertung der Risiken erfolgt in gemeinsamen Risikoworkshops im Halbjahresrhythmus, zuletzt im Oktober 2014. Die Ergebnisse werden in einem Risikobericht zusammengefasst. Über Geschäftsvorfälle, die als schwerwiegendes Risiko identifiziert werden, wird der Aufsichtsratsvorsitzende umgehend und regelmäßig informiert.

Ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die interne Planungsrechnung des Unternehmens. Für jedes Bad werden im Rahmen von Workshops individuelle Planungsszenarien erörtert. Diese dienen als Grundlage für die monatlichen Analysen zu Plan-/Ist-Abweichungen. Darüber hinaus wird quartalsweise eine Prognoserechnung erstellt. Damit können die Berliner Bäder-Betriebe frühzeitig steuernd auf die Ergebnisentwicklung einwirken.

6.2.2. Rahmenbedingungen, Markt- und Angebotsentwicklung

Das gegenwärtige Angebot für die Berlinerinnen und Berliner wird dem Bedarf nicht gerecht. Das Angebot richtet sich nach den Ergebnissen der durchgeführten Marktstudien an eine (zu) kleine Gruppe von sportorientierten Schwimmern. Bestimmte Bedarfssegmente, insbesondere im Bereich

des Freizeitschwimmens und der Sauna-Kultur, werden nicht ausreichend bedient. Ohne die Weiterentwicklung unseres Produktportfolios für breitere Bevölkerungsschichten besteht das Risiko, das die Besucherzahlen tendenziell zurückgehen.

Marktstudien und Trendanalysen zeigen, dass für die Berliner Bäder-Betriebe eine wesentliche Marktchance in der nach Bevölkerungsmilieus ausdifferenzierten wohnortnahen Angebotsgestaltung liegt. Für die optimale Erfüllung der Bedarfsvorsorge müssen ansprechende neue Angebote weitere Teile der Bevölkerung neu erreichen bzw. zurückgewinnen. Die grundlegende Strategie zur Erhöhung des Public Value liegt in der Einleitung der strukturellen Veränderung der Berliner Bäderlandschaft mit dem Ziel, durch zusätzliche 365-Tage-Multibäder ein attraktives Angebot der Berliner Bäder zur Erhaltung der Volksgesundheit anzubieten. Die im Bäderkonzept 2025 beschriebenen Multifunktionsbäder zielen folglich darauf ab, die bestehenden Versorgungslücken im Freizeit- und Gesundheitsbereich zu schließen.

Des Weiteren ist das Nutzungsverhalten der Berliner in der Sommersaison maßgeblich von der Witterung abhängig. Daraus ergibt sich ein wesentliches Umsatz- wie auch Kostendeckungsrisiko. Das Risiko minimiert sich durch eine höhere Flexibilität bei den Öffnungszeiten von Sommer- und Hallenbädern.

Die Berliner Bäder-Betriebe sind regelmäßig von, für eine Großstadt typischen Gefährdungspotenzialen, wie Eigentumsdelikten und Vandalismus-Schäden betroffen. Zur Prävention derartiger Vorkommnisse, die neben erheblichen materiellen auch zu Imageschäden führen, wird die Zusammenarbeit mit der Polizei und mit sozialen Projekten wie „Bleib cool am Pool“ weiterentwickelt und in ein Konzept von technischen, organisatorischen und personellen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in den Bädern eingebettet.

Die Änderung politischer, rechtlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen können mögliche Risiken für die künftige Ergebnissituation der Berliner Bäder-Betriebe haben.

6.2.3. Geschäftsentwicklung

Operative Risiken können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung. Das Unternehmen grenzt solche Risiken im Wesentlichen durch angemessene Kontrollmechanismen und den Einsatz qualifizierter und erfahrener Mitarbeiter ein.

Der stetigen Evaluierung der Anforderungen an die Qualität der Leistungserbringung und deren Umsetzung in unseren Bädern kommt eine hohe Bedeutung zu. Die Berliner Bäder-Betriebe arbeiten aktiv an der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach den Standards der „ServiceQualität Deutschland“.

Informationstechnik

Die Informationstechnik ist von entscheidender Bedeutung bei der Gewährleistung der betrieblichen Prozesse im gesamten Unternehmen. Dies gilt insbesondere auch für das Kassensystem. Die Systemperformance ist nicht befriedigend. Es besteht eine hohe Herstellerabhängigkeit.

Die Berliner Bäder-Betriebe werden die begonnenen Maßnahmen zur Weiterentwicklung der IT-Systeme weiterführen, um die Chancen zur Erhöhung der Effizienz in den Betriebs- und Geschäftsabläufen zu nutzen. Für das Geschäftsjahr 2015 ist die Implementierung eines „Business Intelligence“ geplant. Hierdurch sollen im Hinblick auf die Unternehmensziele die operativen oder strategischen Steuerungsprozesse weiter optimiert werden.

Zuschussfinanzierung

Die Berliner Bäder-Betriebe erhalten finanzielle Mittel aus dem Berliner Landeshaushalt zur Sicherung der im BBBG geregelten Aufgaben. Der Zuschuss beträgt insgesamt Mio. € 50 und dient sowohl der Kostendeckung laufender Aufwendungen für den Betrieb der Schwimmbäder als auch der Finanzierung von investiven Ausgaben (Mio. € 5). Der Zuschuss wurde im Doppelhaushalt 2014/2015 beschlossen. Gleichwohl das Leistungsangebot sowohl für den Breiten- und Spitzensport, für Schulen und Kitas sowie für die Öffentlichkeit kontinuierlich in den letzten drei Jahren erhöht wurde, fand im selben Zeitraum keine Anpassung in der Zuschussausreichung statt. Gleichzeitig schlugen sich Kostensteigerungen im Bereich der Personalausgaben (Tarifsteigerungen), Medien- und Energiekosten sowie laufenden Ausgaben nieder. Ohne die Anpassung des konsumtiven Zuschusses des Landes Berlin an die Kostenentwicklungen drohen weitere Jahresfehlbeträge, Liquiditätsengpässe und ggf. Leistungseinschränkungen.

Bewirtschaftung der Bäder

Obwohl das Bädersanierungsprogramm gezielt umgesetzt und 2014 abgeschlossen wurde, zeichnet sich ab, dass der Sanierungsstau punktuell abgebaut werden konnte. Der Bedarf an baulichen Maßnahmen steigt in der Gesamt-Bäderstruktur alterungsbedingt kontinuierlich weiter an. Die Beseitigung ist vorrangig von den vom Land Berlin tatsächlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln abhängig.

Der investive Zuschuss von Mio. € 5 pro Jahr reicht nicht aus, um den bestehenden Instandhaltungsstau dauerhaft abzubauen. Der Instandhaltungsstau hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf ca. Mio. € 88 erhöht und wird bei gleich bleibenden investiven Mitteln durch neu hinzukommende bauliche Erfordernisse weiter anwachsen. Dies erhöht das Risiko von störungsbedingten Ausfallzeiten und außerplanmäßigen Kosten für Instandsetzungsarbeiten.

Auch die Entwicklung der Baupreise zeigt weiterhin deutlich nach oben. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen zur Instandsetzung und Sanierung von Bädern ist bei gleichbleibendem Leistungsumfang mit erhöhten Kosten zu rechnen.

Hohe Anforderungen bestehen insbesondere an die Sicherstellung der Badewasserqualität. Unser Ziel ist es, die Qualität der Hygienehilfsparameter weiter zu verbessern. Die Anstrengungen zur Verbesserung der Legionellenprophylaxe werden fortgeführt.

Personal

Die Lohn- und Gehaltstarifentwicklungen sowie die Entwicklung der Arbeitgeberanteile bilden ein grundsätzliches Kostenrisiko. Ein nicht unbeachtliches Einzelrisiko stellen weiterhin die Verpflichtungen aus Altersteilzeit dar. Hierfür sind zwar bilanziell Rückstellungen gebildet, die jedoch nicht mit Liquidität untersetzt sind und deshalb aus dem laufenden Personalkostenetat zu finanzieren sind. Bis einschließlich 2019 sind diese Verpflichtungen deshalb noch mit Mio. € 1,1 aus dem konsumtiven Zuschuss zu bedienen.

Die Beschäftigten, ihre Qualifikation, Motivation und Gesundheit stellen in Zeiten schnellen gesellschaftlichen Wandels, zunehmender Dynamik des Arbeitsmarktes und der permanenten Verkürzung der Halbwertszeit von Wissen einen besonderen Erfolgsfaktor dar. Von besonderer Bedeutung ist deshalb die Weiterführung der begonnenen Maßnahmen zur Personal- und Organisationsentwicklung.

6.3. Gesamtaussage zu Chancen und Risiken sowie der zukünftigen Entwicklung

Das Unternehmen geht für die nächsten Jahre von einer Stabilisierung der Geschäftsentwicklung aus. Voraussetzungen hierfür werden sein: die differenzierte Ausrichtung der Badstandorte auf die verschiedenen Bedürfnisse der Nutzergruppen sowie die Schaffung von finanziellen Rahmenbedingungen durch den Berliner Landeshaushalt.

Aufgrund von nicht vorhersehbaren Risiken und zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung vorgesehener Maßnahmen können sich Abweichungen bei den Prognosen ergeben. Dies gilt auch für bisher nicht erkennbare, zusätzliche, gesetzliche Anforderungen im Einzelfall.

7. Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Berliner Bäder-Betriebe messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. Die gemeinsame erweiterte Entsprechenserklärung (siehe Anlage) soll in der Aufsichtsratssitzung am 13. April 2015 beschlossen werden.

Berlin, 20. Februar 2015


Ole Bested Hensing

Vorstandsvorsitzender


Annette Siering

Vorständin für Finanzen und Personal

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014

Erweiterte Entsprechenserklärung BCGK

Verweis	Gegenstand	Erklärung Vorstand/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstands abgehalten.
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategische Unternehmensplanung wurde mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen im Bäder-Anstaltsgesetz (BBBG) und in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung für den Vorstand.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von 	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs-

	<p>Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung).</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
--	---	---

I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung besteht für Vorstand und Aufsichtsrat ohne allgemeinen Selbstbehalt. Für den Vorstand gilt nach den Versicherungsbedingungen jedoch die gesetzliche Selbstbehaltsregelung gem. § 93 AktG.</p>
------------	---	---

II. Vorstand

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
-------------	---	---

II.2	<ul style="list-style-type: none">• Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand.• Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen.	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand waren in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Es wurde ein Vorsitzender des Vorstands bestimmt.</p> <p>Es ist keine Beschlussmehrheit festgelegt. Beschlüsse gelten dann als zugestimmt, wenn beide Vorstandsmitglieder diesem zugestimmt haben. Sofern eine Einigung nicht zustande kommt, entscheidet der Vorstandsvorsitzende.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none">• Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstands.• Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstands.• Veröffentlichung der Einzelvergütung.• Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.	<p>Die Vergütung erfolgt auf Basis befristeter Anstellungsverträge und von Zielvereinbarungen. Sie wurden nicht nachträglich geändert. Die Vergütungen bestehen aus einem Fixum und aus einer Ermessensbonuszahlung (variabler Bestandteil einmalig). Die Vergütungen wurden unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstands, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlagen einer regelmäßigen Überprüfung. Die Einzelvergütungen wurden im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Es wurde kein Vertrag vorzeitig aufgelöst. Abfindungen fielen nicht an.</p>

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Bäder-Anstaltsgesetz (BBBG), der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstands, Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: im Plenum nach Vorbereitung in einem Ausschuss. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Vorstand festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.</p>
<p>III.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden im Einzelfall über besondere Ereignisse unterrichtet.</p> <p>Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen kein wichtiges Ereignis über das er unterrichtet wurde.</p> <p>Es haben zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.</p>
<p>III.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Personalausschuss 2. Wirtschaftsausschuss <p>Der Aufsichtsratsvorsitzende war kein ehemaliges Mitglied des Vor-</p>

		<p>stands der Anstalt. Bewertungsfragen von Immobilien wurden nicht beraten.</p> <p>Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Anzahl von mehr als 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung. 	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung auf Grund der bestehenden Regularien nicht dem Eigentümer zur Beurteilung vorgelegt.</p>
III.7 und 8	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat insgesamt vier Sitzungen abgehalten. Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Nach-Feststellungen des Aufsichtsrates gab es keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstands. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstands. 	<p>Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt.</p> <p>Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>

IV.2	<ul style="list-style-type: none">• Wahrung des Unternehmensinteresses.• Persönliche Interessen.	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none">• Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats.	Es bestanden keine Interessenkonflikte.
IV.5	<ul style="list-style-type: none">• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstands.• Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstands oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
IV.6	<ul style="list-style-type: none">• Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstands.	Ein Mitglied des Vorstandes nimmt mit Genehmigung des Aufsichtsrates ehrenamtlich die Funktion eines Vorstandsmitgliedes beim Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) wahr.

IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstands und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	Es wurden keine Kredite gewährt.
------	--	----------------------------------

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind bis auf den Abbau des Instandhaltungsstaus nicht bekannt geworden.</p> <p>Der Geschäftsbericht 2013 wurde auf der Homepage der BBB im Internet veröffentlicht; dies gilt auch für allgemeine Informationen.</p>
------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte. 	<p>Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gewährträger vorgelegt. Zwischenberichte wurden für die Gremien erstellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Beteiligungen an anderen Unternehmen lagen nicht vor.</p>
-------------	--	--

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. 	<p>Der Abschlussprüfer hat die Erklärung abgegeben, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen</p>
-------	---	---

	<ul style="list-style-type: none">• Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe.	möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	<ul style="list-style-type: none">• Erteilung des Prüfauftrags und Honorarvereinbarung.	Der Rechnungshof von Berlin hat auf Basis des Beschlusses der Gewährträgersammlung dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	<ul style="list-style-type: none">• Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.• Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der vorgesehenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none">• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss.	Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berliner Bäder-Betriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin

Bezüge des Vorstandes und eines ehemaligen Vorstandsmitgliedes im Geschäftsjahr 2014

Namen	Funktion	Grund- vergütung	Ermessens- bonuszahlung	Arbeitgeber- anteil zur RV	Zuschuss freiwillige KV	Korrektur AG-KV- Zuschuss	AG-Anteil Umlage 2	Zuschuss freiwillige PV	Arbeitgeber- anteil zur AV	Zuschuss zusätzliche Altersver- sorgung	Geldwerter Vorteil	Insgesamt
Ole Bested Hensing	Vorstands- vorsitzender	157.000,00	20.000,00	6.747,36	2.383,48	0,00	235,68	118,20	1.071,00	0,00	0,00	187.555,72
Annette Siering	Vorständin	113.000,00	20.000,00	6.747,36	3.990,79	-442,99	235,68	118,44	1.071,00	7.288,45	8.900,10	160.908,83
		270.000,00		13.494,72	6.374,27	-442,99	471,36	236,64	2.142,00	7.288,45	8.900,10	348.464,55

Pensionszahlungen Dr. Klaus Lipinsky
Januar - Dezember 2014 **12.780,00**

D&O-Versicherung 2014 Beitrag zur D&O-Versicherung 2014	Jahres- nettoprämie 4.750,00	Versicherungs- steuer 902,50	Gesamt- prämie 5.652,50

**Berliner Großmarkt
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

Berliner Großmarkt Gesellschaft mit beschränkter Haftung

L a g e b e r i c h t **für das Geschäftsjahr 2014**

1. Allgemeines

Als Eigentümerin der Großmärkte für Obst und Gemüse, Fleisch- und Wurstwaren, Blumen und Pflanzen sowie weiterer Logistik- und Serviceeinrichtungen sorgt die Berliner Großmarkt GmbH für die jederzeitige Betriebsbereitschaft der Marktanlagen zur zweckentsprechenden Nutzung durch private Großhandelsfirmen. Dies gilt analog für die zum Vermögen der Gesellschaft gehörende Marheineke-Markthalle. Insgesamt verfügt die Gesellschaft über einen Grundbesitz von 343.040 m².

Während an der Beusselstraße der Obst- und Gemüse-, der Fleischgroßmarkt sowie der Blumengroßmarkt für die jeweiligen Großhändler betrieben werden, nutzen Einzelhändler die Marheineke-Markthalle für die Nahversorgung der im jeweiligen Einzugsgebiet wohnenden Endverbraucher.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2014

a) Ertragslage

Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist die Vermietung und Verpachtung der in ihrem Eigentum befindlichen Flächen und Gebäude. In unmittelbarer Vermarktung der Gesellschaft befinden sich vor allem die Fleisch- sowie die Blumengroßmarkthallen auf dem Großmarktgelände an der Beusselstraße und die Marheineke-Markthalle in Berlin Kreuzberg. Die Arminius-Markthalle wird im Wege eines Erbbaurechtes von der Zunft(orte) AG betrieben.

Jahresergebnis [in T€]	<i>Plan 2014</i>	<i>2014</i>	2013	2012
Betriebserträge	10.843	11.061	11.068	11.494
Betriebsaufwendungen	-8.712	-8.312	-8.438	-8.725
Betriebsergebnis	<u>2.131</u>	<u>2.749</u>	<u>2.630</u>	<u>2.769</u>
Finanzergebnis	-320	-251	-327	-317
Neutrales Ergebnis	3.527	3.636	1.859	2.011
Ertragsteuern	<u>-1.548</u>	<u>-1.772</u>	<u>-1.167</u>	<u>-1.280</u>
Gesamtergebnis	3.789	4.362	2.995	3.183

Der Rückgang der Betriebserträge ist vorrangig auf die lediglich temporäre Vermietung einer großen, freien Fläche im Fleischgroßmarkt zurückzuführen. Der Abschluss dieser Verträge führte zu einer Senkung der Nettokaltmiete pro m² für diese Fläche (ca. 900 m²). In der Geschäftsplanung 2014 ist ganzjährig von einem Leerstand der betreffenden Fläche auf dem Fleischgroßmarkt ausgegangen worden.

Die Betriebsaufwendungen enthalten u.a. Betriebskosten. Diese wurden auch 2014 vertragskonform an die Mieter weiterberechnet.

Das Finanzergebnis wird wie in den Vorjahren auch 2014 durch Zinszahlungen an die HSH Nordbank AG und die Berliner Volksbank eG bestimmt.

Gegenüber dem Vorjahr (T€ 2.995) fällt das Jahresergebnis mit T€ 4.362 deutlich höher aus. Verantwortlich hierfür sind die bereits in den Vorjahren angebahnten Veräußerungen der letzten beiden Teilflächen des alten Blumengroßmarktgeländes an der Friedrichstraße. Der Nutzen-Lasten-Wechsel erfolgte 2014.

Das neutrale Ergebnis enthält neben den Erträgen aus Anlagenverkäufen (T€ 3.529), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 76) und aus der Auflösung von Sonderposten (T€ 39) vornehmlich Aufwendungen für Wertberichtigungen und Ausbuchungen von Forderungen (T€ 44) sowie Vermarktungsaufwendungen für den Verkauf der Flächen des Blumengroßmarktes an der Friedrichstraße (T€ 90).

Die Betriebserträge des Unternehmens setzen sich vor allem aus Miet- und Pachterlösen zusammen. Die nachfolgende Aufstellung zeigt deren Entwicklung:

Betriebserträge [in T€]	<i>Plan 2014</i>	<i>2014</i>	2013	2012
Mieterlöse	8.248	8.203	8.278	8.197
Erlöse aus Erbbauzinsen	740	740	737	759
übrige Erlöse	<u>1.855</u>	<u>2.118</u>	<u>2.053</u>	<u>2.538</u>
	10.843	11.061	11.068	11.494

Im Unterschied zum Vorjahr fallen die Mieterlöse 2014 geringer aus. Zurückzuführen ist dies vorrangig auf den Abschluss eines neuen Vertrages mit einem Großmieter und zwei temporären Vermietungen auf dem Fleischgroßmarkt, die mit einer Neuordnung der Erträge aus Mieten und Betriebskosten verbunden waren. Ebenso wie die Mietanpassungen führt auch die vertragskonforme Anpassung der Betriebskostenabrechnungen zu einem Anstieg der übrigen Erlöse. Die Erträge aus Erbbauzinsen sind im Vorjahresvergleich leicht angestiegen. Grund hierfür ist die vertragliche Anpassung des Erbbauzinses der Zunft(orte) AG.

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von T€ 8.312 liegen unter dem Vorjahresniveau (T€ 8.438). Verantwortlich hierfür ist u.a. die Neuregelung der Abrechnungspraxis für Fernwärme. Seit dem 1. November 2013 wird der Fernwärmeverbrauch gegenüber Großmietern und Erbbaurechtlern direkt von den Versorgern abgerechnet.

Der leicht zurückgegangene Personalaufwand ist durch das altersbedingte Ausscheiden zweier Mitarbeiter bedingt. Zudem sind zwei Mitarbeiter in die passive Phase der Altersteilzeit gewechselt.

Der Aufwand für Betriebskosten unterliegt den jeweiligen Witterungsbedingungen sowie den marktüblichen Preiserhöhungen.

Betriebsaufwendungen [in T€]	Plan 2014	2014	2013	2012
Aufwand für Instandhaltung	1.269	909	930	784
Aufwand für Betriebskosten	2.273	2.181	2.261	2.658
Personalaufwand	1.422	1.400	1.436	1.430
Abschreibungen	2.342	2.268	2.270	2.238
sonstiger betrieblicher Aufwand	638	865	767	821
Steuern	768	689	774	794
	<u>8.712</u>	<u>8.312</u>	<u>8.438</u>	<u>8.725</u>

Wesentliche Einzelmaßnahmen der Instandhaltung 2014 waren die Weiterführung der Dachsanierungen beim Fleischgroßmarkt, der Obst- und Gemüsehalle und der eigenen Werkstatt (T€ 259). Darüber hinaus wirkten sich die Verlegung eines Regenwasserrohrs (T€ 92) sowie die Reparaturen von Asphaltflächen (T€ 70) aufwandserhöhend aus. Die geplante Sanierung des Fußbodens in der Marheineke-Markthalle (T€ 250) wurde verfahrensbedingt verschoben.

b) Vermögens- und Finanzlage

Die einzelnen Bilanzposten spiegeln die Großprojekte der vergangenen Jahre wider. Im Jahr 2014 bestimmen vor allem Anlagenabgänge aus dem Verkauf der letzten beiden Teilflächen des ehemaligen Blumengroßmarktgeländes das Anlagevermögen der Gesellschaft.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 69,7 %. Das Sachanlagevermögen ist zu 95,4 % durch Eigenkapital gedeckt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen unter Vorjahresniveau, da auch 2014 planmäßig die Darlehen der HSH Nordbank AG und der Berliner Volksbank eG getilgt wurden.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt seit dem 21. Juni 2010 T€ 24.800. Der Jahresüberschuss 2013 wurde vollständig an den Gesellschafter ausgeschüttet.

Die im Geschäftsjahr generierten Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit (T€ 3.829) sowie aus Investitionstätigkeit (T€ 3.408) sind insbesondere zur Tilgung von Darlehen (T€ 1.453) und zur Auszahlung an den Gesellschafter (T€ 2.995) eingesetzt worden.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist insgesamt zufriedenstellend.

3. Ausblick und Chancen der zukünftigen Entwicklung

a) Strategische Unternehmensentwicklung

Nach den Investitionen der vergangenen Jahre, die den Berliner Großmarkt zu einem modernen und effizienten Großhandelsplatz für Frischeprodukte aller Art im Herzen der Hauptstadt gemacht haben, verfolgt die Gesellschaft nun das Ziel, die Energieeffizienz des Standortes nachhaltig zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist geplant, ein allumfassendes Energiekonzept für den Berliner Großmarkt zu erstellen. Damit wurde bereits 2013 begonnen. Die Umsetzung erster Maßnahmen, z.B. die Errichtung einer hochmodernen Gewerbekälteanlage mit Wärmerückgewinnung und einer innovativen Windkraftanlage auf dem Gelände an der Beusselstraße, sind bereits in Planung. Damit wird der Berliner Großmarkt auch in umweltpolitischer Hinsicht zu einem modernen Logistikzentrum, das auch nachhaltige Standortvorteile bietet. Mittel- bis langfristig wird in einer Zeit des stetig wachsenden Umweltbewusstseins die Attraktivität des Standortes erheblich gesteigert und ein hohes Maß an Effizienz und Wirtschaftlichkeit, vor allem für die angesiedelten Betriebe, erreicht werden.

Darüber hinaus soll eine in der Planungsphase befindliche, teilweise Umstrukturierung des Großmarktes den Standort noch attraktiver machen und weiteren Platz für zeitgemäße, kundenorientierte Handelsflächen für Frischeprodukte aller Art schaffen.

b) Geschäftsentwicklung 2015

Der allgemeine Geschäftsverlauf wird auch 2015 stabil bleiben. Nachdem das gesamte Gelände des alten Blumengroßmarktes an der Friedrichstraße erfolgreich vermarktet wurde, wird für das Jahr 2015 ein ausgewogenes Ergebnis auf dem für die Gesellschaft üblichen Niveau erwartet.

Das Jahr 2015 wird von der Weiterführung der Planung und Umsetzung des Projektes „Agenda 2020“ zur teilweisen Umstrukturierung des Großmarktes geprägt sein. Hand in Hand mit den Ankermietern des Berliner Großmarktes sollen so u.a. neue Kunden gewonnen und die Attraktivität des Standortes Beusselstraße gesteigert werden.

Des Weiteren werden erste Maßnahmen des ganzheitlichen Energiekonzeptes, wie z.B. die Errichtung einer Gewerbekälteanlage mit Wärmerückgewinnung in der Fleischgroßmarkthalle oder die Modernisierung der technischen Gebäudeinfrastruktur, das Geschäftsjahr 2015 bestimmen.

Für 2015 wird ein deutlicher Rückgang des Jahresergebnisses auf T€ 1.717 gegenüber dem Vorjahr (T€ 4.362) erwartet. Ursächlich hierfür ist das Ausbleiben von ergebniswirksamen Sondereffekten wie den Immobilienverkäufen der letzten Jahre. Dementsprechend wird 2015 mit einem Rückgang der Stammkapitalrentabilität auf 9,9 % gerechnet. Die Umsatzrentabilität bleibt mittelfristig betrachtet stabil bei etwa 24 %.

4. Risikoberichterstattung

Das Risikomanagement wurde im Jahr 2000 institutionalisiert, in einem Risikohandbuch dokumentiert und in den Folgejahren fortgeschrieben. Die momentane Risikolage des Unternehmens kann grundsätzlich als normal bezeichnet werden. Bestandsgefährdende Sachverhalte sind nicht bekannt.

Mit der schrittweisen Umsetzung der skizzierten Unternehmensstrategie ist von einer nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und einer langfristigen Sicherung des Unternehmens auszugehen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2006 zur Verminderung von Zinsänderungsrisiken ein derivatives Finanzinstrument in Form eines Zinssatzswaps abgeschlossen. Grund- und Sicherungsgeschäft bilden eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB. Für den negativen Marktwert des Zinssatzswaps zum Bilanzstichtag (T€ 178) wurde somit keine Drohverlustrückstellung gebildet.

Ausfallrisiken werden durch ein effizientes Forderungsmanagement begrenzt. Liquiditätsrisiken bestehen nicht.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

6. Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Die Geschäftsführung erklärt, dass dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) in der vom Senat des Landes Berlin am 17. Februar 2009 konkretisierten Fassung für Unternehmen, an denen das Land Berlin beteiligt ist, entsprochen wird. Der Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates über die Beachtung des Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) für das Geschäftsjahr 2014 ist diesem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Berlin, 13. März 2015

Berliner Großmarkt GmbH

Andreas Foidl
(Geschäftsführer)



Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates über die Beachtung des Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) für das Geschäftsjahr 2014

In seiner Sitzung am 20. Juli 2004 hat der Aufsichtsrat dem Wunsch des Gesellschafters folgend den Beschluss zur Übertragung des Deutschen Corporate Governance Kodex auf das Unternehmen herbeigeführt. Mit Datum vom 17. Februar 2009 hat das Land Berlin die Beteiligungshinweise neu aufgelegt und in diesem Zusammenhang auch eine Anpassung des DCGK – seitdem der BCGK (Berliner Corporate Governance Kodex) – vorgenommen. Die Gesellschaft befolgt den BCGK in vollem Umfang mit den dort niedergelegten Verpflichtungen.

I. Zusammenwirkung von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

I.1 BCGK

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse, die einer sachgemäßen Beurteilung über den Gang der Geschäfte dienen, wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I.2 BCGK

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

I.2 BCGK

Die strategische Unternehmensplanung wurde mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sowie eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung.

I.4 BCGK

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens zwei Wochen vor der Sitzung).

Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventueller Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I.5 BCGK

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

Eine D & O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.



II. Geschäftsführung

II.1 BCGK

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II.2 BCGK

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung waren in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung geregelt. Da die Gesellschaft nur von einem Geschäftsführer geführt wurde, waren weitere interne Regelungen zur Geschäftsverteilung entbehrlich. Damit einhergehend besteht laut Satzung Alleinvertretungsberechtigung.

II.3 BCGK

Die Vergütung der Geschäftsführung ist überwiegend als Fixum vereinbart. Eine Zielvereinbarung wurde geschlossen und nicht nachträglich geändert; sie dient unter anderem der Ermittlung der Erfolgsbeteiligung, die vom Wirtschaftsprüfer durchgeführt wird.

Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtvergütung 2014 wird in einem gesonderten, vertraulichen Bezügebericht des Wirtschaftsprüfers ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1 BCGK

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Der Aufsichtsrat hat außerhalb der Satzung und der Geschäftsordnung keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

III.2 BCGK

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden, sofern satzungsgemäß erforderlich, im Plenum des Aufsichtsrates entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Die Folgebestellung des seit dem 01.01.2005 bestellten Geschäftsführers wurde am 27. Juni 2013 mit dem 2. Nachtrag zum Anstellungsvertrag vom 07. Juni 2007 bis zum 31. Dezember 2015 verlängert. Der Aufsichtsrat stimmte dem 2. Nachtrag am 27. Juni 2013 zu.



III.3 BCGK

Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hat regelmäßig über für das Unternehmen wichtige Ereignisse im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen berichtet. Es haben in 2014 vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

III.4 BCGK

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte einen Prüfungsausschuss gebildet. Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Der Ausschuss hat gewisse Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses über Inhalte und Ergebnisse der Ausschussberatungen unterrichtet.

III.5 BCGK

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Bezügebericht 2014 des Wirtschaftsprüfers. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

III.6 BCGK

Der Aufsichtsrat hat mit der Geschäftsleitung eine Zielvereinbarung abgeschlossen.

III.7 und III.8 BCGK

Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat befasst sich anlassbezogen mit der Effizienz seiner Tätigkeit. 2014 waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1 BCGK

Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2 BCGK

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und IV.4 BCGK

Interessenkonflikte bei Geschäftsleitung oder Aufsichtsrat sind nicht entstanden.



IV.5 BCGK

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.

Berater-, Dienstleistungs- und Werk- oder sonstige Verträge mit Aufsichtsratsmitgliedern bestanden nicht.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

IV.6 BCGK

Der zum 01. Januar 2005 bestellte Geschäftsführer hat eine ehrenamtliche Nebentätigkeit als Vorstandsmitglied der Gemeinschaft zur Förderung der Interessen der deutschen Frischemärkte e. V. (GFI) ausgeübt. Dem Aufsichtsrat wurde die Ausübung der Nebentätigkeit zur Zustimmung vorgelegt.

IV.7 BCGK

Den Mitgliedern der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V.1 und V.2 BCGK

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten sind nicht bekannt geworden. Allgemeine Informationen über das Unternehmen sind im Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis VI.3 BCGK

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und werden in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat/Prüfungsausschuss mit der Geschäftsleitung erörtert. Unternehmensbeteiligungen liegen nicht vor.

VII. Abschlussprüfung

VII.1 BCGK

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen oder Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Aufsichtsratsvorsitzende bei vorliegenden möglichen Befangenheitsgründen unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.



VII.2 BCGK

Gemäß der Geschäftsordnung hat der Prüfungsausschuss den Abschlussprüfer beauftragt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII.3 BCGK

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) ergeben.

VII.4 BCGK

Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrates und des Prüfungsausschusses über den Jahresabschluss teil und berichtet über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung.

Berlin, den 20. Februar 2015

Berliner Großmarkt GmbH

Heidrun Rhode-Mühlenhoff
Aufsichtsratsvorsitzende

Andreas Foidl
Geschäftsführer

Berliner Großmarkt GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Die Sitzungsgelder für den Aufsichtsrat beliefen sich 2014 auf € 3.600,00.

Die folgende Aufstellung zeigt die an die Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr 2014 gezahlten Sitzungsgelder:

	Sitzungsgelder EUR
Frau Heidrun Rhode-Mühlenhoff	900,00
Herr Abris Lelbach	600,00
Herr Franz-Josef Cremers	900,00
Frau Karin Genrich	600,00
Frau Dr. Angelika Bläschke	600,00
	<u>3.600,00</u>

Die Bezüge der Geschäftsführung (Herr Foidl) betragen im gleichen Zeitraum EUR 150.072,06.

Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	EUR
Grundgehalt	110.000,04 ¹⁾
Tantieme	38.000,00
Sachbezüge	1.561,49
Geldwerter Vorteil	510,57
	<u>150.072,06</u>

Vorschüsse und Kredite wurden weder dem Geschäftsführer noch den Mitgliedern des Aufsichtsrates gewährt.

Berliner Stadtgüter GmbH

Berliner Stadtgüter GmbH, Berlin Lagebericht für 2014

I. Zur Gesellschaft

Nach der Besitzeinweisung Berlins in die ehemals volkseigenen Stadtgutflächen und nach Übernahme der ehemaligen volkseigenen Güter/Betriebe im Jahr 1992 wurde die Betriebsgesellschaft Stadtgüter Berlin mbH gegründet. Die im Jahr 2001 abgespaltene Liegenschaftsgesellschaft wurde nach der Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2008 auf die Betriebsgesellschaft mit gleichzeitiger Umfirmierung in Berliner Stadtgüter GmbH verschmolzen.

Alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin.

Der gesellschaftseigene Grundstücksbestand der Gesellschaft belief sich zum 31. Dezember 2014 auf ca. 16.558 ha.

Auf Grund eines Geschäftsbesorgungsvertrages wurden für das Land Berlin Grundstücke mit einer Fläche von ca. 16 ha (31. Dezember 2014) bewirtschaftet.

Die Geschäftsfelder der Gesellschaft umfassen:

- die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken mit und ohne Gebäude zur landwirtschaftlichen, gewerblichen und privaten Nutzung,
- die Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen,
- die Erzeugung regenerativer Energien,

- die Beseitigung von Altlasten in Verbindung mit gezielten Investitionen sowie Risikovorsorge unter Berücksichtigung geeigneter ökologischer Maßnahmen die dem Ziel dienen, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern,
- Risikomanagement und -begrenzung für belastete Rieselfelder.

Die Berliner Stadtgüter GmbH ist eine gewerblich tätige Gesellschaft mit einer über den üblichen Aufgabenhorizont einer Immobiliengesellschaft hinausgehenden Aufgabenvielfalt.

Das operative Geschäft betrifft im Wesentlichen die Steuerung von rund 13.800 ha landwirtschaftlicher Fläche, die Bestellung von Erbbaurechten für Flächen mit vorwiegend landwirtschaftlich oder gewerblich genutzten Gebäuden (150 ha) und das Flächenmanagement im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg. Neben Landwirtschafts- und Gewerbeflächen werden auch Freizeit- und Erholungsgrundstücke sowie Jagd- und Fischereigebiete verpachtet.

Zu einem weiteren Geschäftsfeld hat sich die Nutzung von Flächen für das Betreiben von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe entwickelt.

Ein eigenständiges, operatives Geschäftsfeld ist die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für Baumaßnahmen in Form von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf gesellschaftseigenen Grundstücken.

Ziel der Gesellschaft ist es weiterhin einen wirtschaftlich optimierten standortadäquaten Verpachtungs- und Vermietungszustand zu erreichen. Investitionen in den Grundstücks- und Gebäudebestand werden eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft sein.

Im Berichtsjahr hat die Berliner Stadtgüter GmbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 5.199 T€ (Vorjahr T€ 2.062) erwirtschaftet, das Betriebsergebnis betrug T€ 1.617, (Vorjahr T€ 1.212). Die leichte Abnahme der Erträge aus Vermietung und Verpachtung T€ 4.697 (Vorjahr T€ 4.751) konnten durch erhöhte Erträge aus Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (T€ 1.156, Vorjahr T€ 482) kompensiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Ergebnisbeitrag aus dem laufenden operativen Geschäft im Wesentlichen konstant gehalten werden.

Die Aufwendungen für Instandsetzung für die durch das Land Berlin eingebrachte alte und hinfällige Gebäudesubstanz betragen T€ 209 (Vorjahr T€ 347). Dem Land Berlin sind aus Verkäufen eingebrachter gesellschaftseigener Grundstücke in 2014 im Zuge der vertraglich vereinbarten hälftigen Auskehr des Verkaufserlöses T€ 2.547 (Vorjahr T€ 52) direkt zugeflossen. Diese Erlösauskehr ist als Aufwand dargestellt und mindert das Jahresergebnis.

Das Jahresergebnis 2014 ist mit geprägt durch den Ergebniseffekt der sonstigen Betriebserträge, die aufgrund der Struktur der Berliner Stadtgüter GmbH weder unerwartet noch zufällig sind, deren Zeitpunkt des Eintritts allerdings nicht einschätzbar ist und die in 2014 zeitlich kumuliert anfielen (T€ 4.085, Vorjahr T€ 936).

Die Ertragsquellen sind mittel- und langfristig weitgehend ertragsstabil sowie marktorientiert ausgerichtet. Die Risiken des Immobiliensektors und die Entwicklungen im landwirtschaftlichen Bereich sind zu beobachten. Die laufenden Instandhaltungen und Instandsetzungen, notwendigen Beräumungen, Altlastensicherungen auf Rieselfeldern sowie Entsorgungen und Sanierungen auf gesellschaftseigenen Grundstücken werden durch Erträge des operativen Bereichs ermöglicht. Diese Maßnahmen tragen zur Grundstücksaufwertung bei.

Die Berliner Stadtgüter GmbH erhält keine Zuschüsse des Landes Berlin. Es ist weiterhin mit Jahresüberschüssen zu rechnen.

II. Geschäftsverlauf

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 6.296 T€ sind gegenüber dem Vorjahresniveau (5.660 T€) gestiegen.

Die langfristig abgeschlossenen Verträge der Vermietung und Verpachtung von Flächen und Gebäuden für private und gewerbliche Nutzung sowie für landwirtschaftliche Bewirtschaftung verzeichnen eine relativ gleichbleibende, stabile Entwicklung.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
• Miet- und Pächterlöse	4.697
• Ersatzaufforstungen, Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen	1.156
• Jagdpachten und Sonstige	122
• Erträge aus Fotovoltaikanlagen	321

Als wesentliche Ertragsquelle für die Berliner Stadtgüter GmbH stellen sich die Einnahmen aus dem Kerngeschäft der Vermietung und Verpachtung dar. Am 31. Dezember 2014 bestanden insgesamt 2.599 verschiedene Verträge (im Vorjahr 2.631), darunter 530 gewerbliche Pacht-, Miet-, Gestattungs- und Nutzungsverträge, 212 Landpachtverträge, 1.295 Verträge über Freizeit- und Erholungsgrundstücke, Gärten, Garagen, Stellplätze und Stege, 201 Bauerlaubnisverträge sowie 58 Erbbaurechtsverträge.

Erneuerbare Energien

Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, wie Windkraftanlagen, Freiflächenfotovoltaikanlagen und Anlagen zur Biomasseerzeugung werden durch Investoren auf Pachtflächen der Berliner Stadtgüter GmbH erstellt.

Durch die 15 gesellschaftseigenen Fotovoltaikanlagen auf geeigneten Gebäudedächern wurden 985.376,844 kWh Strom erzeugt und in das öffentliche Energieversorgungsnetz eingespeist. Das entspricht einer Bedarfsdeckung von 428 durchschnittlichen Berliner Haushalten. Der Ertrag war im abgelaufenen Jahr durchschnittlich. Die erzielte Einspeisevergütung betrug 321.071,50 €. Seit Inbetriebnahme der ersten PV-Dachanlage im Jahr 2006 wurden insgesamt 4,008 Mio. kWh in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Die Einspeisevergütung beläuft sich bisher auf 1.440 T€. Die entsprechende CO₂-Einsparung beläuft sich auf ca. 2.800 t.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Die mit Investoren vertraglich vereinbarte Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gehört zum gewerblichen Betrieb der Berliner Stadtgüter. Auf Grund des Landeswaldgesetzes Brandenburg erfolgt die Umsetzung der Maßnahmen durch die Neuanlage von Waldflächen, die Fortführung der Kulturpflege und die Nachpflanzungen von Wachstumsausfällen. Von den Berliner Stadtgütern werden Aufforstungsmaßnahmen auch in Vorleistung erbracht. Kompensationspflichtigen werden diese Flächen für die Anrechnung entgeltlich zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtfläche der vertraglich vereinbarten Aufforstungsflächen beträgt im Berichtsjahr insg. 217 ha, mit 121 Aufforstungsverträgen. Davon betreffen 20,7 ha Vorleistungsflächen. Weitere 30 ha Vorleistungsfläche werden für Kompensationspflichtige zum zeitnahen Abruf bereitgestellt und sind teilweise (18,6 ha) bereits für konkrete Vorhaben reserviert. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr vier neue Verträge über 4,3 ha Ersatzaufforstungen abgeschlossen. Diese Verträge werden auf Vorleistungsflächen umgesetzt.

Auf einer Fläche von 10,8 ha erfolgte die Teil- bzw. Endabnahme der Aufforstungen durch die zuständigen Forstbehörden und somit die Anerkennung dieser Flächen als gesicherte Waldflächen.

Bei den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Geltungsbereich der Naturschutzgesetze (Bundesnaturschutzgesetz und Naturschutzgesetz Brandenburg) sind die Pflanz- und Pflegearbeiten der letzten Jahre fortgesetzt und neue Verträge abgeschlossen worden. Mit dem Neuabschluss von sechs Verträgen über 43 ha erhöhte sich die Anzahl der Verträge auf 64. Enthalten ist auch ein Vertrag über die Unterhaltungspflege für Kompensationsmaßnahmen des Flughafens BER für den Pflegezeitraum Herbst 2014 bis Frühjahr 2015 über eine Fläche von 34 ha. Für das Jahr 2015 ist der Abschluss eines Folgevertrages, der die langfristige Pflege dieser Flächen regelt, vorgesehen.

Der Bestand an Anzahlungen und Vorauszahlungen (passive Rechnungsabgrenzungsposten) für diesen Geschäftsbereich betrug 7.473 T€ (Vorjahr 6.460 T€) zum 31.12.2014.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen im Wesentlichen Unterhaltungspflegeverträge mit der Gemeinde Großbeeren und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Verträge haben eine Laufzeit von bis zu 25 Jahren.

Bei vier Verträgen über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen konnten behördliche Teil- bzw. Endabnahmen über eine Fläche von 5,7 ha erreicht werden. Die Gesellschaft übernimmt die Unterhaltungspflege nach der Abnahme für den Zeitraum der Vertragsbindung. Die zu bearbeitende Vertragsfläche, inklusive der vereinbarten Unterhaltungspflege, beläuft sich auf ca. 539 ha.

Um vertragsgemäß die fachkundige Pflege der Flächen nach der Abnahme gewährleisten zu können, werden für den Zeitraum der Vertragsdauer (je nach Kultur bis zu 22 Jahre) Rückstellungen für die Unterhaltungspflege gebildet.

Für in Planung befindliche Bauvorhaben bieten die Berliner Stadtgüter Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an. Nach Eintritt der Rechtskraft entsprechender Beschlüsse können die in Aussicht stehenden Verträge abgeschlossen werden.

Jagd und Fischerei

Die Gesellschaft bewirtschaftet 36 Eigenjagdbezirke mit einer Fläche von ca. 14.374 ha. Die Eigenjagdbezirke beinhalten auch Flächen Dritter und Flächen der Berliner Forsten. Weiterhin werden 11 Fischereipachten mit einer Fläche von ca. 147 ha betreut.

Personal

Im Geschäftsjahr 2014 wurden im Jahresdurchschnitt 39 Mitarbeiter/innen und acht Auszubildende beschäftigt. Für die Qualifizierung der Arbeitnehmer/innen sind 17 T€ aufgewendet worden.

Der zum 10. September 2014 abgeschlossene, für zwei Jahre geltende Entgelttarifvertrag, beinhaltet eine im Geschäftsjahr 2014 wirksam gewordene Einkommenserhöhung von 3,1 % ab dem 1. Oktober 2014 und eine Einmalzahlung in Höhe von 1.000 € (Dezember 2014) sowie eine weitere Einmalzahlung in Höhe von 200 € (März 2015).

Für die Überwachung und Kontrolle der Immobilien vor Ort sind im Jahresdurchschnitt vier Aushilfskräfte geringfügig beschäftigt worden.

Ausbildung

Es wurden zum Ende des Kalenderjahres 2014 neun Auszubildende für die Ausbildungsberufe Immobilienkaufmann/-frau und Kauffrau für Bürokommunikation im Unternehmen ausgebildet. Eine ehemalige Auszubildende führt ein duales Studium in der Fachrichtung Steuern und Prüfungswesen durch. Die Berliner Stadtgüter GmbH ist Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr und bietet Plätze für Schülerpraktika an.

III. Zur Lage

Ertragslage

Die Ertragslage im operativen Kernbereich ist weitgehend stabil. Zu dem im Zeitvergleich hohen Jahresüberschuss haben insbesondere die Ergebnisbeiträge aus Grundstücksverkäufen und Entschädigungszahlungen beigetragen.

Auf die Gesamterträge in Höhe von 13,596 Mio. € entfallen auf die Umsatzerlöse 6,296 Mio. €, auf sonstige betriebliche Erträge 7,265 Mio. €, auf Zinsen und ähnliche Erträge 0,108 Mio. €, vermindert um Bestandsveränderungen aus unfertigen Leistungen -0,073 Mio. €.

Diesen Erträgen stehen Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1,226 Mio. € gegenüber. Neben den Personalkosten, die sich auf 2,049 Mio. € beliefen, weist die Gewinn- und Verlustrechnung für die vorgenommenen Abschreibungen einen Wert von 0,586 Mio. € aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 3,842 Mio. €. Der Betrag für Zinsen und ähnliche Aufwendungen belief sich auf 0,043 Mio. €. Die Aufwendungen für Steuern betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 0,651 Mio. €.

Im Jahr 2014 wurde ein Überschuss von 5,199 Mio. € erwirtschaftet.

Eine abgestimmte kurz- und mittelfristige Wirtschaftsplanung (bestehend aus Erfolgs-, Investitions-, Personal-, Finanz- und Liquiditätsplanung) sieht auch künftig stabile positive Jahresergebnisse vor.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist im Wesentlichen von den Positionen flüssige Mittel und Anlagevermögen geprägt. Die flüssigen Mittel haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,276 Mio. € erhöht (siehe Finanzlage). Das Anlagevermögen (52,4 Mio. €) wird zum ganz überwiegenden Teil durch Grundstücke dargestellt, die das Land Berlin zu Eigentum in die Gesellschaft eingebracht hat. Die Grundstücke können nur im Ausnahmefall, mit der Zustimmung des Landes beziehungsweise mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin, belastet oder veräußert werden.

Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert und ist auch für das Jahr 2015 als ausreichend zu bezeichnen. Zum Bilanzstichtag waren flüssige Mittel in Höhe von 22,188 Mio. € vorhanden, die zur Deckung der Verbindlichkeiten, Pensionsrückstellungen sowie der sonstigen Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten kurz- und mittelfristig notwendig sind. Durch die vorhandenen liquiden Mittel wird im erforderlichen Umfang die Finanzierung des Verbrauchs der immobilienbezogenen Rückstellungen in Höhe von 5,992 Mio. € sichergestellt. Die Liquiditätsausstattung der Gesellschaft beinhaltet auch vertraglich vereinbarte finanzielle Vorleistungen von Auftraggebern (Anzahlungen und Vorauszahlungen) in Höhe von 7,473 Mio. €. Die Gesellschaft hat sich gegenüber Vertragspartnern zur Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und Pflegeleistungen haftungsbefreiend verpflichtet. Die finanziellen Mittel sind für diese Zwecke vertraglich gebunden.

Darüber hinaus sind weitere Liquiditätsabflüsse für Altanschießerbeiträge in Höhe von rund 2,6 Mio. € sowie noch zu entrichtende Grunderwerbsteuer aus der Verschmelzung und Rückübertragung von Grundstücken an das Land Berlin (ca. 0,6 Mio. €) zu erwarten. Finanzielle Mittel für geplante Investitionsmaßnahmen die im Berichtsjahr aus verschiedenen Gründen nicht realisiert werden konnten (1,7 Mio. €), wurden auf das Jahr 2015 übertragen.

Die auf den ersten Blick erheblich erscheinende Ausstattung der Gesellschaft mit finanziellen Mitteln wird durch die gegenüberstehenden Verpflichtungen deutlich relativiert. Ferner könnte die Gesellschaft nicht von sich aus möglichen Liquiditätsschwierigkeiten dadurch entgegenwirken, indem sie sich kurzfristige oder in angemessener Zeit flüssige Mittel durch Grundstücksbelastungen oder durch -veräußerungen verschafft (Gläubigerschutz).

IV. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

1. Risiken

Marktrisiken

Durch die Vielzahl der Verträge und die inhaltliche Breite der Nutzungszwecke findet im Bereich Vermietung und Verpachtung ein erheblicher Risikoausgleich statt. Zugleich wird bei Neuabschlüssen Gewicht darauf gelegt, Ausfallrisiken möglichst gering zu halten. Es verbleibt vor allem das allgemeine Marktrisiko für dieses Segment.

Die in 2014 beschlossenen Ausgestaltungsregelungen für die europäische Agrarpolitik bis 2020 beinhalten eine Neuverteilung der Zahlungsansprüche (=Rechte zum Erhalt von Agrarförderungen) an die Bewirtschafter der Flächen im Jahr 2015. Vom Flächeneigentum getrenntes Eigentum an Zahlungsansprüchen wirkt sich negativ auf die erzielbaren Landpachten und das Management der Flächenverpachtungen aus und führt zu erhöhten Ertragsrisiken bei den Landverpachtungen.

Die Berliner Stadtgüter GmbH stützt insbesondere durch Investitionen, die sich ertragsstabilisierend auswirken, und durch zielgerichtete Verpachtungs- und Vermietungsaktivitäten sowie durch aufwandsreduzierende Maßnahmen die dauerhafte, erfolgreiche Ertragssituation der Gesellschaft.

Altlasten

Der erhebliche Anteil von durch Kontaminationen belasteten gesellschaftseigenen Grundstücken birgt ein hohes Kostenrisiko.

Nachdem in den vergangenen Jahren die Altlastenprobleme aus der übernommenen maroden Gebäudesubstanz durch umfangreiche Abrissmaßnahmen sowie bei wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten durch gezielte Investitionen durch die Gesellschaft überwiegend abgearbeitet worden sind, bestehen die Risiken vor allem in den besonders belasteten Rieselfeldflächen. Der sachgerechte Umgang mit rd. 5.600 ha ehemaligen Rieselfeldflächen, davon rd. 2.000 ha nicht umgestaltete Rieselfelder, ist eine dauerhafte und komplexe Aufgabe der Stadtgüter und wird zukünftig noch weiter an Bedeutung zunehmen. Allein für notwendige Bodenuntersuchungen und Sanierungen der Einlassbereiche und Schlamm-trockenplätze ergibt sich ein Finanzbedarf von ca. 2,964 Mio. €, für den bilanzielle Rückstellungen gebildet sind. Alle weiteren Maßnahmen auf den Rieselfeldern müssen aus dem Ergebnis der Gesellschaft gedeckt werden.

Kalkungsmaßnahmen auf ehemaligen Rieselfeldern zur pH-Wert Stabilisierung wurden 2014 fortgeführt. Insgesamt wurden auf 387 ha ehemaligen Rieselfeldern bis zu 4 t Kalk je ha aufgebracht. Durch Stabilisierung des Säurewertes wird die Schwermetallbindung im Boden gewährleistet, um Auswaschungen und dadurch Eintragungen in das Grundwasser zu vermeiden. Bisher nicht passivierte Risiken für die Gesellschaft könnten sich auf Grund der geplanten europäischen Richtlinie zur Einrichtung eines Altlastenkatasters oder aus Änderungen zum Bodenschutzgesetz ergeben.

Weitere erhebliche finanzielle Mittel erfordert der bauliche Zustand des Gebäudebestandes. Für den Austausch von kontaminierten Baustoffen und den unter Umständen erforderlichen Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen werden entsprechende finanzielle Mittel vorgehalten. Der Austausch kontaminierter Baustoffe am Gebäudebestand der Berliner Stadtgüter wurde im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt. Überwiegend sind asbesthaltige Dachbaustoffe entsorgt und ersetzt worden.

Die Aufwertung von Grundstücken durch den Rückbau von nicht mehr nutzbaren baulichen Anlagen, die Beseitigung von Abfallablagerungen und Sukzession wurde fortgesetzt, Schwerpunkte bildeten hierbei die Standorte Albertshof, Ladeburg, Diedersdorf und Retzow.

Unter Beachtung betriebswirtschaftlicher Kriterien widmet die Gesellschaft dem Erhalt und der Sicherung des Gebäudebestandes, der ein Durchschnittsalter von über 70 Jahren aufweist, besondere Aufmerksamkeit. Durch nachfrageorientierte Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen soll die Ertragssituation stabilisiert und nicht genutzte Gebäude in einen vermietbaren Zustand gebracht werden. An den Standorten Deutschwusterhausen und Siethen wurde 2014 die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudebestandes fortgesetzt. In Deutschwusterhausen wurde die Dachsanierung des ehemaligen Rinderstalls abgeschlossen, die Sanierung des Verwalterhauses wurde weitergeführt. Am Standort Schönerlinde wurde das Gebäude einer ehemaligen Blumenhalle in einen vermietbaren Zustand versetzt.

Für die voraussichtlichen Kosten der Altlastenbeseitigung, die ein konkretisierbares Risiko darstellen, ist nach derzeitiger Einschätzung durch bereits gebildete Rückstellungen Vorsorge getroffen worden. Liquide Eigenmittel werden darüber hinaus zur Gefahrenabwehr genutzt werden müssen.

Insolvenzen

Insolvenzen und deren Folgen sind meist lang andauernde juristische Verfahren zur Erlangung des vereinbarten Miet- oder Pachtzinses oder - was wichtiger ist -, wieder in den Besitz der Grundstücke zu gelangen. Häufig fallen Vollstreckungs- und Räumungskosten an, die verauslagten Kosten der Rechtsverfolgung sind teilweise nicht einbringbar.

Liquidität

Die Gesellschaft verfügt über ausreichende finanzielle Mittel, um den absehbaren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Kraft nachkommen zu können. Mit Liquiditätsabflüssen aus der Finanzierung der Rückstellungsverbräuche und den geplanten Investitionen in die Gebäudesubstanz muss weiterhin gerechnet werden. Weitere Liquiditätsabflüsse sind aufgrund der Zahlungsverpflichtungen

für Grundstücke zu erwarten, für die bisher keine Anschlussgebühren erhoben wurden (Altanschießerproblematik). Soweit es gesellschaftseigene Grundstücke betrifft, sind die Beiträge aktivierbar. Hinsichtlich der Beitragsbescheide, die die rückübertragenen Grundstücke an das Land Berlin betreffen, werden entsprechende Aufwendungen gebucht. Auf Grund der noch nicht erfolgten grundbuchlichen Umschreibungen belastet dies die Gesellschaft unmittelbar als Forderungsschuldner anstelle des wirtschaftlich Verpflichteten (Land Berlin). Nach Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg beläuft sich unter Berücksichtigung einer vorläufigen Berechnung und Aktualisierung der Risikobewertung die zukünftige Liquiditätsbelastung auf rund 2,6 Mio. €. In begründeten Fällen werden Einsprüche gegen die Bescheide eingelegt. Aufgrund der Verschmelzung der Gesellschaften (BSGM und BSB) sind noch Grunderwerbsteuerbescheide in Höhe von ca. 0,6 Mio. € zu erwarten.

2. Chancen

Erweiterung der Vermietungs- und Verpachtungstätigkeit

Die Nachfrage nach gewerblichen und landwirtschaftlichen Immobilien wird sich auch unter Berücksichtigung konjunkturell bedingter Zurückhaltung mittelfristig weiterhin positiv entwickelt. Nachfragen für Flächen, insbesondere zur Nutzung für die Erzeugung regenerativerer Energien, sind weiterhin feststellbar, jedoch nur im Rahmen der planungsrechtlichen Möglichkeiten zu bedienen.

Im Zusammenhang mit dem Bau des Flughafens „Berlin Brandenburg International“ ist weiterhin eine Nachfrage nach gewerblichen Immobilien im Umfeld des Flughafens festzustellen. Nachgefragte Flächen werden voraussichtlich eine Wertsteigerung erfahren.

Mittel- und langfristig wird von einer stabilen wirtschaftlichen Lage im Grundstücksbereich ausgegangen.

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Weiterhin anhaltende Planungen bzw. Inanspruchnahmen von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Natur- und Waldflächen für infrastrukturelle und andere Baumaßnahmen insbesondere südlich von Berlin haben einen entsprechenden Bedarf an Kompensationsflächen zur Folge. Wesentliche Potentiale liegen in der Flächenbereitstellung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für innerstädtische Eingriffe, die innerhalb der Stadtgrenzen Berlins nicht ausgeglichen werden können. Dieses sich entwickelnde Geschäftsfeld vereint positive wirtschaftliche Auswirkungen für die Gesellschaft mit stadtpolitischen Gewinnen für Berlin.

Der vorhandene Auftragsbestand ist über einen längeren Zeitraum abzarbeiten und durch Neuabschlüsse auf einem entsprechenden Niveau zu halten.

Der Bereich der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wird sich auch weiterhin ertragsstabilisierend auswirken. Erweiterungen des Geschäftsfeldes sind im Zusammenhang mit der neuen Bundeskompensationsverordnung und insbesondere auch mit der Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf Stadtgüterflächen für innerstädtische Projekte Berlins zu erwarten.

Erneuerbare Energien

Die Berliner Stadtgüter bauen die Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien aus, planungsrechtliche Möglichkeiten wirken dabei beschränkend. Strategisch sollen weitere Flächen der Berliner Stadtgüter für den Betrieb von Windkraftanlagen, Flächenfotovoltaik und zur energetisch verwertbaren Biomasseerzeugung genutzt werden. Ziel soll eine sinnvolle, wirtschaftliche, die Wertschöpfung steigernde Nutzung bzw. Nachnutzung der Eigentumsflächen, insbesondere der ehemaligen Rieselfelder sein. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen gestaltet sich trotz der Energiestrategien der Länder Brandenburg und Berlin kompliziert und langwierig. Die Berliner Stadtgüter haben die Errichtung von Anlagen zur Biomasseerzeugung fortgesetzt. Kooperationspartner ist ein kommunaler Heizkraftwerksbetreiber. Das Pilotprojekt einer Kurzumtriebsanlage mit bedarfsgerechter Bewässerung durch Klarwasser wurde fortgeführt. Die Nutzung von Flächen für die Förderung und den Ausbau regenerativer Energien bedeutet eine ökologische und ökonomische Weiterentwicklung

der Gesellschaft mit einem erheblichen Ertragspotential. Verschiedene Entwürfe von Regional- und Flächennutzungsplänen eröffnen Potentiale für einen weiteren Ausbau regenerativer Energien auch auf Flächen der Berliner Stadtgüter. Die Gesellschaft ist als Flächeneigentümerin von den Regionalplänen aller fünf Regionalen Planungsgemeinschaften des Landes Brandenburg betroffen. Die jeweiligen fachlichen Teilpläne zur Windenergienutzung setzen den Rahmen für die Nutzung von Stadtgutflächen für die Erzeugung von Windenergie.

V. Besondere Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

VI. Risikomanagement und Methoden

Das Risikomanagement der Berliner Stadtgüter GmbH beinhaltet die Risikoerfassung, die Risikobewertung, die Maßnahmenplanung und das Risikocontrolling. In den in der Regel wöchentlich stattfindenden Bereichsleitersitzungen wird über Risiken gegenüber der Geschäftsführung berichtet. Ein effektives Risikomanagement wird gewährleistet. Die Risiken werden erfasst und ihrer Höhe nach, unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeit, bewertet. Auf Grundlage einer Risikomatrix werden sie eingeordnet und nach den Prioritäten der Risikobewältigung und der Dringlichkeit der Gegenmaßnahmen klassifiziert. Die Meldung an die Geschäftsführung erfolgt sofort und im Rahmen der regelmäßigen Quartalsberichterstattung an den Aufsichtsrat.

VII. Berliner Corporate Governance Kodex

Der „Berliner Corporate Governance Kodex“ (kurz: BCGK) ist in den Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin anzuwenden, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und hinsichtlich der Aufgabe sowie wirtschaftlicher Bedeutung von Interesse sind.

Auf der Grundlage der Vorgaben des Gesellschafters und des Beschlusses des Aufsichtsrates wurde am 6. März 2015 eine Entsprechenserklärung zum BCGK abgegeben, die als Anlage dem Lagebericht beiliegt.

Berlin, 06. März 2015

Berliner Stadtgüter GmbH



Hecktör

Anlage zum Lagebericht der Berliner Stadtgüter GmbH zur Anwendung des Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung/des Aufsichtsrates
<p>I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat</p>		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle wesentlichen Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung, mit Ausnahme derjenigen Tagesordnungspunkte, welche die Geschäftsführung betrafen, abgehalten.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung.</p>

I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungssterminen. • Darstellung der Soll-Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; insgesamt war der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
-----	--	---

I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat. 	<p>Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Eine D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung. Die Versicherung ist ohne Selbstbehalt abgeschlossen worden, da es zu diesem Zeitpunkt kein günstigeres Angebot mit Selbstbehalt gegeben hat.</p>
-----	--	--

II. Geschäftsführung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien.. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und ein Risikocontrolling.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung. 	<p>Es gibt eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung. Die Geschäftsführung besteht aus nur einem Geschäftsführer.</p>

<p>II.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung; sie wurde nicht nachträglich geändert. Die Vergütung hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler wiederkehrender Bestandteil) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen des Geschäftsführers, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütung wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung und deren Zusammensetzung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Der Geschäftsführervertrag sieht keine Abfindungsregelungen vor.</p>
--------------------	---	--

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung sowie der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. Er hat weitere Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfristen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
---------------------	---	--

<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden, da keine Ausschüsse gebildet wurden (siehe III.4). Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für den Geschäftsführer festgelegt. Bei der Erstbestellung wurde die maximal mögliche Bestelldauer nicht ausgeschöpft. Eine Wiederbestellung seit dem 15. März 2010 wurde durch den Aufsichtsrat beschlossen. Der Geschäftsführervertrag endet am 14. März 2015. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht, der Aufsichtsrat befasste sich mit der Nachfolgesuche.</p>
---------------------	--	--

III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsführung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Aufsichtsrat ist auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen über wichtige Ereignisse unterrichtet worden. Es haben keine außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Hinsichtlich der Anzahl der Aufsichtsratsmandate und der Übernahme von Funktionen bei Wettbewerbern sind keine von den Empfehlungen des Kodex abweichenden Aufgabenwahrnehmungen bekannt geworden. Die Vergütung (Aufwandsentschädigung) wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung. 	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Begutachtung vorgelegt.</p>
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2014 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen. In mehreren Sitzungen wurden Schwerpunktthemen behandelt.</p>

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung. 	<p>Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<p>Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats. 	<p>Es gab keine Interessenkonflikte.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Es bestanden keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Geschäftsführer oder ihm nahestehenden Personen oder ihm persönlich nahe stehenden Unternehmen. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs-, und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung. 	<p>Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<p>Der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>

V. Transparenz

<p>V. 1 und 2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen etwa des Branchen- und Marktfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Risiken im Tätigkeitsbereich des Unternehmens aufgrund der Änderungen der EEG-Förderbedingungen, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hätten haben können, sind erkannt worden.</p> <p>Allgemeine Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.</p>
--------------------------	---	--

VI. Rechnungslegung

<p>VI. 1 bis 3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte 	<p>Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde in der vorgesehenen Frist von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende dem Gesellschafter vorgelegt. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet.</p> <p>Die Quartalsberichte wurden jeweils zeitnah vor den entsprechenden Aufsichtsratssitzungen vorgelegt und in den Sitzungen erörtert.</p>
---------------------------	---	---

VII. Abschlussprüfung

<p>VII.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer vor Beauftragung die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
<p>VII. 2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>

<p>VII.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
<p>VII.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2013 teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Eine Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen zum Jahresabschluss 2014 ist vorgesehen.</p>

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der Berliner Stadtgüter GmbH zur Anwendung des Berliner Corporate Governance Kodex unter sinngemäßer Anwendung des § 161 Aktiengesetz

Der Senat von Berlin hat beschlossen, den „Berliner Corporate Governance Kodex“ bei den Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin anzuwenden, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und die hinsichtlich Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung von Interesse sind.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Berliner Stadtgüter GmbH erklären, dass den vom Senat von Berlin am 17. Februar 2009 beschlossenen Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex freiwillig und in sinngemäßer Weise entsprochen wird und in der Vergangenheit entsprochen wurde.

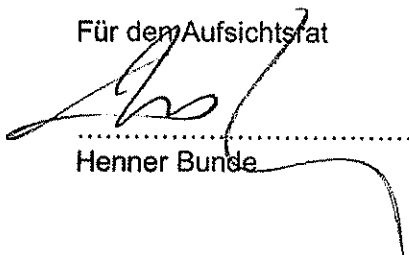
Diese Entsprechenserklärung ist dem Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, durch Schreiben vom 6.03.2015 zugänglich gemacht worden.

Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex:

- Punkt I.5: bei der D&O-Versicherung ist für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat kein Selbstbehalt vorgesehen.
(Begründung: Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung. Die Versicherung ist ohne Selbstbehalt abgeschlossen worden, da es zu diesem Zeitpunkt kein günstigeres Angebot mit Selbstbehalt gegeben hat.)
- Punkt II.2: die Geschäftsführung besteht nur aus einem Geschäftsführer.
(Begründung: Aufgrund der Größe der Gesellschaft ist ein zweiter Geschäftsführer nicht erforderlich.)
- Punkt III.2: für Mitglieder der Geschäftsführung wurde keine Altersgrenze festgelegt.
(Begründung: der Geschäftsführervertrag sieht eine Laufzeit von 5 Jahren vor. Eine Wiederbestellung seit dem 15. März 2010 wurde durch den Aufsichtsrat beschlossen. Der Geschäftsführervertrag endet am 14. März 2015. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht, der Aufsichtsrat befasst sich mit der Nachfolgesuche.)
- Punkt III.4: der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.
(Begründung: Der Aufsichtsrat besteht nur aus fünf vom Gesellschafter bestellten Mitgliedern.)
- Punkt III. 5: die Vergütungen des Aufsichtsrats (Aufwandsentschädigungen) enthalten keine variablen Vergütungsbestandteile.
(Begründung: Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten nur eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 € pro Sitzung.)

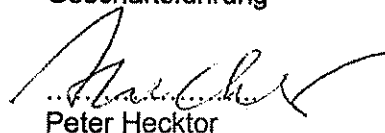
Berlin, den 6. März 2015

Für den Aufsichtsrat



Henner Bunde

Geschäftsführung



Peter Hecktor

Peter Hecktor	Geschäftsführer Berliner Stadtgüter GmbH	Grundgehalt	125.000,00 €
		Bonuszahlung für GJ 2013	32.000,00 €
		geldwerter Vorteil PKW-Nutzung	6.316,20 €
		Gesamt	163.316,20 €
Aufsichtsrat			
Henner Bunde	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (Vorsitzender)	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	600,00 €
Christian Gaebler	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (stellvertretender Vorsitzender)	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	450,00 €
Hella Dunger-Löper Staatssekretärin	Staatssekretärin, Senatskanzlei	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	600,00 €
Anja Naujokat	RefL Senatsverwaltung für Finanzen	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	600,00 €
Dietmar Schulze	Landrat, Landkreis Uckermark	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	450,00 €
		Gesamt AR-Vergütung	2.700,00 €

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) **Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin** **Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014**

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäft, der Geschäftsverlauf sowie die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des BSR-Konzerns werden ganz überwiegend durch die Verhältnisse des Mutterunternehmens, den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR), Anstalt des öffentlichen Rechts, bestimmt. Das Land Berlin hat mit dem Berliner Betriebe-Gesetz (BerLBG) insbesondere folgende **hoheitliche Aufgaben** auf die BSR übertragen:

- Abfallentsorgung für Berlin gemäß § 5 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Berlin,
- Straßenreinigung für Berlin sowie
- Wahrnehmung sonstiger Aufgaben, die insbesondere der Sauberhaltung des Stadtgebietes sowie der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht dienen.

Im Rahmen der Abfall- und Wertstoffwirtschaft und des Umweltschutzes können daneben weitere Geschäfte und Tätigkeiten aller Art übernommen werden. Die hoheitlichen Leistungen finanzieren die BSR gemäß Berliner Betriebe-Gesetz über Tarifentgelte. Die Tarife werden für eine zweijährige Tarifperiode kostendeckend kalkuliert.

Neben der hoheitlichen Aufgabenerfüllung erbringt der BSR-Konzern weitere gewerbliche Leistungen, deren Schwerpunkte auf der Sammlung, Sortierung und Verwertung wertstoffhaltiger Abfälle, insbesondere von Papier, Glas, Speiseresten und Elektroabfällen sowie der Bodenreinigung liegen.

Der für den BSR-Konzern relevante **Entsorgungsmarkt** wurde auch im Jahr 2014 durch die Auswirkungen des zum 1. Juni 2012 in Kraft getretenen **Kreislaufwirtschaftsgesetzes** (KrWG) beeinflusst. Mit diesem Gesetz wurde die fünfstufige Abfallhierarchie implementiert, die der Abfallvermeidung, der Wiederverwendung und dem Recycling den Vorrang vor der Verwertung und Beseitigung von Abfällen gibt. Das Gesetz enthält ferner anspruchsvolle Vorgaben zur Förderung des Recyclings und der sonstigen stofflichen Verwertung.

Bezüglich einer **einheitlichen Wertstofftonne zur gemeinsamen Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen** ist im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD vom 18. Dezember 2013 für die 18. Legislaturperiode („Deutschlands Zukunft gestalten“) vereinbart, dass die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung einer gemeinsamen haushaltsnahen Wertstoffeffassung geschaffen werden sollen. Ungeklärt ist allerdings, wer zukünftig die Zuständigkeit für die einheitliche Sammlung haben

soll und wie diese finanziert werden wird. Die BSR setzen sich im Einvernehmen mit den übrigen kommunalen Unternehmen weiterhin für eine Ausweitung der kommunalen Zuständigkeit auch für den Bereich der Verkaufsverpackungen ein.

Zusammen mit den Dualen Systemen und dem Land Berlin haben die BSR auf Basis der bestehenden gesetzlichen Regelungen ein **Modell einer einheitlichen Wertstoffeffassung für Berlin** vereinbart. Seit dem 1. Januar 2013 werden in Berlin Verpackungen und andere Gegenstände aus Kunststoff, Metall oder Verbundstoff in einer einheitlichen Wertstofftonne gesammelt. In Abhängigkeit der jeweils verantworteten Mengenäquivalente erfolgt eine Logistikaufteilung im gesamten Stadtgebiet, wodurch eine Flächendeckung beider einbezogenen Systeme – Sammelsysteme der Dualen Systeme gemäß VerpackV und kommunales Wertstoffsammelsystem „Orange Box“ – gewährleistet wird.

Die BSR bieten den Berlinerinnen und Berlinern ein umfangreiches Entsorgungssystem für alle Abfälle aus privaten Haushaltungen. Das Tarifsystem der Abfallwirtschaft ist dabei so gestaltet, dass den Kunden Anreize zur Getrenntsammlung von Abfällen gegeben werden, indem Tarife der Produkte günstiger gestaltet bzw. Leistungen entgeltfrei angeboten werden, bei denen der ökologische Effekt der Getrenntsammlung am höchsten ist (beispielsweise der Tarif für die Biogut-Tonne bzw. die Annahme von Abfällen auf Recyclinghöfen). Um die Tarifstruktur für die Kunden transparenter zu gestalten und die getrennte Sammlung von Abfällen in den nächsten Jahren weiter ausbauen zu können, hat der Aufsichtsrat im August 2013 eine **Umstellung der Tarifstruktur ab 2015** beschlossen. In der neuen Tarifstruktur bildet ein **Grundpreis („Ökotarif“)** – der pro Nutzungseinheit (i.d.R. ein Haushalt) und Jahr erhoben wird – die Basis für bereits bestehende und neu hinzukommende Leistungen der BSR zur Getrenntsammlung von Abfällen. Die Umstellung der Tarifstruktur hat keinen Einfluss auf die Höhe des Tarifvolumens in der Abfallwirtschaft, sie trägt jedoch maßgeblich zur mittel- und langfristigen Stabilisierung der Tarife und dem Ausbau der Getrenntsammlung von Abfällen bei. Die für die Jahre 2015/2016 geltenden Tarife wurden im Oktober 2014 von der Preisprüfungsbehörde der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz genehmigt und sind im Berliner Amtsblatt veröffentlicht.

Zum 1. Januar 2014 wurden mit Inkrafttreten der „Neunzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen“ **zwei zusätzliche Reinigungsklassen implementiert**. Die neue Reinigungsklasse 1a wurde für Straßen mit besonders starkem Reinigungsbedürfnis eingeführt, um bei Bedarf mehr als eine tägliche Reinigung durchzuführen. Die neue Reinigungsklasse 2a ermöglicht es den BSR, Geschäftsstraßen auch an Samstagen zu reinigen.

2. Strategie und Organisation

Die übergeordnete Strategie der BSR besteht darin, sich **als kommunales Vorzeigeunternehmen den Leistungsauftrag langfristig zu sichern**. Zur Umsetzung verfolgen die BSR unterschiedliche, aufeinander abgestimmte strategische Ziele.

An erster Stelle steht dabei, dass die BSR bei der Erfüllung der hoheitlichen Kernaufgaben – Sammlung, Verwertung und Entsorgung von Siedlungsabfällen, stadtweite Straßenreinigung und Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht – für ihre Kunden langfristig stabile, im nationalen Vergleich niedrige Tarifentgelte sowie im Zeitverlauf stetige Tarife gewährleisten. Ergänzende Ziele sind die Sicherstellung einer hohen Leistungsqualität, Erfüllung der sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BSR und dem Land Berlin sowie der Ausbau des ökologischen Profils. Durch die Umsetzung dieser Ziele soll eine Weiterentwicklung der BSR nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit erreicht und der Mehrwert des kommunalen Unternehmens deutlich gemacht werden.

Die **Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung** sind seit Jahren Gegenstand der mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Unternehmensstrategie. Nach Auffassung der BSR ist das Engagement in sozialen und ökologischen Belangen auch für das nachhaltige Erreichen der wirtschaftlichen Ziele von zentraler Bedeutung. Die nachhaltige Unternehmenssteuerung der BSR verfolgt das Ziel, die Auswirkungen des unternehmerischen Handelns nicht nur unter ökonomischen Aspekten zu beurteilen, sondern darüber hinaus auch soziale und ökologische Komponenten in die Bewertung und Entscheidungsfindung mit einfließen zu lassen.

Die Organisation der BSR ist den **Kernprozessen** entsprechend in die operativen Geschäftseinheiten **Abfallwirtschaft** (Sammlung und Transport von Abfällen sowie Abfallbehandlung/Stoffstrommanagement) und **Straßenreinigung** (Fahrbahn- und Gehwegreinigung sowie Winterdienst) aufgeteilt. Die operativen Bereiche werden durch die Geschäftseinheiten Kundenbetreuung, Personalwesen, zentraler Einkauf, Controlling sowie Finanz- und Rechnungswesen, Organisation und Informationstechnologie sowie Immobilienmanagement im Sinne von Querschnittsfunktionen unterstützt.

Die Auswirkungen des unternehmerischen Handelns auf die Tarifentgelte sind Maßstab für Unternehmensentscheidungen der BSR. Durch ein detailliertes Management-Informationssystem werden Informationen bereitgestellt, die für die Umsetzung dieses Grundsatzes relevant sind und die die Führungskräfte der BSR bei der Planung und bei Entscheidungen unterstützen sollen.

Effizienzsteigerungsprogramme sind ein wichtiges Instrument der BSR, um über Kostensenkungen langfristig stabile Tarife zu gewährleisten. Im Rahmen der Zielvereinbarung mit dem

Land Berlin haben sich die BSR für den Zeitraum 2000 bis 2015 zur Entwicklung und Umsetzung von fünf Effizienzsteigerungsprogrammen verpflichtet. In bisher vier abgeschlossenen Effizienzsteigerungsprogrammen (2000 bis 2012) konnten Sach- und Personalkosten in Höhe von insgesamt 179,7 Mio. EUR eingespart werden. Mit der Umsetzung des fünften Effizienzsteigerungsprogramms haben die BSR 2013 begonnen. In den Jahren 2013 bis 2015 sollen Maßnahmen mit einem Einsparpotenzial von 8,7 Mio. EUR realisiert werden.

3. Geschäftsentwicklung

3.1. Abfallwirtschaft

Die BSR haben im Jahr 2014 insgesamt rd. 1.204 TMg Siedlungsabfälle (Vj. 1.226 TMg) entsorgt, davon rd. 853 TMg Restabfälle (Vj. 847 TMg) und rd. 351 TMg getrennt erfasste Abfallfraktionen (Vj. 379 TMg).

Das Aufkommen der **getrennt erfassten Abfallfraktionen** von 351 TMg (Vj. 379 TMg) wird von biogenen Abfällen (37%) und Sperrmüll inklusive Altholz (30%) bestimmt. Die biogenen Abfälle umfassen die Abfälle aus der „Biogut-Tonne“, Straßenlaub (einschließlich der Inhalte aus Laubsäcken), Baum- und Strauchschnitt sowie Weihnachtsbäume.

Im **Müllheizkraftwerk Berlin-Ruhleben (MHKW)** wurden in 2014 insgesamt rd. 534 TMg Restabfälle (Vj. 526 TMg) thermisch behandelt. In den in Berlin-Pankow und Berlin-Reinickendorf gelegenen **MPS-Anlagen** wurden im Geschäftsjahr insgesamt rd. 299 TMg (Vj. 301 TMg) Restabfälle zu Ersatzbrennstoffen verwertet.

Die BSR sind für die Stilllegung und Nachsorge der **Deponien Schwanebeck, Schöneicher Plan, Wernsdorf und Wannsee** zuständig, auf denen Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle abgelagert wurden. Die Anforderungen an die Stilllegung und Nachsorge werden durch die Deponieverordnung aus April 2009 geregelt. Die Arbeiten zum Bau der Oberflächenabdichtungen der Deponien wurden im Berichtsjahr wie geplant fortgesetzt.

Die Überwachung und die gegebenenfalls erforderliche Sanierung der 38 Berliner **Standorte mit Altablagerungen** sind durch das Bodenschutzrecht geregelt. Der mit der zuständigen Behörde, der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, vereinbarte Umfang an Erkundungsarbeiten für das Jahr 2014 wurde umgesetzt.

3.2. Straßenreinigung

Im Geschäftsjahr 2014 haben die BSR insgesamt rd. 1,5 Mio. Kilometer **Fahrbahnen und Gehwege** (Vj. 1,4 Mio.) gereinigt und wie im Vorjahr rd. 6 Mio. Papierkorbentleerungen durchgeführt. Dabei wurden rd.

- 57 TMg Kehricht (Vj. 86 TMg),
- 7 TMg Papierkorbabfälle (Vj. 6 TMg) und
- 48 TMg Laub (Vj. 51 TMg)

eingesammelt und sachgerecht verwertet bzw. entsorgt. Zusätzlich erfolgten rd. 227.100 Gully-Reinigungen (Vj. 196.600).

Im Vergleich zu den Vorjahren waren in der Winterperiode 2013/2014 (Oktober 2013 bis März 2014) überwiegend milde Temperaturen und viele Sonnenscheinstunden zu verzeichnen. Während in der vergangenen Winterperiode 142 Streckenstreuungen (Streckenstreuung, vorbeugende Streckenstreuung und Sprüheinsätze) vorzunehmen waren, lagen die Streueinsätze in der Winterperiode 2013/2014 mit 40 Streckenstreuungen im Bereich eines durchschnittlichen Winters. Der milde Witterungsverlauf ermöglichte es den BSR, schon sehr frühzeitig mit der Splittbeseitigung und mit den Reinigungsmaßnahmen zu beginnen. Da wegen der milden Witterung geringere Mengen an Splitt ausgebracht wurden, sank das eingesammelte und gereinigte Kehrichtaufkommen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 34%.

Zum 1. Januar 2014 wurden mit Inkrafttreten der „Neunzehnten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen“ **zwei zusätzliche Reinigungsklassen** eingeführt. Die neuen Reinigungsklassen 1a und 2a sollen dem zunehmenden Sauberkeitsbedürfnis infolge weiter stark wachsender Tourismuszahlen und der Ausweitung von Öffnungszeiten von Geschäften Rechnung tragen. Im Rahmen der Umsetzung der bedarfsgerechten Reinigungsklassen waren Anpassungen der **Arbeitsorganisation**, insbesondere zur Sicherung der Wochenenddienste und der gleichmäßigen Auslastung der Beschäftigten in der Reinigung, erforderlich.

4. Gewerbliches Geschäft

Der im Berichtsjahr von der **BR Berlin Recycling GmbH** (BR GmbH) erzielte Gewinn beträgt 3,9 Mio. EUR und liegt mit 0,4 Mio. EUR unter dem Gewinn des Vorjahres (Vj. 4,3 Mio. EUR). Während im Geschäftsbereich Papierentsorgung im Berichtsjahr sowohl die Papiermengen als auch die Anzahl der Entleerungen gesteigert werden konnten, waren im Geschäftsbereich Glasentsorgung Umsatzverluste zu verzeichnen. Diese sind insbeson-

dere darauf zurückzuführen, dass die haushaltsnahe Glasabholung in einem Berliner Vertragsgebiet zugunsten des Bring-Systems reduziert werden musste. Des Weiteren haben die Maßnahmen, die die BR GmbH im Berichtsjahr zur Verbesserung der gesammelten Glasqualität durchgeführt hat, das Ergebnis des Geschäftsjahres belastet.

Die **GBAV Gesellschaft für Boden- und Abfallverwertung mbH** (GBAV GmbH) konnte in ihrem Kerngeschäft „Bodenreinigung“ im Berichtsjahr erneut eine hohe Auslastung ihrer Bodenwaschanlage verzeichnen. Im Rahmen der behördlich genehmigten Kapazitätsausweitung der Bodenwaschanlage mussten im Geschäftsjahr diverse Maßnahmen zur Emissionsverringerung sowie Instandhaltung der Brandschutzeinrichtungen umgesetzt werden. Im Wesentlichen aufgrund dieser Kosten liegt das Jahresergebnis 2014 (2,0 Mio. EUR) unter dem des Vorjahres (Vj. 2,2 Mio. EUR).

Die Geschäftstätigkeit der **FBS Fuhrpark Business Service GmbH** (FBS GmbH) beschränkt sich im Wesentlichen auf die Altfahrzeugvermarktung und -vermietung für die BSR sowie das Fuhrparkmanagement für eine Schwestergesellschaft. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014 beträgt 0,2 Mio. EUR (Vj. 0,3 Mio. EUR).

Die **BRAL Reststoff-Bearbeitungs GmbH** (BRAL GmbH) hat nach einem Verlust im Vorjahr (Vj. -0,5 Mio. EUR) im Berichtsjahr ein positives Ergebnis von 0,2 Mio. EUR erzielt. Die im Vorjahr begonnenen Umstrukturierungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr fortgesetzt und haben sich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt.

Von den **BSR** selber werden lediglich solche gewerblichen Tätigkeiten ausgeübt, die das hoheitliche Kerngeschäft unmittelbar ergänzen und unterstützen. Dazu zählen unter anderem die Entsorgung von Abfällen aus Gewerbebetrieben und Sonderabfällen, die Vermarktung von Elektroschrott und bestimmten, auf den Recyclinghöfen gesammelten Abfallfraktionen, der Betrieb von unternehmenseigenen Kantinen sowie die Erbringung von technischen und kaufmännischen Dienstleistungen, insbesondere für Tochtergesellschaften.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2014 beschäftigte der BSR-Konzern insgesamt 5.578 (Vorjahr 5.494) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende und Praktikanten).

Im April 2014 einigten sich die Tarifparteien im öffentlichen Dienst auf einen **neuen Tarifvertrag mit einer 2-jährigen Laufzeit** (1. März 2014 bis 29. Februar 2016).

Die Entgelte des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) erhöhen sich danach in zwei Stufen:

- um 3,0%, aber mindestens 90 Euro ab 1. März 2014 sowie
- um 2,4% ab 1. März 2015

Die Auszubildendenvergütung erhöhte sich im März 2014 um 40 EUR und wird sich ab März 2015 um weitere 20 EUR erhöhen.

Um den absehbaren Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Unternehmen zu begegnen, haben die BSR im Jahr 2010 mit dem sog. **Betriebssicherungsprogramm** („Programm zur Sicherung der betrieblichen Leistungsfähigkeit und Tarifstetigkeit im Rahmen der strategischen Ziele des Unternehmens“) Regelungen zur betrieblichen Altersteilzeit (Blockmodell) für die Beschäftigten der BSR geschaffen, die im Gedingebetrieb der Müllabfuhr und Reinigung eingesetzt werden. In dem 2010 abgeschlossenen Zusatztarifvertrag wurde vereinbart, dass alle Beschäftigten der BSR einen Beitrag zur Finanzierung des Betriebssicherungsprogramms leisten müssen. Im Berichtsjahr wurden die Annahmen für die Berechnung der Rückstellung aktualisiert.

Nach der im Juli 2014 in Kraft getretenen **Änderung des gesetzlichen Renteneintrittsalters** durch das RV-Leistungsverbesserungsgesetz sinkt für langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren die Altersgrenze zum Bezug einer abschlagsfreien Rente auf bis zu 63 Jahre. Die Rente ab 63 gilt für Versicherte, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind und deren Rente nach dem 1. Juli 2014 beginnt und die die sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Für Versicherte, die nach dem 1. Januar 1953 geboren sind, steigt die Altersgrenze mit jedem Jahrgang um zwei Monate. Wer nach dem 1. Januar 1964 geboren wurde, kann nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente gehen, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat.

Der Aufsichtsrat der BSR hat im Dezember 2014 beschlossen, den Beschäftigten der BSR, die die Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente erfüllen, eine Abfindungszahlung zu bieten, damit sie diese Rente in Anspruch nehmen („**Rente mit 63+**“). Die Höhe der einmaligen Abfindungszahlung (maximal 9.600 EUR) bemisst sich individuell nach dem Zeitraum

zwischen dem vorgezogenen Renteneintritt und der Beendigung des 65. Lebensjahres. Mit der einmaligen Abfindungszahlung wird für die Beschäftigten der Verlust von Rentenpunkten durch den früheren Renteneintritt gemindert. Dadurch wird für die Beschäftigten ein im betrieblichen Interesse liegender Anreiz geschaffen, die gesetzliche Neuregelung in möglichst großem Umfang in Anspruch zu nehmen. Zum Bilanzstichtag wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Im Rahmen ihrer **Ausbildungsverantwortung** bildete das Mutterunternehmen zum 31. Dezember 2014 insgesamt 232 Auszubildende aus. Im Geschäftsjahr 2014 haben 66 Auszubildende sowie 10 dual Studierende ihre Ausbildung bei den BSR begonnen.

6. Umwelt- und gesellschaftspolitische Verantwortung

Ein wesentliches strategisches Ziel der BSR ist die kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes. Im September 2011 haben sich die BSR gegenüber dem Land Berlin in einer zweiten **Klimaschutzvereinbarung** verpflichtet, im Zeitraum **2011 bis 2015** die CO₂-Emissionen um 113.500 Tonnen jährlich zu reduzieren. Die BSR haben einen Monitoringprozess für die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen etabliert.

Die BSR haben im Berichtsjahr ihre **Mitarbeit im Rat für Nachhaltige Entwicklung** fortgesetzt. Der Rat für nachhaltige Entwicklung, der von der Bundesregierung berufen wurde, erarbeitet Beiträge zur Fortentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und schlägt konkrete Projekte zur Umsetzung der Strategie vor. Im Berichtsjahr wurde unter Beteiligung der BSR u.a. ein Leitfaden zur Umsetzung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex in mittelständischen Unternehmen erarbeitet und veröffentlicht.

Im Wettbewerb um den **Deutschen Nachhaltigkeitspreis**, der auf Initiative der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen verliehen wird, zählen die BSR in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Marken 2014“ zu den „Top 3-Unternehmen“.

Mit ihrem **gesellschaftlichen Engagement** fördern die BSR das Zusammenleben im sozialen Raum „Stadt“. Dabei stehen bürgerschaftliches Engagement, Kinder und Jugendliche sowie deren Bewusstsein für den Umweltschutz und die Sauberkeit in der Stadt im Fokus. Um im Dienste einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung für Berlin etwas zu bewegen, haben die BSR gemeinsam mit anderen ganz bzw. teilweise in Landesbesitz befindlichen Unternehmen die **Initiative „mehrwert Berlin“** ins Leben gerufen. Die Unternehmen mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen und verschiedener Branchenzugehörigkeit eint das bewuss-

te Engagement für die Stadt Berlin. Von den 15 Partnern der Initiative „mehrwert Berlin“ werden auch künftig Aktivitäten wie Stadtteil- und Quartiersmanagement, Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Lärmschutz, positive Marktbeeinflussung durch günstige Preise für sozial schwächere Bevölkerungsschichten, umfangreiche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie sonstige soziale Projekte unterstützt.

7. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

7.1. Ertragslage

Der Konzernjahresüberschuss 2014 beträgt 12,7 Mio. EUR und liegt damit um 2,3 Mio. EUR über dem Ergebnis des Vorjahres. Das Ergebnis entfällt in Höhe von 3,0 Mio. EUR bzw. 23,6% auf die hoheitlichen (Vj. 0,7 Mio. EUR bzw. 6,7%) und in Höhe von 9,7 Mio. EUR bzw. 76,4% auf die gewerblichen Aktivitäten des BSR-Konzerns (Vj. 9,7 Mio. EUR bzw. 93,3%).

Die folgende Tabelle zeigt die zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung:

	2014	2013	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Umsatzerlöse	560,6	562,2	-1,6	-0,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,3	0,5	-0,2	-40,0
Gesamtleistung	560,9	562,7	-1,8	-0,3
Sonstige betriebliche Erträge	51,7	49,3	2,4	4,9
Materialaufwand	-112,6	-114,4	1,8	-1,6
Personalaufwand	-303,1	-297,5	-5,6	1,9
Abschreibungen	-79,2	-65,7	-13,5	20,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-85,9	-94,5	8,6	-9,1
Betriebliches Ergebnis	31,8	39,9	-8,1	-20,3
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-8,4	-6,8	-1,6	23,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23,4	33,1	-9,7	-29,3
Außerordentliches Ergebnis	16,5	-3,4	19,9	>-100,0
Ertragsteuern	-10,6	-3,5	-7,1	>100,0
Aufwand aus Kapitalverzinsung	-16,6	-15,8	-0,8	5,1
Jahresüberschuss	12,7	10,4	2,3	22,1

Die **Umsatzerlöse** des BSR-Konzerns sind im Berichtsjahr insgesamt um 0,3% bzw. 1,6 Mio. EUR auf 560,6 Mio. EUR gesunken. Die geringeren Umsätze resultieren im Wesentlichen aus den um 2,1% bzw. 4,7 Mio. EUR gesunkenen Erlösen der Straßenreinigung. Dies

ist insbesondere auf die im Vergleich zum Vorjahr geringeren Einsatztage zur Beseitigung von Schnee- und Eisglätte zurückzuführen, wodurch sich die Erstattungen des Landes Berlin für die Straßenreinigung um 5,6% bzw. 5,3 Mio. EUR vermindert haben. Die Erlösminderungen konnten im Wesentlichen durch gestiegene Erlöse bei der Bodenreinigung kompensiert werden.

	2014	2013	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Abfalleinsammlung und -beseitigung	263,9	264,3	-0,4	-0,2
Straßenreinigung	220,2	224,9	-4,7	-2,1
Abfall- und Altstoffverwertung	55,8	55,4	0,4	0,7
Bodenreinigung	14,1	10,0	4,1	41,0
Sonstige Dienst- und Reparaturleistungen	6,6	7,6	-1,0	-13,2
	560,6	562,2	-1,6	-0,3

Insgesamt sind die Umsätze aus den gewerblichen Aktivitäten, mit denen sich der BSR-Konzern in Konkurrenz zu privaten Anbietern befindet, gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ihr Anteil am Gesamtumsatz beträgt 13,5% (Vj. 12,9%).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind gegenüber dem Vorjahr um 4,9% bzw. 2,4 Mio. EUR gestiegen. Im Berichtsjahr konnten aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens deutlich höhere Erträge (5,6 Mio. EUR, Vj. 2,2 Mio. EUR) erzielt werden. Allein aus der Auflösung des Masterfonds der BSR haben sich Erträge von 4,0 Mio. EUR ergeben. Ein gegenläufiger Effekt ergibt sich im Wesentlichen aus im Vergleich zum Vorjahr geringeren Mieterlösen (-0,4 Mio. EUR).

Der Rückgang der **Materialaufwendungen** um 1,6% bzw. 1,8 Mio. EUR ist insbesondere auf gesunkene Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren um 3,7 Mio. EUR zurückzuführen. Der Rückgang resultiert vor allem aus reduzierten Aufwendungen für Dieselkraftstoffe und Erdgas. Gestiegene Aufwendungen für bezogene Leistungen (1,9 Mio. EUR) haben sich gegenläufig ausgewirkt.

Die **Personalaufwendungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,9% bzw. 5,6 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Tarifierhöhung für die tariflich Beschäftigten ab dem 1. März 2014, dem gestiegenen Personalbestand und der Bildung einer Rückstellung für das interne Förderprogramm „Rente mit 63+“ des Mutterunternehmens. Gegenläufig wirkten sich vor allem die geringeren Aufwendungen für den Winterdienst sowie Effekte aus diversen Personalstrukturmaßnahmen aus.

Die **Abschreibungen** sind gegenüber dem Vorjahr um 20,5% bzw. 13,5 Mio. EUR gestiegen. Zwar blieben im Vergleich zum Vorjahr die planmäßigen Abschreibungen konstant

(65,4 Mio. EUR, Vj. 65,4 Mio. EUR), allerdings waren im Berichtsjahr außerplanmäßige Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude in Höhe von 13,7 Mio. EUR vorzunehmen. Mit den außerplanmäßigen Abschreibungen wird insbesondere der Entwicklung der Bodenrichtwerte in den Berliner Randlagen Rechnung getragen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind gegenüber dem Vorjahr um 9,1% bzw. 8,6 Mio. EUR gesunken. Ergebnisse der Tarifnachkalkulation, die zu einer Rückzahlungsverpflichtung gegenüber den Tarifzahlern führen, sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu berücksichtigen. Die für das Berichtsjahr aufgrund der Kostenüberdeckung ermittelte Rückzahlungsverpflichtung beträgt 11,8 Mio. EUR und liegt damit um 10,9 Mio. EUR unter dem Vorjahresbetrag (22,7 Mio. EUR). Aufwendungen für die EDV-technische Anpassung des Online-Kundenportals der BSR sowie die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen (2,4 Mio. EUR) haben sich gegenläufig ausgewirkt.

Der **Saldo aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen** führte im Berichtsjahr zu einem positiven Ergebnis von 16,5 Mio. EUR (Vj. -3,4 Mio. EUR). Die Ergebnisverbesserung um 19,9 Mio. EUR entfällt insbesondere auf die Aktualisierung der Rückstellungen für die Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Betriebssicherungsprogramm. Die der Berechnung dieser Rückstellung zugrunde liegende Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme des Betriebssicherungsprogramms wurde im Berichtsjahr von 65% auf 50% gesenkt. Die außerordentlichen Aufwendungen des Berichtsjahres betreffen Zinsen nach § 253 Absatz 2 HGB.

Unter den **Ertragsteuern** sind Kapitalertragsteuern in Höhe von 7,4 Mio. EUR (Vj. 0,0 Mio. EUR) ausgewiesen. Abweichend von den bisherigen Steuerveranlagungen sind nach Auffassung des Finanzamtes und der Senatsverwaltung für Finanzen die Betriebe gewerblicher Art der BSR als Regiebetriebe zu veranlagern. Nach § 20 Absatz 1 Nr. 10b EStG gelten die handelsrechtlichen Jahresüberschüsse der Betriebe gewerblicher Art als an den Hoheitsbereich ausgeschüttet. Da nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes bei einem Regiebetrieb keine handelsrechtlichen Verlustvorträge entstehen können, unterliegen die Kapitalerträge nach § 20 Absatz 1 Nr. 10b EStG vollumfänglich der Kapitalertragsteuer. Für die auf die Ausschüttungen der Betriebe gewerblicher Art für die Jahre 2010 bis 2014 entfallende Kapitalertragsteuer wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

7.2. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung wurde entsprechend dem Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 2 (DRS 2) des Deutschen Standardisierungsrates erstellt und zeigt die Zahlungsströme aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Der Cashflow aus **laufender Geschäftstätigkeit** beträgt 58,1 Mio. EUR (Vj. 81,4 Mio. EUR). Im Jahresergebnis sind nicht zahlungswirksame Vorgänge von 90,3 Mio. EUR enthalten, die insbesondere die Abschreibungen und den Aufwand aus der Kapitalverzinsung umfassen.

Im Rahmen der **Investitionstätigkeit** sind im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 47,2 Mio. EUR (Vj. 17,2 Mio. EUR) abgeflossen. Für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen wurde ein Betrag von 29,4 Mio. EUR (Vj. 35,9 Mio. EUR) aufgewendet. Den Auszahlungen standen Einnahmen aus Verkäufen in Höhe von 2,2 Mio. EUR (Vj. 3,4 Mio. EUR) gegenüber. Für den Erwerb und Verkauf von Wertpapieren des Anlagevermögens und die Gewährung von Ausleihungen wurden im Berichtsjahr insgesamt 20,0 Mio. EUR (Vj. -15,4 Mio. EUR) aufgewendet.

Aus der **Finanzierungstätigkeit** sind im Berichtsjahr 5,6 Mio. EUR für die Tilgung von Krediten abgeflossen (Vj. 145,0 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Kredite (Vj. 110,6 Mio. EUR) aufgenommen.

7.3. Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der BSR stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Anlagevermögen	832,8	82,9	859,3	82,5
Umlaufvermögen	151,5	15,1	147,4	14,1
Rechnungsabgrenzungsposten	20,4	2,0	35,2	3,4
Gesamtvermögen	1.004,7	100,0	1.041,9	100,0
Eigenkapital	117,7	11,7	106,1	10,2
Mittel- und langfristige Kredite und Rückstellungen	719,6	71,6	853,7	81,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	167,4	16,7	82,1	7,9
Gesamtkapital	1.004,7	100,0	1.041,9	100,0

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 3,6% bzw. 37,2 Mio. EUR gesunken.

Gegenüber dem Vorjahr ist das **Anlage- und Umlaufvermögen** nahezu konstant geblieben. Die Bruttoinvestitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände betragen insgesamt 29,7 Mio. EUR (Vj. 36,4 Mio. EUR). Den größten Anteil an diesen Investitionen hatte mit 12,4 Mio. EUR (Vj. 18,8 Mio. EUR) die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen (einschließlich Anlagen im Bau).

Die sich aus dem Verhältnis der Nettoinvestitionen (ohne Finanzanlagen) zu den Abschreibungen ergebende **Substanzerhaltungsquote** beträgt 36,6% (Vj. 53,5%). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Substanzerhaltungsquote niedriger, weil zum einen die Nettoinvestitionen gesunken sind und zum anderen im Berichtsjahr außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen waren. Dem Anlagevermögen standen entsprechende Mittel aus Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital gegenüber.

Durch den Konzernjahresüberschuss in Höhe von 12,7 Mio. EUR sowie die gesunkene Bilanzsumme ist die **Konzerneigenkapitalquote** von 10,2% auf 11,7% angestiegen.

Unter den **mittel- und langfristigen Krediten und Rückstellungen** sind die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr, die Rückstellungen für Deponiesanierung und die langfristigen Personalrückstellungen zusammengefasst. Die Verminderung der **mittel- und langfristigen Kredite und Rückstellungen** im Berichtsjahr um 15,7% bzw.

134,1 Mio. EUR ist insbesondere auf die Umgliederung von Krediten in die **kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen** zurückzuführen.

8. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der BSR-Konzern verfügt über ein umfassendes **Risikomanagementsystem**, das den Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat und dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) entspricht. Durch das Risikomanagementsystem soll sichergestellt werden, dass Risiken umfassend und zeitnah erkannt werden und somit frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können. Ziel ist dabei nicht die Vermeidung aller potentiellen Risiken, sondern der bewusste und verantwortungsvolle Umgang mit denselben aufgrund einer umfassenden Kenntnis der Risiken und der zugrunde liegenden Risikozusammenhänge.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Organisationseinheiten der BSR. Im Rahmen eines unterjährigen Controllingprozesses werden sowohl die wesentlichen Risiken als auch die eingeleiteten Gegenmaßnahmen überwacht. Die konzerneinheitliche Berichterstattung ist verbindlich geregelt.

Für den BSR-Konzern sind derzeit keine Risiken erkennbar, die bestandsgefährdend sein könnten. Risiken im Zusammenhang mit der Ausgestaltung und Verabschiedung eines Wertstoffgesetzes werden derzeit nicht als bestandsgefährdend oder als wesentliche Beeinträchtigung im Hinblick auf die zukünftige Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage betrachtet. Das bislang als relevant eingeschätzte Risiko von Umsatzverlusten im hoheitlichen Bereich durch die verstärkte Nutzung von Wertstofftrennsystemen und durch Abfallmanagement wurde

nach Genehmigung der Tarife für die Tarifperiode 2015/2016 durch die Preisprüfungsbehörde sowie aufgrund der abfallmanagementbezogenen Entwicklungen am Markt neu bewertet und wird derzeit nicht mehr als schwerwiegend eingestuft.

Ziele des **Finanzmanagements** der BSR sind die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie eine unter Risiko- und Aufwandsgesichtspunkten optimale Finanzierung von Investitionen und des laufenden Betriebs der BSR. Die den BSR gewährten Möglichkeiten und Konditionen der kurz- und langfristigen Kreditaufnahme beruhen im Wesentlichen auf der gesetzlichen Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Verbindlichkeiten der BSR. Bei der Anlage von finanziellen Mitteln für die Sanierung der BSR-Deponien, die bereits in Vorjahren über die Tarife vereinnahmt wurden, verfolgen die BSR einen konservativen, risikominimierten Ansatz. Zur Reduzierung der Risiken sind die Finanzmittel auf verschiedene Anlageklassen verteilt. Schuldscheindarlehen sowie Tages- und Termingeldanlagen sind zu 100% über den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. oder über die Sicherungssysteme der deutschen Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken gesichert. Die an ein Schwesterunternehmen gewährten sonstigen Ausleihungen sind von der gesetzlichen Gewährträgerhaftung des Landes Berlin erfasst.

Die **Gefahr von schwerwiegenden Schäden an Boden, Luft und Wasser** durch die vier **BSR-Deponien** wird durch die bestehenden Maßnahmen in der Betriebsorganisation und im Umwelt- und Qualitätsmanagement als sehr gering eingeschätzt. Als Betreiber der Deponien haben die BSR zudem eine kumulierte Umwelthaftpflicht- und Umweltschadensversicherung abgeschlossen.

Als kommunales Unternehmen erbringen die BSR ihre Dienstleistungen überwiegend im öffentlichen Auftrag und sind dabei **nicht gewinnorientiert**, sondern orientieren sich am öffentlichen Gemeinwohl. Themen wie **Klima- und Ressourcenschutz** werden als **Selbstverpflichtung** gegenüber der Umwelt und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hauptstadt wahrgenommen. Die BSR werden auch künftig einen Beitrag zur Stabilisierung der lokalen Wirtschaft leisten und Beschäftigung sowie Investitionen in der Region sichern.

Wesentliche Aufgabe der BSR ist es, allen Berliner Bürgerinnen und Bürgern **die tägliche Abfallentsorgung und Stadtreinigung mit bestmöglichem Service, hohem ökologischen Niveau und zu sozialverträglichen Tarifen** zu garantieren. Kostensenkungen, die die BSR insbesondere durch die Umsetzung von Effizienzsteigerungsprogrammen erzielt haben und erzielen werden sowie Erlöse aus dem Verkauf von Wertstoffen, schlagen sich unmittelbar in den Tarifen der Reinigung und Abfallentsorgung nieder und kommen damit direkt den Tarifzahlern zu Gute. Um die genannten Ziele zu erreichen, ist für die BSR im Bereich der Abfallwirtschaft die konsequente Umsetzung der eigenen Verwertungsstrategie von zentraler Bedeutung. Durch die **neue Tarifstruktur ab dem Jahr 2015** können die Tarife stabilisiert und die Getrenntsammlung von Abfällen weiter ausgebaut werden.

9. Nachtragsbericht

Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

10. Prognosebericht

Für das Jahr 2014 hatte der BSR-Konzern ein handelsrechtliches Ergebnis von rd. 6 Mio. EUR prognostiziert. Der Überschuss des Geschäftsjahres beträgt 12,7 Mio. EUR und liegt damit um 6,7 Mio. EUR über dem prognostizierten Ergebnis. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die im Berichtsjahr vorgenommene Auflösung der Rückstellungen für das Betriebssicherungsprogramm des Mutterunternehmens zurückzuführen. Gegenläufig haben sich die außerplanmäßigen Abschreibungen ausgewirkt. Für das Jahr 2015 prognostiziert der BSR-Konzern ein handelsrechtliches Ergebnis von rd. 11 Mio. EUR.

Von den für das Jahr 2014 geplanten Investitionen bei der Konzernmutter (insgesamt 40 Mio. EUR) sollten 23 Mio. EUR auf Bauinvestitionen und technische Anlagen sowie 12 Mio. EUR auf Fahrzeuginvestitionen entfallen. Im Geschäftsjahr haben die BSR insgesamt 27,3 Mio. EUR investiert, davon 7,5 Mio. EUR für Bauinvestitionen und technische Anlagen sowie 12,1 Mio. EUR für Fahrzeuge.

Für das Jahr 2015 wurden bei der Konzernmutter insgesamt Investitionen von 38 Mio. EUR geplant. Der größte Teil der Investitionen entfällt mit 19 Mio. EUR auf Bauinvestitionen und technische Anlagen. Das größte Einzelvorhaben mit einer Investitionssumme von 8 Mio. EUR ist die Fortsetzung der Sanierung des Müllbunkers im Müllheizkraftwerk Ruhleben. Ferner sollen in 2015 für den Erwerb von Fahrzeugen 13 Mio. EUR investiert werden.

Das gewerbliche Geschäft der BSR und ihrer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften dient, bei angemessenem Chancen-/Risikoverhältnis, der Mehrung des Vermögens der Anstalt öffentlichen Rechts und der Unterstützung des hoheitlichen Geschäfts. Die Geschäftstätigkeit der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften wird sich wie bisher auf Berlin und das Berliner Umland erstrecken. Für das Jahr 2015 erwarten die BSR in einem angespannten Wettbewerbsumfeld weiterhin positive Ergebnisse im gewerblichen Geschäft.

Berlin, 26. Februar 2015

Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand



Dr. Tanja Wielgoß



Michael Theis




Martin Urban

**Gemeinsame Erklärung
des Aufsichtsrates und des Vorstandes
der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts
zu den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex der BSR**

1. Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt des öffentlichen Rechts erklären, dass den Empfehlungen des von ihnen beschlossenen Corporate Governance Kodex der Berliner Stadtreinigungsbetriebe Anstalt öffentlichen Rechts in der Fassung vom 06. April 2011 entsprochen wurde und in Zukunft entsprochen werden soll.
2. Die Abweichungen vom Kodex sind im Folgenden vollständig benannt:
 - a. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Beschluss der Gewährträgerversammlung der BSR ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Jahresabschluss aufgeführt ist (Kodex Ziffer 5.4.4).
 - b. Ein Mitglied des Aufsichtsrates der BSR hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen (Kodex Ziffer 5.4.5).

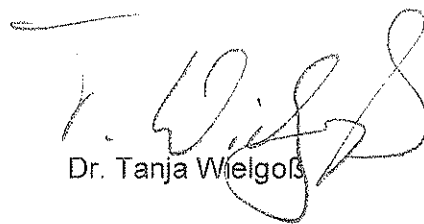
Berlin, den 26. Juni 2015

Für den Aufsichtsrat



Dr. Matthias Kollatz-Ahnen
Vorsitzender des Aufsichtsrates der
Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) AöR

Für den Vorstand



Dr. Tanja Wielgoß



Michael Theis



Martin Urban

Vergütungen Vorstände (Bezügebericht in EUR & Ct)

	<u>Wielgoß</u>	<u>Theis</u>	<u>Urban</u>	<u>Gäde-Butzlaff</u>	<u>Scholz-Fleischmann</u>	<u>Σ</u>
Gehalt (erfolgsunabhängig)						
Gehalt	38.000,00	200.000,04	99.166,69	265.999,92	87.500,00	
Geldwerter Vorteil	1.809,60	9.662,72	6.180,00	8.767,20	1.177,05	
	39.809,60	209.662,76	105.346,69	274.767,12	88.677,05	718.263,22
Erfolgsbezogene Vergütung						
... für 2014						
Abschlagszahlung in 2014				25.000,00	35.833,32	60.833,32
... für 2013						
Restzahlung in 2014		100.000,00		41.000,00	36.000,00	177.000,00
Verzicht im Rahmen BSP		-3.633,95		-5.086,59	-4.046,01	-12.766,55
	0,00	96.366,05	0,00	35.913,41	31.953,99	164.233,45
Zwischensumme	0,00	96.366,05	0,00	60.913,41	67.787,31	225.066,77
Nebenleistungen						
Nebenleistungen	104,67	295,99	220,29	272,70	24,01	
Pauschale Lohnsteuer	-32,47	-65,90	-65,90	-65,90		
Nebenleistungen Vj, Zahlung in 2014		8,75		26,79	10,08	
	72,20	238,84	154,39	233,59	34,09	733,11
Summe	39.881,80	306.267,65	105.501,08	335.914,12	156.498,45	
Vergütung lt. PwC, 14.01.2015	39.881,80	306.267,65	105.501,08	335.914,12	156.498,45	

Vergütungen Aufsichtsrat (AR) und Wirtschaftsausschuss (WA) 2014

Eckdaten Vergütung		
Vergütung AR-Vorsitz		
EUR	6.135,50	bis 30.09.2014
EUR	10.000,00	ab 01.10.2014
Vergütung stellvertretender AR-Vorsitz		
EUR	4.601,63	bis 30.09.2014
EUR	7.500,00	ab 01.10.2014
Vergütung AR-Mitglieder		
EUR	3.067,75	bis 30.09.2014
EUR	6.000,00	ab 01.10.2014
Vergütung WA-Vorsitzender		
EUR	8.500,00	ab 01.10.2014
Vergütung WA-Mitglieder		
EUR	2.000,00	ab 01.10.2014

Lfd.-Nr.	Nachnahme	Vorname	Funktion	von - bis	Vergütung	
					Fibu EUR	Anhang TEUR
1	Nußbaum	Ulrich	AR	01.01. - 11.12.	6.561,82	7
2	Cramer	Hans-Jürgen	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
3	Esser	Ingeborg	AR	01.01. - 31.12.	4.530,14	5
			WA	01.01. - 31.12.	599,89	
4	Hoffmann	Barbara	AR	02.01. - 31.12.	4.520,32	5
5	Krajewski	Christiane	AR	01.01. - 31.12.	2.730,47	5
			WA	01.01. - 31.12.	2.549,53	
6	Lelbach	Abris	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
7	Müller	Michael	AR	01.01. - 11.12.	3.478,19	3
8	Rhode-Mühlenhoff	Heidrun	AR	02.01. - 31.12.	3.798,58	3
9	Günther	Sven-Olaf	AR	01.01. - 31.12.	5.332,18	5
10	Grünberg-Schröder	Andrea	AR	01.01. - 31.12.	3.806,84	4
			WA	01.01. - 31.12.	504,11	
11	Kreutzahler	Andreas	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
12	Kuhlich	Cornelia	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
13	Paczensky	Gregor, von	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
14	Sabrowski	Simone	AR	01.01. - 31.12.	3.806,99	4
15	Stumpenhuisen	Susanne	AR	01.01. - 31.12.	4.530,32	5
16	Wiegand	Rolf	AR	01.01. - 31.12.	3.806,84	4
			WA	01.01. - 31.12.	504,11	
Vergütung Aufsichtsrat (ohne Reisekosten)					70.095,28	70
Reisekosten						
5			Reisekosten Krajewski		3.545,27	4
4			Reisekosten Hoffmann		1.335,00	1
Aufwendungen für Aufsichtsrat gesamt					74.975,55	75

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Anstalt des öffentlichen Rechts

**Lagebericht und Konzernlagebericht
der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Anstalt des öffentlichen Rechts,
Berlin, für das Geschäftsjahr 2014**

Geschäft und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaft und Branchenentwicklung

Im Jahr 2014 stand die wirtschaftliche Entwicklung speziell in den südlichen Ländern der Europäischen Union sowie die Überwindung der europäischen Schuldenkrise erneut im Mittelpunkt der politischen Akteure in Europa sowie der internationalen Finanzmärkte. Darüber hinaus wurde das wirtschaftliche Wachstum von geopolitischen Ereignissen, wie z. B. der Ukrainekrise oder der Destabilisierung im Nahen Osten negativ beeinflusst. Insbesondere im 2. Halbjahr verschärfte sich die Ukrainekrise, was zu gegenseitigen Sanktionen zwischen Russland und dem Westen führte. Auch der starke Einbruch des Ölpreises im 2. Halbjahr 2014 sorgte für Verunsicherung an den weltweiten Märkten.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte trotz dieser negativen und belastenden konjunkturellen Entwicklungen im Euro-Raum auch im Jahr 2014 ein Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr von 1,5 % erzielen. Damit lag das preisbereinigte Wachstum über dem Durchschnitt (1,2 %) der letzten zehn Jahre. Die bundesweite Arbeitslosenzahl lag im Jahresdurchschnitt trotz einer geringfügigen Zunahme unter der Drei-Millionen-Grenze. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag bei 6,7 % und damit 0,2 Prozentpunkte unter der des Jahres 2013. Im Land Berlin sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um rund 0,6 Prozentpunkte auf 11,1 %. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,7 % bzw. 30,8 Tsd. auf über 1,8 Mio. Personen erhöht. Damit liegt der Beschäftigungszuwachs in Berlin wieder mit großem Abstand an erster Stelle im Bundesländervergleich und deutlich über dem Bundesdurchschnitt von rund 0,9 %.

Die Verbraucherpreise 2014 legten aufgrund niedriger Inflationsraten insbesondere im zweiten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % in Deutschland zu. Wesentliche Treiber waren die Preise von Nahrungsmitteln (+1,0 %) und die Preise für Dienstleistungen (+1,6 %). Energiepreise, die in den letzten Jahren ein deutlicher Treiber waren, gingen um 2,1 % im Vergleich zum Vorjahr zurück. Im Land Berlin sind die Verbraucherpreise durchschnittlich um 0,8 % gegenüber dem Jahr 2013 gestiegen.

Die Branchenentwicklung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) war im Jahr 2014 zusammengefasst geprägt durch:

- eine anhaltende Steigerung der Nachfrage in Großstädten sowie Ballungsräumen, bei gleichzeitiger Abnahme der Nachfrage in ländlichen Räumen aufgrund des demografischen Wandels,
- eine Verstärkung der Ausschreibungen und des Wettbewerbs von/um Schienenpersonennahverkehrsleistungen als allgemeingültiger Vergabestandard,
- Fortsetzung der politischen Positionierung verschiedenster Gremien und Verbände, nicht nur des ÖPNV, zum Instandhaltungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur sowie

- eine weiterhin ungeklärte zukünftige Finanzierung der (kommunalen) ÖPNV-Infrastruktur ab dem Jahr 2020,
- ein nochmaliges starkes Wachstum des liberalisierten Fernlinienbusverkehrs.

Der ÖPNV in Deutschland entwickelte sich auch im Jahr 2014 insgesamt positiv, allerdings nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr und fortgesetzt divergierend. Insbesondere in ländlichen Regionen ist ein Nachfragerückgang, in attraktiven Metropolregionen dagegen ein stetiger, zum Teil beträchtlicher Zuwachs bis an die Kapazitätsgrenzen der angebotenen Leistung, festzustellen. Nach vorläufigen Zahlen nutzten rund 11,0 Mrd. Fahrgäste den Öffentlichen Personenverkehr (bestehend aus dem Liniennahverkehr mit S- und Regionalbahnen, Straßenbahnen [inkl. U-Bahnen] sowie Omnibussen) in Deutschland. Dies sind rund 0,5 % Fahrgäste mehr als im Vorjahr. Die Fahrgastzahlen mit Straßen-, Stadt-, und U-Bahnen legten um 1,7 % zu. Der Busnahverkehr verzeichnete einen Rückgang von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Dies ist insbesondere auf die deutlich abnehmenden Fahrgastfahrten in der Fläche und in kleineren Städten zurückzuführen, während in Großstädten bzw. Metropolregionen von einer Stagnation bzw. einem nur geringfügigen Rückgang ausgegangen werden muss.

Die Mitgliedsunternehmen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) konnten nach Vorausberechnungen im Jahr 2014 eine durchschnittliche Steigerung der Fahrgeldeinnahmen (ohne Eisenbahnverkehre) von rund 3,8 % (Vj. 4,0 %) umsetzen. Diese Erhöhung ist insbesondere auf Tarifierpassungen sowie, regional in unterschiedlichem Maße, auf gesteigerte Kundenfahrten zurückzuführen.

Inwieweit das von der ehemaligen Europäischen Kommission noch im Jahr 2013 vorgelegte 4. Eisenbahnpaket (4. EBP), gegen das sich nahezu alle wichtigen deutschen branchenrelevanten Verbände und Gewerkschaften ablehnend positioniert hatten, aufrechterhalten wird bzw. wann und mit welchen Änderungen insbesondere auch auf die für den ÖPNV relevante EU-VO 1370/2007 das ordentliche Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union absolviert wird, hängt entscheidend vom weiteren Handeln der im Herbst 2014 neu zusammengesetzten EU-Kommission ab. Theoretisch besteht somit weiterhin ein Risiko in Bezug auf den nachhaltigen Fortbestand der Direktvergabe von ÖPNV-Leistungen gemäß der EU-VO 1370/2007.

Schon seit mehreren Jahren bestehen erhebliche Probleme, insbesondere der Kommunen, die Instandhaltung ihrer Verkehrsinfrastruktur, auch die des ÖPNV, zu finanzieren. Verschiedene Kommissionen und Initiativen haben bereits in den vergangenen Jahren festgestellt, dass die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland deutlich unterfinanziert ist. Vor allem fehlten Mittel für den Substanzerhalt. Außerdem müsste die Finanzierungsbasis durch neue Finanzierungsinstrumente verbreitert sowie eine Verstärkung des Mittelflusses erreicht werden. Obwohl die Notwendigkeit höherer Mittelbereitstellung für Infrastruktur-Ersatzinvestitionen unwidersprochen ist und im Jahr 2014, auch durch die VDV-Kampagne „damit-deutschland-vorne-bleibt“ und mit Unterstüt-

zung der BVG in der Politik als Top-Thema angekommen ist, ist eine zukünftig ausreichende Finanzierung weiterhin ungeklärt. Dies gilt unter anderem für die Nachfolgeregelungen für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und das Entflechtungsgesetz (EntflechtG), die beide im Jahr 2019 auslaufen. Auch die für das Jahr 2014 vorgesehene Revision der sogenannten Regionalisierungsmittel, deren Dynamisierung für die Zeiträume ab dem Jahr 2015 überprüft werden soll, steht weiterhin aus. Trotz der Forderung der Landesverkehrsminister von Anfang Oktober 2014, die Regionalisierungsmittel von derzeit 7,3 Mrd. EUR auf jährlich 8,5 Mrd. EUR aufzustocken und gleichzeitig die Dynamisierung von 1,5 % auf 2,8 % anzuheben, beschloss das Bundeskabinett Ende 2014 ohne grundsätzliche Klärung der anstehenden Revision für das Jahr 2015 lediglich Mittel in Höhe von 7,4 Mrd. EUR.

Der im Jahr 2013 liberalisierte Fernlinienbusverkehr setzte im Jahr 2014, wenn auch leicht abgeschwächt und mit ersten Anzeichen der Konsolidierung, sein starkes Wachstum fort. Vier von rund 50 Anbietern teilen sich rund 95 % des deutschen Marktes, wobei die beiden Marktführer - mit einem aktuellen Marktanteil von zusammen etwa 75 % - Anfang 2015 ihre Fusion verkündet haben. Verstärkt sind außerdem Expansionen in das europäische Ausland, aber auch der Ausstieg einzelner Anbieter zu beobachten. In Deutschland wachsen die Marktführer insbesondere durch Leistungsangebote in der Fläche und durch eine zunehmende Vernetzung.

Neben den bereits genannten Punkten steht in den kommenden Jahren die Vernetzung und Modernisierung von Anlagen, Angeboten, Informationen und Prozessen im Mittelpunkt des Handelns der ÖPNV-Unternehmen. Beispielhaft sind hier zu nennen:

- nachhaltiges Handeln unter anderem durch eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz sowie der Umweltentlastung durch Nutzung regenerativ erzeugter Energien und innovativer Antriebssysteme, wie z. B. beim Omnibus,
- die Fortsetzung und Intensivierung von kundenorientierten Angebotsverbesserungen, wie z. B. durch die Bevorrechtigung und Beschleunigung des straßengebundenen ÖPNV, die Vernetzung intermodaler Angebote, vernetzte digitale übergreifende ÖPNV-/ Mobilitätsinformationen, Senkung von Zugangsbarrieren auf allen Ebenen (baulich, visuell, akustisch und vertrieblich),
- die Weiterentwicklung von elektronischen Vertriebs- und Ticketlösungen sowie verstärkte Nutzung elektronischer Endgeräte speziell von Smartphones als Informations- und Bezahlmedien.

Darüber hinaus bestehen weitere Herausforderungen für die Branche:

- die zunehmende Konkurrenz bei der Verteilung der begrenzten öffentlichen Zuschüsse zwischen (wachsenden) Städten und dem (schrumpfenden) Land,
- die bevorstehenden massiven demografischen Veränderungen wie z. B. Bevölkerungsabnahme, Überalterung, Arbeitskräftemangel und ihre Auswirkungen auf die Nachfrage und das Leistungsangebot einerseits sowie die Personalgewinnung und -ausbildung sowie -bindung andererseits,

- die Finanzierung, Beschaffung und Instandhaltung moderner sowie betrieblich stabiler, hochverfügbarer Schienenfahrzeuge. In Bezug auf die Instandhaltung ist sowohl im Schienenfernverkehr als auch im Schienenpersonennahverkehr, den sogenannten Regionalbahnen, ein zunehmender Trend zur herstellerseitigen oder Fremdinstandhaltung zu beobachten. Dieser Trend ist im klassischen kommunalen ÖPNV bisher noch nicht festzustellen, aber durchaus übertragbar. Insgesamt ist zukünftig von einem Wettbewerb der Instandhaltungskonzepte von Fahrzeugherstellern bzw. von Fahrzeugbetreibern auszugehen.

Wesentliche Vorgänge im Geschäftsjahr

Im Doppelhaushalt 2014/2015 des Landes Berlin wurden für Bestellungen von Verkehrsleistungen zusätzlich 4,0 Mio. EUR für 2014 bzw. 7,5 Mio. EUR für das Jahr 2015 vorgesehen. In diesem Rahmen wurde im Geschäftsjahr ein umfangreiches Mehrleistungspaket mit insgesamt 72 Maßnahmen auf rund 40 Linien im Bereich der U- und Straßenbahn sowie im Busnetz entwickelt, das an fünf Terminen umgesetzt wurde. Mit dem Mehrleistungspaket wird auf die wachsende Nachfrage reagiert. Die Erweiterung des Angebotes richtet sich an unterschiedliche Nutzergruppen und bringt Verbesserungen im Berufs-, Ausbildungs-, Einkaufs- und Freizeitverkehr.

Gegenüber dem Vorjahr konnte die Zuverlässigkeit, der nach den Regelungen des Verkehrsvertrags mit dem Land Berlin zu erbringenden Leistungen, beim Omnibusbereich weiter stabilisiert und konstant auf einem hohen Niveau gehalten werden. Dazu trugen die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen und deren konsequente Umsetzung sowie weitere Verbesserungen im Jahr 2014 erheblich bei. Der Omnibus hat bei der Zuverlässigkeitsquote das sehr hohe Niveau des Vorjahres mit 99,7 % gehalten. Der U-Bahnbereich konnte eine Zuverlässigkeit von 99,3 % erreichen. Die Straßenbahn realisierte eine leicht geringere Quote von 98,9 %.

Im Rahmen der im Verkehrsvertrag vereinbarten Weiterentwicklung des Qualitätsberichtswezens wird seit dem 1. Januar 2014 die bisherige Pünktlichkeit in die Kennzahlen Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit aufgespalten und erhoben. Mit dieser Maßnahme wird das Leistungsangebot der BVG und dessen Wahrnehmung durch den Kunden objektiver als bisher dargestellt. Dadurch ist jedoch eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nicht mehr gegeben. Der Omnibus konnte eine Pünktlichkeit von 87,1 % und eine Regelmäßigkeit von 94,1 % erzielen. Der Betriebsbereich U-Bahn realisierte eine Pünktlichkeit von 98,9 %. Die Regelmäßigkeit lag bei 99,2 %. Die Straßenbahn war zu 91,7 % pünktlich und verzeichnete eine Regelmäßigkeit von 97,6 %.

Die im Jahr 2014 für die BVG in Schulnoten gemessene Kundenzufriedenheit hat sich leicht auf 2,2 (Vj. 2,3) verbessert. Damit ist die BVG im Vergleich mit dem gesamten Berliner ÖPNV (Note 2,3, Vj. 2,4) insgesamt Spitzenreiter.

Am 17. Oktober 2014 hat Dr. Ulrich Nußbaum seinen Rücktritt als Finanzsenator des Landes Berlin zum 11. Dezember 2014 bekanntgegeben. Damit endete auch sein Amt als Vorsitzender des Aufsichtsrats der BVG. Der Nachfolger, Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, wurde am 13. Januar 2015 mit sofortiger Wirkung als neuer Vorsitzender des Aufsichtsrats der BVG bestellt.

Die Gewährträgerversammlung der BVG hat am 28. Juli 2014 beschlossen, Herrn Dirk Schulte in dem Zeitraum vom 1. Februar 2015 bis zum 31. Januar 2018 zum Mitglied des Vorstands für den Bereich Personal/Soziales zu bestellen. Herr Schulte übernimmt damit das Amt von Herrn

Lothar Zweiniger, dessen Bestellung zum 31. Januar 2015 nach insgesamt 8 Jahren als Vorstand Personal/Soziales endet.

Am 17. November 2014 wurden die Verhandlungen zum Tarifvertrag Nr. 5 zur Entgeltanpassung des TV-N Berlin durch die Tarifpartner für die BVG und die BT Berlin Transport GmbH (BT) abgeschlossen. Der Tarifvertrag trat am 1. Dezember 2014 in Kraft und ist frühestens zum 30. Juni 2016 kündbar. Dieser sieht eine Einmalzahlung in Höhe von 500,00 EUR für das Geschäftsjahr 2014 sowie eine Erhöhung der Tabellenentgelte ab dem 1. Januar 2015 um 3,0 % bei der BVG sowie der BT vor. Im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen zur Entgeltanpassung wird durch den Abschluss des 12. Änderungstarifvertrages zum TV-N Berlin die tarifliche Weihnachtszuwendung in den Jahren 2015 und 2016 jeweils um 100,00 EUR erhöht.

Die BVG hat die periodengerechten Fahrgelderträge gegenüber dem Vorjahr (603,0 Mio. EUR) um 5,5 % auf 636,3 Mio. EUR gesteigert. Dies ist unter anderem auf die erfolgreich durchgeführten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zur Steigerung der Fahrgastfahrten sowie auf die konsequente Umsetzung der Unternehmensstrategie zurückzuführen. Darüber hinaus hat am 9. Oktober 2014 der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) bekannt gegeben, dass die Fahrpreise ab dem 1. Januar 2015 um durchschnittlich 2,3 % steigen werden.

Im Jahr 2014 hat die BVG das Programm „Zukunftssichere Schienenfahrzeugbeschaffung“ weiter vorangetrieben. Zielsetzung ist es, die Fahrzeuersatzbeschaffungen für die Bereiche U- und Straßenbahn sowie die entstehenden Mehrbedarfe aus dem Mehrleistungspaket mit dem Land Berlin zu identifizieren und im Jahr 2015 die Ausschreibungen zu starten. Nur dann lässt sich eine Lieferung der Serienfahrzeuge ab dem Jahr 2020 sicherstellen. Darüber hinaus werden Beschaffungs- und Finanzierungsszenarien gemeinsam mit dem Land Berlin erarbeitet und abgestimmt. Die Beschaffungsstrategie soll im ersten Halbjahr 2015 beschlossen werden.

Die bis in das Jahr 2017 laufende Beschaffung von insgesamt 142 Straßenbahnen vom Typ Flexity wurde planmäßig fortgesetzt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 23 Fahrzeuge vom Typ „Flexity lang“ vom Hersteller ausgeliefert und für den Fahrgastverkehr in Betrieb genommen. Aktuell befinden sich 84 Fahrzeuge des Typs Flexity im Fahrgasteinsatz.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde mit der Erneuerung der Busflotte der BVG begonnen. Hierzu wurden Verträge mit den Herstellern Scania über die Lieferung von bis zu 156 Fahrzeugen (Gelenkbusse) sowie mit VDL über die Lieferung von bis zu 236 Fahrzeugen (Eindeckbusse) für die kommenden Jahre abgeschlossen. Die Auslieferung der ersten Fahrzeuge sowohl von Scania als auch von VDL begann Ende des Jahres 2014. Außerdem wurde die Umrüstung von 91 Doppeldecker Omnibussen (Projekt zur „Optimierung der Busflotte“) mit entsprechenden SCR Filtern zur Reduzierung von Stickoxidemissionen sowie die Optimierung des Motormanagements zur Senkung des Verbrauchs beendet. Im Ergebnis konnten eine erfolgreiche Senkung des Verbrauchs und die Reduzierung von Stickoxidemissionen erreicht werden.

Zum 1. Januar 2014 wurde die NESKom GmbH in die Projektrealisierungs GmbH U5 (PRG U5) umfirmiert, zugleich wurde der Gesellschaftszweck geändert. Der Gesellschaftszweck der PRG U5 liegt in der Erbringung verschiedener in dem Gesellschaftsvertrag näher beschriebener Leistungen in Zusammenhang mit der Realisierung des Lückenschlusses der U-Bahnlinie 5. Auf der Grundlage eines zwischen der PRG U5 und dem Vorstand der BVG geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages wurde die PRG U5 mit der weiteren Durchführung des Lückenschlusses U5 Brandenburger Tor bis Alexanderplatz in Berlin-Mitte vertraglich beauftragt. Die PRG U5 ist zur umfassenden Vertretung der BVG berechtigt; sie handelt im Namen und auf Rechnung der BVG. Im Juli 2014 wurde die erste der beiden Tunnelröhren im Rahmen des Lückenschlusses U5 fertiggestellt.

Im Rahmen der Einführung des elektronischen Fahrscheins (EFS) für Vertragskunden wurden bis zum Ende des Jahres 2014 rund 220,0 Tsd. BVG-Abonnenten mit einer „fahrCard“ ausgestattet. Durch die Ausprägung des Systems können den Stammkunden weitere Tarifprodukte angeboten werden. Außerdem erfolgte parallel die Weiterentwicklung des elektronischen Fahrgeldmanagements, so dass auf Basis dessen, alle Verkehrsunternehmen des VBB die *fahrCard* ihren Kunden zur Verfügung stellen können.

Im Januar 2014 ist die „BVG-App“, die unter anderem eine komfortable Fahrplanauskunft, eine relationsbezogene Fahrpreisermittlung und den Erwerb von ausgewählten VBB-Tickets ermöglicht, gestartet. Als Zusatznutzen wurden Standorte der car2go Fahrzeuge (Carsharing) sowie weitere Mobilitätsangebote von Carsharingunternehmen im Geschäftsjahr integriert. Zeitgleich waren auch Fahrausweise des VBB-Tarifs per Ausdruck (Printticket) durch die Erweiterung des BVG-Onlineshops erhältlich. Ab dem Jahr 2015 sollen weitere Module, wie z. B. die Abodaten-Selbstverwaltung für Kunden oder kombinierte Tickets für Veranstalter zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt hat die BVG über neue elektronische Vertriebsmedien, wie z. B. BVG-App, Touch&Travel und Handyticket Deutschland im letzten Geschäftsjahr rund 2,9 Mio. EUR Einnahmen erzielt.

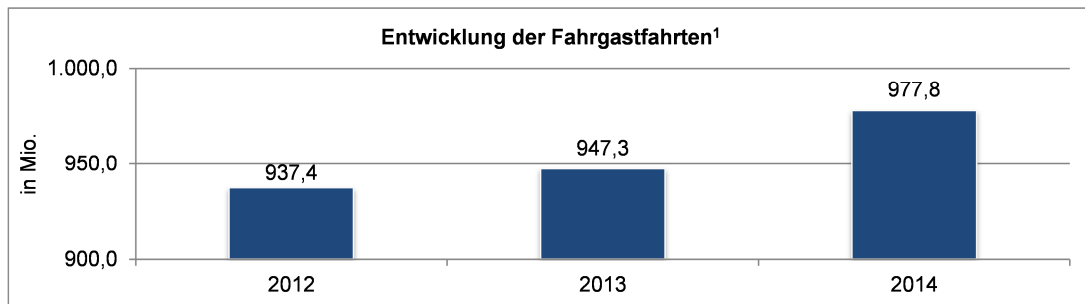
Das im Jahr 2012 begonnene Projekt zum systemunterstützten Vertragsmanagement und -controlling wurde mit der Produktivschaltung im Dezember 2014 erfolgreich abgeschlossen. Die Nutzerschulungen sind zu Beginn des Jahres 2015 geplant. Alle neuen Verträge werden in die Anwendung aufgenommen und die bestehenden Verträge sukzessive eingepflegt.

Das Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr wurde im Jahr 2014 fortgeführt. Außerdem wurden zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sicherheitsdienst eingestellt. Neben der stärkeren Sichtbarkeit durch die neu eingeführte Sicherheitskleidung wurde der Ausbau der Videotechnik auf den Bahnhöfen vorangetrieben. Darüber hinaus wurde die Sensibilisierungskampagne zum Thema Sicherheit in der Öffentlichkeit von der BVG fortgeführt. Im Jahr 2015 sollen weitere Bahnhöfe mit zusätzlichen Videoanlagen aus-

gestattet sowie die Einsatzkonzepte der Sicherheitsmitarbeiter an die Kundenbedürfnisse angepasst werden.

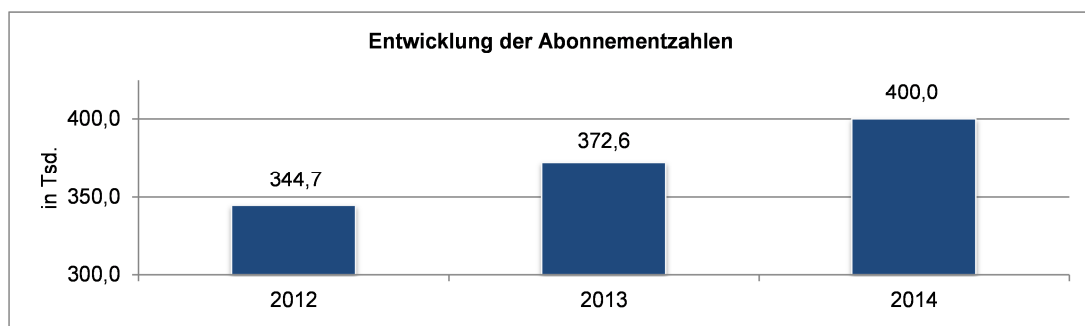
Verkehrsleistungen

Die Fahrgastfahrten (unternehmensbezogene Fahrgastfahrten UBF) konnten im Jahr 2014 um 30,5 Mio. UBF auf rund 977,8 Mio. gesteigert werden. Zunehmende Einwohnerzahlen, mehr Touristen, eine Vielzahl von Events und ein generell wachsendes Mobilitäts- und -bedürfnis treiben diese Marktentwicklung. Zur Erhöhung der Fahrgastfahrten haben auch die gezielten Angebotsmaßnahmen sowie vielfältige Kundenwerbungs- und Kundenbindungsaktivitäten beigetragen.



¹ 2012 und 2013 hochgerechnet auf Basis aktueller Zählraten sowie Umsteigebeziehungen entsprechend den Ergebnissen der VBB-Verkehrserhebung 2007. 2014 hochgerechnet auf Basis aktueller Tagesfahrtberechtigungen, basierend auf den Ticketverkäufen der BVG und der S-Bahn, sowie der Umsteigebeziehungen entsprechend den Ergebnissen der VBB-Verkehrserhebung 2010.

Im Jahr 2014 wurde die Anzahl der Abonnenten gegenüber dem Vorjahr um 7,4 % auf insgesamt rund 400,0 Tsd. gesteigert. Dies konnte aufgrund der erfolgreichen Vertriebs- und Servicestrategie sowie durch zwei zielgerichtete Abonnementkampagnen erreicht werden.



Bezogen auf die einzelnen Betriebsbereiche ergibt sich folgende Leistungserbringung:

Personenkilometer

Personenkilometer (in Mio.)	2014	2013	2012 ³
U-Bahn	2.353,4	2.282,7	2.347,6
Straßenbahn	557,1	538,1	537,2
Omnibus	1.351,7	1.336,2	1.254,8
Gesamt	<u>4.262,2</u> ²	<u>4.156,9</u> ¹	<u>4.139,6</u> ¹

¹hochgerechnet auf Basis aktueller Zählzeiten sowie der Reiseweiten entsprechend den Ergebnissen der VBB-Verkehrserhebung 2007

²hochgerechnet auf Basis aktueller Tagesfahrtberechtigungen, basierend auf den Ticketverkäufen der BVG und der S-Bahn sowie der Reiseweiten entsprechend den Ergebnissen der VBB-Verkehrserhebung 2010

³beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

Nutzkilometer

Nutzkilometer ¹ (in Mio.)	2014	2013	2012 ²
U-Bahn	21,0	21,0	21,0
Straßenbahn	19,1	19,1	19,2
Omnibus	88,3	87,6	87,8

¹U-/Straßenbahn Nutzzugkilometer, Omnibus Nutzwagenkilometer

²beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

Gesamtauslastung

Die Gesamtauslastung des Linienverkehrs lag im Jahr 2014 bei 17,8 %.

Auslastung ¹ (in %)	2014	2013	2012 ²
Gesamt	<u>17,8</u>	<u>17,8</u>	<u>17,4</u>

¹Personenkilometer zu Platzkilometer

²beeinflusst durch einen Warnstreik bei der BVG

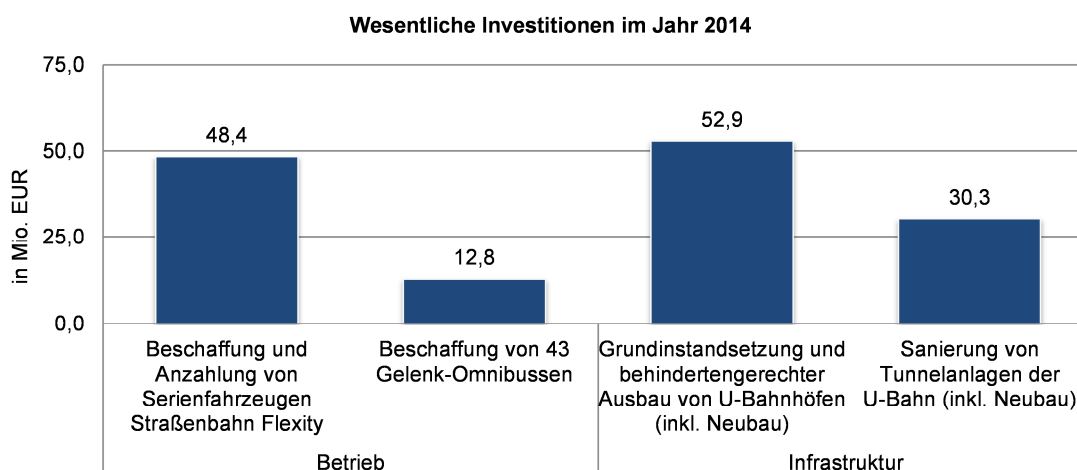
Investitionen in den Betrieb und die Infrastruktur

Im Jahr 2014 wurden konzernweit Investitionen in Höhe von 262,3 Mio. EUR getätigt. 31,2 % (Vj. 32,3 %) der Konzerninvestitionen flossen in die Betriebsbereiche U-Bahn, Straßenbahn sowie Omnibus. Weitere 48,4 Mio. EUR wurden in die Beschaffung von Straßenbahnwagen des Typs Flexity (lang) und weitere 12,8 Mio. EUR in die Beschaffung von Omnibussen investiert.

Insgesamt wurden 167,0 Mio. EUR (63,7 %) der Gesamtinvestitionen in die Infrastruktur des Konzerns investiert. Der Großteil der Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 131,6 Mio. EUR (Vj. 135,8 Mio. EUR) floss wie im letzten Jahr in den U-Bahnbereich.

inklusive Zuschreibungen und in Mio. EUR	Investitionen		Abschreibungen	
	2014	2013	2014	2013
Betrieb	81,9	90,6	86,6	85,3
U-Bahn	8,7	16,8	31,5	30,8
Straßenbahn	54,4	72,2	19,4	17,1
Omnibus	18,8	1,6	35,7	37,4
Infrastruktur	167,0	173,6	115,0	116,0
davon U-Bahn	131,6	135,8	79,4	77,9
davon Straßenbahn	27,2	30,0	30,9	33,3
Sonstige	12,6	14,8	11,6	9,4
BVG	261,5	279,0	213,2	210,7
Tochterunternehmen	0,8	1,2	0,8	1,3
Konzern	262,3	280,2	214,0	212,0
davon sonderfinanziert durch Bundes- und Landesmittel	150,2	181,1	78,9	76,8

Die wesentlichen Investitionen, getrennt nach Betrieb und Infrastruktur, zeigt die nächste Abbildung:



Mitarbeiter

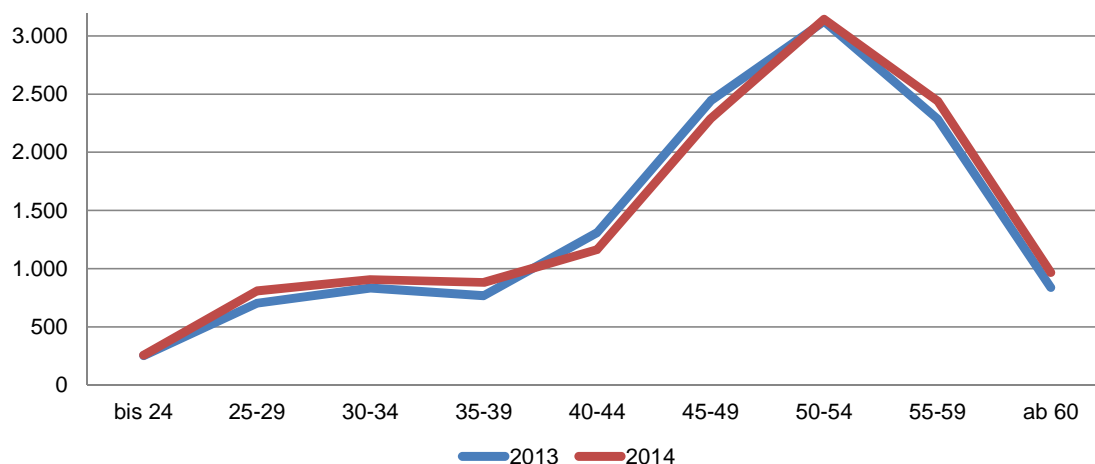
Der Konzernpersonalbestand per 31. Dezember ist gegenüber dem Vorjahr um 393 Beschäftigte gestiegen. Die BVG hat ihre Beschäftigtenzahl um 563 Personen (+5,1 %) erhöht. Die BT als größtes Tochterunternehmen hat ihre Beschäftigten um 190 Personen reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf den Betriebsübergang der Straßenbahnsparte der BT zur BVG zurückzuführen. Konzernweit waren am 31. Dezember 2014 13.336 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie 440 Auszubildende (davon 125 weiblich) beschäftigt. Der Anteil der Mitarbeiterinnen konnte in der BVG um 0,3 Prozentpunkte auf 18,3 % und im Konzern um 0,7 Prozentpunkte auf 17,0 % gesteigert werden.

Im Bereich des Fahrpersonals wurden insgesamt 615 (61,9 %) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der BVG eingestellt. Insgesamt hatte die BVG einen Zugang von 993 Beschäftigten zu verzeichnen. Dies sind 522 Personen mehr als im Vorjahr. Im Jahr 2014 waren 430 Abgänge (Vj. 291) zu verzeichnen. Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigtenanzahl der letzten drei Geschäftsjahre:

Mitarbeiter am 31.12. (Anzahl ohne Auszubildende)	2014	2013	2012
BVG AöR (davon passive Altersteilzeit)	11.518 (480)	10.955 (387)	10.775 (263)
BT GmbH	1.775	1.965	1.996
BBH GmbH & Co. KG	12	11	9
URBANIS GmbH	11	9	9
IOB mbH	3	3	3
Projektrealisierungs GmbH U5	17	0	0
Mitarbeiter im Konzern	<u>13.336</u>	<u>12.943</u>	<u>12.792</u>

Auch aufgrund der demografischen Entwicklung werden die BVG sowie der Konzern in den nächsten Jahren einen zunehmenden Anteil an über 50-jährigen Beschäftigten aufweisen.

Entwicklung der Altersstruktur im Konzern
(ohne Auszubildende und passive Altersteilzeit, Stand 31.12.2014)



Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels hat die BVG unter anderem das Förderprogramm „Jump 2020“ im Jahr 2014 initiiert. Hiermit sollen in den nächsten Jahren entstehende personelle Lücken im Bereich der Führungs- und Fachpositionen geschlossen werden. Das Programm läuft jeweils für mindestens ein Jahr und wird im Rahmen von unterschiedlichen Präsenzveranstaltungen, Planspielen, Projektarbeiten sowie im Eigenstudium umgesetzt.

Im Rahmen des Hochschulmarketings werden kontinuierlich verschiedene Wege genutzt, um mit Studierenden und Absolventen in Kontakt zu kommen. Neben der Teilnahme an Firmenkontaktmessen, der Vermittlung von Abschlussarbeiten und Praktika sowie der Kooperation mit Hochschulen in der Region Berlin/Brandenburg, bietet die BVG bereits seit dem Jahr 2012 das Format der „BVG-Sommer-Uni“ an, bei dem sich die Betriebsbereiche der BVG vorstellen. Studierende der vorrangig ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtungen nutzten am 27. August 2014 während der vorlesungsfreien Zeit das Angebot, einen Tag hinter die Kulissen des größten Nahverkehrsunternehmens Deutschlands zu blicken und dabei exklusive Einblicke in den Bereich der Infrastruktur zu erhalten. Neben Fachvorträgen und der Möglichkeit, sich mit den BVG-Ingenieuren auszutauschen, standen auch interessante Einblicke in das Prüfstellwerk sowie die Bahnmeisterei auf dem Plan. Auf einem Turmwagen konnten sich die Studierenden in mehreren Metern Höhe den Arbeitsalltag der Kollegen der Fahrleitungsmeisterei Straßenbahn erklären lassen, was mit großer Begeisterung seitens der Studierenden in Anspruch genommen wurde.

Die Anzahl der neuen Auszubildenden konnte auch in diesem Jahr auf dem Vorjahresniveau von insgesamt 136 gehalten werden. Die BVG hat im Jahr 2014 45 weibliche Auszubildende (Vj. 36) eingestellt. Davon hat wiederholt eine Frau die Ausbildung zur Gleisbauerin begonnen. Wie im letzten Jahr absolvierten zwei Auszubildende der BVG deutschlandweit ihren Ausbildungsberuf mit den besten Abschlussnoten. Darüber hinaus haben vier Auszubildende der BVG die besten Ergebnisse in ihrer Berufsgruppe in Berlin erreicht.

Die BVG engagiert sich seit Jahren in der Initiative „berufundfamilie“, um unter anderem die Arbeitgeberattraktivität sowie Arbeitnehmerbindung zu steigern. Im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses werden die bestehenden familienfreundlichen Angebote sowie Personalprozesse analysiert und auf Verbesserungsmöglichkeiten sowie neue Ideen untersucht. Als Highlights des Jahres 2014 wurden eine Veranstaltungsreihe für Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Entwicklung und Fortführung von Teilzeitmodellen durchgeführt. Für das Jahr 2015 ist eine Re-Zertifizierung geplant.

Der im Jahr 2013 neuentwickelte Arbeitgeberauftritt der BVG wurde im Geschäftsjahr 2014 fortgeführt und an spezielle Kommunikationsbedarfe angepasst. Insbesondere Frauen und Fachkräfte des Ingenieurwesens sollen angesprochen und als Beschäftigte gewonnen werden. So wurde zum Beispiel die Maßnahme „Fahrerinnen mit Drive gesucht“ durchgeführt, um Frau-

en für den Fahrdienst zu gewinnen. Neben weiteren Kommunikationsmaßnahmen wurde der „Karrierebereich“ auf der Unternehmenswebsite neugestaltet.

Im Jahr 2013 wurde das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) durch die Einführung eines Lenkungskreises BGM in der Managementstruktur des Unternehmens verankert und im Geschäftsjahr 2014 entsprechend weiterentwickelt. Der Schwerpunkt der Aktivitäten in den Unternehmensbereichen liegt in der Verbesserung der allgemeinen Motivation, sich dem Thema Gesundheit zu öffnen bis hin zu gesundheitsgerechtem Verhalten. Außerdem wurde begonnen, bereichsspezifische Maßnahmen, die sich an den jeweiligen Belastungen für die Beschäftigten in den jeweiligen Unternehmensbereichen orientieren, zu entwickeln. Im Rahmen des offenen Seminarprogramms werden verschiedene Gesundheitsseminare, wie zum Beispiel „Gesunde Ernährung“ oder „Stressmanagement“ angeboten. Darüber hinaus wurden erstmals mobile Gesundheitstage für das Fahrpersonal durchgeführt. Hierzu wurde ein entsprechend ausgestatteter Bus an Pausenheimen der BVG stationiert, um den Fahrerinnen und Fahrer die Teilnahme an einem Gesundheitstag zu ermöglichen. Die Fahrerinnen und Fahrer konnten zum Beispiel Augeninnendruck sowie Blutdruck- und Zuckerwerte messen lassen und sich über richtige Ernährung im Schichtdienst informieren. Aufgrund der sehr positiven Resonanz und guten Akzeptanz sind für das Jahr 2015 bereits erneut „Mobile Gesundheitstage“ für die Kolleginnen und Kollegen im Fahrdienst geplant.

Das im Jahr 2011 aufgrund der Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2010 initiierte Projekt „Zukunft erleben - VBO Lichtenberg“, mit dem Ziel, Maßnahmen zum Erhalt von Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln, konnte im Dezember 2014 erfolgreich abgeschlossen werden. Eine der zentralen Aufgaben war neben der Entwicklung auch die Überprüfung der Maßnahmen im Hinblick auf die Übertragbarkeit in andere Bereiche der BVG. Insgesamt wurden 26 Maßnahmen zur Gesunderhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen umgesetzt. Die Arbeitsgruppen bleiben im Wesentlichen bestehen, um bereits begonnene Themen fortzuführen sowie neue Überlegungen zu erörtern und voran zu treiben. Die Einführung der Mischarbeit auf allen Betriebshöfen wird im Rahmen eines BGM Folgeprojektes durch den Bereich Omnibus geprüft. Für die Weiterführung des Stammlinienkonzepts wird ein BGM Projekt (Alternative Fahrzeiten) durchgeführt.

Geschäftsverlauf der Tochterunternehmen

Die Tochterunternehmen der BVG verwenden als Grundlage zur Erfassung und Bewertung von Chancen und Risiken das von der BVG vorgegebene Chancen- und Risikomanagementsystem. Zur Entwicklung des Geschäftsverlaufs sowie der Risikobewertung im Jahr 2014 können bei den zu 100 % in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen folgende Entwicklungen verzeichnet werden:

BVG Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Berlin (BBH)

Die BBH als geschäftsleitende Holding hat die Aufgabe, die Beteiligungsunternehmen administrativ und strategisch zu führen und für die Beteiligungsunternehmen kaufmännische Dienstleistungen zu erbringen sowie das Beteiligungsmanagement für die BVG wahrzunehmen. Auf der Basis von gesonderten Verträgen erbringt die BBH bereits umfangreiche Dienstleistungen in den Bereichen Personal-, Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, IT und Versicherungen. Darüber hinaus bestehen mit den 100 %-Beteiligungen Cash-Pooling-Verträge sowie Gewinnabführungsverträge.

Die BBH hat die Geschäftsanteile der Projektrealisierungs GmbH U5 (vormals NESKom Projektierungsgesellschaft für Nahverkehrs-, Elektro-, Service- und Kommunikationstechnik mbH) mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014 an die BVG übertragen.

In Anlehnung an den Tarifabschluss der BVG vom 17. November 2014 erfolgte für die BBH mit Wirksamkeit zum 1. Dezember 2014 der Abschluss eines Tarifvertrages über eine einmalige Prämienzahlung und mit Wirksamkeit zum 1. Januar 2015 der Abschluss eines neuen Mantel- und Gehaltstarifvertrages.

Die BBH erwirtschaftete im Jahr 2014 einen deutlich gestiegenen Umsatz in Höhe von 1.076,5 Tsd. EUR (Vj. 847,4 Tsd. EUR) und ein Ergebnis nach Steuern von 2.066,9 Tsd. EUR (Vj. 2.912,1 Tsd. EUR). Bis auf die BT erwirtschafteten alle Töchter ein deutlich über dem Plan und Vorjahr liegendes Beteiligungsergebnis von 4.018,3 Tsd. EUR. Damit konnte das negative Ergebnis der BT in Höhe von 1.640,9 Tsd. EUR zum größten Teil kompensiert werden. Der nicht geplante Einmaleffekt aus der Tarifierhöhung bei der BT im Dezember 2014 in Höhe von 1.077,4 Tsd. EUR konnte jedoch nicht vollständig ausgeglichen werden. Auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses erfolgte am 4. Dezember 2014 die Auszahlung von 2.862,3 Tsd. EUR an die BVG.

Im Jahr 2015 wird mit einer erneuten Leistungserweiterung der kaufmännischen Dienstleistungsfunktion für die Tochterunternehmen geplant. Hieraus ergibt sich ein deutlich höherer Umsatz von rund 1.312,7 Tsd. EUR. Dem stehen entsprechend höhere Personalaufwendungen sowie höhere Aufwendungen aus den Dienstleistungsverträgen mit der BVG gegenüber. Nach dem durch die tarifliche Einmalzahlung bedingten, niedrigeren Jahresergebnis 2014 wird eine Steigerung des Jahresergebnisses für das Jahr 2015 erwartet. Das Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen soll im nächsten Geschäftsjahr 2.883,4 Tsd. EUR betragen. Daraus ergibt sich ein entsprechender Anstieg des geplanten Jahresüberschusses nach Steuern auf 2.482,9 Tsd. EUR.

BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin (BBV)

Die BVG Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH führt ausschließlich als Komplementärin die Geschäfte der BBH. Im Jahr 2014 wurden ein Umsatz von 192,1 Tsd. EUR und ein positives Ergebnis von 2,1 Tsd. EUR erwirtschaftet.

BT Berlin Transport GmbH, Berlin (BT)

Das Kerngeschäft der BT ist es, stabil qualitativ hochwertige Fahrdienstleistungen in den Bereichen Omnibus und U-Bahn zuverlässig und zu kostengünstigen Preisen für die BVG zu erbringen. Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Fahrdienstleistungen im Gelegenheitsverkehr sowohl für die BVG als auch für Dritte.

Im Rahmen des Tarifabschlusses 2013 wurde die Sparte Straßenbahn zur BVG mit Wirkung zum 1. Januar 2014 übertragen. Des Weiteren wurde die Fremdvergabequote der BVG in den Sparten Omnibus und U-Bahn auf maximal 32 % der Gesamtleistung an Nutzwagen- respektive Nutzzugkilometern mit Wirkung zum 31. März 2014 umgesetzt. Insbesondere der Übergang der Straßenbahn im Jahr 2014 hatte maßgeblichen Einfluss auf die Personalanzahl sowie Leistungsstunden und damit auf die Umsatz- und Kostenentwicklung der Gesellschaft. Die Gesamtmitarbeiteranzahl der BT reduzierte sich um 9,7 % (-190 Beschäftigte) auf 1.775 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 4. Juni 2014 wurde die erneute Bestellung von Frau Sylke Winter als Geschäftsführerin vom 1. Juni 2015 bis zum 31. Mai 2020 beschlossen.

Um die BT als innovationsstarken Dienstleister im BVG-Konzern auszuprägen und gleichzeitig die Mitarbeiterorientierung weiter zu stärken, wurde das Strategieprojekt „BT-Change“ fortgeführt. Im Rahmen dessen wurde die Weiterentwicklung des Virtuellen Betriebshofs - auf diesem Gebiet ist die BT Innovationsführer sowohl innerhalb des Konzernverbunds als auch in Deutschland - vorangetrieben. Die Basis, zur Steuerung betrieblicher Prozesse per moderner Telekommunikation und App-Anwendungen, wurde mit der Beendigung der Ausgabe der Smartphones zum Ende Januar 2014 geschaffen. Im Geschäftsjahr wurden weitere App´s in Zusammenarbeit mit einer Hochschule entwickelt, die unter anderem die Fahrerinnen und Fahrer mit Dienstinformationen oder bei der Unfallaufnahme unterstützen. Außerdem wurde im Geschäftsjahr das „Flexipensum“ eingeführt. Es ermöglicht, auf kurzfristige Änderungen von Dienstbedarfen flexibler zu reagieren und Belastungen, die aus Dienstplanänderungen resultieren, zu mindern. Dazu wurde ein Fahrerpool von rund 24 Fahrdienstbeschäftigten geschaffen, die hoch flexibel Leistungen von mindestens drei Pensen der BT fahren können und zum Teil auch zusätzlich doppelqualifiziert (Bus und U-Bahn) ausgebildet sind. Darüber hinaus sind die Rahmenparameter des BT-Qualitätsbonus ab 1. August 2014 angepasst worden, um die Gegenfinanzierung gezielter Steuern zu können. Aktuell werden die konzeptionellen Ansätze geprüft um den BT Qualitätsbonus als eine Maßnahme in den Tarifvertrag Demografie zu integrieren.

Die Umsatzerlöse sind aufgrund des Betriebsübergangs der Sparte Straßenbahn im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund 9,9 % gefallen. Werden die Sparten Omnibus und U-Bahn einzeln betrachtet, konnten deren Umsätze gegenüber dem Vorjahr sogar gesteigert werden und das trotz der Senkung der Fremdvergabequoten von zuvor 37 % auf 32 %. In der Sparte U-Bahn lag die Zuverlässigkeitsquote im Jahr 2014 auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres mit 99,9 %. Die Sparte Omnibus konnte eine hohe Zuverlässigkeit knapp unter dem Vorjahr von 99,8 % (Vj. 99,9%) erreichen. Das Ergebnis ist im Vergleich zum Vorjahr (Vj. Gewinnabführung 128,3 Tsd. EUR) aufgrund des nicht geplanten Tarifabschlusses und dessen Einmalzahlung im Dezember 2014 in Höhe von 500,00 EUR je Mitarbeiterin und Mitarbeiter und den nicht geplanten Aufwendungen für die Weiterführung des BT-Qualitätsbonus auf -1.640,9 Tsd. EUR gefallen.

Im Jahr 2015 wird die Fortsetzung der positiven Geschäftsentwicklung der BT angestrebt. Der Umsatz soll sich auf rund 69,2 Mio. EUR erhöhen. Der angestrebte Jahresüberschuss im Jahr 2015 soll mit 99,7 Tsd. EUR deutlich über dem Jahresergebnis des Jahres 2014 liegen. Dabei sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren die Bindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an das Unternehmen sowie deren Qualifizierung auf veränderte und erhöhte Anforderungen. Insbesondere wird es eine der wesentlichen Kernaufgaben der BT sein, die Weiterentwicklung der vorhandenen modernen Informations- und Kommunikationstechnologie zur effizienten Betriebsgestaltung voranzutreiben, um hieraus Kosten- und Produktivitätsvorteile, insbesondere in der Flexibilität, zu realisieren. Außerdem soll das Gesundheitsmanagement weiter gefördert werden. Es ist geplant, mit weiteren Krankenkassen zusammen zu arbeiten, um den Mitarbeitern zusätzliche Leistungen zur Gesunderhaltung anzubieten. Diese Erfolgsfaktoren werden im Rahmen des vorerwähnten Projekts „BT-Change“ im kommenden Geschäftsjahr weiter vorangetrieben.

URBANIS GmbH, Berlin (URBANIS)

Das Kerngeschäft der URBANIS, die Entwicklung und Vermietung von gewerblich nutzbaren Flächen insbesondere im Bereich der Berliner U-Bahn, hat sich auch im Jahr 2014 positiv entwickelt. Der durchschnittliche Leerstand ist gegenüber dem Jahr 2013 um 0,4 Prozentpunkte auf 0,4 % gefallen.

Die bewusste Fokussierung des Angebots auf Waren und Dienstleistungen des Convenience-Bereichs sowie die konsequente Weiterentwicklung der Kioske unter anderem durch die von der URBANIS selbst entwickelten Formate haben sich auch im Jahr 2014 als erfolgreich erwiesen. Darüber hinaus wurde im Geschäftsjahr die Organisationsstruktur angepasst, um die erfolgreiche Weiterentwicklung der Gesellschaft auch in Zukunft fortzusetzen.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte durch die stetige Weiterentwicklung der Kernkompetenzen und der gezielten Marktorientierung der Umsatz um 1.594,3 Tsd. EUR (+15,6 %) auf 11.829,3 Tsd. EUR (Vj. 10.235,0 Tsd. EUR) gesteigert werden. Dies resultiert unter anderem

aus dem Einmaleffekt von Nachforderungen aus Umsatzmietberechnungen in Höhe von 1.402,5 Tsd. EUR. Das Ergebnis vor Gewinnabführung stieg um 441,2 Tsd. EUR (14,2 %) auf 3.545,8 Tsd. EUR (Vj. 3.104,6 Tsd. EUR). Mit dem deutlich gestiegenen Ergebnis trägt die URBANIS einen erheblichen Teil zum Gesamtergebnis der BBH bei.

Die Geschäftsentwicklung wird im Geschäftsjahr 2015 im Wesentlichen von der gezielten Weiterentwicklung der Bestandsverkaufseinrichtungen, der Errichtung von Neubauten sowie der Nutzung freier Flächenpotenziale für die Errichtung von Verkaufseinrichtungen beeinflusst werden. Für die Entwicklung des Umsatzes im Jahr 2015 wird ohne den Einmaleffekt aus den Nachforderungen zur Umsatzmietberechnung und trotz umfangreicher Baumaßnahmen durch die BVG eine leichte Steigerung von 1,0 % erwartet. Das Ergebnis vor Gewinnabführung wird mit 2.614,2 Tsd. EUR geplant.

IOB Internationale Omnibusbahnhof-Betreibergesellschaft mbH, Berlin (IOB)

Die IOB betreibt im Auftrag der BVG den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) in Berlin. Das Kerngeschäft der IOB besteht in der Steuerung der verkehrlichen Abläufe sowie in der wirtschaftlichen Nutzung der Immobilien auf dem ZOB.

Die IOB erwirtschaftete im Jahr 2014 einen Umsatz von insgesamt 2.076,8 Tsd. EUR (Vj. 1.322,6 Tsd. EUR). Der deutliche Zuwachs von 57,0 % gegenüber dem Jahr 2013 ist insbesondere auf die um 94,8 % gestiegenen Umsätze aus den An- und Abfahrten, deren Anzahl sich um 75,0 % erhöhte sowie den Parkgebühren, zurückzuführen. Der Sachaufwand ist aufgrund der erhöhten Leistungserstellung von 906,9 Tsd. EUR auf 1.309,1 Tsd. EUR gestiegen. Das Ergebnis vor Ergebnisabführung konnte so von 150,5 Tsd. EUR auf 472,5 Tsd. EUR (+214,0 %) stark verbessert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2015 wird im Wesentlichen von der Wettbewerbssituation und einer möglichen Konsolidierung im nationalen Fernbusmarkt beeinflusst werden. Außerdem werden die voraussichtlich Ende des Jahres 2015 beginnenden Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Kapazitätserweiterung des ZOB die Ergebnisentwicklung beeinflussen. Angesichts der früh getroffenen Annahmen besteht die Möglichkeit, die Planansätze mit einem rückläufigen Umsatz (-14,4 %) auf 1.770,9 Tsd. EUR und einem deutlich niedrigerem Ergebnis vor Ergebnisabführung von 169,5 Tsd. EUR zu übertreffen.

Projektrealisierungs GmbH U5, Berlin (PRG U5)

Die PRG U5 ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der BVG und übernimmt im Zusammenhang mit der Realisierung des Lückenschlusses der U-Bahnlinie 5 in Berlin insbesondere das Projektmanagement, -controlling sowie das Projektmarketing für die BVG. Die Gesellschaft ging aus der Umfirmierung der NESKom Projektierungsgesellschaft für Nahverkehrs-, Elektro-, Service- und Kommunikationstechnik mbH hervor. Die PRG U5 hat ihr operatives Ge-

schäft am 1. April 2014 aufgenommen. Mit dem Gesellschafter, der BVG wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen.

Die PRG U5 hat zum 31. Dezember 2014 17 Mitarbeiter. Den ab 1. Dezember 2014 gültigen Tarifvertrag Nr. 5 zur Entgeltanpassung des TV-N Berlin der BVG hat die Gesellschaft übernommen.

Der deutliche Anstieg des Umsatzes in Höhe von rund 1.674,7 Tsd. EUR (Vj. 0 Tsd. EUR) liegt in der Aufnahme des operativen Geschäfts im April 2014 begründet. Hierzu korrespondiert ein ebenfalls gestiegener Personalaufwand von rund 1.148,7 Tsd. EUR (Vj. 0 Tsd. EUR) sowie ein Sachaufwand in Höhe von 504,8 Tsd. EUR (Vj. 10,0 Tsd. EUR). Das Ergebnis der Gesellschaft beträgt für das Geschäftsjahr 19,1 Tsd. EUR.

Der Umsatz der PRG U5 wird sich im Jahr 2015 nochmals erhöhen. Dies ist auf die ganzjährige Geschäftstätigkeit sowie eine Erhöhung der Dienstleistungen zurückzuführen. Aufgrund der geplanten Neueinstellung weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Leistungsausweitung wird der Personalaufwand ebenfalls leicht steigen. Das Ergebnis wird auf dem Niveau des Geschäftsjahrs 2014 erwartet.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BVG und des Konzerns

Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf den Konzern. Sofern keine weiteren Angaben gemacht werden, entsprechen die Entwicklungen des Konzerns nahezu denen der BVG.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte der Konzern die für das Geschäftsjahr geplanten Fahrgelderträge (622,3 Mio. EUR) mit zusätzlichen 13,6 Mio. EUR übertreffen. Der Personalaufwand inkl. Sicherungsbetrag konnte mit 583,2 Mio. EUR nahezu auf dem geplanten Niveau von 575,8 Mio. EUR realisiert werden. Der mit 252,6 Mio. EUR geplante Sachaufwand wurde um 6,4 Mio. EUR leicht überschritten. Trotz der leicht gestiegenen Aufwandspositionen konnten aufgrund der deutlich gestiegenen Erträge im Einzelabschluss der BVG und im Konzern Jahresüberschüsse erzielt werden.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Ertragslage in der BVG sowie im Konzern.

Ergebnisübersicht (in Mio. EUR)	BVG		Konzern	
	2014	2013	2014	2013
1 Fahrgelderträge ¹⁾	636,3	603,0	635,9	602,5
2 Ersatz für Einnahmeausfälle aus Schüler-, Schwerbehindertenverkehren sowie Sozialticket ¹⁾	103,2	98,7	103,2	98,7
3 Übrige Erträge (ohne: Auflös. Sopo, neutrale, Beteiligungs-, Zinserträge inkl. Abschreibungen auf Forderungen EBE)	86,0	76,5	94,4	82,8
4 Ausgleichszahlungen gemäß Verkehrsvertrag	283,3	267,9	283,3	267,9
5 Erträge gesamt ohne Auflösung Sopo, neutrale, Beteiligungs-, Zinserträge (=1+2+3+4)	1.108,8	1.046,1	1.116,8	1.051,9
6 Personalaufwand (ohne Sicherungsbetrag, Ruhegeld und Rückstellungen für Personalmaßnahmen)	455,4	424,1	522,2	493,9
7 Sicherungsbetrag (ohne Arbeitgeberanteile)	59,9	62,3	61,0	63,7
8 Ruhegeldaufwand	42,7	28,2	42,7	28,2
9 ./ Erstattungszahlungen des Landes Berlin für Ruhegeldaufwendungen	26,9	27,6	26,9	27,6
10 Rückstellungsbildung für Personalmaßnahmen	2,1	5,0	2,1	5,0
11 Leistungen von der BT GmbH	65,8	73,3	0,0	0,0
12 Sachaufwand (ohne Energie, neutrale Aufwendungen und Abschreibungen Forderungen Erhöhtes Beförderungsentgelt)	255,1	233,7	259,0	237,4
12a Sachaufwand (analog Zeile 12) ohne Verkehrsinfrastruktur	172,5	168,6	176,4	172,3
13 Energie	108,0	111,8	108,2	112,0
14 Neutrales Ergebnis	20,6	7,4	22,2	8,3
15 Beteiligungsergebnis	3,0	2,6	0,1	0,2
16 EBITDA ²⁾ (=5-6-7-8+9-10-11-12-13+14+15)	170,2	145,3	170,7	147,7
17 Netto-Abschreibungen ³⁾	134,2	133,4	135,1	134,7
18 EBIT ⁴⁾ (=16-17)	36,0	12,0	35,6	13,0
19 Außerordentliches Ergebnis	0,0	155,0	0,0	155,0
20 Finanzergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit	-22,6	-24,8	-22,5	-24,8
21 Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG	-5,2	-5,2	-5,3	-5,2
22 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,4	0,5
23 Gesamtergebnis [HGB-GuV] (=18+19+20+21-22)	8,2	136,9	7,4	137,5
24 Gesamtergebnis (HGB-GuV) ohne neutrales und außerordentliches Ergebnis (=23-14-19)	-12,4	-25,5	-14,7	-25,7
25 Betriebsergebnis ⁵⁾	13,6	3,1	14,5	5,7

- 1) ohne periodenfremde Ertragsveränderungen (2014: +18,5 Mio. EUR und 2013: +4,3 Mio. EUR Ausweis im neutralen Ergebnis)
- 2) Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Abschreibungen und außerordentlichem Ergebnis
- 3) Abschreibungen zzgl. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen
- 4) Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie außerordentlichem Ergebnis
- 5) HGB-Ergebnis abzgl. neutrales Ergebnis, abzgl. Beteiligungsergebnis, abzgl. Finanzergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit, abzgl. Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG, abzgl. außerordentliches Ergebnis, abzgl. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie sonstige Steuern

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Konzernumsatzerlöse im Geschäftsjahr 2014 um 59,7 Mio. EUR (+8,1 %) auf insgesamt 800,5 Mio. EUR gestiegen. Die (periodengerechten) Konzernfahrgelderträge konnten gegenüber 2013 um 33,4 Mio. EUR auf insgesamt 635,9 Mio. EUR (BVG 636,3 Mio. EUR) erhöht werden. Dies entspricht einer Steigerung von 5,5 % (BVG 5,5 %). Die Erhöhung der Fahrgelderträge ist unter anderem auf die erfolgreich durchgeführten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zur Steigerung der Fahrgastfahrten sowie auf die konsequente Umsetzung der Unternehmensstrategie zurückzuführen.

Die übrigen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Mio. EUR auf insgesamt 94,4 Mio. EUR gestiegen. Auch die Ausgleichszahlungen gemäß Verkehrsvertrag sind um 15,4 Mio. EUR auf insgesamt 283,3 Mio. EUR gestiegen. Dies ist unter anderem auf das Mehrleistungspaket zurückzuführen.

Der Personalaufwand (ohne Sicherungsbetrag, Ruhegeld sowie Rückstellungen für Personalmaßnahmen) ist um 28,3 Mio. EUR auf insgesamt 522,2 Mio. EUR im Konzern gestiegen (BVG 455,4 Mio. EUR). Inklusiv der Positionen Sicherungsbetrag und Personalrückstellungen hat sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr konzernweit um 22,7 Mio. EUR auf 585,3 Mio. EUR erhöht. Dies ist unter anderem auf die Entgelterhöhung ab dem 1. Januar 2014 bei der BVG und der BT sowie der Einmalzahlung im Dezember 2014 gemäß der Tarifverhandlungen im November 2014 zurückzuführen. Der Anstieg der Ruhegeldaufwendungen ist vor allem auf die Übernahme eines Teilbetrages von 15,0 Mio. EUR in die bilanzierten Pensionsverpflichtungen der bisher gemäß Artikel 28 EGHGB nicht passivierten Pensionsverpflichtungen begründet.

Der Sachaufwand ohne Energie ist im Konzern um 21,6 Mio. EUR auf insgesamt 259,0 Mio. EUR gestiegen (BVG 255,1 Mio. EUR). Dem gegenüber stehen höhere Erträge für sonderfinanzierte Aufwandsvorhaben in Höhe von 9,6 Mio. EUR. Die Aufwendungen für Energie setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für Strom und Dieseltreibstoff zusammen. Die Aufwendungen für Energie sind um 3,8 Mio. EUR auf 108,2 Mio. EUR gefallen.

Das neutrale Konzernergebnis ist gegenüber dem Vorjahr von insgesamt 8,3 Mio. EUR auf 22,2 Mio. EUR gestiegen. Hierin sind insbesondere erhaltene periodenfremde Fahrgelderträge enthalten.

Im Beteiligungsergebnis der BVG in Höhe von 3,0 Mio. EUR sind aus der Ergebnisabführung der Tochtergesellschaft BBH rund 2,9 Mio. EUR enthalten.

Das Konzern-EBIT, das Ergebnis vor Finanzergebnis, Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie außerordentlichem Ergebnis, hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 22,6 Mio. EUR auf 35,6 Mio. EUR verbessert. Das EBIT der BVG hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 24,0 Mio. EUR auf 36,0 Mio. EUR verbessert. Das Betriebsergebnis¹ des Konzerns konnte von 5,7 Mio. EUR um 8,8 Mio. EUR auf 14,5 Mio. EUR gesteigert werden. Das BVG-Betriebsergebnis beträgt 13,6 Mio. EUR (Vj. 3,1 Mio. EUR).

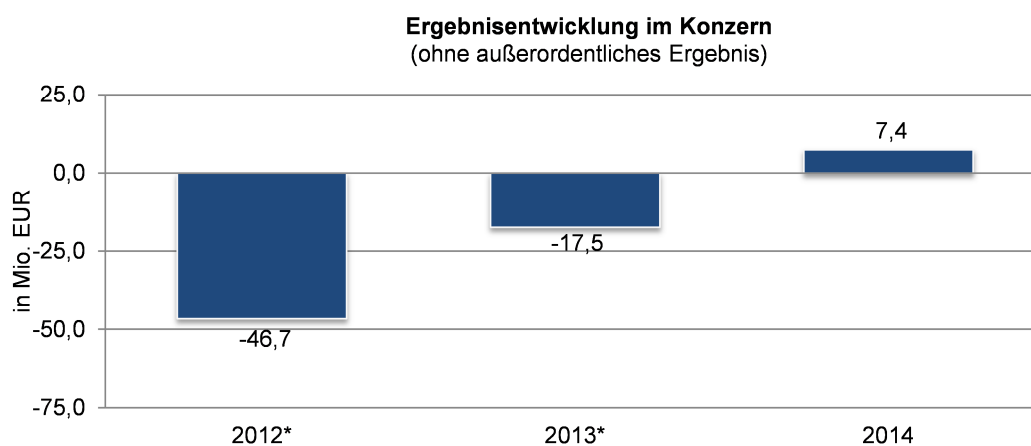
Das Finanzergebnis des Konzerns von insgesamt -27,8 Mio. EUR enthält neben dem Finanzergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von -22,5 Mio. EUR auch -5,3 Mio. EUR aus

¹ HGB-Ergebnis abzgl. neutrales Ergebnis, abzgl. Beteiligungsergebnis, abzgl. Finanzergebnis aus laufender Geschäftstätigkeit, abzgl. Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG, abzgl. außerordentliches Ergebnis, abzgl. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie sonstige Steuern.

Zinseffekten aus BilMoG, die sich im Wesentlichen aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen der BVG ergeben.

Das handelsrechtliche Jahresergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um 130,1 Mio. EUR auf 7,4 Mio. EUR im Konzern und bei der BVG um 128,7 Mio. EUR auf 8,2 Mio. EUR zurückgegangen. Dies ist insbesondere auf das im Vorjahr realisierte außerordentliche Ergebnis der BVG in Höhe von 155,0 Mio. EUR zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses hat sich das Jahresergebnis des Konzerns um 25,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr verbessert. Dies ist, wie bereits im Vorjahr, auf den deutlichen Anstieg der periodengerechten Fahrgelderträge um 33,4 Mio. EUR in den Umsatzerlösen zurückzuführen.

Der Kostendeckungsgrad der BVG betrug im Berichtsjahr 102,3 %² (Vj. 99,0 %). Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Jahresergebnisse der letzten drei Geschäftsjahre.

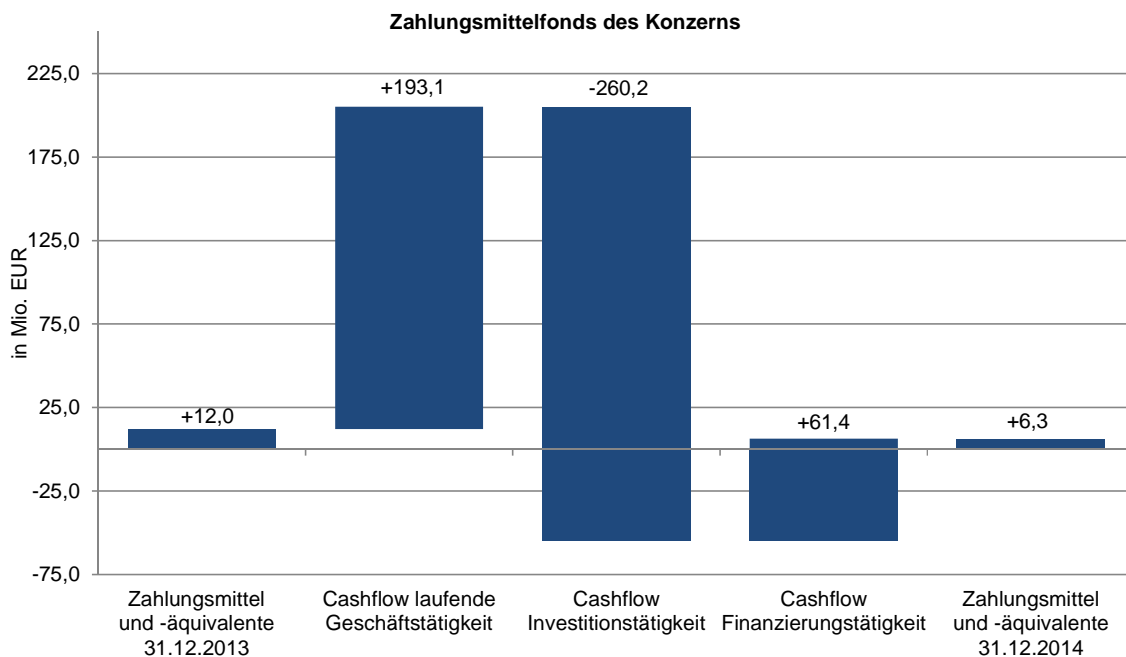


* Die Geschäftsjahre 2012 und 2013 enthalten ein außerordentliches Ergebnis in Höhe von -11,0 Mio. EUR bzw. +155,0 Mio. EUR.

² Inkl. Ausgleichszahlungen für Verkehrsleistungen, ohne Berücksichtigung Verkehrsinfrastruktur, Ruhegeld, Finanzergebnis aus Zinseffekten aus BilMoG, neutrales und außerordentliches Ergebnis, Rückstellungen für Personalmaßnahmen, Beteiligungserträge.

Finanzlage

Im Zahlungsmittelfonds des Konzerns gab es im Jahr 2014 folgende Entwicklung:



Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit des Konzerns betrug 193,1 Mio. EUR (BVG 194,4 Mio. EUR) und lag damit um 88,2 Mio. EUR (+84,1 %) deutlich über dem Vorjahreswert.

Zur Durchführung von Investitionen hat die BVG im Rahmen der Finanzierungstätigkeit 2014 ein bereits im Jahr 2012 abgeschlossenes Forward Darlehen mit einem Volumen von 20,5 Mio. EUR erhalten sowie ein weiteres langfristiges Darlehen in Höhe von 50,0 Mio. EUR aufgenommen. Die Konzernkreditverbindlichkeiten lagen zum Ende des Geschäftsjahres bei 706,6 Mio. EUR (Vj. 809,7 Mio. EUR).

Zum Ende der Periode beträgt der Finanzmittelbestand des Konzerns 6,3 Mio. EUR. Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war im Jahr 2014 jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Die folgende Übersicht zeigt die Aktiva und Passiva der BVG und die des Konzerns.

Aktiva (in Mio. EUR)	BVG		Konzern	
	2014	2013	2014	2013
Sachanlagen (inklusive Immaterieller Vermögensgegenstände)	4.457,0	4.422,7	4.461,8	4.427,6
Finanzanlagen	10,2	10,2	2,4	2,4
	4.467,2	4.432,9	4.464,2	4.430,0
Vorräte	33,2	31,7	33,2	31,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13,0	11,3	14,6	11,9
Flüssige Mittel	3,8	9,6	6,3	12,0
Übriges Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	69,1	78,1	68,3	77,8
	119,1	130,7	122,4	133,4
	4.586,3	4.563,6	4.586,6	4.563,4
Passiva (in Mio. EUR)	2014	2013	2014	2013
Eigenkapital	1.437,0	1.428,8	1.441,2	1.433,8
Sonderposten aus Investitionszuschüssen	1.971,5	1.893,0	1.971,5	1.893,0
	3.408,5	3.321,8	3.412,7	3.326,8
Pensionsrückstellungen	148,6	124,7	148,6	124,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (ohne Zinsabgrenzungen)	706,6	809,7	706,6	809,7
	855,2	934,4	855,2	940,2
Übrige Rückstellungen	165,8	171,1	170,6	176,4
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	68,4	51,1	69,0	51,5
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	88,4	85,2	79,1	74,3
	322,6	301,6	318,7	296,4
	4.586,3	4.563,6	4.586,6	4.563,4

Das Konzerneigenkapital ist aufgrund des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Mio. EUR auf 1.441,2 Mio. EUR gestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt wie im letzten Geschäftsjahr 31,4 %. Bei der BVG hat sich das Eigenkapital um 8,2 Mio. EUR auf insgesamt 1.437,0 Mio. EUR verbessert. Die Eigenkapitalquote beträgt 31,3 % (Vj. 31,3 %).

Die Bilanzsumme des Konzerns ist gegenüber dem Vorjahr (4.563,4 Mio. EUR) um 23,2 Mio. EUR auf insgesamt 4.586,6 Mio. EUR gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme des Sachanlagevermögens (+34,2 Mio. EUR) und Abnahme des übrigen Umlaufvermögens und Rechnungsabgrenzungsposten (-9,5 Mio. EUR) auf der Aktivseite sowie auf der Passivseite auf eine Erhöhung des Sonderpostens aus Investitionszuschüssen (+78,5 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstige Darlehen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 103,1 Mio. EUR reduziert. Gegensätzlich haben sich die Pensionsrückstellungen (+23,9 Mio. EUR), insbesondere aufgrund der Übernahme von bisher nach Artikel 28 EGHGB im Anhang vermerkten sogenannten Altverpflichtungen von 15,0 Mio. EUR, entwickelt. Die Bilanzsumme der BVG ist um 22,7 Mio. EUR auf insgesamt 4.586,3 Mio. EUR gestiegen. Die Zunahme entspricht in etwa der geschilderten Entwicklung des Konzerns.

Das Konzernanlagevermögen in Höhe von 4.464,2 Mio. EUR (Vj. 4.430,0 Mio. EUR) ist zu 76,4 % (Vj. 75,1 %) durch Eigenkapital und den Sonderposten aus Investitionszuschüssen finanziert. Das Konzernanlagevermögen hat einen Anteil von 97,4 % (Vj. 97,1 %) an der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen der BVG von 4.467,2 Mio. EUR, 97,4 % der Bilanzsumme, ist zu 76,3 % (Vj. 74,9 %) durch Eigenkapital sowie den Sonderposten aus Investitionszuschüssen gedeckt.

Gesamtaussage

Insgesamt können die BVG und der Konzern auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurückblicken. Insbesondere die Ertragssituation entwickelte sich überaus positiv und lag über dem geplanten Wert. Das sich ergebende handelsrechtliche Ergebnis war sowohl in der BVG als auch im Konzern deutlich besser als der prognostizierte Wert. Darüber hinaus konnte der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit weiter gesteigert werden. Die Konzernkreditverbindlichkeiten sind um 12,7 % zurückgegangen. Die Vermögens- und Finanzlage in der BVG und im Konzern ist insgesamt geordnet.

Nachtragsbericht

Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der BVG sowie des Konzerns von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikomanagementsystem sowie Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die BVG und der Konzern sind im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeiten sowohl unternehmerischen als auch branchenspezifischen Chancen und Risiken ausgesetzt.

Zur Steuerung dieser Chancen und Risiken setzt der Konzern ein umfassendes, den gesetzlichen Anforderungen entsprechendes Chancen- und Risikomanagementsystem ein. Bereits im Rahmen der monatlichen Planung und Ergebnisprognose werden potenzielle Chancen und Risiken erfasst, bewertet und gegebenenfalls gezielte Steuerungsmaßnahmen ergriffen. Das Risikomanagementsystem unterstützt Vorstand und Führungskräfte bei der gezielten Steuerung unternehmerischer Chancen und Risiken. Weitere Ziele sind die Sicherung des Unternehmensfortbestands durch die Früherkennung von Chancen und Risiken, die positiven bzw. negativen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns haben können. Das Risikomanagementsystem ist die Grundlage für eine erfolgreiche Unternehmenszielerreichung und -weiterentwicklung.

Ein weiteres Instrument zur Unternehmenssteuerung ist das Interne Kontrollsystem (IKS) für rechnungslegungsrelevante Prozesse. Ziele des IKS sind die Unterstützung der langfristigen Liquiditäts- und Vermögenssicherung, die Vermeidung bzw. Erschwerung unternehmensschädigender Handlungen, die Bereitstellung vollständiger, richtiger, genauer, aussagefähiger und zeitnaher Unterlagen sowie die Erhöhung der Effizienz der Rechnungswesenprozesse.

Zur Gewährleistung von rechts- und regelkonformem sowie ethischem Verhalten im Unternehmen und der für das Unternehmen handelnden Personen wurde im Februar 2013 in der Stabsabteilung Recht und Compliance die neugeschaffene Funktion des Compliance-Beauftragten organisatorisch eingegliedert. Der Compliance-Beauftragte berichtet quartalsweise und anlassbezogen direkt an den Vorstand. Darüber hinaus wurde damit begonnen, ein Compliance-Management-System für die BVG sowie die Tochterunternehmen in Anlehnung an den IDW PS 980, einem vom Institut der Wirtschaftsprüfer entwickelten Prüfungsstandard, aufzubauen. Zusätzlich wurde ein Verhaltenskodex entwickelt, der im Jahr 2014 im Unternehmen veröffentlicht wurde. Das Compliance-Management-System stellt eine Ergänzung des bestehenden Risikomanagements dar.

Chancen und Risiken

Die Darstellung von Chancen und Risiken erfolgt nach der Nettobetrachtung.

Chancen und Risiken können sich für die BVG aus dem Wettbewerb zum Individualverkehr, den verkehrlichen Rahmenbedingungen und den steigenden ökologischen Anforderungen der Gesellschaft und des Gesetzgebers ergeben.

Wesentliche Risiken, aber auch Chancen, resultieren aus den stark schwankenden Marktpreisen für die eingesetzten Betriebsstoffe Diesel und Strom. Um Risiken zu begrenzen, wird die Energiepreisentwicklung kontinuierlich beobachtet und gezielt bewertet. Bei Bedarf werden gemäß den Sicherungsstrategien für den Dieselmotorkraftstoff sowie für den Strom Preise gesichert, um eine stabile Kostenbasis und damit Planungssicherheit im Konzern zu gewährleisten.

Chancen und Risiken können sich weiterhin aus den Veränderungen der Zinsstruktur der Finanz- und Kapitalmärkte sowie den weiterhin bestehenden Unsicherheiten im Finanz- und Staatssektor ergeben. Die genannten Risiken werden kontinuierlich beobachtet.

Als Chance kann die kontinuierlich weiterentwickelte und umgesetzte Marktstrategie „Mehr und zufriedenerer Kunden“ sowie deren Maßnahmenprogramm zur gezielten Steigerung der Einnahmen gesehen werden. Diese Chance wird zusätzlich durch das erwartete Wirtschaftswachstum im Jahr 2015 und die seit Jahren stetig wachsende Zahl von Touristen sowie Einwohnern im Land Berlin unterstützt.

Verwendung von Finanzinstrumenten

Im Rahmen der Preissicherungsstrategie für Dieselmotorkraftstoff wurde im Geschäftsjahr ein weiteres Sicherungsgeschäft für das Jahr 2016 abgeschlossen. Für das Jahr 2014 sind rund 90,0 % des geplanten Dieselmotorkraftstoffs durch Swaps preisgesichert gewesen. Mit Stand 31. Dezember 2014 sind für das Jahr 2015 rund 32,4 % und für das Jahr 2016 rund 30,0 % abgesichert.

Im Rahmen des Risikomanagements werden die Risiken aus in den Jahren 1997, 2000 sowie 2002 geschlossenen US-Cross-Border-Lease-Verträgen kontinuierlich überwacht und dem Vorstand berichtet. Sie sind durch vertragliche Schutzmechanismen weitestgehend begrenzt bzw. ausgeschlossen. Im Falle einer etwaigen außerplanmäßigen, vorzeitigen Vertragsbeendigung, wie zum Beispiel die Insolvenz von Zahlungsübernehmern oder die außerordentliche Kündigung durch den US-Leasinggeber, könnten für die BVG wesentliche Währungs- und Zinsänderungsrisiken für die zu leistenden und vertraglich festgelegten Abschlusszahlungen auftreten. Am 2. Januar 2014 wurden eine weitere US-Lease Transaktion sowie zwei Teiltransaktionen aus dem Jahr 1997 vertragsgemäß beendet. Aktuell bestehen noch drei Transaktionen aus dem Jahr 2002.

Bestandsgefährdende Risiken werden nach aktueller Einschätzung nicht gesehen.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2015 wird ein auf dem Vorjahresniveau liegendes Wirtschaftswachstum erwartet. Das Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf 1,5 % prognostiziert. Die konjunkturelle Entwicklung wird auch im Jahr 2015, insbesondere wegen der noch anhaltenden Eurokrise und der weiterhin hohen Schuldenstände in den Industriestaaten, von Unsicherheit sowie weltweit unterschiedlichen Entwicklungen geprägt sein.

Für die BVG und den Konzern werden neben der Umsetzung der vereinbarten Leistungen des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Berlin und der BVG insbesondere die Fortführung und Aussteuerung der Maßnahmen zur Umsetzung der Unternehmensstrategie das Geschäftsjahr 2015 und damit den Konzernernfolg maßgeblich beeinflussen. Sofern keine weiteren Angaben gemacht werden, entsprechen die Entwicklungen des Konzerns nahezu denen der BVG.

Für das Geschäftsjahr 2015 erwartet die BVG eine moderate Fahrgeldertragssteigerung im Vergleich zum Vorjahr. Dem Personalbudget im Konzern liegt der aktuell gültige Tarifvertrag zugrunde. Es ist mit 598,1 Mio. EUR (ohne Ruhegeld sowie Rückstellungen für Personalmaßnahmen) berücksichtigt und liegt damit 14,9 Mio. EUR über dem Aufwand von 2014. Der Sachaufwand im Konzern soll konstant auf dem 2014er Niveau bleiben. Die Energieaufwendungen sind mit einer Steigerung von rund 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr berücksichtigt. Im Konzern ist für das Geschäftsjahr 2015 ein Jahresüberschuss von 10,1 Mio. EUR geplant. Der Konzern plant im Jahr 2015 Investitionen in Höhe von insgesamt 412,2 Mio. EUR. Hiervon sollen unter anderem rund 145,7 Mio. EUR in die Ertüchtigung von ÖPNV-Fahrzeugen sowie in neue Fahrzeuge investiert werden. Rund 231,4 Mio. EUR fließen in die Verkehrsinfrastruktur sowie in Neubauten ein. Die Kreditverbindlichkeiten des Konzerns sind im nächsten Geschäftsjahr mit 748,9 Mio. EUR geplant.

Die Ergebnisprognose für das Geschäftsjahr 2015 ist in Abhängigkeit vom Eintritt der unterstellten Planungsprämissen, wie zum Beispiel der jährlichen Fahrgeldertragssteigerung durch Tarifmaßnahmen und Erhöhung der Fahrgastfahrten sowie Regelungen zur Einnahmenaufteilung, der Erzielung der Erträge aus dem Verkehrsvertrag sowie der in der Planung berücksichtigten Aufwandsentwicklung bei den Positionen Personal und Sachaufwand zu sehen. Auch eine Nichtrealisierung der geplanten Investitionen könnte eine Auswirkung auf die geplanten Ergebnisse haben. Darüber hinaus können die Prognosen durch externe wirtschaftliche Ereignisse, politische Entscheidungen sowie Krisen sowohl positiv als auch negativ beeinflusst werden.

Die Dienstleistungen der BVG und des Konzerns werden auch in den zukünftigen Geschäftsjahren unter Berücksichtigung der Prämissen des nachhaltigen Handelns erbracht.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex der BVG

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Anstalt des öffentlichen Rechts messen den Grundsätzen einer verantwortungsvollen und transparenten Unternehmensführung einen hohen Stellenwert bei. In der Aufsichtsratssitzung am 8. Dezember 2014 wurde die Entsprechenserklärung des Corporate Governance Kodex der BVG für das Jahr 2014 verabschiedet. Der Beschluss gilt vorbehaltlich der tatsächlichen Berichterstattung durch den Jahresabschlussprüfer in der Sitzung des Aufsichtsrats 01/2015.

Berlin, 2. März 2015

Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

gez. Dr. Sigrid Evelyn Nikutta

gez. Henrik Falk

gez. Dirk Schulte

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
---------	------------	---------------------------------------

A. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

II.1 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	Vorstand und Aufsichtsrat haben zum Wohle des Unternehmens eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen und vom Aufsichtsrat gewünschten Informationen und Kenntnisse wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Außerhalb der Organe stehende Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit in Form von Vertraulichkeitserklärungen/-vereinbarungen verpflichtet. Intern wird die Einhaltung der Verschwiegenheit durch die Dienst-/ Arbeitsverträge gesichert.
II.2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats 	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstands abgehalten.
II.3 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	Der Vorstand hat die strategische Ausrichtung des Unternehmens mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und berichtete in regelmäßigen Abständen schriftlich über den Stand der Umsetzung. Alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung gemäß der Satzung wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt. Geschäfte, die zusätzlich zur Satzung Zustimmungsvorbehalten unterlagen, wurden dem Aufsichtsrat durch Beschlussvorlagen zur Zustimmung vorgelegt und von diesem festgestellt.
II.4 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstands an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung 	Der Vorstand hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage des Risikomanagements und der Compliance unterrichtet; der zeit-

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
	<p>von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Darstellung der Soll-/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>liche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Über die Sitzungen des Aufsichtsrats ist jeweils eine Niederschrift angefertigt worden. Die Übersendung der Niederschriften an die Mitglieder des Aufsichtsrats wurde in der Regel nach Ablauf von 2 Wochen nach Sitzungsdurchführung gewährleistet. Die Genehmigung der Niederschriften erfolgte in der folgenden Aufsichtsratssitzung.</p> <p>Soll-/Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden plausibel und präzise dem Aufsichtsrat schriftlich dargestellt und mündlich erörtert.</p>
II.5 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands und Aufsichtsrats • Vereinbarung eines angemessenen Selbstbehaltes bei Abschluss einer D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung beachtet; die Sorgfaltspflichten ordentlicher Kaufleute wurden gewahrt.</p> <p>Die BVG AöR hat für Vorstand und Aufsichtsrat eine D&O-Versicherung abgeschlossen; ein angemessener Selbstbehalt ist vereinbart.</p>

B. Vorstand

III.1 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance). Auf deren Einhaltung in den Konzernunternehmen wirkt der Vorstand hin • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen 	<p>Der Vorstand hat dem Unternehmensinteresse gedient und gemäß der vom Aufsichtsrat im Wirtschaftsplan 2014 beschlossenen Vorgaben an der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes gearbeitet. Die gesetzlichen Bestimmungen sowie die unternehmensinternen Richtlinien wurden vom Vorstand in der BVG AöR eingehalten. Auf die Einhaltung der gesetzlichen und konzernweiten Richtlinien wurde hingewirkt.</p> <p>Der Vorstand hat für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen gesorgt; dem Vorstand</p>
----------------------	--	---

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
		werden jedes Quartal ein Risikomanagementbericht sowie ein Monitoringbericht durch den Bereich Controlling vorgelegt.
III.2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsordnung / Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand 	<p>Die Geschäftsordnung des Vorstands regelt die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit im Vorstand.</p> <p>Die Gewährträgerversammlung hat am 09.09.2014 mit Beschluss Nr. 10/2014 der vom Vorstand dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30.06.2014 vorgelegten Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandes der BVG AöR (Fassung vom 30.06.2014) zugestimmt.</p> <p>Der Aufsichtsrat der BVG AöR hat zu den Änderungen im Vorstandsbereich Personal / Soziales (Geschäftsordnung des Vorstandes der BVG AöR mit Fassung vom 22.09.2014) in seiner Sitzung am 06.10.2014 seine Zustimmung erteilt. Die Zustimmung der Gewährträgerversammlung steht noch aus.</p>
III.3 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstands • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstands • Abfindungscaps in Höhe von max. 2 Jahresvergütungen sind in den Vorstandsverträgen geregelt 	<p>Die Vergütung der Vorstände hat fixe und variable Bestandteile. Die variablen Komponenten werden in jährlichen Zielvereinbarungen durch die Gewährträgerversammlung beschlossen. Die Auswertung erfolgt durch den Aufsichtsrat - vertreten durch Personalausschuss - und Vorstand. Die Gesamtvergütungen wurden im Anhang zum Jahresabschluss gemäß § 18 Abs. 6 BerlBG jeweils einzeln ausgewiesen.</p>

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
---------	------------	---------------------------------------

C. Aufsichtsrat

IV.1 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Gesetz und Satzung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Tätigkeit nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der BVG AöR sowie seiner Geschäftsordnung ausgeübt. Er beriet und überwachte den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Er wurde in Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung einbezogen bzw. über diese informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschlossen. Sitzungsfrequenz und Zeitbudget oblagen der Planung des Aufsichtsrats, wobei der Bedeutung der Beratungserfordernisse entsprechend Rechnung getragen wurde.</p>
IV.2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstands: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis • Gemeinsame Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats mit dem Vorstand 	<p>Der Aufsichtsrat der BVG AöR hat der Gewährträgerversammlung der BVG AöR vorgeschlagen, Herrn Dirk Schulte gemäß § 11 Abs. 3 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Nr. 7 BerlBG für den Zeitraum vom 01.02.2015 bis zum 31.01.2018 zum Mitglied des Vorstandes für den Bereich Personal / Soziales zu bestellen. Der Aufgabenbereich bestimmt sich nach der Geschäftsordnung des Vorstandes. Die Gewährträgerversammlung hat gemäß Umlaufbeschluss 01/2014 vom 28.07.2014 die Bestellung beschlossen.</p> <p>Herr Schulte wird nach Ausscheiden von Herrn Zweiniger das Amt ab 01.02.2015 übernehmen.</p> <p>Der Personalausschuss des Aufsichtsrats hat gemäß § 11 Abs. 8 BerlBG die Entscheidung über Abschluss und Auswertung der jährlichen Zielvereinbarungen des Vorstands getroffen.</p> <p>Gemeinsam mit dem Vorstand wird der Aufsichtsrat für eine Nachfolgeplanung sorgen.</p>

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
IV.3 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Vorstand/vorsitzendes Mitglied des Aufsichtsrats und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p>Das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats hat mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt gehalten und die Strategie für das Unternehmen, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement - auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen - beraten. Der Aufsichtsrat wurde über die gefassten (Umlauf-)Beschlüsse der Gewährträgerversammlung informiert u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - über die Kenntnisnahme des Berichts des Aufsichtsrats der BVG AöR vom 28.04.2014 über die Geschäftsführung des Vorstandes im Geschäftsjahr 2013 - über die Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2013 sowie Beschluss über den Vortrag des Jahresüberschusses auf neue Rechnung - über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats der BVG AöR für das Geschäftsjahr 2013 - über die Bestellung des Abschlussprüfers Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Geschäftsjahr 2014 - über die Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandes mit Stand 30.06.2014 - über die Bestellung des Vorstandsmitgliedes Personal / Soziales <p>Des Weiteren wurde der Aufsichtsrat regelmäßig über den jeweils aktuellen Sachstand der ICE-Transaktionen und dem damit in Zusammenhang stehenden Gerichtsverfahren vor dem High Court of Justice in London informiert. Bezüglich der Beendigung der zur ICE-Transaktion anhängigen Rechtsstreitigkeiten fand am 18.03.2014 eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrates der BVG AöR statt. Der Aufsichtsrat wurde außerdem regelmäßig über den Baufortschritt beim Lü-</p>

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
		<p>ckenschluss der U5 informiert.</p> <p>Am 27.01.2014 fand die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrats der BVG AöR statt.</p>
IV.4 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p>Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss und einen Personalausschuss. Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses ist kein ehemaliges Mitglied des Vorstands der BVG AöR und auch nicht das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats. Das vorsitzende Mitglied des Aufsichtsrats ist hingegen vorsitzendes Mitglied des Personalausschusses. Im Personalausschuss wurden Entscheidungen nach § 11 Abs. 8 BerlBG über Zielvereinbarungen von Vorstandsmitgliedern getroffen. Der Aufsichtsrat wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über die Erörterungen und Beschlussfassungen unterrichtet.</p>
IV.5 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats 	<p>Ein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Anzahl von 5<u>10</u> Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurde durch Beschluss der Gewährträgerversammlung festgelegt. Die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder sind jeweils einzeln im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen worden. Sie enthalten keine variablen Anteile.</p> <p>Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 30.10.2014 wurden die Vergütungen für Aufsichtsratsmitglieder mit Wirkung zum 01.10.2014 neu geregelt.</p>

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AÖR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
IV.6 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Bericht des Aufsichtsrats an die Gewährträgersammlung 	Der Aufsichtsrat – vertreten durch sein vorsitzendes Mitglied – hat die Gewährträgersammlung regelmäßig und umfassend über die Geschäftsführung des Vorstands informiert.
IV.7 und 8 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsrats-sitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats 	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2014 mit der Effizienz seiner Tätigkeit in 2014 befasst.

D. Interessenkonflikte

V.1 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstands Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstands Einhaltung der diesbezüglichen unternehmensinternen Richtlinien 	Die Mitglieder des Vorstands haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für sich oder für andere Personen von Dritten keine Zuwendungen oder sonstige Vorteile gefordert oder angenommen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewährt. Die diesbezüglichen unternehmensinternen Richtlinien wurden beachtet.
V.2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Wahrung des Unternehmensinteresses Persönliche Interessen 	Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
V.3 und 4 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstands oder des Aufsichtsrats 	Bei keinem Mitglied des Vorstands oder des Aufsichtsrats waren Interessenkonflikte ersichtlich.
V.5 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Geschäfte mit dem BVG-Konzern auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstands Geschäfte mit dem BVG-Konzern auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats 	Es lagen keine Geschäfte zwischen dem Unternehmen und Mitgliedern des Vorstands, ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen vor. Es wurden keine Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge oder andere Geschäfte

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
		eines Aufsichtsratsmitglieds mit dem Unternehmen abgeschlossen.
V.6 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstands 	Nebentätigkeiten, die nicht im Zusammenhang mit dem Unternehmen stehen, liegen bei keinem Mitglied des Vorstands vor.
V.7 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstands und an Mitglieder des Aufsichtsrats 	Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihren Angehörigen wurden keine Kredite des Unternehmens gewährt.

E. Transparenz

VI.1 und 2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/ Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf Informationen über das Unternehmen im Internet 	<p>Es lagen keine Tatsachen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. den allgemeinen Geschäftsverlauf vor.</p> <p>Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>
-------------------------------	--	---

F. Rechnungslegung

VII. 1 bis 3 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Ende des Geschäftsjahres) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der von der BVG gehaltenen Beteiligungen 	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Ende des Geschäftsjahres, Quartalsberichte des Vorstands 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) dem Senat von Berlin vorgelegt. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der BVG AöR auf.
-------------------------------------	--	---

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK) der BVG AöR für 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
---------	------------	---------------------------------------

G. Abschlussprüfung

VIII. 1 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung der Gewährträgerversammlung durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	Die Gewährträgerversammlung hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und der BVG AöR bzw. ihren Vorstandsmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Gewährträgerversammlung bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VIII. 2 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	Die Gewährträgerversammlung hat den Abschlussprüfer für 2014 bestellt. Der Vorstand hat den Prüfungsauftrag erteilt und die Honorarvereinbarung getroffen.
VIII. 3 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung 	Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.
VIII. 4 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none"> • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zu diesem Kodex ergeben 	Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung ergeben.

**Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex (CGK)
der BVG AöR für 2014**

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstands/Aufsichtsrats
VIII. 5 CGK BVG	<ul style="list-style-type: none">• Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss	Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Dr. Sigrid Evelyn Nikutta, Vorstandsvorsitzende

Berliner Verkehrsbetriebe AöR, 01.01.2014 - 31.12.2014	EUR
Grundgehalt	307.595,75
arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	34.598,48
variable Jahresvergütung	121.267,50
Bruttovergütung	463.461,73
Pkw-Nutzung	9.095,04
sonstige Sachbezüge	814,56
Fahrausweis inklus. Ehegattenfahrausweis	1.114,68
geldwerter Vorteil Gesamt	11.024,28
Pflegeversicherung	498,12
Krankenversicherung	3.547,80
Rentenversicherung	5.670,00
Arbeitslosenversicherung	900,00
Umlage U 2	162,00
Summe Sozialaufwendungen	10.777,92
Gesamtzufwendungen	485.263,93

Lothar Zweiniger, Vorstand Personal

Berliner Verkehrsbetriebe AöR, 01.01.2014 - 31.12.2014	EUR
Grundgehalt	194.562,00
arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	0,00
Entgeltumwandlung	60.000,00
variable Jahresvergütung	100.380,00
Bruttovergütung	354.942,00
Pkw-Nutzung	9.096,92
sonstige Sachbezüge	224,13
geldwerter Vorteil Gesamt	9.321,05
Pflegeversicherung	498,12
Krankenversicherung	3.547,80
Rentenversicherung	5.670,00
Arbeitslosenversicherung	900,00
Umlage U 2	222,00
Summe Sozialaufwendungen	10.837,92
Gesamtzufwendungen	375.100,97

Henrik Falk, Vorstand Finanzen

Berliner Verkehrsbetriebe AöR, 01.01.2014 - 31.12.2014	EUR
Grundgehalt	251.416,75
arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersversorgung	0,00
Entgeltumwandlung	13.752,00
variable Jahresvergütung	104.537,50
Bruttovergütung	369.706,25
Pkw-Nutzung	8.920,51
Zuschuss Krankenversicherung	1.645,80
sonstige Sachbezüge	250,67
Fahrausweis	868,32
geldwerter Vorteil Gesamt	11.685,30
Pflegeversicherung	120,84
Krankenversicherung	3.547,80
Rentenversicherung	5.670,00
Arbeitslosenversicherung	900,00
Umlage U 2	270,00
Summe Sozialaufwendungen	10.508,64
Gesamtzufwendungen	391.900,19

Aufsichtsrat Berliner Verkehrsbetriebe AöR

	bis	ab	erhaltene Beträge
Dr. Ulrich Nußbaum Vorsitzender des Aufsichtsrates, Senator für Finanzen			7.101,63
Lothar Stephan stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, BVG, Arbeitnehmervertreter			5.326,22
Frank Bäsler Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Berlin, Arbeitnehmervertreter			5117,96 *
Ines Birnstiel BVG, Arbeitnehmervertreterin			4.300,81
Bernd Fricke ias Aktiengesellschaft, Berlin			4.300,81
Sylvia Fuchs BVG, Arbeitnehmervertreterin			3.800,81
Christian Gaebler Staatssekretär von SenStadtUm		01.01.2014	3.800,81
Rainer Grimm BVG, Arbeitnehmervertreter		14.05.2014	2.533,88
Thomas Jerzynski BVG, Arbeitnehmervertreter			4.300,81
Janine Köhler BVG, Arbeitnehmervertreterin			3.800,81
Andrea Kunwald Projektleiterin „MINT Zukunft schaffen“			3.800,81
Prof. Dr. Barbara Lenz Direktorin des Instituts für Verkehrsforschung DLR			4.300,81
Eike Lindemann BVG, Arbeitnehmervertreterin			3.800,81
Axel Schröder BVG, Arbeitnehmervertreter	28.04.2014		1.022,58
Volker Sparmann Mobilitätsbeauftragter des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung			5266,71 *
Dr. Andrea Versteyl Rechtsanwältin, Berlin			4522,96 *
Susanne Wibbe Interim-Managerin, München		01.01.2014	4522,96 *
Gesamt			52.191,60

* Betrag mit Mehrwertsteuer (19 %)

BERLINER WASSERBETRIEBE (BWB)
Anstalt des öffentlichen Rechts

Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, Berlin, Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

1. Unternehmensgrundlagen

1.1. Geschäftsmodell

Die Berliner Wasserbetriebe sind Deutschlands größtes Unternehmen für Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Seit fast 160 Jahren versorgen sie die Menschen in Berlin und in Teilen Brandenburgs mit Trinkwasser und behandeln ihr Abwasser.

Als Anstalt des öffentlichen Rechts sind die Berliner Wasserbetriebe Kern der Berlinwasser Unternehmensgruppe. Eigentümerin ist mittel- und unmittelbar zu 100 % das Land Berlin.

Im Jahr 2014 gründeten die Berliner Wasserbetriebe die Tochtergesellschaft Berliner Stadtwerke GmbH. Gemäß Beschluss des Abgeordnetenhauses besteht die Aufgabe der Gesellschaft darin, in Produktionskapazitäten von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien zu investieren und selbst erzeugten Strom bzw. Wärme zu veräußern. Darüber hinaus werden Dienstleistungen im Energiesektor erbracht.

Den maßgeblichen Rechtsrahmen für die Berliner Wasserbetriebe bilden das Berliner Betriebe-Gesetz und die Wassertarifverordnung Berlin. Das Unternehmen wird von drei Vorständen geführt. Vorstandsvorsitzender ist Jörg Simon. Er ist auch verantwortlich für den Bereich Technik. Für den Bereich Finanzen trägt Frank Bruckmann die Verantwortung und für den Bereich Personal und Soziales bis zum 31. Dezember 2014 Norbert Schmidt. Ab dem 1. Januar 2015 verantwortet Kerstin Oster diesen Bereich. Den Aufsichtsratsvorsitz hat zum 1. Januar 2014 Dr. Ulrich Nußbaum als Senator für Finanzen übernommen. Mit Beendigung seines Amtes als Senator für Finanzen legte Dr. Ulrich Nußbaum sein Mandat im Aufsichtsrat per 11. Dezember 2014 nieder. Der Senat von Berlin hat in seiner Sitzung am 13. Januar 2015 den Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen mit sofortiger Wirkung zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe bestellt.

1.2. Ziele und Strategien

Unter dem Leitmotiv „Nachhaltig für Berlin“ haben die Berliner Wasserbetriebe 2014 Handlungsfelder und Ziele in den Bereichen Technik, Tarif, Kundenorientierung und Personal festgelegt. Dabei wurden konkrete strategische Herausforderungen und Lösungswege benannt. Dazu zählen etwa der Kläranlagenausbau infolge der steigenden Anforderungen an die Abwasserreinigung, die Sicherstellung der naturnahen Trinkwasseraufbereitung sowie die Entwicklung eines Tarifmodells, das die

Infrastrukturkosten besser abbildet und dem weiter sinkenden Wasserbedarf Rechnung trägt. Angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Belegschaft stehen die Berliner Wasserbetriebe im Bereich Personal vor der Herausforderung, Beschäftigungsfähigkeit zu sichern und Nachwuchs zu gewinnen.

Als kommunales Unternehmen untermauern die Berliner Wasserbetriebe ihre Rolle für die Stadt mit langfristigen Bekenntnissen gegenüber Berlin zu Preisen, Qualität, regionalem Engagement, Effizienz und Beschäftigung.

Neben dem Tarifversprechen geben die Berliner Wasserbetriebe im Zuge ihrer strategischen Neuausrichtung Versprechen zur Qualität, regionalem Engagement, Effizienz und Beschäftigung. Die Berliner Wasserbetriebe verpflichten sich zu nachhaltigen Investitionen in den Wasserkreislauf. Allein in die Sicherung der Klärwerksinfrastruktur fließen bis 2022 insgesamt 450 Mio. €. Das Berliner Kanalnetz wird in den nächsten Jahren für mehr als 1 Mrd. € ertüchtigt. Die Berliner Wasserbetriebe verstehen sich als fairer und fördernder Arbeitgeber. Sie sichern Beschäftigung für mehr als 4.500 Menschen und halten die hohe Ausbildungsquote von fast 7%. Als Partner der regionalen Wirtschaft und Wissenschaft gewährleistet das Unternehmen Wertschöpfung und Kompetenzentwicklung und ist Treiber der Energiewende. Mehr als 80% des Einkaufsvolumens der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von rund 360 Mio. € werden in Berlin und Brandenburg vergeben.

Die wesentlichen Projekte und Aspekte sind in der Strategie „BWB 2020“ zusammengefasst, die eine nachhaltige Ausrichtung, die Ökologie, Ökonomie und soziale Belange ausbalanciert, um die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch für künftige Generationen zu sichern. In der Balanced Scorecard sind die Unternehmensziele dann in vier Perspektiven abgebildet.

1.3. Forschung und Entwicklung

Die sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Erfüllung der Ver- und Entsorgungsaufgaben soll durch Forschungs- und Entwicklungsprojekte optimiert werden. Die Forschungsbedarfe werden im engen Kontakt mit Hochschulen und Instituten bearbeitet und so eine Brücke zwischen anwendungsorientierter und Grundlagenforschung geschaffen. Die Berliner Wasserbetriebe wenden pro Jahr rund 3 Mio. € für Forschung & Entwicklung auf. Im Zeitraum von 2007 bis 2018 werden Forschungsbedarfe mit Projektvolumen von 65,4 Mio. € bearbeitet. Die Forschungsbedarfe erstrecken sich über den gesamten Wasserkreislauf. Aktuelle Schwerpunkte liegen in den Bereichen der Abwasser-

ableitung, Regenwasserbewirtschaftung und Abwasserreinigung. Beispielhaft seien an dieser Stelle die Forschungsprojekte ASKURIS und CARISMO genannt. Das Forschungsprojekt ASKURIS untersucht mit den Auswirkungen von Spurenstoffen auf den Wasserkreislauf eine wichtige aktuelle Fragestellung der Wasserwirtschaft. Mit einer Versuchsanlage in der Oberflächenwasseraufbereitungsanlage Tegel wurde nachgewiesen, dass sich mit Aktivkohle und Ozon organische Spurenstoffe wirksam aus dem Wasserkreislauf entfernen lassen. Das Forschungsprojekt CARISMO, an dem die Berliner Wasserbetriebe gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Wasser Berlin und Veolia gearbeitet haben, wurde für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis nominiert. Ziel des Projektes war es, das Energiepotenzial im Abwasser bestmöglich auszuschöpfen.

2. Wirtschaftsbericht

Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzen die Berliner Wasserbetriebe verschiedene Leistungsindikatoren. Diese werden kontinuierlich beobachtet und ausgewertet. Sie bilden dabei die unterschiedlichen Ebenen der Unternehmenssteuerung ab.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der unternehmerischen Aktivitäten sind:

Leistungsindikatoren

Finanzielle	Nichtfinanzielle
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	Trinkwassermenge Berlin
Tarifentwicklung	Abwassermenge
Höhe der Investitionen	Ausbildungsquote

Die Entwicklung der Indikatoren ist im Geschäftsverlauf und der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage erläutert.

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Hauptstadt ist der wichtigste Absatzmarkt für die Berliner Wasserbetriebe. 2014 wurden an die Berlinerinnen und Berliner 189,9 Mio. m³ Trinkwasser verkauft (Vorjahr: 189,1 Mio. m³) und 234,0 Mio. m³ Abwasser gereinigt (Vorjahr: 240,3 Mio. m³). Die Berliner Wasserbetriebe sind alleiniger Anbieter dieser Leistungen in Berlin. Geplant war ein Trinkwasserverkauf in Höhe von 186,8 Mio. m³. Infolge geringerer Niederschläge liegt die gereinigte Abwassermenge unter dem Plan von 239,1 Mio. m³.

Über das Berliner Stadtgebiet hinaus sind die Berliner Wasserbetriebe auf Basis langfristiger, zumeist bis Ende 2019 laufender Verträge mit Brandenburger Aufgabenträgern im Umland tätig. Gespräche über die Erneuerung dieser Verträge werden fortgesetzt. Derzeit sind die Berliner Wasserbetriebe im Rahmen von sechs Verträgen Betriebsführer für die Trinkwasserversorgungs- bzw. Abwasserentsorgungsanlagen von brandenburgischen Gemeinden bzw. deren Zweckverbänden.

Rund 75.000 Einwohner Brandenburgs werden mit Trinkwasser aus Berlin versorgt, 2014 waren dies wie geplant rund 3,7 Mio. m³ (Vorjahr: 3,8 Mio. m³). 25,0 Mio. m³ Abwasser wurden für Brandenburger Aufgabenträger gereinigt (Vorjahr: 25,4 Mio. m³). Geplant waren 26,3 Mio. m³ für 2014.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. GESCHÄFTSFELD BERLINER WASSERBETRIEBE

Der Trinkwasserverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen, die gereinigte Abwassermenge aufgrund ausbleibender Niederschläge gesunken. Die Umsatzerlöse lagen mit 1.119,6 Mio. € rund 1% unter denen des Vorjahres (Vorjahr: 1.133,7 Mio. €). Das Unternehmensergebnis EBIT¹ liegt mit 346,6 Mio. € um gut ein Zehntel über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (309,9 Mio. €). Diese Verbesserung ist im Wesentlichen auf den Rückkauf des Klärwerks Waßmannsdorf zurückzuführen, wodurch vor allem Entsorgungs- und Finanzierungskosten entfallen sind. Geplant wurde für 2014 ein EBIT in Höhe von 329,9 Mio. €.

¹ Ergebnis vor Ertragsteuern, Aufwendungen aus Teilgewinnabführung, Erträgen aus Verlustübernahme stiller Gesellschafter, außerordentlichem Ergebnis, Zinsergebnis und Beteiligungsergebnis

Die betrieblichen Kosten und Prozesse werden kontinuierlich optimiert. Entsprechende Potenziale hat das Unternehmen im Rahmen eines Projekts „Nachhaltig Effiziente Optimierung (NEO)“ bestimmt. Im Jahr 2014 wurden eine neue Organisationsstruktur umgesetzt sowie Prozesse angepasst und verschlankt. Mit der neuen Struktur sollen Abläufe effizienter gestaltet und Kosten im zweistelligen Millionenbereich reduziert werden.

Zum 1. Januar 2014 wurde vor allem durch Gewinnverzicht des Landes Berlin der Trinkwassertarif um 15% gesenkt. Ab 1. Januar 2015 sinken gegenüber 2014 auch die Abwassertarife um insgesamt durchschnittlich 6,1%. So sinken der Schmutzwasser-Mengentarif um 6,4% und der Tarif für die Regenentwässerung um 4,3%. Auch die Preise für die Entsorgung über Sammelgruben fallen.

Kontinuierliche Investitionen in die Aufbereitungstechnik der Klärwerke sind nötig, um sicherzustellen, dass die Überwachungswerte für die Einleitung des gereinigten Abwassers in die Gewässer eingehalten werden. Schwerpunkt der mittelfristigen Investitionen ist die Erweiterung des Klärwerks Waßmannsdorf. In den Folgejahren sind ebenfalls Erweiterungsinvestitionen in die anderen Klärwerke vorgesehen. Auch die Investitionen in das Kanalnetz steigen in Folge der 2011 beschlossenen neuen Kanalsanierungsstrategie sowie zur Umsetzung übergeordneter Regelungen wie der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. So wird beispielsweise das Stauraumvolumen im Kanalnetz ausgebaut, um bei Starkregen weniger unbehandeltes Mischwasser in die Gewässer ableiten zu müssen. Im Bereich Wasserversorgung wird das Investitionsniveau der vergangenen Jahre gehalten. Das Jahr 2014 stand auch im Zeichen wachsender Investitionen. Rund 274,3 Mio. € wurden zum Erhalt und zur Erweiterung des Anlagevermögens (ohne Finanzanlagen) aufgewendet (Vorjahr: 263,9 Mio. €). Davon entfielen auf die Wasserversorgung 79,4 Mio. € (Vorjahr: 85,7 Mio. €) und auf die Entwässerung 194,9 Mio. € (Vorjahr: 178,2 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr konnte die Sanierungslänge des Kanalnetzes von 35 Kilometern auf 49,2 Kilometer gesteigert werden. Neu gebaut wurden 17 Kilometer. Die Beseitigung von dringenden Schäden im Kanalnetz verläuft plangemäß. Die geplante Inspektionsleistung im Kanalnetz wurde im Vergleich zum Vorjahr von 634 auf 750 Kilometer gesteigert. Wichtige Investitionsprojekte in den Klärwerken sind nach wie vor der Ausbau des Klärwerks Waßmannsdorf zur Einhaltung der Stickstoff- und Phosphor-Überwachungswerte, der 2021 abgeschlossen sein soll. Nach der Durchführung eines Vergabeverfahrens nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen wurde ein Generalplaner mit der Grundlagenermitt-

lung und Vorplanung für die erste Ausbaustufe sowie mit der Grundlagenermittlung für die zweite Ausbaustufe beauftragt. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt besteht in der Erneuerung der Rauchgasreinigung der Schlammverbrennungsanlage im Klärwerk Ruhleben. Schwerpunkte der Investitionen im Bereich der Wasserwerke waren die Werke Beelitzhof, Spandau und Wuhlheide. Darüber hinaus wurden erhebliche Mittel in den Brunnenneubau der A-Galerie im Wasserwerk Friedrichshagen investiert. Geplant waren Investitionen von 312,7 Mio. €. Diese wurden um rund 12% unterschritten. Die größten Abweichungen sind dabei im Kanalnetz sowie im Wasserwerkebereich zu verzeichnen.

Der Schutz der Trinkwasserressource ist für eine nachhaltige Wasserversorgung Berlins essenziell. Die langfristige Sicherung des regionalen Wasserkreislaufs ist ein wichtiges Anliegen der Berliner Wasserbetriebe. Da die Versorgung fast nur aus dem Stadtgebiet heraus erfolgt, liegt ein besonderes Augenmerk auf der Überwachung des Wasserkreislaufs von der Grundwassergewinnung bis zur Einleitung des geklärten Abwassers in die Gewässer.

Im Jahr 2014 wurde bundesweit eine Qualitätsbeeinträchtigung in Wasserzählern durch das Bakterium *Pseudomonas aeruginosa* festgestellt. Deutschlandweit durchgeführte Untersuchungen haben gezeigt, dass das Bakterium bei fabrikneuen Wasserzählern verschiedener Hersteller nachgewiesen wurde. Auf Branchenebene wird derzeit analysiert, an welcher Stelle des Produktions-, Eich- und Auslieferungsprozesses das Bakterium in die Wasserzähler gelangt ist, um dies zukünftig auszuschließen. Die Berliner Wasserbetriebe haben die möglicherweise betroffenen Zähler umgehend ausgebaut und auf den Keim untersucht. Bei einigen Zählern wurde eine Verkeimung festgestellt. Über die ergriffenen Maßnahmen stehen die Berliner Wasserbetriebe in enger Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden. Es wurden alle 104 Kontrollstellen in Hausinstallationen untersucht. Diese waren ohne Befund. Damit wurde das Bakterium ausschließlich in Wasserzählern gefunden und ist nicht in das Trinkwassernetz gelangt. Bis auf weiteres desinfizieren die Berliner Wasserbetriebe die Zähler vor dem Einbau. Auf Branchenebene werden derzeit die Haftungsfragen gegenüber den Herstellern der Wasserzähler geprüft.

Die Berliner Wasserbetriebe sind in der Region Berlin-Brandenburg einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder. Gegenwärtig sind im Unternehmen rund 4.523 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 4.490 Beschäftigte). Zum 1. Juli 2014 wurden aus der Umstrukturierung der Berlinwasser Hol-

ding AG 19 Mitarbeiter/innen in die Berliner Wasserbetriebe übernommen. Aus der Reintegration der perdie.net GmbH i.L. im Januar 2014 kamen 113 Mitarbeiter/innen zu den Berliner Wasserbetrieben. Mit 271 Auszubildenden (Vorjahr: 288) in 20 Berufen ist das Ausbildungsniveau der Berliner Wasserbetriebe mit einer Ausbildungsquote von 6,8% (Vorjahr: 7,4%) nach wie vor weit überdurchschnittlich. Darüber hinaus wurden 2014 insgesamt 20 junge Leute in ein unbefristetes und 66 Jugendliche in ein befristetes Anstellungsverhältnis übernommen, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zum überwiegenden Teil aus der eigenen Ausbildung und den daraus aufbauenden Personalentwicklungsmaßnahmen zu decken.

Die Berliner Wasserbetriebe wurden mit dem Qualitätssiegel „Exzellentes Bildungs- und Talentmanagement 2014“ des Deutschen Bildungspreises ausgezeichnet. Besonders hervorgehoben wurden die sehr gute Zielorientierung und nachhaltige Umsetzung des gesamten Planungs- und Bildungsmanagementsystems sowie der hohe Qualitätsanspruch. Es sei eine große Wertschätzung der Beschäftigten in ihrer Arbeit erkennbar, so die Zusammenfassung der Auditoren. Bereits 2013 wurde unter anderem die vorausschauende und nachhaltige Personalstrategie des Unternehmens im Rahmen der Preisverleihung für ein vorbildliches betriebliches Gesundheitsmanagement mit dem Corporate Health Award ausgezeichnet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Personalarbeit ist die Frauenförderung, die seit Beginn der 1990er Jahre mit großem Erfolg betrieben wird: Der Anteil der Frauen bei den Berliner Wasserbetrieben steigt stetig und liegt derzeit bei rund 31,3%. Frauen stellen rund 34,7% aller Führungskräfte und rund 40,9% der direkt dem Vorstand unterstellten Führungskräfte. Sie sind somit für knapp 2.000 Beschäftigte unter anderem in den Bereichen Abwasserentsorgung, Rechnungswesen, Personalmanagement, Labor und Kundenservice verantwortlich.

Neben der Förderung von Frauen stellen sich die Berliner Wasserbetriebe auch beim Thema Inklusion ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Aktuell werden 359 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung oder Gleichstellung beschäftigt. Damit ist die Schwerbehindertenquote mit rund 7,9% konstant hoch und liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von ca. 5%.

Seit mehreren Jahren sind die Berliner Wasserbetriebe nach den Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 sowie nach OH-SAS 18001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz) zertifiziert.

2.2.2. GESCHÄFTSFELD BERLINER STADTWERKE

Im Oktober 2013 beschloss das Berliner Abgeordnetenhaus die Gründung eines integrierten Energiedienstleisters als rechtlich selbstständige Tochtergesellschaft der Berliner Wasserbetriebe. Daraufhin entwickelten die Berliner Wasserbetriebe ein Grobkonzept und einen Businessplan für die Stadtwerke gemäß den vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die Anschubfinanzierung von 5,2 Mio. € für das Jahr 2014 wurde vom Land Berlin zur Verfügung gestellt und von den Berliner Wasserbetrieben bereits an die Berliner Stadtwerke GmbH ausgezahlt. Die Berliner Stadtwerke GmbH ist als 100%iges Tochterunternehmen der Berliner Wasserbetriebe auf dem nationalen Strommarkt als integrierter Energiedienstleister tätig. Die Gesellschaft investiert in Produktionskapazitäten von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien und veräußert den selbst erzeugten Strom und Wärme auf unterschiedlichen Vertriebswegen. Darüber hinaus werden Dienstleistungen im Energiesektor erbracht.

Die Berliner Stadtwerke GmbH wurde am 26. Juni 2014 gegründet und am 14. Juli 2014 im Handelsregister eingetragen. Neben der Schaffung der organisatorischen und verwaltungstechnischen Grundlagen stand bereits im Gründungsjahr die Geschäftsentwicklung im Fokus. Für die Implementierung der internen Verwaltungsprozesse der Gesellschaft wie z. B. das Finanz- und Rechnungswesen, die Personalabrechnung, den Einkauf wurde auf die etablierten Geschäftsprozesse der Berliner Wasserbetriebe zurückgegriffen. Realisiert wurden diese Prozesse durch entsprechende Dienstleistungsverträge.

Die Projektentwicklung im Bereich Investitionen in Windenergieanlagen konzentrierte sich im Jahr 2014 auf die Entwicklung der Windprojekte Teltow II und Albertshof. Der Genehmigungsantrag für das Projekt Teltow II mit vier Windrädern der 3-Megawatt-Klasse wurde eingereicht. Für das Projekt Albertshof mit einem Potenzial von ebenfalls vier Windrädern der 3-Megawatt-Klasse wurde ein Pachtvertrag mit den Berliner Stadtgütern unterzeichnet. Mittels Ausschreibungsverfahren wurde ein Planungsunternehmen gesucht.

Im Bereich Investitionen in Photovoltaikanlagen wurden 2014 Gespräche mit Berliner Wohnungsbaugesellschaften geführt, um Kooperationen vorzubereiten. Dabei wurden Standorte identifiziert und dazugehörige Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellt. Das zu Grunde liegende Mieterstromkonzept wurde detailliert und die technische Ausrüstung spezifiziert.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	%	2013 T€	%
Umsatzerlöse	1.119.597	90,8	1.133.651	88,5
Verminderung (-) des Bestandes an unfertigen Leistungen	- 442	0,0	- 175	0,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	49.011	3,9	45.697	3,5
Sonstige betriebliche Erträge	65.346	5,3	102.005	8,0
Gesamtleistung	1.233.512	100,0	1.281.178	100,0
Materialaufwand	- 216.226	- 17,5	- 334.738	- 26,1
Personalaufwand	- 294.663	- 23,9	- 275.861	- 21,5
Abschreibungen	- 282.149	- 22,9	- 263.456	- 20,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern	- 93.866	- 7,6	- 97.202	- 7,6
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	346.608	28,1	309.921	24,2
Beteiligungsergebnis	32	0,0	27	0,0
Finanzergebnis	- 93.012	- 7,5	- 95.848	- 7,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0,0	- 1.324	- 0,1
Ergebnis vor Steuern (PBT)	253.628	20,6	212.776	16,6
Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen	- 110.876	- 9,0	- 89.377	- 7,0
Verlustübernahme stille Gesellschafterin	7.645	0,6	7.711	0,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 12.060	- 1,0	- 14.007	- 1,1
Jahresüberschuss	138.337	11,2	117.103	9,1

2.3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.3.1. ERTRAGSLAGE

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) zum 31. Dezember 2014 beläuft sich auf 346,6 Mio. € (Vorjahr: 309,9 Mio. €) und liegt damit um 36,7 Mio. € über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es entfällt mit 73,1 Mio. € (Vorjahr: 82,9 Mio. €) auf den Betriebsteil Wasserversorgung und mit 273,5 Mio. € (Vorjahr: 227,0 Mio. €) auf den Betriebsteil Entwässerung.

Nach dem Rückkauf des Klärwerkes Waßmannsdorf zum 31. Dezember 2013 wird es wieder von den Berliner Wasserbetrieben direkt betrieben. Die Auswirkungen auf einzelne Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Folgenden erläutert.

Die Umsatzerlöse inklusive Bestandsveränderungen sind trotz höherer Verkaufsmengen insgesamt um 14,3 Mio. € auf 1.119,2 Mio. € gesunken. In 2014 wurden Erlösabgrenzungen für den Betriebsteil Wasserversorgung in Höhe von 4,6 Mio. € und den Betriebsteil Entwässerung in Höhe von 32,7 Mio. € gebildet,

da die Tarifeinnahmen die Kosten übersteigen. Gemäß Wassertarifverordnung ist diese Überdeckung den Kunden in Folgeperioden gutzuschreiben. Aufgrund des Vertragsabschlusses mit dem Bundeskartellamt konnten die Erlösabgrenzungen der Vorjahre in Höhe von 5,4 Mio. € aufgelöst werden. Die Erträge aus Hausanschlussarbeiten und die Erträge aus der Auflösung passivierter Baukostenzuschüsse erreichen das Niveau des Vorjahres. Die Umsatzerlöse aus der Entwässerung öffentlicher Straßen und Plätze sowie die sonstigen Entgelten verringern sich vor allem aufgrund von Kosteneinsparungen um 5,3 Mio. € gegenüber 2013.

Die aktivierbaren Eigenleistungen liegen aufgrund der milden Wintermonate um 3,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Erträge fallen gegenüber dem Vorjahr um 36,7 Mio. € geringer aus. 2013 waren hier die Erträge aus der Betriebsführung des Klärwerkes Waßmannsdorf (-24,9 Mio. €) und die Erträge aus der Kostenerstattung der TELO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kläranlage Waßmannsdorf KG i.L. für Investitionen in das Klärwerk Waßmannsdorf (-9,3 Mio. €) enthalten, die mit dem Rückkauf des Klärwerkes

entfallen sind. Aufgrund von Erstattungen des Hauptzollamtes für Stromsteuer aus Vorjahren konnten neutrale Erträge in Höhe von 3,8 Mio. € erzielt werden.

Der Materialaufwand liegt mit 216,2 Mio. € um 118,5 Mio. € unter dem Vorjahresniveau. Mit dem Rückkauf des Klärwerks Waßmannsdorf entfallen die Aufwendungen für Entsorgungskosten (-35,8 Mio. €), Kapital- und Finanzierungskosten (-72,4 Mio. €) sowie Kostenerstattungen für Investitionen in das Klärwerk Waßmannsdorf (-9,3 Mio. €). Weiterhin ergeben sich Einsparungen durch den Wegfall der Personalgestellungen durch die perdie.net GmbH i.L. (-5,0 Mio. €), da diese zum 1. Januar 2014 in die Berliner Wasserbetriebe reintegriert wurde. Gegenläufig wirken sich höhere Aufwendungen für Grundwasserentnahmeentgelt (1,4 Mio. €), Klärschlamm Entsorgung (1,2 Mio. €) und Abwasserabgaben (1,1 Mio. €) aus.

Der Personalaufwand liegt bei 294,7 Mio. € und damit um 18,8 Mio. € über dem des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Durch die Reintegration der Mitarbeiter und Auszubildenden der perdie.net GmbH i.L. steigt der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4 Mio. €. Aus dem Tarifanstieg zum 1. August 2013 sowie zum 1. März 2014 und der damit verbundenen Anpassung der Personalrückstellungen für Urlaub, Gleitzeit- und „Vollzeitlight“-Guthaben ergibt sich eine Erhöhung von 15,4 Mio. €.

Die Abschreibungen liegen 2014 bei 282,1 Mio. € und somit um 18,6 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Durch den Rückkauf des Klärwerkes Waßmannsdorf steigen die Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr um 16,0 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die sonstigen Steuern liegen mit 93,9 Mio. € um 3,3 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres. Geringeren Aufwendungen für Personaldienstleistungen aufgrund der Reintegration der perdie.net GmbH i.L. (4,1 Mio. €), nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer aus Betriebsteilverrechnung (3,4 Mio. €) sowie geringere neutrale

Aufwendungen (2,4 Mio. €) stehen höhere Aufwendungen für die neuen Personalinstrumente aus dem NEO-Prozess (2,2 Mio. €), Verluste aus Anlagenabgängen (2,4 Mio. €), Zuschlämm- und Abbruchkosten (1,3 Mio. €) und höhere Leasingaufwendungen (1,2 Mio. €) gegenüber.

Das Finanzergebnis liegt bei -93,0 Mio. € und fällt damit um 2,8 Mio. € besser aus als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursachen dafür sind geringere oder spätere Darlehensaufnahmen zu geringeren Zinssätzen.

Im außerordentlichen Ergebnis war im Geschäftsjahr 2013 die vollständige Aufholung der Folgeeffekte aus der Umstellung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes enthalten. Diese betrafen im Wesentlichen die Bewertung von Personalrückstellungen, vor allem aufgrund von Kostensteigerungen und Abzinsungseffekten. Daher entstehen im Geschäftsjahr 2014 hier keine Aufwendungen mehr.

Die Teilgewinnabführung (110,9 Mio. €) an die stille Gesellschafterin sowie die Verlustübernahme durch die stille Gesellschafterin (7,6 Mio. €) wurden gemäß dem Vertrag über zwei stille Gesellschaften (StG-Vertrag II) berechnet.

In den Steuern aus Einkommen und Ertrag sind laufende Steuern in Höhe von 12,5 Mio. € enthalten und es wurden latente Steuern in Höhe von -1,0 Mio. € gebildet. Aufgrund des geringeren Ergebnisses im Betriebsteil Wasserversorgung verringern sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag gegenüber dem Vorjahr. Darüber hinaus wurden für Risiken aus der Betriebsprüfung für die Jahre 2002 bis 2005 Rückstellungen in Höhe von 0,6 Mio. € gebildet.

Insgesamt ergibt sich insgesamt zum 31. Dezember 2014 ein mit 138,3 Mio. € (Vorjahr: 117,1 Mio. €) positives Jahresergebnis, zu dem mit 20,0 Mio. € (Vorjahr: 23,4 Mio. €) die Wasserversorgung und mit 118,3 Mio. € (Vorjahr: 93,7 Mio. €) die Entwässerung beitragen.

2.3.2. FINANZLAGE

Kapitalstruktur

	31.12.2014 T€	%	31.12.2013 T€	%
Stammkapital	1.264.000	19,1	1.264.000	18,9
Kapitalrücklage	5.000	0,1	0	0,0
Gewinnrücklagen	186.983	2,8	167.671	2,5
Einlage stille Gesellschafterin	665.360	10,0	653.770	9,8
Bilanzgewinn	99.790	1,5	77.705	1,2
Eigenkapital	2.221.133	33,5	2.163.146	32,4
Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüssen	589.847	8,9	581.342	8,7
Rückstellungen	9.165	0,1	10.632	0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.102.035	16,6	1.273.116	19,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträgern	1.534	0,0	2.045	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	153.388	2,3	60.926	0,9
Rechnungsabgrenzungsposten	9.915	0,1	11.016	0,2
Passive latente Steuern	4.010	0,1	4.010	0,1
Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)	1.869.894	28,1	1.943.087	29,1
Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüssen	117.969	1,8	116.268	1,7
Rückstellungen	204.034	3,1	216.106	3,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.232.040	18,5	1.222.565	18,3
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	795.818	12,0	821.159	12,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.901	0,3	22.436	0,3
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und stille Gesellschafterin	111.046	1,7	87.836	1,3
Verbindlichkeiten gegenüber Gewährträger	2.691	0,0	2.676	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	59.611	0,9	85.453	1,3
Rechnungsabgrenzungsposten	5.583	0,1	5.571	0,1
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital (< 5 Jahre)	2.547.693	38,4	2.580.070	38,5
Fremdkapital insgesamt	4.417.587	66,5	4.523.157	67,6
Passiva	6.638.720	100,0	6.686.303	100,0

2.3.3. Grundsätze und Ziele des Finanzmittelmanagements

Ziel des Finanzmittelmanagements ist die Sicherung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und eine unter Kosten- und Risikogesichtspunkten optimale Finanzierung der Investitionen und des Betriebes der Berliner Wasserbetriebe.

Die Möglichkeit der kurz- und langfristigen Fremdmittelaufnahme sowie die Konditionierung dieser Mittel basieren im We-

sentlichen auf der Gewährträgerhaftung des Landes Berlin für die Berliner Wasserbetriebe sowie auf der Art und Struktur des Geschäftsmodells und der daraus abgeleiteten guten Bonität der Berliner Wasserbetriebe. Fremdmittel werden weit überwiegend durch langfristige Darlehen von Banken aufgenommen. Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit wird zusätzlich durch Kreditlinien von Banken unterstützt.

Das Eigenkapital ist zum Bilanzstichtag um 58,0 Mio. € angestiegen und beträgt nunmehr 33,5 % (Vorjahr: 32,4 %) der Bi-

lanzsumme. Im Zusammenhang mit der Gründung der Berliner Stadtwerke GmbH haben die Berliner Wasserbetriebe vom Land Berlin zweckgebundene Zuschüsse erhalten. Dies führte zu einer Erhöhung der Kapitalrücklage der Berliner Wasserbetriebe in Höhe von 5 Mio. €. In gleicher Höhe haben die Berliner Wasserbetriebe Einlagen in das Eigenkapital der Berliner Stadtwerke GmbH geleistet.

Die Sonderposten aus Zuschüssen (567,2 Mio. €) beinhalten sonstige Zuschüsse für Sachanlagen (522,9 Mio. €), Zuschüsse aus der Verrechnung der Abwasserabgabe (44,2 Mio. €) und Investitionszulagen (0,1 Mio. €). Von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse werden zum 31. Dezember 2014 in Höhe von 140,6 Mio. € ausgewiesen.

Die Rückstellungen im langfristigen Bereich (9,2 Mio. €) betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Pensionen, Personalarückstellungen und Archivierung.

Am 31. Dezember 2014 betragen die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Gläubigern 1.254,9 Mio. €. Hiervon entfallen 1.102,0 Mio. € auf Kreditinstitute und 1,5 Mio. € auf den Gewährträger, die ausschließlich ein Darlehen mit dem IT Dienstleistungszentrum Berlin betreffen. In den langfristigen Verbindlichkeiten sind sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 151,4 Mio. € ausgewiesen. Diese bestehen im Wesentlichen gegenüber einer Versicherung und den Berliner Stadtreinigungsbetrieben. Sie waren fast ausschließlich mit einer fixen Zinsbindung versehen.

Das wesentlichste Finanzierungsprojekt der Berliner Wasserbetriebe bestand im Jahr 2014 in der Umschuldung des Kaufpreises für das Klärwerk Waßmannsdorf, das die Berliner Wasserbetriebe zum Jahresende 2013 aus einer Sale-and-lease-back-Konstruktion zurückgekauft haben. Die Kaufpreiszahlung in Höhe von 193,6 Mio. € wurde zunächst kurzfristig, das heißt über Tagesgeldaufnahmen von Banken, finanziert. Unter Berücksichtigung der Liquiditätsplanung der Berliner Wasserbetriebe wurden davon Ende März 2014 150 Mio. € in langfristige, festverzinsliche Darlehen von den Berliner Stadtreinigungsbetrieben und von einem Kreditinstitut umgeschuldet.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken und anderen Gläubigern (mit Darlehenscharakter) summierten sich auf 1.268,7 Mio. €. Diese betreffen mit 1.232,0 Mio. € Kreditinstitute, mit 2,6 Mio. € den Gewährträger und mit 34,1 Mio. € andere Gläubiger, die unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen sind.

Insgesamt beliefen sich die verzinslichen Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag auf 2.523,6 Mio. €. Der Rückgang insbesondere in den Kreditverbindlichkeiten resultiert aus höheren Tilgungs-

leistungen denen geringere langfristige Darlehensaufnahmen gegenüberstehen.

Das Darlehensportfolio der Berliner Wasserbetriebe ist in Bezug auf Laufzeit und Zinsbindungsfrist weitestgehend langfristig finanziert, so dass Änderungen des Zinsniveaus vergleichsweise geringe Auswirkungen auf das Zinsergebnis haben. Die Darlehen valutierten ausnahmslos in Euro.

Weitere sonstige langfristige Verbindlichkeiten, die nicht Darlehenscharakter haben, bestehen in Höhe von 2,0 Mio. € gegenüber dem Forschungsverbund Berlin e. V. für die Erstattung von Einbauten im Gebäude Rieseler I auf dem Grundstück des Wasserwerkes Friedrichshagen.

Bei den passiven latenten Steuern handelt es sich im Wesentlichen um Bewertungsunterschiede zwischen dem Steuerwert und dem handelsrechtlichen Buchwert bei der Rückstellungsbildung für die Bilanzierung von Leitungsrechten im Anlagevermögen.

Die kurz- und mittelfristigen Rückstellungen (204,0 Mio. €) betreffen vor allem Rückstellungen für das konzessionsabgabenähnliche Sondernutzungsentgelt, ausstehende Rechnungen für Lieferungen und Leistungen, Abwasserabgaben, Nachkalkulation der Tarife, Aufwendungen für Altersteilzeit, Grundwasserentnahmeentgelt und Entschädigungszahlungen nach § 9 Grundbuchbereinigungsgesetz.

Die für das Geschäftsjahr 2014 von den Kunden erhaltenen, noch nicht verrechneten Abschlagsbeträge sind als erhaltene Anzahlungen in Höhe von 795,8 Mio. € als kurzfristiges Fremdkapital ausgewiesen.

Die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, der stillen Gesellschafterin enthalten überwiegend die sonstigen Verbindlichkeiten aus Teilgewinnabführung für das Geschäftsjahr 2014 (110,9 Mio. €). Weiterhin werden gegenüber verbundenen Unternehmen und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, vornehmlich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Gegenüber dem Gewährträger werden im Wesentlichen sonstige kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten aus dem Darlehensvertrag mit dem IT Dienstleistungszentrum Berlin einschließlich zum 31. Dezember 2014 abgegrenzter Zinsen ausgewiesen.

In den kurz- und mittelfristigen sonstigen Verbindlichkeiten sind u. a. Verbindlichkeiten aus Steuern (12,3 Mio. €) und Zinsen auf Darlehen (2,2 Mio. €) ausgewiesen.

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten erhaltene Zahlungen für die Einräumung von Erbbaurechten.

Die außerbilanziellen Verpflichtungen in Höhe von 334,4 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus dem Leasingvertrag mit der Immobilienvermietungsgesellschaft Schumacher & Co. Objekt Rolandufer KG für die als Verwaltungssitz genutzten Immobilien

Neue Jüdenstr. 1 und 2 und Stralauer Str. 32 (184,6 Mio. €) und aus den Bestellungen für Investitionen in Sachanlagevermögen (134,9 Mio. €).

Kapitalflussrechnung

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+ 480.518	+ 465.792
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 228.549	- 450.931
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 251.148	- 16.699
Veränderung der liquiden Mittel	821	- 1.838
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	+ 6.671	+ 8.509
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	+ 7.492	+ 6.671

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit erhöht sich gegenüber 2013 um 14,7 Mio. €, was vorrangig auf ein verbessertes Periodenergebnis sowie auf höhere zahlungsunwirksame Aufwendungen und eine geringere Mittelbindung im Umlaufvermögen zurückzuführen ist.

Der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit liegt um 222,4 Mio. € unter dem des Vorjahres. Dies ist im Wesentlichen auf die im Vorjahr hier enthaltene Investition aus dem Rückkauf des Klärwerkes Waßmannsdorf zurückzuführen. 2014 erfolgten Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensge-

genstände und Sachanlagen in Höhe von 264,1 Mio. € (Vorjahr: 505,1 Mio. €). Weiterhin sind hier Einzahlungen aus Investitionszuschüssen und Baukostenzuschüssen in Höhe von 36,1 Mio. € (Vorjahr: 38,7 Mio. €) enthalten.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist wie im Vorjahr negativ, der Mittelabfluss steigt um 234,4 Mio. €, da die Kreditstilgungen im laufenden Geschäftsjahr die Kreditaufnahmen deutlich übersteigen.

Insgesamt wurden 88,3 Mio. € Zinsen (Vorjahr: 92,7 Mio. €) und 10,1 Mio. € Ertragsteuern (Vorjahr: 25,3 Mio. €) gezahlt.

2.3.4. VERMÖGENSLAGE

Bilanzstruktur

	31.12.2014 T€	%	31.12.2013 T€	%
Anlagevermögen	5.794.648	87,3	5.803.702	86,8
Umlaufvermögen	840.495	12,7	879.569	13,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1.542	0,0	1.969	0,0
Aktive latente Steuern	2.035	0,0	1.063	0,0
Aktiva	6.638.720	100,0	6.686.303	100,0
Eigenkapital	2.221.133	33,5	2.163.146	32,4
Sonderposten aus Zuschüssen und Baukostenzuschüsse	707.816	10,6	697.610	10,4
Rückstellungen	213.199	3,2	226.738	3,4
Verbindlichkeiten	3.477.064	52,4	3.578.212	53,5
Rechnungsabgrenzungsposten	15.498	0,2	16.587	0,2
Passive latente Steuern	4.010	0,1	4.010	0,1
Passiva	6.638.720	100,0	6.686.303	100,0

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 47,6 Mio. € verringert. Das Anlagevermögen reduziert sich zum 31. Dezember 2014 um 9,1 Mio. € auf 5.794,6 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2014 haben die Berliner Wasserbetriebe 274,3 Mio. € (Vorjahr: 263,9 Mio. €) in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) investiert. Davon entfielen auf die Wasserversorgung 79,4 Mio. € (Vorjahr: 85,7 Mio. €) und auf die Entwässerung 194,9 Mio. € (Vorjahr: 178,2 Mio. €). Neben den Investitionen in das Rohr- und Kanalnetz werden zurzeit umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen in den Wasserwerken Wuhlheide und Friedrichshagen sowie den Klärwerken Ruhleben, Schönerlinde und Waßmannsdorf durchgeführt. Demgegenüber stehen Abschreibungen in Höhe von 282,1 Mio. € (Vorjahr: 263,5 Mio. €). Im Zusammenhang mit der Gründung der Berliner Stadtwerke GmbH haben die Berliner Wasserbetriebe die vom Land Berlin erhaltenen Zuschüsse vereinbarungsgemäß in das Eigenkapital der Berliner Stadtwerke GmbH eingezahlt. Dadurch steigt Anlagevermögen der Berliner Wasserbetriebe im Bereich Finanzanlagen um 5,0 Mio. €.

Das Umlaufvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 39,1 Mio. € auf 840,5 Mio. € gesunken. Dies resultiert aus dem Rückgang der Forderungen aus Lieferungen (-40,3 Mio. €) im Zusammenhang mit der Tarifabsenkung. Weiterhin steigen die sonstigen Vermögensgegenstände (2,0 Mio. €), resultierend aus Steuerforderungen, an. Die flüssigen Mittel sind gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. € gestiegen.

Die Rechnungsabgrenzungsposten und die aktiven latenten Steuern liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Eigenkapitalquote wird zum 31. Dezember 2014 mit 33,5% (Vorjahr: 32,4%) ausgewiesen. Es ist beabsichtigt, den Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2014 in 2015 vollständig an das Land Berlin auszuschütten.

Sonderposten aus Zuschüssen und von Kunden erhaltene Baukostenzuschüsse sind gegenüber dem Vorjahr um 10,2 Mio. € angestiegen. Darin enthalten sind Sonderposten aus Zuschüssen für die Regenentwässerungsanlagen in Höhe von 12,2 Mio. €.

Die Rückstellungen verringern sich um 13,5 Mio. €. Die Rückstellung für die Preissenkungsverfügung des Bundeskartellamtes wurde im Geschäftsjahr mit 58,7 Mio. € in Anspruch genommen. Durch die Inanspruchnahme der Personalrückstellungen (Altersteilzeit) in Höhe von 11,5 Mio. € verringern sich die Rückstellungen ebenfalls. Gleichzeitig steigen die Rückstellungen für die Nachkalkulation der Tarife (36,1 Mio. €), für das Sondernutzungsentgelt für im öffentlichen Straßenland verlegte Leitungen (9,0 Mio. €), Steuerrückstellungen (3,1 Mio. €), Rückstellungen für

Lieferungen und Leistungen (2,6 Mio. €) sowie Rückstellungen für Personalinstrumente (2,3 Mio. €).

Die Verbindlichkeiten sinken insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 101,1 Mio. €. Wesentlich sind hier Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.334,1 Mio. € (Vorjahr: 2.495,7 Mio. €), erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen in Höhe von 795,8 Mio. € (Vorjahr: 821,2 Mio. €) sowie sonstige Verbindlichkeiten mit Darlehenscharakter gegenüber anderen Gläubigern in Höhe von 185,4 Mio. € (Vorjahr: 117,8 Mio. €). Gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie der stillen Gesellschafterin ist im Wesentlichen der Ausweis der Teilgewinnausschüttung an die stille Gesellschafterin in Höhe von 110,9 Mio. € (Vorjahr: 81,5 Mio. €) enthalten.

Die Rechnungsabgrenzungsposten verringern sich um 1,1 Mio. € durch die anteilige ertragswirksame Vereinnahmung der erhaltenen Zahlungen für die Einräumung von Erbbaurechten, entsprechend der Laufzeit der gewährten Erbbaurechte.

Die passiven latenten Steuern resultieren aus quasi permanenten Unterschieden zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz, die sich gegenüber dem Vorjahr nicht veränderten.

Insgesamt blicken die Berliner Wasserbetriebe auf ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr 2014 zurück. Nach den Herausforderungen der vergangenen Jahre, insbesondere die Umsetzung der Verfügung des Bundeskartellamtes, wurde das Jahr 2014 mit einem überplanmäßigen Ergebnis abgeschlossen.

3. Nachtragsbericht

Der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe hat Kerstin Oster zum 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 als neuen Vorstand Personal und Soziales bestellt. Die 47-jährige Betriebswirtin kommt von der TYCO Electronics AMP GmbH, deren Geschäftsführerin sie seit 2010 war. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Personalmanagementenerfahrung im nationalen und internationalen Umfeld.

Der Senat von Berlin hat in seiner Sitzung am 13. Januar 2015 den Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen mit sofortiger Wirkung zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Berliner Wasserbetriebe bestellt.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Prognosebericht

ALLGEMEIN: GENEHMIGUNG UND BEFASSUNG IM AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat hat in seinen Sitzungen am 7. Mai 2014 und 11. September 2014 die vom Vorstand vorgeschlagene Tarifentwicklung wie folgt beschlossen:

- Absenkung des Trinkwassertarifs 2014/2015 um 15% im Wege der Neukalkulation der Tarife unter Berücksichtigung eines Gewinnverzichts des Eigentümers in Höhe von 45,1 Mio. €
- Rückwirkung der Senkung des Trinkwassertarifs auf den 1. Januar 2014
- Absenkung der Abwasserentgelte ab 2015 um 6,1%

Das Niveau der gesenkten Tarife ist mit einem maximalen Inflationsausgleich von 1,1% pro Jahr bis 2018 gesichert. In Summe wird weiterhin eine positive Ergebnisentwicklung unterstellt. Die skizzierte Tarifentwicklung wird in Kombination mit der geplanten Kostenentwicklung zu einer verbesserten Erlössituation führen.

DER LEICHTE MENGENRÜCKGANG SETZT SICH FORT

Für den Wasserverkauf in Berlin wird für 2015 ein Ansatz von rund 186,6 Mio. m³ unterstellt. Dieser liegt leicht unter dem des Berichtsjahres. Im Jahr 2015 wird ein normaler Witterungsverlauf unterstellt. In den folgenden Jahren wird mit einem leichten weiteren Rückgang gerechnet. Er spiegelt den bundesweiten Trend rückläufigen Wasserabsatzes wider. Die Abwassermenge betreffend geht die Planung von einem Anteil von 95% der verkauften Wassermenge aus. Für die Verträge mit unseren Partnern aus Brandenburg gehen die Prognosen von einer ansteigenden Entwicklung aus.

INVESTITIONEN VORRANGIG IN NETZE

Das eigenfinanzierte Investitionsvolumen wird 2015 mit einem Betrag von 273 Mio. € um rd. 21% über dem Ansatz 2014 liegen. Rund 30% der Investitionen sind für den Bereich Wasserversorgung vorgesehen; 70% fließen in den Bereich Entwässerung. Hauptgrund für die steigenden Investitionen sind höhere Ausgaben im Bereich Kanalnetz sowie steigende Investitionen in Klärwerke und Abwasserpumpwerke.

Der größte Anteil des Investitionsvolumens fließt nach wie vor in die Erneuerung und Erweiterung der Netzinfrastruktur (rd. 60%). Im Zeitablauf nehmen die Anteile der Erweiterungsinvestitionen insbesondere im Zuge der Resterschließungen im Kanalisationsnetz weiter ab und die Sanierungsinvestitionen steigen deutlich an. Dazu kommen in den nächsten Jahren verstärkt Investitionen in die Substanzerhaltung und die Erweiterung wegen neuer Anforderungen und Einhaltung der Grenzwerte in das Klärwerk Waßmannsdorf. Bei den Investitionen stehen die Erhaltung der Funktionsfähigkeit sowie der Substanzerhalt der Anlagen und Netze im Zusammenhang mit der Sicherung hoher Ver- und Entsorgungsstandards im Vordergrund.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Das Jahr 2015 wird vor allem von der Umsetzung der Optimierungsprozesse zur Einhaltung der geplanten Tarifentwicklung und den dadurch vorzunehmenden Kosteneinsparungen geprägt sein. Für den Trinkwasserbereich gehen die Berliner Wasserbetriebe folglich von einem in etwa gleich bleibenden Ergebnis vor Steuern aus. Im Bereich Entwässerung wird sich dieser Wert verringern, da das Jahr 2014 unter anderem durch den Kunden in Rechnung gestellte Unterdeckungen aus Vorjahren positiv beeinflusst wurde. In Summe wird das Ergebnis vor Steuern 2015 somit um rund 15% unter dem von 2014 liegen. Des Weiteren wird für 2015 mit einer gleichbleibenden Ausbildungsquote gegenüber 2014 gerechnet.

BERLINER STADTWERKE GMBH

Die Fokussierung auf die Projektentwicklung wird zu einer stabilen Geschäftsentwicklung in den kommenden Jahren führen.

Das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2014) setzt klare Rahmenbedingungen für die künftige Investitionstätigkeit, erschwert allerdings auch die Geschäftsentwicklung im Bereich Photovoltaik und Blockheizkraftwerke.

Die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen werden auch in den nächsten zwei Jahren die Geschäftsentwicklung der Berliner Stadtwerke GmbH positiv beeinflussen. Das Ergebnis der Berliner Wasserbetriebe wird durch die Geschäftstätigkeit der Berliner Stadtwerke GmbH nicht beeinflusst.

4.2. Chancenbericht

Im Fokus der anwendungsorientierten Forschung der Berliner Wasserbetriebe steht, wie die Trinkwasser- und die Abwasserentsorgung in Berlin langfristig qualitativ hochwertig und effizient gestaltet werden können. So sollen innovative Verfahren entwickelt werden, mit denen Investitions-, Energie- und Abwasserreinigungskosten gespart werden können. Auch werden Verfahren für die effiziente weitergehende Abwasserreinigung erforscht. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt ASKURIS, das gemeinsam mit der Technischen Universität Berlin geeignete Verfahren untersucht, Spurenstoffe aus dem Abwasser zu entfernen.

Die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen bieten gute Möglichkeiten für die Berliner Stadtwerke GmbH zur Entwicklung des weiteren Geschäftes.

Chancen ergeben sich für die Berliner Wasserbetriebe aus der Kooperation mit dem Landesbetrieb Berlin Energie. Die Berlin Energie hatte sich erfolgreich für die Konzession zum Gasnetzbetrieb beworben. Im Jahr 2014 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der Berlin Energie einen Rahmenvertrag geschlossen, der die Unterstützung in verschiedenen Bereichen vorsieht.

4.3. Risikobericht

Mit dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich, insbesondere dem § 91 Abs. 2 Aktiengesetz, werden Unternehmen aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, wie insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkennen zu können.

Bei allen Unternehmen der Berlinwasser Unternehmensgruppe wurde ein Compliance-Managementsystem eingeführt, um die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und Kodizes sicherzustellen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Ziel hierbei ist, bereits vorhandene Systeme und Regularien zu nutzen und in ihrer Wirksamkeit und Effizienz zu schärfen.

2012 wurde eine Compliance-Organisation geschaffen, die den notwendigen Anforderungen entspricht, und eine Beauftragte für Compliance berufen.

Für Fragen und Hinweise im Zusammenhang mit Korruption und zur schnellen Klärung bei Verdachtsfällen wurden bei den Berliner Wasserbetrieben der Integritätsausschuss und die Stelle einer Ombudsfrau, die der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt, eingerichtet. Beide können von allen Unternehmen und Mitarbeitern der Berlinwasser Unternehmensgruppe genutzt werden.

Die Berliner Wasserbetriebe haben ein umfassendes Risikomanagementsystem. Zur rechtzeitigen Identifikation von vor allem negativen Entwicklungen dient ein Issuemanagement. Issues sind (schwache) Signale aus dem Umfeld des Unternehmens und dem Unternehmen selbst, die eine Gefährdung für Reputation und Strategie, aber auch Chancen für die Berliner Wasserbetriebe darstellen. Die letzte Risikoinventur ließ keine bestandsgefährdenden Risiken erkennen.

Der Betrachtungszeitraum von Risiken beträgt grundsätzlich sechs Jahre und ist damit mit dem Wirtschaftsplan identisch. Bei Investitionen ist auch ein längerer Betrachtungszeitraum möglich. Ein Mindestprognosezeitraum von einem Jahr wird eingehalten.

Unter der Berücksichtigung von Veränderungen der Risiken und eingeleiteten Maßnahmen hat sich gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verbesserung der Risikosituation ergeben.

UMFELDRISIKEN

Die 1996 für alle Wasserwerke beantragten wasserbehördlichen Bewilligungen zur Förderung von Grundwasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung sollen nach Auskunft der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt bis 2016 erteilt sein. Für die Wasserwerke Wuhlheide und Kaulsdorf wurde den Berliner Wasserbetrieben eine Förderbewilligung erteilt. Für alle anderen Wasserwerke wurde mit Schreiben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vom 18. Januar 2001, die in einem Schreiben vom 4. Juni 1998 formulierte Frist zur Förderung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung in der bisherigen Form (Duldung ohne Bewilligung) bis auf Weiteres, längstens jedoch bis zum Vorliegen einer bestandskräftigen Förderbewilligung, verlängert. Für die Bewilligungen werden Umweltverträglichkeitsuntersuchungen unter Öffentlichkeitsbeteiligung sowie bei Erfordernis Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsuntersuchungen durchgeführt.

Aus den behördlichen Prüfungen können sich Ausgleichs- und Überwachungsbedarfe ergeben, die zu investiven und laufenden Kosten führen würden. Die Bedarfe könnten sich somit auf die Höhe der Investitionen und folglich auch auf die Tarifentwicklung auswirken. Diese sind in Höhe von ca. 50 Mio. € für z.B. folgende Kompensationsmaßnahmen bewertet, wobei die Eintrittswahrscheinlichkeit als gering eingestuft wird:

- Fördereinschränkungen für einzelne Wasserwerke
- Fördereinschränkungen einzelner Brunnengalerien
- zusätzliche Auflagen zur Kompensation der Umweltauswirkungen im Vergleich zu den bisherigen Annahmen

Zunehmend werden an einigen Wasserwerksstandorten Einschränkungen in der Fahrweise der Werke notwendig. Ursächlich dafür sind Qualitätseinschränkungen im Rohwasser aufgrund erhöhter Konzentrationen bestimmter Schadstoffe aus Altlasten bzw. organischen Spurenstoffen, die aus den Oberflächengewässern über die Uferfiltration in die Brunnen gelangen. Die notwendigen Investitionen für die Sicherstellung der naturnahen Trinkwasseraufbereitung werden derzeit auf mindestens 20 Mio. € geschätzt, wobei im Umgang mit Spurenstoffen mittel- bis langfristig weitere Investitionen in den Wasser- und Klärwerken erforderlich werden dürften, die sodann auch Auswirkungen auf die Höhe der Investitionen sowie die Tarifentwicklung haben würden. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos wird als möglich bzw. mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus besagt, dass das Klärwerk Waßmannsdorf den Überwachungswert für Stickstoff in Höhe von 13 mg/l einzuhalten hat. Dies hat auch Auswirkungen auf die Klärwerke Stahnsdorf und Münchehofe, da diese ebenfalls im Zuständigkeitsbereich der brandenburgischen Wasserbehörde liegen. Es hat zudem Auswirkungen auf das Gesamtsystem der Klärwerke, da deren Reinigungskapazitäten im Verbundsystem ausgesteuert werden. Derzeit können die Klärwerke Waßmannsdorf, Stahnsdorf, Münchehofe und Ruhleben den Stickstoff-Überwachungswert nicht einhalten. Es sind Erweiterungsinvestitionen erforderlich, um die Verfahrenstechnik und Reinigungskapazitäten auf den Klärwerken anzupassen. Der beschlossene Wirtschaftsplan enthält die Maßnahmen zur Einhaltung der Stickstoff-Überwachungswerte auf den Klärwerken Waßmannsdorf, Stahnsdorf und Münchehofe. Zusätzliche Maß-

nahmen auf den Klärwerken Ruhleben und Schönerlinde in Höhe von 76 Mio. € werden als wahrscheinlich bewertet. Ob und inwieweit dieses zusätzliche Risikopotenzial eintritt, ist jedoch auch von den Ergebnissen der Vorversuche bzw. von den Betriebsergebnissen der umgesetzten Maßnahmen abhängig. Die Maßnahmen würden die Höhe der Investitionen und die Tarifentwicklung beeinflussen. Die Berliner Wasserbehörde kündigte im Jahr 2014 an, dass für die Klärwerke Ruhleben und Schönerlinde die Sonderregelung für Regenwetter beim Parameter Nanorg aufgehoben werden soll und zukünftig ein Überwachungswert von 13 mg/l Nanorg für Trockenwetter und Regenwetter einzuhalten sein wird. Dieses erfordert zusätzliche Investitionen auf den Klärwerken Ruhleben und Schönerlinde. Die entsprechenden Maßnahmen und Investitionsbedarfe werden derzeit konzeptionell ermittelt.

Am 8. September 2011 wurde das „Gemeinsame Handlungskonzept der Wasserwirtschaftsverwaltungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg“ verabschiedet, das in Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie auf die Reduzierung der Nährstoffbelastungen in den Berliner und Brandenburger Gewässern ausgerichtet ist. Dieses Konzept sieht die Aufstellung eines gemeinsamen Maßnahmenprogramms zur Nährstoffreduzierung vor. Das Maßnahmenprogramm soll im zweiten und dritten Bewirtschaftungszyklus gemäß der EG Wasserrahmenrichtlinie der Flussgebietsgemeinschaft Elbe umgesetzt werden. Aus dem Konzept leitet sich ab, dass die behördlichen Anforderungen an die Nährstoffreduzierung in Klärwerken, insbesondere Pges, zukünftig erhöht werden. Konkrete Ergebnisse zu den künftigen Anforderungen werden frühestens 2015 erwartet und sollen mit langfristigen Maßnahmen bis Abschluss des dritten Bewirtschaftungszyklus 2027 umgesetzt werden. Zusätzlich erfolgt derzeit ein Gewässermonitoring durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, das den Handlungsbedarf bezüglich Spurenstoffe und Medikamentenrückstände in den Gewässern ermittelt. Dieses Thema kann in Berlin aufgrund des regionalen Wasserkreislaufs Anforderungen an die Spurenstoffelimination nach sich ziehen.

Um die Gewässerqualitätsziele in Bezug auf die Parameter Phosphor und Spurenstoffe zu erreichen, müssen nach jetzigem Verständnis alle Klärwerke mit einer weitergehenden Reinigungsstufe mittels Fällung und Flockungsfiltration oder UV-Desinfektion nachgerüstet werden. Die hierfür notwendigen Investitionen, die noch nicht im Finanzplan berücksichtigt sind, wurden mit ca. 116 Mio. € und einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Hierbei würden, wie bei allen investiven Maßnahmen,

finanzielle Leistungsindikatoren (Höhe der Investitionen und Tarifentwicklung) beeinflusst werden.

Ein Risiko besteht außerdem in der Nichteinhaltung der behördlich vorgegebenen Mindestmenge Abwasser aus der Mischkanalisation, die bei Regen zu den Klärwerken gefördert werden soll. Bei Starkregenereignissen kann es zur Nichteinhaltung aufgrund von begrenzten Reinigungskapazitäten in den Klärwerken kommen. Zudem wird vorrangig Schmutzwasser aus der Trennkanalisation gefördert, das hohe Fremdwasseranteile enthält. Die Wasserbehörde bewertet ein Unterschreiten der Mindestfördermenge aufgrund mangelnder Klärwerkskapazität als Nichteinhaltung der wasserbehördlichen Erlaubnis und kann eine Anpassung von Klärwerks- und/oder Speicherkapazitäten fordern sowie gegebenenfalls auch Sanktionen aussprechen. Die Berliner Wasserbetriebe klären daher mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt die so genannte Fremdwasserproblematik und die Finanzierung in Höhe von ca. 65 Mio. € für Speicherbecken in den Klärwerken. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos, welches wiederum die Höhe der Investitionen und somit die Tarifentwicklung beeinflussen würde, wird als hoch eingestuft.

Die Berliner Wasserbetriebe sehen derzeit die Finanzierungspflicht für notwendige Regenwetterspeicher bei den Umlandverbänden. Die betroffenen Umlandverbände teilen diese Sichtweise allerdings nicht. Da Regenwetterspeicher in Münchhofe und Stahnsdorf zur Sicherstellung eines genehmigungskonformen Betriebs erforderlich sind, besteht das Risiko einer notwendigen Vorfinanzierung der Investitionen in Höhe von rd. 10 Mio. € durch die Berliner Wasserbetriebe.

RECHTSRISIKEN

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert.

Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder vereinzelt Verfahren über die Billigkeit der Tarife geführt. All diese Verfahren sind bisher aufgrund der klaren Berliner Rechtslage bezüglich der Kalkulation der Tarife zugunsten der Berliner Wasserbetriebe entschieden worden. Neben dem Land- und dem Kammergericht hat sich auch der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit den Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt und zwei entsprechende Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation der Tarife zurückgewiesen.

Neben den vereinzelt Klagen über die Billigkeit der Tarife, die in aller Regel sehr allgemein gehalten sind, wurde Klage gegen die Höhe der Grundpreise für die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung erhoben. Hierbei geht es insbesondere um die Frage, ob der von den Berliner Wasserbetrieben gewählte Wasserzählermaßstab in Verbindung mit einer Feuerlöschleitung auch für den Grundpreis Schmutzwasser zulässig ist. Eine seriöse Bewertung des Risikos, das Auswirkungen auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) haben würde, ist derzeit nicht möglich.

KARTELLVERWALTUNGSVERFAHREN

Am 5. Juni 2012 erhielten die Berliner Wasserbetriebe eine Preismissbrauchsverfügung des Bundeskartellamts. Darin wird dem Unternehmen aufgegeben, die Durchschnittserlöse aus der Belieferung von Endkunden mit Trinkwasser pro Kubikmeter für die Jahre 2012 bis 2015 auf einen genau bezeichneten Höchstbetrag zu begrenzen.

Mit Beschluss vom 27. November 2013 bat der Aufsichtsrat den Vorstand um Prüfung, welche Schritte erforderlich sind, um den Rückforderungsvorbehalt für die Gutschriften für das Tarifjahr 2012 entfallen zu lassen und für das Tarifjahr 2013 eine Gutschrift ohne Vorbehalt zu erteilen.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Berliner Wasserbetriebe und das Bundeskartellamt auf den Abschluss eines öffentlichrechtlichen Vergleichsvertrages geeinigt, dem der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe am 7. Mai 2014 zugestimmt hat.

Die von den Berliner Wasserbetrieben gegenüber dem Bundeskartellamt für den Trinkwasserbereich zugesagte Tarifentwicklung bis 2018 spiegelt sich im Wesentlichen in dem Vertrag mit dem Bundeskartellamt wider. Das Bundeskartellamt verzichtet im Gegenzug auf eine rückwirkende Anordnung; das Verfahren ist damit erledigt. Die Berliner Wasserbetriebe haben mit Zustimmung des Aufsichtsrates die Rechtsbeschwerde gegen das Kartellverfahren beim Bundesgerichtshof zurückgezogen. Mit dem Vertrag kann das Risiko einer rückwirkenden Anordnung durch das Bundeskartellamt ausgeschlossen werden.

Nach Erlass der Verfügung durch das Bundeskartellamt gab es vereinzelt privatrechtliche Klagen auf Rückerstattung von Entgeltbestandteilen, die mit den Feststellungen in der Verfügung begründet wurden. Bisher wurden diese Klagen von den Zivilgerichten abgewiesen. Grundsätzlich kann aber das Risiko weiterer solcher Klagen nicht ausgeschlossen werden.

So hat zum Beispiel der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) mit seiner Presseerklärung vom 4. Dezember 2014 gemeinsam mit dem Wassertisch allen Berliner Wasserkunden empfohlen, „ihre Rückzahlungsansprüche vor Ende des Jahres 2014 gegenüber den Berliner Wasserbetrieben geltend zu machen“.

In Folge dieses Aufrufes sind bereits mehrere entsprechende Forderungsschreiben von Kunden bei den Berliner Wasserbetrieben eingegangen. Darüber hinaus haben einige wenige Kunden fristwährend Rückforderungsansprüche gerichtlich geltend gemacht.

Der maximale Risikobetrag könnte bei rund 170 Mio. € liegen, wenn die Berliner Wasserbetriebe zur Rückerstattung überhöhter Entgeltbestandteile für die Jahre 2009 bis 2011 verurteilt würden. Dieses Risiko wird jedoch als gering bewertet. Im Falle des Eintritts hätte das Risiko Auswirkungen auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT).

Weitere Risiken

BRANDSCHUTZ UNTERNEHMENSZENTRALE

Die Berliner Wasserbetriebe stellen derzeit wieder einen brandschutztechnisch einwandfreien Zustand in der Unternehmenszentrale her. Durch die mangelhafte Bauüberwachung des Generalübernehmers während der Errichtungsphase weisen die Verwaltungsgebäude in der Neuen Jüdenstraße erhebliche Mängel in diesem Bereich auf. Die Gesamtaufwendungen betragen nach derzeitigem Kenntnisstand rund 20 Mio. €, können aber erst belastbar nach Vornahme weiterer Bauteilöffnungen eingeschätzt werden. Weitere Brandschutzmaßnahmen würden sich auf die Höhe der Investitionen sowie auf die Tarifentwicklung auswirken.

BERLINER STADTWERKE GMBH


Die Berliner Stadtwerke haben die Planungsaufträge für die Entwicklung der Windprojekte Teltow II und Albertshof vergeben. Im Zuge der Projektentwicklung können sowohl erforderliche Genehmigungen untersagt werden als auch Auflagen erteilt werden, die die Wirtschaftlichkeit der Projekte gefährden. Sollten die Projekte nicht umgesetzt werden können, müssen die bis dato erbrachten Planungsleistungen abgeschrieben werden.

Die Risiken der Berliner Wasserbetriebe resultieren vornehmlich aus dem Kerngeschäft der Wasserver- und Abwasserentsorgung. Einflussfaktoren entstehen im Wesentlichen durch Entwicklungen und Ereignisse aus dem Umfeld. Den Herausforderungen, die sich daraus ergeben, wird mit entsprechenden Maßnahmen begegnet, deren finanzielle Auswirkungen im Wirtschaftsplan abgebildet werden. Bestandsgefährdende Risiken bestehen für die Berliner Wasserbetriebe nicht. Gegenüber dem Vorjahr (776,8 Mio. €) hat sich eine leichte Verbesserung der Risikosituation in Höhe von 12,1 Mio. € ergeben.

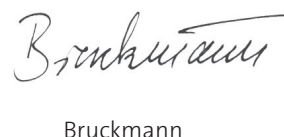
5. Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 Aktiengesetz

Vorstand und Aufsichtsrat haben auf der Grundlage des Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe eine Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 Aktiengesetz abgegeben; diese Erklärung wurde über das Internet dauerhaft zugänglich gemacht.

Berlin, 26. Januar 2015
Berliner Wasserbetriebe



Simon



Bruckmann



Oster

ENTSPRECHENSERKLÄRUNG

VON AUFSICHTSRAT UND VORSTAND ZU DEN EMPFEHLUNGEN DES CORPORATE GOVERNANCE KODEX DER BERLINER WASSERBETRIEBE AÖR

- (1) Vorstand und Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe, Anstalt des öffentlichen Rechts, erklären, dass den Empfehlungen des von ihnen beschlossenen und auf der Internetseite der Gesellschaft bekannt gemachten Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe in der derzeit gültigen Fassung vom 4. März 2010 seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung im November 2013 entsprochen wurde und werden wird, mit Ausnahme der unter Punkt 2 genannten Abweichung.
- (2) Die Abweichung vom Kodex ist im Folgenden vollständig benannt:
Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gemäß Berliner Betriebe-Gesetz ausschließlich eine feste Vergütung, deren Höhe im Anhang zum Jahresabschluss aufgeführt ist. Die Tätigkeit im Wirtschafts- und Prüfungsausschuss wurde mit Wirkung ab dem 1. Oktober 2014 ebenfalls vergütet. Eine gesonderte Vergütung der Mitglieder des Personalausschusses wurde nicht vorgenommen (Kodex Ziffer 5.4.4).

Berlin, den 20. November 2014

Für den Aufsichtsrat

Für den Vorstand



Senator Dr. Ulrich Nußbaum
Aufsichtsratsvorsitzender



Jörg Simon
Vorstandsvorsitzender

Frank Bruckmann
Mitglied des Vorstandes

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I. 1 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen Informationen und Kenntnisse, die für eine sachgerechte Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I. 2 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme des Vorstandes abgehalten.</p>
I. 3 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	<p>Die strategische Ausrichtung sowie die Planung der Berliner Wasserbetriebe wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Vorstand berichtet regelmäßig über den Umsetzungsstand. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung bzw. soweit satzungsgemäß geboten, dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet. Neben den Regelungen in der Satzung liegen Geschäftsordnungen für den Vorstand und Aufsichtsrat vor.</p>
I. 4 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und des Compliancemanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungsterminen • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>Der Vorstand ist der durch den Aufsichtsrat festgelegten Informations- und Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah und umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend und entsprach der Frist gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.</p> <p>Soll-Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden dem Aufsichtsrat quartalsweise plausibel und nachvollziehbar schriftlich dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>

- I. 5
CGK BWB
- Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates
 - D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt. D&O-Versicherungen sind von den Berliner Wasserbetrieben mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Vorstand

- II. 1
CGK BWB
- Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben
 - Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance)
 - Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung, arbeitet im Interesse des Unternehmens und an dessen nachhaltiger Wertsteigerung.

Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Ein Compliance-Management-System ist implementiert worden und wird aufrechterhalten. Dessen Angemessenheit und Wirksamkeit werden regelmäßig überprüft und bewertet. Die Berliner Wasserbetriebe verfügen über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling. Die Risiken aus compliance-relevanten Themen sowie andere Unternehmensrisiken wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems beurteilt und von Vorstand und Aufsichtsrat eingehend behandelt. Dem Aufsichtsrat wird halbjährlich der Risikobericht und jährlich der Compliance-/Risikobericht vorgelegt.

- II. 2
CGK BWB
- Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand
 - Festlegung Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen

Die Geschäftsordnung regelt die Aufgaben des Vorstandes, die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder, die dem Vorstand vorbehaltenden Aufgaben sowie die erforderliche Stimmenmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. Ein Vorsitzender des Vorstandes ist bestimmt.

- II. 3
CGK BWB
- Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes
 - Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes
 - Veröffentlichung der Einzelvergütung
 - Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährlich Zielvereinbarungen getroffen. Die Zielvorgaben wurden vom Personalausschuss unter Mitwirkung des Vorstandes festgelegt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat die Gewährträgerversammlung über die Grundzüge des Vergütungssystems informiert. Die variable Erfolgsvergütung wird für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Feststellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe der erfüllten Zielvorgaben und der Gesamtpformance durch den Personalausschuss festgelegt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
		<p>Bei der Bewertung wurde berücksichtigt, dass alle Mitglieder des Vorstandes neben ihrer Tätigkeit bei den Berliner Wasserbetrieben auch dem Vorstand der Berlinwasser Holding AG angehören, folglich eine Doppelfunktion erfüllen. Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder festgelegt. Der Aufsichtsrat berät und überprüft die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand regelmäßig; letztmalig am 19. Juni 2013. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss individuell ausgewiesen.</p>
<h3 style="background-color: #76923c; color: white; padding: 2px;">III. Aufsichtsrat</h3>		
III. 1 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Maßgabe der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe wahrgenommen. Er beriet und überwachte den Vorstand bei der Leitung der Berliner Wasserbetriebe. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Berliner Wasserbetriebe einbezogen bzw. informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für das Unternehmen beschlossen. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, dass die Beauftragung von Beratungsleistungen sowie der Abschluss von Honorarverträgen mit einem Wert von mehr als 500 TEUR der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
III. 2 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes; Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis 	<p>Gemäß § 11 Abs. 8 Berliner Betriebe-Gesetz steht dem Personalausschuss Entscheidungsbefugnis über den Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Verträgen und Nebenabreden mit Mitgliedern des Vorstandes zu. Im Berichtszeitraum ist eine befristete Wiederbestellung eines Vorstandsmitgliedes über einen Zeitraum von zwei Monaten erfolgt. Zudem wurde die Erstbestellung eines Vorstandsmitgliedes über einen Zeitraum von drei Jahren vorgenommen. Die vom Aufsichtsrat getroffene Festlegung zur Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für Vorstandsmitglieder wurde eingehalten.</p>
III. 3 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über alle wichtigen Angelegenheiten fortlaufend unterrichtet.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p>Der Aufsichtsrat wurde auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen über wichtige Ereignisse unterrichtet. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung hat eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.</p>
<p>III. 4 CGK BWB</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p>Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung seiner Effizienz folgende Ausschüsse gebildet: Wirtschaftsausschuss und Prüfungsausschuss sowie einen Personalausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und Prüfungsausschusses; Vorsitzender war auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
<p>III. 5 CGK BWB</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrnehmung der Aufgaben der Mitglieder des Aufsichtsrates • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates 	<p>Dem Aufsichtsrat gehören Mitglieder mit vertieften Kenntnissen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen an; ehemalige Mitglieder des Vorstandes gehören dem Aufsichtsrat nicht an. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt. Danach sollten bei Wahlvorschlägen in der Regel keine Personen berücksichtigt werden, die im Zeitpunkt der Wahl das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die festgelegte Regelaltersgrenze wurde beachtet. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p>
<p>III. 6 CGK BWB</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch die Gewährträgerversammlung festgelegt. Die Vergütung beinhaltet eine feste Vergütungskomponente, deren Höhe im Anhang des Jahresabschlusses individuell aufgeführt ist. Vorsitz und stellvertretender Vorsitz wurden entsprechend berücksichtigt. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2014 hat die Gewährträgerversammlung zudem festgelegt, dass eine Vergütung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und Prüfungsausschusses erfolgt. Eine gesonderte Vergütung der Personalausschussmitglieder wurde nicht vorgenommen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.</p> <p>Die zwischen Aufsichtsrat und Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für das Jahr 2014, die Gehaltsstruktur von fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie die Auswertung der für das Jahr 2013 abgeschlossenen Zielvereinbarung wurde dem Gewährträger vorgelegt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
III. 7 und 8 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates 	<p>Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig seine Effizienz durch die laufende Kontrolle seiner Beschlüsse und Aufträge.</p> <p>Zudem wird regelmäßig (alle zwei Jahre) eine Effizienzprüfung auf der Basis eines Fragenkatalogs mittels zielgerichteter Befragung der Mitglieder durchgeführt. Die Ergebnisse werden in der künftigen Arbeit des Aufsichtsrates berücksichtigt. Die letztmalige Effizienzprüfung des Aufsichtsrates fand im Berichtsjahr statt. Es wurden nach seinen Feststellungen keine Ereignisse verzeichnet, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
IV. Interessenkonflikte		
IV. 1 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes 	<p>Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Es besteht ein zwischen Vorstand und Arbeitnehmervertretung abgestimmter Verhaltenskodex. Der verabschiedete Verhaltenskodex fasst die Grundsätze und Prinzipien des Unternehmens zusammen. Er ist eine verbindliche interne Regelung, zu dessen Einhaltung sich alle Mitarbeiter verpflichten. Dieser ist auf den Internetseiten des Unternehmens einsehbar.</p>
IV. 2 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> Wahrung des Unternehmensinteresses Persönliche Interessen 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV. 3 und 4 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates 	<p>Zwei Aufsichtsratsmitglieder der Berliner Wasserbetriebe, die zugleich Mitglied im Aufsichtsrat der Berliner Stadtgüter GmbH sind, haben an der Beschlussfassung zur Berliner Stadtwerke GmbH nicht teilgenommen und rein vorsorglich einen möglicherweise latent bestehenden Interessenkonflikt gemeldet. Ein wesentlicher materieller Interessenkonflikt ist jedoch nicht festzustellen. Andere erkennbare Interessenkonflikte sind im Berichtsjahr weder angezeigt worden noch aufgetreten. Entstandene Interessenkonflikte werden der Gewährträgerversammlung mitgeteilt.</p>
IV. 5 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes 	<p>Geschäfte mit den Berliner Wasserbetrieben durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen lagen nicht vor.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates 	<p>Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit den Berliner Wasserbetrieben abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
IV. 6 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes 	<p>Die Vorstandsmitglieder üben Nebentätigkeiten aus, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der Berliner Wasserbetriebe stehen. Über die Erteilung von Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder beschließt der Personalausschuss. Der Aufsichtsrat wird über die Genehmigung der Nebentätigkeiten unterrichtet. Darüber hinaus wird dem Aufsichtsrat jährlich eine aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder zur Kenntnis gereicht.</p>
IV. 7 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und Angehörige 	<p>Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt. Arbeitnehmer/innen der Berliner Wasserbetriebe im Aufsichtsrat sind gemäß dem Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe von der Regelung ausgenommen; ihnen werden die den übrigen Beschäftigten eingeräumten Konditionen gewährt.</p>
V. Transparenz		
V. 1 und 2 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet 	<p>Der Aufsichtsrat wurde über Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Berliner Wasserbetriebe, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, unverzüglich unterrichtet. Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht) wurden auch über Internet unter www.berlinerwasserbetriebe.de veröffentlicht.</p>
VI. Rechnungslegung		

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
VI. 1 bis 3 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen • Erörterung Zwischenberichte 	<p>Der Jahresabschluss wurde entsprechend den rechtlich anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und innerhalb der vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und der Gewährträgerversammlung vorgelegt. Die Berliner Wasserbetriebe unterrichten den Aufsichtsrat und die Gewährträgerversammlung quartalsweise durch Zwischenberichte. Zudem wird das Land Berlin als Hauptgesellschaftlicher durch Quartalsberichte entsprechend den Vorgaben des Beteiligungscontrollings des Landes Berlin fristgemäß informiert. Die Erörterung der Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage erfolgt gegenüber dem Aufsichtsrat zu den stattfindenden Aufsichtsratsitzungen. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der Berliner Wasserbetriebe auf.</p>
VII. Abschlussprüfung		
VII. 1 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungsektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	<p>Der Abschlussprüfer hat seine Unabhängigkeit gegenüber dem Prüfungsausschuss erklärt und bestätigt. Die Erklärung enthielt ferner Angaben zu allen vom Abschlussprüfer in 2013 erbrachten Leistungen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Es wurde vereinbart, dass Abschluss- und Befangenheitsgründe, die während der Prüfung auftreten könnten, unverzüglich dem Aufsichtsratsvorsitzenden gemeldet werden. Im Berichtsjahr sind durch den Abschlussprüfer keine Befangenheitsgründe vorgebracht worden.</p>
VII. 2 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat auf Basis eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens, in Abstimmung mit dem Rechnungshof von Berlin, der Gewährträgerversammlung und den zu bestellenden Abschlussprüfer vorgeschlagen und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII. 3 CGK BWB	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung 	<p>Der Abschlussprüfer hat bestätigt, über alle für den Aufsichtsrat wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich zu berichten. Solche Feststellungen oder Vorkommnisse lagen nicht vor. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Aufsichtsrates und des Vorstandes
	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="335 470 446 882">Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben 	<p data-bbox="319 896 351 2186">Corporate Governance Kodex der Berliner Wasserbetriebe ergeben.</p>
<p data-bbox="494 896 526 2186">VII. 4 CGK BWB</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="494 694 542 882">Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 	<p data-bbox="494 896 606 2186">Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2013 teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an den Beratungen für den Jahresabschluss 2014 teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>

BWB: Vorstandsbezüge 2014

Aufteilung der Vorstandsbezüge 2014 (§ 18 Abs. 6 BerlBG und § 285 Nr. 9a HGB)

in €	Simon, Jörg	Bruckmann, Frank	Schmidt, Norbert	Dr. Grunwald, Georg)	Gesamt
Gehälter (Jahreseinkommen)	207.787,00	149.553,00	150.000,00	0,00	507.340,00
Leistungs- und erfolgsabhängige variable Bezüge auf der Grund- lage von Zielvereinbarungen	119.392,48	82.139,58	81.600,00	104.500,00	387.632,06
Pauschale/Zulage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Abfindungsbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewinnbeteiligung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwandsentschädigung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Versicherungsentgelte	8.887,09	10.329,12	0,00	0,00	19.216,21
Provisionen und Nebenleistun- gen jeder Art	7.115,00	9.600,00	8.400,00	0,00	25.115,00
Gesamt	343.181,57	251.621,70	240.000,00	104.500,00	939.303,27

*) Zufluss der variablen Vergütung für das Jahr 2013 im Jahr 2014

Quelle: Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2014 BWB

BWB: Bezüge Aufsichtsratsmitglieder 2014

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für das Geschäftsjahr folgende individuelle Gesamtvergütung *):

Mitglieder des Aufsichtsrates	Aufwandsentschädigung (Fixe Vergütung in €)
Dr. Ulrich Nußbaum	9.601,64
Henner Bunde	5.326,85
Axel Ensinger	5.830,96
Christian Gaebler	5.326,85
Erika Jaeger	5.830,96
Bärbel Nehring-Kleedechn	5.830,96
Ingeborg Neumann	5.956,99
Christine Wolff	5.312,88
Lutz Neetzel	8.116,30
Andreas Bockelmann	5.830,96
Roland Jäschke	5.830,96
Heinz Kielies	5.830,96
Karsten Malareck	5.326,85
Angela Mentzel	5.326,85
Sabine Thonke	5.326,85
Doro Zinke	5.326,85

*) Ausweis der Beträge ohne Umsatzsteuer

Quelle: Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2014 BWB

**Berliner Werkstätten für Behinderte
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BWB)**

LAGEBERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS 2014

A. Geschäftsverlauf des Unternehmens

1. Entwicklung der Branche

Die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB) bewegt sich wie jede andere Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) im Spannungsfeld zwischen sozialem Anspruch und produktiver Effektivität. So sind für die Entwicklungen in der Branche beide Bereiche zu betrachten.

Den größten Teil ihrer Umsätze erwirtschaftet die BWB durch die Leistungsentgelte für Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen. Das Unternehmen stellt Menschen mit Behinderung, die nicht im allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, eine Vielzahl von Angeboten zur Verfügung und konnte so auch 2014 die Zahl seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich steigern, insgesamt von 1.609 zum Stichtag 31.12.2013 auf 1.638 zum Stichtag 31.12.2014. Im Kontext der Umsetzung des Inklusionsgedankens der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006 ist auch die Werkstättenlandschaft aufgerufen, ihr Angebot entsprechend zu verändern und einerseits ein Kernangebot für noch nicht ohne weiteres im Ersten Arbeitsmarkt inkludierbare Mitarbeiter vorzuhalten, dabei aber gleichzeitig einen zusätzlichen Fokus auf Öffnung der Werkstatt und Überleitung der behinderten Mitarbeiter auf den Ersten Arbeitsmarkt zu setzen. Mit einem *stark ausdifferenzierten Angebot*, das sich auf *Weiterentwicklung*, *Öffnung* und *Durchlässigkeit* fokussiert, entsprach die BWB den Anforderungen dieses Inklusionsgedankens, denn die Unterstützungsleistung der BWB ist eng am allgemeinen Arbeitsmarkt orientiert und findet wo immer möglich auch in der physischen Umgebung desselben, also direkt in Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes statt. So wurde der Ansatz des Vorjahres weitergeführt und ein erweitertes und in verschiedenen Berufsfeldern etabliertes Angebot an Arbeitsplätzen in betriebsintegrierten Gruppen geschaffen. Gemeinsam mit Partnern vor allem aus dem Hotel- und Gastronomiegewerbe sowie aus dem Sozial- und Gesundheitsdienstleistungsbereich wurde das Bildungs- und Arbeitsangebote der BWB weiterentwickelt.

Der *Berufsbildungsbereich (BBB)* der BWB bietet drei verschiedene Bildungswege: Den internen, den integrierten und den externen Berufsbildungsbereich. Für die Qualifizierung zum Servicehelfer bietet die BWB auch die Teilnahme an einer *externen Berufsbildungsgruppe* an, die auf Basis der Ausbildungsverordnung zum Hauswirtschafter angeleitet, betreut und qualifiziert wird. Die 2013 vom Projektstatus in den Regelbetrieb überführte Gruppe „Birkholz“ ist 2014 sehr erfolgreich weitergeführt worden. Die BWB wurde mit ihr zur ersten WfbM Berlins mit einer anerkannten externen Berufsbildungsgruppe.

Das dreigliedrige Berufsbildungssystem der BWB ist durchlässig – Wechsel zwischen den Bereichen sind in alle Richtungen jederzeit möglich. Alle Bildungsangebote sind an anerkannte Ausbildungsrahmenpläne angelehnt. Bereits seit Juli 2012 ist der Berufsbildungsbereich der BWB nach der „*Akkreditierungs- und Zertifizierungsverordnung*“ (AZAV) zugelassen.

Im *Förderbereich* wurde die Durchlässigkeit zur Werkstatt konsequent weiterverfolgt. So wurde an allen Förderbereichsstandorten das Konzept der arbeitsorientierten Beschäftigung/Förderung weiter ausgebaut. Diese „*werkstattorientierten Gruppen*“ sind in ihrer theoretischen und praktischen Ausrichtung am Bildungsangebot des Berufsbildungsbereichs orientiert. Im Berichtszeitraum wurden darüber hinaus mehrere Praktika absolviert, zwei Betreute wurden in das Eingangsverfahren des Berufsbildungsbereichs der BWB übergeleitet.

Das *Angebot für gehörlose Menschen* wurde 2014 erweitert. In Kooperation mit dem Verein „*unerhört e.V.*“, einem Verein für alternative Integrations- und Kommunikationskonzepte, ist die Holzwerkstatt in der Wupperstraße zu einem besonders attraktiven Angebot für gehörlose Menschen geworden. Das Fachteam der Gruppenleiter beherrscht die Gebärdensprache und ermöglicht so für diese Menschen ein inklusives Angebot der Teilhabe am Arbeitsleben. Vorstellungsgespräche, Zielvereinbarungsgespräche und die morgendlichen Teamgespräche werden gebärdensprachlich begleitet. Dabei gehören nicht nur gehörlose Rehabilitanden zum Team, auch ein gehörloser Gruppenleiter sorgt für Kommunikation auf Augenhöhe.

Das *innovative Bildungssystem* der BWB (*IBS*), Element personaler Entwicklung für Menschen mit und ohne Behinderung, bei dessen Umsetzung das gesamte Unternehmen beteiligt ist, wird als Expertenwissen nach wie vor stark angefragt. Hieraus resultiert auch eine Zusammenarbeit der BWB mit den Volkshochschulen Berlin Mitte und dem 2014 gestarteten Projekt ERW-IN (Berliner Erwachsenenbildung inklusiv). Als Grundlage wurde hier das IBS als Vorreiter in der Erwachsenenbildung mit herangezogen. Aufgrund des großen bundesweiten Interesses am IBS-Konzept hat die BWB 2014 das Handbuch „*Karriere behindert? Bitte nicht!*“ über systematische Personalentwicklung mithilfe des IBS publiziert.

Das Konzept der *Kultursensiblen Werkstatt*, das sich gezielt an Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung wendet, ist fester Bestandteil der BWB und sichert im Werkstattalltag die Kommunikation, Beratung und Begleitung. Im europäischen Raum hat das Konzept der kultursensiblen Werkstatt nach wie vor Vorbildcharakter: Auch 2014 wurde die BWB von Delegationen verschiedener Länder für Informations- und Beratungsveranstaltungen konsultiert.

Der örtliche Sozialhilfeträger als wesentlichen Kostenträger der Werkstatteleistungen für Menschen mit Behinderung hat zu Beginn des Jahres 2014 eine Anpassung des Leistungsentgelts nach oben, insbesondere zur Anpassung an steigende Personalkosten, vorgenommen. Darüber hinaus galt

2014 die Reduzierung der Leistungsentgelte für diejenigen Maßnahmenteilnehmer im Arbeits- und Förderbereich, die nicht die volle Wochenarbeitszeit (unter 25 Std/Woche) in der Werkstatt beschäftigt sind.

2. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf T € 4.385. Hierbei entfielen T € 4.249 auf Erlöse des Produktionsbereiches, T € 136 wurden durch die Vermietung von Wohnungen erzielt. Der Produktionsumsatz erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 9 % und hat hauptsächlich in den Bereichen Metall und Montagen, Abpackerei, GaLaBau sowie EDV-Dienstleistungen zugelegt.

Den größten Teil ihrer Umsätze erwirtschaftet die BWB durch die Leistungsentgelte für Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung. Im Berichtsjahr stiegen die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen insgesamt um 3,1 %. Dies führte zu insgesamt rund T € 599 mehr Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für das Geschäftsjahr 2014 (siehe Position 2.a und 2.b der GuV). Dazu trugen die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für den Arbeits- und Förderbereich mit einer Steigerung um 4,7 % auf T € 17.381 bei. Dies konnte aufgrund der höheren Belegung der Plätze und der Erhöhung der Leistungsentgelte erreicht werden. Die anhaltende Reduzierung der Leistungsentgelte aufgrund der verkürzten Beschäftigung belastete die Höhe der Einnahmen. Die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen für den Berufsbildungsbereich sanken hingegen um 6,6 % auf T € 2.564. Dies resultiert aus einer geringeren durchschnittlichen Belegung der Plätze im Vergleich zum Vorjahr.

3. Investitionen

Investitionen wurden in Höhe von T € 673 vorgenommen. Die durchgeführten Investitionen dienten der Verbesserung der Ausstattung der BWB und steigerten sowohl die Qualität der Betreuungsleistungen als auch die der Produktion und der Dienstleistungen. Zu den wesentlichen Hauptinvestitionen zählten die Anschaffung bzw. die Ersatzbeschaffung von Maschinen für die Kunststoffspritzerei, die Holzwerkstatt sowie die Stromschienenfertigung, der Umbau Wolfener Straße und die Anschaffung von zwei Fahrzeugen für den GaLaBau sowie das Integrationsmanagement.

4. Personalbereich

Zum Stichtag 31.12.2014 wurden 172 (zum Stichtag 2013: 163) Mitarbeiter mit Behinderung im Berufsbildungsbereich betreut. 1.320 Mitarbeiter mit Behinderung wurden am 31.12.2014 in den verschiedenen Produktionsbereichen beschäftigt (zum Stichtag 2013: 1.305). 146 Betreute wurden

am 31.12.2014 in den Förderbereichen der BWB (zum Stichtag 2013: 141) betreut, davon 63 in der Fördergruppe BWB-Steglitz, 39 in der Fördergruppe BWB-Wedding und 44 in der Fördergruppe BWB-Marzahn.

Das durchschnittliche Entgelt konnte durch steigendes Auftragsvolumen und damit verbundenen höhere Umsätze bei gleichzeitigem Anstieg der Mitarbeiterzahlen im Arbeitsbereich im Vergleich auf das Vorjahr erhöht werden. Es beträgt € 152,22. (vgl. 149,15 € 2013).

Die Anzahl des Stammpersonals war zum 31.12.2014 mit 329 Personen am Ende des Geschäftsjahres um 4 Stellen niedriger als im Vorjahr. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag bei 324 (Vorjahr 320). Auf der Grundlage von Personalgestellungsverträgen für die Förderbereiche BWB-Wedding und BWB-Steglitz waren im Durchschnitt 5 Personen beschäftigt (Vorjahr 5).

Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit Industriaufträgen benötigte Produktionshelfer beschäftigt, deren Lohn aus den Umsätzen refinanziert wurde. Die Personalkosten stiegen entsprechend um 2%. Bezogen auf die Personalkosten je Betreuten betrug die Steigerung ebenfalls 2%. Es besteht weiterhin die Problematik, dass die Personalkosten für Betreuungspersonal (Gruppenleitungen und Mitarbeitende im Begleitenden Dienst) nicht vollständig aus den Personalkostenanteilen der Leistungsentgelte refinanziert werden.

5. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Einer der Schwerpunkte der BWB ist es, mit geeigneten Maßnahmen den Übergang behinderter Mitarbeiter auf den 1. Arbeitsmarkt zu fördern. Der Bereich Integrationsmanagement (IMB) betreut hierzu Mitarbeiter auf ausgelagerten Werkstattarbeits- und Praktikumsplätzen, führt Informations- und Beratungsgespräche mit interessierten Mitarbeitern, Eltern und Betreuer oder potentiellen Arbeitgebern und führt spezielle Qualifizierungsmaßnahmen durch, die Mitarbeiter auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereiten sollen. Das IMB hat sich am Standort Friedrichstraße gut etabliert, seit es 2013 dort den Regelbetrieb aufgenommen hat. 2014 wurden 115 Praktika mit Mitarbeitern des Arbeitsbereiches in Firmen des Ersten Arbeitsmarktes durchgeführt. Im Berichtsjahr konnten 3 Mitarbeiter auf den ersten Arbeitsmarkt übergeleitet werden.

Ein weiterer Fokus der BWB liegt darauf, auch für schwer- und schwerstbehinderte Mitarbeiter attraktive Arbeitsangebote zu bieten. So entstand das neue Eigenprodukt der BWB, die Dekosteine der Serie lapidemART, die zur „Werkstätten:Messe 2014“ auf dem Markt eingeführt wurden. Für einen professionellen Marktgang sorgten ein Markenlogo, ein hochwertiger Katalog, eine eigene Website und der europäische Artikelnummernstandard (ISBN).

Der Bedarf an individuell passgenauen Angeboten zur beruflichen Rehabilitation von Menschen mit erworbener Hirnschädigung (MeH) hat wie schon in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Aus diesem Grund hat die BWB im Herbst 2014 ein weiteres Kompetenzzentrum MeH eröffnet. Neben dem etablierten Kompetenzzentrum am Standort Südwest wird nun auch in der BWB-Ost am Blumberger Damm mit gezielter Diagnostik am Förderbedarf nach der gesundheitlichen Rehabilitation angeknüpft. Bereits vier Wochen nach der Eröffnung zeigte das neue MeH-Zentrum eine Auslastung von 100 %. Darüber hinaus ist die BWB weiterhin Mitglied in der 2011 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft Werkstätten für Menschen mit erworbener Hirnschädigung (AG WfmeH)“ und stellt einen der vier gewählten Sprecher der AG, die eine bundesweite Datenplattform schaffen und ein Netzwerk von Fachleuten knüpfen.

Im November 2014 wurden die Positionen Controlling und Leitung Finanzbuchhaltung neu besetzt.

Im Dezember 2014 wurde die Geschäftsführerin der BWB, Frau Manuela Sperwien, in den Vorstand der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen (LAG:WfbM) gewählt. Durch die Vorstandstätigkeit ist sie intensiv und aktiv in aktuelle Entwicklungen der Branche eingebunden.

Die Regeln des Risikomanagementsystems wurden beachtet. Die Berichterstattungen der Bereichsverantwortlichen an das Risikomanagement-Komitee erfolgten vierteljährlich. Das Risikomanagement-Komitee tagte regelmäßig zusammen mit der Geschäftsführerin und analysierte die Risikoberichte. Die Berichte zum Risikofrüherkennungssystem werden mittels eines EDV-gestützten Reporting Systems erstellt.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der BWB im Geschäftsjahr konnte stabil gehalten werden, wobei die langfristigen Verbindlichkeiten um 13 % zurückgingen, die kurzfristigen Verbindlichkeiten um 6 % anstiegen.

2. Finanzlage

Am Bilanzstichtag standen der BWB langfristige Mittel in Höhe von Mio. € 17,4 zur Verfügung, davon als Fremdkapital Mio. € 0,21 (1,2 %). Der Sonderposten für mit Zuschüssen finanziertes Anlagevermögen ist um Mio. € 6,5 niedriger als das Eigenkapital.

Der Bestand des Umlaufvermögens überstieg am Bilanzstichtag die kurzfristigen Verbindlichkeiten einschließlich der Rückstellungen um rd. Mio. € 5,7.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme betrug 59,2 %, bei Einbeziehung des Sonderpostens für mit Zuschüssen finanziertes Anlagevermögen 86 %.

3. Ertragslage

Die Ertragslage war sowohl von steigenden Einnahmen aus Umsatzerlösen als auch steigenden Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen und leicht steigenden betrieblichen Aufwendungen geprägt. So erhöhten sich die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T € 377. Die Einnahmen aus Rehabilitationsleistungen und sozialer Sicherheit stiegen im Vergleich zum Vorjahr durch eine höhere Anzahl von Mitarbeitern mit Behinderung und einer Leistungsentgelterhöhung um T € 884. Die betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um T € 277 gegenüber dem Vorjahreswert, der Personalaufwand stieg um T € 557. Zum 31.12.2014 beträgt der Jahresüberschuss T € 594.

C. Hinweise auf wesentliche Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Kurzfristig ist für die BWB keine Bestandsgefährdung erkennbar.

Zur Situation von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) wird davon ausgegangen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Nachfrage nach WfbM-Plätzen in Berlin in den nächsten Jahren nicht mehr wesentlich steigen wird. Andererseits ist ein steigender Bedarf spezieller Zielgruppen, wie z. B. der Personenkreis mit seelischen Erkrankungen oder mit erworbener Hirnschädigung zu verzeichnen. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung werden ein Angebot speziell für Menschen mit besonderer Schwere der Behinderung bieten, die noch nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt inkludiert werden können, um auch für diesen Personenkreis eine Teilhabe im Sinne der Behindertenrechtskonvention zu ermöglichen. Werkstätten werden somit weiterhin ein fester Bestandteil der Arbeitswelt sein.

Die BWB wird sich mit einer weiteren Individualisierung ihres Angebotes und weiterer Erhöhung der Durchlässigkeit auf die neuen Herausforderungen des Marktes einstellen. Der Weg der BWB hat sich in den vergangenen Jahren weiter in Richtung einer Betrachtung von „Werkstatt als Konzept zur Unterstützung“ anstelle von „Werkstatt als Ort“ entwickelt, und diese Unterstützung soll so nah wie möglich am Ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein, soll wo immer möglich auch in der physischen Umgebung desselben, also direkt in Unternehmen des Ersten Arbeitsmarktes stattfinden. Aus diesem Grund wird die BWB im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention verstärkt auf moderne Arbeitsformen wie Betriebsintegrierte Gruppen und betriebsintegrierte Einzelarbeitsplätze setzen.

Die Unterstützungsbedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich künftig sowohl qualitativ als auch quantitativ verändern. Proportional gesehen werden mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit höherem Hilfebedarf in der BWB beschäftigt werden. Entsprechend müssen sich Raumangebot

(barrierefrei zugänglich, für Rollstuhlfahrer geeignet, angepasste Sanitäreinrichtungen) und Arbeitsangebot (einfache Tätigkeiten, körperlich wenig fordernde Tätigkeiten) anpassen. Die BWB wird ihren Ansatz der durchgängigen Arbeitsweltorientierung dabei auch künftig fortsetzen und die Zusammenarbeit von Menschen mit und ohne Behinderung stärken.

Es wird erwartet, dass sich die Gesamtwirtschaftslage in Berlin und dem Bundesgebiet auf die Auftragslage der BWB auswirken wird. Insgesamt wird für 2015 von einer verhalten positiven Entwicklung des deutschen Bruttoinlandsprodukts ausgegangen. Die Wirtschaftslage für die BWB wird für das Jahr 2015 ebenfalls verhalten optimistisch eingeschätzt. Zwar wird die BWB weiter vom Rückgang der industriellen Fertigung in Berlin betroffen sein, hat sich jedoch hinsichtlich des Arbeitsangebotes auf neue Geschäftsfelder des Dienstleistungssektors und auf neue Auftraggeber eingestellt. Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit der Lebensmittelindustrie und der Ausbau von Dienstleistungen für Industriekunden und Sozialwirtschaft bieten diesbezüglich weiter gute Ansatzpunkte.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2014 ergaben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Im Jahr 2015 wird mit weiterem leichtem Wachstum des Produktionsbereiches gerechnet. Durch die im Geschäftsjahr 2014 fortgeführte Umstrukturierung des Arbeitsbereichs und die Optimierung der Prozesse und der Vertriebsaktivitäten, die bereits erste positive Auswirkungen zeigten, wird in 2015 mit weiteren positiven Entwicklungen gerechnet.

Die Belegungszahlen der Plätze für behinderte Menschen im Berufsbildungsbereich sind im ersten Quartal 2015 leicht rückläufig. Der derzeitige Stand der Zusagen und Interessensbekundungen lässt jedoch erwarten, dass für das Jahr 2015 mit einer stabilen Belegung im Berufsbildungsbereich zu rechnen ist.

Im Förderbereich wird auch für das Jahr 2015 eine konstante Auslastung erwartet.

Ziel der BWB ist es, die vorhandenen Kapazitäten in den nächsten Jahren sowohl im Berufsbildungsbereich als auch im Arbeitsbereich auszulasten, und weitere Beschäftigungsangebote für behinderte Menschen zu schaffen. Hierzu werden zielgruppenorientiert weitere Angebote in neuen Geschäftsfeldern entwickelt. Insbesondere wird das Angebot von betriebsintegrierten Einzelarbeits-

plätzen und Gruppen wie schon im vergangenen Jahr weiter expandieren. Zur Unterstützung der Zielerreichung werden geeignete Marketingmaßnahmen eingesetzt.

3. Spezialgesetzliche Angabepflichten

Gemäß § 12 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Werkstättenverordnung (WVO – ehemals SchwbWV) ist das Arbeitsergebnis zu ermitteln. Aus diesem Ergebnis sind mindestens 70 % für Entgelte an die Mitarbeiter mit Behinderung zu zahlen. Das Arbeitsergebnis betrug im Geschäftsjahr 2014 T € 2.521. Es wurden Entgelte in Höhe von T € 2.395 bezahlt (entspricht 95 %).

Im Jahresdurchschnitt waren 1.312,25 Mitarbeiter mit Behinderung im Arbeitsbereich beschäftigt. Das durchschnittliche monatliche Arbeitsentgelt erhöhte sich zum Vorjahr um 2 % auf € 152,12 (Vorjahresdurchschnitt 1.287,75 Mitarbeiter; Durchschnittsentgelt Vorjahr € 149,15).

4. Anlage zum Lagebericht

Die Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurde als Anlage zum Lagebericht erstellt.

13353 Berlin, 31. März 2015

Berliner Werkstätten für Menschen
mit Behinderung GmbH (BWB)

Manuela Sperwien
Geschäftsführerin

Anlage zum Lagebericht

Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Die Berliner Werkstätten für Menschen mit Behinderung GmbH (BWB) – nachstehend BWB genannt – wendet als nicht börsennotiertes Unternehmen den Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) freiwillig auf Grundlage eines Beschlusses des Aufsichtsrats der BWB vom 13. Dezember 2005 pragmatisch mit den nachfolgenden Regelungen an. Hier kommen von vornherein solche Regelungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nicht zur Anwendung, die rechtsformspezifisch nur auf Aktiengesellschaften zutreffen. Der Umfang der Erklärung entspricht dem Berliner Corporate Governance Kodex aus den Beteiligungshinweisen der Senatsverwaltung für Finanzen vom Februar 2009.

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung / Aufsichtsrat
---------	------------	--

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang des Geschäfts erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. • Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. • Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
-----	---	--

I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
-----	---	---

I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. • Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung.
-----	---	---

I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. • Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
------------	---	---

I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. • Eine D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat ist 2007 ohne Selbstbehalt abgeschlossen worden.
------------	--	--

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Entwicklung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. • Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien hat die Geschäftsführung entsprechend Sorge getragen. • Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement.
-------------	---	--

II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführung besteht derzeit aus einer Geschäftsführerin. In der Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 wurde diese Aufgabe von Frau Manuela Sperwien ausgeführt.
-------------	---	---

II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Vergütung der Geschäftsführerin erfolgte auf Basis des Geschäftsführer-Dienstvertrags vom 01.08.2012. Der Vertrag wurde mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf der Grundlage eines Beschlusses des Aufsichtsrats abgeschlossen. • Für die Geschäftsführerin setzt sich die Vergütung aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammen. Die Festlegung der Erfolgsbeteiligung erfolgt unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführerin, der aktuellen und zu erwartenden wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche auf Basis einer jährlich festzulegenden Zielvereinbarung. Die Abrechnung der Zielvereinbarung und die Festlegung der Erfolgsbeteiligung wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden übertragen. • Über die Bezüge der eingesetzten Geschäftsführerin und der leitenden Angestellten werden die Gesellschafter vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats durch einen jährlich vom Abschlussprüfer aufgestellten Bezügebericht informiert. Die Vergütung der Geschäftsführerin wird im Prüfbericht ausgewiesen.
-------------	---	--

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsanweisung an die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. • Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.
--------------	---	---

III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellungen; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbezugnis 	<ul style="list-style-type: none"> • Über die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung entscheidet der Aufsichtsrat. Anstellungs- und Vergütungsregelungen die Geschäftsführung betreffend wurden dem Aufsichtsratsvorsitzenden übertragen. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Im Jahr 2014 gab es keine Erstbestellung; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen. • Entscheidungen des Aufsichtsrats werden in der Regel im Plenum (Sitzung) ohne Vorbereitung durch einen Ausschuss getroffen.
--------------	--	---

<p>III.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung / Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat und leitet dessen Sitzungen. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung findet regelmäßiger Kontakt statt, es wurde bei Notwendigkeit über Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens beraten. • Die Geschäftsführerin unterrichtete den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung waren. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtete seinerseits den Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2014 wurden vier Aufsichtsratssitzungen einberufen, außerordentliche Aufsichtsratssitzungen haben nicht stattgefunden.
<p>III.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse. Der Aufsichtsrat hat sich u.a. mit Fragen der Geschäftsentwicklung, der Personalstrukturentwicklung, der Rechnungslegung, des Risikomanagements sowie der Qualitätsentwicklung und –sicherung befasst. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses befasste er sich mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung.
<p>III.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Mitgliedern • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Vorschlägen zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen und hinreichend unabhängig sind. Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. • Ein Aufsichtsratsmitglied übt eine Organfunktion bei einem Wettbewerber aus. • Der Aufsichtsrat übt sein Amt gemäß § 9 Absatz 1 des Gesellschaftsvertrages ehrenamtlich aus, die Mitglieder erhalten keine Bezüge. Die Höhe der Auslagenentschädigung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss.

III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Die wesentlichen Unternehmensziele werden im Aufsichtsrat entwickelt. Der Aufsichtsrat hat den Aufsichtsratsvorsitzenden in der Sitzung vom 03.12.2013 ermächtigt, eine Zielvereinbarung mit der Geschäftsführung zu verhandeln und abzuschließen. Die Vorlage der Zielvereinbarung bei den Gesellschaftern ist nicht vorgesehen.</p>
--------------	--	--

III.7 und 8	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat überprüft die Effizienz seiner Arbeit durch ein laufendes Beschlusscontrolling, welches bei jeder Sitzung aufgerufen und überprüft wird. Zukünftig ist vorgesehen, die Effizienz des Aufsichtsrats in der letzten Sitzung des Kalenderjahres zu überprüfen.
--------------------	--	---

IV. Interessenskonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung • Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführung beachtet die Regeln des Wettbewerbsverbots. • Weder fordert die Geschäftsführung Zuwendungen oder Vorteile von Dritten, noch nimmt sie solche für sich oder andere Personen an. Sie gewährt Dritten keine ungerechtfertigten Vorteile. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder –gewährung durch Beschäftigte des Unternehmens bekannt.
-------------	--	--

IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
-------------	--	--

IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenskonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführerin und die Aufsichtsratsmitglieder sind keinen Interessenskonflikten ausgesetzt.
-------------------	--	---

IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfts mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren / mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats 	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführerin oder ihr nahe stehende Personen oder ihr persönlich nahe stehende Unternehmen sind nicht abgeschlossen und daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. • Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
-------------	---	--

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Geschäftsführerin Frau Manuela Sperwien hat 2014 keine Nebentätigkeiten ausgeübt und daher dem Aufsichtsrat auch keine Nebentätigkeiten zur Zustimmung vorgelegt. Künftige Nebentätigkeiten werden dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.
-------------	---	---

IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Geschäftsführerin und den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Darlehen gewährt.
-------------	---	--

V. Transparenz

V.1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung / für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet 	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen im Unternehmensbereich, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. • Unternehmensinformationen wurden zum Teil auch über das Internet veröffentlicht.
------------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen • Erörterung der Zwischenberichte 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Jahresabschluss und die Quartalsberichte an den Aufsichtsrat werden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Bewertungsmethoden werden im Anhang erläutert. Jahresabschluss und Zwischenberichte erfolgen ausschließlich nach nationalen Rechnungslegungs-grundsätzen. Das Land Berlin wird durch quartalsweise Soll-/Ist-Vergleiche zur Jahresplanung informiert. Der Jahresabschluss wird von der Geschäftsführung aufgestellt, vom Abschlussprüfer geprüft und dem Aufsichtsrat vorgelegt. • Die Quartalsberichte werden in den Aufsichtsratssitzungen erörtert.
-------------------	--	---

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungsbereich, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender / entstehender Befangenheitsgründe 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen, auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers und dem Unternehmen / seinen Organmitgliedern, bestanden. • An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleitung bestehen keine Zweifel. • Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfauftrags und Honorarvereinbarung 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. • Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilnehmen und über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung berichten.

Berlin, 31. März 2015

BERLINER WERKSTÄTTEN FÜR
MENSCHEN MIT BEHINDERUNG GMBH (BWB)

Wolfgang Pape-Wunnenberg
Vorsitzender
des Aufsichtsrats

Manuela Sperwien
Geschäftsführerin

Berliner Werkstätten für behinderte Menschen GmbH (BWB)

Organvergütungen 2014 gemäß Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz

Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder

Der Aufsichtsrat übt gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages in der 2014 gültigen Fassung sein Amt ehrenamtlich aus. Es wurde ein Sitzungsgeld in Höhe von 25,00 Euro je Mitglied und Sitzung gezahlt.

An die Mitglieder wurden folgende Sitzungsgelder gezahlt:

Name	Aufsichtsratssitzungen	Ausschuss-	Gesamt
	EUR	sitzungen EUR	
Herr Pape-Wunnenberg*	0,00	0,00	0,00
Frau Dagmar Herold	25,00	0,00	25,00
Frau Hildebrandt*	0,00	0,00	0,00
Herr Petscha	100,00	0,00	100,00
Herr Leonhardt	75,00	0,00	75,00
Herr Sprenger*	75,00	0,00	75,00
Frau Koch	75,00	0,00	75,00
Herr Piedad	50,00	0,00	50,00
Herr Schrödter*	0,00	0,00	0,00
Herr Keck	100,00	0,00	100,00
	500,00	0,00	500,00

*Drei Aufsichtsratsmitglieder verzichteten auf ihre Sitzungsgelder, ein Aufsichtsratsmitglied spendete das Sitzungsgeld.

Berliner Werkstätten für behinderte Menschen GmbH (BWB)

Organvergütungen 2014 gemäß Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz

Bezüge der Geschäftsführung

1. Bezüge von Frau Manuela Sperwien

Gehalt

Grundvergütung 79.999,92 EUR

Tantieme für das Vorjahr 9.000,00 EUR

Vermögenswirksame Leistungen 319,08 EUR

89.319,00 EUR

Soziale Abgaben und Aufwendungen für die

Altersversorgung

Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung 7.818,36 EUR

Zuschuss zur freiwilligen Kranken- und

Pflegeversicherung 4.045,92 EUR

Arbeitgeberanteil zu VBLU-Beiträgen einschließlich

Lohn- und Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag 4.081,08 EUR

15.945,36 EUR

105.264,36 EUR

Berlinwasser Holding
Aktiengesellschaft

Berlinwasser Holding AG, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

1. Unternehmensgrundlagen

1.1. Geschäftsmodell

Die Berlinwasser Holding AG ist die Dachgesellschaft der Berlinwasser Gruppe, die im Jahr 1999 aus der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe entstand. Infolge der Rekommunalisierung und mit Wirkung vom 29. April 2014 wurde der beherrschende Einfluss der Berlinwasser Holding AG auf die Berliner Wasserbetriebe aufgehoben (Änderung des „Vertrages über zwei stille Gesellschaften und zur Begründung einer einheitlichen Leitung“ sowie des Konsortialvertrages). Die Berliner Wasserbetriebe gehören damit unter handelsrechtlichen Gesichtspunkten nicht mehr zum Konzern der Berlinwasser Holding AG. Die Berlinwasser Holding AG ist als Mitunternehmerin an den Teilbetrieben der Berliner Wasserbetriebe, auf die sich die stillen Gesellschaften nach dem „Vertrag über zwei stille Gesellschaften“ zwischen der Berlinwasser Holding AG und der Berliner Wasserbetriebe beziehen, beteiligt.

Zur Vereinfachung der Leistungsbeziehungen zwischen den Berliner Wasserbetrieben und der Berlinwasser Holding AG wurden die Anstellungsverhältnisse sämtlicher Beschäftigten der Berlinwasser Holding AG mit Wirkung zum 1. Juli 2014 gemäß § 613 a BGB im Wege des Betriebsübergangs auf die Berliner Wasserbetriebe übergeleitet.

Die Berliner Wasserbetriebe sichern die Trinkwasserversorgung für 3,5 Millionen Berlinerinnen und Berliner und reinigen ihr Abwasser mit modernster und innovativer Technik. Dabei liegt der besondere Fokus auf das gleichermaßen ökologische, ökonomische und sozial nachhaltige Management des Wasserkreislaufs.

Nach den Umstrukturierungen der vorangegangenen Jahre bündeln sich die Kompetenzen in den verbliebenen Wettbewerbsgesellschaften der Berlinwasser Gruppe. Das sind neben der Berlinwasser International GmbH, die p2m berlin GmbH, die pigadi GmbH sowie die bluepartner GmbH.

Technik- und Management-Kompetenz prägen die Unternehmensgruppe, die sich effizient entwickelt sowie markt- und kundenorientiert profiliert. Kunden aus Industrie, Gewerbe und Kommunen profitieren vom hohen technischen und kaufmännischen Wissen und den weitreichenden Erfahrungen von Berlinwasser. Die Unternehmen erbringen umfangreiche Dienstleistungen für eine sichere Trinkwasserversorgung und umweltgerechte Abwasserbehandlung.

Die Berlinwasser International GmbH ist als Teil des Berlinwasser Unternehmensgruppe auf internationalen Wassermärkten als Service-Anbieter für Betriebsführungs- und Managementverträge tätig und erbringt Consultingleistungen im Wassersektor. Derzeit finden die finalen Verhandlungen mit der Veolia Voda S.A. statt, die am Erwerb der Berlinwasser International GmbH interessiert ist.

Als Ingenieurdienstleister ist die p2m berlin GmbH national sowie international in der Wasserwirtschaft, der Landschaftsplanung und im Projektmanagement aktiv. Sie bündelt fundiertes Ingenieurwissen und langjährige Projekterfahrungen. Das Dienstleistungsangebot ist umfassend, nachhaltig konzipiert und deckt alle Projektphasen ab – von der Planung über die Ausschreibung und Bauleitung bis zur Inbetriebnahme von Anlagen.

Schwerpunkt des Geschäfts der pigadi GmbH ist die Brunnensanierung und -regenerierung auf nationalen und internationalen Märkten. Das umfasst die gesamte Kette möglicher Aufgaben im Lebenszyklus von Brunnenanlagen – von Ingenieurleistungen bei der Planung und Errichtung von Brunnen über die Optimierung des Betriebs und der Instandhaltung bis zur Nachrüstung und Modernisierung sowie Rehabilitierung von Brunnen.

Die bluepartner GmbH bietet ihren Kunden Büroservice-Leistungen im Front- und Backoffice-Bereich an. Hierzu zählen die qualifizierte Anrufannahme, Kundenakquise, eine komplexe, auch schriftliche Kundenbetreuung sowie ein kompetenter Beratungsservice. Neben der Betreuung der Privat- und Geschäftskunden der Berliner Wasserbetriebe zählen auch weitere Unternehmen aus der Dienstleistungs-, Ver- und Entsorgungsbranche und Lebensmittelindustrie zu ihren Kunden.

1.2. Ziele und Strategien

Nach den Umstrukturierungen der vergangenen Jahre fokussiert sich die Berlinwasser Gruppe auf das in den verbliebenen Unternehmen konzentrierte Kerngeschäft und entwickelt dieses gezielt weiter. Die künftige strategische Ausrichtung der Berlinwasser Gruppe ist abhängig von Grundsatzentscheidungen des Landes Berlin über ihre zukünftige gesellschaftsrechtliche Struktur, die weitere Entwicklung des Wettbewerbsgeschäftes sowie die Integration der neu gegründeten Berliner Stadtwerke GmbH in die Berlinwasser Gruppe.

Unter dem Leitmotiv „Nachhaltig für Berlin“ haben die Berliner Wasserbetriebe Handlungsfelder und Ziele in den Bereichen Technik, Tarif, Kundenorientierung und Personal festgelegt. Dabei wurden konkrete strategische Herausforderungen und Lösungswege benannt.

Die Berliner Wasserbetriebe geben sich mit ihrer Strategie „BWB 2020“ eine nachhaltige Ausrichtung, die Ökologie, Ökonomie und soziale Belange ausbalanciert, um die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch für künftige Generationen zu sichern.

Die Berlinwasser International GmbH steuert und optimiert die Beteiligungen in Ungarn und Namibia sowie die Projekte in Mauritius. Die Verwaltung erfolgt entweder über eine Niederlassung im Ausland oder eine Tochtergesellschaft. Neugeschäft wird nicht akquiriert.

Die p2m berlin GmbH baut das Kerngeschäft im Wasser- und Abwassersektor mit nationalen und internationalen Auftraggebern moderat aus. Nach dem im internationalen Geschäft deutlich überplanmäßigen Wachstum der vorangegangenen Jahre wird hier eine Stabilisierung auf hohem Niveau verbunden mit einer gezielten Weiterentwicklung in den Zielregionen angestrebt. Bei der Auswahl neuer Märkte orientiert sich die p2m berlin GmbH auch an den Förderschwerpunkten internationaler Finanzierungsinstitutionen.

In Ergänzung zu den bisherigen Marktaktivitäten der pigadi GmbH wird zukünftig auch das noch junge Geschäftsfeld „Brunnenentwicklung im Neubau“ weiter ausgebaut. Neben dem Kerngeschäft im Inland soll in den nächsten Jahren auch die Akquisition von Projekten im Ausland intensiviert werden, ohne dafür eine zusätzliche Infrastruktur aufzubauen.

Die bluepartner GmbH wird ihre Leistungen als Kunden-Servicecenter der Berlinwasser Gruppe weiter optimieren. Neben Social Media-Aktivitäten wird die bluepartner GmbH ihr Weiterempfehlungsmarketing „Kunden werben Kunden“ als weiteren Vertriebskanal im Drittgeschäft weiterentwickeln.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Hauptstadt ist der wichtigste Absatzmarkt für die Berliner Wasserbetriebe. Darüber hinaus werden rund 75.000 Einwohner Brandenburgs mit Trinkwasser der Berliner Wasserbetriebe versorgt und das Abwasser für Brandenburger Aufgabenträger gereinigt. Insgesamt haben die Berliner Wasserbetriebe in 2014 189,9 m³ Trinkwasser verkauft (Vorjahr: 189,1 m³) und 234,0 m² Abwasser gereinigt (Vorjahr: 240,3 m³).

Auf nationalen sowie internationalen Absatzmärkten leisten die Wettbewerbsgesellschaften der Berlinwasser Holding AG als Partner für Unternehmen und Kommunen unterschiedliche Dienste rund ums Wasser.

2.2. Geschäftsverlauf

Geschäftsfeld Berliner Wasserbetriebe

Der Trinkwasserverkauf ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen, die gereinigte Abwassermenge aufgrund ausbleibender Niederschläge gesunken. Die Umsatzerlöse lagen mit 1.119,6 Mio. € rund 1 % unter denen des Vorjahres (Vorjahr: 1.133,7 Mio. €). Das Unternehmensergebnis EBIT¹ liegt mit 346,6 Mio. € um gut ein Zehntel über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (309,9 Mio. €). Diese Verbesserung ist im Wesentlichen auf den Rückkauf des Klärwerks Waßmannsdorf zurückzuführen, wodurch vor allem Entsorgungs- und Finanzierungskosten entfallen sind. Geplant wurde für 2014 ein EBIT in Höhe von 329,9 Mio. €.

Als kommunales Unternehmen untermauern die Berliner Wasserbetriebe ihre Rolle für die Stadt mit langfristigen Bekenntnissen gegenüber Berlin zu Preisen, Qualität, regionalem Engagement, Effizienz und Beschäftigung. Zum 1. Januar 2014 wurde vor allem durch Gewinnverzicht des Landes Berlin der Trinkwassertarif um 15 % gesenkt. Ab 1. Januar 2015 sinken auch die Abwassertarife um insgesamt durchschnittlich 6,1 %, der Schmutzwasser-Mentartarif um 6,4 % und der Tarif für die Regenentwässerung um 4,3 %. Auch die Preise für die Entsorgung über Sammelgruben fallen.

Die betrieblichen Kosten und Prozesse der Berliner Wasserbetriebe werden kontinuierlich optimiert. Entsprechende Potenziale hat das Unternehmen im Rahmen eines Projekts „Nachhaltig Effiziente Optimierung (NEO)“ bestimmt. Im Jahr 2014 wurden eine neue Organisationsstruktur umgesetzt sowie Prozesse angepasst und verschlankt. Mit der neuen Struktur sollen Abläufe effizienter gestaltet und Kosten im zweistelligen Millionenbereich reduziert werden.

¹ Ergebnis vor Ertragsteuern, Aufwendungen aus Teilgewinnabführung, Erträgen aus Verlustübernahme stiller Gesellschafter, außerordentlichem Ergebnis, Zinsergebnis und Beteiligungsergebnis

2014 stand auch im Zeichen wachsender Investitionen. Rund 274,3 Mio. € wurden zum Erhalt und zur Erweiterung der Anlagen aufgewendet (Vorjahr: 263,9 Mio. €). Davon entfielen auf die Wasserversorgung 79,4 Mio. € (Vorjahr: 85,7 Mio. €) und auf die Entwässerung 194,9 Mio. € (Vorjahr: 178,2 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr konnte die Sanierungslänge des Kanalnetzes von 35 Kilometern auf 49,2 Kilometer gesteigert werden. Neu gebaut wurden 17 Kilometer. Die Beseitigung von dringenden Schäden im Kanalnetz verläuft plangemäß. Die geplante Inspektionsleistung im Kanalnetz wurde im Vergleich zum Vorjahr von 634 auf 750 Kilometer gesteigert. Wichtige Investitionsprojekte in den Klärwerken sind nach wie vor der Ausbau des Klärwerks Waßmannsdorf zur Einhaltung der Stickstoff- und Phosphor-Überwachungswerte, der 2021 abgeschlossen sein soll. Nach der Durchführung eines Vergabeverfahrens nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen wurde ein Generalplaner mit der Grundlagenermittlung und Vorplanung für die erste Ausbaustufe sowie mit der Grundlagenermittlung für die zweite Ausbaustufe beauftragt. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt besteht in der Erneuerung der Rauchgasreinigung der Schlammverbrennungsanlage im Klärwerk Ruhleben. Schwerpunkte der Investitionen im Bereich der Wasserwerke waren die Werke Beelitzhof, Spandau und Wuhlheide. Darüber hinaus wurden erhebliche Mittel in den Brunnenneubau der A-Galerie im Wasserwerk Friedrichshagen investiert.

Im Jahr 2014 wurde bundesweit eine Qualitätsbeeinträchtigung in Wasserzählern durch das Bakterium *Pseudomonas aeruginosa* festgestellt. Deutschlandweit durchgeführte Untersuchungen haben gezeigt, dass das Bakterium bei fabrikneuen Wasserzählern verschiedener Hersteller nachgewiesen wurde. Die Berliner Wasserbetriebe haben die möglicherweise betroffenen Zähler umgehend ausgebaut. Es wurden alle 104 Kontrollstellen in Hausinstallationen untersucht. Diese waren ohne Befund. Damit wurde das Bakterium ausschließlich in Wasserzählern gefunden und ist nicht in das Trinkwassernetz gelangt. Bis auf weiteres desinfizieren die Berliner Wasserbetriebe die Zähler vor dem Einbau. Über die ergriffenen Maßnahmen stehen die Berliner Wasserbetriebe in enger Abstimmung mit den Gesundheitsbehörden.

Die Berliner Wasserbetriebe sind in der Region Berlin-Brandenburg einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder. Gegenwärtig sind im Unternehmen rund 4.523 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 4.490 Beschäftigte). Zum 1. Juli 2014 wurden aus der Umstrukturierung der Berlinwasser Holding AG 19 Mitarbeiter/innen in die Berliner Wasserbetriebe übernommen. Aus der Reintegration der perdie.net GmbH i.L. im Januar 2014 kamen 113 Mitarbeiter/innen zu den Berliner Wasserbetrieben. Mit 271 Auszubildenden (Vorjahr: 288) in 20 Berufen ist das Ausbildungsniveau der Berliner Wasserbetriebe nach wie vor weit überdurchschnittlich. Darüber hinaus wurden in 2014 insgesamt 20 junge Leute in ein unbefristetes und 66 Jugendliche in ein befristetes Anstellungsverhältnis übernommen.

Seit mehreren Jahren sind die Berliner Wasserbetriebe nach den Standards für Qualitäts- und Umweltmanagement DIN EN ISO 9001 und DIN EN ISO 14001 sowie nach OHSAS 18001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz) zertifiziert.

Wettbewerbsgeschäft

Berlinwasser International GmbH

Die Geschäftstätigkeit der Berlinwasser International GmbH beinhaltet folgende Projekte im Bestandsgeschäft:

- Die ungarische Beteiligungsgesellschaft Csatorna Holding Zrt. führt über ihre Minderheitsbeteiligung Fövarosi Csatornasasi Művek Zrt. die Abwasserentsorgung der Stadt Budapest durch. Die Berlinwasser International GmbH hält 50 % der Anteile an der Csatorna Holding Zrt.
- Die Beteiligung in Höhe von 33 % an der Windhoek Goreangab Operating Company (Pty.) Ltd., Windhuk/Namibia.
- Die Niederlassung der Berlinwasser International GmbH auf Mauritius, die den Betrieb der dortigen Kläranlage Saint Martin steuert. Im Joint Venture gemeinsam mit der Firma SOTRAVIC Limitée wird das Wasserwerk Pailles auf Mauritius umfangreich saniert. Die Umbaumaßnahmen werden im August 2017 abgeschlossen sein.
- Der Management-Vertrag zur Leitung der Wasser- und Abwassergesellschaft der Stadt Katmandu in Nepal ist wie geplant zum 30. Juni 2014 ausgelaufen.

Als wesentlicher finanzielle Leistungsindikator für die Berlinwasser International GmbH gelten die Ausschüttung der Beteiligungen und das operative Ergebnis vor Steuern.

Der für 2014 prognostizierte Beteiligungsertrag von 4,3 Mio. € wurde mit 6,4 Mio. € sowie der prognostizierte Jahresüberschuss von ca. 2,2 Mio. € wurde mit 5,9 Mio. € deutlich übertroffen. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der höhere als erwartete Beteiligungsertrag der Csatorna Holding Zrt..

p2m berlin GmbH

Die p2m berlin GmbH nutzt für die interne Unternehmenssteuerung als Kennzahlen finanzielle Leistungsindikatoren, die einerseits die enge Beziehung zu den Berliner Wasserbetrieben abbilden und andererseits die Entwicklung im externen Markt aufzeigen. Im Einzelnen sind dies: die Gesamtleistung, Leistungen mit den Berliner Wasserbetrieben, Leistungen im externen Markt sowie Auftragseingänge von den Berliner Wasserbetrieben, Auftragseingänge aus dem externen Markt, Liquidität und EBIT.

Im Berichtsjahr liegt die Gesamtleistung (Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen) mit 9,9 Mio. € leicht unter dem Plan für 2014 (10,3 Mio. €). Das ist vor allen Dingen auf die in 2014 gesunkene Leistung mit den Berliner Wasserbetrieben zurückzuführen. Die externe Leistung liegt aufgrund der hohen Auftragsbestände aus den Vorjahren mit 6,2 Mio. € über dem Plan (5,7 Mio. €). Nach den niedrigen Auftragseingängen von den Berliner Wasserbetrieben im Vorjahr sind diese in 2014 wieder auf 4,7 Mio. € angestiegen. Die Auftragseingänge aus dem externen Markt liegen mit 3,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum allerdings deutlich niedriger, da im internationalen Geschäft die Abwicklung vorhandener Aufträge im Vordergrund stand. Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt die p2m berlin GmbH über ein Eigenkapital in Höhe von 0,5 Mio. € und zwei Gesellschaftsdarlehen in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. €. Das geplante EBIT in Höhe von 0,6 Mio. € wurde erreicht.

Darüber hinaus wurde die Rezertifizierung nach DIN ISO 9001 am 11. Februar 2014 erfolgreich abgeschlossen.

pigadi GmbH

Wesentliche Leistungsindikatoren der pigadi GmbH, die kontinuierlich beobachtet werden, sind der Umsatz, das EBIT sowie die Auftragseingänge. Die pigadi GmbH ist in einem witterungsbedingt saisonal stark abhängigen und darüber hinaus in einem Marktsegment mit

hart umkämpftem Wettbewerb tätig. Des Weiteren ist das Kerngeschäft in zunehmendem Maße von der wirtschaftlichen Lage und der Budgetpriorisierung der Auftraggeber geprägt. Die ursprüngliche Planung ging für das Geschäftsjahr von einem Umsatz in Höhe von 2,4 Mio. € und einem EBIT von 0,1 Mio. € aus, wobei lediglich das Umsatzziel mit 0,3 Mio. € unterschritten wurde.

Die pigadi GmbH verzeichnete 2014 zahlreiche Auftragseingänge, wobei der Umsatz zum größten Teil im nationalen Markt generiert wurde. Herauszuheben ist die Verlängerung zweier Rahmenverträge (Bayer AG/Currenta GmbH und Energie+Wasser Potsdam GmbH) sowie der Neuabschluss eines Rahmenvertrages mit den Stadtwerken Mainz.

bluepartner GmbH

Die wirtschaftliche Entwicklung der bluepartner GmbH verlief auch 2014 erfolgreich. Zu den wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der bluepartner GmbH zählen das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) sowie die Ergebnisabführung an den Gesellschafter. Das EBIT-Ziel in Höhe von 0,3 Mio. € wurde erreicht. Der geplante Jahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. €, der als Ergebnis an den Gesellschafter abgeführt wird, wurde marginal unterschritten. Die Anzahl der Kundenkontakte als wichtigste nichtfinanzielle Steuerungsgröße hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 100.000 Kontakte erhöht, wobei die Steigerung sowohl aus dem Geschäft mit den Berliner Wasserbetrieben als auch aus dem Drittgeschäft resultiert.

Das Drittgeschäft wuchs durch die Gewinnung der Berlin Recycling GmbH als neuer Großkunde. Im Bereich Sekretariatsservice verzeichnete die Gesellschaft einen Anstieg von mehr als 8 %. Die Leistungen für die Berliner Wasserbetriebe wurden konstant auf hohem Niveau erbracht. Die bluepartner GmbH wurde von ihrem Auftraggeber Alfred Ritter GmbH & Co. KG (Ritter Sport) als Dienstleister des Jahres 2013 ausgezeichnet. Die Gesellschaft hat darüber hinaus 2014 ihre Angebote im Bereich Social Media weiter ausgebaut.

Insgesamt hat sich das Ergebnis vor Zinsen und Steuern der Berlinwasser Holding AG aus den zuvor beschriebenen Entwicklungen der Berliner Wasserbetriebe und der Wettbewerbsgesellschaften gegenüber dem prognostizierten Ergebnis für 2014, welches sich auf Vorjahresniveau befinden sollte, um 0,4 Mio. € verbessert.

2.3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Vor dem Hintergrund der vollständigen Rekommunalisierung der Berlinwasser Gruppe sowie der Tatsache, dass die Mitarbeiter der Berlinwasser Holding AG ihre Leistungen überwiegend für die Berliner Wasserbetriebe erbringen, wurden die Leistungsbeziehungen zwischen der Berlinwasser Holding AG und den Berliner Wasserbetrieben verändert und damit die Effizienz der Organisation weiter optimiert. Zum 1. Juli 2014 haben die Berliner Wasserbetriebe alle Mitarbeiter der Berlinwasser Holding AG übernommen.

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung	2014		2013	
	T€	%	T€	%
Sonstige betriebliche Erträge	1.926	100,0	3.076	100,0
Gesamtleistung	1.926	100,0	3.076	100,0
Personalaufwand	-1.206	-62,6	-2.236	-72,7
Abschreibungen	-4	-0,2	-10	-0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern	-1.704	-88,5	-2.224	-72,3
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	-988	-51,3	-1.394	-45,3
Beteiligungsergebnis	6.427	333,7	6.541	211,6
Finanzergebnis	36	1,9	92	3,0
Außerordentliches Ergebnis	0	0,0	-179	-5,8
Erträge aus Teilgewinnabführungsverträgen	110.876	5.756,8	89.377	2.905,6
Steuern aus stiller Gesellschaft	-12.205	-633,7	-5.910	-192,1
Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen	-98.272	-5.102,4	-83.110	-2.701,9
Ergebnis vor Steuern (PBT)	5.874	305,0	5.417	175,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	899	46,7	133	4,3
Jahresüberschuss	6.773	351,7	5.550	179,4

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich aufgrund der Umstrukturierung der Berlinwasser Holding AG, da die Erbringung der Konzerndienstleistungen seit dem 1. Juli 2014 nur für die Tochtergesellschaften der Berlinwasser Holding AG erfolgt.

Die Verringerung der Personalaufwendungen resultiert aus dem Betriebsübergang der Mitarbeiter der Berlinwasser Holding AG zu den Berliner Wasserbetrieben zum 1. Juli 2014.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen ebenfalls durch die Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Berlinwasser Holding AG gesunken. Dies betrifft die Mietaufwendungen, Personaldienstleistungen, sonstige Fremdleistungen sowie übrige Aufwendungen. Die Kommunikations- und Messekosten verringerten sich, da die Messe Wasser Berlin nur alle zwei Jahre stattfindet, letztmalig 2013.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) beläuft sich auf -1,0 Mio. € (Vorjahr: -1,4 Mio. €) und verbesserte sich aufgrund der vorgenannten Fakten.

Das Beteiligungsergebnis beinhaltet die Gewinnausschüttung 2013 der Berlinwasser International GmbH in Höhe von 5,5 Mio. € sowie die Erträge aus den Ergebnisabführungsverträgen mit der bluepartner GmbH, der p2m berlin GmbH, der pigadi GmbH für 2014 in Höhe von 0,9 Mio. €.

Das Finanzergebnis enthält Zinserträge in Höhe von 0,09 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 0,06 Mio. € (Vorjahr: 0,07 Mio. €) und hat sich aufgrund der geringeren Guthabenverzinsung vermindert.

Im außerordentlichen Ergebnis war im Geschäftsjahr 2013 die vollständige Aufholung der Folgeeffekte aus der Umstellung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes enthalten. Diese betrafen im Wesentlichen die Bewertung von Personalrückstellungen, vor allem aufgrund

von Kostensteigerungen und Abzinsungseffekten. Daher entstehen im Geschäftsjahr 2014 hier keine Aufwendungen mehr.

Die Erträge aus Teilgewinnabführungsverträgen beinhalten die Gewinnabführung aus der stillen Gesellschaft der Berlinwasser Holding AG mit den Berliner Wasserbetrieben in Höhe von 110,9 Mio. € (Vorjahr: 89,4 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Erträge aufgrund des besseren Ergebnisses der Berliner Wasserbetriebe. Dieser Betrag steht abzüglich Verwaltungskosten und der Gewerbeertragsteuerbelastung der stillen Gesellschafterin, der Berlinwasser Beteiligungs GmbH, zu und wird als Aufwand aus Teilgewinnabführungsverträgen ausgewiesen.

Die Steuern aus der stillen Gesellschaft mit der Berlinwasser Beteiligungs GmbH beinhalten Gewerbeertragsteuer aus dem Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 12,4 Mio. € (Vorjahr: 8,1 Mio. €) sowie Gewerbeertragssteuer aus der Betriebsprüfung für den Zeitraum 2002 bis 2005 in Höhe von 1,4 Mio. € und latente Steuererträge in Höhe von 1,4 Mio. € (Vorjahr: 2,2 Mio. €).

Die Aufwendungen aus Teilgewinnabführungsverträgen entstehen aus der stillen Gesellschaft mit der Berlinwasser Beteiligungs GmbH. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um 15,2 Mio. €. Dies resultiert aus den angestiegenen Erträgen aus Teilgewinnabführungsverträgen (21,5 Mio. €). Gegenläufig wirken sich hier die gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Mio. € gestiegene Gewerbeertragsteuer und der um -0,8 Mio. € gesunkene latente Steuerertrag aus der stillen Gesellschaft aus.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Erträge aus aktiven latenten Steuern. Diese resultieren aus der Veränderung der zukünftig nutzbaren steuerlichen Verlustvorträge der Berlinwasser Holding AG sowie aus Unterschieden zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Bilanzansätzen der Organgesellschaften.

Daraus ergibt sich insgesamt zum 31. Dezember 2014 ein um 1,2 Mio. € auf 6,8 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) verbessertes positives Jahresergebnis. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit aufgrund der Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der gesamten Berlinwasser Gruppe sowie den gestiegenen Erträgen aus aktiven latenten Steuern.

Finanzlage

Kapitalstruktur	31.12.2014		31.12.2013	
	T€	%	T€	%
Gezeichnetes Kapital	51.129	3,4	51.129	3,5
Kapitalrücklage	14.600	1,0	14.600	1,0
Gewinnrücklagen	915	0,1	576	0,0
Einlage Berlinwasser Beteiligungs GmbH	1.296.966	86,4	1.296.966	87,8
Bilanzgewinn	15.413	1,0	8.978	0,6
Eigenkapital	1.379.023	91,9	1.372.249	92,9
Rückstellungen	1.049	0,1	1.153	0,1
Passive latente Steuern	6.994	0,5	11.083	0,8
Langfristiges Fremdkapital (> 5 Jahre)	8.043	0,6	12.236	0,9
Rückstellungen	4.885	0,3	1.236	0,1
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1	0,0	1	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und stille Gesellschafterin	98.539	6,6	83.268	5,6
Sonstige Verbindlichkeiten	9	0,0	111	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	10	0,0
Passive latente Steuern	10.245	0,6	7.568	0,5
Kurz- und mittelfristiges Fremdkapital (< 5 Jahre)	113.679	7,5	92.194	6,2
Fremdkapital insgesamt	121.722	8,1	104.430	7,1
Passiva	1.500.745	100,0	1.476.679	100,0

Die Berlinwasser Holding AG ist fast ausschließlich durch Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Stichtag 91,9 % (Vorjahr: 92,9 %). Aus dem Jahresüberschuss 2014 wurden 0,3 Mio. € der gesetzlichen Gewinnrücklage zugeführt. Das Jahresergebnis 2013 wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Der Bilanzgewinn stieg um 6,4 Mio. € auf 15,4 Mio. € aufgrund des Jahresüberschusses 2014.

Das langfristige Fremdkapital der Berlinwasser Holding AG beinhaltet Rückstellungen aus Pensionsverpflichtungen sowie passive latente Steuern aus Abweichungen zwischen dem steuerlichen Kapitalkonto der atypisch stillen Gesellschaft – Betriebsteil Entwässerung – der Berliner Wasserbetriebe und dem handelsrechtlichen Beteiligungsansatz dieser stillen Gesellschaft.

Das kurz- und mittelfristige Fremdkapital besteht zum größten Teil aus Verbindlichkeiten aus der Teilgewinnabführung für 2014 in Höhe von 98,3 Mio. € (Vorjahr: 83,1 Mio. €). Die Auszahlung der Teilgewinnabführung erfolgt im I. Quartal des Folgejahres. Des Weiteren werden passive latente Steuern unter dieser Position ausgewiesen.

Kapitalflussrechnung	2014	2013
	T€	T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+77.535	+85.769
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	+183	+3.551
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-83.110	-88.257
Veränderung der liquiden Mittel	-5.392	+1.063
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	+51.896	+50.833
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	+46.504	+51.896

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich zum Vorjahr um 8,2 Mio. € verringert. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem geringeren finanziellen Mittelzufluss aufgrund der Nichtinanspruchnahme der Vorauszahlung auf die Teilgewinnabführung 2014 gegenüber den Berliner Wasserbetrieben in Höhe von 9,7 Mio. €. Ein gegenläufiger Effekt ist das im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Jahresergebnis um 1,2 Mio. €.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beinhaltet den Zufluss von Finanzmitteln aufgrund der Auszahlung aus der Liquidation der Berlinwasser Regional GmbH i.L. in Höhe von 0,3 Mio. €. Im Vorjahr wurden die Ausschüttung des Bilanzgewinns 2012 der Berlinwasser Services GmbH in Höhe von 1,6 Mio. € und die vorgenommene Kapitalherabsetzung der Berlinwasser Services GmbH in Höhe von 2,1 Mio. € berücksichtigt.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist wie im Vorjahr negativ. Die Veränderung resultiert aus dem geringeren Mittelabfluss aus der Teilgewinnabführung 2013 an die Berlinwasser Beteiligungs GmbH in Höhe von 5,1 Mio. €.

Im Geschäftsjahr wurden 9,7 Mio. € Ertragsteuern für die atypisch stille Gesellschaft - Betriebsteil Entwässerung - gezahlt.

Die Berlinwasser Holding AG ist mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, um ihren Bestand und ihre Weiterentwicklung sichern zu können. Sie ist in der Lage, sämtliche Zahlungsverpflichtungen termin- und betragsgerecht zu erfüllen.

Zur Überwachung und Steuerung zur Vermeidung finanzieller Risiken werden Instrumente wie die jährliche Finanzplanung mit unterjährigen Anpassungen und die engmaschige Analyse von Planabweichungen eingesetzt. So lassen sich schon früh mögliche Risiken erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten.

Vermögenslage

Bilanzstruktur	31.12.2014		31.12.2013	
	T€	%	T€	%
Finanzanlagen	1.336.225	89,1	1.336.415	90,5
Umlaufvermögen	162.679	10,8	139.311	9,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	11	0,0
Aktive latente Steuern	1.841	0,1	942	0,1
Aktiva	1.500.745	100,0	1.476.679	100,0
Eigenkapital	1.379.023	91,9	1.372.249	92,9
Rückstellungen	5.934	0,4	2.389	0,2
Verbindlichkeiten	98.549	6,6	83.380	5,6
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	10	0,0
Passive latente Steuern	17.239	1,1	18.651	1,3
Passiva	1.500.745	100,0	1.476.679	100,0

Die Bilanzstruktur wird durch die Finanzanlagen auf der Aktivseite und die im Eigenkapital enthaltene Einlage der Berlinwasser Beteiligungs GmbH bestimmt. In den Finanzanlagen sind die stillen Gesellschaften der Berlinwasser Holding AG mit den Berliner Wasserbetrieben ausgewiesen.

Die Finanzanlagen verringerten sich im Wesentlichen durch den Abgang des Buchwertes der Berlinwasser Regional GmbH i.L. in Höhe von 0,3 Mio. € im Zusammenhang mit der Beendigung der Liquidation der Gesellschaft. Gegenläufig wirkte sich eine Ausleihung an die pigadi GmbH in Höhe von 0,1 Mio. € auf die Finanzanlagen aus.

Das Umlaufvermögen der Berlinwasser Holding AG beinhaltet im Wesentlichen Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 2,1 Mio. € (Vorjahr: 84,1 Mio. €) und Forderungen gegen stille Beteiligungen in Höhe von 111,0 Mio. € (Vorjahr: 0 Mio. €). Im Vorjahr erfolgte der Ausweis der Forderungen gegen die Berliner Wasserbetriebe aus Teilgewinnabführung unter der Position Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Weiterhin werden hier flüssige Mittel in Höhe von 46,5 Mio. € (Vorjahr: 51,9 Mio. €) ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Umlaufvermögen, da der Teilgewinnausschüttungsanspruch 2014 aus den stillen Gesellschaften mit den Berliner Wasserbetrieben um 21,5 Mio. € angestiegen ist. Auf die Inanspruchnahme von Vorauszahlungen auf den Teilgewinnanspruch 2014 für Gewerbeertragsteuer in Höhe von 9,7 Mio. € wurde in 2014 verzichtet.

Der Anstieg des Bestandes an aktiven latenten Steuern resultiert aus der Veränderung der zukünftig steuerlich nutzbaren körperschaft- und gewerbsteuerlichen Verlustvorträge der Berlinwasser Holding AG und ihrer Organgesellschaften.

Das Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des Jahresergebnisses 2014.

Die Veränderung der Rückstellungen ist im Wesentlichen auf die Zuführung von Steuerrückstellungen aus Gewerbeertragsteuer in Höhe von 3,7 Mio. € zurückzuführen.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten resultiert aus einem höheren Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus der Teilgewinnabführung in Höhe von 98,5 Mio. € (Vorjahr: 83,1 Mio. €).

Die passive latente Steuer verringerte sich aufgrund der Veränderungen im steuerlichen Kapitalkonto der atypisch stillen Gesellschaft – Betriebsteil Entwässerung – der Berliner Wasserbetriebe.

Es bestehen keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Die wirtschaftliche Lage der Berlinwasser Holding AG und somit das Ergebnis vor Steuern entwickelte sich auch im Geschäftsjahr 2014 im Wesentlichen aufgrund der Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb der Berlinwasser Holding AG positiv.

3. Nachtragsbericht

Der Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG hat Kerstin Oster zum 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2017 als neuen Vorstand Personal und Soziales bestellt. Die 47-jährige Betriebswirtin kommt von der TYCO Electronics AMP GmbH, deren Geschäftsführerin sie seit 2010 war. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Personalmanagementenerfahrung im nationalen und internationalen Umfeld.

4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1. Prognosebericht

Die Berlinwasser Holding AG fungiert weiterhin als Finanz- und Managementholding für die Tochtergesellschaften und unterstützt die Beteiligungen bei der Erreichung ihrer Unternehmensziele. Die Steuerung der Beteiligungen sowie – soweit erforderlich – die Betreuung der Tochtergesellschaften bei Steuer-, Bilanzierungs- und Rechtsthemen erfolgt dienstleistend durch Mitarbeiter der Berliner Wasserbetriebe. In der Gewinn- und Verlustrechnung der Berlinwasser Holding AG spiegeln sich bis zum Ergebnis vor Zinsen und Steuern diejenigen operativen Aufwendungen und Erträge wider, die durch die Funktion als Managementholding begründet werden. Aufgrund der Optimierungen wird das geplante Ergebnis vor Zinsen und Steuern in den kommenden Jahren deutlich besser als im Vorjahr sein.

Geschäftsfeld Berliner Wasserbetriebe

Der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe hat am 7. Mai 2014 die Absenkung des Trinkwassertarifs 2014/2015 rückwirkend zum 1. Januar 2014 in Höhe von 15 % beschlossen. In seiner Sitzung am 11. September 2014 wurde darüber hinaus die Absenkung der Abwasserentgelte ab 2015 um 6,1 % beschlossen. Das Niveau der gesenkten Tarife ist mit einem maximalen Inflationsausgleich von 1,1 % pro Jahr bis 2018 gesichert.

Für den Wasserverkauf in Berlin wird für 2015 ein Ansatz von rund 186,6 Mio. m³ unterstellt. Dieser liegt leicht unter dem Ergebnis des Berichtsjahres. In den folgenden Jahren wird mit einem leichten weiteren Rückgang gerechnet. Er spiegelt den bundesweiten Trend rückläufigen Wasserabsatzes wider. Für die Verträge mit den Partnern aus Brandenburg gehen die Prognosen von einer ansteigenden Entwicklung aus.

Das eigenfinanzierte Investitionsvolumen wird 2015 mit einem Betrag von 273 Mio. € um rd. 21 % über dem Ansatz 2014 liegen. Rund 30 % der Investitionen sind für den Bereich Wasserversorgung vorgesehen; 70 % fließen in den Bereich Entwässerung.

Das Jahr 2015 wird bei den Berliner Wasserbetrieben vor allem durch die Umsetzung der Optimierungsprozesse zur Einhaltung der geplanten Tarif- und Entgeltentwicklung geprägt sein. In Summe wird weiterhin eine positive Ergebnisentwicklung unterstellt. Die skizzierte Tarifentwicklung wird zu einer verbesserten Erlössituation führen.

Wettbewerbsgeschäft

Die Fokussierung der Berlinwasser International GmbH auf das Bestandsgeschäft führt in den kommenden Jahren zu einer konstanten Geschäftsentwicklung und konstantem Ergebnis. In Ungarn beobachtet die Berlinwasser International GmbH die politischen Bestrebungen und das tendenziell negative politische Klima in Bezug auf die Beteiligung internationaler privatwirtschaftlicher Unternehmen an Betrieben der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw. Betrieben mit Infrastrukturaufgaben weiterhin sehr genau. Auch in Zukunft gelten als wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren für die Berlinwasser International GmbH, die Ausschüttung der Beteiligungen und das Ergebnis vor Steuern. Die Berlinwasser International GmbH erwartet daher für 2015 eine Ausschüttung des Beteiligungsertrags aus 2014 in Höhe von 5,9 Mio. € sowie ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 3,9 Mio. €.

Die p2m berlin GmbH wird das externe Geschäft im nationalen sowie internationalen Markt ausbauen. Nach der überproportionalen Entwicklung der internationalen Auftragseingänge 2013 wird die p2m berlin GmbH 2015 das erreichte hohe Niveau halten, um in Folgejahren weiteres Wachstum anzustreben. Die größten Wachstumspotenziale sieht die Gesellschaft im internationalen Geschäft. Das Ergebnis nach Steuern wird sich in etwa auf dem Niveau von 2014 bewegen.

Die pigadi GmbH verfügt über einen stabilen langjährigen Kundenstamm, der die Basis für ein moderates Umsatzwachstum von rund 5 % bildet. Für das kommende Geschäftsjahr rechnet die pigadi GmbH weiterhin mit einem Ergebnis vor Steuern auf gleichem Niveau wie in 2014.

Der Ausbau des Drittgeschäfts der bluepartner GmbH soll weitergeführt werden. Aufgrund des erwarteten Anrufaufkommens bei den Berliner Wasserbetrieben sowie von Preissenkungen wird für die Folgejahre mit einem Ergebnis vor Steuern etwas unter dem Niveau von 2014 gerechnet.

Insgesamt wird sowohl für die Berliner Wasserbetriebe als auch für die Wettbewerbsgesellschaften eine positive Ergebnisentwicklung prognostiziert.

4.2. Chancenbericht

Geschäftsfeld Berliner Wasserbetriebe

Im Fokus der anwendungsorientierten Forschung der Berliner Wasserbetriebe steht, wie die Trinkwasserver- und die Abwasserentsorgung in Berlin langfristig qualitativ hochwertig und effizient gestaltet werden können. So sollen innovative Verfahren entwickelt werden, mit denen Investitions-, Energie- und Abwasserreinigungskosten gespart werden können. Auch werden Verfahren für die effiziente weitergehende Abwasserreinigung erforscht. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt ASKURIS, das gemeinsam mit der Technischen Universität Berlin geeignete Verfahren untersucht, Spurenstoffe aus dem Abwasser zu entfernen.

Die aktuell günstigen Finanzierungsbedingungen bieten gute Möglichkeiten für die Berliner Stadtwerke GmbH zur Entwicklung des weiteren Geschäftes.

Chancen ergeben sich für die Berliner Wasserbetriebe aus der Kooperation mit dem Landesbetrieb Berlin Energie. Die Berlin Energie hatte sich erfolgreich für die Konzession zum Gasnetzbetrieb beworben. Im Jahr 2014 haben die Berliner Wasserbetriebe mit der Berlin Energie einen Rahmenvertrag geschlossen, der die Unterstützung in verschiedenen Bereichen vorsieht.

Wettbewerbsgeschäft

Aufgrund der Beendigung der Akquisitionstätigkeit können sich Chancen für die Berlinwasser International GmbH nur aus den bestehenden Beteiligungen entwickeln. Alle Geschäftstätigkeiten der Berlinwasser International GmbH werden im Ausland abgewickelt und generieren dabei Erträge in Fremdwährungen, die Wechselkursschwankungen unterliegen. Chancen auf günstige Wechselkursentwicklungen bestehen sowohl 2015 als auch 2016 und können das Beteiligungsergebnis positiv beeinflussen.

Des Weiteren hat die Veolia Voda S.A., Anfang des Jahres 2014 Interesse an der Übernahme der Geschäftsaktivitäten der Berlinwasser International GmbH bekundet. Die Vertragsverhandlungen werden in 2015 fortgesetzt.

Von bestehenden Beziehungen ausgehend wird p2m berlin GmbH die Geschäftstätigkeit in die jeweils umliegenden Länder ausdehnen. Zudem möchte die p2m berlin GmbH gezielt Geschäft in Schwerpunktländern von deutschen und internationalen Geberinstitutionen generieren, um somit die Auftrags- und Umsatzchancen zu verbessern und die finanziellen Leistungsindikatoren, insbesondere Leistung im externen Markt sowie externe Auftragseingänge, positiv zu beeinflussen.

Im Wesentlichen ist bei der pigadi GmbH die Geschäftsfelderweiterung auf dem Gebiet der klassischen Ingenieurdienstleistung (Analysen/Studien zu regionalen Wasserversorgungssituationen) und die Erschließung bzw. der Ausbau neuer Märkte (Brunnenaktivierung nach Brunnenneubau) zu sehen. Dies kann mittelfristig die Geschäftsentwicklung bezüglich der Leistungsindikatoren Umsatz, Ergebnis und Auftragseingänge positiv beeinflussen. Chancen könnten sich aus Projekten ergeben, die von Bundesministerien sowie nationalen und internationalen Förderinstitutionen finanziert werden.

Für die bluepartner GmbH bietet der Ausbau des Drittgeschäfts die Chance für zukünftiges Wachstum. Außerdem sollen die Potenziale zur Kundengewinnung im Bereich Social Media

weiter ausgeschöpft werden. Sowohl die finanziellen als auch die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren würden hierdurch positiv beeinflusst.

Insgesamt können sich die zuvor beschriebenen Chancen der Berliner Wasserbetriebe und der Wettbewerbsgesellschaften positiv auf das Ergebnis der vor Zinsen und Steuern der Berlinwasser Holding AG auswirken.

4.3. Risikobericht

Die Berlinwasser Gruppe hat die in § 91 Abs. 2 AktG gestellten Anforderungen zum Risikomanagement umgesetzt und ein umfassendes Risikomanagementsystem eingerichtet.

Bei allen Unternehmen der Berlinwasser Gruppe wurde ein Compliance-Managementsystem etabliert, um die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und Kodizes sicherzustellen und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Ziel hierbei ist, bereits vorhandene Systeme und Regularien zu nutzen und in ihrer Wirksamkeit und Effizienz zu schärfen.

2012 wurde eine Compliance-Organisation geschaffen und eine Beauftragte für Compliance berufen.

Für Fragen und Hinweise im Zusammenhang mit Korruption und zur schnellen Klärung bei Verdachtsfällen wurde bei den Berliner Wasserbetrieben der Integritätsausschuss und die Stelle einer Ombudsfrau, die der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegt, eingerichtet und kann von allen Unternehmen und Mitarbeitern der Berlinwasser Gruppe genutzt werden.

In Folge der Auswertungen der Risikoinventuren und aktueller Veränderungen sind 2014 keine den Bestand gefährdenden Risiken erkennbar. Es bestehen überwiegend Finanz-, Umfeld- und Rechtsrisiken, die als relevante bzw. wesentliche Risiken eingeschätzt wurden. Maßnahmen zur Kompensation und Reduzierung von Risiken wurden ergriffen. Zur rechtzeitigen Identifikation von vor allem negativen Entwicklungen dient bei den Gesellschaften der Berlinwasser Gruppe ein Issuemanagement. Issues sind (schwache) Signale aus dem Umfeld des Unternehmens und dem Unternehmen selbst, die eine Gefährdung für Reputation und Strategie, aber auch Chancen darstellen. Der Betrachtungszeitraum von Risiken beträgt grundsätzlich sechs Jahre und ist damit mit dem Wirtschaftsplan identisch. Ein Mindestprognosezeitraum von einem Jahr wird eingehalten.

Finanzrisiken

Finanzrisiken für die international tätigen Tochtergesellschaften der Berlinwasser Holding AG, insbesondere für die Berlinwasser International GmbH sowie die p2m berlin GmbH, bestehen im Wesentlichen aus Wechselkursschwankungen. Diese werden aber von den Tochtergesellschaften bei Transfer in den Euro-Raum durch geeignete Sicherungsinstrumente (Optionen, Termingeschäfte) optional minimiert.

Umfeldrisiken

Umfeldrisiken für die Berliner Wasserbetriebe bestehen im Wesentlichen aus:

- wasserbehördlichen Bewilligungen zur Förderung von Grundwasser
- Qualitätseinschränkungen im Rohwasser aufgrund erhöhter Konzentrationen bestimmter Schadstoffe aus Altlasten bzw. organischen Spurenstoffen
- Anforderungen zur Einhaltung des Überwachungswerts für Stickstoff in Höhe von 13 mg/l
- den behördlichen Anforderungen an die Nährstoffreduzierung in Klärwerken, insbesondere Phosphor (Pges), Spurenstoffen und Medikamentenrückständen
- Mischwasserüberläufen – Nichteinhaltung der wasserbehördlichen Erlaubnisse durch Unterschreiten der Mindestfördermenge aufgrund mangelnder Klärwerkskapazität

Die Risiken wurden im Wesentlichen mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet, wobei die Maßnahmen die finanziellen Leistungsindikatoren der Berliner Wasserbetriebe, insbesondere die Höhe der Investitionen sowie die Tarifentwicklung, beeinflussen.

Die Beteiligungen der Berlinwasser International GmbH sind schon allein aufgrund ihrer Aufgaben in einem sehr politischen Umfeld tätig. Das beinhaltet daher ein hohes Risikopotential hinsichtlich Änderungen relevanter Gesetze, Tarifgenehmigung und Steuern. Diesem Risiko ist bei der Planung zukünftiger Beteiligungserträge Rechnung getragen.

Umfeldrisiken für die p2m berlin GmbH bestehen vor allem in der Entwicklung der politischen Situation in einigen Zielländern, die die finanziellen Leistungsindikatoren, insbesondere die externen Auftragseingänge sowie die Liquidität, beeinflussen könnten.

Für die pigadi GmbH entstehen Umfeldrisiken im Wesentlichen aus der internationalen sowie nationalen Wettbewerbsentwicklung, die sich auf die finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz, EBIT und Auftragseingänge auswirken könnten.

Rechtsrisiken

Die Berliner Wasserbetriebe bewegen sich in einem regulierten Markt und sind daher mit besonderen Rechtsrisiken konfrontiert.

Hervorzuheben sind die Prozesse über die Rechtmäßigkeit der Tarife der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung wie auch das Kartellverwaltungsverfahren.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder vereinzelt Verfahren über die Billigkeit der Tarife geführt. All diese Verfahren sind bisher aufgrund der klaren Berliner Rechtslage bezüglich der Kalkulation der Tarife zugunsten der Berliner Wasserbetriebe entschieden worden. Neben dem Land- und dem Kammergericht hat sich auch der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin mit den Rechtsgrundlagen auseinandergesetzt und zwei entsprechende Verfassungsbeschwerden gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Kalkulation der Tarife zurückgewiesen.

Neben den vereinzelt Klagen über die Billigkeit der Tarife, die in aller Regel sehr allgemein gehalten sind, wurde Klage gegen die Höhe der Grundpreise für die Trinkwasser- und Abwasserentsorgung erhoben. Hierbei geht es insbesondere um die Frage, ob der von den

Berliner Wasserbetrieben gewählte Wasserzählermaßstab in Verbindung mit einer Feuerlöschleitung auch für den Grundpreis Schmutzwasser zulässig ist. Eine seriöse Bewertung des Risikos, das Auswirkungen auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) haben würde, ist derzeit nicht möglich.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Berliner Wasserbetriebe und das Bundeskartellamt auf den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vergleichsvertrages geeinigt, dem der Aufsichtsrat der Berliner Wasserbetriebe am 7. Mai 2014 zugestimmt hat.

Die von den Berliner Wasserbetrieben gegenüber dem Bundeskartellamt für den Trinkwasserbereich zugesagte Tarifentwicklung bis 2018 spiegelt sich im Wesentlichen in dem Vertrag mit dem Bundeskartellamt wider. Das Bundeskartellamt verzichtet im Gegenzug auf eine rückwirkende Anordnung; das Verfahren ist damit erledigt. Die Berliner Wasserbetriebe haben mit Zustimmung des Aufsichtsrates die Rechtsbeschwerde gegen das Kartellverfahren beim Bundesgerichtshof zurückgezogen. Mit dem Vertrag kann das Risiko einer rückwirkenden Anordnung durch das Bundeskartellamt ausgeschlossen werden.

Nach Erlass der Verfügung durch das Bundeskartellamt gab es vereinzelt privatrechtliche Klagen auf Rückerstattung von Entgeltbestandteilen, die mit den Feststellungen in der Verfügung begründet wurden. Bisher wurden diese Klagen von den Zivilgerichten abgewiesen. Grundsätzlich kann aber das Risiko weiterer solcher Klagen nicht ausgeschlossen werden.

So hat zum Beispiel der Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN) mit seiner Presseerklärung vom 4. Dezember 2014 gemeinsam mit dem Wassertisch allen Berliner Wasserkunden empfohlen, „ihre Rückzahlungsansprüche vor Ende des Jahres 2014 gegenüber den Berliner Wasserbetrieben geltend zu machen“.

In Folge dieses Aufrufes sind mehrere entsprechende Forderungsschreiben von Kunden bei den Berliner Wasserbetrieben eingegangen. Darüber hinaus haben einige wenige Kunden fristwährend Rückforderungsansprüche gerichtlich geltend gemacht.

Der maximale Risikobetrag könnte bei rund 170 Mio. € liegen, wenn die Berliner Wasserbetriebe zur Rückerstattung überhöhter Entgeltbestandteile für die Jahre 2009 bis 2011 verurteilt würden. Dieses Risiko wird jedoch als gering bewertet. Im Falle des Eintritts hätte das Risiko Auswirkungen auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT).

Unter der Berücksichtigung von Veränderungen der Risiken und eingeleiteten Maßnahmen hat sich gegenüber dem Vorjahr eine leichte Verbesserung der Risikosituation um 12,1 Mio. € ergeben.

5. Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 Aktiengesetz

Vorstand und Aufsichtsrat haben auf der Grundlage des Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG sowie auf der Grundlage des mit Wirkung zum 11. September 2014 angewendeten Berliner Corporate Governance Kodex eine Erklärung in entsprechender Anwendung des § 161 AktG abgegeben; diese Erklärung wurde über das Internet zugänglich gemacht.

6. Schlusserklärung

Nach § 17 AktG besteht ein Abhängigkeitsverhältnis zum Land Berlin. Deshalb wird gemäß § 312 AktG dieser Bericht erstattet. Der Abhängigkeitsbericht endet mit folgender Schlusserklärung des Vorstands:

„Nach den Umständen, die dem Vorstand zum Zeitpunkt, in dem berichtspflichtige Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, hat die Gesellschaft in jedem Fall eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des herrschenden Unternehmens oder eines mit ihm verbundenen Unternehmens getroffen oder unterlassen.“

Berlin, 27. Januar 2015

Berlinwasser Holding AG

Bruckmann

Simon

Oster

Entsprechenserklärung 2014
von Aufsichtsrat und Vorstand
der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft

(1) Vorstand und Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding Aktiengesellschaft erklären, dass den Empfehlungen des von ihnen beschlossenen Corporate Governance Kodex der Berlinwasser Holding AG in der Fassung vom 4. März 2010 seit Abgabe der letzten Erklärung im November 2013 mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde.

- Kodex Ziffer 5.4.5: Vergütung des Aufsichtsrates:

Die Vergütung des Aufsichtsrates wird durch die Hauptversammlung festgelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten bis zum 17. Juni 2014 satzungsgemäß ausschließlich eine feste Vergütung; diese trug dem Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz Rechnung. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit oder von Sonderleistungen ist nicht erfolgt. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2014 wurde der Aufsichtsrat zahlenmäßig verkleinert. Die Aufsichtsratsmitglieder des neuen dreiköpfigen Aufsichtsrates erhalten keine Vergütung mehr. Es wird ausschließlich ein Ersatz von Auslagen gewährt.

(2) Vorstand und Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG erklären weiter, dass mit Wirkung zum 11. September 2014 der durch den Senat von Berlin beschlossene Berliner Corporate Governance Kodex in der aktuellen Fassung (Februar 2009) bei der Berlinwasser Holding AG angewendet wird.

(3) Vorstand und Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG erklären sodann (d. h. für die Zeit ab 11. September 2014), dass den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex in der derzeit gültigen Fassung (Februar 2009) mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde und werden wird:

- Kodex Ziffer III.4: Bildung von Ausschüssen:

Der Aufsichtsrat verzichtet im Hinblick auf die geänderte zahlenmäßige Besetzung des Aufsichtsrates auf die Bildung von Ausschüssen.

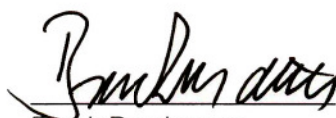
Berlin, den 20. November 2014

Für den Aufsichtsrat



Staatssekretär Klaus Feiler
Aufsichtsratsvorsitzender

Für den Vorstand



Frank Bruckmann
Vorstandsvorsitzender



Jörg Simon
Mitglied des Vorstandes

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes und des Aufsichtsrates
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch den Vorstand • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG haben eng zusammengearbeitet. Alle erforderlichen Informationen und Kenntnisse, die für eine sachgerechte Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalanlässen ohne Teilnahme des Vorstandes abgehalten.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch den Vorstand • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	<p>Die strategische Ausrichtung sowie die Planungen der Berlinwasser Gruppe wurden mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Der Vorstand berichtet regelmäßig über den Umsetzungsstand. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung bzw. soweit satzungsgemäß geboten dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet. Neben den Regelungen in der Satzung liegen Geschäftsordnungen für den Vorstand und Aufsichtsrat vor.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und des Complacemangements unter Befügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- und Entscheidungssterminen • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>Der Vorstand ist der durch den Aufsichtsrat festgelegten Informations- und Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah und umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungsstermine war ausreichend und entsprach der Frist gemäß Satzung. Soll-Ist-Vergleiche und Gründe von Abweichungen wurden dem Aufsichtsrat monatlich plausibel und nachvollziehbar schriftlich dargestellt; Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Aufsichtsrates gewahrt.</p>

- D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat

D&O-Versicherungen sind von der Berlinwasser Holding AG mit Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Vorstand

- II.1 • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben
- Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance)
- Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung, arbeitet ausschließlich im Interesse der Berlinwasser Gruppe und an deren nachhaltiger Wertsteigerung. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien in der Berlinwasser Gruppe wurde vom Vorstand Sorge getragen. Die Berlinwasser Gruppe hat ein konzernweites Compliance-Management-System implementiert, dessen Angemessenheit und Wirksamkeit regelmäßig überprüft und bewertet werden. Die Berlinwasser Gruppe verfügt zudem über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling. Die Risiken aus compliance-relevanten Themen sowie andere Unternehmensrisiken wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems beurteilt und von Vorstand und Aufsichtsrat behandelt. Dem Aufsichtsrat wird halbjährlich der Risikobericht und jährlich der Compliance-/Risikobericht vorgelegt.

- II.2 • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand
- Festlegung Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen
- II.3 • Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes
- Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes
- Veröffentlichung der Einzelvergütung
- Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap

Die Geschäftsordnung regelt die Aufgaben des Vorstandes, die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder, die dem Vorstand vorbehaltenen Aufgaben sowie die erforderliche Stimmenmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. Ein Vorsitzender des Vorstandes ist bestimmt.

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einem fixen Jahresgehalt und einer variablen Erfolgsvergütung zusammen. Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährlich Zielvereinbarungen getroffen. Die variable Erfolgsvergütung wird vom Aufsichtsrat für das abgelaufene Geschäftsjahr nach der Festlegung des Jahresabschlusses nach Maßgabe der erfüllten Zielvorgaben und der Gesamtpformance festgesetzt. Bei der Bewertung wird berücksichtigt, dass alle Mitglieder des Vorstandes neben ihrer Tätigkeit bei der Berlinwasser Holding AG auch dem Vorstand der Berliner Wasserbetriebe angehören, folglich eine Doppelfunktion erfüllen. Die Vergütung wird unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Vorstandsmitglieder festgelegt. Der Aufsichtsrat berät und überprüft die Struktur des Vergütungssystems für den Vorstand regelmäßig; letztmalig am 19. Juni 2013. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert ausgewiesen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
III. Aufsichtsrat	<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="339 94 435 2141">• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindungen <li data-bbox="464 94 496 2141">• Geschäftsordnung des Aufsichtsrates 	<p data-bbox="339 94 751 1095">Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung der Berlinwasser Holding AG und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates wahrzunehmen. Er hat den Vorstand bei der Leitung der Berlinwasser Gruppe beraten und überwacht. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Berlinwasser Gruppe einbezogen bzw. informiert und hat über Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für das Unternehmen beschlossen. Der Aufsichtsrat sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Im Berichtsjahr wurde der Aufsichtsrat der Berlinwasser Holding AG vor dem Hintergrund der Rekomunalisierung der Berliner Wasserbetriebe und der Änderung der konsortialvertraglichen Regelungen von 20 auf 3 Aufsichtsratsmitglieder verkleinert; die Satzung sowie die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates wurde entsprechend angepasst.</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="791 94 887 2141">• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen <li data-bbox="916 94 1011 2141">• Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis 	<p data-bbox="791 94 979 1095">Anstellungs- und Vergütungsregelungen werden im Aufsichtsrat entschieden. Im Berichtszeitraum ist eine befristete Wiederbestellung eines Vorstandsmitgliedes über einen Zeitraum von zwei Monaten erfolgt. Zudem wurde die Erstbestellung eines Vorstandsmitgliedes über einen Zeitraum von drei Jahren vorgenommen. Die vom Aufsichtsrat getroffene Festlegung zur Altershöchstgrenze des Eintrittsalters von 63 Lebensjahren für Vorstandsmitglieder wurde eingehalten.</p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="1042 94 1106 2141">• Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unter-richtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse <li data-bbox="1134 94 1198 2141">• Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p data-bbox="1042 94 1230 1095">Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden fortlaufend über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichtet. Der Aufsichtsrat wurde auch außerhalb der Aufsichtsratssitzungen über wichtige Ereignisse unterrichtet. Seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.</p>	
<ul style="list-style-type: none"> <li data-bbox="1262 94 1394 2141">• Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p data-bbox="1262 94 1394 1095">Auf die Bildung von Ausschüssen des Aufsichtsrates wird im Hinblick auf die zahlenmäßige Größe des Aufsichtsrates (nach Verkleinerung im Juni 2014 von 20 auf 3 Mitglieder) verzichtet. Die Aufgaben der Ausschüsse werden wieder vom Aufsichtsrat wahrgenommen.</p>	

- III.5
- Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitglieder
 - Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen
 - Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Kein Aufsichtsratsmitglied hat mehr als die gemäß § 100 Abs. 2 AktG maximal zulässige Anzahl an Aufsichtsratsmandaten wahrgenommen. Dem Aufsichtsrat gehören Mitglieder mit vertieften Kenntnissen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen an; ehemalige Mitglieder des Vorstandes gehören dem Aufsichtsrat nicht an. Der Aufsichtsrat hat eine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Aufsichtsrates festgelegt. Danach sollten bei Wahlvorschlägen in der Regel keine Personen berücksichtigt werden, die im Zeitpunkt der Wahl das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die festgelegte Regelaltersgrenze wurde eingehalten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Vergütung des Aufsichtsrates wurde durch die Hauptversammlung festgelegt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten bis zum 17. Juni 2014 satzungsgemäß ausschließlich eine feste Vergütung; diese trägt dem Vorsitz und stellvertretenden Vorsitz Rechnung. Die Gesamtvergütung wird im Anhang des Jahres- und Konzernjahresabschlusses aufgeführt. Die Vergütung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder wird nicht individualisiert angegeben. Eine gesonderte Vergütung der Ausschusstätigkeit oder von Sonderleistungen ist nicht erfolgt. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Juni 2014 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder des neuen dreiköpfigen Aufsichtsrates keine Vergütung mehr. Es wird ausschließlich ein Ersatz von Auslagen gewährt.

- III. 6
- Vorlage der Zielvereinbarung

Die zwischen Aufsichtsrat und Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für das Jahr 2014, die Gehaltsstruktur von fixen und variablen Gehaltsbestandteilen sowie die Auswertung der für das Jahr 2013 abgeschlossenen Zielvereinbarung wurde dem Gesellschafter vorgelegt.

- III. 7 und 8
- Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig seine Effizienz durch die laufende Kontrolle seiner Beschlüsse und Aufträge. Zudem wird regelmäßig eine Effizienzprüfung auf der Basis eines Fragenkatalogs mittels zielgerichteter Befragung der Mitglieder durchgeführt. Die Ergebnisse werden in der künftigen Arbeit des Aufsichtsrates berücksichtigt. Da der Aufsichtsrat im Berichtszeitraum verkleinert und neu gewählt wurde, wird erst innerhalb dieser Amtsperiode eine Effizienzprüfung durchgeführt. Die letztmalige Effizienzprüfung fand im Dezember 2012 statt. Danach wurden keine Ereignisse verzeichnet, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes 	<p>Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert, noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Es besteht ein zwischen Vorstand und Arbeitnehmervertretung abgestimmter Verhaltenskodex. Der verabschiedete Verhaltenskodex fasst die Grundsätze und Prinzipien des Handelns zusammen. Er ist eine verbindliche Regelung, zu dessen Einhaltung sich alle Mitarbeiter verpflichten und ist auf den Internetseiten der Berlinwasser Holding AG einsehbar.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates 	<p>Interessenkonflikte sind bei den Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates nicht bekannt geworden. Entstandene Interessenkonflikte werden der Hauptversammlung mitgeteilt.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates 	<p>Geschäfte mit der Berlinwasser Gruppe durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen lagen nicht vor. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit der Berlinwasser Gruppe abgeschlossen. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes 	<p>Die Vorstandsmitglieder üben Nebentätigkeiten aus, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Vorstandsmitglieder der Berlinwasser Holding AG stehen. Über die Erteilung von Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat. Darüber hinaus wird dem Aufsichtsrat jährlich die aktuelle Übersicht aller Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder zur Kenntnis gereicht.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und Angehörige 	<p>Den Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
V. Transparenz		
V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsvverlauf 	<p>Der Aufsichtsrat wurde über Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Berlinwasser Gruppe, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, unverzüglich unterrichtet. Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht) werden auch über Internet unter www.berlinwasser.de veröffentlicht.</p>
	<ul style="list-style-type: none"> Informationen über das Unternehmen im Internet 	
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> Fristen für Jahresabschluss (binnen 90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (binnen 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen Erörterung der Zwischenberichte 	<p>Der Jahres- und Konzernjahresabschluss sowie die Zwischenberichte wurden entsprechend den rechtlich anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und innerhalb der vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern vorgelegt. Die Berlinwasser Holding AG unterrichtet den Aufsichtsrat und die Gesellschafter durch Zwischenberichte (monatlicher Bericht über die wirtschaftliche Lage der Berlinwasser Gruppe). Zudem wird das Land Berlin als Hauptgesellschafter durch Quartalsberichte entsprechend den Vorgaben des Beteiligungskontrollings des Landes Berlin fristgemäß informiert. Die Erörterung der Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage erfolgt gegenüber dem Aufsichtsrat zu den stattfindenden Aufsichtsratssitzungen. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen der Berlinwasser Holding AG auf.</p>
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	<ul style="list-style-type: none"> Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungsektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	<p>Der Abschlussprüfer hat seine Unabhängigkeit gegenüber dem Aufsichtsrat erklärt und bestätigt. Die Erklärung enthielt ferner Angaben zu allen vom Abschlussprüfer erbrachten Leistungen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Es wurde vereinbart, dass Abschluss- und Befangenheitsgründe, die während der Prüfung auftreten könnten, unverzüglich dem Aufsichtsratsvorsitzenden gemeldet werden. Im Berichtsjahr sind durch den Abschlussprüfer keine Befangenheitsgründe vorgetragen worden.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung von Vorstand und Aufsichtsrat
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und der Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat auf Basis eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens - in Abstimmung mit dem Rechnungshof von Berlin - dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung Corporate Governance Kodex ergeben 	<p>Der Abschlussprüfer hat bestätigt, über alle für den Aufsichtsrat wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich zu berichten. Solche Feststellungen oder Vorkommnisse lagen nicht vor. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 	<p>Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2013 teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Er wird auch an allen Beratungen für den Jahresabschluss 2014 teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>

BWH: Vorstandsbezüge 2014

Aufteilung der Vorstandsbezüge nach § 8 Abs. 5 der Satzung der Berlinwasser Holding AG

in €	Simon, Jörg	Bruck- mann, Frank	Schmidt, Norbert	Dr. Gruwald, Georg (*)	Gesamt
Gehälter (Jahreseinkommen)	18.278,00	51.512,00	33.000,00	0,00	102.790,00
Leistungs- und erfolgsabhängige variable Bezüge auf der Grundlage von Zielvereinbarungen	25.098,12	43.351,02	32.640,00	20.900,00	121.989,14
Abfindungsbetrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gewinnbeteiligung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwandsentschädigung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Versicherungsentgelte	0,00	0,00	9.043,72	0,00	9.043,72
Provisionen und Nebenleistungen jeder Art	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt	43.376,12	94.863,02	74.683,72	20.900,00	233.822,86

*) Zufluss der variable Vergütung für das Jahr 2013 im Jahr 2014

Quelle: Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2014 BWH

BWH: Bezüge Aufsichtsratsmitglieder 2014

Aufsichtsratsvergütung 2014

Mit Beschluss der Hauptversammlung der Berlinwasser Holding AG vom 17. Juni 2014 erhalten die Mitglieder des neu gewählten Aufsichtsrates ab dem 17. Juni 2014 lediglich angemessenen Ersatz von Auslagen. Eine darüber hinausgehende Vergütung der Tätigkeit wird nicht mehr gezahlt.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für das Geschäftsjahr eine Gesamtvergütung in Höhe von 49,1 T€ (Vorjahr: 104,0 T€).

Quelle: Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2014 BWH

**BGZ Berliner Gesellschaft für
internationale Zusammenarbeit mbH**



Lagebericht 2014

1. Unternehmensgegenstand

Die BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit ist eine Gemeinschaftseinrichtung des Landes Berlin und der Handwerkskammer. Sie wird institutionell gefördert über die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung und ist gemeinnützig. Unternehmensgegenstand ist:

- Konzeption und Durchführung von Projekten in Berlin und im Ausland, die der Völkerverständigung, der Berufsbildung und der Unterstützung der wirtschaftlichen Selbsthilfeinitiativen dienen
- Förderung der Kooperation zwischen hierzu befähigten Bildungs- und Sozialeinrichtungen, einschließlich Verwaltungen, Unternehmen und deren Selbstverwaltungseinrichtungen im In- und Ausland
- Entwicklung und Verbreitung von Methoden zur Integration von benachteiligten Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft

In ihrer mehr als 30jährigen Geschichte hat die BGZ ein Profil entwickelt, das sie von anderen Organisationen in diesem Bereich der internationalen Zusammenarbeit unterscheidet. Ihre Stärke liegt wesentlich in der Trägerstruktur als Gemeinschaftseinrichtung des Landes Berlin und der Wirtschaft. So realisiert die BGZ eine Verbindung der Schwerpunkte KMU-Förderung mit der beruflichen Integration von MigrantInnen. Es geht zudem um eine gezielte Verknüpfung der Partnernetzwerke – etwa durch Einbeziehung der langjährigen türkischen und polnischen Partner und der Städtepartnerschaften Berlins in neue transnationale Kooperationsprojekte.

Der Unternehmensgegenstand verwirklicht die gesellschaftliche Reputation des Landes Berlin durch seine Tätigkeit in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung sowie sozialem und kulturellem Engagement im weiteren Sinne. Die mit dem Unternehmensgegenstand kompatiblen EU Projekte werden eingeworben und umgesetzt.

2. Geschäftsverlauf und Lage

Die BGZ hat sich im Jahr 2014 positiv entwickelt, es lagen keine existenzbedrohenden Risiken vor. Das von der BGZ für das Jahr 2014 akquirierte Projektvolumen betrug 870.340 Euro €. Das Verhältnis von institutioneller Landesförderung in Höhe von 325.000 € zu dem akquiriertem Projektvolumen beträgt damit 1 zu 2,7

2014 wurden u.a. folgende Projekte umgesetzt:

- **PROTECT - Lernen und helfen im Ehrenamt**

Geber: Europäische Kommission (über EACEA), Programm für Lebenslanges Lernen/ Grundtvig / Multilaterale Projekte

Partner in Berlin: Deutsches Rotes Kreuz - Landesverband Berlin, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Malteser Hilfsdienst e.V., Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Transnationale Partner in: Wien/AT, Mataró/ES, Amsterdam/NL

- **Global Fairness – Schools as Agents for Change**

Geber: Europäische Kommission, EuropeAid

Partner in Berlin: Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ), Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. (KATE), Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit e.V. (GSE)
Transnationale Partner in: Großbritannien, Österreich, Tschechien

- **TriNet Global - Local Authorities, Business Sector and Universities as Agents for Change**

Geber: Europäische Kommission, EuropeAid

Partner in Berlin: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes Berlin, EPIZ e.V., Transfair e.V. Alice-Salomon-Hochschule

Transnationale Partner in: Dänemark, Tschechien, Österreich

- **Schaufenster Elektromobilität: Aus- und Weiterbildung für Hochvolttechnik in Kraftfahrzeugen**

Geber: Bundesministerien (BMW, BMBF, BMVBS, BMUNR)

Partner in Berlin: Innung des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin, Handwerkskammer Berlin, OSZ Kfz-Technik Berlin, Landesinnungsverband der Elektrotechnischen Handwerke Berlin/Brandenburg

Transnationale Partner in: Italien und Polen

- **Berlin Mobil – Mobilitätsprojekt für eMo und im Katastrophenschutz**

Geber: Nationale Agentur Bildung für Europa / Leonardo-da-Vinci - Mobilität

Partner in Berlin: Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin, Innung des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin

Transnationale Partner in: Polen, Österreich, Italien und Spanien

- **Learning eMobility plus – Gemeinsam lernen in der Zukunftstechnologie Elektromobilität.**

Geber: Nationale Agentur Bildung für Europa / Erasmus plus

Partner in Berlin: Innung des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft

Transnationale Partner in: Polen und Italien

- **TIME - Train Intercultural Mediators for a Multicultural Europe**

Geber: Europäische Kommission / Erasmus plus

Transnationale Partner in: Griechenland, Belgien, Italien, Österreich, Polen, Portugal

Bei der Umsetzung der Projekte arbeitete die BGZ 2014 mit 14 operativen Partnern in Berlin zusammen, die Zahl der Begünstigten in Berlin betrug für 2014 rund 9000 Personen (ohne Zählung von Lehrkräften und Schüler/innen, die Nutzer/innen der in den Projekten entwickelten Lehr- und Lernmaterialien sind und ohne Adressaten von Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit).

Inhaltliche Schwerpunkte der Projekte waren vor allem Schwerpunkte berufliche Bildung, Globales Lernen, Förderung von KMU, Integration von Migrant/innen und Projekte im Schaufenster Elektromobilität.

Mit allen durchgeführten Projekten leistet die BGZ einen Beitrag zur Umsetzung von strategischen Leitlinien des Landes Berlin: Umsetzung des Integrationskonzepts, zur Förderung von KMU und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft, zur UN-Dekade für Nachhaltige Entwicklung zur Kooperation in der Oderregion und zur Umsetzung des Schaufensters Elektromobilität. Vorbereitet wurde außerdem ein EU-Antrag im Rahmen von EuropeAid.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 8 Angestellte (einschließlich Geschäftsführerin).

3. Finanzierung

Seit ihrer Gründung wird die BGZ als Institution durch das Land Berlin gefördert und wirbt Drittmittel ein aus denen das Land Berlin einen Nutzen zieht, der die Aufwendungen für die institutionelle Förderung übersteigt. Da Aufwendungen für die Projektakquise grundsätzlich nicht förderfähig sind und in allen Projekten Eigenmittel gefordert werden, ist die institutionelle Förderung ein unverzichtbarer Finanzierungsbaustein für die BGZ.

4. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2015 und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die BGZ wird sich 2015 auf die Umsetzung ihrer Aufgaben und Projekte konzentrieren, da im ersten Jahr der neuen EU-Förderperiode kaum mit vielen Ausschreibungen zu rechnen ist, auf die die BGZ sich bewerben kann. Durch die laufenden Projekte ist auch für 2015 eine positive Entwicklung des Unternehmens zu erwarten. Es sind keine existenzbedrohenden Risiken erkennbar.

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014

Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsführerin und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführerin abgehalten. In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführerin hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Die Geschäftsführerin hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

Die Geschäftsführerin ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens 2 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Die Geschäftsführerin und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

Die Geschäftsführerin hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführerin Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 27.11.2013 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsführerin, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden, sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Gesamtvergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführerin festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Bei Erstbestellungen wurde die maximal mögliche Bestelldauer ausgeschöpft; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen. Unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße und der Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats hat der Aufsichtsrat keine Ausschüsse.

Zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführerin hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführerin hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Die Tätigkeit im Aufsichtsrat ist ehrenamtlich. An die Mitglieder wurden keine Entgelte gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen

IV. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführerin hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführerin ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführerin und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Es bestanden keine Interessenkonflikte und es wurde auch über keine berichtet.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführerin oder ihr nahe stehenden Personen oder ihr persönlich nahe stehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Die Geschäftsführerin hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt. Der Geschäftsführerin und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen den Gesellschaftern vorgelegt. Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen vorlagen; an der Unabhängigkeit des Prüfers bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. Der Abschlussprüfer wird an der Sitzung des Aufsichtsrats teilnehmen, die den Jahresabschluss und den Lagebericht zum Gegenstand der Tagesordnung hat.

15. Mai 2015

BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH

Jürgen Wittke
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dr. Hilde Hansen
Geschäftsführerin



**BGZ Berliner Gesellschaft für internationale
Zusammenarbeit mbH**

Bezüge der Geschäftsführerin Frau Dr. Hilde Hansen

Bruttogehalt	66.951,84 €
Urlaubsgeld	255,65 €
Weihnachtsgeld	4.582,85 €
erfolgsorientierte Leistungsprämie 2013	5.100,00 €
Arbeitgeberanteil VBLU	4.942,98 €
	<hr/>
	81.833,32 €

Arbeitgeberbeiträge zur	
Rentenversicherung	6.741,62 €
Arbeitslosenversicherung	1.069,49 €
Krankenversicherung	3.547,80 €
Pflegeversicherung	185,16 €
Umlagen	1.143,12 €
pauschale Steuer auf VBLU-Beiträge	233,04 €
Gesamt	<hr/>
	94.753,55 €

Neben den Bezügen erhält die Geschäftsführerin Auslagen anlässlich von Dienstreisen erstattet, wobei die Erstattungen im Rahmen des Bundesreisekostengesetzes erfolgten.

Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder

Nach § 8 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates keine Vergütung.

Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH

Zusammengefasster Lage- und Konzernlagebericht der Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

1. Grundlagen des Unternehmens und des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell

Die Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH, Berlin, („**berlinovo**“) ist eine 100%ige Beteiligung des Landes Berlin. Als Immobiliendienstleisterin erbringt sie Leistungen des Portfolio-, Asset-, Property- und Fondsmanagements. Sie bewirtschaftet derzeit im Wesentlichen den Immobilienbestand von 30 geschlossenen Immobilienfonds, von denen sich 24 in Mehrheitsbesitz des Landes Berlin befinden. An diesen sog. Rückkauffonds hält das Land Berlin zum Jahresende durchschnittlich 99,4%.

Das Immobilienportfolio der Rückkauffonds umfasst am 31. Dezember 2014 eine vermietbare Fläche von rund 3,6 Mio. m² bzw. 440 Einzelobjekte mit rund 29.400 Mieteinheiten und einer jährlichen Sollmiete von 340 Mio. € (Vorjahr 389 Mio. €). Darin enthalten sind Wohn-, Handels-, Büro- und Spezialimmobilien. Hiervon sind 13.800 Wohnungen sowie 7.000 Apartments in Berlin belegen.

berlinovo managt die Objekte der Fondsgesellschaften. Sie wird sowohl im Namen und auf Rechnung der Fonds tätig als auch für die Konzerngesellschaften, die diese Objekte als Generalmieter bewirtschaften.

Daneben wickelt **berlinovo** für ihre Tochtergesellschaften LPFV und IBG die mit den Fondsgesellschaften bestehenden Garantieverhältnisse ab, die aus der Risikoübernahme des Landes Berlin hinsichtlich in der Vergangenheit von der Bankgesellschaft Berlin AG eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den von ihr aufgelegten Fonds resultieren.

Der von **berlinovo** bewirtschaftete Immobilienbestand der Fonds ist nach Art und Lage der Objekte noch stark diversifiziert. Im Interesse des Landes Berlin verfolgt **berlinovo** die Strategie, das Immobilienengagement in Zukunft stark auf Berlin auszurichten. Unter Berücksichtigung der Marktgegebenheiten erfolgen daher sukzessiv Verkäufe ausländischer sowie ausgewählter inländischer Immobilien außerhalb Berlins. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden insgesamt 82 Objekte im Inland und 4 im Ausland veräußert. Darunter befanden sich in 2014 rund 10.500 Einheiten eines außerhalb Berlins gelegenen Wohnportfolios („Phönix-Portfolio“) von insgesamt über 13.000 Einheiten. Für das Jahr 2015 und Folgejahre sind weitere Immobilienverkäufe geplant.

1.2 Konzernstruktur

Im Geschäftsjahr 2014 umfasste der **berlinovo**-Konzern neben der Berlinovo GmbH die folgenden Gesellschaften (alle mit Sitz in Berlin):

- Berlinovo Apartment GmbH (bis 15. April 2014: ARWOBAU GmbH)
- Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der Berlinovo mbH (IBV)
- Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BAVARIA)
- Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG)
- LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs GmbH (LPFV)
- Bavaria Projektentwicklung GmbH Berlin (Bavaria PE)

- BIH Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Bau- und Projektentwicklungen i. L. (BIH GEG)

Neben diesen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften hält **berlinovo** mittelbar und unmittelbar Anteile an weiteren 26 (im Vorjahr 30) Gesellschaften, bei denen es sich zum Teil um zur Abwicklung vorgesehene Gesellschaften handelt, die keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.

An 113 (im Vorjahr 114) Fonds- und deren Beteiligungsgesellschaften sind Tochtergesellschaften von **berlinovo** in überwiegend geringem Umfang beteiligt. Von diesen betreffen 100 Gesellschaften die 24 Rückkauffonds und ihre Objektgesellschaften, an denen das Land Berlin zum 31. Dezember 2014 mittelbar und unmittelbar mit insgesamt 99,4 % beteiligt ist. Eine Einbeziehung in den Konzernabschluss von **berlinovo** erfolgt nicht, da die Anteilmehrheiten an diesen Gesellschaften nicht im wirtschaftlichen Eigentum des Konzerns stehen, sondern treuhänderisch für das Land Berlin gehalten werden.

1.3 Geschäftstätigkeit

In der **berlinovo**, die 2012 durch Umfirmierung aus dem BIH-Konzern („Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin“) hervorging, werden die in der Vergangenheit von verschiedenen Konzerngesellschaften ausgeführten Tätigkeiten, im Wesentlichen Immobiliendienstleistungen sowie Fondsgeschäftsführung und -management, effektiv zusammengefasst.

Als Geschäftsbesorgerin übernimmt sie die Aufgaben ihrer mittlerweile überwiegend nicht mehr operativ tätigen Tochtergesellschaften. Zwischen **berlinovo** und den Gesellschaften Berlinovo Apartment, LPFV, IBV, IBG und BAVARIA bestehen Gewinnabführungsverträge.

Im Fokus von **berlinovo** steht zum einen die Wertstabilisierung und -steigerung des verwalteten Immobilienbestands. Sie bewirtschaftet und managt derzeit, neben dem Immobilienportfolio der 24 Rückkauffonds, den Bestand von weiteren sechs geschlossenen Immobilienfonds sowie sonstiger Eigentümer. Sie erbringt dabei ein breites Spektrum immobilienbezogener Dienstleistungen für Wohn- und Gewerbeimmobilien aller Größenordnungen. Die Bewirtschaftung der bundesweit rund 30.000 Wohn- und Gewerbeimmobilien erfolgt durch ein auf Asset-Klassen spezialisiertes Asset- und Property Management (einschließlich Vermietung- und WEG-Verwaltung).

Darüber hinaus rückt aufgrund der strategischen Neuausrichtung zunehmend die Vorbereitung und Abwicklung von Immobilienverkäufen in den Vordergrund. Daneben sind die Umsetzung und effiziente Steuerung lebenszyklusbedingter Instandsetzungsmaßnahmen sowie die Realisierung wertsteigernder Investitionen von hoher Bedeutung.

berlinovo hat auch die wesentlichen operativen Aufgaben ihrer Tochtergesellschaft **IBV** als Dienstleisterin für geschlossene Immobilienfonds übernommen. Mittels fondsbezogen organisierter Teams nimmt sie die Fondsgeschäftsführung wahr und betreut die verbliebenen Zeichner. Per 31. Dezember 2014 betreut sie 30 Fonds mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 9,6 Mrd. € und einem ursprünglichen Eigenkapitalvolumen von rund 3,2 Mrd. €. Zum 31. Dezember 2014 werden rd. 77.000 Zeichnungen von rd. 7.800 Zeichnern betreut. Von diesen sind 857 an Rückkauf- und 7.009 an Drittfonds beteiligt.

Die **Berlinovo Apartment** bewirtschaftet vor allem rund 7.000 in Berlin gelegene möblierte Apartments verschiedener Kategorien. Die Objekte werden im Rahmen langfristiger Generalmietverträge von diversen Fondsgesellschaften gemietet. Die Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang durch einen Freistellungsvertrag mit der IBG von sämtlichen Risiken aus den bis zum 31. Dezember 2000 geschlossenen Generalmietverträgen freigestellt.

Die **IBG** fungiert als Garantin im Hinblick auf die Garantien, mit denen die Fondsgesellschaften bei Vertrieb ausgestattet wurden. Sie übernimmt das Vertragsmanagement und die Abwicklung der verbliebenen Verpflichtungen.

Die **LPFV** ist Trägerin sämtlicher Risiken aus dem in der Vergangenheit von der Bankgesellschaft Berlin AG veranlassten Vertrieb der nunmehr von **berlinovo** verwalteten Immobilien und Fondsanteile. Sie hat diese Risiken im Jahr 2000 von der IBG bzw. deren Tochter- bzw. Enkelgesellschaften mit schuldrechtlicher Wirkung, jedoch ohne Berührung des Außenverhältnisses, übernommen. Sie weist in ihrer Bilanz Ausgleichsansprüche gegenüber dem Land Berlin aus, die aus der Erfüllung der unterschiedlichen Garantieverpflichtungen gegenüber den Fondsgesellschaften resultieren. Diese Ausgleichsansprüche werden durch laufende Ausschüttungen der Rückkauffonds, die der LPFV vom Land abgetreten wurden, erfüllt.

Für die **BAVARIA**, die sich bereits in Liquidation befand, wurde der Liquidationsstatus im Vorjahr wieder aufgehoben. Die Gesellschaft wickelt überwiegend das ihr verbliebene Gewährleistungsvolumen aus ehemaligen Bauträger-, Immobilienentwicklungs- bzw. Generalübernehmer-Aktivitäten ab. Zum 31. Dezember 2014 liegt das Gewährleistungsrisiko bei ca. 14,1 Mio. € (im Vorjahr 12,1 Mio. €).

1.4 Rechtsbeziehungen zum Land Berlin

Die Aktivitäten von **berlinovo** sowie ihre Beziehungen zum Land Berlin sind stark von den Folgen des in der Vergangenheit erfolgten Vertriebs von Anteilen an geschlossenen Immobilienfonds durch die Bankgesellschaft Berlin geprägt. Hieraus resultierten erhebliche Verpflichtungen des Landes aus Miet-, Kredit- und anderen Garantiezusagen.

berlinovo (damals BIH) und ihre Tochtergesellschaften übernahmen in der Folge die Bewirtschaftung der Fondsimmobilien, die Verwaltung der Fonds, den Rückkauf der Anteile sowie die Abwicklung der Garantien für das Land Berlin. Bis Ende 2012 schirmte das Land Berlin den Konzern durch eine sogenannte Erfüllungsübernahme nach den Regeln der Detailvereinbarung vom 16. April 2002 („DetV“) ab.

Diese unmittelbare Übernahme der Risiken durch das Land wurde mit der am 20. Dezember 2012 abgeschlossenen „Vereinbarung zur Neuordnung der Rechtsbeziehungen zwischen dem Land Berlin und der Berlinovo-Gruppe“ („**Neuordnungsvereinbarung**“) aufgehoben. Damit wurde die Gruppe in die wirtschaftliche Selbständigkeit überführt: Das Land Berlin leistete eine Einmalzahlung und trat sämtliche bestehenden und zukünftigen laufenden Ausschüttungen aus den im Rahmen verschiedener Programme sukzessive erworbenen Fondsanteilen an die LPFV ab.

Die Neuordnungsvereinbarung ermöglicht **berlinovo**, die administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit den übernommenen Risiken und Garantien selbständig neu zu ordnen, in effiziente und einheitliche Strukturen zu überführen und sich auf die Bewirtschaftung und Optimierung des Immobilienportfolios der Fondsgesellschaften zu fokussieren.

Die Finanzierung der Garantieverpflichtungen erfolgt weiterhin über die Tochtergesellschaft LPFV, der die Ausschüttungsansprüche aus den vom Land Berlin gehaltenen Fondsanteilen zustehen. Sie ist im Rahmen der Neuordnungsvereinbarung gegen Insolvenzrisiken abgesichert. Diese Absicherung umfasst die Gewährleistung einer bestimmten Mindestliquidität sowie die Absicherung von Verpflichtungen aus Garantiezusagen gegenüber Fondsgesellschaften. Im Gegenzug ist die LPFV verpflichtet, im Rahmen ihrer rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass eine Inanspruchnahme des Landes aus bestehenden Garantien für Kreditverhältnisse aus der Finanzierung der Fondsgesellschaften vermieden wird. **berlinovo** wird die LPFV hierbei unterstützen.

1.5 Strategische Ziele

berlinovo verfolgt konsequent die Neuausrichtung des Immobilienportfolios der Rückkauffonds. Damit verbunden ist einerseits der Rückzug aus dem Ausland und aus Regionen mit schwacher Entwicklungsperspektive sowie aus stärker risikobehafteten Assetklassen. Andererseits sollen gezielte Reinvestitionen - mit dem Fokus auf Wohnimmobilien - in den prosperierenden Standort Berlin erfolgen. Damit einhergehend treibt **berlinovo** auch die Bestandsoptimierung bei Gewerbeimmobilien voran, bei denen vor allem Büro- und Handelsimmobilien in wertstabilen Städten und Regionen zur Cash Flow-Stabilisierung beitragen sollen.

Im Rahmen des Asset- und Property-Managements für die 24 Rückkauffonds stellen insbesondere das Bewirtschaftungsergebnis vor Zinsen (NOI) sowie der Immobilienwert wesentlichen Steuerungsgrößen dar. Sie werden maßgeblich von den Vermietungsaktivitäten bzw. dem Leerstandsabbau und dem Management der Bewirtschaftungskosten getrieben. Nicht zuletzt wird der Immobilienmarkt kontinuierlich beobachtet und ausgewertet, um die jeweiligen Marktströmungen optimal für Transaktionen oder Mietvertragsanpassungen nutzen zu können.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach einem überraschend guten Start im ersten Quartal 2014 hat die deutsche Konjunktur im weiteren Verlauf des Jahres leichte Dämpfer erhalten. Ursächlich hierfür waren sowohl der Außenhandel als auch die Bruttoanlageinvestitionen. Der normalerweise robuste Außenhandel stand zunehmend unter geopolitischem Druck: Neben den Risiken im Euroraum sorgten der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die damit verbundenen Handelssanktionen sowie weitere geopolitische Krisen für Verunsicherung. Hinzu kam die allgemein ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in großen Mitgliedstaaten des Euroraums. Positive Effekte ergaben sich dagegen aus dem von einer geringen Inflationsrate gestützten privaten Konsum, dem anhaltend hohen Beschäftigungsniveau sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau. Im Vergleich zu den zwei Vorjahren ist die Inflationsrate mit 0,9 % deutlich geringer. Der private Konsum verzeichnet einen deutlichen Anstieg um 0,8 %; die Arbeitslosenquote lag mit 6,7 % im Jahresdurchschnitt 2014 rund 0,2 Prozentpunkte unter der des Jahres 2013.

Insgesamt konnte 2014 ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % erreicht werden. Damit wächst Deutschland weiterhin stärker als andere Länder des Euroraums.

2.2 Branchenbezogenes Umfeld – Entwicklung auf den Immobilienmärkten

Die nach wie vor starke wirtschaftliche Stellung Deutschlands in Europa beflügelte, in Verbindung mit den anhaltend niedrigen Zinsen, erneut den einheimischen Immobilienmarkt. Der massive Mangel an Anlagealternativen im derzeitigen Niedrigzinsumfeld führte, in Kombination mit den weiterhin sehr günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, zu einem deutlichen Anstieg des Transaktionsvolumens auf dem Investmentmarkt für Gewerbeimmobilien. Das Volumen stieg von 30,7 Mrd. € in 2013 um rund ein Drittel auf ca. 40,5 Mrd. €.

Trotz zunehmender Risikobereitschaft halten die finanzierenden Banken und Investoren an Ihren Präferenzen in Bezug auf die Objekt- und Lagequalität fest. Die Nachfrage nach Core-Immobilien in den Metropolregionen ist ungebrochen, dies gilt auch für „B-Lagen“. Durch den

bei den Investoren herrschenden Anlagedruck geraten neben den als sicher geltenden Büro- und Wohnimmobilieninvestments zunehmend auch Handels- und Logistikimmobilien in den Fokus. Auch hier wurden in 2014 erneut größere Volumina als im Vorjahr gehandelt, so dass sich der Druck auf die Renditen weiter erhöhte.

2.2.1 Wohnimmobilien

Das Jahr 2014 war von einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum in Ballungsgebieten und Metropolen geprägt, einhergehend mit deutlichen Steigerungen der Miet- und Kaufpreise sowie zunehmender Flächenknappheit. Strukturschwache und ländliche Regionen verzeichneten demgegenüber eine rückläufige Entwicklung. Die Umsatzzahlen der in 2014 gehandelten Wohnungsportfolien belegen jedoch insgesamt die anhaltende Attraktivität dieser Anlageklasse. So wurden im Jahr 2014 im Rahmen von Portfoliotransaktionen rund 218.000 Wohneinheiten gehandelt. Dies entspricht einem Investitionsvolumen von rd. 12,9 Mrd. €.

Insbesondere der Berliner Wohnungsmarkt mit seinem stetigen Bevölkerungszuwachs profitierte von dieser Marktentwicklung. Die Verknappung des Wohnraums führte zu steigenden Mieten und Preisen, auch wenn der Anstieg in 2014 deutlich geringer ausfiel als in den Vorjahren. Die Neuvertragsmieten stiegen um 6,6 % und erreichten durchschnittlich rund 8,55 €/m². Überdurchschnittliche Preisanstiege verzeichnen vor allem die Bezirke Mitte, Lichtenberg und Neukölln. Die mittlerweile angelaufene Neubautätigkeit kann den anhaltenden Nachfrageüberhang angesichts eines geschätzten Neubaubedarfs von jährlich mehr als 16.000 Wohneinheiten nicht merklich verringern.

2.2.2 Apartments

Vor allem auf Grund der zunehmenden Mobilität der Bevölkerung hat sich das Segment „Wohnen auf Zeit“ zu einer Branche mit hohem Potenzial entwickelt. Aktuelle Studien zeigen für Deutschland ein Potenzial von knapp 28,3 Mio. Übernachtungen von Mitarbeitern in- und ausländischer Unternehmen in Apartments pro Jahr auf. Derzeit beträgt die Zahl jedoch nur gut 5,6 Mio. Die durchschnittliche Auslastung der rund 20.000 Mikroapartments in Deutschland beträgt rund 77 %. Gerade Berlin zieht eine große Zahl von unterschiedlichen Nachfragegruppen, wie beispielsweise Arbeitspendler, Berufseinsteiger, Praktikanten, Studenten und Freiberufler an. Diese suchen erfahrungsgemäß zunächst flexible Wohnformen, bevorzugt möblierte Apartments im Zentrum von Berlin, aber auch solche in Stadtrandlagen mit guter Verkehrsanbindung. Auch die generell angespannte Marktsituation auf dem Berliner Wohnungsmarkt, hier insbesondere der kleinen Wohnungen, trägt zu der erfreulichen Entwicklung im Apartmentbereich bei.

2.2.3 Büroimmobilien

Im abgelaufenen Jahr zeigten sich am Büromarkt sehr unterschiedliche Trends für den Vermietungs- und den Investmentmarkt. Der Vermietungsmarkt verzeichnete 2014 gegenüber dem Vorjahr eine leichte Abkühlung. Diese beruhte vor allem auf einer verschlechterten Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung und führte dazu, dass Anmietungsentscheidungen ausgesetzt wurden. Positiv wirkte dagegen die anhaltend gute Lage auf dem Arbeitsmarkt, sodass sich insgesamt ein moderater Abbau von Leerständen ergab. Messbare Steigerungen lassen sich jedoch fast ausschließlich bei Neubauten in sehr guten Lagen erkennen. Die Nachfrage nach Investments in Büroimmobilien ist dagegen weiterhin ungebrochen. Das Investitionsvolumen betrug rd. 17,0 Mrd. € und machte ca. 43,0 % des Gesamtvolumens gewerblicher Immobilieninvestments aus, wobei Nebenlagen wenig zu dieser Entwicklung beitrugen.

2.2.4 Handelsimmobilien

Das Handelssegment verzeichnete 2014 eine positive Entwicklung. Deutschlandweit wurden rund 582.400 m² neu vermietet. Der Großteil der Anmietungen erfolgte – bedingt durch die weitere Verstärkung des Online-Handels und neue City-Konzepte großer Handelsketten (z.B. von IKEA oder dem Dänischen Bettenlager) – überwiegend in zentralen Lagen größerer Städte.

Das Investitionsvolumen in Bezug auf Handelsimmobilien stieg vor allem auf Grund der weiterhin starken Nachfrage ausländischer Kapitalanleger gegenüber dem Vorjahr nochmals um rd. 6,0% auf 9,2 Mrd. € an. Getrieben vom Verdrängungsprozess an Top-Standorten im Core-Segment wichen Investoren vermehrt auf Regionalzentren und B-Städte aus. Gleichzeitig wuchs der Anteil der Portfoliakäufe von Fachmärkten/Fachmarktzentren sowie Supermärkten/Discountern auf einen Anteil von 41 % der Transaktionen im Einzelhandelssegment. Dies entspricht einem Volumen von rund 3,8 Mrd. €. Die parallel stattfindende Verlagerung der Investmentaktivitäten auf sowohl Nebenlagen als auch Fachmärkte und Supermärkte/Discounters zeigt die zunehmende Risikobereitschaft der Investoren.

2.2.5 Spezialimmobilien

Das Segment Spezialimmobilien umfasst eine Vielzahl unterschiedlicher Objekttypen, wobei vor allem Logistik- und Seniorenimmobilien sowie Hotels derzeit im Fokus der Investoren stehen.

Der deutsche **Logistikmarkt** entwickelte sich insbesondere durch die weitere Stärkung des Online-Handels sehr positiv. Hierzu haben auch Standortfaktoren wie beispielsweise die geografische Lage Deutschlands in Mitteleuropa und das umfangreiche Straßen- und Schienennetz beigetragen. Bezogen auf Vermietungen ergab sich für den deutschen Lager- und Logistikflächenmarkt ein Umsatzvolumen von rund 5,2 Mio. m², das fast 25 % über dem 10-Jahresdurchschnitt lag. Auch für - vor allem institutionelle - Investoren sind Logistikimmobilien zunehmend attraktiv, da sie im Vergleich zu anderen Assetklassen höhere risikoabhängige Renditen bieten. In 2014 wurden rd. 3,6 Mrd. € bzw. 57 % mehr als im Vorjahr investiert. Die Nachfrage konzentriert sich dabei auf sehr große Distributionshallen mit Flächen von mehr als 50.000 m² und guter Autobahnanbindung.

Die anhaltend hohe Attraktivität von Deutschland als Reiseziel für Touristen aus aller Welt spiegelt sich in der positiven Entwicklung des **Hotelmärktes** wider. Das Umsatzvolumen der Übernachtungen in Hotels und Pensionen betrug in 2013 insgesamt rd. 412,0 Mio. €, die Hotelauslastung stieg parallel um 1,0 % auf knapp 67,0 %. Der durchschnittliche Zimmerpreis erhöhte sich dagegen lediglich um 0,7 %. Auch in 2014 fiel der Zuwachs des Ertrags pro verfügbarem Zimmer (RevPAR) mit 1,7% niedrig aus. Erkennbar sind anhaltende Investitionsmaßnahmen, die in 2014 vor allem Modernisierungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen betrafen. Wichtiger Impulsgeber hierfür war neben dem niedrigen Zinsniveau immer noch die Senkung der Umsatzsteuer auf Übernachtungsleistungen. Das zunehmende Interesse von Investoren an Hotelimmobilien kommt in der Steigerung des Investmentumsatzes um 82 % gegenüber 2013 auf rd. 3,1 Mrd. € zum Ausdruck. Der Handel mit Hotelobjekten wurde im Wesentlichen von Portfolio-Transaktionen und Umsätzen in der Risikoklasse „Value Added“ getrieben. Bevorzugte Investitionsstandorte waren Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, München und Stuttgart.

Bedingt durch die demographische Entwicklung in Deutschland wird im Bereich der **Senioren- und Pflegeimmobilien** selbst bei zurückhaltender Betrachtung von einer Zunahme der Nachfrage nach Pflegeplätzen von ca. 25 % in den kommenden 10 Jahren ausgegangen. Dies entspricht rd. 350.000 zusätzlichen Plätzen. Gleichzeitig werden in diesem Zeitraum ca. 20 % der bestehenden Pflegeplätze erneuerungsbedürftig sein bzw. könnten durch gesetzli-

che Vorgaben einiger Bundesländer hinsichtlich der Umwandlung von Doppel- in Einzelzimmer ab 2016 entfallen. Da sich die Renditen für Pflegeheime je nach Lage und Qualität der Objekte und Betreiber zwischen 5,6 % und 7,0 % bewegen, steigen die Transaktionszahlen in diesem Nischensegment trotz beschränktem Investorenkreis kontinuierlich an. In 2014 wurden Objekte mit einem Volumen von rund. 811 Mio. € gehandelt, was einer Steigerung von rd. 25,0 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Beliebt sind vor allem moderne Objekte mit 80 bis 150 Pflegeplätzen und Double- bzw. Triple-Net-Mietverträgen mit Laufzeiten von 20 bis 25 Jahren.

2.3 Ergebnisbeiträge und finanzielle Leistungsindikatoren

Die Tätigkeitsfelder von **berlinovo** umfassen im Wesentlichen Immobiliendienstleistungen sowie Fondsmanagement und -geschäftsführung. Daneben betreibt die Gesellschaft das Management und die Abwicklung bestehender Garantieverhältnisse, den Rückkauf und die treuhänderische Verwaltung von Fondsanteilen sowie die Abwicklung von Gewährleistungs- und sonstigen Risiken.

Die Qualität und der Erfolg der von **berlinovo** erbrachten Dienstleistungen schlagen sich zunächst unmittelbar in den Ergebnissen der Fonds- und Objektgesellschaften nieder. Mittelbar beeinflussen die Fondsergebnisse die finanzielle Ausstattung des Konzerns jedoch maßgeblich, da die Ausschüttungen der Fondsgesellschaften **berlinovo** bzw. ihrer Tochter LPFV zustehen und die wesentliche Finanzierungsquelle des Konzerns darstellen.

Auf das Jahresergebnis von **berlinovo** wirken sich die Ergebnisse der Fonds jedoch nur mittelbar über die von Konzerngesellschaften gehaltenen Beteiligungen aus. Vor allem die Tochtergesellschaften IBG und IBV halten Anteile an den Fondsgesellschaften. Den Fonds geschuldete Garantieleistungen beeinflussen das Konzernergebnis dagegen nicht, da in gleicher Höhe Ausgleichsansprüche gegenüber dem Land Berlin aktiviert werden. Diese Ansprüche werden durch die an **berlinovo** abgetretenen Fondsausschüttungen beglichen. Auch negative Bewirtschaftungsergebnisse von Konzerngesellschaften aus generalangemieteten, garantiebehafteten Objekten werden auf diese Weise neutralisiert. Diese Abschirmung ist, abgesehen von einer Insolvenz- sowie Liquiditätsabsicherung, grundsätzlich auf den Betrag beschränkt, den **berlinovo** bei Abschluss der Neuordnungsvereinbarung für die Erfüllung von Garantieverpflichtungen bereits erhalten hat sowie aus den Fondsausschüttungen erhalten wird.

Dass **berlinovo** durch eine effektive Bewirtschaftung der garantiebehafteten Immobilien dazu beiträgt, die aus Garantieverpflichtungen zu erbringenden Leistungen zu reduzieren, lässt sich an den folgenden **Leistungsindikatoren** erkennen:

2.3.1 Vermietung

In 2014 wurde weiterhin ein aktives Asset- und Vermietungsmanagement betrieben und der Verkauf von Leerstandsobjekten forciert. Damit ist es **berlinovo** gelungen, die immobilienwirtschaftlichen Ergebnisse auf hohem Niveau stabil zu halten.

Die Leerstandsmietenquote über alle Immobilienklassen veränderte sich gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich.

Entwicklung der Leerstandsmietenquote		
	2014	2013
	%	%
Wohnen	5,3	6,1
Apartment	17,2	16,3
Spezial	2,7	3,2
Büro	2,3	2,6
Handel	6,5	4,2
gesamt	6,1	5,7

Zur Festigung der Vermietungsstände haben vor allem die Aktivitäten im Teilportfolio Wohnen beigetragen. Die Leerstandsquote konnte von 6,1 % in 2013 auf 5,3 % in 2014 gesenkt werden. Durch die Bereinigung des Bestands im Zuge der Veräußerung eines großen Wohnungsportfolios außerhalb Berlins („Phönix-Transaktion“) und weitere Mietvertragsabschlüsse zu marktüblichen Konditionen konnten deutliche Verbesserungen erzielt werden. Auch im Bereich der Gewerbeimmobilien wurde mit Neuvermietungen und Mietvertragsverlängerungen von insgesamt rund 215 Tm² Mietfläche (ca. 13,9 Mio. € Jahresmiete) ein gutes Ergebnis erzielt. Hierzu hat z.B. die nach erfolgreicher Umsetzung eines neuen technischen Gesamtkonzepts realisierte größte Einzelvermietung einer seit längerem leer stehenden Logistikimmobilie in Hilden mit insgesamt ca. 17.800 m² im vierten Quartal beigetragen.

Im Handelsbereich wirken Entwicklungen der Vorjahre, insbesondere die Insolvenzen großer Handelsmieter (Max Bahr, Praktiker), weiterhin negativ auf die Leerstandsmietenquote (4,2 %, im Vorjahr 6,5 %) ein. Intensive Vermietungsaktivitäten haben mittlerweile zu konkreten Interessensbekundungen aus unterschiedlichen Branchen geführt, jedoch sind erfolgreiche Vertragsabschlüsse an langwierige Klärungen bzgl. Bau- und Nutzungsrechten sowie an die Umsetzung technischer Anforderungen der Mieter geknüpft.

2.3.2 Instandhaltung und Bewirtschaftungskosten

Das laufende Investitions- und Instandhaltungsprogramm wurde von **berlinovo** in 2014 weiter forciert. Es zielt auf die Werterhaltung und -steigerung der bewirtschafteten Objekte durch geeignete wertschöpfende Maßnahmen sowie die Beseitigung von Instandhaltungstau ab. Zu den größeren Projekten zählten der erste Bauabschnitt der Fenster- und Fassadensanierung eines Apartmenthauses in Berlin Neukölln, die Fertigstellung der grundlegenden Modernisierung von 69 Apartments eines Apartmenthauses in Steglitz sowie die Schadstoffsanierung von rund 355 Apartments. Darüber hinaus konnten ein Neubau des Fachmarktzentrens Kaiserslautern und die Revitalisierung eines SB-Warenhauses in Paderborn erfolgreich abgeschlossen sowie die bauliche Neukonzeption eines Bau- und Gartenmarktes in Kassel-Lohfelden initiiert werden.

Die Aufwendungen für das Investitions- und Instandhaltungsprogramm der 24 Rückkaufonds lagen im Jahr 2014 insgesamt bei rund 16,60 €/m² (2013: 19,20€/m²).

Daneben wurden auch im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder diverse Maßnahmen zur Kostenoptimierung eingeleitet. Eine wesentliche Maßnahme betraf die Bündelung von Facility-Dienstleistungen für einen Großteil des Gewerbeimmobilienportfolios. Diese Maßnahme dient der Optimierung des Property Managements sowohl im Hinblick auf eine hohe und einheitliche Qualität der Dienstleistungen als auch im Hinblick auf Kostenoptimierung und -transparenz (z.B. effiziente Steuerung durch einheitliches Reporting). Aufgrund der breiten

Streuung des Gewerbeportfolios waren bisher zahlreiche regionale Anbieter von Facility Management-Leistungen aufwändig zu überwachen und zu koordinieren. Ferner wurde in 2014 zur Senkung der Energiekosten des Apartmentbestandes die Beleuchtung auf LED-Technik umgestellt. Hieraus wird jährlich ein Einsparpotential in sechsstelliger Höhe erzielt. Darüber hinaus trägt diese Maßnahme dazu bei, den CO₂-Ausstoß der Objekte zu verringern. Im Zuge der turnusmäßigen Überprüfung aller Wärmelieferverträge konnten die jeweiligen Anschlusswerte erneut gesenkt werden. Auch hieraus ergeben sich zukünftig geringere Bewirtschaftungskosten in jährlich sechsstelliger Höhe.

2.3.3 Wertentwicklung des betreuten Portfolios

Entsprechend ihrer Strategie der Konzentration auf den Kernmarkt Berlin sowie auf Handel und Büro an ausgewählten deutschen Standorten betreibt **berlinovo** aktiv die Bereinigung des Portfolios der Fondsgesellschaften. In diesem Zusammenhang wurden in 2014, begünstigt durch die positive Marktentwicklung, zahlreiche Immobilien, veräußert.

Entwicklung der Verkehrswerte in Mio. €				
	31.12. 2014	31.12. 2013	Veränderung	
			absolut	%
Wohnen	1.111,1	1.028,6	82,5	8,0
Apartment	138,0	124,8	13,2	10,5
Spezial	1.026,3	1.050,9	-24,6	-2,3
Büro	298,3	299,7	-1,4	-0,5
Handel	881,3	916,3	-35,1	-3,8
Gesamt	3.454,9	3.420,4	34,6	1,0

Durch die positive Marktentwicklung in den Segmenten Wohnen und Apartment erhöhte sich der Verkehrswert des gesamten Bestandsportfolios zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um 1,0 %.

Nach dem Verkauf des sog. Phönix-Portfolios liegen rund 88 % der Wohnmietflächen der Fonds in Berlin. Die Apartments befinden sich ausschließlich in der deutschen Hauptstadt. Dem entsprechend spiegelt die Entwicklung der Verkehrswerte der Segmente Wohnen (+8,0 %) und Apartments (+10,5 %) sowohl die hohe Nachfrage nach Investments am Standort Berlin als auch den Anstieg der Marktmieten und den Rückgang der Leerstandsquoten wider.

Die Verkehrswerte des sehr heterogenen Segments Spezialimmobilien sind in 2014 rückläufig. Dies ist im Wesentlichen auf die Änderungen der gesetzlichen Anforderungen an Seniorenpflegeheime in drei Bundesländern zurückzuführen. Hiermit verbunden sind – bei der Bewertung berücksichtigte - Aufwendungen für Umbaumaßnahmen bzw. Belegungsänderungen (Reduzierung von Pflegeplätzen) und entsprechend zu erwartende Mietreduzierungen. Die Werte der Logistik-, Lager- und Produktionsimmobilien sowie der Kinos und Hotels verhalten sich dagegen weitgehend wertstabil.

Trotz leicht positiver Marktentwicklungen im Bürosegment schlagen sich die kürzeren Restlaufzeiten der bestehenden Mietverträge in einem marginalen Wertrückgang von 0,5 % nieder.

Auch das Segment Handel verzeichnet eine moderate Abwertung der Verkehrswerte von 3,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Gründe liegen u. a. in den kürzeren Restlaufzeiten der bestehenden Mietverträge und vielfach schwierigen Nachvermietungsperspektiven. Hinzu kommen zum Teil schwache Bewirtschaftungsergebnisse aus kleinteiligen Immobilien mit

teilweise veralteten Flächenkonzepten sowie die Folgewirkungen der Insolvenz eines An-
kermieters in 2013.

2.3.4 Veräußerung von Objekten

Einen wesentlichen Anteil an der Reduzierung des Immobilienbestands, der von **berlinovo** für die 24 Rückkauffonds bewirtschaftet wird, hat die Veräußerung des auf 35 Städte in 8 Bundesländern verteilten „Phönix“-Wohnungsportfolios mit ca. 13.100 Einheiten („Phönix-Portfolio“), von denen gut 10.500 in 2014 übertragen wurden. Hierdurch konnten über alle in 2014 übertragenen Objekte Mehrerlöse gegenüber den Verkehrswerten von 2013 von rd. 64,9 Mio. € erzielt werden.

Im gewerblichen Bereich sind 2014 insgesamt 35 Inlandsobjekte mit einem kumulierten Verkaufserlös von rund 38,6 Mio. € verkauft worden. Daneben konnten vier Auslandsobjekte in den USA und Großbritannien für umgerechnet 130,3 Mio. € veräußert werden.

Die Veräußerungserlöse aller gewerblichen Objekte lagen in 2014 um 68,3 Mio. € über den Verkehrswerten von insgesamt ca. 100,5 Mio. €.

2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Abwicklung von Verpflichtungen gegenüber dem Land Berlin

Mit der Abwicklung der Garantieverpflichtungen gegenüber den Fonds ist für **berlinovo** ein erheblicher administrativer Aufwand verbunden. Dieser ist mit der vom Land Berlin im Rahmen der Neuordnungsvereinbarung zugesagten Gesamtfinanzierung der originären Garantieverpflichtungen abgegolten. Daher haben **berlinovo** und einzelne Tochtergesellschaften für den mit der Abwicklung und Überwachung von Liquiditätsmodell und Fondsgarantien einhergehenden administrativen Aufwand bis zum Ende der Garantielaufzeit, zumeist in 2026, entsprechende Rückstellungen gebildet.

Zum Jahresende 2014 bestehen noch Garantieverpflichtungen gegenüber 17 Fonds, die sich auf knapp 400 Einzelobjekte mit rund 32.500 Mieteneinheiten beziehen. Durch die erfolgreiche Veräußerung garantiebehafteter Immobilien konnten im Geschäftsjahr 53 Garantieverträge durch den Abschluss von Aufhebungsvereinbarungen zwischen der IBG und den Fonds beendet werden.

Das Land Berlin strebt im Rahmen von sog. Rückkaufprogrammen („FAE-Programme“) den Erwerb sämtlicher Anteile an den 24 Rückkauffonds an. Mit der Abwicklung dieser Programme ist **berlinovo** beauftragt. Die Abwicklung ist für die Gesellschaft grundsätzlich ergebnisneutral, da die anfallenden Kosten jeweils erstattet werden. Im Jahr 2014 konnte die Zahl der verbliebenen Zeichner erfolgreich weiter reduziert werden, sodass das Land Berlin mittlerweile über 99,4 % der Fondsanteile (im Vorjahr 98,8%) verfügt.

2.4.2 Engagement für Berlin

Soziale Verantwortung und wirtschaftlicher Erfolg sind für **berlinovo** auf das Engste miteinander verknüpft. Als Vermieter mit unternehmerischer Kompetenz und sozialem Engagement leistet die **berlinovo** einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum in Berlin.

Insbesondere Familien mit mittlerem oder niedrigem Einkommen profitieren von dem breiten Wohnangebot. Auszubildende und Studenten finden vor allem über die Tochtergesellschaft **Berlinovo Apartment**, die möblierte Single- und WG-Apartments sowohl in zentralen als auch Stadtrandlagen anbietet, preisgünstigen Wohnraum. Darüber hinaus trägt deren Wohnungsangebot auch dem demografischen Wandel der Gesellschaft Rechnung. An drei

Standorten in Berlin stellt die Berlinovo Apartment moderne Seniorenwohnungen bereit. Zudem bietet sie seit rund 20 Jahren regelmäßig Wohnraum für soziale Zwecke an. Hierzu gehört insbesondere die Vermietung an soziale Träger zur Unterbringung von Obdachlosen, Demenzkranken und ehemaligen Suchtkranken.

Darüber hinaus steht die **berlinovo** in regelmäßigem Austausch mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales Berlin (LAGeSo), das sie mit Wohnungsangeboten bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern unterstützt. Aktuell sind drei Mitarbeiter von **berlinovo** dem LAGeSo bei der Planung und Prüfung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten in Berlin im Rahmen einer Entsendung behilflich.

2.4.3 Gesellschaftliche Verantwortung als fairer Vermieter in Berlin

Auch in 2014 war der Markt für Mietwohnungen in Berlin äußerst angespannt, die Nachfrage überstieg deutlich das Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Die Mieten sind, insbesondere in den nachgefragten Innenstadtlagen, im Vergleich zu 2013 nochmals angestiegen.

Hier setzt **berlinovo** ein deutliches Zeichen als sozial verantwortlich agierender Wohnungsanbieter. Die Wohnungsmieten blieben in 2014 weitgehend stabil. Einsparungen bei den Nebenkosten konnten durch den Abschluss vorteilhafter Verträge mit den Lieferanten erzielt werden. Dazu gehörte auch der Einkauf von Strom und Gas nach ökologischen Gesichtspunkten; **berlinovo** setzt bei allen Berliner Objekten zur Vermeidung klimaschädlicher Co₂-Emissionen auf die Versorgung mit Grünstrom. Darüber hinaus wurden in 2014 alle Apartmenthäuser auf energiesparende Leuchtmittel umgerüstet.

Auch eine hohe Mieterzufriedenheit zählt zum Selbstverständnis von **berlinovo**: Die Hotline für Mieter ist an 365 Tagen im Jahr erreichbar. In drei Service-Centern können Mieter unsere Mitarbeiter direkt ansprechen. Über die **berlinovo**-Mitarbeiterzeitung „Der Fairberliner“ erhalten die Mieter zudem regelmäßig Informationen zu Aktivitäten der Gesellschaft sowie ihres Kiezes.

Zum unternehmerischen und gesellschaftlichen Bekenntnis von **berlinovo** zu Berlin gehören nicht zuletzt die Sponsoringaktivitäten im Jugendbereich. **berlinovo** ist Jugendpartner von ALBA Berlin und unterstützt die Bambini-Laufserie der SCC Events GmbH.

2.4.4 Unsere Mitarbeiter

Die **berlinovo** beschäftigt zum 31. Dezember 2014 355 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Davon sind 226 Frauen; dies entspricht einem Anteil von 63,7 %. 10,1 % unserer Mitarbeiter arbeiten in Teilzeit; 4,5% aller Beschäftigten haben einen Schwerbehindertenstatus. Die Fluktuationsquote bei **berlinovo** betrug in 2014 5,6 %.

In der Planung sind regelmäßig neun Stellen für Auszubildende mit dem Ausbildungsziel Immobilienkauffrau/-kaufmann bzw. Bachelor für Immobilienwirtschaft vorgesehen. Mit ihrem Engagement für die Ausbildung junger Menschen sichert sich die **berlinovo** den Zugang zu gut ausgebildeten Nachwuchskräften.

Die umfassenden Veränderungen in der Vergangenheit und der damit verbundene Erfolg des Unternehmens konnten u. a. auch durch die Einführung umfangreicher Entwicklungs- und Förderprogramme erreicht werden, an denen sowohl Mitarbeiter als auch Führungskräfte teilnehmen.

Darüber hinaus fördert **berlinovo** das unternehmenseigene Gesundheitsprogramm „**aktinovo**“. **berlinovo** ist es ein wichtiges Anliegen, die Gesundheit, Leistungsfähigkeit sowie Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter nachhaltig zu fördern. **aktinovo** bietet allen Mitar-

beitern die Möglichkeit, sich mit den Themen Gesundheitsprävention, Work-Life-Balance und Arbeitsplatzgestaltung auseinanderzusetzen.

2.5 Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.5.1 Ertragslage

Die folgende Übersicht zeigt die Ertragslage der Muttergesellschaft **berlinovo**:

berlinovo	2014	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse (inkl. aktivierte Eigenleistungen)	40.833	35.343	5.490	16%
Bestandsveränderungen	-902	958	-1.860	n.a.
Bezogene Leistungen	-4.689	-5.089	400	8%
Sonstige betriebliche Erträge	8.376	14.566	-6.190	-42%
Rohergebnis	43.618	45.778	-2.160	-5%
Personalaufwand	-21.996	-21.171	-825	-4%
Abschreibungen	-209	-345	136	39%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-26.423	-15.300	-11.123	-73%
Betriebsergebnis	-5.010	8.962	-13.972	-156%
Ergebnis aus Finanzanlagen	2.602	2.595	7	0%
Ergebnis aus Gewinnabführungsverträgen	52.656	1.777	50.879	2863%
Zinsergebnis	-1.488	-1.844	356	-19%
Finanzergebnis	53.770	2.528	51.242	2.027%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	48.760	11.490	37.270	324%
Außerordentliches Ergebnis	0	-32	32	-100%
Ergebnis vor Steuern	48.760	11.458	37.302	326%
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.042	-328	-4.714	1.437%
Sonstige Steuern	-3	-3	0	0%
Jahresergebnis	43.715	11.127	32.588	293%

berlinovo hat im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresüberschuss von 43,7 Mio. € (im Vorjahr 11,1 Mio. €) erzielt. Hierzu haben vor allem die Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften von insgesamt 52,7 Mio. € (im Vorjahr 1,8 Mio. €) erheblich beigetragen.

Das Betriebsergebnis ist dagegen vor allem aufgrund der Erhöhung der Rückstellung für die Abwicklung der Neuordnungsvereinbarung mit -5,0 Mio. € (im Vorjahr 9,0 Mio. €) sowie deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Erträgen negativ.

Die Umsatzerlöse der Muttergesellschaft haben sich wie folgt entwickelt:

berlinovo	2014	2013	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse				
aus Betreuungstätigkeit	17.255	18.264	-1.009	-5,5%
aus Geschäftsbesorgung	16.645	16.284	360	2,2%
aus anderen Leistungen	6.934	794	6.139	772,8%
Summe Umsatzerlöse	40.833	35.343	5.490	15,5%

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft von 40,8 Mio. € liegen um knapp 16 % über denen des Vorjahres. Dabei sind die Erlöse aus Betreuungstätigkeit und Immobiliendienstleistungen aufgrund der erfolgten Immobilienverkäufe um 5,5 % zurückgegangen. Dagegen sind die in den anderen Leistungen enthaltenen Erlöse aus Verkaufsprovisionen im Zusammenhang mit der Veräußerung des Phönix-Portfolios sowie zahlreicher anderer Objekte im abgelaufenen Geschäftsjahr um 6,1 Mio. € angestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dagegen insgesamt um 6,2 Mio. € zurückgegangen. Ursächlich für diese Veränderung ist maßgeblich eine im Vorjahr erfolgte Zuschreibung zu den Anteilen an der Berlinovo Apartment GmbH von 5,5 Mio. €. Während die bezogenen Leistungen vor allem aufgrund rückläufiger Betreuungsleistungen leicht gesunken sind, haben sich die Aufwendungen für Personal um 0,8 Mio. € beziehungsweise 3,9 % erhöht. Ursächlich für den Anstieg sind die im Vorjahr unterjährig erfolgte Nachbesetzung verschiedener Leitungspositionen sowie Mitte des Jahres 2013 erfolgte Gehaltserhöhungen. Daneben wurden im Geschäftsjahr Leistungsprämien für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung des Phönix-Portfolioverkaufs gewährt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich insgesamt um 11,1 Mio. € auf 26,4 Mio. € erhöht. Hierin wirkt sich wesentlich die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Zuführung zu den sonstigen Rückstellungen von 10,0 Mio. € aus. Diese betrifft die Rückstellung für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Neuordnungsvereinbarung, für die die Gesellschaft keine gesonderte Vergütung erhält. Im Geschäftsjahr wurden die zukünftig anfallenden Kosten neu beurteilt, was im Ergebnis zu einer Zuführung zur Rückstellung geführt hat.

Die rund 53 Millionen Ergebnisabführung von Tochtergesellschaften resultieren im Wesentlichen aus Gewinnabführungen von insgesamt 82,2 Mio. €, von denen 76,1 Mio. € auf die IBG und die IBV entfallen, sowie aus der Übernahme der Verluste der LPFV von 29,5 Mio. €.

Das Zinsergebnis ist mit rund 1,5 Mio. € negativ. Höhere Zinssätze, vor allem aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen, haben im Geschäftsjahr zwar zu höheren Zinserträgen geführt, die Zinsaufwendungen von insgesamt 6,7 Mio. € sind jedoch stärker angestiegen und liegen um 2,2 Mio. € über dem Vorjahr (4,5 Mio. €). Darin enthalten sind Zinsen im Zusammenhang mit drohenden Steuernachzahlungen sowie höhere Zinsaufwendungen für Cash-Pool-Einlagen von verbundenen Unternehmen.

Die Gesellschaft weist einen Steueraufwand von insgesamt 5,0 Mio. € aus, der sowohl auf die laufende Betriebsprüfung für die Veranlagungszeiträume 2005 bis 2009 als auch die laufende Besteuerung entfällt. Diese wurde vorsichtigerweise auf Basis der Erkenntnisse aus der Betriebsprüfung berechnet.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Jahresüberschuss von 43,7 Mio. €, der maßgeblich durch nicht zahlungswirksame Zuschreibungen auf Anteile an Fondsgesellschaften bei den Tochtergesellschaften IBG und IBV zustande gekommen ist.

Die Ertragslage des **berlinovo-Konzerns** stellt sich wie folgt dar:

berlinovo-Konzern	2014	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Umsatzerlöse	187.758	177.910	9.848	6%
Bestandsveränderungen	6.334	4.042	2.292	-57%
Bezogene Leistungen	-363.216	-310.732	-52.484	-17%
Sonstige betriebliche Erträge	329.550	211.414	118.136	56%
Rohergebnis	160.426	82.634	77.792	94%
Personalaufwand	-23.630	-23.112	-518	-2%
Abschreibungen	-1.361	-1.816	455	25%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-62.159	-64.851	2.692	4%
Betriebsergebnis	73.276	-7.145	80.421	-1.126%
Ergebnis aus Finanzanlagen	3.134	3.700	-566	-15%
Zinsergebnis	-19.231	5.498	-24.729	-450%
Finanzergebnis	-16.097	9.198	-25.295	-275%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	57.179	2.053	55.126	2.685%
Außerordentliches Ergebnis	416	47	369	785%
Ergebnis vor Steuern	57.595	2.100	55.495	2.643%
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-13.532	-157	-13.375	8.519%
Sonstige Steuern	-7	-3	-4	133%
Ergebnis nach Steuern	44.056	1.940	42.116	2.171%
Erträge aus der Auflösung passiver Unterschiedsbeträge	0	7.027	-7.027	-100%
Jahresergebnis	44.056	8.967	35.089	391%

Insgesamt hat der Konzern einen Jahresüberschuss von 44 Mio. € erzielt. Das Ergebnis liegt damit um 35 Mio. € über dem des Vorjahrs und wird wesentlich von der positiven Entwicklung der Beteiligungen an Fonds- und Objektgesellschaften und den von diesen in 2014 erfolgreich realisierten Immobilienverkäufen geprägt. Insgesamt wurden Zuschreibungen um 73 Mio. € vorgenommen, denen gegenläufige Effekte vor allem aus Zinsen und Steuern gegenüberstanden.

Die Umsatzerlöse im Konzern haben sich wie folgt entwickelt:

berlinovo-Konzern	2014	Vorjahr	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
Mieterträge IBG	104.032	98.274	5.758	5,9%
Mieterträge BAp	42.872	42.872	0	0,0%
Mieterträge BAVARIA	4.122	6.389	-2.267	-35,5%
Objektbetreuung berlinovo	13.207	14.184	-977	-6,9%
Fondsgeschäftsführung IBV	13.019	13.483	-464	-3,4%
Portfoliomanagement	8.853	795	8.058	1013,6%
übrige Umsatzerlöse	1.653	1.913	-260	-13,6%
Summe Umsatzerlöse	187.758	177.910	9.848	5,5%

Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Bewirtschaftung von Immobilien, die im Rahmen von Garantieverpflichtungen der Konzerngesellschaften, v.a. der IBG, der Berlinovo Apartment GmbH und der BAVARIA angemietet werden. Soweit die Aufwendungen für Generalmiete und Bewirtschaftung nicht durch die erzielten Endmieten gedeckt werden, werden in Höhe der Differenz grundsätzlich Ausgleichsansprüche aus Neu-

ordnungsvereinbarung gegenüber dem Land Berlin aktiviert. Damit erfolgt die Bewirtschaftung im Rahmen von Generalmietverträgen grundsätzlich ergebnisneutral. Den hierfür angefallenen bezogenen Leistungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen stehen korrespondierende Beträge in den sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber.

Die Umsatzerlöse aus Mieten haben sich aufgrund von im Geschäftsjahr erfolgten weiteren Überleitungen von mit Mietgarantien versehenen Objekten der Fonds in Generalmietverhältnisse mit der Garantin IBG erhöht. Die Mieterträge der BAVARIA sinken planmäßig aufgrund des Auslaufens von Garantieverträgen; hierdurch können auch die jeweiligen Generalmietverhältnisse beendet werden. Bei den Dienstleistungserlösen zeigen sich die Auswirkungen der in 2014 erfolgten Bereinigung des Immobilienportfolios der Fonds. Rückläufigen Betreuungs- und Fondsgeschäftsführungserlösen stehen um 8 Mio. € gestiegene Erlöse aus dem Portfoliomanagement im Zusammenhang mit den erfolgten Verkäufen gegenüber.

Das Betriebsergebnis ist von -7,1 Mio. € auf 73,3 Mio. € stark angestiegen. Hier wirken sich vor allem die bei den beiden Tochtergesellschaften IBG und IBV erfolgten Zuschreibungen zu den Werten der von ihnen gehaltenen Beteiligungen an Fonds- und Objektgesellschaften um 73,1 Mio. € (im Vorjahr 6,6 Mio. €) aus, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten sind.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist weiterhin auf die im Zusammenhang mit der Veräußerung garantiebehalteter Fondsimmobilien erfolgte entgeltliche Beendigung von Garantieverträgen in Höhe von 58,2 Mio. € (im Vorjahr 1,2 Mio. €) zurückzuführen. Diesen stehen jedoch bezogene Leistungen in gleicher Höhe gegenüber, so dass das Betriebsergebnis hiervon unberührt bleibt.

Insgesamt sind im Betriebsergebnis 217,4 Mio. € (im Vorjahr 171,4 Mio. €) Erträge aus der Neuordnungsvereinbarung enthalten, die vor allem aufgrund der Aufhebung von Garantieverträgen für abgehende Objekte um insgesamt 52,2 Mio. € gestiegen sind. Diese Erträge aus der Neuordnungsvereinbarung neutralisieren korrespondierende Aufwendungen diverser Posten der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. Unterdeckungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von nunmehr 62,2 Mio. € haben leicht (um 4,2 %) abgenommen.

Das Zinsergebnis des Konzerns ist um 24,7 Mio. € auf -19,2 Mio. € (im Vorjahr + 5,5 Mio. €) gesunken. Ursächlich hierfür sind Aufwendungen aus der Abzinsung der Ansprüche gegenüber dem Land Berlin aus der Neuordnungsvereinbarung in Höhe von 10,5 Mio. €. Diese sind auf der Grundlage der für die nächsten Jahre geplanten Zahlungs- bzw. Ausschüttungszeitpunkte ermittelt worden. Aufgrund der andauernden Stundung von Mietgarantieleistungen an die Fonds sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 Mio. € höhere Stundungs- und Verzugszinsen von 7,8 Mio. € angefallen. Weitere Zinseffekte ergeben sich im Zusammenhang mit drohenden Steuernachzahlungen für Vorjahre aus der laufenden Betriebsprüfung. Dagegen stehen 8,0 Mio. € Zinserträge aus Steuererstattungen für Vorjahre.

Die erhebliche Belastung des Ergebnisses durch die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind maßgeblich auf die derzeit erkennbaren Auswirkungen der Betriebsprüfung für die Veranlagungszeiträume 2005 bis 2009 zurückzuführen.

2.5.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Muttergesellschaft **berlinovo** stellt sich wie folgt dar:

berlinovo	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
AKTIVA				
Langfristiges Vermögen				
Finanzanlagen	110.533	140.431	-29.898	-21%
Übrige Aktiva	498	636	-138	-22%
	111.031	141.067	-30.036	-21%
Kurzfristiges Vermögen				
Forderungen an verbundene Unternehmen	324.841	126.122	198.719	158%
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	52.253	-52.253	-100%
Flüssige Mittel	102.848	125.882	-23.034	-18%
Übrige Aktiva	16.667	8.060	8.607	107%
	444.356	312.317	132.039	42%
	555.387	453.384	102.003	22%
PASSIVA				
Eigenkapital	158.767	115.053	43.714	38%
Langfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen	23.688	16.454	7.234	44%
Verbindlichkeiten	12.004	12.752	-748	-6%
	35.692	29.206	6.486	22%
Kurzfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen	13.532	5.110	8.422	165%
Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling	294.542	280.088	14.454	5%
Übrige Passiva	52.854	23.927	28.927	121%
	360.928	309.125	51.803	17%
	555.387	453.384	102.003	22%

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 102 Mio. € bzw. 22,5 % erhöht.

Einer Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um rund 207 Mio. € steht ein Rückgang der Finanzanlagen um 30 Mio. € sowie der Wertpapiere und der liquiden Mittel um zusammen rund 75 Mio. € gegenüber.

Die Reduzierung der Finanzanlagen betrifft die Ausleihungen an Fondsgesellschaften, die durch planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen abgebaut wurden.

Innerhalb der Forderungen sind im Wesentlichen die Ansprüche gegenüber verbundenen Unternehmen, die sich mit 324,8 Mio. € mehr als verdoppelt haben, stark gestiegen. Zum einen wirken sich die Ansprüche aus Ergebnisabführungsverträgen mit den Tochtergesellschaften IBG, IBV, BAVARIA und Berlinovo Apartment GmbH von zusammen 82,2 Mio. € aus. Vor allem IBG und IBV haben hohe Jahresüberschüsse vor Gewinnabführung erzielt. Ansprüche gegenüber der LPFV von insgesamt 212 Mio. € resultieren dagegen aus von **berlinovo** als Cash Pool-Führerin der Gruppe gewährten Darlehen. Diese sind im Geschäftsjahr um 122,9 Mio. € angewachsen.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens ist von 52 Mio. € im Vorjahr auf Null zurückgegangen; eine Neuanlage frei werdender Mittel in Wertpapiere erfolgt in Anpassung an die geänderte Anlagestrategie nicht mehr.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich aufgrund des höheren Bilanzgewinns von 43,7 Mio. € auf 158,8 Mio. € erhöht. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 28,6 % (im Vorjahr 25,4 %).

Auf der Passivseite spiegelt sich die Erhöhung der Bilanzsumme u.a. in den Rückstellungen wider. Sowohl die (unter den kurzfristigen Rückstellungen abgebildeten) Steuerrückstellungen als auch die sonstigen Rückstellungen sind deutlich angestiegen. Die Steuerrückstellungen haben sich vor allem aufgrund der Erkenntnisse aus der laufenden Betriebsprüfung zu ertragssteuerlichen Sachverhalten um 8,9 Mio. € erhöht. Der Anstieg der sonstigen (langfristigen) Rückstellungen um rund 9 Mio. € betrifft vor allem Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Neuordnungsvereinbarung. Der Inanspruchnahme im Geschäftsjahr von 1,4 Mio. € steht eine Zuführung von 10,6 Mio. € gegenüber, die aus der Aktualisierung und Präzisierung der bisherigen Berechnungen resultiert.

Bei den langfristigen Verbindlichkeiten von rund 12 Mio. € handelt es sich um Verpflichtungen gegenüber fünf Fondsgesellschaften aus abgetretenen Aufwendungsdarlehen der IBB, an deren Rückzahlungen sich **berlinovo** beteiligen muss. Der Rückgang betrifft die planmäßigen Tilgungen des Geschäftsjahrs.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Cash Pooling betreffen vor allem höhere Einlagen der IBG (+ 11,8 Mio. €) sowie der Berlinovo Apartment GmbH (+ 6,6 Mio. €). Die (kurzfristigen) übrigen Passiva sind fast ausschließlich aufgrund der Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der LPFV aus dem Ergebnisabführungsvertrag gestiegen.

Die Vermögenslage des **berlinovo-Konzerns** zeigt folgendes Bild:

berlinovo-Konzern	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	Veränderung in
	T€	T€	T€	%
A K T I V A				
Langfristiges Vermögen				
Anteile an verbundenen Unternehmen / Beteiligungen	72.886	45.373	27.513	60,6%
Ausleihungen	46.246	76.234	-29.988	-39,3%
Ansprüche gemäß Neuordnungsvereinbarung	419.990	260.823	159.167	61,0%
Übrige Aktiva	4.968	4.574	394	8,6%
	544.090	387.004	157.086	40,6%
Kurzfristiges Vermögen				
Forderungen gegen das Land Berlin	14.450	14.148	301	2,1%
Beteiligungen des Umlaufvermögens	69.921	42.089	27.833	66,1%
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	52.253	-52.253	-100,0%
Flüssige Mittel	130.661	152.595	-21.934	-14,4%
Übrige Aktiva	67.919	59.670	8.249	13,8%
	282.951	320.754	-37.804	-11,8%
	827.040	707.758	119.282	16,9%
P A S S I V A				
Eigenkapital	295.186	251.130	44.056	17,5%
Passiver Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	22.641	22.641	0	0,0%
Langfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen	91.057	96.938	-5.881	-6,1%
Übrige Verbindlichkeiten	11.406	12.209	-803	-6,6%
	102.463	109.147	-6.684	-6,1%
Kurzfristiges Fremdkapital				
Rückstellungen für Abrechnungsrisiken	7.617	7.617	0	0,0%
Übrige Rückstellungen	70.562	59.611	10.952	18,4%
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	4.153	2.785	1.367	49,1%
Übrige Passiva	324.418	254.827	69.591	27,3%
	406.750	324.840	81.910	25,2%
	827.040	707.758	119.282	16,9%

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 119,3 Mio. € erhöht, wobei einem Anstieg des langfristigen Vermögens um 157,1 Mio. € ein Rückgang des kurzfristigen Vermögens von 37,8 Mio. € gegenübersteht.

Das langfristige Vermögen hat insbesondere aufgrund laufender Garantieleistungen an die Fondsgesellschaften zugenommen. Die Ansprüche gegenüber dem Land Berlin aus der Neuordnungsvereinbarung sind insgesamt um 159,2 Mio. € gestiegen (im Vorjahr 160,3 Mio. €). Auch hier wirkt sich die Auflösung von Garantieverträgen aufgrund von Verkäufen mit 58,2 Mio. € erhöhend aus. Gegenläufig wirken in 2014 Zahlungseingänge auf die vom Land Berlin abgetretenen Fondsausschüttungen von insgesamt 28,5 Mio. € sowie eine pauschal berechnete Wertberichtigung von 3% auf den Bruttobetrag der Ansprüche, die möglichen Abrechnungsrisiken Rechnung trägt. Darüber hinaus wurden die Ansprüche aufgrund ihrer Unverzinslichkeit über die voraussichtliche Laufzeit abgezinst (- 15,2 Mio. €; im Vorjahr - 4,7 Mio. €).

Bei den Finanzanlagen, die sich insgesamt um 2,5 Mio. € verringert haben, gleichen sich der Anstieg der Beteiligungswerte um 27,5 Mio. € und der Rückgang der Ausleihungen an Fondsgesellschaften weitgehend aus. Bei den Beteiligungen wirken sich Zuschreibungen von insgesamt 35,1 Mio. € aus, denen gegenläufige Effekte, vor allem Abgänge aufgrund von Substanzausschüttungen gegenüberstehen.

Der Anstieg der Beteiligungen des Umlaufvermögens um 27,8 Mio. € betrifft mit 38,0 Mio. € Zuschreibungen auf Anteile an Fonds- und Objektgesellschaften. Auch hier wirken sich Substanzausschüttungen gegenläufig aus. Die kurzfristigen Forderungen gegenüber dem Land Berlin, die mit 6,8 Mio. € Ansprüche aus dem FAE-Programm sowie Buchwertgarantien betreffen, sind dagegen annähernd konstant geblieben.

Wertpapiere und Flüssige Mittel haben zusammen um 74,2 Mio. € abgenommen. Dies ist vor allem auf die laufend zahlbaren Generalmieten zurückzuführen. Für die gestundeten Mietgarantien führten in 2014 Stundungs- und Verzugszinsen zu Mittelabflüssen von 22,0 Mio. €.

Auf der Passivseite spiegelt sich die höhere Bilanzsumme im ergebnisbedingt um 44,1 Mio. € gestiegenen Eigenkapital wider. Weiterhin sind die kurzfristigen Rückstellungen um 11 Mio. € angestiegen. Ursächlich sind drohende Steuernachzahlungen aus der laufenden Betriebsprüfung (20,9 Mio. €) sowie verschiedene gegenläufige Effekten aus Auflösungen und Inanspruchnahmen. Die um 69,6 Mio. € gestiegenen übrigen Passiva betreffen hauptsächlich Mietgarantieverpflichtungen einschließlich der Ablösebeträge von 58,2 Mio. € aus Verkäufen von Fondsimmobilen, die zur Aufhebung der jeweiligen Garantieverträge führten.

Investitionen

Die Zugänge zum Anlagevermögen (2,0 Mio. €, im Vorjahr 7,4 Mio. €) betreffen vorwiegend Investitionen in Sachanlagen (überwiegend Apartmentausstattung). Die Investitionen des Vorjahrs betrafen ein an eine Fondsgesellschaft ausgereichtes Darlehen zur Finanzierung eines Bauvorhabens.

Finanzlage

Der in die Kapitalflussrechnung einbezogene Finanzmittelfonds, der liquide Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens umfasst, ist von 205 Mio. € auf 131 Mio. € zurückgegangen. Die Reduzierung um 74 Mio. € ist im Wesentlichen auf den negativen Cash flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-138 Mio. €) zurückzuführen, in dem sich vor allem im abgelaufenen Geschäftsjahr gezahlte Generalmieten sowie sonstige Garantieleistungen an die Fonds auswirken.

Der Cash flow aus der Investitionstätigkeit (+32 Mio. €) ist aufgrund von Zuflüssen aus dem Abgang von Finanzanlagen (34 Mio. €) positiv. Im Wesentlichen bedingt durch die Einzahlungen aus den vom Land Berlin im Rahmen der Neuordnungsvereinbarung abgetretenen Fondsausschüttungen ist auch der Cash flow aus der Finanzierungstätigkeit (+32 Mio. €) positiv. Die Mittelzuflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit reichen jedoch nicht aus, um die Abflüsse aus der operativen Tätigkeit zu kompensieren.

Cash Pooling

Die **berlinovo** steuert das Liquiditätsmanagement des Konzerns. Zu diesem Zweck hat sie mit allen wesentlichen Konzerngesellschaften im April 2013 die Vereinbarung zur zentralen Liquiditätssteuerung abgeschlossen, die den früheren Cash Pool-Vertrag ersetzt hat. Von der Möglichkeit, Entleihungen aus dem Cash Pool vorzunehmen macht **berlinovo** seit 2013 vor allem Gebrauch, um der LPFV Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Die von **berlinovo** und ihren Konzerngesellschaften gemanagten Immobilienfonds und Objektgesellschaften werden aufgrund ihrer Gesellschafterstruktur nicht in den Cash Pool einbezogen. Liquiditätssteuerung und Darlehensmanagement der Fonds werden von **berlinovo** im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die mit der Fondsgeschäftsführung beauftragte Tochtergesellschaft IBV übernommen.

3. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

3.1 Chancen

Das Geschäftsmodell von **berlinovo** beruht im Wesentlichen auf Immobiliendienstleistungen, die größtenteils für die 24 Rückkauffonds erbracht werden. Auch die eigenen Vermietungsaktivitäten des Konzerns stehen in direktem Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Fondsimmobilien. Es handelt sich um mit Mietgarantien ausgestattete Fondsimmobilien, die von den Gesellschaften des berlinovo-Konzerns (vor allem IBG und Berlinovo Apartment) im Rahmen von Generalmietverträgen bewirtschaftet werden.

Das Bestreben des Landes Berlin, sein Immobilienengagement langfristig auf den Großraum Berlin zu konzentrieren, eröffnet **berlinovo** die Möglichkeit, das heterogene Immobilienportfolio der Fonds neu auszurichten. Durch den gezielten Verkauf von Immobilien kann sich die Gesellschaft einerseits auf die Entwicklung und Bewirtschaftung der Fondsobjekte in und um Berlin konzentrieren und sich im ersten Schritt von renditeschwachen und instandsetzungsbedürftigen auswärtigen Objekten trennen. Hierdurch reduziert sich für die Fonds die Belastung durch Kreditzinsen sowie Instandhaltungsaufwendungen. Durch die Ausrichtung auf die stark nachgefragten Berliner Immobilien sowie ausgewählte profitable Handels- und Büroimmobilien kann die Ertragssituation der Fonds stabilisiert bzw. verbessert werden.

Durch die Bereinigung des Immobilienportfolios werden andererseits die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich **berlinovo** im Rahmen ihrer Kernkompetenzen weitere immobilienbezogene Aufgabenfelder erschließen kann. Sie ist dazu aufgefordert, aktiv an der Schaffung von Wohnraum für Studenten in Berlin mitzuwirken und hat dazu bereits ein Konzept entwickelt, dass sie auf geeigneten Grundstücken umsetzen wird.

Daneben trägt die Neuausrichtung des Portfolios dazu bei, weitere Garantieverträge mit den Fonds zu beenden. Hierdurch entfällt die aufwändige laufende Garantiermittlung und -abwicklung für diese Objekte. Damit kann auch die bisher noch stark von Garantieverpflichtungen und Risikoabschirmung geprägte komplexe gesellschaftsrechtliche Struktur sukzessive vereinfacht werden.

Die derzeitige Situation auf den Finanzmärkten begünstigt die zügige Umsetzung der mit der Neuausrichtung einhergehenden Verkaufsplanung, da die niedrigen Zinsen die Nachfrage nach Anlageimmobilien weiter ansteigen lassen.

3.2 Risiken

Mit der Neuordnungsvereinbarung wurde die bisherige Abschirmung von **berlinovo** gegen Risiken aus Garantieverpflichtungen durch eine Finanzierung aus Fondsüberschüssen sowie eine Insolvenzabsicherung ersetzt. Damit wird **berlinovo** aus der bisherigen, stark von Garantieabwicklung und -leistungen und den damit verbundenen Kontrollmaßnahmen geprägten Situation teilweise befreit, unterliegt jedoch gleichzeitig neuen Risiken. Diese ergeben sich insbesondere aus der durch die Neuordnungsvereinbarung geschaffenen Abhängigkeit der **berlinovo** von der wirtschaftlichen Entwicklung der 24 Rückkauffonds bzw. deren Immobilienportfolio.

Diese Beziehung bestimmt maßgeblich die Finanzierung und Liquidität der berlinovo-Gruppe, da **berlinovo** die ihr obliegenden Garantieverpflichtungen gegenüber den Fonds aus den ihr vom Land Berlin abgetretenen Ausschüttungsansprüchen aus diesen Fonds begleichen soll. Daher ist einerseits der Liquiditätsbedarf von **berlinovo** jeweils bis zu den Zeitpunkten der jeweiligen Zahlungszuflüsse aus Ausschüttungen der Fonds zu sichern. Zudem ist sicherzustellen, dass die geplanten Ausschüttungen der Fonds zu den vorgesehenen Zeitpunkten und in der erforderlichen Höhe erfolgen. Aus dieser Abhängigkeit ergeben sich zum einen Refinanzierungs- und Liquiditätsrisiken, da die Fondsgesellschaften über ihre Garantieansprüche regelmäßig Liquidität des Konzerns beanspruchen. Aufgrund ihrer Verpflichtung, das Land Berlin von den Risiken der den Fonds gegebenen Kreditgarantien frei zu halten, müsste die berlinovo-Gruppe zudem die Finanzierung der Fonds sicherstellen und hierfür gegebenenfalls eigene Liquidität einsetzen.

Durch diesen Zusammenhang ist **berlinovo** abhängig von der Entwicklung der Parameter, die den wirtschaftlichen Erfolg und die Liquidität der Fonds bestimmen, und unterliegt dadurch folgenden Risiken:

- **Zinsrisiko:** Ein Anstieg der derzeit auf einem extrem niedrigen Niveau befindlichen Finanzierungszinsen könnte die Ergebnisse der Fonds erheblich belasten.
- **Marktrisiko:** Ein Zinsanstieg, aber auch andere negative Entwicklungen des Immobilienmarktes, könnten die Umsetzung der geplanten umfangreichen Immobilienverkäufe, die mit der Fokussierung auf Berlin und Umgebung einhergehen, gefährden. Dies könnte durch sinkende Verkaufserlöse sowie die Bestandshaltung von Objekten mit negativen Bewirtschaftungsergebnissen aufgrund erfolgloser Vermarktung Ergebnis und Liquidität der Gruppe beeinträchtigen.
- **Risiken aus der Immobilienbewirtschaftung:** Durch die über die Neuordnungsvereinbarung hergestellte enge wirtschaftliche Verbindung zwischen den Fondsgesellschaften und dem berlinovo-Konzern bestimmen die Qualität und der Erfolg der seitens **berlinovo** für die Fondsgesellschaften erbrachten Immobiliendienstleistungen auch den wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns.

Abhängig von der effizienten Bewirtschaftung der Fondsobjekte durch die **berlinovo** im Sinne einer marktgerechten Vermietung, angemessenen Instandhaltungsleistungen und einem kostenbewussten Betrieb, kann die Höhe der Garantieverpflichtungen gegenüber den Fonds in einem gewissen Maße beeinflusst werden. Insofern unterliegt **berlinovo** mittelbar den typischen Risiken aus der Bestandshaltung wie z.B. aus Leerstand, Forderungsausfällen, nicht zeitnaher Anschlussvermietung und steigenden Bewirtschaftungskosten.

Weiterhin unterliegt **berlinovo** unabhängig von der Entwicklung der Fondsgesellschaften folgenden Risiken

- **Abrechnungsrisiken:** Diese könnten sich daraus ergeben, dass die von **berlinovo** und ihren Tochtergesellschaften gegenüber den Fonds erbrachten Garantieleistungen zum Abrechnungszeitpunkt vom Land Berlin aus inhaltlichen oder formalen Gründen nicht vollumfänglich als berechtigt anerkannt werden. Die Neuordnungsvereinbarung sieht eine detaillierte Abrechnung erst in 2026 vor, sofern zu diesem Zeitpunkt per Saldo noch ein Anspruch gegenüber dem Land besteht.
- **Steuerrisiken:** Die Komplexität zahlreicher Altsachverhalte, die Garantieverpflichtungen sowie die umfassenden Umstrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre

werfen zahlreiche steuerliche Fragen auf, die in den Betriebsprüfungen aufgegriffen und gegebenenfalls anders beurteilt werden können.

3.3 Management der Chancen und Risiken

berlinovo verfügt über ein funktionsfähiges Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystem, das eine rechtzeitige Erkennung, Bewertung und Bearbeitung der Risiken ermöglicht.

Den Risiken selbst begegnet sie mit einem Bündel von Maßnahmen, die von der fortschreitenden Entschuldung der Fondsgesellschaften über die Straffung und Neuausrichtung des Immobilienportfolios bis hin zu einem detaillierten Zinssicherungskonzept reichen. Sie erwartet, dass damit ausreichende Finanzierungspotenziale zur Verfügung stehen werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem 31. Dezember 2014

Uns sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt, die sich nach dem Abschluss des Geschäftsjahrs ergeben haben.

5. Prognosebericht

Das für 2014 von der Muttergesellschaft erwartete positive Jahresergebnis in einstelliger Millionenhöhe ist deutlich übertroffen worden. Unter anderem hat die erfolgreiche Veräußerung von Fondsimmobilien zur Realisierung stiller Reserven in den überwiegend von Tochtergesellschaften gehaltenen Beteiligungen geführt. Insgesamt sind nicht geplante Zuschreibungen von 73 Mio. € erfolgt. Von diesen entfallen rund 29 Mio. € auf die Anteile an zwei Fondsgesellschaften, deren Bewertung maßgeblich von der im Dezember 2014 erfolgten Veräußerung einer Büroimmobilie in London-Islington zu einem weit über dem geschätzten Verkehrswert liegenden Verkaufspreis beeinflusst wurde.

Dem stehen überwiegend nicht in der Planung vorgesehene Aufwendungen von insgesamt rund 40 Mio. € gegenüber, die aus der laufenden Steuerprüfung sowie der Berücksichtigung von Abzinsung und Abrechnungsrisiken bei den Ansprüchen aus der Neuordnungsvereinbarung resultieren. Über die bestehenden Ergebnisabführungsverträge wirken sich diese Effekte sowohl auf das Konzern- als auch auf das Jahresergebnis der Muttergesellschaft aus.

Für 2015 wird wiederum ein positives zweistelliges Jahres- und Konzernergebnis erwartet. Die Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen und Fondsgeschäftsführung werden sich einerseits aufgrund der in 2014 erfolgten Verkäufe rückläufig entwickeln. Andererseits sind in den Folgejahren weitere Immobilienverkäufe geplant, die zu einem deutlichen Anstieg der Erlöse aus Portfoliomanagement bzw. Verkaufsprovisionen führen werden.

Dagegen werden geplante Anteilsrückkäufe an den von Konzerngesellschaften gehaltenen Beteiligungen zu zusätzlichen Erträgen führen. Durch die Inanspruchnahme der in Vorjahren gebildeten Rückstellungen wird die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Neuordnungsvereinbarung das Gesellschafts- bzw. Konzernergebnis im Folgejahr nicht belasten.

Auch die Belastung durch Zinsaufwendungen wird im Folgejahr erheblich abnehmen, da sich die vorgenommene Abzinsung der Ansprüche aus der Neuordnungsvereinbarung sowie die Begleichung bisher gestundeter Verbindlichkeiten aus Mietgarantien positiv auswirken werden.

Auch für das Folgejahr 2016 geht die Gesellschaft von einem deutlich positiven Jahresergebnis aus.

6. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung von **berlinovo** erklärt, dass dem Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 und der von der Senatsverwaltung für Finanzen am 5. März 2009 herausgegebenen Fassung (Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) vom 17. Februar 2009, inkl. Aktualisierung aus Juli 2011) entsprochen wurde und wird. Der Bericht der Geschäftsführung vom 25. Februar 2015 zum BCGK ist diesem Lagebericht als Anlage beigefügt.

Berlin, den 25. März 2015

Roland J. Stauber

Anke Pinther

**Bericht
zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)
Anlage zum zusammenfassenden Konzernlagebericht
und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014**

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen der Satzung bestehen eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates sowie eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig, zeitnah, umfassend und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

Eine D&O-Versicherung wurde für Geschäftsführung mit Selbstbehalt und Aufsichtsrat ohne Selbstbehalt abgeschlossen.

II. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Die strategische Ausrichtung des Unternehmens wurde mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und für ihre Umsetzung wurde gesorgt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Die Unternehmensgruppe verfügt über ein wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling. Risiken werden ordnungsgemäß erhoben, bewertet und berichtet.

Die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung regelt die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung. Darüber hinaus wurde die Geschäftsverteilung zwischen den Geschäftsführern geregelt. Für den Zeitraum 01.01.2014 bis 26.11.2014 wurde kein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung bestimmt. Seit dem 26.11.2014 ist Roland J. Stauber Sprecher der Geschäftsführung. Die Geschäftsordnung regelt die Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat, zustimmungsbedürftige Geschäfte sowie die Mehrheitsverhältnisse bei Geschäftsführungsbeschlüssen.

Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung wurde vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Aufgaben- und individuellen Leistungsbeurteilung für die einzelne Person unter Beachtung der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt.

Die Vergütung umfasst fixe und variable Bestandteile. Letztere sind an konkrete Unternehmensziele gebunden. Die variable Vergütung erfolgt auf Basis einer Zielvereinbarung, die in der Aufsichtsratssitzung am 03.04.2014 beschlossen, von der Geschäftsführung am 04.04.2014 unterzeichnet und vom Aufsichtsratsvorsitzenden am 23.04.2014 gegenge-

zeichnet wurde. Die Vergütungsbestandteile der Geschäftsführung wurden im Anhang zum Jahresabschluss einzeln ausgewiesen. Die Vergütungen werden einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden und sah keinen ergänzenden Handlungsbedarf. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt der Aufsichtsrat die Bestellung, Anstellung und Abberufung der Mitglieder der Geschäftsführung vor. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt, eine Nachfolgeregelung besteht nicht.

Der Aufsichtsrat bestellte Roland J. Stauber im Anschluss an die bisherige Bestellung für weitere fünf Jahre vom 01.09.2014 bis zum 31.08.2019 zum Geschäftsführer der berlinovo. Die maximal mögliche Bestelldauer wurde ausgeschöpft. Am 17.12.2014 erfolgte die Erstbestellung von Anke Pinther zur kaufmännischen Geschäftsführerin ab dem 01.02.2015. Die maximal mögliche Bestelldauer wurde nicht ausgeschöpft.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; in regelmäßigen Terminen hat die Geschäftsführung den Aufsichtsratsvorsitzenden im Geschäftsjahr 2014 über die Geschäftsentwicklung und wichtige Einzelthemen unterrichtet. Es haben vier turnusmäßige Aufsichtsratssitzungen (am 03.04.2014, 09.07.2014, 24.09.2014 und 17.12.2014) sowie eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung am 26.11.2014 stattgefunden.

Die maximale Zahl von zehn Aufsichtsratsmandaten gem. AktG §100 hat kein Aufsichtsratsmitglied überschritten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Eine Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder kann gemäß Gesellschaftsvertrag nur durch Beschluss der Gesellschafterversammlung gewährt werden. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten angemessenen Ersatz ihrer Aufwendungen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

In den fünf Sitzungen des Aufsichtsrats wurden 36 Beschluss- und 26 Informationsvorlagen sowie der jeweilige mündliche Bericht der Geschäftsführung zu aktuellen Themen behandelt.

IV. Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerne gerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung haben die Unternehmensinteressen gewahrt und bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgt.

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen zu legen. Interessenkonflikte sind nicht entstanden.

Jedes Aufsichtsratsmitglied hat Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offen zu legen. Interessenkonflikte sind nicht entstanden.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen lagen nicht vor und sind daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.

Kein Geschäftsführer hat Nebentätigkeiten ausgeübt.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurden dem Aufsichtsrat unverzüglich zur Kenntnis gegeben. Unternehmensinformationen (u.a. der Geschäftsbericht) wurden sowohl im Rahmen der laufenden Öffentlichkeitsarbeit als auch auf der Homepage des Unternehmens veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. berlinovo unterrichtet den Gesellschafter mittels eines vierteljährlichen Zwischenberichtes über die wirtschaftliche Lage (im Rahmen der Berichterstattung an den Aufsichtsrat). Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden innerhalb der vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte zur wirtschaftlichen Lage wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen auf.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen bzw. seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

Dem Abschlussprüfer sind im Rahmen der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an der Beratung des Aufsichtsrates teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 25. Februar 2015

Roland J. Stauber

Anke Pinther

Herr Roland J. Stauber	Geschäftsführer	Grundgehalt 2014	256.000,04 €
		Variable Vergütung	78.260,00 €
		Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	7.818,36 €
		Geldwerter Vorteil (Kfz-Nutzung)	7.529,52 €
		Arbeitgeberzuschuss zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung	4.045,92 €
		Gesamt	353.653,84 €
Frau Kira Baitalskaia	Geschäftsführerin	Grundgehalt 2014	189.855,11 €
		Variable Vergütung	55.900,00 €
		Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	7.818,36 €
		Geldwerter Vorteil (Kfz-Nutzung)	9.736,92 €
		Arbeitgeberzuschuss zur privaten Kranken- und Pflegeversicherung	3.660,36 €
		Zuschuss MuSchG	5.906,60 €
Gesamt	272.877,35 €		
Herr Dr. Ulrich Nußbaum	Aufsichtsratsvorsitzender (bis 11.12.2014)	Aufwandsentschädigung Erstattung Reisekosten	5.712,37 €
Herr Dr. Matthias Kollatz Ahnen	Aufsichtsratsmitglied (ab 16.12.2014)	Aufwandsentschädigung	258,06 €
Herr Dr. Eugen von Lackum	stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender	Aufwandsentschädigung* Erstattung Reisekosten	6.693,75 € 1.800,07 €
Herr Ludwig Burkardt	Aufsichtsratsmitglied	Aufwandsentschädigung*	6.247,50 €
Frau Erika Jaeger	Aufsichtsratsmitglied	Aufwandsentschädigung*	6.247,50 €
Herr Uwe R. Lissau	Aufsichtsratsmitglied	Aufwandsentschädigung Erstattung Reisekosten	5.250,00 € 4.750,30 €
Frau Sabine Usinger	Aufsichtsratsmitglied	Aufwandsentschädigung*	6.247,50 €

* einschließlich Umsatzsteuer

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH Lagebericht über das Geschäftsjahr 2014

A Grundlagen des Unternehmens / Geschäftsmodell

Die BIM hat die Aufgabe, das Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB), welches aus landeseigenen Immobilien besteht, und im Rahmen einer Geschäftsbesorgung Immobilien, die das Land Berlin angemietet hat, treuhänderisch für das Land Berlin zu verwalten.

Das Ziel der BIM GmbH ist die Steigerung der Effizienz der Immobiliennutzung durch die Landesbehörden. Die konkreten Handlungsfelder sind:

- Neuanmietung bzw. Vertragsverlängerung
- Umzug in landeseigene Gebäude
- Verdichtung durch Reduzierung benötigter Flächen
- Nutzung von Flächenreserven in SILB-Gebäuden
- Effizienzsteigerung bei immobilienpezifischen Dienstleistungen
- Abbau des Instandhaltungstaus bei landeseigenen Gebäuden.

Die BIM GmbH ist in drei operative Bereiche strukturiert, die die Bewirtschaftung (Property Management), die baulichen Aufgaben (Baumanagement) und die Effizienzsteigerung der Immobiliennutzung (Portfoliomanagement) zur Aufgabe haben.

B Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die BIM GmbH hat im Laufe des Geschäftsjahres 2014 die in den vergangenen Jahren erfolgreich eingeschlagene Geschäftspolitik zur Verbesserung der Effizienz der Immobiliennutzung durch die Landesbehörden fortgesetzt.

Der Immobilienbestand, für den die BIM GmbH bereits verantwortlich war, blieb im Wesentlichen unverändert, und erhöhte sich durch die Übernahme mehrerer Justizvollzugsanstalten. Die bewirtschafteten Flächen erhöhten sich um 5% auf 4,1 Mio qm und das betreute Bauvolumen um 21 % auf € 114 Mio.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres waren

- Übernahme der Justizvollzugsanstalten Moabit und Tegel ab 01.01.2014
- Übernahme der Justizvollzugsanstalt Heidering ab 01.01.2014
- Bearbeitung diverser Projekte zur Effizienzsteigerung / Abmietung (unter anderem Landeslabor Berlin-Brandenburg, Finanzämter Mitte-Tiergarten und Neukölln, Übernahme von Bezirksimmobilien in das SILB)
- Einführung eines Umweltmanagementsystems und eines Schadstoffkatasters
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Schwesterunternehmen Liegenschaftsfonds Berlin

B.1 Ertragslage

Die Ertragslage ist durch folgende Daten gekennzeichnet:

in T€ (gerundet)	2013	2014
Umsatzerlöse		
Geschäftsführung des SILB	14.880	15.010
Vergütung für die Betreuung der vom Land Berlin angemieteten Immobilien	916	742
Summe	15.796	15.752
Sonstige betriebliche Erträge	840	2.550
Summe Erträge	16.636	18.302
Personalkosten	11.173	12.320
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.203	3.710
Abschreibungen	651	526
Operative Kosten	15.027	16.556
Zinsergebnis	+ 1	- 183
Ertragsteuern	- 478	- 482
Jahresüberschuss	1.132	1.081

Die Erlöse für die Geschäftsführung des SILB sind aufgrund des vergrößerten Immobilienbestands in der Bewirtschaftung der BIM GmbH auf leicht höherem Niveau. Die Vergütung für die Betreuung der vom Land Berlin angemieteten Immobilien ist aufgrund von Einmaleffekten im Vorjahr zurückgegangen.

Der Anstieg der Personalkosten ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Mitarbeiterzahl auf durchschnittlich 209 Mitarbeiter in 2014 (Vorjahr: 198 Mitarbeiter) bedingt.

Das Ergebnis des Jahres 2014 liegt über den Erwartungen der Geschäftsführung und oberhalb der geplanten Werte. Wesentliche Ursachen sind die einmalig unterhalb der Planung liegende Kostenentwicklung aufgrund in 2014 verzögerter Personaleinstellung (rd. T€ 671) und der Schlussabrechnung des Projekts Bestandsverzeichnis (sonstige betriebliche Erträge von T€ 1.387).

B.2 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war jederzeit stabil.

Die Kapitalflussrechnung stellt die Investitions- und Finanzierungsvorgänge des Geschäftsjahres wie folgt dar:

in T€	2013	2014
Jahresüberschuss	1.132	1.081
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	+ 651	+ 526
Erträge aus Anlagenabgängen	-4	0
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Rückstellungen	+ 124	+ 259
Zunahme (+) / Abnahme (-) von Verbindlichkeiten	- 834	- 1.842
Abnahme (+) / Zunahme von Forderungen	+ 44	+ 1.238
Abnahme (+) / Zunahme von Posten der Rechnungsabgrenzung	+ 19	- 75
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	+ 1.132	+ 1.188
Auszahlungen für Investitionen	- 647	- 464
Anlagenabgänge	+ 4	0
Cash Flow aus Investitionen	- 643	- 464
Ausschüttungen an das Land Berlin	- 500	- 500
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	- 500	- 500
Summe Cash Flow	- 11	+ 224
Finanzmittel am Anfang der Periode	97	86
Summe Cash Flow	- 11	+ 224
Finanzmittel am Ende der Periode	86	310

Zwischen der BIM, dem treuhänderisch verwalteten Vermögen angemieteter Standorte und dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) findet faktisch ein Cash Pooling statt. Die BIM minimiert ihren Geldbestand zugunsten von Forderungen gegen das SILB, so dass Liquidität zwecks Zinsschonung für den Landeshaushalt möglichst bei der Landeshauptkasse gehalten wird.

Die Investitionstätigkeit ist durch Abschreibungen des Anlagevermögens finanziert.

B.3 Vermögenslage

Das Vermögen der BIM GmbH besteht aus folgenden Positionen (in T€):

in T€	2013	2014
Anlagevermögen	1.036	974
Umlaufvermögen und RAP	8.492	7.618
- <i>darin Forderungen gegen das Land Berlin bzw. SILB / LfG</i>	7.967	5.510
- <i>darin: Liquide Mittel</i>	86	310
Aktiva	9.528	8.592

Das Anlagevermögen besteht hauptsächlich aus Büro- und Geschäftsausstattung (Schwerpunkte Büromöbel und EDV). Wesentliche Investitionen betrafen im Geschäftsjahr 2014 die Anschaffung der erforderlichen Büro- und Geschäftsausstattung, insbesondere EDV-Infrastruktur (Hardware, Software).

Die Kapitalpositionen der BIM stellen sich wie folgt dar:

in T€	2013	2014
Eigenkapital	3.573	4.154
Rückstellungen	3.281	3.541
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.674	897
Passiva	9.528	8.592

Insbesondere für Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern, Aktenarchivierung sowie internen Aufwand aus Verpflichtungen zur Aufstellung des Jahresabschlusses und der Anfertigung von Betriebskostenabrechnungen sowie für Rechtsstreitigkeiten wurden Rückstellungen gebildet.

Die Verbindlichkeiten resultieren aus den laufenden Geschäften. Es liegen keine Verbindlichkeiten aus Darlehensverhältnissen vor. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten im Vorjahr betrafen erhaltene Zahlungen für das Projekt Bestandsverzeichnis (T€ 1.651), das in 2014 abgerechnet wurde.

C Nachtragsbericht

Nach dem Abschluss des Jahres 2014 sind mit Ausnahme der Beschlüsse zur Zusammenführung der BIM mit dem Liegenschaftsfonds Berlin keine Vorgänge besonderer Bedeutung eingetreten.

Im Februar 2015 wurden in einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung folgende Beschlüsse gefasst:

- a) Die BIM GmbH erwirbt durch Kauf den Geschäftsbetrieb des Liegenschaftsfonds Berlin (nicht jedoch die im Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds Berlin befindlichen Immobilien).
- b) Die BIM GmbH tritt dem Geschäftsbesorgungsvertrag des Liegenschaftsfonds Berlin mit dem Land Berlin zur Vermarktung und Bewirtschaftung der Immobilien im Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds Berlin bei.

c) Der Gesellschaftsvertrag der BIM GmbH wird um die ehemals dem Liegenschaftsfonds Berlin vorbehaltenen Aufgaben ergänzt.

d) Die Geschäftsführung der BIM GmbH wird um Frau Birgit Möhring erweitert werden.

Die Mitarbeiter des Liegenschaftsfonds Berlin werden im Wege des Betriebsübergangs auf die BIM GmbH übergehen. Der Interessenausgleich der BIM GmbH zur Umsetzung der Zusammenführung der Mitarbeiter aus beiden Unternehmen unter einer einheitlichen Führung wurde im Februar 2015 abgeschlossen.

Im Liegenschaftsfonds Berlin wurde den beabsichtigten Veränderungen und Vertragsabschlüssen spiegelbildlich im Aufsichtsrat zugestimmt. Es liegt ebenfalls ein abgeschlossener Interessenausgleich vor.

Die Zusammenführung der beiden Unternehmen und ihrer Mitarbeiter wurde zum 01.03.2015 umgesetzt.

D Prognose-, Chancen- und Risikobericht

D.1 Prognosebericht

Die Geschäftsjahre 2015 und 2016 werden voraussichtlich mit einer geringen Unterdeckung (2015) bzw. einem leichten Überschuss (2016) abschließen.

in Mio. €, gerundet	2015	2016
Umsatzerlöse	28,9	29,4
Personalkosten	21,5	21,7
Sachkosten, Abschreibungen, sonstige Steuern	7,6	7,6
Jahresergebnis	- 0,2	+ 0,1

Aufgrund der in 2014 verzögerten Personaleinstellung, einmaligen Erträgen und der Tatsache, dass inflationsbedingt Kostensteigerungen auftreten werden, die nicht durch Preisanpassungen kompensiert werden, wird mit einem im Vergleich zu 2014 deutlich geringeren Ergebnis gerechnet.

Die dargestellten Zahlen berücksichtigen den bisherigen Geschäftsbetrieb des Unternehmens sowie das durch die Zusammenführung mit dem Liegenschaftsfonds Berlin erhöhte Geschäftsvolumen. Ziel ist es, im Rahmen einer veränderten Ausrichtung der Liegenschaftspolitik des Landes Berlin auf die Anforderungen der wachsenden Stadt besser ausgerichtet zu sein.

Das Unternehmen wird die Aufgaben, die der Liegenschaftsfonds Berlin wahrnimmt, erbringen. Die beim Liegenschaftsfonds Berlin tätigen Mitarbeiter werden im Wege des Betriebsübergangs in das Unternehmen eingehen, so dass eine Kontinuität der Vermarktungs- und Bewirtschaftungsaufgaben gewährleistet wird.

D.2 Chancenbericht

Die für das Geschäftsjahr 2015 benannten prognostizierten Ergebnisse gehen von einem über das gesamte Geschäftsjahr zu finanzierenden Personalbestand aus. Nach den Erfahrungen der vergangenen Geschäftsjahre erfolgt die Personaleinstellung jedoch

sukzessive, so dass sich hieraus in 2015 ein einmaliger Effekt der Kosteneinsparung ergeben kann.

Durch die Zusammenführung mit dem Liegenschaftsfonds Berlin wird beabsichtigt, weitere Leistungen im Auftrag des Landes Berlin im zusammengeführten Unternehmen zu erbringen. Diese Leistungen, die vorrangig in der Analyse des Immobilienportfolios des Landes Berlin und der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen liegen, dehnen das Geschäft des Unternehmens aus.

D.3 Risikobericht

Die BIM GmbH ist zu 100 % eine landeseigene Gesellschaft. Durch die unmittelbare Verknüpfung der Gesellschaft und ihre Funktion für das Land Berlin besteht ein aus wirtschaftlicher Sicht begründetes Bestandsrisiko nur bedingt.

Gemäß Gesellschaftsvertrag hat die BIM GmbH die ihr übertragenen Aufgaben zur Bewirtschaftung landeseigener und angemieteter Objekte wahrzunehmen. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Risiken verbleiben beim Land Berlin, weil das Land Eigentümer der Immobilien ist. Die BIM GmbH hat somit auch zukünftig nur die Risiken zu tragen, die aus der Funktion der Geschäftsbesorgung bzw. Verwaltung folgen.

Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Land Berlin ist auf unbefristete Zeit geschlossen. Es ist nur die außerordentliche Kündigung für den Fall vorgesehen, dass die BIM GmbH aufgrund politischer Entscheidungen von ihren gegenwärtigen Aufgaben entbunden würde.

Die Zusammenführung mit dem Liegenschaftsfonds Berlin bedeutet in der unmittelbaren Zukunft einen Anpassungs- und Integrationsprozess der beiden bisher getrennt operierenden Unternehmen, so dass zusätzliche Aufwendungen unmittelbar nicht auszuschließen sind, um längerfristig dann Vorteile zu erzielen.

D.4 Interne Kontrollsysteme und Risikomanagement

Die BIM GmbH verfügt für alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten über definierte Arbeitsprozesse. Hierin sind die notwendigen Freigabeschritte und Anforderungen zur Dokumentation niedergelegt. Für alle Beauftragungs- und Freigabevorgänge wird ein Vier-Augen-Prinzip angewendet.

In regelmäßigen Besprechungen werden in allen Bereichen die laufenden geschäftlichen Aktivitäten besprochen und protokolliert. Chancen und Risiken werden somit erkannt, kommuniziert und bewertet. Daraus werden Maßnahmen abgeleitet.

Die BIM GmbH hat im Geschäftsjahr 2014 die Rezertifizierung des Qualitätsmanagementsystems und des Compliancemanagementsystems erfolgreich umgesetzt. In 2014 erfolgte zusätzlich die erfolgreiche Einführung eines Umweltmanagementsystems und dessen Zertifizierung.

Sven Lemiss Birgit Möhring

Geschäftsführung

Berlin, den 04.03.2015

BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH
Anlage zum Lagebericht per 31.12.2014 – Berliner Corporate Governance
Kodex

Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären, dass den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex entsprochen wurde und wird. Diese Erklärung wird mit dem Jahresabschluss dem alleinigen Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, vorgelegt.

1 Zusammenwirken von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung

Der Aufsichtsrat und die Geschäftsleitung haben laufend vertrauensvoll und eng zusammengearbeitet. Dem Aufsichtsrat wurden hierbei alle Angelegenheiten des Unternehmens und die Kenntnisse der Geschäftsleitung offen gelegt. Zu den Sitzungen hinzugezogene Dritte, die nicht Mitglieder des Aufsichtsrates sind, wurden zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat grundsätzlich unter Teilnahme der Geschäftsleitung seine Sitzungen abgehalten, falls die Beratungen es erforderlich machen, finden Gespräche auch ohne die Geschäftsleitung statt.

Die Unternehmensplanungen wurden dem Aufsichtsrat von der Geschäftsleitung schriftlich vorgelegt und mit ihm abgestimmt. Ebenso wurden alle Geschäftsvorfälle besonderer wirtschaftlicher Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Berichte über die geschäftlichen Aktivitäten und die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage einschließlich der relevanten Vergleiche zur Erreichung der gesetzten Ziele wurden dem Aufsichtsrat schriftlich erläutert und vorgelegt. Risiken und deren Management wurde im Bericht an den Aufsichtsrat jeweils dargelegt. Alle Vorlagen wurden fristgerecht vor den Aufsichtsratssitzungen verteilt.

Neben den Regelungen des Gesellschaftsvertrages bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Aufsichtsrats bzw. Geschäftsleiters nachgekommen. Es ist eine D&O Versicherung abgeschlossen mit einer Versicherungssumme von € 20 Mio. ohne Selbstbeteiligung, die alle Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates einschließt.

2 Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens gehandelt. Dies schließt aufgrund der besonderen Stellung des Unternehmens ein, dass die Interessen seines Gesellschafters Land Berlin, der Eigentümer des vom Unternehmen verwalteten Sondervermögens Immobilien des Landes Berlin ist, Maßstab des Handelns sind. Gesetzliche Bestimmungen wurden durch die Geschäftsleitung beachtet. Handlungen, die das Unternehmen benachteiligen, gab es nicht.

Die Gesellschaft verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Risikorelevante Sachverhalte werden in wöchentlich stattfindenden Teamsitzungen angesprochen, so dass bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt werden können (Risikokommunikation). Hinsichtlich der Risiken aus der Neuanmietung von Immobilien für das Land Berlin bestehen detaillierte Regelungen zur Risikobegrenzung (z.B. Musteranmietverträge, Ausschussvorlagen an die Senatsverwaltung). Bezüglich der Auftragsvergabe im Rahmen der Gebäudebewirtschaftung erfolgen Ausschreibungsverfahren nach den jeweils gültigen Vergaberichtlinien.

Die Vergütung der Geschäftsleitung erfolgte im Berichtsjahr auf Basis eines Anstellungsvertrages sowie einer Zielvereinbarung. Die Vergütung besteht aus einem fixen Bestandteil und einer erfolgsabhängigen Komponente, welche sich nach den vom Aufsichtsrat freigegebenen Zielen und deren Erreichung bemisst. Die Vergütung der Geschäftsleitung wurde zwischen der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat unter Berücksichtigung von Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung und Einbeziehung branchenüblicher Werte vereinbart.

Die Berichterstattung über die Bezüge der Geschäftsleitung erfolgte im Rahmen eines vertraulichen Bezügeberichts (Alleingeschäftsführer). Sie wurden nicht im Anhang zum Jahresabschluss angegeben.

3 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach den Vorgaben von Satzung und Geschäftsordnung wahrgenommen. In alle Entscheidungen grundsätzlicher Art war der Aufsichtsrat eingebunden. Die Häufigkeit und Dauer der Sitzungen entsprachen den Notwendigkeiten des Unternehmens.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, um die laufende Geschäftsentwicklung, geplante Projekte bzw. Portfolioveränderungen und erkennbare Risiken zu erörtern. Besondere berichtspflichtige Ereignisse gab es nicht. Es gab keine wichtigen Tatsachen und Ereignisse, über die der Aufsichtsrat hätte informiert werden oder eine außerordentliche Sitzung hätte stattfinden müssen.

Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet, da hierzu keine Notwendigkeit bestand.

Bei Wettbewerbsunternehmen waren die Mitglieder des Aufsichtsrats weder als Organmitglieder tätig, noch im Rahmen einer Beratungsfunktion beschäftigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten eine Vergütungen durch das Unternehmen nach den landesüblichen Regelungen.

4 Interessenkonflikte

Die Geschäftsleitung hat die Regelungen zum Wettbewerbsverbot beachtet. Vorteile für sich oder Dritte wurden weder angenommen noch gefordert. Fälle von Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung der Beschäftigten des Unternehmens sind der Geschäftsleitung nicht bekannt.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Interessenkonflikte bei Mitgliedern von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung sind nicht aufgetreten.

Geschäfte des Unternehmens mit dem Geschäftsführer, ihm nahe stehenden Personen oder Unternehmen sind nicht erfolgt. Es gab keine Berater-, Dienstleistungs- oder andere Verträge dieser Art von Mitgliedern des Aufsichtsrats mit dem Unternehmen.

Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.

Es erfolgte keine Gewährung von Krediten an Mitglieder von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung noch deren Angehörige.

5 *Transparenz*

Besondere Tatsachen, die wesentliche Auswirkungen auf das Unternehmen und seine Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sowie Geschäftsentwicklung hatten, sind nicht bekannt geworden bzw. resultieren aus politischen Entscheidungen, die im Land Berlin öffentlich bekannt sind.

Das Unternehmen betreibt eine eigene Internet-Seite, über die laufend Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Es wurde ein Geschäftsbericht vorgelegt.

6 *Rechnungslegung*

Der geprüfte Jahresabschluss wurde dem Aufsichtsrat innerhalb der vorgesehenen Frist vorgelegt. Ebenso wurde der Aufsichtsrat über die laufende Geschäftsentwicklung und die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage in den Aufsichtsratssitzungen schriftlich durch die jeweils aktuellen Zwischenberichte unterrichtet.

Für die Rechnungslegung maßgeblich waren jeweils die handelsrechtlichen Regelungen.

7 *Rechnungslegung und Abschlussprüfung*

Dem Aufsichtsrat wurden zu den Sitzungsterminen jeweils Berichterstattungen zur finanziellen Entwicklung des bereits abgelaufenen Teils des Geschäftsjahres vorgelegt und erläutert.

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind während der Abschlussprüfung keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse zur Kenntnis gelangt, über die zu berichten gewesen wäre.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats zum Jahresabschluss teilnehmen, um über die Prüfung des Jahresabschlusses zu berichten.

Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates**Bezüge in 2014**

Sven Lemiss	Geschäftsführer Berliner Immobilienmanagement GmbH	Grundgehalt	135.391,50 €
		Bonuszahlung für GJ 2013	59.535,00 €
		geldwerte Vorteil PKW-Nutzung, Telefon	8.974,05 €
		Gesamt	203.900,55 €

Aufsichtsrat

Dr. Margaretha Sudhof	Staatssekretärin, Senatsverwaltung für Finanzen	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	
Regula Lüscher	Senatsbaudirektorin, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	
Heidrun Andersch-Niestedt	Leiterin der Abteilung Zentraler Service und des Referats Organisation, Personal, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	
Dr. Jochen Rettler	Geschäftsführer der Dr. Rettler Service GmbH	pauschale Vergütung Aufsichtsratsmitglied	
		Gesamt AR-Vergütung	- €

Hinweis: Die ab 01.10.2014 vorgesehene Aufsichtsratsvergütung ist in 2015 zur Auszahlung gekommen.

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

Lagebericht der BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2014 für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1. Geschäftsmodell

Die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG (BWB Rekom) wurde am 1. August 2012 von der IBB-Holding GmbH, Berlin, als Kommanditistin und deren 100%iger Tochtergesellschaft BWB Rekom Verwaltungs GmbH, Berlin, als Komplementärin gegründet. Die IBB-Holding brachte im Anschluss die BWB Rekom Verwaltungs GmbH als Sacheinlage in die BWB Rekom ein, so dass eine Einheitsgesellschaft gebildet wurde. Am 26. Oktober 2012 trat das Land Berlin als weiterer Kommanditist in die BWB Rekom ein. Das Land Berlin hält mit einer Haftsumme von 24.990 EUR 99,96% der Anteile; mit 10 EUR Haftsumme (0,04%) bleibt die IBB-Holding weiterer Kommanditist.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an den Berliner Wasserbetrieben AöR (BWB). Die Gesellschaft verwaltet ausschließlich ihr eigenes Vermögen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet erscheinen, dem Gegenstand des Unternehmens zu dienen.

Die BWB Rekom hält nach Kauf aller ehemals privatisierten Anteile insgesamt mittelbar 49,9% an den Berliner Wasserbetrieben AöR.

Die BWB Rekom ist eine vermögensverwaltende GmbH & Co. KG, deren Geschäfte von ihrer Kommanditistin IBB-Holding GmbH unter Ausschluss der Geschäftsführungsbefugnis der Komplementärin geführt werden.

1.2. Ziele und Strategien

Nachdem in 2012 schon der RWE-Anteil an der RWE-Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH (RVB) sowie Darlehensforderungen gegen die RVB erworben worden waren, erwarb die BWB Rekom 2013 den weiteren zuvor von der Veolia Wasser GmbH (Veolia) gehaltenen 50%igen Geschäftsanteil an der RVB. Gegenstand des Erwerbs waren auch hierbei Darlehensforderungen der Veolia gegen die RVB. Die RVB wurde im Zuge dieser Transaktion in Berlinwasser Beteiligungs GmbH (BBG) umfirmiert. Sie bündelt als Zwischenholding die im Rahmen der Teilprivatisierung der BWB im Jahr 1999 vom Land Berlin an die strategischen Investoren RWE und Veolia veräußerten rund 49,9% der BWB-Anteile. Ziel des Erwerbs der BBG-Anteile war die Rekommunalisierung der BWB.

Aufgrund des beherrschenden Einflusses auf die BBG stellt die BWB Rekom als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Durch die Anpassungen des Konsortialvertrages sowie des Vertrages über zwei stille Gesellschaften und zur Begründung einer einheitlichen Leitung endete zum 30. April 2014 der beherrschende Einfluss der Berlinwasser Holding GmbH (BWH) auf die Berliner Wasserbetriebe AöR. Entsprechend erfolgte im Konzernabschluss der BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG die Entkonsolidierung der Berliner Wasserbetriebe AöR und der zugehörigen Zweckgesellschaften zum 30. April 2014.

Durch den Geschäftszweck der Gesellschaft wird als finanzieller Leistungsindikator die Sicherstellung der Liquidität verwendet, da die Zahlungsfähigkeit der BWB Rekom und die Versorgung der BBG mit Finanzmitteln im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stehen.

Die BWB Rekom wird nahezu ausschließlich durch Darlehen der Investitionsbank Berlin finanziert, welche durch Bürgschaften des Landes Berlin abgesichert sind.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingung

Als Anteilseignerin einer mittelbaren Beteiligung an den Berliner Wasserbetrieben AöR steht die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im unmittelbaren Zusammenhang mit der der BWB.

Die Hauptstadt ist der wichtigste Absatzmarkt für die BWB. Darüber hinaus werden rund 75.000 Einwohner Brandenburgs mit Trinkwasser der Berliner Wasserbetriebe versorgt und das Abwasser für Brandenburger Aufgabenträger gereinigt. Insgesamt haben die Berliner Wasserbetriebe in 2014 189,9 Mio. m³ Trinkwasser verkauft (Vorjahr: 189,1 Mio. m³) und 234,0 Mio. m² Abwasser gereinigt (Vorjahr: 240,3 Mio. m³).

Auf nationalen sowie internationalen Absatzmärkten leisten die Wettbewerbsgesellschaften der BWH als Partner für Unternehmen und Kommunen unterschiedliche Dienste rund ums Wasser.

2.2. Vermögens- und Finanzlagelage

Wesentliche Assets der BWB Rekom sind die Anteile an der BBG in Höhe von 199.352.559,13 EUR sowie die der BBG gewährten verzinslichen Darlehen von zusammen 1.106.669.379,46 EUR (Stand 31.12.2014). Die Darlehen setzen sich zusammen aus zwei der Höhe nach festgelegten Darlehen von zusammen 938 Mio. EUR (zwei hinsichtlich der Konditionen identische Darlehen über je 469 Mio. EUR - "Darlehen I") und zwei Darlehensrahmen von zusammen 300 Mio. EUR (zwei hinsichtlich der Konditionen identische Darlehensrahmen über je 150 Mio. EUR - "Darlehen II"), die vorrangig der Finanzierung des laufenden Betriebs dienen und zum 31.12.2014 mit 168.669.379,46 EUR valutierte. Die Darlehen I wurden bis zum 17. Januar 2016 verlängert.

Die BWB Rekom hat keinen Zweifel an der Werthaltigkeit ihrer Assets. Die BBG hält rund 49,9% an den Berliner Wasserbetrieben. Angesichts des Geschäftsmodells der BWB ist mit weitgehend kontinuierlichen Ausschüttungen an die BBG zu rechnen, wodurch die Kapitaldienstfähigkeit der BBG gesichert ist.

Den Aktiva steht auf der Passivseite die eigene Refinanzierung der BWB Rekom auf Darlehensbasis gegenüber.

BWB Rekom hat am 17. April 2013 zur Refinanzierung des Erwerbs des RWE-Anteils einen langfristigen Darlehensvertrag über insgesamt 700 Mio. EUR geschlossen. Hiernach wurde die Tranche A1 (150 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren) vorerst auf Basis des 3-Monats-EURIBORS zuzüglich Marge und Liquiditätskosten gewährt. Bei Änderung der Zinserwartungen kann die BWB Rekom die Umstellung der Zinsbindung bis zum Ende der Laufzeit verlangen.

Die Tranche A2 (479 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 30 Jahren) hat eine Zinsbindung von 20 Jahren.

Die Tranche B (71 Mio. EUR) dient als Liquiditätspuffer und kann nach Bedarf in den nächsten 30 Jahren in Anspruch genommen werden. Zum Stichtag wurden davon 9 Mio. EUR in Anspruch genommen.

Zur Refinanzierung des Erwerbs des Veolia-Anteils hat die BWB Rekom am 28. November 2013 einen weiteren langfristigen Darlehensvertrag über insgesamt 590 Mio. EUR geschlossen. Hiernach wird die Tranche C1 (150 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren) vorerst auf Basis des 3-Monats-EURIBORS zuzüglich Marge und Liquiditätskosten gewährt. Bei Änderung der Zinserwartungen kann die BWB Rekom die Umstellung der Zinsbindung

bis zum Ende der Laufzeit verlangen. Nach den Kalkulationen der Geschäftsführung und den Darlehensbedingungen ist diese Tranche in 10 Jahren getilgt.

Die Tranche C2 (440 Mio. EUR mit einer Laufzeit von 30 Jahren) hat eine Zinsbindung von 20 Jahren.

Die Gesellschafter haben durch Beschluss vom 20. August 2014 die Jahresüberschüsse der Jahre 2012 und 2013 einschließlich der bisherigen Verzinsung dem Eigenkapital zugeführt. Dadurch und durch die ansonsten von externer Finanzierung geprägte Kapitalstruktur ergibt sich für die Gesellschaft eine Eigenkapitalquote von 6%.

In 2014 waren Zinssatz und Zinslast der aufgenommenen Refinanzierung insgesamt leicht höher als die mit der BBG vereinbarten Konditionen. Die BWB Rekom hat daraufhin ab dem 17. Januar 2015 für die Darlehen I mit der BBG einen Festzinssatz von 2,8 % vereinbart.

Die Vermögenslage der BWB Rekom ist geordnet. Sie ist durch das mittelbare Engagement bei den Berliner Wasserbetrieben bestimmt, das auch langfristig krisenfest ist.

2.3. Ertragslage

Die BWB Rekom schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 48.683.967,34 EUR ab, der auf den Erträgen aus der Beteiligung an der BBG beruht. Aus Sicht der Geschäftsführung ist die wirtschaftliche Lage der BWB Rekom zufriedenstellend.

In 2013 wurde von phasengleicher zu phasenverschobener Vereinnahmung der Beteiligungserträge umgestellt. In 2014 ist dementsprechend der Beteiligungsertrag des Jahres 2013 enthalten. Durch diese Umstellung der Vereinnahmung der Beteiligungserträge ist die Vergleichbarkeit der Ertragslage nur eingeschränkt möglich, da diese für das Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 zu wesentlich geringeren Erträgen geführt hatte.

2.4. Liquiditätslage

Die Gesellschaft verfügte im Geschäftsjahr jederzeit über eine ausreichende Liquidität zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verbindlichkeiten. Da die BWB Rekom über die Möglichkeit verfügt, sich weitere Mittel aus der von der IBB gewährten freien Kreditlinie zu beschaffen, waren keine Liquiditätsrisiken erkennbar. Abweichend von der Prognose des Vorjahres musste zur Versorgung der BBG mit Liquidität aufgrund von Steuernachzahlungen die Tranche B zum Stichtag wieder mit 9 Mio. EUR in Anspruch genommen werden.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Für die Sicherstellung der Liquidität wird eine jährliche Liquiditätsplanung durchgeführt. Diese wird unterjährig angepasst und enthält alle relevanten Transaktionen. Die Aufrechterhaltung von ausreichend Liquidität für die BBG ist daher oberstes Ziel der Gesellschaft für 2015.

Das Land Berlin hat ein Umstrukturierungskonzept entwickelt, in dem die gesamte Beteiligungsstruktur von der BWB Rekom bis zur BWB vereinfacht und die stillen Beteiligungen der BBG an der BWH und der BWH an der BWB beendet werden sollen. Nach diesem Konzept würde die BWB Rekom mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2015 auf die BWH verschmolzen werden. Die Umsetzung dieses Konzeptes bedarf der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin, die für Mitte 2015 (bis zum 31. August 2015) angestrebt wird. Sollte das Konzept nicht die Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin erhalten, besteht die BWB Rekom weiter wie bisher und entwickelt sich wie nachfolgend beschrieben.

Die Risiken der BWB Rekom sind geprägt von der Risikostruktur der Berlinwasser Unternehmensgruppe. Um diese Risiken frühzeitig erkennen und effizient handeln zu können, steht die BWB Rekom in ständigem Austausch mit den für das Risikomanagement der BWB, der BWH und der BBG zuständigen Ansprechpartnern. Außerdem findet eine enge Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen statt. Bei den BWB und den BWH wurde im Jahr 2012 ein Compliance-Managementsystem eingerichtet, welches die Einhaltung von Gesetzen, Richtlinien und Kodizes sicherstellt. Zusätzlich werden bei mehrmals jährlich stattfindenden Risikoinventuren der Bestand und die Entwicklung von Risiken beurteilt und gegebenenfalls neu bewertet.

Die wirtschaftliche Situation der BWB Rekom ist einzig durch den Auftrag des Landes Berlin gekennzeichnet, die ehemals privatisierten Anteile von RWE und von Veolia an den Berliner Wasserbetrieben zu halten. Das Land Berlin hat sich für die Finanzierung der BWB Rekom verbürgt. Es ist zu erwarten, dass die BWB Rekom vom Land stets mit finanziellen Mitteln bzw. Garantien angemessen ausgestattet wird.

Die Höhe der Beteiligungserträge, die von der BBG an die BWB Rekom ausgeschüttet werden, ergibt sich im Wesentlichen aus dem von den Berliner Wasserbetrieben erwirtschafteten Teilgewinn, der an die BWH ausgeschüttet und an die BBG weitergeleitet wird. Aus diesem Grund stehen diejenigen Chancen und Risiken der Berliner Wasserbetriebe für die BWB Rekom im Vordergrund, welche wesentlichen Einfluss auf die Höhe des von den BWB abgeführten Teilgewinns haben. Durch die Höhe der abgeführten Teilgewinne wird die Liquidität der BWB Rekom direkt beeinflusst, da sie für die Liquiditätsplanung einen wesentlichen Baustein darstellen.

Die Risiken und Chancen, welche sich im Wesentlichen aus dem Marktumfeld der BWB ergeben, lassen sich wie folgt beschreiben: Wesentliche Chancen werden in der Verbesserung und Effizienzsteigerung der technischen und logistischen Umsetzung der Wasserver- und Abwasserentsorgung gesehen. In der Wasserversorgung stehen insbesondere Qualitätssteigerungen bei der Bereitstellung des Trinkwassers im Vordergrund. Im Bereich Abwasserentsorgung entstehen Chancen in der Verzahnung innovativer Technologien mit der Hauptleistung. Zum Beispiel können neue Möglichkeiten für das Recyclen von Klärschlamm und für die Wärmegewinnung aus Abwässern genutzt werden. Wesentliche Risiken ergeben sich zum einen aus der behördlichen Förderbewilligung von Grundwasser für die Trinkwasserversorgung. Der jetzige Status quo (bis auf ein Wasserwerk, für welches bereits eine Förderbewilligung vorliegt) gründet auf der Duldung der Wasserförderung ohne Bewilligung. Die Prüfung zur Erteilung der Bewilligung enthält Umweltverträglichkeitsuntersuchungen, aus welchen sich Ausgleichs- oder Überwachungsbedarfe sowie Fördereinschränkungen ergeben können. Diese wären mit wesentlichen Mehraufwendungen für Investitionen verbunden. Zum anderen besteht ein Risiko bei Regenereignissen, dass nicht die behördlich angeordnete Mindestmenge Abwasser aus der Mischkanalisation zu den Klärwerken befördert werden könnte. Ein Verstoß gegen diese Auflagen kann Sanktionen der Senatsverwaltung sowie weitere Investitionsverpflichtungen zur Erhöhung der Speicher- und Klärwerkskapazitäten zur Folge haben.

Das Marktpreisrisiko, welches sich aus der Festlegung und Entwicklung der variablen Zinssätze für die aufgenommenen Kredite der IBB ergibt, kann derzeit aufgrund der langfristigen Kreditlaufzeit nicht verlässlich geschätzt werden. Da jedoch die an die BBG vergebenen Darlehen ebenfalls variabel verzinst werden bzw. die Verzinsung ggf. dem Marktumfeld angepasst werden kann, stehen zukünftigen Zinsaufwendungen immer auch entsprechende Zinserträge gegenüber. Das Marktpreisrisiko an sich wird daher von der Geschäftsführung als unwesentlich eingeschätzt.

Die Geschäftsführung der BWB Rekom geht davon aus, dass, sofern die Umstrukturierung der Berlinwasser Unternehmensgruppe nicht stattfindet, im Geschäftsjahr 2015 ein vergleichbarer Jahresüberschuss wie in 2014 erzielt wird.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Angesichts der aktuellen Zinssituation hat die BWB Rekom zum 31. März 2015 von der im Darlehensvertrag eingeräumten Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Tranche A1 (Restvaluta nach Sondertilgung von 25 Mio. EUR: rd. 92,4 Mio. EUR), die bislang variabel auf 3-Monats-Basis verzinst war, in einen Festkredit mit sechsjähriger Restlaufzeit umzuwandeln. Bei insgesamt verringerter Zinslast bleibt die jährlich zu leistende Annuität unverändert. Die Tranche A1 wird zum 31. März 2021 voraussichtlich vollständig getilgt sein.

5. Sonstige Angaben

Die Geschäftsführung wird für die Geschäftsführende Kommanditistin durch deren Geschäftsführer Dr. Wilhelm Reiß, Bankjurist, der von der BWB Rekom zum einzelvertretungsberechtigten und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Prokuristen bestellt wurde, wahrgenommen. Die Geschäftsführende Kommanditistin erhielt für ihren Aufwand pauschal eine Vergütung i.H.v. 35.700 EUR brutto für das Geschäftsjahr 2014 zuzüglich 174.930 EUR brutto für Sach- und Personalausstattung.

Berlin, den 31. März 2015

Dr. Wilhelm Reiß

Anhang: Entsprechenserklärung gemäß Berliner Corporate Governance Kodex

Anlage zum Lagebericht

Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

(ungeprüft)

Die BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG (BWB Rekom) wird den Empfehlungen zum Berliner Corporate Governance Kodex, soweit sie auf die BWB Rekom in ihrer Rechtsform als GmbH & Co. KG, die über keinen Aufsichtsrat und keine hauptberufliche Geschäftsführung verfügt, übertragbar sind, mit folgenden Ausnahmen entsprechen und hat den Empfehlungen seit Abgabe der letzten Entsprechenserklärung am 31. März 2014 entsprochen:

Geschäftsleitung:

Die Geschäftsführung unterliegt keinem Wettbewerbsverbot.

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligenden Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.

Die Geschäftsführung hat Nebentätigkeiten ausgeübt, sie ist Mitglied in folgendem Aufsichtsgremium: Vorsitzender des Aufsichtsrates bei ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin

Transparenz:

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf die den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Die Veröffentlichung von Zwischenberichten (z.B. Quartalsberichte) ist nicht vorgesehen.

Berlin, den 31. März 2015

BWB Rekom Berlin GmbH & Co. KG

degewo Aktiengesellschaft

degewo Aktiengesellschaft, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Geschäftsverlauf

1.1 Überblick

Die degewo Aktiengesellschaft – vormals DEGEWO Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues gemeinnützige Aktiengesellschaft – (im Folgenden „degewo AG“, der Konzern wird im Folgenden als „degewo“ oder „degewo-Konzern“ bezeichnet), hat ihren Mietwohnungsbestand im Geschäftsjahr im Zuge der Optimierung der Konzernstruktur weitgehend auf die bestandshaltenden Tochtergesellschaften

- degewo City Wohnungsgesellschaft mbH,
- degewo Süd Wohnungsgesellschaft mbH,
- degewo Nord Wohnungsgesellschaft mbH,

und mit Arrondierungen auf

- degewo Köpenicker Wohnungsgesellschaft mbH,
- degewo Marzahner Wohnungsgesellschaft mbH,

deren jeweils 100%ige Gesellschafterin sie ist, ausgegliedert. Des Weiteren hält sie wirtschaftlich fast vollständig die Anteile an der degewo 6. Wohnen GmbH & Co. KG. Daneben hält die degewo AG als Alleingesellschafterin mehrere Dienstleistungsgesellschaften, die die Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke unterstützen. Wegen der Beteiligungen im Einzelnen wird auf den Anhang verwiesen.

Über eine weitere 100%ige Tochtergesellschaft, die gewobe Wohnungswirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH, werden Ankäufe (einschließlich des Erwerbs von schlüsselfertigen Bauprojekten), die WEG-/und Fremdverwaltung, der Messdienst und Servicebereich sowie Fonds- und sonstige Beteiligungen im Rahmen der Unternehmensentwicklung gemanagt.

Bis auf die degewo 6. Wohnen GmbH & Co. KG und die degewo-Hausbau bestehen mit den vorgenannten Konzerngesellschaften Ergebnisabführungsverträge.

Die Ausgliederung der Verwaltungsbestände der Kundenzentren an die Objektgesellschaften erfolgte mit Wirkung zum Stichtag 01.01.2014 im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme nach § 123 Abs. 3 Nr. 1 Umwandlungsgesetz gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten. Damit sind alle Mietverhältnisse und damit zusammenhängenden Forderungen, Verbindlichkeiten und sonstige Verträge, mithin ein Großteil des operativen Geschäftes, auf die Objektgesellschaften übergegangen. Die dadurch entstandene transparente Struktur verbessert die Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten und reduziert den Verwaltungsaufwand. Zudem kann weitestgehend die erweiterte Kürzung der Gewerbesteuer in den Objektgesellschaften in Anspruch genommen werden, da die gewerblichen Tätigkeiten bei der degewo AG verbleiben. Weitere Struktur- und Organisationsmaßnahmen im Konzern sind geplant,

um das operative Geschäft einschließlich der in einem Bereich zu konzentrierenden zunehmenden Neubautätigkeit stärker zu fokussieren. Mit Wirkung zum 01.11.2014 erfolgte der Nutzen-/Lastenwechsel eines Portfolios von 2403 Einheiten (davon 2121 Wohnungen), das bis 31.12.2016 weiterhin fremdverwaltet wird, aber sukzessive in die Bestände der degewo Süd und degewo City integriert werden wird.

Rahmenbedingungen

degewo agiert schwerpunktmäßig im Land Berlin. Hier haben sich die wohnungswirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch im Geschäftsjahr 2014 positiv entwickelt. Die Einwohnerzahl nahm im Jahresverlauf um rund 44.700 Personen zu. Damit hält der seit 2005 zu beobachtende Bevölkerungszuwachs weiter an, gemeldet sind rund 3,56 Mio. Einwohner. Das Wachstum resultiert aus Zuwanderungsgewinnen gegenüber dem Vorjahr. Die Neubauproduktionen nehmen deutlich zu. Bis 2030 rechnete der Berliner Senat mit einer Bevölkerungszunahme um rund 275.000 Personen, eine Prognose, die in der jetzigen Tendenz übertroffen werden wird.

degewo profitiert darüber hinaus - wie alle anderen Wohnungsunternehmen - von den positiven Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Die Situation hat sich in Berlin mit einer Arbeitslosenquote von rd. 10,5 % im November 2014 (gegenüber 11,0 % im Vorjahresmonat) und dem im dritten Jahr vergleichsweise stärksten Beschäftigungsanstieg aller Bundesländer trotz eines gedämpften Konjunkturmehrfeldes verbessert. Der Arbeitsmarkt wird sich weiter positiv entwickeln, da trotz globaler Risiken mit einer moderaten Steigerung der Wirtschaftsleistung Berlins und der Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze gerechnet wird.

Die Mieten in der Stadt sind erneut gestiegen. Das liegt an den verbesserten Wohnqualitäten, der gewachsenen Anziehungskraft der Hauptstadt und der steigenden Nachfrage. Allgemein werden in den kommenden Jahren weitere Steigerungen erwartet.

Der Berliner Mietspiegel 2013 weist im durchschnittlichen Mittelwert eine Nettokaltmiete von 5,54 €/m² aus (2011: 5,21 €/m²), während im Bestand der degewo die ortsübliche Vergleichsmiete lt. Mietspiegel 5,48 EUR/m² (gegenüber 5,45 €/m² 2013) beträgt. Die Mieten des freifinanzierten Bestandes degewo liegen mit durchschnittlich 5,46 €/m² noch darunter. Die Neuvertragsmieten lagen im Geschäftsjahr in der Regel höher. Ein weiteres Indiz für die Attraktivität des Angebotes degewo ist der abnehmende Wohnungsleerstand sowie die zurückgehende Fluktuation. Heute verzeichnet degewo in einigen Wohnlagen bereits wieder Vollvermietung. In Marzahn, wo die Leerstandsquote in den vergangenen Jahren über dem degewo-Durchschnitt lag, konnte sie auf rund 2,2 % reduziert werden.

degewo hat gemeinsam mit den anderen städtischen Wohnungsgesellschaften in Erfüllung ihres satzungsgemäßen Auftrages das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ geschlossen, im Rahmen dessen die Versorgung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum geregelt wird. Voraussetzung des Bündnisses ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und keine Gefährdung der nachhaltigen Entwicklung des Konzerns durch diese Mietenpolitik.

Zur Begrenzung von Mieterhöhungen ist u.a. festgeschrieben, dass die Mieten in den nächsten vier Jahren bis max. 20 % angehoben werden können, sondern auf max. 15 % beschränkt werden. Auch die Modernisierungsumlage ist von 11 % auf 9 % begrenzt, wobei die vorstehende Beschränkung hier nicht eingreift. Mit einem Bündel weiterer Maßnahmen soll durch das Bündnis nachhaltig sichergestellt werden, dass die Gesellschaften im Rahmen des satzungsmäßigen Auftrags preiswerten Wohnraum anbieten können. Die Maßnahmen wirken – 2014 wurde in ca. 70 Härtefällen auf Mieterhöhungen verzichtet. Über 1.600 Vermietungen (35,6 % aller Vermietungen) erfolgten gemäß den Vorgaben des Bündnisses mit einem Gesamtverzicht von ca. 1,5 Mio. €/p.a. Fast 600 Vermietungen erfolgten an Schüler, Studierende und Auszubildende. Die Inhalte des Bündnisses sind Ende 2014 u.a. durch Ausweitung der Härtefallregelungen, durch Einführung einer dritten Kapplungsgrenze bei Modernisierungen und durch finanzielle Förderung des Wohnungstausches bei gewünschter Wohnungsverkleinerung nachjustiert worden. Damit wird die Zahl potentiell Berechtigter erhöht.

Auch im Jahr 2014 kam es zu regulärem Förderabbau. Diese Subventionskürzungen lassen sich nicht in allen Fällen, und besonders schwer in Problemgebieten (schwierige Entwicklungstendenz, Segregation) und in den sog. „Prophylaxegebieten“, in dem Maße an die Mieter weiterreichen, wie es in den Förderbedingungen vorgesehen ist.

Den steigenden Betriebskosten (Wasser/Abwasser/Energie) konnte degewo durch Kostensenkungen u.a. bei Hauswartdienstleistungen entgegenwirken. In den nächsten Jahren werden nach den vorliegenden Ausschreibungsergebnissen Kostensenkungen vor allem bei den Müll- und Aufzugskosten erwartet. Besonders positiv wirken sich jetzt die schon vor Jahren bestandsweit eingeleiteten Energieeinsparungsmaßnahmen aus.

Das Erwerbsinteresse an Einfamilienhäusern stieg im Jahr 2014 deutlich. Die Gesellschaft arbeitet z. T. mit Partnern zusammen, die unbebaute Teilflächen vermarkten. Dabei konnten leicht erhöhte Baulandpreise realisiert werden. Die Bodenrichtwerte stiegen um 5 -10 % – in guten Lagen noch darüber – an. Wohnungsverkäufe sind bis auf weiteres gestoppt, so dass Verkaufserlöse im Laufe des Jahres deutlich zurückgingen und für 2015 nicht geplant sind.

Unternehmensstrategie

degewo hat in den letzten Jahren Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile erarbeitet, die sie zu einem zukunftsorientierten Unternehmen machen. Basis zur Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie ist die stetige Analyse externer und interner Einflussfaktoren. In der Vergangenheit hatte das sukzessive Auslaufen von Förderprogrammen eine hohe Bedeutung in der Abwägung von Handlungsoptionen. Heute hat sich degewo komplett auf diese Rahmenbedingungen eingestellt und wirtschaftet erfolgreich unabhängig von Subventionen. Aus dieser Stärke heraus wächst die Kraft, die wohnungspolitischen Zielsetzungen des Berliner Senates umzusetzen, der insbesondere in der Wohnungsbestandentwicklung und bei der Mietenpolitik starke Akzente setzt.

Die Gesellschaft sieht neben den vorstehend zum „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ geschilderten Maßnahmen folgende Kernhandlungsfelder:

- Klimaschutz,
- Betriebskostenoptimierung,
- mittel- und langfristigen demografischen Entwicklung,
- sozialen Entwicklung in einzelnen Stadtquartieren,
- Gesamtentwicklung der Stadt Berlin und damit verstärkte Neubauaktivitäten.

Daneben sind die „klassischen“ Aufgabenfelder wie:

- nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens,
- Entwicklung des Portfolios, insbesondere durch verstärkte Instandsetzungs- und Modernisierungsinvestitionen,
- stetes Wachstum durch Neubau und Ankäufe bei angemessenem Verschuldungsgrad
- Erwirtschaftung eines angemessenen Jahresergebnisses

zu beachten.

Die Eckpfeiler der wirtschaftlichen Planungen liegen in folgenden Kennziffern:

- Umsatzwachstum: 2 % p.a.
- Angemessene Ausgaben für Bestandspflege:
- Zielverschuldung: 50 % vom nachhaltigen Vermögenswert (NAV)
- Investitionsrendite: 5 % p.a.

Die Wettbewerbssituation, der sich degewo stellt, hat sich zwar in Bezug auf die gestiegene Nachfrage und den abnehmenden Leerstand verändert. Andererseits ist der Wohnungsmarkt nach wie vor gekennzeichnet durch vergleichbare Unternehmen mit vergleichbaren Produkten, Dienstleistungen und vergleichbar ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in Konkurrenz zueinander stehen. Im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie steht deshalb neben einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung, der Mehrwert für die Mieterinnen/Mieter. Mittels strategischer Projekte wurden nachhaltige Veränderungen herbeigeführt. Dies wird in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Die Bekanntheit von degewo in Berlin hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht. Bei der ersten Imagebefragung 2007 lag degewo unter den Berliner Wohnungsunternehmen mit 60% (gestützter) Bekanntheit noch auf Rang drei. Seitdem hat sich degewo zu dem mit Abstand bekanntesten Wohnungsunternehmen entwickelt. Mit einem hohen Bekanntheitswert von 77% im Jahr 2014 erfüllt degewo inzwischen die Grundvoraussetzung, um die Marke degewo im Berliner Wohnungsmarkt eindeutig zu positionieren. Auch die Sympathiewerte der Marke sind stetig gestiegen. Auf Basis der Berliner Gesamtbevölkerung liegt degewo mit einer Sympathiequote von 45% heute an vorderster Stelle der Berliner Wohnungsunternehmen. Die regelmäßige Evaluierung der Imagewerte bleibt wichtig, um das Imageprofil von degewo bei ausgewählten „Fairness-Attributen“ stärker ausprägen. Die nachhaltige Positionierung von degewo als

fairer Vermieter und Partner der Stadt Berlin trägt zur wirtschaftlichen Stärkung des Unternehmens bei.

degewo AG engagiert sich verstärkt in der Neubautätigkeit, die sie mit hoher Kompetenz selbst und mit den Tochtergesellschaften abdeckt. Organisatorisch und personell wurden die Bereiche

- Bautätigkeit/Sanierung/Modernisierung/Wohnungsneubau auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtet.

Das kostengünstige Bauen bildete einen Planungsschwerpunkt im Bereich Neubau. Hier hat degewo eine Strategie z.B. mit Hilfe von Planungsparametern erarbeitet, die eine objektive Bewertung und Steuerung kostengünstiger Neubauvorhaben ermöglicht. Die Erbringung von Eigenleistungen im Bereich der Gebäudeplanung und der Außenanlagen wurde weiter ausgebaut und wird einen Arbeitsschwerpunkt in den nächsten Jahren haben. Die v.g. Strategien ermöglichen es degewo sowohl inhaltlich als auch wirtschaftlich und terminlich die großen Herausforderungen im Bereich des Neubaus zu meistern. Dabei nimmt degewo Mittel der neu aufgelegten Wohnungsbauförderung in Anspruch, wodurch bei bis zu einem Drittel der neuen Gesamtwohnfläche Mieten von 6,50 €/m² netto/kalt gebildet werden können.

Die Bestandspflege wurde auch 2014 auf dem bestehenden guten Niveau weiter verfolgt. Die energetische Sanierung wurde in unserem Quartier Mariengrün fortgesetzt und bis auf eine Gebäudesanierung, die noch im Jahr 2015 ansteht, beendet.

Die energetischen Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten sind im Quartier Gropiusstadt und in der Siedlung Schillerhof weiter fortgesetzt worden.

Das Zukunftshaus, als Forschungsprojekt der jahrelangen Anstrengungen zur energetischen Optimierung im Bestand, befindet sich in der terminlichen und wirtschaftlichen Planung. Die Baufreimachung der 64 Wohnungen des Zukunftshauses schreitet voran, für alle betroffenen Mieter wird in vielen Einzelgesprächen nach verträglichen Lösungen gesucht. Dieses Vorgehen findet insgesamt Zustimmung bei den Mietern.

Im Zusammenhang mit der Sanierung/Modernisierung von Gebäuden in den Baualterklassen der 60er bis Anfang der 90er Jahre und von Altbauten, soweit dies relevant ist, werden auch asbesthaltige Materialien (überwiegend Vinylasbestplatten) beseitigt. Mängelmeldungen von Bestandsmietern werden unverzüglich sach- und fachgerecht erledigt. degewo stellt dafür jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro bereit. Im Rahmen umfassender Sanierungs-/Modernisierungsmaßnahmen werden die asbesthaltigen Materialien fachgerecht ausgebaut und entsorgt. Da von festgebundenen Asbestprodukten keine Gefährdung ausgeht, solange diese nicht beschädigt sind oder bearbeitet werden, wird eine generelle Ausbaustrategie von der Wohnungswirtschaft nicht befürwortet.

Im Juli 2014 erfolgte der Baubeginn des sogenannten „Ewaldriegels“ mit 32 Wohneinheiten an der Ewaldstraße in Altglienicke. Hierbei handelt es sich um den ersten komplett geförderten Wohnungsneubau nach WFB 2014 in Berlin. Die Fertigstellung der Wohnanlage ist im Juli 2015 vorgesehen. Ein weiterer Baubeginn konnte im November

2014 im Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Adlershof verzeichnet werden. Hier werden 91 Wohnungen, davon 31 gefördert nach WFB 2014, bis September 2016 an der Abram-Joffe-Straße errichtet. Bereits im November 2013 konnte in der Joachimstraße 8 in Köpenick das Neubauvorhaben mit 68 Wohneinheiten begonnen werden. Die Vermietungsaktivitäten starteten im Dezember 2014. Ein vorzeitiger Bezugsbeginn für die Wohnungen ist ab März 2015 geplant. Ergänzend erfolgte im vergangenen Jahr der Abbruch der Altgebäude auf dem Nachbargrundstück Joachimstraße 1-7, Lindenstraße 5-7 sowie die vorbereitenden Planungsmaßnahmen für einen Geschosswohnungsneubau mit ca. 160 Wohneinheiten.

Per 01.01.2014 erfolgte der Nutzen- und Lastenwechsel für die mit Einbringungsvertrag mit dem Land Berlin vereinbarten, in Steglitz liegenden Grundstücke Kaiser-Wilhelm-Straße 103 sowie Dessauerstraße 37/39. Für beide Grundstücke sind bauvorbereitende Maßnahmen in die Wege geleitet worden, um mit dem Bau in der Kaiser-Wilhelm-Straße und mit dem Abbruch der asbestbelasteten Schule in der Dessauerstraße beginnen zu können. Die Verhandlungen für die Einbringung weiterer Grundstücke seitens des Landes Berlins konnten erfolgreich abgeschlossen werden, die zum größten Teil per 01.01.2015 in den Bestand von degewo eingehen werden. Auf weiteren unbebauten degewo-Grundstücken wurden bauvorbereitende Maßnahmen in die Wege geleitet, auf denen die Errichtung weiterer Mietwohnungen für die Jahre 2016 ff. geplant ist.

- Klimaschutz
- Stadtentwicklung
- Quartiersentwicklung
- Erwirtschaftung einer angemessenen Stadtrechtle aus einer Vielzahl sozialer Projekte

spielen bei den Planungen weiterhin eine wesentliche Rolle.

Dabei ist es dem Unternehmen sehr wichtig, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeitsbedingungen zu schaffen, bei denen Beruf und Familie gut vereinbar sind.

Als erstes Berliner Wohnungsunternehmen hat degewo 2009 das Zertifikat des „audits berufundfamilie“ erhalten. Das im Auftrag der gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelte „audit“ ist ein strategisches Managementinstrument, das degewo dabei unterstützt, ihre familienfreundliche Personalpolitik zu optimieren und ihre Unternehmensziele mit den Mitarbeiterinteressen in eine wirtschaftliche Balance zu bringen. 2012 hat sich degewo erfolgreich dem umfangreichen Re-Audit unterzogen. Sie wird sich auch weiterhin intensiv für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter einsetzen.

1.2 Entwicklung wesentlicher Kenngrößen

Wohnungsbestand:	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Eigene Wohnungen	907	24.282	-23.375
Gepachtete Wohnungen	1.085	1.792	-707
Wohnungen in Beteiligungen	1.290	1.437	-147
Für Konzerngesellschaften verwaltete Wohnungen	27.790	5.013	22.777
Für Dritte verwaltete Wohnungen	580	585	-5
Wohnungen insgesamt	31.652	33.109	-1.457

Umsatzerlöse: aus	2014	2013	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
– Hausbewirtschaftung	68.559	165.934	-97.375
davon			
Sollmieten	13.174	116.377	-103.203
Erlöse aus Umlagenabrechnung	57.271	55.477	1.794
Sonstige Erlöse	538	638	-100
Öffentliche Förderungen	175	1.919	-1.744
Erlösschmälerungen	-2.600	-8.478	5.878
– Verkauf von Grundstücken	4.015	6.487	-2.472
– Betreuungstätigkeit	28.697	16.050	12.647
– andere Lieferungen und Leistungen	14	70	-56
	101.285	188.541	-87.256

Personalbestand:	31.12.2014	31.12.2013
	Anzahl	Anzahl
Angestellte	447	435
Gewerbliche	5	6
Auszubildende	39	38
Gesamt	491	479

Wohnungswirtschaftliche Kennziffern:		2014	2013
Durchschnittliche Sollmiete Wohnungen	EUR/m ²	7,49	5,47
Erlösschmälerungen absolut (Leerstand, Mietminderungen, Betriebskosten)	TEUR	-2.600	-8.478
Erlösschmälerungen aus Leerstand im Verhältnis zu Sollmieten Wohnen	%	3,5%	3,1%
zu Sollmieten Gewerbe	%	3,1%	4,0%
zu Sonstigen Einheiten	%	51,4%	19,6%
Gesamt	%	4,4%	3,6%
Modernisierungs-/Instandhaltungskosten (absolut pro m ² und Jahr)	EUR/m ²	48,87	41,30

2. Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

In den folgenden Übersichten zur Vermögenslage sind die einzelnen Vermögens- und Schuldposten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst.

Bei der Darstellung der Vermögens- und Finanzstruktur sind die unfertigen Leistungen mit den dafür erhaltenen Anzahlungen verrechnet worden.

	2014	2013	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Vermögen			
<i>Langfristige Vermögensposten</i>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,5	0,5	0,0
Sachanlagen	94,8	1.007,1	-912,3
Finanzanlagen	464,0	128,2	335,8
Forderungen aus Konzernfinanzierungen	268,6	138,8	129,8
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,4	-0,4
	<u>827,9</u>	<u>1.275,0</u>	<u>-447,1</u>
<i>Mittel- und kurzfristige Vermögensposten</i>			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke	13,1	14,6	-1,5
Anteile Alexanderstraße GmbH	31,4	12,2	19,2
Liquide Mittel	5,7	17,9	-12,2
Übrige Aktiva	9,2	9,0	0,2
	<u>59,4</u>	<u>53,7</u>	<u>5,7</u>
	<u><u>887,3</u></u>	<u><u>1.328,7</u></u>	<u><u>-441,4</u></u>
Kapital			
<i>Langfristiges Kapital</i>			
Eigenkapital	507,0	427,3	79,7
	<u>507,0</u>	<u>427,3</u>	<u>79,7</u>
Rückstellungen	1,7	4,8	-3,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	75,1	671,0	-595,9
Verbindlichkeiten aus Konzernfinanzierung	224,4	153,5	70,9
Rechnungsabgrenzungsposten	13,2	13,6	-0,4
	<u>314,4</u>	<u>842,9</u>	<u>-528,5</u>
	<u>821,4</u>	<u>1.270,2</u>	<u>-448,8</u>
<i>Mittel- und kurzfristiges Kapital</i>			
Rückstellungen	41,1	37,0	4,1
Erhaltene Anzahlungen	1,0	4,5	-3,5
Übrige Verbindlichkeiten und Abgrenzungen	23,8	17,0	6,8
	<u>65,9</u>	<u>58,5</u>	<u>7,4</u>
	<u><u>887,3</u></u>	<u><u>1.328,7</u></u>	<u><u>-441,4</u></u>

Die Vermögenslage der degewo AG im Geschäftsjahr 2014 ist geprägt durch die Ausgliederung von Immobilienbeständen nebst zugehörigen Verbindlichkeiten auf die bestandshaltenden Tochtergesellschaften degewo Süd, degewo City, degewo Nord, degewo Köpenick und degewo Marzahn. Insbesondere reduzieren sich Sachanlagen und langfristige Verbindlichkeiten und durch die korrespondierenden Buchungen verändern sich die Finanzanlagen.

Die zum Verkauf bestimmten Grundstücke beinhalten überwiegend Eigentumswohnungen, deren Verkauf in 2014 gestoppt wurde. Die Grundstücksgesellschaft Alexanderstraße GmbH hat inzwischen Verkaufsverträge über alle von ihr gehaltenen Grundstücke abgeschlossen, daher wird von einer kurzfristigen Realisation des aktivierten Bestands ausgegangen.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 79,7 Mio. EUR erhöht sich das Eigenkapital.

Die langfristigen Rückstellungen haben sich insbesondere durch die Auflösung von Drohverlustrückstellungen verringert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden insgesamt als langfristig betrachtet, da auslaufende Finanzierungen grundsätzlich prolongiert werden.

Der Anstieg der mittelfristigen Rückstellungen betrifft den Verlustausgleich der Zweckgesellschaften GGIL I und II. Die degewo AG übernimmt alle im Zuge des Rückkaufs anfallenden Verpflichtungen und stellt damit die übrigen involvierten Konzerngesellschaften faktisch von Verlusten frei.

2.2. Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung stellt sich wie folgt dar:

	2014	2013
	<u>Mio. EUR</u>	<u>Mio. EUR</u>
Jahresergebnis	79,7	53,4
Abschreibungen auf Anlagevermögen	5,7	23,6
Abnahme (-)/Zunahme (+) der Rückstellungen	1,0	-9,4
sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	1,2	13,9
Gewinne (-)/Verluste (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	19,6	-0,3
Abnahme (+)/Zunahme (-) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	22,0	-6,0
Abnahme (-)/Zunahme (+) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-47,9	-2,7
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	81,2	72,5
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	5,5
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-9,4	-44,1
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5,1	-17,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14,5	-55,8
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	20,0	121,4
Auszahlungen aus der planmäßigen Tilgung von Krediten	-1,3	-22,9
Auszahlungen aus der außerplanmäßigen Tilgung von Krediten	-43,2	-149,7
Einzahlungen / Auszahlungen aus Konzernfinanzierung	-54,5	43,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-79,0	-7,8
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-12,2	8,9
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	17,9	9,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	5,7	17,9

Das Liquiditätsergebnis aus Investitionstätigkeit enthält die aktivierten Investitionen der Bestandspflege und -erweiterung. Die Abweichung zum Vorjahr resultiert aus der Ausgliederung

zung der Immobilienbestände. Die Investitionen 2014 sind überwiegend in den Objektgesellschaften erfolgt.

Das Liquiditätsergebnis aus Finanzierungstätigkeit saldiert Darlehensaufnahmen mit Tilgungsleistungen. Darüber hinaus ist das Konzern-Cash-Management hier abgebildet.

2.3 Ertragslage

Die Entstehung des Jahresergebnisses wird nachfolgend anhand einer von der Betriebsleistung ausgehenden Analyse, abgeleitet aus der Gewinn- und Verlustrechnung, dargestellt:

	2014	2013	Veränderung
	<u>Mio. EUR</u>	<u>Mio. EUR</u>	<u>Mio. EUR</u>
Umsatzerlöse	101,3	188,5	-87,3
Bestandsveränderung	-51,2	1,8	-53,0
Aktivierete Eigenleistungen	0,0	0,1	-0,1
Andere betriebliche Erträge	12,1	17,1	-5,0
Betriebsleistung	62,2	207,5	-145,3
Materialaufwand	-21,8	-109,7	87,9
Personalaufwand	-26,9	-25,4	-1,5
Abschreibungen	-3,4	-23,5	20,1
Objektfinanzierungskosten	-0,8	-16,7	15,9
Zinssubventionen	0,0	0,7	-0,7
Übrige betriebliche Aufwendungen	-17,5	-15,4	-2,1
Gewinnunabhängige Steuern	-0,1	-0,1	0,0
Betriebsaufwand	-70,5	-190,1	119,6
Betriebsergebnis	-8,3	17,3	-25,7
Finanzerträge	120,5	55,4	65,1
Finanzaufwendungen	-5,0	-29,0	24,0
Finanzergebnis	115,5	26,3	89,2
Neutrale Erträge	1,3	12,2	-10,9
Neutrale Aufwendungen	-24,1	-0,4	-23,7
Neutrales Ergebnis	-22,8	11,8	-34,6
Ergebnis vor Ertragsteuern	84,4	55,4	29,0
Ertragsteuern	-4,7	-2,1	-2,6
Jahresergebnis	79,7	53,4	26,3

Auch in der Ertragslage spiegelt sich die Bestandsausgliederung wider. Es kommt zu einer Verschiebung zwischen Betriebsergebnis und Finanzergebnis. Die bestehenden Geschäftsbesorgungsverträge und Verwalterverträge mit den Tochtergesellschaften decken die eigenen Aufwendungen nicht in vollem Umfang.

Der Wegfall des ehemals eigenen Hausbewirtschaftungsergebnisses wird durch höhere Finanzerträge aus Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften kompensiert, an die die Bestände ausgegliedert wurden. Das Finanzergebnis ist auch durch Einmaleffekte beeinflusst, insbesondere die Gewinne der Tochtergesellschaften degewo 3. und 4. Wohnungsverwaltungsgesellschaft aus abgeschlossenen Finanzleasingverhältnissen (EUR 42 Mio).

Der Personalaufwand ist infolge Tarifierhöhung und Neueinstellungen gestiegen.

Im neutralen Ergebnis sind die Erträge aus der Übernahme eines Fonds sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit der Konzernrestrukturierung abgebildet. Hierbei handelt es sich um Buchverluste aus konzerninternen Verkäufen und die Bildung von Rückstellungen für die Übernahme der Zweckgesellschaften GGIL I und II.

2.4. Gesamtwürdigung der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Ergebnis der degewo AG basiert auf einer guten operativen Entwicklung des Konzerns, die durch dauerhafte Ertragssteigerungen und Senkung der Finanzierungskosten den Wegfall öffentlicher Fördermittel kompensiert. Die positiven Jahresergebnisse der vergangenen Jahre haben das Eigenkapital gestärkt. Durch eine kontinuierliche Entschuldung wurde eine solide Vermögensstruktur erzielt. Dies zusammen mit einem hohen Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ermöglichte dem Konzern neben planmäßiger Tilgung und Sondertilgung umfangreiche Investitionen zur Bestandspflege und -erweiterung.

Die konsequente Entschuldungspolitik der vergangenen Jahre wurde zugunsten der Wachstumsstrategie nicht weiter fortgesetzt. Durch die Investitionen in Neubau und Ankauf ist der Verschuldungsgrad im Konzern auf 479 EUR/m² (Vorjahr 460 EUR/m²) gestiegen.

3. Hinweise auf Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

3.1 Risikomanagementsystem

degewo nutzt zur Identifikation und Minimierung von Risiken ein Konzern-Risikomanagement, das auch die konsequente Nutzung bestehender Chancen ermöglicht. Das Risikomanagementsystem, in das das Compliancemanagement integriert ist, wird kontinuierlich an die aktuellen und zukünftigen Anforderungen angepasst.

Wesentliche Teile des Risikocontrollings sind:

- strategische Unternehmensplanung (mittelfristiger, fünf Jahre umfassender Wirtschaftsplan),
- operative Jahresplanung (Erfolgs-, Bau- und Finanzplan),
- jährliche und unterjährige Soll/Ist-Vergleiche durch das Zentrale Controlling, Quartalsberichte mit unterjähriger Risikoanalyse,
- Personalcontrolling,
- Fachcontrolling Bestandsbewirtschaftung (u.a. Leerstands- und Forderungscontrolling sowie Mietenpotenziale),
- technisches Fachcontrolling,
- Vertragscontrolling sowie

- effizientes „financial risk management“ und ein EDV unterstütztes Beschluss- und Teilnehmungscontrolling zur Herstellung der Transparenz über die Konzernunternehmen und Teilnehmungen.

Die unternehmensinterne Revision prüft die Angemessenheit des Risikomanagements. Sie hat sich im Rahmen des Strategieprozesses einem Quality Assessment durch einen vom DIIR (Deutsches Institut für Interne Revision) akkreditierten Prüfer unterzogen und das Zertifikat nach IIR-Revisionsstandard Nr. 3 (Qualitätsmanagement in der Internen Revision) erhalten. Das Institut für Interne Revision entwickelt international anerkannte Standards für Interne Revisionen aller Wirtschaftszweige in Deutschland.

Der Aufsichtsrat der AG und der Alleingesellschafter werden regelmäßig durch vierteljährliche Berichte, durch Aufsichtsratssitzungen und ggf. durch Zwischenberichte über die laufende Geschäftsentwicklung informiert, um auf diese Weise die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der Konzernlenkung sicherzustellen.

3.2 Risiken

Nach dem aktuellen Erkenntnis- und Planungsstand sind bestandsgefährdende Risiken für den Konzern oder die Einzelgesellschaften derzeit nicht ersichtlich. Folgende Bereiche verlangen erhöhte Aufmerksamkeit:

Im Rahmen der operativen Geschäftstätigkeit und der daraus resultierenden Finanzaktivitäten ist degewo AG finanzwirtschaftlichen Marktpreisänderungen im Zinsbereich ausgesetzt. Gegenwärtig profitiert das Unternehmen von den günstigen Zinsbedingungen. Zur Begrenzung von Risiken wird ein strategisches Finanzmanagement betrieben, um künftige Zinsanpassungstermine zu diversifizieren und „Klumpenrisiken“ zu vermeiden.

1. Die durchschnittliche Zinsbindung beträgt 5,5 Jahre. Die Zinssicherung erfolgt ausschließlich über Festzinsvereinbarungen, nicht zinsgesicherte Darlehen sind zum 31.12.2014 nicht mehr im Bestand der AG. Damit hat die Gesellschaft die Vorgaben des Gesellschafters (u.a. Richtlinien zum Umgang mit Geldanlagen und Finanzierungen) eingehalten.
2. Der regional unterschiedlich angespannte Immobilienmarkt in Berlin und im Umland und die trotz Rückgangs in den vergangenen Jahren weiterhin relativ hohe Arbeitslosigkeit erfordern in Teilgebieten kontinuierliche Anstrengungen zur Reduzierung der Leerstände und der Forderungsausfälle. Die intensiven Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotsverhaltens und des Leistungspaketes an den Mieter haben begünstigt durch die Marktentwicklung messbar Wirkung gezeigt. Gleichwohl wird degewo auf den Leerstand und den Forderungsausfall und damit verbunden auch den Ausfall von Betriebskosten weiterhin zu achten haben. Quartiersweise auftretenden Segregationerscheinungen, Bevölkerungsabwanderung (in Marzahn-Hellersdorf) und Überalterung (in Treptow-Köpenick) wird seit Jahren aktiv gegengesteuert.

3. Diskussionen bezüglich des Umgangs mit asbesthaltigen Baumaterialien, die in den Jahren von 1960-1980 verwendet worden waren, sind durch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes 2014 und durch weitere klarstellende Urteile der Instanzgerichte versachlicht worden. Eine bestandsweite und umfassende Neubewertung der Risiken in PVC-Fliesen festgebundener Asbestfasern bedingen diese Entscheidungen nicht. Im Rahmen der umfassenden Modernisierungsmaßnahmen werden die asbesthaltigen Materialien beseitigt. Mängelmeldungen von Bestandsmietern werden unverzüglich und sach- und fachgerecht erledigt.
4. Die in den vergangenen Jahren und auch im Geschäftsjahr 2014 getätigten hohen Instandhaltungsaufwendungen sind notwendig, um die Bestandsqualität zu steigern und die Anschlussvermietung bei Mieterwechseln sicherzustellen. Investitionen sind gezielt und unter konsequenter Berücksichtigung der Renditeentwicklung der jeweiligen Immobilien vorzunehmen. Die Analyse des in den kommenden 20 Jahren anstehenden Großinstandhaltungsbedarfs hat gezeigt, dass erhebliche Investitionen in die in den 60/70er Jahren errichteten Großsiedlungen notwendig werden. Diese werden in die Langfristplanung eingearbeitet. Die Baukostensteigerungen sind mit 2,6 % für Instandhaltungsarbeiten gegenüber dem Vorjahr moderat ausgefallen. Der Preisanstieg für den Neubau konventionell gefertigter Gebäude lag bei 2,0 %.
5. Wesentliche finanzielle Vermögensgegenstände der Gesellschaft sind die Finanzanlagen und Beteiligungen. Die Gesellschaft überprüft kontinuierlich die Werthaltigkeit des jeweiligen Bilanzansatzes.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass degewo AG als Konzernobergesellschaft solide aufgestellt ist. Existenzbedrohende Risiken bestehen nicht. Für erkennbare quantifizierbare zukünftige Risiken ist angemessene Vorsorge getroffen worden.

3.3 Chancen der zukünftigen Entwicklung

Der degewo Konzern rechnet zumindest bis 2020 mit einer Zunahme der Haushalte in Berlin, sodass in dem Segment der 1,5- bis 2-Zimmer-, aber auch bei größeren Wohnungen die Nachfrage steigen wird. Chancen für die AG als steuernde Obergesellschaft liegen darin, noch bestehende Optimierungseffekte im Finanzierungs- und Zinsgeschäft zu nutzen. Auch die Weiterentwicklung des Immobilienportfolios unter Beachtung von Mindestrenditeanforderungen wird positive Effekte zeigen.

degewo AG hat den Restrukturierungsprozess zur Straffung des Beteiligungsportfolios weitgehend umgesetzt und Optimierungen des Managements eingeleitet. Auch der Bereich Planung und Neubau sowie das Controlling werden fokussiert, um den großen Herausforderungen durch Wohnungsneubau und Bestandsentwicklung gerecht werden zu können.

Neben deutlichen Synergieeffekten aus der Zusammenlegung von Organisationseinheiten mit zentraler Verwaltung und dezentralen Kundenzentren führen Verbesserungen der Dienstleistungen den Mieterinnen und Mietern gegenüber zu einer Stärkung der Marktposition. Dies wird durch einen einheitlichen Auftritt im Wettbewerb als eigene Marke „degewo“ betont. Der einheitliche Gesamtauftritt des Konzerns unterstützt, wie Marktanalysen zeigen,

die Geschäftstätigkeit. Positive Effekte werden durch die Optimierung des Assetmanagements gewonnen.

Der Unternehmensverbund ist bestrebt, flankierend zum Kerngeschäft Dienstleistungen aus- und aufzubauen, wie z. B. seniorengerechtes Wohnen. Die konsequente Nutzung von Energiesparmöglichkeiten durch zusätzliche Informationen über das individuelle Verbrauchsverhalten oder Einbau von Solartechnik bzw. eigenen Wärmeerzeugungsanlagen auf Kraft-Wärmekopplung soll auch das Kerngeschäft nachhaltig stützen.

Der Berliner Wohnungsmarkt bietet auf Grund des robusten Wirtschaftswachstums der Stadt und des stetigen Bevölkerungswachstums Investitionspotenziale. Die Mietentwicklung der letzten Jahre, das zunehmende Interesse an qualitativ ansprechendem Wohnraum sowie der steigende Bedarf durch Hinzuziehende stellt die Basis für Wohnungsneubauprojekte dar. Der Vorstand geht davon aus, dass sich degewo im Wettbewerb behaupten und an den Chancen für den Berliner Markt partizipieren wird.

3.4 Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der degewo AG hat über Beziehungen zum Land Berlin, das 100 % der Aktien hält, einen Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG folgenden zusammengefassten Inhalts erstellt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Geschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

4. Prognose und Ausblick

4.1. Berichterstattung nach §§ 315 Abs. 2 HGB

Das Land Berlin hat mit Wirkung zum 01.01.2015 fünf Grundstücke in Tochtergesellschaften der degewo eingebracht, die in den kommenden Jahren bebaut werden sollen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

4.2. Prognosebericht

Zum Stichtag 01.01.2014 erfolgte die Ausgliederung der Verwaltungsbestände der Kundenzentren an die Objektgesellschaften. Bei der degewo AG verbleiben die Seniorenresidenzen, Wohnungseigentumsanlagen sowie Pachtbestände. Wie im Vorjahr angekündigt, übernimmt degewo AG infolge dieser Strukturanpassungen die Geschäftsbesorgung für die Objektgesellschaften. Demnach dominiert die Betreuungstätigkeit die Umsatzerlöse während das

wirtschaftliche Ergebnis des Bestandes in den Objektgesellschaften entsteht und über die Ergebnisabführungsverträge der AG zuwächst.

Gemäß der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 ist ein Jahresergebnis von 38,5 Mio. € in degewo AG zu erwarten. Dabei wird für die Tochtergesellschaften ein Umsatzwachstum von 3 % erwartet. Geplant sind 250 Neubauten für 2015, das Volumen soll in den Folgejahren deutlich zunehmen.

Ausblick

Der Vorstand forciert die Umsetzung der strategischen Unternehmenskonzeptionen. Unternehmensschwerpunkte sind zum einen die Optimierung des Kerngeschäftes und zum anderen die Entwicklung des degewo Konzerns zu einem weiter wachsenden Unternehmen. Dabei konzentriert das Unternehmen seine Anstrengungen auf den Neubau preiswerter Wohnungen und auf eine aktive Portfoliopolitik, die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Wohnungsbestände und die Entwicklung neuer Serviceleistungen. Zur Abrundung einzelner Positionen des Portfolios und zur Erweiterung des Bestandes an Wohnungen, die einer aktiven sozialen Wohnungspolitik unterliegen, werden Zukäufe von Liegenschaften erfolgen. Der Konzern prüft fortlaufend in Betracht kommende Bestände.

Durch den demografischen Wandel stehen insbesondere auch die Wohnungsunternehmen vor neuen Herausforderungen. Diese werden in den kommenden Jahren an Komplexität gewinnen. Deswegen kommt der zielgruppenspezifischen Sanierung der Bestände, einem umfassenden Serviceangebot, vor allem für älter werdende Menschen, aber auch der Entwicklung neuer Wohnmodelle eine immer größere Bedeutung zu. Lebendige Nachbarschaften sind die Voraussetzung für intakte Quartiere. Sie bleiben das Ziel der weiteren integrativen degewo-Quartiersentwicklung.

Der Konzern plant den Wohnungsneubau von rd. 2.600 Wohneinheiten in den nächsten Jahren.

Mit allen diesen Maßnahmen schafft degewo die Voraussetzungen, um ihre gesellschaftliche Verantwortung nachhaltig im Kerngeschäft zu verankern und damit die Stadtreidite kontinuierlich zu erhöhen.

Berlin, 25. März 2015

degewo Aktiengesellschaft

Vorstand

Kristina Jahn

Christoph Beck

Corporate Governance Kodex

degewo hat den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung in die Satzung und die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes aufgenommen.

Vorstand und Aufsichtsrat der degewo AG erklären, dass den Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 24. Juni 2014 unter Berücksichtigung der Beteiligungshinweise in der Fassung vom 17. Februar 2009 (Aktualisierung Juli 2011) wie folgt entsprochen wird und wurde, dabei bezieht sich die Erklärung des Aufsichtsrates auf den Zeitraum ab seiner Tätigkeit nach der Hauptversammlung vom 11. Juni 2014.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat (Verweis DCGK 3.1 ff./Beteiligungshinweise I. 1.-5.)

Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen und hat die relevanten Informationen und Berichte in schriftlicher Form rechtzeitig abgegeben. Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel dargestellt. Für den Vorstand existiert eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates. Diese Geschäftsordnung für den Vorstand ist ausreichend und wurde zuletzt im Dezember 2013 angepasst.

Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrates gewahrt. Die im Unternehmensinteresse zunächst ohne Selbstbehalt für Vorstand und Aufsichtsrat abgeschlossenen D&O-Versicherungen sind bezüglich des Vorstandes entsprechend dem Gesetz zur Vorstandsvergütung angepasst worden. Die Vorstandsmitglieder haben persönlich Versicherungen des Selbstbehaltes abgeschlossen.

Vorstand – wertorientierte Unternehmensführung (Verweis DCGK 4.1 ff., 5.1/Beteiligungshinweise II. 1.-3.)

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen

Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling, in das das Compliance Management System integriert ist.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung (Geschäftsanweisung) für den Vorstand geregelt. Es wurde kein Vorsitzender/Sprecher des Vorstandes bestimmt.

Die Vergütung des Vorstandes hat sich aus einem Fixum und aus einer variablen Zieltantie zusammen gesetzt. Die Zielvereinbarung wurde nach Vorberatung im Personalausschuss vom Aufsichtsrat beschlossen.

Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder des Vorstandes, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche als Gesamtentgelt für alle Tätigkeiten in der Unternehmensgruppe festgelegt. Andere Bezüge waren nicht zu berücksichtigen. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beschlossen, beraten hat satzungsgemäß der Personalausschuss des Aufsichtsrates. Die Regularien entsprechen dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung.

Die Gesamtvergütung des Vorstandes wird für das Berichtsjahr 2014 im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert und differenziert ausgewiesen.

Proaktiver Aufsichtsrat (Verweis DCGK 5.1 – 5.4/Beteiligungshinweise III. 1.-8.)

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach Satzung und Geschäftsordnungen für Aufsichtsrat und Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Verkaufsverhandlungen im Rahmen der Grundstücksentwicklung am Alexanderplatz und Ankaufverhandlungen zur Ergänzung des Immobilienportfolios werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden, der Prüfungsausschussvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Bau- und Vermögensausschusses auf der Basis der vom gesamten Aufsichtsrat gegebenen Eckdaten begleitet, sofern aktuell Handlungsbedarf besteht.

Für den Vorstand sind vertraglich Altersgrenzen festgelegt. Für eine Nachfolgeregelung bestand im Jahr 2014 Anlass. Mit der Suche einer Nachfolgerin/eines Nachfolgers hatte der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2013 den Personalausschuss als Findungskommission beauftragt. Auf dessen Vorschlag wurde in einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 26. Februar 2014 mit Wirkung zum 1. Oktober 2014 eine Nachfolgerin für das ausscheidende Vorstandsmitglied bestellt.

Sitzungsfrequenzen und Zeitbudget entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine grundlegend nach den Regelungen des Berliner Kodex und der neu gefassten Satzung (Fassung vom 08.11.2011) überarbeitete Geschäftsordnung (Fassung vom 22.09.2011).

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dem stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, dem Vorsitzenden des Bau- und Vermögensausschusses und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreter und die Vorsitzende des Prüfungsausschusses sowie den Vorsitzenden des Bau- und Vermögensausschusses fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Personalausschuss
- Prüfungsausschuss
- Bau- und Vermögensausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzender des Personalausschusses. Er war nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses und kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes. Er wurde mit Hauptversammlungsbeschluss vom 11. Juni 2014 in den Aufsichtsrat und in der Aufsichtsratssitzung am 25. Juni 2014 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und des Personalausschusses wieder gewählt. Bewertungsfragen von Immobilien wurden im Prüfungsausschuss und im Bau- und Vermögensausschuss beraten. Der Personalausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Dies betrifft u.a. die Anstellungs- und Vergütungsregelungen in Konzerngesellschaften. Mit Wirkung ab 1. Januar 2010 sind Satzung und Geschäftsordnung des Aufsichtsrates an das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung angepasst worden. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten im Sinne des § 100 AktG erreicht. Die Gesamtvergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt. Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates bestand bis zum 30. September 2014 aus einer festen Grundvergütung und Sitzungsgeldern. Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 30. Dezember 2014 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder ab 1. Oktober 2014 eine jährlich höhere Vergütung, im Gegenzug entfällt die Zahlung der Sitzungsgelder.

Der zum 11. Juni 2014 als Gremium verabschiedete ausgeschiedene Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung 2014 dem Gesellschafter vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat wegen des Rumpfgeschäftsjahres von einer Evaluierung der Effizienz seiner Tätigkeit abgesehen. Es waren aber nach übereinstimmender Auffassung keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

Gefahr von Interessenkonflikten
(Verweis DCGK 4.3, 5.5/Beteiligungshinweise IV. 1.-7.)

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt. Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt. Persönliche Interessen wurden nicht – Geschäftschancen wurden nur im Unternehmensinteresse – verfolgt.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden, da kein aktueller Anlass bestand. Der Aufsichtsrat hat demzufolge von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt, da auch insofern kein Anlass bestand. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Über Nebentätigkeiten außerhalb der Gesellschaft (Ehrenämter/Beiratsmandate) wurde der Aufsichtsratsvorsitzende und der Abschlussprüfer im Rahmen der Prüfung gem. § 53 HGrG informiert.

Mitgliedern des Vorstandes, des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz
(Verweis DCGK 6.1/6.7/Beteiligungshinweise V. 1.-2.)

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hätten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung
(Verweis DCGK 7.1,2/Beteiligungshinweise VI. 1.-3., VII. 1.-4.)

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Gesellschafter vorgelegt. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

Die Zwischenberichte wurden innerhalb von 40 Tagen vorgelegt, der Jahresabschluss wurde innerhalb von 90 Tagen aufgestellt und dem Gesellschafter vorgelegt.

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hat – nach Wahl durch die Hauptversammlung und ermächtigt durch den Aufsichtsrat – den Prüfungsauftrag für die Prüfung des Konzerns und der degewo AG erteilt und den Honorarraum festgelegt.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über die wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärungen zum Berliner Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

**degewo Aktiengesellschaft,
Berlin**

**Angaben nach dem zweiten Gesetz zur Herstellung von Transparenz bei
Beteiligungen des Landes Berlin an privatrechtlichen Unternehmen und in
öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin**

(Zweites Vergütungs- und Transparenzgesetz)

für das Geschäftsjahr 2014

Vorstandsmitglieder der degewo AG im Geschäftsjahr 2014 waren Herr Christoph Beck, Dipl.-Kaufmann, Berlin, Frau Kristina Jahn, Dipl.-Ingenieurin, Kleinmachnow (ab 01. Oktober 2014) und Herr Frank Bielka, Dipl. Kaufmann, Berlin (bis 30. September 2014). Die Vorstände erhielten für das Geschäftsjahr folgende Vergütungen:

	Herr Bielka	Herr Beck	Frau Jahn	Gesamt
	EUR	EUR	EUR	EUR
Grundvergütung	135.000	180.000	45.000	360.000
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	3.034	3.708	1.011	7.753
Beiträge zur Rentenversicherung	0	6.747	0	6.747
Beiträge zur Unfallversicherung	386	515	129	1.030
Geldwerte Vorteile	7.281	7.791	2.824	17.896
Reisekosten	506	191	0	697
Tantieme für 2013	70.000	70.000	0	140.000
Bezüge	216.207	268.952	48.964	534.123

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 24. April 2015 beschlossen, dass als Tantiemen für das Geschäftsjahr 2014 an Herrn Bielka EUR 51.358,12, an Herrn Beck EUR 68.477,50 und an Frau Jahn EUR 17.119,38 ausgezahlt werden.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber Herrn Bielka und gegenüber Herrn Beck bestehen Rückstellungen von TEUR 1.214 und von TEUR 627. Anstelle einer betrieblichen Versorgungszusage erhält Frau Jahn zum Aufbau einer Altersversorgung auf Nachweis zusätzlich zu ihren Bezügen einen Betrag in Höhe von 15% des Jahresgrundgehaltes. Im Jahr 2014 erfolgte auf dieser Grundlage noch keine Auszahlung, jedoch hat Frau Jahn zwischenzeitlich Aufwendungen nachgewiesen, die für 2014 erstattet werden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren:

			Vergütung netto (EUR)
Volker Halsch	Head of Public Sector, arvato AG	Vorsitzender	6.729
Jürgen Steinert	Senator a. D., Berlin	stellvertretender Vorsitzender, bis 11.06.2014	2.625
Gerd von Brandenstein	Ehem. Aufsichtsratsmitglied der Siemens AG	bis 11.06.2014	1.700
Dr. Bärbel Grygier	Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzberg a. D., Berlin		3.600
Dr. Margaretha Sudhof	Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin		5.606
Maria Berning	Referatsleiterin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin	bis 11.06.2014	1.700
Angelika Wierzchowski	Betriebsratsvorsitzende, degewo AG, Berlin		4.500
Karin Mach	Technische Sachbearbeiterin, degewo AG, Berlin	bis 11.06.2014	1.850
Kay-Uwe Müller	Verantwortlicher Mitarbeiter Concierge, degewo Gebäudeservice GmbH, Berlin	bis 11.06.2014	1.700
Gisela von der Aue	Senatorin a.D., Berlin	ab 11.06.2014	2.408
Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin	ab 11.06.2014	3.144
Hubertus Horn	Stellvertretender Leiter Abteilung Controlling, degewo AG, Berlin	ab 11.06.2014	2.258
Beate Baier	Sachbearbeiterin Forderungsmanagement, degewo AG, Berlin	ab 11.06.2014	2.258
			40.078

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten jeweils eine feste Vergütung und Sitzungsgelder. Variable Vergütungen wurden nicht gewährt.

Die Aufsichtsratsmitglieder Jürgen Steinert, Gerd von Brandenstein, Gisela von der Aue und Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup berechneten neben der aufgeführten Vergütung die gesetzliche Umsatzsteuer.

Frau Berning wurden darüber hinaus für Tätigkeiten im Vorjahr EUR 416,67 ausbezahlt. Herrn Halsch stehen für die Tätigkeit im Jahr 2014 noch weitere EUR 96,15 zu.

**Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin,
Gesellschaft mit beschränkter Haftung**

**Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Berlin**

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

A. Lage der Gesellschaft und Geschäftsverlauf 2014

Marktentwicklung

Der nahezu vollständig vollzogene Wechsel von Analog auf Digital im Bereich der Filmtechnik umfasst die gesamte (Wert-)Schöpfungskette Produktion - Postproduktion - Verwertung der Filme. Alte Monopolstellungen der analogen Technik haben ihren Rang an die neuen digitalen Produktions-, Postproduktions- und Verwertungsformen verloren.

Die damit verbundenen erheblichen technischen Auswirkungen auf die Ausbildung, Lehrproduktion und Präsentation der Filme im Kino und auf Festivals erfordern ein stetes Weiterentwickeln der auf die Ausbildungsbedürfnisse der Studierenden angepassten Workflows. Dabei bleibt fundiertes Grundlagenwissen für den stetigen Wandel unabdingbar.

Mit der Digitalisierung sind gleichermaßen neue Archivierungs- wie Auswertungskonzepte notwendig, die am Markt entstehen und für die Bedürfnisse der Filmschule angepasst werden müssen.

Die Filmbildung in Deutschland wird vornehmlich von den sieben großen Filmschulen (HFF „Konrad Wolf“ Potsdam, Filmakademie Baden-Württemberg GmbH, HFF München, KHM Köln, ifs Köln, Hamburg Media School sowie der DFFB als Filmakademie) geleistet, wobei auch Kunst- und Fachhochschulen zunehmend Aspekte der Filmbildung anbieten und in diesen Ausbildungsbereich drängen. Der Wettbewerb um exzellente Talente wird damit kontinuierlich größer und schwieriger.

Mit ca. 120 Filmen werden an der Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung (DFFB) jährlich nahezu ebenso viele Produktionen hergestellt wie an den anderen großen Filmschulen Deutschlands. Diese können mit einem wesentlich größeren Budget und Personal arbeiten als die DFFB. Trotzdem nimmt die DFFB eine Spitzenstellung unter den Filmschulen ein.

Stellung der DFFB in diesem Markt

Die DFFB ist dank der ihr zur Verfügung stehenden Technik in der Lage, auf dem Niveau der besten internationalen Filmschulen zu produzieren.

Dank zahlreicher Kooperationen mit ausländischen Filmschulen wird der sehr erfolgreiche Kurs der Internationalisierung der Ausbildung fortgesetzt. Innovative neue Ausbildungs- und Drittmittelprogramme verschaffen der DFFB den Ruf, eine der besten Ausbildungsstätten ihrer Art zu sein:

- Das MEDIA CREATIVE EUROPE geförderte Programm A CLEAR VIEW wurde auch in 2014 mit großem Erfolg fortgeführt.
- Dank des großen Erfolges im ersten Jahr nahmen zum zweiten Mal 18 Studierende der University of Harvard zwei Monate lang an der DFFB an einem Programm der HARVARD SUMMER SCHOOL unter der Leitung von Prof. Eric Rentschler teil.

- Das postgraduale Serienprogramm SERIAL EYES trainiert junge Drehbuchautorinnen und -autoren 10 Monate lang in der Entwicklung neuer TV Serien. Die europäisch ausgerichtete Ausbildung startete mit 12 Teilnehmern aus ganz Europa und verzeichnete einen herausragenden Erfolg. Im Herbst 2014 startete das Serien-Training zum zweiten Mal. Es wird vom MEDIA Programm der EU Creative Europe Media, dem Medienboard Berlin-Brandenburg, RTL, Real Film und Atlantique Productions unterstützt.
- Der Austausch mit den Filmhochschulen der Columbia Universität in New York und dem California Institute of the Arts in Los Angeles TALENT TRANSFERENCE wurde erfolgreich fortgesetzt. Das Programm wurde von dem Deutschen Programm für transatlantische Begegnung (Transatlantik-Programm) und der GWFF - Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH gefördert.
- Die Förderung eines weiteren postgradualen Ausbildungsprogramms Up.Grade wurde von Media im Herbst bewilligt. Das Training bildet im Color-Grading, der maßgeblichen Bild- und Farbgestaltung im Bereich der Postproduktion, aus und ist das erste Ausbildungskonzept seiner Art weltweit. Die Konzeptionierung des Programms wurde in 2014 erstellt.

Die von der Gesellschafterin im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung um jährlich je Euro 150.000 erhöht zugeschriebene Zuwendung an die DFFB für den Doppelhaushalt 2014/2015 verhalf der DFFB dazu, insbesondere die Tarifsteigerungen für Mitarbeitervergütungen der letzten Jahre aufzufangen und die Ausbildung trotz gestiegener Kosten auf demselben hohen Niveau fortzusetzen.

DFFB-Filme waren auch im Jahr 2014 sehr erfolgreich auf internationalen Festivals vertreten und gewannen zahlreiche Preise:

DIE FRAU HINTER DER WAND (R/B Grzegorz Muskala) nahm am International Film Festival in Rotterdam und dem Shanghai International Film Festival teil.

DER SAMURAI (R/B Till Kleinert) wurden auf der Berlinale 2014 und auf dem Festival Cinema Fantastic de Catalunya gezeigt und erhielt diverse Preise, u.a. den Best European Fantastic Film des Imagine Film Festivals in Amsterdam, den Jury Preis und Preis der Jugendjury des Mauvais Genre auf dem Festival International de Cinema de Tours. Er erhielt ferner den Preis Bestes Drehbuch bei der Semaine de la Critique du Cinéma Fantastique in Nizza.

LIMBO (R/B Anna Sofie Hartmann) wurde auf das San Sebastian International Film Festival eingeladen.

DAS MERKWÜRDIGE KÄTZCHEN (R/B: Ramon Zürcher) war der Überraschungserfolg der Berlinale 2013 im Forum, wurde auch im Jahr 2014 auf weitere 8 Festivals eingeladen und gewann den Kritiker Preis auf dem 30. Mons International Love Film Festival.

TROIKA (R/ B: Andrej Gontcharov) gewann zahlreiche Preise, u.a. den SAATCHI & SAATCHI NEW GERMAN DIRECTOR'S SHOWCASE 2014, BEST DRAMA beim LA Shorts Fest, den DIANA IN SILBER beim 26. Int. Festival des Nichtkommerziellen Films am Klopeiner See, den First Prize (Student) beim Montreal World Film Festival 2014 u.a.

AN DER TÜR (R/B Miriam Bliese) gewann den Short Tiger Award des von German Films und Filmförderanstalt initiierten Kurzfilmprogramms NEXT GENERATION SHORT TIGER, den Gold Remi Award auf dem Houston International Film Festival, erhielt die Auszeichnung Best Screenplay beim Tel Aviv International Student Film Festival, den 2. Platz der Berliner Kurzfilmrolle und den Jury Award auf dem Hayahs Short Film Festival.

TEBOHO EDKINS gewann den mit Euro 4.000,- dotierten Hauptpreis der Kurzfilmtage Oberhausen.

EAT (R: Moritz Krämer) gewann den Platinum Remi Award auf dem Houston Film Festival und lief auf der Kinowoche des Goetheinstituts in Lissabon.

DIEBE (R: Lauro Cress) wurde im Rahmen des Kurzfilmprogramms NEXT GENERATION SHORT TIGER von German Films zum Filmfestival in Cannes präsentiert und auf das namhafte Nachwuchsfestival FEST - New Directors, New Films in New York eingeladen. Der Film war im Rennen um den Max Ophüls Preis in Saarbrücken und wurde auf der Soirée Allemande in Clermont-Ferrand gezeigt. Auch lief er auf dem Valencia Film Festival Cinema Jove und den Guanajuato Film Festival.

FLUCHT NACH VORN (R. Florian Dietrich) gewann den 1. Preis beim 2. Interfak Kurzfilmfest in Berlin.

Die Bewerberzahlen für die jeweiligen Studiengänge waren auch im Jahr 2014 hoch und lagen für Regie bei 201 Bewerbungen für 8 Studienplätze, für Kamera bei 46 Bewerbungen für 8 Studienplätze, für Drehbuch bei 30 für 8 Studienplätze, bei Produktion bei 16 für 8 Studienplätze.

Investitionen

Es wurden Investitionen in die Technik der Postproduktion und derameratechnik getätigt. Insbesondere wurden 2 vollständig ausgestattete digitale Amira Kameras erworben, die die analogen Super 16 mm und 35 mm Kameras ersetzt.

Personal

Nach dem Weggang des Direktors im September 2014 vertreten seit Oktober 2 Interimsgeschäftsführer die Gesellschaft. Diese übernehmen die Aufgabe zusätzlich zu ihren Aufgaben als Verwaltungsleitung und Studienleitung.

Die Abteilung Postproduktion wurde neu strukturiert, die zu erledigenden Aufgaben wurden auf projektbezogene Verantwortlichkeiten aufgeteilt. Die Position des Abteilungsleiters wurde mit einem Mitarbeiter aus der Abteilung besetzt. Gleichzeitig wurde ein Medientechniker eingestellt, der als Administrator das Funktionieren der komplexen Postproduktions-Hard und Software sicherstellen soll.

Die mit der Änderung des Arbeitsschutzgesetzes einhergehende Verpflichtung zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz wurde im Rahmen einer Befragung jeder einzelnen Abteilung durch die Betriebsärztin erfüllt. Die Gefährdungsbeurteilung wurde ausgewertet, konkrete Maßnahmen zur Besserung gefährdender Situationen evaluiert.

Die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den Abteilungen funktioniert insgesamt sehr gut, so dass weiterhin von sehr guten Arbeitsergebnissen ausgegangen werden kann.

Geschäftsergebnis/-verlauf

Zum 31. Dezember 2014 befanden sich 221 Studierende (davon 127 Abschlussfilmer/-innen) an der DFFB in Ausbildung. Die Anzahl der laufenden (2012: 131, 2013: 115, 2014: 87) und fertig gestellten Produktionen (2012: 102, 2013: 118, 2014: 95) betrug 182 Filme.

Der Wirtschaftsplan für 2014 konnte eingehalten werden.
Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Gewinn von Euro 3.688,29 abgeschlossen.

B. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

C. Chancen und Risiken**Chancen**

Die der DFFB zur Verfügung stehenden Produktionsmittel und ihre Postproduktionsstrecke erlauben das Produzieren von Filmen auf technisch hohem und der Marktsituation angemessenem Niveau.

Die fortwährende Internationalisierung der Schule durch zahlreiche Drittmittelprojekte führt zu einer immer stärkeren internationalen Vernetzung der Studenten wie der Dozenten. Die DFFB hat in Deutschland mit Abstand die meisten aktiven internationalen Austauschprogramme, Kooperationen und Verbindungen. Es unterrichten regelmäßig Dozenten der Partnerschulen an der Akademie.

Auch im internationalen Vergleich sind die Ausbildungsergebnisse der DFFB exzellent. Das belegen die Karrieren der Absolventen genauso wie die national und international gewonnenen Preise der Studenten- und Absolventenfilme. Flache Hierarchien ermöglichen eine intensive und professionelle Betreuung der Projekte durch renommierte Dozenten.

Risiken

Die Übertragung der Aufgaben des Direktors auf zwei Interimgeschäftsführer ist auf eine begrenzte Zeit angelegt. Die Interimgeschäftsführer übernehmen diese Aufgabe zusätzlich zu ihren ursprünglichen Aufgaben der Verwaltungsleitung und der Studienleitung. Eine langfristige Übertragung der zusätzlichen Aufgaben sollte nicht erfolgen.

Mit der zunehmenden Digitalisierung sind neue Archivierungskonzepte gefragt. Fragen der begrenzten Haltbarkeitszeiten von Trägermedien, zukunftssichere Abspielgeräte sowie der Umfang des zu archivierenden Materials beschäftigen die Filmschule.

Die Zuwendungen des Gesellschafters Land Berlin sind notwendig, um die der DFFB zugewiesenen Ausbildungsaufgaben im Bereich Film und Fernsehen zu erfüllen. Der Zuwendungsbescheid für das gesamte Geschäftsjahr 2014 wurde am 7.1.2014 in Höhe von Euro 4.342.000,00 erlassen, am 13.1.2014 korrigiert und auf Euro 4.342.400,00 endgültig erteilt, der Wirtschaftsplan für verbindlich erklärt. Für das Haushaltsjahr 2015 wurde die Zuwendung am 13.01.2015 in Höhe von Euro 4.342.400,00 bewilligt und der Wirtschaftsplan für verbindlich erklärt. Bestand und weitere Entwicklung der Gesellschaft sind von der jährlichen Fehlbedarfsfinanzierung durch den Gesellschafter abhängig.

Der Gesellschaft fließen auch Zuwendungen von Dritten sowie Lizenzerlöse aus der Verwertung von Filmrechten zu.

Risikomanagementziele und -methoden

Die DFFB versucht durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten und zugleich durch Versicherungen abzudecken. Dazu hat sie die möglichen Risiken identifiziert und bewertet sowie Maßnahmen zur Risikosteuerung bzw. Risikoberichterstattung festgelegt.

D. Ausblick

Zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft in der nächsten Zukunft gehört es, eine/n neue/n Direktor/in zu finden, der sowohl die künstlerischen und filmtechnischen als auch die kaufmännischen Belange der Filmschule vertreten kann.

Die Ausbildung an der DFFB meistert weiterhin die Herausforderung, gut fundiertes Basiswissen mit zugleich hoher Spezialisierung anzubieten. Das Arbeitsumfeld an der DFFB gewährt den Studierenden einen Ort, den anspruchsvollen inhaltlichen und technischen Anforderungen an die Ausgestaltung der Filme zu genügen und dabei hervorragende Ergebnisse zu erzielen.

Die Schule ist weiterhin gut mit nationalen wie internationalen Filmhochschulen vernetzt und gewährt einen intensiven Austausch von und mit Studierenden, Dozenten und Professoren der kooperierenden Filmschulen. Die hieraus entstehenden Beziehungen zwischen den Beteiligten unterstützen die Durchführung innovativer (Drittmittel-)Programme, ermöglichen bereichernde Einblicke in andere Filmschulen und fördern das Knüpfen wertvoller Kontakte für die filmische Zukunft der Studierenden.

Die der Schule zur Verfügung stehende technische Ausstattung in Produktion und Postproduktion erlaubt weiterhin eine technische Gestaltung der Filme auf professionell zeitgemäßem Niveau. Der Lehr- und Ausbildungsbetrieb der DFFB bleibt den technischen Innovationen gewachsen.

International renommierte Filmschaffende gewähren als Dozenten an der DFFB den Studierenden wertvolle Einblicke in ihre Erfahrungswelt und bereichern die weit gefächerte Seminarlandschaft der DFFB. Berlin ist der wichtigste Medienstandort in Deutschland. Die DFFB als internationale Filmschule bildet Talente auf höchstem Niveau aus, die dieser Standort heute braucht.

Berlin, den 20. März 2015

Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Edith Forster
Geschäftsführerin

Bodo Knapheide
Geschäftsführer

**Deutsche Film- und Fernsehakademie Berlin Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Berlin**

Erklärung von Geschäftsführung und Kuratorium zum Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17. Februar 2009

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Kuratorium

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
I.1	<p>Zusammenarbeit von Geschäftsführung und Kuratorium.</p> <p>Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsführung.</p> <p>Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten.</p>	<p>Geschäftsführung und Kuratorium haben eng und vertrauensvoll zusammen gearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	Sitzungen des Kuratoriums	Das Kuratorium hat seine Sitzungen stets unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
I.3	<p>Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Kuratorium und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsführung.</p> <p>Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Kuratorium.</p>	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Kuratorium abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Kuratorium zur Zustimmung vorgelegt.</p>
I.4	<p>Bericht der Geschäftsführung an das Kuratorium über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen.</p> <p>Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.</p>	<p>Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventueller Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>

I.5	<p>Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Kuratoriums.</p> <p>D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Kuratorium.</p>	<p>Geschäftsführung und Kuratorium sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Kuratoriums gewahrt.</p> <p>D&O-Versicherungen sind für Geschäftsführer und Kuratorium nicht abgeschlossen worden.</p>
-----	---	---

II. Geschäftsführung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
II.1	<p>Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben.</p> <p>Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien.</p> <p>Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen.</p>	<p>Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
II.2	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung. Festlegung der Beschlussmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen.</p>	<p>Solange nur ein Geschäftsführer bestellt ist (alleiniger GF in 2014: Prof. Jan Schütte bis 30.9.2014), war kein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung zu bestimmen und auch die Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung nicht zu präzisieren. Seit 1.10.2014 gemeinsame Geschäftsführung durch Edith Forster und Bodo Knapheide. Es ist kein Sprecher der Geschäftsführung bestimmt. Es erfolgte eine Aufgabenverteilung, bei der die Federführung jeweils bei dem Geschäftsführer liegt, in dessen Bereich die Aufgabe liegt. Die Mitwirkungspflicht des anderen Geschäftsführers ist dabei nicht eingeschränkt.</p>
II.3	<p>Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung.</p> <p>Veröffentlichung der Einzelvergütung. Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap.</p>	<p>Die Vergütung erfolgt nicht auf Basis einer Zielvereinbarung. Eine Abfindung wurde nicht vereinbart.</p> <p>Die Einzelvergütung wurde im Jahresabschluss offen gelegt.</p>

III. Kuratorium

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
III.1	<p>Rechte und Pflichten des Kuratoriums aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung;</p> <p>ggf. weitere Zustimmungsbindungen.</p> <p>Geschäftsordnung des Kuratoriums.</p>	<p>Das Kuratorium hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für das Kuratorium wahrgenommen. Eine Aufgabenverteilung zwischen den Geschäftsführern erfolgte im Rahmen der Ergänzung der Arbeitsverträge. Grundsätzliche Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung befinden sich außer im anzuwendenden GmbHG, auch in den §§ 5 bis 7 des Gesellschaftsvertrages. Weitere schriftliche Weisungen zur Organisation der Geschäftsführung sind nicht erforderlich. Es wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf.</p> <p>Es hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p> <p>Das Kuratorium hat eine Geschäftsordnung.</p>
III.2	<p>Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung.</p> <p>Entscheidungsstrukturen im Kuratorium: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.</p>	<p>Das Kuratorium hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht.</p> <p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen werden im Plenum des Kuratoriums ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden.</p>
III.3	<p>Zusammenarbeit Geschäftsführung / Kuratoriumsvorsitzende/r und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse.</p> <p>Unterrichtung des Kuratoriums über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Kuratoriumssitzungen.</p>	<p>Zwischen der/dem Kuratoriumsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.</p> <p>Die Geschäftsführung hat das Kuratorium über alle wichtigen Angelegenheiten unterrichtet. Es gab keine außerordentlichen Sitzungen des Kuratoriums im Berichtsjahr.</p>
III.4	<p>Ausschüsse des Kuratoriums; Besetzung und Entscheidungskompetenzen.</p>	<p>Das Kuratorium hat keine Ausschüsse.</p>

III.5	<p>Zahl der Kuratoriumsmandate von Kuratoriumsmitgliedern.</p> <p>Funktionen von Kuratoriumsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen</p> <p>Vergütung der Mitglieder des Kuratoriums.</p>	<p>Kein Kuratoriumsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Kuratoriumsmandaten erreicht.</p> <p>Die Kuratoriumsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Es wurden keine Vergütungen gezahlt.</p>
III.6	<p>Vorlage der Zielvereinbarung.</p>	<p>Es bestehen keine Zielvereinbarungen im Sinne von messbaren Einheiten wie Umsatz etc.. Jedoch wird einmal jährlich ein Zielbild erstellt, das die wesentlichen inhaltlichen Ziele der Gesellschaft definiert.</p>
III. 7 und 8	<p>Teilnahme an den Kuratoriumssitzungen und Effizienz der Arbeit des Kuratoriums.</p>	<p>Fast alle Kuratoriumsmitglieder haben an wenigstens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Sofern keine Teilnahme erfolgte und auch keine Stellvertretung erfolgte, war das Kuratorium dennoch beschlussfähig.</p> <p>Das Kuratorium hat sich im Geschäftsjahr nicht mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>

IV. Interessenkonflikte

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
IV.1	<p>Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung.</p> <p>Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung.</p>	<p>Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt.</p> <p>Der Geschäftsführung ist darüber hinaus kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<p>Wahrung des Unternehmensinteresses. Persönliche Interessen</p>	<p>Geschäftsführung und Kuratorium haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<p>Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Kuratoriums.</p>	<p>Es sind keine Interessenkonflikte entstanden.</p>

IV.5	Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/ mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Kuratoriums.	Es wurden keine Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung getätigt. Dies gilt auch für die Ebene der Mitglieder des Kuratoriums.
IV.6	Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung.	Die Mitglieder der Geschäftsführung Jan Schütte und Bodo Knapheide haben keine Nebentätigkeiten ausgeübt. Edith Forster übt die vom Kuratorium genehmigte Nebentätigkeit als Geschäftsführerin des VDFE – Verband deutscher Filmexporteure e.V. sowie als Rechtsanwältin aus.
IV.7	Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung, an Mitglieder des Kuratoriums und an Angehörige.	Mitgliedern der Geschäftsführung und des Kuratoriums bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
V. 1 und 2	Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. Informationen über das Unternehmen im Internet.	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen (insbesondere zum Zweckbetrieb) wurden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
VI.1 bis 3	Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. Erörterung der Zwischenberichte.	Der Jahresabschluss 2014 und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Zwischenberichte wurden mit Kuratorium und Gesellschafter erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung / des Kuratoriums
VII. 1	<p>Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits.</p> <p>Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt.</p> <p>Unterrichtung der/des Kuratoriumsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/ entstehender Befangenheitsgründe.</p>	<p>Der Gesellschafter und das Kuratorium haben vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die/den Kuratoriumsvorsitzende/n bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII. 2	<p>Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung</p>	<p>Der Gesellschafter hat auf Empfehlung des Kuratoriums den Abschlussprüfer gewählt. Das Kuratorium hat dem Abschlussprüfer daraufhin den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII. 3	<p>Unterrichtung des Kuratoriums durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung.</p> <p>Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsführung und Kuratorium abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>	<p>Der Abschlussprüfer hat das Kuratorium über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII. 4	<p>Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Kuratoriums über den Jahresabschluss.</p>	<p>Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Kuratoriums teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>

Berlin, den 20. März 2015

Für das Kuratorium:

Staatssekretär Björn Böhning
Kuratoriumsvorsitzender

Für die Geschäftsführung:

Edith Forster Bodo Knapheide
Geschäftsführer

Anlage 3

Erklärung der Geschäftsführung (§ 65 a LHO)

Hiermit erklären wir, dass wir als Geschäftsführer der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin GmbH (DFFB) vom 01.10.2014. – 31.12.2014 Bezüge in Höhe von

Euro 6.000,00
Edith Forster

Euro 6.000,00
Bodo Knapheide

brutto erhalten habe.

Zusätzlich sind

Euro 569,16
Edith Forster

Euro 241,47
Bodo Knapheide

als Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherungssysteme abgeführt worden.

Ich erkläre mich mit der Offenlegung dieser Angaben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben einverstanden.

Berlin, im April 2015

Edith Forster

Bodo Knapheide

Deutsche Klassenlotterie Berlin
rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht

1. Rechtsgrundlagen

Eine wesentliche Rechtsgrundlage bildet das zweite Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 19.06.2012, mit dem der Glücksspielstaatsvertrag in seiner neuen Fassung (GlüStV n. F.) und das Ausführungsgesetz zum GlüStV zum 01.07.2012 in Kraft getreten sind.

Darüber hinaus ist für die Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB) die maßgebende Gesetzesgrundlage weiterhin das Gesetz über die Deutsche Klassenlotterie Berlin und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Gesetz) vom 7. Juni 1974, zuletzt geändert durch das Landesgesetz über das öffentliche Glücksspiel vom 15. Dezember 2007.

Gemäß § 2 DKLB-Gesetz hat die DKLB die Aufgabe, behördlich erlaubte Glücksspiele einschließlich Lotterien, Sporttoto, Sportwetten und Ausspielungen sowie alle damit zusammenhängenden sonstigen Geschäfte durchzuführen.

Die aktuell gültigen Veranstaltungserlaubnisse für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2017 wurden am 31.01.2013 erteilt.

Die DKLB hat gemäß § 6 des DKLB-Gesetzes 20 % der Spieleinsätze laufend als Zweckabgabe und darüber hinaus den Bilanzgewinn an die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin abzuführen. Die Zweckabgabe ist vor Abführung an die DKLB-Stiftung einmalig am Jahresanfang um einen Betrag von T€ 400 zu mindern; diese Mittel sind an die für die Glücksspielsuchtbekämpfung zuständige Senatsfachverwaltung für Zwecke der Suchtforschung und Suchtprävention abzuführen.

Spielangebote

Die DKLB veranstaltete im Geschäftsjahr 2014 wie im Vorjahr zusammen mit allen im Deutschen Lotto- und Totoblock (DLTB) zusammengeschlossenen Lotto- und Totogesellschaften der Länder der Bundesrepublik Deutschland die Spiele LOTTO 6aus49, Spiel 77, SUPER 6, TOTO 13er-Ergebniswette, TOTO 6aus45 Auswahlwette, die Lotterie GlücksSpirale, das Spiel KENO mit der Zusatzlotterie plus 5 sowie bis zum 28.12.2014 die Sportwette ODDSET. Die zum Hauptspiel LOTTO 6aus49 von der DKLB angebotenen Gemeinschaftssysteme "Profi" und "Profi Plus" wurden Anfang April 2014 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt.

Die seit März 2012 angebotene länderübergreifende Lotterie Eurojackpot wird von den Gesellschaften des DLTB in einer internationalen Kooperation veranstaltet. In Kooperationen mit Blockpartnern aus dem DLTB wurden die Sofort-Lotterie Glücksrakete sowie die übrigen Rubbellos-Lotterien veranstaltet.

Internationale Mitgliedschaften

Die DKLB ist Mitglied der Weltorganisation der Lotteriegesellschaften World Lottery Association (WLA) und der European State Lotteries and Toto Association (EL). Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist 1st Vice-President des Executive Committees der EL.

2. Zur wirtschaftlichen Lage

Das wirtschaftliche Umfeld in den Kernzielgruppen der DKLB ist unverändert unbefriedigend. Hinzu kommen der demographiebedingte Rückgang der Anzahl der Stammspieler sowie umfangreiche rechtliche Auflagen, die die Kommunikationsmöglichkeiten zur Gewinnung neuer, das Wachstum der Stadt derzeit prägender Zielgruppen beeinträchtigen, wenn nicht gar unmöglich machen.

Die klassischen Annahmestellen der DKLB kämpfen mit einem sich zunehmend verändernden Käuferverhalten. Die Erschließung neuer terrestrischer Vertriebswege (Supermärkte, Discounter etc.) ist der DKLB auch weiter durch - teilweise unspezifische - aufsichtsrechtliche Vorgaben bzw. eine restriktive Genehmigungspraxis verwehrt.

Die Umsätze über den Vertriebskanal Internet entwickeln sich zwar positiv, eine seit September 2013 geltende Verschärfung der Zugangsbedingungen dämpft das Wachstum allerdings weiterhin spürbar. Im Hinblick auf die faktische Schlechterstellung ggü. ohne Lizenz tätigen privaten Vermittlern bzw. Anbietern ist die weitere Entwicklung für die DKLB schwer prognostizierbar.

Seit dem Jahr 2012 wickelt die DKLB über ihr Spielsystem den Internet-Auftritt von sechs Mandanten aus dem DLTB gegen Umsatzprovision ab.

Die Vorgaben aus dem Glücksspielstaatsvertrag und den jeweiligen Ausführungsgesetzen werden von den staatlichen Lotteriegesellschaften verlässlich erfüllt und von Seiten der Aufsichtsinstanzen streng überwacht. Konkurrierende private Marktteilnehmer verstoßen regelmäßig gegen diese Bestimmungen und scheinen weitgehend unbehelligt zu bleiben. Dies betrifft in zunehmendem Maße nicht nur das Sportwettgeschäft, sondern auch den Lotteriebereich, in dem im Ausland lizenzierte Wettanbieter Wetten auf das deutsche Lotto anbieten und die gleichen Quoten versprechen. Da diese Anbieter weder vergleichbare Steuern zahlen noch Zweckabgaben entrichten, können sie die zusätzlich verfügbaren Mittel auch für die Hinzugewinnung von Marktanteilen zu Lasten der staatlichen Anbieter einsetzen.

Die DKLB hält unverändert an ihrem staatlichen Auftrag fest, das Glücksspielverhalten zu kanalisieren und trägt u.a. mittels gezielter Informationen und zahlreicher Schulungen der weiteren Umsetzung der gesetzlich geforderten Ausrichtung des Spielgeschäfts am Spieler- und Jugendschutz sowie an der Spielsuchtprävention Rechnung.

Für das Land Berlin sind Lotterie-/Sportwettensteuern in Höhe von € 45,6 Mio. und für die DKLB-Stiftung Zweckabgaben in Höhe von € 53,0 Mio. sowie € 0,4 Mio. als direkt für Suchtprävention an die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales abzuführender Betrag angefallen. Einschließlich des Bilanzgewinns 2014 in Höhe von € 4,4 Mio. und des Zweckertrages für die Destinatäre der GlücksSpirale (€ 1,4 Mio.) sind von der DKLB im Berichtsjahr insgesamt € 104,8 Mio. zweckgebundenen Abgaben und Steuern erzielt worden.

3. Unternehmensentwicklung 2014

• *Umsatzsituation*

Die Umsätze 2014 liegen mit € 277,0 Mio. um € 7,5 Mio. (2,6 %) unter dem Vorjahreswert, wobei die Spieleinsätze um € 6,4 Mio. und die Bearbeitungsgebühren um € 1,1 Mio. abnahmen. Aus dem seit November 2012 wieder eröffneten Internet-Spielbetrieb wurden in 2014 Umsätze von € 8,3 Mio. (Vorjahr € 6,8 Mio.) erzielt. Gewerbliche Spielvermittler trugen zu den Gesamtumsätzen mit etwa € 5,0 Mio. (Vorjahr € 2,2 Mio.) bei.

In der Hauptspielart LOTTO 6aus49 liegt der Spieleinsatz um € 5,9 Mio. (3,3 %) unter dem Vorjahreswert. Die Zusatzlotterien zum Hauptspiel LOTTO 6aus49 weisen einen überproportionalen Rückgang von € 2,7 Mio. (7,7 %) beim Spiel 77 und von € 1,1 Mio. (7,6 %) bei SUPER 6 auf, da insgesamt weniger Spielaufträge abgegeben wurden.

Das im März 2012 gestartete Spielangebot Eurojackpot entwickelte sich - auch aufgrund von drei hohen Jackpotphasen - positiv und erzielte im Berichtsjahr Spieleinsätze in Höhe von € 22,8 Mio. Dies sind € 3,5 Mio. (18,2 %) mehr als im Vorjahr. Seit November 2013 ist bei Eurojackpot auch die Teilnahme an den Zusatzspielen Spiel 77 und Super 6 sowie an der GlücksSpirale möglich; diese Möglichkeiten werden zunehmend angenommen. Bei der Spielart KENO war ein Umsatzrückgang um € 0,5 Mio. (6,6 %) zu verzeichnen.

Die Sportwette ODDSET lag zwar aufgrund der Fußball-WM 2014 um 10,8 % über dem Vorjahr, war aber auch 2014 von der Konkurrenz durch weiterhin ohne Konzession agierende kommerzielle Anbieter betroffen. ODDSET war im Berichtsjahr nur noch mit 1,3 % am Umsatz der DKLB beteiligt.

Da für 2015 eine deutliche Erhöhung der Fremdkosten für die Bereitstellung und Abwicklung dieses Wettangebotes anstand und das ODDSET-Angebot aufgrund der spezifischen Gesetzeslage in Berlin perspektivisch nicht mehr in Annahmestellen angeboten werden darf, hat die DKLB dieses Geschäftsfeld zum 28.12.2014 unter wirtschaftlichen Erwägungen aufgegeben.

Beim TOTO verzeichnet die 6aus45 Auswahlwette aufgrund einer besseren Jackpotentwicklung einen Anstieg zum Vorjahr von 11,8 %, während der Umsatz der 13er Ergebniswette um 10,9 % zurückging. Insgesamt nahmen die TOTO-Einsätze um € 0,1 Mio. (3,5 %) ab.

Die in Kooperation mit den Blockpartnern aus Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gestalteten Rubbellosserien sowie die Glücksrakete erhöhten ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 2,5 %.

Im Berichtsjahr und in den vier Jahren davor wurden in Berlin folgende Spieleinsätze erzielt:

Anzahl der Veranstaltungen	2010	2011	2012	2013	2014	Durchschnitt je Woche	
						2013	2014
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	T€	T€
I. LOTTO 6aus49 ¹⁾	184,8	177,2	158,3	179,4	173,5	3.450	3.337
II. Eurojackpot ²⁾			13,3	19,3	22,8	371	438
III. TOTO	1,7	1,6	1,6	1,5	1,4	29	27
IV. KENO	8,6	8,0	7,2	7,0	6,6	135	127
V. plus 5	0,9	0,8	0,7	0,7	0,6	13	12
VI. Spiel 77	33,5	42,3	37,5	35,5	32,8	683	631
VII. SUPER 6	18,9	17,5	15,5	14,8	13,6	285	262
VIII. ODDSET Kombi-Wette	3,5	3,2	2,8	2,6	2,7	50	52
TOP-Wette	0,6	0,4	0,5	0,5	0,8	10	15
IX. GlücksSpirale	7,6	7,7	7,0	7,4	7,4	142	142
X. Rubbellos-Lotterie	2,7	2,7	4,0	4,6	4,7	88	90
XI. INSGESAMT	262,8	261,4	248,4	273,3	266,9	5.256	5.133

¹⁾ Ab 04.05.2013 Spieleinsatzerhöhung auf € 1,-, Ersatz Zusatzzahl durch Superzahl, neue Gewinnklasse (2 Richtige + Superzahl)

²⁾ Seit 23.03.2012

Die Bearbeitungsgebühren liegen im Berichtsjahr mit € 10,1 Mio. um 10,0 % (€ 1,1 Mio.) unter dem Vorjahreswert. Dies ist im Wesentlichen auf die im Berichtsjahr zurückgegangene Anzahl von Spielaufträgen zurückzuführen.

• **Großgewinne in Berlin**

Berlin hatte 2014 drei LOTTO 6aus49-Millionäre sowie 31 Gewinner mit Gewinnen ab € 100.000. Der größte Einzelgewinn wurde in der 49. Veranstaltung im LOTTO 6aus49 erzielt und belief sich auf über € 2,0 Mio.

• **Sozialbericht**

Die DKLB beschäftigte zum Stichtag 31.12.2014 einschließlich der Vorstandsmitglieder sowie der Mitarbeiter/-innen, die weniger als 19,5 Wochenstunden arbeiten, 179 Mitarbeiter (Vorjahr: 177 Mitarbeiter), davon 89 Frauen. 2 Auszubildende werden zu Bürokaufleuten, 6 Auszubildende zu Informatikkaufleuten, 3 Auszubildende zu Fachinformatikern und 2 Auszubildende zu Kaufleuten für Büromanagement ausgebildet.

Die Personalaufwendungen setzen sich zusammen aus Löhnen/Gehältern mit T€ 8.547 (Vorjahr: T€ 8.069) und sozialen Abgaben/Altersversorgung/Unterstützung mit T€ 2.905 (Vorjahr: T€ 2.790).

Neben dem Vorstand waren 132 Mitarbeiter/-innen im Angestelltenverhältnis mit 39,0 Wochenstunden tätig, 24 Mitarbeiter/-innen hatten Verträge mit einer Arbeitszeit von mindestens 19,5 Wochenstunden, während 21 Personen unter 19,5 Std. in der Woche beschäftigt wurden. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 16 schwerbehinderte Menschen beschäftigt (per 31.12.2013: 15). Damit war - wie in den Vorjahren - keine Ausgleichsabgabe zu entrichten.

Mit Datum vom 23.06.2014 wurde mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eine Änderungsvereinbarung zum Gehaltstarifvertrag (gilt bis 30.04.2015) vereinbart.

Für die zusätzliche Altersversorgung der Mitarbeiter/-innen der DKLB gelten - mit Ausnahme der Pensionäre, die vor dem 01.04.1959 eingestellt wurden - die Regelungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL).

4. Spielauftrags- und Losaufkommen

Im Berichtsjahr wurden von den Spielteilnehmern insgesamt 20,1 Mio. (Vorjahr: 20,7 Mio.) Spielaufträge abgegeben (ohne Abonnements).

Darüber hinaus wurden von den Annahmestellen 2,6 Mio. (Vorjahr: 2,5 Mio.) Rubbellose veräußert, wobei 2014 die 2 €-Rubbellose besonders gut angenommen wurden (+ 36 %).

5. Sonder- und Prämienauslosungen

Im Jahr 2014 fanden wie in den Vorjahren von den Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Totoblocks getragene Sonderauslosungen in verschiedenen Spielarten statt, für deren Teilnahme keine gesonderten Spieleinsätze erhoben wurden. Die Gewinnbeträge wurden aus nicht abgeholten Gewinnen, dem GlücksSpirale-Fonds sowie aus Spitzenbeträgen bei der Quotenermittlung aufgebracht. Bei den Blocksonderauslosungen wurden Geld- und Sachgewinne ausgespielt. In Berlin wurde im November 2014 eine Sonderauslosung "Berlin-Prämie" ausgespielt.

6. Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage

- **Ertragslage**

Die Erfolgsrechnung des Jahres 2014 weist einen an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinn von € 4,4 Mio. (Vorjahr: € 5,2 Mio.) aus. Aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde ein Ergebnis von € 5,8 Mio. (Vorjahr: € 7,9 Mio.) erzielt.

- **Vermögenslage / Finanzlage**

Das Anlagevermögen, die Vorräte und ein Teil des sonstigen Umlaufvermögens sind durch das Eigenkapital finanziert. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 44,5 % (Vorjahr: 46,6 %).

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr stichtagsbedingt um 6,9 %.

- **Liquiditätslage**

Die Liquidität der DKLB ist gesichert. Den Geld- und Wertpapierbeständen von € 57,4 Mio. stehen "kurzfristige Passiva" (inkl. des an die DKLB-Stiftung abzuführenden Bilanzgewinns) von € 36,3 Mio. gegenüber, sodass sich eine Liquidität I. Grades von 158,1 % ergibt.

Unter Einbeziehung der übrigen "kurzfristigen Aktiva" errechnet sich eine Liquidität II. Grades von 179,1 %. Die Vorräte blieben dabei außer Ansatz, weil sie im Wesentlichen zur Veräußerung an Dritte weder bestimmt noch geeignet sind.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sowie die Liquiditätslage ist einschließlich deren Entwicklung wie auch in den Vorjahren gut.

7. Vertriebsorganisation und Marketing/Kundenmanagement

- Vertriebsorganisation

Die Anzahl der Annahmestellen reduzierte sich auf 937 (Vorjahr: 953). 70 Schließungen standen 54 Annahmestellen gegenüber, die im Jahresverlauf neu eröffnet wurden. Zusätzlich fanden 43 Betreiberwechsel statt.

Die Vertriebsarbeit der DKLB war im Geschäftsjahr 2014 von folgenden Herausforderungen geprägt:

Die anhaltend negative Entwicklung des Annahmestellennetzes der DKLB ist im Wesentlichen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Einzelhandels begründet. Unverändert sinkt die Anzahl der Annahmestellen mit klassischem Sortiment (Tabakwaren, Presseerzeugnisse). Die Anzahl der Kündigungen und Insolvenzen nimmt weiterhin zu. Auch ist eine steigende Anzahl an Inhaberwechseln festzustellen. Unter Berücksichtigung der Marktveränderungen steht die Gewinnung neuer und innovativer Vertriebspartner im Vordergrund der Vertriebsarbeit. Die Kriterien für eine Annahmestelleneignung vor dem Hintergrund der notwendigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde erschweren aber unverändert die Gewinnung von neuen Annahmestellen. Neueröffnungen konnten überwiegend nur in ausgewählten Tankstellen sowie in unserem klassischen Vertriebsnetz erfolgen. Die Reduzierung der Anzahl der Annahmestellen hält somit unverändert an, neue Annahmestellen erreichen zudem nur noch in Ausnahmefällen das Umsatzniveau der ausscheidenden Geschäfte. Für neue Vertriebswege (z.B. Supermärkte) werden Genehmigungen nicht erteilt, so dass für die Kanalisierung des Spieltriebs der Bevölkerung wichtige Alternativen an Standorten und Vertriebswegen fehlen. Den Veränderungen des Marktes und des Kaufverhaltens der Kunden kann durch die Genehmigungssituation somit nur bedingt Rechnung getragen werden.

Für ca. 100 Annahmestellen wurden für Neueröffnungen und Inhaberwechsel Erlaubnisse beantragt. Dabei wurde insbesondere dafür Sorge getragen, dass der DKLB-Auftritt bei Standorten in der Nähe von allgemeinbildenden Schulen sowohl im Innen- als auch im Außenbereich unter Jugendschutzaspekten auf ein Mindestmaß beschränkt ist.

Der Spieler- und Jugendschutz wurde im laufenden Geschäftsbetrieb überwacht und optimiert. Dazu wurden u.a. Testkäufe durch unabhängige Dritte in den Annahmestellen durchgeführt.

Ein weiterer elementarer Aufgabenbereich des Vertriebes ist die Schulung von Annahmestellenmitarbeitern. 2014 wurden 190 Seminare mit insgesamt 1.336 Teilnehmern im DKLB-Schulungszentrum durchgeführt. Dabei wurde neben Produkt- und Beratungsmodulen besonderer Wert auf Spielsuchtprävention und Jugendschutz gelegt; zu diesem Themengebiet wurden 83 Basis-Kurse mit 621 Teilnehmern abgehalten.

Zur weiteren Sensibilisierung hinsichtlich Spielsuchtprävention fanden 16 sogenannte Aufbaukurse mit 153 Teilnehmern statt. Das 2012 eingeführte E-Learning-Angebot wurde auch 2014 erfolgreich weitergeführt. Mit dieser zeitgemäßen Schulungsvariante, die neben dem Verständnis von Lotto-Produkten eine sichere Terminalbedienung vermittelt, konnte allgemein eine positive Resonanz erzeugt werden. 37 E-Learning-Kurse wurden mit 302 Teilnehmern durchgeführt. Für 78 Annahmestellenbetreiber, bzw. Filialleitungen wurden außerdem 11 intensive Profi-Kurse abgehalten. Ende 2014 wurde in Form des Vorbereitungskurses ein weiterer Schulungsbaustein zur erfolgreichen Führung einer Annahmestelle positioniert.

Die durchschnittlichen Wocheneinnahmen einer Annahmestelle betragen € 5.474 (Vorjahr: € 5.516). Pro Kopf der Bevölkerung wurden € 1,47 (Vorjahr: € 1,51) je Woche für Glücksspielprodukte der DKLB ausgegeben.

- Marketing/Kundenmanagement

Die aktuelle Werberichtlinie hat wieder etwas mehr Spielräume für die Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen, die von der DKLB auch im Jahr 2014 genutzt wurden. Dies ermöglichte der DKLB, den Kanalisierungsauftrag auch werblich weiter umzusetzen.

Die rasante Entwicklung des mobilen Marktes hat zudem derzeit einen starken Einfluss auf nahezu alle wichtigen Lebensbereiche und erfordert es auch für die DKLB, sich diesen Trends offensiv zu stellen. Hinsichtlich der Werbemöglichkeiten bestehen, insbesondere bei den für die DKLB wichtigen Jackpot-Werbemaßnahmen, aufgrund behördlicher und gerichtlicher Vorgaben weiterhin deutliche Einschränkungen; so darf die DKLB - im Gegensatz zu anderen staatlichen oder gewerblichen Anbietern - an einem Tag lediglich insgesamt 3 Hörfunkspots pro Sender mit jeweils 3 Stunden Abstand schalten. An Ziehungstagen darf keine Schaltung von Hörfunkspots erfolgen.

Für die DKLB als Anstalt öffentlichen Rechts gilt hinsichtlich der Kommunikation das Transparenzgebot in besonderem Maße. Daraus ergibt sich die Verpflichtung der DKLB in alle (volljährigen) Bevölkerungsschichten hinein über die LOTTO-Produkte, die Spielbedingungen, die Chancen und Risiken sowie über die Verwendung der LOTTO-Mittel zu informieren, auch um ein Ausweichen auf nicht erlaubte Glücksspiele zu verhindern.

Nach Absprache mit der Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie auf Basis des genehmigten Kommunikationskonzeptes, welches ein Bestandteil der Veranstaltungserlaubnis der DKLB ist, und der neuen bundesweiten Werberichtlinie wurde die Öffentlichkeit über das bestehende Angebot der DKLB in angemessener Form und Intensität informiert. Zusätzlich fanden spezielle Kommunikationsmaßnahmen für die neuen mobilen Internetteilnahmemöglichkeiten statt.

8. Investitionen

Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt in der Umsetzung von Änderungen im Produktportfolio sowie in vorbereitenden Investitionen in ein CRM- und Dokumentenmanagementsystem. Daneben erfolgten laufende Ersatzinvestitionen unter Berücksichtigung neuer EDV-technischer Entwicklungen in den Bereichen Hard- und Software, insbesondere in den Bereichen Firewalls und Speichermedien.

Im Bereich Hardware wurden laufende Investitionen zur Erneuerung der Subsysteme des Online-Systems und der EDV-technisch gestützten Infrastruktur getätigt. Die Büroeinrichtung wurde bedarfsgerecht angepasst und die Ausstattung der DKLB mit PCs, Notebooks/Tablets, Monitoren und Druckern den zeitgemäßen Anforderungen entsprechend teilweise erneuert.

Insgesamt belaufen sich im Berichtsjahr die Zugänge zum Anlagevermögen auf € 0,9 Mio.

9. Berliner Corporate Governance Kodex

Gemäß Beschlussfassung des Verwaltungsrates vom 23.06.2005 findet der Deutsche Corporate Governance Kodex (seit März 2009 in der Ausprägung des Berliner Corporate Governance Kodex) Anwendung auf die DKLB. Die im Kodex vorgesehene jährliche gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand zur Unternehmensführung ("Entsprechenserklärung") für das Geschäftsjahr 2014 ist dem Lagebericht als Anlage beigelegt.

10. Responsible Gaming

Die DKLB orientiert ihr Spielgeschäft seit jeher an einer streng ordnungsrechtlich geprägten Grundeinstellung. Seit dem Jahr 2008 sind Grundsätze eines verantwortungsvollen Glücksspielangebotes auch in den gesetzlichen Rahmenbedingungen (Glücksspielstaatsvertrag nebst Ausführungsgesetz) in verstärktem Maße vorgegeben. Die Europäischen Standards für Responsible Gaming der European State Lotteries and Toto Association (EL) bilden eine weitere wesentliche Grundlage des Spielangebotes der DKLB. Die DKLB ist seit 2011 nach den Responsible Gaming Standards der EL zertifiziert.

Über Inhalte, Aktivitäten und Zielsetzungen im Zusammenhang mit Responsible Gaming veröffentlicht die DKLB eine separate Berichterstattung.

11. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

a) Risikomanagement

Die Risikosituation der DKLB ist geprägt durch das allgemeine rechtliche Umfeld, insbesondere durch die Gesetzgebung des Landes Berlin und den Vollzug durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport, die spezifische Rechts- und Wettbewerbssituation im Glücksspielbereich sowie allgemeine Marktrisiken.

Der Vorstand begegnet diesen Risiken durch ein Risiko-Management-System, welches die sorgfältige Beobachtung und Erfassung der Risiken, ein laufendes Risiko-Reporting, regelmäßige Analysen und die Identifizierung und Entwicklung von Gegenmaßnahmen umfasst.

Dabei werden insbesondere Frühwarnindikatoren, z.B. zur Umsatz- und Ausschüttungsentwicklung und zur Verfügbarkeit zentraler EDV-Systeme sowie des Datennetzes, überwacht. Entsprechende Risiko-Reports werden laufend weiterentwickelt und sind in die regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand integriert. Die jeweils aktuellen Risiko-Reports sind ebenso wie aktuelle Umsatz- und Ergebnis-Reports durch den Vorstand abrufbar.

Darüber hinaus wurde in Ergänzung zu diesem Risiko-Management-System eine unternehmensweite, auf ISO 27001 basierende prozess- und ressourcenorientierte Risikoanalyse erarbeitet, die kontinuierlich weiterentwickelt, jährlich überprüft und aktualisiert sowie in einem Risikoregister konsolidiert wird. Auf dieser Grundlage werden weitere risikoreduzierende Schutzmaßnahmen identifiziert und entsprechend der Bewertung umgesetzt.

b) Chancen und Risiken aus rechtlichen Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zum Veranlassen von öffentlichen Glücksspielen haben sich auf einem hohen restriktiven Niveau konsolidiert. Dies zeigt sich insbesondere in den weiterhin sehr engen Grenzen für eine für die Wahrnehmung des Kanalisierungsauftrags gem. § 1 GlüStV notwendige Werbung und der sehr restriktiven Auslegung der Aufsicht hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen für das Internetspiel.

In Bezug auf das Internetspielangebot müssen gemäß der vorliegenden Veranstaltungserlaubnis in Berlin - im Gegensatz zu anderen Bundesländern - die strengen Bedingungen der Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) für geschlossene Benutzergruppen umgesetzt werden. Dies stellt insbesondere für die Spieler erhebliche Erschwernisse dar, weil die für die Identifizierung und Authentifizierung notwendigen Zugangsdaten nach der erfolgreichen Prüfung über das Schufa-Q-Bit-Verfahren zusätzlich mittels eines nachgelagerten Annahmestellen-Ident-Verfahrens final verifiziert werden müssen. Dadurch entsteht ein sog. Medienbruch, der zur Folge hat, dass ein hoher Anteil der Spielwilligen das Verfahren abbricht.

Es ist noch nicht absehbar, wann die im GlüStV n.F. vorgesehenen Konzessionen für Sportwettanbieter rechtswirksam vergeben werden. Die DKLB hat zum Ende des Jahres 2014 ihr Sportwettprodukt ODDSET aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Ein Vollzug gegen die ohne behördliche Erlaubnis tätigen Sportwettanbieter findet in der öffentlichen Wahrnehmung gegenwärtig faktisch nicht statt. Die in diesem Zusammenhang laufenden Gerichtsverfahren können auch negative Auswirkungen auf den Lotteriebereich haben, da sich hieraus auch Konsequenzen für das Gesamtwerk des GlüStV ergeben könnten.

Dagegen lassen sich die Auswirkungen des Bundesverwaltungsgerichtsurteils (BVerwG 8 C 10.12 / OVG 4 A 17/08) auf die weitere Geschäftstätigkeit und -entwicklung der DKLB zur Zeit noch nicht abschließend beurteilen, da es noch keine verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen zu Werbeaktivitäten der Monopolträger unter der aktuellen Rechtslage des GlüStV n.F. gibt. Das BVerwG hat in dem Urteil die Grenzen zulässiger Werbung konkretisiert, allerdings beziehen sich die Entscheidungen auf die Rechtslage zwischen Juni 2006 bis Juni 2012 und sind daher vor dem Hintergrund der alten Rechtslage zu lesen. Damit ist die Frage nach der Abgrenzung zwischen einer zulässigen kanalisierenden Glücksspielwerbung und einer unzulässigen expansionistischen Werbung vor dem Hintergrund der neuen Rechtslage, durch welche grundsätzlich die weiteren Ziele des GlüStV wie Kriminalitätsbekämpfung und Kanalisierung gestärkt wurden, ungeklärt.

Schlimmstenfalls sind die in der Urteilsbegründung aufgestellten Kriterien an die zulässige Werbung unter Monopolbedingungen auch der Maßstab für die Bewertung der zulässigen Werbung nach dem neuen GlüStV, weil das Veranstaltungsmonopol für Lotterien fortgilt.

Auch aus dem aktuellen Ausführungsgesetz zum GlüStV n.F. für das Land Berlin ergeben sich eine Vielzahl von bußgeldbewehrten Risiken, z.B. hinsichtlich des Verbots der Spielteilnahme Minderjähriger, Hinweispflichten auf Spielscheinen und Informationsmaterialien (u.a. zur Suchtprävention) oder der Verhinderung der Spielteilnahme von in einem bundesweiten Sperrsystem gesperrten Spielern. Die DKLB beachtet diese Vorgaben sorgfältig und wirkt auch entsprechend auf ihre Annahmestellen und andere Vertragspartner ein. Dennoch besteht im Falle von Nichtbeachtungen dieser Vorschriften, auch verursacht durch das Verhalten Dritter, das Risiko entsprechender Bußgeldzahlungen. Bei der Diskussion des neuen Ausführungsgesetzes wird die DKLB versuchen, Regelungen zu erreichen, die diese Risiken minimieren.

Rechtliche Risiken bestehen darüber hinaus unter anderem in Form von Schadensersatzansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten, an denen die DKLB mittelbar beteiligt ist. Diese betreffen in erster Linie noch anhängige Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem bis 30.06.2012 geltenden Glücksspielstaatsvertrag. Für ein gegen WestLotto anhängiges Gerichtsverfahren, für dessen Folgen die DKLB nach derzeitiger Einschätzung anteilig mithaftet, wurde eine angemessene Rückstellung gebildet.

Die DKLB unterliegt im Übrigen, was Struktur und Abgaben angeht, möglichen Änderungen in der Gesetzgebung des Landes Berlin, woraus ebenfalls wesentliche Risiken der zukünftigen Entwicklung für die DKLB entstehen könnten.

Positive Impulse können daraus erwachsen, dass durch die Erweiterung der Lotterie Eurojackpot um neue Partnerländer dieses Angebot noch attraktiver wird. Auch durch eine flexiblere Genehmigungspraxis bei neuen Standorten und ein weniger restriktives Registrierungsverfahren oder neue technische Lösungen beim Internetspiel können Chancen für die DKLB entstehen.

c) Spieleinsatzrisiken

Ein zentrales Risiko im Umsatzbereich ergibt sich neben den rechtlichen und behördlichen Einschränkungen und Auflagen beim Vertrieb, der Kommunikation und/oder der Produktgestaltung aus einem veränderten Lebens-, Einkaufs- und Arbeitsverhalten der Spielteilnehmer.

Zusätzlich wird durch die weiterhin eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten, sowohl in den Annahmestellen als auch in den lokalen Medien, auch die Verankerung der DKLB-Lotterienprodukte bei den Spielteilnehmern und potenziellen Kunden deutlich verringert. So hat sich in Berlin seit Mai 2007 die Bekanntheit der GlücksSpirale von 91 % auf 83 %, die Bekanntheit der Zusatzspiele SPIEL 77 und SUPER 6 von 86 % auf 78 % und die Bekanntheit der Lotterie KENO von 68 % auf 56 % reduziert (Quelle: OMD Snapshots Mai 2007 und Nov. 2014), was grundsätzlich für Konsumgüter- und Dienstleistungsanbieter im Endkundengeschäft eine dramatische Reduzierung von Kanalisierungsmöglichkeiten bedeutet. Hier zeigt sich im Übrigen einmal mehr, dass der Kanalisierungsauftrag ohne die (attraktive) Bewerbung der staatlichen Produkte nicht zu erfüllen ist.

Hinsichtlich der Jackpot-Kommunikation gilt seit Mitte 2011 auf Basis einer Anordnung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport eine deutliche Beschränkung bei der Senderauswahl und Hörerreichweite, was im Zusammenwirken mit den grafischen Vorgaben bezüglich der Jackpot-Plakate seitens der Gerichte eindeutige Wirkung auf die Kanalisierungsmöglichkeiten und die Umsatzsituation der DKLB zeigt, zumal trotz der neuen Werberichtlinie hier keinerlei Entspannung der Situation eingetreten ist.

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Glücksspielstaatsvertrages, des Ausführungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag für das Land Berlin sowie der Grundsätze eines verantwortungsbewussten Spielangebotes (Responsible Gaming) hat die DKLB die Maßnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes und zur Spielsuchtprävention weiter verfeinert und intensiviert. Dabei war wie im Vorjahr festzustellen, dass als Folge, z.B. der Einführung von Pflicht-Kundenkarten, die Spielteilnahme erschwert wurde und ein Ausweichen auf gefährliche Angebote und ein Nachfragerückgang bei der DKLB zu verzeichnen war.

12. Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag ergeben.

13. Ausblick auf das Geschäftsjahr 2015

Bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Entwicklung der verfügbaren Einkommen, der Arbeitslosenquote und vor allem der Kaufbereitschaft der DKLB-Kunden auch für das Jahr 2015 nicht absehbar. Die Bereitschaft, Geldmittel für Glücksspielprodukte einzusetzen, wird grundsätzlich stark von dem Grad der positiven Erwartung künftiger persönlicher Sicherheit geprägt. Gerade in der Kernzielgruppe der DKLB ist diesbezüglich auch in nächster Zeit nicht mit nachhaltigen Impulsen zu rechnen, welche die Ausgaben für das Glücksspiel positiv beeinflussen.

Die grundsätzlich weiterhin positive Entwicklung beim Glücksspiel findet in Angeboten wie Sportwetten, Casino- oder Automatenspielen vor allem in Bereichen statt, die der DKLB verwehrt sind und aus denen die DKLB aufgrund rechtlicher Limitierungen auch nur sehr bedingt kanalisieren kann. Vielmehr entziehen hier gerade die sucht-gefährlicheren, gleichwohl aber attraktiv beworbenen Angebote der ohne Lizenz agierenden Glücksspielanbieter die "nachwachsende" Kundenbasis. Im Bereich der derzeitigen Annahmestellenstruktur ist ebenfalls keine deutliche Umkehr der seit längerem negativen Trends zu erwarten. Neue Vertriebskanäle werden seitens der Staatsaufsicht auch weiterhin nur sehr restriktiv genehmigt.

Die DKLB wird ihren eingeschlagenen Kurs auch in Zukunft konsequent fortsetzen und die neuen Möglichkeiten des GlüStV n.F. nutzen. Dazu gehört auch - ggf. gemeinsam mit Gesellschaften des Deutschen Lotto- und Toto-Blocks - die laufende Befassung mit Produktverbesserungen und Produktinnovationen. Nur so lässt sich der mit dem Glücksspielmonopol untrennbar einhergehende Kanalisierungsauftrag erfüllen. Inwiefern dies ausreicht, sich gegen die zumeist illegalen Aktivitäten am Markt zu behaupten, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie der Vollzug durch die Glücksspielaufsichten auch bei diesen greift.

Im Sportwettenbereich wurde das ODDSET-Angebot zum 28.12.2014 aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben. Hieraus werden entsprechende Umsatzeinbußen resultieren, die nur bedingt durch andere Angebote aufgefangen werden können, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass ehemalige ODDSET-Spieler ihre bisherigen Einsätze in größerem Umfang zum Spielangebot der DKLB verlagern.

Der Wirtschaftsplan 2015 sieht insgesamt einen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufigen Umsatz vor, wobei sich im Jahr 2015 - neben weiterhin guten Jackpotphasen - insbesondere auch eingeleitete Initiativen des Vorstands oder eine sich fortsetzende gute Entwicklung der Umsätze bei Eurojackpot positiv auswirken können.

Für die Tochtergesellschaft der DKLB, die LWS Lotterie- und Wett-Service GmbH, wird für das Geschäftsjahr 2015 ein leicht positives Ergebnis erwartet.

Die DKLB hat in einem rechtlich und marktseitig schwierigen Jahr 2014 die verbliebenen Handlungsmöglichkeiten kreativ und konsequent mit dem Ziel genutzt, den spielinteressierten Berlinerinnen und Berlinern weiterhin ein attraktives und verlässliches Angebot zu unterbreiten, das Unternehmen weiterhin als soliden Anbieter und Arbeitgeber auf dem Berliner Glücksspielmarkt zu positionieren und Zweckabgaben in nicht unbeträchtlicher Höhe für gemeinnützige Zwecke zu generieren.

Wir danken allen Berlinerinnen und Berlinern, die bei den vielfältigen Spielangeboten der DKLB ihr Glück versuchen. Durch ihren Spieleinsatz wurde es uns ermöglicht, der DKLB-Stiftung im Berichtsjahr Zweckabgaben in Höhe von rd. € 53,0 Mio. sowie den Bilanzgewinn des Vorjahres (€ 5,2 Mio.) zum Zwecke der Förderung sozialer, karitativer, dem Umweltschutz dienlicher, kultureller, staatsbürgerlicher, jugendfördernder und sportlicher Vorhaben in und für Berlin zur Verfügung zu stellen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKLB, allen Annahmestellenleiterinnen und -leitern sowie allen in den Annahmestellen tätigen Personen wird für die im Geschäftsjahr 2014 geleistete Arbeit der herzliche Dank des Vorstandes ausgesprochen.



Berlin, den 31. März 2015
DER VORSTAND

**Gemeinsame Erklärung von Verwaltungsrat und Vorstand
der Deutschen Klassenlotterie Berlin (DKLB) für das Jahr 2014
gemäß dem Berliner Corporate Governance Kodex und
Anlage 7.1 der Beteiligungshinweise des Landes Berlin
- Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 -**

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung/Vorstand und Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
I. 1	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung: · Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. · Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I. 2	<ul style="list-style-type: none"> · Sitzungen des Aufsichtsrates. 	<p>Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen - mit Ausnahme einer Klausurtagung im August 2014 - grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.</p> <p>Lediglich Tagesordnungspunkte über Vorstandsangelegenheiten wurden teilweise ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> · Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. · Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Der Vorstand hat alle zustimmungspflichtigen Geschäfte dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen des DKLB-Gesetzes bestand eine Geschäftsanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
I.4	<ul style="list-style-type: none"> · Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. · Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> · Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. · D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Verwaltungsrates gewahrt.</p> <p>Es besteht eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat.</p>
II. Geschäftsleitung/Vorstand		
II.1	<ul style="list-style-type: none"> · Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. · Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. · Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen.</p> <p>Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagementsystem, welches ständig weiter bearbeitet wird.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> · Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. · Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand und in der Geschäftsanweisung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender des Vorstandes bestimmt.</p> <p>Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt. Der Vorstand hat 2 Mitglieder.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
II.3	<ul style="list-style-type: none"> · Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. · Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. · Veröffentlichung der Einzelvergütung. · Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung des Vorstandes setzt sich aus einem Fixum und aus einer variablen Tantieme zusammen. Bezüglich der variablen Tantieme erfolgte die Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung. Die Bemessung der Tantieme erfolgt jeweils im Folgejahr nach Feststellung des Jahresabschlusses des vergangenen Geschäftsjahres. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder des Vorstandes und der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Über die variablen Vergütungsregelungen hat der Verwaltungsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes werden im Anhang zum Jahresabschluss jeweils einzeln ausgewiesen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstellt einen gesonderten Bezügebericht. Abfindungen wurden nicht geleistet.</p>
III. Aufsichtsrat/Verwaltungsrat		
III.1	<ul style="list-style-type: none"> · Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. · Geschäftsordnung des Aufsichtsrates. 	<p>Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben gemäß DKLB-Gesetz und der Geschäftsweisung für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.</p>
III.2	<ul style="list-style-type: none"> · Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. · Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen sowie Erst- bzw. Wiederbestellungen von Vorstandsmitgliedern werden im Plenum des Verwaltungsrates nach Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Die Amtszeit des Vorstandes endet grundsätzlich mit Vollendung des Lebensjahres, dem das Regelalter für den Bezug einer ungekürzten Altersrente in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung entspricht.</p> <p>Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, teilweise nach Vorbefassung in den Arbeitsausschüssen Finanzen oder Personal.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III.3	<ul style="list-style-type: none"> · Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. · Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende über besondere Ereignisse unterrichtet.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> · Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Verwaltungsrat hat folgende Ausschüsse: Arbeitsausschuss Finanzen, Arbeitsausschuss Personal.</p> <p>Ein Prüfungsausschuss bestand nicht. Entsprechende Aufgaben werden vom Arbeitsausschuss Finanzen wahrgenommen. Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Verwaltungsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Verwaltungsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> · Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. · Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. · Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Gemäß Erklärung in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 10.12.2014 hat kein Verwaltungsratsmitglied im Jahr 2014 die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Verwaltungs-/Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten gemäß Mitteilung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vom 07.11.2014 künftig ein Sitzungsgeld in Höhe von € 150 je Verwaltungsratssitzung.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
III.6	· Vorlage der Zielvereinbarung	Der Verwaltungsrat hat die jährliche Zielvereinbarung zwischen Verwaltungsrat und Vorstand im Rahmen seiner Zuständigkeit gemäß DKLB-Gesetz abgeschlossen.
III.7 und 8	· Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates.	Kein Verwaltungsratsmitglied konnte nur an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	· Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. · Vorteilsnahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung.	Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	· Wahrung des Unternehmensinteresses. · Persönliche Interessen.	Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	· Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates.	Interessenkonflikte sind nicht entstanden.
IV.5	· Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. · Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates.	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; eine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen bestand nicht. Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> · Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	<p>Das Vorstandsmitglied Hansjörg Höltkemeier ist einziger Gesellschafter und Geschäftsführer der Havelkontor Services GmbH (vormals: jobolo innovations GmbH). Der Verwaltungsrat hat dieser Nebentätigkeit zugestimmt.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> · Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<p>Mitgliedern des Vorstandes und Mitgliedern des Verwaltungsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>
V. Transparenz		
V.1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> · Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. · Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Über Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, wurde der Verwaltungsrat unverzüglich unterrichtet.</p> <p>Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>
VI. Rechnungslegung		
VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> · Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. · Erörterung der Zwischenberichte. 	<p>Der Jahresabschluss wird entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und dem Verwaltungsrat innerhalb von 90 Tagen nach Ende Geschäftsjahres vorgelegt.</p> <p>Quartalsberichte werden den Mitgliedern des Verwaltungsrats innerhalb von 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums übermittelt.</p> <p>Die Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Verwaltungsrates
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	<ul style="list-style-type: none"> · Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. · Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. · Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Rechnungshof von Berlin hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Rechnungshof bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> · Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung. 	<p>Der Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer wurde vom Rechnungshof von Berlin erteilt; dieser hat auch die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> · Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. · Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Die Abschlussprüfer wurden gemäß Ziff. VII.3. des Berliner Corporate Governance Kodex beauftragt, über alle für die Aufgaben des Verwaltungsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben, sowie über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der von Vorstand und Verwaltungsrat abgegebenen Erklärung zum Kodex ergeben, gesondert zu berichten (sog. Redepflicht des Abschlussprüfers).</p> <p>Berichtspflichten des Abschlussprüfers aus der Beachtung von Ziff. VII.3 des Berliner Corporate Governance Kodex haben sich während der Abschlussprüfung nicht ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> · Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss teil.</p>

- Angaben über die Mitglieder der Unternehmensorgane

Organe der DKLB

- Vorstand (zugleich Vorstand der DKLB-Stiftung)
- Verwaltungsrat (zugleich Verwaltungsrat der DKLB-Stiftung)

1. Dem Vorstand gehörten 2014 an:

Dr. Marion Bleß, Mitglied des Vorstands

Hansjörg Höltkemeier, Mitglied des Vorstands

2. Der **Verwaltungsrat** wird gemäß § 5 (2) DKLB-Gesetz für die Dauer der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin gebildet und bleibt bis zur Neubildung im Amt.

Im Berichtsjahr amtierten:

- a) vom Senat bestellt:

Hella Dunger-Löper *Vorsitzende*
Staatssekretärin (Senatskanzlei)

Prof. Dr. Jens Poll *stellvertretender Vorsitzender*
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt

Guido Beermann
Staatssekretär (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie u. Forschung)

Dr. Ute Herdmann
Regierungsdirektorin (Senatsverwaltung für Finanzen)

Monika Schulz-Strelow
Geschäftsführerin B. International Group

Hans-Jörg Weniger
Steuerberater - vereidigter Buchprüfer

- b) von der Personalvertretung bestellt:

Stefanie Hefter
Sachbearbeiterin Marketing

Kathrin Sängler
Buchhalterin

Matthias Volke-Schleiff
EDV-Revisor

**- Bezüge des Vorstandes und der Hinterbliebenen
ehemaliger Vorstandsmitglieder**

Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder betragen im Einzelnen (ohne die Arbeitgeberanteile zu den gesetzlichen Sozialversicherungen und zur freiwilligen Kranken-/Pflegeversicherung):

	<u>Dr. Bleß</u>	<u>Höltkemeier</u>
<i>Dienstvertragliche Vergütung</i>		
Grundvergütung	€ 146.233,30	€ 152.400,00
Variable Vergütung (für das Vorjahr)	€ 28.600,00	€ 28.600,00
<i>Sonstige Bezüge</i>		
Private Altersvorsorge	€ 9.120,00	€ 9.120,00
Private PKW-Nutzung	€ 4.632,48	€ 6.468,00
Sonst. Bezüge (Unfallversicherung, Beiträge)	€ 1.704,27	€ 393,32
Gesamt	€ 190.290,05	€ 196.981,32

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt € 144.904,08 geleistet. Die für diese Personengruppe zum 31.12.2014 gebildeten Pensionsrückstellungen belaufen sich auf € 1.456.553.

- Bezüge des Verwaltungsrates

Mit Schreiben vom 07.11.2014 hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mitgeteilt, dass auf Grundlage des o. g. Senatsbeschlusses künftig an die Mitglieder des Verwaltungsrates der DKLB und der DKLB-Stiftung ein Sitzungsgeld in Höhe von € 150 pro Verwaltungsratssitzung zu zahlen ist. Die Regelung gilt seit dem 01.10.2014.

Sitzungsgelder in Höhe von jeweils € 150 wurden an folgende Mitglieder gezahlt:
Frau Dunger-Löper (*Vorsitzende*), Herr Prof. Dr. Poll (*stellv. Vorsitzender*), Herr Beermann, Frau Schulz-Strelow, Herr Weniger, Frau Hefter, Frau Sänger, Herr Volke-Schleiff.

- Sonstige Angaben

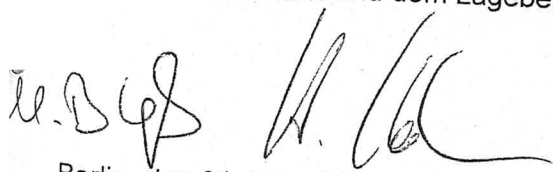
Das Honorar für die Abschlussprüferleistungen der Prüfungsgesellschaft betrug im Berichtsjahr netto T€ 20.

Darüber hinaus wurden von der Abschlussprüfungsgesellschaft Steuerberatungsleistungen in Höhe von T€ 1 erbracht.

Vor dem Hintergrund der Pflicht zur Abführung des Bilanzgewinns werden von der DKLB Leistungen an die DKLB-Stiftung unentgeltlich erbracht. Diese beziehen sich auf Personalgestellung (T€ 1.235) sowie Sachkosten (T€ 159, i.W. Mieten).

- Entsprechenserklärung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex

Verwaltungsrat und Vorstand der DKLB haben im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsrats vom 10.12.2014 die gemeinsame Entsprechenserklärung von Verwaltungsrat und Vorstand für das Jahr 2014 verabschiedet. Danach haben sich 2014 keine berichtspflichtigen Ereignisse mehr ergeben. Die Entsprechenserklärung wird zusammen mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.



Berlin, den 31. März 2015
DER VORSTAND

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, Schönefeld

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014



01

Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH

Die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH konnte 2014 die Strukturierungsphase am BER beenden. Mit der Verkündung des Terminbandes am 12. Dezember 2014 liegt jetzt wieder eine verlässliche Eröffnungsperspektive vor. Der BER soll im zweiten Halbjahr 2017 eröffnen.

Beim Betrieb der Flughäfen Schönefeld und Tegel verzeichnete die Flughafen-gesellschaft 2014 einen neuen Rekord. Erstmals sind fast 28 Millionen Passagiere von und nach Berlin geflogen. Der Flugverkehr an den beiden Bestandsflug-häfen lief dank Investitionen in Service, Infrastruktur und dem hohen Enga-gement der Mitarbeiter sowie der Prozesspartner reibungsarm. Der Flughä-fenstandort liegt gemessen an den PAX-Zahlen nach wie vor auf Platz drei in Deutschland und wuchs wie in den vergangenen Jahren auch im Vergleich zum Durchschnitt der deutschen Verkehrsflughäfen überproportional.

Die interne Reorganisation des Unternehmens wurde erfolgreich weitergeführt. Das Geschäftsfeld Technik und Bau wurde 2014 reorganisiert, die Bauherren-funktion gestärkt und weiteres Know-how durch zahlreiche Neueinstellungen vorwiegend in den Bereichen Operations sowie Technik und Bau aufgebaut.

A Organisation und Geschäftstätigkeit

Die Flughäfen Schönefeld und Tegel stellen die Luftverkehrsinfrastruktur für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg bereit. Mit der Inbetriebnahme wird der gesamte Verkehr auf den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt konzentriert.

Gesellschafter der FBB sind das Land Berlin (37 % der Stammeinlage), das Land Brandenburg (37 %) und die Bundesrepublik Deutschland (26 %).

Vorsitzender der Geschäftsführung ist seit März 2013 Dr. Hartmut Mehdorn.

Geschäftsführerin Finanzen ist seit Mai 2013 Heike Fölster. Der Geschäftsleitung gehören zudem die Leiter der Geschäftsfelder Operations, Marketing und Vertrieb, Technik und Bau sowie Personal an. Hartmut Mehdorn hat am 15. Dezember 2014 bekannt gegeben, dass er sein Amt als Vorsitzender niederlegen wird.

Am 20. Februar 2015 wurde durch den Aufsichtsrat beschlossen, dass Karsten Mühlenfeld als Nachfolger den Vorsitz der Geschäftsführung der FBB übernehmen wird.

Corporate Governance

Für den Flughafen Berlin Brandenburg nimmt gute Corporate Governance einen hohen Stellenwert ein. Corporate Governance steht für verantwortungsbewusste, transparente und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle des Unternehmens. Zentraler Maßstab sind die im „Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen

Unternehmen“ enthaltenen Regeln und Handlungsempfehlungen. Geschäftsführung und Aufsichtsrat der FBB haben einen Corporate Governance Bericht erstellt, der via Website des Unternehmens www.berlin-airport.de abrufbar ist. Bestandteil des Berichts ist insbesondere die Erklärung, dass den Regeln und Handlungsempfehlungen des Kodex entsprochen wurde und auch weiterhin entsprochen wird.

B Projekte und zukünftige Geschäftsfelder

B.1 Überblick Projekt BER

Der Flughafen BER soll im zweiten Halbjahr 2017 eröffnet werden. Dieses Terminband hat die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH in den zurückliegenden Monaten erarbeitet. Das Terminband und die Meilensteine dahin wurden in der Aufsichtsratsitzung vom 12. Dezember 2014 umfassend diskutiert und verabschiedet.

Mit der Entscheidung vom 12. Dezember 2014 für ein Terminband zur Eröffnung endet eine zweijährige Phase ohne Eröffnungstermin und klare Zielstellung für die Fertigstellung des BER. Mit der Festlegung eines Terminbandes endet auch die Phase der Grundlagenarbeiten, in der die Flughafengesellschaft Grundsatzzhemen wie beispielsweise das unterdimensionierte LAN-Netz, lückenhafte Dokumentationen oder die inkonsistente Raumnummern-Systematik klären musste, die einem verlässlichen Meilensteinplan bis zur Eröffnung bislang im Weg standen.

Zudem konnten 2014 die Bauarbeiten am Pier Nord abgeschlossen werden. Die Nutzungsfreigabe hierfür wurde durch die zuständige Behörde am 19. Dezember 2014 erteilt.

B.2 Ausweitung der Aktivitäten: Dienstleistungen & Beteiligungen

Ziel des FBB-Managements ist es, die Ertragskraft des Unternehmens neben dem traditionellen Airline-Geschäft dauerhaft zu stärken. Die Ausweitung dieser sogenannten Non-Aviation-Aktivitäten entspricht einer Langfristentwicklung in der deutschen Airport-Landschaft. Nahmen Non-Aviation-Aktivitäten vor zwei, drei Jahrzehnten lediglich einen Bruchteil an den gesamten Umsatzerlösen der Flughafengesellschaften ein, liegt der Anteil heute bei bis zu 60 %. Die FBB plant die Einführung eines neuen Geschäftsfelds „Dienstleistungs- und Beteiligungsmanagement“ und damit erstmals in ihrer Geschichte die Etablierung einer einheitlichen Vertriebsstruktur. In der Vergangenheit waren die Vertriebsaktivitäten auf unterschiedliche Bereiche verteilt, so dass die Wertschöpfungskette nicht gesamtheitlich betrachtet werden konnte.

Als erster Schritt wurde Ende 2014 die FBB Airport Assekuranz Vermittlungsgesellschaft mbH als 100-prozentige Tochter der FBB gegründet. Die FBB Airport Assekuranz mbH übernimmt ab 2015 die Vermittlung und Verwaltung des gesamten firmeneigenen Versicherungsbedarfes der Berliner Flughäfen. Bis Ende 2015 wird der bisherige Versicherer Berlin Airport Assekuranz Vermittlungsgesellschaft mbH (BAAV) das flughafennahe Drittgeschäft (z. B. Versicherung der Fremdfirmen am Flughafen wie z. B. Bodenverkehrsdienstleister) sowie die Schadensbearbeitung für den BER weiterführen. Diese Aufgaben werden dann ab 2016 ebenfalls von der FBB Airport Assekuranz mbH übernommen.



02 Wirtschaftsbericht

A Entwicklung der Luftverkehrsbranche

Im vergangenen Jahr wurden an den deutschen Flughäfen 207.934.803 Passagiere (an + ab) gezählt. Damit lag das Wachstum mit +3,0 % (an + ab) deutlich über dem des Vorjahres (+0,7 %). Während der innerdeutsche Luftverkehr ein Plus von 0,8 % zu verzeichnen hatte, entwickelte sich der Europaverkehr mit +3,1 % und der Interkont-Verkehr mit +5,6 %. Auch die Luftfracht stieg wieder gegenüber dem Vorjahr mit +2,8 % (an + ab) und 4.445.145 t. Insgesamt entwickelte sich der Luftverkehrsmarkt in Deutschland damit trotz bestehender Wachstumshemmnisse wie der Luftverkehrsabgabe sehr positiv (Quelle: ADV Verkehrsstatistik 2014).

Der Trend der vergangenen Jahre, dass das Wachstum vorrangig an größeren Flughäfen stattfindet, bestätigte sich auch 2014. Der Luftverkehr konzentriert sich damit eindeutig auf Standorte wie Frankfurt am Main, München und Berlin, an denen Passagiere von einem großen Angebot mit zahlreichen Umsteigemöglichkeiten profitieren.

B Geschäftsverlauf 2014

B.1 Aviation Management/Verkehrsentwicklung

Das Jahr 2014 war ein weiteres Rekordjahr für die FBB. Insgesamt 27.980.533 Passagiere konnten an den Flughäfen Tegel und Schönefeld im Jahresverlauf gezählt werden.

Das Passagieraufkommen wuchs um 6,3 % gegenüber 2013 und hat damit die Erwartungen deutlich übertroffen. Insgesamt entwickelte sich der Luftverkehr in der Region Berlin-Brandenburg auch im zwölften Jahr in Folge besser als der Durchschnitt der internationalen Verkehrsflughäfen Deutschlands (ADV-Durchschnitt +3,0 %). Die Position als drittgrößter Flughafenstandort in Deutschland wurde damit erneut gefestigt. Im Flugplan standen dabei über das Jahr betrachtet insgesamt 171 Ziele in 52 Ländern, die von 72 Airlines angeboten wurden.

Die Verkehrsentwicklung im Detail

Das vergangene Jahr war im Wesentlichen durch einen starken Kapazitätsausbau der airberlin auf zahlreichen Strecken geprägt (+11,3 % mehr Sitze ggü. Vorjahr). So erhöhte die Airline ihre Flüge nach Abu Dhabi auf zwei tägliche Verbindungen, so dass Passagieren zeitlich günstigere und frequentere Anschlüsse nach Asien zur Verfügung stehen. Darüber hinaus flog airberlin während der Sommermonate täglich nach Chicago. Der nordamerikanische Hub des oneworld-Allianz-Partners American Airlines ermöglicht auch hier bequemes Umsteigen auf zahlreiche weitere Verbindungen.

Daneben vollzog sich im Laufe des Jahres die Umstellung der Lufthansa-Direktverkehre außerhalb der Strecken nach Frankfurt und München auf die Tochtergesellschaft Germanwings. Dieser Schritt war ein wesentlicher Baustein des von Lufthansa angekündigten Score-Programms zur Steigerung der Effizienz innerhalb der Airline-Gruppe. Germanwings nahm mit Verona, Ancona und Sarajevo neue Ziele in das dichte europäische Flugnetz ab Tegel auf.

In Schönefeld erweiterte easyJet ihre Verbindungen mit Tel Aviv und Faro um zwei weitere Destinationen. Auch Norwegian expandierte am Standort gleich mit mehreren neuen Flugzielen. So fliegt die Fluggesellschaft jetzt ebenfalls auf die Kanarischen Inseln (Teneriffa, Gran Canaria) sowie nach London-Gatwick und Barcelona. Ebenso legte die Berliner Fluggesellschaft Germania Flüge nach Lanzarote, Teneriffa, Gran Canaria und Hurghada auf. Des Weiteren fliegt auch Ryanair mit Shannon und Porto zwei weitere neue Ziele ab Schönefeld an.

Nachdem Lissabon durch TAP täglich ab Schönefeld bedient wurde, hat die Fluggesellschaft seit Juli die Verbindung auf zwölf wöchentliche Flüge aufgestockt. Auch hier zeigt sich das solide Wachstum am Standort.

Im Streckenvergleich innerhalb Deutschlands ist München mit fast 1,9 Mio. Passagieren im Jahr 2014 (+2,0 %) die am meisten genutzte Strecke ab Berlin. Top-Strecke außerhalb Deutschlands ist wie im vergangenen Jahr London mit rund 1,6 Mio. Passagieren (+9,6 %). Bei den Langstrecken konnte New York die Spitzenposition ausbauen. So flogen mehr als 270.000 Passagiere im vergangenen Jahr zum Big Apple (+17,6 %).

Top-Wachstumsstrecke im innerdeutschen Vergleich ist Stuttgart mit einem Zuwachs von rund 65.000 Passagieren gegenüber 2013 (+7,0 %). Damit ist Stuttgart die siebte Destination mit mehr als einer Million Passagieren pro Jahr. Im europäischen Verkehr wuchs die Verbindung nach Madrid am stärksten und weist

fast eine Verdoppelung des Passagieraufkommens mit rund 430.000 Passagieren (+81,6 %) auf. Die Strecke wurde 2013 zunächst durch airberlin aufgenommen und im Oktober desselben Jahres durch Iberia Express ergänzt.

Nach Chicago im Jahr 2013 wuchs Doha im vergangenen Jahr im Langstrecken-segment am stärksten (rund 150.000 Passagiere, +63,3 %). Ausschlaggebend hierfür ist der dauerhafte Einsatz eines Airbus A330 durch Qatar Airways. Insgesamt konnten im Bereich der Langstrecken für nahezu alle Strecken zweistellige Zuwachsraten verzeichnet werden. Größeres Fluggerät und entsprechend zusätzlich angebotene Sitze konnten damit gut am Markt abgesetzt werden und verdeutlichen Berlins Potenzial für weitere Langstreckenverbindungen. So stieg die Zahl der angebotenen Sitze auf der Langstrecke um 21,6 %, während das Passagieraufkommen um 18,7 % zunahm.

Frequenzaufstockungen und Streckenaufnahmen wirkten sich erneut auf den etablierten Umsteigehub der airberlin in Berlin aus. So stieg die Zahl der Umsteiger weiter (+8,1 %), so dass im vergangenen Jahr rund 8 % aller Passagiere Umsteiger waren.

Anders als im vorangegangenen Jahr entwickelten sich beide Flughäfen 2014 gleichermaßen gut. Während Schönefeld 2013 mit einem Passagierückgang zu kämpfen hatte, verbuchte der Flughafen mit 7.292.517 (+8,4 % ggü. Vorjahr) 2014 das zweitbeste Jahr seiner Geschichte. Lediglich rund 5.000 Passagiere trennten Schönefeld vom Rekordjahr 2010.

Für den Flughafen Tegel setzte sich die Erfolgsgeschichte der vergangenen Jahre weiter fort. Mit 20.688.016 Passagieren (+5,6 %) wuchs der Standort abermals deutlich. Die Kapazitätslimits des Flughafens sind nahezu erreicht, sodass das Wachstum vor allem durch größere Flugzeugtypen erreicht wird. Dennoch legten die Flugbewegungen gegenüber dem Vorjahr auf 182.197 Starts und Landungen (+4,3 %) zu. Beide Standorte fertigten insgesamt 252.522 Bewegungen ab (+5,2 %). Die durchschnittliche Auslastung der Flugzeuge lag dabei bei 76,0 % und blieb damit insgesamt konstant gegenüber dem Vorjahr.

Berliner Frachtaufkommen steigt schneller als der Bundesdurchschnitt

Über die Frachtanlagen der Berliner Flughäfen wurden 2014 rund 83.000 Tonnen Luftfracht umgeschlagen (+6 %). 43.388 Tonnen Luftfracht wurden dabei per Flugzeug transportiert (23 %, ADV: 5 %), 5.355 Tonnen per Nachtluftpost im Auftrag der Deutschen Post World Net AG nach Stuttgart geflogen (-2 %). Rund 13.000 Tonnen wurden von den Airlines und rund 21.000 Tonnen von Spediteuren zusätzlich als Luftfracht per Lkw zu den Europahubs der Airlines über die Luftfrachtanlagen in Berlin abgefertigt.

Verkehrsaufkommen	2014	2013
Tegel		
Gewerbliche Flugbewegungen	177.708	170.300
Fluggäste (in Tausend)	20.688.016	19.591.838
Schönefeld		
Gewerbliche Flugbewegungen	62.471	58.350
Fluggäste (in Tausend)	7.292.517	6.727.306
Gesamt		
Gewerbliche Flugbewegungen	240.179	228.650
Fluggäste (in Tausend)	27.980.533	26.319.144

B.2 Non Aviation-Management

Das Jahr 2014 ist aus Sicht des Non Aviation Managements positiv verlaufen. Am **Flughafen Tegel** konnte in nahezu allen Segmenten von weiterhin steigenden Passagierzahlen profitiert werden. Im Segment Retail trug besonders der neue Duty Free/Duty Paid-Shop in Terminal C3 zur positiven Ertragsentwicklung in diesem Jahr bei. Zudem wurde auch 2014 das Angebot für die Passagiere am Flughafen Tegel in den Segmenten Retail und Gastronomie noch weiter optimiert. Um einerseits die Produktpalette zu erweitern und andererseits die Attraktivität und die Anziehungskraft des Angebotes für die Passagiere weiter zu steigern, konnten im Segment Retail mit Foodies und einer mobilen Einheit von hub CONVENIENCE in Terminal C3 neue Konzepte implementiert werden. Zudem wurde die Verkaufsfläche der Metropolitan Pharmacy im Boulevard Tegel deutlich vergrößert und das Angebot im Segment Services um einen Wechselschalter von Travelex sowie einen zusätzlichen Serviceschalter von Global Blue erweitert. Im Segment Gastronomie wurden insgesamt fünf neue Konzepte implementiert. Für den Betrieb konnten Mieter gewonnen werden, die auch am Flughafen BER zu finden sein werden. Hier wurde das Angebot für die Passagiere mit dem Marché Bistro in Terminal D, my smart break in Terminal C, dem Traiteur, Kamps Backstube sowie einer mobilen Einheit von C.H.E.F. in Terminal A weiter ausgebaut und verstärkt.

Im Segment Parkierung konnte die Ertragsentwicklung im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich verbessert werden. Hier konnte von der zweistufigen Optimierung der Parkpreise auf dem P1, P2 und P5 aus dem Vorjahr profitiert werden. Um einerseits dem weiteren Passagierwachstum gerecht werden zu können und andererseits einen reibungslosen Verkehrsfluss sicherzustellen, wurde Ende August der Parkplatz P10 am Mercure Hotel mit 185 zusätzlichen Stellplätzen in Betrieb genommen.

Die Ertragslage im Segment Flughafenwerbung hat sich im Vergleich zum Vorjahr sehr deutlich verbessert. Hauptursachen hierfür sind die wiedergewonnene Akzeptanz des Flughafens Tegel als Werbestandort, die erfolgreiche Vermarktung der Panoramafäche im Innenring sowie die erfolgreiche Vermarktung der im August neu in Betrieb genommenen Riesenposteranlage an der Zufahrt bzw. Abfahrt zum/vom Flughafen.

Am **Flughafen Schönefeld** gab es im Vergleich zum Vorjahr deutliche Verbesserungen, die ebenfalls auf die steigenden Passagierzahlen zurück zu führen sind. Im Segment Retail trug besonders der letztjährige Wechsel der Buch- und Presse-Einheiten in den Terminals A und D durch Einheiten des Mieters LS travel retail – RELAY zur positiven Ertragsentwicklung bei.

Um die Attraktivität und die Anziehungskraft des Angebotes für die Passagiere zu steigern, wurde das Angebot in Terminal D durch das Konzept Remember Berlin (Souvenirs) ergänzt. Zusätzlich wurden das Reisebüro von Tropical Tours von Fun Express – Max Holiday übernommen und eine Counterfläche von Fun und Sun Travel implementiert.

Auch im Segment Parkierung hat sich die Passagiersteigerung positiv auf die Ertragslage im Jahr 2014 ausgewirkt. Zudem wurde von der Erhöhung der Stundenpreise auf dem Parkbereich P2 im April letzten Jahres profitiert.

Aufgrund der mit der kurzfristigen Verschiebung des Eröffnungstermins des BER im Mai 2012 einhergehenden Schwierigkeiten hat sich die angespannte Ertragslage im Segment Flughafenwerbung nicht nennenswert verbessert. Zudem wird der Flughafen Schönefeld als Werbestandort von den Werbekunden nur schwer akzeptiert.

Auch 2014 wurden Gespräche mit den Non-Aviation-Vertragspartnern geführt, um diese einerseits bei der Lösung ihrer aufgrund der Verschiebung des Eröffnungstermins des BER entstandenen Schwierigkeiten zu unterstützen, die weitere Zusammenarbeit für den Flughafen Berlin Brandenburg zu sichern und andererseits durch das Schließen von Nachträgen mit den Non-Aviation-Vertragspartnern eine Rechtssicherheit für die FBB herzustellen. Mit fast allen Vertragspartnern konnte eine Lösung gefunden und die Rechtssicherheit für die FBB hergestellt werden. Organisatorisch gab es 2014 ebenfalls Änderungen: Der Bereich Non Aviation-Management wurde im September 2014 um die Bereiche interne/externe Flächenvermietung und Nebenkostenabrechnung erweitert.

B.3 Liegenschaftsmanagement

Die Flughafengesellschaft ist Eigentümerin von Grundstücken mit einer Gesamtfläche von rund 1.890 Hektar. Davon werden rund 75 % für die unmittelbar betriebsnotwendige Flughafeninfrastruktur benötigt; rund 25 % stehen dagegen für Immobilienentwicklungen zur Verfügung.

Beispielsweise können im unmittelbaren Flughafenumfeld aktuell noch rund 195 Hektar Gewerbeflächen entwickelt werden, die in unterschiedlichem Maße erschlossen und vermarktungsfähig sind, beispielsweise für flughafenspezifische Dienstleistungen, Fracht, Logistik, Parken, Hotels, Büros etc.

Business Park Berlin

Die Gesamterschließung im Business Park Berlin erfolgt in drei Abschnitten. Die Herstellung der ersten beiden Erschließungsabschnitte wurde mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert. Nach aktuellem Vermarktungsstand sind bereits rund 45 % der Grundstücksflächen veräußert. Die Realisierung des dritten Erschließungsabschnittes wird in Abhängigkeit von der Nachfragesituation erfolgen. Die nach der Eröffnung des BER allgemein erwartete, hohe Nachfrage kann hier zeitnah befriedigt werden.

Nachnutzung des Bestandsflughafens Schönefeld

Die Bundesrepublik Deutschland betreibt zurzeit am Flughafen Tegel Einrichtungen für den Protokolldienst der Bundesregierung sowie für die Flugbereitschaft des Bundesministeriums der Verteidigung. Mit Eröffnung des BER wird der Flughafen Tegel geschlossen. Deshalb strebt die Bundesrepublik Deutschland eine möglichst zeitgleiche Verlagerung ihres Betriebs auf Flugflächen und Gebäude des Bestandsflughafens Schönefeld an. Um ausreichend Kapazitäten für den Flughafen BER zu gewährleisten, wird derzeit zudem ein zeitlich begrenzter Weiterbetrieb von SXF nach Inbetriebnahme des Flughafen BER untersucht. Gegenwärtig untersuchen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die FBB einen alternativen Interimstandort für die Einrichtungen des Protokolldienstes der Bundesregierung.

Flughafen Tegel

Nach der Inbetriebnahme des BER ist der Flughafen Tegel noch maximal weitere sechs Monate in betriebsbereitem Zustand zu halten, um im Bedarfsfall die luftverkehrliche Anbindung der Stadt Berlin zu gewährleisten. Danach sind die Räumung der Gebäude und der Rückbau der flughafentechnischen Anlagen innerhalb von drei Monaten vorgesehen. Im Zuge der Rückgabe des Flughafengeländes an das Land Berlin und den Bund als Grundstückseigentümer und Erbbaurechtsgeber erhält die FBB / BFG als Eigentümer der Gebäude und Erbbaurechtsnehmer eine Entschädigung entsprechend der Erbbaurechtsvereinbarung. Die Verhandlungen hierüber mit der Senatsverwaltung für Finanzen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben sind noch nicht abgeschlossen.

C Wirtschaftliche Entwicklung

C.1 Ertragslage

Der FBB-Konzern weist im Jahr 2014 einen **Konzernfehlbetrag** von EUR 171,3 Mio. (Vj. EUR 181,7 Mio.) aus. Wesentliche Effekte, die das Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2014 beeinflusst haben, werden nachfolgend erläutert.

Umsatzerlöse und Erträge

Umsatzerlöse in Mio. EUR	2014	2013
Aviation	198,0	192,3
Non Aviation	49,8	47,2
Vermietung	31,5	33,4
Bauleistungen	1,8	25,9
Services	2,9	3,0
Sonstige	4,8	4,8
Gesamt	288,8	306,6

Der Anstieg des Verkehrsaufkommens hat sich im Jahr 2014 positiv auf die **Aviation**-Umsatzerlöse ausgewirkt, diese sind um 3,0 % gestiegen. Die Umsatzerlöse aus dem **Non Aviation**-Bereich sind von EUR 47,2 Mio. um 5,4 % auf EUR 49,8 Mio. angestiegen, im Wesentlichen begründet durch höhere Einnahmen aus der Parkierung. Der Rückgang der Umsatzerlöse aus dem Bereich **Vermietung** um 5,6 % gegenüber dem Vorjahr lässt sich durch geringere Erlöse aus der Entsorgung von Abwasser für Enteisung (EUR -1,5 Mio.) begründen.

Die Umsatzerlöse aus Bauleistungen für Dritte sind von EUR 25,9 Mio. auf EUR 1,8 Mio. gesunken, die sich im Wesentlichen in der Abrechnung der erbrachten Bauleistungen für die Unterflurbetankung im Vorjahr begründen, mit der auch die **Bestandsminderung im Vorjahr** einher ging. Die **aktivierten Eigenleistungen** resultieren im Wesentlichen aus Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Bau des BER (EUR 16,6 Mio.; Vj. EUR 15,4 Mio.).

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind gegenüber dem Vorjahr von EUR 17,1 Mio. auf EUR 21,5 Mio. um 25,9 % gestiegen, begründet durch höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR +3,7 Mio.) und Erträge aus der Abrechnung der ILA 2014 (EUR +0,9 Mio.).

Aufwendungen

Die **laufenden Aufwendungen** des FBB-Konzerns (EUR 388,7 Mio.) sind gegenüber dem Vorjahr (EUR 376,3 Mio.) um EUR 12,4 Mio. gestiegen.

Aufwendungen in Mio. EUR	2014	2013
Materialaufwand	64,6	71,6
Personalaufwand	112,9	104,5
Abschreibungen	96,4	90,6
Sonstiger betrieblicher Aufwand	114,8	109,6
Gesamt	388,7	376,3

Im Einzelnen stiegen die Personalaufwendungen um EUR 8,4 Mio., die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um EUR 5,2 Mio. und die Abschreibungen um EUR 5,8 Mio. Die Materialaufwendungen sind um EUR 7,0 Mio. gesunken.

Der Rückgang des **Materialaufwands** um 9,7 % auf EUR 64,6 Mio. ist hauptsächlich durch geringere Materialaufwendungen für Winterdienstleistungen (EUR -1,3 Mio.) sowie geringere Aufwendungen für Versorgungsleistungen (EUR -2,8 Mio.) begründet.

Der **Personalaufwand** ist von EUR 104,5 Mio. auf EUR 112,9 Mio. gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf die gestiegene Anzahl der Mitarbeiter zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Vergleich zum Vorjahr von EUR 109,6 Mio. auf EUR 114,8 Mio. um 4,7 % gestiegen. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Aufwendungen aufgrund der Abwertung eines debitorischen Kreditors (EUR 25,7 Mio.) im Zusammenhang mit dem Projekt BER sowie aus höheren Aufwendungen auf Grund der Verschiebung der Inbetriebnahme BER (EUR +8,1 Mio.). Im Jahr 2013 haben die Zuführungen zu Rückstellungen für sonstige Rechtsstreitigkeiten aus Vorjahren (EUR 22,4 Mio.) die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöht.

Die **Abschreibungen** sind von EUR 90,6 Mio. auf EUR 96,4 Mio. gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 6,4 %. Dies liegt im Wesentlichen in höheren Abschreibungen aufgrund der Fertigstellung und Aktivierung von neuen Anlagen des BER (EUR +4,3 Mio.) begründet.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die nachfolgenden **finanziellen Leistungsindikatoren** zeigen die wirtschaftliche Entwicklung des FBB-Konzerns. Erlöse und Aufwendungen wurden um **neutrale Positionen bereinigt**.

Finanzielle Leistungsindikatoren in Mio. EUR	2014	2013
EBIT (ohne neutrales Ergebnis, Finanzergebnis und Steuern)	-40,3	-34,4
EBITDA (EBIT ohne Abschreibung)	56,1	56,2
Jahresergebnis	-171,3	-181,7

Der Jahresfehlbetrag beinhaltet neben dem Betriebsergebnis (EUR -40,3 Mio.), das Finanzergebnis (EUR -104,7 Mio.), neutrale Erträge (EUR 11,3 Mio.; Vj. EUR 11,9 Mio.) und neutrale Aufwendungen (EUR 37,6 Mio.; Vj. EUR 40,6 Mio.).

Im neutralen Ergebnis (EUR -26,3 Mio.; Vj. EUR -28,7 Mio.) werden unter anderem Aufwendungen und Erträge zu folgenden Positionen dargestellt: Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, periodenfremde Aufwendungen und Risikovorsorge aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER.

Die Definition des neutralen Ergebnisses und des EBITDA wurde im Berichtsjahr angepasst. Im Wesentlichen wurden folgende Positionen dem Betriebsergebnis (EBIT) zugeordnet: Steuern für Vorjahre, Einzelwertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferung und Leistung (LuL) für Vorjahre und Verluste aus Forderungen LuL sowie Kostenerstattungen und Kosten für Vorjahre. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

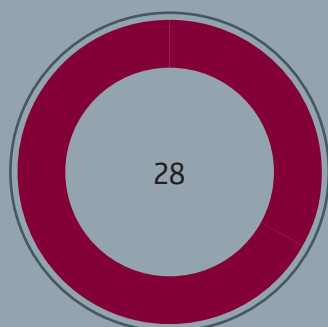
Kerndaten

2014

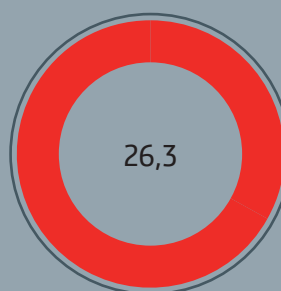
Δ

2013

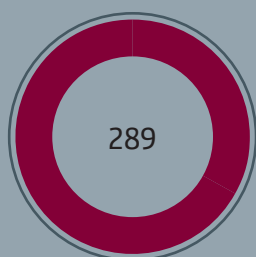
Passagiere (Mio.)



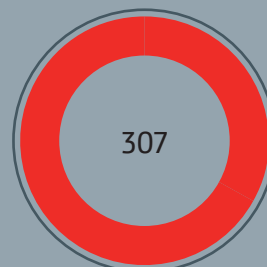
+ 6%



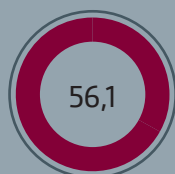
Umsatzerlöse (Mio. EUR)



- 6%



EBITDA (Mio. EUR)



+/- 0%



C.2 Vermögenslage

Die Vermögenslage stellt sich im Vorjahresvergleich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Vermögen						
Anlagevermögen	3.610,1	96,3	3.475,3	94,3	134,8	3,9
Vorräte	1,6	0,0	1,8	0,0	-0,2	-11,7
Kurzfristige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62,0	1,6	101,3	2,7	-39,3	-38,8
Langfristige Forderungen	10,0	0,3	0,0	0,0	10,0	
Grundstücke Business Park Berlin	28,6	0,8	28,7	0,8	-0,1	-0,2
Flüssige Mittel	21,1	0,6	61,9	1,7	-40,8	-65,9
Übrige Aktiva	15,4	0,4	18,3	0,5	-2,9	-16,0
	3.748,8	100,0	3.687,3	100,0	61,5	1,7
Kapital						
Eigenkapital	948,6	25,3	860,5	23,3	88,1	10,2
Sonderposten	96,3	2,5	101,9	2,8	-5,7	-5,6
Langfristige Verbindlichkeiten	2.502,9	66,8	2.541,1	68,9	-38,3	-1,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	201,0	5,4	183,8	5,0	17,3	9,4
	3.748,8	100,0	3.687,3	100,0	61,5	1,7

Die Zunahme des **Anlagevermögens** resultiert im Wesentlichen aus den Zugängen für die Realisierung des BER (EUR 250,2 Mio.) Dem gegenüber stehen Anlagenabgänge (EUR 29,8 Mio.) sowie Abschreibungen (EUR 96,4 Mio.).

Die Grundstücke des Business Park Berlin sind unverändert im **Umlaufvermögen** ausgewiesen. Die Bewertung wurde unter der Annahme einer künftigen Erschließung und Verwertung als Gewerbegebiet durchgeführt. Der Buchwert beträgt im Geschäftsjahr 2014 nun EUR 28,6 Mio.

Die **langfristigen Verbindlichkeiten** enthalten unter anderem neben Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (EUR 2,4 Mrd.) auch erhaltene Vorauszahlungen von Erbbauzinsen und Zuschüsse für Investitionen (EUR 55,8 Mio.) sowie Rückstellungen für Altersteilzeit- und Pensionsverpflichtungen einschließlich TransFair BER (EUR 25,9 Mio.).

Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 17,9 Mio.) auch Rückstellungen, insbesondere für ausstehende Eingangsrechnungen (EUR 13,1 Mio.). Aus

der Risikovorsorge aufgrund der Inbetriebnahmeverschiebung ergeben sich insgesamt Rückstellungen in Höhe von EUR 30,4 Mio.

Die **Eigenkapitalquote** der Gesellschaft beträgt:

	2014	2013
Eigenkapitalquote in % (Eigenkapital / Gesamtkapital x 100)	25,3	23,3

Im Berichtsjahr erfolgten Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von EUR 259,4 Mio. durch die Gesellschafter.

C.3 Investitionen

Mit EUR 261,0 Mio. lag das Investitionsvolumen um EUR 27,9 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR 233,1 Mio.).

Der bei weitem größte Anteil der Investitionsmaßnahmen betraf den Flughafen Berlin Brandenburg:

- Teilprojekt Hochbau EUR 130,4 Mio., davon EUR 117,5 Mio. für das Fluggastterminal und EUR 4,9 Mio. für die betriebsspezifischen Gebäude.
- Teilprojekt Tiefbau EUR 8,3 Mio., davon EUR 4,4 Mio. Maßnahmen betreffend Flugbetriebsflächen inklusive Befeuerungs- und Entwässerungssysteme, EUR 1,5 Mio. für den Straßenbau

C.4 Finanzlage

C.4.1 Finanzmanagement

Kapitalerhöhung bei der FBB

Mit der Verschiebung der Eröffnung des BER und den damit verbundenen Baumehrkosten haben die Gesellschafter der FBB 2012 in Abstimmung mit der EU-Kommission beschlossen, weitere Gesellschaftermittel in Höhe von EUR 1,2 Mrd. zur Verfügung zu stellen, um die Liquidität des Unternehmens sicher zu stellen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden hiervon EUR 259,4 Mio. eingezahlt. Mit den bereits im Geschäftsjahr 2013 eingezahlten Gesellschaftermitteln wurden somit EUR 558,5 Mio. in die Kapitalrücklage eingestellt.

BER-Langfristfinanzierung

Es besteht eine Langfristfinanzierung in Höhe von EUR 2,4 Mrd. Aus dieser ist noch ein Restbetrag verfügbar, dessen Auszahlung für das erste Halbjahr 2015 vorgesehen ist. Erstmals erfolgte im Jahr 2014 die planmäßige Tilgung der in Anspruch genommenen Kredite in Höhe von EUR 10,9 Mio. Zum Jahresende 2014 betragen die ausstehenden Barlinien rd. EUR 2,2 Mrd.

Leasingfinanzierung

Es besteht eine Leasingfinanzierung in Höhe von EUR 240 Mio., mit welcher der Flughafen Berlin Brandenburg als Leasingnehmer die Finanzierung der Errichtung und die Inbetriebnahme von neun Gebäuden im Umfeld des BER sicherstellt. Es wurden drei Parkhäuser in der Airport City, ein terminalnahes Parkhaus am südlichen Main Pier, ein Mietwagencenter, drei Gebäude für Bodenverkehrsdienstleister und ein Gebäude für Sicherheitsdienstleister errichtet. Leasinggeber sind neun Kommanditgesellschaften aus der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe. Die FBB ist bei jeder der Kommanditgesellschaften Kommanditistin.

Für alle neun Gebäude ist die Nutzungsfreigabe erteilt worden. Die vollständige Nutzung der fertiggestellten Gebäude durch Mieter und Konzessionäre wird sich aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER verzögern.

C.4.2 Kapitalflussrechnung

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

Kapitalflussrechnung	2014 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-31,4	-75,0	43,5
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-256,6	-227,6	-28,8
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	242,6	307,8	-65,2
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	-45,4	5,2	-50,6
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	61,9	56,7	5,2
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	16,5	61,9	-45,4

D Konzerngesellschaften

D.1 Berliner Flughafen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Der Flughafen Berlin Brandenburg ist alleiniger Gesellschafter der Berliner Flughafen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BFG). Die BFG betreibt den Bestandsflughafen Tegel, der mit der Eröffnung des Flughafens BER seinen Betrieb einstellen wird. Im Berichtsjahr erwirtschaftete die BFG einen Jahresüberschuss von EUR 88,1 Mio.

D.2 Flughafen Energie & Wasser GmbH

Die FBB hält 100 % des Stammkapitals der Flughafen Energie & Wasser GmbH (FEW). Die Flughäfen Tegel und Schönefeld haben ihre Aktivitäten der Energieversorgung an die FEW übertragen.

Die FEW schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von EUR 4,0 Mio. ab.

Der Geschäftsbetrieb der FEW umfasst auch den Flughafen BER. In Vorbereitung darauf wurde im Mai 2008 ein Auftrag für ein Energieliefer-Contracting vergeben. Die E.ON edis AG hat nach europaweiter Ausschreibung den Zuschlag für die Lieferung von Energie über einen Zeitraum von 15 Jahren im Oktober 2011 erhalten.

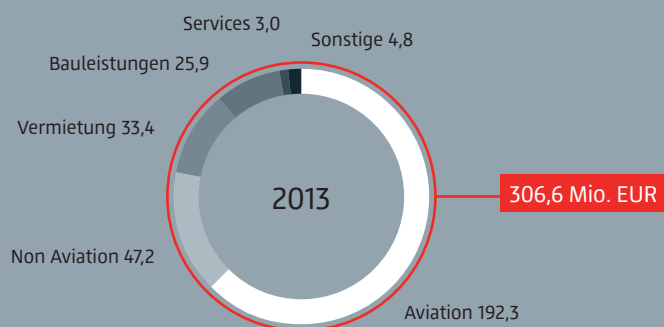
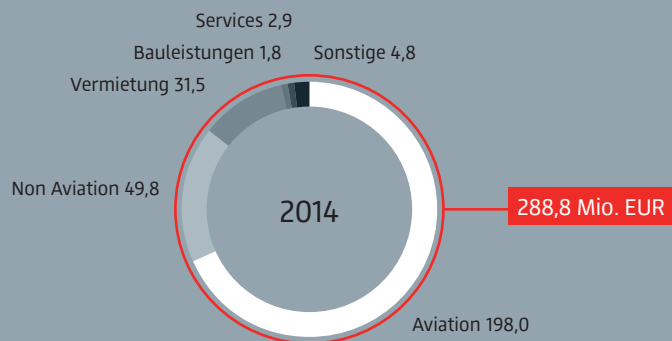
D.3 FBB Airport Assekuranz Vermittlungsgesellschaft mbH

Mit Gesellschaftsvertrag vom 25.07.2014 hat die FBB die FBB Airport Assekuranz Vermittlungsgesellschaft mbH mit Sitz in Schönefeld gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Vermittlung und Verwaltung von Versicherungen aller Art einschließlich von Rückversicherungen der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH. Die Gesellschaft hat ihre operative Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 2015 aufgenommen.

D.4 Berlin Tourismus & Kongress GmbH

Der Flughafen Berlin Brandenburg hält 10 % des Stammkapitals der Berlin Tourismus & Kongress GmbH (TEUR 51,2 Kapitaleinlage). Gegenstand des Unternehmens sind die weltweite Werbung für das touristische Angebot Berlins, die Förderung des Tourismus, des Geschäftsreiseverkehrs, von Veranstaltungen, Messen, Tagungen und Kongressen sowie die Information der Touristen der Region Berlin. Die Gesellschaft betreibt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungs- und Handelsgeschäfte.

Umsatzerlöse in Mio. EUR



Eigenkapitalquote in Prozent



D.5 Dalandi Grundstücksverwaltungsgesellschaften mbH & Co. Objekt KG

Seit 2010 ist der Flughafen Berlin Brandenburg an neun Kommanditgesellschaften beteiligt, die als Leasinggeber der fünf in der Airport City und vier in dem nahe gelegenen Area South zu errichtenden Gebäude auftreten.

Die FBB ist bei jeder der neun Kommanditgesellschaften die einzige Kommanditistin (jeweils 94 % des Eigenkapitals der KG, EUR 4.700,00 Kapitaleinlage und 10 % der Stimmrechte). Alleinige Komplementärin ist in allen neun Fällen die Dalandi Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (6 % des Eigenkapitals der KG; EUR 300,00 Kapitaleinlage; 90 % der Stimmrechte). Die Kommanditgesellschaften weisen leasingtypische Anlaufverluste aus, die plangemäß mit zu erwirtschaftenden Erträgen in Zukunft ausgeglichen werden.

Der Flughafen Berlin Brandenburg hat an die Kommanditgesellschaften Erbbaurechte über 60 Jahre an dem Grund und Boden auf dem BER-Gelände vergeben. Die FBB errichtet im Auftrag der Kommanditgesellschaften als Generalübernehmer Gebäude auf den Erbbaurechtsgrundstücken und least die fertiggestellten Gebäude von den Kommanditgesellschaften für 25 Jahre.

E Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

E.1 Personal

Bei der Flughafengesellschaft wurden im Jahr 2014 249 neue Mitarbeiter eingestellt, so dass die Gesamtmitarbeiterzahl auf 1.802 (Stand 31.12.2014) angestiegen ist. Zusätzlich waren zum Stichtag 81 Auszubildende und Studenten im dualen Studium beschäftigt.

3.931 Bewerbungen zeigen, davon über 350 initiativ, dass die FBB als Arbeitgeber weiterhin attraktiv ist. Der in 2013 initiierte Neustrukturierungsprozess wurde weitergeführt. Außerdem wurden die Führungskreise neu geordnet sowie an der Strategie und der Organisation der FBB ausgerichtet. Diese Neuausrichtung wird seitens des Personalwesens durch die Personalentwicklung, die Weiterentwicklung der Personalgrundsätze und die Verbesserung der Kommunikationskultur unterstützt.

E.2 Umweltschutz

Das Unternehmen ist sich seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und den Interessen seiner Nachbarn bewusst. Umwelt- und Klimaschutz sind als Unternehmensziele gesetzt, Leistungen in Sachen Umweltschutz unterliegen ebenso einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess wie die Steigerung der Energieeffizienz. Innerhalb des Unternehmens wird durch Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen der Mitarbeiter das Umweltbewusstsein gefördert.

Die FBB hat Umweltleitlinien entwickelt, die für den gesamten Konzern gelten. Die FBB hat in den vergangenen Jahren bereits in erheblichem Umfang in den Lärm- und Klimaschutz, die Luftreinhaltung, den betrieblichen Umweltschutz und in eine intensive Information des Umlandes investiert. Diese Anstrengungen wird die FBB in den kommenden Jahren fortsetzen. Die FBB erfasst jährlich Kennzahlen zum Ressourcenverbrauch. Diese Umweltkennzahlen liefern einen wichtigen Beitrag zur Ermittlung und Ausschöpfung möglicher Einsparpotentiale im Unternehmen.

E.3 Schallschutzprogramm BER

Nachdem das Schallschutzprogramm im Jahr 2013 von der Flughafengesellschaft zu großen Teilen neu aufgelegt wurde und weitere Vollzugshinweise der Genehmigungsbehörde vom Februar 2014 berücksichtigt werden mussten, hat die Bearbeitung der Anträge 2014 deutlich an Fahrt aufgenommen. Derzeit liegen für ca. 19.400 Wohneinheiten (WE) Anträge auf Schallschutzmaßnahmen vor. Für rund 11.300 Anträge hat die Flughafengesellschaft die Auflagen erfüllt (also rund 58 %). Das heißt, die Anspruchsermittlungen sind verschickt. Die Eigentümer können Schallschutz einbauen lassen oder haben dies bereits getan. In diesen Zahlen sind außerdem die Anträge enthalten, die abschließend bearbeitet wurden, da kein Anspruch besteht. Die noch zu erwartenden Kosten für den Schallschutz betragen ca. EUR 647 Mio.

Bis Ende September 2014 erfolgte die Bearbeitung von Anträgen auf Schallschutz konzentriert auf die Bereiche im Umfeld der Start- und Landebahn Süd des BER.

E.4 Nachtragsbericht

Wesentliche berichtspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.



03 Risiken und Chancen

A Risikomanagement

Risiken in der geschäftlichen Entwicklung werden durch die Gesellschaft konsequent erfasst, bewertet und beobachtet. Dafür hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem etabliert, das in das System der gesamten FBB eingebunden ist. Das Risikomanagementsystem wird durch das zentrale Risikomanagement gesteuert. Die Zuarbeit aus den Bereichen wird jeweils durch Risikomanagement-Beauftragte in Abstimmung mit den Risiko-Verantwortlichen geleistet. Die Verantwortung für einzelne Risiken wird jeweils durch die zuständige Führungskraft übernommen. Der Risiko-Verantwortliche erarbeitet Maßnahmen zur Risikobewältigung. Die verschiedenen Risikomanagement-Beauftragten, die insbesondere für die richtlinienkonforme Koordination des Risikomanagements und die zeitnahe Risikopflege zuständig sind, arbeiten in einer bereichsübergreifenden Arbeitsgruppe zusammen. In diese Arbeitsgruppe ist auch die interne Revision eingebunden.

B Wesentliche Risiken

B.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2014 ihren moderaten Wachstumskurs beibehalten. Die Wachstumsbeiträge kamen hauptsächlich aus dem Binnenmarkt. Auch weiterhin zeigte sich das Wachstum trotz der noch nicht überstandenen internationalen Krisen als robust. Für das Jahr 2015 haben sich die Rahmenbedingungen für einen stark durch die Binnenwirtschaft getragenen Aufschwung verbessert. Die FBB geht 2015 von einer leicht positiven Verkehrsentwicklung und deshalb von einem stetigen Wachstum ihrer Geschäftsfelder Aviation und Non-Aviation aus.

In Abhängigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sieht die FBB ein Insolvenzrisiko einzelner Airline-Kunden. Aufgrund der derzeitigen starken Nachfrage am Standort Berlin sowie der angespannten Wettbewerbslage können mögliche Umsatzverluste jedoch durch andere Airlines ausgeglichen werden.

B.2 Das Schallschutzprogramm

Derzeit werden umfangreiche bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Fluglärm an den Objekten im Flughafenumfeld bezüglich der Be- und Entlüftung bei der Bearbeitung der Schallschutzanträge gemäß der Vollzugshinweise der Oberen Gemeinsamen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg vom 21. Februar 2014 zur Anwendbarkeit der DIN 1946-6 berücksichtigt. Werden im Nachhinein darüber hinausgehende technische Lösungen aufgrund eines derzeit laufenden Klageverfahrens festgelegt, so ist mit einer erneuten Überarbeitung der bis dahin bearbeiteten Anträge zu rechnen.

B.3 Strittige Regelungen der bisherigen Entgeltordnung / Risiko aus neuer Entgeltordnung

Die Streitigkeiten zwischen der BFG und den Airlines über die Nutzungsentgelte wurden 2014 fortgesetzt. Im Rahmen des Verkaufs der GlobeGround Berlin GmbH (GGB) haben sich Streitgegenstände ergeben. Die BFG hat sich verpflichtet, geschuldete Nutzungsentgelte für Bodendienstleistungen der Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG (Air Berlin) gegenüber der GGB aus abgetretenem Recht gerichtlich geltend zu machen. Neben der Überprüfung der Zulässigkeit und Billigkeit der von der BFG geforderten Nutzungsentgelte ist auch die Auslegung des zwischen der GGB und Air Berlin geschlossenen Vertrages Gegenstand des Verfahrens. Des Weiteren hat sich die BFG im Rahmen des Verkaufs verpflichtet, einen Musterprozess gegen die GGB zu führen, der die Zulässigkeit und Billigkeit der von der BFG geforderten Nutzungsentgelte für Bodendienstleistungen klären soll. Gegenstand des Verfahrens sind Nutzungsentgelte, die der GGB für die Abfertigung von Hapag-Lloyd in Rechnung gestellt wurden. Das Kammergericht Berlin hat am 10. Juni 2013 auf die Berufung der BFG im Fall Globe Ground und im Hinblick auf die Rückverweisung des BGH im Fall Air Berlin die luftseitigen Nutzungsverträge für nichtig erklärt. Zu den landseitigen Verträgen äußerte sich das Kammergericht nicht. Die Nichtigkeit wird im Wesentlichen mit zwei Argumenten begründet: Die Darlegung und Nachvollziehbarkeit der Kostenbasis sei nicht ausreichend. Die Entgeltkalkulation weist Lücken und Ungereimtheiten auf, dadurch sei eine Doppelbelastung von Kosten nicht auszuschließen. Die Bezugsgrößen im luftseitigen Nutzungsvertrag seien nicht sachgerecht, da sie nicht

sicherstellen, dass der Nutzungsgrad der Einrichtungen den Kosten entspricht. Die Revision wurde in beiden Verfahren nicht zugelassen. Die BFG hat dagegen Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH eingelegt. Das Rückzahlungsrisiko ist angemessen im Jahresabschluss berücksichtigt worden.

Darüber hinaus besteht ein Risiko für die für 2015 genehmigten Entgelte, da zum einen die Lufthansa gegen die Genehmigung der Entgeltordnung im November 2014 Klage eingereicht hat. Zum anderen haben verschiedene Airlines mit Kürzungen der Entgelte gedroht bzw. damit schon begonnen. Die ausstehenden Entgelte müssen unter Umständen von der FBB/BFG eingeklagt werden.

B.4 Weiterbetrieb vom Flughafen Tegel und Schließung nach Inbetriebnahme des BER

Mit der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg ist die Schließung des Flughafens Tegel verbunden. Der Widerruf der luftfahrtrechtlichen Genehmigung für den Flughafen Tegel und die Entlassung der Anlagen und Flächen des Flughafens Tegel aus der luftrechtlichen Zweckbestimmung (Aufhebung der Planfeststellung) sind bestandskräftig. Die Betriebsgenehmigung ist auf unbestimmte Zeit verlängert. Der derzeitige Widerrufbescheid sieht einen Widerruf der Betriebsgenehmigung mit Ablauf von sechs Monaten vor, nachdem die Verlängerung der bestehenden Start- und Landebahn auf 3.600 m Länge und der Neubau der künftigen Start- und Landebahn des Verkehrsflughafens BER mit einer Länge von mindestens 4.000 m funktionsfähig in Betrieb genommen worden ist.

Betreffend der derzeitigen Nutzung der landeseigenen Flächen des Flughafens Berlin TXL ist zu berichten, dass der Erbbaurechtsvertrag aus dem Jahr 2008, auf dessen Grundlage die Nutzung durch die BFG erfolgte, zum Jahresende 2011 ausgelaufen ist. Die Gesellschaft und das Land Berlin verhandeln derzeit über den Abschluss eines neuen Erbbaurechtsvertrages zur Regelung der Nutzung der landeseigenen Fläche bis zu deren Rückgabe an das Land Berlin. Unterschiedliche Ansichten gibt es insbesondere über die Punkte

- Anhebung des Erbbauzinses für den Zeitraum ab 07/2012,
- Höhe der Entschädigung, die die BFG vom Land Berlin erhalten soll,
- Formulierung des von BFG geschuldeten Rückgabebezustandes,
- Verantwortung für ggf. vorhandene Gebäudealtlasten/Sanierungspflichten.

Das damit verbundene Risiko möglicher Mehrkosten ist angemessen im Jahresabschluss berücksichtigt worden.

Die Nutzung erfolgt derzeit auf Basis der Inhalte des vormaligen Erbbaurechtsvertrages, wenn auch letztlich ohne vertragliche Grundlage.

Hinsichtlich der bundeseigenen Flächen ist die Nutzung durch die BFG weiterhin durch einen Erbbaurechtsvertrag und einen Nutzungsvertrag mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geregelt. Dieser läuft weiter bis zur Aufhebung durch die Parteien, die die BFG im Nachgang zur Einstellung des

Flugbetriebes verlangen kann. Der Nutzungsvertrag/Erbbaurechtsvertrag mit dem Bund sieht vor, dass die Rückgabemodalitäten in einer gesonderten Vereinbarung zu regeln sind, die im endverhandelten Entwurf vorliegt.

Aufgrund der Verzögerung der Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg muss der Flughafen Tegel weiter in Betrieb bleiben. Notwendig gewordene Ertüchtigungsmaßnahmen sind im Wirtschaftsplan nur bedingt berücksichtigt. Darüber hinaus anfallende Kosten unvorhergesehener Ertüchtigungsmaßnahmen sind entsprechend im Risikomanagementsystem der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH erfasst und können sich bei entsprechender Umsetzung negativ auf das Ergebnis der FBB auswirken.

B.5 Schadensersatzansprüche wegen Verschiebung der BER-Inbetriebnahme

Der FBB liegen Anspruchsschreiben von Dienstleistern, Mietern, Airlines und weiteren Unternehmen mit der Forderung auf Schadensersatz/Regress aufgrund der Verschiebung der für den 3. Juni 2012 avisierten Inbetriebnahme des Flughafens Berlin Brandenburg vor.

Derzeit sind drei Verfahren bei Gericht anhängig. Die überwiegende Anzahl der Schreiben macht die Forderungen zunächst nur dem Grunde nach geltend; beziffert sind die Anspruchsschreiben in den wenigsten Fällen bzw. allenfalls mit Schätzungen versehen. Aus diesem Grund lässt sich derzeit keine abschließende Aussage über die gesamte Höhe der Forderungen der einzelnen Anspruchsteller machen.

Die FBB prüft die Forderungen zusammen mit externen Rechtsanwälten, ob sie dem Grunde und der Höhe nach berechtigt sind.

Grundsätzlich kann bereits festgestellt werden, dass nach einer vorläufigen Einschätzung der von einigen wenigen Anspruchstellern bereits geltend gemachten Schadenspositionen deutlich wird, dass zahlreiche behauptete Schäden voraussichtlich nicht ersatzfähig sind, weil diese auf ein Vertragsverhältnis abstellen und letztlich das Erfüllungsinteresse und den entgangenen Gewinn geltend machen, worauf kein Anspruch besteht, solange kein Vertragsverhältnis vorliegt.

Die FBB geht weiterhin davon aus, dass ein Teil der Forderungen über gerichtliche Streitigkeiten geklärt werden wird, da es neue bzw. komplexe rechtliche Fragestellungen, notfalls über mehrere Instanzenzüge, zu klären gibt. Erkennbare Risiken wurden im Jahresabschluss durch die Bildung von Rückstellungen berücksichtigt.

B.6 BER-Projektverlauf

Mit Bekanntgabe des Terminbandes zur Angabe eines möglichen Eröffnungstermins BER haben wir die Voraussetzungen geschaffen, das Projekt wieder sauber steuern zu können.

Derzeit werden sämtliche Detailterminpläne für die bauliche Fertigstellung des Fluggastterminals finalisiert. Darin werden Einflüsse aus Planung, Vergaben, Bauabläufen und notwendige Genehmigungsprozesse berücksichtigt sowie die weiteren Phasen des Projektes näher konkretisiert.

Voraussetzung für die Einhaltung der kommunizierten Termine ist u. a. die wirtschaftliche Einigung mit den Firmen zu Nachträgen und Abrechnungsfragen, die durch neue Strukturen und Verantwortlichkeiten auf Seiten der FBB und den nachgelagerten Dienstleistern gewährleistet wird. Die Planung der Entrauchungsanlagen als Teil des Brandschutzes liegt derzeit ebenfalls im Plan. Mit der Einreichung des 5. Nachtrages für die endstellige Auslegung der mechanischen Entrauchungsanlagen Anfang des 2. Quartals 2015 werden die Voraussetzungen für den Umbau der Entrauchungsanlagen geschaffen. Auch bei der Abarbeitung der baulichen Restleistungen befinden wir uns derzeit in enger Abstimmung mit den Firmen, so dass wir klare Vorgaben für die ausführenden Firmen vorgeben können. Zur Sicherstellung der Inbetriebnahme wird die Erfüllung der genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen überprüft und sukzessive einer Abarbeitung zugeführt.

Im Jahr 2014 hat die FBB die Kapazitätssituation des BER mit Hinblick auf die steigenden Passagierzahlen untersucht und festgestellt, dass Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung im Terminal des BER, auf den Flugbetriebsflächen und ein neues Terminal kurzfristig nach Inbetriebnahme des BER benötigt werden. Diesbezügliche Planungen hat die FBB begonnen, um möglichen Kapazitätsengpässen zu begegnen.

Die Inbetriebnahme des BER steht auch in Abhängigkeit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Die Projektkosten des BER wurden überprüft und in einer Kostenprognose zusammengeführt. Die Gesamtkosten bleiben innerhalb des bereits angegebenen Kostenrahmens.

B.7 Finanzierung und Finanzinstrumente

Mit den Gesellschaftermitteln und der BER-Langfristfinanzierung sind die finanziellen Bedarfe der FBB derzeit gedeckt. Durch effektives Finanzierungsmanagement werden Vorkehrungen getroffen, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Die von der FBB aufgenommenen Kredite der BER-Langfristfinanzierung sind in voller Höhe durch Bürgschaften der drei Gesellschafter der FBB besichert. Infolge der Verschiebung der Inbetriebnahme und nach der erfolgten Bestandsaufnahme wurden Baumehrkosten in Höhe von EUR 1.049 Mio. identifiziert. Zur Deckung des weiteren Finanzierungsbedarfes werden gegenwärtig verschiedene Finanzierungsvarianten in Abstimmung mit den Gesellschaftern der FBB geprüft.

Die Zinsen für die BER-Langfristfinanzierung stellen einen wesentlichen Bestandteil der Zahlungsverpflichtungen der FBB dar. Da sich die Zinskosten der BER-Langfristkredite auf Basis des variablen 3-Monats-Euribors ermitteln, wäre

die FBB bei einer Änderung des Zinsniveaus bedeutenden Risiken aus Zahlungstromschwankungen ausgesetzt.

Die Gesellschaft hat sich deshalb mit Hilfe von Zinsswaps zum Teil gegen einen Anstieg des Zinsniveaus und damit einhergehende ansteigende Finanzierungskosten abgesichert. Das zu sichernde Risiko ist die Wertänderung der Zinszahlungen für die langfristige Fremdfinanzierung aufgrund sich ändernder 3-Monats-Euribor Zinssätze.

Die Sicherung wurde nur für einen Teil der aus den Finanzierungen der FBB erwarteten Zinszahlungen etabliert, so dass die aktuell niedrigen Zinsen der FBB zu Gute kommen.

B.8 Auslastung der Mediennetze

Aufgrund der Verschiebung der Inbetriebnahme des BER besteht das Risiko, dass die von der FEW betriebenen Mediennetze in Schönefeld nicht voll ausgelastet sind und insoweit die Kosten nicht in voller Höhe weiterberechnet werden können. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass der ermittelte Grundpreis aufgrund der zu geringen Auslastung der Anlagen zu hoch kalkuliert ist und von den Drittkunden nicht gezahlt wird.

B.9 Entflechtung gem. §§ 6 ff. EnWG

Das EnWG verpflichtet vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Entflechtung von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen gem. §§ 6 ff. EnWG. Seit 1. Januar 2014 werden die Elektrizitätsnetze an den Flughafenstandorten Berlin-Tegel und Berlin Schönefeld durch FEW in Form geschlossener Verteilernetze als eigenständige Netzbetreiberin geführt. Die überwachende Behörde für den Netzbetrieb ist hierbei die zuständige Regulierungsbehörde BNetzA.

B.10 Allgemeine Risiken

Allgemeine, nicht weiter im Einzelnen aufgeführte Risiken sind im Risikomanagementsystem des FBB-Konzerns erfasst und unter laufender Beobachtung.

B.11 Würdigung des Gesamtrisikos

Das Risikomanagementsystem des FBB-Konzerns wies für das Geschäftsjahr 2014 weder eine Bestandsgefährdung durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Risiken auf. Auch für das Jahr 2015 sind bestandsgefährdende Risiken nicht erkennbar.

C Wesentliche Chancen

Chancen zu identifizieren, zu bewerten und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit aus den Chancen auch geschäftlicher Erfolg erwächst, ist das Ziel der FBB. Aus diesem Grund wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Projekt zur Steigerung von Erlöspotenzialen im Geschäftsbereich Dienstleistungen und Beteiligungen durchgeführt, das die Mitarbeiter ermuntert hat, ihre Ideen und Vorschläge für erlösträchtige Geschäftsaktivitäten zu artikulieren. Ziel ist es, Ideen an der Basis zu entwickeln und Chancen aufzugreifen, die die Beschäftigten ermittelt haben. Dies dient nicht nur dem geschäftlichen Erfolg, sondern fördert auch die Bindung zum Unternehmen und erhöht langfristig die Motivation. Ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken zueinander, indem die Risiken aktiv gemanagt, zugleich aber die Wahrnehmung von Chancen Potenziale im Markt bietet, die die Ertragskraft des Unternehmens steigern, steht bei der FBB auch weiterhin im Fokus.

C.1 Steigende Passagierzahlen

Langfristig gesehen hält trotz kurzfristig möglicher Marktturbulenzen der Trend zu einer weiterhin stabilen Entwicklung im globalen Luftverkehr an. Die FBB sieht daher zuversichtlich in das Jahr 2015 und geht davon aus, dass aufgrund anhaltend steigender Passagierzahlen bei den Berliner Flughäfen der Umsatz weiter gesteigert werden kann; es besteht dabei die Chance, dass eine Steigerung des Umsatzes über die im Wirtschaftsplan berücksichtigten Werte hinaus möglich ist. Diese Umsatzsteigerungen können z. B. durch Optimierungen im Flugplan, bei der Sitzauslastung in den Flugzeugen und den Flughafenslots sowie der Anpassung der Entgelte zum 1. Januar 2015 erreicht werden. Wesentlicher Treiber der Entwicklung künftig steigender Passagierzahlen wird die Erweiterung der Kapazität durch gezielten Ausbau der Infrastruktur am Flughafen sein.

C.2 Zusätzliche Non-Aviation Erlöse

Ein erhöhtes Passagieraufkommen durch internationalen Verkehr mit kaufkräftiger Kundschaft bietet die Chance, die Non-Aviation-Erlöse zu steigern und von der Nutzung zukünftig größerer Einzelhandels- und Gastronomieflächen zu profitieren.

C.3 Finanzwirtschaftliche Chancen

Im Hinblick auf die finanzwirtschaftlichen Chancen können sich für die FBB günstige Zinsentwicklungen ergeben; so kann z. B. das derzeitige niedrige Zinsniveau zur Verminderung der Finanzierungskosten führen.

C.4 Optimierte Organisationsstruktur und Prozesse

Potential bietet die Optimierung organisatorischer und prozessualer Abläufe, deren Überwachung von höchster strategischer Bedeutung für das Unternehmen ist, da sich mit einer effizient gestalteten Organisation Kostenvorteile ergeben. Überdies lässt sich auch die Kooperation mit Fluggesellschaften, Passagieren und Lieferanten weiter optimieren: ein attraktiver Dienstleister für Airport-Lösungen steht in der Gunst der Kunden und Lieferanten nicht nur ganz oben, sondern erzielt auch positive Rückkopplungseffekte hinsichtlich Außenwirkung und Image.

C.5 Allgemeine Chancen

Ein effizient gemanagter Airport erzielt Einsparungen bei den Betriebskosten; das aktuell niedrige Energieniveau befördert die Chance auf zusätzliche Kostenersparnisse.

Was den Einfluss wettbewerbsverzerrender ordnungspolitischer Maßnahmen angeht, besteht die Chance, dass neben dem Wegfall der CO₂-Regulierung bzw. dem Emissionshandel auch die Abschaffung der Luftverkehrsteuer positive Effekte auf den Luftverkehr hervorrufen würde.



A Entwicklung des Geschäftsbetriebs

A.1 Aviation Management / Verkehrsentwicklung

Für das Jahr 2015 erwartet der Flughafenverband ADV ein Passagierwachstum von 2,5 % in Deutschland. Niedrige Zinsen der Europäischen Zentralbank belasten Sparer, wodurch eine höhere Konsumquote zu erwarten ist. Dadurch könnte sich das Reiseverhalten der Verbraucher verbessern. Der aktuell sinkende Ölpreis könnte zudem Kostenoptimierungen der Airlines im deutschen Raum unterstützen und für zusätzliche Impulse sorgen.

Marktinterne Hemmnisse wie die Luftverkehrsabgabe sowie ein intensiv geführter Wettbewerb werden auch 2015 die Marktentwicklung maßgeblich beeinflussen. Die beiden größten Fluggesellschaften Deutschlands befinden sich aktuell in größeren Sparprogrammen, um ihre Profitabilität zu verbessern. Im Zuge dessen wurde im vergangenen Jahr die Übernahme aller Direktverkehre von der Lufthansa auf die Germanwings außerhalb der Hub-Strecken nach Frankfurt und München vollzogen. Das Flugprogramm des Vorjahres setzt die Airline-Gruppe zunächst weiter fort, stellt alle Strecken jedoch weiterhin auf den Prüfstand. Auch bei airberlin steht 2015 weiter im Zeichen von Kostenreduktion und Erlössteigerung. Netzwerkweit geht airberlin aktuell von einer Kapazitätsreduktion von 6 % aus. Auch das Drehkreuz in Tegel wird hiervon betroffen sein, jedoch mit einem geringeren Kapazitätsrückgang als im Vergleich zum gesamten Netz der Fluggesellschaft.

Nachdem sich der Luftverkehr in der Hauptstadtregion zwölf Jahre in Folge besser als der Markt entwickelt hat, ist davon auszugehen, dass dies auch 2015 eintreten wird. Allerdings wird sich durch die schon stark ausgelastete Infrastruktur in Tegel und die anstehende Sanierung der Start- und Landebahn in Schönefeld das Wachstum am Standort Berlin-Brandenburg gegenüber dem des Jahres 2014 etwas abschwächen.

Die 2014 erfolgten Aufstockungen im Langstreckenbereich nach Chicago und Abu Dhabi mit airberlin könnten für das Jahr 2015 Impulse am **Flughafen Tegel** setzen. Der Wegfall der Verbindung nach Miami sowie Streichungen im Kontinentalverkehr (Barcelona, Oslo) stehen dem jedoch entgegen. Hainan Airlines wird ab Sommer 2015 Peking täglich anbinden und setzt damit den positiven Trend der Verbindung fort.

Nach einem deutlichen Kapazitätsausbau am **Flughafen Schönefeld** im vergangenen Jahr durch die Low-Cost-Airlines ist für 2015 ein niedrigeres Wachstum als im Vorjahr vorgesehen. EasyJet wird ihr bestehendes Streckenangebot fortführen, die ebenfalls ab Schönefeld fliegende Norwegian stockt die bestehende Verbindung nach Oslo um einen dritten täglichen Flug auf und kompensiert zumindest teilweise den Wegfall der airberlin-Verbindung. Auch Ryanair nimmt mit Madrid und Palermo zwei neue Destinationen in ihr Streckennetz ab Schönefeld auf.

Bedingt durch die Effizienz Anpassungen der größten Airlines ist insgesamt mit besser ausgelasteten Flügen zu rechnen. Die **Flugbewegungen** werden in etwa auf Vorjahresniveau erwartet.

Bei der **Fracht** ist von einem Wachstum im einstelligen Bereich auszugehen. Grund sind hauptsächlich die zusätzlichen Kapazitäten auf den Strecken nach Abu Dhabi, Istanbul und Peking.

A.2 Non Aviation Management

Auch wenn der Fokus im Tagesgeschäft 2015 auf den beiden Bestandsflughäfen Tegel und Schönefeld liegt, wird weiterhin intensiv an allen den Flughafen BER betreffenden Themen gearbeitet. Die Sicherstellung der Rechtssicherheit für die FBB, des optimalen Branchenmixes und des zur Eröffnung des BER finalisierten Mieterausbaus haben dabei höchste Priorität. Zudem wird untersucht, welche zusätzlichen Services dem Passagier am BER angeboten werden können und wie der Kundennutzen und damit auch das Ertragsniveau weiter gesteigert werden kann.

A.3 Liegenschaftsmanagement

Aufgrund der positiven Marktnachfrage konnte 2014 ein weiterer Investor für die Errichtung eines weiteren Hotels in der Airport City gebunden werden. Mittelfristig wird in der Airport City großes Potenzial zur Realisierung eines weiteren Büroprojektes gesehen.

Die Entwicklungsflächen am BER bergen langfristig erhebliches städtebauliches und wirtschaftliches Potenzial für die FBB wie auch für die Länder Berlin und Brandenburg. Das Heben dieser Potenziale setzt indes die Eröffnung des BER voraus.

In der Zülowniederung, einem großflächigen Naturraum mit einer Fläche von rund 1.500 ha, der ca. 10 km südlich des Flughafens liegt, sind von der FBB gemäß Planfeststellungsbeschluss Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft umzusetzen. Bislang wurden weit über 50 % der Flächen gesichert. Der überwiegende Teil der geplanten Maßnahmen wird ab dem Jahr 2015 realisiert.

B Wirtschaftliche Entwicklung

Den Prognosen zufolge bremst das globale Wachstum 2015 leicht ab. So senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Erwartung für das globale Wirtschaftswachstum in diesem Jahr auf 3,5 % – das sind 0,3-Prozentpunkte weniger als in der Konjunkturprognose zuvor. Als Gründe nannte der IWF die Gefahr einer Stagnation in der Euro-Zone sowie geopolitische Risiken durch die Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine. Die Aussichten für Russlands Wirtschaft wurden drastisch nach unten gesenkt.

Laut IWF bleibt das weltweite Wachstum fragil und uneinheitlich. Die Industrieländer und insbesondere die Euro-Zone seien noch nicht vollständig aus dem Schatten der Finanzkrise herausgetreten. Getragen von der Binnenkonjunktur hat Deutschland im Jahr 2014 ein Wachstum von 1,3 % erreicht; für 2015 wird von ebenfalls 1,3 % Wachstum ausgegangen.

Einhergehend mit dieser Erwartung ist mit einer weiterhin positiven Entwicklung des Passagieraufkommens im Prognosezeitraum zu rechnen; ein Wachstumstreiber bei den Passagierzahlen ist die Tourismusbranche, die 2015 erwartungsvoll entgegenseht. Der Optimismus bezieht sich sowohl auf die anhaltende Reiselust der Deutschen als auch auf die erfreuliche Entwicklung bei internationalen Gästen, die über deutsche Flughäfen einreisen. Dabei wird für die Berliner Flughäfen mit einer Steigerung von 2,9 % auf rund 28,8 Mio. Passagieren in 2015 ausgegangen. Durch die bereits genehmigte Entgelterhöhung und das erhöhte Passagieraufkommen werden die Umsatzerlöse voraussichtlich auf rund EUR 314 Mio. in 2015 ansteigen.

Da aufgrund bestehender Kapazitätsengpässe für die Bestandsflughäfen TXL und SXF weiteres Verkehrswachstum beschränkt ist, liegt das Potenzial und damit der wesentliche Treiber künftigen Wachstums im neuen Flughafen BER. Der Anstieg der operativen Aufwendungen resultiert vor allem aus Preissteigerungen bei externen Dienstleistern und gesonderten Projekten. Des Weiteren kommen ein Personalaufbau im operativen Geschäft sowie nur temporär anfallende Mehrkosten im Personalbereich für die Fertigstellung des BER hinzu. Hierunter fällt auch die Anstellung bisheriger Fremd- und Honorarkräfte bei der FBB. Im Geschäftsjahr 2015 wird erwartet, dass das Netto-Ergebnis einen Verlust/Fehlbetrag zwischen von EUR -150 Mio. und EUR -160 Mio. infolge der Belastung durch den BER ausweist.

In den Folgejahren ist mit einer anhaltend günstigen Verkehrsentwicklung der Berliner Flughäfen zu rechnen. Die Jahre 2015 und 2016 werden von der Vorbereitung der Inbetriebnahme des BER und der Sicherstellung eines reibungslosen Weiterbetriebs der bestehenden Flughäfen geprägt sein. Mit der endgültigen Inbetriebnahme ist von einer deutlichen Verbesserung der finanziellen Situation auszugehen.

C Der neue Flughafen Berlin Brandenburg

C.1 Bauliche Fertigstellung und Eröffnung

Nachdem 2014 die Vorarbeiten erledigt wurden und das Terminband kommuniziert wurde, beginnt 2015 die Phase 2: die Fertigstellung des Flughafens. Die Meilensteine sind klar und öffentlich kommuniziert: Bis Mitte 2015 sollen alle Planungsarbeiten vorliegen, bis März 2016 soll die bauliche Ausführung abgeschlossen sein. Um keine Zeit zu verlieren, werden nun zunächst die Bereiche abgearbeitet, die nicht vom Umbau der Entrauchungsanlagen betroffen sind. Bis Mitte 2015 soll 50 Prozent der Fläche des Fluggastterminals fertig gestellt sein. Parallel werden die Planungen für den Umbau der Entrauchungsanlagen erstellt. Sobald diese vorliegen, werden die restlichen Flächen fertiggestellt und entsprechende Inbetriebnahmen sowie Abnahmen vorbereitet. Am Meilensteinterminplan wird sich der Projektfortschritt nun öffentlich messen lassen. 2016 schließt sich mit den Abnahmen und Tests Phase 3 bis zur Eröffnung des Flughafens in der zweiten Jahreshälfte 2017 an. Wie lange dies dauert, hängt einerseits davon ab, wie gut die Prüf- und Dokumentationsunterlagen der Flughafengesellschaft sind, andererseits davon, wie lange die Sachverständigen und die abnehmenden Behörden benötigen.

C.2 Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten

Nachdem der Aufsichtsrat der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH am 19. September 2014 grünes Licht für die Vorlage der Geschäftsführung gegeben hatte, den Ausbau des BER-Flugbetriebs vertieft zu untersuchen, hat die Geschäftsführung am 12. Dezember 2014 dem Aufsichtsrat ein Konzept vorgelegt, wie die Kapazitäten am BER erweitert werden können.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, das Konzept weiter zu verfolgen:

Nach der BER-Eröffnung soll der Flughafen Schönefeld zunächst weiter genutzt werden. Der Flugverkehr der Bundesregierung wird vorübergehend in einem Interims-Terminal in Schönefeld alt untergebracht. Parallel wird am BER in Verlängerung des Pier Nord ein Zusatzterminal mit dazugehörigen Flugbetriebsflächen, einer landseitigen Anbindung und Erschließung sowie Betriebsgebäuden geplant. Den Passagieren sollen im Zusatzterminal Check-in-Schalter, Sicherheitskontrollen, Gepäckausgaben, Gastronomie, Einkaufsmöglichkeiten und Wartebereiche zur Verfügung stehen. Diese neue Infrastruktur bietet nach Fertigstellung Platz für ca. 8 bis 10 Millionen Passagiere pro Jahr und wird die alten Schönefelder Terminalkapazitäten ersetzen. Mit der Fertigstellung der Zusatzbauten am BER kann der Regierungsflughafen wie geplant am alten Schönefelder Flughafen errichtet werden.

Hintergrund der nötigen Kapazitätserweiterung des BER ist, dass die Startkapazität des BER für eine Eröffnung im Oktober 2011 ausgelegt war. Seitdem sind die Fluggastzahlen weiter gestiegen und übertrafen bereits 2014 mit knapp 28 Millionen Passagieren die bislang geplante Startkapazität des BER. Zudem zeigt der internationale Benchmark bei Flughafeneröffnungen, dass angesichts weitreichender Vernetzung und Systemintegration ein fehlerfreier Start heutzutage ausgeschlossen ist. Alle Experten raten daher dazu, mit einer Kapazitätsreserve von mindestens 20 Prozent zu planen.

Mit den vorgestellten Plänen – temporärer Weiterbetrieb von Schönefeld alt sowie Errichtung eines neuen Terminals – sollen die Kapazitäten rund um die Eröffnung des BER abgesichert werden. Darüber hinaus sieht die FBB vor, 2015 in die Masterplanung BER für die Jahre ab 2020 einzusteigen. Dazu sollen die Anforderungen aller Unternehmensbereiche gesammelt und analysiert werden. Anschließend werden diese ganzheitlich überprüft und in einem Masterplan zusammengefasst, der die BER-Entwicklung über die nächsten 15 Jahre beschreibt.

Schönefeld, 12. März 2015

Dr. Hartmut Mehdorn

Heike Fölster

Corporate Governance – Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) für das Geschäftsjahr 2014

1. Einleitung

Die Gesellschafterversammlung hat am 27. Januar 2010 die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat gebeten, bei ihrer Tätigkeit die in dem Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen (CGK) enthaltenen Regeln für die Unternehmen (Abschnitt VI.) zu beachten. Für das Geschäftsjahr 2014 kommt die aktualisierte Fassung des CGK vom 21. September 2010 zur Anwendung.

2. Erklärung zum CGK

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat erklären, dass die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH im Jahr 2014 den Regeln und Handlungsempfehlungen des von der Gesellschafterversammlung in Kraft gesetzten Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen entsprochen hat und entspricht, soweit nicht im Folgenden Abweichungen dargestellt und begründet werden.

3. Gesellschafter und Gesellschafterversammlung

Gesellschafterversammlungen werden bei der FBB regelmäßig ohne Anwesenheit der Geschäftsführung durchgeführt. Dies liegt darin begründet, dass die Vertreter der Gesellschafter an den Sitzungen des Aufsichtsrats, der zu allen Vorlagen an die Gesellschafterversammlung Beschlussempfehlungen abgibt, teilnehmen, die Beratungen des Aufsichtsrats begleiten und dort Frage- und Rederecht haben.

4. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat gemäß den Regeln und Handlungsempfehlungen des CGK ist in der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH ständige Praxis.

5. Geschäftsführung Die Aufgaben, Zuständigkeiten sowie Zusammensetzung der Geschäftsführung der Gesellschaft entsprechen grundsätzlich dem CGK. Regelungen zur Kompetenzaufteilung und zur Willensbildung in der Geschäftsführung sind in dem Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 21. Mai 2013 (Beschluss der Gesellschafterversammlung) und einer Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung in der Fassung vom 21. Juli 2014 (Beschluss Gesellschafterversammlung) sowie der Geschäftsverteilung geregelt.

Geschäftsführer der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH waren im Jahr 2014

Hartmut Mehdorn

Heike Fölster

Die Bestellung der Geschäftsführung obliegt gemäß dem Gesellschaftsvertrag dem Aufsichtsrat. Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsführung ist in Anstellungsverträgen geregelt, die der Aufsichtsrat für die Gesellschaft abschließt.

Die Vergütung enthält neben einem fixen auch einen variablen Bestandteil. Im Einzelnen wird auf die Ausführungen unter Ziffer 9 verwiesen.

6. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes aus zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner- und fünf Mitgliedern der Arbeitnehmerseite zusammen.

Die Aufgaben und Zuständigkeiten des Aufsichtsrates sind kodexkonform in dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates vom 02. Mai 2013 (Beschluss des Aufsichtsrates)

tes am 08. Mai 2013) geregelt. Die vom Kodex empfohlene Arbeitsweise des Aufsichtsrates und seines Vorsitzenden entspricht grundsätzlich den Unternehmensgegebenheiten.

Der Aufsichtsrat hat nachfolgende Ausschüsse gebildet:

- Präsidialausschuss
- Finanz- und Prüfungsausschuss
- Projektausschuss BER

Eine Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder ist zurzeit nicht festgelegt.

7. Frauenanteil (jeweils zum Stichtag 31.12.) Der Geschäftsführung gehört eine und dem aus 15 Mitgliedern bestehenden Aufsichtsratsgremium drei (bis zum 29.09.2014) Frauen an. Der Anteil der Frauen bei den Führungskräften im FBB Konzern beträgt 19,4 % . Der Frauenanteil aller befristeten und unbefristeten Mitarbeiter im FBB Konzern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % auf 26,6 %.

8. Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütung, sondern ausschließlich ein Sitzungsgeld, das als Aufwandsentschädigung gezahlt wird. Gleiches gilt für die Ausschussmitglieder. An den Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates wird ein Sitzungsgeld i. H. v. von 256,00 EUR je Sitzungsteilnahme gezahlt, alle anderen Mitglieder erhalten je Sitzungsteilnahme ein Sitzungsgeld i. H. v. 128,00 EUR.

An Sitzungsgeldern wurden an die einzelnen Aufsichtsrats- und Ausschussmitglieder der FBB für Sitzungsteilnahmen im Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2014 gezahlt (Nennung in alphabetischer Reihenfolge):

Aufsichtsrats- und Ausschussmitglied	Sitzungsgeld in EUR
Herr Axel J. Arendt ab 12.12.2014 Axel Arendt Management Consulting	128,00
Herr Rainer Bomba; Vorsitzender Projektausschuss BER bis 14.03.2014 Staatssekretär Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	2.176,00
Herr Rainer Bretschneider; stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats FBB Staatssekretär Staatskanzlei Land Brandenburg	2.304,00
Herr Ralf Christoffers; Vorsitzender Projektausschuss BER ab 11.04.2014 bis 11.12.2014 Minister Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Bran- denburg	1.536,00
Herr Werner Gatzer; Vorsitzender Finanz- und Prüfungsausschuss ab 11.04.2014 Staatssekretär Bundesministerium der Finanzen	1.920,00
Herr Christian Görke ab 07.04.2014 bis 11.12.2014 Minister Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg	1.152,00
Frau Franziska Hammermeister bis 29.09.2014 Angestellte der Berliner Flughafen-Gesellschaft	768,00
Frau Claudia Heinrich Vorsitzende des Betriebsrates der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH	1.024,00
Herr Frank Henkel Senator Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin	512,00

Herr Dr. Wolfgang Krüger Hauptgeschäftsführer IHK Cottbus	640,00
Herr Peter Lindner Vorsitzender des Betriebsrates der Berliner Flughafen-Gesellschaft mbH	768,00
Herr Michael Müller ab 12.12.2014 Regierender Bürgermeister von Berlin	256,00
Herr Sven Munsonius Angestellter der Berliner Flughafen-Gesellschaft	640,00
Herr Holger Rößler Gewerkschaftssekretär ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bezirk Berlin	1.152,00
Frau Dr. Margaretha Sudhof Staatssekretärin Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin	1.280,00
Frau Daniela Trochowski ab 12.12.2014 Staatssekretärin Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg	128,00
Herr Gerhard Voß ab 30.09.2014 Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates der Berliner Flughafen- Gesellschaft mbH	128,00
Herr Klaus Wowereit; Vorsitzender Aufsichtsrat FBB bis 11.12.2014 Regierender Bürgermeister von Berlin	2.688,00
Herr Michael Zehden Geschäftsführer A-Z Hotelmanagement und Beratungs-GmbH Co. KG	512,00

9. Gesamtbezüge der Geschäftsführung

TEUR	Grundver- gütung	Erfolgsab- hängige Vergütung*	Arbeitge- beranteil Sozialver- sicherung	Sonstige Bezüge	Gesamt*
Dr. Hartmut Mehdorn	600	122	7	24	753
Heike Fölster	230	31	11	18	290
Gesamt	830	153	18	42	1.043

*Der 2013 entstandene Anspruch auf erfolgsabhängige Vergütung ist 2014 zahlungswirksam geworden und entsprechend Bestandteil der Gesamtvergütung.

Schönefeld, 25.6.2015

Rainer Bretschneider
amtierender
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Dr. Karsten Mühlenfeld
Vorsitzender der
Geschäftsführung

**Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft
mit beschränkter Haftung**

Friedrichstadt-Palast

Betriebsgesellschaft mbH, Berlin

Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsentwicklung und Marktumfeld

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH (im Folgenden „Friedrichstadt-Palast“, „die GmbH“ oder „die Gesellschaft“) wurde im Jahr 1995 gegründet. Alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin. Die GmbH hat einen Kulturauftrag, der sich aus dem Gesellschaftsvertrag sowie einem Zielbild des Landes Berlin als Zuwendungsgeber ergibt. Der Friedrichstadt-Palast hat eine Alleinstellung in Deutschland und Europa – ein vergleichbares Angebot existiert nicht. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Revuetheaters „Friedrichstadt-Palast“. Auftrag ist der Erhalt und die Entwicklung des einzigartigen künstlerischen Profils des Theaters, an dem das Land Berlin als alleiniger Gesellschafter ein außerordentliches kulturpolitisches Interesse hat. Der Auftrag wird ergänzt um die Verpflichtung zur Förderung des Kinder- und Jugendtheaters, auch als Teil des Berliner Modells für kulturelle Bildung.

Die GmbH hat im Jahr 2014 ein gutes Geschäftsergebnis erzielt und überschritt mit einem Umsatz aus Kartenerlösen in Höhe von 21.918 TEUR abermals die Marke von 20.000 TEUR deutlich. Dies, obwohl im Jahr 2014 wegen der Endprobenphase von THE WYLD wieder ein Monat weniger Spielzeit zur Verfügung stand. Die Produktionen des Spielplans waren auch unter dem Gesichtspunkt der Auslastung sehr erfolgreich: Mit 467.229 Besuchern (ohne Freikarten) bei 285 Vorstellungen lag die Auslastung bei 86,48 %.

Trotz deutlich längerer Schließphase für den Produktionsaufbau der Grand Show erzielte der Friedrichstadt-Palast umsatzseitig nach 2013 sein bisher zweiterfolgreichstes Jahr.

Bis Ende des Geschäftsjahres wurden für THE WYLD bereits 256.204 Tickets verkauft und reserviert, so viel wie noch nie in so kurzer Zeit nach Premierenbeginn im Oktober.

Aufgrund des sehr guten Jahresergebnisses 2013 (1.447 TEUR) und wegen der hohen liquiden Mittel zum Jahresende 2013 (Kassenbestand 2.271 TEUR, nicht verbrauchte Zuwendungsmittel 2.797 TEUR) konnte die GmbH auch eines ihrer Hauptziele erreichen: mit THE WYLD wurde die aufwändigste Produktion seit der Wiedervereinigung und wahrscheinlich die aufwändigste Produktion in der Geschichte des Hauses auf die Bühne gebracht. Dies, ohne dass wir auf Zwischenfinanzierungen zurückgreifen mussten. Der bei der Sparkasse eingeräumte Kontokorrentkredit (Kreditlinie: 500 TEUR) musste durch vorausschauende Liquiditätsplanung zu keiner Zeit in Anspruch genommen

werden. Die im Jahr 2013 nicht verbrauchten Zuwendungsmittel wurden im ersten Halbjahr 2014 vollständig abgerufen.

Wenngleich aufgrund des Produktionsrhythmus ein hoher Bestand flüssiger Mittel in einem „ungeraden Jahr“ gegeben sein muss, um den Produktionsaufbau bis zur Premiere und die dreimonatige Schließzeit aufgrund der Endproben finanzieren sowie die aufgrund des ‚Lebenszyklus‘ einer Show in den letzten Monaten abnehmenden Umsätze kompensieren zu können, war die Situation im Jahr 2014 eine besondere:

- denn einerseits mussten zusätzlich die neuen Lohnabschlüsse der Arbeiter und Angestellten (Rahmenvertrag Friedrichstadt-Palast) vollständig und über das gesamte Jahr aus eigener Kraft erwirtschaftet werden, was ebenso gelungen ist. Das zeigt, dass die von der Geschäftsleitung mit den Mitarbeiter*innen im Jahr 2013 verabredeten Lohnsteigerungen (jeweils 2 % in 2013 und 2014) vorausschauend und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der GmbH entsprechend waren.
- Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Produktion SHOW ME umsatzseitig die bisher erfolgreichste Show des Palastes war und die Umsätze in den letzten Spielmonaten 2014 zwar zurück gingen, sich jedoch auf einem sehr hohen Niveau einpendelten.

Beide Faktoren sind für die Betrachtung künftiger Wirtschaftsjahre wichtig, denn einerseits kann nicht regelmäßig davon ausgegangen und schon gar nicht geplant werden, dass eine Rekordshow der nächsten folgt. Gleichzeitig hat die GmbH aber nach Jahren ohne Lohnzuwächse einen Nachholbedarf, um wettbewerbsfähig zu bleiben und die Mitarbeiter*innen angemessen zu entlohnen – schließlich sind die Erfolge auch Ergebnis ihrer Arbeit. Jedoch kann der Palast eben solche angemessenen Lohn- und Tarifsteigerungen dauerhaft nicht selbst erwirtschaften. 2014 war dies aus o.g. Gründen möglich aber auch, da die GmbH über viele Jahre keine Lohnerhöhungen vornahm. Mehr Leistung und höhere Qualität bei gleichzeitig stagnierenden Löhnen (wie in den Jahren seit 2003) muss aber auf betriebliche Ausnahmeperioden beschränkt bleiben.

Unzweifelhaft waren diese seit 2007 gegeben, da sich die GmbH nach einer Phase erheblicher Zuwendungskürzungen und einiger nicht erfolgreicher Produktionen in den Folgejahren konsolidieren musste. Die in den Krisenjahren entstandenen Verlustvorträge und Kreditverpflichtungen sind in den zurückliegenden Jahren weitgehend abgetragen worden, bestehen jedoch immer noch bis längstens 2018. Deren Abbau hat betriebswirtschaftlich auch weiterhin Vorrang. Lohn- und Tarifsteigerungen werden aber nicht mehr nur alle acht bis zehn Jahre vereinbart werden können. Als Zuwendungsempfänger hat die GmbH im Gegensatz zu staatlichen Kulturinstitutionen keinen Anspruch auf Ausgleich der Mehraufwendungen und hat entsprechend die bisherigen Steigerungen auch selbst finanziert. Gegenüber dem Land Berlin als alleinigem Gesellschafter und Zuwendungsgeber haben wir jedoch signalisiert, dass zumindest ein teilweiser Ausgleich von Lohnsteigerungen erfolgen sollte. Zumindest in der Beschlussfassung des Senats zu den Wirtschaftsplänen 2016 und 2017 ist ein solcher teilweiser Ausgleich durch Zuwendungserhöhungen auch vorgesehen. Die Letztentscheidung liegt beim Abgeordnetenhaus von Berlin im Rahmen der Haushaltsberatungen, die voraussichtlich im Dezember 2015 abgeschlossen sein werden.

Gerade die beiden großen Produktionen des Geschäftsjahres, SHOW ME und THE WYLD, haben von den Besuchern und vom Medienecho her den Bekanntheitsgrad des Friedrichstadt-Palastes sowie

das Image national und auch international nochmals deutlich gesteigert. Die Qualität der Shows hat internationales Niveau und bei vielen Berlin-Besuchern zählt der Friedrichstadt-Palast zum festen Programmpunkt. Europas größter Show-Palast ist auch weiterhin der einzige Entertainmentstandort Berlins mit internationaler Ausstrahlung. Die Kindershows sind mit Auslastungen von 98,95 % für Keinschneechaos im Januar sowie für Ganz schön Anders (90,19 % im November bzw. 97,19 % im Dezember weiterhin das im Bereich des Kinder- und Jugendtheaters in Berlin am meisten nachgefragte Angebot. Das junge Ensemble ist das größte Kinder- und Jugendensemble Europas und das Konzept ‚Kinder spielen für Kinder‘ in diesen Dimensionen seit Herbst 1945 weltweit einzigartig.

Der Kulturstandort Friedrichstadt-Palast wurde im Jahr 2014 – inklusive Hausvermietungen, Berlinale und dem Untermieter Quatsch Comedy Club von rund 700.000 Besuchern frequentiert. Im Theaterbereich steht das Haus damit bundesweit an der Spitze.

Die Stellung des Hauses innerhalb der wenigen internationalen Entertainmentstandorte wurde weiter ausgebaut werden. Trotz der verschobenen Eröffnung eines internationalen Flughafens hat der Anteil ausländischer Besucher in Berlin zugenommen, hier liegt auch weiterhin großes Potential für das Theater. Die internationale Ausrichtung der Shows wurde weiter verstärkt und in die Attraktivität der Produktionen investiert.

Die Strukturen der Vermarktung und des Vertriebs wurden weiter ausgebaut, insbesondere im Social Media Bereich. Ein besonderer Schwerpunkt lag bei der Neuauswahl des Ticketsystems. Hierzu fand im Geschäftsjahr eine Ausschreibung statt. Im Ergebnis wird das bestehende Ticketsystem sukzessive ab 2015 im Parallelbetrieb ersetzt und soll vollständig für die Vorstellungen ab Januar 2016 in Betrieb gehen.

Ein „Produktionsjahr“ entscheidet immer auch über die künftige Existenz des Hauses. Entsprechend ist auch der mentale Druck auf die gesamte Belegschaft, den es in dieser Konsequenz in keinem anderen Kulturbetrieb geben wird. Der Verlauf des Jahres hat deutlich gemacht, dass die Mitarbeiter*innen des FSP sich dieser Verantwortung auch bewusst sind und in den Fachabteilungen im Einzelnen aber auch insgesamt als Ensemble sehr engagiert am Erfolg der Produktionen mitwirken. Gerade im Produktionsjahr geht dies häufig weit über das normale Maß hinaus. Es sind deshalb auch die Erfolge des gesamten Ensembles. Umso wichtiger erscheint der Geschäftsleitung eine Anerkennung dieser Leistung in Form einer Prämie.

2. Produktion/Angebot

Es wurden folgende eigene Produktionen zur Aufführung gebracht (U= Uraufführung)

- berlin ERLEUCHTET	32 Vorstellungen
- Kindershow „Keinschneechaos “	17 Vorstellungen
- Kindershow „Ganz schön anders“	26 Vorstellungen
- SHOW ME	117 Vorstellungen
- THE WYLD	93 Vorstellungen

Insgesamt also 285 Vorstellungen an 234 Spieltagen.

Der Bundeswettbewerb Gesang und der Quatsch Comedy Club sind wie bisher feste Mieter im Haus. Der Vertrag wurde im Geschäftsjahr neu verhandelt und bis Ende 2017 verlängert. Eine Verlängerung darüber hinaus bzw. deren Konditionen sind abhängig von der weiteren Entwicklung im Zusammenhang mit der Sanierung der Lüftungsanlagen ab 2019.

Die Berlinale wurde im sechsten Jahr in Folge im Friedrichstadt-Palast veranstaltet. Der Vertrag sieht eine jährliche Nutzung des FSP bis einschließlich 2018 vor.

An sonstigen spielfreien Tagen und vormittags fanden Hausvermietungen statt (insgesamt jedoch wegen der Produktionsvorbereitungen weniger als 2013 nämlich 32 plus 13 Tage Berlinale (im Vorjahr 52 plus 11 Tage Berlinale). Die Erträge aus Hausvermietungen haben sich wieder stabilisiert, nachdem sie bis 2012 leicht rückläufig waren.

Der Kulturstandort Friedrichstadt-Palast hat seine Spitzenstellung weiter behauptet. Eigenproduktionen, Hausvermietungen, die Internationalen Filmfestspiele Berlin und der Quatsch Comedy Club haben zusammen fast 700.000 Gäste in den Show-Palast und die Berliner Mitte gezogen.

3. Entwicklung der Branche

In Berlin, national und auch international war das beherrschende Thema die Verschiebung der Eröffnung des Großflughafens. Erkennbar hat dies für den FSP keine Auswirkungen gehabt, wengleich möglicherweise bestimmte Wachstumspotentiale – gerade im internationalen Geschäft – noch nicht genutzt werden konnten. Ansonsten bewegten sich die Tourismuszahlen auf weiterhin sehr hohem Niveau. Der Friedrichstadt-Palast arbeitet mit beim Runden Tisch Tourismus, ist Mitglied der Theatergemeinschaft East End, der Berlin Stars, der Deutschen Zentrale für Tourismus sowie dem Verbund der Gewerbetreibenden in Berlin-Mitte.

Die regionalen Angebote im Bereich Unterhaltung beobachten wir, mit zunehmender Herausarbeitung der Einmaligkeit der Produktionen des Friedrichstadt-Palastes besteht hier aber eindeutig keine Konkurrenz. Neue Angebote sind im Geschäftsjahr auf dem regionalen Markt nicht hinzugekommen.

National gilt auch weiterhin: es bestehen aufgrund der eindeutigen Alleinstellung des Hauses keine anderen Angebote, jedenfalls nicht jenseits des etablierten Musicalssektors, mit dem wir nur begrenzt vergleichbar sind. In Hamburg zeichnet sich eine gewisse Konkurrenz verschiedener Musicalunternehmen ab, die aber aus unserer Sicht aufgrund des anhaltend hohen Tourismusaufkommens in Berlin den hiesigen Standort nicht beeinträchtigen wird.

International sind die Produktionen des Friedrichstadt-Palastes zu messen an großen Produktionen in Las Vegas und teilweise in New York und Macau. Der Markt wird weiterhin aktiv beobachtet, wengleich die Produktionsbedingungen und Finanzierungsformen deutlich andere sind. Als Produzenten international herausragender Showproduktionen gelten neben dem Kanadischen Unternehmen Cirque du Soleil das belgische Unternehmen Dragone Productions und die Radio City Music Hall mit einer speziellen Wintershow. Größere Innovationen oder herausragende neue Showproduktionen waren im Geschäftsjahr international nicht zu verzeichnen.

Der Weltmarktführer Cirque du Soleil hat im April 2015 mitgeteilt, dass aufgrund negativer Betriebsergebnisse seit 2012 die Hauptanteile an amerikanische und chinesische Investmentgruppen

verkauft werden. Der Eigentümer des Deutschlandmarktführers für Musicals, Stage Entertainment, sucht für die Gesamtgruppe einen Käufer. Die Branche befindet sich also im Umbruch. Umso wichtiger ist es, dass der FSP im Jahr 2014 ein positives Ergebnis erzielen konnte und vor allem mit der Produktion THE WYLD sowie mit den sonstigen eingeleiteten Maßnahmen das Haus für die nahe Zukunft gut aufgestellt hat.

4. Immobilie/Investitionen

Im Jahr 2012 ging die Verantwortung für Grundstück und Gebäude vom Land Berlin – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – auf die Berlin Immobilienmanagement GmbH (BIM) über, die die Immobilien des Landes im Rahmen des SILB (Sondervermögen) verwaltet. Zwischen der BIM und dem FSP besteht ein unbefristeter Mietvertrag. Die BIM leistet in diesem Rahmen die Bauunterhaltung und Investitionen für „Dach und Fach“, wenngleich es auch weiterhin so ist, dass die GmbH aus eigener Kraft Investitionen tätigt, die dem Eigentümer obliegen, dieser aber nicht oder nicht im adäquaten Zeitraum über die Mittel verfügt. Die GmbH tut dies insbesondere dort, wo die Attraktivität der Produktionen oder des Hauses an sich betroffen ist, da man im FSP als Gast insgesamt ein sehr hohes Niveau und Gesamterscheinungsbild erwartet.

Die BIM erneuerte insbesondere die Trafostation und begann mit wesentlichen fachtechnischen Maßnahmen wie dem Neubau der Kälteanlagen, dem Umbau der Inspizientenanlage und der Sprachalarmierung. Solche grundlegenden Maßnahmen sind erforderlich, da das Gebäude seit 1984, also dreißig Jahre, in Betrieb ist. Generell finden weiterhin eine Reihe von Maßnahmen zur Umsetzung des neuen Brandschutzkonzeptes statt. Hier legt die Geschäftsleitung großen Wert darauf, dass noch bestehende Bausubstanz aus der Entstehungszeit des Hauses nicht verloren geht.

Die GmbH legte den Schwerpunkt der Investitionen auf die Herstellung der Bühnen- und Kostümbilder für die Grand Show und die Kindershow, dementsprechend konzentrierten sich die baulichen Maßnahmen weitgehend auf den bühnentechnischen Bereich. Außerdem wurde das Foyer neu möbliert und mit Unterstützung des neuen Sponsors Citroen der veraltete Barbereich im Erdgeschoss zu einer Lounge umgebaut. Nach den Maßnahmen der Vorjahre im Außen- und Foyerbereich war dies eine weitere große Etappe, um dem Haus ein frisches, angemessenes Erscheinungsbild zu geben und gleichzeitig den Charakter und die Grundaussage der Architektur zu betonen. Als vorerst letzte große Maßnahme wird für das Jahr 2015 der Umbau des Theaterrestaurants La Diva projektiert.

Das gerichtliche Verfahren bezogen auf den 2011 fertiggestellten Neubau der Außenanlagen ist weiterhin beim Landgericht Berlin anhängig. Die vom Gericht angeordneten Sachverständigenverfahren waren bis Ende 2014 noch nicht abgeschlossen. Wegen der Grundsätzlichkeit der Maßnahme stimmt sich die GmbH hinsichtlich grundsätzlicher Entscheidungen mit der BIM ab.

Das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung geplante Projekt „Erneuerung der Lüftungsanlagen“ wird im Ergebnis der Planungsrunden des Jahres 2014 auf die Jahre 2019-2022 verschoben. Ursprünglich war die Realisierung ab 2017 vorgesehen, jedoch liegen die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür noch nicht vor.

Die reine Baumaßnahme verursacht Kosten in Höhe von rd. 23,5 Mio. EUR. Diese Maßnahme soll im Landeshaushalt angemeldet werden.

Bereits im November 2013 hatte die GmbH geltend gemacht, dass darüber hinaus aufgrund der Baumaßnahme Kosten entstehen, die die GmbH nicht selbst finanzieren kann. Es sind die vor allem Umsatzausfälle aufgrund der baubedingten Schließzeiten sowie u.a Mietkosten für die Anmietung von Ersatzflächen während der Bauetappen, Reinigungs- und Energiekosten aber auch Vermarktungskosten aufgrund längerer Schließzeiten und Kosten, die durch die notwendige Totalschließung des QCC in der letzten Bauetappe anfallen.

In einer ersten kaufmännisch vorsichtigen Berechnung hatte der FSP diese Aufwendungen auf 24,2 Mio. EUR geschätzt.

Der Aufsichtsrat hat im November 2014 beauftragt, die Kosten zu spezifizieren und mit der Senatskanzlei-Kulturelle Angelegenheiten und der SenStadt den weiteren Verfahrensweg zu verhandeln. Nach eingehenden Beratungen hat die Senatskanzlei im Jahr 2015 entschieden, den Beginn der Maßnahme auf 2019 zu verschieben.

Die Verschiebung der Gesamtmaßnahme hat keinen Einfluss auf den Spielbetrieb die bestehende Anlage ist weiterhin funktionstüchtig.

Bis Ende des Jahres 2015 sollen Handlungs- und Empfehlungsempfehlungen erarbeitet werden.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich wurden im Geschäftsjahr folgende Schwerpunkte gesetzt:

Der Rahmenvertrag FSP für die Arbeiter und Angestellten, der Ende 2013 abschließend mit dem Betriebsrat verhandelt wurde, wurde umgesetzt. 120 der 121 Beschäftigten haben auf dieser Basis neue Arbeitsverträge unterschrieben. Ein Beschäftigter verblieb zunächst im BMTG-O, mit ihm konnte 2015 jedoch eine Einigung erzielt werden. Die Vergütungen der Beschäftigten wurden wie vereinbart zum 1.1.2014 um 2% erhöht.

Mit dem Orchester (Show-Band) fanden Tarifverhandlungen zum Haustarifvertrag statt. Diese konnten bezogen auf die wesentlichen Eckpunkte sehr schnell abgeschlossen werden. Hier finden im Jahr 2015 noch Redaktionsverhandlungen zwischen der Deutschen Orchestervereinigung und dem Deutschen Bühnenverein statt. Auch hier werden die Vergütungen um 2 % rückwirkend zum 1.1.2014 erhöht.

Der Tarifvertrag des Balletts wurde zum 31.07.2014 fristgerecht gekündigt. Die Gewerkschaft Ver.di hat die GmbH zur Aufnahme von Tarifverhandlungen aufgefordert und im Januar 2015 einen Forderungskatalog eingereicht. Dieser liegt in seinen finanziellen Auswirkungen deutlich über den Möglichkeiten der GmbH. Die Verhandlungen dauern deshalb auch im Geschäftsjahr 2015 noch an, jedoch ist mit einem Abschluss bis Ende Oktober zu rechnen.

Insgesamt waren laut Wirtschaftsplan 272 Beschäftigte bei 265,14 Stellen vorgesehen (Stellenanteile resultieren aus Teilzeitbeschäftigungen). Im Ergebnis hatte die GmbH am Jahresende 273 Beschäftigte bei 265,13 Stellen. Trotz zeitweiser Doppelbesetzungen aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen oder, weil eine zeitweise Einarbeitung der Nachfolge geboten war, konnte damit sowohl die Zahl der Beschäftigten als auch die Zahl der Stellen gegenüber dem IST 2013 (273 Beschäftigte bei 263 Stellen) gehalten werden.

Den Mitarbeitern wurde im Jahr 2014 aufgrund des sehr positiven Ergebnisses des Jahres 2013 eine Prämie als Sonderzahlung gewährt. Sie betrug je Mitarbeiter 1.000 EUR brutto und sollte auch dazu dienen, bisher nicht gewährte Lohnanpassungen teilweise aufzufangen. Der Geschäftsführer war von dieser Regelung ausgenommen. Rechtsgrundlage war eine Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat und die Genehmigung durch den Aufsichtsrat (Sitzung vom 22.07.2014).

6. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Nachdem Opel nach 20 Jahren als Partner des FSP (längstes Kultursponsoring in Deutschland) die Zusammenarbeit mit Ablauf des Jahres 2013 beenden musste ist es gelungen, mit Citroen Deutschland einen Vertrag als Partner des Friedrichstadt-Palastes abzuschließen. Dieser begann am 01.07.2014 und hat zunächst eine Laufzeit von drei Jahren. Das Unternehmen präsentiert im Friedrichstadt-Palast die Marke DS.

Mit Citroen konnte eine Übereinkunft über einen Werbekostenzuschuss erzielt werden, der bereits im ersten Vertragsjahr die gleiche Höhe wie bei Opel umfasst. Es wurde außerdem erreicht, dass von dort der Neubau des gesamten Barbereiches und Möblierung des Erdgeschosses zu einem Loungebereich durchgeführt und finanziert wurde. Die sogenannte DS-Lounge wurde mit Premiere von THE WYLD fertig gestellt.

Des Weiteren wurde für die Produktion THE WYLD das Kosmetikunternehmen Clarins als Sponsor gewonnen. Der Vertrag mit Warsteiner wurde im Geschäftsjahr bis Ende 2015 verlängert.

II. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Darstellung der Lage

Die wirtschaftlichen Kennziffern gestalten sich wie folgt:

- Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 101 TEUR – es hat sich gegenüber dem Vorjahr (1.508 TEUR) um 1.407 TEUR verringert.
- Das Ergebnis nach Steuern (= Jahresüberschuss) liegt bei 97 TEUR (im Vorjahr 1.446 TEUR) und damit um 1.349 TEUR geringer.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 sah Erträge in Höhe von 34.015 TEUR und Aufwendungen in Höhe von 33.712 TEUR, also einen Jahresüberschuss in Höhe von 304 TEUR vor.

Im Ergebnis stehen Erträgen in Höhe von 35.190 TEUR Aufwendungen in Höhe von 35.092 TEUR gegenüber, demnach ein Jahresüberschuss in Höhe von 97 TEUR.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Land Berlin (Darlehensvertrag aus dem Jahr 2009) betragen zum Bilanzstichtag noch 1.508 TEUR (im Vorjahr 1.910 TEUR). Der Rückzahlungszeitraum hat sich um ein Jahr auf 2018 verkürzt, da die GmbH in den vergangenen Jahren (zuletzt 2013) Sondertilgungen leisten konnte.

Die flüssigen Mittel betragen zum Bilanzstichtag 1.862 TEUR (im Vorjahr 2.271 TEUR zuzüglich einer Summe von 2.797 TEUR nicht verbrauchter Zuwendungsmittel, die bei der Landeshauptkasse zur Verfügung standen und im Jahr 2014 vollständig abgerufen wurden. Insgesamt demnach 4.671 TEUR). Die Verringerung der Liquidität war dem Grunde nach bereits im Lagebericht 2013 prognostiziert, da die Rahmenbedingungen im Produktionsjahr einer Grand Show sämtliche zuvor erwirtschafteten liquiden Mittel zunächst aufzehren (Erhöhung des Anlagevermögens durch Investitionen in die neue Show, dreimonatige Spielpause) und sich der Kassenbestand dann erst mit den verbleibenden Spielmonaten des Jahres sowie durch den Vorverkauf von Tickets für das Folgejahr erhöht. Die bereits in 2014 geleisteten Vorauszahlungen für Vorstellungen der Großen Show THE WYLD lagen zum Bilanzstichtag mit 2.764 TEUR bereits erfreulich hoch. Dies entspricht mehr als einem Monatsumsatz. Für das Jahr 2015 gehen wir folglich von einer stabilen Liquiditätslage aus.

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund der Investitionen in die Neuproduktionen nochmals deutlich von 8.151 TEUR im Vorjahr auf 11.393 TEUR erhöht. Vergleicht man den Wert mit dem Wert im Jahr 2012, also dem letzten „Produktionsjahr“ (10.495 TEUR), nahm der Wert des Anlagevermögens sogar nochmals um 898 TEUR zu. Hier bildet sich einerseits die Erhöhung der Aufwendungen für Bühnen- und Kostümbild der Großen Show ab, andererseits hat die GmbH auch erhebliche Investitionen in die Fachtechnik des Hauses getätigt (5.784 TEUR), die dauerhaft auch über die Laufzeit der Großen Show zur Verfügung steht. Die Bühnenbilder (3.618 TEUR) und Kostümbilder (1.605 TEUR) werden über die Laufzeit der Shows abgeschrieben. Für THE WYLD ist eine zweijährige Laufzeit geplant. Der Wert der monatlichen Abschreibungen erhöht sich folglich im Vergleich zu den Vorgängerproduktionen. Jedoch ist mit den in den letzten Jahren getätigten Investitionen sowohl in die Produktionen als auch in das Haus ein Standard geschaffen, der internationalen Maßstäben gerecht wird, ein attraktives Umfeld für einen hochwertigen Theaterabend schafft und so die Basis für den Erfolg der nächsten Jahre legt.

Die Geschäftsleitung erhöht die Produktionsbudgets mit gezielten Schwerpunktsetzungen (bei The WYLD war dies die Entwicklung des Kostümbildes durch Thierry Mugler, da dessen Arbeit natürlich ein starkes und auch international viel beachtetes Zeichen gesetzt hat. Für die nächste Grand Show (die großen Produktionen werden seit 2015 sukzessive so benannt, weil dies im internationalen Sprachgebrauch gängiger ist) im Jahr 2016 deutet sich bereits an, dass international namhafte Kreative Interesse an einer Zusammenarbeit haben. Auf diesem Feld ist der Friedrichstadt-Palast aufgrund der strategischen Entwicklungen in den letzten Jahren Schritt für Schritt weiter gekommen und ist bei weitem kein unbeschriebenes Blatt mehr. Die Investitionen der vergangenen Jahre, die Erhöhungen der Produktionsbudgets, haben sich also als richtig erwiesen.

Gleichwohl ist mit dem für THE WYLD eingesetzten Produktionsbudget nun eine gewisse Obergrenze erreicht. Für die Grand Show 2016 gehen wir im Wesentlichen von der gleichen Höhe aus, denn die Höhe der Umsätze und auch die Anzahl der Vorstellungen lassen sich nicht mehr nennenswert steigern. Bei erhöhten Aufwendungen – vor allem aufgrund der seit 2014 zwingenden Lohnanpassungen – wäre nicht genügend finanzieller Spielraum für weitere Steigerungen der Produktionsbudgets, ohne das ohnehin sehr hohe wirtschaftliche Risiko der GmbH zunehmen würde. Dies ist aber auch nicht erforderlich, denn mit der für THE WYLD eingesetzten Summe ist zunächst mittelfristig eine auskömmliche Basis für die Grand Shows gegeben.

Das Eigenkapital beträgt aufgrund des Jahresüberschusses nunmehr 5.780 TEUR gegenüber 5.683 TEUR im Vorjahr. Nach Verrechnung mit dem Jahresüberschuss 2014 beträgt der Verlustvortrag noch 2.517 TEUR. Es bleibt vorrangiges Ziel der GmbH auch in den kommenden Jahren Überschüsse (nach Zuwendungen) zu erzielen, um eine solide Kapitalstruktur zu erlangen.

Die Rückstellungen sind von 1.664 TEUR im Jahr 2013 auf 1.171 TEUR gesunken. Im Geschäftsjahr mussten erstmals keine anteiligen Abfindungen wegen der Verkleinerung des Orchesters gezahlt werden, die während der Sanierungsphase 2008-2010 erfolgte. Die Ansprüche der betroffenen Musiker sind vollumfänglich abgegolten. Im Vorjahr betrug allein dieser Rückstellungswert noch 276 TEUR.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses hat die Geschäftsleitung eine Sonderzahlung für die Mitarbeiter*innen geplant, die vom Aufsichtsrat beschlossen werden muss. Im Jahr 2013 betrug diese je Mitarbeiter*in einmalig 1.000 EUR (brutto), für 2014 soll sie 400 EUR (brutto) betragen. Auch deswegen haben sich die Rückstellungen reduziert.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich von 6.889 TEUR (2013) auf 7.204 TEUR (2014). Wesentlich bedingt ist dies durch den sehr guten Kartenvorverkauf bzw. die bereits angezahlten Kartengutscheine. Die ‚Anzahlungen auf Bestellungen‘ machen bereits 3.927 TEUR aus, im Vorjahr betrug dieser Wert 3.226 TEUR. Die Vorreservierungen machen mehr als 54 % der Verbindlichkeiten aus.

Die Bilanzsumme beträgt 14.181 TEUR (im Vorjahr 14.307 TEUR).

3. Ertragslage

Die Gesamtleistung - ohne neutrale Effekte 35.017 TEUR - hat sich gegenüber dem Vorjahr (36.665 TEUR) wie in jedem Produktionsjahr verringert, insbesondere wegen der erhöhten Schließzeit.

Die Umsatzerlöse sind entsprechend gegenüber dem Rekordjahr 2013 (26.327 TEUR) auf 22.241 TEUR gesunken. Sie konnten aber gegenüber der Wirtschaftsplanung leicht verbessert werden. Angesichts auch externer Faktoren (im Jahr 2014 fand die Fußball-WM statt mit Deutschland als Weltmeister) ist dieses Ergebnis sehr gut und hat sich auch gegenüber dem eigentlichen Vergleichsjahr 2012 nochmals um rd. 1.826 TEUR steigern lassen.

Für das Folgejahr erwarten wir nach der „Sägezahn-Umsatzkurve“ wieder ein Jahr mit höherem Umsatz (da erstes Spieljahr von THE WYLD und keine Schließzeit zur Vorproduktion).

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 1.009 TEUR (Vj 1.573 TEUR). Die Ziele des Wirtschaftsplans wurden jedoch erfüllt.

Die aktivierten Eigenleistungen (im Vj. 484 TEUR) sind aufgrund des Produktionsrhythmus deutlich gestiegen auf 2.673 TEUR. Die extern gefertigten Bühnenbilder/Kostümbilder fließen als Investitionen unmittelbar ins Anlagevermögen der Bilanz ein. Die Investitionen wurden erhöht von 5,4 Mio. auf 7,25 Mio. EUR, nachdem aufgrund des Erfolgjahres 2013 erkennbar war, dass in die Bühnen- und Kostümbilder der Grand Show zusätzlich investiert werden kann.

Die Erträge aus Zuwendungen betrugen im Geschäftsjahr 8.502 TEUR (im Vj. 8.360 TEUR). Sie haben sich vor allem aufgrund der zusätzlichen Mittel für die Anwendung des Berliner Mindestlohngesetzes

bei Fremddienstleistern und wegen Ausgleichmitteln für die zusätzliche Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erhöht.

Materialaufwand und bezogene Leistungen stiegen von 3.906 TEUR im Vorjahr auf 4.623 TEUR. Dies ist dem Produktionsjahr geschuldet, jedoch sind aufgrund der guten Auslastungen und der höheren Rechteabgeltung auch die Urheberabgaben erfolgsbedingt gestiegen.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr (16.614 TEUR) nur leicht gestiegen auf 16.665 TEUR. Der Großteil entfällt dabei wie planmäßig vorgesehen auf die Lohnanpassungen. Dies wurde auch im Lagebericht 2013 bereits avisiert. Für 2015 ist mit weiteren Erhöhungen zu rechnen, da die Lohnzuwächse bei Arbeitern und Angestellten sowie beim Orchester (2 %) hinzukommen. Für das Ballett ist dies abhängig vom Ergebnis anstehender Tarifverhandlungen, das zum Berichtszeitpunkt noch nicht vorliegt.

Reduzierungen wurden jedoch im Wirtschaftsplannvollzug bei den Personalaufwendungen durch Maßnahmen der Haushaltswirtschaft und für die nicht fest beschäftigten Künstler erreicht. Somit konnte insgesamt die Vorgabe des Wirtschaftsplans (17.279 TEUR) sogar unterschritten werden.

Die Abschreibungen haben sich aufgrund der höheren Aufwendungen für die Produktionen – auf 4.015 TEUR gegenüber dem Wirtschaftsplan (3.373 TEUR) erhöht. Sie sind deutlich niedriger als 2013 (4.397 TEUR), jedoch wurden im Vorjahr Sonderabschreibungen für die Wintershow vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen incl. Werbung und Marketing (im VJ. 10.208 TEUR) betrugen 9.744 TEUR. Trotz Anlaufkampagnen für eine neue Grand Show konnten die Mittel für Werbung und Vermarktung reduziert werden, da die Produktionen keinen zusätzlichen Einsatz von Mitteln benötigten. Dies ergab sich mit Sicherheit auch aus der sehr erfolgreichen und langanhaltend bundesweit ausgestrahlten TV-Dokumentation („VOX-Effekt“) im Vorjahr.

III. Risiko- und Prognosebericht

1. Voraussichtliche Entwicklung – Chancen und Risiken

Als Ein-Produkt-Unternehmen und aufgrund eines somit fehlenden Produktportfolios ist die GmbH auch besonderen Risiken ausgesetzt. Dieses Risiko ist in den Jahren, in denen eine Neuproduktion ansteht, besonders hoch. Umso wichtiger ist, dass es dem FSP mit THE WYLD gelungen ist, die hohen Erwartungshaltungen zu bestätigen, wie sie durch die stetigen Erfolge der Vorgängershow beim Publikum und in der Öffentlichkeit zwangsläufig entstanden sind. Jedenfalls lässt sich dies für den Verlauf der ersten Spielmonate und aufgrund der sehr positiven Publikumsreaktionen feststellen. Auch im ersten Halbjahr 2015 konnten die im Wirtschaftsplan gesetzten Umsatzziele erreicht werden. Die Rekordergebnisse der Ausnahmejahre 2012 und insbesondere 2013, die durch SHOW ME erreicht wurden, werden zwar wohl nicht erreicht, aber umsatzseitig könnte es die nach SHOW ME erfolgreichste Produktion werden. Dabei ist ein besonderer Effekt zu berücksichtigen, der für das Rekordergebnis 2013 (26.326 TEUR) sorgte: die bundesweit mehrmalig ausgestrahlte Fernsehdokumentation über den FSP während der Laufzeit von SHOW ME hatte Buchungseffekte, die wir heute mit über 3.000 TEUR beziffern können. Dies lässt sich verständlicherweise nicht jährlich wiederholen.

2. Prognosebericht

Für die Jahre 2013-2016 sind durch den im Jahr 2012 abgeschlossenen Zuwendungsvertrag mit dem Land Berlin Zuwendungen in Höhe von 8.297 TEUR in Aussicht gestellt. Dies gibt der GmbH eine gewisse Planungssicherheit. Aufgrund einer Eigenfinanzierungsquote zwischen 80 und 88 % (Geschäftsjahr 2013) muss die GmbH jedoch auch weiterhin alle Maßnahmen zur wirtschaftlichen Optimierung und Umsatzsteigerung ergreifen, zumal die öffentlichen Zuschüsse weder allgemeine Kostensteigerungen noch notwendige Lohnanpassungen ausgleichen. Die Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Jahre und der zunehmende Erfolg der Showproduktionen zeigen deutlich, dass die GmbH in den Jahren seit 2008 alle künstlerischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgeschöpft hat, das Theater in eine stabile und zukunftsgerichtete Position zu bringen. Das gilt auch für das Geschäftsjahr 2014.

Auch das erste Halbjahr 2015 kann unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als stabil betrachtet werden, die Ziele des Wirtschaftsplanes wurden erreicht. In der Prognose geht die Geschäftsleitung derzeit noch davon aus, dass das geplante IST (24.250 TEUR Umsatzerlöse und 210 TEUR Jahresüberschuss) auch erreicht werden kann.

Die Erfolgsmeldungen, die der Friedrichstadt-Palast in den letzten Jahren vermeldet hat, könnten aber auch den Eindruck vermitteln, die GmbH könne ‚alles stemmen‘. So haben wir auch Eigenleistungen erbracht, die wie die Finanzierung der edleren Außenanlagen nicht in den Aufgabenbereich eines Mieters fallen (aber uns natürlich doch enorm helfen in der Außenwahrnehmung und daher richtig waren). Oder wir haben erfolgreiche Jahre für Sondertilgungen beim Darlehen genutzt. Dies und die Erfolgsmeldungen führen aber auch bei den Mitarbeiter*innen, die fast zehn Jahre keine Gehaltszuwächse hatten, zu Forderungen. Dies auch in Kenntnis von Gehaltssteigerungen bei unmittelbar öffentlichen Theatern. Für die Arbeiter und Angestellten und die Show Band sind maßvolle Abschlüsse verhandelt worden. Beim Ballett steht ein Abschluss noch aus, die weit über den Möglichkeiten der GmbH liegende Grundforderung zeigte aber genau den o.g. Punkt auf. Wir sind hinsichtlich der Verhandlungen auf einem guten Weg und werden 2015 zu einem Abschluss kommen.

Dennoch ist auch die Summe aller möglichen Risikofaktoren zu betrachten. Durch Gehaltserhöhungen erhöhen sich die jährlichen Personalaufwendungen, alle zwei Jahre muss ein hohes Produktionsbudget von rund 10 Millionen Euro erwirtschaftet werden, die allgemeinen Kosten steigen z.B. Mindestlohn, Energie.

Für das Jahr 2015 hat die GmbH die konkrete Vorgabe erhalten, sich an einer der Senatsverwaltung für Kultur auferlegten Pauschalen Minderausgabe i.H.v. 1 Million Euro mit bis zu 250.000 Euro zu beteiligen. Der Betrag ist im Wirtschaftsplan zunächst gesperrt. Angesichts des bereits im Wirtschaftsplan knapp kalkulierten Jahresüberschusses ist dies, um nicht Fehlbeträge zu erwirtschaften, eine besondere Belastung.

Positiv ist zu verzeichnen, dass für die Jahre 2016 und 2017 mit Aufstellung der Wirtschaftspläne die Zuwendungen Berlins angepasst wurden und Lohnsteigerungen teilweise ausgeglichen werden. Dies unterliegt noch dem Vorbehalt der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin, die voraussichtlich im Dezember 2015 erfolgt.

Zuwachschancen für die GmbH liegen nun noch im Erfolg der Produktionen. Mit vier erfolgreichen Grand Shows und drei erfolgreichen Wintersaisonshows waren die letzten Jahre ungebrochen erfolgreich. Dies kann aber nicht immer im Vorfeld geplant oder gar grundsätzlich vorausgesetzt werden. In den vergangenen Jahren lag der Kartenumsatz jeder Neuproduktion über der Vorgängershow. Da Zuwachsraten aber immer auch begrenzt sind, orientiert sich die Geschäftsführung z.B. bei der Planung für die neue Produktion 2016 nunmehr an den Aufwendungen für THE WYLD.

Für die Folgejahre bleibt es weiterhin wesentlich, die Kapitalstruktur des Hauses zu stärken, also auch für etwaige nicht gleichermaßen erfolgreiche Showproduktionen aufgestellt zu sein.

Unter der Voraussetzung eines anhaltend hohen Tourismusaufkommens in der Region und bei weiterem Ausbau der Alleinstellungsmerkmale des Theaters wird der Friedrichstadt-Palast auch für die nächsten zwei Jahre seine positive Entwicklung fortsetzen können, jedoch sind die zuvor gemachten Ausführungen zu berücksichtigen und zum Beispiel maßvolle Lohnabschlüsse und mindestens gleichbleibende Zuschüsse Berlins Voraussetzung dafür.

Für 2015 ist keine Neuproduktion geplant, um die liquiden Mittel für die Grand Show 2016 zu erwirtschaften. Eine Herausforderung ist, dass die Wintershow „berlin ERLEUCHTET“ nicht auf den Spielplan gesetzt wurde, sondern The WYLD auch in diesen Monaten spielt. Die Entscheidung fiel aber aus Kostengründen, denn dadurch entsteht eine höhere Vorstellungszahl und die höheren Aufwendungen einer Wintershow werden gespart. Außerdem wird die Kindershow „Keinschneechaos“ wieder aufgenommen.

IV. Sonstige Angaben

1. Organe der Gesellschaft

Es gab drei Gesellschafterversammlungen (29.1.2014, 14.10.2014, 13.11.2014).

Der Aufsichtsrat tagte zweimal im Geschäftsjahr 2014 (22.07. und 10.11.)

Die Bestellung eines neuen siebten Mitgliedes erfolgte nicht. Der alleinige Gesellschafter hat im Juli 2015 den Gesellschaftsvertrag wieder dahingehend angepasst, dass die Zahl der Mandate auf sechs festgelegt ist. Für die Größe der GmbH ist dies ausreichend.

Die Mitglieder des Personal- und Finanzausschusses trafen sich jeweils im Vorfeld der Sitzungen und zur Vorbereitung von Grundsatzentscheidungen im Geschäftsjahr und zur Erörterung der Wirtschaftspläne.

Die Geschäftsleitung hat entsprechend der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für die Geschäftsleitung nach Innen und Außen abgestimmt und einheitlich gehandelt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2014 fanden Prüfungen des Zuwendungsgebers für die Jahre 2009 und 2010 statt. Aus den Zuwendungsprüfungen ergaben sich lediglich geringe Rückforderungen von Zuwendungsmitteln in Höhe von 49 EUR (2009) bzw. 249 EUR (2010).

Der Bericht des Rechnungshofes über die im Mai/Juni 2012 erfolgte Prüfung wurde uns Ende Februar 2013 übermittelt. Wir haben zu dem Bericht 2013 umfangreich Stellung genommen. Die meisten Prüfbemerkungen wurden in 2014 für erledigt erklärt, jedoch steht eine abschließende Stellungnahme des Rechnungshofes zu einigen Punkten noch aus.

Seit November 2014 fanden reguläre Betriebsprüfungen der Deutschen Rente zu Sozialversicherungsbeiträgen, Künstlersozialkasse und Unfallkasse für die Jahre 2010-2013 statt. Die entsprechenden Bescheide wurden am 06.08.2015 zugestellt, die GmbH hat gegen zwei Bescheide Widersprüche eingelegt und geht davon aus, einen Teil der Forderungen abwenden zu können.

3. Spezialgesetzliche Angabepflichten

Folgende Berichtspflichten bestehen: Gegenüber dem alleinigen Gesellschafter Land Berlin besteht die Pflicht zur quartalsweisen Berichterstattung und zur Berichterstattung im Rahmen des CiK (Controllings für Kultureinrichtungen).

Daneben bestehen verschiedene Berichtspflichten, z.B. gegenüber dem Statistischen Landesamt Berlin/Brandenburg. Hier sind wir mittlerweile in sehr viele Erhebungen einbezogen worden, dass wir angemahnt haben, Unternehmen mit vergleichsweise kleinen Strukturen wie den FSP nicht in jede neue Erhebung einzubeziehen, zumal wir eine Reihe weiterer Berichtspflichten haben und im Geschäftsjahr wie beschrieben mehrfach geprüft wurden, was angesichts Personalausstattung unserer Verwaltung hohe zeitliche und fachliche Ressourcen bindet und zu Verzögerungen bei der Abarbeitung führt.

Weiterhin bestehen Berichtspflichten nach Aufforderung gegenüber dem Abgeordnetenhaus von Berlin und anderen staatlichen Institutionen. Für den Jahresabschluss ist die Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) abzugeben, die sich am Deutschen Corporate Governance Kodex orientiert, aber für Berlin spezielle Festlegungen berücksichtigt. Diese haben wir abgebildet und entsprechen ihnen. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements des Landes Berlin sind wir beginnend mit dem Jahresabschluss 2014 gehalten, den Lagebericht, die BCGK-Erklärung und die Offenlegung der Vergütungsbestandteile der Unternehmensorgane auch auf unserer Website zu veröffentlichen. Dies werden wir vorsehen.

Die von uns veranlasste interne Revision hat sich im Wesentlichen mit der Kostümabteilung befasst. Aufgrund der notwendigen personellen Umstrukturierungen der letzten Jahre war hier bezogen auf die Anwendung von internen Richtlinien zur Dokumentation von Beschaffungen keine hinreichende Verfahrenssicherheit gegeben. Dies haben wir sofort im Anschluss an die Revision mit der Leitung der Kostümabteilung erörtert und durch entsprechende Maßnahmen abgestellt. Es wird im Jahr 2015 nochmals auf Einhaltung überprüft.

Berlin, den 18. August 2015

Dr. Berndt Schmidt
Geschäftsführer

Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH
Berlin

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses der Friedrichstadt-Palast
Betriebsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2014

Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK)

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung (GF) und Aufsichtsrat (AR)

- Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen, insbesondere solche, die der Gesellschaft beratend zur Seite standen, wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- Zwei Mitglieder des AR wurden in 2014 neu bestellt. Der AR hat zwei Sitzungen abgehalten (22. 0 7. 2014 und 10. 11. 2014). Der Personal- und Finanzausschuss des Aufsichtsrates tagte jeweils im Vorfeld der Sitzungen zur Vorbereitung derselben. Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen immer unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten. Es wurden in den Sitzungen des Aufsichtsrates keine Tagesordnungspunkte ohne die Geschäftsführung behandelt.
- Die strategischen Unternehmensplanungen wurden dem AR vorgelegt und mit ihm abgestimmt.
- Die Geschäftsführung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand der Planungen und notwendiger Restrukturierungsmaßnahmen regelmäßig in schriftlicher Form entweder im Rahmen der Sitzungen des AR oder seines Personal- und Finanzausschusses nachgekommen.

Anlage 5

- Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung, insbesondere diejenigen, die dem AR gemäß Satzung der GmbH zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag (GV) bestand eine Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat. Für die Geschäftsleitung besteht unter Berücksichtigung aktueller Regelungen des BCGK auf Basis der im Jahr 2007 erfolgten Neufassung des Gesellschaftsvertrages (GV) eine Geschäftsanweisung. Ebenfalls besteht eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Beschlussfassung des Aufsichtsrates vom 20.03.2008). Die Regelungen waren auch im Geschäftsjahr grundsätzlich ausreichend.
- Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente ausführlich nachgekommen; der zeitliche Rahmen für die Übersendung der vorbereitenden Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine wurde stets eingehalten und war ausreichend (zwei Wochen vor der Sitzung).
- Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; sofern erforderlich, wurden Maßnahmen zur Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
- GF und AR sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und AR gewahrt.
- D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

II. Geschäftsführung

- Die GF hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie unternehmensinterner Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen hat ein Controlling eingerichtet, das fortlaufend an die Notwendigkeiten angepasst wird. Im Geschäftsjahr wurde eine neue Ticketsoftware ausgeschrieben, die sukzessive ab 2014 installiert werden soll.
- Außerdem werden Risikoszenarien insbesondere hinsichtlich der Umsatzerlöse, der Aufwendungen und der möglichen Investitionen erstellt, stetig überprüft und an den aktuellen Bedarf des Unternehmens angepasst. Es werden täglich die Vorverkaufszahlen abgeglichen (dailies), wöchentlich die Entwicklung der Ticket-/Besucher und Umsatzentwicklung mit denen der vorherigen Produktion verglichen (weeklys), die Umsätze und Kosten gegenübergestellt und die Marktentwicklungen beobachtet. Die Aufwendungen für die Neuproduktionen werden im Rahmen von sogenannten Produktionskostenmeetings der verantwortlichen Abteilungsleiter mit dem Intendanten und Verwaltungsdirektor regelmäßig besprochen.
- Die Berichterstattung erfolgt intern bezogen auf den Kartenverkauf und dessen Prognose täglich, bezogen auf die die Liquiditätslage zweiwöchentlich und die Kosten/Erlöse je Kostenstelle monatlich. Risikomanagement und –controlling sind angemessen.
- Mitglieder der Geschäftsleitung sind Dr. Berndt Schmidt (Intendant und Geschäftsführer) und Guido Herrmann (Verwaltungsdirektor und Prokurist).

Anlage 5

- Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsordnung (GO) für die Geschäftsleitung geregelt, die am 20.03.2008 beschlossen wurde. Änderungen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich.
- Die Vergütung des Geschäftsführers erfolgte auf Basis einer fixen und einer variablen Jahresvergütung, die des Prokuristen ebenfalls auf Basis einer fixen und einer variablen Jahresvergütung. Die Zielvereinbarung für den Geschäftsführer für die variable Vergütung wurde vom Aufsichtsrat beschlossen, die des Prokuristen vom Geschäftsführer nach Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates.
- Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt.
- Branchen- und Umfeldvergleiche sind nicht maßgeblich, die Vergütungen der o.g. Funktionsträger der GmbH orientieren sich an den in vergleichbaren öffentlichen Unternehmen gezahlten Beträgen. Andere Vergütungsvergleiche sind nicht möglich.
- Über die Vergütungsregelungen des Geschäftsführers und des Prokuristen hat der AR im Gremium beraten und entschieden. Ein Ausschuss war vorgeschaltet. Die Vergütungen gemäß Dienstverträgen werden wie folgt ausgewiesen:
 - Geschäftsführer/Intendant (Dr. B. Schmidt): 146.000,-- € fixe sowie 20.000,-- € variable Vergütung
 - Verwaltungsdirektor/Prokurist (G. Herrmann) : 79.000,-- € fixe sowie 16.000,-- € variable Vergütung

Herr Dr. Berndt Schmidt erhielt darüber hinaus in seiner Funktion als Produzent der Show „SHOW ME“ sowie der Neuproduktion “The WYLD“ jeweils eine Produzentenvergütung.

III. Aufsichtsrat

- Der AR hat nach dem Gesellschaftsvertrag sieben Mitglieder. Der amtierende Aufsichtsrat wurde am 12.10.2012 vom Gesellschafter bestellt. Die konstituierende Sitzung fand am 11.12.2012 statt, wobei eine Aufsichtsratsposition zunächst frei blieb. Im Mai 2013 fand die Neubesetzung dieser Position statt. Eine weitere Aufsichtsratsposition wurde im Oktober 2013 frei. Diese wurde im März 2014 neu besetzt. Im Laufe des Jahres 2014 wurden 2 Aufsichtsratsmandate niedergelegt und wieder neu besetzt. Eine weitere Aufsichtsratsposition wurde zum 31. 12. 2014 frei. Diese soll nicht wieder besetzt und der Aufsichtsrat auf 6 Mitglieder verkleinert werden, da dies für ausreichend erachtet wird. Der alleinige Gesellschafter hat eine entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages eingeleitet.
- Der AR hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der GO für die Geschäftsleitung und den AR wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen. Ergänzender Regelungsbedarf bestand nicht. Der AR hat im Verlauf des Jahres einzelne Maßnahmen an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets (2-2,5 h) entsprachen den aktuellen Erfordernissen des Unternehmens.
- Anstellungs- und Vergütungsregelungen sind im Unternehmen nach Tarif festgelegt bzw. berücksichtigen die Regelungen des Besserstellungsverbot. Für die Arbeiter und Angestellten besteht eine betriebliche Rahmenvereinbarung (RV FSP), für das künstlerische Personal – Ballett und Show-Band - müssen die Tarifverträge angepasst werden. Beide bestehende Tarifverträge werden neu verhandelt. Die Verhandlungen sollen bis zum Beginn der Spielzeit 2015/2016 abgeschlossen sein.

Anlage 5

- Die Auszahlung einer Prämie an die Mitarbeiter aufgrund des Jahresüberschusses 2013 wurde im Ausschuss und nachfolgend im Gremium des AR erörtert und beschlossen. Eine Altershöchstgrenze für die GF besteht nicht, ebenso wenig eine Nachfolgeregelung.
- Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung bestand regelmäßiger Kontakt – es wurden Unternehmensstrategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement beraten. Der AR hat einen Personal- und Finanzausschuss, der regelmäßig tagte. Der AR-Vorsitzende war nicht Vorsitzender des Ausschusses. Der Vorsitzende ist kein ehemaliges Mitglied der GF. Bewertungsfragen von Immobilien sind nicht relevant, die GmbH ist Mieterin des Grundstückes und des Theatergebäudes. Das Plenum des AR wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses in den Sitzungen über Inhalt und Ergebnis der Beratungen unterrichtet.
- Ein AR-Mitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsrats-/Stiftungsratsmandaten erreicht. Die AR-Mitglieder üben nach eigenen Angaben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.
- Die AR-Mitglieder erhalten eine Erstattung ihrer direkten Aufwendungen (Reise-/Übernachungskosten). Sonderleistungen wurden nicht gezahlt. Die Aufwendungen sind im Jahresabschluss dokumentiert.
- Es fanden im Berichtsjahr zwei Sitzungen statt. Ein Mitglied des AR konnte an beiden Sitzungen nicht teilnehmen. Ein Mitglied des AR hat an einer Sitzung (22. 07. 2014) nicht teilnehmen können. Eine Stimmübertragung erfolgte nicht.
- Außerordentliche Sitzungen des AR waren nicht erforderlich.

IV. Interessenkonflikte

- Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Die am 14.05.2008 erlassene Betriebsvereinbarung „Verhaltenskodex“ zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat gilt weiterhin, sie wurde zu Beginn des Jahres 2013 (März) entsprechend einer Empfehlung des Rechnungshofes von Berlin aktualisiert. Sachverhalte, die berechtigten Anlass zu Verstößen gegen die Betriebsvereinbarung geben, sind nicht bekannt. Es ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- Es haben sich auch hier keine Anhaltspunkte gegen die Regeln des Wettbewerbsverbotes oder der Vorteilsnahme ergeben.
- GL und AR haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Interessenkonflikte bestanden nicht. Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder Ihnen nahe stehende Personen oder ihnen persönlich nahe stehende Unternehmen waren nicht gegeben.
- Mitgliedern des AR und der Geschäftsleitung bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.
- Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge von Mitgliedern des AR mit dem Unternehmen bestanden nicht – folglich sind auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen nicht erlassen worden.
- Beide Mitglieder der Geschäftsleitung übten zeitweise eine Nebentätigkeit aus, der der AR zugestimmt hat (Bestellung zu Lehrbeauftragten an der Freien Universität Berlin). Der Verwaltungsdirektor ist außerdem Vorstandsvorsitzender der

Anlage 5

Interessengemeinschaft Gewerbetreibender DIE MITTE e.V. (ohne Vergütungs- und Aufwandsentschädigung).

V. Transparenz

- Die Geschäftsleitung hat im Bericht für das 1. Quartal ausgeführt, dass die Umsätze geringer als im Wirtschaftsplan vorgesehen ausfielen. Sicherheitshalber und mit Blick auf die im Sommer anstehende dreimonatige Schließzeit sowie den hohen Investitionsaufwand der Neuproduktionen wurde deshalb eine vorläufige Haushaltswirtschaft veranlasst und die Verfügungsrahmen der Kostenstellen um 5 % gekürzt. Ferner wurde ein Kontokorrentkredit vom AR genehmigt. Aufgrund der dann deutlich positiven Entwicklung des Geschäftsjahres musste dieser nie in Anspruch genommen werden.
- Das geprüfte Jahresergebnis (Jahresüberschuss) beträgt 97.241,--€.
- Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

VI. Rechnungslegung

- Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen, darüber hinaus in angeforderten Zwischenberichten unterschiedlicher Art, dem AR, seinem Ausschuss, dem Gesellschafter und dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorgelegt.
- Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

VII. Abschlussprüfung


- Der AR hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe und der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den AR-Vorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Prüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
- Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des AR zum Jahresabschluss satzungsgemäß teilnehmen.
- Der Abschlussprüfer hat im Rahmen seiner Redepflicht gegenüber dem AR und der GF keine Tatsachen vorgetragen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben.

Berlin, den 16.1. 2015



Tim Renner
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Berlin, den 16.1. 2015



Dr. Berndt Schmidt
Geschäftsführer

Friedrichstadt-Palast Berlin Betriebsgesellschaft mbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge des Geschäftsführers Dr. Berndt Schmidt

Vergütungsbestandteil	Betrag
Jahresbrutto	139.333,32 Euro
Zielvereinbarung	20.000,00 Euro
Produzentenvergütung	153.644,40 Euro
Gesamtbezüge 2014	312.977,72 Euro

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates hatten im Geschäftsjahr 2014 keinen Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Es wurden auch keine Zahlungen in diesem Sinne geleistet.

Einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten Reisekostenerstattungen:

Mitglied des Aufsichtsrates	Reisekostenerstattung
Frau Dr. Ingrid Nümann-Seidewinkel	203,30 Euro
Frau Bettina Rothärmel	260,59 Euro

GESOBAU AG

DAS UNTERNEHMEN

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND ORGANISATION

Die GESOBAU bewirtschaftet rund 37.700 eigene Wohnungen, überwiegend im Berliner Norden. Kerngeschäft des Unternehmens ist die Verwaltung von eigenen Wohnungsbeständen sowie der damit verbundenen Gewerbeobjekte.

Mit einem Bilanzgewinn von 15,2 Mio. € konnte die GESOBAU das Geschäftsjahr 2014 erfolgreich abschließen. Die in 2014 getätigten hohen Investitionen wirken sich wertsteigernd auf die Immobilienbestände (122,0 Mio. €) aus.

Das Unternehmen hat im Märkischen Viertel in Berlin-Reinickendorf die größte Modernisierungsmaßnahme in Deutschland, mit dem Schwerpunkt der energetischen Komplettmodernisierung, fortgesetzt.

Ergänzt wird die Strategie der energetischen Komplettmodernisierung künftig durch einen zielgerichteten Wohnungsneubau sowie den gezielten Ankauf von Wohnportfolien. Für insgesamt 872 Wohneinheiten wurden Kaufverträge abgeschlossen. Für drei Projekte mit insgesamt 275 Wohneinheiten erfolgte bereits der Spatenstich. Attraktive Wohnungsbestände mit einem gesunden Mix aus Neu- und Altbauten in nachgefragten Lagen sowie die solide finanzielle Lage der Gesellschaft eröffnen weiterhin Spielräume für eine nachhaltige Entwicklung.

MITARBEITER

Die GESOBAU beschäftigte zum Bilanzstichtag 269 Mitarbeiter (Vorjahr: 274). Der Frauenanteil lag bei 65,8 % und der Anteil der Schwerbehinderten bei 4,1 %. Mit einer Auszubildendenquote von 12,3 % investiert das Unternehmen zielgerichtet in den Nachwuchs. Am Jahresende 2014 waren 33 Auszubildende und Studenten beschäftigt. Mit einem hohen Engagement in der Ausbildung junger Menschen sichert sich das Unternehmen den Zugang zu gut ausgebildeten Nachwuchskräften.

Der gesamte Personalaufwand lag aufgrund tariflicher Anpassungen im Geschäftsjahr 2014 mit 15,7 Mio. € um 2,7 % über dem Vorjahresniveau.

NACHHALTIGKEIT

Wie auch in den Vorjahren waren im Geschäftsjahr 2014 sämtliche Prozesse, Maßnahmen und Initiativen in allen Handlungsfeldern nachhaltig ausgelegt. Strategisches Sozialmanagement, verantwortungsbewusstes Handeln der eigenen Mitarbeiter sowie ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein sind gleichberechtigte Bausteine einer wirtschaftlich erfolgreichen und somit nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens. Die Kunden und auch die interessierte Berliner Öffentlichkeit profitieren in vielfältigster Weise vom Nachhaltigkeitsengagement der GESOBAU. Das Verständnis dafür wurde nunmehr bereits zum vierten Mal in einem Nachhaltigkeitsbericht dokumentiert.

ARBEITSWEISE VON VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten eng und vertrauensvoll im Interesse des Unternehmens zusammen. Der Vorstand besteht zurzeit aus zwei Mitgliedern; der Aufsichtsrat aus neun, von denen drei von den Arbeitnehmern gewählt werden. Der Vorstand leitet die Gesellschaft und führt deren Geschäfte mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung. Die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Geschäftsverteilungsplan.

Entsprechend der Satzung bestellt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstandes. Der Aufsichtsrat entscheidet, aus wie vielen Mitgliedern sich der Vorstand zusammensetzt. Der Aufsichtsrat erlässt eine Geschäftsordnung und einen Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand. Die Geschäftsordnung enthält einen Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Jedes Vorstandsmitglied ist berechtigt und auf Verlangen des Aufsichtsrates verpflichtet, an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilzunehmen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des Aufsichtsratsgremiums, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Gremiums nach außen wahr. Der Vorstand nimmt an allen Sitzungen des Aufsichtsrates teil. Er berichtet schriftlich und mündlich zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder.

Die zur Beschlussfassung notwendigen Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrates spätestens zwei Wochen vor der Sitzung vorgelegt. Bevor sich das Plenum trifft, findet ein Vorgespräch der Arbeitnehmervertreter mit dem Vorstand statt, in dem der Vorstand Details erläutert und Fragen beantwortet. Von der Möglichkeit Beschlüs-

se im schriftlichen Umlaufverfahren zu fassen, wird regelmäßig nur in den Fällen Gebrauch gemacht, die besonders eilbedürftig sind.

Insbesondere der Vorsitzende des Aufsichtsrates trifft sich regelmäßig mit dem Vorstand und erörtert mit diesem aktuelle Fragen. Außerhalb dieser Treffen informiert der Vorstand den Aufsichtsratsvorsitzenden mündlich und schriftlich über aktuelle Entwicklungen.

Der Aufsichtsrat hat aus dem Kreis seiner Mitglieder mit dem Personalausschuss und dem Finanz- und Grundstücksausschuss zwei Gremien gebildet, die seine Arbeit vorbereiten und ergänzen. Der Personalausschuss besteht aus drei Mitgliedern; der Finanz- und Grundstücksausschuss aus fünf. In beide Ausschüsse ist ein Vertreter der Arbeitnehmer entsandt.

Der Personalausschuss bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern einschließlich der Bedingungen der Anstellungsverträge und der Vergütung vor. Der Finanz- und Grundstücksausschuss hat die Aufgabe, den Aufsichtsrat bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktionen, insbesondere hinsichtlich der Rechnungslegung, zu unterstützen.

KEIN WECHSEL IN DEN ORGANEN

Im Vorstand sowie im Aufsichtsrat gab es im Berichtsjahr keine personellen Veränderungen.

BEZIEHUNGEN ZUM LAND BERLIN

Über die Beziehungen zum Land Berlin hat der Vorstand gemäß § 312 Aktiengesetz (AktG) einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Dieser schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zum Land Berlin aufgeführten Rechtsgeschäften des Geschäftsjahres 2014 nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten.

Bei den in diesem Bericht genannten Maßnahmen des Geschäftsjahres 2014 wurde das Unternehmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die dem Vorstand im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren. Über die in diesem Bericht genannten Maßnahmen des Geschäftsjahres 2014 hinaus

wurden im Berichtsjahr keine weiteren Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse des Landes Berlin und der mit ihm verbundenen Unternehmen getroffen noch unterlassen.“

RAHMENBEDINGUNGEN

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 insgesamt positiv entwickelt. Nach einem dynamischen Start ins Jahr 2014 folgte eine Abschwächung mit anschließender Stagnation im Sommer. Zum Jahresende setzte wieder ein moderater Aufwärtstrend ein. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,5 % verglichen zum Vorjahr und ist damit wieder deutlich mehr gestiegen als in den vergangenen zwei Jahren. Trotz eines weiterhin schwierigen außenpolitischen Umfeldes war Deutschland auch 2014 Exportweltmeister. Die weiterhin bestehende Unsicherheit der Unternehmen ließ die Investitionsbereitschaft im vergangenen Jahr nur leicht steigen. Die deutsche Wirtschaft konnte 2014 vor allem von seiner starken Binnennachfrage profitieren. Die Bundesbank geht für 2015 von einem Anstieg des BIP um 1,0 % aus und erwartet damit einen geringeren Anstieg als im Vorjahr.

Laut Statistischem Bundesamt waren in 2014 durchschnittlich 42,7 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig, das waren ca. 0,9 % mehr als ein Jahr zuvor. In Berlin stieg die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr und damit auf den höchsten Stand seit 2000. Die Arbeitslosenquote in Deutschland blieb mit 6,4 % im Dezember 2014 leicht unter dem Vorjahreswert. Zum Ende des Jahres waren ca. 2,8 Millionen Menschen mit Wohnsitz in Deutschland erwerbslos.

Im Jahr 2014 erreichte der durch die EZB festgelegte Leitzins erneut einen historischen Tiefstand. Seit September 2014 verweilt der Leitzins bei niedrigen 0,05 %, um die Konjunktur in der Eurozone weiter zu stabilisieren und den Geldmarkt mit Wachstum zu beleben.

DIE ENTWICKLUNG DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT

Die deutsche Immobilienwirtschaft ist und bleibt ein wesentlicher Stabilitätsfaktor der deutschen Wirtschaft. Die Branche wächst seit 2008 um durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr.

Eine enorme Herausforderung für die Branche ist die regional differenzierte Bevölkerungsentwicklung. Die teilweise stark abnehmenden Bevölkerungszahlen in vielen ländlichen Gegenden führen zur Stagnation oder Verringerung der dortigen Wohnungsnachfrage. Gleichzeitig verzeichnen viele Großstädte einen Nachfrageüberhang nach Wohnungen, was zu steigenden Wohnungsmieten führt und verstärkte Anreize für Neubaumaßnahmen setzt.

DIE SITUATION DER WOHNUNGSWIRTSCHAFT IN BERLIN

Der Berliner Wohnungsmarkt verzeichnete auch 2014 einen weiteren Rückgang des Leerstandes sowie eine anhaltend positive Mietentwicklung. Gründe dafür sind einerseits die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und andererseits die nach wie vor zu niedrige Neubauleistung angesichts des kräftigen Bevölkerungswachstums.

Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) hat im Dezember 2014 erneut den jährlichen Marktmonitor für das Jahr 2014 veröffentlicht. Demnach stiegen 2013 die Neuvertragsmieten für Wohnungen von BBU-Mitgliedsunternehmen um 2,1 % auf 5,97 €/m². Damit verlangsamte sich die Preissteigerung bei Neuverträgen zwar, aber die Neuvertragsmietenentwicklung bewegt sich insgesamt weiterhin über dem Niveau der allgemeinen Inflationsrate. Bei den Bestandsmieten gab es 2013 in Berlin bei den BBU-Mitgliedsunternehmen eine Steigerung um 2,7 % auf durchschnittlich 5,30 €/m². Die Mieten in den Wohnanlagen der GESOBAU lagen 2012 und 2013 unter diesem Durchschnittswert und stehen damit für moderate, sozial verträgliche und mietpreisdämpfende Mieten.

Der Nachfrageüberhang an Wohnungen ließ den Leerstand in Berlin auf ein Rekordtief sinken. Bei den BBU-Mitgliedsunternehmen sank der Leerstand in 2013 auf 2,0 % und damit auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erfassung 1995. Als Reaktion auf die gestiegene Wohnungsnachfrage zeigt sich in Berlin ein deutlicher Anstieg der Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude. Gemäß dem Amt für Statistik

Berlin-Brandenburg stiegen die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude in Berlin bis einschließlich November 2014 um 17,7 % im Vergleich zum Vorjahr.

GESCHÄFTSVERLAUF

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die GESOBAU einen Bilanzgewinn von 15,2 Mio. €. Der im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 geplante Bilanzgewinn wurde um 6,4 Mio. € übererfüllt. Das Kerngeschäft, die Vermietung und Bewirtschaftung der eigenen Immobilienbestände, hat sich sehr positiv entwickelt. Dabei haben die Zufriedenheit der Mieter sowie die Reduzierung von Fluktuation und Leerständen eine hohe Priorität. Die erheblichen Investitionen in die Wohnungsbestände entsprechen der strategischen Ausrichtung und werden auch in Zukunft für ein nachhaltiges Wachstum sorgen und sich weiterhin positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

ERTRAGSLAGE

Mieterlöse gestiegen

Der Gesamtumsatz der GESOBAU stieg im Geschäftsjahr 2014 um 0,4 % von 227,9 Mio. € auf 228,8 Mio. €. Dabei konnten die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung um 2,7 % (+ 6,0 Mio. €) gesteigert werden, wobei die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken des Umlaufvermögens sanken (- 5,2 Mio. €).

Umsatzerlöse

in Mio. €	2012	2013	2014
Umsatz	222,3	228,0	228,8

Die Soll-Mieteinnahmen aus Wohnungen erhöhten sich von 147,3 Mio. € auf 153,8 Mio. €. Die Miete je m² Wohnfläche stieg um 4,4 % auf durchschnittlich 5,32 €/m². Der

Anstieg resultiert aus Mietsteigerungen nach Modernisierungen entsprechend der strategischen Ausrichtung, höheren Neuvertragsmieten sowie Mietsteigerungen im Bestand.

Entwicklung der durchschnittlichen Wohnungsmieten

	2012	2013	2014
durchschnittliche Wohnungsmiete	4,94 €/m ²	5,10 €/m ²	5,32 €/m ²
Steigerung gegenüber dem Vorjahr	2,7 %	3,2 %	4,4 %

Die Mieterlöse aus Gewerbe- und sonstigen Einheiten lagen im Berichtsjahr auf dem Vorjahresniveau.

Der durchschnittliche Wohnungsleerstand konnte um 1,0 %-Punkte gesenkt werden. Er lag im Durchschnitt bei 3,4 %. Die Erlösschmälerungen sind in der Folge erheblich gesunken (-1,8 Mio. €).

Aus dem Verkauf von Immobilien aus dem Umlaufvermögen wurden 0,4 Mio. € an Umsatzerlösen (Vorjahr: 5,7 Mio. €) erzielt. Diese betreffen den Verkauf von nicht betriebsnotwendigen unbebauten Grundstücken.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 25,9 Mio. € (Vorjahr: 16,3 Mio. €) resultierten im Wesentlichen aus Auflösungen von Rückstellungen, aus der Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten, aus gewährten Tilgungszuschüssen und sonstigen periodenfremden Erträgen.

Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen gesunken

Die Aufwendungen der Hausbewirtschaftung sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,6 % auf 143,9 Mio. € gesunken. Zentrale Ursachen hierfür sind geringer angefallene Betriebskosten sowie Instandsetzungs- und nicht aktivierungsfähige Modernisierungskosten. Die anderen Aufwendungen der Hausbewirtschaftung blieben annähernd auf dem Vorjahresniveau.

Entwicklung der Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten je m² Wohn-/Gewerbefläche

in €/m ² /Jahr	2012	2013	2014
Instandhaltungskosten	4,18	5,00	4,25
Instandsetzungskosten, nicht aktivierbare Moder- nisierungskosten	24,64	23,55	21,97

Bei der Budgetierung der Instandhaltungsmittel folgt die GESOBAU individuellen Portfoliostrategien. Notwendige Großinstandsetzungen und Modernisierungen basieren durchgängig auf detaillierten Wirtschaftlichkeitsberechnungen. Mit den werterhöhenden Ausgaben im Modernisierungsbereich liegt die Gesellschaft weiterhin ganz erheblich über dem Durchschnitt ihrer Wettbewerber.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

Bei einem stetigen Anstieg der planmäßigen Abschreibungen aufgrund von zu aktivierenden Modernisierungskosten wurden im Berichtsjahr laufende Abschreibungen in Höhe von 27,6 Mio. € (Vorjahr: 26,3 Mio. €) vorgenommen. Darüber hinaus erfolgten gem. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen im Anlagenbestand.

Sonstige betriebliche Aufwendungen weiter gesunken

Im Geschäftsjahr 2014 verminderte sich der Gesamtbetrag der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 11,1 Mio. € im Vorjahr auf 10,9 Mio. €. Darin enthalten sind die Verwaltungskosten mit 7,7 Mio. € (Vorjahr: 7,1 Mio. €), Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Zuführungen zu den Sonstigen Rückstellungen.

Nettokreditbestand und Zinsaufwand

Der Nettokreditbestand erhöhte sich im Berichtsjahr von 748,5 Mio. € im Vorjahr auf 857,6 Mio. €. Die Zugänge beinhalten im Wesentlichen die Finanzierung der umfassenden Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen sowie eine Ankaufsfianzierung von Wohnimmobilien mit Nutzen-/Lastenwechsel zum 1. Januar 2015.

Der Nettozinsaufwand ist im Geschäftsjahr von 26,1 Mio. € auf 24,8 Mio. € gesunken. Darin enthalten sind außerordentliche Abschreibungen auf Disagien in Höhe von 0,3 Mio. € aus KfW-Finanzierungen im Rahmen von Umschuldungen.

Positiver Bilanzgewinn

Das Jahr 2014 war wiederum von großem wirtschaftlichen Erfolg geprägt. Bei Gesamtinvestitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von 163,7 Mio. € steigerte das Unternehmen den Bilanzgewinn auf 15,2 Mio. € gegenüber 8,4 Mio. € im Vorjahr. Die Modernisierung in der Großsiedlung Märkisches Viertel verläuft planmäßig und wird voraussichtlich Ende 2015 abgeschlossen.

Bilanzgewinn

in Mio. €	2012	2013	2014
Bilanzgewinn	8,2	8,4	15,2

EBITDA und Cashflow

Der EBITDA stellt das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen dar und spiegelt die operative Ertragskraft wider. Das operative Ergebnis stieg 2014 auf 82,5 Mio. € im Vergleich zu 59,5 Mio. € im Jahr zuvor.

in Mio. €	2012	2013	2014
EBITDA	61,1	59,5	82,5

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit liegt erheblich über dem Niveau des Vorjahres. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ist abermals durch die enormen Modernisierungsaufwendungen in den Beständen gekennzeichnet. Darüber hinaus wurden für den Erwerb von Immobilien Anzahlungen geleistet.

Bei einer hohen Neukreditaufnahme für Modernisierungsmaßnahmen im Bestand, für Neubaumaßnahmen sowie dem Erwerb von Immobilien konnten aus der freien Liquidität der Gesellschaft insbesondere höherverzinsliche Darlehen außerplanmäßig zurückgeführt werden.

Cashflow

in Mio. €	2012	2013	2014
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	67,8	77,2	91,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-109,0	-99,8	-200,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	29,9	24,7	124,1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	63,9	66,0	81,1

FINANZLAGE

Qualifiziertes Finanzmanagement

Ein aktives Finanzmanagement sichert die jederzeitige Liquidität der Gesellschaft sowie die Bedienung der Darlehen. Die GESOBAU verfügte während des gesamten Geschäftsjahres 2014 über ausreichende Liquidität.

Zur Absicherung von Finanzrisiken bestehen Zinsswapgeschäfte sowie Forward-Geschäfte. Für weitere Informationen wird auf die Angaben im Anhang zu Finanzderivaten verwiesen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Darlehen mit einem Volumen von 194,7 Mio. € valutiert. Die auch weiterhin im Branchenvergleich als niedrig zu bezeichnende Nettoverschuldung pro m² Wohn- und Gewerbefläche erhöhte sich in Folge der hohen Investitionen von 299 €/m² zum Vorjahresstichtag auf 342 €/m² zum Ende des Jahres 2014.

Solide Eigenkapitalausstattung

Die Hauptversammlung beschloss im Geschäftsjahr 2014 den Bilanzgewinn des Jahres 2013 in vollem Umfang den Anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Es wurden der Gesellschaft fünf Grundstücke in das Vermögen eingebracht, welches zu einer Erhöhung der Kapitalrücklage führte. Darüber hinaus wurde durch Beschluss des Aufsichtsrates, gem. § 23 Abs. 1 der Satzung der GESOBAU, die Hälfte des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2014 in die Gewinnrücklagen eingestellt. Das Eigenkapital

der Gesellschaft hat sich damit auf 326,9 Mio. € (Vorjahr 295,9 Mio. €) erhöht. Die Eigenkapitalquote liegt mit 21,8 % auf dem Vorjahresniveau.

VERMÖGENSLAGE

Die Bilanzsumme ist um 147,2 Mio. € gestiegen und beträgt 1.499,6 Mio. €. Die Bilanz der GESOBAU entspricht in ihrer Struktur der einer anlagenintensiven Wohnungsgesellschaft.

Stabile Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft zeigt ein ausgeglichenes Bild. Das langfristige Vermögen ist mit langfristigem Kapital finanziert. Der Bestand an eigenen Wohnungen und Gewerbeeinheiten stieg im Berichtsjahr von 37.681 auf 37.702 Einheiten leicht an.

Das Anlagevermögen erhöhte sich insbesondere durch Anzahlungen auf den Erwerb von Immobilien (102,4 Mio. €) sowie durch Modernisierungsinvestitionen (56,4 Mio. €), denen insbesondere Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 27,8 Mio. € entgegenstehen. Im Ergebnis stieg das Anlagevermögen um 135,6 Mio. € auf 1.335,1 Mio. €.

Bei den Guthaben bei Geldinstituten handelt es sich zu großen Teilen um Festgelder, die zweckgebunden für Modernisierungsmaßnahmen sind.

Aus Sicht des Vorstandes wird sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GESOBAU in den Folgejahren weiter positiv entwickeln.

NACHTRAGSBERICHT

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse eingetreten, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen.

RISIKO- UND CHANCENBERICHT

Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der GESOBAU gehört ein aktives Risikomanagement. Im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex implementierte die GESOBAU dieses in ihren Unternehmensprozess. Das dokumentierte System erfasst alle Unternehmensaktivitäten und beinhaltet auf der Basis einer definierten Risikostrategie neben dem internen Überwachungssystem und Controlling auch ein systematisches und permanentes Vorgehen hinsichtlich Risikoinventur, -controlling und Risikoberichterstattung.

Aktives Risikomanagement

Die GESOBAU hat ihr Risikomanagementsystem darauf ausgerichtet, alle und im Besonderen die wesentlichen Risiken frühzeitig zu erkennen. Dadurch lassen sich auf das jeweilige Einzelrisiko abgestimmte Risikosteuerungsmaßnahmen einleiten und die bestehenden Risiken laufend überwachen. Risiko definiert sich als negative Abweichung von den Planwerten beziehungsweise den erwarteten Zukunftswerten. Es ist nicht möglich, alle Risiken zu vermeiden, es geht vielmehr darum, im Rahmen des bestehenden Risikomanagementsystems, Risiken transparent zu machen und sie möglicher Weise zu quantifizieren, um die Handlungsspielräume und die Wahrnehmung von Chancen zu verbessern.

Alle relevanten Risiken werden jährlich nach Risikokategorien und -klassen über eine systemgestützte Risikoinventur vom Risikomanagement erfasst und unter Zuhilfenahme von Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten bewertet. Im Rahmen des Risiko-Controllings fließen alle wesentlichen Risiken in eine halbjährliche Risikoberichterstattung ein, wo sie über Wertgrenzen gesteuert werden. Darüber hinaus ist die Risikoberichterstattung mittels Kennzahlen auch Teil des Quartalsberichtes an den Aufsichtsrat. Ein weiteres Steuerungsinstrument im Unternehmen ist die Balanced Scorecard, die eine Reihe von Risikoindikatoren beinhaltet und für die GESOBAU Schwellenwerte definiert hat.

Ein essenzieller Bestandteil der Risikosteuerung ist der regelmäßige Planungsprozess, der sich im Wesentlichen über den Mittelfristzeitraum erstreckt. Das Berichtswesen durch das Controlling stellt dabei einen weiteren zentralen Aspekt der Risikosteuerung dar. Es werden monatlich von allen Plankennziffern die Ist-Größen den Ziel-Größen

gegenüber gestellt. Darüber hinaus werden unterjährige Prognoseberechnungen erstellt, um Abweichungen vom Wirtschaftsplan frühzeitig auszumachen und steuernd eingreifen zu können. Über Risiken oder Fehlentwicklungen, die möglicherweise außerhalb der regelmäßigen Berichtszeiträume auftreten, berichtet das Risikomanagement im Bedarfsfall sofort.

Der Revision obliegt die interne fortlaufende Prüfung der Zuverlässigkeit und Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Sie zeigt zudem Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der einzelnen Risikomanagementprozesse auf. Die mit der Jahresabschlussprüfung beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrolliert nach § 317 Abs. 4 HGB die Einrichtung und Funktionsfähigkeit des Risikofrüherkennungssystems, das Bestandteil des Risikomanagementsystems ist.

Strategische Risiken der GESOBAU

Für die Geschäfte der GESOBAU sind von wesentlicher strategischer Bedeutung die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung, die Tendenz zur Alterung und Internationalisierung der Berliner Bevölkerung, die soziale und die Einkommensentwicklung sowie der steigende Wohnflächenverbrauch der privaten Haushalte. Zukünftig ist zu erwarten, dass sich die Disparität zwischen angebotenen und nachgefragtem Wohnraum, in Bezug auf die Preissegmente und Strukturen, nicht verringern wird. Es wird nicht mehr nur den einfachen Nachfrageüberhang von Wohnungen geben. Darüber hinaus wird die Individualisierung der Nachfrage das Angebot zwingen, darauf einzugehen. Hierbei werden der Anpassungsbedarf für die alternde Bevölkerung sowie die Integration von Migrant*innen eine zentrale Rolle spielen. Aus dem Nachfrageüberhang nach Wohnungen können im Zuge einer verstärkten Neubautätigkeit weitere Risiken resultieren.

Markt- und Objektrisiken

In Anbetracht der Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt ist auch für die Folgejahre mit einem weiteren Rückgang des Leerstandes zu rechnen. Der Leerstand wird neben der allgemeinen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung durch sehr unterschiedliche Risikofaktoren wie die Sozialstruktur der Bewohner, die Wohnungsstruktur im Verhältnis zur Nachfrage, der Objektzustand, die Ausstattung und die Höhe der

Bruttowarmmiete beeinflusst. Hinzu kommt ggf. ein zeitlich begrenzter, erwünschter Leerstand während der Modernisierung von Wohngebäuden.

In den vergangenen Jahren lag die Preisentwicklung für Betriebskosten deutlich über der allgemeinen Preisentwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex. Für den Fall, dass sich dieser Trend verstärkt, ist davon auszugehen, dass die Bruttowarmmiete die Zahlungsfähigkeit einzelner Mieter übersteigt. Hieraus können Erlösausfälle resultieren.

Mit der Strategie der Komplettsanierung ihrer Bestände verfolgt die GESOBAU auch das Ziel, die Betriebskosten für die Mieter nachhaltig zu senken und somit einen Handlungsspielraum bei den Nettokaltmieten zu ermöglichen. Diese Strategie ist die direkte Gegenmaßnahme des erwähnten Leerstands- und Betriebskostenrisikos. Die Gesamtbelastung wird trotz Einsparmaßnahmen für die Mieter in Zukunft weiter anwachsen.

Die GESOBAU realisiert in den kommenden Jahren auch wieder Neubauvorhaben. Diese Entscheidung basiert auf der aktuellen Marktentwicklung und der sehr hohen Nachfrage nach Wohnraum in Berlin. Es entsteht hierdurch ein neues Risiko, welches in der Risikobetrachtung berücksichtigt wird.

Finanzrisiken

Durch Umschuldungen und Prolongationen mit dem Ziel der Zinsverbesserung entstehen für die GESOBAU auch Zinsänderungsrisiken, die durch den Abschluss langfristiger Festzinskonditionen zu den aktuell günstigen Zinsbedingungen abgesichert werden. Die geplanten Kompletmodernisierungen und Neubaumaßnahmen in den Immobilienbeständen erfordern Neukreditaufnahmen. Dadurch hat das Zinsänderungsrisiko größere Dimensionen als in den früheren Jahren angenommen. Es wird jedoch durch das weiterhin moderate Zinsniveau ebenso begrenzt, wie durch den bevorzugten Einsatz zinsgünstiger KfW-Mittel für geplante Neukreditaufnahmen.

Die noch nicht finanzierten Bauvorhaben sind so in den Unternehmensprozess eingegliedert, dass sie zu jeder Zeit bei stark steigenden Zinsen für Baufinanzierungsmittel ausgesetzt werden können, ohne dass dieses Aussetzen ein erhebliches Risiko mit sich führt. Bauvorhaben werden erst dann begonnen, wenn die Finanzierung sichergestellt ist. Die GESOBAU hält stets Liquiditätsreserven in ausreichender Höhe vor.

Betriebsrisiken

Um die in den kommenden Jahren geplanten Baumaßnahmen zu realisieren, schließt die GESOBAU in großem Umfang Bauleistungsverträge ab. Diese erhöhen das Risiko von Mehrkosten wegen unvorhersehbarer Ereignisse im Zuge der Realisierung der Projekte und des allgemein begrenzten Angebotes an Baudienstleistungen. Bei Komplettmodernisierungen und Neubaumaßnahmen besteht außerdem das Risiko der Rentabilität der Investitionen. Dieses kann eintreten, wenn das Unternehmen die für die Rentabilität zu erreichende Zielmietaus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht oder sich die Bau- oder Finanzierungskosten für einzelne Maßnahmen erhöhen.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Das Risikomanagement der GESOBAU hat zum Stichtag 31. Dezember 2014 alle Risiken in den Risikokategorien Markt-, Finanz-, Objekt- und Betriebsrisiken überprüft und eine Einschätzung der Erwartungswerte für die zukünftige Risikolage vorgenommen. Nach Überprüfung der Risikolage zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2014 liegen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden. Auch für die Zukunft sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Darüber hinaus sind auch keine Risiken zu identifizieren, die den Fortbestand von Tochterunternehmen gefährden. Für die eingeschätzten Risiken kann davon ausgegangen werden, dass die geplante Liquidität die jederzeitige kurzfristige finanzielle Bewältigung eines eventuellen Risikoeintritts erlaubt.

Compliance-Management-System

Das Compliance-Management-System der GESOBAU unterstützt die Einhaltung aller im Unternehmen anzuwendenden Gesetze, internen Richtlinien und Verhaltensstandards.

Die GESOBAU ergreift umfassende Vorsorge- und Präventivmaßnahmen sowie umfangreiche technische Schutzmaßnahmen, welche fortlaufend an die sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Außerdem wird das Compliance System der GESOBAU kontinuierlich auf Wirksamkeit überprüft, um zu gewährleisten, dass alle ergriffenen risikominimierenden Maßnahmen effizient zum Einsatz kommen. Die Com-

pliance Regelungen stellen neben einem einheitlichen Wertemaßstab auch einen normativen Handlungsrahmen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Vorstand und Aufsichtsrat der GESOBAU dar.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des Erst-Auditierungsverfahrens nach dem ICG-Standard („Initiative Corporate Governance der deutschen Immobilienwirtschaft e.V.“) im Geschäftsjahr 2013 wurde im Jahr 2014 eine Wiederholungs-Audit vorgenommen. Wie bereits 2013, wird auch für das Jahr 2014 der GESOBAU AG eine gelungene Implementierung des ICG-zertifizierten Wertemanagements in ihre Geschäftsprozesse testiert.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem umfasst auch die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das interne Revisionsystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht.

Das Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bezieht sich als Teil des internen Kontrollsystems auf Kontroll- und Überwachungsprozesse der Rechnungslegung, insbesondere bei handelsbilanziellen Positionen, die Risikoabsicherungen des Unternehmens erfassen.

Die wesentlichen Merkmale des bei der GESOBAU bestehenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

- Es gibt eine klare Aufbau- und Ablauforganisation mit eindeutigen Verantwortlichkeiten.
- Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche des Rechnungswesens und des Controlling sind klar getrennt. Die Verantwortungsbereiche sind klar zugeordnet.
- Es wird von der GESOBAU vollumfänglich Standardsoftware (im Wesentlichen SAP ECC 6.0) eingesetzt. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt.
- Ein adäquates Richtlinienwesen ist eingerichtet und wird laufend aktualisiert.

- Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Stellen werden in quantitativer wie qualitativer Hinsicht geeignet ausgestattet.
- Buchhaltungsdaten werden laufend auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Dies geschieht auch durch Stichproben. Durch die eingesetzte Software finden Plausibilitätsprüfungen, z. B. im Rahmen von Zahlungsläufen, statt.
- Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem stellt im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie in die Rechnungslegung übernommen werden. Die geeignete personelle Ausstattung, die Verwendung von Standard-Software sowie klare gesetzliche und unternehmensinterne Vorgaben bilden die Grundlage für einen ordnungsgemäßen, einheitlichen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess. Die klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie umfassende Kontroll- und Überprüfungsmechanismen, insbesondere Plausibilitätskontrollen und das Vier-Augen-Prinzip, stellen eine korrekte und aussagefähige Rechnungslegung sicher.

PROGNOSEBERICHT

2015 GLOBALE KONJUNKTUR NIMMT WIEDER FAHRT AUF

Nach Aussage verschiedener Wirtschaftsinstitute wird für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland für 2015 eine Zuwachsrate von 1,5 % erwartet.

Die deutsche Bauwirtschaft rechnet mit einem Plus von 2,0 % im Jahr 2015. Der Wohnungsbau belebt die Baukonjunktur. Der Umsatz des Wohnungsbaus soll im laufenden Jahr um 3,0 % steigen. Dies zeigen nicht zuletzt die dort teilweise kräftig steigenden Neuvertragsmieten. Einem stärkeren Bauboom stehen die langfristigen demographischen Perspektiven entgegen. Angesichts der verstärkten Wohnungsbauinvestitionen ergibt sich für die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt im Jahresdurchschnitt 2014 ein Anstieg um 3,1 %. Für das Jahr 2015 erwarten Wirtschaftsexperten eine Zunahme in Höhe von 1,7 %.

In Berlin ist die Zahl der Baugenehmigungen auf einen neuen Höchststand der vergangenen Jahre gestiegen. Die Investitionsbedingungen sind sehr günstig und die Nachfrage hoch. Die hohe Investitionstätigkeit kann zu einer Verknappung des Angebots führen, wodurch ein überproportionaler Anstieg von Bau- und Baunebenkosten zu erwarten wäre.

Die Berliner Wohnungswirtschaft wird auch in absehbarer Zeit von vier großen Trends geprägt: die demografische Entwicklung, die zunehmende soziale Spreizung der Gesellschaft, die stetig steigenden Anforderungen an Klimaschutz- und Energieeffizienz sowie die wachsende Vielfalt der persönlichen Lebensstile. Diese Trends gilt es aufzugreifen und mit differenzierten Wohnkonzepten auszugestalten. Neben diesen qualitativen Aspekten sind aber auch quantitative Effekte zu berücksichtigen, denn Berlin wächst und braucht neue Wohnungen.

Die anhaltende und im Zuge der dynamischen demografischen Entwicklung eher noch steigende Nachfrage nach Wohnraum für einkommensschwache Haushalte verlangt nach einer vorausschauenden Planung. Einigkeit herrscht bei allen Marktteilnehmern darüber, welche Maßnahmen die Marktgängigkeit von Bestandswohnungen und -häusern am deutlichsten verbessern. Genannt werden energetische Maßnahmen, barrierefreier/seniorengerechter Umbau sowie der Einbau von Aufzügen und neuen Bädern.

Im Jahr 2012 sind die GESOBAU und weitere städtische Wohnungsunternehmen dem Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten beigetreten. Das Land Berlin verfolgt mit Hilfe des Bündnisses das Ziel einer Steuerung des Berliner Wohnungsmarktes. Als wesentliche Maßnahmen sind hier der Wohnungsneubau sowie der Ankauf von mindestens 30.000 Wohnungen bis 2016, die Begrenzung von allgemeinen Mieterhöhungen sowie die Absenkung der Modernisierungsumlage aufzuführen. Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte eine Fortentwicklung des Bündnisses zur weiteren Verbesserung des Mieterschutzes für die Mieterinnen und Mieter bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Insgesamt blickt die GESOBAU aufgrund ihrer guten Portfoliostruktur auch unter Beachtung der Rahmenbedingungen des Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten mit Zuversicht in die kommenden Jahre.

WEITERENTWICKLUNG DER ERFOLGREICHEN STRATEGIE

Die Zukunftsaussichten der GESOBAU bleiben insgesamt weiter positiv: Die nachhaltig wirtschaftlichen Investitionen in die Bestände und zielgerichtete Neubaumaßnahmen werden sich in den folgenden Jahren ebenso wie die effektive strategische Ausrichtung des Unternehmens weiterhin positiv auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken.

Das Unternehmen rechnet für 2015 mit einer Umsatzsteigerung. Auf Basis der Mittelfristplanung geht der Vorstand in den folgenden Jahren weiterhin von stetig steigenden Umsätzen und positiven Jahresergebnissen der GESOBAU aus.

Für die kommenden zwei Jahre sind Investitionen in Höhe von rund 416 Mio. € geplant. Die GESOBAU wird im Mittelfristzeitraum rund 1.500 Wohnungen errichten. Erste Baubeginne erfolgten im Jahr 2014. Das Unternehmen prüft laufend weitere Grundstücke für den Neubau. Dabei werden die Bedürfnisse der Mieter ebenso wie eine langfristige Wertsteigerung der Bestände berücksichtigt. Zur Erweiterung und Optimierung des Portfolios und zur nachhaltigen Ertragssteigerung gehören auch Ankäufe von Wohnportfolien, sofern diese rentabel zu erwerben sind.

Die wirtschaftliche Stabilität ist die Basis für alle ökologischen und sozialen Aktivitäten und Grundlage für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Die GESOBAU wird den sozialen und gesellschaftlichen Wandel auch künftig weiter aktiv mitgestalten.

Die positive Entwicklung des Unternehmens ist nicht zuletzt geprägt von den engagierten und motivierten Mitarbeitern der GESOBAU. Ziel des Unternehmens ist es, wettbewerbsfähig zu bleiben und Werte zu schaffen, die für die Wirtschaftlichkeit der GESOBAU und die ideellen Werte der Menschen in ihren Quartieren stehen.

Berlin, 24. Februar 2015

Jörg Franzen

Christian Wilkens

Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat der GESOBAU AG bekennen sich zu den Grundsätzen guter Corporate Governance. Das gesamte Handeln ist auf eine verantwortungsvolle, transparente und nachhaltige Unternehmensführung ausgerichtet. Der Berliner Corporate Governance Kodex in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung wurde in die Satzung und die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und des Vorstandes aufgenommen. Vorstand und Aufsichtsrat der GESOBAU erklären, dass dem auf Basis der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entwickelten Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17. Februar 2009 wie folgt entsprochen wird und wurde:

I. Gute Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten. Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung.

Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in mündlicher und schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen wurden für Mitglieder des Aufsichtsrates ohne und für die Geschäftsleitung mit Selbstbehalt abgeschlossen.

II. Vorstand – Wertorientierte Unternehmensführung

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung geregelt. Es wurde ein Vorsitzender der Geschäftsleitung bestimmt.

Eine Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2014 über eine variable Zielantieme wurde im Aufsichtsrat diskutiert und am 12. Dezember 2013 mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung abgeschlossen; eine Anpassung erfolgte am 27. März 2014. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen waren andere Bezüge nicht zu berücksichtigen. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden, sie unterliegen seiner regelmäßigen Überprüfung. Die Gesamtbezüge werden im Anhang zum Jahresabschluss jeweils einzeln ausgewiesen.

III. Proaktiver Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrates nach Vorbefassung im Personalausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Es gab keine Erstbestellung; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden u. a. die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung, Auswirkungen des „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ und des Mietrechtsnovellierungsgesetzes auf Wohnungsmieten, das Risikomanagement, die Restrukturierung von Beteiligungsgesellschaften, die Modernisierung großer Teile des Wohnungsbestandes, Ankäufe von unbebauten Grundstücken und Wohnanlagen in Berlin, der Neubau von Wohnungen für den eigenen Bestand, die Wohnungsneuförderung in Berlin sowie Finanzierungsfragen beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet.

Es hat eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden. Mittels Umlaufverfahren hat der Aufsichtsrat über den Corporate Governance Bericht der GESOBAU für das Geschäftsjahr 2013 sowie über den Ankauf eines projektierten Neubauvorhabens beschlossen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Personalausschuss
Vorsitzender: Dr. Horst Föhr
- Finanz- und Grundstücksausschuss
Vorsitzender: Rolf-Dieter Schippers

Der Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzender des mit Prüfungsfragen beauftragten Finanz- und Grundstücksausschusses. Kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung ist Mitglied des Aufsichtsrates. Bewertungsfragen von Immobilien wurden im Finanz- und Grundstücksausschuss beraten. Der Personalausschuss und der Finanz- und Grundstücksausschuss haben Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat über-

tragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf bzw. zehn Aufsichtsratsmandaten erreicht. Ein Aufsichtsratsmitglied nimmt den Aufsichtsratsvorsitz bei zwei Wohnungsunternehmen in Berlin in der Rechtsform einer Genossenschaft wahr; ein Aufsichtsratsmitglied ist zugleich Mitglied des Aufsichtsrates eines weiteren städtischen Wohnungsunternehmens in Berlin.

Die einzelnen Vergütungen ergeben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt. Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2014 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Keine Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Interessenkonflikte bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates sind nicht entstanden.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der GESOBAU wurden vom Vorstandsvorsitzenden Jörg Franzen ausgeübt:

- BBT Treuhandstelle des Verbandes Berliner und Brandenburgischer Wohnungsunternehmen GmbH
(Mitglied des Aufsichtsrates)
- Arbeitsgemeinschaft Großer Wohnungsunternehmen (AGW)
(Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands)
- BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
(Mitglied des Verbandsausschusses, Mitglied des Arbeitsausschusses)
- Berliner Wasserbetriebe (BWB) Anstalt des öffentlichen Rechts

(Mitglied des Beirates)

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der GESOBAU wurden vom Vorstandsmitglied Christian Wilkens ausgeübt:

- GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. (Ersatzdelegierter)
- Industrie- und Handelskammer zu Berlin (Mitglied der Vollversammlung, Mitglied des Ausschusses Umwelt und Energie sowie Mitglied des Lenkungsausschuss Bildungsprojekte)

Dem Aufsichtsratsvorsitzenden sind diese Nebentätigkeiten zur Zustimmung vorgelegt worden.

Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. deren Angehörigen wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz gewährleistet

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen (z.B. der Geschäftsbericht) wurden auch über das Internet unter www.gesobau.de veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung vollständig und fristgerecht

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Zusätzlich wurden Quartalsberichte erstellt. Der Jahresabschluss und die Quartalsberichte wurden in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Quartalsberichte 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Gesellschafter vorgelegt. Die Quartalsberichte wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. Abschlussprüfer unabhängig

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Vorsitzenden des Finanz- und Grundstücksausschusses bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden des Finanz- und Grundstücksausschusses, hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

GESOBAU Aufsichtsratsvergütungen 2014

	Sitzungsgelder	Grundvergütung	enthaltene Umsatzsteuer
Dr. Horst Föhr	2.142,00	5.950,00	1.292,00
Thomas Brand	1.650,00	2.500,00	
Andrea Emer	900,00	3.750,00	
Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier	600,00	3.750,00	
Karin Müller	1.200,00	2.500,00	
Rolf-Dieter Schippers	1.950,00	3.750,00	
Frau Birgit Galley	1.963,50	2.975,00	788,50
Anja Scholze	1.200,00	2.500,00	
Marlies Senier	1.500,00	2.500,00	
	13.105,50	30.175,00	2.080,50

Gesamtvergütungen

43.280,50

Bezüge der Vorstände 2014

	Herr Jörg Franzen	Herr Christian Wilkens	Gesamt
Grundvergütung	170.000,00 EUR	150.000,00 EUR	320.000,00 EUR
Variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung für das Jahr 2013	72.500,00 EUR	61.250,00 EUR	133.750,00 EUR
Leistungen für Altersversorgung 15 % Versorgungszulage	25.500,00 EUR	22.500,00 EUR	48.000,00 EUR
Geldwerter Vorteil Gruppenunfallversicherung	164,50 EUR	164,50 EUR	329,00 EUR
Geldwerter Vorteil Kfz-Nutzung	11.158,68 EUR	8.511,72 EUR	19.670,40 EUR
Zuschüsse bzw. Arbeitgeberanteile zu Sozialversicherungen	10.793,28 EUR	10.133,88 EUR	20.927,16 EUR
Gesamt	290.116,46 EUR	252.560,10 EUR	542.676,56 EUR

**Gewobag Wohnungsbau-
Aktiengesellschaft Berlin**

1 Geschäftsverlauf

1.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Zwar befindet sich die deutsche Wirtschaft außenwirtschaftlich in einer schwierigen Phase, aber die binnenwirtschaftliche Seite sichert das Wachstum. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Rekordbeschäftigung. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ist hoch und die deutsche Wirtschaft bleibt trotz erheblicher geopolitischer Risiken auf ihrem Wachstumskurs. Gestützt von der Binnenwirtschaft dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 1,5 Prozent zugelegt haben. 2015 wird die Konjunktur mit erwarteten 1,3 Prozent ähnlich stark anziehen. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt in 2014 um 325.000 Personen auf 42,7 Millionen. Auch kommt es zu merklichen Einkommenszuwächsen für die privaten Haushalte. Angesichts der günstigen Rahmenbedingungen erhöhen die privaten Haushalte ihre Ausgaben für Konsum und Wohnungsbau spürbar. Wieder anziehende Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr und zunehmende Exporte stimulieren aufgrund ihres hohen Importanteils von über 40 Prozent zugleich auch die deutschen Einfuhren. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird im kommenden Jahr merklich reduziert.

Deutschland gilt inzwischen im internationalen Vergleich als ein Paradebeispiel dafür, wie es gelingen kann, durch ein hohes Maß an industrieller Wertschöpfung, durch Strukturreformen und Innovationspolitik sowohl Wettbewerbsfähigkeit als auch ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern.

Auch die Berliner Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs und expandiert dabei in stärkerem Maße als der Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaftsleistung nimmt in Berlin mit hoher Dynamik zu. Zwischen 2005 und 2013 stieg das Bruttoinlandsprodukt um jahresdurchschnittlich 2,2 Prozent. Damit befindet sich Berlins Wirtschaft in einem erfolgreichen Aufholprozess. Als internationale Metropole für Start-ups weist Berlin eine hohe Gründungsdynamik auf. Rund 40.000 Gewerbeneuerrichtungen pro Jahr sind ein deutliches Indiz für die starke Entwicklung in der Hauptstadt. Positiv entwickelten sich in Berlin die Dienstleistungsbereiche, die seit Jahren stetig expandieren. Auch das produzierende Gewerbe ist insgesamt gewachsen. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt seit Jahren in Berlin stärker zu als im Bundesdurchschnitt – einhergehend mit der insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren im Zuge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zurückgegangen.

1.2 Konzernstrategie

1.2.1 Portfoliosteuerung

Ankauf

Der Gewobag-Konzern setzt seinen Wachstumskurs konsequent fort und erweitert seinen Immobilienbestand. Mittelfristig will der Konzern durch Ankäufe und Neubau auf 65.000 Wohnungen wachsen. Damit werden die politischen Vorgaben des Senats umgesetzt, die Zahl der landeseigenen Wohnungen anzuheben und damit mehr Wohnraum in allen Bezirken Berlins für breite Schichten der Bevölkerung anzubieten.

Die Zukäufe im Berichtszeitraum verteilen sich auf die Konzerngesellschaften:

	W ohnungen	Gew erbe	Garagen Sonstige
Gew obag	323	2	2
Gew obag W B	355	5	158
Gesam t	678	7	160

Neubau

Der Gewobag-Konzern hat eine mittelfristige Neubauplanung beschlossen. Diese beinhaltet den Bau von zunächst 3.000 neuen Wohnungen. Ein Großteil der Neubauvorhaben des Gewobag-Konzerns soll in den nächsten Jahren durch den Ankauf von schlüsselfertigen Projektentwicklungen realisiert werden. Das Projekt in der Neptunstraße in Reinickendorf mit 106 Einheiten und 7.256 qm Wohnfläche wurde im Oktober 2014 beurkundet.

1.2.2 Soziales Engagement

Aktive Nachbarschaft, bürgerschaftliches Engagement, Integration sowie demographischer Wandel sind Schlüsselbegriffe für die Quartiersentwicklung des Gewobag-Konzerns. Für ausgewählte Berliner Quartiere liegen individuelle Konzepte vor, die darauf ausgelegt sind, Stadtteile ganzheitlich und nachhaltig zu betrachten und zu entwickeln. Das funktioniert nicht im Alleingang. Sie werden zusammen mit Bewohnern, Mieterbeiräten, Bildungseinrichtungen, Kindertagesstätten, Vereinen, Initiativen, Seniorennetzwerken und den aktiven Trägern vor Ort erstellt. Der Gewobag-Konzern versteht sich als Impulsgeber, kompetenter Ansprechpartner und Unterstützer für gezielte, wirkungsvolle Projekte.

Die Gesellschaften des Konzerns unterstützen Initiativen und Vereine, die sich für das nachbarschaftliche Miteinander engagieren und insbesondere Kinder und Jugendliche stark machen. Bei den Bewohnern soll die Identifikation mit ihrem Quartier wachsen sowie die Bereitschaft, Verantwortung für den eigenen Lebensraum zu übernehmen.

Stiftung

Mit der Gründung der Stiftung Berliner Leben im Mai 2013 wird das Engagement für aktive soziale Stadtteilentwicklung weiter ausgebaut. Die Stiftung fördert Kunst, Kultur und Sport, unter anderem durch Projekte wie „Deine eigene Geschichte“ oder „Stell die Verbindung her“ mit

dem Partner Neue Nationalgalerie. Kindern und Jugendlichen aus Berliner Quartieren wird hierbei ein ganz neuer Zugang zu Kunst und einem Hochkulturort ermöglicht. Sie erleben und lernen, dass Kunst auch etwas mit ihnen selbst zu tun hat.

1.3 Unternehmensentwicklung

Neuausrichtung

Neben dem in 2014 erfolgreich verlaufenen operativen Geschäftsbereich war der Fokus weiterhin auf die Neuausrichtung des Gewobag-Konzerns gerichtet. Das im Jahr 2013 zur Stärkung der Kunden- und Ergebnisorientierung aufgebaute Service-Center ist mittlerweile zum Kernelement des neuen Gewobag-Konzerns geworden.

Qualifizierte Kundenberater können die Kundenanliegen in der Regel direkt telefonisch abschließend bearbeiten. In den Quartierbüros stehen die Mitarbeiter während der Öffnungszeiten für persönliche Beratungen zur Verfügung und sind somit noch näher am Kunden.

Ein weiterer Meilenstein war die Vorstellung des neuen Corporate Designs inkl. Logo in der Öffentlichkeit. Es entspricht in seiner Vielfältigkeit dem Selbstverständnis des neuen Gewobag-Konzerns.

Beteiligungsstruktur

Im Rahmen von Shared Service übernimmt der Gewobag-Konzern mit Wirkung zum 01.01.2015 die GRATIS Immobilienservice GmbH von ihrer Schwestergesellschaft HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH. Kerngeschäft der GRATIS ist die Miethaus- und WEG-Verwaltung für Dritte.

1.4 Personal

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Personals:

Mitarbeiter	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung absolut
Gew obag	110	121	-11
Gew obag PB	161	164	-3
Gew obag W B	159	144	15
Summe	430	429	1
Gew obag EB	11	12	-1
Gew obag ED	8	0	8
Gew obag M B	48	43	5
Gew obag VB	41	43	-2
Gesamt	538	527	11
davon Angestellte	480	480	0
davon in Altersteilzeit (Freiphase)	31	20	11
davon Auszubildende/Praktikante	27	27	0
Nachrichtlich:	2014	2013	
Personaldurchschnitt	533	520	13
teilzeitbereinigt	482	481	1

Durch Neueinstellungen hat sich die Mitarbeiterzahl der Gewobag WB nahezu an die Bestandsgröße angepasst. In den Vorjahren hat ein personeller Ausgleich im Rahmen des Verbundes der bestandshaltenden Unternehmen des Gewobag-Konzerns stattgefunden. Die Mitarbeiterzahlen der Gewobag und Gewobag PB sind entsprechend gesunken. Die Gewobag ED nutzte das Jahr 2014 als Anlaufphase und baute Personal und Unternehmensstrukturen auf, sodass ab 2015 das operative Geschäft aufgenommen werden kann.

Ausbildung Die Ausbildungsprogramme des Gewobag-Konzerns fördern die Stärken der Auszubildenden und bieten bedarfsorientiert gezielte Unterstützung an. Durch projektorientierte Ausbildung wird der Nachwuchs optimal auf die spätere berufliche Laufbahn vorbereitet.

Weiterbildung Parallel hat die Weiterbildung einen hohen Stellenwert. Über personenbezogene Fortbildungen sowie funktionsübergreifende, teamorientierte Projektarbeit wird sichergestellt, dass ein generationsübergreifender Wissenstransfer erfolgt.

Der Vorstand dankt – auch im Namen der Geschäftsführungen der Tochtergesellschaften – allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gewobag-Konzerns für ihren Einsatz und spricht Ihnen seine Anerkennung für die erbrachten Leistungen aus.

1.5 Vermögenslage

Aktiva	31.12.2014		31.12.2013	
	T€	%	T€	%
<u>Langfristiger Bereich</u>				
Sachanlagen, in m at. Vermögensg.	1.711.327	95,7	1.676.966	95,9
Finanzanlagen	9.706	0,5	9.706	0,6
Geldbeschaffungskosten	415	0,0	757	0,0
Zum Verkaufbestimmte Grundstücke (nach Ablauf von fünf Jahren)	1.532	0,1	724	0,0
Forderungen aus Grundstücksverk. (nach Ablauf von fünf Jahren)	6.677	0,4	7.037	0,4
	1.729.657	96,7	1.695.190	96,9
<u>Mittel- und kurzfristiger Bereich</u>				
Zum Verkaufbestimmte Grundstücke (innerhalb fünf Jahre) und Bauleistungen	2.816	0,2	4.191	0,2
Übriges Vorratsvermögen	861	0,0	948	0,1
Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände, RAP	21.627	1,2	20.625	1,2
Flüssige Mittel	29.637	1,7	25.848	1,5
Bausparguthaben	4.011	0,2	2.195	0,1
	58.952	3,3	53.807	3,1
Konzern-Bilanzvolumen	1.788.609	100,0	1.748.997	100,0
<u>Passiva</u>				
<u>Langfristiger Bereich</u>				
Eigenkapital	-70.956	-4,0	-89.030	-5,1
Rückstellungen	25.286	1,4	25.129	1,4
Fremdmittel, RAP	1.433.722	80,1	1.334.393	76,3
Passivierte Aufwendungsdarlehen	208.878	11,8	259.712	14,9
	1.596.930	89,3	1.530.204	87,5
<u>Mittel- und kurzfristiger Bereich</u>				
Rückstellungen	30.650	1,7	22.303	1,3
Übrige Verbindlichkeiten	161.029	9,0	196.490	11,2
	191.679	10,7	218.793	12,5
Konzern-Bilanzvolumen	1.788.609	100,0	1.748.997	100,0

In der Darstellung wurden erhaltene Anzahlungen mit Betriebskostenvorauszahlungen, Mietkautionen mit Bankguthaben und Treuhandkonten mit entsprechenden Verbindlichkeiten verrechnet. Im Konzern wurde ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von rd. 71,0 Mio. € (Vorjahr: 89,0 Mio. €) mit dem gezeichneten Kapital verrechnet.

1.6 Finanzielle Entwicklung

Der Bestand an flüssigen Mitteln laut Vermögenslage belief sich am 31.12.2014 auf rd. 33,6 Mio. € (Vorjahr: 28,0). In dem Bankbestand sind rd. 4,0 Mio. € (Vorjahr: rd. 2,2 Mio. €) Bausparguthaben der Gewobag WB enthalten, die als Kreditsicherheit abgetreten sind.

	2014	2013
	T€	T€
Laufende Geschäftstätigkeit		
Konzern-Jahresüberschuss	18.073	30.050
Abschreibungen auf Gegenstände d. langfristigen Verm.	52.529	55.492
Abschreibungen auf Vomatsgrundstücke in UV	0	1.452
Zuschreibungen auf Gegenstände d. langfristigen Verm.	0	-29
Veränderungen von langfristigen Rückstellungen	157	-792
Gewinne aus Abgang von Anlagevermögen	-8.047	-19.356
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/ Erträge(-)	867	-1.482
Tilgungspotenzial	63.579	65.335
Veränderungen		
der zum Verkauf bestimmten Grundstücke	567	2.937
im Umlaufvermögen einschl. aktiver RAP	-1.196	6.736
der kurzfristigen Passiva/RAP	-27.580	83.974
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	35.370	158.982
Finanzierungstätigkeit		
Planmäßige Tilgung langfristiger Verbindlichkeiten	-67.657	-63.209
Cashflow nach planmäßiger Tilgung	-4.078	2.126
Übrige Veränderungen der Fremdmittel	116.667	281.081
Thesaurierung des Verlust-/Gewinnanteils des Minderheitsgesellschafters	67	-1.267
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	49.077	216.605
Investitionstätigkeit		
Investitionen in		
langfristige Vermögensgegenstände	-98.472	-402.264
Einnahmen aus Abgängen von von langfristigen Vermögensgegenständen	19.630	23.319
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-78.842	-378.945
Veränderungen des Finanzmittelbestandes	5.605	-25.390
Stand 1. Januar	28.043	53.433
Veränderungen	5.605	-25.390
Stand 31. Dezember	33.648	28.043

1.7 Finanzierungsaktivitäten

Aufgrund des branchenorientiert hohen Fremdkapitalanteils und der daraus resultierenden Zinsbelastungen ist der Konzern bestrebt, alle Maßnahmen, die der Minimierung dieser Zinslast dienen, zu prüfen und in adäquatem Umfang umzusetzen.

Die alternativen Finanzinstrumente des Gewobag-Konzerns umfassen per 31.12.2014 ausschließlich :

- Zinsswaps in EURO zur Sicherung einer festen Verzinsung auf vier variable Darlehen als Grundgeschäfte mit einem
 - a) Nominalwert von 39,0 Mio. € und einem Marktwert von - 7,1 Mio. €
 - b) Nominalwert von 45,0 Mio. € und einem Marktwert von - 9,5 Mio. €
 - c) Nominalwert von 22,0 Mio. € und einem Marktwert von - 5,5 Mio. €
 - d) Nominalwert von 14,8 Mio. € und einem Marktwert von - 3,2 Mio. €.

Grund- und Sicherungsgeschäft sind zu 100% effektiv und weisen identische Laufzeiten auf.

Der gesamte Zinsaufwand des Gewobag-Konzerns für die in Anspruch genommenen Darlehen betrug im Berichtsjahr 49,9 Mio. €.

Parallel wurden im Konzern auf der Basis der laufenden Analyse des Kreditportfolios und der Zinsbindungsfristen Prolongationen bzw. Umfinanzierungen teilweise mit Zusammenlegung von Darlehen vorgenommen, wenn sich dies nach Auslaufen der Zinsbindung als sinnvoll erwies. In Einzelfällen wurden darüber hinaus zur Entpändung einzelner Objekte Darlehen vorzeitig zurückgezahlt.

Die dem Gewobag-Konzern bei einem Kreditinstitut eingeräumte Kreditlinie von insgesamt 40,0 Mio. € war zum Bilanzstichtag mit 39,7 Mio. € vorrangig zur Zwischenfinanzierung der Bau- und Ankaufsprojekte im Gewobag-Konzern in Anspruch genommen. Darüber hinaus besteht bei einem weiteren Kreditinstitut eine Kreditlinie in Höhe von 20,0 Mio. €. Diese Linie ist zum Bilanzstichtag für ein Ankaufsobjekt als Brückenfinanzierung komplett in Anspruch genommen.

1.8 Ertragsentwicklung

Der Gewobag-Konzern hat im Berichtsjahr einen Überschuss von 18,1 Mio. € erwirtschaftet.

	2014	2013	Veränderung
	T €	T €	T €
Gew obag*	7.500	2.651	4.849
Gew obag PB*	8.723	4.592	4.131
Gew obag W B*	-9.753	7.794	-17.547
Gew obag EB*	6.563	11.676	-5.113
Gew obag ED*	-621	0	-621
Gew obag M B*	365	183	182
Gew obag VB*	306	206	100
W R-Fonds 1,3,5,7-9,11	1.889	292	1.597
Treuconsult	7	0	7
Summe	14.979	27.394	-12.415
Aufwands-/Ertragskonsolidierung			
gemäß § 305 HGB	+/- 27.718	+/- 20.328	7.390
Konsolidierung W R-Fonds	-4.968	-14.833	9.865
Übernahme W R-Fonds	5.015	11.346	-6.331
realisierte Zwischenergebnisse			
gemäß § 304 HGB	3.047	6.143	-3.096
Konzern-Jahresergebnis	18.073	30.050	-11.977
* vor Gewinnabführung			

1.8.1 Ertragslage

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Geschäftsergebnisses und des Sonstigen Ergebnisses im Gewobag-Konzern:

	2014	2013	Veränderung
	T€	T€	T€
Geschäftsergebnis	20 378	29 844	-9 466
Hausbewirtschaftung (eig. Bestand)	42 228	47 786	-5 558
- Gew obag	20 359	21 238	-879
- Gew obag EB	1 833	1 545	288
- Gew obag PB	16 219	13 341	2 878
- Gew obag VB	-11	12	-23
- Gew obag W B	1 942	11 368	-9 426
- W R-Fonds	1 886	282	1 604
Verkaufstätigkeit	5 603	16 046	-10 443
- Gew obag	584	-116	700
- Gew obag EB	4 722	9 984	-5 262
- Gew obag PB	-6	1 392	-1 398
- Gew obag W B	303	4 786	-4 483
übrige Geschäftstätigkeit	-27 453	-33 988	6 535
Sonstiges Ergebnis	-5 399	-2 449	-2 950
Finanz-Beteiligungsergebnis	-4 693	-1 571	-3 122
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-706	-878	172
Jahresergebnis vor Konsolidierung	14 979	27 394	-12 415
Konsolidierungsposten	3 094	2 656	438
Konzern-Jahresergebnis	18 073	30 050	-11 977
Verlustvortrag	-215 239	-236 321	21 082
Einstellung in Gewinnrücklagen	-2 550	-7 701	5 151
Anteile anderer Gesellschafter am Jahresergebnis	67	-1 267	1 334
Konzern-Bilanzverlust	-199 649	-215 239	15 590

Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung des eigenen Bestandes hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,6 Mio. € verringert. Ursache hierfür waren im Wesentlichen gestiegene Instandhaltungsaufwendungen aufgrund diverser Asbestsanierungsmaßnahmen, vorrangig im Rahmen der Leerwohnungssanierung bei Mieterwechsel.

Das Ergebnis der Verkaufstätigkeit wird durch den vom Gesellschafter Land Berlin beschlossenen Verkaufsstopp beeinflusst.

Unter der übrigen Geschäftstätigkeit sind die Aufwendungen und Erträge der operativen Aktivitäten Betreuung und Dienstleistungen sowie Restitutionsabwicklung zusammengefasst. Darüber hinaus sind hier die nicht aktivierungsfähigen Eigenleistungen im Rahmen der Bautätigkeit für den eigenen Bestand ausgewiesen. Wesentlich sind darüber hinaus anderweitig nicht zuzuordnende Sonder- und Einmalfaktoren wie Spenden bzw. Zuführungen/Auflösungen von Rückstellungen. Ebenfalls hier ausgewiesen sind die sonstigen Steuern, welche im We-

sentlichen Kraftfahrzeugsteuern und nicht umlagefähige Grundsteuern betreffen.

Das Finanz- und Beteiligungsergebnis enthält neben dem Zinsergebnis die Auf- und Abzinsungsbeträge von Forderungen und Verbindlichkeiten.

Der Konsolidierungsposten enthält – wie in den Vorjahren – im Wesentlichen die realisierten Zwischengewinne sowie die Neutralisierung der Veränderung der bei der Gewobag WB bestehenden Rückstellung für die Verpflichtungen aus den WIR-Fonds, saldiert mit dem entstandenen Anwachsungsverlust aus der Übernahme der Objekte der WIR-Fonds 5 und 10.

2 Geschäftsentwicklung im Einzelnen

2.1 Hausbewirtschaftung

Bestand Die Zahl der durch den Gewobag-Konzern verwalteten Einheiten (VE) hat sich in der Berichtsperiode durch Bestandsankäufe bei der Gewobag und der Gewobag WB erhöht. Die Minderungen der Gewobag EB resultieren aus Verkäufen von Eigentumswohnungen im Rahmen der Privatisierung.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung des Bestandes:

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung
Gew obag	32.210	31.807	403
Gew obag VB	11.651	12.490	-839
Gew obag PB	14.280	14.297	-17
Gew obag W B	22.027	21.118	909
Verwaltete Einheiten	80.168	79.712	456
- davon eigener Bestand	71.167	70.323	844
- davon in Eigentum Dritter	9.001	9.389	-388
Gew obag	32.983	32.758	225
Gew obag EB	742	902	-160
Gew obag PB	14.246	14.262	-16
Gew obag W B	22.220	21.320	900
WIR-Fonds	1.002	1.191	-189
Ertragbringende ME	71.193	70.433	760
- davon Wohnungen (W O)	57.927	57.506	421
- davon übrige	13.266	12.927	339

Leerstand Im Konzern stieg der stichtagsbezogene Leerstand im eigenen Wohnungsbestand (inkl. WIR-Fonds und eigene Einheiten in Drittverwaltung) insgesamt zum 31.12.2014 auf 1.829 Wohnungen (Vorjahr: 1.641) an; die Leerstandsquote beträgt rd. 3,2 % (Vorjahr: 2,9 %). Der rein vermarktungsbedingte Leerstand beträgt mit 394 Wohnungen 0,7 % (Vorjahr: 562 Wohnungen / 1,0 %). Die Zahl der leerstehenden Gewerbeeinheiten hat sich auf 103 (Vorjahr: 104) verringert und die Leerstandsquote von 6,9 % auf 7,0 % erhöht. Begründet ist der Leerstandsanstieg durch die umfassenden Sanierungsarbeiten der von Asbest betroffenen Wohnungen im unbewohnten Zustand, sowie der leerstehenden Objekte im Rahmen von Modernisierungsarbeiten.

Erlösschmälerungen Die durch Leerstände sowie alle Arten von wohnungsbezogenen Mietminderungen verursachten Erlösschmälerungen (Miete und Betriebskosten) stiegen in 2014 korrespondierend mit der Entwicklung der Leerstandszahlen insgesamt auf rd. 16,8 Mio. € (Vorjahr: rd. 13,2 Mio. €) an. Nicht enthalten sind darin rd. 14,7 Mio. € (Vorjahr: 15,2 Mio. €) Einnahmeausfälle, die im sozialen Wohnungsbau auf Grund am Markt nicht durchsetzbarer Kostenmieten als objektbezogene Mietnachlässe

bzw. –verzichte gewährt werden mussten. Diese werden direkt von der Kostenmiete abgesetzt.

*Miet-
forderungen*

Am 31.12.2014 beliefen sich die Mietforderungen im Konzern vor Wertberichtigungen auf rd. 6,0 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €). Wertberichtigt bzw. abgeschrieben wurden in 2014 rd. 1,8 Mio. € (Vorjahr: rd. 1,4 Mio. €).

Der erfolgreiche Einsatz der Kundenberater sowie der Sozialarbeiter der Gewobag MB wird künftig auch Erfolge bei den neu erworbenen Objekten zeigen. Dennoch verbleibt ein spürbares Ausfallrisiko.

2.2 Mietenentwicklung

Die Erhöhungsmöglichkeiten im preisfreien Bestand nach Mietspiegel 2013 wurden planmäßig zum frühestmöglichen Termin wahrgenommen. Bei der Neu- bzw. Wiedervermietung sowie bei Modernisierungsumlagen wurden die seitens des Gesellschafters gewünschten Begrenzungen insbesondere das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“, beachtet.

Die Marktentwicklung hat sich auch im preisgebundenen Bestand positiv auf das Mieterhöhungspotenzial ausgewirkt. So konnte im Berichtsjahr die Anpassung der Pauschalansätze für Instandhaltungs- und Verwaltungskosten umgesetzt werden. Darüber hinaus war es möglich, die Reduzierung von in der Vergangenheit marktbedingt ausgesprochenen Mietnachlässen fort zu führen. Trotzdem müssen weiterhin Mietverzichte und –nachlässe im preisgebundenen Bestand gewährt werden.

Die Netto-Kaltmieten je Quadratmeter haben sich im Konzern gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt:

Netto-Kalmmiete	2014	2013	Veränd.	
	€/m ²	€/m ²	abs.	in %
Gewobag	5,61	5,48	0,13	2,37
Gewobag PB	5,44	5,34	0,10	1,87
Gewobag WB	5,44	5,27	0,17	3,23
Konzern	5,52	5,39	0,13	2,41

2.3 Verkaufstätigkeit

In 2014 wurden trotz des beschlossenen Verkaufsstopps einige wenige Kaufverträge vom Gesellschafter Land Berlin genehmigt.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und Entwicklung der beurkundeten Wohnungsverkäufe (WO) aus dem Bestand (gemäß Vertriebsstatistik):

	2014	2013	Veränderung
Bestand Gew obag	135	44	91
Bestand Gew obag EB	44	209	-165
Bestand Gew obag PB	0	14	-14
Bestand Gew obag W B	4	40	-36
Sum m e	183	307	-124
- Eigentum sm aßnahm en	73	293	-220
davon Bestand	73	293	-220
- Mietw ohnungen	110	14	96

2.4 Bautätigkeit

Die Aktivitäten zur Modernisierung und Instandsetzung des Wohnungsbestandes wurden in Ergänzung der laufenden/periodischen Instandhaltung portfolioorientiert planmäßig fortgesetzt. Der Fokus der Bautätigkeit lag im Berichtszeitraum auf der Vorbereitung umfangreicher energetischer Sanierungen in größeren Wohnkomplexen sowie umfassenden Modernisierungsmaßnahmen in bisher unsanierten Altbauten. Zur Finanzierung der Bauvorhaben wurden KfW-Förderdarlehen in Anspruch genommen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Struktur und die Entwicklung der für die Bautätigkeit angefallenen Kosten:

	2014	2013	Veränderung
	M io.€	M io.€	M io.€
Gew obag	29,1	47,7	-18,6
Gew obag EB	0	0,4	-0,4
Gew obag PB	29,8	23,3	6,5
Gew obag W B	34,4	39,3	-4,9
W R-Fonds 1,3,7-9,11	0,3	0,7	-0,4
Sum m e	93,6	111,4	-17,8
- davon Neubau	1,1	0,8	0,3
- davon Mod.akt.	25,1	52,2	-27,1
- davon Mod./Inst.	67,4	58,4	9,0

2.5 Restitution

Dieser allein bei der Gewobag PB vorhandene Geschäftsbereich ist auf Grund der fortschreitenden Abarbeitung der vorliegenden Restitutions-

anträge rückläufig und wird mittelfristig beendet sein.
Am 31.12.2014 wurden genau wie im Vorjahr 83 Vertragseinheiten auf fremde Rechnung betreut.

2.6 Fondsverwaltung

Die juristischen Auseinandersetzungen bei den GEWOBAG-Fonds auf Rücknahme der in den Jahren 1994 – 1996 emittierten Fondsanteile sind noch nicht letztinstanzlich entschieden. Für die Prozesskosten wurden Rückstellungen gebildet.

Als Geschäftsführerin konzentrierte sich die Gewobag WB bei den von ihr initiierten 11 Immobilienfonds auf die nach Wegfall der Anschlussförderung vorhandenen Möglichkeiten zur Begrenzung der Bewirtschaftungsdefizite. Neben einer Verbesserung der Mieteinnahmen betrifft dies insbesondere die Optimierung der Finanzierungsbelastung.

Zum 01.01.2014 wurden zwei Fondsobjekte in den eigenen Bestand der Gewobag WB überführt. Per 01.01.2015 werden zwei Fondsgesellschaften (WIR-Fonds 3 und 8) geschlossen und die insgesamt drei Objekte werden von der Gewobag WB im Wege der gesellschaftsrechtlichen Anwachsung übernommen.

3 Mittelfristige Chancen und Risiken

3.1 Integriertes Risiko- und Compliancemanagement

<i>IKS</i>	Der Gewobag-Konzern verfügt über ein konzernweites Internes Kontrollsystem (IKS), um zu gewährleisten, dass alle bilanziell relevanten Geschäftsvorfälle sachlich richtig und vollständig behandelt werden. Wesentliche Elemente des IKS sind unter anderem klare Prozessvorgaben, welche durch automatisierte Überwachungsmechanismen abgesichert sind, das Vier-Augen-Prinzip, manuelle Stichprobenkontrollen und eindeutige Bilanzierungsrichtlinien. Ein wesentlicher Teil des IKS ist der Betrieb eines angemessenen Risiko- und Compliancemanagements (RCM), welches wiederum ein Element verantwortungsvoller Unternehmensführung ist.
<i>Risiko- und Compliancemanagement</i>	Der Gewobag-Konzern verfügt über ein integriertes Risiko- und Compliancemanagementsystem mit dem Ziel, Schäden abzuwenden und den langfristigen Fortbestand des Konzerns zu sichern. Unter Compliance ist die Einhaltung von Gesetzen, vertraglichen Verpflichtungen, internen Regelungen und Richtlinien sowie ethischen Standards zu verstehen. Das Compliancemanagement unterstützt die Sicherstellung eines regelkonformen Verhaltens der Führungskräfte sowie Mitarbeiter und ist integrierter Bestandteil des RCM.
<i>Risikostrategie</i>	Im Interesse aller Stakeholder hat die Unternehmensführung eine konservative und auf Sicherheit bedachte Risikostrategie vorgegeben.
<i>Maßnahmen</i>	Die Umsetzung der Risikostrategie erfolgt, indem Risiken zentral erfasst, analysiert, bewertet und anschließend an die zuständigen Verantwortungsträger kommuniziert werden. So wird sichergestellt, dass notwendige Präventions- bzw. Gegenmaßnahmen zeitnah und bedarfsgerecht eingeleitet werden. Zudem wird der Aufsichtsrat über alle relevanten Risikoentwicklungen des Konzerns umfangreich informiert. Im Ergebnis ist sichergestellt, dass alle Organe des Konzerns über wesentliche Konzernrisiken aufgeklärt sind.

3.2 Einzelrisiken

<i>Kategorien</i>	<ul style="list-style-type: none">- Umfeld- und marktbezogene Risiken- Politische und regulatorische Risiken- Portfoliorisiken- Investitions- und Akquisitionsrisiken- Finanzierungsrisiken- Sonstige Risiken
-------------------	--

Nachstehend erfolgen eine Erläuterung der Einzelrisiken innerhalb der Kategorien sowie eine Beschreibung ausgewählter Gegenmaßnahmen.

3.2.1 Umfeld- und marktbezogene Risiken

Umfeld- und marktbezogene Risiken werden durch Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage oder der Wirtschaftslage Berlins hervorgerufen. Auch Änderungen der generellen Nachfragestruktur spielen hier eine Rolle.

Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage

Eine deutliche Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage könnte ein wesentliches Risiko für den Gewobag-Konzern bedeuten. Durch die steigende Arbeitslosenzahl könnten die Haushaltseinkommen sinken, was sich wiederum auf das Neuvertragsmietenniveau auswirken könnte. Zusätzlich könnten Fluktuationsrate und Mietausfallquote steigen. Des Weiteren wären Stagnation oder Rückgang der Marktmieten denkbar. All diese Einflüsse könnten sich negativ auf die Vermögens- und Ertragslage des Konzerns auswirken.

Demographischer Wandel

Eine weitere Herausforderung stellt der demographische Wandel dar. Wesentliche Faktoren sind der Bevölkerungsrückgang in Deutschland, die zunehmende Alterung der Bevölkerung sowie die steigende Haushaltszahl. Aus diesem Grund wird die Nachfrage nach Ein- und Zweizimmerwohnungen sowie nach barrierearmen Immobilien steigen. Auf diese neuen Anforderungen reagiert der Gewobag-Konzern frühzeitig und vorausschauend, beispielsweise durch die Schaffung von barrierearmen Objekten im Rahmen von Neubauprojekten.

3.2.2 Politische und regulatorische Risiken

Diese Risiken werden durch die Neuauflage oder die Veränderung von Gesetzen, Vorschriften oder bestimmten Richtlinien hervorgerufen.

Begrenzung der Mieterhöhungsmöglichkeiten

Änderungen bei den gesetzlichen Vorschriften des Mietrechts können die Ertragslage des Gewobag-Konzerns beeinflussen. Besonderes Augenmerk ist auf striktere Begrenzungen der Mieterhöhungsmöglichkeiten zu richten. Sowohl eine Restriktion der Neuvertragsmieten, geringere Möglichkeiten der Mietanpassung von Bestandsmieten als auch die Begrenzung von Modernisierungsumlagen sind aktuelle politische Überlegungen.

Gemäß dem im Jahr 2012 mit dem Senat vereinbarten „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ hat sich der Gewobag-Konzern verpflichtet, sowohl bei der Bestandsmietenentwicklung als auch im Rahmen der Neuvermietung mietspreisdämpfend zu wirken. Dies hat Einflüsse auf die Ertragslage des Gewobag-Konzerns. Ende des Jahres 2014 wurde das Bündnis fortgeschrieben, bisherige Regelungen wurden erweitert und neue Inhalte wurden ergänzt.

Wegfall der Anschlussförderung

Mit dem vom Land Berlin im Jahr 2003 beschlossenen Wegfall der Anschlussförderung erhöhen sich kontinuierlich die Einnahmeverluste im sozialen Wohnungsbau. Darüber hinaus bestehen fördersystembeding-

te Bewirtschaftungsdefizite. Die laut Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Bedienung der Aufwendungsdarlehen ermittelten Beträge können aus den betroffenen Objekten nicht erwirtschaftet werden. Das heißt, um die Wohnungen vermieten zu können, muss der Gewobag-Konzern auf einen Teil der Kostenmiete verzichten und diese Mietverzichte selbst leisten.

Darüber hinaus haben die Gewobag und die Gewobag WB in der Vergangenheit mehrere Fonds unter Aufnahme staatlicher Fördermittel aufgelegt. Auch diese sind vom Wegfall der Anschlussförderung betroffen. Die GEWOBAG-Fonds haben Nachschüsse von den Fondsgesell-schaftern eingefordert, weshalb derzeit auch Verfahren gegen die Gewobag als Gründungsgesellschafter vor Gericht laufen. Für die Prozesskosten wurden Rückstellungen gebildet.

Den Fondsgesellschaftern der WIR-Fonds wurde von der Gewobag WB (ehem. WIR Wohnungsbaugesellschaft in Berlin mbH) angeboten, die Anteile für je einen Euro zu übernehmen. Wie bereits in Punkt 2.6 erwähnt, konnten so bereits einige Fonds im Wege der gesellschaftsrechtlichen Anwachsung in die Gewobag WB überführt werden. Für die Bewirtschaftungsdefizite wurden Drohverlustrückstellungen gebildet.

3.2.3 Portfoliorisiken

Zu den Portfoliorisiken zählen alle Risiken einzelner Objekte, beispielsweise Instandhaltungsstau, gesundheitsgefährdende Baustoffe oder auch die Risiken, welche ganze Portfolien betreffen, beispielsweise Einnahmeausfälle oder die sinkende Attraktivität bestimmter Standorte.

Einnahmeausfälle

Aus dem operativen Geschäft entstehen Einnahmeausfälle durch Leerstände, Mietminderungen bzw. –nachlässe sowie Wertberichtigungen und Abschreibungen auf Mietforderungen. Die jährliche Schadenshöhe liegt noch an der Grenze zwischen unbedeutend und mittel. Es werden weiterhin aktiv Maßnahmen ergriffen, um die überdurchschnittlichen leerstandsbedingten Erlösschmälerungen der Ankaufsbestände zu senken.

Instandhaltungsstau

Der Gewobag-Konzern hat nach Maßgabe der Dringlichkeit in technischer und zeitlicher Sicht sowie portfoliostrategischer Analysen über die laufende Instandhaltung hinaus Mittel für größere Modernisierungs- und Instandsetzungsprojekte vorgesehen. Es besteht das allgemeine Risiko, dass hierbei Kosten überschritten bzw. Termine nicht eingehalten werden.

Asbest

Die Verarbeitung des Baustoffes Asbest erfolgte deutschlandweit insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren, u. a. in Wohn- und Verwaltungsgebäuden. Dementsprechend sind auch Bestände des Gewo-

bag-Konzerns von Asbest betroffen. Die Gesellschaft hat diverse Maßnahmen zur Minimierung eventueller Gefährdungen ergriffen. Mängelbeseitigungen, der Umgang mit Mieteranfragen und Qualitätskontrollen werden nach einheitlich festgelegten Standards durchgeführt. Die Beseitigung von asbesthaltigen Bauteilen ist sehr kostenintensiv, da spezielle Verfahren und Sicherheitsauflagen eingehalten werden müssen. Ein Risiko besteht für den Gewobag-Konzern bei einer weiteren Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften und den dadurch steigenden Kosten für Asbestsanierung und –entsorgung.

3.2.4 Investitions- und Akquisitionsrisiko

Den vom Gesellschafter im „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ vorgegebenen Wachstumskurs setzt der Gewobag-Konzern durch eigene Neubauprojekte, den Ankauf schlüsselfertiger Projektentwicklungen und den Ankauf bestehender Portfolien um. Die dabei auftretenden Risiken werden im Folgenden erläutert.

Generelle Neubau- und Akquisitionsrisiken

Bei jeder Bestandserweiterung führt der Gewobag-Konzern eine umfassende wirtschaftliche, rechtliche und technische Prüfung (Due Dilligence) durch. Trotz dieser bleibt bei jedem Neubau und Ankauf ein gewisses Risiko, beispielweise durch unentdeckte Mängel, bestehen. Des Weiteren lässt sich die Entwicklung einzelner Objekte oder ganzer Portfolien nicht exakt voraussagen. Das Risiko, dass sich zum Beispiel Nachfrage, Miethöhe oder Mietsteigerungspotenzial schlechter als prognostiziert entwickeln, kann nicht ausgeschlossen werden. So kann es im schlechtesten Falle zu einer Fehlallokation der finanziellen und personellen Ressourcen kommen. Um dieser vorzubeugen, setzt der Gewobag-Konzern auf klar geregelte Prozesse, eindeutige Kompetenzregelungen sowie auf ein umfassendes Controlling während des gesamten Investitionsprozesses.

Spezielle Neubaurisiken

Der Gewobag-Konzern hat die voraussichtlichen Kosten der Neubauprojekte geplant und mögliche Baukostensteigerungen in Form einer Baukostenindexierung berücksichtigt. Ein darüber hinaus gehendes Planungs- und Kostenrisiko ist beim Thema Neubau grundsätzlich nicht vollkommen auszuschließen. Die konsequente Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben im Projektmanagement soll die termin-, qualitäts- und kostengerechte Fertigstellung sicherstellen.

Spezielle Risiken beim Ankauf von Bestandsobjekten

Beim Ankauf von Bestandsobjekten kann besonders die Integration in den vorhandenen Bestand mit Risiken behaftet sein, d. h. mögliche Synergien und Skaleneffekte können in der geplanten Höhe nicht realisiert werden. Außerdem kann der tatsächliche den geplanten Integrationsaufwand deutlich übersteigen. Der Gewobag-Konzern hat in der Vergangenheit ein breites Know-How bei der Integration von Ankäufen entwickelt und wird dieses für zukünftige Ankäufe nutzen.

3.2.5 Finanzierungsrisiken

Bei den Finanzierungsrisiken werden alle Einzelrisiken, die im Zusammenhang mit der Fremdmittelbeschaffung stehen, beschrieben. Branchenbedingt ist der Fremdmittelanteil sehr hoch, wodurch diese Risiken besonderer Beachtung bedürfen. Das Kreditportfolio des Gewobag-Konzerns wird laufend im Hinblick auf Struktur und Konditionen analysiert. Hinsichtlich der Neu- bzw. Refinanzierungsnotwendigkeiten erfolgt regelmäßig ein Abgleich mit den mittel- und langfristigen Erfolgs-, Bau- und Finanzplanungen.

Entwicklung der Zinsen

Veränderungen an den Zins- und Währungsmärkten wirken sich unmittelbar auf die variabel verzinsten Darlehen aus. Aktuell ist das Zinsniveau auch im variablen Bereich sehr niedrig. Dies trägt zur Reduzierung der Kapitalkosten bei. Ca. 14 Prozent des Darlehensportfolios des Gewobag-Konzerns sind variabel verzinst, etwa die Hälfte davon ist mit Zinsswaps gesichert. Dadurch wirken sich steigende Zinsen nur in geringem Maße auf das Kreditportfolio des Konzerns aus. Für den Zinsaufwand wird im Rahmen der Planung eine Steigerung unterstellt. Hintergrund ist eine vorsichtige Bewertung der künftigen Prolongations- sowie Neukonditionen, die sich an den historischen Langfristzinsen orientiert.

Darlehensprolongation

Für das in den nächsten Jahren zu prolongierende Darlehensportfolio wurden weitestgehend Zinssicherungen abgeschlossen. Damit wird aus heutiger Sicht ausreichende Risikovorsorge für Zinsänderungen getroffen, so dass auch bei unerwartet großen Schwankungen des Kapitalmarktes die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten bleibt. Die Zinsbelastungen werden ferner durch den selektiven Einsatz derivater Finanzierungsinstrumente vermindert. Diese Geschäfte werden im Rahmen eines risikoorientierten Berichtswesens laufend beobachtet und berichtet.

Liquiditätsrisiken

Aufgrund der historisch gewachsenen komplexen Strukturen des Gewobag-Konzerns ist die jederzeitige Sicherstellung der Liquidität mit einem großen Steuerungs- und Planungsaufwand verbunden. Diesem Risiko begegnet der Gewobag-Konzern mit einem klar strukturierten Planungssystem und großem Know-How.

Kontrahentenrisiko

Zur Minimierung des Kontrahentenrisikos werden ausschließlich Geschäfte mit Kreditinstituten abgeschlossen, die ihren Sitz in Deutschland haben.

3.2.6 Sonstige Risiken

Bei den sonstigen Risiken werden verschiedene generelle Unternehmensrisiken betrachtet.

Personalrisiken

Grundsätzlich besteht in jedem Unternehmen das Risiko, dass die qualifiziertesten Mitarbeiter nicht gehalten werden können. Dies bedeutet meist auch einen hohen Know-How-Verlust. Um diesen zu verhindern, setzt der Gewobag-Konzern auf ein attraktives Arbeitsumfeld und eine

leistungsgerechte Vergütung. Auch wird die persönliche Entwicklung der Mitarbeiter durch Weiterbildungen gefördert und unterstützt. Die geringe Mitarbeiterfluktuation und die sehr hohe durchschnittliche Betriebsangehörigkeit lassen den Erfolg dieser Maßnahmen erkennen.

IT

Ein Ausfall des vom Gewobag-Konzern genutzten IT-Systems würde, aufgrund der weit fortgeschrittenen Automatisierung und vor dem Hintergrund des fast papierlosen Büros zu erheblichen Störungen des normalen Geschäftsbetriebes führen. Um einem solchen Ausfall vorzubeugen, hat der Gewobag-Konzern wirksame Prozesse zur Sicherung des IT-Systems und bezüglich der Zugriffsrechte geschaffen.

3.3 Chancen der zukünftigen Entwicklung

<i>Wachstum durch Wandel</i>	Der Berliner Immobilienmarkt wird auch künftig von Dynamik und Vielfalt geprägt sein. Steigende Wohnraumnachfrage und zunehmend unterschiedliche Kundenbedürfnisse werden auf ein begrenztes Wohnraumangebot treffen und zu weiterem Preisanstieg im Innenstadtbereich führen. Der Gewobag-Konzern wird auf diese verschiedenen Kundenbedürfnisse und Möglichkeiten differenziert und bedarfsgerecht eingehen, denn seine Ziele sind Wirtschaftlichkeit und Wahrnehmung sozialer Verantwortung gleichermaßen. Voraussetzung dafür ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des Angebotes durch Ankäufe und Neubau.
<i>Diversifizierung und Zentralisierung</i>	Der Gewobag-Konzern verfügt über ein über fast alle Bezirke verteiltes Immobilienportfolio. Durch diese Diversifizierung werden mögliche Klumpenrisiken vermieden. Um den zunehmenden Kundenanforderungen in einer wachsenden Metropole gerecht zu werden, ist der Gewobag-Konzern im Jahr 2014 an einen Zentralstandort im Zentrum Berlins umgezogen. Gleichzeitig wurden zehn über die gesamte Stadt verteilte Quartierbüros eröffnet, um den Mietern räumlich noch näher zu sein als bisher. Im Rahmen des Umzuges wurde zusätzlich auf die zunehmende Kontaktaufnahme der Mieter per Telefon und E-Mail reagiert und ein Service-Center gegründet. In diesem können Kundenberater des Gewobag-Konzerns einen Großteil der Kundenanliegen direkt abschließend bearbeiten.
<i>Zinsniveau</i>	Auf den Finanz- und Geldmärkten eröffnen sich mit den historisch niedrigen Zinsen vermehrt Handlungsoptionen, den künftigen Finanzmittelbedarf für die geplanten Investitionen durch entsprechende Zinsvereinbarungen abzusichern. Gleiches gilt auch für die Prolongation von auslaufenden Kreditverträgen.
<i>neues Geschäftsfeld Mieterstrom</i>	Das neue Tochterunternehmen Gewobag ED beschäftigt sich mit den Themen Energie- und Wärmelieferung. In diesem Zusammenhang werden mit der KWK-Offensive (Kraft-Wärme-Kopplung) Blockheizkraftwerke gebaut. In diesen Blockheizkraftwerken entsteht bei der Wärmeerzeugung Strom, welcher unter der Marke „Quartierstrom“ den Mietern kostengünstig angeboten wird. Durch den Stromverkauf wird ein neues Geschäftsfeld erschlossen.

3.4 Gesamtaussage zu Risiken und Chancen

Nach ausführlicher Analyse und Bewertung der Chancen und Risiken ist festzustellen, dass derzeit keine Risiken ersichtlich sind, die den Fortbestand bzw. die Zahlungsfähigkeit des Konzerns gefährden könnten. Besonders durch die weitere positive Entwicklung des Berliner Wohnungsmarktes bieten sich in Zukunft zahlreiche Entwicklungschancen. Für alle Risiken wurde eine erforderliche sowie angemessene planerische und ggf. bilanzielle Vorsorge getroffen. Hinsichtlich der operativen Geschäftstätigkeit wird in den nächsten Jahren tendenziell eine stabile positive Ertragsentwicklung erwartet. Die Zahlungsfähigkeit ist unter Berücksichtigung des konzernweiten Cash-Managements gesichert.

Nach Abwägung aller Chancen und Risiken ist es möglich, den Fortbestand bzw. die Zahlungsfähigkeit des Gewobag-Konzerns sicherzustellen.

3.5 Anwendung des Corporate Governance Kodex

Der Senat von Berlin hat für seine Beteiligungen und damit auch für den Gewobag-Konzern die Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex in der von ihm herausgegebenen Fassung (Berliner CGK) mittels Hauptversammlungsbeschluss in der Satzung festgeschrieben. Die diesbezügliche Erklärung des Vorstandes erfolgt für den gesamten Konzern und ist in der Anlage beigefügt.

4 Nachtragsbericht

Ereignisse nach Ende des Geschäftsjahres, welche die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen, sind nicht eingetreten.

5 Ausblick 2015

Gesamtwirtschaftlich

Die Aussichten sind insgesamt günstig, dass die Wirtschaftsleistung in Berlin auch im kommenden Jahr zunehmen wird. Beschäftigungs- und Einkommenseffekte dürften wiederum positiv ausstrahlen. Daneben sind auch die Bedingungen für den Wohnungsbau weiter günstig.

Verbunden mit der Erwartung an ein weiterhin günstiges konjunkturelles Umfeld gibt es für die Berliner Wirtschaft, insbesondere die Wohnungswirtschaft, Aussicht auf Wachstum. Es wird ein Wirtschaftsleistungswachstum in Berlin um real 1,7 Prozent prognostiziert.

Konzern

Der Gewobag-Konzern ist in seiner Gesamtheit als Wohnungsunternehmen des Landes Berlin seinem sozialen Auftrag und somit den Bürgern der Stadt Berlin verpflichtet. Die Unternehmensstrategie ist weiterhin auf die qualitative und zielgruppenspezifische Weiterentwicklung der Bestände und Dienstleistungen ausgerichtet. Das Immobilienportfolio wird künftig durch Ankäufe und Neubaumaßnahmen erweitert und auch die Zahl der von der Gewobag VB verwalteten Einheiten wird weiter steigen. Mit Nutzen- und Lastenwechsel zum 1. Januar 2015 wurden bereits weitere Portfolioankäufe realisiert.

Weiterhin erwarb die Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin zum 1. Januar 2015 von der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH sämtliche Geschäftsanteile der GRATUS Immobilienservice GmbH.

Im Vermietungsgeschäft werden die objektspezifischen Ertragspotenziale in dem vom Land Berlin gesetzten Rahmen ausgeschöpft, wobei dies im sozialen Wohnungsbau für eine volle Kostendeckung in vielen Fällen nicht ausreichen wird.

Die Ertragsentwicklung wird 2015 differenziert, aber insgesamt positiv verlaufen. Es wird ein Konzernjahresüberschuss von 13,4 Mio. € erwartet. Der Konzern wird 2015 weiterhin aufgrund des hohen Verlustvortrages einen Bilanzverlust ausweisen.

Anlage zum Konzernlagebericht der Gewobag im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Vorbemerkung:

Außer in der Satzung der Konzernführungsgesellschaft Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin ist auch in den Gesellschaftsverträgen der operativ tätigen Tochtergesellschaften in der Rechtsform der GmbH die Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex in der von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung (Berliner CGK) festgeschrieben. Diese sieht vor, dass bei Konzernen die Obergesellschaft die Entsprechens-Erklärung für alle Konzerngesellschaften zusammen abgibt. Da diese über keine eigenen Aufsichtsräte verfügen, ist in der Satzung der Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin außerdem geregelt, dass der Vorstand der Gewobag in seiner Eigenschaft als Vertreter der Mehrheits- bzw. Alleingesellschafterin einen Katalog zustimmungspflichtiger Vorgänge beachten muss, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat der Gewobag bedürfen.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass der Vorstand der Gewobag in Personalunion auch die Aufgaben als Geschäftsführung bei der Gewobag PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH und der Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH wahrnimmt.

Verweis	Gegenstand	Erklärung des Vorstandes/Aufsichtsrates
I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Vorstand. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben eng zum Wohle der Gesellschaft und des Konzerns zusammengearbeitet.</p> <p>Die für eine sachgemäße Beurteilung der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse wurden vom Vorstand dem Aufsichtsrat gegenüber offen gelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrates. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten.</p> <p>Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten des Vorstandes wurden ohne Teilnahme des Vorstandes behandelt.</p>

<p>I.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch den Vorstand. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategische Ausrichtung sowie die Planungen des Konzerns, der Gewobag und der Tochtergesellschaften wurden mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Der Vorstand hat die Geschäfte von grundlegender Bedeutung bzw. soweit satzungsgemäß geboten dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrates für den Vorstand.</p>
<p>I.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht des Vorstandes an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend und entsprach grundsätzlich der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates (14 Tage).</p> <p>Der Vorstand hat in seiner Berichterstattung Soll/Ist-Vergleiche vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
<p>I.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrates. • D&O-Versicherung für Vorstand und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat sind Ihren Pflichten nachgekommen und haben die Regeln ordnungsgemäßer und gewissenhafter Unternehmensführung beachtet.</p> <p>D&O-Versicherungen sind von der Gesellschaft mit Selbstbehalt für den Vorstand und ohne Selbstbehalt für den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.</p>

II. Vorstand

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Die Berichterstattung erfolgte regelmäßig unter Einbeziehung der Bereichs-/Abteilungsleitungen.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit im Vorstand sind in der Geschäftsordnung und im vom Aufsichtsrat genehmigten Organigramm für den Vorstand geregelt. Es wurde kein Sprecher des Vorstandes bestimmt.</p> <p>Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder des Vorstandes. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap 	<p>Die Vergütung setzt sich gemäß Beschluss des Aufsichtsrates aus einem Grundgehalt lt. Dienstvertrag und aus einer variablen Prämie gemäß Zielvereinbarung zusammen. Sie unterliegt einer jährlichen Überprüfung.</p> <p>Die Vergütung wird nicht in der Erklärung zum BCGK, sondern im Anhang zum Jahresabschluss 2014 einzeln ausgewiesen. Hierfür ergab sich keine Notwendigkeit.</p>

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none">• Rechte und Pflichten des Aufsichtsrates aus Satzung und Geschäftsordnung für den Vorstand; ggf. weitere Zustimmungsbindingen.• Geschäftsordnung des Aufsichtsrates.	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung sowie den Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und für den Vorstand wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen bzw. den Konzern einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat eine von der Hauptversammlung beschlossene Geschäftsordnung.</p>
III.2	<ul style="list-style-type: none">• Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern des Vorstandes: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung.• Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	<p>Im Berichtszeitraum erfolgte mit der Erstbestellung des Vorstandsmitglieds Frau Michaelis die Nachfolgeregelung für das Vorstandsmitglied, Herrn Jellema.. Die Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorbefassung im Personalausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Mitglieder des Vorstands festgelegt, es gilt der gesetzliche Rentenbeginn. Bei der Erstbestellung des Vorstandsmitglieds Frau Michaelis wurde die maximal mögliche Bestelldauer ausgeschöpft.</p>

<p>III.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Vorstand/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrates über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen dem, bzw. der Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand bestand ein regelmäßiger Informationsaustausch, insbesondere wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat dem, bzw. der Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich bei Bedarf über besondere Ereignisse unterrichtet. Dies betraf insbesondere die Umstrukturierungen im Beteiligungskreis, Portfolioankäufe sowie die umfangreichen Bauaktivitäten.</p> <p>Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen wichtige Ereignisse, über die er im Rahmen von außerordentlichen Gremiensitzungen unterrichtet wurde (außerordentliche Sitzungen des Personalausschusses und Aufsichtsrates am 19.05.2014; konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates am 23.06.2014; außerordentliche Sitzungen des Wirtschafts- und Finanzausschusses und Aufsichtsrates am 26.08.2014; außerordentliche Sitzung des Personalausschusses am 24.11.2014).</p> <p>Darüber hinaus erfolgten sechs Umlaufverfahren (mit Feststellung der Beschlussergebnisse am 04.06.2014; 30.10.2014; 20.12.2014).</p>
---------------------	--	---

III.4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrates; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat wurde gem. Beschluss der Hauptversammlung vom 12.06.2014 neu bestellt, wobei ein Aufsichtsratsmandat noch zu vergeben ist. Es wurde eine neue Vorsitzende gewählt.</p> <p>Der Aufsichtsrat hatte 2014 folgende Ausschüsse: Bau- und Grundstücksausschuss (BGA), Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA), Prüfungsausschuss (PRA), denen jeweils 4 Anteilseigner- und 2 Arbeitnehmervertreter angehören. Des Weiteren gab es einen Personalausschuss (PEA), dem 2 Anteilseigner- und 1 Arbeitnehmervertreter angehören.</p> <p>Die/der Aufsichtsratsvorsitzende, die/der kein ehemaliges Mitglied des Vorstandes ist, ist gemäß der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates auch Vorsitzende/r des WFA und PEA.</p> <p>Bewertungsfragen von Immobilien wurden sowohl im BGA, WFA als auch im Aufsichtsrat beraten. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen bzw. -entscheidungen unterrichtet.</p>
III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht.</p> <p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Die Gesamtvergütungen setzen sich gemäß Beschluss der Hauptversammlung aus einer Pauschale sowie Sitzungsgeldern zusammen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.</p>
III. 6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und dem Vorstand beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter vorgelegt.</p>

III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates. 	Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsrats-/ Ausschusssitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat — auch zur Kontrolle seiner Effizienz — den Jahresabschlussprüfer beauftragt, die Umsetzung seiner Beschlüsse und Aufträge an den Vorstand zu überprüfen. Beanstandungen wurden nicht festgestellt.
---------------------	--	---

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder des Vorstandes. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung des Vorstandes. 	<p>Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet und hierzu eine Selbsterklärung abgegeben. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt.</p> <p>Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<p>Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates. 	<p>Interessenkonflikte sind nicht entstanden.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene des Vorstandes. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrates. 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder des Vorstandes oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen erfolgten nicht.</p> <p>Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen gab es nicht.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat – auf der Grundlage der Satzung – eine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelung für die Genehmigung von Geschäften mit dem Unternehmen erlassen.</p>

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern des Vorstandes. 	<p>Kein Vorstandsmitglied hat entgeltliche gewerbliche Nebentätigkeiten außerhalb des Konzerns ausgeübt.</p> <p>Die Vorstände waren im Rahmen ihrer mit der Gewobag bestehenden Dienstverträge auch als Geschäftsführer der Tochtergesellschaften Gewobag WB Wohnen in Berlin GmbH und Gewobag PB Wohnen in Prenzlauer Berg GmbH tätig. Diese Nebentätigkeiten sowie Tätigkeiten in sozialen Einrichtungen bzw. Stiftungen erfolgten mit Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. der Aufsichtsratsvorsitzenden.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder des Vorstandes und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<p>Den Mitgliedern des Vorstandes und den Mitgliedern des Aufsichtsrates bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none">• Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf.• Informationen über das Unternehmen im Internet.	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Lagebericht bzw. im Anhang ausführlich erläutert. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet.</p> <p>Dies betrifft insbesondere die Verpflichtungen der Gewobag und der Gewobag WB aus den Aufwendungsdarlehen sowie den Fonds der Gewobag WB auf Grund des Wegfalls der Anschlussförderung.</p> <p>Unternehmensinformationen, wie z.B. der Geschäftsbericht, wurden auch über das Internet veröffentlicht.</p>
-------------------	--	--

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none">• Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte	<p>Der Jahresabschluss der Gewobag und des Konzerns wurde entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und innerhalb der gesetzlichen Fristen dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter Land Berlin vorgelegt. Die Bewertungsmethoden sind im Anhang erläutert und begründet. Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte führen die Beteiligungsgesellschaften der Gewobag auf.</p> <p>Zwischenberichte/Quartalsberichte gem. § 90 AktG werden vierteljährlich erstellt bzw. im Rahmen der Berichterstattung in den Sitzungen des Aufsichtsrates bzw. seiner Ausschüsse erörtert.</p>
--------------------	---	---

VII. Abschlussprüfung

VII. 1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen zwischen dem Abschlussprüfer/seinen Organen/seinen Prüfungsleitern und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.</p> <p>Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII. 2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfauftrages und Honorarvereinbarung. 	<p>Der Aufsichtsrat hat, vertreten durch die Aufsichtsratsvorsitzende, nach entsprechender Beschlussfassung in der Hauptversammlung am 12.06.2014 den Prüfauftrag für 2014 erteilt.</p>
VII. 3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrates durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben 	<p>Es gab keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen. Es wurde ein uneingeschränktes Testat zum Jahresabschluss des Konzerns zum 31.12.2013 vom 28.02.2014 erteilt.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>

VII. 4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Prüfungsausschusses (PRA) und des Aufsichtsrates betreffend den Jahresabschluss zum 31.12.2013 teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.</p> <p>Er wird auch an den Beratungen des PRA und des Aufsichtsrates betreffend den Jahresabschluss zum 31.12.2014 teilnehmen und über die Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>
---------------	---	--

Vergütung des Vorstandes und des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2014

1. Vorstand

Vorstandsmitglieder der Gewobag waren im Geschäftsjahr 2014 Herr Hendrik Jellema, Kaufmann (bis 30.11.2014), Frau Snezana Michaelis, Dipl.-Ingenieurin (FH) (ab 01.06.2014) und Herr Markus Terboven, Diplom-Kaufmann.

Die Vorstände erhielten im Geschäftsjahr folgende Bezüge und Nebenleistungen:

in €	Markus Terboven	Snezana Michaelis	Hendrik Jellema
Grundvergütung	170.000,04	56.666,68	160.410,32
Prämien – variable Zieltantieme	70.000,00		70.000,00
Versorgungsvorsorge bzw. Beiträge zur freiwilligen Rentenversicherung einschl. übernommener Pauschalsteuer	26.890,21	15.470,35	26.435,55
Geldwerte Vorteile	9.327,78	1.444,40	7.066,76
Zuschuss Mutterschaftsgeld		17.597,16	
Bezüge:	276.218,03	91.178,59	263.912,63
Zuschüsse bzw. Arbeitgeberanteile	3.674,88	1.223,56	3.708,76
Gesamt:	279.892,91	92.402,15	267.621,39

2. Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Muttergesellschaft waren bis 15.04./12.06.2014:

Name	Beruf	Vergütung bis 15.04./12.06.2014 EUR	
Lutz Freitag	Vorsitzender; ehem. Präsident des GdW	Feste Vergütung inkl. USt. Sitzungsgelder inkl. USt.	2.479,17 1.071,00
Ephraim Gothe	stellv. Vorsitzender; Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin bis 15.04.2014	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.562,50 600,00
Erika Jaeger	Immobilienökonom (ebs) und selbständige Beraterin	Feste Vergütung inkl. USt. Sitzungsgelder inkl. USt.	1.239,58 714,00
Boris Matuszczak	Leiter der Filiale Berlin Immobilien der HSH Nordbank, Hamburg	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.562,50 600,00
Kerstin Mutz	Rechtsanwältin	Feste Vergütung inkl. USt. Sitzungsgelder inkl. USt.	1.239,58 714,00
Rolf-Dieter Schippers	Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.041,67 600,00
Dr. Ottwald Demele	ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di — Landesbezirk Berlin - Brandenburg	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.041,67 600,00
Sabine Herbst	Kaufmännische Angestellte bei der Gewobag, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.041,67 600,00
Andreas Sieber	Kaufmännischer Angestellter bei der Gewobag, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.041,67 750,00

Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Muttergesellschaft sind ab 12.06.2014:

Name	Beruf	Vergütung ab 12.06.2014	EUR
Erika Jaeger	Vorsitzende Immobilienökonom (ebs) und selbständige Beraterin	Feste Vergütung inkl. USt. Sitzungsgelder inkl. USt.	3.470,83 1.785,00
Prof. Dr. Ing. Engelbert Lütke Daldrup	stellv. Vorsitzender; Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	Feste Vergütung. Sitzungsgelder	2.187,50 1.050,00
Boris Matuszczak	Leiter der Filiale Berlin Immobilien der HSH Nordbank, Hamburg	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.458,33 1.200,00
Kerstin Mutz	Rechtsanwältin	Feste Vergütung inkl. USt. Sitzungsgelder inkl. USt.	1.735,42 1.606,50
Rolf-Dieter Schippers	Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.458,33 1.050,00
Dr. Ottwald Demele	ehem. Gewerkschaftssekretär ver.di — Landesbezirk Berlin - Brandenburg	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.458,33 1.200,00
Sabine Herbst	Kaufmännische Angestellte bei der Gewobag, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.458,33 1.350,00
Andreas Sieber	Kaufmännischer Angestellter bei der Gewobag, Berlin	Feste Vergütung Sitzungsgelder	1.458,33 1.050,00

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten jeweils Sitzungsgelder und feste Vergütungen. Variable Vergütungen wurden nicht gewährt.

Grün Berlin GmbH

Lagebericht

Geschäftsjahr 2014

1. Januar - 31. Dezember 2014

Inhalt	Seite
1. Grundlagen der Gesellschaft _____	3
1.1. Gesellschaftszweck _____	3
1.2. Geschäftsleitung _____	3
1.3. weitere leitende Mitarbeiter _____	3
1.4. Aufsichtsrat _____	3
1.5. Gesellschafter _____	4
1.6. Geschäftstätigkeit _____	4
1.7. Administrativer Bereich _____	4
1.8. Steuerfragen/Betriebsprüfung _____	5
1.9. Jahresabschluss / Berliner Corporate Governance Kodex _____	5
1.10. Beteiligungen _____	5
2. Ertragslage _____	6
3. Finanzlage _____	11
4. Vermögenslage _____	12
5. Kennzahlen der Gesellschaft _____	12
5.1. Entwicklung institutioneller Zuschuss in Mio. EURO _____	12
5.2. Entwicklung Sachaufwand in Mio. EURO _____	12
5.3. Entwicklung Personalaufwand in Mio. EURO _____	12
5.4. Entwicklung Personalstellen _____	13
5.5. Entwicklung eigene Erträge _____	13
5.5.1. Gesamt in Mio. EURO (netto) _____	13
5.5.2. Miet- und Pachteinnahmen in T-EURO (netto) _____	13
5.5.3. Verkaufserlöse in Mio. EURO (netto) gesamt (alle Parkanlagen) _____	13
5.6. Entwicklung der Besucherzahlen in Mio. EURO _____	14
5.6.1. Gesamt (alle eintrittspflichtigen Parkanlagen) _____	14
5.6.2. Britzer Garten _____	14
5.6.3. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn _____	14
5.6.4. Jahreskarten in Tausend gesamt _____	14
5.7. Entwicklung des Kostendeckungsgrades _____	14
5.7.1. Britzer Garten _____	14
5.7.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn _____	14
5.8. Entwicklungen _____	15
5.8.1. Entwicklung Zuschuss in Mio. EURO _____	15
5.8.2. Entwicklung Eigene Erträge in Mio. EURO _____	15
5.8.3. Besucherentwicklung Britzer Garten _____	16
5.8.4. Besucherentwicklung Gärten der Welt _____	16
6. Nachtragsbericht _____	17
7. Risiko- und Prognosebericht _____	17

1. Grundlagen der Gesellschaft

1.1. Gesellschaftszweck

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes der Länder sowie des Umweltschutzes; die Förderung des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege; die Förderung der Volksbildung sowie die Förderung von Kunst und Kultur.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Freiraumgestaltung mit besonderer Bedeutung für die Erholung der Allgemeinheit, für das Stadtbild und die Stadtgeschichte, für städtebauliche Entwicklungsbereiche und andere Schwerpunkte der Stadtentwicklung, um gesamtstädtisch Akzente zur Förderung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu setzen;
- Organisation, Betrieb und Weiterentwicklung bedeutsamer öffentlicher Freiraumanlagen, insbesondere des Britzer Gartens in Berlin-Neukölln, der Gärten der Welt in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und anderer vergleichbarer Anlagen im Eigentum oder im Besitz der Gesellschaft, die zur unmittelbaren Förderung der Allgemeinheit durch öffentliche Nutzung gewidmet werden;
- Förderung und Entwicklung von Leitbildern, Realisierungskonzepten und optimierten Umsetzungsstrategien zur Sicherung und Ausgestaltung neuer Naherholungsgebiete, stadtgliedernder Landschaftsräume, zur Vernetzung von Freiflächensystemen/Grünzügen;
- Bereitstellung von Informationen zu Belangen des öffentlichen Grün- und Freiraumes zum Zwecke einer verbesserten Akzeptanz in der Öffentlichkeit.

1.2. Geschäftsleitung

Christoph Schmidt, Geschäftsführer
Helmut Siering, Prokurist

1.3. weitere leitende Mitarbeiter

Rolf Bieser, Technischer Leiter und Handlungsbevollmächtigter
Angela Grönwald, Leiterin Planung und Entwicklung sowie Handlungsbevollmächtigte
Sven Haberecht, Kaufmännischer Leiter und Handlungsbevollmächtigter

1.4. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat neun Mitglieder.

Vorsitzender ist Herr Staatssekretär Christian Gaebler, -stellvertretende Vorsitzende Frau Beate Profé, beide Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

Weitere Mitglieder waren im Berichtszeitraum

Frau Iris Brockmann (Senatsverwaltung für Finanzen),

Herr Heinz Buschkowsky (Bezirksbürgermeister Bezirksamt Neukölln von Berlin),

Herr Christian Gräff (Bezirksstadtrat Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin),

Herr Carsten Henselek (Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V.),

Herr Hans-Joachim Henzgen (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung),

Frau Heike Lorenz (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten) und

Herr Carsten Spallek (Bezirksstadtrat Mitte von Berlin).

1.5. Gesellschafter

Alleiniger Gesellschafter ist das Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen.

1.6. Geschäftstätigkeit

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst nach der Auslagerung der „Neubauprojekte“ in die Grün Berlin Stiftung weiterhin die Organisation, den Betrieb und die Weiterentwicklung von eintrittspflichtigen und nicht eintrittspflichtigen Parkanlagen und Grünflächen; im Einzelnen:

Britzer Garten, Gärten der Welt, Kienberg/Wuhletal, Natur-Park Schöneberger Südgelände, Sowjetische Ehrenmale, Berliner Mauerweg, Touristisches Wegeleitsystem, Park auf dem Gleisdreieck, Grünzug Südpanke, Mauerpark, Botanischer Volkspark Blankenfelde, Tempelhofer Feld, Bereitstellen von Mitteln für den Comeniusgarten sowie Vorbereitung der Durchführung des Lenné Preises.

1.7. Administrativer Bereich

Die Arbeit des administrativen Bereiches der Gesellschaft wird in erster Linie durch laufende Geschäfte, wie z. B. Finanzbuchhaltung, Gremien- und Personalangelegenheiten, Finanzierungsfragen und das Vertragswesen u. v. a. m. geprägt, die tagesfertig zu erledigen sind. Daneben haben organisatorische Themen und vor allem der Einsatz und die Betreuung der Informationstechnologie (IT) unverändert hohe Bedeutung. In diesen Feldern arbeitet die Gesellschaft kontinuierlich daran, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel das Arbeitsumfeld zu optimieren.

Die Buchführung wird EDV-gestützt auf einem Windows 2008 Standard-Server-Netzwerk vorgenommen. Es werden die Softwarepakete „Rechnungswesen-kommunal“ des Softwareherstellers DATEV in der jeweils aktuellsten Version eingesetzt. Die Anlagenbuchhaltung und der Zahlungsverkehr erfolgen ebenfalls EDV-gestützt mit der Software „PC-Anlag“ und „Zahlungsverkehr“ der DATEV.

Eine Ausschreibung für die Automatisierung des personal- und kostenintensiven Parkzutrittsystems wurde durchgeführt. Im Ergebnis wurde die Firma BeckerBillet GmbH mit der Lieferung eines automatisierten Kassensystems sowie der Parkzutrittssysteme für den Britzer Garten und die Gärten der Welt beauftragt. In Vorbereitung der Einführung des elektronischen Ticketing-Systems im Britzer Garten mussten für eine Zwischenlösung die Telefonanschlüsse der dortigen Kassen von analog auf ISDN umgestellt werden. Nach Inbetriebnahme der angestrebten „LWL-Ringschaltung“ der Kassen erfolgt eine interne Vernetzung. Die Spezifikationen der LWL-Verkabelung sowie die konkreten Anforderungen der Ticketinginfrastruktur sind jetzt bekannt, so dass der Austausch der lokalen Server an den Standorten Gärten der Welt und Britzer Garten erfolgen kann. Dies wird bis Mitte 2015 mit der Aktualisierung der Hauptserver-Infrastruktur erfolgen. Der Support der Haupt-Server läuft Mitte 2015 aus.

Das Stellenoll 2014 der Gesellschaft betrug lt. Stellenplan des Budgets/Wirtschaftsplanes insgesamt 51,25 Stellen. Zum Ende dieses Berichtszeitraums waren 51,25 Stellen besetzt. Vier von 25,75 Mitarbeiterinnen arbeiteten in Teilzeit.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten betrug 50,2 Jahre.

Wesentliche Themen der Aufsichtsratssitzungen waren die Kosten- und Zeitbudgets mit den verbundenen Risiken zur Umsetzung des Masterplans in den Gärten der Welt, die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Gärten der Welt, die Verwendung der Standortmittel, die Bestellung der Ab-

schlussprüfer, die Preisgestaltung der Jahreskarte für die eintrittspflichtigen Parkanlagen, Informationen zur IGA Berlin 2017, Berichte über das Ticketing-/Einlasssystem, die Flächenübernahme Kienberg/Wuhletal sowie Berichte zu den Beteiligungsgesellschaften.

1.8. Steuerfragen/Betriebsprüfung

Die Grün Berlin GmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO. Das Finanzamt hat zuletzt mit Bescheid vom 31.03.2014 die Gemeinnützigkeit bestätigt. Die Grün Berlin GmbH ist damit auch zur Ausstellung steuerlicher Zuwendungsbestätigungen berechtigt. Die Steuererklärungen für das Kalenderjahr 2013 wurden im Dezember 2014 elektronisch an das Finanzamt übermittelt. Es besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Grün Berlin Service GmbH.

1.9. Jahresabschluss / Berliner Corporate Governance Kodex

Die Prüfung des aufgestellten Jahresabschlusses erfolgt gemäß Gesellschaftsvertrag durch einen Wirtschaftsprüfer oder eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, grundsätzlich unter Beachtung der allgemeinen Standards des IDW (Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland) für die Prüfung von Gesellschaften.

Der Gesellschafter hat mit Beschluss vom 18.12.2014 den Jahresabschluss 2013 festgestellt und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft wurde zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 bestellt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 wurde am 30.05.2014 von der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft abgeschlossen. Zugleich wurden auch die Jahresabschlüsse der Grün Berlin Service GmbH und der IGA Berlin 2017 GmbH geprüft.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 findet im Monat Mai 2015 statt.

Der Gesellschafter Land Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen, hat mit Schreiben vom 19. Mai 2004 vorgegeben, als Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex eine von der Senatsverwaltung für Finanzen erarbeitete „Anlage 7.1“ zum Lagebericht abzugeben. Mit Beschluss vom 17. Februar 2009 hat der Senat von Berlin die Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen überarbeitet. Während die Beteiligungshinweise für alle Beteiligungen des Landes unabhängig von der Größe des Unternehmens und der Höhe der an ihnen gehaltenen Geschäftsanteile gelten, werden auf Basis des DCGK Regelungen empfohlen (Berliner Corporate Governance Kodex), die bei den Beteiligungsgesellschaften Berlins, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und/oder die hinsichtlich Größe, Aufgabe und wirtschaftlicher Bedeutung – insbesondere Risikolage – von besonderem Interesse sind, angewendet werden sollen. Die entsprechende Anlage 7.1 zum Berliner Corporate Governance Kodex ist dem Lagebericht beigelegt.

1.10. Beteiligungen

Grün Berlin Service GmbH

Grün Berlin GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Grün Berlin Service GmbH. Die Grün Berlin Service GmbH nimmt Aktivitäten, die einen steuerrechtlich wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb darstellen, wahr.

Im Berichtszeitraum waren das insbesondere die Geschäftsbesorgung für den Landesbetrieb

Krematorium Berlin, buchhalterische Tätigkeiten für den Landesbetrieb Berlin Energie sowie die Durchführung der Klassik Open Air Konzerte 2014 „Feuerblumen“ im Britzer Garten und „Viva la musica“ in den Gärten der Welt. Beide Veranstaltungen waren ausverkauft und konnten finanziell ein positives Ergebnis erzielen.

Der Vorverkauf für die Klassik Open Air Konzerte „Feuerblumen“ am 29.08.2015 im Britzer Garten sowie „Viva la musica“ in den Gärten der Welt am 05.09.2015 hat am 01.12.2014 begonnen.

Die Geschäftsentwicklung in Hinblick auf die Einäscherungszahlen des Krematoriums Berlin verlief auf dem Niveau des Vorjahres. 2014 sind 14.002 Einäscherungen gegenüber 14.315 Einäscherungen 2013 vorgenommen worden.

IGA Berlin 2017 GmbH

Die Grün Berlin GmbH ist Mehrheitsgesellschafterin der IGA Berlin 2017 GmbH. Der Senat hat am 18.09.2012 beschlossen, die IGA 2017 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, um die Gärten der Welt mit dem Kienberg und dem Wuhletal durchzuführen und nicht auf dem Tempelhofer Feld. Der Durchführungshaushalt wurde auf max. 40 Mio. € reduziert (von ursprünglich 50,5 Mio. €), der Zuschuss des Landes Berlin beträgt 9,8 Mio. € (ehemals 13,5 Mio. €). Die weiteren Ausgaben von 30,2 Mio. € werden durch eigene Erträge der IGA Berlin 2017 GmbH erbracht. Auf dieser Grundlage wurde der Gesamtkostenfinanzierungsplan erarbeitet. Diesen Gesamtkostenfinanzierungsplan gilt es immer wieder zu aktualisieren, dies auch vor dem Hintergrund, dass das Budget für die letzten zwei Planjahre 2016 und 2017 im Haushalt passgenau etatisiert werden muss. Für die Flächenüberlassung der Grün Berlin GmbH an die IGA Berlin 2017 GmbH im Durchführungsjahr 2017 wurden die Überlegungen, die sowohl die steuerlichen als auch die wirtschaftlichen Interessen beider Gesellschaften berücksichtigen, weiter fortgesetzt. Dieser Prozess ist sehr komplex, da mit der Neuaufnahme der sog. Flankierenden Maßnahmen Kienberg und Wuhletal nicht nur für die IGA Berlin 2017 GmbH, sondern auch für die Grün Berlin die Budgetberechnungen erweitert und präzisiert werden müssen. Eine Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung wurde im letzten Quartal 2014 erarbeitet und dem AR der Grün Berlin GmbH vorgelegt. Damit kann gleichzeitig der Aufwand der Grün Berlin GmbH im Durchführungsjahr für die IGA Berlin 2017 GmbH herausgelöst werden und sich spiegelnd im Budget der IGA Berlin 2017 GmbH wiederfinden. Der neue Bürostandort der IGA Berlin 2017 GmbH - die ursprünglich als Markthalle konzipierte Halle im Neubaugebiet nördlich der Eisenacher Straße - wurde als Bürostandort ausgebaut. Der Umzug erfolgte im August des Jahres. Nach der Erarbeitung eines Sponsoringkonzeptes erfolgten Schwerpunktsetzungen wie die Erarbeitung des Marketingkonzeptes, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Vorbereitung zur Umsetzung des Ausstellungskonzeptes. Die Presseberichterstattung zur IGA Berlin 2017 ist teilweise ausführlich und regelmäßig sehr positiv. Dazu beigetragen haben auch öffentliche Veranstaltungen, wie z. B. die sehr erfolgreiche IGA-Herbsttour, die den Interessierten Einblick in die aktuellen Planungen ermöglicht hat. Als Eröffnungstermin für die IGA Berlin 2017 wurde vom AR Gründonnerstag, 13.04.2017 festgelegt.

Leistungen der Gesellschaft, die für die Beteiligungen und die Stiftung erbracht werden, werden jeweils weiterberechnet. Hierzu wurden Managementverträge und Verträge über die Überlassung von Arbeitsplätzen abgeschlossen bzw. sind für die Stiftung in Vorbereitung.

2. Ertragslage

Geschäftlich war das Jahr 2014 erfolgreich, da die durch die Budgets 2014 und die Zielvereinbarungen 2014 vorgegebenen Ziele erreicht werden konnten und die für die Gesamtfinanzierung der Gesellschaft und somit für die Statik der Etats maßgeblichen Ansätze der „eigenen Erträge“ über-

erfüllt wurden. Der Britzer Garten konnte mit rd. 1.286.622 Besuchern (Vorjahr 1,2 Mio. Besucher) ein wiederum gutes Ergebnis erzielen; der Gesamtkostendeckungsgrad beträgt unverändert ca. 50 %. Die Besucherentwicklung in den Gärten der Welt hat mit 810.000 Besuchern (Vorjahr 610.000) trotz begonnener Baumaßnahmen ein Rekordergebnis erzielt; der Kostendeckungsgrad hat sich mit 70 % (Vorjahr 61%) noch einmal deutlich erhöht. Der Natur-Park Schöneberger Südgelände hat mit 51.611 zahlenden Besuchern das Ergebnis des Vorjahres (46.488) übertroffen. Mit 49.094 Jahreskarten 2014 haben wir die Rekordergebnisse der Vorjahre (2013: 45.860) wiederum steigern können. Hierbei konnten insbesondere die Gärten der Welt einen Zuwachs von 10.420 im Jahr 2013 um 1.733 auf 12.152 Jahreskarten verzeichnen. Im Britzer Garten sind die Jahreskartenkäufe von 34.282 um 1.570 auf 35.852 Jahreskarten erneut gestiegen.

Auch der Vorverkauf der Jahreskarte 2015 hat mit 29.238 Stück per 31.12.2014 ein gegenüber dem Vorjahr (24.081) wiederum verbessertes Ergebnis erbracht.

Zusammenfassend ist die Geschäftsleitung mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2014 zufrieden.

Die Grün Berlin GmbH erhielt 2014 Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt und erzielte eigene Erträge. Die Zuwendungen ermöglichen die dauernde und nachhaltige Erfüllung des Satzungszwecks. Das Budget für die Jahre 2014 und 2015 basiert auf den Haushaltsanmeldungen 2014/2015 sowie dem Gesamtkosten- und Finanzierungsplan für die Jahre 2012 bis 2016 und der Investitionsplanung für diesen Zeitraum. Die Gesamtkosten- und Finanzierungsplanung wurde für die Jahre 2015 bis 2019 fortgeschrieben und dem Aufsichtsrat in seiner 52. Sitzung am 09.12.2014 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bereits im Jahr 2013 wurden die investiven Projekte in die Grün Berlin Stiftung überführt, der Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes um 800.000 € reduziert und als Zuwendung der Grün Berlin Stiftung zugeordnet. Da die Stiftung über kein eigenes Personal und keine eigenen Betriebsräume verfügt, fallen die Kosten weiterhin bei der Grün Berlin GmbH an und werden an die Grün Berlin Stiftung weiterberechnet. Ansätze, Zuwendungen und Erträge sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

Das Budget für die Jahre 2014 und 2015 basiert auf den Haushaltsanmeldungen 2014/2015, sowie dem Gesamtkosten- und Finanzierungsplan. Das Budget 2014/2015 war in der 48. AR Sitzung am 02.09.2013 beschlossen worden.

Das Budget 2014/2015 sah für die institutionelle Förderung Zuwendungen in Höhe von je 5,090 Mio. vor, für das Tempelhofer Feld je 3,4 Mio. €. Hinzu kommen Zuschüsse im Finanzplan in Höhe von 1,865 Mio. € in 2014 und 3,022 Mio. € in 2015 sowie GRW Mittel in Höhe von 4,224 Mio. € in 2014 und 4,883 Mio. € in 2015. Die eigenen Erträge wurden auf 3,342 Mio. € in 2014 und 3,585 Mio. € in 2015 erhöht. Weitere Erträge aus der Verrechnung mit der Grün Berlin Stiftung in Höhe von je 800 T€ wurden eingestellt. Für das Budget Tempelhofer Feld wurden darüber hinaus Erträge in Höhe von je 200 T€ veranschlagt.

Im Jahr 2014 wurden eigene Erträge in der institutionellen Förderung in Höhe von insgesamt 4.667.756,51 € erzielt. Diese resultieren aus Umsatzerlösen in Höhe von 2.920.685,73 €, sonstigen Erträgen und Zinserträgen in Höhe von 284.687,32 €, Erträge aus der Weiterberechnung an die Grün Berlin Stiftung für Personal- und Sachleistungen in Höhe von 650.523,86 €, Erträge aus Projekten der Stiftung in Höhe von 565.367,28 sowie Erträge aus der Weiterberechnung für erbrachte Leistungen an die Beteiligungsgesellschaften in Höhe von 246.492,32 €. Für das Budget Tempelhofer Feld wurden Erträge in Höhe von insgesamt 619.105,88 € erzielt; diese beinhalten eine Betriebskostenrückzahlung für Vorjahre in Höhe von 271.403 €.

Förderung	Bewilligte Zuwendung (einschl. Ust.) Restmittel	davon aus- zahlt (einschl. Ust.) Restmittel	nach Abzug der Ust. Verbleiben	eigene Erträge	Einnahmen gesamt	Nettoaufwand	nicht ver- brauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. Ust.	Verbindlich- keit/ Forderung (-)
Institutionelle Förderung 1210/682 03 Bescheide vom 16.01. und 01.07.2014	3.868.000,00 €	3.868.000,00 €	3.868.000,00 €	4.667.756,51 €	8.535.756,51 €	8.523.972,47 €	11.784,04 €		11.784,04 €
Unterhaltspflege sowjetische Ehrenmale 1210/682 03 Ukto. 210 Bescheide vom 16.01. und 26.05.2014	305.660,00 € Restmittel 2013	283.663,18 € 17.865,76	301.528,96 €	8.427,13 €	309.956,09 €	277.974,49 €	31.981,60 €		31.981,60 €
Comenius-Garten 1210/682 03 Ukto. 208 Bescheid vom 16.01.2014	110.000,00 €	110.000,00 €	110.000,00 €	0,00 €	110.000,00 €	110.000,00 €	0,00 €		0,00 €
Unterhaltung des Berliner Mauerwegs 1210/682 03 Ukto. 203 Bescheide vom 07.02. und 24.11.2014	135.200,00 € Restmittel 2013	135.200,00 € 0,00 €	135.200,00 €	0,00 €	135.200,00 €	136.630,80 €	-1.430,80 €		-1.430,80 €
Wasserroute Natur-Park Schöneberger Südgelände 1210/682 03 Ukto. 201 Bescheide vom 18.07. und 02.10.2014	180.000,00 € Restmittel 2013	180.000,00 € 0,00 €	180.000,00 €	63,45 €	180.000,00 €	180.000,00 €	63,45 €		63,45 €
Lenné-Preis 1210/682 03 Ukto. 205 Bescheide vom 22.01., 18.11. und 09.12.2014	66.462,00 € Restmittel 2013	66.462,00 € 0 €	66.462,00 €	0,00 €	66.462,00 €	66.576,54 €	-114,54 €		-114,54 €
Unterhaltungspflege Touristisches Wegeleitsystem 1210/682 03 Ukto. 202 Bescheide vom 06.02. und 04.03.2014	40.000,00 € Restmittel 2013	34.621,34 € 5.378,66 €	40.000,00 €	0,00 €	40.000,00 €	40.226,15 €	-226,15 €		-226,15 €
Unterhaltung Gleisdreieck 1210/682 03 Ukto. 207 Bescheide vom 05.03., 25.04. und 07.10.2014	880.239,50 € Restmittel 2013	748.845,69 € 125.094,86 €	873.930,55 €	151.054,82 €	1.024.985,37 €	979.675,18 €	45.310,19 €		45.310,19 €
Unterhaltung Berliner Mauerpark Bescheid vom 30.01.2014	135.672,52 € Restmittel 2013	107.802,110 € 448,28	108.250,38 €	2.000,00 €	110.250,38 €	109.744,67 €	505,71 €		505,71 €
Pflege des Grünzuges Südpanke 1210/682 03 Ukto. 220 Bescheide vom 03.02. und 11.03.2014	24.242,56 € Restmittel 2013	22.512,64 € 1.515,68 €	24.028,32 €	0,00 €	24.028,32 €	19.593,14 €	4.435,18 €		4.435,18 €
Unterhaltung Nord-Süd-Grünzug 3810/682 03 Bescheide vom 24.04. und 08.05.2014	175.744,14 €	175.744,14 €	175.744,14 €	0,00 €	175.744,14 €	162.367,17 €	13.376,97 €		13.376,97 €
Bewirtschaftung des Kienbergs/Wuhletal 3810/682 03 Bescheid vom 29.07.2014	173.172,00 €	173.172,00 €	173.172,00 €	3.935,15 €	177.107,15 €	166.164,03 €	10.943,12 €		10.943,12 €
Bewirtschaftung und Nachnutzung des Tempelhofer Feldes 1220/682 04 Ukto. 210 Bescheide vom 27.02. und 26.09.2014	3.060.000,00 € Restmittel 2013	2.219.519,10 € 287.311,75 €	2.506.830,85 €	619.105,88 € Inkl. 271.403,00 NK	3.125.936,73 €	2.942.518,04 €	183.418,69 €		183.418,69 €
Erhaltung und Entwicklung des Botanischen Volksparks Blankenfelde 4720/685 69 Bescheid vom 11.04.2014	318.000,00 € Restmittel 2013	312.697,13 € 5.302,87 €	318.000,00 €	38.449,75 €	356.449,75 €	355.987,91 €	461,84 €		461,84 €
Archäologische Grabungen/Kampfmittelräumung 1210/682 03 Ukto. 212 Bescheide vom 13.06. und 11.09.2014	772.000,00 €	772.000,00 €	772.000,00 €	0,00 €	772.000,00 €	772.000,00 €	0,00 €		0,00 €
Trickteufel Gärten der Welt 1210/682 03 Ukto. 213 Bescheid vom 26.06.2014	277.090,00 €	277.090,00 €	277.090,00 €	0,00 €	277.090,00 €	257.820,66 €	19.269,34 €		19.269,34 €
Allianzentsorgung 1210/682 03 Ukto. 214 Bescheid vom 01.10.2014	170.000,00 €	170.000,00 €	170.000,00 €	0,00 €	170.000,00 €	159.885,89 €	10.114,11 €		10.114,11 €
unabweisbare Sonderlasten 1210/682 03 Ukto. 215 Bescheid vom 17.10.2014	275.000,00 €	275.000,00 €	275.000,00 €	0,00 €	275.000,00 €	275.000,00 €	0,00 €		0,00 €
Unterhaltung Kulturforum Umfeld T4 1210/682 03 Ukto. 216 Bescheid vom 28.10.2014	3.180,00 €	3.180,00 €	3.180,00 €	0,00 €	3.180,00 €	3.180,00 €	0,00 €		0,00 €

Förderung	Bewilligte Zuwendung (einschl. Ust.) Restmittel	davon ausge- zahlt (einschl. Ust.) Restmittel	nach Abzug der Ust. Verbleiben	eigene Erträge	Einnahmen gesamt	Nettoaufwand	nicht ver- brauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. Ust.	Verbindlich- keit/ Forderung (-)
Institutionell außerhalb des Budgets Tulipan im Britzer Garten	Restmittel Vorjahr	260.309,71 €	0,00 €	178.983,76 €	439.293,47 €	271.146,67 €	168.146,80 €		168.146,80 €
Institutionell außerhalb des Budgets Geschäftsbesorgung Krematorium	Restmittel Vorjahr	20.057,99 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €		0,00 € 20.057,99 €
Institutionell außerhalb des Budgets weitere Veranstaltungen Britz	Restmittel Vorjahr	533.523,33 €	0,00 €	280.162,25 €	813.685,58 €	163.640,39 €	650.045,19 €		650.045,19 €
Institutionell außerhalb des Budgets weitere Veranstaltungen Marzahn	Restmittel Vorjahr	12.114,82 €	0,00 €	90.983,51 €	103.098,33 €	90.624,48 €	12.473,85 €		12.473,85 €
Summe institutionelle Förderung	10.969.662,72 €	11.204.423,05 €	10.378.417,20 €	6.040.922,21 €	17.225.287,27 €	16.064.728,68 €	1.160.558,59 €	0,00 €	1.180.616,58 €

Förderung	Bewilligte Zuwendung (einschl. Ust.) Restmittel	davon ausge- zahlt (einschl. Ust.) Restmittel	nach Abzug der Ust. Verbleiben	eigene Erträge	Einnahmen gesamt	Nettoaufwand	nicht ver- brauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. Ust.	Verbindlich- keit/ Forderung (-)
Planung und Realisierung von Parks und Gärten Bescheide vom 20.01., 17.07. und 22.10.2104 a) Gärten der Welt/Erweiterungsflächen b) Sicherung Masterplan/flankierende Maßnahmen c) Modernisierung der technischen Infrastruktur des Britzer Gartens allgemein (Kontoführungsgebühren, Zinsen, Auflösung Rückstellungen)	2.050.000,00 € Restmittel 2013 835.260,00 € 194.740,00 € 1.020.000,00 €	1.984.504,16 € 65.514,94 € 932.341,16 € 173.453,99 € 944.035,75 € 188,20 €	2.050.019,10 € 932.341,16 € 173.453,99 € 944.035,75 € 188,20 €	1.368,26 € 0,00 € 0,00 € 1.368,26 € 0,00 €	2.051.387,36 € 932.341,16 € 173.453,99 € 945.404,01 € 188,20 €	2.013.892,33 € 970.525,67 € 172.510,87 € 870.667,59 € 188,20 €	37.495,03 € -38.184,51 € 943,12 € 74.736,42 € 0,00 €		37.495,03 € -38.184,51 € 943,12 € 74.736,42 € 0,00 €
Sowjetische Ehrenmale 1210/682 90 Bescheid vom 17.04.2014	193.200,00 € Restmittel 2013	169.105,84 € 11.845,41 €	180.951,25 €	1.564,85 €	182.516,10 €	153.648,51 €	28.867,59 €		28.867,59 €
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW 46/2010) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -1.BA- Errichtung des Engl. Gartens Zuwendungsbescheid vom 23.11.2010, 31.10. und 28.12.2011, 22.10.2012, 02.05. und 03.09.2013, 23.04., 01.08. und 17.12.2014 Zuwendungszeitraum 2010 - 2016	1.301.876,05 € Forderung 2013	1.230.052,43 € -23.812,33 €	1.206.240,10 €	0,00 €	1.206.240,10 €	1.207.038,49 €	-798,39 €		-798,39 €
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 5/12) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -2.Bauabschnitt "Besucherzentrum" Zuwendungsbescheid vom 27.07.2012, 02.05. und 12.12.2013, 14.01., 23.04., 20.05., 01.08., 27.08. und 05.12.2014 Zuwendungszeitraum 2012 - 2017	339.000,00 € Forderung 2013	338.250,55 € -3.784,37 €	334.466,18 €	0,00 €	334.466,18 €	325.852,37 €	8.613,81 €		8.613,81 €
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 10/12) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -3.Bauabschnitt Zuwendungsbescheid vom 24.10.2012, 30.04. und 12.12.2013, 14.01., 23.04., 20.05., 01.08., 27.08. und 05.12.2014 Zuwendungszeitraum 2012 - 2017	1.325.3910,93 € Forderung 2013	1.048.463,23 € -103.645,91 €	944.817,32 €	0,00 €	944.817,32 €	1.002.218,97 €	-57.401,65 €		-57.401,65 €
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 09/13) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -4.Bauabschnitt "Neue Gärten" Zuwendungsbescheid vom 27.04.2013, 14.01., 23.04., 01.08. und 05.12.2014 Zuwendungszeitraum 2013 - 2017	455.120,69 € Forderung 2013	455.026,37 € -6120,69 €	448.905,68 €	0,00 €	448.905,68 €	445.902,36 €	3.003,32 €		3.003,32 €

Förderung	Bewilligte Zuwendung (einschl. Ust.) Restmittel	davon ausge- zahlt (einschl. Ust.) Restmittel	nach Abzug der Ust. Verbleiben	eigene Erträge	Einnahmen gesamt	Nettoaufwand	nicht ver- brauchte Zuwendungs- mittel	zzgl. Ust.	Verbindlich- keit/ Forderung (-)
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 42/13) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt -S.Bauabschnitt "Ausbau Ballnesischer Gärten" Zuwendungsbescheid vom 19.12.2013, 14.01., 01.08. und d17.12.2014 Zuwendungszeitraum 2013 - 2016	484.512,27 €	412.047,32 €	379.535,05 €	0,00 €	379.535,05 €	379.535,05 €	0,00 €		0,00 €
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW -Infra 29/13) Realisierung des Masterplanes Gärten der Welt - Nachhaltige Sicherung des Masterplans, Erschließung Kienberg Zuwendungsbescheid vom 03.05. und 13.08.2013, 14.01., 23.04., 01.08. und 05.12.2014 Zuwendungszeitraum 2013 - 2017	1.589.446,02 € Forderung 2013	1.559.100,78 € -35.446,02	1.523.654,76 €	0,00 €	1.523.654,76 €	1.552.598,14 €	-28.943,38 €		-28.943,38 €
Infrastrukturmaßnahme im Rahmen des Umwelteinstastungsprogramms II Kennziffer: 11369 UEPI / 1-3 Regenwassermanagement im Britzer Garten Zuwendungsbescheid vom 14.03. und 19.11.2013, 21.11.2014 Zuwendungszeitraum 2013 - 2015	646.121,60 € Forderung 2013	646.121,60 € -235,24	645.886,36 €	-625,00 €	645.261,36 €	843.1910,63 €	-197.929,27 €		-197.929,27 €
Summe Projektförderung	8.384.667,56 €	7.779.990,74 €	7.714.475,80 €	2.308,11 €	7.716.783,91 €	7.923.876,85 €	-207.092,94 €	0,00 €	-207.092,94 €

3. Finanzlage

Das Gezeichnete Kapital beträgt 51,6 T-€. Gewinne werden aufgrund der Zuwendungsfinanzierung nicht erzielt. Der Sonderposten für Zuschüsse zum 31.12.2014 beträgt 46.602 T-€ (Vorjahr 44.045 T-€).

Die Rückstellungen betragen 976 T-€ (Vorjahr 1.599 T-€). Die Rückstellungen beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen 6.994 T-€ (Vorjahr 3.485 T-€).

Das kurzfristige Fremdkapital beträgt 8.458 T-€ (Vorjahr 5.496 T-€).

Forderungen und Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Das Bilanzvolumen hat sich von 49,6 Mio. € auf 55,1 Mio. € erhöht, insbesondere aufgrund der Anlagen im Bau.

Darstellung der Entwicklung der Finanzkraft und der Liquidität der Grün Berlin GmbH:

TEUR	2014	Vorjahr	Veränderung
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	0	0	0
2. Zunahme/ Abnahme Rückstellungen	-623	245	-868
3. Zunahme/ Abnahme Sonderposten	2.557	-1.536	4.093
4. Abschreibungen	1.827	1.924	-97
5. Zunahme/ Abnahme Vorräte	3.114	2.348	766
Zunahme/ Abnahme Vermögensgegenstände	-782	149	-931
Zunahme/ Abnahme Forderungen Zuwendungsgeber	-52	-60	8
Aktive RAP	-14	-3	-11
Zunahme/ Abnahme Forderungen	-86	-339	253
Abgang Anlagevermögen	0	0	0
6. Zunahme/ Abnahme Verbindlichkeiten			
aus Lieferungen und Leistungen	3.429	-234	3.663
Im Verbund	41	-17	58
gegenüber Zuwendungsgeber	30	-455	485
aus sonstigen Verbindlichkeiten	9	-71	80
passive Rechnungsabgrenzung	75	21	54
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	9.525	1.972	7.553
8. Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-7.536	-2.728	-4.808
9. Auszahlungen für Investitionen in immateriell. Sachanlagen	1	-4	5
10. Cashflow aus Investitionstätigkeit	-7.535	-2.732	-4.803
11. Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0
12. Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel	1.990	-760	2.750
13. Finanzmittel am Anfang der Periode	7.156	7.916	-760
14. Finanzmittel am Ende der Periode	9.146	7.156	1.990

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr verfügte die Gesellschaft über ein Anlagevermögen in Höhe von 26.986 T-€ (Vorjahr 21.276 T-€). Die Zunahme resultiert insbesondere aus den Anlagen im Bau in den Gärten der Welt.

Die unfertigen Anlagen aus dem Umlaufvermögen haben sich von 19.654 T-€ auf 16.549 T-€ verringert. Dies resultiert insbesondere aus der Abkopplung der Neubauprojekte in die Grün Berlin Stiftung und der Fertigstellung von Projekten.

Zur Berücksichtigung der Finanzierung der fertigen und unfertigen Anlagen aus Zuwendungen wurden in gleicher Höhe Sonderposten auf der Passivseite gebildet, die in Höhe der Abgänge aufgelöst wurden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände belaufen sich auf 2.378 T-€ (Vorjahr 1.459 T-€). Der Bankbestand beträgt 9.146 T-€ (Vorjahr 7.156 T-€).

Als zu 100% landeseigene Institution finanziert sich die Gesellschaft durch eigene Einnahmen, überwiegend jedoch aus Zuwendungen und damit aus Steuergeldern. Die Gesellschaft verfolgt mithin nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke und erstrebt keinen Gewinn. Gewinnbezogene Kennzahlen können deshalb nicht herangezogen werden. Ein aus wirtschaftlicher Tätigkeit begründetes Bestandsrisiko besteht nur bedingt. Bestimmte negative Entwicklungen können in begrenztem Umfang, bspw. durch Einsparungen an anderer Stelle, ausgeglichen werden, soweit das von der Zuwendungsgeberin gebilligt wird.

5. Kennzahlen der Gesellschaft

5.1. Entwicklung institutioneller Zuschuss in Mio. EURO (ab 2010 einschließlich Tempelhofer Feld)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
6,66	5,07	4,92	4,72	4,81	4,12	4,66	4,46	4,41	4,25	4,09	4,50	9,51	6,83	7,08	8,81	10,02
100%	76%	74%	71%	72%	62%	70%	67%	66%	64%	61%	68%	143%	102%	106%	132%	150%

5.2. Entwicklung Sachaufwand in Mio. EURO (ab 2010 einschließlich Tempelhofer Feld)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
5,55	4,75	4,59	4,73	4,77	4,54	5,02	5,23	5,13	5,62	5,56	5,86	11,01	8,68	9,42	10,96	12,49
100%	86%	83%	85%	86%	82%	91%	94%	92%	101%	100%	105%	198%	156%	170%	197%	225%

5.3. Entwicklung Personalaufwand in Mio. EURO (einschließlich Drittmittel)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
2,32	1,77	1,84	1,87	1,81	1,83	1,93	1,94	1,99	2,07	2,06	2,16	2,66	2,95	3,13	3,43	3,62
100%	76%	79%	81%	78%	79%	83%	84%	86%	89%	89%	93%	115%	127%	135%	148%	156%

5.4. Entwicklung Personalstellen

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
55	41	39	38	38	38	38	38	38	38	38	38	46	47,5	48	49,25	51,25
100%	75%	71%	69%	69%	69%	69%	69%	69%	69%	69%	69%	84%	86%	87%	89%	93%

5.5. Entwicklung eigene Erträge

5.5.1. Gesamt in Mio. EURO (netto) (einschließlich Verrechnung Stiftung)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1,10	1,43	1,58	1,77	1,77	2,13	2,10	2,50	2,59	3,26	3,40	3,16	3,64	4,32	4,32	5,39	5,76
100%	130%	144%	161%	161%	194%	191%	227%	236%	297%	310%	288%	332%	394%	393%	490%	525%

davon

5.5.2. Miet- und Pachteinnahmen in T-EURO (netto)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
196	243	268	272	288	324	338	373	376	410	433	463	679	834	754	814	791
100%	124%	137%	139%	147%	165%	173%	191%	192%	209%	221%	236%	347%	426%	385%	416%	404%

5.5.3. Verkaufserlöse in Mio. EURO (netto) gesamt (alle Parkanlagen)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0,62	0,87	0,94	1,19	1,15	1,42	1,38	1,75	1,67	2,17	2,29	2,28	2,32	2,69	2,55	2,54	2,70
100%	142%	153%	193%	186%	230%	223%	284%	271%	353%	372%	370%	377%	437%	414%	410%	439%

davon:

5.5.3.1. Britzer Garten

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0,57	0,77	0,76	0,87	0,84	0,91	0,85	1,12	1,04	1,17	1,21	1,31	1,38	1,41	1,33	1,25	1,30
100%	135%	134%	152%	147%	159%	148%	196%	183%	205%	213%	229%	242%	247%	233%	219%	230%

5.5.3.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0,05	0,10	0,18	0,32	0,31	0,50	0,51	0,62	0,61	0,98	1,05	0,95	0,92	1,24	1,15	1,28	1,30
100%	221%	391%	698%	664%	1.075%	1.106%	1.338%	1.309%	2.119%	2.274%	2.058%	1.986%	2.673%	2.476%	2.560%	2.825%

5.6. Entwicklung der Besucherzahlen in Mio. EURO

5.6.1. Gesamt (alle eintrittspflichtigen Parkanlagen)

(ab 2012 einschließlich Botanischer Volkspark Blankenfelde)

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1,16	1,32	1,37	1,27	1,25	1,41	1,30	1,70	1,45	1,72	1,63	1,48	1,69	2,09	2,10	1,90	2,17
100%	114%	119%	110%	108%	122%	113%	147%	126%	149%	140%	128%	146%	181%	181%	164%	188%

davon:

5.6.2. Britzer Garten

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
1,04	1,15	1,05	0,95	0,92	0,99	0,90	1,20	0,94	1,02	0,98	0,96	1,03	1,32	1,30	1,22	1,29
100%	111%	102%	92%	89%	95%	87%	116%	91%	98%	95%	92%	99%	128%	125%	117%	124%

5.6.3. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

1996	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
0,12	0,18	0,24	0,27	0,28	0,38	0,35	0,44	0,46	0,65	0,58	0,47	0,61	0,72	0,73	0,61	0,81
100%	145%	205%	229%	234%	315%	294%	373%	386%	549%	484%	397%	512%	603%	613%	512%	680%

5.6.4. Jahreskarten in Tausend gesamt

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
14,8	14,7	15,6	15,1	15,3	16,9	17,8	22,0	27,3	28,8	33,7	35,1	38,7	42,1	45,1	45,9	49,1
100%	100%	105%	102%	103%	115%	121%	149%	185%	195%	228%	238%	262%	285%	305%	310%	332%

5.7. Entwicklung des Kostendeckungsgrades

5.7.1. Britzer Garten

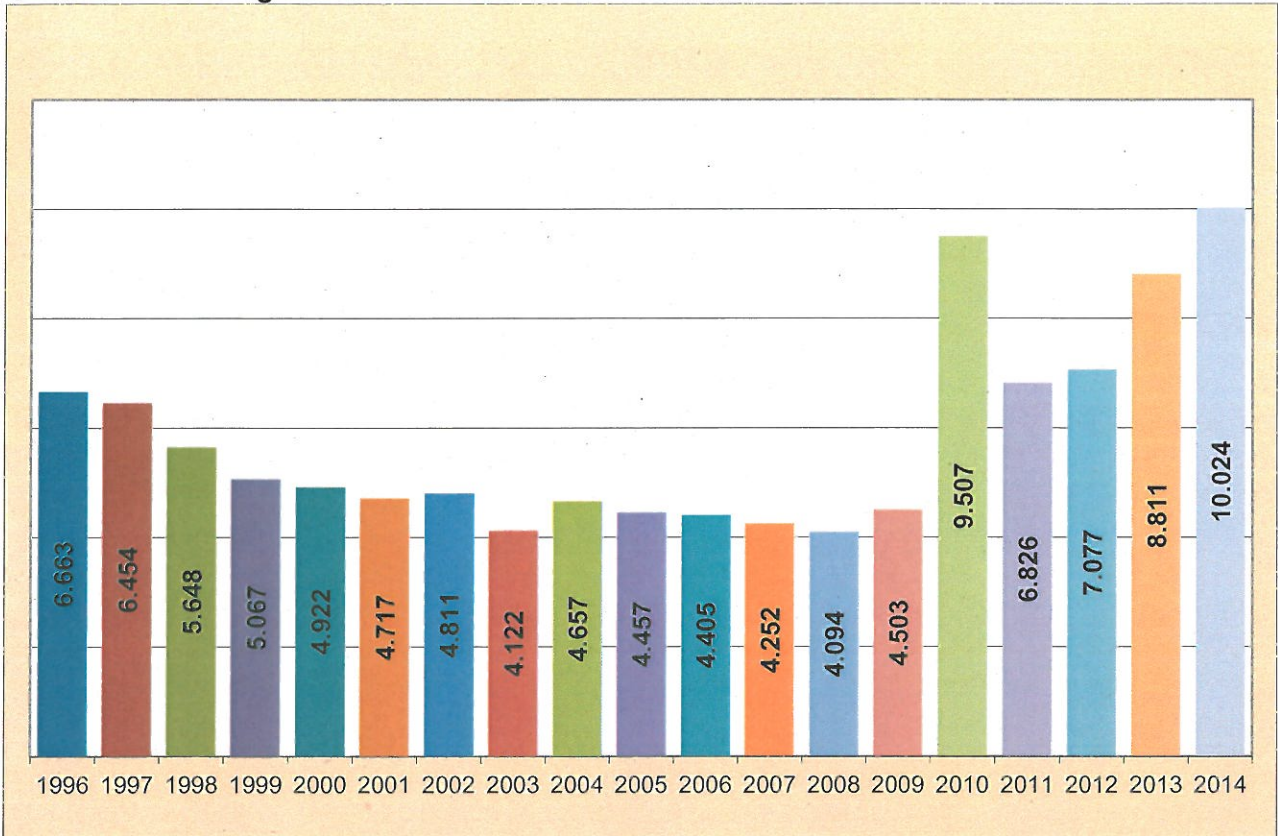
1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
19,4%	28,0%	29,3%	30,3%	32,8%	37,5%	34,2%	40,1%	41,5%	47,0%	46,1%	48,1%	52,2%	59,3%	50,1%	49,7%	50,2%

5.7.2. Gärten der Welt im Erholungspark Marzahn

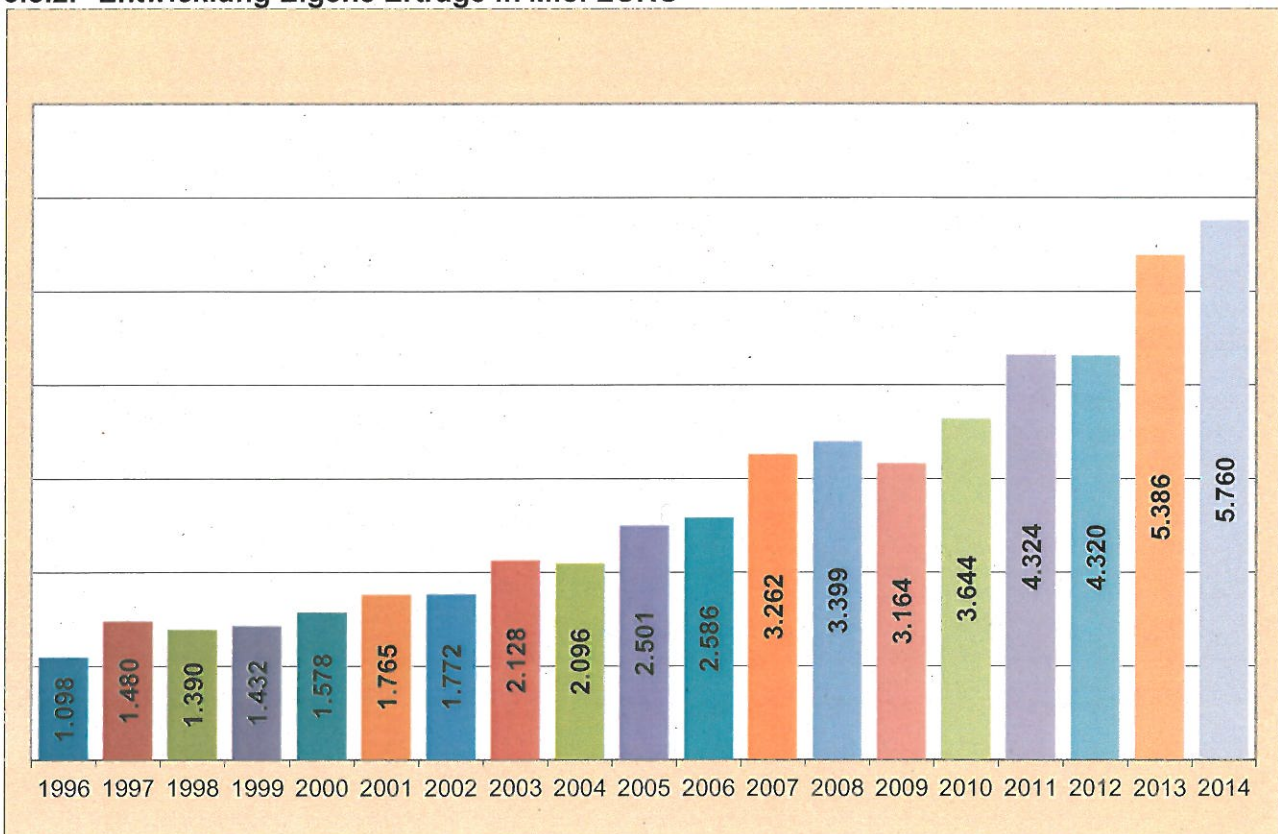
1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
5,0%	9,9%	17,7%	28,0%	30,8%	43,6%	38,3%	47,4%	44,2%	61,4%	63,7%	55,4%	54,3%	66,6%	61,9%	61,0%	70,3%

5.8. Entwicklungen

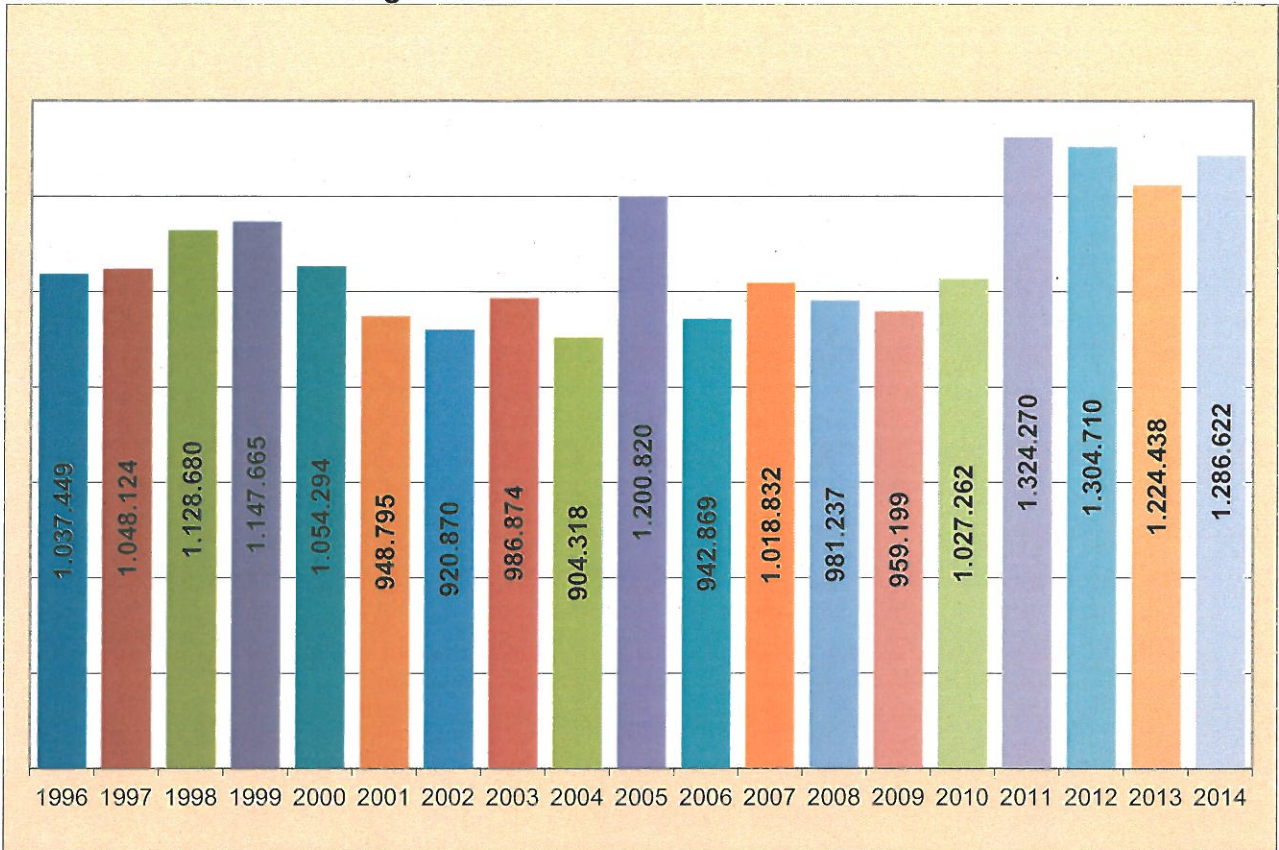
5.8.1 Entwicklung Zuschuss in Mio. EURO



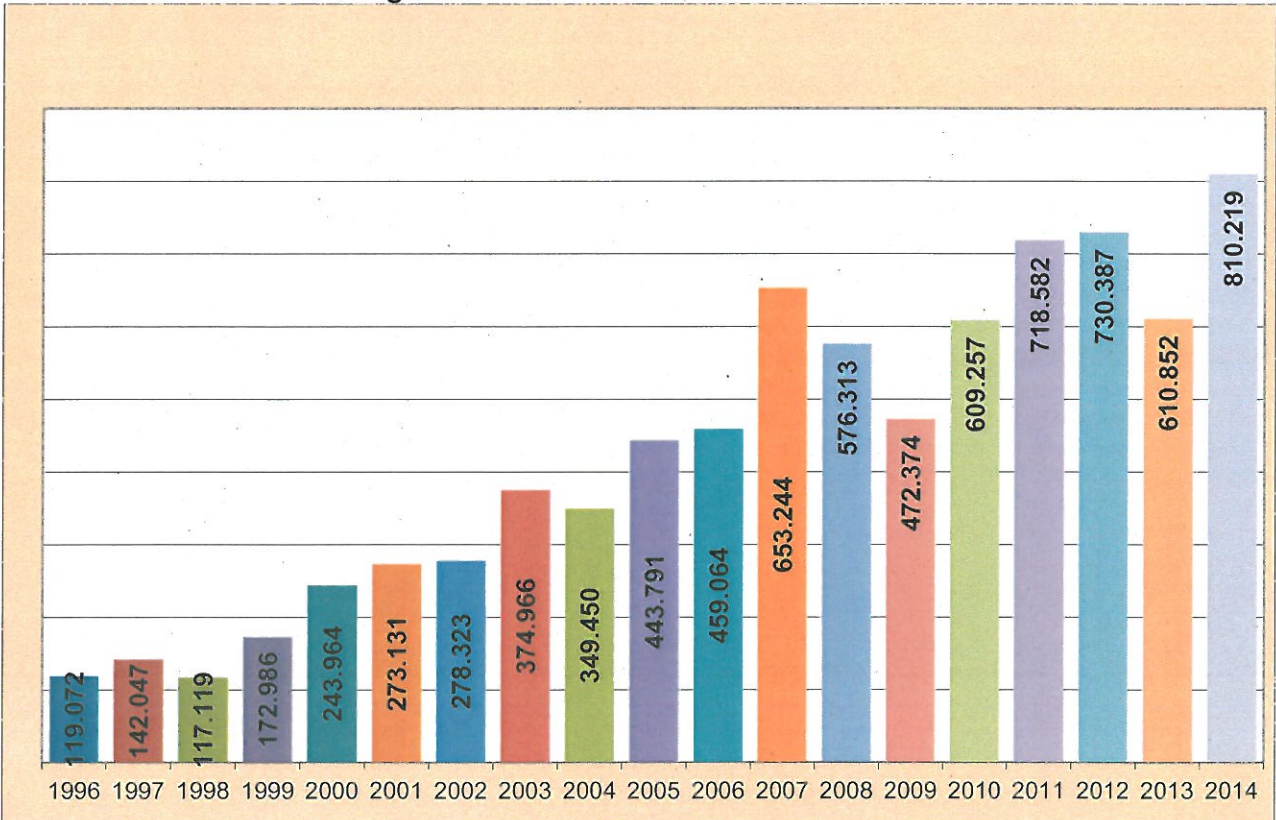
5.8.2. Entwicklung Eigene Erträge in Mio. EURO



5.8.3. Besucherentwicklung Britzer Garten



5.8.4. Besucherentwicklung Gärten der Welt



6. Nachtragsbericht

Es sind keine wesentliche Nachträge zu verzeichnen.

7. Risiko- und Prognosebericht

Die von der Grün Berlin GmbH erbrachten Leistungen stellen nicht marktfähige öffentliche Güter mit Dienstleistungscharakter dar, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke verfolgt, die dem Allgemeinwohl der Bürger dienen.

Als zu 100% landeseigene Institution finanziert sich die Gesellschaft durch eigene Einnahmen, überwiegend jedoch aus Zuwendungen und damit aus Steuergeldern. Die Gesellschaft verfolgt mithin nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke und erstrebt keinen Gewinn. Ein aus wirtschaftlicher Tätigkeit begründetes Bestandsrisiko besteht nur bedingt. Bestimmte negative Entwicklungen können in begrenztem Umfang, bspw. durch Einsparungen an anderer Stelle, ausgeglichen werden, soweit das von der Zuwendungsgeberin gebilligt wird.

Die auf Zuwendungen aus dem Landeshaushalt basierende Finanzierung der Gesellschaft und ihrer Aktivitäten führt dazu, dass das aufgestellte und vom Aufsichtsrat beschlossene Budget (Wirtschaftsplan) sowie die jährliche Fortschreibung des Gesamtkosten- und Finanzierungsplanes, der einen Zeitraum von fünf Jahren umfasst, keine endgültige Planungssicherheit geben. Mögliche Risiken der Gesellschaft stehen also in einem engen Zusammenhang mit der Finanzlage des Landes Berlin sowie politischen Entscheidungen. Sollten Zuwendungen gekürzt oder nicht bewilligt werden, so müssen Baumaßnahmen verschoben werden bzw. ggf. Pflegemaßnahmen reduziert oder eingestellt werden. Dies könnte in den eintrittspflichtigen Parkanlagen zu einem Rückgang der Besucher und somit zu einer Reduzierung der eigenen Einnahmen führen. Liquiditätsrisiken bestehen jedoch nicht, da die Gesellschaft Aufträge grundsätzlich erst nach Vorliegen von Zuwendungsbescheiden erteilt und Zuwendungen und Zuschüsse vor Abfluss der Ausgaben vereinnahmt.

Die zusätzlichen personellen Aufgaben aufgrund der Ausweitungen der Gesellschaften und damit verbundener interner Verrechnungen, weitere Parkanlagen und Projekte, das Durchschnittsalter der Beschäftigten, das deutlich über den Personalkosten zugrunde liegenden „Durchschnittssätzen“ liegt, die Tarifierhöhungen sowie der Wegfall von Refinanzierungen von Personalkosten (z. B. Bullengraben) führen dazu, dass die seit Jahren bestehende strukturelle Unterdeckung der Personalkosten zunehmend problematisch ist. Die Personalkostenansätze sind somit nicht auskömmlich und müssen erhöht werden. Auch ist der Stellenplan für den Aufgabenumfang nicht mehr auskömmlich. Es ist zwingend erforderlich, die Zuwendung und den Stellenplan entsprechend zu erhöhen. Hierzu wurden und werden bereits Gespräche mit dem Aufsichtsrat und der Zuwendungsgeberin geführt. Zur Abwicklung der GRW Maßnahmen in den Gärten der Welt sind für 2014 in einem ersten Schritt zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 200.000 € zur Verfügung gestellt worden. Das Personaldefizit wurde in die Haushaltsplananmeldungen 2016/2017 eingebracht. Weitere Aufgaben wird die Gesellschaft nur übernehmen können, wenn mit den Projektmitteln auch Personalkosten finanziert werden können.

Auf Grund der Aufgabenstellung gemäß Gesellschaftsvertrag und der Finanzierung der Gesellschaft durch den Gesellschafter liegen bestandsgefährdende Risiken ganz überwiegend im Bereich der Nachfrage der öffentlichen Hand nach den spezifischen Leistungen der Gesellschaft. Diese Nachfrage wird ausschließlich durch die politisch verantwortlichen Gremien bestimmt und entzieht sich damit der unmittelbaren Einflussnahme durch die Geschäftsführung. Die internen Leistungsverrechnungen zwischen den einzelnen Gesellschaften und einzelnen Wirtschaftsplänen gewinnen zunehmende an Bedeutung und binden die kaufmännischen Personalkapazitäten erheblich.

Geschäftlich sind wir damit höchst zufrieden, dass die durch das Budget 2014 und die Zielvereinbarungen 2014 gesetzten Ziele erreicht werden konnten und der für die Gesamtfinanzierung der Gesellschaft maßgebliche Ansatz der „eigenen Erträge“ wiederum übererfüllt wurde.

Langfristig angelegte Programm- und Zielplanungen dienen einer strategisch richtigen Ausrichtung zur Weiterentwicklung der Parkanlagen mit jahresbezogenen Schwerpunktthemen, die zukünftig nicht nur zum Substanzerhalt, sondern zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Parkanlagen führen werden. Des Weiteren müssen die Marketing-Aktivitäten und strategischen Partnerschaften zur verstärkten Bewerbung der Parkanlagen intensiviert werden. Dies stellt eine herausfordernde Aufgabe dar, zumal die finanziellen Spielräume, bezogen auf die vorhandenen Budgets für das Marketing, als gering und zu knapp bemessen und zu bewerten sind.

Unverändert sind die Erträge direkt (Eintrittserlöse) bzw. indirekt (Pachten) von den Besucherzahlen abhängig, die wiederum ganz überwiegend von der Witterung abhängen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Bestrebungen der Gesellschaft, Einsparungen in den Bewirtschaftungskosten nicht zu Lasten der insgesamt durch die Besucher wahrnehmbaren Erlebnisqualität vorzunehmen, Früchte tragen. Mittel- und langfristig hängen die Besucherzahlen und damit im Zusammenhang stehende Einnahmen also letztlich auch von der Attraktivität der bewirtschafteten Parkanlagen ab.

Hierzu soll auch die weitere Erhöhung der Attraktivität der Gärten der Welt beitragen. In Hinblick auf die Durchführung der IGA Berlin 2017 mit Schwerpunkt Gärten der Welt und der damit verbundenen zukünftigen Entwicklung der Gärten der Welt - wie z. B. Erhöhung des Bekanntheitsgrades und zu erwartende steigende Besucherzahlen auch nach 2017 - sind neben dem Bau des Englischen Gartens, einer Stationären Veranstaltungsbühne, dem Ausbau der Tropenhalle und eines Besucherzentrums weitere Maßnahmen in Vorbereitung bzw. Umsetzung, insbesondere auch die Anbindung der Gärten der Welt an den öffentlichen Personennahverkehr. Diese dauerhaften Maßnahmen werden im Rahmen der Infrastrukturentwicklung der Gärten der Welt größtenteils aus GRW-Mitteln über die Grün Berlin GmbH finanziert und realisiert und verlaufen in Abhängigkeit zu den IGA-Maßnahmen, sind zeitlich und logistisch aber abgestimmt.

Mit Ausnahme des 1. Bauabschnittes können sämtliche Baumaßnahmen nach Durchlaufen aller Prüfvorgänge im Wesentlichen erst 2015 beginnen. Die Maßnahmen sind in 25 Bauabschnitte unterteilt. Auch für einen Baubeginn in 2015 müssten Prüfzeiträume und Baugenehmigungsverfahren auf ca. drei Monate komprimiert werden. Auf die formale Einreichung der VPU (Vorplanungsunterlage) wurde deshalb in Abstimmung mit den Prüfbehörden verzichtet. Es erfolgt die Erörterung im jeweiligen Planungsbegleitenden Ausschuss. Die Erstellung sämtlicher Bauplanungsunterlagen ist unter Einbeziehen von Externen zur Vorprüfung erfolgt und es werden keine größeren Risiken gesehen. Der Änderungsbedarf ist durch Priorisieren der Planungsaufgaben (unstrittige Maßnahmen zu Beginn) minimiert worden. Die Ausschreibung der Leistung erfolgt in Vergabemodulen. Alle Baulose liegen im Zeitplan, einzelne Verschiebungen haben keine Auswirkungen auf das Gesamtprojekt und das Fertigstellungsdatum 2017.

Die Unkalkulierbarkeit von Genehmigungsprozessen und Zustimmungen bleibt dennoch ein kritischer Punkt. Bei den Genehmigungsanträgen (Baurecht, Wasserrecht, Sonstiges) liegen weitestgehend die Bescheide vor; dennoch bestehen Risiken, da ergänzend weitere Unterlagen nachgefordert werden bzw. neue Genehmigungsrelevanzen auftreten können. Zur Risikominimierung wurden Prüftableaus erarbeitet, die die Prüfzeiträumen, Volumina und Fachressorts darstellen; so können die Institutionen den zu erwartenden Aufwand einschätzen und Maßnahmen zur Absicherung ergreifen. Die Begleitung der Prozesse erfolgt sehr intensiv durch die Planungs-/ Baubegleitenden Ausschüsse, in denen zeitgerecht Entscheidungsbedarfe vorgelegt werden. Maßnahmen mit vorliegender Genehmigung bzw. genehmigungsfreie Maßnahmen werden vorgezogen.

Risikobehaftet sind auch anstehende Terminüberschneidungen bei den einzelnen Bauvorhaben. Die Zusammenführung einzelner Ausschreibungsblöcke und der Umsetzung der Vorhaben birgt

Vor- und Nachteile: Durch die Gleichzeitigkeit ist eine bessere Kostenübersicht gewährleistet sowie der Gesamtüberblick über alle Bauabschnitte und -lose. Um die Genehmigungsfähigkeit für die Bauvorhaben zu stärken, werden regelmäßige Gespräche mit Behörden geführt und diese für das abgesteckte Zeitvolumen sensibilisiert. Die Gesellschaft ist mit Naturschutzverbänden- und Beteiligten im Gespräch, um die Baugenehmigungsphase von Einwänden oder Klagen freizuhalten.

Weitere Risiken sind in möglichen notwendigen Aufhebungen von Ausschreibungen zu finden, welche die vereinbarten Kosten überschreiten, insbesondere da die Ausschreibungen gleichzeitig bzw. dicht aufeinander folgend auf den Markt gegeben werden, sowie in möglichen Klagen. Zur Risikominimierung werden die Vorgänge weitestgehend durch einen Fachjurist für Vergabe- und Honorarrecht begleitet. Eine weitere große Herausforderung besteht in der Baulogistik und der Kommunikation. Unvorhersehbare Witterungssituationen (Winter) sowie Vandalismus können ebenfalls zu zeitlichen Verzögerungen führen.

Als Gegenmaßnahmen wurden ein intensives und präzises Baustellenmanagement, die Pflege des Baulogistikkonzeptes, die juristische Begleitung der Vergabeverfahren, baubegleitende Ausschüsse, stringentes Kosten- und Nachtragsmanagement, eine konservative Terminplanung für die Wintermonate soweit möglich sowie regelmäßige Statusberichte (2-wöchentliche Darstellung des Terminstandes) erarbeitet.

Es existieren Anträge auf Akteneinsicht, die unter Einbeziehung einer Anwaltskanzlei bearbeitet werden. Die Bearbeitung, sowohl intern als auch durch die juristische Begleitung, ist sehr zeitintensiv. Durch rechtzeitige Transparenz, Einbindung in die Prozesse, Kommunikation, Tage der offenen Tür, diverse Beteiligungsformate, Schaustelle, Bürgersprechstunden sowie einer Arbeitsgruppe „Akteneinsicht für gegenseitige Information“ soll dem entgegengewirkt werden.

Die Baumaßnahmen führen teilweise zu Einschränkungen im Bestandspark. Zur Minimierung der Risiken erfolgen intensive Abstimmungen mit dem Parkmanagement der Gärten der Welt. Insbesondere den Bestandspark betreffende Maßnahmen sollen möglichst außerhalb der Saison erfolgen. Es gibt eine intensive und präzise Führung des Baulogistikkonzeptes. Den Parkbesuchern werden regelmäßig Baustellenführungen angeboten.

Eine weitere zeitliche und finanzielle Herausforderung ist der Mittelabfluss. Zur Umsetzung der GRW-Maßnahmen der Grün Berlin GmbH für den Grundlayer müssen in 2015 ca. 19 Mio. Euro und in 2016 ca. 19,5 Mio. Euro gesamt umgesetzt werden. Die vorgegebenen Mittelabflüsse können in Abhängigkeit von Submissionsergebnissen und Fortschreibung des Terminplanes voraussichtlich eingehalten werden. Risiken bestünden bei Nicht-Einhaltung der Mittelabflüsse bei den durch GRW geförderten Maßnahmen in den Folgejahren. GRW-Mittel können ggf. nicht in das nächste Jahr übertragen werden und müssten dann vom Land Berlin getragen werden. Eine rechtzeitige und ausreichende Bereitstellung der Ko-Mittelanteile ist erforderlich. Um die Risiken weiter zu minimieren existiert eine exakte Mittelabflussplanung durch stringentes Projektcontrolling, eine Konzeption von vorgezogenen und bauvorbereitenden Maßnahmen sowie die Vereinbarung von Zahlungsplänen bei Planungs- und Bauleistungen.

Weitere Kostenrisiken bestehen in steigenden Baukosten (Allgemeine Marktentwicklung) und der HOAI-Erhöhung 2013 bei festgelegter Gesamtkostenhöhe, in der noch fehlenden Finanzierung nicht GRW-förderfähiger Bestandteile (u. a. Spielplatzausstattung) und in Unabwendbarkeit durch Altlasten und Kampfmittelfunde. Für ausstehende Finanzierungen erfolgt zurzeit eine Prüfung auf sonstige Förderprogramme (UEP, Soziale Stadt, Fördermittel Stadtumbau Ost) sowie dem Einbringen von Maßnahmen in die Anmeldungen zum Haushalt 2016/2017. Die Finanzierung durch GRW-Mittel ist in Höhe von rd. 49 Mio. € (100%) gesichert. Nicht gesichert ist dagegen die Finanzierung der Spielplatzausstattung sowie für zwei Spielplätze. Gespräche mit dem Bezirk zum Stadtumbau Ost hatten zum Ergebnis, dass eine Förderung 2016 möglich sei. Dies betreffe ein Spielplatzprojekt am Auftakt Hellersdorf sowie ein weiteres auf dem Kienberg und das Umweltbildungszentrum am Wuhleteich. Ein durchgeführtes Baukonzessions-/Betreiberverfahren zur Errichtung eines Parkhauses, musste im Ergebnis wegen der hohen Renditeerwartung der Unternehmen ohne Erfolg beendet werden. Daraufhin sind erneut Gespräche mit der SenWFT aufgenommen worden, um eine GRW-Förderung zu prüfen und eine Antragstellung vorzubereiten.

Um steigenden Kosten entgegenzuwirken, wird die Vergabestruktur durch modulhafte Ausschreibungen optimiert, es besteht eine strenge Gesamtkostenkontrolle mit regelmäßigen Statusberichten. Eine Beauftragungssicherheit soll durch Vorlage von möglichst vielen Ausschreibungsergebnissen im gleichen Zeitfenster (80 %-Regelung) bis zur Auftragsvergabe gegeben werden. Es werden Baukostenobergrenzen in den Architekten- und Ingenieurverträgen gesetzt, die aktuelle Kostenentwicklung bei den Architekten und Planungsbüros wird stringent abverlangt, es gibt 2-wöchentliche Kostenstandsberichte durch einen externen Projektdienstleister. Die bisherigen Submissionsergebnisse für die Hochbauten Bühne und Besucherzentrum sind im Rahmen des vorgesehenen Budgets geblieben; mit Spannung wird das vorliegende Submissionsergebnis für den Wolkenhain erwartet. Auch die Ausschreibungsergebnisse für die bereits im Bau befindlichen Brückenbauwerke sind im vorgesehenen Budget geblieben. Einsparungen sind im Bereich der Parkwiesen (3. BA) erzielt worden, die als Budgetpuffer mitgeführt werden.

Der Termin- und Kostenplan verdeutlicht, dass aufgrund des bis zur Eröffnung der IGA Berlin 2017 knapp bemessenen Zeitraumes eine hohe Parallelität der Planungs- und Bauphasen besteht. Dies betrifft sämtliche Teilprojekte und führt in der Planungsphase zu einem erhöhten, verwaltungsinternen Aufwand bei der Prüfung von Bauplanungsunterlagen und bei der Bearbeitung von Genehmigungsanträgen. Aufgrund der Ende 2014 beginnenden Baumaßnahmen wird es spätestens ab 2015 Einschränkungen für Besucher in Teilbereichen der Gärten der Welt geben. Um die Attraktivität für die Besucher/innen zu erhalten, werden Baustellenführungen angeboten. Die Entwicklung der Besucherzahlen unterliegt im Jahr 2015 dem besonderen Augenmerk der Geschäftsführung.

Die Grün Berlin GmbH ist auf der Grundlage des Nutzungsvertrages mit dem Land Berlin vom 31.03.2010 für die Bewirtschaftung und Nachnutzung der Freiflächen des ehemaligen Flughafens Tempelhof, des Tempelhofer Feldes, verantwortlich. Im ersten Halbjahr 2014 kam es zu einer Zäsur für die Entwicklung des Tempelhofer Feldes (bisher „ehemaliges Flugfeld der Tempelhofer Freiheit“) zu einer urbanen Parklandschaft. In Folge des Volksentscheids vom 25.05.2014 trat am 25.06.2014 das „Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes“ (ThFG) in Kraft. Damit sind neben der städtebaulichen Entwicklung auch alle bisherigen Planungen für die „Parklandschaft Tempelhof“ hinfällig, die bauliche Umsetzung wurde gestoppt. Auch für die Bewirtschaftung des Tempelhofer Feldes ist das neue Gesetz mit Restriktionen verbunden. Auswirkungen und Konsequenzen des ThFG wurden geprüft und mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt abgestimmt. Weitere Einflüsse auf die Bewirtschaftung und Nachnutzung werden aus der vom ThFG geforderten „partizipativen Erarbeitung eines Entwicklungs- und Pflegeplans“ (EPP) erwartet, der Mitte 2015 vorliegen soll. Verzögerungen sind zu erwarten.

Im Britzer Garten erhoffen wir uns von der Fortführung und Erweiterung der bei den Besuchern beliebten Veranstaltungen „Tulipan im Britzer Garten“ und „Dahlienfeuer“ sowie der Rhododendrenschau „Zauberblüten“ eine weitere Stabilisierung der Besucherzahlen auf hohem Niveau. Die energetischen Sanierungsarbeiten am Café am See konnten abgeschlossen werden. Die Maßnahme zum Regenwassermanagement konnte weitestgehend abgeschlossen werden.

Für die Grün Berlin GmbH lassen sich zusammenfassend und rückblickend auf das Jahr 2014 folgende Schwerpunkte setzen:

Erfolgreiches Geschäftsjahr der Grün Berlin GmbH bezüglich der Besucherzahlen in den Parkanlagen und der Ertragsentwicklung.

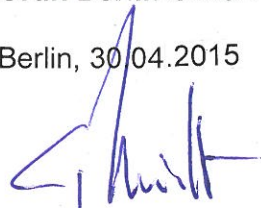
- 49.094 verkaufte Jahreskarten (Verkaufsrekord),
- Besucherrekord in den Gärten der Welt,
- Umsetzung des Masterplans Gärten der Welt und Baubeginn im Bereich Kienberg-Wuhletal auf dem Weg zur IGA 2017,
- regelmäßig positive Berichterstattung über den Park am Gleisdreieck

Die Auflistung der Schwerpunktthemen 2014 dokumentiert eine Abfolge von besonderen Ereignissen und Neuerungen mit besonderer Tragweite für die Gesellschaft.

2014 war wiederum ein Geschäftsjahr der Grün Berlin GmbH auf hohem Niveau, mit einzelnen Rekorden. Ein Gradmesser, wie bekannt und beliebt die Parkanlagen der Grün Berlin GmbH sind, ist der unverändert erfreuliche Absatz der Jahreskarte der Grün Berlin GmbH. Im Jahr 2014 konnten mit 49.094 (Vorjahr 45.860) verkauften Jahreskarten die Ergebnisse der Vorjahre erneut übertroffen werden.

Grün Berlin GmbH

Berlin, 30.04.2015



Christoph Schmidt



ppa. Helmut Siering

Berliner Corporate Governance Kodex

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014 der Grün Berlin GmbH

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Die Aufsichtsratsunterlagen einschließlich der jeweiligen Protokolle liegen vor. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse, die für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlich sind, wurden von der Geschäftsleitung offen gelegt. Der Aufsichtsrat wird schriftlich in Form von Halbjahresberichten und mündlich in den Sitzungen über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft informiert. Die außerhalb der Organe stehenden Mitarbeiter/-innen wurden bereits durch ihre Anstellungsverträge auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum drei Sitzungen und zwar am 03.04., 22.09. und am 09.12.2014 abgehalten; die Geschäftsleitung hat an allen Sitzungen teilgenommen.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand mit den Vorlagen zu den stattgefundenen Aufsichtsratssitzungen und den Halbjahresberichten berichtet.</p> <p>Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt bzw. den Aufsichtsrat darüber unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen der Sitzung umfassend Gelegenheit an den Entscheidungsprozessen teilzunehmen.</p> <p>Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag vom 10.05.2010 besteht eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftslei-</p>

		<p>tung vom 22.06.2010. Sie ist ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mindestens zwei Wochen vor der Sitzung).</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt, Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleitung bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung besteht seit dem Jahr 2009.</p>

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens, seiner Beteiligungen und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Auf Grund der Struktur der Gesellschaft ist die Geschäftsleitung in alle wesentlichen Geschäftsprozesse unmittelbar eingebunden.</p> <p>Auf Grund der Aufgabenstellung gemäß Gesellschaftsvertrag und der Finanzierung der Gesellschaft durch den Gesellschafter liegen bestandsgefährdende Risiken ganz überwiegend im Bereich der Nachfrage der öffentlichen Hand nach den spezifischen Leistungen der Gesellschaft. Diese Nachfrage wird durch die politisch verantwortlichen Gremien bestimmt und entzieht sich damit der unmittelbaren Einflussnah-</p>
-------------	---	---

		<p>me durch die Geschäftsleitung.</p> <p>In alle neuen Aufgaben, sowohl in Bezug auf kurz- und mittelfristige Einzelprojekte als auch in Bezug auf die langfristige Bewirtschaftung der Parkanlagen, ist die Geschäftsleitung eingebunden. Sie erhält alle Auswertungen finanzieller Daten zeitnah. Darüber hinaus werden nicht-finanzielle Daten zeitnah zusammengestellt, z. B. tagesgenaue Besucherstatistiken, Bautenstände etc. Es ist sichergestellt, dass der Geschäftsleitung alle relevanten, auch zukunftsbezogenen Informationen zur Verfügung stehen. Der Aufbau eines zusätzlichen, streng formalisierten Risikofrüherkennungssystems ist deswegen entbehrlich.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung sind in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer geregelt. Die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung der Grün Berlin GmbH vom 22.06.2010 basiert auf dem Muster der vom Land Berlin überarbeiteten Beteiligungshinweise. Sie entspricht in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Geschäftsführung den gesetzlichen Regelungen des GmbHG. Weiterhin regelt sie die Einbindung des Aufsichtsrates in die Entscheidungsprozesse der Gesellschaft. Die Regelungen entsprechen ebenfalls den Bedürfnissen der Gesellschaft. Ein Vorstand ist nicht vorhanden.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung erfolgt entsprechend dem jeweiligen Anstellungsvertrag bzw. Arbeitsvertrag. Auf die Vergütungen finden im Übrigen einzelne aufgeführte Vorschriften des TVL (Land Berlin) analoge Anwendung.</p> <p>Für den Geschäftsführer wurde am 01.04.2014 eine Zielvereinbarung für das Jahr 2014 abgeschlossen sowie für den Prokuristen ebenfalls am 01.04.2014, die jeweils Auswirkungen auf die Vergütungen haben. Die Vergütungen für 2014 enthalten fixe und variable Bestandteile. Die Höhe wird vom Aufsichtsrat, vertreten durch den Vorsitzenden, unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen, festgelegt. Vorschüsse oder Darlehen wurden dem Geschäftsführer und dem Prokuristen nicht gewährt.</p>

		Die Gesamtvergütungen wurden nicht im Anhang zum Jahresabschluss und nicht in der Erklärung zum BCGK ausgewiesen, sondern im separaten Bezügebericht. Abfindungen wurden nicht gezahlt.
--	--	--

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Geschäftsanordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung jeweils vom 22.06.2010 wahrgenommen. Diese regeln auch die Aufgabenwahrnehmungen aus dem Gesellschaftsvertrag. Der Aufsichtsrat wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.
--------------	---	---

III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	Regelungen über die Bestellung, Anstellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsführung finden sich in § 5 des Gesellschaftsvertrages vom 10.05.2010. Der Aufsichtsrat hat grundsätzlich keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Seit dem 01.10.2008 ist Herr Christoph Schmidt zum Geschäftsführer bestellt.
--------------	--	---

III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. dessen Stellvertreterin und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden über besondere Ereignisse im Rahmen der Aufsichtsratssitzung und auch außerhalb unterrichtet. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.
--------------	---	--

	• Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskom-	Der Aufsichtsrat kann gem. § 6 Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat
--	---	--

III.4	petenzen.	in Verbindung mit § 8 Abs. 9 Gesellschaftsvertrag Ausschüsse bilden. Es wurden keine Ausschüsse gebildet.
III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat nach unserer Erkenntnis die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütung, sondern ein Sitzungsgeld in Höhe von EUR 40,00/Sitzung und Mitglied. Die Gesamthöhe der Sitzungsgelder ergibt sich aus dem Bezügebericht zum Jahresabschluss. Darüber hinaus wurden für auswärtige Mitglieder Reisekosten erstattet.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	Dem Aufsichtsrat wurde die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung zur Beurteilung vorgelegt. Mitglied des Aufsichtsrates ist auch ein Vertreter des Gesellschafters.
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Es haben drei Aufsichtsratssitzungen stattgefunden, und zwar am 03.04., 22.09. und am 09.12.2014.</p> <p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat sich mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. 	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen

IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Persönliche Interessen. 	gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	Es haben keine Interessenkonflikte bestanden.
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen sind nicht getätigt worden. Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen sind nicht getätigt worden, so dass keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen vom AR erlassen wurden.
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Die Gesellschaft ist Mitgesellschafterin der IGA Berlin 2017 GmbH (IGA GmbH) und stellt gem. § 6 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag IGA GmbH einen von zwei Geschäftsführern. Diese Funktion hat der Geschäftsführer aufgrund des Gründungs-Gesellschafterbeschlusses vom 24.06.2010 übernommen. Mit Beschluss vom 07.03.2011 hat der Aufsichtsrat der IGA GmbH dieser Personalunion mit der Grün Berlin zugestimmt. Der Aufsichtsrat der Grün Berlin GmbH hat mit Beschluss vom 25.03.2011 der Übernahme der Geschäftsführertätigkeit für die IGA GmbH ebenfalls zugestimmt. Der Prokurist hat mit Wirkung vom 10.05.2010 die Geschäftsführung der Grün Berlin Service GmbH übernommen. In dieser Funktion nimmt er neben seinem Hauptamt zusätzlich die Geschäftsleitung des Landesbetriebes Krematorium Berlin war. Die Grün Berlin GmbH hat am 05.12.2012 die Grün Berlin Stiftung errichtet, die am 10.12.2012 durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz anerkannt wurde. Der Geschäftsführer sowie der Prokurist der Grün Berlin GmbH sind als Vorstand der Stiftung berufen. Eine entsprechende Abstimmung ist mit dem Aufsichtsrat im Vorfeld erfolgt.
	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und 	Keinen Mitgliedern der Geschäftsleitung und keinen Mitgliedern des

IV.7	an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige.	Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden Darlehen gewährt.
------	---	--

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.</p> <p>Allgemeine Unternehmensinformationen wurden und werden auch über das Internet unter www.gruen-berlin.de veröffentlicht. Desweiteren werden Informationen über das Unternehmen in der Transparenzdatenbank des Landes Berlin veröffentlicht.</p>
------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte 	<p>Der Jahresabschluss 2014 wurde entsprechend der anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt. Der Jahresabschluss wurde zum 30.04.2015 aufgestellt. Der Jahresabschluss 2014 wird durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft im Monat Mai 2015 geprüft. Der Jahresabschluss wird dem Gesellschafter nach erfolgtem Aufsichtsratsbeschluss vorgelegt. Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Jahresberichten wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsleitung erörtert</p>
-------------	---	---

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat erhält vom Abschlussprüfer die Erklärung, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - mit dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
-------	---	--

VII. 2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	<p>Auf Grundlage der unter neun Wirtschaftsprüfungsgesellschaften aus- geschriebenen Vergabe der Abschlussprüfung 2010 an die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesell- schaft wurde diese Gesellschaft auch zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2014 bestellt. Der entsprechende Gesellschafterbe- schluss im schriftlichen Verfahren erfolgte am 18.12.2014.</p>
VII. 3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Ab- schlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebe- nen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex erge- ben. 	<p>Es wurde über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet, da wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse wäh- rend der Abschlussprüfung nicht vorgelegen haben.</p> <p>Die Abschlussprüferin hat die Angaben der Gesellschaft zu dem Berli- ner Corporate Governance Kodex in der vom Gesellschafter vorgege- benen Fassung überprüft. Der Abschlussprüferin sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklä- rung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Auf- sichtsrats über den Jahresabschluss. 	<p>Die Abschlussprüferin von der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprü- fungsgesellschaft hat an den Beratungen des Aufsichtsrats zum Jah- resabschluss 2013 in der 51. Aufsichtsratssitzung am 22. September 2014 teilgenommen.</p>

Bezüge Christoph Schmidt für das Jahr 2014
Geschäftsführer Grün Berlin GmbH
Geschäftsführer IGA Berlin 2017 GmbH

Bezüge	132.647,40 €
Geldw. Vorteil PKW	8.139,60 €
Bezüge Summe I	140.787,00 €

VBL	8.555,76 €
Sanierungsgeld	3.143,76 €
Zusatzumlage	4.134,28 €
P-Lst.	244,08 €
Bezüge Summe II	16.077,88 €

Gesamt	156.864,88 €
---------------	---------------------

Hebbel-Theater Berlin - Gesellschaft mbH

Lagebericht

A Darstellung der Lage

Die Hebbel Theater Berlin GmbH blickt auf ein erfolgreiches Programmjahr zurück. Die 469 Veranstaltungen erreichten 2014 annähernd 46.000 zahlende Besucher und eine Auslastung von 66% für bezahlte Plätze.

Wirtschaftlich schließt die Hebbel Theater Berlin GmbH mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 10 T€ (WP: 9 T€) ab.

Die Hebbel Theater Berlin GmbH betreibt mit dem HAU1, HAU2 und HAU3 drei unterschiedliche Spielstätten. Zudem finden Veranstaltungen an Spielorten im öffentlichen Raum und auf anderen Bühnen statt.

Das Haus versteht sich als Produktions- und Aufführungsort für internationale Entwicklungen der darstellenden Künste und ist Netzwerkhub für nicht institutionell gebundene Künstler in Berlin.

Die Branche der darstellenden Künste im weitesten Sinne behauptet sich da, wo der Zuschauer live eine einzigartige Erfahrung machen kann. Das HAU Hebbel am Ufer ist ein solcher Ort.

Künstlerischer Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2014 wurde unter der Geschäftsführung und Künstlerischen Leitung Annemie Vanackeres mit dem nachfolgend beschriebenen Programm die längerfristige künstlerische Neuausrichtung im zweiten Jahr fortgeführt. Die nachfolgende ausführliche Darstellung ist erforderlich, weil die Formen zur Entstehung und Präsentation der verschiedenen Aktivitäten sehr vielfältig sind. Die bloße Zusammenfassung unter Kategorien ist sachgerecht, wäre aber nicht ausreichend zur Schilderung des hiesigen Tuns.

Insgesamt fanden 469 (Vorjahr: 451) Vorstellungen in 136 (Vorjahr: 86) verschiedenen Produktionen statt. Davon wurden 18 (Vorjahr: 12) Produktionen mit

91 (Vorjahr: 57) Vorstellungen zum Teil an anderen Orten aufgeführt. Im Gegensatz zur Prognose des Vorjahres konnte die Anzahl der Vorstellungen erhöht werden.

Im Rahmen von Vermietungen fanden 30 (Vorjahr 29) verschiedene öffentliche und geschlossene Veranstaltungen statt. Außerhalb von Berlin zeigte das Haus künstlerische Positionen in 16 (Vorjahr: 13) Veranstaltungen auf Gastspielen.

Die 469 (Vorjahr 451) eigenen Veranstaltungen des Hebbel am Ufer in und außerhalb der eigenen Spielstätten wurden insgesamt von 59.830 (Vorjahr: 65.979) Zuschauern besucht. Die durchschnittliche Platzkapazität pro Vorstellung betrug etwa 148 (Vorjahr: 166) Plätze. Die Gesamtplatzkapazität des Berichtsjahres von 69.192 (Vorjahr: 74.762) Plätzen war insgesamt zu 86,5 % (Vorjahr: 88,2 %) ausgelastet. Die Auslastung der bezahlten Plätze lag bei 66 % (Vorjahr: 73%).

Die geringere Auslastung stellt nicht unmittelbar einen Rückgang der Besucher insgesamt dar. Hier wirken sich die Veranstaltungen des Festivals Treffpunkte auf das Ergebnis aus, welche im öffentlichen Raum mit freiem Eintritt stattfanden. Besonders erfreulich ist die positive Entwicklung der Karteneinnahmen. Durchschnittlich konnte ein Kartenerlös je zahlender Besucher von 13,90 € (Vorjahr 11,59 €) erreicht werden. Die positive Entwicklung setzte sich aus dem Vorjahr fort und kann stabilisiert werden.

Die Eigenwirtschaftlichkeit fiel mit 16,3% (Vorjahr: 18,4%) im Wirtschaftsjahr leicht geringer aus. Entsprechend stieg die Zuschussintensität um 2,1 Prozentpunkte auf 83,8% (Vorjahr: 81,7%).

Festivals & Themenschwerpunkte

Das Hebbel am Ufer präsentierte im Wirtschaftsjahr 14 Festivals und Themenschwerpunkte.

Im Januar fand mit „**Staging Cambodia. Video, Memory and Rock'n'Roll**“ unser **erster Themenschwerpunkt** im neuen Jahr statt, der einen jenseits gängiger Klischees liegenden Blick auf die international zunehmend beachtete Kunstszene und musikalische Subkultur Kambodschas warf. Herzstück des langen Wochenendes war die **Uraufführung** der „*Portrait Series Battambang*“ des belgischen Regisseurs und Choreografen **Michael Laub** im HAU1, eine **HAU-Koproduktion** mit der Phare Ponleu Selpak Association (PPS), BIT Teatergarasjen, Bergen, und unserem Europäischen Netzwerk House on Fire.

Als erstmalige Kooperation mit dem von Deutschlandradio Kultur und kulturradio rbb veranstalteten Festival für Neue Musik „**Ultraschall Berlin**“ fanden am 23. und 24. Januar im HAU1 und HAU2 drei Konzerte mit fünf Ensembles und **6 Uraufführungen** statt. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht. Durch die Live-Übertragungen der Konzerte konnte sich das HAU Hebbel am Ufer zudem bei weiteren Publikumsschichten als Veranstaltungsort für ausgesuchte erstklassige Musikveranstaltungen profilieren. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit für die kommende Ausgabe des Festivals ist geplant.

Im Februar war zum vierten Mal der Club Transmediale mit „**CTM.14 – Dis Continuity**“ mit einem umfangreichen Programm im HAU zu Gast. Das Festival gilt als wichtigstes Forum für aktuelle elektronische und experimentelle Musik im deutschsprachigen Raum und es wurden eine Reihe hochkarätiger Konzerte im HAU präsentiert, u.a. das Eröffnungskonzert von Der Kontakt der Jünglinge (Thomas Köner und Asmus Tietchens), James Holden, Cyclobe / Lichens die auf große Resonanz bei Publikum wie Fachpresse stießen.

Im Februar gastierten außerdem im Rahmen der **64. Internationalen Filmfestspiele** wieder die Berlinale Talents (ehemals Berlinale Talent Campus) im HAU.

Mit dem einwöchigen **Festival „Leaving is not an option? Aktuelle künstlerische Positionen aus Ungarn“** fand vom 9. bis 16. März in allen drei Häusern unser zweiter großer Themenschwerpunkt des ersten Quartals statt. Unterstützt durch die Kulturstiftung des Bundes warf das Festival jenseits der inzwischen teils klischierten gängigen Berichterstattung über Ungarn einen differenzierten Blick auf die Folgen der konservativen Regierungspolitik der Fidesz-Partei für die dortige großartige unabhängige Theaterszene und Gesellschaft.

Ende Mai fand mit dem Festival „**Japan Syndrome – Kunst und Politik nach Fukushima**“ unser letzter großer **Themenschwerpunkt** der Saison 2013/14 statt. Drei Jahre nach dem verheerenden Tsunami und der Havarie des Kernkraftwerks Fukushima ging das HAU Hebbel am Ufer vom 20. bis 29. Mai 2014 der Frage nach, wie sich die japanische Gesellschaft und die ästhetische Praxis seit dem 11. März 2011 verändert haben.

Die Saison 2014/15 eröffneten wir am 1. Oktober mit dem **Themenschwerpunkt „Treffpunkte. Das Private im öffentlichen Raum“**. Nachdem in den ersten Spielzeiten eine bewusste Konzentration auf unsere drei Spielstätten und ihre jeweiligen Aufführungsmöglichkeiten erfolgte, um deren Potentiale kennenzulernen

und teils neu zu erschließen, fand mit „*Treffpunkte*“ unser erstes großes Projekt im öffentlichen und halböffentlichen Raum statt. Konzipiert vom HAU Hebbel am Ufer und gefördert vom Hauptstadtkulturfonds fragten die Künstler Dries Verhoeven, Sarah Vanhee, Phil Collins und Lutz Henke & Raul Walch & Yukihiro Taguchi aus einer Position radikaler Subjektivität heraus nach dem Status des Privaten in der öffentlichen Sphäre.

Mitte Oktober fand dann unter der Überschrift „**30 Years Forced Entertainment**“ das erste von **drei Jubiläen** wegweisender Künstlergruppen am HAU Hebbel am Ufer statt. Ermöglicht durch Mittel der DKLB-Stiftung zeigte die Gruppe rund um Tim Etchells eine Reihe älterer Arbeiten sowie ihre auf dem Roman von Ágota Kristóf basierende jüngste Produktion „*The Notebook*“. Zum ersten Mal als szenische Lesung mit Berliner Darstellern zu sehen war „*That Night Follows Day*“. Mit 16 Kindern zwischen 8 und 14 Jahren sezierte die Produktion die Systeme, die das Leben von Kindern und Erwachsenen strukturieren. Die sechsstündige Fassung der Performance „*Speak Bitterness*“ bot die seltene Gelegenheit, alle Mitglieder der Kompanie gemeinsam auf der Bühne zu sehen. Die gesamte Aufführung wurde **live gestreamt** und von über 3.800 Zuschauern aus 51 Ländern im Internet mitverfolgt.

Die Arbeiten von Etchells und Forced Entertainment haben eine ganze Generation von Theatermachern nachhaltig inspiriert und beeinflusst und waren mit vielen ihrer Arbeiten im HAU zu sehen, weshalb es uns eine große Freude und auch für das Berliner Publikum wichtig war, diesen Geburtstag mit Ihnen hier zu begehen. Zu diesem Anlass hat Tim Etchells eine Neonskulptur für uns entworfen, die dauerhaft an der Fassade des HAU2 zu sehen ist.

Bereits zwei Wochen später feierten dann die elektronischen Musikpioniere **Mouse on Mars** unter dem Motto „**21 AGAIN**“ mit einem zweitägigen Festival bestehend aus Gesprächen, Konzerten, Installationen und DJ-Sets ihren 21. Geburtstag im HAU1 und HAU2. Die Veranstaltungen waren alle ausverkauft und erreichten dem genreübergreifenden Wirken von Mouse on Mars entsprechend ein breit gefächertes Publikum.

Mit „**Be Part of Something Bigger. Celebrating the art of collectives and 20 years of Gob Squad**“ feierte mit dem britisch-deutschen Performance-Kollektiv Gob Squad eine der auch international erfolgreichsten Gruppen der Berliner freien Szene ihr 20jähriges Bestehen im HAU. Für die zahlreichen Performances, Konzerte, Diskussionsveranstaltungen, Aufführungen und Filmvorführungen wurden das HAU1 und HAU2 teils aufwändig umgestaltet, sämtliche Foyers und das Studio im HAU2

genutzt. Besonders gefreut hat uns, dass wir in diesem Rahmen die letzte Aufführung des Erfolgsstücks „*Before Your Very Eyes*“ im HAU1 zeigen konnten, eine HAU-Koproduktion, die 2012 zum Theatertreffen eingeladen war. Das Jubiläumsprogramm mit vielen Wegbegleitern von Gob Squad – von Künstlern und Musikern bis hin zu Theoretikern – stieß auf großes Interesse bei einem lokalen wie internationalen Publikum und wurde ermöglicht durch eine Förderung durch den Hauptstadtkulturfonds.

Anfang November fand mit dem Festival „**Good Guys Only Win In Movies. Künstlerische Positionen aus Bukarest und Chişinău**“ unser zweiter **Themenschwerpunkt** mit **fünf Deutschlandpremier**en statt. 25 Jahre nach dem Mauerfall luden das HAU Hebbel am Ufer und der rumänische Choreograf Farid Fairuz (**Mihai Mihalcea**) Künstler aus Rumänien und der Republik Moldau ein und fragten nach heutigen Sichtweisen auf Kunst und Gesellschaft. Dabei entstand im HAU eine temporäre Dependence des CNDB (Nationales Zentrum für Tanz Bukarest) und das von der Autorin und Regisseurin **Nicoleta Esinencu** geleitete Teatru Spălătorie Chişinău gastierte mit drei aktuellen Produktionen. „*Good Guys Only Win In Movies*“ knüpfte mit Beiträgen von Alexandra Pirici, Paul Dunca, Mădălina Dan, Ion Borş und einer Reihe von Film- und Dialogveranstaltungen an frühere Themenschwerpunkte wie dem Rumänien-Festival „*Many Years After ...*“ (Dezember 2012) und „*Leaving is not an option? Aktuelle künstlerische Positionen aus Ungarn*“ (März 2014) an, mit denen wir Perspektiven von ‚den Rändern Europas‘ auf das aktuelle Geschehen, aber auch auf die Geschichte eine Stimme geben wollen. Der bekannte bildende Künstler Dan Perjovschi kommentierte die Ereignisse und Entwicklungen der jüngeren Geschichte seit dem Mauerfall in der Installation „*The World While You Drink Your Coffee*“ in Form von Zeichnungen, Schriftzügen und Aphorismen auf der Glasfassade des WAU, unseres Cafés im HAU2. Die Installation erwies sich als so gelungen, dass wir sie im Einvernehmen mit dem Künstler über die geplante Dauer hinaus bis Jahresende verlängert haben. Es konnten die Beziehungen zum Teatru Spălătorie Chişinău und die freie Tanz- und Theaterszene Rumäniens ausgebaut werden, mit denen wir auch künftig planen zusammenzuarbeiten. Die zeitgleich stattfindenden Wahlen in Rumänien verliehen dem Festival zudem eine tagesaktuelle Relevanz, wodurch sich zumindest teilweise auch das verhältnismäßig große Medieninteresse erklärte. Beim Berliner Publikum stößt die Auseinandersetzung mit Themen und zeitgenössischer Kunst aus Osteuropa auf anhaltendes Interesse, im Vergleich zum ersten Rumänien-Festival 2012 war das Publikum noch einmal weiter gestreut. Ermöglicht wurde „*Good Guys*“

durch eine Zusammenarbeit mit der Allianz-Kulturstiftung und unterstützt vom Rumänischen Kulturinstitut Berlin.

Im Dezember fand mit der „**Waffenlounge**“ vom 3. Dezember bis zum 11. Januar 2015 unser letzter **Themenschwerpunkt** des Jahres statt. Im Zentrum standen die Arbeiten zwei der renommiertesten Vertreter der **Berliner freien Szene**, deren Schaffen seit langem eng mit dem HAU Hebbel am Ufer verbunden ist. Anfang Dezember hatte die von uns **koproduzierte** jüngste Produktion von **Hans-Werner Kroesinger** „**Exporting War**“ im HAU1 Premiere. Anknüpfend an die Ende letzten Jahres bei uns zu sehende Arbeit „**FRONTex SECURITY**“ setzte Kroesinger darin seine Recherche zur europäischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie fort. Im Anschluss an die Aufführung am 13. Dezember diskutierte der Regisseur in einem ausgesprochen gut besuchten vom ARD-Korrespondenten **John Goetz** moderierten Publikumsgespräch mit **Hans-Christian Ströbele** und **Ulrike Winkelmann** über Fragen des Waffenhandels und Deutschlands Rolle als weltweit drittgrößten Waffenexporteur. Von Mitte Dezember an lief dann die ebenfalls von uns **koproduzierte** Installation „**Situation Rooms**“ von **Rimini Protokoll** (Haug / Kaegi / Wetzel) im HAU2. „*Situation Rooms*“ versammelt in einem Parcours für je 20 Zuschauer Erzählungen von 20 Menschen, deren Biographien von Bedrohungsszenarien und Waffen mitgeschrieben wurden. Die Produktion war zum Theatertreffen 2014 eingeladen, konnte dort aber nicht gezeigt werden. Aufgrund der großen Nachfrage haben wir eine Reihe von Zusatzvorstellungen eingerichtet, alle Veranstaltungen waren ausverkauft und es gab lange Wartelisten von Interessenten, die wir grade gegen Ende der Aufführungsserie nicht mehr bedienen konnten.

Ausgehend von diesen Arbeiten gab es im Rahmen der „*Waffenlounge*“ ein vielfältiges Programm, das sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der individuellen und strukturellen Gewalt, die sich im Umgang mit den todbringenden Technologien der Waffe ausdrückt, beschäftigte. Neben einem Teaser zur Ausstellung „**Fire and Forget**“, die ab Mai 2015 im **KW Institute for Contemporary Art** zu sehen sein wird und einer von **schroederlevyrauch** gestalteten Installation zu „*Situation Rooms*“ gab es zwei Filme des kürzlich verstorbenen Künstlers **Harun Farocki**, ein Lecture-Konzert von **andcompany&Co.** „*Sounds like war: Kriegserklärung*“, eine Performance von **Cie. Random Scream & Davis Freeman** und mit „*Weapon of Choice – oder: Gibt es Helden ohne Waffen*“ ein von Franziska Seeberg geleitetes Projekt unseres **Houseclub**. Integraler Bestandteil des Programms waren eine Reihe **diskursiver Veranstaltungen**. Mit u.a. **Derek Gregory**, **Christine Cynn**, **Rabih Mroué**, **Volker Pantenburg**, **Ellen Blumenstein**, **David Tyradellis** und **Herfried Münkler** haben neben den bereits genannten eine

Reihe in ihren jeweiligen Feldern herausragender Denker ein eindrückliches Bild von der Vielschichtigkeit und Komplexität des Themas gezeichnet.

Interesse und Feedback des Publikums wie auch der Medien waren äußerst positiv.

Premieren HAU (Ko)Produktionen

Neben diesen ausgewiesenen Themenschwerpunkten gab es ein dichtes Programm mit zahlreichen **Premieren von Berliner wie internationalen (Ko)Produktionen des HAU Hebbel am Ufer.**

Am ersten Oktoberwochenende fand mit der **Deutschlandpremiere** von Ivo Dimchevs ebenso böser wie hintergründig-reflektierter Farce auf den Kunstbetrieb und seine Abhängigkeiten „*Fest*“ unser erstes **internationales Gastspiel** der Saison statt. Der Ausnahmeperformer Dimchev war im Dezember 2012 mit „*X-on*“ und dem „*P-Project*“ zum ersten Mal im HAU Hebbel am Ufer zu sehen. Aufgrund der großen Publikumsnachfrage haben wir kurzfristig eine dritte Vorstellung angesetzt, alle Aufführungen waren ausverkauft.

Mitte Oktober stand mit „*Orpheus in der Oberwelt: Eine Schlepperoper*“ von andcompany&Co. die erste **Premiere** und **HAU-Koproduktion** aus der **Berliner freien Szene** auf dem Programm. In einer Überblendung des Orpheus-Mythos mit der aktuell in den Medien im Kontext der Flüchtlingsberichterstattung immer wieder virulenten und üblicherweise negativ konnotierten Figur des ‚Schleppers‘ lassen andcompany&Co. den zerrissenen Leib des Orpheus auf die anonymen Toten an Europas Grenzwall prallen. Die Produktion wurde u.a. gefördert von der Kulturstiftung des Bundes. Mitte Dezember hatte mit „*The Hooks*“ dann die zweite HAU-Koproduktion mit Damian Rebgetz Premiere.

Im HAU1 war Anfang November Laurent Chétouanes in Zusammenarbeit mit dem Solistenensemble Kaleidoskop entstandene Auseinandersetzung mit Bachs Johannes-Passion „*BACH/PASSION/JOHANNES*“ zu sehen.

Zum jeweils ersten Mal das HAU2 bespielten Isabelle Schad mit ihrer vom Tanzfonds Erbe geförderten Arbeit „*Collective Jumps*“, worin sie sich mit Utopien der Gemeinschaftsbildung im Tanz beschäftigt, und Kat Válastur mit „*Ah! Oh! A Contemporary Ritual*“, ihrer neuesten Arbeit aus Zyklus „*The Marginal Sculptures of Newtopia*“. Die Aufführungen waren in beiden Fällen sehr gut besucht, das Medienecho positiv. Der Wechsel vom HAU3 auf die wesentlich größere Bühne des HAU2 mit doppelter Zuschauerkapazität hat sich – auch, um die künstlerische

Entwicklung der beiden Choreografinnen zu fördern bzw. ihr Rechnung zu tragen – als richtiger Schritt erwiesen.

Ebenfalls zum ersten Mal im HAU2 zu sehen war Jefta van Dinther mit seiner bislang größten eigenen Arbeit „*As it empties out*“. Die **internationalen HAU-Koproduktionen** hatte Ende Oktober bei uns **Deutschlandpremiere**. Mit seinem extrem physischen Stil feiert er inzwischen international Erfolge und war u.a. am Abschlusswochenende von Tanz im August mit einer Arbeit für das Cullberg-Ballet in der ausverkauften Volksbühne zu sehen. „*As it empties out*“ stieß erwartungsgemäß auf großes Publikums- und Medieninteresse und ist seitdem höchst erfolgreich international auf Tour.

Parallel dazu zeigten wir mit Andros Zins-Brownes Schwanensee-Kontrafaktur „*The Lac of Signs*“ die **Berlinpremiere** einer weiteren **internationalen HAU-Koproduktion**.

Mit dieser Reihe insgesamt erfolgreicher Tanzproduktionen haben wir bei Publikum wie Fachpresse unser Profil als einer der **führenden Orte für zeitgenössischen Tanz** in Berlin bestätigt. Die insgesamt guten Besucherzahlen zeigten, dass es für den zeitgenössischen Tanz in Berlin inzwischen ein breites Publikum gibt.

Wiederaufnahmen

Dem Berliner Publikum wurde eine Reihe von **Wiederaufnahmen von HAU-(Ko)Produktionen** im Programm geboten. Die Wiederaufnahme von Produktionen als Bestandteil der Programmplanung kommt den Bedürfnissen des Publikums entgegen und ermöglicht es außerdem breiteren Publikumsschichten, erfolgreiche Arbeiten zu sehen.

Den Beginn machte die international renommierte und unserem Haus eng verbundene Choreografin Meg Stuart mit einer **Wiederaufnahme** des Überraschungserfolges von 2013 „*Sketches / Notebook*“. Im Rahmen ihrer **Residenz am HAU** im Januar 2013 entstanden und im HAU3 als eine Präsentation von Arbeitsergebnissen im HAU3 gezeigt, kehrte die Produktion nun adaptiert für größere Bühnen und eine größere Zuschauerzahl ins HAU2 zurück. Die Vorstellungen waren erwartungsgemäß ausverkauft, Publikums- und Medienresonanz groß und ausgesprochen positiv. Diese **HAU-Koproduktion** wurde gefördert vom Hauptstadtkulturfonds, die Wiederaufnahme ermöglicht durch den Wiederaufnahmefonds 2014 der Senatskanzlei Kulturelle Angelegenheiten.

Weitere **Wiederaufnahmen von HAU-Koproduktionen** im letzten Quartal des Jahres waren „*Something for the Fans*“ von Damian Rebgetz sowie Adam Linders „*Parade*“. Alle Aufführungen waren ausverkauft und es bestätigte sich, dass durch die Wiederaufnahme von Produktionen zum einen die erwünschten Publikumseffekte

erzielt werden können, zum anderen es auch unter künstlerischen Aspekten interessant sein kann, wenn eine Produktion durch Touring und weitere Aufführungen gereift wieder ans Haus zurückkommt.

Der begleitend zu „Parade“ entstandene gleichnamige Film von Shahryar Nashat war als Nachmittagsvorstellung parallel im Kino Babylon (Kreuzberg) zu sehen.

Gastspiele

Zentraler Bestandteil des Programms waren auch 2014 eine Reihe von **internationalen Gastspielen**, die neben unseren internationalen Koproduktionen und Festivals wesentlich für die Erfüllung unseres Auftrags sind, aktuelle Tendenzen und Arbeiten im Bereich der zeitgenössischen performativen Künste dem Berliner Publikum zugänglich zu machen und somit **einen Beitrag zum Erhalt und Ausbau Berlins als eine der wichtigen Metropolen in Europa für aktuelle Kunst- und Theaterproduktionen** zu leisten.

U. a. mit: She She Pop Schubladen, Alain Platel / tauberbach, Gob Squad / Super Night Shot, Meg Stuart / Hunter, Gob Squad/Western Society, Gintersdorfer/Klaßen-Chefferie, K. Válastur / Gland, Cullberg Ballet/Jefta van Dinther - Plateau Effect , Daniel Léveillé - Solitudes Solo, Maguy Marin – Singspiele, Michael Clark Company - animal/vegetable, Miss Revolutionary Idol Berserker – Noise, Rosas & Ictus - Vortex Temporum, Tânia Carvalho – SINCOPA, Trajal Harrell - Antigone Sr./Twenty Looks, Sketches/Notebook, Forced Entertainment: Speak Bitterness That Night Follows Day: Szenische Lesung, Festival/ Forced Entertainment, The Notebook Forced Entertainment

Dialog

Darüber hinaus hatten wir 2014 im Rahmen unseres **Dialogprogramms** und diverser spannender **Debatten** wieder einige der führenden Intellektuellen Deutschlands und Europas zu Gast. Darunter waren Ausgaben von gemeinsam mit dem Kunsttheoretiker Helmut Draxler konzipierten, interdisziplinären Dialog-Reihe „Phantasma und Politik, Diedrich Diederichsen „Über Pop-Musik“ Passagen Gespräche mit Helene Cixous, Tim Etchells Artist Talk und andere im Rahmen von Festivals.

Musik

Neben dem weitergeführten monatlichen Format „**Plattenspieler**“ von Thomas Meinecke waren 2014 wieder eine Reihe von ausgesuchten Konzerten Teil des Spielplans. Der erste „Plattenspieler“ des Jahres war mit T. Meinecke & Acid Maria

und setzte sich fort mit weiteren Ausgaben im April, Juni und November.

Mit den Festivals: CTM und Ultraschall und Konzerten von Hidden Cameras, Angel Olsen, Frank Willens / Towards another miraculous, Kurt Vile / Pall Jenkins, Tori Kudo & Maher Shalal und Sangatsu im Rahmen des Japan Festivals, The Circle Is Unbroken Be Glad For The Song Has No Ending (1970) mit Filmscreening waren bereits in der ersten Hälfte des Jahres namhafte Künstler auf der Bühne.

Den Auftakt in die neue Spielzeit machten im Musikoktober Dorian Wood, Mark Ernestus presents Jeri-Jeri, die Band Mutter -Live 2014 und das „Mouse on Mars – 21 AGAIN“ Geburtstagsfestival. Am Ende des Jahres 2014 gaben To Rococo Rot mit der schottischen Vorband The Pastels ihr Abschlusskonzert und begeisterten ein großes Publikum. Mit den Konzerten hatten wir auch 2014 wieder ausgewählte herausragende Musiker zu Gast bei uns und konnten die Wahrnehmung unseres Hauses als profilierten Ort für ausgewählte innovative und qualitativ hochwertige Musikproduktionen und Konzerte verstärken.

Begleitprogramm / Houseclub

Die eingeführten regelmäßigen **Publikumsgespräche** als Teil des **Begleitprogramms** wurden auch 2014 wieder gut angenommen und haben sich als sinnvolles Format etabliert. Mit Thomas Köhler (Berlinische Galerie), Andrea Tompa (Theater der Zeit) und Katharina Narbutovic (DAAD) u.a. konnten wir wieder kompetente und erfahrene Moderatoren hierfür gewinnen.

Ein weiterer und zentraler Bestandteil des **Begleitprogramms** ist der **Houseclub**.

Durch sein konsequent umgesetztes Prinzip der Partizipation und die feste Verankerung in das Curriculum der Hector-Peterson-Schule ist der Houseclub Modell einer gelungenen integrativen kulturellen Bildungsarbeit und wird als solches auch überregional wahrgenommen. Zu Beginn des Jahres haben Turbo Pascal und Schüler unserer Partnerschule zusammen Präsentationen erarbeitet und gezeigt. Im November waren **Gio Di Sera & Streetuniversity** mit „*FAUST IN DA STREET*“ zu Gast im HAU2. Präsentiert in Kooperation mit unserem Houseclub hat Di Sera mit über 40 Jugendlichen eine Doku-fiction erarbeitet, die sich mit Themen aus Goethes „*Faust*“ befasst.

Weitere Programmpunkte

Die Jahrestagung des **Zentrum für Literatur- und Kulturforschung** „*Die Stimme im Ausnahmezustand*“ mit Vorträgen prominenter Wissenschaftler, Installationen und Konzerten (u.a. von Michel van der Aa) an drei Tagen im HAU1 war die erste von drei **Kooperationen** mit bzw. **Gastveranstaltungen** von anderen **Berliner Institutionen**.

Unmittelbar darauf folgte die in Kooperation mit dem **DAAD** realisierte Veranstaltung „*DAAD präsentiert: Antjie Krog. Körper, beraubt*“ ebenfalls im HAU1.

Netzwerk

Im Sommer 2014 wurde mit Engagement des Hauses ein informelles Netzwerk der wichtigsten freien deutschen Produktionshäuser mit initiiert und gegründet. Neben dem HAU Hebbel am Ufer sind darin die Leitungen vom Mousonturm Frankfurt, dem FFT Düsseldorf, dem Tanzhaus NRW, PACT Zollverein Essen, dem europäischen Zentrum für die Künste Hellerau und Kampnagel Hamburg. Die künftigen regelmäßigen Treffen dienen neben dem allgemeinen Austausch auch dazu, programmatische wie praktische Schnittmengen zu eruieren und gemeinsame künstlerische wie kulturpolitische Ziele zu definieren und haben sich für alle Beteiligten als produktiv erwiesen.

Baumaßnahmen

Die fehlende Barrierefreiheit im HAU2 wurde auch 2014 nicht behoben. Der seit Jahren erforderliche **Einbau eines Fahrstuhls** im HAU2 soll in Absprache mit der BIM im Sommer 2015 stattfinden. Die Abhängigkeit von der BIM hinsichtlich der Planung wie Durchführung stellt für unsere Programmplanung eine nicht unerhebliche Schwierigkeit dar. Das HAU2 wird während der durchzuführenden Arbeiten nicht bespielbar sein.

B Wirtschaftlicher Geschäftsverlauf

Erträge

Vielfalt und Volumen des Gesamtprogramms waren wieder zu maßgeblichen Teilen aus Drittmitteln zu bestreiten. Wichtige inländische Quellen für die Finanzierung waren insbesondere der Hauptstadtkulturfonds, die Kulturstiftung des Bundes und die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin. Auch Mittel der Europäischen Kommission aus zwei verschiedenen Antragsnetzwerken waren unverzichtbar. Neben der institutionellen Förderung in Höhe von 4.914 T€ (Vorjahr 5.020 T€) wurden Projektförderungen in Höhe von rd. 1.576 T€ (Vorjahr 1.688 T€) zugewendet. Spenden kamen 2014 traditionell vom Freundeskreis 10 T€ (Vorjahr: 10 T€). Mit Hilfe

von Koproduktionsbeiträgen in Höhe von 388 T€ (Vorjahr 588 T€) konnten partnerschaftlich Projekte entstehen.

Aufwendungen

Der **Personalaufwand** ist mit 1.848 T€ (Vorjahr: 1.598 T€) gestiegen. Der Mehraufwand in dieser Position ergibt sich aus der Besetzung der neuen Stelle Finanzen und Controlling und aus dem Aufwand für eine zeitlich befristete Beschäftigung im Rahmen des Jugend- und Begleitprogramms. Außerdem schlagen hier die Personalkosten für die Künstlerische Leiterin des Festivals Tanz im August zu Buche. Dies stellt keinen tatsächlichen Mehraufwand dar, da das Honorar im Budget des Festivals kalkuliert war.

Zu den **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** ist Folgendes festzustellen:

Die **Zweckaufwendungen** in Höhe von 3.794 T€ (Vorjahr: 4.630 T€) fallen im Vergleich zur Vorperiode niedriger aus. Das geringere Volumen ist auf geringere Projektförderung zurückzuführen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** von 1.407 T€ (Vorjahr 1.252 T€) fallen absolut betrachtet 155 T€ höher aus. Die Veränderung ergibt sich im Wesentlichen aus einer Kontenverschiebung. Kosten für Vorderhauspersonal rund 85 T€ und Bewachung rund 70 T€ sind seit 2014 dem Verwaltungsaufwand zugerechnet, die bis 2013 noch unter Zweckaufwendungen geführt waren.

Die **sonstigen Aufwendungen** von 592 T€ (Vorjahr: 580 T€) bleiben in etwa auf dem Vorjahresniveau. Ein geringfügiger Anstieg ist zu verzeichnen.

Ergebnis

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2014 wurde insgesamt mit einem Volumen von 7.651 T€ Erträgen (Vorjahr: 8.074 T€) und 7.641 T€ Aufwendungen (Vorjahr: 8.060 T€) realisiert, so dass sich ein Jahresüberschuss von 10 T€ (Vorjahr: 14 T€) ergibt. Die im Vorjahr als gleichbleibend prognostizierte Entwicklung hat sich damit bestätigt.

Investitionen

Im Wesentlichen investierte die Gesellschaft im Berichtsjahr in die Entwicklung und Programmierung einer Projektmanagementdatenbank sowie in notwendige Ersatzbeschaffung im Umfang von geringwertigen Wirtschaftsgütern.

Personal

Die Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter im Geschäftsjahr betrug 38, davon waren 15 im künstlerischen und 23 im nicht-künstlerischen Bereich tätig, sowie 2 Auszubildende und 2 Absolventen des Freiwilligen Sozialen Jahres Kultur. Damit waren im Geschäftsjahr durchschnittlich 34 Stellen besetzt.

Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse

Die **Finanzlage** zeigt eine relativ geringe Liquidität, die systematisch aus den wesentlichen Finanzierungsgrundlagen der Gesellschaft resultiert. Die institutionelle Förderung, die in Form einer Festbetragsfinanzierung die Geschäftsbasis bildet, beinhaltet, dass nie mehr Geld vorhanden sein darf, als innerhalb von zwei Monaten benötigt wird. Der Abruf der Mittel ist also ständig an die sonstigen Einnahmen anzupassen, da anderenfalls zuwendungsrechtliche Bestimmungen verletzt würden. Gleiches gilt für jede Projektförderung im Einzelnen auch.

So erklärt sich zur Entwicklung der **Ertragslage**, dass projektgebundene Zuschüsse und Projektaufwand unmittelbar voneinander abhängen. So wären die großen Festivals ohne entsprechende Projektförderungen nicht durchführbar gewesen. Nur mit Mitteln der Lottostiftung konnte das Festival Forced Entertainment realisiert werden.

Die entscheidende Erfolgsausrichtung der Gesellschaft liegt letztlich im künstlerischen Bereich, da sie per definitionem nicht den Zweck hat, Gewinne zu erzielen, sondern mit den vorhandenen und eingenommenen Mitteln möglichst effizient ihren Gesellschaftszweck zu erfüllen, das Hebbel am Ufer als Produktions- und Präsentationszentrum für zeitgenössische Formen der darstellenden Kunst zu betreiben. Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt daher im Wesentlichen projektbezogen.

C Prognosebericht

Inwieweit die positiven Werte des Jahres 2014 im Jahr 2015 erhalten werden können, hängt wieder wesentlich von zusätzlicher Projektfinanzierung ab, denn es besteht insoweit ein direktes Abhängigkeitsverhältnis. Wenn Förderentscheidungen nicht wie aktuell kalkuliert ergehen werden, muss die Programmplanung entsprechend angepasst werden, wodurch jedenfalls das Volumen des angebotenen Programms gemindert werden müsste. Nach der derzeitigen Programmplanung gehen wir von

einer gleichbleibenden Entwicklung aus bei etwas geringerer Vorstellungsanzahl als im Berichtsjahr.

D Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Möglichkeit zur Bespielung von drei Häusern entfaltet die Chance zur optimalen Abstimmung der jeweiligen Produktion auf den richtigen Raum. Die Straffung des Programms und die Weiterentwicklung von inhaltlichen / thematischen Blöcken hat sich bewährt. Das internationale Programm des HAU Hebbel am Ufer in seiner speziellen Vielfalt und seinen differenzierten Konstellationen von Inhalten, Künstlern und Partnerschaften stellt in Berlin ein solitäres Angebot dar und findet in der sich wandelnden Stadt sein Publikum. Dieses Potential könnte noch besser ausgeschöpft werden, wenn der zentrale Risikofaktor, mit dem die Gesellschaft umgehen muss, weiter reduziert werden könnte: die nicht auskömmliche Finanzierung im Bereich der Projektmittel. Diese bedingt weiterhin eine Abhängigkeit von öffentlichen Fördertöpfen wie Hauptstadtkulturfonds, Bundeskulturstiftung o. ä. oder von zusätzlichen Mitteln aus Koproduktionsbeiträgen, Gastspielerlösen oder sonstigen zusätzlichen privaten Ressourcen. Die Akquirierung derartiger Gelder war im Berichtsjahr extrem notwendig und trotz intensiver Bemühungen nicht erfolgreich genug. Die Förderentscheidungen sind nur sehr begrenzt durch eigene Anstrengung in die richtige Richtung zu lenken. Es bleibt ein erhebliches Projektvolumen, das über kurzfristig vergebene Förderungen mit entsprechend geringer Planungssicherheit realisiert werden muss. Außerdem wird ein Großteil der institutionellen Mittel in diesen Projektförderungen gebunden, da alle Fördereinrichtungen zunehmend Eigenmitteleinsatz verlangen sowie Rückführung von Karteneinnahmen in die Projektfinanzierungen. Das Problem verstärkt sich bei Projekten, bei denen freie Gruppen o. ä. Zuwendungsempfänger sind, da neben der Kurzfristigkeit und terminlicher Gebundenheit auch die verschiedenen Finanzierungspläne synchronisiert werden müssen und Eigenmittel sowie infrastrukturelle Mittel gebunden werden. Zudem sind Projektförderungen nur für neue Projekte zu erlangen – Wiederaufnahmen oder längere Gastspielphasen müssen ausschließlich aus den Basismitteln bestritten werden. Die Sicherung der Qualität konzeptioneller Projektplanung in einem solchen Gefüge zu gewährleisten, bleibt schwierig und eine zentrale Aufgabe.

E Wesentliche Ereignisse nach dem Ende des Geschäftsjahres

(§ 289 Abs. 2 HGB)

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten.

Die Gesellschaft hat eine Entsprechenserklärung zum BCGK abgegeben, die diesem Bericht als Anlage beigefügt ist.

29.05.2015

Annemie Vanackere

Entsprechenserklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Zum Jahresabschluss 2014 wird folgende Erklärung abgegeben:

Zusammenwirken von Geschäftsführung (GF) und Aufsichtsrat (AR)

- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle für die Entwicklung des Unternehmens relevanten Themen wurden von der Geschäftsleitung mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
- Der Aufsichtsrat hat seine drei Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
- Die strategischen Unternehmensfragen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig nachgekommen.
- Die Geschäftsleitung hat den Aufsichtsrat – mit den von ihr abgegebenen mündlichen und schriftlichen Erläuterungen – zeitnah und umfassend über die Planung, die Geschäftsentwicklung, die Risikolage und das Risikomanagement unterrichtet. Dabei wurden auf der Grundlage des verabschiedeten Budgets Soll/Ist-Vergleiche und Gründe für Abweichungen erörtert.
- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt. D&O-Versicherungen sind nicht abgeschlossen worden.

Geschäftsführung

- Die Geschäftsleitung hat - soweit bekannt - ausschließlich im Interesse des Unternehmens gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein ausreichendes Risikomanagement und Risikocontrolling. Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise ggü. den Gremien (AR und Land Berlin).
- Da die Gesellschaft nur eine Geschäftsführerin hat, ist eine Geschäftsanweisung entbehrlich.
- Die Vergütung der Geschäftsführerin erfolgte in Form eines Fixums ergänzt um eine variable Vergütung auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 23. April 2014 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütung wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütung hat der Aufsichtsrat beraten und entschieden. Über den Zielerreichungsgrad wird in Verbindung mit dem Jahresabschluss gesondert entschieden. Die Gesamtvergütung der Geschäftsführerin wird entsprechend der Regelung in § 19 des Gesellschaftsvertrages im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

Aufsichtsrat

- Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Entsprechend wurde er in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen, soweit sie ihm bekannt gemacht wurden oder bekannt geworden sind, einbezogen und sah keinen Bedarf, weitere Geschäfte an seine Zustimmung

zu binden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

- Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden vom Aufsichtsrat entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführung festgelegt.
- Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Die Geschäftsleitung hatte über keine außergewöhnlichen Ereignisse zu berichten.
- Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine besonderen Ereignisse, über die zu unterrichten gewesen wäre.
- Der Aufsichtsrat hat aufgrund seiner geringen Größe keine Ausschüsse.
- Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.
- Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten keine Vergütung.
- Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Interessenkonflikte

- Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Es hat keine derartigen Interessenkonflikte gegeben.
- Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen wurden nicht getätigt. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt, da es dergleichen Verträge nicht gab. Es waren keinerlei auf Einzelfälle

bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen zu erlassen.

- Die Geschäftsführerin hat lediglich ehrenamtliche Nebentätigkeiten in künstlerisch, inhaltlich arbeitenden Jurys ausgeübt. Daher sind dem Aufsichtsrat diese Nebentätigkeiten nicht zur Zustimmung vorgelegt, sondern lediglich dem Vorsitzenden mitgeteilt worden.
- Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz

- Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Im Internet werden Programminformationen veröffentlicht.

Rechnungslegung

- Der Jahresabschluss 2013 und die Zwischenberichte 2014 wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Der Jahresabschluss 2013 wurde komplett mit dem Bericht des Aufsichtsrats schriftlich dem Gesellschafter am 28. August 2014 vorgelegt, die Zwischenberichte innerhalb der vorgesehenen Fristen. Es bestehen keine Unternehmensbeteiligungen, die aufzuführen wären.

Abschlussprüfung

- Der Aufsichtsrat wird vom Abschlussprüfer die Erklärung erbitten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; so dass an der Unabhängigkeit des Prüfers,

seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter keine Zweifel bestehen. Der Abschlussprüfer wird aufgefordert werden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten.

- Der Aufsichtsrat wird dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilen und mit ihm die Honorarvereinbarung treffen.
- Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 2014 teilnehmen und über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung berichten.

Berlin, den

2015

Tim Renner

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Hebbel-Theater Berlin – Gesellschaft mbH

Annemie Vanackere

Geschäftsführerin

Hebbel-Theater Berlin – Gesellschaft mbH

Hebbel-Theater Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge der Geschäftsführerin Frau Annemie Vanackere

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Grundvergütung	87.999,96
Variable Vergütung lt. Zielvereinbarung	0
Summe	87.999,96
Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	
Arbeitgeberanteil Renten + Krankenversicherung	12.242,72
Gesamtbezüge 2013	100.242,72

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates üben ihr Amt nach § 8 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ehrenamtlich aus. Im Geschäftsjahr 2013 bestand kein Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Es wurden auch keine Zahlungen in diesem Sinne geleistet.

Einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten:

Mitglied des Aufsichtsrates	Kostenart	Betrag
entfällt	entfällt	0

**HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft
mit beschränkter Haftung**

HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsgegenstand/Geschäftsmodell

Der HOWOGE-Konzern betreibt das Kerngeschäft nachhaltiger Bewirtschaftung eigener Wohnungsbestände. Mit mehr als 54.000 Wohnungen werden breite Schichten der Bevölkerung vor allem im Osten der Stadt versorgt.

Darüber hinaus ist die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft als Wohnungsunternehmen des Landes Berlin auf Bestandserweiterungen durch Ankauf und Neubau ausgerichtet. Damit wird der Zielstellung der Regierungskoalition Rechnung getragen, innerhalb der laufenden Legislaturperiode berlinweit die Erweiterung des Wohnungsbestandes der landeseigenen Gesellschaften um 30.000 Wohnungen anzustreben.

Der Konzern besteht neben der HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH (HOWOGE) aus vier weiteren Gesellschaften, deren alleiniger Gesellschafter die HOWOGE ist:

- Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg mit beschränkter Haftung (WBL)
- HOWOGE Servicegesellschaft mbH (Servicegesellschaft)
- HOWOGE Wärme GmbH (Wärme GmbH)
- GRATUS Immobilienservice GmbH (GRATUS)

In der HOWOGE werden alle strategischen Aufgaben, finanzielle und investive Entscheidungen bezüglich der Grundstücksbestände sowie übergeordnete Konzernsteuerungsfunktionen wahrgenommen.

Die Bestände des HOWOGE-Konzerns sind historisch bedingt auf die HOWOGE und die WBL verteilt. Dabei ist die WBL eine reine Besitzgesellschaft ohne Personal. Die HOWOGE verwaltet die Bestände der WBL gemäß einem Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Servicegesellschaft erbringt im Konzern wohnbegleitende Dienstleistungen, dazu gehören Hausmeisterdienste, sogenannte „Mobile Hausmeister“ für Nachtdienste, der Betrieb von Concierge sowie der Kiezhelferservice.

Die Wärme GmbH versorgt als gewerblicher Wärmelieferant die Konzernbestände mit Heizenergie sowie Warmwasser. Zu den Aufgaben gehört zudem das komplette Energiemanagement von der Gebäudeanalyse, der Planung und Steuerung von Einsparmaßnahmen bis zur Betriebsführung der Anlagen und Verbrauchskontrolle. Einsatzmöglichkeiten regenerativer Energien mit dem Ziel der weiteren Reduzierung von CO₂-Emissionen werden für den Konzern geprüft und umgesetzt.

Die als dienstleistungsorientierte Hausverwaltung tätige GRATUS verwaltet im Rahmen der Fremd- und Wohnungseigentumsverwaltung Wohnungen und Grundstücke im Auftrag der jeweiligen Grundstückseigentümer sowie bis zum 31.12.2014 Sondereigentum im Auftrag der HOWOGE und der WBL. Mit Wirkung zum 1.1.2015 wird sie an die GEWO BAG AG verkauft (siehe 2.5. Besondere Geschäftsvorgänge).

1.2 Ziele und Strategien

Die HOWOGE hat ihre Ziele und Strategien in der „Agenda HOWOGE 2018“ zusammengefasst. Sie beinhalten Bestandswachstum durch Zukauf und Neubau bis 2018 auf rd. 60.000 Wohnungen bei Werterhalt des vorhandenen Bestands durch angemessene Instandhaltung und Bestandsinvestitionen auf Basis von Quartiersstrategien sowie die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns insbesondere durch Digitalisierung und Personalentwicklung. Bei der Summe der Maßnahmen ist die Prämisse einzuhalten, dass der Cashflow aus laufendem Geschäft mindestens auf dem aktuellen Niveau erhalten bleiben soll, um die Handlungsfähigkeit der HOWOGE auch für eine Zukunft zu sichern, wenn sich das Zinsumfeld wieder ändert.

Um das Wachstum im Neubau zu gewährleisten, setzt die HOWOGE auf einen Mix aus dem Ankauf von schlüsselfertigen Neubauprojekten privater Developer und dem Ankauf von Grundstücken für eigene Bauaktivitäten. Einbringungen von bebaubaren Grundstücken des Gesellschafters ergänzen das Potential für eigene Neubauprojekte.

Mit den Quartiersstrategien stellt sich die HOWOGE den Anforderungen einer systematischen Weiterentwicklung des Immobilienbestands. Das Marktumfeld sowie die politischen Rahmenbedingungen finden Berücksichtigung. Basis der Quartiersstrategie ist die Einteilung des Bestandes in Quartiere, denen jeweils eine definierte Investitionsstrategie zugewiesen ist. Die Zuordnung der Strategien zu einem Quartier erfolgt anhand relevanter Rahmendaten wie unter anderem Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung. Um den jeweiligen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt zu entsprechen, werden die betreffenden Daten regelmäßig geprüft und interpretiert. Ziel ist es, die Quartiersentwicklung zielgerichtet zu steuern und die Quartiere langfristig zukunftsfähig zu gestalten. Bei der Auswahl der jeweiligen Investitionsstrategie werden die Bedürfnisse in den Quartieren gezielt berücksichtigt.

Der Verkauf von Liegenschaften ist auf Wunsch des Gesellschafters bis auf Weiteres eingestellt. Grundsätzliches Verkaufspotential ist auf wenige Grundstücke beschränkt, die das Portfolio des Konzerns nicht sinnvoll ergänzen.

Um die Innovationskraft zu erhalten und damit auch in Zukunft eine starke Position im Vergleich mit anderen großen Wohnungsunternehmen einnehmen zu können, investiert die HOWOGE darüber hinaus erheblich in IT-Projekte und in die Personalentwicklung wegen der Veränderung des Arbeitsmarktes, der Arbeitswelt und nicht zuletzt wegen der erwarteten demografischen Entwicklung.

2. Wirtschaftsbericht 2014

2.1 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Berliner Wirtschaft hat in 2014 einen robusten Aufwärtstrend eingeschlagen. Das Bruttoinlandsprodukt wird nach Einschätzung der Investitionsbank Berlin (IBB) um insgesamt 1,8% zunehmen. Für das kommende Jahr wird mit 1,7% ein Wachstum in etwa gleicher Größenordnung erwartet.

Wie schon im Vorjahr ist der Umsatz bei Dienstleistungen in Berlin in den ersten neun Monaten 2014 mit 4,4% gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 3,0% besonders kräftig gestiegen. Vor allem die freiberuflichen und wissenschaftlichen Dienstleistungen haben sich gut entwickelt. Dies ist insbesondere auch den östlichen Berliner Bezirken zugutegekommen, in denen die HOWOGE ihre Bestände hält.

Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im November 2014 in Berlin nur noch 191.646 Arbeitslose gemeldet, 7.347 (-3,7%) weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat und 3.779 (-1,9%) weniger als im Oktober 2014. Damit liegt die Zahl der Arbeitslosen bereits zum dritten Mal nach November 2013 unterhalb der Marke von 200.000. Im Kernmarkt der HOWOGE, in Lichtenberg, ist die Arbeitslosenquote mit rd. 9,0 % ebenfalls gesunken, liegt allerdings noch leicht über dem Berliner Durchschnitt.

Für September 2014 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 1.292.900 Personen um rund 41.900 über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (+3,3%; zum Vergleich Deutschland: +1,6%). Von der dynamischen Bevölkerungsentwicklung, der stark wachsenden Erwerbstätigkeit und den steigenden Löhnen in der Hauptstadt profitieren vor allem die auf private Verbraucher orientierten Berliner Unternehmen.

Berlin wächst derzeit jährlich in der Größenordnung einer kleinen Mittelstadt. Allein in Lichtenberg hat sich die Anzahl der Einwohner seit 2010 um ca. 5 % erhöht und ist damit stärker gewachsen als der Berliner Durchschnitt. Die sich langsam belebende Neubautätigkeit kann mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten, so dass die Berliner Immobilienpreise und -mieten bundesweit zu den am stärksten steigenden zählen. Gelingt es der Stadt, das enorme Flächenpotenzial mittel- bis langfristig zu mobilisieren, kann dies die Preisdynamik dämpfen. Dies spiegelt sich auch in den deutlich gestiegenen Angebotsmieten wider, welche in Berlin seit 2011 um rd. 32 % gestiegen sind. Davon profitiert auch der Standort Lichtenberg nachweislich. Die hohe Nachfrage nach Mietwohnungen hat zu einer Erhöhung der Angebotsmieten im Vergleichszeitraum von rd. 28 % geführt, so dass die durchschnittliche Angebotsmiete in Lichtenberg bei Neuvermietungen mittlerweile 7,75 €/m² beträgt (z. Vgl. Berlin 8,65 €/m²).

Dem im Juli 2014 veröffentlichten „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2025“ der Senatsverwaltung Berlin folgend, werden in der Hauptstadt bis zum Jahr 2025 insgesamt etwa 137.000 Wohnungen benötigt. Im Durchschnitt entspricht dies einer jährlichen Bauleistung von rund 10.000 Einheiten. Die von der Stadt anvisierte Zielgröße wurde somit im Vergleich zur letzten Berechnung nahezu verdoppelt (5.000 bis 6.000 Einheiten). Nach Angaben des Bundesinstitutes für

Bau-, Stadt und Raumforschung liegt der jährliche Bedarf sogar bei 15.000 Wohnungen jährlich.

Nach Angaben des Senats (Stadtentwicklungsplan Wohnen 2025) besteht ein Flächenpotenzial für rund 215.000 neu entstandenen Wohneinheiten, wovon nahezu 100.000 Wohnungen in größeren Entwicklungsgebieten entstehen könnten. Die Bezirke Pankow, Treptow-Köpenick und Mitte stellen dabei die größten Flächenpotenziale. Aber auch in Lichtenberg sind die Potentiale erheblich. Kurz- und mittelfristig wird dort Potential für rd. 8.000 Neubauwohnungen gesehen.

In den ersten zehn Monaten 2014 wurden rund 14.000 Anträge für Neubauwohnungen in Berlin genehmigt. Auf dieser Grundlage und der noch nicht abgearbeiteten Baugenehmigungen der vorherigen Jahre werden in den Jahren 2014 bis 2017 voraussichtlich 55.000 Wohnungen fertiggestellt.

Der Berliner Immobilienmarkt galt lange als unterbewertet. Die steigende Nachfrage führt zu weiteren Preissteigerungen. Diese Preisbewegungen sind Ausdruck einer verzögerten Angebotsausweitung und stellen eine regionale Anpassung dar. Sollte sich die Preisentwicklung auf dem Berliner Immobilienmarkt aber in einem sehr raschen Tempo fortsetzen, ist nicht auszuschließen, dass einige Preise über das aus fundamentaler Sicht gerechtfertigte Niveau hinauschießen, so dass es dann in Teilmärkten zu Preisblasen kommen könnte.

Der Mietwohnungsmarkt präsentiert sich in Berlin folglich angespannt, wobei die enorm gestiegenen Mietpreise insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen stark belasten. Allerdings sind die Neuvertragsmieten in Berlin mit durchschnittlich 7,30 €/m² nettokalt für die Standardwohnung im Metropolenvergleich des F+B Index nach wie vor günstig. Im Vergleich zu anderen Städten stiegen die Mieten jedoch überdurchschnittlich. Das führt dazu, dass die durchschnittliche Wohnkostenquote mittlerweile in Berlin bei rd. 28 % liegt. In Lichtenberg liegt die Wohnkostenquote bei rd. 24 %, also noch unter dem Berliner Durchschnitt. Dies liegt an den vergleichsweise gemäßigten Mieten und den durchschnittlich hohen Einkommen im Bezirk.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Gebäudebestand und Vermietung

Am 31. Dezember 2014 bewirtschaftete der HOWOGE Konzern insgesamt 63.939 eigene Mieteinheiten (Vorjahr: 63.650). Der Wohnungsbestand erhöhte sich im Berichtsjahr durch den Kauf eines Portfolios von 40 Wohnungen in Buch. Weitere 2.589 Wohnungen in Marzahn wurden im Geschäftsjahr erworben, sie werden ab dem 1. Januar 2015 in die eigene Bewirtschaftung übernommen.

Der Immobilienbestand setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

Bestand im wirtschaftlichen Eigentum	<u>31.12.2014</u>	<u>Vorjahr</u>
Bestand insgesamt	<u>66.556</u>	<u>63.650</u>
Wohnungen	56.764	54.134
Gewerbeeinheiten	779	768
Eigengenutzte Einheiten	159	158
Garagen, Stellplätze und sonstige	8.854	8.590

Bewirtschafteter Eigenbestand	<u>31.12.2014</u>	<u>Vorjahr</u>
Bestand insgesamt	<u>63.939</u>	<u>63.650</u>
Wohnungen	54.175	54.134
Gewerbeeinheiten	768	768
Eigengenutzte Einheiten	159	158
Garagen, Stellplätze und sonstige	8.837	8.590

Zudem wurden durch die GRATUS 6.383 Mieteinheiten für Dritte verwaltet.

Die Entwicklung des Wohnungsleerstandes im Konzern war durch folgende Sondereinflüsse geprägt:

- Der Bestand in Buch mit 3.145 Wohnungen weist eine Leerstandsquote von 6 % nach 12 % zum Ende des Vorjahres auf. Der Rückgang des Leerstandes nach der Sanierung in 2012 erfolgt dabei überplanmäßig.
- In die vermietungsbedingte Leerstandsentwicklung des Konzerns wird der Bestand in Buch nun eingerechnet, da die Sanierung mittlerweile zwei Jahre her ist. Daher ist ein Anstieg von 0,65 % auf 1 % zu verzeichnen.
- Eine komplexe Sanierung der 2013 erworbenen Objekte in Hohenschönhausen hat planmäßig begonnen und wird voraussichtlich Anfang 2016 fertiggestellt sein. Die 951 in der

Sanierung befindlichen Wohnungen verzeichnen einen Anstieg der Leerstandsquote auf 31 % (Vorjahr: 28 %).

- Die Fluktuationsquote des Konzerns zeigt eine stark sinkende Entwicklung in Folge einer hohen Mieterzufriedenheit und der Wohnungsnachfrage. Sie konnte im Laufe der letzten zwei Jahre von 8,3 % auf 7,1 % gesenkt werden.

Insgesamt ging der Wohnungsleerstand von 1.174 Wohnungen zum Jahresende 2013 auf 1.046 Wohnungen zum 31.12.2014 zurück. Die Leerstandsquote für Wohnungen insgesamt beträgt damit 1,9 % (Vorjahr: 2,3 %).

2.2.2 Bautätigkeit

Eigener Neubau

2014 stand maßgeblich im Zeichen der Weiterführung des Neubauvorhabens Treskowhöfe mit insgesamt 414 Wohnungen, welches 2015 fertiggestellt wird. Auf Basis des städtebaulichen Wettbewerbs für das Projekt Lindenhof aus 2013 wird Mitte 2015 voraussichtlich der B-Plan festgesetzt vorliegen. Anschließend soll über ein VOB-Verfahren ein GÜ zur Errichtung von mindestens 400 Mietwohnungen gebunden werden. Abbruch- und Erschließungsarbeiten im Umfang von ca. 3,5 Mio. € werden ab Sommer 2015 umgesetzt. Das Neubauvorhaben Lindenhof soll dann voraussichtlich ab Anfang 2016 umgesetzt werden.

Darüber hinaus wurden weitere Baugrundstücke erworben. Insgesamt sind mehr als 1.000 Wohnungen auf eigenen bzw. erworbenen Grundstücken in konkreter Planung bzw. kurz vor Baubeginn. Dazu gehören städtebauliche Wettbewerbe, Bebauungsplanverfahren mit dem Bezirk, die Vorbereitung und Beantragung von Baugenehmigungen und konkrete Bauvorbereitungen.

Ankauf von Developments

Ein weiterer Schwerpunkt in 2014 war der Ankauf von Developments. Hier wurden bisher 6 Verträge über insgesamt 636 schlüsselfertig bereitzustellende Wohnungen abgeschlossen, davon 4 Verträge über 435 Wohnungen in Lichtenberg und Pankow allein in 2014.

Das Development „Schokostücke“ in Alt-Hohenschönhausen mit 157 Wohnungen wird im Frühjahr 2015 fertiggestellt und an die HOWOGE übergeben.

Bis auf ein Development wurden alle Verträge mit endfälligen Zahlungen vereinbart. Das heißt in 2014 sind bisher nur die Erwerbskosten, wie z.B. Grunderwerbssteuer fällig geworden. Die Kaufpreise werden in den Jahren 2015 bis 2018 gezahlt.

Komplexe Sanierung

In 2014 wurden mehrere komplexe Sanierungen von angekauften Beständen begonnen, fortgesetzt oder beendet:

- Die geplante umfangreiche Sanierung der angekauften Bestände in Berlin Buch wurde beendet.
- Die Sanierung eines leerstehenden alten Studentenwohnheims in Lichtenberg wurde 2014 überwiegend fertiggestellt.
- Die Sanierung des unsanierten, leerstehenden Objekts an der Frankfurter Allee wurde in 2014 begonnen und wird hauptsächlich in 2015 stattfinden und fertiggestellt.

Darüber hinaus wurden nur noch wenige geringfügige komplexe Sanierungen im Altbestand durchgeführt.

2.2.3 Personalentwicklung

Für die Mitarbeiter/innen der HOWOGE gilt eine Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung. Bis zum 31.12.2017 sind betriebsbedingte Kündigungen und Outsourcing-Projekte innerhalb der HOWOGE ausgeschlossen. Tarifierhöhungen, auf die in den Jahren 2007 – 2012 verzichtet wurde, werden stufenweise bis 2017 nachgeholt.

Der Personalbestand im Konzern entwickelte sich wie folgt:

	<u>31.12.2014</u>	<u>Vorjahr</u>
Geschäftsführung (HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft)	2	2
Angestellte (inkl. GF der Tochtergesellschaften)	361	353
Gewerbliche Arbeitnehmer	232	230
Auszubildende	25	20
Studenten	5	5
	<u>625</u>	<u>610</u>

Nach Gesellschaften untergliedert stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

	<u>31.12.2014</u>	<u>Vorjahr</u>
HOWOGE	446	433
Servicegesellschaft	146	141
GRATUS	24	27
Wärme GmbH	9	9
	<u>625</u>	<u>610</u>

Die Anzahl der im Konzern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich in 2014 um 15 Mitarbeiter erhöht (HOWOGE +13 MA, Servicegesellschaft +5 MA, GRATUS -3 MA). Die Erhöhung ist in erster Linie auf die Wachstumsstrategie im Bereich Neubau/Development und die Erhöhung der Auszubildendenstellen zurückzuführen. Die HOWOGE misst der Ausbildung junger Menschen hohe Bedeutung bei. Am 31.12.2014 befanden sich 25 Jugendliche in der Ausbildung, 21 von Ihnen zum/zur Immobilienkaufmann/frau, drei zum/zur Kaufmann/frau für Bürokommunikation bzw. Büromanagement und eine zur Informatikkauffrau. Somit wurde die Anzahl der Ausbildungsplätze im Jahr 2014 um fünf Stellen erhöht.

In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) absolvieren fünf Studenten bei der HOWOGE den praktischen Teil ihres Studiengangs zum Bachelor of Arts (B. A.) im Fach Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Immobilienwirtschaft.

Zudem engagiert sich die HOWOGE bei der Förderung sozialer und beruflicher Integration junger Migranten im Rahmen der Zusammenarbeit mit BQN Berlin, dem Veranstalter der Initiative „berlin braucht dich“. Die HOWOGE bietet der Zielgruppe in diesem Zusammenhang zusammen mit anderen Berliner Unternehmen ein vielseitiges Angebot an Berufsorientierung und Berufsvorbereitung.

Die Mitarbeiter der HOWOGE-Konzerngesellschaften haben eine Sicherung gegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit. Hinzu kommt die Möglichkeit der betrieblichen Altersvorsorge durch eine Direktversicherung.

Zur Mitarbeiterbindung arbeitet die HOWOGE an der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu werden Angebote bezogen auf die acht Handlungsfelder (Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Information und Kommunikation, Führung, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen, Service für Familien) erarbeitet, umgesetzt und kommuniziert. Die Zielerreichung wird jährlich durch die berufundfamilie gGmbH geprüft.

Die berufsbegleitende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt die HOWOGE auch 2014 durch zielgerichtete Weiterbildungsmöglichkeiten zur Förderung der Fach-, Methoden- und Führungskompetenz sowie der persönlichen und sozialen Kompetenzen. Mit Stand vom 31.12.2014 wurden in der HOWOGE 6.215 Stunden bzw. ca. 777 Arbeitstage mit der Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen verbracht.

Besonders hervorzuheben ist der Start der beiden Förderprogramme „Zukunftswerkstatt 1.0“ und „Zukunftswissen 1.0“. An der Zukunftswerkstatt nehmen 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Abteilungen des Unternehmens teil. Ziel ist insbesondere die Förderung von Projektmanagementkompetenzen und der Kommunikationsfähigkeit zur Vorbereitung auf interdisziplinäre Aufgaben. Das Programm Zukunftswissen hingegen vermittelt den zwölf Teilnehmern immobilienpezifisches Fachwissen, um in den entsprechenden Schnittstellenfunktionen noch effizienter zusammen arbeiten zu können.

In 2012 startete ein Projekt zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse. Bis Ende 2014 erarbeitete eine Gruppe von freiwilligen Mitarbeitern der HOWOGE mit der Unterstützung der TTK viele Initiativen zur Förderung der Gesundheit

der Mitarbeiter, von bildschirmgestützten Gymnastikpausen über gemeinsame Yogakurse bis zu Vorträgen über Darmkrebsvorsorge. In Themen der psychischen Stabilität wurde eine breite und mit den Mitarbeitern abgestimmte Palette an Maßnahmen umgesetzt.

Die Geschäftsführerinnen der HOWOGE nehmen in Personalunion auch die Geschäftsführung der WBL wahr. Darüber hinaus ist die Kaufmännische Prokuristin der HOWOGE zugleich Geschäftsführerin der Servicegesellschaft. Die Wärme GmbH hat einen und die GRATUS hat zwei Geschäftsführer.

2.2.4 Ertragslage

Zusammengefasst stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

	2014	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	316.375	301.609
Übrige Umsatzerlöse	2.103	2.149
Bestandsveränderungen	-4.104	6.991
Eigenleistungen	478	230
Sonstige betriebliche Erträge	11.720	13.368
Zwischensumme betrieblicher Erträge	326.572	324.347
Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	122.053	129.076
Personalaufwand	29.518	27.639
Abschreibungen	54.535	54.266
Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.472	14.348
Erträge Finanzvermögen und Zinsen	4.146	4.254
Zinsaufwand	32.426	37.866
Steuern von Einkommen und Ertrag	8.196	5.535
Sonstige Steuern	11.048	10.825
Jahresüberschuss	58.469	49.046

Die Umsatzerlöse des Konzerns insgesamt betragen Mio. EUR 318,5 (Vorjahr: Mio. EUR 303,7).

Die Steigerung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung, dem Kerngeschäft, resultiert wesentlich aus höheren Erträgen aus abgerechneten Umlagen für Heiz- und Betriebskosten, denen eine deutliche Verminderung des Bestandes nicht abgerechneter Leistungen in etwa gleicher Höhe gegenübersteht. Die Sollmieten sind nur moderat gestiegen (nach Mio. EUR 227,0 im Vorjahr jetzt Mio. EUR 230,7) aus üblichen Mieterhöhungen bei laufenden Verträgen, aus sozialverträglichen Mieterhöhungen nach Modernisierung, aus Neuvermietungen und erstmalig ganzjährige Mieteinnahmen der Mitte 2013 erworbenen Bestände. Die leerstandbedingten Erlösausfälle blieben trotz der gesteigerten Umsätze unter dem Niveau des Vorjahres. Die für das Geschäftsjahr prognostizierten Mieterträge wurden leicht übertroffen.

Der geringere Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen beruht wesentlich auf dem Rückgang der Aufwendungen für die Instandhaltung. Der Konzern wendete dafür Mio. EUR 48,8 (Vorjahr: Mio. EUR 53,5) auf, bedingt durch die Umsetzung von Maßnahmen

der entsprechend der Lebenszyklen einzelner Gebäudeteile regelmäßig notwendigen geplanten Instandsetzung zur Erhaltung der Gebäudequalität. Gegenüber dem Vorjahr wurde das Instandhaltungsbudget auf die Pauschalen der II. Berechnungsverordnung begrenzt. Die für das Geschäftsjahr geplanten Maßnahmen konnten bis auf eine Ausnahme (Fassadensanierung in Höhe von Mio. EUR 2,0) umgesetzt werden. Durch teilweise günstige Ausschreibungsergebnisse wurde das geplante Budget unterschritten. Außerdem wurden Budgetreserven nur geringfügig in Anspruch genommen. Des Weiteren gingen die Aufwendungen für Wärmelieferung zurück.

Bezüglich des Anstiegs des Personalaufwands verweisen wir auf die Ausführungen unter 2.2.3.

Unter den übrigen Aufwendungen sanken die Objektfinanzierungskosten durch den Abbau der Kreditverbindlichkeiten.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung ist gegenüber dem Vorjahr durch die genannten geringeren Aufwendungen für Instandhaltung und Objektfinanzierung deutlich gestiegen.

Insgesamt erzielte der Konzern mit Mio. EUR 58,5 einen Jahresüberschuss, der deutlich über den Erwartungen liegt.

Das Ergebnis ist durch zusätzliche Erträge aus Sondereinflüssen gekennzeichnet. Sie resultieren aus der Zuschreibung im Anlagevermögen (Mio. EUR 4,2) und aus der Auflösung bzw. indirekten Inanspruchnahme von Rückstellungen (Mio. EUR 5,6), die jedoch in Summe nur leicht unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

2.2.5 Finanzlage

Die Finanzlage der Konzerngesellschaften zum 31.12.2014 war ausgeglichen. Die Gesellschaften kamen ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach. Auch künftig werden sie in der Lage sein, ihre Zahlungen fristgemäß zu leisten.

Kapitalflussrechnung nach DRS 2 (verkürzte Darstellung):

	2014 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	107,6	89,3
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	143,9	-43,3
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-231,3	-62,9
Veränderung des Finanzmittelbestandes	20,2	-16,9
Stand Finanzmittelfonds am 31. Dezember Vorjahr	21,9	38,8
Stand Finanzmittelfonds am 31. Dezember Geschäftsjahr	42,1	21,9

Der Finanzmittelfonds besteht ausschließlich aus frei verfügbaren flüssigen Mitteln (flüssige Mittel abzüglich der darin enthaltenen nicht frei verfügbaren Treuhand- und Sperrkonten von Mio. EUR 1,5, Vorjahr Mio. EUR 1,5). Die Kapitalflussrechnung zeigt, dass sich der verfügbare Finanzmittelbestand im Konzern von Mio. EUR 21,9 auf Mio. EUR 42,1 am 31.12.2014 erhöhte.

Im Konzern wurde der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit durch den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gedeckt. Der deutliche Anstieg des Cashflows aus der Investitionstätigkeit sowie der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit resultieren wesentlich aus dem Erwerb eines großen Portfolios (rd. 2.600 WE) und dessen Finanzierung zum Ende des Geschäftsjahres. Wesentliche Ursache für den Anstieg des Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit auch über den geplanten Wert hinaus waren die auch gegenüber dem Budget deutlich gesunkenen Instandhaltungsaufwendungen.

Im Ergebnis erhöhte sich die Verschuldung bei Kreditinstituten auf Mio. EUR 1.087,4.

2.2.6 Vermögenslage

A k t i v a	31.12.2014		31.12.2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	858	0,0	617	0,0
Sachanlagen	2.256.028	95,2	2.065.281	95,8
Sonstige Finanzanlagen	53.886	2,3	49.919	2,4
Summe Anlagevermögen	<u>2.310.772</u>	<u>97,5</u>	<u>2.115.817</u>	<u>98,2</u>
Umlaufvermögen				
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	8.896	0,4	8.765	0,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.318	0,2	4.452	0,2
Flüssige Mittel	43.481	1,8	23.390	1,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.819	0,1	3.082	0,1
Summe Umlaufvermögen	<u>59.514</u>	<u>2,5</u>	<u>39.689</u>	<u>1,8</u>
Gesamtvermögen	<u>2.370.286</u>	<u>100,0</u>	<u>2.155.506</u>	<u>100,0</u>
P a s s i v a				
Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital und Rücklagen	1.158.726	48,9	1.110.398	51,5
Bilanzgewinn, soweit nicht zur Ausschüttung vorgesehen	57.728	2,4	48.304	2,2
Summe Eigenkapital	<u>1.216.454</u>	<u>51,3</u>	<u>1.158.702</u>	<u>53,7</u>
Fremdkapital				
Langfristig				
Andere langfristige Rückstellungen	4.900	0,2	7.516	0,4
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Rechnungsabgrenzungsposten	714.897	30,2	594.956	27,6
Summe langfristiges Fremdkapital	<u>719.797</u>	<u>30,4</u>	<u>602.472</u>	<u>28,0</u>
Mittel- und kurzfristig				
Übrige Rückstellungen	19.026	0,8	18.688	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	379.407	16,0	355.660	16,5
Erhaltene Anzahlungen abzüglich unfertige Leistungen	9.636	0,4	6.921	0,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.543	0,3	5.452	0,3
Übrige Verbindlichkeiten	17.918	0,8	6.131	0,3
Rechnungsabgrenzungsposten	505	0,0	480	0,0
Vorgesehene Gewinnausschüttung	1.000	0,0	1.000	0,0
Summe mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	<u>434.035</u>	<u>18,3</u>	<u>394.332</u>	<u>18,3</u>
Summe Fremdkapital	<u>1.153.832</u>	<u>48,7</u>	<u>996.804</u>	<u>46,3</u>
Gesamtkapital	<u>2.370.286</u>	<u>100,0</u>	<u>2.155.506</u>	<u>100,0</u>

Das Bilanzvolumen des Konzerns unter Berücksichtigung der Verrechnung der unfertigen Leistungen mit erhaltenen Anzahlungen stieg im Berichtsjahr deutlich an.

Die Vermögenslage zeigt ein ausgeglichenes Bild. Das langfristige Vermögen ist weitgehend mit langfristigem Kapital finanziert.

Die Zunahme des Anlagevermögens um Mio. EUR 195,0 resultiert im Wesentlichen daraus, dass den Zugängen bei den Sachanlagen von Mio. EUR 241,1 (im Wesentlichen zusätzliche Wohnungsbestände, nachträgliche Herstellungskosten und Herstellungskosten für Neubauvorhaben) ein Saldo von Abschreibungen und Zuschreibungen von Mio. EUR -50,3 gegenübersteht. Außerdem erhöhten sich die Aktivwerte der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Lebensversicherungen um Mio. EUR 3,9.

Die Forderungen weisen in etwa den Wert des Vorjahres aus. Durch intensives Mietforderungsmanagement werden die Forderungen aus Vermietung auf einem niedrigen Niveau gehalten.

Der Anteil des Eigenkapitals am Bilanzvolumen verringerte sich auf 51,3 % (Vorjahr: 53,7 %). Insgesamt hat sich das Eigenkapital unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns und unter Berücksichtigung der vorgesehenen Gewinnausschüttung an den Gesellschafter um Mio. EUR 57,8 erhöht. Die Quote wurde durch das gestiegene Bilanzvolumen geprägt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich um Mio. EUR 143,8 erhöht. Zusätzlichen Darlehen von Mio. EUR 224,5 für die Finanzierung der Neubauvorhaben und des Kaufs zusätzlicher Wohnungsbestände stehen Tilgungen von Mio. EUR 79,6 gegenüber.

Das Darlehensportfolio besteht überwiegend aus Annuitätendarlehen mit einer durchschnittlichen restlichen Zinsbindung von mehr als 5 Jahren. Der durchschnittliche Zins blieb im Geschäftsjahr auf einem niedrigen Niveau.

Dem Konzern stehen zudem Kreditlinien in Höhe von Mio. EUR 3,45 zur Verfügung, die wie im Vorjahr nicht in Anspruch genommen wurden.

Die sonstigen Rückstellungen sind insbesondere durch Verbrauch und die Auflösung der Drohverlustrückstellungen um Mio. EUR 3,6 gesunken.

Insgesamt ist die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in 2014 als sehr positiv anzusehen.

2.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die HOWOGE hat den Cashflow aus laufendem Geschäft (gemäß bisheriger Definition nach Abzug von Finanzierungszinsen) als zentrale Steuerungsgröße definiert. Dieser Cashflow stellt den in den Jahren der Konsolidierung und Entschuldung erarbeiteten Spielraum für Investitionen dar. Bei allen Investitionen mindestens das aktuelle Niveau dieses Cashflows zu erhalten, ist vorderste Ziel, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Konzerns auch für eine Situation zu erhalten, in der das Zinsumfeld sich wieder erholt. Dies ist eingebettet in eine Unterneh-

mensplanung mit weiteren Eckpunkten für die langfristige Planung wie Verschuldungswerte, Mietsteigerungen, Kostenbenchmarks und Wirtschaftlichkeitskriterien für Investitionen.

In der Langfristplanung können diese weiteren Ziel-Werte in einzelnen Jahren über- oder unterschritten werden, da Ankäufe in den Zielgebieten den jeweiligen Marktangeboten unterliegen. Der Cashflow aus laufendem Geschäft soll jedoch jederzeit auf dem aktuellen Niveau erhalten bleiben.

2.4 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Eine moderne und zukunftsorientierte Wohnungsbewirtschaftung ist heute nicht mehr ohne die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien und Umweltschutz möglich. Wohnen ist Daseinsvorsorge, und so übernimmt die HOWOGE als Vermieter für einen Teil der Bevölkerung, aber auch für die Stadtentwicklung langfristige Verantwortung. In diesem Sinne ist nachhaltiges Denken und Handeln fest in der Unternehmenskultur der HOWOGE verankert. Dabei wird Nachhaltigkeit nicht als losgelöstes Thema betrachtet. Das Handeln ist auf langfristige Stabilität ausgerichtet. Das bedeutet: Wirtschaftliche Entscheidungen werden nicht am Einmalnutzen ausgerichtet sondern an ihrer langfristigen Wirkung. Der Nachhaltigkeitsbericht 2013/2014 der HOWOGE erhielt die Bestätigung besonderer Transparenz und Tiefe der Informationen durch die GRI in der Anwendungsebene A+, die höchste Zertifizierung.

Mit sozialen Aktivitäten der HOWOGE die Lebensqualität in den Quartieren zu verbessern ist deshalb ein zentrales Element der Unternehmensausrichtung. Nach dem im Leitbild festgeschriebenen Kernsatz „Unsere Verantwortung endet nicht an der Haustür“ fördert die HOWOGE zielgerichtet eine breite Palette von Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport für unterschiedliche Altersgruppen in den Quartieren. Dazu werden entweder selbst Projekte ins Leben gerufen, in Kooperation mit Partnern Kiezaktivitäten im Netzwerk gefördert oder Aktivitäten anderer Organisationen finanziell unterstützt. Die gebotene Neutralität und Objektivität der Partner im Hinblick auf Politik, Weltanschauung und Religion wird streng beachtet.

Der hohe Anspruch an den Umfang und die Qualität des Services gegenüber Kunden spiegelt sich seit vielen Jahren in den „Servicestandards für unsere Mieter“, einer großen Palette von Serviceleistungen und einer Vielzahl von exklusiven Angeboten der HOWOGE-Servicekarte wider.

Bereits in 2013 begründete die HOWOGE mit LOA Berlin (Lichtenberg Open ART) eine Kunst- und Bildungsinitiative in und aus Berlin. Kern des Projektes ist eine wachsende Urban-Art-Galerie quer durch die Hauptstadt. Namhafte Künstler gestalten hierzu auch in 2014 Häuserfassaden in enormen Formaten – als „größte Leinwände der Welt“. Das Ziel: Kunst in das Stadtbild zu integrieren und mit kreativem Blick neue Perspektiven im Stadtraum zu öffnen. Neben der Entwicklung der Galerie ist die Nachwuchsförderung ein wichtiger Bestandteil von LOA Berlin.

2.5 Besondere Geschäftsvorgänge

Wesentlich für die Umsetzung der Ziele und Strategien der „Agenda HOWOGE 2018“ waren die Ankäufe von neuen Baugrundstücken und mit Wirkung zum 1.1.2015 der Kauf von 2.589 Wohnungen in zwei Quartieren in Marzahn. Die gut sanierten Bestände grenzen an Lichtenberg und sind von den bestehenden Kundenzentren aus gut zu verwalten.

Die Tochtergesellschaft für Fremdverwaltung GRATUS Immobilienservice GmbH wurde mit Wirkung zum 1.1.2015 an die GEWOBAG AG verkauft. Die GEWOBAG AG ist bereits mit der Tochtergesellschaft GEWOBAG VB Vermögensverwaltung- und Betriebsgesellschaft mbH auf dem Gebiet der Wohnungseigentumsverwaltung und der Miethausverwaltung in Berlin und Brandenburg tätig. Die Bündelung der Verwaltungen fremder Immobilien in einem schwieriger gewordenen Wettbewerbsumfeld trägt auch dem Wunsch des gemeinsamen Gesellschafters Rechnung. Sämtliche Wohnungseigentümergeinschaften, bei denen die HOWOGE noch 50 % und mehr Miteigentumsanteile hält, wurden aus der GRATUS herausgelöst und werden zukünftig von der HOWOGE selbst verwaltet.

Mit zwei Zertifizierungen hat die HOWOGE in 2014 ihre internen Kontrollsysteme gestärkt. Im Oktober 2014 ist die Innenrevision der HOWOGE hinsichtlich der Qualitätsstandards des Deutschen Instituts für Interne Revision (DIIR) zertifiziert worden. Das Zertifikat bescheinigt der Innenrevision u.a., dass sie mit ihrer Arbeit zur Wertsteigerung und Verbesserung der Geschäftsprozesse innerhalb des HOWOGE-Konzerns beiträgt. Hinzu kommt die Zweit Zertifizierung des Werte- und Compliance-Management-Systems der HOWOGE durch die ICG (Initiative Corporate Governance) nach einer erneuten Prüfung durch die KPMG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Damit kann das Zertifikat der ICG nun drei Jahre lang von der HOWOGE geführt werden.

3. Chancen- und Risikobericht

Chancen- und Risikomanagementsystem

Vor dem Hintergrund gesetzlicher Bestimmungen und der branchenspezifischen Geschäftstätigkeit zählt das präventive Management von Chancen und potenziellen Risiken zu den originären Aufgaben der Unternehmensleitungen des Konzerns. Den damit verbundenen Anforderungen trägt die Geschäftsführung des HOWOGE-Konzerns durch die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines angemessenen Risikomanagementsystems (RMS) Rechnung. In diesem Zusammenhang übernimmt das konzernweite Risikomanagement der HOWOGE eine zentrale Schlüssel-funktion im kontinuierlichen Risikomanagement-Prozess. Ziel ist es, insbesondere die wesentlichen und bestandsgefährdenden Unternehmensrisiken frühzeitig zu identifizieren und zu überwachen. Die HOWOGE versteht Risiken als eine mögliche negative Abweichung von definierten Unternehmenszielen, die insbesondere den wirtschaftlichen Erfolg bzw. die Umsetzung der Unternehmensplanung, die positive Reputation oder die Einhaltung aller relevanten Gesetze und Vereinbarungen gefährden. Als wesentliche Risiken werden alle internen und

externen Ereignisse, Handlungen oder Versäumnisse angesehen, die eine potenzielle Bedrohung für den Erfolg oder die Existenz des Unternehmens darstellen sowie rechtliche Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung.

Im Rahmen einer halbjährlichen Risikoinventur werden systematisch alle relevanten Risiken und Risikosteuerungsmaßnahmen erfasst, kategorisiert und elektronisch dokumentiert. Zudem besteht unternehmensweit eine sofortige Meldepflicht bei wesentlichen Veränderungen der Risikolage. Bei der Evaluierung wird stets eine Quantifizierung der wesentlichen Einzelrisiken hinsichtlich Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit angestrebt. Als „wesentlich“ werden für das interne Reporting Einzelrisiken ab einem Risikopotenzial von TEUR 100,0 für den Mutterkonzern HOWOGE und ab TEUR 50,0 für eine seiner Tochtergesellschaften angesehen. Für den jeweiligen Bericht an den Aufsichtsrat werden die wesentlichen Risiken ab einem Risikopotenzial von TEUR 500,0 dargestellt.

Chancen und Risiken

Als Reaktion auf die demografische Entwicklung in der Belegschaft, den aktuellen Markt und die künftigen Anforderungen im Personalbereich wurden die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht und die Personalentwicklung personell verstärkt.

In Bezug auf die interne Betriebs- und Prozessorganisation wird die bis 2018 geplante Migration des ERP-Systems eine wesentliche Herausforderung für den Konzern darstellen. Zu Beginn des neuen Geschäftsjahres wurde mit Unterstützung externer Berater dahingehend eine konkrete Analyse und Projektplanung erstellt und die Vorbereitung der funktionalen Ausschreibungsunterlagen für eine EU-weite Ausschreibung begonnen.

Das Marktrisiko im Bestand hinsichtlich des dauerhaften Mietsteigerungspotentials wird kontinuierlich im Rahmen der Portfolioanalysen anhand von Marktstudien und Analysen überprüft. Im Ergebnis ist kein Abflauen des Nachfragedrucks zu erkennen. Da die HOWOGE darüber hinaus beabsichtigt, die Bestände kontinuierlich auf einem angemessenen Instandhaltungsniveau zu halten und dafür entsprechende Budgets vorhält, ist aus Marktsicht kein Grund ersichtlich, warum Mietsteigerungspotentiale auf moderatem Niveau nicht weiter kontinuierlich gehoben werden können. Die Entwicklung der Mieten im Verhältnis zu steigenden Kosten ist ein besonderer Beobachtungsbereich, nicht zuletzt da die Vorgaben des Mietenbündnisses und der „Mietpreisbremse“ zu beachten sind. Die dauerhaft rentable Bewirtschaftung der Wohnungsbestände ist die wirtschaftliche Basis und wesentliche Chance einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung.

Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Nachfrage am Berliner Wohnungsmarkt ergeben sich auch in Bezug auf den Neubau deutliche Chancen, die die HOWOGE im Rahmen diverser Development- und Neubauprojekte bereits heute ergreift. Um die Baurisiken zu begrenzen, setzt die HOWOGE auf ein engmaschiges Projektcontrolling. Die Vermietungsrisiken werden durch eine sorgfältige Standortauswahl begrenzt, wobei die Risiken durch die aktuelle Marktsituation bereits begrenzt sind.

Die Strategie der HOWOGE neben „sogenannten“ eigenen Baumaßnahmen auch den Ankauf von schlüsselfertigen Projekten zu forcieren, trägt auch zur Minimierung des „Erstellungsrisikos“ bei.

Im Bereich der rechtlichen Risiken besteht weiterhin ein wesentliches Einzelrisiko aus einem früheren Grundstücksverkauf mit einem noch nicht realisierten Bauvorhaben. Im Rahmenvertrag über die städtebauliche Entwicklung für das Vorhaben „Wohnen am Gehrensee“ im Ortsteil Falkenberg mit dem Bezirk Lichtenberg hat sich die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH gegenüber dem Land Berlin zur Herstellung der öffentlichen Erschließung des Grundstücks verpflichtet. Dies greift zwar nur, wenn der derzeitige Eigentümer in Insolvenz geht, erfordert aber, aufgrund des bestehenden Risikos, aus dem städtebaulichen Vertrag in Anspruch genommen zu werden, die wirtschaftliche Situation des Käufers und seine Erfüllung der Erschließungsverpflichtungen weiterhin zu beobachten. Ein weiteres Einzelrisiko besteht aufgrund von strittigen Honorarforderungen eines Planungsbüros im Nachgang abgeschlossener Bauvorhaben in 2012. Hierfür ist bereits bilanziell Vorsorge getroffen worden.

Insgesamt beurteilen wir die möglichen Auswirkungen auf den Konzern aus den oben genannten Risiken aufgrund deren geringen Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder Höhe als gering.

4. Prognosebericht

Die Entwicklung der HOWOGE wird auch weiterhin von den Eckpunkten der „Agenda HOWOGE 2018“ und den Wünschen des Gesellschafters nach Wachstum und Neubau bei sozial vertretbaren Mieten bestimmt sein. Die HOWOGE wird deshalb ihre Wachstumsstrategie durch Neubau, Grundstückskäufe sowie Bestandskäufe fortsetzen. Auch mit dem Mietenbündnis wird der Umsatz aus den Beständen sowohl in Summe als auch pro Quadratmeter Wohnfläche wachsen, wenn auch moderater als in diesem Marktumfeld theoretisch möglich, denn das Mietenbündnis und insbesondere die Mietpreisbremse, die in 2015 eingeführt werden soll, begrenzen die Erhöhungsspielräume.

Des Weiteren sind die geplante Überarbeitung der Herleitung des Mietspiegels sowie die geplante Verkürzung der Amortisationszeit der Modernisierungsumlage intensiv zu beobachten.

Deswegen kann sich der Konzern auf die nachhaltige Bewirtschaftung der eigenen Bestände auch weiterhin konzentrieren. Dazu wird das aktuelle Budget für Instandhaltung für die nächsten Jahre auf dem Niveau der II. Berechnungsverordnung (BV) fortgeschrieben. Die Dienstleistungen werden auch künftig an den Bedürfnissen der Mieter ausgerichtet. Die hohen Servicestandards sowie die wohnbegleitenden Dienstleistungen bleiben erhalten. Durch die kundennahe Betreuung vor Ort wird die hohe Mieterzufriedenheit sichergestellt. Die Unterstützung von Vereinen und Einrichtungen in den Quartieren zur weiteren Stabilisierung und Entwicklung des soziokulturellen Umfeldes wird fortgesetzt.

Bedingt durch den absehbaren Auslauf der Systemunterstützung bereitet die HOWOGE einen ERP-Systemwechsel vor. Der Echtbetrieb für das neue System ist für Anfang 2018 geplant. Die gründliche Vorbereitung der notwendigen Ausschreibung wird die Mitarbeiter der HOWOGE im nächsten Geschäftsjahr besonders fordern.

In den folgenden Jahren wird für den HOWOGE-Konzern damit eine kontinuierlich positive Entwicklung erwartet, die keine wirtschaftlichen oder finanziellen Engpässe aufweist. Den Fortbestand des HOWOGE-Konzerns gefährdende Risiken sind nicht abzusehen. Für das nächste Jahr werden ein Jahresergebnis und operativer Cashflow erwartet, die auf dem Niveau dieses Jahres liegen.

Die tatsächliche Entwicklung kann auch wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen, wenn sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als nicht zutreffend erweisen.

5. Nachtragsbericht

Ereignisse von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag neben dem bereits erläuterten Verkauf der GRATUS nicht eingetreten.

Berlin, den 10. März 2015

HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft
mit beschränkter Haftung
Geschäftsführung

Eltrop

Frensch

Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Die HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH, Berlin, (HOWOGE) hat den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der jeweiligen von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung zu beachten. Die folgende Erklärung wird auf Grundlage der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 24. Juni 2014 unter Berücksichtigung der Berliner Beteiligungshinweise der Senatsverwaltung für Finanzen in der Fassung vom 17. Februar 2009 abgegeben.

I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen (eingeschaltete/hinzugezogene Dritte) wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt, soweit dies nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung erforderlich war. Neben den Regelungen in dem Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung des Aufsichtsrats und eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachge-

kommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventueller erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung bzw. eines Aufsichtsrats gewahrt.

Die abgeschlossenen D&O-Versicherungen sind mit unterschiedlichem Selbstbehalt für die Geschäftsführung und für den Aufsichtsrat fortgeführt worden.

II. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein angemessenes Risikomanagement und Risikoccontrolling.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in einer Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Es wurde keine Vorsitzende bzw. Sprecherin der Geschäftsführung bestimmt.

Die Gesamtvergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.

Die Vergütung der Geschäftsführung wurde mit einem Fixum und einem variablen Anteil festgelegt. Der variable Anteil wird auf Basis von Zielvereinbarungen jährlich vereinbart. Bei der Fest-

legung der Vergütung fanden die Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, die aktuelle und erwartete wirtschaftliche Lage des Unternehmens sowie Branchen- und Umfeldvergleiche eine angemessene Beachtung. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie sollen einer regelmäßigen Überprüfung unterliegen.

III. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats nach Vorbefassung im Personalausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführung festgelegt. Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden; es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat die Aufsichtsratsvorsitzende fortlaufend über besondere Ereignisse unterrichtet.

Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er unterrichtet wurde.

Es haben vier reguläre Sitzungen und eine außerordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden. Die Ausschüsse haben jeweils zweimal getagt.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling
- Personalausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling nimmt auch die Aufgaben des Prüfungsausschusses wahr. Die Aufsichtsratsvorsitzende war nicht Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling. Kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung ist Mitglied des Aufsichtsrates.

Immobilienwirtschaftliche Bewertungsfragen wurden in der überwiegenden Zahl der Aufsichtsratssitzungen beraten.

Kein Ausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Kein Aufsichtsratsmitglied übt unter der Maßgabe, dass eine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender doppelt zählt, insgesamt mehr als 10 Aufsichtsratsmandate aus.

Frau Monika Kuban ist Mitglied des Aufsichtsrates der

- Berlinwasser Holding AG.

Herr Lutz Basse ist

- Vorstandsvorsitzender der SAGA Siedlungs-Aktiengesellschaft, Hamburg, und
- Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Hamburg.

Herr Staatssekretär Christian Gaebler, hat sein Aufsichtsratsmandat bei der HOWOGE am 14.02.2014 niedergelegt. Er war bis zu diesem Zeitpunkt Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Grün Berlin GmbH
(Vorsitzender) bis einschließlich
14.02.2014

- IGA Berlin 2017 GmbH (Vorsitzender) bis einschließlich 14.02.2014
- Berliner Energieagentur GmbH (Vorsitzender) bis einschließlich 14.02.2014
- Berliner Wasserbetriebe (BWB)
- Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- Berliner Stadtgüter GmbH

Herr Staatssekretär Ephraim Gothe war mit der Wahl des Gesellschafterbeschlusses vom 15.02.2014 bis einschließlich 15.04.2014 Aufsichtsratsmitglied der HOWOGE. Er war zu diesem Zeitpunkt Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH

Frau Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH (Vorsitzende)
- BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (Vorsitzende)
- Berlinwasser Beteiligungs GmbH (Vorsitzende)
- degewo AG, Berlin
- Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
- WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH

Zudem ist Frau Dr. Sudhof Mitglied im Verwaltungsrat der Investitionsbank Berlin Anstalt öffentlichen Rechts.

Herr Staatssekretär Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lüdtke Daldrup ist mit Wahl des Gesellschafterbeschlusses vom 06.06.2014 Aufsichtsratsmitglied der HOWOGE. Er ist Mitglied in folgenden Aufsichtsräten:

- Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (Vorsitzender bis 30.09.2014)
- degewo AG, Berlin
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH
- Gewobag Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Berlin (Stellvertretender Vorsitzender)

Frau Inga Herdrich ist Vorstandsmitglied der in Berlin-Marzahn ansässigen

- nordlicht Wohnungsgenossenschaft eG
- horizont Wohnungsgenossenschaft eG

Herr Johannes Altenwerth ist Mitglied im Aufsichtsrat des

- BWV Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick eG, Berlin (bis 11. Juni 2014).

Die Gesamtvergütung bestand bis zum 30.09.2014 aus einem Fixum und Sitzungsgeldern, seit dem 01.10.2014 aus einem Fixum. Sie ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss und Konzernabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

Kein amtierendes Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat hat sich mehrfach mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführung hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Die Geschäftsführerin

nen haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Die Geschäftsführerinnen wirken im Rahmen ihrer Tätigkeit und in Abstimmung mit der Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Kuban in folgenden Gremien mit:

Frau Frensch ist

- Mitglied im Verbandsausschuss des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) und dort im Prüfungsausschuss, jeweils mit Stimmrecht
- Delegierte zum Verbandstag des GdW mit Stimmrecht für den BBU und seine Mitglieder

Frau Eltrop ist:

- Mitglied im Verbandsausschuss des Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungswirtschaft e.V. (BBW) mit Stimmrecht
- Delegierte zum Verbandstag des GdW mit Stimmrecht für den BBU und seine Mitglieder
- Mitglied im Kuratorium des Europäischen Bildungszentrums der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (EBZ) mit Stimmrecht
- Mitglied im GES-Kundenbeirat des IT-Dienstleisters Aareon mbH ohne Stimmrecht
- Mitglied im Beirat der Berliner Sparkasse ohne Stimmrechte

Dem Aufsichtsrat sind keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch die Geschäftsführung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat somit von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen. Der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und werden in den vorgesehenen Fristen (geprüfter Jahresabschluss 90 Tage nach Geschäftsjahresende, Zwischenberichte [Quartalsberichte] 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes) dem Gesellschafter vorgelegt. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet.

Die Zwischenberichte wurden im Aufsichtsrat und im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling mit der Geschäftsführung erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss und die

Zwischenberichte führen die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.

VII. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – mit dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, die Aufsichtsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt. Die Honorare sind basierend auf dem Ergebnis einer in 2011 durchgeführten Ausschreibung festgelegt worden.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungscontrolling und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 10. März 2015

Monika Kuban
Vorsitzende
des Aufsichtsrats

Frensch Eltrop
Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr 2014 erhielten die Geschäftsführerinnen folgende Gesamtbezüge (in EUR):

	Stefanie Frensch	Sophia Eltrop
Grundvergütung	180.000,00	180.000,00
Erfolgsabhängige Vergütung	40.000,00	40.000,00
Geldwerte Vorteile	10.662,12	7.993,44
Altersvorsorge	27.000,00	27.000,00
Gesamtbezüge	257.662,12	254.993,44
Arbeitgeberanteile	11.820,39	11.926,71

Im Geschäftsjahr 2014 erhielten die Mitglieder des Aufsichtsrates folgende Bezüge (in EUR)

	Vergütung	Sitzungsgelder	Umsatzsteuer 1	Gesamt
Frau Monika Kuban (Vorsitzende)	5.000,00	900,00	1.121,00	7.021,00
Herr Lutz Basse (Stellvertreter)	3.750,00	900,00	883,50	5.533,50
Frau Dr. Margaretha Sudhof	2.500,00	900,00	0,00	3.400,00
Herr Christian Gaebler (bis 14. Februar 2014)	208,33	0,00	0,00	208,33
Herr Ephraim Gothe (15. Februar 2014 bis 15. April 2014)	416,67	0,00	0,00	416,67
Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup (ab 6. Juni 2014)	1.458,33	750,00	0,00	2.208,33
Herr Johannes Altenwerth	2.500,00	900,00	0,00	3.400,00
Frau Inga Herdrich	2.500,00	1.050,00	0,00	3.550,00
Herr Jörn Lorenz (Schriftführer)	2.500,00	900,00	0,00	3.400,00
Frau Kerstin Wittke (stellvertretende Schriftführerin)	2.500,00	1.050,00	0,00	3.550,00
Frau Tanja Rottmann	2.500,00	900,00	0,00	3.400,00
	25.833,33	8.250,00	2.004,50	36.087,83

Investitionsbank Berlin
Anstalt des öffentlichen Rechts



KONZERNABSCHLUSS 31.12.2014

Konzernlagebericht

Inhaltsverzeichnis

GRUNDLAGEN	3
IBB Konzern.....	3
Förderbank des Landes Berlin	3
Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie	3
Steuerungssysteme der Bank	4
WIRTSCHAFTSBERICHT	5
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	5
Geschäftsverlauf.....	8
Lage des Konzerns.....	10
Ertragslage.....	10
Vermögenslage	13
Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität	13
PROGNOSE-, CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	14
Prognose- und Chancenbericht.....	14
Risikobericht	21

Grundlagen

IBB Konzern

Mutterunternehmen des IBB-Konzerns ist die Investitionsbank Berlin (IBB). Aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts ist sie die dominante Gesellschaft für den Konzern. Aus diesem Grund beziehen sich die Ausführungen im Lagebericht zum großen Teil auf die IBB. Folgende Unternehmen werden neben der Investitionsbank Berlin im IBB-Konzern konsolidiert:

konsolidierte Unternehmen	Anteil IBB	Anteil IBB
Tochterunternehmen	(%) unmittelbar	(%) mittelbar
BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH, Berlin		100,0
IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin	100,0	
IBB-Holding GmbH, Berlin	100,0	
Immobilien-gesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, Berlin		100,0
ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, Berlin	52,5	
VC Fonds Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, Berlin	100,0	
VC Fonds Technologie Berlin GmbH, Berlin	100,0	
DeAM-Fonds IBB Corp	100,0	
Assoziierte Unternehmen		
Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH, Berlin	31,5	
Berlin Tourismus & Kongress GmbH, Berlin	25,0	

Förderbank des Landes Berlin

Die Investitionsbank Berlin ist die Förderbank des Landes Berlin. Auf der Grundlage des IBB-Gesetzes vom 25.05.2004 unterstützt sie das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben. Träger der IBB - Anstalt öffentlichen Rechts - ist das Land Berlin. Die Bank stellt unter Beachtung der Beihilfevorschriften der Europäischen Union Finanzmittel bereit bzw. führt Fördermaßnahmen auf den Gebieten der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung, des Klimaschutzes und der Infrastrukturförderung sowie auf weiteren gesetzlich festgelegten Gebieten durch. Dabei agiert sie wettbewerbsneutral in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken und Risikokapitalgebern. Sie verfügt über ein breites Förderproduktportfolio und bietet revolvingierende Instrumente in Form von Darlehen, mezzaninem Kapital sowie Beteiligungen an. Darüber hinaus bietet sie Zuschussprogramme sowie Beratungsleistungen an. Damit trägt sie zur Umsetzung der übergeordneten Ziele des Landes Berlin, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Stärkung der Wirtschaftskraft, sowie dem Wohnungsbau, der Stadtentwicklung und der Nachhaltigkeit bei.

Die IBB refinanziert sich an den Geld- und Kapitalmärkten und setzt Mittel aus öffentlichen Haushalten des Landes, des Bundes und der EU ein. Sie verfügt über eine Anstaltslast, über eine Refinanzierungs-garantie des Landes Berlin sowie über ein Institutsrating der Ratingagentur Fitch vom 28.07.2014 mit der bestmöglichen Bonitätsstufe „AAA“. Die IBB unterliegt der in der Verständigung II formulierten Absprache der Bundesrepublik mit der EU-Kommission vom 27.03.2002.

Unternehmensmodell und Geschäftsstrategie

Die Geschäftsstrategie der IBB leitet sich aus dem Förderauftrag ab. In der Geschäftsstrategie ist die langfristig ausgelegte Unternehmenspolitik für die IBB dargelegt. Um den langfristigen Erfolg der Bank sicherzustellen, ist die Geschäftsstrategie unter Beachtung der existierenden Rah-

menbedingungen sowie der verfügbaren Ressourcen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dabei werden unter Berücksichtigung externer und interner Einflussfaktoren Ziele für die Gesamtbank sowie ihre drei Geschäftsfelder festgelegt und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele definiert.

Die Geschäftsstrategie setzt sich aus mehreren Teilen zusammen: Im allgemeinen Teil werden insbesondere die Ziele und Maßnahmen sowie das Governance-Framework der IBB dargelegt. Ziele sind insbesondere die Erfüllung des Förderauftrags und die nachhaltige Aufstellung der Bank unter Risiko-Ertrags-Gesichtspunkten.

Im zweiten Teil werden die drei Teilstrategien der Geschäftsfelder Wirtschaftsförderung, Immobilien- und Stadtentwicklung sowie Treasury behandelt. Im Geschäftsfeld Wirtschaftsförderung erfolgt die Beratung zu den Wirtschaftsförderprodukten sowie deren Vertrieb. Zielgruppen sind insbesondere Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie innovative Unternehmen, die in den Berliner Zukunftsfeldern agieren. Im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung erfolgt der Vertrieb der Immobilienförderprodukte im Rahmen der förderpolitischen Zielsetzung des Landes. Zielgruppen sind insbesondere städtische und private Wohnungsgesellschaften, Wohnungsgenossenschaften, Privatinvestoren, Eigenheimbesitzer, Wohnungseigentümergeinschaften sowie Geschäftsbanken. Das Geschäftsfeld Treasury dient der Erfüllung der Förderaufgaben der IBB, indem es für das Management der Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken des Fördergeschäfts zuständig ist. Darüber hinaus hat das Treasury ein angemessenes Liquiditätsportfolio zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Bank sowie zur Einhaltung aufsichtsrechtlicher Kennziffern ergebnisorientiert zu managen.

Inhalt des dritten Teils sind die Funktionalstrategien für das Risikomanagement (Risikostrategie), das Personalmanagement, die Organisations- und Informationstechnologie (Organisations- und IT-Strategie), die Beteiligungen sowie die Unternehmenskommunikation.

Steuerungssysteme der Bank

Die Steuerung der Bank erfolgt nach bank- und betriebswirtschaftlich üblichen Steuerungskonzepten und -methoden sowie weiterhin nach Maßgabe der **HGB-Rechnungslegung**. In Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit steht für die IBB die nachhaltige Unterstützung des Landes Berlin bei seinen struktur- und wirtschaftspolitischen Aufgaben im Vordergrund. Aufgrund dieses öffentlichen Auftrages ist die Förderung der Berliner Wirtschaft das vorrangige Geschäftsziel der IBB.

Als wesentliche Rahmenbedingung für die Steuerung ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals der Bank festgelegt. Die IBB definiert diesen Wert als bilanzielles Eigenkapital in all seinen Komponenten zuzüglich seiner Vorsorgereserven.

Als erfolgsorientierte **Steuerungsgrößen** bzw. **finanzielle Leistungsindikatoren** der IBB dienen dabei insbesondere:

- das Neugeschäftsvolumen
- das wirtschaftliche Ergebnis
- die Fördercost-Income-Ratio
- die Kernkapitalquote

Dem öffentlichen Förderauftrag folgend ist das **Neugeschäftsvolumen** in den Geschäftsfeldern Immobilien- und Stadtentwicklung sowie in der Wirtschaftsförderung eine wesentliche Kenngröße. Zur Steuerung der zukünftigen strategischen Wachstumsschritte im Fördergeschäft ermittelt die

Bank das Neugeschäftsvolumen gegliedert nach Förderprogrammen. Das Neugeschäftsvolumen beinhaltet in erster Linie alle ausgesprochenen Neuzusagen. Des Weiteren wird dieses durch Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen in bestehende Förderengagements unterstützt.

Das **wirtschaftliche Ergebnis** ermittelt sich aus dem Jahresergebnis zusätzlich des Berlin-Beitrages der IBB. Im Berlin-Beitrag werden die für die Bank wirtschaftlich defizitären Förderaktivitäten abgebildet, die sie auf Wunsch des Landes Berlin durchführt. Die Steuerung des wirtschaftlichen Ergebnisses erfolgt auf Gesamtbankebene. Dabei ist die Tätigkeit der IBB primär nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die **Fördercost-Income-Ratio**, unter Berücksichtigung des Berlin Beitrages, ermittelt sich aus dem Quotienten operativer Erträge und Verwaltungsaufwendungen. Dabei beinhalten die operativen Erträge neben dem Zins- und Provisionsergebnis das sonstige betriebliche Ergebnis inkl. der Berücksichtigung des Berlin-Beitrages.

Neben dem ökonomischen Kapital, das als maßgebliche Risikosteuerungsgröße im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung von Bedeutung ist, dient die im Geschäftsjahr neu aufgenommene **Kernkapitalquote**, berechnet nach den Vorgaben der Capital Requirements Regulation (CRR) als Quotient von Kernkapital und der Summe der Risikoaktiva, als weitere wesentliche Steuerungsgröße der IBB.

Für alle Kennzahlen gibt es Planwerte, die im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig Plan-Ist-Vergleichen unterzogen werden, sowie Szenario- und Prognoserechnungen, um entsprechende Steuerungsimpulse setzen zu können.

Neben den finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB erstmalig als **nichtfinanziellen Leistungsindikator** die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Dabei sind für den Geschäftserfolg der Bank die Leistungen aller Mitarbeiter wesentlich. Hier unterstützt die Bank ihre Mitarbeiter durch vielfältige Personalentwicklungsmaßnahmen.

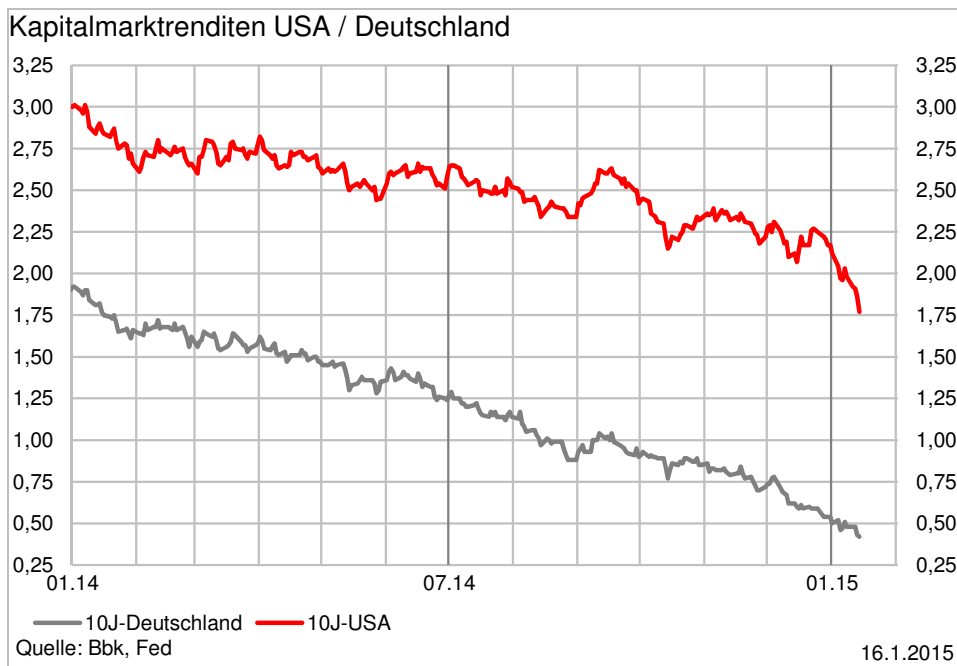
Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Euroraum wurde 2014 nur ein sehr geringes Wirtschaftswachstum verzeichnet. Dem europäischen Statistikamt Eurostat zufolge stieg das Bruttoinlandsprodukt auf Jahressicht lediglich um 0,9%. Die US-Wirtschaft knüpfte dagegen an das gute Ergebnis des Vorjahres an und legte im vergangenen Jahr um 2,4% zu. Viele Schwellenländer tun sich nach wie vor schwer, strukturelle Wachstumshemmnisse zu beseitigen und entwickeln sich weniger schwungvoll. So schaltete auch China einen Gang zurück und lag 2014 bei der Wachstumsrate nur noch bei 7,4%, nach 7,7% im vorangegangenen Jahr. Gleichzeitig kommen in einigen Kernländern des Euroraums notwendige Reformen nur schleppend voran. Die angesichts hoher Schuldenstände notwendige Konsolidierung wird immer wieder infrage gestellt. In Deutschland gab es dagegen deutliche Zeichen einer Erholung. Allerdings war die Wirtschaftsentwicklung im Jahresverlauf 2014 extrem wechselhaft. Dank des starken Schlussquartals war das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit 1,6% im Gesamtjahr stärker als erwartet – trotz der Zuspitzung der geopolitischen Lage in der Ukraine und Nahost.

Das zurückliegende Jahr war durch stetig fallende Renditen geprägt. Die expansive Geldpolitik der EZB, die sehr niedrige Inflation und die Sorgen vor einem konjunkturellen Abschwung waren die wesentlichen Gründe für

das Erreichen rekordniedriger Renditeniveaus. Allerdings wächst in lang anhaltenden Niedrigzinsphasen die Gefahr, dass Investoren erhöhte Risiken eingehen, ohne dafür ausreichende eigene Risikopuffer vorzuhalten. Anreize zur Übernahme erhöhter Risiken entstehen besonders stark für Banken, wenn sie im Falle einer Schieflage damit rechnen können, von öffentlichen Stellen gestützt zu werden.



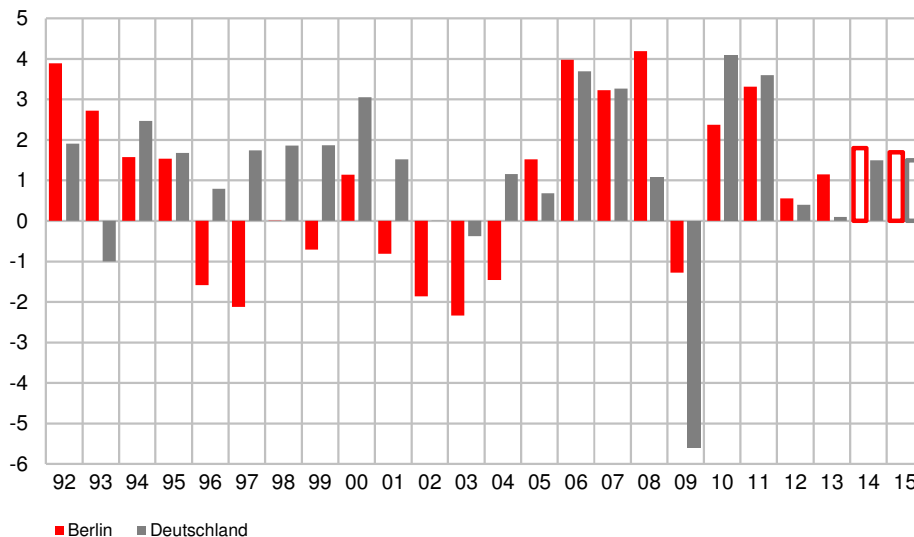
Während der Finanzkrise hatten insbesondere Risiken, die aus der Kreditvergabe an das Ausland resultierten, deutsche Banken belastet. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank haben deutsche Banken in der Folge ihre Forderungen gegenüber dem Ausland aber wieder deutlich reduziert. Insgesamt bleibt das deutsche Finanzsystem aber gerade mit den Ländern des Euroraums stark verflochten.

Mit Blick auf die Finanzstabilität war das Jahr 2014 von der Schaffung institutioneller und organisatorischer Rahmenbedingungen geprägt. Eine wesentliche Säule stellt die gemeinsame europäische Aufsicht dar. In diesem Zusammenhang wurden weitreichende Kompetenzen auf die EZB übertragen. Ein erster Schritt, um das Vertrauen in den Bankensektor zu stärken, war die Bilanzüberprüfung von 130 Banken des Euroraums sowie ein Stresstest. Trotz eines positiven Befundes sollten die deutschen Banken weiterhin Anstrengungen unternehmen, ihre Kapital- und Ertragsposition zu verbessern.

Die Berliner Wirtschaft blieb 2014 auf Wachstumskurs, auch wenn das Tempo im Jahresverlauf etwas gedämpft wurde. Dabei kamen die konjunkturellen Warnsignale nicht aus der Berliner Wirtschaft, es waren die insgesamt eingetrübten globalen Konjunkturaussichten, die nun auch in Berlin die Unternehmen verunsicherten und die wirtschaftliche Dynamik dämpften. Gleichwohl bestehen nach Einschätzung der IBB-Volkswirte gute Chancen, dass die Berliner Wirtschaft auch 2014 wieder über dem Bundestrend zugelegt hat. Aufgrund des hohen Dienstleistungsanteils wird eine konjunkturelle Eintrübung im Verarbeitenden Gewerbe die Berliner Wirtschaft nur geringfügig belasten.

Bruttoinlandsprodukt in Berlin und Deutschland

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen

In Berlin wird sich auf Grund des Bevölkerungswachstums und des demografischen Wandels in den kommenden Jahren nicht nur das Fachkräfteangebot, sondern auch die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften erhöhen. Dabei nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin bereits seit einigen Jahren wieder zu – und zwar mit einem deutlich über dem Bundestrend liegenden Tempo. Große Hoffnungen werden dabei in die boomende Gründerszene der Hauptstadt gesetzt. Denn schon heute ist Berlin eine der führenden Gründermetropolen Europas. Ein bedeutender Teil dieser Gründungen entspringt der Kultur- und Kreativwirtschaft. Aber auch im Bereich Information und Kommunikation (IKT) und in der Digitalen Wirtschaft ist im Bundesländervergleich ein überdurchschnittliches Gründungsgeschehen zu beobachten. Einige dieser Unternehmen haben es binnen weniger Jahre aus Berlin heraus bereits zur Weltmarktführerschaft gebracht.

Nach wie vor ist in Berlin ein starker Strukturwandel hin zu den Dienstleistungsbereichen zu beobachten. Dabei schreitet dieser in der Hauptstadt schneller voran als in anderen Regionen Deutschlands. Bezogen auf die gesamten gewerblichen Umsätze nehmen die unternehmensnahen Dienstleistungsbereiche (ohne Handel, Gastgewerbe und öffentliche Dienstleistungsbereiche) eine gewichtige Stellung in der Hauptstadt ein (Anteil: 28,0%). Auch im Jahr 2014 haben diese Branchen wieder kräftig zugelegt.

Die Berliner Industrie hat sich nach einem schwachen Jahresauftakt im weiteren Jahresverlauf 2014 stabilisiert. Dabei haben sich die Berliner Industriebetriebe immer stärker dem Weltmarkt geöffnet. Auf Umsätze mit Handelspartnern im Ausland entfallen mit 57% mittlerweile mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Umsätze.

Dem Berliner Einzelhandel gelang im vergangenen Jahr eine deutliche Steigerung des Umsatzes. Damit entwickelte sich der Berliner Handel erneut besser als der gesamtdeutsche Durchschnitt. Ausschlaggebend für das starke Wachstum in Berlin waren vor allem Steigerungen im Internet- und Versandhandel. Hier stiegen die Umsätze sogar mit Raten im zweistelligen Bereich.

Auch der Bau war 2014 eine Stütze der Berliner Wirtschaft. Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung der letzten Monate zeigt jedoch, dass sich sowohl die Auftragseingänge als auch die Umsätze im Bauhauptgewerbe derzeit noch unter dem Niveau des rechnerischen

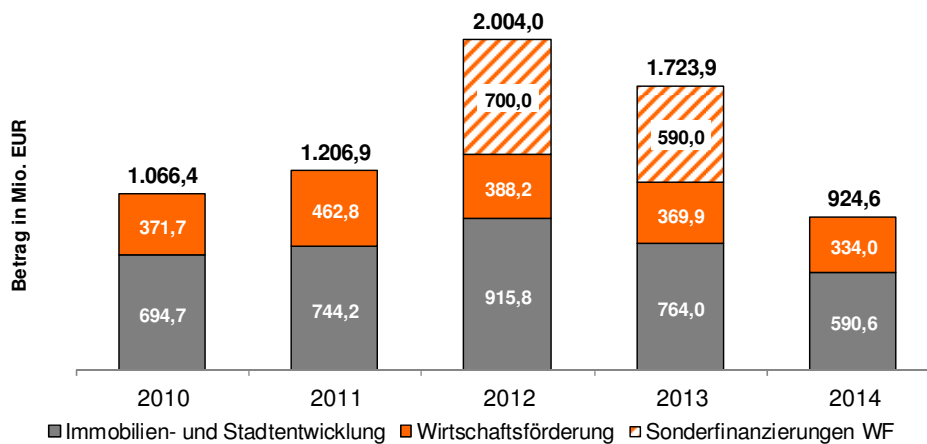
Langzeittrends bewegen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 war durch schwierige Marktbedingungen gekennzeichnet. Dies ist einerseits auf sinkende Vorteile von Förderdarlehen durch ein anhaltend niedriges Zinsniveau zurückzuführen, andererseits waren Geschäftsbanken, auch bedingt durch bessere Refinanzierungsbedingungen, wieder verstärkt am Markt aktiv.

Insgesamt bewilligte die IBB in 2014 in der Wirtschafts- und Immobilienförderung Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 924,6 Mio. EUR. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden in 2014 keine vom Land Berlin initiierten Sondergeschäfte abgeschlossen.

Entwicklung des Neugeschäftsvolumens für Darlehen, Avale und Zuschüsse



Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** hat die IBB als gefragter Partner der Berliner Immobilien- und Wohnungswirtschaft 2014 Finanzierungszusagen in Höhe von 590,6 Mio. EUR (Vorjahr 764,0 Mio. EUR) realisiert. Damit hat sich der Wert im Vergleich zum Vorjahr stärker als prognostiziert verringert.

Wie bereits 2013 angekündigt, hat die IBB im Geschäftsjahr den Wiedereinstieg in die Neubauförderung gestartet und die soziale Wohnraumförderung des Miet- und Genossenschaftswohnungsbaus (WFB 2014) erfolgreich eingeführt. Es wurden bereits erste Zusagen von Treuhanddarlehen und ergänzenden IBB-Finanzierungen ausgesprochen, eine Projektpipeline wurde aufgebaut.

Ein wichtiger Förderschwerpunkt der IBB ist unverändert die Vergabe von zinssubventionierten KfW-refinanzierten Darlehen, insbesondere im Eigenprogramm „IBB Energetische Gebäudesanierung“. Für die Finanzierung von Baumaßnahmen zur Energieeinsparung und damit zur Minderung des CO₂-Ausstoßes an bestehenden Wohngebäuden stieg die Nachfrage im Vergleich zum Vorjahr (54,7 Mio. EUR) um 5,4 Mio. EUR auf 60,1 Mio. EUR. Für die Förderung weiterer Investitionsvorhaben zur Wohnraummodernisierung wurden durch die IBB Darlehen in Höhe von 10,7 Mio. EUR (Vorjahr 50,1 Mio. EUR) bereitgestellt.

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ hat die IBB Infrastrukturinvestitionen von kommunalen Unternehmen in Höhe von 78,7 Mio. EUR (Vorjahr 95,6 Mio. EUR) gefördert. Die Nachfrage nach Konsortialfinanzierungen und Globaldarlehen (52,0 Mio. EUR) ist im Vergleich zum Vorjahr (208,9 Mio. EUR) spürbar zurückgegangen.

Darüber hinaus unterstützt die IBB bestehende Förderengagements mit individuellen und bedarfsgerechten Finanzierungskonzepten und durch

Anschluss- und Umfinanzierungen sowie Ergänzungsfinanzierungen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Inanspruchnahmen aktueller Förderprodukte. Insgesamt konnte die IBB im Rahmen dieser weiteren Wohnungsbaufinanzierungen Bewilligungen in einer Gesamthöhe von 256,6 Mio. EUR aussprechen und somit den Vorjahreswert (283,8 Mio. EUR) fast erreichen.

Zur Vermeidung von Bürgschafts- und Förderdarlehensausfällen für das Land Berlin engagiert sich die IBB zudem bei der Unterstützung von wirtschaftlichen Sanierungsprojekten und stellte Darlehen in einer Gesamthöhe von 63,3 Mio. EUR (Vorjahr 35,5 Mio. EUR) bereit.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** konnten im Berichtsjahr Finanzierungszusagen für Darlehen, Avale und Zuschüsse in Höhe von 334,0 Mio. EUR. (Vorjahr ohne Sondergeschäft 369,9 Mio. EUR) ausgesprochen und einhergehend mit hohen Stückzahlen konnte erneut ein gutes Ergebnis erzielt werden, wenn auch wie prognostiziert etwas unter dem Vorjahr liegend.

Im Geschäftsjahr 2014 nutzten viele Gründungs- und Bestandsunternehmen die Kompetenz der IBB als Förderbank. Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung ist dabei die Unterstützung von mittelständischen Unternehmen durch monetäre Förderangebote und eine umfassende Finanzierungsberatung. Hierfür arbeitet die IBB eng mit den in Berlin ansässigen Geschäftsbanken zusammen.

Bei Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft war insbesondere das IBB-Wachstumsprogramm stark nachgefragt. Für größere Investitionen und Unternehmenserweiterungen, Um-, Anschluss- sowie Sockelfinanzierungen konnte die IBB ein Kreditvolumen in Höhe von 110,3 Mio. EUR bereitstellen und somit den Vorjahreswert (94,5 Mio. EUR) steigern.

Mit Bewilligungen in Höhe von 122,2 Mio. EUR erzielte das Förderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) erneut ein Rekordergebnis (Vorjahr 119,2 Mio. EUR). Nicht zuletzt aufgrund der für die GRW zum 30.06.2014 endenden Förderbedingungen nutzten viele Berliner Unternehmen diese attraktiven Zuschussmittel für gewerbliche Investitionen und leisteten somit einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen.

Einen weiteren wichtigen Anteil am Jahresergebnis hat die Technologieförderung mit dem Programm Pro FIT. Im Berichtsjahr wurden Darlehen und Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 37,5 Mio. EUR (Vorjahr 61,4 Mio. EUR) zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovationen in den Clustern Informations- und Kommunikationstechnik/Medien/Kreativwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, Verkehr, Mobilität und Logistik sowie Energietechnik und Optische Technologien zugesagt. Nach dem Rekordjahr 2013 entwickelten sich die Bewilligungen 2014 im Ergebnis der Richtlinienänderungen planmäßig entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel rückläufig.

Im Berichtsjahr konnte im Bereich der Gründungsfinanzierung mit der Vergabe von Darlehen in einer Gesamthöhe von 10,1 Mio. EUR (Vorjahr 10,3 Mio. EUR) eine vorhergesagt konstant hohe Nachfrage nach Mikrokrediten und Gründungsdarlehen im Rahmen des Förderprogramms „Berlin Start“ festgestellt werden.

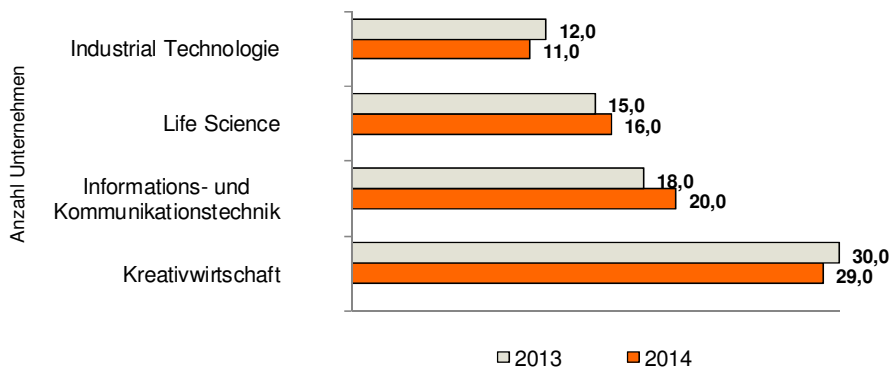
Venture Capital auch 2014 auf Rekordniveau

Die durch die IBB Beteiligungsgesellschaft gemanagten VC Fonds Technologie Berlin und VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin haben in 2014 Finanzierungen mit einem Volumen von rund 13 Mio. EUR abgeschlos-

sen. Die VC Fonds beteiligen sich grundsätzlich gemeinsam mit privaten Investoren. So erhielten insgesamt 36 Unternehmen über 66 Mio. EUR Risikokapital.

Mit insgesamt 50 Finanzierungsrunden lag die Transaktionszahl in 2014 auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Neben 8 neuen Beteiligungen (Vorjahr 11) erfolgten 42 Folgefinanzierungen (Vorjahr 39). Die IBB Beteiligungsgesellschaft gehörte damit auch im Jahr 2014 zu den aktivsten deutschen Venture-Capital-Investoren. Das Beteiligungsportfolio ist von 75 auf 76 Unternehmen gewachsen (+1%).

Wie im Vorjahr stammt der größte Anteil der 76 Portfoliounternehmen aus der Kreativwirtschaft. Bei 38 der Beteiligungen aus der Kreativwirtschaft bzw. Informations- und Kommunikationstechnik handelt es sich um Unternehmen aus der Digitalen Wirtschaft.



In 2014 konnten mehrere Beteiligungen erfolgreich veräußert werden. Die IBB Beteiligungsgesellschaft erzielt bereits im 10. Jahr in Folge ein positives Jahresergebnis.

Der VC Fonds Berlin befindet sich in der Desinvestitionsphase. Der VC Fonds Technologie Berlin und der VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin am Ende der Investitionsphase. Sie werden in 2015 um weitere 100 Mio. EUR aufgestockt, wovon 50 Mio. Euro aus EFRE-Mitteln und 50 Mio. Euro durch die IBB aufgebracht werden. Damit kann sichergestellt werden, dass die erfolgreiche Arbeit der VC Fonds zugunsten der Berliner Start-ups kontinuierlich weitergeführt wird.

Lage des Konzerns

Ertragslage

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr 2014 für den Konzern, der wesentlich durch den Jahresabschluss der IBB, insbesondere durch das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerten und Verpflichtungen beeinflusst wird, zufriedenstellend.

In der nachfolgend dargestellten Konzernergebnisrechnung wurden einzelne in der GuV-Rechnung ausgewiesene Beträge nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten umgliedert bzw. ergänzt. Dies betrifft zum einen die Aufwendungen des Konzerns, die als Berlin-Beitrag dem Land im Sinne einer Vorabauschüttung zur Verfügung gestellt werden. Zahlungen des Konzerns, die unter dem GuV - Posten „sonstiges betriebliches Ergebnis“ (14,6 Mio. EUR, Vorjahr 14,2 Mio. EUR) enthalten sind, werden ebenso als Berlin-Beitrag dargestellt wie auch die unentgeltlich erbrachten Leistungen des Konzerns (14,7 Mio. EUR, Vorjahr 14,7 Mio. EUR), die ausschließlich kalkulatorisch berücksichtigt werden. Diese nicht aufwandswirksamen Leistungen werden in der Konzernergebnisrechnung als betrieblicher Ertrag und zusätzlich als Berlin-Beitrag abgebildet.

in Mio. EUR	2014	2013	Veränderung	
			absolut	in %
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge	142,2	151,3	-9,0	-6,0%
Provisionsüberschuss	5,6	7,9	-2,3	-28,6%
Sonstiges betriebliches Ergebnis	7,9	7,7	0,1	1,8%
Summe der Erträge	155,7	166,8	-11,1	-6,7%
Verwaltungsaufwand	-85,6	-79,1	-6,5	8,3%
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	70,1	87,8	-17,7	-20,2%
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-3,4	179,7	-183,1	-101,9%
Neutrales Ergebnis	0,0	-0,1	0,1	-100,0%
Wirtschaftliches Ergebnis	66,7	267,3	-200,7	-75,1%
Berlin-Beitrag	-29,3	-28,4	-0,9	3,3%
Jahresüberschuss	37,3	238,9	-201,6	-84,4%

Operative Erträge

Der **Zinsüberschuss** ist mit 142,2 Mio. EUR unverändert die Hauptertragsquelle der Bank. Im Vergleich zum Vorjahr (151,3 Mio. EUR) ergibt sich durch das weiterhin niedrige Zinsniveau sowie Belastungen aus Barwerterhöhungen von Pensionsrückstellungen eine deutliche Reduzierung des Zinsergebnisses. Durch die stabilen Konditionsbeiträge im Kundengeschäft sowie die konstante Entwicklung der Strukturbeiträge im Segment Treasury konnten die Erwartungen insgesamt übertroffen werden.

Der Provisionsüberschuss (5,6 Mio. EUR, Vorjahr 7,9 Mio. EUR), der maßgeblich von Entgelten für die Bearbeitung von Bürgschaften und Zuschüssen der Immobilienförderung geprägt ist, liegt aufgrund auslaufender Förderungen in 2014 erwartungsgemäß unter dem Vorjahresniveau.

Die Erträge wurden weiterhin durch das gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderte sonstige betriebliche Ergebnis positiv beeinflusst. Diese erhöhten sich unter anderem aufgrund diverser Auflösungen von Rückstellungen im abgelaufenen Jahr von 7,7 Mio. EUR auf 7,9 Mio. EUR.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand der Bank fiel mit -85,6 Mio. EUR (Vorjahr -79,1 Mio. EUR) vor allem durch Einmaleffekte insgesamt höher aus als im Vorjahr.

Der Personalaufwand (-51,4 Mio. EUR; Vorjahr -50,7 Mio. EUR) entwickelte sich im Geschäftsjahr 2014 insgesamt planmäßig. Der Sachaufwand hingegen erhöhte sich aufgrund nicht geplanter Brandschutzrückstellungen am Geschäftsgebäude sowie erhöhter Projektkosten für regulatorische Themen um 5,9 Mio. EUR auf -31,7 Mio. EUR (Vorjahr -25,8 Mio. EUR).

Die als Relation zwischen den Verwaltungsaufwendungen und der Summe der Erträge definierte Fördercost-Income-Ratio erhöhte sich auf 55,0 % (Vorjahr 47,4%). Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Erträge zurückzuführen.

Risikovorsorge / Bewertungen

In dem Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen sind das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten in Höhe von -13,3 Mio. EUR (Vorjahr 178,0 Mio. EUR), das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 2,8 Mio. EUR (Vorjahr 1,2 Mio. EUR), erstmalig das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen (2,5 Mio. EUR) sowie die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Höhe von 4,5 Mio. EUR (Vorjahr -0,6 Mio. EUR) enthalten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten beinhaltet das Ergebnis aus zum Zeitwert designierten Finanzinstrumenten in Höhe von -21,6 Mio. EUR (Vorjahr 68,1 Mio. EUR) sowie

das Ergebnis aus mit wirtschaftlicher Sicherungsabsicht gehaltenen Derivaten in Höhe von 8,4 Mio. EUR (Vorjahr 109,9 Mio. EUR).

Das im Vergleich zum Vorjahr relativ geringe Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen von -3,4 Mio. EUR (Vorjahr 179,7 Mio. EUR) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass durch die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nach IAS 39 (Fair Value Hedge) die Zinssensitivität des Ergebnisses aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden konnte. Somit ergab sich trotz des deutlichen Rückgangs des Zinsniveaus nur ein geringer Bewertungsverlust.

Wirtschaftliches Ergebnis

Das wirtschaftliche Ergebnis des Konzerns verringerte sich durch ein deutlich geringeres Ergebnis aus Risikovorsorge und Bewertungen um 200,7 Mio. EUR auf 66,7 Mio. EUR (Vorjahr 267,3 Mio. EUR). Dies ist im Wesentlichen auf die verringerte Zinssensitivität des Ergebnisses aus Risikovorsorge und Bewertungen in Folge des Hedge Accountings zurückzuführen. Durch die bilanzielle Berücksichtigung von ökonomischen Sicherungsbeziehungen konnte eine verbesserte Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns erreicht werden.

Ausgehend vom wirtschaftlichen Ergebnis der IBB als Haupttreiber konnten auch die operativen Ergebniserwartungen der einzelnen Segmente erfüllt werden.

in Mio. EUR	IBB gesamt		Immobilien- und Stadtentwicklung		Wirtschafts- förderung		Treasury		Corporate Center	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	Zinsüberschuss	134,3	141,8	68,2	69,5	9,5	8,5	51,2	54,7	5,4
Provisionsüberschuss	6,0	8,3	5,6	7,8	0,8	0,9	-0,4	-0,4	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	10,4	8,1	-7,3	-7,9	15,7	15,2	0,0	0,0	2,1	0,9
Summe der Erträge	150,8	158,1	66,5	69,4	26,0	24,6	50,7	54,3	7,5	9,9
Verwaltungsaufwand	-83,4	-78,0	-36,5	-36,6	-22,6	-23,9	-5,6	-5,4	-18,7	-12,1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	67,4	80,1	30,0	32,8	3,5	0,6	45,1	48,9	-11,2	-2,2
Risikovorsorge/Bewertungsergebnis	-8,6	-11,6	3,4	7,0	-1,7	-3,5	4,2	2,8	-14,5	-18,0
Neutrales Ergebnis	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5
Wirtschaftliches Ergebnis	58,8	68,0	33,4	39,8	1,8	-2,8	49,2	51,7	-25,7	-20,7
Berlin-Beitrag der IBB	-32,9	-31,1	-2,9	-0,9	-27,4	-27,7	0,0	0,0	-2,6	-2,5
Jahresüberschuss	25,9	36,9	30,5	38,9	-25,6	-30,5	49,2	51,7	-28,3	-23,2

Das Segment **Immobilien- und Stadtentwicklung** konnte mit einem wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 33,4 Mio. EUR den Planwert deutlich übertreffen. Erwartungsgemäß lag der Wert unter dem Vorjahresergebnis, u. a. bedingt durch Veränderungen in der Risikovorsorge (-3,6 Mio. EUR) und durch 2,8 Mio. EUR geringere Erträge.

Die **Wirtschaftsförderung** schließt erstmalig mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis in Höhe von 1,8 Mio. EUR ab und übertrifft sowohl die Vorjahres- (-2,8 Mio. EUR) als auch die Planwerte deutlich. Diese Entwicklung ist vor allem auf das positive Zinsergebnis von 9,5 Mio. EUR (Vorjahr 8,5 Mio. EUR) und einer geringeren Risikovorsorge im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Der Verwaltungsaufwand (22,6 Mio. EUR) reduziert sich infolge geringerer Personalaufwände im Vergleich zum Vorjahr um 1,4 Mio. EUR.

Im Segment **Treasury** erreichte das wirtschaftliche Ergebnis 49,2 Mio. EUR und liegt damit erwartungsgemäß unter dem Vorjahreswert (51,7 Mio. EUR), jedoch über den prognostizierten Werten für 2014. Die positive Entwicklung im Zinsergebnis ist vor allem auf ein höheres Ergebnis aus Fristentransformation und diverse kundeninduzierte Effekte zurückzuführen.

Im Segment **Corporate Center** erreicht das wirtschaftliche Ergebnis -

25,7 Mio. EUR und unterschreitet damit den Vorjahreswert um 5,0 Mio. EUR. Neben einem Zinsergebnis von 5,4 Mio. EUR, welches den Planwert aufgrund von zusätzlichen Bewertungseffekten aus der Altersversorgung deutlich unterschreitet, ergibt sich die größte Planabweichung vor allem in der Risikovorsorge. Hier fließen zur weiteren Stärkung der Risikotragfähigkeit der Bank im Rahmen der Dotierung von allgemeinen Vorsorgenreserven 14,5 Mio. EUR ein.

Konzernjahresüberschuss

Nach Abzug des Berlin-Beitrages in Höhe von 29,3 Mio. EUR (Vorjahr 28,4 Mio. EUR) zur Unterstützung der Förderpolitik des Landes weist der Konzern einen **Konzernjahresüberschuss** in Höhe von 37,3 Mio. EUR (Vorjahr 238,9 Mio. EUR) aus, welcher mit dem Konzernbilanzverlust bzw. dem Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile im Eigenkapital aufgerechnet wird.

Die nach den Vorgaben des § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG ermittelte Kapitalrendite, Quotient aus Jahresüberschuss und Bilanzsumme, beträgt 0,18%.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr um 0,1 Mrd. EUR auf 20,8 Mrd. EUR erhöht. Das Geschäftsvolumen, in dem zusätzlich die Finanzgarantien sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten sind, stieg um 0,1 Mrd. EUR auf 21,7 Mrd. EUR.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.063,0	1.273,8	789,2	62,0%
Forderungen an Kunden	13.280,8	13.892,9	-612,1	-4,4%
Wertberichtigungen auf Forderungen	-41,4	-42,9	1,5	-3,6%
Erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte	3.696,7	3.395,5	301,1	8,9%
Finanzanlagen	1.703,8	2.042,0	-338,2	-16,6%
Sonstige Aktiva	78,2	81,4	-3,2	-4,0%
Bilanzsumme	20.781,1	20.642,8	138,3	0,7%
Finanzgarantien	123,4	122,2	1,1	0,9%
Unwiderrufliche Kreditzusagen	825,1	859,0	-33,9	-3,9%
Geschäftsvolumen	21.729,6	21.624,1	105,6	0,5%

Die Forderungen an Kreditinstitute sind gegenüber dem Vorjahr insbesondere wegen höherer Tages- und Termingelder um 0,8 Mrd. EUR auf 2,1 Mrd. EUR angestiegen. Die Höhe der Forderungen aus im Hausbankverfahren abgewickelm Fördergeschäft blieb konstant.

Die Verringerung der Kundenforderungen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. EUR ist im Wesentlichen auf planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen im Förderkreditgeschäft zurückzuführen. Mit einem Rückgang von 0,6 Mrd. EUR waren insbesondere die Bestände der Immobilienförderung betroffen. Die Bestände der Wirtschaftsförderung stiegen hingegen, beeinflusst durch Effekte aus dem Hedge Accounting, um 0,1 Mrd. EUR.

Der Anstieg der erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte um 0,3 Mrd. EUR ist im Wesentlichen auf die Ausweitung der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 0,2 Mrd. EUR zurückzuführen.

Durch Umschichtungen von Schuldverschreibungen in Geldmarktinstrumente anderer Kategorien verringerten sich die Finanzanlagen um 0,3 Mrd. EUR.

Finanzlage, Kapitalstruktur und Liquidität

Die Struktur der Refinanzierungsseite hat sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht verändert. Finanziert wird das Volumen der Aktivseite zu 16 % (Vor-

jahr 19%) über Mittelaufnahmen bei Kreditinstituten sowie über die Emissionen von verbrieften Verbindlichkeiten am Kapitalmarkt, deren Anteil mit 35% konstant blieb. Die von Kunden erhaltenen Refinanzierungsmittel, in denen hauptsächlich die vom Land Berlin zur Verfügung gestellten Mittel für die Wohnungsbauförderung enthalten sind, blieben mit 8,0 Mrd. EUR (Vorjahr 7,8 Mrd. EUR) konstant bei einem Refinanzierungsanteil in Höhe von 38 %.

Das bilanzielle Eigenkapital im Konzern reduzierte sich im vergangenen Geschäftsjahr um 28,6 Mio. EUR auf 822,5 Mio. EUR. Das gezeichnete Kapital betrug unverändert 300,0 Mio. EUR, alleiniger Eigentümer der IBB ist das Land Berlin. Maßgeblich für die Veränderung war die Ausschüttung des ausgewiesenen Bilanzgewinnes 2013 in Höhe von 36,9 Mio. EUR an das Land Berlin. Die Veränderung in den Gewinnrücklagen resultiert aus versicherungsmathematischen Verlusten gemäß IAS 19 von 37,6 Mio. EUR.

Eigenkapitalveränderungsrechnung (in Mio. EUR)	Grundkapital	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Bilanzverlust	Eigenkapital nicht beherrschender Anteile	GESAMT
Stand 31.12.2013	300,0	639,0	6,4	-91,5	-2,8	851,1
erfolgsneutrale Bewertung		-37,6	8,6			-29,0
Abführung an Land Berlin				-36,9		-36,9
Jahresüberschuss 2014				37,6	-0,2	37,3
Stand 31.12.2014	300,0	601,4	15,1	-90,8	-3,1	822,5

Zum Bilanzstichtag weist die IBB - Gruppe ein haftendes Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz in Höhe von 748,7 Mio. EUR (Vorjahr 845,0 Mio. EUR) aus. Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird gemäß CRR/SolvV ermittelt.

in Mio. EUR/ in %	2014	2013
Gesamtrisikobetrag (RWA) ¹	5.493,5	4.525,0
Eigenmittelquote	13,6%	18,7%
Kernkapitalquote	13,6%	17,4%

¹ Werte für 31.12.2013 auf Basis der bis dahin gültigen Solvabilitätsverordnung nach deutschem Recht

Zur Liquiditätsbeschaffung wurden im Berichtsjahr, neben Aktivitäten auf dem Geldmarkt, Mittelaufnahmen durch die Emission von Kapitalmarktinstrumenten mit einem Volumen von 2,7 Mrd. EUR durchgeführt.

Sowohl die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin als auch die Rolle des Landes Berlin als alleiniger Eigentümer der IBB waren Faktoren dafür, dass die IBB auch in 2014 jederzeit in der Lage war, sich zu einem angemessenen Preis mit ausreichend Liquidität in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio konnte jederzeit sichergestellt werden, dass keine Liquiditätsengpässe entstanden. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreserve. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Solvabilität und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Günstige Finanzierungsbedingungen, niedrige Energiepreise und eine vorteilhafte Wechselkursentwicklung werden den Konjunkturverlauf auch 2015 stützen. Das weltwirtschaftliche Wachstum bleibt nach Einschätzung der IBB-Volkswirte allerdings verhalten, so dass vom Außenbeitrag kaum Impulse auf die deutsche Wirtschaft ausgehen. Die Investitionsbereit-

schaft dürfte angesichts der schwelenden geopolitischen Krisen und aufgrund anhaltender Bedenken im Hinblick auf den Euroraum schwach ausgeprägt bleiben.

Niedrige Energiepreise stärken die auch im Zuge etwas kräftigerer Lohnzuwächse gestiegene Kaufkraft, so dass sich der Zuwachs im Konsum noch leicht beschleunigen könnte. Die immer noch hohe deutsche Sparquote wird trotz Niedrigzinsumfeld aber wohl nur leicht zurückgehen.

Die Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland wird weniger durch konjunkturelle als durch strukturelle Einflüsse geprägt sein, wobei sich der weitere Abbau der Arbeitslosenzahlen als zusehends schwierig erweisen dürfte. Der Beschäftigungsaufbau wird im Zuge von Zuwanderungen auf der einen Seite und dem Rückgang der inländischen Erwerbsbevölkerung auf der anderen Seite verhalten bleiben. Die Konsequenzen des neuen gesetzlichen Mindestlohns sind schwer abzuschätzen und sind insofern ein Risikofaktor für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt. Höhere Löhne könnten auch auf den Anstieg der Lebenshaltungskosten durchschlagen. Die sonstigen Rahmenbedingungen lassen insgesamt aber keine stärkere Beschleunigung des Preisauftriebs erwarten. Die Inflationsrate dürfte zwar erneut höher als im restlichen Euroraum liegen, zum dortigen Durchschnitt aber weiterhin nur einen verhältnismäßig kleinen Abstand aufweisen.

Die Europäische Zentralbank wird als Garant für den Zusammenhalt des gemeinsamen Währungsraums unverzichtbar und deshalb im Krisenmodus verhaftet bleiben. Die im Januar beschlossenen Staatsanleihekäufe der EZB sollen ab März 2015 umgesetzt werden. Ob die bereits im Vorfeld auf neue Tiefstände gesunkenen Renditen dann noch weiter nachgeben, ist allerdings fraglich.

Die Berliner Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Im Jahr 2015 sollte eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts oberhalb des Bundesdurchschnitts erreicht werden. Hierfür sind insbesondere Impulse aus dem Dienstleistungsbereich entscheidend. So befindet sich der Wirtschaftsstandort Berlin vor allem aufgrund der stark wachsenden unternehmensnahen Dienste in einem guten Zustand. Auch der Berliner Arbeitsmarkt wird 2015 wieder vom expandierenden Dienstleistungsbereich profitieren. Von der stark wachsenden Erwerbstätigkeit und den steigenden Löhnen in der Hauptstadt profitieren vor allem die auf private Verbraucher orientierten Berliner Unternehmen. Hinzu kommt der nach wie vor stark boomende Berlinitourismus.

Vor allem der Trend der Bevölkerungsentwicklung in Richtung Stadt sowie insbesondere in Richtung Metropolen wird die Entwicklung Berlins weiter stärken. Berlin besitzt gerade in den kreativen Branchen für junge Menschen und Beschäftigte eine sehr hohe Attraktivität. Dadurch kann Berlin langfristig weiter von dem Zuzug hochqualifizierter Menschen profitieren. Die moderaten Lohn- und Lebenshaltungskosten in Kombination mit einer hohen Standortattraktivität bieten Berlin hohe Potenziale für die Ansiedlung von neuen Unternehmen gerade in den Wachstumsfeldern.

Berlin hat sich in den letzten Jahren zum wichtigsten deutschen Zentrum für die Internet-Wirtschaft entwickelt. Und das weitere Entwicklungspotential ist groß. Wenn es gelingt, sowohl die Attraktivität Berlins als Forschungs- und Wissenschaftsstandort für Fachkräfte und Gründer der Digitalen Wirtschaft weiter zu stärken als auch die wachstumsstarke Unternehmen mit Kapital zu versorgen, dann hat Berlin als Standort der Digitalen Wirtschaft auch künftig die besten Chancen. Mit den Börsengängen einiger Berliner Startups machte Berlin im vergangenen Jahr einen wichtigen Schritt. Die Digitale Entwicklung wird sich perspektivisch positiv auf die bereits vorhandenen Berliner Stärken und Zukunfts-

felder auswirken, wie Gesundheitswirtschaft; Energietechnik; Verkehr, Mobilität und Logistik; IKT, Medien und Kreativwirtschaft sowie Optik. In Berlin ist die Wahrscheinlichkeit, gut ausgebildete Mitarbeiter zu akquirieren, deutlich größer als an vielen anderen Wirtschaftsstandorten. Von dieser Entwicklung wird Berlin auch in den nächsten Jahren profitieren.

Eine wichtige Maßnahme zur Unterstützung der Ansiedlung von Unternehmen war neben der Intensivierung der direkten Unternehmensansprache die Stärkung der Wirtschaftsförderung durch die Zusammenführung von Berlin Partner und TSB GmbH zur neuen Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (BPWT). Die Neuauflage der VC-Fonds der Investitionsbank Berlin ist eine wichtige Maßnahme Berliner Unternehmen aus der Technologiebranche sowie aus der Kreativwirtschaft den Weg zum Erfolg zu ebnen. Für die Neuauflage der Fonds in der Förderperiode von 2014 bis 2020 hat das Land Berlin 100 Mio. EUR zugesagt. Die Hälfte davon stammt aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung.

Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt in Berlin auch im kommenden Jahr bei weiter steigender Bevölkerungszahl hoch. Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung hat die bisherigen Prognosezahlen bereits übertroffen. Diese Entwicklung wird sich im laufenden und in den folgenden Jahren noch verstärken. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Landes Berlin werden zunehmend auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden ihre Bestände künftig weiter ausbauen.

Zur Beschleunigung des Wohnungsneubaus hat der Senat bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen. So wurde z. B. eine Wohnungsbauleitstelle eingerichtet, zu deren Aufgaben Beratung von Investoren, Erleichterung von Behördenabstimmungen oder Vermittlung in Konfliktsituationen gehören. Die Berliner Bezirke werden künftig im Rahmen eines Bündnisses mit dem Senat in die Lage versetzt, Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen. Vor diesem Hintergrund dürfte eine deutliche Steigerung der Baugenehmigungen im Jahr 2015 erreicht werden.

Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank nahmen die Preise für Wohnimmobilien in deutschen Städten im Jahr 2014 um durchschnittlich rund 5,2% zu, nachdem die Steigerung 2013 noch bei rund 7,2% lag. Die Beruhigung an den städtischen Wohnimmobilienmärkten spiegelt sich auch in den Mieten wider. Die Neuvertragsmieten für bestehende Wohnungen sowie die Mieten für den Erstbezug wurden wie schon im Jahr 2013 etwas schwächer als im Jahr zuvor angehoben. Stärkere Mietanpassungen als zuvor waren in den Großstädten bei neuen Verträgen für Bestandswohnungen zu verzeichnen. In diesem Segment könnten Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der geplanten Mietpreisbremse eine Rolle gespielt haben.

Die Mietpreisbremse soll den stark steigenden Mieten in den deutschen Großstädten entgegenwirken. Sie sieht vor, dass die Mieten bei Neuvermietungen nur maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen dürfen. Die Regulierung könnte allerdings auch nachteilige Folgen für den Mietmarkt haben. Wenn Investoren ihre Mieteinnahmen nicht mehr steigern können, besteht die Gefahr, dass sie ihre Investitionen zurückfahren bzw. immer mehr Immobilien an Selbstnutzer verkaufen und so das Angebot an Mietwohnungen insgesamt verknappen. Dadurch könnte die Mietpreisbremse langfristig das Gegenteil von dem erreichen, was ursprünglich beabsichtigt wurde.

Die niedrigen Finanzierungszinsen halten den Wohneigentumserwerb trotz steigender Preise erschwinglich. Hinzu kommt, dass das Interesse

an Immobilien bei anhaltendem Anlagenotstand im extremen Niedrigzinsumfeld nicht abklingen wird. Vor diesem Hintergrund sollten die Preise am Berliner Wohnungsmarkt auch 2015 weiter zulegen, auch wenn die Dynamik weiter nachlassen könnte. Eine Überhitzung in einzelnen Teilmärkten und Segmenten des Wohnungsmarktes ist zwar nicht auszuschließen, eine Immobilienblase ist aus heutiger Sicht in Berlin aber wenig wahrscheinlich.

Dagegen sprechen vor allem die im internationalen Vergleich weiterhin konservative Finanzierungspraxis, die bisher nur zögerlich zunehmenden Kreditvolumina bei den Wohnungsfinanzierungen sowie der Berliner Nachholeffekt. Hinzu kommt das im internationalen Vergleich insgesamt überschaubare Ausmaß des Berliner Wohnungs- bzw. Hauspreisanstiegs in den letzten Jahren. Dies schließt nicht aus, dass in einzelnen Kiezen je nach Entwicklung von Angebot und Nachfrage die Wohnungspreise weiter zulegen – insbesondere in Teillagen und speziell im Luxussegment, wo bereits ein besonders hohes Preisniveau erreicht wurde.

Die IBB geht davon aus, dass für 2015 mit Blick auf das anhaltend niedrige Zinsniveau die **operativen Erträge** trotz einer ambitionierten Vertriebsplanung insgesamt rückläufig ausfallen werden.

Das niedrige Zinsumfeld führt über verstärkte außerplanmäßige Tilgungen zu einem weiteren Abschmelzen des Immobilienportfolios und damit zu einer deutlichen Reduzierung des Zinsüberschusses als wesentliche Ertragssäule der Bank. Darüber hinaus werden auslaufende Zuschusszahlungen ebenfalls im Bestand des Immobilienportfolios das Provisionsergebnis moderat vermindern.

Des Weiteren wird das Zinsergebnis zunehmend aus Aufzinsungseffekten und Barwerterhöhungen durch Zinsänderungen für Pensionsrückstellungen belastet.

Die Bank erwartet, dass der Verwaltungsaufwand im Jahr 2015 deutlich ansteigen wird. Die in der Vergangenheit gehobenen Effizienzpotenziale werden durch neue Anforderungen aus dem aufsichtsrechtlichen Umfeld nur teilweise abgeschwächt. Größter Belastungsfaktor ist jedoch die ab 2015 auch für die IBB anfallende europäische Bankenabgabe, die die GuV voraussichtlich mit einem mittleren einstelligen Millionenbetrag belasten wird. Die exakte Höhe der erforderlichen Beiträge ist noch nicht quantifizierbar.

Die **Fördercost-Income-Ratio** wird sich aufgrund der rückläufigen Erträge und der steigenden Verwaltungskosten ebenfalls deutlich erhöhen.

Das Risikovorsorge/Bewertungsergebnis wird 2015 voraussichtlich weiterhin im Zeichen pauschaler Vorsorgebildung stehen. Mögliche Ratingverschlechterungen im Förderkreditgeschäft könnten zukünftig höhere pauschale Vorsorgereserven für Adressenausfallrisiken aus Kredit- und Wertpapiergeschäften verursachen.

Die anhaltende Niedrigzinsphase und die damit einhergehenden Bewertungseffekte sowie zusätzliche Belastungen aus der europäischen Bankenabgabe werden in 2015 das **wirtschaftliche Ergebnis** deutlich nach unten korrigieren.

Die Bilanzsumme wird sich weiterhin aufgrund planmäßiger und – zinsniveaubedingt – außerplanmäßiger Bestandsreduzierungen im Förderkreditgeschäft sowie eines geringer erwarteten Geldmarktportfolios moderat reduzieren. Dieser Portfoliorückgang sowie die fortlaufende Dotierung der Vorsorgereserven werden tendenziell zu einer Stärkung der Risikotragfähigkeit führen, sofern das Marktumfeld stabil bleibt und keine Ereignisse eintreten, die eine grundlegend neue Risikoeinschätzung erfordern.

Auch die **Kernkapitalquote** stellt im kommenden Jahr keinen Engpass-

faktor für die IBB dar. Sie knüpft an den Werten des aktuellen Jahres an.

Insgesamt sind in **2015** keine grundlegenden strukturellen Veränderungen in der Geschäftstätigkeit der Bank zu erwarten. Mit der Entwicklung und dem Angebot effizienter Förderlösungen wird die IBB weiterhin eine wichtige Rolle bei der Wahrung der Förderkontinuität in den Bereichen der Wirtschafts-, Infrastruktur- und Wohnraumförderung des Standortes Berlin spielen. Für die Neugeschäftstätigkeit wird eine leicht rückläufige Nachfrage unterstellt. In den Geschäftsfeldern der Wirtschafts- und Immobilienförderung wird weiterhin an einer bedarfsorientierten Optimierung und Stärkung des Produktportfolios gearbeitet.

Im Geschäftsfeld **Immobilien- und Stadtentwicklung** wird nach erfolgreicher Einführung der sozialen Wohnraumförderung der Wohnungsneubau eine hohe Aufmerksamkeit erfahren. Eine Vielzahl von Neubauprojekten unserer Großkunden wurde bereits in das Wohnungsbauprogramm des Landes aufgenommen und steht vor der unmittelbaren Umsetzung. Insbesondere die Möglichkeit, neben den öffentlichen Baudarlehen die Gesamtfinanzierung der Vorhaben unter Einbindung weiterer Förderprodukte stellen zu können, eröffnet neue Geschäftspotenziale für die IBB, die in 2015 weiter ausgebaut werden. Neben dem Wohnungsneubau im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung wird für 2015 erwartet, dass auch weitere Vorhaben im freien Wohnungsbau durch die IBB begleitet werden.

Den bewährten Förderprodukten wie „IBB Wohnraum Modernisieren“, „IBB Altersgerechtes Wohnen“ und „IBB Energetische Gebäudesanierung“ wird in 2015 weiterhin eine große Bedeutung zukommen, da bei mehr als 310.000 Wohngebäuden in Berlin ein großer Modernisierungsbedarf besteht. Die Pilotphase des Förderprogramms zur energetischen Sanierungsberatung (ENEO) ist Ende 2015 erreicht. Über die Fortführung wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse einer zu erstellenden Evaluierung entschieden.

Im Rahmen des Programms „Berlin Infra“ wird die IBB auch 2015 größere Vorhaben von kommunalen Unternehmen finanzieren. Die IBB wird weiterhin intensiv mit den Geschäftsbanken zusammenarbeiten, um durch die Vergabe von Konsortial- und Globaldarlehen Investitionen in Wohnimmobilien mittelbar zu fördern.

Neben der etablierten Produktpalette plant die IBB, 2015 in Abstimmung mit dem Berliner Senat das neue Förderprodukt „IBB-Familienbaudarlehen“ einzuführen, welches Familien mit geringerem Eigenkapital durch nachrangige Darlehensabschnitte die Gesamtfinanzierung eines Eigenheims ermöglichen soll. Zusätzlich ist der Ausbau der Kooperationen mit anderen Kreditinstituten geplant, um Synergien für das kleinteilige Geschäft stärker nutzen zu können.

Insgesamt wird im Geschäftsfeld Immobilien- und Stadtentwicklung für das Geschäftsjahr 2015 ein Bewilligungsvolumen auf Vorjahresniveau erwartet.

Im Geschäftsfeld **Wirtschaftsförderung** bestehen vor dem Hintergrund eines aktuell historisch niedrigen Zinsniveaus und einer gestiegenen Risikobereitschaft bei den Geschäftsbanken verbesserte Finanzierungsbedingungen für mittelständische Unternehmen. Im Ergebnis erwartet das Geschäftsfeld in 2015 ein stabiles Bewilligungsvolumen.

Den größten Anteil an den Bewilligungen werden Darlehen und Avale für Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen Berliner Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Berliner Geschäftsbanken haben. Das ertragsstarke IBB-Wachstumsprogramm wird dabei weiterhin im Fokus der Aktivitäten stehen.

Das Zuschussvolumen wird eine leicht rückläufige – um die zum Ende der EU-Förderperiode in den letzten zwei Jahren erfolgten Rekordbewilligungen bereinigte – Entwicklung nehmen, wobei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das wichtigste regionalpolitische Instrument Berlins zur Schaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen durch betriebliche Investitionen bleibt.

Das Ankerprodukt der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsfinanzierung der IBB und der EU-Strukturfondsförderung in Berlin bleibt Pro FIT. Zuschüsse und Darlehen für Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden sich ungefähr die Waage halten und überwiegend in das Cluster IKT / Medien / Kreativwirtschaft, gefolgt von der Gesundheitswirtschaft, fließen. Der Berliner Start-up-Boom in der digitalen Wirtschaft wird außer durch Pro FIT maßgeblich durch die VC-Fonds der IBB Beteiligungsgesellschaft begleitet. Aufgrund des weiterhin guten Marktumfelds und aktiver Co-Investoren wird die Nachfrage nach Beteiligungen aus den VC-Fonds weiter steigen.

Berlin ist auch jenseits der Internet-Szene die Gründerhauptstadt Deutschlands und bleibt aufgrund des überproportional wachsenden Dienstleistungsbereichs eher kleinteilig strukturiert. Für Gründungen und kleine sowie innovative Unternehmen bleiben trotz verbessertem Kreditzugang insbesondere aufgrund höherer geforderter Sicherheiten strukturelle Finanzierungsprobleme bestehen. Die IBB wird deshalb ihr Engagement in der Gründungs- und Mikrofinanzierung im Rahmen des KMU-Fonds fortsetzen und ausbauen.

Kurz vor Jahresende wurde das Berliner Operationelle Programm für die Verwendung der EFRE-Mittel im Land Berlin (EU-Förderperiode 2014–2020) durch die EU-Kommission genehmigt. Gut die Hälfte der 635 Mio. EUR EFRE-Mittel wird von der IBB im Rahmen von Pro FIT, den VC und KMU-Fonds sowie des Programms für Internationalisierung kofinanziert und gemanagt. Im Rahmen des KMU-Fonds soll das Produktportfolio der IBB darüber hinaus erstmals um die Förderung von KMU-Investitionen mit Energieeinspareffekten erweitert werden.

Als Dienstleister des Landes steht die IBB auch 2015 für größere Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, sei es im Rahmen bereits initiiert oder weiterer Rekommunalisierungen oder bei Neubau- und Sanierungsvorhaben in Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Sport und Verkehr, bereit.

Neben den bereits aufgeführten prognostizierten finanziellen Leistungsindikatoren definiert die IBB als nichtfinanziellen Leistungsindikator die qualitative Entwicklung ihrer Mitarbeiter. Im Berichtsjahr investierte jede(r) Mitarbeiter(in) durchschnittlich 24 Stunden in Weiterbildung. Neben der Schulung von fachlichen und methodischen Inhalten werden hierbei die persönlichen und sozialen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt. Die Beschäftigten der IBB nehmen hierbei sowohl an Qualifizierungsmaßnahmen bei externen Anbietern als auch bei intern entwickelten Spezialprogrammen teil.

Wie in vergangenen Jahren werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter systematisch für Ihre anspruchsvollen Aufgaben durch Weiterbildungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen qualifiziert. Die Qualifikation der Mitarbeiter zu sichern und weiter auszubauen, um so die Bank optimal für die Herausforderungen des Marktes zu rüsten, ist Ziel für das kommende Berichtsjahr. Das hohe Niveau der durchschnittlichen Weiterbildung (24 Stunden) aus 2014 wird somit konstant gehalten.

Zusammenfassend erwartet die Bank in 2015 ein stabiles Jahr. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis in einem weiterhin schwierigen Umfeld gegenüber dem Berichtsjahr deutlich

reduzieren wird. Im Vergleich zum Vorjahr erwartet sie eine weiterhin stabile Vermögens- und Finanzlage. Sollten sich die Zinsen im Laufe des Jahres 2015 erhöhen, werden über höher als erwartet eintretende Erträge sowohl die Fördercost-Income-Ratio als auch das wirtschaftliche Ergebnis kurzfristig positiv beeinflusst.

Risikobericht

Organisation des Risikomanagements

Die Investitionsbank Berlin ist das Mutterunternehmen des IBB-Konzerns. Sie ist für das konzernweite Risikomanagement zuständig und aufgrund ihrer Größe und ihres Geschäfts maßgeblich für die Risikolage des Konzerns. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen ganz überwiegend auf die Investitionsbank Berlin. Die IBB unterliegt sämtlichen bankaufsichtsrechtlichen Normen des Risikomanagements.

Der Vorstand legt auf der Grundlage der Geschäftsstrategie die Risikostrategie fest. Inhalte der Risikostrategie sind insbesondere Teilstrategien zu allen wesentlichen Risikoarten sowie die Ableitung von Limiten und die Allokation des ökonomischen Kapitals. Durch einheitliche risikopolitische Grundsätze wird sichergestellt, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Bestimmung der Wesentlichkeit der Risikoarten erfolgte in einer Risikoinventur unter Berücksichtigung des Gesamtbankrisikoprofils der Bank. Während die Risikostrategie und die regelmäßige Risikoberichterstattung vor allem auf die Risiken eingehen, die aus dem Geschäftsbetrieb erwachsen, beinhaltet die Geschäftsstrategie auch die damit verbundenen Chancen. Über die Chancen wird im Rahmen der regelmäßigen Managementinformation berichtet.

Die Steuerung der Risiken und Prozesse erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung bankinterner Anforderungen und in Angemessenheit der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftsaktivitäten der IBB.

Eine Funktionstrennung von risikoeingehenden und risikoüberwachenden Bereichen ist vollständig von der Vorstandsebene bis zu den operativen Abteilungen umgesetzt. Der Vorstand hat wichtige Funktionen an ein von den risikoeingehenden Einheiten unabhängiges Risikocontrolling delegiert, das als Abteilung dem Bereich Controlling zugeordnet ist. Kernaufgaben und Verantwortlichkeiten der Abteilung Risiko-Controlling sind

- die Identifizierung, Messung, Limitierung und Überwachung sowie die Berichterstattung der für die IBB relevanten Risiken,
- die Ableitung von Handlungsvorschlägen zur Steuerung der relevanten Arten von Risiken,
- die Realisierung eines permanenten Prozesses zur Kontrolle und Weiterentwicklung der angewandten Modelle, Methoden und Prozesse zur Risikoquantifizierung, -überwachung und -steuerung sowie
- die Umsetzung einheitlicher Risikocontrollingstandards entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Die Risikosteuerung wird innerhalb der genehmigten Limite und Kompetenzstufen vom Vorstand und von den operativen Einheiten wahrgenommen.

Die Darstellung der Konzernrisikosituation gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsorgan der IBB erfolgt quartalsweise in Form eines umfassenden Risikoberichtes, der einen Überblick über sämtliche Risiken des Konzerns gibt. Dabei werden insbesondere Aussagen zur aktuellen Risikotragfähigkeitsrechnung und zur Auslastung der jeweiligen Risikolimite getroffen.

Die Revision ist als organisatorisch unabhängige Organisationseinheit direkt dem Vorstand unterstellt und überwacht die Einhaltung der Kriterien und Abläufe zur Risikoüberwachung und -steuerung durch interne Prü-

fungen. Sämtliche Prozesse und Verantwortlichkeiten der Risikoüberwachung und -steuerung sind in einem Handbuch Risiko schriftlich dokumentiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Die Risikostrategie wird mindestens einmal jährlich überprüft, in Abstimmung zur Geschäftsstrategie sowie zur operativen und Mittelfristplanung der Bank aktualisiert und im Intranet der IBB veröffentlicht.

Risikoarten

Die wesentlichen Risiken, denen der IBB Konzern ausgesetzt ist, sind banktypische Risiken sowie die Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit. Im Risikocontrolling unterscheidet die IBB zwischen den Risikoarten:

- Adressrisiko
 - Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten-, Anteilseigner- und Länderrisiko
- Spreadrisiko
- Beteiligungsrisiko
- Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiko)
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Sonstiges Risiko

Die eingegangenen Risiken werden auf der Ebene des Konzerns erfasst, unabhängig davon, in welcher Organisationseinheit die Risiken verursacht wurden, und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns durch ein abgestimmtes System von Risikolimiten und organisatorischen Maßnahmen begrenzt. Vom Risikomanagement nicht erfasst sind lediglich Management- und Reputationsrisiken.

Inanspruchnahme von Erleichterungsregelungen

Die IBB nimmt die folgenden, nach KWG und den MaRisk möglichen wesentlichen Erleichterungsregeln in Anspruch:

Das Länderrisiko wird weiterhin nicht separat limitiert, da es für das Förderkreditportfolio unwesentlich ist. Für das Geld- und Kapitalmarktportfolio der Bank wird das Spektrum an Engagements, welche ein Länderrisiko induzieren, im Rahmen der Globalvorlage festgelegt, regelmäßig überprüft und durch den Vorstand der IBB beschlossen. Die Identifikation von Risikokonzentrationen aus Länderrisiken und die Berichterstattung an den Vorstand erfolgen im Risikocontrolling der Bank vierteljährlich. Eine Überprüfung der Angemessenheit der Inanspruchnahme der Erleichterungsregelung bezüglich der Länderrisiken erfolgt mindestens einmal jährlich.

Das Anteilseignerrisiko resultiert aus den strategischen Beteiligungen der IBB. Aufgrund des geringen Verlustrisikos (Anteil am Konzernrisiko < 0,5%) der strategischen Beteiligungen der IBB wird das Anteilseignerrisiko als nicht wesentliches Risiko klassifiziert. Ungeachtet dessen wird das Anteilseignerrisiko als Bestandteil des Adressrisikos monatlich ermittelt und bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit

Die Bestimmung der Risikotragfähigkeit erfolgt in der IBB in wertorientierter (ökonomischer) Sichtweise unter Berücksichtigung der regulatorischen Eigenkapitalausstattung. Dazu werden monatlich die Verlustrisiken der wesentlichen Risikoarten grundsätzlich auf einem einheitlichen Kon-

fidenzniveau von 99 % mit einem Risikohorizont von einem Jahr gemessen und dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Risikomindernde Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten werden nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung eines langfristigen Going Concern des Konzerns. Zusätzlich wird quartalsweise eine GuV-orientierte Risikotragfähigkeit auf einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Die Einhaltung dieser Sichtweise stellt eine strenge Nebenbedingung dar.

Im Berichtsjahr wurden folgende wesentlichen Änderungen im Risikomanagementsystem vorgenommen:

- Die Quantifizierung der Adressrisiken erfolgt seit Anfang 2014 einheitlich. Das Portfoliomodell, welches bereits zur Quantifizierung der Kontrahentenrisiken und der Adressrisiken auf Gesamtbankebene eingesetzt wurde, wird nun auch zur Quantifizierung der Kreditrisiken verwendet.
- Die Bereitstellung risikoadjustierter Bewertungskurven erfolgt seit Anfang 2014 über einen anderen Marktdatenanbieter.
- Im Zuge der im Jahr 2014 durchgeführten Validierung des Spreadrisikomodells wurde die Anzahl der Clusterzentren auf 14 erhöht sowie die Clustering-Methodik auf die Spiegelung der historischen Delta Spread Szenarien vor dem Clustering angepasst.

Zum 31.12.2014 betrug die Auslastung des zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials 57%. Damit stieg vergleichsweise zum 31.12.2013 die Auslastung des Risikodeckungspotenzial-Limits um 4 Prozentpunkte. Die Entlastung der Risikokennzahlen ist auf verschiedene, teilweise gegenläufige Effekte zurückzuführen:

Die Entlastung der Risikokennzahlen resultiert im Wesentlichen aus dem Wechsel des Marktdatenanbieters, der Berücksichtigung von spezifischen Credit Spreads für Covered Bonds sowie dem Rückgang und der Einengung der Credit Spreads.

Darüber hinaus reduzierte sich das Risikodeckungspotenzial der Bank infolge des Wegfalls der Sitzlandprivilegierung bei der Ermittlung des gebundenen haftenden Eigenkapitals. Die wertorientierte Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2014 zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Wertorientierte Risikotragfähigkeit der Investitionsbank Berlin in Mio. EUR

	31.12.2014		31.12.2013	
Risiko - Limit	832,4	100 %	938,7	100 %
Adressrisiko	295,0		323,9	
davon Kreditrisiko	227,1		160,7	
davon Emittenten-, Kontrahentenrisiko	66,5		119,2	
Spreadrisiko	99,7		92,5	
Beteiligungsrisiko	14,0		13,5	
Marktpreisrisiko	30,0		30,0	
Operationelles Risiko	26,7		28,2	
Liquiditätsrisiko	0,2		0,3	
Sonstige Risiken	8,0		8,0	
Gesamtbankrisiko	473,7	57 %	496,4	53 %

Um das Risikoprofil der Bank auch in Stresssituationen beurteilen zu können, wird außer den Verfahren zur Bestimmung der Verlustrisiken unter normalen Marktbedingungen regelmäßig ein breites Spektrum an Stress- und Szenarioanalysen inklusive eines Gone-Concern-Szenarios für alle wesentlichen Risiken und Risikoarten durchgeführt. Zusätzlich werden ggf. anlassbezogen Stresstests durchgeführt. Es werden außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse in geeigneten historischen, hypothetischen und inversen Szenarien abgebildet. Die Angemessenheit der Stress- und Szenarioanalysen sowie deren zugrunde liegende Annahmen werden mindestens jährlich überprüft und die Ergebnisse bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Zur fortlaufenden Sicherstellung der Risikotragfähigkeit wurden entsprechend der beabsichtigten Kapitalallokation der IBB Risikolimits für die Verlustrisiken festgelegt. Das Limitsystem ist dabei so gestaltet, dass durch das Einhalten der wertorientierten Risikolimits auch die regulatorischen Anforderungen eingehalten werden. Alle das Risikoprofil des Konzerns betreffenden Entscheidungen oder Festlegungen orientieren sich an der Risikotragfähigkeit der IBB.

Adressrisiko

Unter dem Adressrisiko versteht die IBB das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern.

Der operative Handlungsrahmen des Kreditportfolio-Managements umfasst außer der unterjährigen Überwachung der Entwicklung der Kreditportfolioqualität auch das Monitoring der wesentlichen Einzelkreditnehmer bzw. der portfoliostrukturbezogenen Risikotreiber. Die Quantifizierung und Überwachung des Verlustpotenzials aus Adressrisiken erfolgt über die Risikokennzahl Credit Value at Risk (CVaR) mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Die Bestimmung der Adressrisiken erfolgt mit einem Mark-to-Model-Ansatz, der auch das Risiko von Migrationen zwischen den Ratingklassen berücksichtigt.

Ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements für Adressrisiken in der IBB ist der Einsatz eines Limitsystems, welches ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen der Verlustrisiken verhindern soll. Die zentrale Limitüberwachung auf Portfolioebene erfolgt durch das Risiko-Controlling. Darüber hinaus werden Limite für Global- und Einzelgeschäfte vom Vorstand beschlossen. Die Einhaltung der Limite wird durch den Bereich Kreditbetreuung täglich überwacht.

Die IBB hat zu zentralen Fragestellungen des Kreditportfolios ein Kreditkomitee eingerichtet, das sich mit Risikofragen im Förderkreditgeschäft und im Geschäft mit institutionellen Kunden beschäftigt. Außerdem werden dort alle die Kreditbearbeitung betreffenden operationellen Risiken erörtert.

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbemessung wendet die IBB den Kreditrisiko-Standardansatz nach § 24 SolV an.

In einem mindestens jährlichen Turnus werden wesentliche Modellparameter der Kreditrisikomodelle, wie Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten, Korrelationsparameter oder Risikofaktoren, auf ihre Validität überprüft und erforderlichenfalls angepasst.

Die IBB nutzt in nennenswertem Umfang Sicherheiten, insbesondere öffentliche Bürgschaften sowie Grundpfandrechte und Barsicherheiten, zur Minderung ihrer Adressrisiken. Die im Rahmen des Kreditgeschäftes in Form von öffentlichen Bürgschaften und Grundpfandrechten erhaltenen Sicherheiten werden in der Tabelle Entwicklung maximale Adressrisiken IBB 2013 – 2014 aufgeführt. Diese Sicherheiten dürfen nur bei Zahlungsverzug verwertet werden. Bezüglich weiterer erhaltener Sicherheiten verweisen wir auf die Notesangaben zu den Wertpapierpensionsgeschäften (61) und zu den Sicherungsleistungen (62).

Kreditrisiko

Im Fokus des Kreditgeschäftes der IBB steht, entsprechend ihrem Förderauftrag, die Region Berlin. Die Kreditrisiken der Bank resultieren im Wesentlichen aus den Geschäftsfeldern Immobilienförderung und Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Struktur des Kreditportfolios ist die Ent-

wicklung der Risiken der IBB auch weiterhin eng mit der Entwicklung des Berliner Marktes für Wohnimmobilien verbunden. Die nachfolgend dargestellten Tabellen Kredite im Risiko bzw. nicht im Risiko der IBB nach Branchen und Ratingklassen sind mit den Vorjahreszahlen nicht vergleichbar, da zusätzlich die unwiderruflichen Auszahlungsverpflichtungen in die Messung der Kreditrisiken aufgenommen wurden.

Aus den öffentlich verbürgten Förderdarlehen und den Darlehen nicht im Risiko der IBB (z. B. Landesmittel) entstehen für die IBB lediglich unwesentliche Adressrisiken aufgrund von Provisions- oder Gebührenzahlungen. Diese sind dennoch Gegenstand des Kreditrisikomanagement - Prozesses. Die Refinanzierung der Förderdarlehen im aktuellen IBB-Portfolio erfolgte durch die Aufnahme von Mitteln am Geld- und Kapitalmarkt, aber auch durch Mittel des Landes Berlin oder der Europäischen Union.

Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß DSGVO-Masterskala in %

Ratingklasse	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet
Ausfallwahrscheinlichkeit	<0,4	0,6 bis 4,4	6,7 bis 45,0	Ausfall	5,1

Kredite im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment \ Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	Ungeratet	Gesamt	mCVaR ^[1]
Wirtschaftsförderung	2.282,5	257,9	325,7	23,0	7,1	2.896,1	36,7
Mietwohnungsbau	4.993,1	1.574,2	98,0	97,0	107,6	6.869,9	156,9
Eigentumsmaßnahmen	78,1	531,9	44,9	44,5	3,6	703,0	33,6
Inanspruchnahme gesamt	7.353,8	2.363,9	468,6	164,6	118,2	10.469,1	227,1
in %	70,2	22,6	4,5	1,6	1,1	100,0	-
(marginaler) CVaR	83,7	104,2	28,0	0,0	11,1	227,1	-
in %	36,9	45,9	12,3	0,0	4,9	100,0	-

Das Kreditrisiko hat sich ggü. dem Vorjahr deutlich von 160,7 Mio. EUR auf 227,1 Mio. EUR erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf den Wechsel des Kreditportfoliomodells von CreditRisk+ auf CreditMetrics zurückzuführen (vgl. Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“). Unabhängig von der Modellanpassung konnte im Berichtsjahr ein Anstieg des Kreditrisikos im Teilportfolio Mietwohnungsbau von 136,1 Mio. EUR im Januar 2014 (gemessen mit CreditMetrics) auf 156,9 Mio. EUR infolge des deutlichen Rückgangs der risikolosen Zinsen beobachtet werden. Das Kreditrisiko im Teilportfolio Wirtschaftsförderung hat sich von 54,0 Mio. EUR im Januar 2014 auf 36,7 Mio. EUR reduziert.

Kredite nicht im Risiko der IBB nach Segmenten und Ratingklassen in Mio. EUR

Segment \ Rating	1-5	6-11	12-15	16-18	ungeratet	Gesamt
Wirtschaftsförderung	12,6	7,9	1,9	51,2	101,9	175,5
Mietwohnungsbau	1.294,5	1.507,4	217,5	606,6	277,7	3.903,7
Eigentumsmaßnahmen	84,8	18,8	4,0	22,9	0,2	130,8
Inanspruchnahme gesamt	1.392,0	1.534,1	223,4	680,7	379,8	4.210,0
in %	33,1	36,4	5,3	16,2	9,0	100,0

Das Volumen der Kredite nicht im Risiko der IBB hat sich gegenüber dem Vorjahr von 4.448,8 Mio. EUR auf 4.210,0 Mio. EUR reduziert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Teilportfolio Mietwohnungsbau.

^[1] marginaler Credit Value at Risk

Emittenten- und Kontrahentenrisiko

Emittenten- und Kontrahentenrisiken des IBB-Portfolios resultieren aus den Geld- und Kapitalmarkt-Engagements des Geschäftsfeldes Treasury. Die Engagements werden ausschließlich in klassischen Instrumenten, wie beispielsweise Termingeldern, Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, getätigt. Derivative Produkte in Form von Zinsswaps dienen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos. Strukturierte Kreditprodukte sind nicht Bestandteil des Portfolios.

Inanspruchnahme Geld- und Kapitalmarktgeschäft nach Ratingklassen in Mio. EUR

Rating	1-5	6-11	12-15	Ausfall	ungeratet	Gesamt	mCVaR
IA Gesamt	6.694,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6.694,8	66,5

Die deutliche Verringerung des Emittenten- und Kontrahentenrisikos ggü. dem Vorjahr von 119,2 Mio. EUR auf 66,5 Mio. EUR erklärt sich im Wesentlichen durch den Wechsel des Marktdatenanbieters sowie die Berücksichtigung von spezifischen Credit Spreads für Covered Bonds. Durch den Wechsel des Marktdatenanbieters konnte die Qualität der Credit Spread Kurven verbessert werden.

Anteilseignerrisiko

Anteilseignerrisiken bestehen für die IBB insbesondere in potenziellen Verlusten, die aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder Krediten an Unternehmen entstehen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht. Die daraus entstehenden Risiken werden durch das Risikocontrolling ermittelt und überwacht. Die Steuerung der Anteilseignerrisiken erfolgt im Beteiligungsmanagement der IBB.

Aufgrund der Unwesentlichkeit des Anteilseignerrisikos für den Konzern wurde für diese Risikoart kein Verlustrisikolimit festgelegt. Eine Berichterstattung zu dem Anteilseignerrisiko erfolgt nur bei wesentlichen Änderungen der Risikoposition.

Das maximale **Ausfallrisiko** gemäß IFRS 7.36 (a) entspricht zum Bilanzstichtag mit Ausnahme der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden dem Buchwert der finanziellen Vermögenswerte.

Für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Buchwert (15.343,8 Mio. EUR, Vorjahr: 15.166,7 Mio. EUR) unter Berücksichtigung der Wertberichtigungen (41,4 Mio. EUR, Vorjahr: 42,9 Mio. EUR). Für Finanzgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen entspricht das maximale Ausfallrisiko dem Nominalwert abzüglich gebildeter Risikovorsorge (948,5 Mio. EUR, Vorjahr: 981,3 Mio. EUR). Sicherheiten sowie sonstige risikomindernde Vereinbarungen sind in diesen Beträgen nicht berücksichtigt. Im Folgenden werden das Ausfallrisiko und die erhaltenen Sicherheiten dargestellt.

Entwicklung maximale Adressenrisiken IBB 2013 - 2014¹

Segmente	Adressrisikobetrag				Wert der erhaltenen Sicherheiten ²	
	in Mio. EUR		in %		31.12.2014	31.12.2013
31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	
Wirtschaftsförderung	3.116,5	3.054,7	14,5%	15,7%	1.747,8	1.774,5
◆ Inanspruchnahme	2.728,5	2.639,4	12,7%	13,6%	1.514,1	1.566,0
• Loans and Receivables	2.725,0	2.635,8	12,7%	13,6%	1.514,0	1.566,0

¹ Aufgrund eines geänderten Ausweises von Aufwendungsdarlehen (Segment Mietwohnungsbau), die sich noch nicht in der Rückzahlungsphase befinden, sind die Angaben mit dem Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

² Vgl. Adressrisiko, Ausführungen zu Sicherheiten

• Financial Assets at Fair Value	3,5	3,6	0,0%	0,0%	0,1	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	308,3	338,9	1,4%	1,8%	233,7	208,5
◆ Finanzgarantien	79,6	76,4	0,4%	0,4%	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	10.251,8	8.752,4	47,8%	45,1%	9.026,1	7.296,2
◆ Inanspruchnahme	9.703,3	8.186,9	45,2%	42,2%	8.671,3	7.055,7
• Loans and Receivables	9.700,4	8.184,5	45,2%	42,2%	8.671,3	7.055,7
• Financial Assets at Fair Value	2,9	2,4	0,0%	0,0%	0,0	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	504,5	519,7	2,4%	2,7%	335,3	237,9
◆ Finanzgarantien	44,0	45,8	0,2%	0,2%	19,5	2,5
Eigentumsmaßnahmen	790,5	949,5	3,7%	4,9%	535,7	647,8
◆ Inanspruchnahme	787,3	945,6	3,7%	4,9%	535,6	647,6
• Loans and Receivables	787,3	945,6	3,7%	4,9%	535,6	647,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	3,2	3,9	0,0%	0,0%	0,1	0,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	14.158,8	12.756,6	66,0%	65,7%	11.309,5	9.718,5
◆ Inanspruchnahme	13.219,1	11.771,9	61,6%	60,7%	10.720,9	9.269,4
• Loans and Receivables	13.212,7	11.765,8	61,6%	60,6%	10.720,8	9.269,4
• Financial Assets at Fair Value	6,4	6,1	0,0%	0,0%	0,1	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	816,1	862,5	3,8%	4,4%	569,1	446,6
◆ Finanzgarantien	123,6	122,2	0,6%	0,6%	19,5	2,5
Treasury	7.039,8	6.421,5	32,8%	33,1%	82,0	114,4
◆ Inanspruchnahme	7.039,8	6.421,5	32,8%	33,1%	82,0	114,4
• Loans and Receivables	1.893,8	1.216,3	8,8%	6,3%	7,0	14,4
• Financial Assets at Fair Value	3.617,2	3.331,3	16,9%	17,2%	75,0	100,0
• Available for Sale	1.528,7	1.873,9	7,1%	9,7%	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB³	2,6	1,8	0,0%	0,0%	0,0	0,0
◆ Inanspruchnahme	2,0	1,2	0,0%	0,0%	0,0	0,0
• Available for Sale	2,0	1,2	0,0%	0,0%	0,0	0,0
• Auszahlungsverpflichtung	0,6	0,6	0,0%	0,0%	0,0	0,0
Summe IBB	21.201,1	19.179,9	98,8%	98,8%	11.391,5	9.832,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe⁴	262,8	230,6	1,2%	1,2%	0,0	0,0
◆ Inanspruchnahme	262,8	230,6	1,2%	1,2%	0,0	0,0
• Loans and Receivables	16,8	6,2	0,1%	0,0%	0,0	0,0
• Financial Assets at Fair Value	72,9	57,6	0,3%	0,3%	0,0	0,0
• Available for Sale	173,1	166,8	0,8%	0,9%	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	21.463,9	19.410,5	100,0%	100,00%	11.391,5	9.832,9

Das Gesamtportfolio des Konzerns IBB verfügt nach wie vor über eine hohe Kreditqualität. So werden zum 31.12.2014 76,9% der Finanzinstrumente von Kreditnehmern mit einer Ausfallwahrscheinlichkeit von nicht größer als 1,08% in Anspruch genommen. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 reduzierte sich der Anteil dieser Bonitätsklassen mit einer sehr geringen Ausfallwahrscheinlichkeit um 3,6%-Punkte. Ein weiterer Indikator für die gute Qualität des Gesamtportfolios ist der Anteil von 94,0% der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind. Im Vergleich zum Jahr 2013 sank dieser Wert um 1,0%-Punkte.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2014, in Mio. EUR

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18	ungeratet	Summe
Ausfallwahrscheinlichkeit Segmente	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	ausgefallen		
Wirtschaftsförderung	2.318,9	261,3	449,3	1,5	0,0	7,7	3.038,7
◆ Inanspruchnahme	2.077,7	163,9	404,6	1,5	0,0	5,9	2.653,5

³ Die Position betrifft die nicht konsolidierten Beteiligungen Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH, IBB Business Team GmbH, Peppermint CBF 1 GmbH & Co. KG, BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG und BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH.

⁴ Dargestellt werden die Finanzinstrumente der verbundenen Unternehmen IBB Beteiligungsgesellschaft mbH, VC Fonds Berlin GmbH, VC Fonds Kreativwirtschaft Berlin GmbH, VC Fonds Technologie Berlin GmbH, IBB-Holding GmbH, Immobiliengesellschaft Spreestadt-Wegelystraße mbH, BTGI Berliner Trägergesellschaft für Gewerbe-Infrastrukturmaßnahmen mbH (BTGI), ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin mbH, DeAM-Fonds IBB Corp (Spezial-Sondervermögen nach dem InvG) und IBB Technologie Entwicklungsfonds GmbH & Co. KG.

• Loans and Receivables	2.077,7	163,7	403,0	1,0	0,0	5,9	2.651,2
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,2	1,6	0,5	0,0	0,0	2,3
♦ Auszahlungsverpflichtungen	241,2	30,4	36,0	0,0	0,0	0,2	307,8
♦ Finanzgarantien	0,0	67,0	8,8	0,0	0,0	1,6	77,4
Mietwohnungsbau	4.041,0	2.594,3	1.885,4	193,7	58,2	345,2	9.117,7
♦ Inanspruchnahme	3.763,6	2.469,0	1.830,5	192,5	58,2	341,0	8.654,9
• Loans and Receivables	3.763,6	2.466,7	1.830,0	192,5	58,2	341,0	8.652,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	2,4	0,6	0,0	0,0	0,0	2,9
♦ Auszahlungsverpflichtungen	247,3	119,6	54,9	1,2	0,0	4,1	427,1
♦ Finanzgarantien	30,1	5,6	0,0	0,0	0,0	0,1	35,8
Eigentumsmaßnahmen	55,6	198,7	436,7	12,9	3,6	6,6	714,0
♦ Inanspruchnahme	54,9	197,8	436,5	12,9	3,6	5,2	710,9
• Loans and Receivables	54,9	197,8	436,5	12,9	3,6	5,2	710,9
♦ Auszahlungsverpflichtungen	0,7	0,8	0,2	0,0	0,0	1,4	3,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	6.415,4	3.054,2	2.771,5	208,1	61,9	359,4	12.870,4
♦ Inanspruchnahme	5.896,2	2.830,7	2.671,6	206,9	61,8	352,0	12.019,3
• Loans and Receivables	5.896,2	2.828,2	2.669,5	206,4	61,8	352,0	12.014,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	2,5	2,2	0,5	0,0	0,0	5,2
♦ Auszahlungsverpflichtungen	489,1	150,8	91,1	1,2	0,1	5,7	738,0
♦ Finanzgarantien	30,1	72,6	8,8	0,0	0,0	1,6	113,1
Treasury	6.956,6	82,5	0,0	0,0	0,0	0,6	7.039,8
♦ Inanspruchnahme	6.956,6	82,5	0,0	0,0	0,0	0,6	7.039,8
• Loans and Receivables	1.874,8	18,4	0,0	0,0	0,0	0,6	1.893,8
• Financial Assets at Fair Value	3.553,0	64,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.617,2
• Available for Sale	1.528,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.528,7
Beteiligungen der IBB	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
♦ Inanspruchnahme	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
• Available for Sale	0,0	1,7	0,2	0,0	0,0	0,0	2,0
Summe IBB	13.372,0	3.138,4	2.771,7	208,1	61,9	360,0	19.912,1
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	262,3	262,3
♦ Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	262,3	262,3
• Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,4	16,4
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	72,9	72,9
• Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	173,1	173,1
Summe IBB Gruppe	13.372,0	3.138,4	2.771,7	208,1	61,9	622,4	20.174,5
	62,3%	14,6%	12,9%	1,0%	0,3%	2,9%	94,0%⁵

⁵ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Kreditqualität der Finanzinstrumente, die weder überfällig noch wertgemindert sind zum 31.12.2013, in Mio. EUR

Ratingstufe	1-3	4-7	8-12	13-15	16-18			
Ausfallwahrscheinlichkeit	0,21%	1,08%	8,16%	>8,16%	ausgefallen	ungeratet	Summe	
Segmente								
Wirtschaftsförderung	987,1	1.530,8	473,3	14,4	0,0	10,5	3.015,9	
◆ Inanspruchnahme	732,8	1.422,3	422,8	14,4	0,0	8,8	2.600,9	
• Loans and Receivables	732,8	1.420,9	421,0	14,2	0,0	8,6	2.597,5	
• Financial Assets at Fair Value	0,0	1,3	1,8	0,1	0,0	0,2	3,4	
◆ Auszahlungsverpflichtungen	250,3	45,0	43,0	0,0	0,0	0,5	338,8	
◆ Finanzgarantien	4,0	63,5	7,5	0,0	0,0	1,2	76,2	
Mietwohnungsbau	3.021,3	3.378,6	962,5	192,6	82,6	261,4	7.899,0	
◆ Inanspruchnahme	2.728,1	3.181,8	903,4	188,7	80,4	257,7	7.340,0	
• Loans and Receivables	2.728,1	3.179,4	903,4	188,7	80,4	257,7	7.337,6	
• Financial Assets at Fair Value	0,0	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4	
◆ Auszahlungsverpflichtungen	271,2	174,6	57,8	3,9	2,2	3,7	513,3	
◆ Finanzgarantien	22,1	22,2	1,3	0,0	0,0	0,1	45,8	
Eigentumsmaßnahmen	67,4	226,0	560,6	15,4	4,4	3,1	876,8	
◆ Inanspruchnahme	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1	
• Loans and Receivables	65,6	224,7	560,2	15,4	4,4	2,8	873,1	
◆ Auszahlungsverpflichtungen	1,9	1,3	0,3	0,0	0,0	0,3	3,7	
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	4.075,9	5.135,3	1.996,4	222,3	87,0	274,9	11.791,8	
◆ Inanspruchnahme	3.526,4	4.828,7	1.886,4	218,4	84,8	269,2	10.814,0	
• Loans and Receivables	3.526,4	4.825,0	1.884,6	218,3	84,8	269,1	10.808,2	
• Financial Assets at Fair Value	0,0	3,7	1,8	0,1	0,0	0,2	5,8	
◆ Auszahlungsverpflichtungen	523,3	220,9	101,1	3,9	2,2	4,5	855,8	
◆ Finanzgarantien	26,1	85,7	8,9	0,0	0,0	1,2	122,0	
Treasury	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5	
◆ Inanspruchnahme	6.313,6	96,4	0,0	0,0	0,0	11,5	6.421,5	
• Loans and Receivables	1.189,4	26,9	0,0	0,0	0,0	0,0	1.216,3	
• Financial Assets at Fair Value	3.265,5	54,3	0,0	0,0	0,0	11,5	3.331,3	
• Available for Sale	1.858,7	15,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1.873,9	
Beteiligungen der IBB	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2	
◆ Inanspruchnahme	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2	
• Available for Sale	0,0	1,1	0,1	0,0	0,0	0,1	1,2	
Summe IBB	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	286,6	18.214,5	
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2	
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	230,2	230,2	
• Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	5,8	5,8	
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	57,6	57,6	
• Available for Sale	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	166,8	166,8	
Summe IBB Gruppe	10.389,5	5.232,8	1.996,5	222,3	87,0	516,8	18.444,7	
	53,5%	27,0%	10,3%	1,1%	0,4%	2,7%	95,0%⁶	

Der Anteil überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente im Portfolio der IBB beträgt 5,8 %.

⁶ Anteil am Gesamtbuchwert der Finanzinstrumente der IBB-Gruppe.

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2014 in Mio. EUR

Verzugsdauer							
Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	68,6	0,5	0,5	1,6	1,0	72,1	7,7
◆ Inanspruchnahme	66,0	0,5	0,5	1,6	0,8	69,3	7,7
• Loans and Receivables	64,8	0,5	0,5	1,6	0,8	68,2	7,7
• Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0
◆ Finanzgarantien	2,1	0,0	0,0	0,0	0,2	2,3	0,0
Mietwohnungsbau	1.045,6	16,3	3,1	14,6	47,4	1.127,1	981,8
◆ Inanspruchnahme	960,0	16,3	3,1	14,6	47,4	1.041,4	919,6
• Loans and Receivables	960,0	16,3	3,1	14,6	47,4	1.041,4	919,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	77,4	0,0	0,0	0,0	0,0	77,5	54,0
◆ Finanzgarantien	8,2	0,0	0,0	0,0	0,0	8,2	8,2
Eigentumsmaßnahmen	34,5	4,3	1,2	4,5	11,1	55,6	45,7
◆ Inanspruchnahme	34,4	4,3	1,2	4,5	11,1	55,5	45,7
• Loans and Receivables	34,4	4,3	1,2	4,5	11,1	55,5	45,7
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
◆ Inanspruchnahme	1.060,4	21,1	4,8	20,7	59,3	1.166,3	973,1
• Loans and Receivables	1.059,2	21,1	4,8	20,7	59,3	1.165,1	973,1
• Financial Assets at Fair Value	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	78,0	0,0	0,0	0,0	0,0	78,0	54,0
◆ Finanzgarantien	10,3	0,0	0,0	0,0	0,2	10,5	8,2
Summe IBB	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	1.148,7	21,1	4,8	20,7	59,5	1.254,8	1.035,3
	5,4%	0,1%	0,0%	0,1%	0,3%	5,8%^b	

Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente zum 31.12.2013 in Mio. EUR

Verzugsdauer							
Segmente	Verzug ≤ 10 Tage	Verzug > 10 Tage und ≤ 90 Tage	Verzug > 90 Tage und ≤ 180 Tage	Verzug > 180 Tage und ≤ 1 Jahr	Verzug > 1 Jahr	Summe in Mio. EUR	Fair-Value der gestellten Sicherheiten
Wirtschaftsförderung	0,0	3,3	1,5	11,3	21,6	37,7	3,9
◆ Inanspruchnahme	0,0	3,3	1,3	11,3	21,6	37,5	3,9
• Loans and Receivables	0,0	3,3	1,3	11,1	21,6	37,3	3,9
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
◆ Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Mietwohnungsbau	1,0	39,6	15,4	50,9	736,9	843,8	810,1
◆ Inanspruchnahme	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
• Loans and Receivables	1,0	34,0	15,4	50,9	736,1	837,4	809,2
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,8	6,4	0,9
Eigentumsmaßnahmen	0,0	4,7	1,6	6,1	35,4	47,9	39,7
◆ Inanspruchnahme	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
• Loans and Receivables	0,0	4,7	1,6	6,1	35,3	47,8	39,7
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
◆ Inanspruchnahme	1,0	41,9	18,3	68,4	793,0	922,6	852,8
• Loans and Receivables	1,0	41,9	18,3	68,1	793,0	922,4	852,8
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	5,6	0,0	0,0	0,9	6,6	0,9
◆ Finanzgarantien	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,2	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
• Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	1,0	47,5	18,6	68,4	793,9	929,4	853,7
	0,0%	0,2%	0,1%	0,4%	4,1%	4,8%^b	

Individuell wertgeminderte Finanzinstrumente (EWB)

Segmente	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair-Value der gestellten Sicherheiten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Wirtschaftsförderung	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
◆ Inanspruchnahme	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
• Loans and Receivables	11,0	1,8	5,3	0,8	5,7	1,0	0,0	0,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
◆ Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Mietwohnungsbau	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
◆ Inanspruchnahme	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
• Loans and Receivables	10,4	15,2	3,4	5,6	7,0	9,6	3,8	5,5
◆ Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Eigentumsmaßnahmen	38,0	44,9	17,1	20,2	20,9	24,8	12,7	14,7
◆ Inanspruchnahme	38,0	44,8	17,1	20,2	20,9	24,7	12,7	14,7
• Loans and Receivables	38,0	44,8	17,1	20,2	20,9	24,7	12,7	14,7
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
Zwischensumme Kredit- und Förderungsgeschäft	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,4	16,5	20,2
◆ Inanspruchnahme	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,3	16,5	20,2
• Loans and Receivables	59,4	61,9	25,8	26,6	33,6	35,3	16,5	20,2
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0
◆ Finanzgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Treasury	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungen der IBB	10,0	10,0	9,4	9,4	0,6	0,6	0,0	0,0
Summe IBB	69,4	71,9	35,2	36,0	34,2	36,0	16,5	20,2
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
◆ Inanspruchnahme	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
• Loans and Receivables	0,6	0,8	0,2	0,4	0,4	0,4	0,0	0,0
Summe IBB Gruppe	70,0	72,6	35,4	36,4	34,6	36,3	16,5	20,2
					0,2% ⁶	0,2% ⁶		

Spreadrisiko

Die Bank definiert Spreadrisiken als Verlustrisiken aus systematischen und kreditnehmerspezifischen, marktinduzierten Veränderungen der Credit Spreads über alle Ratingklassen innerhalb des Solvenzbereiches hinweg. Spreadausweitungen können selbst bei unveränderter Ratingeinstufung von Adressen des Geld- und Kapitalmarktes erfolgen und erhebliche Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit des Konzerns haben.

Spreadrisiken entstehen für die Bank ausschließlich aus Positionen des Geld- und Kapitalmarktportfolios und sind innerhalb der Risikotragfähigkeitsberechnung limitiert. Außerdem werden regelmäßig im Rahmen eines Asset-Liability-Committee Handlungserfordernisse abgestimmt. Die Risikolimitüberwachung erfolgt monatlich auf Portfolioebene. Die Adress- und Spreadrisiken des Portfolios werden additiv berücksichtigt, d. h. ohne Berücksichtigung etwaiger Diversifikationseffekte.

Die Bank steuert und überwacht das Spreadrisiko mittels der Kennzahl Credit Spread Value at Risk (CSVaR) gerechnet mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr.

Spreadrisiken (CSVaR) nach Ratingklassen und Branchen, in Mio. EUR

Rating	1			2 - 3	4 - 7	8 - 12	13 - 15	Gesamt
	AAAA / AAA	AA+ / AA-	A+ / A / A-					
Banken, und Versicherungen des Inlands	10,8	4,7	2,0	2,9	0,5	0,0	0,0	20,8
Banken und Versicherungen des Auslands	2,0	10,1	29,7	0,0	1,7	0,0	0,0	43,5
Öffentliche Hand Inland	2,5	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Öffentliche Hand Ausland	0,8	19,3	7,6	0,0	0,0	0,0	0,0	27,7
Corporates	0,0	0,0	5,1	0,0	0,0	0,0	0,0	5,1
Summe CSVaR	16,1	34,1	44,5	2,9	2,2	0,0	0,0	99,7

Die wesentlichen Risikofaktoren für die Entwicklung der Spreadrisiken im Geld- und Kapitalmarktportfolio stellen Credit-Spread-Veränderungen der Branchen Banken und Öffentliche Hand Ausland dar.

Das Spreadrisiko für die Branche Banken und Versicherungen des Auslands beträgt 43,5 Mio. EUR gegenüber 37,0 Mio. EUR im Vorjahr und ist damit angestiegen. Darüber hinaus hat sich der Spreadrisiko der Branche Öffentliche Hand Ausland auf 27,7 Mio. EUR gegenüber 31,6 Mio. EUR im Vorjahr reduziert. Beide Änderungen sind auf Bestandsänderungen innerhalb der Branchen sowie auf die im Abschnitt „Wertorientierte Risikotragfähigkeit“ beschriebene Modellanpassung bzgl. des Clusterings zurückzuführen.

Das Exposure in den PIIGS-Staaten ist konstant. Ferner bestehen keine Forderungen ggü. Russland und der Ukraine.

Ausländische Wertpapiere mit dem Fokus PIIGS-Staaten in Mio. EUR (Stichtag 31.12.2014)

Land	Nominal			Marktwert		
	AfS	FVO	Summe	AfS	FVO	Summe
Italien	7,0	150,0	157,0	7,6	163,7	171,3
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Staat	0,0	150,0	150,0	0,0	163,7	163,7
davon Corporates	7,0	0,0	7,0	7,6	0,0	7,6
Spanien	1,0	55,0	56,0	1,1	61,4	62,5
davon Banken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
davon Staat	0,0	55,0	55,0	0,0	61,4	61,4
davon Corporates	1,0	0,0	1,0	1,1	0,0	1,1
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Irland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portugal	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt PIIGS	8,0	205,0	213,0	8,7	225,1	233,8
Sonstige Länder	1.610,5	2.224,5	3.835,0	1.653,7	2.398,4	4.052,1
Gesamt	1.618,4	2.429,5	4.047,9	1.662,4	2.623,4	4.285,9

Beteiligungsrisiko

Die Venture Capital Beteiligungen der IBB-Beteiligungsgesellschaft und der von ihr gemanagten VC-Fonds unterliegen dem Beteiligungsrisiko. Ziel ist es, die Beteiligungsunternehmen über einen definierten Zeitraum zu begleiten und dann möglichst mit Gewinn zu veräußern, so dass über diese Exits Rückflüsse für die VC-Fonds generiert werden. Das Beteiligungsrisiko berücksichtigt daher nicht nur den Ausfall von Beteiligungsunternehmen, sondern auch Verlustereignisse, die durch Marktwertänderungen verursacht werden können.

Um die Risiken des Venture-Capital-Portfolios der IBB bestimmen und steuern zu können, verwendet die IBB ein erweitertes Kreditrisikomodell. Das Modell quantifiziert dabei das Risiko aufgrund von Verlustereignissen aus den Beteiligungspositionen als unerwarteten Verlust auf mit einem 99%-Konfidenzniveau auf einen Risikohorizont von einem Jahr. Das Beteiligungsrisiko betrug zum 31.12.2014 14,0 Mio. EUR (Vorjahr 13,5 Mio. EUR).

Gefährdete Engagements und Risikovorsorge

Die Bearbeitung von Intensiv- und Problemkrediten obliegt grundsätzlich auf die Sanierung bzw. Abwicklung von Krediten spezialisierten Mitarbeitern in dem gesonderten Bereich Kreditrisikobetreuung. Für die erkennbaren Risiken des Kreditgeschäfts wurde eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Die Bank unterscheidet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen, Portfoliowertberichtigungen in Anlehnung an IAS 39 und Rückstellungen im Kreditgeschäft. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden einzeln wertberichtigt. Die Höhe einer erforderlichen Risi-

kovorsorge wird dabei unter Berücksichtigung der Werthaltigkeit der Besicherung bestimmt. Für ausfallgefährdete Forderungen der Segmente Eigentumsmaßnahmen und Mikrodarlehen (Mengengeschäft) erfolgt die Ermittlung des erforderlichen Risikovorsorgebedarfs mittels eines maschinellen, pauschalierten Verfahrens. Neben der Identifizierung der Verlustereignisse für einzelne Forderungen werden in dem Verfahren vorhandene Sicherheiten vertragsindividuell berücksichtigt. Zur weiteren Abschirmung latenter Risiken auf Forderungen bildet die IBB für alle nicht individuell oder pauschaliert einzelwertberechtigten Forderungen eine Portfoliowertberichtigung. Der gesamte Risikovorsorgebestand verringerte sich im Berichtsjahr durch Inanspruchnahme des Bestandes sowie Auflösung von Risikovorsorge von 43,4 Mio. EUR auf 41,7 Mio. EUR.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Mio. EUR

	31.12.2014	31.12.2013
Einzelwertberichtigungen	8,9	5,6
Pauschalierte Einzelwertberichtigungen	17,1	21,0
Portfoliowertberichtigungen	15,4	16,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,3	0,4
Risikovorsorge Gesamt	41,7	43,4

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird in der IBB der potenzielle Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an den Finanzmärkten für die Positionen im Bankbuch der IBB entstehen kann, definiert. Die Marktpreisrisiken entstehen für die Bank aus Zinsänderungsrisiken. Das Preisrisiko von Eigenkapitaltiteln ist für die IBB unwesentlich.

Die Steuerung des Marktpreisrisikos erfolgt durch das Treasury der IBB. Die Bank steuert und überwacht die Marktpreisrisiken über einen Value-at-Risk-Ansatz mittels Historischer Simulation. Der Value at Risk wird für die tägliche Steuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von 63⁷ Tagen ermittelt. Der Value-at-Risk-Ansatz der IBB berücksichtigt die relevanten Risikofaktoren wie Zinssätze oder Volatilitäten sowie die Diversifikationseffekte zwischen den verschiedenen Teilportfolios. Als Steuerungsinstrumente werden Zinsswaps zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 betragen die risikomindernden Effekte aus den Swap-Positionen 57,6 Mio. EUR. Ergänzt werden die Value-at-Risk-Berechnungen durch verschiedene Szenarien. Neben besonderen Kurvenbewegungen sind auch Sensitivitätsanalysen, der aufsichtsrechtliche Zinsschock und inverse Stresstests Bestandteile der Analysen zum Marktpreisrisiko.

Das verwendete Modell der Modernen Historischen Simulation kann in wenig volatilen Märkten zu einer nur geringen Auslastung führen. Die IBB hat sich daher dazu entschlossen, für das Bankbuch und das Kreditportfolio einen Mindestwert in Höhe von 30 Mio. EUR für das Zinsänderungsrisiko anzusetzen.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt über ein System mit Limiten und Vorwarnstufen, die das Verlustpotenzial aus Marktpreisrisiken, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit, begrenzen. Die Risikolimiten werden mindestens einmal jährlich überprüft und vom Vorstand genehmigt.

Zur Überprüfung der Angemessenheit der Prognosegüte des Modells führt die IBB quartalsweise ein Backtesting nach dem Baseler Ampel-Konzept durch. In 2014 wurde lediglich ein Ausreißer festgestellt. Damit hat das Risikomodell seine Prognosegüte bestätigt.

⁷ Ab 01.01.2015 wird dieser Wert auf 250 Handelstage mittel Wurzel-t-Regel hochskaliert werden.

Die Bestimmung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Die Einhaltung des aufsichtsrechtlichen Grenzwertes von 20 % wird in der IBB täglich geprüft. Der Risikobetrag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch war für das Geschäftsjahr 2014 jederzeit kleiner als 20 % der Eigenmittel.

Im Rahmen der Risikoberichterstattung wird der Vorstand über die Risikoentwicklung, die Limitauslastung sowie die Entwicklung des Barwertes des Zinsbuches informiert. In der monatlichen Berichterstattung werden darüber hinaus die Ergebnisse aus Stress- und Szenariorechnungen analysiert. Überschreitungen von Limiten kamen im Berichtsjahr 2014 nicht vor.

Marktpreisrisiken nach Portfolien in Mio. EUR

Mindestwert bzw. Value at Risk, 99% Konfidenzniveau, 63 Tage Haltedauer;					
Portfolio	31.12.2013	31.03.2014	30.06.2014	30.09.2014	31.12.2014
Limitauslastung Bankbuch ⁸	42,9 %	42,9 %	42,9 %	42,9 %	42,9 %
Bankbuch ⁹	30,0 [14,8]	30,0 [17,7]	30,0 [15,4]	30,0 [22,1]	30,0 [22,6]
Kreditportfolio	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Asset- und Geldmarkt- Portfolio	5,4	6,0	5,8	5,0	2,4

Liquiditätsrisiko

Die nachfolgende Analyse der Fälligkeiten finanzieller Verbindlichkeiten basiert auf dem Zeitraum zwischen dem Bilanzstichtag und der verbleibenden vertraglichen Restlaufzeit. Dabei wurden die nicht diskontierten Cashflows auf die jeweiligen Laufzeitbänder verteilt. Sofern keine feste vertragliche Vereinbarung über den Rückzahlungszeitpunkt bestand, wurde der frühestmögliche Zeitpunkt bzw. die Kündigungsmöglichkeit herangezogen.

Die Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen wurden mit ihrem Nominalwert einbezogen.

⁸ Bezogen auf die Mindestauslastung in Höhe von 30 Mio. EUR.

⁹ Werte in Klammern stellen den gemessenen VaR dar.

in Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
PASSIVA		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.947,40	3.024,10
täglich fällig und unbestimmt	27,6	85,6
bis 3 Monate	610,2	1.615,80
3 Monate bis 1 Jahr	56,5	262,3
1 Jahr bis 5 Jahre	605,6	530,3
über 5 Jahre	647,5	530
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.877,20	8.210,70
täglich fällig und unbestimmt	636,2	601,6
bis 3 Monate	823,7	802,3
3 Monate bis 1 Jahr	256,9	259,4
1 Jahr bis 5 Jahre	1.497,40	1.481,00
über 5 Jahre	4.663,00	5.066,40
verbrieftete Verbindlichkeiten	7.434,40	6.229,00
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	507,5	263,9
3 Monate bis 1 Jahr	1.754,20	1.704,60
1 Jahr bis 5 Jahre	4.008,40	3.353,90
über 5 Jahre	1.164,30	906,5
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (ohne Derivate)	2.052,10	2.199,20
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	10,5	25,6
3 Monate bis 1 Jahr	215,1	110,8
1 Jahr bis 5 Jahre	864,8	1.000,20
über 5 Jahre	961,6	1.062,60
erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierte Verpflichtungen (Derivate)	1.342,40	1.397,90
täglich fällig und unbestimmt	0	0
bis 3 Monate	75,1	61,8
3 Monate bis 1 Jahr	152,7	171,9
1 Jahr bis 5 Jahre	558,5	614
über 5 Jahre	556,2	550,2
sonstige Passiva	17,2	14,1
täglich fällig und unbestimmt	13,8	14,1
1 Jahr bis 5 Jahre	3,4	0
Eventualverbindlichkeiten	123,4	122,2
täglich fällig und unbestimmt	123,4	122,2
unwiderrufliche Kreditzusagen	825,1	122,5
täglich fällig und unbestimmt	825,1	122,5

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, dass den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht nachgekommen werden kann oder dass im Falle einer Liquiditätskrise Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen generiert (Refinanzierungsrisiko) bzw. Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktsätzen liquidiert werden können (Marktliquiditätsrisiko).

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass die Bank stets in der Lage ist, ihren Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht nachzukommen und durch eine stetige Präsenz an den Geld- und Kapitalmärkten eine angemessene Refinanzierungsbasis sicherzustellen. Verantwortlich für die Liquiditätssteuerung ist der Bereich Treasury.

Durch die Refinanzierungsgarantie des Landes Berlin sowie das Land Berlin als alleiniger Eigentümer war die IBB auch im Jahr 2014 jederzeit in der Lage, sich mit ausreichend Liquidität zu einem angemessenen Preis in den erforderlichen Laufzeiten am Geld- und Kapitalmarkt zu versorgen.

Durch ein EZB-fähiges Asset-Portfolio wird sichergestellt, dass keine Liquiditätsengpässe entstehen können. Strikte Nebenbedingungen der Steuerung sind sowohl die Einhaltung der Liquiditätsverordnung (LiqV) als auch die Erfüllung der Anforderungen an die Mindestreserve. Die Grundsätze über die Einhaltung der angemessenen Eigenmittelausstattung und Liquidität gemäß KWG wurden im Berichtsjahr stets eingehalten. Es wurden keine nennenswerten Liquiditätsrisiken quantifiziert.

Operationelles Risiko

Die IBB definiert operationelle Risiken analog zu den aufsichtsrechtlichen Vorschriften als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition beinhaltet Rechtsrisiken, schließt aber strategische Risiken und Reputationsrisiken aus.

Das Ziel der Bank besteht darin, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verlustpotenziale durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Aus diesem Grund wurde ein transparenter Prozess von der Identifizierung, der Offenlegung bis zur Umsetzung der Maßnahmen zur Risikoreduzierung umgesetzt. In diesen Prozess sind alle Organisationseinheiten eingebunden.

Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind:

- die jährlich durchgeführte Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung in Form eines Self-Assessments und
- die interne intranetbasierte Schadensfallsammlung des Operational Risk Centers (ORC).

Das operationelle Risiko wird seit 2013 in der IBB mittels des aus dem Aufsichtsrecht übernommenen Basisindikatorverfahrens gerechnet, da das Value-at-Risk-Modell zu erkennbar nicht sinnvollen Risikoausweisen geführt hat. Die Auslastung des Risikos betrug zum 31.12.2014 26,7 Mio. EUR. Für Stressszenarien wird Operational Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einem Risikohorizont von einem Jahr gerechnet. Die Datengrundlage des Modells bilden neben internen Schadensfalldaten auch Daten des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR).

Im Rahmen eines Self-Assessments bewerten die Organisationseinheiten der Bank in einem Bottom-up-Ansatz Risikopotenziale in der Struktur der Baseler Ereigniskategorien quantitativ mit dem Ziel einer monetären Bewertung. Darüber hinaus werden qualitative Risikoindikatoren, die als Frühwarnindikatoren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung der operationellen Risiken geben und auf potenziell kritische Risikofelder hinweisen, erfasst und überwacht.

Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Schadensfällen, die aus dem Eintritt bestimmter operationeller Risiken resultieren, hat die IBB Versicherungen abgeschlossen.

Risikokonzentrationen

Bei der Ausgestaltung der Risikosteuerungs- und -controlling-prozesse der Bank werden die Auswirkungen vorhandener Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen und der damit verbundenen Ansteckungsrisiken kommen in der IBB verschiedene Verfahren zur Anwendung. Im Fokus der Überwachung und Steuerung von Risikokonzentrationen stehen das Adress- und das Spreadrisiko. Risikokonzentrationen können aus Adress- und Spreadrisiken entstehen, wenn der Anteil einzelner Kreditnehmer oder einer Gruppe von Kreditnehmern in Relation zu dem Gesamtportfolio groß ist oder einzelne Kreditnehmer oder eine Gruppe von Kreditnehmern demselben Wirtschaftszweig oder derselben geografischen Region angehören und somit von denselben systematischen Risikofaktoren abhängig sind.

In der IBB werden wesentliche Risikokonzentrationen anhand von

Schwellenwerten bezüglich der marginalen Anteile am Bruttokreditbetrag (BKB) und der marginalen Risiken CVaR (Adress- und Spreadrisiken) identifiziert. Im Rahmen der Risikoberichterstattung werden der Vorstand und das Aufsichtsorgan der IBB quartalsweise über die Entwicklung der Kennzahlen informiert.

Das Portfolio der IBB weist sowohl in Bezug auf einzelne Kreditnehmer als auch in Bezug auf Länder, Branchen, Kreditsicherheiten und Ertragsquellen eine ausgeprägte ungleiche Verteilung der Risiken auf. Das hohe Maß an Risikokonzentrationen in den Segmenten Mietwohnungsbau und Wirtschaftsförderung sowie die Konzentration auf Deutschland, insbesondere die Region Berlin, sind vor allem förderspezifisch sowie Ausdruck des Regionalbankencharakters der IBB. Eine aktive Steuerung der Adressenrisikokonzentration im Kreditportfolio, beispielsweise durch Anwendung von Kreditverkäufen oder Verbriefung von Kreditforderungen, ist in der IBB insbesondere aufgrund förderspezifischer Restriktionen kaum möglich. Die Steuerung des Kreditportfolios fokussiert sich daher auf das Ausschöpfen des vorhandenen (Förder-) Neugeschäftspotenzials sowie auf eine intensive Kundenbetreuung für Kreditnehmer mit einem überdurchschnittlich hohen Risikoanteil.

Das Geld- und Kapitalmarktportfolio der IBB ist durch ein hohes Portfolio-gewicht der Branche Banken geprägt. Dabei handelt es sich um eine gewünschte Konzentration, die sich aus der Geschäftsstrategie der Bank ergibt. Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2014, in Mio. EUR

Branche Segmente	Grundstücks- und Woh- nungswesen	Private Haushalte	Kredit- und Versiche- rungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,6	1,3	2.078,6	145,5	889,4	3.116,5
◆ Inanspruchnahme	1,6	1,1	1.981,7	9,7	734,4	2.728,5
• Loans and Receivables	1,6	1,1	1.981,7	9,7	730,9	2.725,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	3,5	3,5
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	93,9	135,8	78,6	308,3
◆ Finanzgarantien	0,0	0,2	3,0	0,0	76,4	79,6
Mietwohnungsbau	9.381,9	214,9	191,7	7,9	455,4	10.251,8
◆ Inanspruchnahme	8.859,7	211,7	191,7	7,9	432,2	9.703,3
• Loans and Receivables	8.856,8	211,7	191,7	7,9	432,2	9.700,4
• Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
◆ Auszahlungsverpflichtungen	479,6	3,2	0,0	0,0	21,7	504,5
◆ Finanzgarantien	42,6	0,0	0,0	0,0	1,4	44,0
Eigentumsmaßnahmen	1,7	785,2	0,1	0,0	3,6	790,5
◆ Inanspruchnahme	1,4	782,5	0,1	0,0	3,4	787,3
• Loans and Receivables	1,4	782,5	0,1	0,0	3,4	787,3
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,3	2,7	0,0	0,0	0,3	3,2
Zwischensumme Kredit- und För- dergeschäft	9.385,2	1.001,5	2.270,4	153,4	1.348,4	14.158,8
◆ Inanspruchnahme	8.862,8	995,3	2.173,5	17,6	1.170,0	13.219,1
• Loans and Receivables	8.859,9	995,3	2.173,5	17,6	1.166,5	13.212,7
• Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	3,5	6,4
◆ Auszahlungsverpflichtungen	479,9	5,9	93,9	135,8	100,5	816,1
◆ Finanzgarantien	42,6	0,2	3,0	0,0	77,9	123,6
Treasury	13,8	0,0	5.232,5	1.786,0	7,5	7.039,8
◆ Inanspruchnahme	13,8	0,0	5.232,5	1.786,0	7,5	7.039,8
• Loans and Receivables	0,0	0,0	1.374,2	519,6	0,0	1.893,8
• Financial Assets at Fair Value	13,8	0,0	2.461,6	1.134,3	7,5	3.617,2
• Available for Sale	0,0	0,0	1.396,7	132,0	0,0	1.528,7
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	1,7	0,0	0,9	2,6
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	1,7	0,0	0,3	2,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
• Available for Sale	0,0	0,0	1,7	0,0	0,3	2,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6
Summe IBB	9.398,9	1.001,5	7.504,6	1.939,4	1.356,7	21.201,1
Finanzinstrumente weiterer Mit- glieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	36,2	0,0	226,6	262,8
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	36,2	0,0	226,6	262,8
• Loans and Receivables	0,0	0,0	16,1	0,0	0,7	16,8
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	72,9	72,9
• Available for Sale	0,0	0,0	20,0	0,0	153,1	173,1
Summe IBB Gruppe	9.398,9	1.001,5	7.540,8	1.939,4	1.583,3	21.463,9
	43,8%	4,7%	35,1%	9,0%	7,4%	100,0%⁶

Risikokonzentrationen nach Schuldnergruppen bzw. Branchen zum 31.12.2013, in Mio. EUR

Branche	Grundstücks- und Woh- nungswesen	Private Haushalte	Kredit- und Versiche- rungs- gewerbe	Öffentliche Verwaltung	Sonstige Branchen	Summe
Wirtschaftsförderung	1,7	1,6	1.979,9	156,5	915,0	3.054,6
◆ Inanspruchnahme	1,7	1,4	1.862,0	14,1	760,2	2.639,4
• Loans and Receivables	1,7	1,4	1.862,0	14,1	756,6	2.635,8
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6	3,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	0,0	114,8	142,4	81,6	338,8
◆ Finanzgarantien	0,0	0,2	3,1	0,0	73,1	76,4
Mietwohnungsbau	7.890,6	197,9	206,5	7,9	449,5	8.752,4
◆ Inanspruchnahme	7.414,1	195,3	151,5	7,9	418,1	8.186,9
• Loans and Receivables	7.411,7	195,3	151,5	7,9	418,1	8.184,5
• Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
◆ Auszahlungsverpflichtungen	432,2	2,6	55,0	0,0	29,9	519,7
◆ Finanzgarantien	44,3	0,0	0,0	0,0	1,4	45,8
Eigentumsmaßnahmen	1,4	943,7	0,1	0,0	4,2	949,5
◆ Inanspruchnahme	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
• Loans and Receivables	1,4	939,9	0,1	0,0	4,2	945,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,0	3,8	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und För- dergeschäft	7.893,8	1.143,2	2.186,5	164,4	1.368,7	12.756,5
◆ Inanspruchnahme	7.417,2	1.136,6	2.013,6	22,0	1.182,5	11.771,9
• Loans and Receivables	7.414,8	1.136,6	2.013,6	22,0	1.178,9	11.765,8
• Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	3,6	6,1
◆ Auszahlungsverpflichtungen	432,3	6,4	169,8	142,4	111,6	862,4
◆ Finanzgarantien	44,3	0,2	3,1	0,0	74,6	122,2
Treasury	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
◆ Inanspruchnahme	6,0	0,0	4.508,0	1.799,9	107,7	6.421,5
• Loans and Receivables	0,0	0,0	622,7	537,2	56,4	1.216,3
• Financial Assets at Fair Value	6,0	0,0	2.164,8	1.109,3	51,3	3.331,3
• Available for Sale	0,0	0,0	1.720,5	153,4	0,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	0,0	0,0	1,1	0,0	0,7	1,8
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
• Available for Sale	0,0	0,0	1,1	0,0	0,1	1,2
• Auszahlungsverpflichtung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6
Summe IBB	7.899,8	1.143,2	6.695,6	1.964,3	1.477,1	19.179,8
Finanzinstrumente weiterer Mit- glieder der IBB Gruppe	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
◆ Inanspruchnahme	0,0	0,0	29,5	0,0	201,2	230,6
• Loans and Receivables	0,0	0,0	5,5	0,0	0,6	6,2
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,1	0,0	57,5	57,6
• Available for Sale	0,0	0,0	23,8	0,0	143,0	166,8
Summe IBB Gruppe	7.899,8	1.143,2	6.725,1	1.964,3	1.678,3	19.410,4
	40,7%	5,9%	34,6%	10,1%	8,6%	100,0%⁶

Das Portfolio des IBB-Konzerns weist darüber hinaus regionale Konzentrationen auf. Bezogen auf das Gesamtportfolio besteht zum Stichtag 31.12.2014 mit einem relativen Anteil von 79,2% am Gesamtportfolio eine ausgeprägte Konzentration der maximalen Verlustrisiken auf die Region Deutschland. Im Vergleich zum 31.12.2013 hat sich die Ungleichverteilung der Verlustrisiken auf die Region Deutschland marginal erhöht.

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2014, in Mio. EUR

Region	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro- Raum)	Europa (ohne EU- Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	3.094,2	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.116,5
◆ Inanspruchnahme	2.706,3	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.728,5
• Loans and Receivables	2.702,8	22,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.725,0
• Financial Assets at Fair Value	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,5
◆ Auszahlungsverpflichtungen	308,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	308,3
◆ Finanzgarantien	79,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	79,6
Mietwohnungsbau	10.206,9	43,6	0,1	1,0	0,0	0,2	10.251,8
◆ Inanspruchnahme	9.671,5	30,4	0,1	1,0	0,0	0,2	9.703,3
• Loans and Receivables	9.668,6	30,4	0,1	1,0	0,0	0,2	9.700,4
• Financial Assets at Fair Value	2,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
◆ Auszahlungsverpflichtungen	491,3	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	504,5
◆ Finanzgarantien	44,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,0
Eigentumsmaßnahmen	789,6	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	790,5
◆ Inanspruchnahme	786,4	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	787,3
• Loans and Receivables	786,4	0,4	0,0	0,3	0,2	0,0	787,3
◆ Auszahlungsverpflichtungen	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,2
Zwischensumme Kredit- und Fördergeschäft	14.090,7	66,2	0,1	1,3	0,2	0,2	14.158,8
◆ Inanspruchnahme	13.164,2	53,0	0,1	1,3	0,2	0,2	13.219,1
• Loans and Receivables	13.157,8	53,0	0,1	1,3	0,2	0,2	13.212,7
• Financial Assets at Fair Value	6,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,4
◆ Auszahlungsverpflichtungen	802,9	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	816,1
◆ Finanzgarantien	123,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	123,6
Treasury	2.788,0	2.826,6	1.031,8	235,2	74,7	83,4	7.039,8
◆ Inanspruchnahme	2.788,0	2.826,6	1.031,8	235,2	74,7	83,4	7.039,8
• Loans and Receivables	913,7	645,1	159,7	175,3	0,0	0,0	1.893,8
• Financial Assets at Fair Value	1.438,7	1.572,0	547,0	0,0	38,8	20,7	3.617,2
• Available for Sale	435,6	609,5	325,0	59,8	35,9	62,7	1.528,7
Beteiligungen der IBB	2,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
◆ Inanspruchnahme	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0
• Financial Assets at Fair Value	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
• Available for Sale	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0
◆ Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe IBB	16.881,3	2.892,8	1.031,9	236,5	74,9	83,7	21.201,1
Finanzinstrumente weiterer Mitglieder der IBB Gruppe	123,3	80,6	25,1	11,2	19,8	2,7	262,8
◆ Inanspruchnahme	123,3	80,6	25,1	11,2	19,8	2,7	262,8
• Loans and Receivables	16,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,8
• Financial Assets at Fair Value	69,5	0,0	1,0	0,0	2,3	0,0	72,9
• Available for Sale	37,0	80,6	24,0	11,2	17,5	2,7	173,1
Summe IBB Gruppe	17.004,6	2.973,5	1.057,0	247,7	94,7	86,4	21.463,9
	79,2%	13,9%	4,9%	1,2%	0,4%	0,4%	100,0%⁶

Risikokonzentrationen nach Regionen zum 31.12.2013, in Mio. EUR

Region	Deutschland (DE)	Euro-Raum (ohne DE)	EU-Länder (ohne Euro-Raum)	Europa (ohne EU-Länder)	G 10-Länder (ohne Europa)	Sonstige Regionen	Summe
Segmente							
Wirtschaftsförderung	3.024,4	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	3.054,7
◆ Inanspruchnahme	2.609,1	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.639,4
• Loans and Receivables	2.605,5	30,2	0,0	0,0	0,0	0,0	2.635,8
• Financial Assets at Fair Value	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	338,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	338,9
◆ Finanzgarantien	76,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	76,4
Mietwohnungsbau	8.706,4	43,8	0,7	1,1	0,1	0,2	8.752,4
◆ Inanspruchnahme	8.154,2	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.186,9
• Loans and Receivables	8.151,8	30,6	0,7	1,1	0,1	0,2	8.184,5
• Financial Assets at Fair Value	2,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,4
◆ Auszahlungsverpflichtungen	506,5	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	519,7
◆ Finanzgarantien	45,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	45,8
Eigentumsmaßnahmen	948,3	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	949,5
◆ Inanspruchnahme	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
• Loans and Receivables	944,4	0,5	0,0	0,4	0,2	0,1	945,6
◆ Auszahlungsverpflichtungen	3,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,9
Zwischensumme Kredit- und Fö- dergeschäft	12.679,2	74,6	0,8	1,5	0,3	0,3	12.756,6
◆ Inanspruchnahme	11.707,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.771,9
• Loans and Receivables	11.701,7	61,4	0,8	1,5	0,3	0,3	11.765,8
• Financial Assets at Fair Value	6,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,1
◆ Auszahlungsverpflichtungen	849,3	13,2	0,0	0,0	0,0	0,0	862,5
◆ Finanzgarantien	122,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	122,2
Treasury	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
◆ Inanspruchnahme	2.558,0	2.742,6	879,5	136,8	63,4	41,3	6.421,5
• Loans and Receivables	755,9	332,0	68,4	60,1	0,0	0,0	1.216,3
• Financial Assets at Fair Value	1.300,7	1.503,7	477,3	0,0	28,4	21,3	3.331,3
• Available for Sale	501,4	907,0	333,9	76,7	35,0	20,0	1.873,9
Beteiligungen der IBB	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
◆ Inanspruchnahme	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
• Available for Sale	1,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,2
• Auszahlungsverpflichtungen	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6
Summe IBB	15.239,0	2.817,2	880,3	138,3	63,7	41,6	19.179,9
Finanzinstrumente weiterer Mitglie- der der IBB Gruppe	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
◆ Inanspruchnahme	96,5	75,4	23,6	15,1	17,2	2,8	230,6
• Loans and Receivables	6,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2
• Financial Assets at Fair Value	53,4	0,0	1,4	0,0	2,8	0,0	57,6
• Available for Sale	36,9	75,4	22,2	15,1	14,4	2,8	166,8
Summe IBB Gruppe	15.335,5	2.892,6	903,9	153,4	80,9	44,4	19.410,5
	79,0%	14,9%	4,7%	0,8%	0,4%	0,2%	100,0%^b

Für das Marktpreisrisiko bestehen – wie bei fast allen Kreditbanken – Risikokonzentrationen hinsichtlich des Risikofaktors Zinsänderungen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Inventur und der quartalsweise erfolgenden Bestimmung eines Operational Value at Risk ist die IBB in der Lage, aus operationellen Risiken, sowohl auf Organisations-ebene als auch auf der Ebene der Baseler Ereigniskategorien, Risikokonzentrationen zu identifizieren. Bisher wurden dabei keine Risikokonzentrationen identifiziert, aus denen ein Handlungsbedarf resultiert.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Die Einrichtung und wirksame Unterhaltung des den Umständen und Risiken des Konzerns angemessenen internen Kontrollsystems (IKS) sowie Risikomanagementsystems (RMS) bezogen auf den Rechnungslegungsprozess für den Konzernabschluss liegt bei der Muttergesellschaft in der Verantwortung des Bereiches Finanzen und Controlling und ist über Arbeitsanweisungen in allen Bereichen der Bank verankert..

Ziel eines rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Sicherstellung der Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Das interne Kontrollsystem unterstützt die Effektivität und Effizienz der betrieblichen Tätigkeit, sichert die Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung und die Einhaltung maßgeblicher gesetzlicher Vorschriften sowie interner Managementvorgaben und dient dem Schutz des betrieblichen Vermögens.

Der Rechnungslegungsprozess, der sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Einzel- und Konzernabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich Fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die für die Konzernberichterstattung relevanten Sachverhalte sind in einem gesonderten Konzernbilanzierungshandbuch zusammengefasst worden, mit dem für alle in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden vorgegeben werden. Zusätzlich werden darin die erforderlichen Prozesse zur Erstellung der für den Konzernabschluss relevanten Unterlagen beschrieben. Abgeleitet aus den Einzelabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden sogenannte „consolidation packages“ erstellt, von den jeweiligen Wirtschaftsprüfern mit einem Prüfvermerk versehen und der Abteilung Bilanzierung der Konzernmutter zur Erstellung des Konzernabschlusses zur Verfügung gestellt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung des Bilanzierungshandbuches für den Konzernabschluss an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch den Bereich Finanzen und Controlling der Konzernmutter.

Der Rechnungslegungsprozess bzw. der Konzernabschluss werden durch Standardsoftware unterstützt, die durch die Vergabe von kompetenzadäquaten Berechtigungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt ist. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen ist ein Vier-Augen-Prinzip nach den konzerninternen Erfordernissen gegeben, wobei eine laufende Weiterentwicklung erfolgt. Systematische Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche dienen sowohl der Vollständigkeitskontrolle als auch der Fehlervermeidung und -entdeckung. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden. Die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte bei der Konzernmutter wird durch die Einbindung des Bereiches Finanzen und Controlling in den Neue-Produkte-Prozess sichergestellt.

Zur Erstellung des Konzernabschlusses wird eine Standard-Software (IDL-Konsis) eingesetzt. Mit dieser Anwendung werden die „consolidation packages“ maschinell erstellt und an die in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen verteilt. Die Rückläufe werden wiederum eingelesen sowie entsprechende Konsolidierungsbuchungen maschinell erzeugt. Zusätzliche Konzernbuchungen werden im Vier-Augen-Prinzip auf der Grundlage von Buchungsbelegen erfasst. Im Ergebnis werden

alle relevanten Auswertungen zur Erstellung des Konzernabschlusses (insbesondere Bilanz, GuV, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalpiegel) durch die Anwendung erzeugt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses für die Erstellung des Konzernabschlusses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar gegliedert. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung bei der Konzernmutter sowie den einbezogenen Unternehmen werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet.

Die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken erfolgt im Wesentlichen bei der Konzernmutter im Rahmen des Risikomanagements der operationellen Risiken. Als wesentlich bewertete Risikopotenziale werden im Rahmen der Risikoberichterstattung der Bank an den Vorstand kommuniziert, erforderliche Maßnahmen abgeleitet, deren Umsetzung wird überwacht.

System- und Betriebsrisiken

IT-Risiken aus Hardwareausfällen wird sowohl durch organisatorische als auch durch technische Maßnahmen entgegengewirkt (gefächerte Rufbereitschaft der IT-Spezialisten, Redundanzen für die Hardware der unternehmenskritischen Anwendungen, Wartungsverträge mit kurzer Reaktionszeit). Auch im Geschäftsjahr 2014 wurde die Ausfallsicherheit der für die Bank wesentlichen Anwendungen (insbesondere des juristischen Systems SAP) und der zugehörigen Infrastruktur durch entsprechende Tests und Simulationen bestätigt. Zur Gewährleistung der Ausfallsicherheit stehen ein Backup-RZ und eine Notstromversorgung zur Verfügung.

Die Gefahr des unautorisierten Zugriffs auf Unternehmensdaten wird durch Zugriffsrechte minimiert. Unbefugte Zugriffe von außen werden durch eine hochverfügbare DMZ (demilitarisierte Zone mit mehreren Firewalls) abgewehrt. Gegen Viren- und andere Schadprogramme wurden umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen implementiert. Die Notfallplanung wird regelmäßig an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst.

Geordnete Arbeitsabläufe werden durch eindeutige Kompetenz-, Unterschriften- und Vertretungsregelungen sichergestellt. Die Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit sowie die Einhaltung der einschlägigen Regelungen werden kontinuierlich durch eine prozessunabhängige Prüfung und Beratung durch die interne Revision überwacht und gewährleistet.

Weiteren möglichen Betriebsrisiken – zum Beispiel durch längeren Stromausfall, schwerwiegende IT-Störungen oder zur Abwehr einer Pandemie – begegnet die IBB mit einem geregelten Krisenmanagement.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der ergriffenen Schutzmaßnahmen wurde in 2014 ein Projekt zum Informationssicherheitsmanagement, das sich an den gängigen BSI-Standards ausrichtet, durchgeführt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Sie entstehen extern aus Veränderungen der Rechtslage und Rechtsbeziehungen sowie intern aus schadenstiftendem Fehlverhalten, unzureichender Rechtsanwendung oder Organisationsmängeln. Sie lassen sich vorrangig unterteilen in:

- Risiken aus neuer Gesetzgebung und Rechtsprechung,
- Risiken aus Verträgen und Bescheiden und
- Haftungsrisiken.

Die Steuerung von Rechtsrisiken ist eine wesentliche Aufgabe des Stabs Recht. Zur Minimierung dieser Risiken werden die Bereiche und Abteilungen durch den Stab Recht unterstützt.

Risiken aus bekannten, an die Bank herangetragenen Rechtsfragen sind durch Rückstellungen abgedeckt.

Zu den prägenden rechtlichen Themen zählten im Geschäftsjahr 2014 die gerichtlichen Entscheidungen zu falschen Widerrufsbelehrungen und zur Zulässigkeit von Bearbeitungsentgelten in Verbraucherkreditverträgen.

Die IBB hat die in der Vergangenheit erteilten Widerrufsbelehrungen sorgfältig überprüft und hierbei festgestellt, dass die verwendeten Texte weitgehend den gesetzlichen Muster-Widerrufsbelehrungen entsprachen. Auch vor dem Hintergrund, dass die von der IBB gewährten Förderdarlehen zinssubventioniert sind und ein Widerruf nebst Rückgewähr aller empfangenen Leistungen daher regelmäßig nicht im Kundeninteresse liegt, bestehen beim Komplex Widerrufsbelehrungen für die IBB keine erheblichen Rechtsrisiken.

Bei den von der IBB mit Privatkunden vereinbarten Bearbeitungsentgelten handelt es sich im Wesentlichen um so genannte Verwaltungskostenbeiträge, die in den öffentlichen-rechtlichen Förderungsrichtlinien geregelt und zum Gegenstand der Bewilligungen gemacht worden sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat kürzlich eine gegen die IBB erhobene Rückzahlungsklage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, dass der bestandskräftige Bewilligungsbescheid eine wirksame Rechtsgrundlage für die Verwaltungskostenbeiträge darstellt. Hierdurch wurde die Rechtsauffassung der IBB bestätigt. Die Berufung gegen die Entscheidung wurde zugelassen.

In einzelnen Fällen hat die IBB auch Bearbeitungsentgelte vereinnahmt, die nicht in den Förderrichtlinien vorgegeben waren. Diese Fälle bedürfen einer differenzierten Betrachtung. Die IBB geht davon aus, dass die gebildete Rückstellung den bestehenden rechtlichen Risiken ausreichend Rechnung trägt.

Personalrisiken

Das Personalrisikomanagement dient der Identifikation und Überwachung von Personalrisiken. Durch geeignete Maßnahmen und Steuerung der Risiken sollen diese verhindert bzw. minimiert werden.

Um dies zu erreichen, orientiert sich sowohl die quantitative als auch die qualitative Personalausstattung an den betriebsinternen Erfordernissen, den Geschäftsaktivitäten sowie an der Risikosituation.

Der quantitative Personalbedarf wird einmal jährlich im Rahmen der Jahresplanung bestimmt und damit kontinuierlich fortgeschrieben.

Gleichzeitig sichert und steigert der an den Unternehmenszielen ausgerichtete Weiterbildungsprozess das Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Der Schwerpunkt zur Gewinnung von Fachkräften liegt auf der Ausbildung und internen Nachwuchsförderung. Diese Maßnahmen sollen

eine strukturierte und bedarfsorientierte Entwicklung fördern sowie einem möglichen Fachkräftemangel infolge der demografischen Entwicklung entgegenwirken. Durch eindeutige Prozesse für Vertretungsregelungen und Nachbesetzungen wird das potenzielle Risiko des Verlustes von Wissen erfolgreich vermieden.

Im Rahmen der Risikoinventur werden qualitative Personalrisiko-Indikatoren für operationelle Risiken bewertet und an den Vorstand berichtet.

Die Ausgestaltung der Vergütungssysteme in der IBB steht im Einklang mit den Zielen, die in den Strategien der IBB niedergelegt sind. Durch die Ausrichtung des Vergütungssystems sollen schädliche Anreize, die das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risikopositionen fördern könnten, vermieden werden.

Durch festgelegte Personalkennzahlen werden mögliche Personalrisiken transparent und somit steuerbar gemacht.

Sonstige Risiken

Detailvereinbarung

Die Detailvereinbarung vom 16.04.2002 zwischen den ehemaligen Konzerngesellschaften der Bankgesellschaft (Bankgesellschaft Berlin, Landesbank Berlin, Berlin-Hannoversche Hypothekenbank) und dem Land Berlin, die nach Maßgabe des § 45 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in Teilen auch für die verselbstständigte IBB gilt, sieht für bestimmte Sachverhalte eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschaften gegenüber dem Land Berlin vor. Im Innenverhältnis wird die Haftungsverteilung zwischen den Gesellschaften durch die Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 geregelt, der die IBB am 10.08.2004 beigetreten ist. Nach dieser Vereinbarung richtet sich die Haftung nach den konkreten Verursachungsbeiträgen der jeweiligen Gesellschaft, so dass einer als Gesamtschuldnerin in Anspruch genommenen Gesellschaft Ausgleichsansprüche zustehen, wenn die Haftung gegenüber dem Land auf Rechtsverhältnissen beruht, an denen sie nicht oder in geringerem Maße beteiligt ist. Konkret haftet die IBB daher z. B. nicht für Auskünfte zu Kreditverhältnissen oder Abführungsverpflichtungen von Konzerngesellschaften, sofern sie den Kredit nicht vergeben hat oder an der Gesellschaft nicht beteiligt ist.

Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist von der Landesbank Berlin Holding AG ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR an das Land Berlin zu zahlen.

Die Verteilung der Avalkosten ist ebenfalls in der Innenausgleichsvereinbarung vom 30.08.2002 in Verbindung mit der Ergänzungsvereinbarung vom 10.08.2004 geregelt. Danach beteiligt sich die IBB an den Kosten in der Höhe, die dem Anteil der von ihr ausgereichten Kredite an dem Gesamtvolumen der von der Kreditgarantie des Landes erfassten Kreditverhältnisse entspricht. Die Laufzeit der Garantie endet spätestens 30 Jahre nach Unterzeichnung der Detailvereinbarung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

In der IBB wurden für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch angemessen gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Aufgrund des vorhandenen Bestandes an hochliquiden Wertpapieren war die Liquiditätsversorgung der IBB im Geschäftsjahr 2014 jederzeit umfassend sichergestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen hat die IBB im Berichtszeitraum eingehalten. Die Auslastung der Gesamtkapitalkennziffer gem. CRR betrug zwischen 11,2 % und 15,4 % und lag damit über dem geforderten Wert.

Die Auslastung des Risikolimits schwankte im Berichtsjahr moderat zwischen 48,9 und 61,7%. Ursächlich für die Schwankungen waren die Folgen der jährlichen Validierungshandlungen (bspw. Clustering im Spreadrisiko, neuer Marktdatenanbieter) sowie Effekte aus externe Einflüssen (bspw. Rückgang risikolose Zinsen, Rückgang und Einengung Credit Spreads, Sitzlandprivilegierung).

Corporate Governance Bericht der Investitionsbank Berlin (IBB) für das Geschäftsjahr 2014

[gemäß Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an Unternehmen (Beschluss des Senats von Berlin vom 17. Februar 2009)]

Der nachfolgende Inhalt soll im Geschäftsbericht 2014 der Investitionsbank Berlin als Corporate Governance Bericht veröffentlicht werden.

I. Zusammenwirken zwischen Verwaltungsrat und Vorstand

Mit der Abberufung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden zum 21.03.2014 im Zusammenhang mit der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen und dem Ausscheiden des ehemaligen Vorstands Marktfolge zum 30.04.2014 waren die Positionen neu zu besetzen. Herr Dr. Jürgen Allerkamp wurde durch den Verwaltungsrat der IBB zum 01.01.2015 als Mitglied in den Vorstand der IBB bestellt und zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt und hat damit die Aufgaben von Herrn Rolf Friedhofen übernommen, der vom Verwaltungsrat der IBB interimistisch zum Vorstandsvorsitzenden ernannt worden war. Frau Sonja Kardorf wurde zum 01.07.2014 als Mitglied des Vorstands Marktfolge bestellt. Der Vorstand und der Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zum Wohle der IBB zusammengearbeitet. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat zeitnah und umfassend über wichtige Angelegenheiten der IBB informiert.

Der Vorstand und der Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung einer ordnungsgemäßen Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes bzw. Verwaltungsrats gewahrt.

Neben den Regelungen in der Satzung lag eine durch den Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung für den Vorstand vor.

Vorstand und Verwaltungsrat haben die strategischen Unternehmensplanungen der IBB abgestimmt. Der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet. Soll/Ist-Abgleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt sowie erforderliche Maßnahmen abgeleitet.

Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente entsprach den normativen Vorgaben.

Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender und wesentlicher Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschließlich der Änderungen von Bewertungsverfahren dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen in der Regel unter Beteiligung des Vorstands abgehalten. Soweit Personen, die nicht Mitglied des Verwaltungsrats sind, an dessen Sitzungen teilgenommen haben, wurden sie auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Für den Verwaltungsrat wurde eine D&O-Versicherung ohne Selbstbehalt, für den Vorstand mit Selbstbehalt abgeschlossen.

II. Vorstand

Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.

Die Zusammenarbeit des Vorstands, seine Ressortverteilung sowie das Verfahren zur Beschlussfassung des Gremiums sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt.

Die IBB verfügte im Zeitraum vom 21.03.2014 bis zum 13.04.2014 und vom 30.04.2014 bis zum 01.07.2014 vorübergehend nicht über die nach dem Investitionsbankgesetz und nach § 8 Abs. 1 der Satzung der Investitionsbank Berlin vorgeschriebene Mindestanzahl von zwei Vorstandsmitgliedern. Die Handlungsfähigkeit der Bank sowie die Beachtung der Kompetenzrichtlinien waren in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sichergestellt.

Die IBB verfügt über ein den Anforderungen der MaRisk entsprechendes wirksames Risikomanagement und Risikocontrolling.

Die Vergütung des Vorstandes, die im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert unter Angabe der Bestandteile ausgewiesen ist, erfolgte grundsätzlich auf Basis eines Jahresgehältes (Fixum) und einer variablen Erfolgsvergütung. Auf die Einhaltung des Abfindungscaps wurde geachtet.

Zwischen dem Vorstand und der Verwaltungsratsvorsitzenden werden grundsätzlich Zielvereinbarungen abgeschlossen.

III. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Das Gremium wurde vom Vorstand in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die IBB einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Der Verwaltungsrat hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Der Verwaltungsrat wurde vom Vorstand über wichtige Angelegenheiten informiert. Neben den ordentlichen Sitzungen des Verwaltungsrates und seiner Ausschüsse haben fünf außerordentliche Sitzungen des Verwaltungsrates und zwei außerordentliche Sitzung des Risiko- und Prüfungsausschusses (vormals: Kreditausschuss) stattgefunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen der Bank. Kein Verwaltungsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Der Verwaltungsrat trifft seine Entscheidungen im Plenum, ggf. nach Vorbefassung in seinen Ausschüssen. Darüber hinaus wurden den Ausschüssen durch eine vom Verwaltungsrat beschlossene Geschäftsordnung entsprechende Entscheidungskompetenzen übertragen.

Über die Erst- und Wiederbestellung sowie die Abberufung des Vorstands wird nach Vorbefassung im Nominierungsausschuss (vormals: Arbeitsausschuss) entschieden. Eine Altershöchstgrenze für Vorstände ist in der Satzung festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht.

Im Berichtsjahr wurden die neuen Regelungen des Kreditwesengesetzes (KWG) umgesetzt. Zur Beratung und Unterstützung des Verwaltungsrats sowie zur Steigerung seiner Effizienz hat die IBB folgende Ausschüsse, die auch die Aufgaben des ehemaligen Kreditausschusses bzw. Arbeitsausschusses übernommen haben, eingerichtet:

- Risiko- und Prüfungsausschuss (Vorsitzender: Herr Dr. Dietrich Rümker)
- Nominierungsausschuss (Vorsitzende: Frau Senatorin Cornelia Yzer)
- Vergütungskontrollausschuss (Vorsitzende: Frau Senatorin Cornelia Yzer)

Zwischen der Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Der Vorstand hat die Verwaltungsratsvorsitzende und den Vorsitzenden des Risiko- und Prüfungsausschusses über besondere Ereignisse unterrichtet.

Kein Verwaltungsratsmitglied hat die vom BCGK vorgegebene maximale Zahl an Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder wurde auf Basis eines Senatsbeschlusses geregelt und wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Verwaltungsrat hat die Zielvereinbarungen für den Vorstand beschlossen. Der Gesellschafter ist im Verwaltungsrat vertreten.

Der Verwaltungsrat hat sich im Geschäftsjahr im Einklang mit § 25d Abs. 11 Nrn. 3, 4 KWG sowie Abschnitt III Nr. 8 BCGK mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

IV. Interessenkonflikte

Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Im Berichtszeitraum hat ein Mitglied des Verwaltungsrates zu einem Sachverhalt einen Interessenkonflikt offen gelegt. Das Mitglied des Verwaltungsrates hat, sofern der Sachverhalt im Verwaltungsrat erörtert worden ist, nicht an der Erörterung teilgenommen. Interessenkonflikte im Übrigen haben nicht bestanden.

Geschäfte mit der IBB durch Mitglieder des Vorstandes, ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen bestanden nicht und mussten dementsprechend dem Verwaltungsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt werden.

Dem Verwaltungsrat wurden weder Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge noch sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit der IBB zur Zustimmung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit der IBB erlassen.

Die Mitglieder des Vorstandes haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet, weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten der IBB bekannt geworden.

Soweit durch den Vorstandsvorsitzenden Nebentätigkeiten wahrgenommen worden sind, wurde vorab die Zustimmung des Verwaltungsrates eingeholt.

Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrats wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich der IBB, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (z. B. der Geschäftsbericht der Bank) werden auch über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Benennung der Beteiligungsunternehmen der IBB entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen ordnungsgemäß aufgestellt.

Die Veröffentlichung von Quartalsberichten ist nicht vorgesehen. Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand regelmäßig erörtert.

VII. Abschlussprüfung

Der Rechnungshof hat im Rahmen der Beauftragung vom Abschlussprüfer eine Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht seitens Organen des Abschlussprüfers - mit der IBB, respektive seinen Organmitgliedern, bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel.

Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat mit dem Rechnungshof vereinbart, ihn und den Verwaltungsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse zu unterrichten. Der Abschlussprüfer wurde ferner vom Rechnungshof von Berlin beauftragt, die Verwaltungsratsvorsitzende bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Verwaltungsrats über den Jahresabschluss teilgenommen und hat über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

Dem Vorstand wurden im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge gewährt:

in TEUR	2014			2013
	Gesamtvergütung	davon fixe Vergütung	davon variable Vergütung	Gesamtvergütung
Rolf Friedhofen				
Gehalt	342,7	342,7	0,0	0,0
Nebenleistungen	42,8	42,8	0,0	0,0
Sachbezüge	9,8	0,0	9,8	0,0
	395,3	385,5	9,8	0,0
Sonja Kardorf				
Gehalt	153,0	153,0	0,0	0,0
Erfolgsvergütung	40,0	36,0	4,0	0,0
Sachbezüge	4,8	0,0	4,8	0,0
	197,8	189,0	8,8	0,0
Ulrich Kissing				
Gehalt	90,9	90,9	0,0	404,0
Nebenleistungen ¹	-17,4	-21,2	3,8	45,6
Erfolgsvergütung	0,0	0,0	0,0	96,0
Sachbezüge	0,0	0,0	0,0	1,2
	73,5	69,7	3,8	546,8
Dr. Frank Schneider				
Gehalt	74,7	74,7	0,0	224,0
Erfolgsvergütung	108,8	0,0	108,8	96,0
Nebenleistungen ¹	-33,3	-33,3	0,0	33,3
Versicherungsentgelte	16,7	16,7	0,0	50,0
Sachbezüge	6,4	0,0	6,4	15,8
	173,3	58,1	115,2	419,1
	839,9	702,3	137,6	965,9

¹ Die negativen Beträge ergeben sich aus Rückzahlungen der jeweiligen Vorstände.

Die Zahlung einer variablen Erfolgsvergütung erfolgt auf Basis einer jährlich abzuschließenden Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung ist nach unterschiedlichen Kriterien gewichtet. Sie berücksichtigt sowohl die Gesamtleistung als auch individuelle Ziele. Hierzu gehören unter anderem die wirtschaftliche Ertragskraft der Bank als auch strategische Ziele.

Bei einer Zielerreichung von 100 % ist die variable Erfolgsvergütung im vollen Umfang in Höhe der Vorjahresvergütung festzusetzen. Bei Zielunterschreitungen ist die variable Erfolgsvergütung entsprechend einer im Rahmen der Zielvereinbarung festgelegten Staffelung anteilig festzusetzen.

An frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen wurden im Geschäftsjahr 2014 folgende Bezüge gezahlt und Rückstellungen gebildet:

in TEUR	2014	2013
Gesamtbezüge früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen (inklusive Zuführung zu Rückstellungen)	486,7	586,1
Rückstellungen für Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen	6.314,2	6.129,2

An die Mitglieder des Verwaltungsrats wurden folgende Aufwandsentschädigungen gezahlt:

in TEUR	2014	2013
Cornelia Yzer	7,5	6,0
Michael Müller	5,2	4,5
Dr. Margaretha Sudhof	3,8	3,0
Dr. Dietrich Rümker	6,6	4,0
Michaela Maria Eder von Grafenstein	5,0	0,0
Karin Dietz	0,3	4,0
Michael Bomke	5,0	4,0
Nadja Bernstein	5,0	4,0
Swen Hoffmann	3,8	3,0
Prof. Dr. Liane Buchholz	0,0	4,0
	42,2	36,5

Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden keine Kredite gewährt (Vorjahr 10,9 TEUR).

Angabe des im Geschäftsjahr von dem Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars

Für das Geschäftsjahr 2014 wurde im Aufwand ein Gesamthonorar von 360,6 TEUR (Vorjahr 458,9 TEUR) erfasst. Davon entfallen auf die Jahres- und Konzernabschlussprüfung 309,3 TEUR (davon Jahresabschlussprüfung 2013 42,3 TEUR, Vorjahr 227,6 TEUR), auf andere Bestätigungsleistungen 9,2 TEUR (Vorjahr 8,4 TEUR) und auf sonstige Leistungen 42,1 TEUR (Vorjahr 222,9 TEUR).

Berliner Corporate Governance Kodex

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung der IBB vom 2. September 2004 in der Fassung vom 7. September 2010 wendeten der Vorstand und der Verwaltungsrat den Corporate Governance Kodex (CGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Regelungen zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) wurden am 17. Februar 2009 vom Senat von Berlin beschlossen. Die Entsprechenserklärung ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

Offenlegung durch die Institute (Säule 3)

Die nach den Artikeln 435 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in der jeweils geltenden Fassung sowie nach § 26a KWG erforderlichen Angaben werden in einem hierfür erstellten Offenlegungsbericht gemacht. Der Bericht ist auf der Internetseite der IBB veröffentlicht.

IT-Dienstleistungszentrum Berlin
Anstalt des öffentlichen Rechts

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Gemäß § 2 Errichtungsgesetz unterstützt das ITDZ Berlin die Verwaltung beim Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik (IT) als zentraler IT-Dienstleister des Landes Berlin. Es stellt den Stellen des Landes Berlin ein umfassendes Angebot an Informationstechnik, -anwendungen und -dienstleistungen zur Verfügung, insbesondere bietet es durch Landesvereinbarungen definierte IT-Leistungen an.

Damit ist die wirtschaftliche Tätigkeit des ITDZ Berlin im Wesentlichen auf die Verwaltung des Landes Berlin ausgerichtet und somit direkt von der Finanzsituation der öffentlichen Hand und insbesondere von der des Landes Berlin abhängig. Kürzungen und Einsparungen im Landeshaushalt, die zu Umsatzverlusten im ITDZ Berlin führen können, müssen zumindest im gleichen Umfang durch zusätzliches Neugeschäft ausgeglichen werden. Es steht zu erwarten, dass dies auch in der Zukunft gelingen wird und in den nächsten Jahren insgesamt von einem weiteren Umsatzwachstum und einem ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen werden kann.

1.2. Ziele und Strategien, Steuerungssystem

1.2.1. ITDZ Berlin 2020 – Fortführung des Projekts

Mit dem Abschluss des Organisationsentwicklungsprojekts ITDZ Berlin 2020 im Januar 2014 wurde die Umsetzung der Zielorganisation und die Ausprägung der neuen Bereiche nach den Vorgaben des Organisations- und Personalkonzepts in die Verantwortung der neuen Abteilungen übergeben.

Zur Vervollständigung der neuen Managementstruktur im ITDZ Berlin wurde 2014 schwerpunktmäßig die Führungsebene 2 ausgeschrieben und besetzt. Daneben wurde für die Bearbeitung übergreifender, dauerhafter Aufgabenstellungen die Arbeitsform der Matrixorganisation eingeführt. Hierfür wurden insgesamt sechs Unternehmenskonferenzen entwickelt, die innerhalb eines klaren strategischen Rahmens auf der Grundlage einer Geschäftsordnung tätig sind. Darüber hinaus wurde das Strategieprogramm 2020 fortgeführt, das strategische Vorhaben mit dem Land, Leitprojekte mit Kunden und strukturelle Maßnahmen zur Weiterentwicklung des ITDZ Berlin beinhaltet.

1.2.2. Neuorganisation im Rahmen Strategie 2020

Neue Abteilung „Service Center für die Berliner Verwaltung“

Die bisher getrennten Produktionsbereiche „Druckzentrum“ und „Service Center“ wurden in 2014 organisatorisch in eine Abteilung überführt mit dem Ziel, Services für die Berliner Verwaltung an zentraler Stelle bereitzustellen und zu koordinieren.

Das Service Center startete in 2014 mehrere Modernisierungsprojekte mit dem Ziel, die Effizienz des Service Centers zu erhöhen. Ein wesentlicher Teil ist die Modernisierung der gesamten technischen Infrastruktur, da moderne Technik ein entscheidender Qualitätsfaktor für das Service Center ist. Dies vor dem Hintergrund, dass die Bandbreite der Auskunftsdienstleistungen und das Anrufvolumen sich durch den Anschluss und die Integration von weiteren Behörden stetig erhöhen.

Im Jahr 2014 wurde die konsequente Modernisierung des Druckzentrums im ITDZ Berlin fortgeführt. Mit dem Kauf von zwei Vollfarb-Endlosdruckern inkl. eines Dokumentenverfolgungssystems können zukünftig hohe Produktionsvolumina abgefangen werden. Dabei können farbige Vordrucke, z. B. Überweisungsträger, mitgedruckt werden und reduzieren die Lagerkosten deutlich. Durch die Produktionsmanagementsoftware werden alle Produktionsschritte in Druck und Kuvertierung zentral überwacht, dokumentiert und als Historie gespeichert. Benötigte Nachdrucke werden automatisiert erstellt. Dieser hohe Automatisierungsgrad verhindert Fehlproduktionen.

Softwareseitig wurde die Software PRISMA um zwei Tools erweitert: Mit PRISMAaccess können Druckjobs direkt vom Arbeitsplatz aus an das Druckzentrum übermittelt werden. PRISMAprepare bietet bei einfachster Bedienung sehr umfangreiche Bearbeitungsmöglichkeiten für Broschüren, Flyer, Visitenkarten und Veröffentlichungen.

Damit wurden im Jahr 2014 die Grundlagen geschaffen, um sich in diesem Geschäftsfeld erfolgreich am Markt positionieren zu können.

Neue Abteilung „Kunden und Lösungen“

Die Abteilung Kunden und Lösungen mit derzeit 9 Fachbereichen und 108 Mitarbeitenden bündelt alle Aufgaben für die Betreuung der Interessenten und Kunden des ITDZ Berlin, die Entwicklung von Produkten und Lösungen für die Kunden und die Unterstützung bei der Gestaltung von Innovationsvorhaben mit den Kunden des ITDZ Berlin.

Der zentrale Ansprechpartner für die Kunden des ITDZ Berlin ist unser Fachbereich Kundenmanagement. Wenn unsere Kunden eine Beratung wünschen, ein Angebot benötigen, Aufträge erteilen, sich über neue Produkte informieren möchten oder Anregungen für die Weiterentwicklung von Standardleistungen haben, finden Sie im Kundenmanagement den kompetenten Ansprechpartner.

Bei der Erstellung von Angeboten und Verträgen stehen der Fachbereich Angebots- und Vertragsservice sowie unterstützend die vier Fachbereiche der Lösungsservices (Verfahrenseinführung, Organisations- und Sicherheitsberatung, Bürger- und Verwaltungsdienste, Infrastruktur und Basisdienste) zur Verfügung. Der Fachbereich Marketing und Produktportfolio stellt die Weiterentwicklung der Standardprodukte unter Berücksichtigung von Kundenwünschen und Marktentwicklungen sicher. Die Fachbereiche Servicemanagement und Servicedesk stehen bei Problemen im laufenden IT-Betrieb unserer Kunden für deren schnellstmögliche und nachhaltige Behebung.

Neue Abteilung „Infrastruktur- und Basisdienste“

Die neue Abteilung „Infrastruktur und Basisdienste“ bildet mit ihren Services das unverzichtbare Rückgrat für die Bereitstellung stabiler und sicherer IT-Dienstleistungen. Die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung sorgen u.a. dafür, dass Netzwerke und deren Zugriffsmechanismen funktionieren, Telefonieren ohne Probleme möglich ist, Arbeitsplatzcomputer und deren Anwendungen mühelos nutzbar sind und die notwendigen IT-Komponenten der Rechenzentren ohne Unterbrechung zur Verfügung stehen.

Die neue Organisation umfasst eine Vielzahl von Fachbereichen, die serviceorientiert modernste Technologien betreiben und effiziente Betriebsprozesse umsetzen.

Neu eingerichtete schlanke Strukturen gewährleisten schnelle Entscheidungen und kurzfristige Abstimmungen zur Serviceerbringung für unsere Nutzer im Land Berlin.

Der Betrieb, die Weiterentwicklung und der Ausbau der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur für das Land Berlin waren auch im Jahr 2014 Arbeitsschwerpunkte im Netzbereich des ITDZ Berlin.

Neue Abteilung „E-Government und Fachverfahren“

Im Rahmen der Umsetzung des Strategieprogramms „ITDZ Berlin 2020“ verantwortet nun die neue Abteilung E-Government und Fachverfahren das Geschäftsfeld rund um Verfahren, Anwendungen, Dienste und Datenbanken. Ziel des ITDZ Berlin ist, dieses Geschäftsfeld weiter systematisch zu entwickeln und dem Kunden kompetente Lösungen für die Anwendungsbetreuung zu bieten. Die Bündelung der Anwendungsbetreuung schafft bessere Voraussetzungen für die Schaffung gemeinsamer und durchgängiger Anwendungs- und Datenarchitekturen, die langfristig Synergien bei der Nutzung von Plattformen, Anwendungskomponenten und Datenstrukturen erschließen. Die Dienstleistungsangebote des ITDZ Berlin ergänzen diese Gesamtarchitektur homogen und schaffen damit die Voraussetzungen zur Gestaltung einer übergreifenden Daten- und Anwendungsarchitektur im Land Berlin.

Personalien / Neubesetzung Führungsebene 2

Die Zahl der Mitarbeitenden ist zum Stichtag 31. Dezember 2014 auf 559 (Vorjahr: 507) gestiegen. Der Personalkörper des ITDZ Berlin umfasste 492 Beschäftigte (Vorjahr: 475), davon 35 Auszubildende und Studenten (Vorjahr: 25) und 33 Beamte (Vorjahr: 32). Für die Beschäftigungsverhältnisse gilt seit 1. November 2010 der Tarifvertrag für das Land Berlin (TVL). Den Dienstverhältnissen der Beamtinnen und Beamten liegt das geltende Landesbeamten- und Besoldungsgesetz des Landes Berlin zugrunde.

Im Jahr 2014 konnten 36 Besetzungsverfahren durchgeführt werden und die Besetzung von 22 Führungspositionen abgeschlossen werden. 4 Besetzungsverfahren befanden sich zum Jahreswechsel noch in der Gremienbeteiligung und konnten zum Jahresanfang besetzt werden. Mangels interner Bewerber wurden für weitere 8 Besetzungsverfahren öffentliche Ausschreibungen vorbereitet und zwischenzeitlich veröffentlicht.

1.3. Innovationsmanagement

Auch im Berichtsjahr 2014 hat das ITDZ Berlin innovative Lösungen auf ihre Eignung für die Kunden in der Berliner Verwaltung untersucht, konzeptioniert und zur Umsetzungsreife geführt. Beispiele hierfür sind das Kommunikationsgateway (KommGate), die elektronische Umlaufmappe und der Konvertierungs- und Validierungsdienst (KVD).

Mit dem Projekt „KommGate“ wurden die konzeptionellen Grundlagen und ein Migrationsplan für die Ablösung des bisher genutzten Dateiaustauschservers Hermes durch ein hochmodernes Kommunikationsgateway unter Berücksichtigung kundenspezifischer Kommunikationsanforderungen und moderner Kommunikationsarchitekturen speziell im Zusammenhang mit Sicherheits- und Betriebsaspekten erarbeitet. Basierend auf diesen Grundlagen und mit einem neuen Geschäftsmodell sollen in 2015 die weitere betriebliche Umsetzungsmaßnahmen, Migrationen im Kundenumfeld und neue Kundenanbindungen zum ITDZ Berlin durchgeführt werden.

Mit dem Projekt „Elektronische Umlaufmappe“ (eUml) wurde vom ITDZ Berlin in 2014 eine moderne, elektronische Lösung für die GGO-konforme Bildung einer Zeichnungskette, das Anfügen von beliebigen Dokumenten, die erforderliche Ablaufsteuerung der Zeichnungskette und die Einsichtnahme in den Ablauf konzeptioniert und in Form eines Prototypen umgesetzt. In 2015 soll die Lösung durch interessierte Verwaltungen getestet und evaluiert werden. Mit den dabei gesammelten Erfahrungen will das ITDZ Berlin die Lösung zur Marktreife führen. Im Rahmen dieses Projekts wurde begleitend ein Webservice-basierter Dienst zur Konvertierung und Validierung (KVD) von elektronischen Dokumenten entwickelt, der zukünftig als Basisdienst über die eGovernmentplattform des ITDZ Berlin auch von anderen Anwendungen oder Fachverfahren genutzt werden kann.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Geschäftsverlauf

Die strategische Ausrichtung des ITDZ Berlin war im Jahr 2014 durch folgende Themen charakterisiert:

- Durchführung strategischer Projektvorhaben für das Land Berlin
- Weiterentwicklung als Application-Service-Provider
- Berliner Bürgertelefon „115“
- Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik und -praxis
- Entwicklung und Betrieb der zentralen und dezentralen IT-Infrastruktur im Land Berlin
- IT-Selling
- Strategieprogramm 2020
- Bereitstellung der für die Berliner Verwaltung zur Erfüllung von Fachaufgaben erforderlichen IT-Unterstützung in Form standardisierter Dienstleistungen
- Auf- und Ausbau der „Berlin-Cloud“ - „Platform as a Service“
- Fachliche Unterstützung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei der Koordinierung der IT-Entwicklung und der Erarbeitung von Standards für den IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung
- IT-Vorarbeiten zur Unterstützung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport bei der Umsetzung des Berliner E-Government-Gesetzes (BEGS)
- Unterstützung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport beim Vorsitz des IT-Planungsrates im Jahr 2015
- Fachliche Unterstützung der bisherigen Konzeptarbeiten zur eAkte Land Berlin
- Fachliche Unterstützung der zentralen Arbeitsgruppe zur Ausprägung und Einführung eines standardisierten IT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung
- IT-Sicherheit und Datenschutz für das ITDZ Berlin und das Land – Vorarbeiten zum Aufbau des Berlin-CERT (Computer Emergency Response Team)

2.1.1. Betrieb der verfahrensunabhängigen Infrastruktur

Termin- und Zeitmanagement (ZMS)

Das Termin- und Zeitmanagementsystem (ZMS) bietet ein auf die Belange der Behörden zugeschnittenes, webbasiertes Anwendungssystem zur Terminvergabe und -bearbeitung, bei dem online oder telefonisch gebuchte mit operativ vereinbarten Terminen (vor Ort) übersichtlich organisatorisch abgebildet und Kundenströme effizient gesteuert werden.

In den vergangenen Jahren hat die Nutzung des Systems durch weitere Behörden stark zugenommen. Neben den bezirklichen Ämtern mit Publikumsverkehr sowie den Landesämtern LAGeSo und LABO haben auch erste Gerichte sowie die Bußgeldstelle das System eingeführt. Aktuell werden zwischen 200.000 und 250.000 Kunden pro Monat durch das System verwaltet

IT-Service-Management (Polizei - ITDZ Berlin)

Im Rahmen der Aktivitäten des Verwaltungsverbands „ITSM“ für die Beschaffung und den Betrieb einer modernen IT-Service-Management Plattform für das ITDZ Berlin und die Berliner Polizei wurde dieses Werkzeug im März 2014 eingeführt. Sowohl die Polizei als auch das ITDZ Berlin haben dabei eigene Einführungsprojekte gebildet.

Im Rahmen des Verwaltungsverbands werden dabei Richtlinien erarbeitet, die es zukünftigen weiteren Mandanten erleichtern, das Werkzeug einzuführen. Wir liefern damit einen weiteren Baustein zur Standardisierung des IT-Service-Managements für das Land Berlin. Der zentrale Aufbau der Lösung ist mittels der Cloud-Technologie im Datacenter des ITDZ Berlin erfolgt, so dass der zukünftige Betrieb zentral sichergestellt wird. Die Produktivsetzung des ersten Moduls von insgesamt drei ist für das 2. Quartal 2015 geplant.

IT-Infrastrukturservice

In 2014 wurden die vom ITDZ Berlin betriebenen Arbeitsplatzumgebungen auf neue Plattformen (Windows 7 / Windows-Server 2008) migriert. Hintergrund war das Auslaufen des Herstellersupports für das Betriebssystem Windows XP am 14.4.2014.

Der IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung ist nach gesetzlicher Vorgabe dezentral organisiert. Aus dieser Organisations- und Verantwortungsstruktur folgt zwingend, dass es Aufgabe und Verantwortung der jeweiligen Senats- bzw. Bezirksverwaltung ist, in eigener Zuständigkeit für die Sicherheit der Informationstechnik Sorge zu tragen und damit auch die notwendigen Aktualisierungen von Hard- und Software durchzuführen. Das gilt sowohl für die genutzten Fachverfahren, als auch für die jeweils eingesetzten Betriebssysteme.

Da es den Behörden der Berliner Verwaltung nicht in allen Fällen möglich war, die Betriebssysteme ihrer Computerarbeitsplätze termingerecht auf das neue Betriebssystem umzustellen, hat das ITDZ Berlin in 2014 im Rahmen eines „temporären Notfallpakets“ mit dem Hersteller Microsoft Deutschland GmbH ein kostengünstiges Angebot verhandelt und stellte den Senats- und Bezirksverwaltungen im Land Berlin damit ein temporäres Notfallpaket für den Weiterbetrieb der Computer auch nach dem Auslaufen des offiziellen Microsoft-Supports im April 2015 zur Verfügung. Diese Möglichkeit einer verlängerten Nutzung der von Microsoft für das Betriebssystem Windows XP bereitgestellten Sicherheits-Patches wurde im Berichtszeitraum von 18 Einrichtungen der Berliner Verwaltung in Anspruch genommen.

Standardisierter IT-Arbeitsplatz - BerlinPC

Bereits seit 2013 wird im ITDZ Berlin aktiv an der Entwicklung des neuen, standardisierten IT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung gearbeitet. Ziel ist, unter Federführung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und gemeinsam mit vier Senatsressorts, einen am Kundenbedarf ausgerichteten standardisierten IT-Arbeitsplatz für die Berliner Verwaltung zu konzipieren und die daraus resultierenden Anforderungen in einen Katalog zu überführen. Das Leistungsspektrum des sogenannten BerlinPC wurde abgestimmt. Noch im Jahr 2015 sollen die ersten

Migrationen geplant werden. Mittelfristig soll durch den BerlinPC eine homogene und moderne Infrastruktur im Land Berlin realisiert werden.

IT-Infrastruktur/Netze

Der Betrieb, die Weiterentwicklung und der Ausbau der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur für das Land Berlin waren auch im Jahr 2014 Arbeitsschwerpunkte im Netzbereich des ITDZ Berlin.

Im Multiservice Network (MSN) wurden die Betriebssysteme aller 24 Knoten und 160 Zugangskomponenten durch neue Versionen ersetzt. Das MSN als grundlegendes Transportnetz des Berliner Landesnetzes sichert die performante Übertragung von Anwendungs- und Multimediadaten.

Das vom ITDZ Berlin betreute Infrastrukturnetz der Hauptstadt umfasst aktuell rund 909,5 km Kabelkanalanlagen und circa 1047 km Lichtwellenleiter (LWL) und bildet damit das Fundament für das Berliner Landesnetz (BeLa).

Das LWL-Netz wurde um 42 km erweitert. Hervorzuheben sind insbesondere die Realisierung der redundanten Anbindung der ITDZ-LWL-Knoten Rathaus Wedding und Rathaus Pankow, die redundante Anbindung der Wissenschaftsstandorte TU und des Campus Virchow Klinikum-Charité.

Auf Grund von Bautätigkeiten mussten umfangreiche Umverlegungen von LWL-Kabeln durchgeführt werden. Hier sind insbesondere die Maßnahmen im Rahmen der Erweiterung der Kanzler-U-Bahn U5 im Bereich des LWL-Knotens „Rotes Rathaus“ zu erwähnen. Der LWL-Knoten wurde mit moderner passiver Infrastruktur ausgestattet.

Zur Vorbereitung des Einsatzes von IPv6-Adressen hat das ITDZ Berlin ein modernes Werkzeug zum Management der IP-Adressen in Betrieb genommen.

Die konzeptionellen Vorbereitungen für den Einsatz einer zusätzlichen zentralen Telefonie-Plattform („Hybrid-Centrex“), welche insbesondere solche Standorte versorgen kann, bei denen die LAN-Infrastruktur für eine reine IP-Telefonie-Lösung ungeeignet ist, konnten in 2014 abgeschlossen werden. Die Ausschreibung dieser Lösung soll durchgeführt werden.

Eine neu vom ITDZ Berlin bereit gestellte Clientverschlüsselungs-Lösung wurde in den Regelbetrieb überführt. Von der Migration auf diese neue Lösung waren ca. 8.000 Clients betroffen.

Das Grenznetz des ITDZ Berlin bildet die Schnittstelle des Berliner Landesnetzes zu den externen Netzen wie dem Internet. Darüber kommunizieren fast alle Berliner Behörden. Der in 2013 begonnene Aufbau der neuen Lösung für den webbasierten Internetzugang (http) und die E-Mail-Kommunikation konnte Mitte 2014 bereitgestellt werden. Danach folgte die geregelte schrittweise Migration der Verwaltungen auf den neuen Kommunikationsweg.

Die Erneuerung und Erweiterung der vom ITDZ Berlin für seine Kunden betriebenen LAN- und Firewall-Installationen wurde auch im Jahr 2014 durchgeführt.

Eine besondere Herausforderung stellten die vorbereitenden Arbeiten zur Erneuerung der Klima- und stromtechnischen Anlagen in Teilen des HSDC (High Secure Data Center) des ITDZ Berlin dar. Dabei mussten umfangreiche Verlagerungen von Netzwerk- und IT-Sicherheitstechnik vorbereitet und für die Kunden mit geringstmöglichen Auswirkungen umgesetzt werden.

sicheres Berliner Schulintranet (sBSI)

Das sichere Berliner Schulintranet (sBSI) ist ein Teilprojekt des Projektes eGovernment@School der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBildJugWiss). Bei der angekündigten Neukonzeption von eGovernment@School hat das ITDZ Berlin die SenBildJugWiss mit Erfahrungen, Einschätzungen und Analysen zu einem wirtschaftlichen und sicheren Betrieb unterstützt.

Die Verantwortung für Konzeption und Termine liegt bei SenBildJugWiss. Nach aktuellem Vertragsstatus stellen wir bis dato Dienstleistungen (z. B. Beratung aus Rahmenvertrag Produktservice) und Produkte (z. B. aus Rahmenvertrag Carrier) aus unserem Portfolio zur Verfügung.

Aktuell sind 177 Schulstandorte angeschlossen, davon 58 Schulstandorte im Jahr 2014. Im Auftrag von SenBildJugWiss wurde der Verwaltungsbereich von 40 Schulstandorten mit passiver LAN-Infrastruktur ausgerüstet.

Service-Center - Berliner Bürgertelefon 115

Das Anrufvolumen beim Berliner Bürgertelefon ist 2014 im Vergleich zum Vorjahr um ca. 40% gestiegen. Das durchschnittliche tägliche Anrufvolumen lag im Jahresdurchschnitt bei 3.419 Anrufen. Einen hohen Anteil dabei hatten die Anfragen zur „Terminvereinbarung“ in den Bürgerämtern. Der Service Level wurde über das ganze Jahr gehalten und lag im Jahresdurchschnitt bei 77%.

Entsprechend dem Beschluss des Bundestages vom 3.07.2014 wird in der Bundesrepublik Deutschland ab 2015 ein einheitlicher Mindestlohn von 8,50 € flächendeckend in Deutschland eingeführt. Das ITDZ Berlin hat diesen bedeutenden Schritt im Service-Center bereits zum 1.04.2013 umgesetzt und dazu mit dem rahmenvertraglich gebundenen Auftragnehmer den Lohn für diese Mitarbeitenden vorfristig an den gesetzlichen Mindestlohn angepasst.

Mobile Device Management

Mit der zunehmenden Verbreitung von mobilen Endgeräten wie Smartphones und Tablet-PCs nimmt auch der Wunsch zu, mit diesen Geräten dienstlich auf Informationen innerhalb des Berliner Landesnetzes zuzugreifen. Um diesen neuen Anforderungen gerecht zu werden, bietet das ITDZ Berlin die Möglichkeit, über Smartphone oder Tablet-PC auf Grundlage des für das Land Berlin geltenden Rahmenkonzepts „Sichere Anbindung mobiler Endgeräte an das Berliner Landesnetz“ Zugriff auf Ressourcen des Berliner Landesnetzes zu erlangen.

Servervirtualisierung

Die Bereitstellung standardisierter, virtualisierter Serverinfrastrukturen wird vom ITDZ Berlin als strategischer Lösungsansatz zur Optimierung des zentralen Rechenzentrumsbetriebs für das Land Berlin gesehen. Dazu hat das ITDZ Berlin am zentralen Standort eine „Private Cloud Umgebung“ realisiert mit der Rechnerleistungen und Speicherkapazitäten flexibel - nach Bedarf- angefordert werden können. In Absprache mit den Kunden wurden bereits in 2014 erste Systeme von Bestandskunden in diese Umgebung migriert und damit der Virtualisierungsgrad der Serverumgebungen im ITDZ Berlin weiter gesteigert.

Secure Data-Center

Das Secure Data-Center des ITDZ Berlin wurde im Berichtszeitraum weiter ausgebaut. In Jahr 2014 wurde die komplette SAN Infrastruktur in den Data-Centern auf den neuesten technischen Stand gebracht und die Technik zur Bereitstellung von SAN-

basiertem Storage erneuert. So kann das ITDZ Berlin auch zukünftig den steigenden Anforderungen der Berliner Verwaltung an Speicherplatz und einen effizienten und umweltverträglichen Rechenzentrumsbetrieb gerecht werden.

Cloud-Computing - Private-Cloud Land Berlin

Im Jahr 2014 wurde die „Cloud-Infrastruktur“ im High Secure Data Center (HSDC) implementiert. Diese steht nun auch produktiv zur Verfügung. Cloud-Computing hat die internen Abläufe im ITDZ Berlin optimiert. Die Services werden nun bedarfsgerechter und wirtschaftlicher verwendet. Durch diese Automatisierung und Standardisierung konnten die Bestell- und Betriebsprozesse verschlankt werden.

Das ITDZ Berlin hat im Jahr 2014 die Entwicklung eines anwenderfreundlichen Bestellportals (Self-Service-Portal) abgeschlossen. In diesem Portal können unsere Kunden Serverkapazitäten per Mausklick online auswählen und abrufen. Diese stehen innerhalb von Stunden zur Verfügung und können ebenso kurzfristig abbestellt werden – ohne Vergabeverfahren, ohne Vor-Ort-Installation und ohne Wartung von Hardware. Abgerechnet wird nutzungsabhängig und tagesgenau. Über das Web-Portal haben die Anwender jederzeit Überblick über die genutzten Services. Ziel ist es, den Dienststellen die Arbeit zu erleichtern.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- **Schnelligkeit:** Es gibt keine Vorlaufzeiten – Services können innerhalb von Stunden bereitgestellt werden.
- **Effizienz:** Der einfache Beschaffungsweg spart Zeit und Aufwand.
- **Erhöhung der Mitarbeitermotivation:** Routinetätigkeiten werden automatisiert und vereinfacht.
- **Kosteneinsparung:** Services aus der Cloud können aufgrund von Standardisierung und Automatisierung preisgünstiger bereitgestellt werden als vergleichbare konventionelle Angebote.
- **Kostentransparenz:** Dienstleistungskosten sind besser planbar.
- **Wirtschaftlichkeit:** Das Abrufen erfolgt nach Bedarf, es müssen keine „Leerkapazitäten“ vorgehalten werden.
- **Flexible Abrufmengen:** Skalierbarkeit von Rechenleistung und Speicherkapazität sowie individuell wählbare Optionen für den Serverbetrieb ermöglichen die Anpassung an spezifische Bedarfssituationen.

Konkret können vorhandene Ressourcen besser genutzt und Kostenreduzierungen an unsere Kunden weitergegeben werden. Die Serverkonsolidierung im Land Berlin wird hierdurch aktiv unterstützt.

DOI-Videokonferenzlösung des ITDZ Berlin

Mit dem Vorhaben Deutschland-Online Infrastruktur (DOI) wird eine deutschlandweite Kommunikationsinfrastruktur für alle Behörden der Deutschen Verwaltung bereitgestellt, die eine ebenenübergreifende sichere Kommunikation zwischen Bundesnetzen, den Ländernetzen und Netzen der Kommunen ermöglicht.

Grundlage des Projektes DOI ist der Aktionsplan Deutschland-Online in der von den Regierungschefs des Bundes und der Länder am 22. Juni 2006 gebilligten Fassung.

Ende 2014 konnte das ITDZ Berlin die Entwicklung einer Videokonferenzlösung für die Berliner Verwaltung im Kontext der „Deutschland Online Infrastruktur“ erfolgreich abschließen und in Betrieb nehmen. Fortan steht im ITDZ Berlin eine betriebsbereite

Videokonferenzanlage für die Berliner Verwaltung zur Verfügung, die es ermöglicht, über das DOI-Netz Verwaltungsstandorte von Bund, Ländern und Kommunen via Videokonferenz zu verbinden. Voraussetzung ist, dass die an der Konferenz teilnehmenden Einrichtungen an ihren Standorten ebenfalls über notwendige Technik verfügen. Das leistungsfähige Konferenzsystem steht im Kommunikationszentrum KOMM des ITDZ Berlin bereit und kann kostenpflichtig genutzt werden.

Dokumentenmanagement (DMS/VBS)

Beim Bestandsprodukt DMS/VBS war das Jahr 2014 geprägt durch umfangreiche Projektarbeiten bezüglich der Umstellung der gesamten Softwarearchitektur auf die aktuelle Version VIS 5.1 des zugrundeliegenden Softwarewerkzeugs der Firma PDV-Systeme. Die neue Softwareversion wurde umfangreichen Tests unterzogen. Es wurden spezielle Migrationswerkzeuge entwickelt und getestet, um die Migration der Mandanten der Bestandskunden stärker zu optimieren und zu automatisieren. Besondere Anforderungen mussten bezüglich des Einsatzes der Softwarelösung in einer Rechenzentruminfrastruktur und bezüglich heterogener, lokaler Infrastrukturen der Bestandskunden berücksichtigt werden. Inzwischen laufen bei verschiedenen Bestandskunden Tests der neuen, migrierten Softwarearchitektur. Erste Produktivsetzungen sind für Anfang 2015 geplant. Es stehen bereits weitere Mandanten zur Migration an.

Parallel zur Weiterentwicklung des bestehenden Produkts wird das Vorhaben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Einführung einer zentralen eAkte-Lösung des Landes Berlin aktiv befürwortet. Das ITDZ Berlin hat dazu in 2014 Unterstützung zur Ausschreibungsplanung geleistet.

2.1.2. Betrieb von IT-Verfahren einschl. der verfahrensabhängigen Infrastruktur

Einführung eAkte im Land Berlin

Für die Planung und Umsetzung des Gesamtvorhabens wurde vom ITDZ Berlin in Vorbereitung der Senatsvorlage für die landesweite Einführung der e-Akte der im Jahr 2013 für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport erarbeitete Masterplan weiter untersetzt. Die Planung beinhaltete konkrete Schritte und erforderliche Ressourcen zum Aufbau der Basisinfrastruktur und der IT-Dienste für die erfolgreiche Einführung der eAkte im Land Berlin. Insbesondere wurde hierfür vom ITDZ Berlin im Jahr 2014 die Planung für die Vorbereitung und Durchführung der europaweiten Ausschreibung weiter präzisiert und damit die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start dieses bedeutenden Vorhabens im Jahr 2015 geschaffen.

Weiterentwicklung eAkte-Mandant im ITDZ Berlin (Projekt 2014)

Mit dem unternehmensinternen Projekt „Weiterentwicklung eAkte-Mandant im ITDZ Berlin“ schafft das ITDZ Berlin die Voraussetzungen für einen standardisierten, geschäftsbereichsübergreifenden und zuverlässigen Betrieb verschiedener eFach-Akten in einem Mandanten eines Dokumentenmanagementsystems im Data-Center des ITDZ Berlin.

Wesentliche Projektergebnisse aus dem Jahr 2014 sind die:

- Erarbeitung eines Gesamtkundenplanes für das ITDZ Berlin (Basis für papiergebundene und DMS-gestützte Aktenführung im ITDZ Berlin),

- Untersuchungen zur Weiterentwicklung der ITDZ Berlin eAkte und der eProjektakte unter dem Aspekt der Sicherheitserfordernisse und externer Zugriffe auf eAkten,
- Finalisierung eines zentralen verfahrensspezifischen Sicherheitskonzepts, inkl. Anhänge für alle z. Zt. bereits im Betrieb befindlichen eFachakten des ITDZ Berlin-Mandanten.

Im ITDZ Berlin wird die elektronische Akte derzeit in den Bereichen Kunden und Lösungen, Infrastruktur- und Basisdienste, Einkauf und Vertrieb betrieben. Für das Rechnungswesen befindet sich eine eAkte in der Projektphase.

eAkte Rechnungswesen (eFin)

Die gesamte Rechnungsbearbeitung im ITDZ Berlin wird zukünftig in elektronischer Form erfolgen. Alle dazu gehörigen Unterlagen sollen strukturiert, jederzeit recherchierbar und revisionssicher für die erforderliche Aufbewahrungsfrist abgelegt werden.

Im Anschluss an die Voruntersuchung wurde im Jahr 2014 im ITDZ Berlin damit begonnen, in der Projektstufe 1 die Faktura-Prozesse abzubilden. In einer eAkte "eFin" werden Ausgangsrechnungen, Gutschriften und Stornos in einer vollständigen Ablage für 10 Jahre revisionssicher aufbewahrt. Dazu wurde mit dem Aufbau von Aktenstrukturen und der Erstellung verschiedener Schnittstellen mit Datenaustausch zwischen SAP und VISKompakt begonnen.

Die 2. Projektstufe, die Abbildung eines Workflow für die Bearbeitung von Eingangsrechnungen, wurde vorbereitet. Die vollständigen Eingangsrechnungen sollen künftig ebenfalls in der eAkte abgelegt werden. Der Ausbau der eAkte Rechnungswesen für Sonderfälle und weitere Unterlagen des Rechnungswesens im ITDZ Berlin ist für die Zukunft geplant.

elektronische Einkaufsakte – eEKA

Seit März 2013 werden die Akten im Einkauf des ITDZ Berlin in einer elektronischen Einkaufsakte (eEKA) geführt. Die eEKA basiert, ebenso wie die elektronische Projektakte (eProjektakte) für die Projektgruppenarbeit, auf dem DMS/VBS-Dienst des ITDZ Berlin. In der eEKA werden alle Beschaffungsvorgänge und Rahmenverträge einschließlich der allgemeinen Unternehmensinformationen, Eignungsunterlagen und Registerabfragen zu den jeweiligen Auftragnehmern (Kreditoren) abgelegt. In der Papierakte wurden diese Informationen bisher in gesonderten Aktenordnern abgelegt. Nicht Bestandteil der eEKA sind die laufenden Vergabeakten, die die laufende Dokumentation formaler Vergabeverfahren beinhalten.

Die vollständig elektronische Vorgangsbearbeitung reduziert nicht nur Kosten für Papier und Lagerhaltung im ITDZ Berlin, sondern entlastet auch den Arbeitsalltag der Mitarbeitenden. Vorgänge, die bisher in verschiedenen Aktenordnern abgelegt wurden, sind in der eEKA zusammengeführt. Darüber hinaus bietet die elektronische Akte zusätzliche Recherchemöglichkeiten, sodass die Mitarbeitenden sich zu allen Akten per Mausclick die dazugehörigen Dokumente anzeigen lassen und bei Bedarf weiterbearbeiten können. Im Jahr 2014 sind ca. 3000 neue Beschaffungsvorgänge erfasst worden.

SAP-Portfolio – Angebote des ITDZ Berlin

Das Angebot des ITDZ Berlin im Bereich SAP reicht von der Implementierung von SAP-Systemen, der Administration, Überwachung und Steuerung dieser Systeme und

Verfahren über die Anwendungsbetreuung bis hin zur Einführung und Durchführung von SAP Projekten.

Das ITDZ Berlin ist SAP Hosting Partner und damit ein von SAP-zertifizierter Anbieter von Hosting Services und bietet damit der Berliner Verwaltung und Berliner Unternehmen bestätigte hohe Qualität des Betriebs von SAP-Lösungen im High Secure Data Center des ITDZ Berlin an.

Durch die Bündelung der einzelnen Softwareüberlassungsverträge der Berliner Verwaltung mit der SAP in einen Vertrag, gehalten vom ITDZ Berlin, profitieren die Kunden des ITDZ Berlin aufgrund besonderer Konditionen für Nutzungsrechte von SAP-Produkten bei Neu- und Nachkauf.

Die Zentrierung von Infrastruktur und administrativen Aufgaben sowie der Wissensaufbau und die Aufgabenübernahme im Bereich der Verfahrensbetreuung in diversen SAP-Projekten unterstreicht die Ausrichtung des ITDZ Berlin zum umfassenden Lösungsanbieter.

Online Marktplatz “goBerlin”

Mit dem Abschluss des Forschungsprojektes in 2014 wurde die grundsätzliche rechtliche und technische Umsetzbarkeit der Plattform und des Prototypen nachgewiesen. Die Ergebnisse der Implementierung und die im Förderprojekt implementierten Szenarien wurden auf der Messe Moderner Staat in Berlin durch die Partner demonstriert. Mit Beginn des Jahres 2015 erfolgt die Überführung des im Forschungsprojekt entstandenen Prototypen in die praktische Umsetzung. Die konkreten Planungen zu Inhalten und deren Finanzierung laufen derzeit. Gleichzeitig wurde dieses Projekt in die strategische Arbeitsplanung des IT-Planungsrates aufgenommen. Unterstützt werden sollen dadurch die Wiederverwendung aus den konkreten Erfahrungen mit dem BMWi-Förderprojekt-Prototyp GoBerlin sowie eine nationale Verbreitung der Ergebnisse.

Verlagerung von IT Betriebsleistungen des Bezirksamtes Mitte (VITBL)

Ein stabiler Betrieb mit sehr hoher Verfügbarkeit aller vereinbarten Service war 2014 die Basis für die gute Zusammenarbeit der IT des Bezirksamtes Mitte und des ITDZ Berlin.

Das zur Projekteinführung gemeinsam entwickelte und installierte Monitoring von VITBL-Diensten wird kontinuierlich den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Die Erarbeitung und Umsetzung erfolgt in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die in regelmäßigen Abständen den Bedarf und die Möglichkeiten abgleicht und präzisiert. Alle Leistungen, die vertraglich zugesagt und vereinbart wurden, werden mit Hilfe des Zentralen Informationssystem ZIS überwacht.

Durch gemeinsam abgestimmte technische und organisatorische Maßnahmen wird ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess durchgeführt und die permanente Synchronisation aller relevanten Informationen zwischen Kunde und ITDZ Berlin sichergestellt. Somit können die Zusagen seitens des ITDZ Berlin eingehalten werden, dem BA-Mitte stabile, performante Arbeitsbedingungen zu schaffen und das Produkt VITBL als Alternative zur bisherigen dezentralen Arbeitsweise in den Bezirksämtern anzubieten, weiterzuentwickeln und auszubauen.

Berliner elektronische Personenstandsregister (BPersReg)

Das Projekt zur Einführung einer Lösung für die elektronische Führung des Personenstandsregisters im Land Berlin konnte im Jahr 2014 erfolgreich in den Betrieb

überführt werden. Seitdem nutzen die Landesämter des Landes Berlin die Vorzüge des elektronischen Verfahrens zur Verbesserung ihres Bürgerservices.

Dem ITDZ Berlin ist es gelungen, die mit dem Kunden vereinbarten Servicelevel jederzeit einzuhalten. Es ist für das Jahr 2015 mit einer nochmals verbesserten Servicequalität zu rechnen.

Forum Star

Seit dem Jahr 2013 stellt das ITDZ Berlin die technische Infrastruktur für das Verfahren ForumSTAR und die elektronische Kommunikationsplattform (eKP) zur Verfügung. ForumSTAR ist eine Fachanwendung für die ordentliche Gerichtsbarkeit, die im Länderverbund von zehn Bundesländern und unter Mitwirkung von externen Softwareunternehmen entwickelt wurde. Das moderne Fachverfahren soll das bisher genutzte IT-Verfahren AULAK in 2017/2018 ablösen.

2014 wurden, innerhalb der vom ITDZ Berlin betriebenen technischen Infrastruktur für das Verfahren ForumSTAR und der elektronischen Kommunikationsplattform (eKP), die Applikationsserver als Cluster und somit hochverfügbar aufgebaut. Zudem wurde ein Monitoring der gesamten Umgebung implementiert. Die in 2013 eingeführten Module „VSINS“ im Amtsgericht Charlottenburg und „VSMOB“ für die Standorte Lichtenberg und Köpenick wurden in 2014 produktiv gesetzt und betrieben.

Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Justiz ist es in den letzten Jahren gelungen, immer mehr informationstechnische Leistungen der Justiz im ITDZ Berlin zu konsolidieren. Im Jahr 2014 wurde die Arbeit am Vorhaben ForumSTAR weiter fortgesetzt. Mit der Übernahme des Fachverfahrens AUREG konnte eine weitere Justiz-Anwendung im ITDZ Berlin in Betrieb genommen werden.

Geo-Daten

Die Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Bundesländer haben die Aufgabe, raumbezogene Basisdaten (Geobasisdaten) für Verwaltung, Wirtschaft und private Nutzer zunehmend in digitaler Form bereit zu stellen. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin (SenStadtUm) führt dazu die neuen digitalen Geofachverfahren ATKIS®, ALKIS® und AFIS® ein. Zusätzlich sollen für das Berliner Vermessungswesen künftig ausgewählte Daten, wie z.B. Flurstück-Informationen, für ausgewählte Kundenkreise über ein Webportal veröffentlicht werden.

Bis Ende 2014 wurde der Aufbau der Hard- und Softwarelandschaft für die Verfahren ATKIS und AFIS vom ITDZ Berlin abgeschlossen. Damit wurde eine weitere Grundlage geschaffen, um 2015 das Fachverfahren ALKIS sowie das Webportal bereitzustellen.

Internetwache

Die Internetwache ermöglicht die Kommunikation der Bürger mit der Polizei via Internet, um dem Bürger eine einfache Möglichkeit zu bieten, z.B. eine Anzeige zu erstatten, Hinweise zu geben, Versammlungen anzumelden, sich zu beschweren oder auch einen Dank zum Ausdruck zu bringen. Die Software erstellt die Polizei selbst, das Verfahren wird im ITDZ Berlin betrieben. Dazu werden durch das ITDZ Berlin u.a. Server und Datenbanken betrieben und das Verfahren sicher im Internet zur Verfügung gestellt.

Der Aufbau des neuen Systems, der Test einschließlich eines erfolgreich bestandenen Penetrationstests und der sichere Start erfolgten in 2014. Das System wird seitdem durch das ITDZ Berlin betrieben.

Optimierung des Kaufmännischen Systems – Projekt UPA

Zur Vorbereitung regelmäßiger Updates wurde im Jahr 2014 im ITDZ Berlin die Nutzung des Solution-Managers für die Testplanung und Testdokumentation eingeführt. Das Tool wurde bereits für die Tests des IT-Shops genutzt. Das Ausrollen auf alle SAP-Nutzer ist für 2015 geplant.

Das SAP-System wurde fachlich erweitert. Verbesserungen wurden in den Bereichen Auftragssteuerung, interne Leistungserfassung, Transparenz der Bestandsverträge und Buchhaltung erreicht und das System auf die Einführung der neuen Produktstruktur vorbereitet, die im ersten Quartal 2015 eingeführt wurde.

Im Anschluss an das Projekt „IT-Shop“ wurden die Katalogpfegefunktionen für die Katalogdaten des IT-Shops an die aktuellen Anforderungen angepasst und optimiert.

2.1.3. Beschaffung

Mittelstandsfreundliche Vergabe

Im Jahr 2014 führte das ITDZ Berlin 52 formelle Vergabeverfahren, davon drei mit insgesamt 27 Losen, mit einem Beschaffungsvolumen von insgesamt rund 21 Mio. € durch. 86 Prozent der Zuschläge gingen dabei an kleine und mittelständische Unternehmen. Unter den Zuschlägen an mittelständische Unternehmen befinden sich solch große Verträge wie die neue Software für unser Servicecenter, für das Land Berlin das browsergestützte eRecruiting / Eignungsdiagnostik sowie solch bedeutende Rahmenverträge wie LAN-Komponenten, Netzsicherheitssysteme, Büropapier und Arbeitnehmerüberlassung.

Rahmenverträge Projektservices

Die Rahmenverträge Projektservices endeten im Januar 2015. Das voraussehbare Ende dieser Rahmenverträge führte zu einer noch stärkeren Nachfrage im Berichtszeitraum. Insgesamt 40 „Wettbewerbe“ in 2014 mit einem Bestellvolumen von ca. 3,5 Mio. € wurden in den drei Fachkategorien erfolgreich durchgeführt. An 39 mittelständische Unternehmen bzw. Bietergemeinschaften konnte vom ITDZ Berlin der Zuschlag 2014 erteilt werden.

Software-Lizenzen

Angesichts der Beendigung der Supports für Microsoft Windows XP im April 2014 wurde für das Land Berlin mit Microsoft ein Vertrag über den verlängerten Support bis spätestens 14.04.2015 geschlossen, der dem Land Berlin eine geordnete Migration zumindest auf Microsoft Windows 7 / Office 2010 ermöglicht.

Der Volumenlizenzvertrag zu McAfee-Produkten über die unbeschränkte Nutzung endete nach drei Jahren am 18.12.2014. Es begann die Phase der beschränkten Nutzung und des Supports für die festgestellten Lizenzen.

IT-Selling

Die Abrufe aus den vom ITDZ Berlin gehaltenen Rahmenverträgen zu IT-Hard- und Software und Dienstleistungen durch die Berliner Verwaltungen hatten auch in 2014 einen erheblichen Anteil am Gesamtumsatz des ITDZ Berlin. Das Bestellvolumen hat in 2014 rd. 63 Mio. € betragen und liegt damit über dem des Vorjahres. Gleichzeitig mit der Übernahme der Rahmenverträge „Büropapier“ vom Landesverwaltungsamt Berlin wurde im ITDZ Berlin die Entscheidung getroffen, den IT-(Online)-Shop des ITDZ Berlin ab dem 1.8.2014 auch im Internet zur Verfügung zu stellen. Auch in 2014 wurden Abrufe aus den Rahmenverträgen des ITDZ Berlin für

Arbeitsplatzausstattungen, Lizenzen, LAN-Komponenten, Multifunktionsgeräte und Schulserver stark nachgefragt.

Ebenfalls in 2014 wurde der IT-Shop des ITDZ Berlin auf den neuesten Versionsstand angehoben. Das Update erforderte umfangreiche Vorbereitungs- und Testaktivitäten. Gleichzeitig wurde der IT-Shop um neue Funktionalitäten erweitert, wie z.B. einen Mindestbestellwert, die Nutzung von Staffelpreisen und dem Ausweis der Mehrwertsteuer auf der Shop-Oberfläche und in Bestellungen für steuerpflichtige Kunden. Bei der Gestaltung der IT-Shop-Oberfläche wurden neueste Anforderungen an Barrierefreiheit berücksichtigt.

Einen besonderen Schwerpunkt legte das ITDZ Berlin auf die Erhöhung des Sicherheitsniveaus durch weitere Verbesserungen bei der Authentisierung und Nutzerverwaltung.

Nach erfolgreich abgeschlossenem Penetrationstest wurde der IT-Shop zusätzlich im Internet zur Verfügung gestellt. Damit können nun auch Kunden des ITDZ Berlin, die keinen Anschluss an das Berliner Landesnetz haben, (wie zum Beispiel die meisten Schulen), jetzt direkt über den IT-Shop des ITDZ Berlin angebotene Leistungen bestellen.

2.1.4. Öffentlichkeitsarbeit und Messebeteiligungen

20. Berlin Anwenderforum E-Government

Am 19. und 20. Februar 2014 fand das „20. Berliner Anwenderforum E-Government“ im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin statt. Das ITDZ Berlin war als Aussteller vertreten und präsentierte vor Ort einen Überblick über sein umfangreiches Leistungsspektrum für die Verwaltung. Schwerpunkt im Unternehmensauftritt im Rahmen der Veranstaltung bildeten eGovernment-Lösungen des ITDZ Berlin. Zusätzlich trat das ITDZ Berlin mit eigenen Referenten im Kongressprogramm auf und informierte mit einem Best-Practice-Vortrag über „Neue Modelle des IT-Betriebes-Das Projekt VITBL“.

CeBIT 2014

Wie in den Vorjahren war das ITDZ Berlin auch 2014 auf der CeBIT in Hannover mit eigenem Messestand im Public Sektor Park vertreten. Mit Kunden aus der Berliner Verwaltung und Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Wirtschaft präsentierte das ITDZ Berlin innovative IT-Dienstleistungen und praktische, effiziente Lösungen für die moderne Verwaltung. Das Themenspektrum war vielseitig und zeigte einen Querschnitt des Produktportfolios des ITDZ Berlin: Cloud-Lösungen für das Land Berlin (Self Service Portal), Betrieb von automatisierten Fachverfahren (Best Practice: BOWI, Fachverfahren der Berliner Polizei und Integrierte Software Berliner Jugendhilfe, Fachverfahren der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft), die elektronische Akte (Best Practice: eProjektakte des ITDZ Berlin), der Mobile Netzzugang für das Land Berlin, IT-Sicherheit und CERT für das Land Berlin sowie das Thema Cybermobbing des Kooperationspartners HWR Berlin.

Ergänzend fand auf dem Messestand des ITDZ Berlin eine moderierte Vortrags- und Talkrunde mit dem Umweltbundesamt, der TU Berlin und dem ITDZ Berlin zum Thema: „Der Blaue Engel für energiebewussten Rechenzentrumsbetrieb in der Praxis“ statt.

Parallel unterstützte das ITDZ Berlin die Senatsverwaltung für Inneres und Sport auf dem Stand des IT-Planungsrates mit den Themenpräsentationen goBerlin und E-Government-Landkarte. Darüber hinaus präsentierte das ITDZ Berlin auf dem Stand des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sein goBerlin. Ein besonderes

Highlight war das erfolgreiche Anrufe-Routing „Bürgertelefon 115“ von der CeBIT ins Service Center des ITDZ Berlin für das Bundesministerium des Innern am 12. März 2014.

Fachtagung IT-Beschaffung 2014

Am 17. und 18. September 2014 fand die „10. Fachtagung IT-Beschaffung“ im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Berlin statt. Wie im Vorjahr beteiligte sich das ITDZ Berlin als Aussteller und präsentierte einen Überblick über seinen umfassenden IT-Beschaffungs- und Ausschreibungsservice für die Kunden in der Berliner Verwaltung.

Moderner Staat 2014

Am 2. und 3. Dezember 2014 nahm das ITDZ Berlin an der Veranstaltung Moderner Staat in Berlin teil. Mit seinem Messestand präsentierte sich das ITDZ Berlin im Convention Center des Hotels „Estrel Berlin“ als zentraler und innovativer IT-Dienstleister der „ServiceStadt Berlin“ und informierte über Lösungen zu den Themen „IT-Sicherheit“ und „Cloud Computing“. Dazu wurden die Angebote eines „CERT und IT-Sicherheitstools für das Land Berlin“ sowie das „Self-Service-Portal für das Land Berlin“ vorgestellt.

Abgerundet wurde der erfolgreiche Messeauftritt des ITDZ Berlin durch die Teilnahme an der Podiumsdiskussion des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und Kommune 2.0 e.V. zum Thema „Kommunaler Cyberraum - Grenzen beim Thema IT-Sicherheit überwinden“. Weiter referierten Fachkräfte des ITDZ Berlin im Best-Practice-Messeforum „IT-Sicherheit“ sowie im Fachforum „Willkommene Wolken über dem Public Sector – Effiziente und sichere Cloud-Lösungen für die öffentliche Verwaltung“. Zum erfolgreichen Abschluss des Projektes Online-Marktplatz ‚goBerlin‘ initiierte das ITDZ Berlin vor Ort eine Sonderveranstaltung mit seinen Konsortialpartnern.

2.1.5. Liegenschaften

Monitoring Klimaschutzvereinbarung

Im High-Secure-Data Center des ITDZ Berlin konnte durch weitere Maßnahmen zur Energieeinsparung der Stromverbrauch in 2014 im Vergleich zum Vorjahr erneut um ca. 7% reduziert werden. Das ITDZ Berlin verbraucht ausschließlich Ökostrom mit dem Emissionsfaktor Null.

Im jährlichen Zwischenbericht zur Klimaschutzvereinbarung des ITDZ Berlin mit dem Land Berlin wurde festgestellt, dass die vereinbarten Energieeinsparungsziele mehr als erfüllt wurden. Zudem ist das ITDZ Berlin seit 2014 Mitglied im internationalen Unternehmensverband „The Green Grid“, einer „Non-Profit“-Organisation zur Verbesserung der Ressourceneffizienz in Rechenzentren mit über 175 Mitgliedern.

Anmietung neuer Flächen Berliner Straße 55

Im Gebäude Berliner Straße 55, gegenüber dem Hauptgebäude des ITDZ Berlin, wurde vom ITDZ Berlin in 2014 die komplette erste Etage mit einer Fläche von 368 m² angemietet. Hier entsteht bis zum Sommer 2015 das neue Ausbildungszentrum des ITDZ Berlin mit einem Schulungsraum für 20 Auszubildende, einem Azubi-Labor mit 8 Arbeitsplätzen sowie drei Büros mit 6 Arbeitsplätzen.

Sanierung 4. OG Haus 1

Nach Fertigstellung des Ostflügels wurde in 2014 die Sanierung der 4. Etage im Westflügel des Stammhauses fortgesetzt und wird in 2015 abgeschlossen. Die Sanierung umfasst die Anpassung und Modernisierung der Büroflächen einschließlich

des Einbaus von verglasten Trennwänden zum Flurbereich und die komplette Erneuerung der Hauselektrik und der strukturierten Hausverkabelung. Zur weiteren Optimierung der Sicherheit wird die Etage mit einer Sicherheitsbeleuchtung und einer elektroakustischen Lautsprechanlage versehen.

Ausbau Fahrradraum

Für ITDZ Berlin-Mitarbeitende wurde der bislang bestehende Fahrradraum auf die fünffache Fläche vergrößert. Der Einbau eines platzsparenden Doppelparksystems sowie einer Automattür erfolgt in 2015. Damit erhöht sich die Zahl der wettergeschützten Fahrrad-Stellplätze von 8 auf 40.

2.1.6. Personalentwicklung und Qualifizierung

Personalentwicklung (PE) als Teil der Organisationsentwicklung (OE) im ITDZ Berlin ist im Rahmen der strategischen Ausrichtung:

- **Unternehmensentwicklung:**

Orientiert am Bedarf und am Unternehmenserfolg des ITDZ Berlin. Das Ziel des kundenorientierten Denken und Handelns erfordert personenorientierte Entwicklungs- und Veränderungsprozesse, wie sie im Rahmen des Strategieprogramms ITDZ Berlin 2020 verankert sind und das Potenzial der Mitarbeitenden entwickeln,

- **Sukzessive Weiterentwicklung der Mitarbeitendenkompetenzen**

Hierzu werden Individuelle Lernprozesse der Mitarbeitenden mit Organisationsentwicklungsprozessen insoweit kombiniert als Organisationales Lernen in Teams und Abteilungen, auch durch die Implementierung der Matrixorganisation, mit dem individuellen Lernen zusammen wächst,

- **Aufgabe aller Führungskräfte:**

Die Führungskräfte werden zum "Hebel" der Personalentwicklung, indem sie mit ihren Mitarbeitenden den Bedarf erheben und deren Lernprozesse als Coach - Entwicklungsbegleiter – unterstützen,

- **Kommunikation mit den Mitarbeitenden:**

Die Identifikation der Mitarbeitenden mit den Entwicklungsprozessen wird dadurch erreicht, dass sie ihre eigenen Lernprozesse – am Unternehmensbedarf orientiert - in Abstimmung mit ihren Führungskräften gestalten,

- **Karriere-, / Laufbahn- und Lebensplanung:**

PE ist folglich langfristig angelegt und orientiert sich an den beruflichen Lebensphasen der Mitarbeitenden,

- **Kompetenz:**

Hierbei gilt es die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse der Mitarbeitenden im Einklang mit den Unternehmenszielen und -bedarfen zu entwickeln,

- **Aktive Weiterentwicklung der Unternehmenskultur**

Wie sie im Rahmen des lfd. Change-Management-Prozesses verankert ist: Hierbei bildet die Unternehmenskultur den Rahmen für die Personalentwicklung.

Personalentwicklung im ITDZ Berlin ist ein Prozess der laufenden Anpassung der Qualifikation der Mitarbeitenden sowie der beruflichen Entwicklung an die mittel- und langfristigen Unternehmenserfordernisse des ITDZ Berlin. Dieser Prozess ist zielgerichtet, systematisch und methodisch geplant.

Auch in 2014 hatte die Weiterentwicklung der Kern- und Veränderungskompetenzen durch Qualifizierungsmaßnahmen einen besonderen Stellenwert. So ist die Zahl der Auszubildenden im Berichtsjahr gestiegen und um das Angebot des Dualen Studiums erweitert worden. Das ITDZ Berlin wurde in 2014 als einer der besten Berliner Ausbildungsbetriebe ausgezeichnet. Zugleich wurde auch dem Gebot der Frauenförderung durch spezielle Seminare für weibliche Beschäftigte zur Weiterqualifizierung und Karriereförderung, einschl. der Implementierung eines Frauennetzwerks, Rechnung getragen.

Insgesamt sind im Berichtsjahr 528 Fortbildungsveranstaltungen (davon 11 Inhouseveranstaltungen) mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 788 (davon 318 Frauen) Teilnehmenden durchgeführt worden, d.h. jeder Teilnehmer hat durchschnittlich 2 Schulungstage in Anspruch genommen. Die Gesamtausgaben dafür lagen bei rd. 624 T€ (Vorjahr: 646 T€), einschließlich fortbildungsbedingter Dienstreisekosten.

2.1.7. Einbindung in das IT-Netzwerk des Landes Berlin

Kooperation mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR)

Die seit nunmehr sieben Jahren mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) bestehende Kooperation beim Studiengang Verwaltungsinformatik wurde vom ITDZ Berlin auch im Berichtsjahr aktiv fortgesetzt. Von Oktober 2013 bis Juni 2014 hat eine Studentin der HWR ihr 6-monatiges Pflichtpraktikum im Bereich Unternehmenssteuerung erfolgreich absolviert. Neben Einblicken in die betriebswirtschaftliche Geschäftsführung eines Unternehmens konnte sich die Studentin umfassende Kenntnisse zum Risikomanagement aneignen, das sie unterstützend begleitet hat. Weitere Praktikumsschwerpunkte waren die Windows 7-Umstellung und Konzeptarbeiten zum Qualitätsmanagement.

Erstmalig hat das ITDZ Berlin in 2014 Auszubildende im dualen Studium Wirtschaftsinformatik eingestellt. Aus insgesamt 107 Abiturient/innen konnten sich vier männliche und zwei weibliche Bewerber/innen durchsetzen. Die sechs für die Auszubildenden benötigten Plätze wurden dazu neu geschaffen. Das duale Studium in Kooperation mit der HWR Berlin dauert drei Jahre und hat am 1.10.2014 begonnen. Die Student/innen werden im Wechsel jeweils drei Monate die Vorlesungen an der Hochschule besuchen und drei Monate am Praxiseinsatz im ITDZ Berlin teilnehmen. Der erste Praxiseinsatz erfolgte im Januar 2015.

Auch im Jahr 2014 haben Studierende der HWR als Gäste den Messeauftritt des ITDZ Berlin auf der CeBIT in Hannover unterstützt und die aktuellen Entwicklungen im Rahmen ihres Projekts gegen Cybermobbing präsentiert. Parallel dazu wurde durch die Studierenden eine Feedback-Erhebung über die Wahrnehmung des Messeauftritts des ITDZ Berlin durch die Besucher durchgeführt. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden zur Weiterentwicklung der Aktivitäten für Folgejahre genutzt.

Wie in den Vorjahren war der Vorstand des ITDZ Berlin im Auswahlgremium für die Preisträger des Margrit Falck-Gedächtnispreises vertreten. Er hat dazu gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern des Auswahlgremiums aus Forschung, Lehre und Verwaltung die von den Kandidaten eingereichten Bachelor- und Masterarbeiten-Abschlussarbeiten umfassend begutachtet und ein Votum für den Preisträger ausgesprochen. Der Margrit-Falck-Gedächtnispreis ist mit 1.000 € dotiert.

Kooperation mit dem DAI-Labor der Technischen Universität Berlin (TU Berlin)

Das ITDZ Berlin und das DAI-Labor der TU Berlin unterzeichneten im Dezember 2014 einen Kooperationsvertrag, um Verwaltungsprozesse in den Berliner Behörden zu vereinfachen. In der gemeinsamen Forschungs kooperative „Intelligente Dienste für Bürger und Behörden“ (IDBB) forschen und entwickeln die beiden Partner Lösungen für eine sichere und moderne Verwaltung.

Grundlage bildet die bereits seit 2009 bestehende Zusammenarbeit im Rahmen des eigens dafür gegründeten Fachzentrums IDBB (Intelligente Dienste für Bürger und Behörden). Die öffentlichen Verwaltungen sind ständig bestrebt, sowohl ihre Kommunikation untereinander, als auch die Dienstleistungen für die Bürger zu verbessern. Um dem Land Berlin Lösungen anzubieten, bringt das ITDZ Berlin seine Kompetenz als der zentrale IT-Dienstleister der Berliner Verwaltung und das DAI-Labor seine Expertise als wissenschaftlicher Partner ein.

Aus dieser erfolgreichen Zusammenarbeit sind bereits einige Dienste hervorgegangen: Der Persönliche Informationsassistent (PIA), eine Suchmaschine, die aktuell in die Berliner Verwaltung eingeführt wird, um den Beschäftigten eine übergreifende Suche nach internen und externen Informationen im Berliner Landesnetz, sowie weiteren hausinternen und lokalen Quellen zu ermöglichen. Sowie eUmlauf – die elektronische Version der Umlaufmappe, die eine schnelle und verbindliche Kommunikation innerhalb der Berliner Verwaltung ermöglichen soll.

Künftig liegt der Forschungsschwerpunkt unter anderem auf semantisch sprachorientierten Dialogsystemen, die es erlauben, durch Spracheingaben in Kombination mit verschiedenen weiteren Techniken ein intelligentes System zu entwickeln, das Fragen oder Probleme eines Nutzers selbstständig beantworten kann.

Verlängerung der Partnerschaft mit dem Business Location Center

Das ITDZ Berlin und das Business Location Center (BLC) haben 2014 ihre erfolgreiche Partnerschaft erneut um zwei Jahre verlängert. Bereits seit 2006 besteht die Partnerschaft zu beiderseitigem Vorteil.

Das BLC erhält vom zentralen IT-Dienstleister des Landes Berlin Unterstützung beim Betrieb von Webservern und bei der Anbindung an das Berliner Landesnetz. Das ITDZ Berlin kann im Gegenzug das enge Netzwerk und Räumlichkeiten von „Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie“ nutzen. Das BLC ist ein Projekt von Berlin Partner. Beide Kooperationspartner unterstützen sich darüber hinaus bei Messen und Veranstaltungen.

Im Business Location Center werden Unternehmen bei ihrem wirtschaftlichen Engagement in Berlin umfassend beraten: Über Datenbanken und multimediale Anwendungen können sie sich z. B. über Immobilien informieren, mit dem 3D-Stadtmodell ein flächendeckendes Bild von Berlin erhalten oder mit dem Wirtschafts atlas branchenspezifische oder infrastrukturelle Informationen einsehen.

2.1.8. Einbindung in das IT-Netzwerk Deutschlands und auf europäischer Ebene

Vitako

Wie in den vergangenen Jahren war das ITDZ Berlin auch 2014 in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister VITAKO vertreten und hat in den Arbeitsgruppen des Netzwerks mitgearbeitet. Vitako hat sich im Berichtsjahr zu Themen wie E-Government, Standardisierung, E-Government-Gesetz, Informationssicherheit, Open-Government-Data, elektronischer Vergabe, Lizenzmanagement und elektronischer Akte gezielt mit Stellungnahmen, Positionspapieren und Leitfäden für die Mitglieder in die öffentliche Meinungsbildung eingebracht und ein Branchenbarometer erstellt, das die Entwicklungstrends im Bereich kommunaler IT-Dienstleister ausführlich darstellt.

Allianz der europäischen Verwaltungs-IT-Dienstleister - EURITAS

Immer mehr Einflüsse auf die kommunalen IT-Dienstleister entstehen im europäischen Zusammenhang, exemplarisch: die Umsetzung der „EU-Dienstleistungsrichtlinie“. Dies gilt auch für die Konzeption von Angeboten bei überregionalen Kooperationen und EU-Förderprojekte, die perspektivisch für das ITDZ Berlin von Interesse sind.

Vor diesem Hintergrund hat sich das ITDZ Berlin für eine Mitgliedschaft bei der European Association of Public IT Service Providers (Euritas) dem europäischen Verbund öffentlicher IT-Dienstleister entschieden.

Ziel ist ein transparenter Wissenstransfer unter den Mitgliedern Partizipation Mitsprache an EU-weiten IT-Entscheidungen. Gemeinsam mit den Partnern aus Deutschland, Österreich, Schweiz, Italien, Dänemark und den Niederlanden strebt das ITDZ Berlin einen Austausch von Expertisen bei der technologischen Umsetzung von IKT-Lösungen an.

3-Länder Kooperation Berlin-Brandenburg-Mecklenburg Vorpommern

Am 22. November 2013 unterzeichneten die IT-Staatssekretäre der drei Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die zweite Vereinbarung zur Kooperation ihrer IT-Dienstleister.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit lagen 2014 in den Bereichen mobiles Arbeiten, interaktive Bürgerportale, Computer- und Datensicherheit (CERT), HD-Videoconferencing und Langzeitdatenspeicherung. Abgeschlossen wurden die Projekte mobiles Arbeiten, interaktive Bürgerdienste und Drei-Länder-CERT.

Dazu wurde von der Arbeitsgruppe Mobiles Arbeiten ein Konzept zum ortsunabhängigen und mobilen Arbeiten (online und offline) erarbeitet, um die Mobilität im Verwaltungsalltag zukünftig noch besser zu unterstützen. Das Konzept hat dazu am Alltag ausgerichtete Arbeitsformen untersucht, und Vorschläge erarbeitet, wie mit einfach handhabbaren Lösungen mobil unterstützt werden kann. Anschließend wurden Begriffe definiert und Anforderungen an die Fachverfahrensanbindung sowie sinnvolle Anwendungsszenarien beschrieben, die als Grundlage für künftige Realisierungen mobiler Lösungen dienen werden.

Das Projekt Drei-Länder-CERT (3-Länder-IT-Notfall-Team (CERT) konnte ebenfalls mit einem Handlungskonzept abgeschlossen werden, sodass im 1. Quartal 2015 ein gemeinsames Drei-Länder-CERT Team zur Verfügung steht. Eine übergeordnete Arbeitsgruppe als Gremium „3-Länder-CERT-Verbundsteuerung (3LCVSt)“ übernimmt die führende Rolle bei der Zusammenarbeit der LandesCERTs. Das Gremium setzt sich aus den jeweiligen Leitern des CERT-Betriebes (Leiter CERT) zusammen. Die Strukturen des jeweiligen Informationssicherheits- und Krisenmanagements der Länder bleiben unangetastet.

Eine HD-Videokonferenzlösung ist in 2014 funktionsfähig zwischen ITDZ Berlin und DVZ-MV eingerichtet worden. Die Anbindung mit ZIT ist gerade im Aufbau, sodass Videoconferencing künftig zwischen allen drei Dienstleistern möglich ist.

Im Projekt Langzeitspeicherung wurden die Kooperationsmöglichkeiten bezüglich der vom DVZ-MV entwickelten Lösung zur Langzeitspeicherung EL.MA geprüft. Dabei konnte im Ergebnis festgestellt werden, dass die Lösung des DVZ-MV auch das in Berlin für weitere eGovernment-Projekte richtungsweisende Konzept des Bundes zur elektronischen Langzeitspeicherung erfüllt und die zugrundeliegenden Softwarekomponenten im ITDZ Berlin weitestgehend vorliegen. Damit stehen der Überlegung die vom DVZ entwickelte Softwarearchitektur auch im ITDZ Berlin einzusetzen, keine wesentlichen technischen Hürden im Wege. Das ITDZ Berlin könnte so ein bereits eingeführtes Werkzeug in die Systemlandschaft integrieren und eine umfangliche, kostenintensive Ausschreibung vermeiden.

2.1.9. IT-Sicherheit und Datenschutz

IT-Sicherheit im ITDZ Berlin und im Land Berlin

Die fortschreitende technische Entwicklung hinsichtlich IT-gestützter Geschäftsprozesse bedeutet zugleich, dass IT-Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der verarbeiteten Informationen entsprechend dem Stand der Technik umzusetzen sind. Die Bedrohungslage aus dem Cyber-Raum hat in 2014 weiter zugenommen und hat seitens des ITDZ Berlin zusätzliche Aktivitäten im Vorgriff auf ein formell einzurichtendes Berlin-CERT erfordert.

Die weltweit auftretenden Bedrohungen für IT-Systeme, die sich auch auf die vom ITDZ Berlin verantwortlich im Auftrag für das Land Berlin betriebene Systeme auswirkten, waren:

- Bundesweit millionenfach kompromittierte Email-Accounts
- Openssl (Heartbleed) – Sicherheitslücke
- Bash (Shellshock)-Sicherheitslücke
- ssl 3.0 (Poodle)-Sicherheitslücke

Durch dedizierte Maßnahmen des ITDZ Berlin konnten mit den IT-Sicherheitssystemen die Gefährdungen erfolgreich abgewehrt werden.

Berlin-CERT

Die Aktivitäten zum Aufbau des Berlin-CERT(Computer Emergency Response Team) wurden entsprechend den Vorgaben des IT-Planungsrates weiter vertieft. Der Auftrag zur formellen Gründung des Berlin-CERT und der Aufnahme der Tätigkeit ging im September 2013 an das ITDZ Berlin. Die Geschäftstätigkeit wurde zum 1.1.2014 wie geplant aufgenommen.

Entsprechend dem Projektauftrag zur Kooperation der Landes-CERTs Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurden im Rahmen des 3-Länder-CERT-

Verbund Kooperationsmodelle entwickelt und eine Geschäftsordnung zur Zusammenarbeit vorgestellt. Durch erste, erfolgreiche Zusammenarbeiten konnte die IT-Sicherheit für die beteiligten Länder verbessert werden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern unter der Federführung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erfolgt im Verwaltungs-CERT-Verbund in Form von regelmäßigen Treffen mit Erfahrungsaustausch zu Sicherheitssystemen und zu aktuellen Bedrohungen.

ISO 27001 Zertifizierung auf Basis IT-Grundschutz (BSI-Zertifizierung)

Das Informationssicherheitsmanagement des ITDZ Berlin lässt das logistisch-kaufmännische Gesamtsystem mit den IT-Arbeitsplätzen an sämtlichen Unternehmensstandorten inklusive dem High Security Data Center (HSDC) extern vom BSI zertifizieren. Die umgesetzten IT-Sicherheitsmaßnahmen betreffen das gesamte Unternehmen und sind beispielhaft für einen IT-Geschäftsprozess mit hohem Schutzbedarf. Die erste Stufe wurde mit dem Auditortestat im Mai 2014 erfolgreich absolviert und das Testat auf den Internetseiten des BSI veröffentlicht. Das in Verbindung mit der Zertifizierung weiter ausgebaut Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) stellt einen kontinuierlichen Prozess dar. Um die Sicherheitskonzepte der betrachteten Standard-IT-Systeme auch für das Land Berlin weiter nutzen zu können, wurde ein ISMS-Tool eingeführt, das die Pflege und Aktualisierung wesentlich erleichtert und automatisiert. Sicherheitskonzepte für Standard-IT wie Windows-Arbeitsplatz-PCs und Standard-Serversysteme können zur Nutzung für weitere IT-Verfahrens-Sicherheitskonzepte verwendet werden, womit Synergieeffekte erzeugt werden. Das Ziel ist die Implementierung des ISMS in die Unternehmensprozesse des ITDZ Berlin und die damit verbundene, dauerhaft wirtschaftliche Gewährleistung der IT-Sicherheit.

Datenschutz im ITDZ Berlin

Schwerpunkt der Tätigkeit des behördlichen Datenschutzbeauftragten in 2014 war die Erstellung eines neuen Datenschutzkonzepts für das ITDZ Berlin unter Berücksichtigung der sich aus der laufenden BSI-Zertifizierung ergebenden Rahmenbedingungen. Hierzu und zur Rolle des ITDZ Berlin als Auftragsdatenverarbeitender Betrieb fand eine enge Abstimmung mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit statt. Weitere Schwerpunkte der datenschutzrechtlichen Tätigkeit lagen in der Begleitung von Projekten und der Behandlung von Einzelvorgängen, oft in enger Abstimmung mit der IT-Sicherheit. Durch die Einführung einer Pflichtmitzeichnung des behördlichen Datenschutzbeauftragten bei hausinternen Entscheidungsvorgängen wurde der Prozess weiter optimiert.

IT-Sicherheitsgremien des Landes Berlin

In 2014 gab es mehrere Arbeitsgruppen zur IT-Sicherheit im Land Berlin, die sich speziellen Fachthemen der IT-Sicherheit widmen, mit dem Ziel das hohe Niveau der IT-Sicherheit weiter zu gewährleisten. Als Reaktion auf die bereit genannten Gefährdungen ist die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der IT-Sicherheitssysteme hervorzuheben. Konkrete Realisierungsschritte sind in 2015 geplant.

2.2. Darstellung der Lage

2.2.1. Ertragslage

Im Berichtszeitraum ist ein Anstieg der Umsatzerlöse um 3,7 Mio. € (von 127,5 Mio. € im Jahr 2013 auf 131,2 Mio. € im Jahr 2014) zu verzeichnen. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus den Produktbereichen IT-Selling, ITIS und Auskunftsdienste.

In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahres 2014 sind Erlöse in Höhe von 1,0 Mio. € enthalten, die das Geschäftsjahr 2013 betreffen und die erst in 2014 fakturiert werden konnten. Insgesamt wurde der Umsatz auf hohem Niveau konsolidiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 0,6 Mio. € (von 4,1 Mio. € auf 4,7 Mio. €) gestiegen.

Die Betrieblichen Erträge insgesamt (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) sind um 6,2 Mio. € (von 131,4 Mio. € auf 137,6 Mio. €) gestiegen.

Der Materialaufwand ist um 5,5 Mio. € (von 55,8 Mio. € auf 61,3 Mio. €) gestiegen. Dies korrespondiert im Wesentlichen mit den oben erwähnten Umsatzsteigerungen.

Der Personalaufwand hat sich um 0,8 Mio. € erhöht (von 27,4 Mio. € auf 28,2 Mio. €). Hier wirkte sich vor allem der Anstieg der Mitarbeiterzahl aus.

Die Abschreibungen sind um 1,3 Mio. € gesunken (von 15,7 Mio. € auf 14,4 Mio. €). Dies ist im Wesentlichen aus geringeren Investitionen in Geringwertige Wirtschaftsgüter begründet, die im Jahr der Beschaffung in voller Höhe abgeschrieben werden. 2013 war hier durch Sondereffekte vor allem zur Beschaffung von Lizenzen für Windows 7 und Office 2010 geprägt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um 2,8 Mio. € erhöht (von 29,8 Mio. € auf 32,6 Mio. €). Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den Rückstellungen für die Sanierung Schachtdeckel.

Der ausgewiesene Verlust ist im Wesentlichen auf die Zuführung von Rückstellungen für Schachtdeckelsanierungen (Gesetzliche Grundlage: Ausführungsvorschriften zu § 7 des Berliner Straßengesetzes über Geh- und Radwege, Teil B, I, (5)) sowie auf die Senkung des durchschnittlichen Zinssatzes für die Abzinsung von langfristigen Rückstellungen im Rahmen des negativen Zinsergebnisses (BilMoG) zurückzuführen.

2.2.2. Finanzlage

Ende 2014 haben die liquiden Mittel 26,3 Mio. € (Vorjahr 34,3 Mio. €) betragen. Der Anteil der liquiden Mittel am Gesamtvermögen sank damit von 23,4 Prozent auf 18,4 Prozent.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds wird anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung (nach der sogenannten indirekten Methode, DRS 2) aufgezeigt:

	2014 TEUR	2013 TEUR
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Periodenergebnis	-727	1.510
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	14.382	15.705
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	2.517	-66
Auflösung des Sonderpostens für Baukostenzuschüsse	-665	-696
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Anlageabgängen	20	27
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	3.407	-4.360
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-5.576	-3.008
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	13.358	9.112
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit		
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	554	420
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	16	6
Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-19.623	-12.874
Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-2.858	-4.587
Einzahlungen (+) aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	511	511
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-21.400	-16.524
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	34.341	41.753
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1 - 3)	-8.042	-7.412
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	26.299	34.341
5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	26.299	34.341
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	26.299	34.341

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit konnte zum Teil aus dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gedeckt werden.

2.2.3. Vermögenslage

Im Jahr 2014 tätigte das ITDZ Berlin Investitionen in einem Umfang von 22,5 Mio. € (Vorjahr 17,5 Mio. €). Diese wurden im Wesentlichen für den Erwerb von technischen Anlagen und Maschinen sowie Anzahlungen in Höhe von 11,2 Mio. € (vorwiegend für Hard- und Software) getätigt. Die Anlagenintensität (Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen) stieg im Berichtszeitraum von 60,2 Prozent auf 67,1 Prozent.

Der Anteil des Umlaufvermögens sank im Berichtszeitraum von 35,4 Prozent auf 27,4 Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang der liquiden Mittel (26,3 Mio. €; Vj. 34,3 Mio. €) sowie der Verminderung der Forderungen gegen Einrichtungen der Berliner Verwaltung zurückzuführen (6,4 Mio. €; Vj. 12,5 Mio. €).

Insgesamt sank das Gesamtvermögen um 3,9 Mio. € (142,9 Mio. €, Vj. 146,8 Mio. €).

Das Eigenkapital des ITDZ Berlin verringerte sich von 79,8 Mio. € im Jahr 2013 auf 79,1 Mio. € zum 31. Dezember 2014. Die Eigenkapitalquote des ITDZ Berlin erhöhte sich leicht von 54,4 Prozent auf 55,3 Prozent. Das ITDZ Berlin verfügt damit auch weiterhin über eine solide Eigenkapitalausstattung.

Die Fremdkapitalquote verringerte sich unter Einbeziehung des Sonderpostens in das Fremdkapital von 45,6 Prozent auf 44,7 Prozent.

Die Veränderung der Fremdkapitalquote basiert im Wesentlichen aus der Verminderung der erhaltenen Anzahlungen (10,0 Mio. €; Vj. 12,0 Mio. €) sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (11,1 Mio. €; Vj. 14,2 Mio. €) bei gleichzeitiger Erhöhung der Rückstellungen (22,2 Mio. €; Vj. 19,6 Mio. €).

2.2.4. Gesamtaussage

Bei einem insgesamt zufriedenstellenden Geschäftsverlauf war die Ertragslage im abgelaufenen Wirtschaftsjahr von Sondereinflüssen geprägt, die zu einem Jahresfehlbetrag geführt haben. Das hohe Investitionsniveau hat darüber hinaus zu einer Verringerung der liquiden Mittel geführt.

2.3. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

2.3.1. „AuditBerufundFamilie“

Vereinbarkeit von Beruf und Familie dient dazu, Arbeitgeberattraktivität und Produktivität mit gesteigerter Lebensqualität in Verbindung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund hat sich das ITDZ Berlin bereits 2010 für den Auditierungsprozess „Audit berufundfamilie“ entschieden und ist in diesem Rahmen für seine familienbewusste Personalpolitik und sein fortdauerndes Engagement für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in 2010 ausgezeichnet worden. Dieser Prozess wurde auch in 2014 konsequent fortgesetzt, indem die im Rahmen der Re-Auditierung für die Zeit 2013 – 2016 vereinbarten 27 Ziele und 68 Maßnahmen kontinuierlich realisiert wurden und werden. So wurden in 2014 unter anderem der Ausbau der best practices Netzwerke, die Gründung eines Frauennetzwerks, und die bereits implementierten Personalentwicklungsinstrumente um das Instrument der individuellen Potenzialanalyse erweitert und mit Informationsangeboten rund um das Thema „Pflege von Angehörigen“ abgerundet. Bereits zum vierten Mal wurde in 2014 der Family-Kids-Day im ITDZ Berlin mit großer Resonanz am 10.05.2014 durchgeführt.

Ziele für die kommenden Jahre sind die Weiterentwicklung der familienbewussten Unternehmenskultur im ITDZ Berlin und die weitere Vernetzung der Ziele und Maßnahmen laufender Projekte mit der ITDZ Berlin "Strategie 2020".

2.3.2. Gesundheitsmanagement im ITDZ Berlin

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) im ITDZ Berlin hat sich auch im Jahr 2014 positiv weiterentwickelt. Neben der kontinuierlichen Erweiterung des Kursangebots im Sportraum sowie der erneuten erfolgreichen Teilnahme am Berliner Firmenlauf, wurde im November 2014 wieder ein Gesundheitstag mit interessanten Themen und Angeboten rund um die Gesundheit der Mitarbeitenden durchgeführt. Entsprechend der bestehenden Dienstvereinbarung zum BGM erfolgte auch die erneute Erstellung eines Gesundheitsberichts. Im Rahmen organisatorischer Veränderungen wurde die Stelle des Gesundheitskoordinators neu ausgeschrieben und nach vorangegangener Stellenausschreibung neu besetzt.

2.3.3. Auszubildende / Ausbildungsinitiative des ITDZ Berlin

Für das ITDZ Berlin ist die Sicherung und Aufrechterhaltung der IT-Kompetenz im Land Berlin weiterhin ein wichtiges Handlungsfeld. Um der demografischen Entwicklung und dem zu erwartenden altersbedingten Ausscheiden von Mitarbeitenden aus dem aktiven Erwerbsleben im ITDZ Berlin sowie in der Berliner Verwaltung zu begegnen, hat der Vorstand des ITDZ Berlin die Entscheidung getroffen, die Anzahl der Auszubildenden im ITDZ Berlin seit dem Jahr 2013 auf 12 Auszubildende pro Ausbildungsjahr zu verdoppeln. Mit der Einstellung von sechs Studierenden im dualen Studium Wirtschaftsinformatik möchte das ITDZ Berlin die Bindung qualifizierter IT- Fachkräfte an das ITDZ Berlin nachhaltig sicherstellen.

2.3.4. Auszeichnungen

Im Rahmen der Ausbildungsmesse „Tage der Berufsausbildung“ in Berlin wurde das IT-Dienstleistungszentrum Berlin am 11. Juni 2014 als einer der zehn besten Ausbildungsbetriebe der deutschen Hauptstadt ausgezeichnet. Bereits zum zehnten Mal fand der Wettbewerb „Berlins beste Ausbildungsbetriebe“ statt, bei dem die Berliner Handwerkskammer (HWK) sowie die Industrie- und Handelskammer (IHK) den gesellschaftlichen Einsatz von Berliner Unternehmen öffentlich machen.

Mit stringenten Investitionen in die Ausbildung von Fachkräften sichert das ITDZ Berlin grundlegend die Zukunft des Unternehmens und wird auch seiner besonderen gesellschaftlichen Verantwortung als öffentlicher Arbeitgeber gerecht.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2015 geht von einer Konsolidierung der Umsatzerlöse auf hohem Niveau bei 133,1 Mio. € aus. Gegenüber den Umsatzerlösen 2014 mit 131,2 Mio. € bedeutet dies eine Steigerung um 1,9 Mio. €. Die Planung 2015 basiert auf den Werten des Bestandsgeschäfts und berücksichtigt das prognostizierte Neugeschäft.

Als Jahresergebnis 2015 wird ein Jahresüberschuss von 0,0 Mio. € prognostiziert. Auch hier sind Grundlage das Bestandsgeschäft und das prognostizierte Neugeschäft zum Ersatz auslaufender Verträge.

Große Projekte sind auch im Jahr 2015 u. a. die Realisierung der strategischen Neuausrichtung „ITDZ Berlin 2020“, die Weiterführung des „Berliner Bürgertelefons 115“, die Weiterentwicklung der eGovernment-Plattform, die gemeinsame Forschungskooperative „Intelligente Dienste für Bürger und Behörden“ (IDBB) mit dem DAI-Labor der Technischen Universität Berlin sowie die Positionierung des Standardisierten IT-Arbeitsplatzes.

Die Entwicklung in den Jahren 2015 ff. hängt in erheblichem Maße von den Wünschen und Möglichkeiten der Kunden im Land Berlin ab. Hier wird das ITDZ Berlin alles tun, um auch weiterhin unterstützend tätig zu werden und mit innovativen Ansätzen die Entwicklung voran zu treiben.

3.2. Chancen

Als Anstalt öffentlichen Rechts des „Anstaltsträgers“ Land Berlin sind die Haus- und Zielmärkte des ITDZ Berlin die Senats- und Bezirksverwaltungen, die mittelbaren Landesverwaltungen und mit geringem Anteil der private Sektor. Kernmarkt des IT-Dienstleistungszentrum Berlin ist weiterhin die Landesverwaltung Berlins. Da hier noch Wachstumspotenziale für das Unternehmen bestehen, wird diese strategische Ausrichtung beibehalten.

3.3. Risikosituation

3.3.1. Umfeldrisiken

Obgleich die Verwaltungskundenbasis relativ stabil ist, birgt die Finanzlage des Landes Berlin weiter die Gefahr, dass bedeutende Kürzungen bei den Haushaltstiteln der Kunden zu Einnahmeverlusten im ITDZ Berlin führen könnten. Diesen Risiken begegnet das ITDZ Berlin durch eine enge Abstimmung mit der IT-Steuerung des Landes Berlin und die konsequente strategische Ausrichtung auf neue, innovative und zukunftsfähige Geschäftsfelder. Das ITDZ Berlin unterstützt die Senatsverwaltung für Inneres und Sport fachlich bei der Koordinierung der IT-Entwicklung und der Erarbeitung von Standards für den IT-Einsatz in der Berliner Verwaltung. Durch moderne IT-Lösungen können Effektivitätssteigerungen in der Berliner Verwaltung erzielt werden. Kosteneinsparungen lassen sich durch IT-Standards und die damit verbundene Interoperabilität der Arbeitsumgebungen schaffen.

3.3.2. Branchenrisiken

Das ITDZ Berlin analysiert aktuelle Trends im IT-Bereich und entwickelt dazu Lösungen die sich für einen Einsatz in der Berliner Verwaltung eignen. Mit diesen Innovationen steigert das ITDZ Berlin sein Potential und begegnet so Risiken, die sich aus gesättigten Geschäftsfeldern ergeben können.

Durch enge Vernetzung und Zusammenarbeit bei Vorhaben mit externen Partnern aus Wissenschaft und Forschung und Kooperationen mit Wissenschaftseinrichtungen und IT-Dienstleistern aus anderen Bundesländern und auf europäischer Ebene erschließt sich das ITDZ Berlin so bedeutende Innovationspotentiale, die neues Wachstum ermöglichen.

3.3.3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Entlang seiner Wertschöpfungskette bezieht das ITDZ Berlin Leistungen von Lieferanten und schließt dazu Rahmenverträge ab. Risiken die sich daraus ergeben können, dass ein Lieferant seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt oder ein Ausfall des Lieferanten droht, wird vom ITDZ Berlin dadurch begegnet, dass die Leistungsqualität vertraglich definiert wird, Standardverträge mit Vertragsstrafen gesichert und Großverträge mit Vertragserfüllungsbürgschaften gesichert werden.

Technische Störungen oder ein Ausfall von IT-Systemen des ITDZ Berlin kann zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Unternehmenstätigkeit des ITDZ Berlin führen. Die Abteilung Infrastruktur- und Basisdienste im ITDZ Berlin hat dazu technische Vorkehrungen geschaffen (redundante Systeme), die sicherstellen, dass ein sicherer Betrieb im ITDZ Berlin gewährleistet ist und entwickelt diese stetig weiter.

Eine Verletzung der Vertraulichkeit von verarbeiteten Informationen, deren unbefugte Veränderung (Integrität) oder eine Nichtverfügbarkeit von Systemen über den vereinbarten Servicelevel kann zum unberechtigten Abfluss von Daten und Geschäftsgeheimnissen führen und hohe Schäden verursachen. Das ITDZ Berlin begegnet diesem Risiko durch geeignete Maßnahmen zur ständigen Optimierung der IT-Sicherheit und aktuell durch die Einrichtung des Berlin-CERT (Computer Emergency Response Team). Die Geschäftstätigkeit wurde zum 1.1.2014. im ITDZ Berlin aufgenommen.

Entsprechend einem Projektauftrag zur Kooperation der Landes-CERTs Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurden im Rahmen eines 3-Länder-CERT-Verbunds dazu Kooperationsmodelle entwickelt und eine Geschäftsordnung zur Zusammenarbeit erarbeitet.

3.3.4. Finanzwirtschaftliche Risiken

Ein Liquiditätsrisiko besteht für das ITDZ Berlin im Zusammenhang mit der für das Jahr 2015 durch das Land Berlin beabsichtigten Eigenkapitalentnahme in Höhe von 9,2 Mio. €, da ein entsprechender Bestand an liquiden Mitteln unterjährig nicht immer vorhanden ist. Bei einer Eigenkapitalentnahme in der o. g. Höhe wäre die Aufnahme von Kreditmitteln zur unterjährigen Absicherung der Liquidität erforderlich.

Durch die Umsetzung beschlossener Entscheidungen der Landespolitik zur Absenkung von Eigenkapital des ITDZ Berlin könnten sich u. a. auch im Rahmen von Vorfinanzierungen von Kundengeschäften Liquiditätsengpässe ergeben und der gemäß Errichtungsgesetz eingeräumte Kreditrahmen von 10% des Eigenkapitals (entspricht ~7 Mio. €) im Falle einer ungünstigen Geschäftsentwicklung (z. B.

signifikanter Abbau der erhaltenen Anzahlungen, die bisher als Liquidität ab Jahresbeginn zur Verfügung stehen) bedarfsseitig überschritten werden.

Das ITDZ Berlin arbeitet vor diesem Hintergrund an der Implementierung eines erweiterten Cash-Management-Systems, um frühzeitiger Handlungserfordernisse zur Liquiditätssicherung erkennen zu können und Abschätzungen zu den unterjährigen Optimierungspotentialen zu erhärten. Zielstellung ist dabei, unter der Annahme eines in der Größenordnung der Vorjahre liegenden Niveaus an erhaltenen Anzahlungen die unterjährigen Liquiditätsbedarfe mit ~7 Mio. € Kreditaufnahme abdecken zu können.

3.3.5. Sonstige Risiken

Hinsichtlich Risiken, die aus rechtlichen Regelungen oder Gesetzen entstehen können, stützt sich der ITDZ Berlin auf umfassende rechtliche Beratung. Resultieren Risiken aufgrund vergangener Sachverhalte, werden die dafür erforderlichen bilanziellen Rückstellungen gebildet. Für mögliche Schadensfälle und Haftungsrisiken hat das ITDZ Berlin umfassenden Versicherungsschutz über Unternehmen aus der Privatwirtschaft sichergestellt.

Entsprechend der aktuellen Bewertung ist keines der zuvor berichteten Risiken für das ITDZ Berlin bestandsgefährdend. Darüber hinaus sind zum derzeitigen Moment keine Anhaltspunkte erkennbar, die auf eine Bestandsgefährdung des ITDZ Berlin hindeuten würden.

4. Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex

Wir verweisen auf die Anlage zum Lagebericht.

5. Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflussen könnten.

Berlin, den 22. Mai 2015

Konrad Kandziora

Vorstand

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014 des ITDZ Berlin

Verweis	Gegenstand	Erklärung d. Vorstands/Verwaltungsrats
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	Vorstand und Verwaltungsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	Der Verwaltungsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstands abgehalten.
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Verwaltungsrat abgestimmt; der Vorstand hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Der Vorstand hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Verwaltungsrat zur Zustimmung vorgelegt.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entschei- 	Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (i.d.R. 2 Wochen vor der Sitzung). Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel

	<p>• Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen.</p>	<p>und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstands bzw. Verwaltungsrats gewahrt.</p> <p>Die D&O-Versicherung ist ohne Selbstbehalt für Vorstand und Verwaltungsrat abgeschlossen worden.</p>

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde vom Vorstand Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit sind intern geregelt. Es wurde kein Vorsitzender/Sprecher des Vorstands bestimmt.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung. • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Vergütung erfolgte in 2014 auf Basis eines Vorstandsanstellungs- und Dienstvertrags. Dieser setzt sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig) zusammen. Für den erfolgsabhängigen variablen Anteil der Vergütung wurde eine Zielvereinbarung abgeschlossen. Über die Vergütungsregelungen hat der</p>

		Verwaltungsrat im Plenum beraten. Die maximale Vergütung wird für 2014 wie folgt ausgewiesen: 120.000 € fix und 60.000 € variabel. Die Veröffentlichung der Einzelvergütungen aller Organmitglieder ist über das zweite Transparenzgesetz – Inkrafttreten am 1. Mai 2011 – geregelt und im Dienstvertrag mit dem Vorstand des ITDZ berücksichtigt.
--	--	--

III Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	Der Verwaltungsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für den Vorstand und der Geschäftsordnung für den Verwaltungsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat eine Geschäftsordnung.
III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Verwaltungsrats ohne Vorbefassung in einem Ausschuss entschieden. Der Verwaltungsrat hat eine Altershöchstgrenze für den Vorstand von 65 Jahren festgelegt. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht. Bei Erstbestellungen wurde die maximal mögliche Bestelldauer ausgeschöpft. Eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.
III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	Zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Der Vorstand hat den Verwaltungsratsvorsitzenden regelmäßig über besondere Ereignisse unterrichtet. Es haben keine außerordentlichen

		Verwaltungsratssitzungen stattgefunden.
III.4	<ul style="list-style-type: none"> Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	Keine
III.5	<ul style="list-style-type: none"> Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Verwaltungsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Verwaltungsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Der Verwaltungsrat erhält keine gesonderte Vergütung.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> Vorlage der Zielvereinbarung 	Der Verwaltungsrat hat die zwischen dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dem Vorstand abgestimmte Zielvereinbarung für 2014 im Plenum abschließend beraten und entschieden.
III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder hat an allen Verwaltungsratssitzungen in 2014 teilgenommen.</p> <p>Insgesamt wurden in 2014 zwei Verwaltungsratssitzungen realisiert.</p> <p>Für die jährlichen Entlastungen des Vorstands und des Verwaltungsrats wurde in der Sitzung am 4.09.2013 ein standardisierter Bericht des Verwaltungsrats festgelegt, um die Aktivitäten/Beschlusslagen des jeweiligen Geschäftsjahres zu dokumentieren.</p> <p>Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz des Verwaltungsrats erkennen lassen.</p>

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	<p>Der Vorstand hat die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Er hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<p>Vorstand und Verwaltungsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	<p>Es hat keine Interessenkonflikte beim Vorstand oder bei Mitgliedern des Verwaltungsrats gegeben.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Vorstand oder ihm nahestehende Personen oder ihm persönlich nahestehende Unternehmen sind nicht erfolgt.</p> <p>Dem Verwaltungsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Verwaltungsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.</p> <p>Der Verwaltungsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Der Vorstand hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	Dem Vorstand und Mitgliedern des Verwaltungsrat bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden</p> <p>Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>
-------------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte 	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Verwaltungsrat vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden vom Verwaltungsrat mit dem Vorstand erörtert.
--------------------	---	--

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Verwaltungsrat hat vom Rechnungshof Berlin die Erklärung erhalten, dass zwischen dem Abschlussprüfer und dem ITDZ keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung 	<p>Der Rechnungshof von Berlin hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen. Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben dazu ihr Einverständnis erklärt.</p>
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Verwaltungsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer 2014 wird an der Beratung des Verwaltungsrates teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 25. August 2014 den Zielerreichungsgrad bezogen auf die Zielvereinbarung 2013 festgelegt. Auf dieser Grundlage ergab sich eine Tantieme in Höhe von EUR 58.800,00, welche im Berichtsjahr 2014 ausgezahlt wurde.

Für die Tantieme 2014 wurde eine Rückstellung in Höhe von EUR 60.000,00 gebildet. Der Zielerreichungsgrad und die sich daraus ableitende Zahlung wurden vom Verwaltungsrat noch nicht festgelegt.

Der Vorstand hat in 2014 folgende Vergütung erhalten:

	EUR
Grundvergütung	120.000,00
Entgeltanpassung	8.121,12
variable Erfolgsvergütung 2013	58.800,00
Unfallversicherung	720,00
vermögenswirksame Leistungen	79,80
Anhangsangabe gem. § 285 Nr. 9a HGB	<u>187.720,92</u>
Arbeitgeberanteil zur Renten-/ Arbeitslosenversicherung	7.818,36
Arbeitgeberanteil zur Pflichtversicherung VBL	8.310,24
Zuschuss zur Krankenversicherung	3.547,80
Zuschuss zur Pflegeversicherung	498,12
	<u>20.174,52</u>
	<u>207.895,44</u>

**Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide
- Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH**

**Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide
- Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH
Berlin**

Lagebericht 2014

A. Geschäftsverlauf

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Gesellschaft realisierte 2014 ein vielfältiges und anspruchsvolles Freizeit- und Bildungsprogramm in den unterschiedlichen Einrichtungsteilen. An den 51 Familienevents an den Wochenenden nahmen insgesamt 224.347 Besucher/innen teil. Das waren insgesamt 30.587 Besucher/innen mehr als 2013.

Auch die 11 Ferienwochen waren sehr erfolgreich: 71.279 Schüler/innen besuchten das FEZ-Berlin 2014 in den Ferien. 2013 waren dies noch 61.075 gewesen.

Die Ausstellung „Pop Up Cranach“ des Alice–Kindermuseums erfuhr einen ungewöhnlich großen Zuspruch. Die zahlreichen Schulateliers sowohl in der Nationalgalerie als auch in den Museumsräumen waren sofort ausgebucht. Ebenso die Veranstaltungen für Kitakinder. Bis zum Jahreswechsel 2014/15 haben 7.000 Kinder die Ausstellung gesehen.

Das „orbitall“ hat in 2014 außerordentlich erfolgreich gearbeitet. In Kooperation mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt hat der vom „orbitall“ betriebene „spaceclub_berlin“ auf der World Space Week 2014 die deutsche Meisterschaft im Cansat-Wettbewerb gewonnen. Dabei wurde ein Coladosen großer Satellit in 1.200 Meter Höhe katapultiert, auf der Erde wurden die Meßdaten empfangen und ausgewertet. In 2015 wird die Kooperation mit der DLR fortgesetzt. Der spaceclub_berlin vertritt dann Deutschland bei der Europameisterschaft.

Die Zahl der Teilnehmer/innen an Kooperationen im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit ist von 148.449 (2013) auf 133.859 zurückgegangen.

2014 waren auch die Partizipationsprojekte außerordentlich erfolgreich. Allen voran „FEZitty“ und „Das Labyrinth im Zauberschloss“. Bei beiden Ferienprojekten wurden imaginäre Welten erbaut, in denen Schüler/innen lernen, ihre Umwelt selbst zu gestalten, Regeln aufzustellen und zu befolgen. „FEZitty“ und „Das Labyrinth im Zauberschloss“ sind Simulationsspiele, die von den Kindern und Jugendlichen selbst vorbereitet und umgesetzt werden.

Die Vorstellungen der Astrid-Lindgren-Bühne haben erneut großen Zuspruch gefunden. Die Zielmarke von 52.000 Besucher/innen ist mit 52.345 erreicht worden. Als neue Eigenproduktion hatte „Mio, mein Mio“ nach Astrid Lindgren im November 2014 Premiere. Die 29 Vorstellungen wurden von 3.784 Besucher/innen angesehen. Die Eigenproduktionen „Der kleine Wassermann“ und „Pippi Langstrumpf“ wurden erneut aufgeführt, mehr als 6.300 Besucher/innen sahen die Vorstellungen. 166 Kindertheatergastspiele und 171 Puppentheatervorstellungen wurden gezeigt.

2014 ist es nicht gelungen, die Zahl der Badegäste zu stabilisieren. Im Bereich des öffentlichen Schwimmens besuchten 87.796 Besucher/innen die Schwimmhalle. Der Zielwert von 95.000 wurde deutlich verfehlt. 2013 wurden 92.132 Besucher/innen gezählt, so dass hier von einem deutlichen Rückgang auszugehen ist. Gegenüber den 28.590 Schwimmer/innen in Vereinen in 2013 stagnierte 2014 die Zahl bei 27.237. Geplant waren 28.000 Schwimmer/innen. Mit 12.337 Teilnehmer/innen konnte die Zahl der Schulschwimmer/innen gegenüber 2013 (10.329) deutlich gesteigert werden. Die Zahl der Erholungssuchenden am Badensee sank von 28.554 in 2013 auf 23.644 in 2014. Dieser Rückgang kann auf die Witterungsbedingungen zurückgeführt werden.

Durch zusätzliche Fördergelder konnte die Beschaffung einer Raumvergabe-managementsoftware realisiert werden, die zu einer deutlichen Verbesserung der Koordinierung der Räume und Ressourcen des Hauses führen wird.

Die Zahl der Nutzer/innen des FEZ-Berlin im Rahmen von Vermietung und Verpachtung sank von 57.525 in 2013 auf 48.834 in 2014. Verursacht ist der Rückstand durch die deutliche Anhebung der Mietpreise für Räume im FEZ-Berlin.

Die Landesmusikakademie Berlin realisierte im Jahr 2014 193 Kursveranstaltungen und Arbeitsphasen mit 27.886 Gesamtteilnehmertagen und 21.708 Konzertbesucher/innen. Besonders hervorzuheben ist das steigende Interesse von ganzen Kita-Teams an musikalischen Fortbildungstagen, die sowohl "inhouse" wie auch in den Räumen der Akademie durchgeführt wurden. Auch gelingt es zunehmend, ganze Grundschulen für musikalische Projektwochen zu interessieren, hier will die Akademie künftig vermehrt Schulen aus sog. Brennpunkten ansprechen.

2. Investitionen

Im Berichtsjahr wurden von der Gesellschaft Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 269 getätigt. Die Zugänge betrafen Anschaffungen für die laufende Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software für Raumvergabe- und Veranstaltungsmanagement.

3. Personal

Der Mitarbeiterbestand - einschließlich Geschäftsführung - betrug im Jahresdurchschnitt wie folgt, wobei auf die früher übliche Unterscheidung zwischen Angestellten und sog. gewerblichen Arbeitnehmern verzichtet wird:

Beschäftigte mit mindestens 75 % der regulären Arbeitszeit	96
Beschäftigte mit weniger als 75 % der regulären Arbeitszeit	8
kurzfristig und geringfügig Beschäftigte	19
Beschäftigte in der Freistellungsphase der Altersteilzeit	<u>4</u>
	<u>127</u>

B. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

1. Vermögenslage

Die bereinigte Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 57 auf TEUR 1.176 erhöht.

Auf der Aktivseite haben sich gegenüber dem Vorjahr die Buchwerte des Anlagevermögens bei Zugängen von TEUR 269 und Abschreibungen von TEUR 217 von TEUR 973 auf TEUR 1025 erhöht. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich von TEUR 24 auf TEUR 12 vermindert und die sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR 66 auf TEUR 101 erhöht.

Auf der Passivseite haben sich die Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um TEUR 253 auf TEUR 127 vermindert, wobei sich die Rückstellungen für Beschäftigungsverhältnisse nach dem Altersteilzeitgesetz um TEUR 106 und die übrigen Rückstellungen um TEUR 147 vermindert haben. Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 303 auf TEUR 117 vermindert.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich aufgrund des Jahresüberschusses von TEUR 443 auf TEUR 102 vermindert. Dieser Fehlbetrag ist durch den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen von TEUR 1025 gedeckt, der Eigenkapitalcharakter hat. In diesen Sonderposten werden spiegelbildlich zum Anlagevermögen die Anschaffungen derjenigen Anlagegegenstände eingestellt, die über Zuwendungen bzw. Zuschüsse finanziert wurden. Die Auflösung dieses Postens entspricht der Summe der Abschreibungen und Anlagenabgänge des jeweiligen Geschäftsjahres.

2. Finanzlage

Für die Gesellschaft hat sich für das abgelaufene Geschäftsjahr ein negativer cash flow von TEUR 17 aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergeben.

Er errechnet sich wie folgt:	2014 TEUR
Jahresüberschuss	443
+ Abschreibungen auf das Anlagevermögen	217
- Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	- 217
+ Verminderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12
- Erhöhung sonstiger Vermögensgegenstände	- 35
- Verminderung der Rückstellungen	- 253
- Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 193
+ Erhöhung sonstiger Verbindlichkeiten	7
- Erhöhung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	<u>2</u>
= cash flow aus der Geschäftstätigkeit	<u>- 17</u>

Die Investitionen in das Anlagevermögen von TEUR 269 sind durch Zuwendungen finanziert.

3. Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss von TEUR 443 ab. In diesem Ergebnis sind fiktive Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen für Altersteilzeitbeschäftigungen i.H.v. TEUR 1 enthalten.

C. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Grundlage für die Gestaltung des Geschäftsbetriebes ist weiterhin die Zuwendung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft. Die Bereitstellung einer erhöhten Zuwendungssumme auch in den Folgejahren zur Verbesserung der Einkommenslage der Mitarbeiter/innen stellt eine wichtige Basis für die Erhaltung der Arbeitsmotivation dar. In 2015 ist eine weitere Tarifierung geplant. Es wird dann das Tarifniveau des TVL-Berlin aus dem Jahr 2013 erreicht.

Für 2015 wird aufgrund umfangreicher Bauarbeiten im Foyer mit leicht sinkenden Besucherzahlen gerechnet. Die sinkenden Besucherzahlen und die damit verbundenen geringeren Einnahmen in 2015 sind im Haushaltsplan für 2015 bereits berücksichtigt.

In 2015 wird die Website des FEZ neu aufgesetzt und auch für mobile Endgeräte nutzbar gemacht. Durch die Überarbeitung des grafischen Gesamtauftritts und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Erwachsene soll die Attraktivität des FEZ insgesamt erhöht werden. Für 2015 und 2016 sind aufgrund des Geschäftsführerwechsels auch Modifikationen im Programm der Gesellschaft zu erwarten.

Für die beabsichtigte Angliederung des Bettenhauses ist mit der Integra gGmbH ein Investor gefunden worden, mit dem die Umsetzung des Projektes in 2016 zu erwarten ist. Dies wird in den kommenden Jahren helfen, neue Besuchergruppen zu erschließen und die Ertragslage der Gesellschaft zu verbessern.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB (Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres)

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich über die erwähnten Sachverhalte hinaus nicht ergeben.

E. Berliner Corporate Governance Kodex Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

Der Fragenkatalog und die entsprechenden Antworten sind als Anlage zu diesem Lagebericht beigefügt.

Berlin, 31. März 2015

Thomas Liljeberg-Markuse

Joachim Litty

**Kinder- und Jugendfreizeitzentrum Wuhlheide
- Landesmusikakademie -
gemeinnützige Betriebsgesellschaft mbH
Berlin**

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014

**Berliner Corporate Governance Kodex
Erklärung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates**

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I. 1 : Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung

Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung

Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I. 2 : Sitzungen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.

I. 3 : Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung

Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat.

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung; sie war ausreichend und bedurfte keiner Ergänzung.

I. 4 : Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risiko-managements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen

Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen

Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

I. 5 : Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats

D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

D&O-Versicherungen sind nicht für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden.

II. Geschäftsleitung

II. 1 : Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben

Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien

Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen

Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.

II. 2 : Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung

Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung waren in der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung geregelt.

II. 3 : Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung

Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung

Veröffentlichung der Einzelvergütung

Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap

Die Vergütung erfolgte nicht auf Basis einer Zielvereinbarung. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die Gesamtvergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Einzelvergütungen wurden nicht veröffentlicht. Abfindungen wurden nicht gewährt.

III. Aufsichtsrat

III. 1 : Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen

Geschäftsordnung des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.

III. 2 : Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung

Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis

Der Aufsichtsrat hatte im Juli 2010 die Dienstverträge der Geschäftsführer einzelvertraglich bis zum Eintritt in die Pension, maximal um 5 Jahre, verlängert. Zum Ende des Jahres 2014 ist ein Geschäftsführer mit Erreichen der Altergrenze aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Mit Wirkung ab 1. Januar 2015 wurde ein neuer Geschäftsführer bestellt.

III. 3 : Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse

Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen

Zwischen dem/der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten.

Es hat eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.

III. 4 : Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen

Der Aufsichtsrat hat z. Z. keine Ausschüsse.

Der Aufsichtsratsvorsitzende war kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsleitung.

III. 5 : Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern

Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütungen.

III. 6 : Vorlage der Zielvereinbarung

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

III. 7 u. 8 : Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

IV. Interessenkonflikte

IV. 1 : Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung

Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung

Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV. 2 : Wahrung des Unternehmensinteresses

Persönliche Interessen

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV. 3 u. 4: Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats.

Interessenkonflikte sind bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrates nicht entstanden.

IV. 5: Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene der Geschäftsleitung

Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats

Es gab weder Geschäfte der Geschäftsleitung mit dem Unternehmen noch Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen.

IV. 6: Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung

Kein Geschäftsführer hat Nebentätigkeiten ausgeübt.

IV. 7: Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige

Mitgliedern der Geschäftsleitung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V. 1 u. 2: Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf

Informationen über das Unternehmen im Internet

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden

Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3: Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.

Erörterung der Zwischenberichte

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt.

VII. Abschlussprüfung

VII.1 : Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits

Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt

Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2 : Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

VII.3 : Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung

Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben

Im Rahmen der Abschlussprüfung für das Jahr 2013 hat der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.

Dem Abschlussprüfer sind auch keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der zum Jahresabschluss 2013 abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

VII.4 : Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss

Der Abschlussprüfer hat an den Beratungen des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2013 teilgenommen; er wird an den Beratungen über den Jahresabschluss 2014 teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Bezüge der Geschäftsführung 2014

	Lutz-Stephan Mannkopf €	Joachim Litty €
	<u> </u>	<u> </u>
Grundvergütung	58.858,44	58.858,44
Persönliche Zulage	13.916,04	13.916,04
Ausgleich Zulage	2.454,84	2.454,84
Jubiläumszuwendung	500,00	0,00
AG-Anteil Vermögensbildung (VWL)	79,80	79,80
	<u>75.809,12</u>	<u>75.309,12</u>
Jahressonderzahlung	2.194,19	2.194,19
Mehrarbeitsvergütung	8.097,60	0,00
Urlaubsabgeltung	2.025,38	0,00
	<u>88.126,29</u>	<u>77.503,31</u>
Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung	0,00	5.670,00
Arbeitslosenversicherung	0,00	900,00
Krankenversicherung	0,00	3.277,80
Pflegeversicherung	0,00	187,08
Umlage U2	0,00	198,00
Umlage Insolvenzversicherung	0,00	90,00
	<u>0,00</u>	<u>10.322,88</u>
Beträge zur VBL	0,00	2.472,00
	<u>88.126,29</u>	<u>90.298,19</u>

Kulturprojekte Berlin GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 der Kulturprojekte Berlin GmbH

A. Grundlagen der Gesellschaft

Die Kulturprojekte Berlin GmbH konnte sich auch in 2014 im Aktionsumfeld zwischen Kulturlandschaft inklusive Publikum sowie Politik, Senat und Medien gut behaupten und die Rolle des Dienstleisters für das Land Berlin und der Berliner Kultur weiter ausbauen. Die erfolgreiche Durchführung und Begleitung der Berlin relevanten Themen wie „25 Jahre Mauerfall“ vergrößerte erneut das Handlungsfeld der GmbH, aus dem neue und zusätzliche Projekte generiert werden können. Das seitens der Auftraggeber und Partner in die Kulturprojekte Berlin GmbH gesetzte Vertrauen wurde erfüllt. Die wirtschaftliche wie auch inhaltlich-politische Bilanz des siebten Jahres der GmbH mit der gegenwärtigen Aufgabenstellung und ihrer Geschäftsfelder kann weiterhin zuversichtlich stimmen.

Die Kulturprojekte Berlin GmbH führte satzungsgemäß im Jahr 2014 zahlreiche große Kulturvorhaben und Festivals durch, so auch den Betrieb der ihr übertragenen kulturellen Einrichtungen Podewils'sches Palais und Schaubude. Die Geschäftstätigkeit umfasste darüber hinaus die Akquisition und Vorbereitung von Projekten für das Geschäftsjahr 2015. Darüber hinaus nahm die GmbH die Aufgabe der Geschäftsstelle des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung wahr, formal ausgeführt durch einen Beleihungsvertrag mit dem Land Berlin.

Zur Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben erhielt die Gesellschaft 2014 eine institutionelle Zuwendung des Landes Berlin über 3.376.700 €, davon 434.540 € für das Facility Management der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM), 45.000 € für die Aktivitäten des „Klingenden Museums“ und 25.000 € für das Online-Portal „Zerstörte Vielfalt“. Aus der institutionellen Zuwendung werden u.a. die Personalaufwendungen für 68 Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt) gewährleistet. Aufwendungen für Projektmitarbeiter werden projektbezogen aus Zuwendungen realisiert.

B. Wirtschaftsbericht

Die Kulturprojekte Berlin GmbH ist auf insgesamt fünf Geschäftsfeldern tätig, die sich teilweise gegenseitig ergänzen und auch überschneiden. Die Gesellschaft wird projektbezogen gesteuert. Dies trifft auch für die Zuwendungen, Aufwendungen und Mitarbeiter nach Projekten zu.

1. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Projekte, Ausstellungen und Veranstaltungen“

Die Geschäftstätigkeit umfasste die Entwicklung, Produktion und Vermittlung bzw. Vermarktung stadtweiter Großveranstaltungen. Die Tätigkeitsschwerpunkte waren die Koordination und Betreuung des Projektes „25 Jahre Mauerfall“, die 5. Auflage der Berlin Music Week, der Europäische Monat der Fotografie Berlin sowie die Lange Nacht der Museen (20.000 Besucher (Vorjahr: 48.000)). Darüber hinaus wurde die Berlin Art Week zum dritten Mal veranstaltet. Sämtliche Aktivitäten konnten ohne nennenswerte Komplikationen erfolgreich durchgeführt werden.

2. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Kulturelle Bildung“

Die Geschäftstätigkeit umfasste die Förderung der Kulturellen Bildung in Berlin sowie Veranstaltung diverser Projekte in diesem Kontext. Insbesondere wurde die inhaltliche und administrative Arbeit der Geschäftsstelle des Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung weitergeführt. Es wurden 1,64 Mio. Euro zur Verfügung gestellt und insgesamt 226 Projekte gefördert. Die Kooperation mit dem GRIPS-Theater als Hauptnutzer der Bühne im Podewil wurde fortgesetzt.

3. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Kulturmarketing“

Die Kulturprojekte Berlin GmbH leistete auch in 2014 einige unmittelbare Beiträge zum Kulturmarketing Berlins, über die o. g. Aktivitäten, die das Stadtmarketing Berlin in 2014 mitprägten, hinaus. Insbesondere seien zudem der Betrieb des Kreativnetzwerks-Portals Creative City Berlin, des Berliner Bühnenportals als auch des Museumsportales genannt.

4. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Administrative und technische Dienstleistungen“

Die Tätigkeiten umfassten die verwaltungsmäßige und technisch unterstützende Begleitung von Festivals und Projekten in Trägerschaft. Trägerschaftsprojekte waren in 2014 u. a. das jährliche Festival transmediale.

5. Aktivitäten des Geschäftsfeldes „Spielbetriebe“

In Ergänzung zu Geschäftsfeld 4 betreute die Kulturprojekte Berlin GmbH die rechtlich nicht selbständige Einrichtung Schaubude.

Die Schaubude erhielt von der institutionellen Zuwendung der Kulturprojekte Berlin GmbH in 2014 ca. 418.000 €.

Das Podewils'sche Palais wurde für einzelne Festivals und Veranstaltungen sowie die neue GRIPS Spielstätte genutzt. Der Vertrag mit dem GRIPS wurde am 01.07.2014 bis 30.06.2019 verlängert. Über eine etwaige Verlängerung dieses Vertrags über den 30.06.2019 hinaus wird bis 31.12.2017 entschieden.

C. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bei Erträgen in Höhe von 12.009.375,03 € (Vorjahr: 11.550.578,45 €) und Aufwendungen in Höhe von 12.061.508,45 € (Vorjahr: 11.540.967,48 €), davon 1.976.014,40 € für Personal und 10.184.477,32 € für sonstige betriebliche Aufwendungen, beträgt der Jahresverlust 52.133,42 €. Entsprechend der Abstimmung mit dem Landesverband der Museen zu Berlin e.V. wurde eine Auflösung der zweckgebundenen Rücklagen für die Lange Nacht der Museen von 62.424,18 € vorgenommen. Die Gesellschaft hat ein Eigenkapital in Höhe von 100.137,38 € (Vorjahr: 152.270,80 €) und eine Eigenkapital-Quote von 4,94 % (Vorjahr: 7,00 %) bei einer Bilanzsumme von 2.025.977,78 € (Vorjahr: 2.176.312,00 €). Zum Stichtag 31.12.2014 bestanden auf den vollständig abgegrenzten Projektkonten liquide Mittel von insgesamt 1.879.804,15 €.

Die Gesellschaft erhielt im Berichtsjahr Zuwendungen in Höhe von 9.509.518,64 € (Vorjahr: 9.424.301,65 €). Im Vergleich zum Plan 2014 konnten die Zuwendungen um 2.587.958,64 € (37,4 %) gesteigert werden, u.a. 1.920.361,00 € für das Projekt „25 Jahre Mauerfall“ und 218.107,26 € für den Europäischen Monat der Fotografie Berlin. Damit sind 78,8 % (Vorjahr 81,7 %) der Aufwendungen durch Zuwendungen gedeckt.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Plan 2014 um 43,2 % gestiegen. Bestritten wurde dieser Aufwuchs, neben den zusätzlichen Zuwendungen, aus dem Anstieg der Umsatzerlöse und sonstiger betrieblicher Erlöse um 65,9 % von 1.555.400,00 € (Plan 2014) auf 2.580.098,13 €. Für das Jahr 2015 werden Zuwendungsmittel in Höhe von mindestens 334.725,55 € erwartet. Im laufenden Jahr werden projektabhängig weitere Mittel beantragt werden.

Das geringe Anlagevermögen in Höhe von 58.633,48 € ist auch langfristig finanziert.

Die kaufmännisch vorsichtige Führung der Geschäfte in 2014 konnte die im Tagesgeschäft üblichen, eingetretenen Risiken auffangen und darüber hinaus auch geringe Überschüsse generieren, die zusammen mit der aufgelösten, zweckgebundenen Rücklage das Defizit der Langen Museumsnacht kompensieren konnten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Da im Wirtschaftsplan immer nur die gesicherten Erlöse und Zuwendungen erfasst werden, sorgte jedes zusätzliche Projekt (z.B. 25 Jahre Mauerfall, Europäischer Monat der Fotografie Berlin) für eine Erhöhung der Planpositionen „Aufwendungen“ als auch „betriebliche Erlöse“. Die Aktivitäten konnten gegenüber den Planungen also erfolgreich gesteigert werden. Für das Geschäftsjahr 2015 wird gemäß den Planungen der Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet. Im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans des Landes Berlins für die Jahre 2016/17 sind für institutionell geförderte Kultureinrichtung entsprechende Wirtschaftspläne bis Juni 2015 zu erstellen.

Mit der laufenden, meist erfolgreichen Übernahme zusätzlicher Projekte und Aufgaben im Jahr 2015 geht stets – wie auch in den Vorjahren – ein erhöhtes finanzielles und haftungsrechtliches Risiko einher. In intensiver Vorbereitung für 2015 waren die Planungen für die Projekte „70 Jahre Kriegsende – Frühling in Berlin“, „Sommer im Museum“ sowie die 4. Berlin Art Week. Im Januar 2015 wurde die Gesellschaft kurzfristig mit der Trägerschaft des Karneval der Kulturen 2015 betraut, der Ende Mai 2015 stattfinden wird. In einem Konzeptdialog mit den Karnevalsgruppen und der Senatsverwaltung für Integration wird im Sommer 2015 die Zukunft des Projektes besprochen. Weiterhin ist angedacht, dass die Kulturprojekte Berlin GmbH im Humboldtforum eine 2019 zu eröffnende Sonderausstellung umgesetzt. Die Planungen hierzu werden gerade erst konkretisiert.

Bei den stadtweiten Projekten gewährleistet die Kulturprojekte Berlin GmbH als unabhängiger Partner die Gesamtkoordination, die Kommunikations-/Vermittlungsmaßnahmen und konzeptioniert inhaltliche Bausteine.

E. Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, über die zu berichten wäre, haben sich nicht ereignet.

Berlin, den . April 2014

Moritz van Dülmen
Geschäftsführer

Anlage: Corporate Governance Bericht

Berichterstattung nach dem Berliner Corporate Governance Kodex für das Jahr 2014 gemäß Anlage 7.1 der Hinweise für Beteiligungen des Landes Berlin an den Unternehmen (Beschluss des Senats von Berlin vom 17. Februar 2009)

1. Zusammenwirken von Geschäftsleitung (GL) und Aufsichtsrat (AR)
 - Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll sowie sachlich und konstruktiv zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
 - Der AR hat alle seine Sitzungen unter Beteiligung der GL abgehalten.
 - Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem AR abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.
 - Die GL hat die Geschäfte, die dem AR gemäß Gesellschaftsvertrag der GmbH zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestand eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Alle Regelungen waren ausreichend und bedurften keiner grundlegenden Ergänzung.
 - Die GL ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig nachgekommen in schriftlicher Form und unter Beifügung der erforderlichen Dokumente. Der zeitliche Vorlauf war in der Regel ausreichend.
 - Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen evtl. erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.
 - GL und AR sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.
 - Die Gesellschaft hat keine D&O- Versicherung (Directors-and-Officers-Versicherung, übersetzt Organ- oder Manager-Haftpflichtversicherung) abgeschlossen.
2. Geschäftsleitung
 - Die GL hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der GL Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Regelmäßig wurde ein zahlenmäßiger Soll/Ist-Vergleich für den institutionellen Bereich, Drittmittel- und Trägerschaftsprojekte durchgeführt. Abweichungen wurden analysiert. Monatliche Abschlüsse sind durchführbar, um den aktuellen Ist-Stand des Unternehmens mit der Planung (Wirtschaftsplan) abzugleichen. Die Abweichungen in der Ergebnisentwicklung und die Liquiditätsplanung waren somit kurzfristig erkennbar, um daraus Gegensteuerungen einzuleiten. Die Unternehmenssteuerung, die Planung und das Controlling wurden durch den Geschäftsführer in Abstimmung mit der Leitung Administration durchgeführt. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig gegenüber den Gremien (AR).
 - Die Vergütung des Geschäftsführers Moritz van Dülmen erfolgte auf Basis einer fixen Jahresvergütung. Eine Zielvereinbarung für die variable Vergütung existiert in Höhe von bis zu maximal 10.000,00 € (entspricht 12 v.H.). Die Gesamtvergütung ist im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die Vergütungsregelung unterlag einer jährlichen Überprüfung.

3. Aufsichtsrat

- Der AR hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den AR wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Anstellungs- und Vergütungsregelungen für die GL wurden im Plenum des AR nach Vorbefassung an ein Mitglied des Aufsichtsrates zur Beratung und Entscheidung übertragen und dem Gremium zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Eine Altershöchstgrenze für die GF besteht nicht. Bei der Erstbestellung der GL wurde die maximal mögliche Bestelldauer nicht ausgeschöpft.

- Zwischen dem AR-Vorsitzenden und der GL hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.
- Für den AR gab es außerhalb der AR-Sitzungen keine wichtigen Ereignisse.
- Der AR hat keine Ausschüsse gebildet.
- Kein AR-Mitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die AR-Mitglieder üben nach eigenen Angaben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.
- Die AR-Mitglieder erhalten kein Entgelt und keine Erstattung ihrer direkten Aufwendungen (Reise-/Übernachungskosten). Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.
- Es fanden im Berichtsjahr 2 Sitzungen, 1 schriftliches Umlaufverfahren sowie 2 schriftliche Berichterstattungen statt. Kein AR-Mitglied hat an weniger als die Hälfte der AR-Sitzungen teilgenommen.

4. Interessenkonflikte

- Die GL hat die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der GL ist kein Fall der Vorteilsnahme oder –gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
- GL und AR haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
- Interessenkonflikte bestanden nicht.
- Dem AR wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.
- Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt, die vergütungsrelevant waren.
- Mitgliedern des AR und der GL wurden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage oder auf den allg. Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt. Beteiligungsunternehmen existieren nicht.

7. Abschlussprüfung

- Der AR hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. des Prüfungsleiters bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den AR-Vorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
- Im Auftrag des AR hat die GL dem Abschlussprüfer den Prüfauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
- Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
- Der Abschlussprüfer nimmt satzungsmäßig generell an der Beratung zur Zustimmung des AR zum Jahresabschluss teil und berichtet.

Berlin, den

Tim Renner
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Moritz van Dülmen
Geschäftsführer

Kulturprojekte Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Moritz van Dülmen

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Grundvergütung	72.000,00
Variable Vergütung lt. Zielvereinbarung	10.000,00
Summe	82.000,00
Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Sozialversicherung (incl. U2)	6.930,00
Zuschuss zur Pflegeversicherung	125,64
Zuschuss zur freiwilligen Krankenversicherung	2.691,54
Summe	9.747,18
Gesamtbezüge 2014	91.747,18

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates

Die Mitglieder des Aufsichtsrates hatten im Geschäftsjahr 2014 keinen Anspruch auf Vergütung ihrer Tätigkeit. Es wurden auch keine Zahlungen in diesem Sinne geleistet.

**Liegenschaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG**

Lagebericht

**Liegenschaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG,
Berlin**

für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsverlauf 2014

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Gegenstand der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG (LFB KG) ist die am Grundstücksbestand und Grundstücksmarkt sowie an wirtschafts-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen orientierte Übernahme:

- a) von Grundstücksgeschäften des Landes Berlin mit der Deutschen Bahn, Bundesrepublik Deutschland, bundesunmittelbaren, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ausländischen Staaten,
- b) der Treugeberfunktion Berlins in städtebaulichen Entwicklungsgebieten im Bereich des An- und Verkaufs von Grundstücken,
- c) der Abwicklung von Grundstücksgeschäften für das Land Berlin,
- d) der Erteilung von Zustimmung und Genehmigungen und
- e) von Grundstücken des Landes Berlin in treuhänderische Verwaltung und deren Vermarktung.

Danach hat das Land Berlin im Rahmen von Erst- und Nachbestückung Grundstücke treuhänderisch und unentgeltlich auf die Gesellschaft übertragen. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist jeweils das zivilrechtliche, jedoch nicht das wirtschaftliche Eigentum an den Grundstücken auf die LFB KG übergegangen.

Die Erfüllung dieses Zweckes erfolgt ohne Gewinnerzielungsabsicht. Das gezeichnete Kapital beträgt 1.000.000,00 € und ist voll eingezahlt. Die Gesellschaft hat Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, welche ihr in ordnungsgemäßer Erfüllung des Vertrages entstehen.

2. Politische Rahmenbedingungen

Schwerpunkt der Arbeit der LFB KG ist der Verkauf, aber sie unterstützt Kaufinteressenten auch dabei, dass Planungsrecht für bislang nicht nutzbare Grundstücke geschaffen wird und diese Objekte damit erworben und bebaut werden können. Vor allem ihre enge Vernetzung mit den Verwaltungen des Senats und der Bezirke ist dabei ein großer Vorteil. Die Mitarbeiter der LFB KG verfügen über langjährige Erfahrung und kennen die richtigen Ansprechpartner, sie helfen bei der Bewertung der Grundstücke und machen belastbare Aussagen zu den Rahmenbedingungen der Nutzung. Bei Anfragen – ob zum Baurecht, zu Nutzungsmöglichkeiten oder Standortfragen – stehen sie den Investoren zur Seite. Sie öffnen die Türen zu den Planungsämtern der Bezirke und den Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung oder Wirtschaft. So können Genehmigungsverfahren kurz gehalten und Objektverkäufe letztendlich beschleunigt werden.

Schwerpunkte der Betätigungsfelder waren:

- Grundstücksübertragung des Finanzvermögens und nicht mehr benötigten Fachvermögens auf die LFB KG,
- Verkauf zu Marktwerten über bedingungsfreie Bieterverfahren,
- kurzfristige Zwischennutzung – Raum und Räume für neue Ideen,
- Neuvermietungen von vorhandenem Immobilienleerstand,

- Verwaltung der Immobilien bis zur Übergabe an neue Eigentümer.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Juni 2010 wurde der Senat aufgefordert, im Ergebnis der seit 2008 geführten Diskussion die Liegenschaftspolitik des Landes Berlin weiter zu profilieren. Im Zentrum der neuen Liegenschaftspolitik des Landes Berlin soll eine Abkehr von der überwiegenden Vermarktungsabsicht unter Höchstgebotsaspekten stehen. Der Senat von Berlin strebt zukünftig die Verwertung der landeseigenen Grundstücke primär unter Berücksichtigung von wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischen Zielen an. Dadurch soll eine nachhaltige und langfristig-strategische Wertschöpfung für das Land Berlin erzielt werden.

Am 24. Oktober 2013 beschloss das Abgeordnetenhaus eine neue Ausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik, nach der die Liegenschaften des Landes Berlin in vier Kategorien nach fachlichen Kriterien geclustert werden sollen. Dementsprechend wurde auch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung vorgenommen.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschlandweit als auch regional unterschiedlich, konnte der Immobilienmarkt mit positiven Zahlen glänzen. Nachdem sich gegen Ende des Jahres die Konjunkturdaten in der Eurozone etwas aufgehellt haben, ist auch die Zuversicht zurückgekehrt. In Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 43 Millionen auf Rekordniveau liegen.

Die Marktsituation konnte auf Grund des heterogenen Bestandes des Liegenschaftsfonds nicht als Konkurrenzsituation bezeichnet werden. Vielmehr unterlag das Handeln mehr denn je der politischen Stimmung des Landes. Auf Grund der hierbei gemachten Vorgaben und Entscheidungswege sowie Gremienbefassungen war der Handlungsspielraum in einem der nachgefragtesten Segmente dem Wohnungsbau auf dem Drittmarkt sehr eingeschränkt, was – bezogen auf das Vorjahr 2013 - zu einem Rückgang der Verkaufsfälle als auch des Umsatzzahlen geführt hat.

Im Bereich des Geschosswohnungsbaus hingegen erfolgte in 2014 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Grundstücken. Immerhin 23 % des Beurkundungsvolumens wurde mit den Wohnungsbaugesellschaften abgewickelt.

Die Marktbereiche konnten weiterhin, jedoch auch, mit auf die Liegenschaftspolitik zurückzuführende Einschränkungen, bedient werden.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Unter Berücksichtigung der Bestückungsflächen (3.398 ha), den Rückgaben und Herauslösungen (272 ha) und den Verkäufen (1.514 ha) verfügte die Gesellschaft über einen Grundstücksbestand von 1.613 ha zum Ende des Berichtszeitraums.

Zum Jahresende 2014 wurden durch optimierte Zusammenlegung von Grundstücken 4.079 (Vj. 4.132) Immobilien von unterschiedlichster Nutzungsart und Qualität aus allen Bezirken einschließlich Umland verwaltet.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 108,75 Mitarbeiter/innen. Die Schwerpunkte des Personalmanagements lagen in der Personalplanung und Personalentwicklung mit Blick auf die zukünftig zu erwartenden Aufgaben. Die Stärkung der Kompetenz der Mitarbeiter/innen und die weitere Professionalisierung im Umgang mit den potentiellen Investoren, Mietern/innen und anderen Geschäftspartnern wurde wie in den Vorjahren weiter fortgesetzt, um die gestellten Unternehmensziele zu erreichen, die Leistungen des Unternehmens gegenüber dem Gesellschafter und dem Land Berlin darzustellen und um sicherzustellen, dass ausreichende Personalressourcen zur Verfügung stehen.

Ende 2014 waren 4 Auszubildende der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft bei der LFB KG beschäftigt. In der Regel werden die Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluss in ein einjähriges Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Personalkosten in Höhe von 6.316 T€ sind um 21 T€/ 0,33 % gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Zuordnung der Personalkosten entspricht den handelsrechtlichen Vorschriften und beinhaltet somit nicht die sonstigen Personalkosten in Höhe von 714 T€ (Vj. 857 T€). Hierin sind insbesondere Aufwendungen für Zeitarbeitspersonal in Höhe von 462 T€ (Vj. 518 T€) enthalten.

Nach den vorliegenden Berechnungen wurde das Unternehmensziel für 2014 mit 100 % erreicht, so dass die Gesellschaft im Rahmen des Leistungs- und Beurteilungssystems für die variable Vergütung eine Rückstellung in Höhe von 762 T€ gebildet hat. Damit wird weiterhin die Leistungsstärke und -bereitschaft der Mitarbeiter honoriert. Die Auszahlung erfolgt nach Feststellung durch den Gesellschafter voraussichtlich im II. Quartal 2015.

Interne Revision

Zur Erfüllung der erforderlichen Maßnahmen für den Bereich Interne Revision beauftragte die Gesellschaft die R1SC Partnerschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, mit der Durchführung folgender Prüfungen:

- Vermarktung Einzelfälle
- Bewirtschaftung – Auftragsvergabe in der Instandhaltung
- Bewirtschaftung – Leerstandsbewirtschaftung
- Rundschreiben Forderungsmanagement
- Nachschau zu den von November 2012 bis März 2013 beendeten Innenrevisionen
- Begleitend die Implementierung eines Risikomanagementsystems

Für das Berichtsjahr 2014 liegen die Revisionsberichte „Rundschreiben Forderungsmanagement“ und „Nachschau zu den von November 2012 bis März 2013 beendeten Innenrevisionen“ vor.

Risikomanagement

Das Risiko-Management ist integraler Bestandteil der Unternehmensführung der LFB KG. Es gilt, die im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken zu erkennen und wirksam zu steuern. Wesentliche Erfolgsfaktoren hierfür sind die enge, frühzeitige Verzahnung aller Unternehmensbereiche sowie die erforderlichen Abstimmungen.

Die Analyse der Risiken mit deren möglichen Schadenshöhen sowie der Auswirkungen werden regelmäßig auf deren Cash-Flow beurteilt und fließen in die gesamte Unternehmensplanung mit ein. Durch geeignete, regelmäßige Berichterstattungen waren die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat jederzeit in der Lage, sich über Risiken, Maßnahmen und Auswirkungen ein Bild zu verschaffen und diese entsprechend zu steuern.

II. Vermögens- und Ertragslage

Wie auch in den Vorjahren erbrachte die Gesellschaft im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit dem Land Berlin Leistungen. Leistungsumfang ist die Bearbeitung von Grundstückskaufverträgen des Landes Berlin, die vor Gründung des Liegenschaftsfonds geschlossen worden sind. Die gesamten Verauslagungen für Rechtsanwalts- sowie Notarkosten und sonstigen Aufwendungen, die mit der Abwicklung im Zusammenhang standen, einschließlich Personal- und Gemeinkostenerstattungen für den genannten Zeitraum, betrugen 441 T€, die an den Vertragspartner Land Berlin weiterberechnet wurden. Im Jahresdurchschnitt waren 4 Mitarbeiter mit der Aufbereitung der Akten, Überwachung der Auflagen gemäß der geschlossenen Kaufverträge und Forderungseintreibung beschäftigt.

Die seit 2005 durch den LFB geschäftsbesorgende Durchführung der Grundstücksverträge, die durch die BLEG Berliner Landesentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Grundstücks-KG i.L. in der Vergangenheit abgeschlossen wurden, belief sich auf die Übernahme von 117 Altverträgen sowie die Aktenaufbereitung und die Prüfung von evtl. Gewährleistungsansprüchen. In 2014 sind nur geringfügige Aufwendungen für Sach-, Personal- und Gemeinkosten entstanden. Der Saldo aus Zinserträgen und Aufwendungen wurde vereinbarungsgemäß an die Senatsverwaltung für Finanzen weiterberechnet.

Als zusätzliche geschäftsbesorgende Tätigkeiten wurde durch den Gesellschafter die treuhänderische Vermarktung von GA-geförderten Grundstücken übertragen. Die LFB KG wird weder wirtschaftlicher noch zivilrechtlicher Eigentümer dieser Immobilien. Allerdings ist die LFB KG ermächtigt, die Aufwendungen, die zum Zwecke der Vermarktung derartiger Grundstücke entstehen, aus dem Treuhandvermögen abzudecken. Durch die drei geschäftsbesorgenden Tätigkeiten konnten unter Berücksichtigung einer ausreichenden Liquidität für die Ausführung der zukünftig anfallenden Aufgaben und der ausgeführten Vermarktung von GA-geförderten Grundstücken 1.976 T€ an das Land Berlin abgeführt werden.

Insgesamt belaufen sich die sonstigen betrieblichen Erträge auf 481 T€. Mit 441 T€ ist die Weiterberechnung der Aufgaben im Zuge der Leistungserbringung

des Geschäftsbesorgungsvertrages „Aufgabenabschichtung SenFin“ der größte Einzelposten.

Die größten Einzelpositionen im Bereich sonstiger betrieblicher Aufwand waren Recht- und Beratungskosten 1.035 T€, Raumkosten 716 T€ Werbung und Marketingkosten 256 T€ und die sonstigen Personalkosten mit 714 T€.

Durch das bewusste Kostenmanagement bzw. die Nichtinanspruchnahme von zusätzlichen Leistungen in 2014 sind der Gesellschaft - wie in den Vorjahren - keine kaufmännischen Nachteile oder Risiken entstanden.

Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit keine Vergütung. Sie ist verpflichtet, alles, was sie im Rahmen der Treuhandtätigkeit erhält, an das Land Berlin abzuführen, hat aber gleichzeitig einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die ihr im Rahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung des Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrages entstehen.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtsjahr um 3.335 T€ auf 8.654 T€. Im Einzelnen haben sich die liquiden Mittel um 2.692 T€ auf das Guthaben von 5.503 T€ bei den Kreditinstituten erhöht. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben im Vergleich zum Vorjahr um 746 T€ auf 756 T€ zugenommen. Das Anlagevermögen hat sich um 512 T€ auf 804 T€ erhöht, Grund hierfür sind die Anschaffung im Zusammenhang mit der Einführung von SAP zum 01.01.2015.

Der Anteil des langfristigen Vermögens am Bilanzvolumen ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 1.072 T€ beinhalten nach kaufmännischer Ermittlung die variable Mitarbeitervergütung, die Urlaubsrückstellungen, Aufwendungen für Dienstleistungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sowie noch nicht abgerechnete Leistungen für Jahresabschlussarbeiten, Interne Revision, Berufsgenossenschaft und sonstige nicht abgerechnete Leistungen.

Die Verbindlichkeiten nahmen im Berichtszeitraum um 3.900 T€ zu und wurden mit 4.762 T€ in der Bilanz ausgewiesen. Hiervon umfassen die sonstigen Verbindlichkeiten aus Vermarktung im Zuge des Geschäftsbesorgungsvertrags „Aufgabenabschichtung Sen Fin“ ein Volumen von 3.832 T€. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Aufwandserstattungsanspruches gegenüber dem Gesellschafter nicht verändert.

III. Finanzlage

Die Gesellschaft erhält für ihre Tätigkeit keine Vergütung. Sie ist verpflichtet, alles was sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit erhält, an das Land Berlin abzuführen. Die Gesellschaft hat aber gleichzeitig einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die ihr im Rahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung des Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrages entstehen. Die unterjährige Liquidität generiert die Gesellschaft aus den Einnahmen der Bewirtschaftung.

IV. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Geschäftsvorgänge eingetreten, die zu einer abweichenden Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würden.

Am 25.02.2015 wurde ein Kaufvertrag zwischen den LFB Gesellschaften Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG und der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung der Gesellschaften geschlossen. Hierzu verweisen wir auf Punkt VI.

V. Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB- Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Hierzu wurden alle wesentlichen Unternehmensaktivitäten einer Risikoanalyse unterzogen.. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, plant die Gesellschaft zudem, ein Risiko-Früherkennungssystem einzuführen. Das bereits praktizierte Risikomanagement soll infolge der Zusammenführung der LFB-Geschäftsbetriebe mit der BIM GmbH künftig systemunterstützt durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Liegenschaftsfonds Gruppe sind neben den allgemeinen wirtschaftlichen Risiken auch mit Immobilienrisiken als auch regionalen Risiken verbunden.

Ein Risiko besteht im Forderungsausfall der Bewirtschaftungseinnahmen. Aus den Einnahmen der Bewirtschaftung wird der gesamte Geschäftsbetrieb mit Liquidität versorgt. Das Forderungsausfallrisiko wird durch ein bestehendes Forderungsmanagement vermindert.

Für die geplanten Beurkundungsvolumen ist die Preisbildung auf dem Immobilienmarkt ein Risiko. Die erzielten Kaufpreise werden dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und haben damit essentielle Bedeutung für das Land Berlin.

Ein Kreditrisiko besteht nicht. Die Gesellschaft ist nicht Fremdkapital finanziert.

VI. Voraussichtliche Entwicklung

Unabhängig von einer Zusammenführung von BIM und LFB kann die bisherige Struktur des LFB nicht mehr aufrecht erhalten werden, da der LFB im Zuge der Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik neue Aufgaben übernehmen soll (Clusterung, Portfolioanalyse, Konzeptverfahren). Insofern ist eine Trennung des operativen Geschäfts (einschließlich der Beschäftigten) von den treuhänderisch gehaltenen Liegenschaften erforderlich. Zur Lösung der o.g. Ausgangssituation haben die BIM und der LFB Umsetzungsmöglichkeiten, Variante 1 das sog. „Fusionsmodell“ (Zusammenführung der Geschäftsbereiche und -tätigkeiten der BIM und des LFB) und Variante 2 das sog. „Holdingmodell“, durch Steuerberater und Rechtsanwälte erarbeiten und bewerten lassen.

Nach intensiver Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik stellt sich die Zusammenführung des Personals der beiden Gesellschaften als geeignetstes Instrument für die Umsetzung dar. Eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung erfolgt zunächst nicht.

In einem ersten Schritt werden die Geschäftsbereiche des LFB rechtsgeschäftlich auf die BIM übertragen. In Folge dessen gehen die Beschäftigten des LFB im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die BIM über. Die Gesellschaften werden damit kein eigenes Personal führen. In einem zweiten Schritt wird das zusammengeführte Unternehmen, hier „BIM/LFB-neu“, neu strukturiert.

In der „BIM/LFB-neu“ ist somit das gesamte operative Geschäft von BIM und Liegenschaftsfonds inkl. Personal konzentriert. Sie fungiert als Geschäftsbesorgerin für die operativen Geschäfte der KG's, die ihrerseits kein eigenes Personal haben und lediglich die Treuhandvermögen I und II führen.

Die Zusammenführung der operativen Geschäfte und des Personals bewirkt eine Straffung bei der Umsetzung der Berliner Liegenschaftspolitik. Eine gemeinsame Geschäftsführung ermöglicht zudem eine effektive Zusammenführung der bisherigen Aufgaben Berlins. Synergieeffekte werden durch die Zusammenlegung von Back-office-Bereichen gehoben. Bereiche mit vergleichbarem Aufgabenspektrum werden in gemeinsamen Bereichen zusammengeführt; Bereiche, die heute schon Alleinstellungsmerkmale aufweisen, bleiben bestehen. Innerhalb der „BIM/LFB-neu“ kann auf aktuelle Entwicklungen durch eine höhere Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes und der Aufgabenverteilung reagiert werden. Letztendlich werden die personellen Kompetenzen von zwei erfolgreichen Unternehmen in der Erwartung gebündelt, die künftigen Anforderungen der Berliner Liegenschaftspolitik nachhaltig und auf hohem professionellem Niveau umzusetzen.

Anlage 4

Der Aufsichtsrat des LFB hat in seiner Sitzung am 13.02.2015 dem geschilderten Vorgang und dem Kaufvertrag zwischen LFB und BIM zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung mit Wirkung zum 01.03.2015 beider Gesellschaften zugestimmt. Der Kaufvertrag ist am 25.02.2015 notariell beurkundet worden. Den Mitarbeitern des LFB ist das Übergangsschreiben nach 613 a BGB am 19.02.2015 übergeben worden.

Im Dezember 2014 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2015 bis 2019 und der Wirtschaftsplan 2015, bei dessen Aufstellung die Zusammenführung mit der BIM nicht berücksichtigt ist, durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Er beinhaltet die Kostenerstattungsplanung gegenüber dem Land Berlin unter Berücksichtigung der Saldierung von Erträgen und Aufwendungen in Höhe von 11.160 T€. Größte Einzelposition in der Planung sind die Personalkosten von 7.396 T€. Der sonstige betriebliche Aufwand wird in Höhe von 3.264 T€ angesetzt. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren Gesichtspunkten geplant. Nicht Bestandteil des Wirtschaftsplans sind die Auswirkungen aus dem Zusammenschluss mit der BIM.

Berlin, 25.03.2015

Liegenschaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG

vertreten durch die

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

Birgit Möhring

Lagebericht

**Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG, Berlin
Treuhandvermögen I**

für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsverlauf 2014

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG (LFB KG) ist eine Beteiligungsgesellschaft des Landes Berlin und wurde am 25.10.2000 gegründet. Gegenstand der Gesellschaft nach § 2 des Gesellschaftsvertrages ist die am Grundstücksbestand und Grundstücksmarkt sowie an wirtschafts-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen orientierte Verwertung und treuhänderische Übernahme von Grundstücken des Landes Berlin.

Die Übertragung erfolgt treuhänderisch und unentgeltlich, und zwar unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung in dem am Übergabetag tatsächlichen und rechtlichen Zustand. Stichtag ist der jeweilige Übergang von Nutzen, Lasten, Gefahren, Risiken im Außenverhältnis sowie Verkehrssicherungspflichten. Die Gesellschaft tritt in sämtliche grundstücksbezogene Verträge und sonstige Rechtsverhältnisse ein und stellt das Land Berlin von Inanspruchnahmen frei. Die Gesellschaft darf ab dem Übergabestichtag über die Grundstücke verfügen und jedwede damit im Zusammenhang stehende Rechtsgeschäfte abschließen und Rechtshandlungen vornehmen. Sie ist an die mit dem Land Berlin und dem jeweiligen Grundstückseigentümer getroffenen Verpflichtungen aus dem Vermögensgesetz und den sonstigen vereinigungsbedingten Restititionen gebunden.

Die Grundstücke werden treuhänderisch übertragen und zwar mit der Maßgabe, dass das wirtschaftliche Eigentum weiterhin beim Land Berlin verbleibt und die Verwertung im Namen der Gesellschaft als juristische Eigentümerin, aber auf Risiko und für Rechnung des Landes Berlin erfolgt. Die LFB KG unterliegt dabei der Weisung des Landes Berlin als Treugeber, vertreten durch die Senatsverwaltung für Finanzen.

Der Gegenstand der Gesellschaft beinhaltet die am Grundstücksbestand und Grundstücksmarkt sowie an wirtschafts-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Zielen orientierte Übernahme:

- a) von Grundstücksgeschäften des Landes Berlin mit der Deutschen Bahn, Bundesrepublik Deutschland, bundesunmittelbaren, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ausländischen Staaten,
- b) der Treugeberfunktion Berlins in städtebaulichen Entwicklungsgebieten im Bereich des An- und Verkaufs von Grundstücken,
- c) der Abwicklung von Grundstücksgeschäften für das Land Berlin,
- d) der Erteilung von Zustimmungen und Genehmigungen und
- e) von Grundstücken des Landes Berlin in treuhänderische Verwaltung und deren Vermarktung.

Die Gesellschaft erhält keine Vergütungen für ihre Tätigkeit, aber einen Aufwendersatz bei ordnungsgemäßer Erfüllung des Vertrages. Umgekehrt hat die LFB KG Überschüsse aus der Verwaltung und Verwertung der Grundstücke abzuführen, wobei die grundstücksbezogenen Einnahmen und Ausgaben für ein Geschäftsjahr saldiert werden und der Saldo an das Land Berlin abgeführt bzw. von diesem ausgeglichen wird.

2. Politische Rahmenbedingungen

Die LFB KG ist vom Land Berlin beauftragt, Landesimmobilien erfolgreich zu veräußern. Es handelt sich dabei um unbebaute und bebaute Grundstücke, die das Land für öffentliche Zwecke nicht mehr benötigt. Seit Gründung des Unternehmens wurden die Kompetenzbereiche stetig erweitert. Das heterogene Immobilienportfolio wird aus dem für öffentliche Aufgaben nicht mehr benötigten Immobilienbestand des Landes Berlin gespeist.

Mit dem Auftrag zur bisherigen Privatisierung von derzeit rund 19,1 km² landeseigener Immobilien übernimmt die LFB KG eine große Verantwortung. Einerseits soll das Vermögen des Landes effizienter aktiviert werden, um in noch größerem Umfang zur Haushaltskonsolidierung beizutragen. Andererseits müssen neben fiskalischen Gesichtspunkten insbesondere städtebauliche und wirtschaftspolitische Ziele berücksichtigt werden.

Die LFB KG ist nicht nur Vermarkter, sondern beteiligt sich aktiv an der Gestaltung einer attraktiven und zukunftsfähigen Stadt. Das Unternehmen hat sich als umfassender Immobilien-Dienstleister des Landes etabliert. Er vermarktet provisionsfrei und aus erster Hand landeseigene Immobilien, bewertet und bewirtschaftet den Bestand und erhöht die Vermarktungsfähigkeit von Entwicklungsimmobiliien im Rahmen seiner Qualifizierungstätigkeit.

Zum Portfolio gehören Gewerbe-, Misch-, Industrie-, Wohn- und Sonderimmobilien für private Interessenten und Projektentwickler. Die Objekte reichen von großflächigen ehemaligen Krankenhausarealen über stillgelegte Schwimmbäder bis zu Baugrundstücken für Gewerbebetriebe oder Einfamilienhäuser.

3. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschlandweit als auch regional unterschiedlich konnte der Immobilienmarkt mit positiven Zahlen glänzen. Nachdem sich gegen Ende des Jahres die Konjunkturdaten in der Eurozone etwas aufgehellt haben, ist auch die Zuversicht zurückgekehrt. In Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 43 Millionen auf Rekordniveau liegen.

Die Marktsituation konnte auf Grund des heterogenen Bestandes des Liegenschaftsfonds nicht als Konkurrenzsituation bezeichnet werden. Vielmehr unterlag das Handeln mehr denn je der politischen Stimmung des Landes. Auf Grund der hierbei gemachten Vorgaben und Entscheidungswege sowie Gremienbefassungen war der Handlungsspielraum in einem der nachgefragtesten Segmente dem Wohnungsbau auf dem Drittmarkt sehr eingeschränkt, was – bezogen auf das Vorjahr 2013 - zu einem Rückgang der Verkaufsfälle als auch des Umsatzzahlen geführt hat.

Im Bereich des Geschosswohnungsbaus hingegen erfolgte in 2014 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Grundstücken. Immerhin 23 % des Beurkundungsvolumens wurde mit den Wohnungsbaugesellschaften abgewickelt.

Der Berliner **Bürovermietungsmarkt** erreichte nach einem überaus umsatzstarken Schlussquartal ein Umsatzergebnis, das alle Erwartungen übertroffen hat. Mit einem Flächenumsatz von über 600.000 m² wurde der Vorjahreswert um ca. ein Drittel übertroffen. Insbesondere das Schlussquartal stach mit der Verdoppelung des Vorjahresquartals hervor (JLL: Office Market Profile).

Für die Steigerung verantwortlich ist nicht nur das wieder erstarkte Segment der Abschlüsse über 10.000m², sondern vielmehr eine Nachfragebelebung über alle Größenklassen. So lag die Zahl der Abschlüsse unter 1.000 m² um ein Drittel über dem Vorjahreswert.

Die Verteilung des Flächenumsatzes nach Branchen ähnelt in weiten Teilen der des Vorjahres. Die sonstigen Dienstleistungen leisteten einen Beitrag von rund 22% gefolgt von IuK-Technologien. Den dritten Rang sicherten sich die Beratungsgesellschaften, gefolgt von Banken und Finanzdienstleistern. Den höchsten Rückgang hatte die öffentliche Verwaltung zu verbuchen (BNP Paribas RE, Büromarkt Deutschland 2015/Berlin).

Es wird deutlich, dass Unternehmen nicht mehr nur eine Hauptstadtrepräsentanz suchen, sondern die Stadt als Innovations- und Vertriebszentrum nutzen und dementsprechend Büroflächen suchen.

Der gewerbliche **Investmentmarkt** schloss deutschlandweit mit knapp 40 Mrd. € (39,8) ab, so viel wie seit 2007 nicht mehr. Das bedeutet eine Steigerung von 30% gegenüber dem Vorjahr. In Berlin wurden, je nach Betrachter, ca. 4 -4,3 Mrd. € an Transaktionsvolumen erzielt, was einer Steigerung von ca. 15 % entspricht.

Bemerkenswert für Berlin ist dabei, dass dieses außergewöhnliche Resultat mit vergleichsweise wenig Großdeals im dreistelligen Millionenbereich erzielt wurde (7, lt. BNP Paribas RE).

Auch 2014 entfiel der größte Umsatzanteil auf Büroobjekte, die gut 40% Marktanteil verbuchen (-5%), gefolgt von Einzelhandelsimmobilien mit knapp 21% (-15%), sowie an dritter Position Entwicklungsgrundstücke mit knapp 10% Marktanteil, was dafür spricht, dass die Projektentwickler an eine positive Entwicklung des Standortes glauben.

Die Käuferseite wird von den Equity/Real Estate Funds mit 23% Anteil angeführt. Bereits auf dem zweiten Platz folgend die privaten Anleger mit 17,5% und Projektentwickler mit 13%. Alleine diese drei Gruppen machen bereits einen Anteil von 53,5% des Transaktionsvolumens aus. Es folgen Immobilienunternehmen mit 9%, Spezialfonds 8% sowie Investment/Asset Manager mit 7%. Der ermittelte Anteil an ausländischen Anlegern liegt bei fast 56% und damit über dem bundesweiten Durchschnitt (BNP Paribas RE, Investmentmarkt Deutschland 2015/Berlin).

Die Verteilung der Volumen führt mit 28% die Klasse von 50 -100 Mio. € an. Die Klasse der dreistelligen Abschlüsse konnte mit 24% nur den zweiten Platz belegen, gefolgt von 10-25 Mio. € (23%) sowie der Kategorie zwischen 25-50 Mio. € mit 18,5%.

Anlage 4

An kaum einem anderen Standort zeigt sich eine so ausgeglichene Verteilung wie in Berlin, was als positives Signal gedeutet werden kann, da das Ergebnis daher weniger von wenigen Großdeals abhängig ist wie an anderen Standorten.

Die Renditen haben in 2014 auf Grund des begrenzten Angebotes bei weiter hoher Nachfrage weiter nachgegeben. Die Spitzenrendite liegt Ende 2014 bei Büroobjekten bei ca. 4,45%. Berlin liegt damit hinter München und Hamburg an Position drei der teuersten Städte. Die Renditen für Geschäftshäuser in den besten Laufwegen der Fußgängerzonen liegen bei etwa 3,95%.

Der Berliner Markt für **Lager- und Logistikflächen** zeigte sich 2014 laut JLL Industrial Market Profil/Region Berlin schwächer. Mit 327.400 m² lag der Flächenumsatz leicht unter dem Niveau des Vorjahres, was jedoch auf Grund des immer knapper werdenden Flächenangebotes als durchaus solide bezeichnen lässt. Maßgeblichen Anteil am Ergebnis haben die Großvermietungen (15) ab 5.000 m². Bei den Flächen unter 5.000 m² wurden sogar 20 Verträge mehr als 2013 abgeschlossen, jedoch auch 30.000 m² weniger Fläche.

Die Nachfrage ist grundsätzlich weiter hoch, aber die Größenordnung der Abschlüsse ist hingegen kleiner geworden. Die aktivsten Nachfrager kamen aus dem Handelssegment mit einem Anteil von 40%, gefolgt von Unternehmen aus den Branchen Industrie und Transport/Verkehr/Lagerhaltung mit je 22%. Auf Grund des knappen Angebotes wird für 2015 nur ein Abschluss im Bereich von 300.000 m² erwartet. Die Spitzenmiete liegt im Bereich ab 5.000 m² in Gewerbeparks bei 4,70 bzw. 6,00 €/m²Monat. Die Kaufpreise dürften auch 2015 weiter steigen und die Rendite wird auch hier von derzeit ca. 6,25% weiter fallen.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin blieb weiterhin angespannt, da der Einwohnerzuwachs in die Hauptstadt anhält. Seit 2011 wird ein jährlicher Anstieg von ca. 40.000 Einwohnern registriert. Die Stadtteile innerhalb des S-Bahnringes bleiben weiterhin hoch in der Gunst der Zuziehenden, wenn sie sich das leisten können. Die äußeren Bezirke ziehen die Zuzügler mit ihren preiswerteren Mieten und einer besseren Verfügbarkeit von Wohnraum an.

Laut Residential City Profile Berlin von JLL stieg der Wohnungsbestand in Berlin seit 2010 um 0,8% oder 15.500 Wohnungen. Ein Vergleich zum Anstieg der Bevölkerung im gleichen Zeitraum um nahezu 150.000 Einwohner verdeutlicht den Nachfrageüberhang im Wohnungsmarkt.

Die Bautätigkeit verteilt sich dabei nicht gleichmäßig über die Stadt, sondern weist einen Schwerpunkt in den Bezirken mit großen Baulandreserven im Osten der Stadt auf. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen unseres Hauses, auch hier liegt die Mehrzahl der verfügbaren Grundstücke in den östlichen Stadtbezirken.

Nach einer Schätzung von JLL werden in den nächsten Jahren mindestens 20.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt, um den Wohnungsmarkt wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Besonders im unteren Preissegment wird es der Markt in den nächsten Jahren nicht schaffen - trotz und auch wegen der Mietpreisbremse – ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Im **Mietbereich** wurden überdurchschnittliche Zuwächse nach wie vor in den innerstädtischen Lagen erzielt. Die Spitzenmieten bewegen sich hier zwischen 13 und 16 €/m². Die preiswertesten Wohnungen, die überwiegend in den Großsiedlungen in Marzahn und Spandau gelegen sind, werden hingegen ab 5,50 €/m² vermietet. Die Preisspanne reicht außerhalb des S-Bahn-Rings von 7 bis 9 €/m², in innerstädtischen Lagen zwischen 8 und 12 €/m².

Das Preisniveau hat sich in den letzten beiden Jahren damit in den meisten Lagen um rund einen Euro pro m² erhöht.

Es ist davon auszugehen, dass sich zwar der Mietpreisanstieg verlangsamen wird, aber weiter steigen wird.

Der Markt der **Eigentumswohnungen** ist von einer ähnlichen Dynamik gekennzeichnet. Im Mittel werden Eigentumswohnungen im zweiten Halbjahr 2014 für rund 2.900 €/m² angeboten und damit 12,8% teurer als vor einem Jahr.

In den gefragten Innenstadtbezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg verteuern sich sowohl Bestand als auch Neubau überdurchschnittlich.

Seit 2010 verzeichnet das Marktsegment zweistellige jährliche Wachstumsraten. Auch hier erscheint ein weiterer Preisanstieg auch 2015 sehr wahrscheinlich. Für Neubauwohnungen werden im Mittel rund 3.810 €/m² aufgerufen. In Mitte und Steglitz-Zehlendorf übersteigt das Preisniveau bereits die 4.000 €/m² Marke. Für unter 4.000 €/m² sind im innerstädtischen Bereich kaum noch Wohnungen auf dem Markt. In guten Randlagen werden um die 3.000 €/m² aufgerufen, wofür in Innenstadtbezirken auch gebrauchte Wohnungen, häufig mit Modernisierungsbedarf, erworben werden können.

Wohnungen aus den Nachkriegsjahrzenten mit Investitionsbedarf, aber wesentlich preiswerter können noch für um 2.000 €/m² erworben werden.

Im **Wohninvestmentbereich** bleibt der Metropolenraum Berlin weiterhin auf regionaler Ebene der wichtigste deutsche Transaktionsmarkt mit einem Volumen von rund 2 Mrd. EUR. Bundesweit wurde in diesem Marktsegment mit ca. 12,9 Mrd. € das zweithöchste Ergebnis seit 2007 erzielt. Der Anteil von Wohnportfolien lag hierbei bei 60%.

In Berlin waren die öffentlichen Wohnungsunternehmen mit einem Anteil von fast 620 Mio. EUR die stärkste Investorengruppe. Mehr als 400 Mio. EUR gehen auf das Konto von börsennotierten Wohnungsunternehmen, gefolgt von den professionellen Asset- und Fondsmanagern mit ca. 380 Mio. EUR (JLL).

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Insgesamt setzte sich der Trend fort, dass die LFB KG in 2014 weniger Kaufverträge abgeschlossen hat.

Die LFB KG ist aufgrund der Zusammensetzung seines Verkaufsportfolios überwiegend im Marktsegment unbebaute Grundstücke/Entwicklungsgrundstücke aktiv. Mit einem Verkaufsvolumen von 71,5 Mio. € (Vj. 109 Mio. €) konnte die LFB

Anlage 4

KG auch 2014 ein gutes Ergebnis erzielen. Dieses Ergebnis wurde mit 286 (Vj. 324) Kaufverträgen erzielt.

Unter Berücksichtigung der Bestückungsflächen (3.399 ha), den Rückgaben und Herauslösungen (272 ha) und den Verkäufen (1.452 ha) verfügte die Gesellschaft über einen Grundstücksbestand von 1.676 ha zum Ende des Berichtszeitraums. Das entsprach einer Vermarktungsquote mit eingetretenem Nutzen-Lasten-Wechsel von 43 % des bereinigten Flächenbestandes. Zum Jahresende 2014 wurden durch optimierte Zusammenlegung von Grundstücken 4.077 (Vj. 4.132) Immobilien von unterschiedlichster Nutzungsart und Qualität aus allen Bezirken einschließlich Umland verwaltet.

4.1. Vermarktung

Im Bestand der LFB KG / Treuhandvermögen (LFB THV) befinden sich nicht die klassischen Renditeobjekte in 1-a-Lagen. Das Portfolio umfasst Flächen und Immobilien aus dem nicht betriebsnotwendigen Vermögen des Landes Berlin bzw. solche Immobilien, die sich als unwirtschaftlich erwiesen haben. Bebaute Objekte sind dementsprechend in der Regel in keinem guten Zustand, wenn sie in das LFB THV übertragen werden. Die Gesellschaft investiert selbst nicht in diese Objekte.

Bezirke / Umland	Kaufpreise in			% Anteil Volumen	Anzahl Verträge	% Anteil Vertrag
	Fläche	€	KP €/m ²			
Charlottenburg-Wilmersdorf	28.114 m ²	5.190.200 T€	185 €/m ²	7%	11 Stck	4%
Friedrichshain-Kreuzberg	2.505 m ²	2.650.000 T€	1.058 €/m ²	4%	2 Stck	1%
Lichtenberg	70.649 m ²	4.861.719 T€	69 €/m ²	7%	32 Stck	11%
Marzahn-Hellersdorf	78.520 m ²	8.462.455 T€	108 €/m ²	12%	48 Stck	17%
Mitte	12.592 m ²	5.710.130 T€	453 €/m ²	8%	8 Stck	3%
Neukölln	1.830 m ²	238.060 T€	130 €/m ²	0%	6 Stck	2%
Pankow	50.341 m ²	4.405.508 T€	88 €/m ²	6%	67 Stck	23%
Reinickendorf	23.622 m ²	3.705.472 T€	157 €/m ²	5%	8 Stck	3%
Spandau	214.492 m ²	9.712.313 T€	45 €/m ²	14%	17 Stck	6%
Steglitz-Zehlendorf	58.976 m ²	15.086.950 T€	256 €/m ²	21%	18 Stck	6%
Tempelhof-Schöneberg	15.512 m ²	2.166.200 T€	140 €/m ²	3%	4 Stck	1%
Treptow-Köpenick	85.310 m ²	8.996.024 T€	105 €/m ²	13%	49 Stck	17%
Umland	229.775 m ²	351.610 T€	2 €/m ²	0%	16 Stck	6%
THV I in 2014	872.238 m²	71.536.642 T€	82 €/m²	100%	286 Stck	100%

Die werthaltigsten Verkäufe waren der Kladower Damm mit 7,04 Mio. €, die Johannesstr. mit 5,24 Mio. € und die Potsdamer Chaussee mit 4,65 Mio. €.

Es sind 13 Liegenschaften im Zuge eines Einbringungsvertrages in eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft übertragen worden. Der Verkehrswert dieser Liegenschaften beläuft sich auf 17,8 Mio. €.

Hinsichtlich der Umsätze fokussieren sich die Verkäufe deutlich auf die Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Marzahn, Spandau und Treptow/Köpenick. Weitere umsatzstarke Geschäfte wurden auch in den nachgefragten Lagen in Pankow und Marzahn-Hellersdorf getätigt.

Der durchschnittliche Beurkundungswert lag bei 250 T€ (Vj. 344 T€). Das Verkaufsvolumen von nur 10 Beurkundungsverträgen betrug 32,9 Mio. € / 46%. Das Massengeschäft mit 276 Verträgen (96,5 % der Verträge) konnte mit einem Beurkundungsvolumen von 38,6 Mio. € (54 %) beziffert werden. Die durchschnittlichen Grundstückspreise haben sich in der Berichtsperiode im Vergleich zum Vorjahr (Vj. 147 €/m²) auf 82 € / m² reduziert.

Die Umsatzerlöse aus dem Vermarktungsbereich, die durch Zahlung und Nutzen-Lasten-Wechsel von Immobilien in 2014 wirksam geworden sind, betragen 86,0 Mio. € (Vj. 118,8 Mio. €).

Für die in 2014 geschlossenen Kaufverträge wurden bereits innerhalb des Berichtszeitraumes 39 Mio. € an die LFB KG überwiesen.

Das entsprach einer Zahlungsquote von 55 % (Vj. 57 %). Die Aufwendungen für die Vermarktung (Gutachterkosten, Gebühren, Entschädigungsfonds, Kostenerstattungen an Käufer etc.) beliefen sich auf 2,95 Mio. € (Vj. 4 Mio. €). Hierin sind Altlastenerstattungen in Höhe von 1,3 Mio. € enthalten, die vertraglich geregelt waren.

4.2. Verwaltung des Treuhandvermögens

Organisatorische Änderungen

In 2014 gab es eine organisatorische Änderung im Bereich Verwaltung der Erbbaurechte. Die Aufgabe der Verwaltung der Erbbaurechte ist im Jahr 2014 von dem Bereich Bewirtschaftung in den Bereich Recht gewechselt. Die zuständigen Mitarbeiter sind ebenfalls ins Team Recht versetzt worden.

Übertragung von Nachbestückungen (Anzahl/Qualität)/ Herauslösungen

Im Jahr 2014 erfolgte keine Übertragung weiterer Grundstücke des Landes Berlin auf die LFB KG. Es gab dafür zwei Übertragungsurkunden für Grundstücke des Landes Berlin auf die LFB GmbH & Co. KG. Insgesamt beinhalten diese Verträge 128 Bestückungsobjekte mit einer Fläche von ca. 111.000 m².

Wirtschaftliche Rahmendaten der Objektbewirtschaftung

Zum Jahresende waren 4.070 (Vj. 4.132) Immobilien im Bewirtschaftungsbestand. Davon waren allein 1.244 Erbbaurechtsgrundstücke, die mit einem Erbbauzinsvolumen in Höhe von 21,1 Mio. € ohne Wertberichtigungen am Gesamtumsatz der Bewirtschaftung mit 48,5 % beteiligt sind. Mit den 345 Gewerbestücken wurden Erträge vor Einzelwertberichtigung von 13 Mio. € erwirtschaftet.

Insgesamt wurden ca. 27,3 Mio. € Betriebskosten aufgewendet. Die größten Positionen waren Wasser-, Heiz- und Stromkosten mit 4.750 T€, Grundsteuer mit 2.727 T€, Straßenreinigung / Winterdienst 1.977 T€, Versicherungen 892 T€ und Hauswartsdienstleistungen mit 489 T€.

Für die Instandhaltung der Immobilien wurden 3.560 T€ € aufgewendet.

Anlage 4

Das Thema Cashfresser stand auch in 2014 weiterhin im Focus der Verwaltung des Treuhandvermögens. Zum Ende der Berichtsperiode befanden sich ca. 1.377 Objekte, sogenannte Cashfresser, im Bestand. Sie hatten einen Deckungsbeitrag von mindestens < -1 €. Der negative Deckungsbeitrag der Cash Fresser betrug im Berichtszeitraum insgesamt 7,2 Mio. €.

Ein weiterer Weg zur Reduzierung von Cashfressern war und ist das aktive Vermietungsmanagement.

Nutzungsart	Verträge Gesamt- anzahl 2013	Verträge Gesamt- anzahl 2014		Mietzins für max. 1 Jahr 2013	Mietzins für max. 1 Jahr 2014
Wohnen	19	8		59.804 €	24.317 €
Gewerbe	78	42		797.580 €	468.648 €
Erholung	84	87		89.266 €	103.238 €
Lager	1	4		630 €	6.124 €
Freifläche	169	121		423.855 €	450.074 €
Sonstiges	3	17		103.524 €	32.900 €
Vermietung zu BK	1	0		0 €	0 €
Gesamt	355	279	-21%	1.474.658 €	1.085.301 €
Garage	79	89		38.935 €	43.302 €
Stellplatz	19	29		6.740 €	8.067 €
Gesamt	453	397	-12%	1.520.333 €	1.136.669 €

Im Jahr 2014 konnten 397 neue Mietverträge abgeschlossen werden. Die neuen Mietverträge erwirtschafteten eine Kaltmiete 2014 von 560 T€.

II. Vermögens- und Ertragslage

1. Ergebnisentwicklung

Seit Bestehen der LFB KG konnten insgesamt 2.700 Mio. € nach HGB als Erlöse aus dem Treuhandvermögen verzeichnet werden. Die Rendite betrug durchschnittlich 85 %, und unter Berücksichtigung der Kostenerstattung für den Geschäftsbetrieb der LFB KG wurden bis zum Jahresende 2014 insgesamt 2.135 Mio. € aus dem Treuhandvermögen an das Land Berlin und an die Bezirke überwiesen.

	2001- 2013	2014	Gesamt
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
UmsätzeBewirtschaftung	686	46	732
Umsätze Vermarktung	1.882	86	1.968
Gesamtumsätze	2.568	132	2.700
Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	2.205	100	2.305
Umsatzrendite	86 %	76 %	85 %
Abführung Land Berlin	2.051	84	2.135

834

Unter Berücksichtigung aller Verwaltungs- und Vermarktungsaktivitäten der landeseigenen Immobilien konnte ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 100,1 Mio. € (Vj. 133,9 Mio. €) in 2014 erzielt werden. Das Gesamtergebnis für das Treuhandvermögen der LFB KG wies nach Erlösabführungen an das Land Berlin in Höhe von 83,4 Mio. € einen Jahresüberschuss von 16,7 Mio. € aus.

Risiken, die die Gesellschaft im Berichtszeitraum 2014 gefährdet hätten, sind nicht eingegangen worden und auch nicht aufgetreten.

Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach.

2. Bilanzentwicklung

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtsjahr um 15,7 Mio. € auf 50,9 Mio. € (Vj. 35,2 Mio. €). Die Bilanzstruktur zeigte eine Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von 2,6 Mio. € auf 11,3 Mio. Die Forderungen gegen THV II betreffen die Umbuchungen zum Ankauf und zur Bewirtschaftung des Erbbaurechtsvertrages Spreepark.

Anlage 4

Der Bankenbestand erhöhte sich auf 39,6 Mio. €, der durch die getätigte Erlösabführung an das Land Berlin im Januar 2014 mit 11,6 Mio. € abgebaut wurde.

Die Position der noch nicht ausgekehrten Gewinne erhöhte sich um 16,7 Mio. € auf 47,8 Mio. €. Gleichzeitig konnten die sonstigen Rückstellungen 2014 in der Berichtsperiode um 0,1 Mio. € auf 0,3 Mio. € gesenkt werden. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich um 0,7 Mio. € auf 2,7 Mio. € an. Es handelt sich hier insbesondere um den noch nicht ausgekehrten Aufwendungsersatz für den Geschäftsbetrieb.

3. Finanzlage

Die Einnahmen aus den Geschäftszweigen Vermarktung und Bewirtschaftung sind, unter Abzug der für die Ausübung der Aufgaben angefallenen Kosten, in voller Höhe an das Land Berlin abzuführen.

Die unterjährige Liquidität generiert die Gesellschaft aus den Einnahmen der Bewirtschaftung.

Die Gesellschaft erhält für Ihre Tätigkeit keine Vergütung. Die ist verpflichtet, alles was sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit erhält, an das Land Berlin abzuführen. Die Gesellschaft hat aber gleichzeitig einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die ihr im Rahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung des Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrages entstehen.

II. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Geschäftsvorgänge eingetreten, die zu einer abweichenden Beurteilung führen würden.

Am 25.02.2015 wurde ein Kaufvertrag zwischen den LFB Gesellschaften Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG und der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung der Gesellschaften geschlossen. Hierzu verweisen wir auf Punkt V.

III. Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB-Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Hierzu wurden alle wesentlichen Unternehmensaktivitäten einer Risikoanalyse unterzogen. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und

methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, plant die Gesellschaft zudem, ein Risiko-Früherkennungssystem einzuführen. Das bereits praktizierte Risikomanagement soll infolge der Zusammenführung der LFB-Geschäftsbetriebe mit der BIM GmbH künftig systemunterstützt durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Liegenschaftsfonds Gruppe sind neben den allgemeinen wirtschaftlichen Risiken auch mit Immobilienrisiken als auch regionalen Risiken verbunden.

Ein Risiko besteht im Forderungsausfall der Bewirtschaftungseinnahmen. Aus den Einnahmen der Bewirtschaftung wird der gesamte Geschäftsbetrieb mit Liquidität versorgt. Das Forderungsausfallrisiko wird durch ein bestehendes Forderungsmanagement vermindert.

Für die geplanten Beurkundungsvolumen ist die Preisbildung auf dem Immobilienmarkt ein Risiko. Die erzielten Kaufpreise werden dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und haben damit essentielle Bedeutung für das Land Berlin.

Ein Kreditzinsrisiko besteht nicht. Die Gesellschaft ist nicht Fremdkapital finanziert.

IV. Voraussichtliche Entwicklung

Unabhängig von einer Zusammenführung von BIM und LFB kann die bisherige Struktur des LFB nicht mehr aufrecht erhalten werden, da der LFB im Zuge der Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik neue Aufgaben übernehmen soll (Clusterung, Portfolioanalyse, Konzeptverfahren). Insofern ist eine Trennung des operativen Geschäfts (einschließlich der Beschäftigten) von den treuhänderisch gehaltenen Liegenschaften erforderlich. Zur Lösung der o. g. Ausgangssituation haben die BIM und der LFB Umsetzungsmöglichkeiten, Variante 1 das sog. „Fusionsmodell“ (Zusammenführung der Geschäftsbereiche und -tätigkeiten der BIM und des LFB) und Variante 2 das sog. „Holdingmodell“, durch Steuerberater und Rechtsanwälte erarbeiten und bewerten lassen.

Nach intensiver Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik stellt sich die Zusammenführung des Personals der beiden Gesellschaften als geeignetstes Instrument für die Umsetzung dar. Eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung erfolgt zunächst nicht.

In einem ersten Schritt werden die Geschäftsbereiche des LFB rechtsgeschäftlich auf die BIM übertragen. In Folge dessen gehen die Beschäftigten des LFB im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die BIM über. Die Gesellschaften werden damit kein eigenes Personal führen. In einem zweiten Schritt wird das zusammengeführte Unternehmen, hier „BIM/LFB-neu“, neu strukturiert.

Anlage 4

In der „BIM/LFB-neu“ ist somit das gesamte operative Geschäft von BIM und Liegenschaftsfonds inkl. Personal konzentriert. Sie fungiert als Geschäftsbesorgerin für die operativen Geschäfte der KG's, die ihrerseits kein eigenes Personal haben und lediglich die Treuhandvermögen I und II führen.

Die Zusammenführung der operativen Geschäfte und des Personals bewirkt eine Straffung bei der Umsetzung der Berliner Liegenschaftspolitik. Eine gemeinsame Geschäftsführung ermöglicht zudem eine effektive Zusammenführung der bisherigen Aufgaben Berlins. Synergieeffekte werden durch die Zusammenlegung von Back-office-Bereichen gehoben. Bereiche mit vergleichbarem Aufgabenspektrum werden in gemeinsamen Bereichen zusammengeführt; Bereiche, die heute schon Alleinstellungsmerkmale aufweisen, bleiben bestehen. Innerhalb der „BIM/LFB-neu“ kann auf aktuelle Entwicklungen durch eine höhere Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes und der Aufgabenverteilung reagiert werden. Letztendlich werden die personellen Kompetenzen von zwei erfolgreichen Unternehmen in der Erwartung gebündelt, die künftigen Anforderungen der Berliner Liegenschaftspolitik nachhaltig und auf hohem professionellem Niveau umzusetzen.

Der Aufsichtsrat des LFB hat in seiner Sitzung am 13.02.2015 dem geschilderten Vorgang und dem Kaufvertrag zwischen LFB und BIM zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung mit Wirkung zum 01.03.2015 beider Gesellschaften zugestimmt. Der Kaufvertrag ist am 25.02.2015 notariell beurkundet worden. Den Mitarbeitern des LFB ist das Übergangsschreiben nach 613 a BGB am 19.02.2015 übergeben worden.

Im Dezember 2014 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2015 bis 2019 und der Wirtschaftsplan 2015 durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Für das Jahr 2015 sind in der Planung Verkäufe aus dem Treuhandvermögen I von 40 Mio. € geplant. Es werden Bewirtschaftungserträge von 35,5 Mio. € prognostiziert. Die Kosten des Geschäftsbetriebes werden mit 11,7 Mio. € veranschlagt.

Das mittelfristige Verkaufsvolumen für as THV I kann nicht belastbar geplant werden. Die dargestellten Beurkundungsvolumen stehen in den Jahren 2015 bis 2019 unter dem Vorbehalt der Portfolioclusterung und können sich möglicherweise mit der Umsetzung der transparenten Liegenschaftspolitik ändern. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren Gesichtspunkten geplant.

Berlin, den 25.03.2015

Liegenschaftsfonds Berlin
GmbH & Co. KG

vertreten durch die

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH


Birgit Möhring

**Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG**

Lagebericht

**Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG**

für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsverlauf 2014

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Der Zweck der Gesellschaft weist folgende Berechtigungen auf:

- a) von Grundstücksgeschäften des Landes Berlin mit der Deutschen Bahn, der Bundesrepublik Deutschland, bundesunmittelbaren, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und ausländischen Staaten,
- b) der Treugeberfunktion Berlins in städtebaulichen Entwicklungsgebieten im Bereich des An- und Verkaufs von Grundstücken,
- c) der Abwicklung von Grundstücksgeschäften für das Land Berlin,
- d) der Erteilung von Zustimmungen und Genehmigungen zu Grundstücksverträgen,
- e) von Grundstücken des Landes Berlin, der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und ausnahmsweise von Dritten, soweit dies zum Zwecke der Entwicklung (Arrondierung) anderer Grundstücke erforderlich ist, und deren Verwaltung,
- f) der Verwaltung, der Entwicklung und ggf. der Baureifmachung von Grundstücken des Landes Berlin einschließlich der erforderlichen, wirtschaftlich sinnvollen Parzellierung mit dem Ziel, die von ihr entwickelten Grundstücke an Dritte zu veräußern und
- g) der Verwertung der Grundstücke.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hatte die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co.KG (LFB Projekt KG) mit Beschluss vom 11. November 2004 ermächtigt, Grundstücke im unmittelbaren Zusammenhang mit einem belastbaren Investoreninteresse einzelner Investoren durch geeignete Maßnahmen zu qualifizieren. Ziel der Grundstücksqualifizierung ist es, Grundstücke, die wegen nicht vorhandenen Planungsrechts oder ihrer Standortspezifika nicht oder nur eingeschränkt veräußerbar sind, vermarktbar zu machen. Zur Umsetzung des Abgeordnetenhausbeschlusses wurde in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen am 19.12.2007 aus steuerrechtlichen Gründen ein Treuhandvermögen bei der LFB Projekt KG gebildet.

2. Politische Rahmenbedingungen

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Juni 2010 wurde der Senat aufgefordert, im Ergebnis der seit 2008 geführten Diskussion die Liegenschaftspolitik des Landes Berlin weiter zu profilieren. Im Zentrum der neuen Liegenschaftspolitik des Landes Berlin soll eine Abkehr von der überwiegenden Vermarktungsabsicht unter Höchstgebotsaspekten stehen. Der Senat von Berlin strebt zukünftig die Verwertung der landeseigenen Grundstücke primär unter Berücksichtigung von wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischen Zielen an. Dadurch soll eine nachhaltige und langfristig-strategische Wertschöpfung für das Land Berlin erzielt werden.

Am 24. Oktober 2013 beschloss das Abgeordnetenhaus eine neue Ausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik, nach der die Liegenschaften des Lan-

des Berlin in vier Kategorien nach fachlichen Kriterien geclustert werden sollen. Dementsprechend wurde auch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung vorgenommen.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschlandweit als auch regional unterschiedlich, konnte der Immobilienmarkt mit positiven Zahlen glänzen. Nachdem sich gegen Ende des Jahres die Konjunkturdaten in der Eurozone etwas aufgehellt haben, ist auch die Zuversicht zurückgekehrt. In Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 43 Millionen auf Rekordniveau liegen.

Die Marktsituation konnte auf Grund des heterogenen Bestandes des Liegenschaftsfonds nicht als Konkurrenzsituation bezeichnet werden. Vielmehr unterlag das Handeln mehr denn je der politischen Stimmung des Landes. Auf Grund der hierbei gemachten Vorgaben und Entscheidungswege sowie Gremienbefassungen war der Handlungsspielraum in einem der nachgefragtesten Segmente dem Wohnungsbau auf dem Drittmarkt sehr eingeschränkt, was – bezogen auf das Vorjahr 2013 - zu einem Rückgang der Verkaufsfälle als auch des Umsatzzahlen geführt hat.

Im Bereich des Geschosswohnungsbaus hingegen erfolgte in 2014 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Grundstücken. Immerhin 23 % des Beurkundungsvolumens wurde mit den Wohnungsbaugesellschaften abgewickelt.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Insgesamt verfügt die Gesellschaft über sieben aktive Geschäftsbesorgungsverträge, die die Verkäufe von Grundstücken zur Aufgabe haben, zuzüglich der Verwaltung von Teileigentum.

Die Kompetenz der LFB – Gruppe, sachgerechte Lösungen zu finden, ist auf dem Immobilienmarkt stark nachgefragt. So agiert die LFB Projekt KG seit 2007 nicht nur direkt im Auftrag des Landes Berlin, sondern konnte auch verschiedene andere landeseigene Unternehmen von seiner Leistungsfähigkeit überzeugen. Prominente Verkaufsaufträge der Stiftung Oper Berlin, der Berliner Großmarkt GmbH, der Berliner Immobilienmanagement GmbH oder der Charité – Universitätsmedizin Berlin stehen exemplarisch für die Arbeit der Gesellschaft.

Die laufenden Tätigkeiten der Gesellschaft wurden von Mitarbeitern der LFB KG in Personalunion bewältigt. Die anteiligen Personal- und Sachkosten wurden zwischen den Gesellschaften gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag in Rechnung gestellt.

Im Berichtszeitraum konnte in den diversen Geschäftsbesorgungsverträgen 8 (VJ. 7) Kaufverträge mit einem Beurkundungsvolumen von 4,29 Mio. € (Vj. 8,23 Mio. €) geschlossen werden. Der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem größten Beurkundungsvolumen war der Vertrag mit der Berliner Großmarkt

GmbH. Das Jahresbeurkundungsvolumen für diesen Vertrag beläuft sich auf 2,4 Mio. € bei einem Abschluss von 1 Kaufvertrag.

Seit 2007 werden laufend im Rahmen der Geschäftsbesorgung Nachlassobjekte, die aufgrund von Testamenten oder Fiskalerbschaft in das Vermögen des Landes Berlin gekommen sind, an die LFB Projekt KG übertragen. Es handelt sich dabei sowohl um Volleigentum als auch um Nachlassanteile. Die LFB Projekt KG übernahm damit ausschließlich Aufgaben im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung und Vermarktung von Grundstücken. Sämtliche Nachlassaufgaben, wie z.B. Erbenermittlung, Erbauseinandersetzung etc. verblieben eindeutig bei der Senatsverwaltung für Finanzen. Die LFB Projekt KG beauftragte mit der Verwaltung dieser Nachlassobjekte einen Dienstleister, der insbesondere die notleidenden Immobilien direkt mit dem Land Berlin abrechnet. In 2014 konnten 5 Erbschaftsgrundstücke, die sich im Vermarktungsprozess befanden, in Höhe von 168 T€ (Vj. 131 T€) erfolgreich verkauft werden. Die Abrechnung zwischen den Erben erfolgt durch die verwaltende Dienststelle beim Land Berlin, dem Erbschaftsreferat.

In der Verwaltung des Teileigentums befanden sich in der Berichtsperiode 26 Objekte, die ordnungsgemäß verwaltet und zwischen dem THV I der LFB KG und den privaten Eigentümern abgerechnet wurden.

II. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Geschäftsvorgänge eingetreten, die zu einer abweichenden Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würden.

Am 25.02.2105 wurde ein Kaufvertrag zwischen den LFB Gesellschaften Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG im der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung der Gesellschaften geschlossen. Hierzu verweisen wir auf den Punkt VII. voraussichtliche Entwicklung.

III. Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB- Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Hierzu wurden alle wesentlichen Unternehmensaktivitäten einer Risikoanalyse unterzogen.. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management die erforderlichen Ver-

Anlage 4

änderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, plant die Gesellschaft zudem, ein Risiko-Früherkennungssystem einzuführen. Das bereits praktizierte Risikomanagement soll infolge der Zusammenführung der LFB-Geschäftsbetriebe mit der BIM GmbH künftig systemunterstützt durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Liegenschaftsfonds Gruppe sind neben den allgemeinen wirtschaftlichen Risiken auch mit Immobilienrisiken als auch regionalen Risiken verbunden.

Für die geplanten Beurkundungsvolumen ist die Preisbildung auf dem Immobilienmarkt ein Risiko. Die erzielten Kaufpreise werden dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und haben damit essentielle Bedeutung für das Land Berlin.

Ein Kreditzinsrisiko besteht nicht. Die Gesellschaft ist nicht Fremdkapital finanziert.

Zum heutigen Zeitpunkt zeichnen sich für die Gesellschaft keine bestandsgefährdenden Risiken ab. Den Fortbestand sieht die LFB Projekt KG weder unter Substanz- noch unter Liquiditätsaspekten gefährdet, denn durch erfolgreiche Vermarktung von diversen Grundstücken im Rahmen der geschlossenen Geschäftsbesorgungsverträge und durch die Ausgliederung der zu qualifizierenden Grundstücke in ein Treuhandvermögen ist es gelungen, für genügend Liquidität zu sorgen. Auch auf absehbare Zeit sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

IV. Vermögens- und Ertragslage

Die Umsatzerlöse ermitteln sich im Berichtsjahr ausschließlich aus der Immobilienverwaltung des Teileigentums in Höhe von 25 T€ (Vj. 35 T€) und den Vermarktungsprovisionen in Höhe von 67 T€ (Vj. 87 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge, in denen überwiegend Weiterberechnungen von Aufwendungen und Personalkosten aus Geschäftsbesorgungen sowie der Kostenerstattungsanspruch aus dem Treuhandvermögen der LFB Projekt KG enthalten sind, erhöhte sich auf 552 T€ (Vj. 366 T€). Die bezogenen Leistungen/ Bewirtschaftungskosten beliefen sich auf 295 T€ (Vj. 108 T€). Die Personalkosten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr auf 197 T€ (Vj. 177 T€). Der sonstige betriebliche Aufwand beträgt 156 T€ (Vj. 167 T€). Das Jahresergebnis reduzierte sich auf - 7 T€ (Vj. 32 T€).

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 1.664 T€ (Vj. 1.648 T€). Gemäß Gesellschaftsvertrag ist der erzielte Gewinn nicht als Eigenkapital, sondern auf ei-

nem Verrechnungskonto des Gesellschafters auszuweisen, so dass der Jahresüberschuss saldiert mit den Gewinn- und Verlustvorträgen der Vorjahre als Verbindlichkeit gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 1.143 T€ erfasst wurde.

Das ermittelte Umlaufvermögen ohne Ausgleichsposten des Treuhandvermögens II belief sich auf 1.443 T€ und erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 87 T€.

Das eingezahlte Eigenkapital in Höhe von 100 T€ blieb unverändert. Das Verbindlichkeitskonto gegenüber Gesellschaftern wies zum Jahresende einen Saldo in Höhe von 1.143 T€ (Vj. 1.127 T€) aus.

Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach.

V. Risikomanagement

Das Risiko-Management ist integraler Bestandteil der Unternehmensführung der LFB Gesellschaften. Es gilt, die im Rahmen der Geschäftstätigkeit eingegangenen Risiken zu erkennen und wirksam zu steuern. Wesentliche Erfolgsfaktoren hierfür sind die enge, frühzeitige Verzahnung aller Unternehmensbereiche sowie die erforderlichen Abstimmungen.

Die Analyse der Risiken mit deren möglichen Schadenshöhen sowie der Auswirkungen werden regelmäßig auf deren Cash-Flow beurteilt und fließen in die gesamte Unternehmensplanung mit ein. Durch geeignete, regelmäßige Berichterstattungen waren die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat jederzeit in der Lage, sich über Risiken, Maßnahmen und Auswirkungen ein Bild zu verschaffen und diese entsprechend zu steuern.

VI. Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich durch Abrechnung diverser Geschäftsbesorgungsverträgen mit ebenfalls landeseigenen Gesellschaften. Durch diese Konstellation ist ein Ausfall der Forderungen nicht zu befürchten. Die Gesellschaft ist auch für das Treuhandvermögen II tätig. Für das Treuhandvermögen II gibt es einen Kostenerstattungsanspruch gegenüber dem Land Berlin.

VII. Voraussichtliche Entwicklung

Unabhängig von einer Zusammenführung von BIM und LFB kann die bisherige Struktur des LFB nicht mehr aufrecht erhalten werden, da der LFB im Zuge der Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik neue Aufgaben übernehmen soll (Clusterung, Portfolioanalyse, Konzeptverfahren). Insofern ist eine Trennung des operativen Geschäfts (einschließlich der Beschäftigten) von den treuhänderisch gehaltenen Liegenschaften erforderlich. Zur Lösung der o.g. Ausgangssituation haben die BIM und der LFB Umsetzungsmöglichkeiten, Variante 1 das sog. „Fusionsmodell“ (Zusammenführung der Geschäftsbereiche und -tätigkeiten der BIM und des LFB) und Variante 2

Anlage 4

das sog. „Holdingmodell“, durch Steuerberater und Rechtsanwälte erarbeiten und bewerten lassen.

Nach intensiver Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik stellt sich die Zusammenführung des Personals der beiden Gesellschaften als geeignetstes Instrument für die Umsetzung dar. Eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung erfolgt zunächst nicht.

In einem ersten Schritt werden die Geschäftsbereiche des LFB rechtsgeschäftlich auf die BIM übertragen. In Folge dessen gehen die Beschäftigten des LFB im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die BIM über. Die Gesellschaften werden damit kein eigenes Personal führen. In einem zweiten Schritt wird das zusammengeführte Unternehmen, hier „BIM/LFB-neu“, neu strukturiert.

In der „BIM/LFB-neu“ ist somit das gesamte operative Geschäft von BIM und Liegenschaftsfonds inkl. Personal konzentriert. Sie fungiert als Geschäftsbesorgerin für die operativen Geschäfte der KG's, die ihrerseits kein eigenes Personal haben und lediglich die Treuhandvermögen I und II führen.

Die Zusammenführung der operativen Geschäfte und des Personals bewirkt eine Straffung bei der Umsetzung der Berliner Liegenschaftspolitik. Eine gemeinsame Geschäftsführung ermöglicht zudem eine effektive Zusammenführung der bisherigen Aufgaben Berlins. Synergieeffekte werden durch die Zusammenlegung von Back-office-Bereichen gehoben. Bereiche mit vergleichbarem Aufgabenspektrum werden in gemeinsamen Bereichen zusammengeführt; Bereiche, die heute schon Alleinstellungsmerkmale aufweisen, bleiben bestehen. Innerhalb der „BIM/LFB-neu“ kann auf aktuelle Entwicklungen durch eine höhere Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes und der Aufgabenverteilung reagiert werden. Letztendlich werden die personellen Kompetenzen von zwei erfolgreichen Unternehmen in der Erwartung gebündelt, die künftigen Anforderungen der Berliner Liegenschaftspolitik nachhaltig und auf hohem professionellem Niveau umzusetzen.

Der Aufsichtsrat des LFB hat in seiner Sitzung am 13.02.2015 dem geschilderten Vorgang und dem Kaufvertrag zwischen LFB und BIM zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung mit Wirkung zum 01.03.2015 beider Gesellschaften zugestimmt. Der Kaufvertrag ist am 25.02.2015 notariell beurkundet worden. Den Mitarbeitern des LFB ist das Übergangsschreiben nach 613 a BGB am 19.02.2015 übergeben worden.

Im Dezember 2014 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2015 bis 2019 und der Wirtschaftsplan 2015 durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Für das Jahr 2015 sind in der Planung Verkäufe von insgesamt 42 Mio. € geplant. Es werden Bewirtschaftungserträge von 35,5 Mio. € prognostiziert. Die Kosten des Geschäftsbetriebes werden mit 11,7 Mio. € veranschlagt.

Das mittelfristige Verkaufsvolumen kann nicht belastbar geplant werden. Die dargestellten Beurkundungsvolumen stehen in den Jahren 2015 bis 2019 unter dem Vorbehalt der Portfolioclusterung und können sich möglicherweise mit der Umsetzung der transparenten Liegenschaftspolitik ändern. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren Gesichtspunkten geplant.

Aus dem Wirtschaftsplan 2015, bei dessen Aufstellung die Zusammenführung mit der BIM nicht berücksichtigt ist, ist zu entnehmen, dass zukünftig mit einem positiven Ergebnis durch die Geschäftsbesorgungen gerechnet wird. Die Planung für das Jahr 2015 enthält ein Beurkundungsvolumen von 2 Mio. € aus den Geschäftsbesorgungsverträgen. Für die 3 Mitarbeiter sind Personalgesamtkosten von 180 T€ geplant.

Berlin, 25.03.2015

Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG

vertreten durch die Komplementärin

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

Birgit Möhring

Lagebericht

**Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin**

Treuhandvermögen II

für das Geschäftsjahr 2014

I. Geschäftsverlauf 2014

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Liegenschaftsfonds wurde für die Umsetzung der vertraglich geregelten Qualifizierungsmaßnahmen an landeseigenen Grundstücken in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen aus steuerrechtlichen Gründen ein Treuhandvermögen bei der LFB Projekt KG gebildet.

Die Befugnisse für das Treuhandvermögen der LFB Projekt KG sind gemäß Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrag auf folgende Maßnahmen u. a. begrenzt:

- Erarbeitung von Standort- und Umweltanalysen,
- Feststellung von planungsrechtlichen Verfahrensständen zu einzelnen Standorten,
- Erarbeitung von Qualifizierungskonzepten,
- Herausarbeitung von städtebaulichen und funktionell sinnvollen Baufeldern und Realisierungsschritten,
- Einholung von Gutachten z. B. zur Altlastensituation, Emissionen/Immissionen zur denkmalpflegerischen Bestandsaufnahme etc.,
- Dienstleistungen bzw. Mitwirkungshandlungen im direkten Zusammenhang mit den gesetzlichen B-Plan-Verfahren, im Bereich der nicht hoheitlichen Aufgaben im Planungsprozess mit dem Ziel, Planreife zum jeweiligen Standort zu erreichen,
- alle Zuarbeiten und Mitwirkungshandlungen im B-Plan-Verfahren in enger Abstimmung mit den zuständigen Planungsbehörden,
- Verwaltung und Vermarktung der Qualifizierungsgrundstücke.

Ausgenommen sind nachfolgende Aktivitäten:

- Sanierungs- und Erschließungsmaßnahmen
- Hoch- und Tiefbaumaßnahmen,
- Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an vorhandenen Gebäuden,
- Rückbaumaßnahmen an den Standorten,
- Durchführung von Altlastenentsorgung.

Für die Verwaltung, Qualifizierung und Vermarktung des Treuhandvermögens der LFB Projekt KG erhält die Gesellschaft keine Vergütung. Sie ist verpflichtet, alles, was sie in Ausführung des Vertrages erhält, an das Land Berlin abzuführen. Ferner hat sie Anspruch auf Erstattung der Aufwendungen, die ihr in ordnungsgemäßer Erfüllung des Vertrages entstehen.

Erträge aus der Grundstücksvermarktung werden nach dem vom Land Berlin vorgegebenen Aufteilungsschlüssel unter Berücksichtigung des Aufwendersatzanspruches der LFB Projekt KG unterjährig als A-Konto-Zahlung an das Land Berlin überwiesen.

2. Politische Rahmenbedingungen

Brachliegende Immobilien als Werte überhaupt nutzbar zu machen, geschieht bei der LFB Projekt KG durch Qualifizierung „auf dem Papier“. Die Immobilie selbst wird dabei in keiner Weise verändert. Qualifizierung heißt hier vielmehr, zum Beispiel in Gutachten verschiedenster Art zu investieren oder den Bezirk dabei zu unterstützen, belastbares Planungsrecht zu schaffen. Von dieser Qualifizierungstätigkeit profitieren alle Beteiligten. Stadtentwicklungspolitische Ziele und Nutzungsvorgaben des Landes bzw. des betreffenden Bezirkes werden berücksichtigt und der Investor erhält belastbare Aussagen zu den Rahmenbedingungen der Nutzung.

Ziel der Grundstücksqualifizierung ist es, Grundstücke, die wegen nicht vorhandenen Planungsrechts oder ihrer Standortspezifika nicht oder nur eingeschränkt veräußerbar sind, vermarktbar zu machen. Hierfür übernimmt die LFB Projekt KG im Rahmen der Grundstücksqualifizierung Tätigkeiten, die bislang von den Bezirksämtern (ggf. SenStadt) selbst oder in deren Auftrag durch Dritte geleistet wurden.

Hierzu zählen z. B. die Ausschreibung/ Beauftragung Dritter zur Vorlage eines Planungsentwurfs als Grundlage für einen B-Plan. Im Rahmen der Unterstützung der hoheitlichen Tätigkeiten des Bezirksamtes durch Beschluss des Bebauungsplanes hat die LFB Projekt KG die öffentliche Unterrichtung der Bürger, die die frühzeitige Bürgerbeteiligung sowie die frühzeitige Behördenbeteiligung vorzubereiten.

Im weiteren Verlauf des Bebauungsverfahrens hat die Gesellschaft einen Planungsentwurf (einschließlich Begründung) zum Bebauungsplan vorzulegen und dessen nach den einschlägigen Gesetzen erforderliche öffentliche Auslegung vorzubereiten. Nach der öffentlichen Auslegung und etwaiger Beschlüsse durch die Bezirksverordnetenversammlung wird die LFB Projekt KG die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren aufbereiten und ggf. den Planungsentwurf überarbeiten. In diesem Zusammenhang obliegen ihr die Vorbereitung der Umweltprüfungen und die Erstellung von Umweltberichten und sie wird an öffentlichen und behördeninternen Diskussionen im Rahmen der gesetzlichen Beteiligungs- und Unterrichtsverfahren teilnehmen. Im Ergebnis soll die Planreife erklärt, der Bebauungsplan beschlossen und dieser durch das Bauamt veröffentlicht werden.

Insgesamt betrachtet, dienen die Tätigkeiten der LFB Projekt KG dazu, den Erlass von Baurecht und damit die Kaufpreisfälligkeit nach dem Verkaufsprozess zu beschleunigen. Die Gesellschaft wird an den Grundstücken keine Hoch- und Tiefbaumaßnahmen oder Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden durchführen bzw. finanzieren noch die Durchführung vorgenannter Maßnahmen beauftragen. Gleichfalls wird sie selbst keine Erschließung der Grundstücke vornehmen bzw. finanzieren. Ferner soll die Tätigkeit der LFB Projekt KG nur im Zusammenhang mit bzw. aufgrund eines bereits bestehenden Markt- oder Investoreninteresses erfolgen. Durch die Tätigkeit der Gesellschaft soll gewährleistet werden, dass durch die von den Investoren angestrebten Nutzungskonzepte eine stadt- und wirtschaftspolitisch gewünschte Entwicklung Berlins verwirklicht wird. Dabei unterliegt die Tätigkeit der Kontrolle des bestehenden Steuerausschusses des Landes Berlin und des Aufsichtsrates.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschlandweit als auch regional unterschiedlich, konnte der Immobilienmarkt mit positiven Zahlen glänzen. Nachdem sich gegen Ende des Jahres die Konjunkturdaten in der Eurozone etwas aufgehellt haben, ist auch die Zuversicht zurückgekehrt. In Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 43 Millionen auf Rekordniveau liegen.

Die Marktsituation konnte auf Grund des heterogenen Bestandes des Liegenschaftsfonds nicht als Konkurrenzsituation bezeichnet werden. Vielmehr unterlag das Handeln mehr denn je der politischen Stimmung des Landes. Auf Grund der hierbei gemachten Vorgaben und Entscheidungswege sowie Gremienbefassungen war der Handlungsspielraum in einem der nachgefragtesten Segmente, dem Wohnungsbau, auf dem Drittmarkt sehr eingeschränkt, was – bezogen auf das Vorjahr 2013 - zu einem Rückgang der Verkaufsfälle als auch des Umsatzzahlen geführt hat.

Im Bereich des Geschosswohnungsbaus hingegen erfolgte in 2014 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften mit Grundstücken. Immerhin 23 % des Beurkundungsvolumens wurde mit den Wohnungsbaugesellschaften abgewickelt.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin blieb weiterhin angespannt, da der Einwohnerzuwachs in die Hauptstadt anhält. Seit 2011 wird ein jährlicher Anstieg von ca. 40.000 Einwohnern registriert. Die Stadtteile innerhalb des S-Bahnringes bleiben weiterhin hoch in der Gunst der Zuziehenden, wenn sie sich das leisten können. Die äußeren Bezirke ziehen die Zuzügler mit Ihren preiswerteren Mieten und einer besseren Verfügbarkeit von Wohnraum an.

Laut Residential City Profile Berlin von JLL stieg der Wohnungsbestand in Berlin seit 2010 um 0,8% oder 15.500 Wohnungen. Ein Vergleich zum Anstieg der Bevölkerung im gleichen Zeitraum um nahezu 150.000 Einwohner verdeutlicht den Nachfrageüberhang im Wohnungsmarkt.

Die Bautätigkeit verteilt sich dabei nicht gleichmäßig über die Stadt, sondern weist einen Schwerpunkt in den Bezirken mit großen Baulandreserven im Osten der Stadt auf. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen unseres Hauses, auch hier liegt die Mehrzahl der verfügbaren Grundstücke in den östlichen Stadtbezirken.

Nach einer Schätzung von JLL werden in den nächsten Jahren mindestens 20.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt, um den Wohnungsmarkt wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Besonders im unteren Preissegment wird es der Markt in den nächsten Jahren nicht schaffen- trotz und auch wegen der Mietpreisbremse – ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

Im Berichtszeitraum konnte kein Kaufvertrag geschlossen werden. Die geplanten Verkäufe weiterer Objekte aus dem Treuhandvermögen II haben sich aufgrund von Problemen bei der Planungserstellung in den Bezirken verschoben. (z. B. Inselstr., Otto-Braunstr.).

Anlage 3

Ein weiterer Schwerpunkt der LFB Projekt KG in 2014 war die umfangreiche Mitwirkung an der Vermarktungsvorbereitung z. B. der Bearbeitung von Bauvoranfragen, die Erarbeitung städtebaulicher Studien und diverser Gutachten.

Bei der Qualifizierung handelt es sich sowohl um Standorte aus dem Portfolio des Treuhandvermögens der LFB KG als auch um Standorte, die für die Bestückung vorgesehen sind. Bei letzterem erfolgt die Qualifizierung für das Land mit der Zielstellung, dass dann auch diese qualifizierten Standorte durch die LFB Projekt KG für das Land vermarktet werden.

Die laufenden Tätigkeiten der Gesellschaft wurden von drei Mitarbeitern bewältigt. Sie nahmen zusätzlich auch Aufgaben für das Treuhandvermögen der LFB KG wahr. Die anteiligen Personal- und Sachkosten wurden zwischen den Gesellschaften gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag in Rechnung gestellt.

5. Übernahme Spreepark

5.1 Erbbaurecht

Das Land Berlin und die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG haben am 03.05.1996 einen Erbbaurechtsvertrag mit Nachträgen vom 03.06.1997 und 26.10.1998 über eine 295.943 m² große Fläche in Berlin Trepow, Plänterwald, geschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31.05.2061. Zu dem Areal gehört die ehemalige Ausflugsgaststätte „Altes Eierhäuschen“.

Das Land Berlin hat das Erbbaugrundstück im Jahr 2001 in das Treuhandvermögen der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG übertragen, die in den Erbbaurechtsvertrag eingetreten ist.

Das Erbbaurecht ist in Abteilung III mit einer Grundschuld zu DEM 20.000.000 nebst Zinsen und Nebenleistung für die Deutsche Bank AG (Sicherung von Darlehensforderungen) sowie mit einer Grundschuld zu DEM 4.200.000 für das Land Berlin (Sicherung des Anspruchs auf Vertragsstrafen) belastet.

5.2 Insolvenzverfahren

Mit Schreiben vom 17.04.2002 hat der damalige Bevollmächtigte der Erbbauberechtigten die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG beantragt. Das Insolvenzverfahren ist mit Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 25.06.2002 eröffnet worden.

Im Insolvenzverfahren war die mit Abstand größte Gläubigerin die Deutsche Bank AG mit grundbuchlich gesicherten Forderungen in Höhe von ca. 11,00 Mio. EUR. Die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG hat gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter versucht, das Erbbaurecht zu verwerten.

Nachdem sämtliche Verwertungsversuche insbesondere wegen der grundbuchlichen Belastung des Erbbaurechts und der Haltung der Deutsche Bank AG, die nicht bereit war auf ihre Forderungen zu verzichten, gescheitert waren, hat der Insolvenzverwalter am 03.07.2008 das Erbbaurecht an die Spree-Park Berlin

Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG freigegeben. Das Insolvenzverfahren ist mit Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 31.08.2011 mangels Masse eingestellt worden.

5.3 Zwangsversteigerung

In der Folge hat das Finanzamt Treptow-Köpenick aus Steuerforderungen gegen die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG die Zwangsversteigerung des Erbbaurechts betrieben. Die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG hat in der Zwangsversteigerung mitgeboten mit dem Ziel, das Erbbaurecht zu erwerben und seine Verfügbarkeit für das Land Berlin zu sichern. Das Verfahren wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Köpenick vom 03.07.2013 einstweilen eingestellt, nachdem das Gebotsvolumen der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG überschritten war. Durch Beschluss des Amtsgerichts Köpenick vom 27.12.2013 wurde die Fortsetzung des Zwangsversteigerungsverfahrens angeordnet, der neue Zwangsversteigerungstermin ist auf den 17.09.2014 anberaumt worden.

5.4 Verhandlungen mit der Deutsche Bank AG und der Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG

Nach der einstweiligen Einstellung des Zwangsversteigerungsverfahrens am 03.07.2013 hat die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG zunächst Kontakt mit der Deutsche Bank AG und sodann mit der Erbbauberechtigten mit derselben Zielstellung wie im Zwangsversteigerungsverfahren aufgenommen.

Vor dem Hintergrund, dass im Falle der Versteigerung des Erbbaurechts auf Antrag des Finanzamts die zugunsten der Deutsche Bank AG im Erbbaugrundbuch eingetragene Grundschuld untergegangen wäre und diese Folge bei Fortsetzung des Versteigerungsverfahrens weiter droht, war die Deutsche Bank AG erstmals zu einem nennenswerten Forderungsverzicht bereit. Die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG war parallel dazu bereit, das Erbbaurecht auf den Liegenschaftsfonds zu übertragen.

5.5 Verträge

Die Verhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Am 06.02./11.02.2014 haben die Deutsche Bank AG und die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG sowie die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG eine Vereinbarung geschlossen, die das Verhältnis zwischen dem Liegenschaftsfonds und der Deutsche Bank AG regelt.

Am 17.02.2014 haben die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG und die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG sowie die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG einen Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag (UR-Nr. C 55/2014 des Notars Dr. Lorenz Claussen, Berlin) geschlossen.

a) Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag

In dem Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag ist geregelt, dass die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG das Erbbaurecht an die - zur Vermeidung von steuerlichen Nachteilen für den Liegenschaftsfonds

Anlage 3

eingeschaltete - Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG gegen einen Kaufpreis in Höhe von 1,95 Mio. € überträgt, die Deutsche Bank AG eine Abtretungserklärung über ihre Grundschuld nebst Eintragungsbewilligung beim beurkundenden Notar hinterlegt und den Kaufpreis unmittelbar von der Käuferin erhält.

Als weitere Gegenleistung übernimmt die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG die Grundsteuerrückstände in Höhe von ca. 1.330.000,00 €, die von ihr beim Finanzamt Treptow-Köpenick zu bezahlen sind sowie die vom Finanzamt Treptow-Köpenick zu tragenden Kosten des Zwangsversteigerungsverfahrens in Höhe von derzeit ca. 21.000,00 €. Im Gegenzug wird das Finanzamt Treptow-Köpenick die endgültige Einstellung der Zwangsversteigerung bewilligen.

Außerdem übernimmt die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG die bis zum Übergangsstichtag (30.04.2014) aufgelaufenen Erbbauzinsrückstände in Höhe von ca. 4.735.000,00 € und stellt die Spree-Park Berlin Vergnügungs- und Freizeitpark GmbH & Co. KG von der Inanspruchnahme frei. Die Frage, in welcher Höhe Ansprüche tatsächlich noch geltend gemacht werden könnten bzw. in welcher Höhe die Forderungen bereits verjährt sind, ist mangels eindeutiger Rechtslage nicht zweifelsfrei zu beantworten. Im Ergebnis kommt es hierauf jedoch nicht an; denn eine entsprechende Zahlung zwischen den Gesellschaften des Liegenschaftsfonds erscheint wenig zielführend. Die Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG prüft daher vor dem Hintergrund eines geplanten Verzichts auf diese Forderungen gegenüber der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG lediglich mögliche steuerrechtliche Auswirkungen.

Schließlich stellt die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG die Erbbauberechtigte von der Haftung für eine angeordnete Ersatzvornahme (bauliche Sicherung des Gebäudes „Altes Eierhäuschen“ (voraussichtliche Kosten 25.000,00 €)) frei.

Eine Entschädigung für die baulichen Anlagen wird nicht gezahlt.

Die mit der Urkunde und ihrer Durchführung entstehenden Gerichts- und Notarkosten sowie die Grunderwerbsteuer trägt die Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG.

Vereinbart ist ein Rücktrittsrecht der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG (auch) für den Fall, dass der Aufsichtsrat und die Entscheidungsträger des Landes Berlin dem Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag nicht zustimmen. Der Rücktritt muss spätestens bis zum 30.06.2014 ausgeübt werden.

Die Rücktrittsmöglichkeit vom Vertrag wurde anstelle der aufschiebenden Bedingung eines Gremienvorbehaltes gewählt, damit zugunsten der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG eine Auflassungsvormerkung im Grundbuch eingetragen werden kann. Dies ist am 24.02.2014 geschehen.

b) Vereinbarung mit der Deutsche Bank AG

In der Vereinbarung vom 06.02./11.02.2014 wird ergänzend zum Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag das Verhältnis zwischen dem Liegenschaftsfonds und der Deutsche Bank AG geregelt.

Die Deutsche Bank AG verpflichtet sich darin – zur Durchführung des Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrages –, dem beurkundenden Notar auf dessen Anforderung unverzüglich eine Erklärung zur Abtretung ihrer Grundschuld an den Liegenschaftsfonds nebst Eintragungsbewilligung vorzulegen und erhält (neben dem Betrag von 1,95 Mio. € aus dem Erbbaurechtskauf- und -übertragungsvertrag) einen Besserungsschein für den Fall, dass innerhalb von 10 Jahren ab Wirksamkeit der Vereinbarung auf dem Grundstück ein höherwertiges als das gegenwärtige Baurecht (etwa durch Zulassung von Wohnungsbau) geschaffen und dadurch ein höherer als der gegenwärtig sich ergebende Kaufpreis erzielt wird. Von dem Mehrbetrag soll die Deutsche Bank AG die Hälfte, maximal jedoch 8.275.837,62 € erhalten.

Derzeit ist nicht beabsichtigt und auch nicht zu erwarten, dass eine andere, höherwertige als die bestehende Nutzung auf dem Gelände, insbesondere Wohnungsbau, zugelassen wird.

Außerdem verpflichtet sich die Deutsche Bank AG, ihre Sicherungsrechte an den auf dem Spree-Park-Gelände befindlichen Fahrgeschäften und Pavillons freizugeben.

II. Vermögens- und Ertragslage

Durch die zusätzlichen Grundstücksübertragungen nahmen die Bewirtschaftungserlöse mit 766 T€ (Vj. 712 T€) im Vergleich zum Vorjahr für die in der Qualifizierung befindlichen Grundstücke zu.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen insgesamt 6.082 T€ (Vj. 694 T€) und haben damit stark zugenommen. Der starke Anstieg stammt aus der Übernahme des Spreepark. Allein für dieses Objekt sind im Jahr 2014 insgesamt 5.102 T€ aufgewandt worden. Demgegenüber stehen für das Objekt Spreepark keine Erlöse.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit belief sich auf - 5.226⁷ T€ (Vj. 38.662 T€). Im Januar 2014 wurden die eingegangenen Kaufpreiszahlungen aus dem Dezember 2013 in Höhe von 6.501 T€ (Vj. 31.999 T€) als Erlösabführungen an das Land Berlin ausgekehrt.

Das Bilanzvolumen der Gesellschaft reduzierte sich in der Berichtsperiode um 2.279 T€ auf 6.708 T€ (Vj. 9.437 T€). Dies resultiert vornehmlich aus der Minderung des Bankenbestandes in Höhe von 2.737 T€ auf 6.698 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Das Nettovermögen korrigierte sich durch die getätigten Abführungen an das Land Berlin um das Jahresergebnis in Höhe von – 11.944 T€ auf – 2.930 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 225 T€

Anlage 3

beziehen sich auf die zum Jahresende berechneten Kostenerstattungen der LFB KG und LFB GmbH.

Den kurzfristigen fälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 9.628 T€ (Vj. 332 T€) stand kurzfristig gebundenes Vermögen in Höhe von 6.708 T€ (Vj. 9.437 T€) gegenüber.

Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht nach

III. Finanzlage

Die Einnahmen aus den Geschäftszweigen Vermarktung und Bewirtschaftung sind, unter Abzug der für die Ausübung der Aufgaben angefallenen Kosten, in voller Höhe an das Land Berlin abzuführen.

Die Gesellschaft erhält für Ihre Tätigkeit keine Vergütung. Die ist verpflichtet, alles was sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit erhält, an das Land Berlin abzuführen. Die Gesellschaft hat aber gleichzeitig einen Anspruch auf Erstattung aller Aufwendungen, die ihr im Rahmen der ordnungsgemäßen Erfüllung des Grundstücksübertragungs- und Treuhandvertrages entstehen.

IV. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Geschäftsvorgänge eingetreten, die zu einer abweichenden Beurteilung führen würden.

Am 25.02.2015 wurde ein Kaufvertrag zwischen den LFB Gesellschaften Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG und der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung der Gesellschaften geschlossen. Hierzu verweisen wir auf Punkt VI.

V. Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB- Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Hierzu wurden alle wesentlichen Unternehmensaktivitäten einer Risikoanalyse unterzogen. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, plant die Gesellschaft zudem, ein Risiko-Früherkennungssystem einzuführen. Das bereits praktizierte Risikomanagement soll infolge der Zusammenführung der LFB-Geschäftsbetriebe mit der BIM GmbH künftig systemunterstützt durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Liegenschaftsfonds Gruppe sind neben den allgemeinen wirtschaftlichen Risiken auch mit Immobilienrisiken als auch regionalen Risiken verbunden.

Ein Risiko besteht in der Zusammenarbeit mit den Planungsbehörden. Die Planungshoheit liegt bei den Bezirken. Sollten die Bezirke sich im Planungs- Qualifizierungsprozess nicht aktiv verhalten kommt es zu zeitlichen Verzögerungen im Vermarktungsprozess des Treuhandvermögens II.

Für die geplanten Beurkundungsvolumen ist die Preisbildung auf dem Immobilienmarkt ein Risiko. Die erzielten Kaufpreise werden dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und haben damit essentielle Bedeutung für das Land Berlin.

Ein Kreditzinsrisiko besteht nicht. Die Gesellschaft ist nicht Fremdkapital finanziert.

VI. Voraussichtliche Entwicklung

Unabhängig von einer Zusammenführung von BIM und LFB kann die bisherige Struktur des LFB nicht mehr aufrecht erhalten werden, da der LFB im Zuge der Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik neue Aufgaben übernehmen soll (Clusterung, Portfolioanalyse, Konzeptverfahren). Insofern ist eine Trennung des operativen Geschäfts (einschließlich der Beschäftigten) von den treuhänderisch gehaltenen Liegenschaften erforderlich. Zur Lösung der o.g. Ausgangssituation haben die BIM und der LFB Umsetzungsmöglichkeiten, Variante 1 das sog. „Fusionsmodell“ (Zusammenführung der Geschäftsbereiche und -tätigkeiten der BIM und des LFB) und Variante 2 das sog. „Holdingmodell“, durch Steuerberater und Rechtsanwälte erarbeiten und bewerten lassen.

Nach intensiver Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik stellt sich die Zusammenführung des Personals der beiden Gesellschaften als geeignetstes Instrument für die Umsetzung dar. Eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung erfolgt zunächst nicht.

In einem ersten Schritt werden die Geschäftsbereiche des LFB rechtsgeschäftlich auf die BIM übertragen. Infolge dessen gehen die Beschäftigten des LFB im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die BIM über. Die Gesellschaften werden damit kein eigenes Personal führen. In einem zweiten Schritt wird das zusammengeführte Unternehmen, hier „BIM/LFB-neu“, neu strukturiert.

Anlage 3

In der „BIM/LFB-neu“ ist somit das gesamte operative Geschäft von BIM und Liegenschaftsfonds inkl. Personal konzentriert. Sie fungiert als Geschäftsbesorgerin für die operativen Geschäfte der KG's, die ihrerseits kein eigenes Personal haben und lediglich die Treuhandvermögen I und II führen. Die Zusammenführung der operativen Geschäfte und des Personals bewirkt eine Straffung bei der Umsetzung der Berliner Liegenschaftspolitik. Eine gemeinsame Geschäftsführung ermöglicht zudem eine effektive Zusammenführung der bisherigen Aufgaben Berlins. Synergieeffekte werden durch die Zusammenlegung von Back-office-Bereichen gehoben. Bereiche mit vergleichbarem Aufgabenspektrum werden in gemeinsamen Bereichen zusammengeführt; Bereiche, die heute schon Alleinstellungsmerkmale aufweisen, bleiben bestehen. Innerhalb der „BIM/LFB-neu“ kann auf aktuelle Entwicklungen durch eine höhere Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes und der Aufgabenverteilung reagiert werden. Letztendlich werden die personellen Kompetenzen von zwei erfolgreichen Unternehmen in der Erwartung gebündelt, die künftigen Anforderungen der Berliner Liegenschaftspolitik nachhaltig und auf hohem professionellem Niveau umzusetzen.

Der Aufsichtsrat des LFB hat in seiner Sitzung am 13.02.2015 dem geschilderten Vorgang und dem Kaufvertrag zwischen LFB und BIM zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung mit Wirkung zum 01.03.2015 beider Gesellschaften zugestimmt. Der Kaufvertrag ist am 25.02.2015 notariell beurkundet worden. Den Mitarbeitern des LFB ist das Übergangsschreiben nach 613 a BGB am 19.02.2015 übergeben worden.

Im Dezember 2014 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2015 bis 2019 und der Wirtschaftsplan 2015 durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Für das Jahr 2015 sind in der Planung Verkäufe von insgesamt 42 Mio. € geplant. Es werden Bewirtschaftungserträge von 35,5 Mio. € prognostiziert. Die Kosten des Geschäftsbetriebes werden mit 11,7 Mio. € veranschlagt.

Das mittelfristige Verkaufsvolumen kann nicht belastbar geplant werden. Die dargestellten Beurkundungsvolumen stehen in den Jahren 2015 bis 2019 unter dem Vorbehalt der Portfolioclusterung und können sich möglicherweise mit der Umsetzung der transparenten Liegenschaftspolitik ändern. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren Gesichtspunkten geplant.

Berlin, 25.03.2015

Liegenschaftsfonds Berlin
Projektgesellschaft mbH & Co. KG

vertreten durch die Komplementärin

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH


Birgit Möhring

**Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH**

Lagebericht

**Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH,
Berlin**

für das Geschäftsjahr 2014

Geschäftsverlauf 2014

1. Gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen

Die Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft (LFB GmbH) ist eine GmbH mit Sitz in Berlin. Sie ist im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin Charlottenburg unter der Nummer HRB 76 350 eingetragen. Die rechtlichen Grundlagen sind im Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 25.7.2000 festgelegt. Die letzte Änderung des Gesellschaftsvertrages der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH erfolgte am 20.12.2006.

Sie ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des Landes Berlin und als persönlich haftende Gesellschafterin an der Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und an der Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG beteiligt.

Die LFB-Gruppe unterliegt verschiedenen Aufsichtsgremien. Die Kontrolle wird unter anderem durch einen Steuerausschuss ausgeübt, der wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Ziele für einen Verkauf vorgibt und in dem für die Grundstücksvergabe relevante Fragen erörtert werden. Mitglieder des Steuerausschusses sind unter dem Vorsitz der Senatsverwaltung für Finanzen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung sowie der jeweilige Bezirk. Bei Bedarf werden weitere Verwaltungen hinzugeladen. Verkäufe ab einer Summe von drei Millionen Euro müssen dem Abgeordnetenhaus und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Die LFB-Gruppe ist der Senatsverwaltung für Finanzen fachlich unterstellt. Die dortige Geschäftsstelle übt das Weisungsrecht des Landes Berlin gegenüber den Gesellschaften und des Treuhandvermögens aus.

Entsprechend ihrer Stellung nimmt die LFB GmbH für die genannten Kommanditgesellschaften die Aufgaben und Pflichten für die Geschäftsführung wahr. Diese Tätigkeit beschränkt sich auf die Geschäftsführungsentscheidungen; das für die Umsetzung und für die eigentlichen Geschäftsbetriebe erforderliche Personal wird von den Kommanditgesellschaften selbst beschäftigt.

Seit dem 1.12.2013 ist Frau Birgit Möhring zur Geschäftsführerin der Gesellschaft bestellt.

Weitergehende eigene Tätigkeiten der Gesellschaft wurden nicht unternommen und sind auch für die Zukunft nicht geplant.

Die Gesellschaft nimmt in ihrer Funktion als Holding in der LFB-Gruppe lediglich geschäftsführende Funktionen wahr. Die folgenden Ausführungen zum Punkt 2 („Gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen“) und Punkt 3 („Politische Entscheidungen und Rahmenbedingungen“) und Punkt 4 („Entwicklung Geschäftstätigkeit“) stellen unabhängig vom Jahresabschluss der Gesellschaft Zusatzinformationen dar, mit dem Ziel einer zusammengefassten Darstellung der Geschäftstätigkeit der gesamten LFB-Gruppe, einschließlich des verwalteten Treuhandvermögens.

2. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschlandweit als auch regional unterschiedlich, konnte der Immobilienmarkt mit positiven Zahlen glänzen. Nachdem sich gegen Ende des Jahres die Konjunkturdaten in der Eurozone etwas aufgehellt haben, ist auch die Zuversicht zurückgekehrt. In Deutschland soll die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 43 Millionen auf Rekordniveau liegen.

Die Marktsituation konnte auf Grund des heterogenen Bestandes des Liegenschaftsfonds nicht als Konkurrenzsituation bezeichnet werden. Vielmehr unterlag das Handeln mehr denn je der politischen Stimmung des Landes. Auf Grund der hierbei gemachten Vorgaben und Entscheidungswege sowie Gremienbefassungen war der Handlungsspielraum in einem der nachgefragtesten Segmente dem Wohnungsbau auf dem Drittmarkt sehr eingeschränkt, was – bezogen auf das Vorjahr 2013 - zu einem Rückgang der Verkaufsfälle als auch des Umsatzzahlen geführt hat.

Im Bereich des Geschosswohnungsbaus hingegen erfolgte in 2014 eine deutliche Schwerpunktsetzung bei der Versorgung der landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften mit Grundstücken. Immerhin 23 % des Beurkundungsvolumens wurde mit den Wohnungsbau-gesellschaften abgewickelt.

Der Berliner **Bürovermietungsmarkt** erreichte nach einem überaus umsatzstarken Schlussquartal ein Umsatzergebnis, das alle Erwartungen übertroffen hat. Mit einem Flächenumsatz von über 600.000 m² wurde der Vorjahreswert um ca. ein Drittel übertroffen. Insbesondere das Schlussquartal stach mit der Verdoppelung des Vorjahresquartals hervor (JLL: Office Market Profile). Für die Steigerung verantwortlich ist nicht nur das wieder erstarkte Segment der Abschlüsse über 10.000m², sondern vielmehr eine Nachfragebelebung über alle Größenklassen. So lag die Zahl der Abschlüsse unter 1.000 m² um ein Drittel über dem Vorjahreswert.

Die Verteilung des Flächenumsatzes nach Branchen ähnelt in weiten Teilen der des Vorjahres. Die sonstigen Dienstleistungen leisteten einen Beitrag von rund 22% gefolgt von IuK-Technologien. Den dritten Rang sicherten sich die Beratungsgesellschaften, gefolgt von Banken und Finanzdienstleistern. Den höchsten Rückgang hatte die öffentliche Verwaltung zu verbuchen (BNP Paribas RE, Büromarkt Deutschland 2015/Berlin).

Es wird deutlich, dass Unternehmen nicht mehr nur eine Hauptstadtrepräsentanz suchen, sondern die Stadt als Innovations- und Vertriebszentrum nutzen und dementsprechend Büroflächen suchen.

Der gewerbliche **Investmentmarkt** schloss deutschlandweit mit knapp 40 Mrd. EUR (39,8) ab, so viel wie seit 2007 nicht mehr. Das bedeutet eine Steigerung von 30% gegenüber dem Vorjahr. In Berlin wurden, je nach Betrachter, ca. 4 - 4,3 Mrd. EUR an Transaktionsvolumen erzielt, was einer Steigerung von ca. 15 % entspricht.

Bemerkenswert für Berlin ist dabei, dass dieses außergewöhnliche Resultat mit vergleichsweise wenig Großdeals im dreistelligen Millionenbereich erzielt wurde (7, lt. BNP Paribas RE).

Auch 2014 entfiel der größte Umsatzanteil auf Büroobjekte, die gut 40% Marktanteil verbuchen (-5%), gefolgt von Einzelhandelsimmobilien mit knapp 21% (-15%), sowie an dritter Position Entwicklungsgrundstücke mit knapp 10% Markt-

anteil, was dafür spricht, dass die Projektentwickler an eine positive Entwicklung des Standortes glauben.

Die Käuferseite wird von den Equity/Real Estate Funds mit 23% Anteil angeführt. Bereits auf dem zweiten Platz folgen die privaten Anleger mit 17,5% und Projektentwickler mit 13%. Alleine diese drei Gruppen machen bereits einen Anteil von 53,5% des Transaktionsvolumens aus. Es folgen Immobilienunternehmen mit 9%, Spezialfonds 8% sowie Investment/Asset Manager mit 7%. Der ermittelte Anteil an ausländischen Anlegern liegt bei fast 56% und damit über dem bundesweiten Durchschnitt (BNP Paribas RE, Investmentmarkt Deutschland 2015/Berlin).

Die Verteilung der Volumen führt mit 28% die Klasse von 50 -100 Mio. € an. Die Klasse der dreistelligen Abschlüsse konnte mit 24% nur den zweiten Platz belegen, gefolgt von 10-25 Mio. € (23%) sowie der Kategorie zwischen 25-50 Mio. € mit 18,5%.

An kaum einem anderen Standort zeigt sich eine so ausgeglichene Verteilung wie in Berlin, was als positives Signal gedeutet werden kann, da das Ergebnis daher weniger von wenigen Großdeals abhängig ist wie an anderen Standorten.

Die Renditen haben in 2014 auf Grund des begrenzten Angebotes bei weiter hoher Nachfrage weiter nachgegeben. Die Spitzenrendite liegt Ende 2014 bei Büroobjekten bei ca. 4,45%. Berlin liegt damit hinter München und Hamburg an Position drei der teuersten Städte. Die Renditen für Geschäftshäuser in den besten Laufzonen der Fußgängerzonen liegen bei etwa 3,95%.

Der Berliner Markt für **Lager- und Logistikflächen** zeigte sich 2014 laut JLL Industrial Market Profil/Region Berlin schwächer. Mit 327.400 m² lag der Flächenumsatz leicht unter dem Niveau des Vorjahres, was jedoch auf Grund des immer knapper werdenden Flächenangebotes als durchaus solide bezeichnen lässt.

Maßgeblichen Anteil am Ergebnis haben die Großvermietungen (15) ab 5.000 m². Bei den Flächen unter 5.000 m² wurden sogar 20 Verträge mehr als 2013 abgeschlossen, jedoch auch 30.000 m² weniger Fläche.

Die Nachfrage ist grundsätzlich weiter hoch, aber die Größenordnung der Abschlüsse ist hingegen kleiner geworden.

Die aktivsten Nachfrager kamen aus dem Handelssegment mit einem Anteil von 40%, gefolgt von Unternehmen aus den Branchen Industrie und Transport/Verkehr/Lagerhaltung mit je 22%.

Auf Grund des knappen Angebotes wird für 2015 nur ein Abschluss im Bereich von 300.000 m² erwartet. Die Spitzenmiete liegt im Bereich ab 5.000 m² in Gewerbeparks bei 4,70 bzw. 6,00 €/m²/Monat.

Die Kaufpreise dürften auch 2015 weiter steigen und die Rendite wird auch hier von derzeit ca. 6,25% weiter fallen.

Der **Wohnungsmarkt** in Berlin blieb weiterhin angespannt, da der Einwohnerzuwachs in die Hauptstadt anhält. Seit 2011 wird ein jährlicher Anstieg von ca. 40.000 Einwohnern registriert. Die Stadtteile innerhalb des S-Bahnringes bleiben weiterhin hoch in der Gunst der Zuziehenden, wenn sie sich das leisten können. Die äußeren Bezirke ziehen die Zuzügler mit Ihren preiswerteren Mieten und einer besseren Verfügbarkeit von Wohnraum an.

Laut Residential City Profile Berlin von JLL stieg der Wohnungsbestand in Berlin seit 2010 um 0,8% oder 15.500 Wohnungen. Ein Vergleich zum Anstieg der

Bevölkerung im gleichen Zeitraum um nahezu 150.000 Einwohner verdeutlicht den Nachfrageüberhang im Wohnungsmarkt.

Die Bautätigkeit verteilt sich dabei nicht gleichmäßig über die Stadt, sondern weist einen Schwerpunkt in den Bezirken mit großen Baulandreserven im Osten der Stadt auf. Das deckt sich auch mit den Erfahrungen unseres Hauses, auch hier liegt die Mehrzahl der verfügbaren Grundstücke in den östlichen Stadtbezirken.

Nach einer Schätzung von JLL werden in den nächsten Jahren mindestens 20.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt, um den Wohnungsmarkt wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Besonders im unteren Preissegment wird es der Markt in den nächsten Jahren nicht schaffen- trotz und auch wegen der Mietpreisbremse – ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Im **Mietbereich** wurden überdurchschnittliche Zuwächse nach wie vor in den innerstädtischen Lagen erzielt. Die Spitzenmieten bewegen sich hier zwischen 13 und 16 €/m². Die preiswertesten Wohnungen, die überwiegend in den Großsiedlungen in Marzahn und Spandau gelegen sind, werden hingegen ab 5,50 €/m² vermietet. Die Preisspanne reicht außerhalb des S-Bahn-Rings von 7 bis 9 €/m², in innerstädtischen Lagen zwischen 8 und 12 €/m².

Das Preisniveau hat sich in den letzten beiden Jahren damit in den meisten Lagen um rund einen Euro pro m² erhöht.

Es ist davon auszugehen, dass sich zwar der Mietpreisanstieg verlangsamen wird, aber weiter steigen wird.

Der Markt der **Eigentumswohnungen** ist von einer ähnlichen Dynamik gekennzeichnet. Im Mittel werden Eigentumswohnungen im zweiten Halbjahr 2014 für rund 2.900 €/m² angeboten und damit 12,8% teurer als vor einem Jahr. In den gefragten Innenstadtbezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg verteuern sich sowohl Bestand als auch Neubau überdurchschnittlich.

Seit 2010 verzeichnet das Marktsegment zweistellige jährliche Wachstumsraten. Auch hier erscheint ein weiterer Preisanstieg auch 2015 sehr wahrscheinlich.

Für Neubauwohnungen werden im Mittel rund 3.810 €/m² aufgerufen. In Mitte und Steglitz-Zehlendorf übersteigt das Preisniveau bereits die 4.000 €/m² Marke. Für unter 4.000 €/m² sind im innerstädtischen Bereich kaum noch Wohnungen auf dem Markt. In guten Randlagen werden um die 3.000 €/m² aufgerufen, wofür in Innenstadtbezirken auch gebrauchte Wohnungen, häufig mit Modernisierungsbedarf, erworben werden können.

Wohnungen aus den Nachkriegsjahrzenten mit Investitionsbedarf, aber wesentlich preiswerter können noch für um 2.000 €/m² erworben werden.

Im **Wohninvestmentbereich** bleibt der Metropolenraum Berlin weiterhin auf regionaler Ebene der wichtigste deutsche Transaktionsmarkt mit einem Volumen von rund 2 Mrd. EUR. Bundesweit wurde in diesem Marktsegment mit ca. 12,9 Mrd. EUR das zweithöchste Ergebnis seit 2007 erzielt. Der Anteil von Wohnportfolien lag hierbei bei 60%.

In Berlin waren die öffentlichen Wohnungsunternehmen mit einem Anteil von fast 620 Mio. EUR die stärkste Investorengruppe. Mehr als 400 Mio. EUR gehen auf das Konto von börsennotierten Wohnungsunternehmen, gefolgt von den professionellen Asset- und Fondsmanagern mit ca. 380 Mio. EUR (JLL).

3. Politische Entscheidungen und Rahmenbedingungen

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. Juni 2010 wurde der Senat aufgefordert, im Ergebnis der seit 2008 geführten Diskussion die Liegenschaftspolitik des Landes Berlin weiter zu profilieren. Im Zentrum der neuen Liegenschaftspolitik des Landes Berlin soll eine Abkehr von der überwiegenden Vermarktungsabsicht unter Höchstgebotsaspekten stehen. Der Senat von Berlin strebt zukünftig die Verwertung der landeseigenen Grundstücke primär unter Berücksichtigung von wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischen Zielen an. Dadurch soll eine nachhaltige und langfristige strategische Wertschöpfung für das Land Berlin erzielt werden.

Am 24. Oktober 2013 beschloss das Abgeordnetenhaus eine neue Ausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik, nach der die Liegenschaften des Landes Berlin in vier Kategorien nach fachlichen Kriterien geclustert werden sollen. Dementsprechend wurde auch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung vorgenommen.

4. Entwicklung der Geschäftstätigkeit

In der Berichtsperiode beurkundete die LFB – Gruppe insgesamt 310 (Vj. 333) Kaufverträge mit einer Gesamtfläche von 88 Hektar und einem Verkaufsvolumen von 75,8 Mio. € (Vj. 118 Mio. €).

Für das Haushaltsjahr 2014 konnten die Gesellschaften des LFB an den Gesellschafter 102 Mio. € (Vj. 135,4 Mio. €) abführen, daran waren die Bezirke und sonstige Verwaltungen mit 34,1 Mio. € (Vj. 20,8 Mio. €) beteiligt. Die Abführung an den Haushalt setzt sich aus den Zahlungseingängen sämtlicher Vermarktungsaktivitäten der LFB Gruppe inklusive der Geschäftsbesorgungsverträge und dem Überschuss aus der Bewirtschaftung der Liegenschaften zusammen.

Eine klassische Konkurrenzsituation für die LFB-Gruppe ist am Berliner Markt so nicht gegeben, da das Portfolio über einen heterogenen Bestand verfügt. Der Schwerpunkt des Portfolios liegt tendenziell in den östlichen Bezirken.

Die LFB-Gruppe hat auf Grund der Masse des möglichen Angebots keine direkte Konkurrenzsituation. Sie besteht eher bei den Grundstückslagen, im Einzelfall je nach Mikrolage. In nachgefragten Lagen übersteigt die Nachfrage das Angebot. Es werden auf Grund der derzeitigen Marktlage über das Bieterverfahren tendenziell sogar eher höhere Preise erzielt als marktüblich.

5. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Geschäftsvorgänge eingetreten, die zu einer abweichenden Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führen würden.

Am 25.02.2015 wurde ein Kaufvertrag zwischen den LFB Gesellschaften Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG und Liegenschaftsfonds Berlin Projekt-

gesellschaft mbH & Co. KG und der BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung der Gesellschaften geschlossen. Hierzu verweisen wir auf Punkt 9.

6. Risikobericht

Zu den wesentlichen Bestandteilen der Geschäftssteuerung und Kontrolle der LFB- Gruppe gehört ein aktives Risikomanagement. Hierzu wurden alle wesentlichen Unternehmensaktivitäten einer Risikoanalyse unterzogen.. Das Risikomanagement steht bei der LFB-Gruppe für sämtliche organisatorische Prozesse, durch die die Risiken frühzeitig identifiziert sowie geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung entwickelt und umgesetzt werden können. Als Risiken gelten alle Entwicklungen, die sich negativ auf das Erreichen der qualitativen und quantitativen Unternehmensziele – insbesondere auf das Ergebnis - auswirken können. Durch das konsequente Risiko-Management als Überwachungs- und Steuerungssystem der Unternehmensleitung wurde jederzeit sichergestellt, dass durch rechtzeitige Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management die erforderlichen Veränderungen in die Geschäfts- bzw. Risikostrategien eingepasst und methodisch, auch im Hinblick auf neue regulative Anforderungen, verfeinert wurden.

Bestandsgefährdende Risiken wurden nicht eingegangen und sind auch nicht aufgetreten.

Um Gefahren früh genug zu erkennen, zu bewerten und adäquat mit ihnen umzugehen, plant die Gesellschaft zudem, ein Risiko-Früherkennungssystem einzuführen. Das bereits praktizierte Risikomanagement soll infolge der Zusammenführung der LFB-Geschäftsbetriebe mit der BIM GmbH künftig systemunterstützt durchgeführt werden.

Die Aufgaben der Liegenschaftsfonds Gruppe sind neben den allgemeinen wirtschaftlichen Risiken auch mit Immobilienrisiken als auch regionalen Risiken verbunden.

Ein Risiko besteht im Forderungsausfall der Bewirtschaftungseinnahmen. Aus den Einnahmen der Bewirtschaftung wird der gesamte Geschäftsbetrieb mit Liquidität versorgt. Das Forderungsausfallrisiko wird durch ein bestehendes Forderungsmanagement vermindert.

Für die geplanten Beurkundungsvolumen ist die Preisbildung auf dem Immobilienmarkt ein Risiko. Die erzielten Kaufpreise werden dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt und haben damit essentielle Bedeutung für das Land Berlin.

Ein Kreditzinsrisiko besteht nicht. Die Gesellschaft ist nicht Fremdkapital finanziert.

7. Vermögens- und Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2014 für die LFB GmbH betrug unter Berücksichtigung der Kostenerstattungen durch die Kommanditgesellschaften gemäß Handelsbi-

lanz 562,87 €. Die Eigenkapitalsumme erhöht sich auf 50 T€. Das Bilanzvolumen der Gesellschaft beträgt zum Ende des Berichtsjahres 220,8 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 157,6 T€ enthalten primär Forderungen gegen verbundene Unternehmen. Es handelte sich um Teilleistungen der Kostenerstattungen gegen die LFB KG und die LFB Projekt KG.

8. Finanzlage

Die Einnahmen der Gesellschaft resultieren aus der Umlage der Gesamtkosten an verbundene Unternehmen. Die Umlage bildet die Wahrnehmung der Geschäftsführung ab. Durch diese Transaktion ist die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

9. Voraussichtliche Entwicklung

Unabhängig von einer Zusammenführung von BIM und LFB kann die bisherige Struktur des LFB nicht mehr aufrecht erhalten werden, da der LFB im Zuge der Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik neue Aufgaben übernehmen soll (Clusterung, Portfolioanalyse, Konzeptverfahren). Insofern ist eine Trennung des operativen Geschäfts (einschließlich der Beschäftigten) von den treuhänderisch gehaltenen Liegenschaften erforderlich. Zur Lösung der o.g. Ausgangssituation haben die BIM und der LFB Umsetzungsmöglichkeiten, Variante 1 das sog. „Fusionsmodell“ (Zusammenführung der Geschäftsbereiche und -tätigkeiten der BIM und des LFB) und Variante 2 das sog. „Holdingmodell“, durch Steuerberater und Rechtsanwälte erarbeiten und bewerten lassen.

Nach intensiver Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zur Umsetzung der neuen Liegenschaftspolitik stellt sich die Zusammenführung des Personals der beiden Gesellschaften als geeignetes Instrument für die Umsetzung dar. Eine gesellschaftsrechtliche Verschmelzung erfolgt nicht.

In einem ersten Schritt werden die Geschäftsbereiche des LFB rechtsgeschäftlich auf die BIM übertragen. In Folge dessen gehen die Beschäftigten des LFB im Wege eines Betriebsübergangs nach § 613a BGB auf die BIM über. Die Gesellschaften werden damit kein eigenes Personal führen. In einem zweiten Schritt wird das zusammengeführte Unternehmen, hier „BIM/LFB-neu“, neu strukturiert und umfirmiert.

In der „BIM/LFB-neu“ ist somit das gesamte operative Geschäft von BIM und Liegenschaftsfonds inkl. Personal konzentriert. Sie fungiert als Geschäftsbesorgerin für die operativen Geschäfte der KG's, die ihrerseits kein eigenes Personal haben und lediglich die Treuhandvermögen I und II führen.

Die Zusammenführung der operativen Geschäfte und des Personals bewirkt eine Straffung bei der Umsetzung der Berliner Liegenschaftspolitik. Eine gemeinsame Geschäftsführung ermöglicht zudem eine effektive Zusammenführung der bisherigen Aufgaben Berlins. Synergieeffekte werden durch die Zusammenlegung von Back-office-Bereichen gehoben. Bereiche mit vergleichbarem Aufgabenspektrum werden in gemeinsamen Bereichen zusammengeführt; Bereiche,

Anlage 4

die heute schon Alleinstellungsmerkmale aufweisen, bleiben unverändert bestehen. Innerhalb der „BIM/LFB-neu“ kann auf aktuelle Entwicklungen durch eine höhere Flexibilität hinsichtlich des Personaleinsatzes und der Aufgabenverteilung reagiert werden. Letztendlich werden die personellen Kompetenzen von zwei erfolgreichen Unternehmen in der Erwartung gebündelt, die künftigen Anforderungen der Berliner Liegenschaftspolitik nachhaltig und auf hohem professionellem Niveau umzusetzen.

Der Aufsichtsrat des LFB hat in seiner Sitzung am 13.02.2015 dem geschilderten Vorgang und dem Kaufvertrag zwischen LFB und BIM zur rechtsgeschäftlichen Umsetzung der Zusammenführung mit Wirkung zum 01.03.2015 beider Gesellschaften zugestimmt. Der Kaufvertrag ist am 25.02.2015 notariell beurkundet worden. Den Mitarbeitern des LFB ist das Übergangsschreiben nach 613 a BGB am 19.02.2015 übergeben worden.

Im Dezember 2014 wurden die mittelfristige Unternehmensplanung 2015 bis 2019 und der Wirtschaftsplan 2015, bei dessen Aufstellung die Zusammenführung mit der BIM nicht berücksichtigt ist, durch den Aufsichtsrat genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen. Für das Jahr 2015 sind in der Planung Verkäufe von insgesamt 42 Mio. € geplant. Es werden Bewirtschaftungserträge von 35,5 Mio. € prognostiziert. Die Kosten des Geschäftsbetriebes werden mit 11,7 Mio. € veranschlagt.

Das mittelfristige Verkaufsvolumen kann nicht belastbar geplant werden. Die dargestellten Beurkundungsvolumen stehen in den Jahren 2015 bis 2019 unter dem Vorbehalt der Portfolioclusterung und können sich möglicherweise mit der Umsetzung der transparenten Liegenschaftspolitik ändern. Sämtliche Aufwandspositionen wurden nach kaufmännisch realisierbaren Gesichtspunkten geplant.

Für das Jahr 2015 sind Personalkosten aller Gesellschaften von 7,8 Mio. € veranschlagt. Die Planung enthält 119 Soll-Stellen.

Bei dem geplanten Geschäftsverlauf wurde für 2015 von einem voraussichtlichen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aller Gesellschaften von 38,3 Mio. € ausgegangen. Die Erlösabführung an das Land Berlin und an die Bezirke wurde mit 60 Mio. € geplant.

Berlin, den 25.03.2015

Liegenschaftsfonds Berlin
Verwaltungsgesellschaft mbH

vertreten durch die Geschäftsführerin

Birgit Möhring

Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Februar 2009

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses 2014

Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH

Inhaltsverzeichnis

Entsprechungserklärung gemäß § 161 AktG durch die Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex

- I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat
- II. Geschäftsleitung
- III. Aufsichtsrat
- IV. Interessenkonflikte
- V. Transparenz
- VI. Rechnungslegung
- VII. Abschlussprüfung

Erklärung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH gemäß § 161 AktG zum Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom Februar 2009

Der Senat von Berlin hat in 2004 beschlossen, den Berliner Corporate Governance Kodex (Kodex) auf der Basis des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) auch bei den nicht börsennotierten Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin einzuführen, an denen Berlin die Mehrheit der Anteile hält und hinsichtlich Aufgabe und wirtschaftliche Bedeutung von Interesse sind.

Dabei spielt die gesellschaftsrechtliche Verfassung des Unternehmens keine Rolle. Die vorliegende Erklärung orientiert sich eng an dem DCGK. Sie ist jedoch nicht wortidentisch, da sie sich auf nicht börsennotierte Unternehmen bezieht; teilweise gehen die Regelungen aber auch über die Empfehlungen des DCGK hinaus.

Durch die Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH werden die einzelnen Bestimmungen eingehalten, erklärt und in den Anhang zum Lagebericht übernommen. Abweichungen vom Erklärungsinhalt des Kodex werden erklärt und begründet.

Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH erklären, dass die vom Beteiligungsmanagement und –controlling des Landes Berlin im Februar 2009 bekannt gemachten Empfehlungen und Anregungen zum Berliner Corporate Governance Kodex grundsätzlich entsprochen werden und in der Vergangenheit entsprochen wurden. Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH beabsichtigen, diese auch in Zukunft zu beachten.

Dr. Magaretha Sudhof
Aufsichtsratsvorsitzende

Birgit Möhring
Geschäftsführerin

Verweis	Gegenstand	Erklärungen der Geschäftsleitung/Aufsichtsrat
---------	------------	---

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. ▪ Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. ▪ Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet.</p> <p>Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sitzungen des Aufsichtsrates 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.</p> <p>In der Regel wurden lediglich Tagesordnungspunkte über Personalangelegenheiten ohne Teilnahme der Geschäftsleitung behandelt.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäftsleitung. ▪ Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung oder Kenntnisnahme vorgelegt und mit ihm abgestimmt.</p> <p>Neben den Regelungen in der Satzung bestanden keine weiteren Geschäftsanweisungen des Aufsichtsrats für die Geschäftsleitung.</p>

I.4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. ▪ Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war stets termingerecht.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrat. ▪ D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>Eine D&O-Versicherung ist für die Geschäftsleitung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden. Für die Geschäftsleitung ist ein Selbstbehalt (mindestens 10% der Schadenshöhe, bis höchstens das 1,5fache des festen jährlichen Vergütungsanspruches) vereinbart.</p>

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. ▪ Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. ▪ Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; für das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmerischen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen.</p> <p>Die Gesellschaft verfügte über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling. Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung vom Risikomanager an die Geschäftsleitung.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. ▪ Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen. 	<p>Ein Geschäftsverteilungsplan war nicht erforderlich, da Frau Birgit Möhring die Gesellschaft alleinverantwortlich vertrat und führte.</p>
II.3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Veröffentlichung der Einzelvergütung. ▪ Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>Die Gesamtvergütung der Geschäftsleitung bestand aus einem Fixum und variablen Bestandteil. Die variable Vergütung erfolgte auf Basis der durch den Aufsichtsrat genehmigten Zielvereinbarung 2013.</p> <p>Die Zielvereinbarung 2014 wurde am 14.02.2014 dem Aufsichtsrat zur Genehmigung unterbreitet. Die Zielvereinbarung wurde von der Aufsichtsratsvorsitzenden unterzeichnet. Die Überarbeitung des Wirtschaftsplans 2014 am 17.10.2014 führte zu keiner Anpassung der Unternehmensziele.</p> <p>Die Gesamtvergütung wird im Anhang des Jahresabschlusses ausgewiesen.</p>

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. ▪ Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeregelung. ▪ Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Die Anstellungs- und Vergütungsregelungen für die Geschäftsführerin Frau Birgit Möhring enden zum 30.11.2016.</p> <p>.</p> <p>Die Entscheidungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats getroffen</p>
<p>III.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtigen Ereignisse. ▪ Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen der Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.</p> <p>Sie wurde über wichtige Entscheidungen unverzüglich durch die Geschäftsleitung informiert. Eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung hat am 25.03.2014 stattgefunden.</p>

III. 4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	Der Aufsichtsrat verfügt über keine Ausschüsse.
III.5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. ▪ Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. ▪ Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Ein Aufsichtsratsmitglied befindet sich im Beirat der TLG. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen und Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt. Jedes Aufsichtsratsmitglied erhielt pro Aufsichtsratssitzung einen Auslagenersatz in Höhe eines Sitzungsgeldes von 150,-- €. Sonderzahlungen wurden nicht gezahlt.
III.6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorlage der Zielvereinbarung. 	Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.
III. 7 und 8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	Ein Aufsichtsratsmitglied (Frau Matuschek) hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Es waren nach den Feststellungen des Aufsichtsrates keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen ließen.

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. ▪ Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	<p>Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet.</p> <p>Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wahrung des Unternehmensinteresses. ▪ Persönliche Interessen. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt.</p> <p>Es wurden keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	<p>Es bestanden keine Interessenkonflikte, die offengelegt werden mussten. Alle Geschäfte entsprachen den branchenüblichen Standards.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geschäfte mit der Gesellschaft auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. ▪ Geschäfte mit den Gesellschaften auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Es wurden keine Geschäfte mit der Gesellschaft durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehenden Unternehmen ausgeübt. Es wurde keine Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Aufsichtsrat vorgenommen.</p> <p>Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit den Gesellschaften zur Zustimmung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogene Verfahrensregelungen für Geschäfte mit den Gesellschaften erlassen.</p>

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Der Geschäftsführerin übte keine Nebentätigkeiten aus.
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	Es wurden keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. ▪ Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich der Gesellschaft, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind dem Aufsichtsrat und Gesellschafter unverzüglich unter Angabe des Sachverhaltes mitgeteilt worden. Jahresplanungen und Mittelfristplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt und dem Gesellschafter, Land Berlin, vorgelegt.</p> <p>Unternehmensinformationen werden auch über das Internet veröffentlicht. Es handelte sich überwiegend um die Veröffentlichung von Verkaufs- und Vermietungsimmobilien.</p>
------------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fristen für den Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. 	Der Jahresabschluss und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen und in den vorgesehenen Fristen aufgestellt. Sie wurden dem Aufsichtsrat und dem Gesellschafter vorgelegt.
--------------------	--	--

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erörterung der Zwischenberichte. 	<p>Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsleitung erörtert. Eine Bewertung des Immobilien-treuhandvermögens war aus gesellschafts- und steuerrechtlichen Gründen nicht erforderlich. Die Gesellschaften hielten keine Beteiligungen.</p>
--	--	---

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. ▪ Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. ▪ Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und der Gesellschaft sowie seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter gab es keine Zweifel.</p> <p>Es wurden keine Leistungen auf dem Beratungssektor dem Abschlussprüfer durch die Gesellschaft in Aussicht gestellt.</p> <p>Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
--------------	---	--

VII.2	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erteilung des Prüfungsauftrages und Honorarvereinbarung 	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. ▪ Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet.</p> <p>Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	Der Abschlussprüfer hat an der Beratung zum Jahresabschluss des Aufsichtsrats teilgenommen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichtet.

Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Bezüge in 2014

Birgit Möhring	Geschäftsführerin Liegenschaftsfonds Berlin	Grundgehalt	130.000,00 €
	(Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co KG, Liegenschaftsfonds Berlin Projektgesellschaft mbH & Co. KG)	Bonuszahlung für GJ 2013	4.385,18 €
		Geldwerter Vorteil PKW-Nutzung	8.479,32 €
		Versicherungen (Kranken-, Unfall-, Altersvorsorge)	22.757,76 €
Gesamt			165.622,26 €

Holger Lippmann	ehem. Geschäftsführer, Auszahlung des Bonus für das Geschäftsjahr 2013	Bonuszahlung für GJ 2013	64.416,10 €
Gesamt			64.416,10 €

Aufsichtsrat

Dr. Margaretha Sudhof (Vorsitzende)	Staatssekretärin, Senatsverwaltung für Finanzen		900,00 €
Ephraim Gothe (stellv. Vorsitzender) - bis	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt		150,00 €
Prof. Dr.-Ing. Engelbert Lütke Daldrup (stellv. Vorsitzender) - seit 28.05.2015	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt		450,00 €
Henner Bunde	Staatsekretär, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung	Es wird ein einheitliches Sitzungsgeld von 150,- gezahlt. Eine Unterscheidung zwischen Aufsichtsratsvorsitzenden und Aufsichtsratsmitgliedern wird nicht vorgenommen.	600,00 €
Norbert Kopp	Bezirksbürgermeister, Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin		600,00 €
Heinz Buschkowsky	ehem. Bezirksbürgermeister, Bezirk Neukölln von Berlin		900,00 €
Ellen Haußdörfer	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion der SPD		750,00 €
Torsten Schneider	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion der SPD		900,00 €
Jutta Mattuschek	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion Die Linke		300,00 €
Christian Goiny	Mitglied des Abgeordnetenhauses, Fraktion der CDU		900,00 €
Joachim Esser	Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Fraktion Bündnis 90/Die Grü		600,00 €
Jan Eder	Stellv. Hauptgeschäftsführer, IHK Berlin		900,00 €
Gesamt AR-Vergütung			7.950,00 €

MEAB
Märkische Entsorgungsanlagen-
Betriebsgesellschaft mbH

MEAB Märkische Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH, Potsdam Lagebericht 2014

A. ENTWICKLUNG DER GESELLSCHAFT

1. Entwicklung der Branche

Mit Inkrafttreten des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) am 01. Juni 2012 gilt eine fünfstufige Abfallhierarchie mit dem Vorrang zur Abfallvermeidung, Wiederverwertung und Recycling vor dem Verwerten und Beseitigen von Abfällen. Nach der Neufassung des Gesetzes werden gemischte Siedlungsabfälle in Verbrennungsanlagen, deren Zweck in der Behandlung fester Siedlungsabfälle besteht, bei Erfüllung festgelegter Heizwertkriterien energetisch verwertet. Diese Tatsache hatte wesentlichen Einfluss, auch auf die mengenmäßige Entwicklung der Abfallannahme bei der MEAB mbH in 2014.

Die Anlieferungen von Restabfällen aus den vertragsgebundenen Landkreisen des Landes Brandenburg zur MEAB mbH sind in 2014 gegenüber den Vorjahren weiter zurückgegangen, konnten jedoch insgesamt durch sonstige Anlieferer kompensiert werden.

Unabhängig dessen bieten die langfristigen Verträge zwischen den Kommunen und dem Unternehmen auch weiterhin eine stabile Arbeitsgrundlage, die aber auf Grund der Befristung und den entsprechenden Ablaufterminen als zukünftig nicht mehr ausreichend einzuschätzen sind. Dies bezieht sich speziell auf die im Unternehmen vorhandene Verarbeitungskapazität (2 Mechanisch-biologische Abfall-behandlungsanlagen – MBA'n – an den Standorten Schöneiche und Vorketzin).

Zur Sicherung der umweltverträglichen Ablagerung des in den MBA'n erzeugten Rotteoutputs sind im Unternehmen an den Standorten Schöneiche und Vorketzin den gesetzlichen Anforderungen entsprechende basisgedichtete Deponieflächen vorhanden.

Die im Geschäftsjahr produzierten Ersatzbrennstoffe konnten einer sofortigen Verwertung zugeführt werden.

Eine zentrale Aufgabe der MEAB mbH ist die Sicherung und Sanierung ihrer Deponien, die entsprechend der Genehmigungen ständig weiter fortgeführt wurde (siehe hierzu auch lfd. Nr. 3).

2. Entwicklung der Anlieferungsmengen und deren Umsätze sowie des Ergebnisses

Im Unternehmen sind die Mengen an Abfällen zur Beseitigung gegenüber dem Vorjahr insgesamt gestiegen. Der Rückgang der Mengen zur Verwertung kommt hauptsächlich aus den zurück gegangenen Baustoffen für die Herstellung der Deponiekubaturen sowie der Oberflächenabdichtungen der Deponien.

Anteil der einzelnen Abfallarten:

Abfallart	IST 2014			IST 2013			Veränderung VJ		
	Menge kt	Erlös T€	Anteil %	Menge kt	Erlös T€	Anteil %	Menge kt	Erlös T€	Anteil %
Abfälle zur Behandlung in den Mechanisch-Biologischen-Restmüllbehandlungsanlagen	270,8	18.734,1	0,2	274,0	18.924,9	11,9	-3,3	-190,8	-11,7
Bodenaushub, Bauschutt	426,2	7.332,7	0,4	372,7	5.855,0	3,7	53,5	1477,7	-3,3
Baustellenabfälle, Asbest	75,4	2.337,7	0,1	60,0	1.816,9	1,1	15,4	520,8	-1,1
Siedlungsabfall, hausmüllähnliche Abfälle und Gewerbeabfälle	13,7	1.054,0	0,0	11,8	916,8	0,6	1,9	137,2	-0,6
Sonderabfall Verbrennung	27,5	6.131,8	0,0	29,9	6.473,8	4,1	-2,3	-342,0	-4,1
Beseitigung	813,5	35.590,3	0,7	748,4	33.987,5	21,4	65,1	1602,8	-20,8
sonstige Abfälle zur Verwertung	373,0	2.564,1	0,3	836,7	3.379,9	2,1	-463,7	-815,8	-1,8
Verwertung	373,0	2.564,1	0,3	836,7	3.379,9	2,1	-463,7	-815,8	-1,8
Gesamt	1.186,5	38.154,4	1,0	1.585,1	37.367,3	23,6	-398,5	787,1	-22,6

Insgesamt ist der Umsatz, trotz des Mengenrückgangs insbesondere aus der Verwertung, im Unternehmen aus der Beseitigung und Verwertung von Abfällen gegenüber dem Vorjahr um 2,06 %, das entspricht effektiv 787,1 T€ gestiegen.

Durch die bereits in 2012 umgesetzten geänderten Produktionsabläufe in Verbindung mit den geänderten vertraglichen Verpflichtungen beim Absatz von Ersatzbrennstoffen wurden Materialeinsparungen gegenüber dem Vorjahr erreicht. Ein Rückgang ist bei den sonstigen betrieblichen Erträgen zu verzeichnen, was insbesondere auf die geringere Inanspruchnahme der Rückstellungen für Sicherung und Sanierung zurückzuführen ist. Das außerordentliche Ergebnis beinhaltet die Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen von langfristigen Lieferverpflichtungen ermittelt wurden.

3. Durchführung und Finanzierung von Sicherung, Sanierung, Rekultivierung, Nachsorge und Ertüchtigung auf den MEAB-Deponien

Auf Grundlage der langfristigen MEAB-Planungen, rechtlichen Vorgaben und behördlichen Genehmigungen sowie des in 2012 abgeschlossenen Bauvertrages wurden die Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen auf den Deponiestandorten im Jahr 2014 fortgeführt bzw. intensiviert.

Für Sicherungs- und Sanierungsarbeiten der Altkörper aller Deponien wurden Mittel in Höhe von T€ 27.883 (VJ T€ 20.249) in Anspruch genommen, mit denen die Maßnahmen in den einzelnen Betriebsstätten wie folgt finanziert wurden:

Schöneiche T€ 8.429, Vorketzin T€ 11.220, Deetz T€ 7.878 und Röthehof T€ 356.

Für Deponieabschnitte an den einzelnen Standorten, die weiter zur Ablagerung von behandelten Abfällen zur Verfügung stehen, hat die MEAB mbH auch in 2014 investiert um weiterhin den gesetzlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Die Investitionen an den Standorten haben wesentlich dazu beigetragen, dass die MEAB im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg/Berlin auch nach dem 16.07.2009, an dem sich der gesetzliche Rahmen für die Ablagerung von DK I-Abfällen änderte, die Entsorgungssicherheit für diese Abfälle gewährleisten konnte.

4. Investitionen in den laufenden Betrieb

Die MEAB-Investitionen dienen grundsätzlich dazu, die Entsorgungssicherheit, d.h. Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Auftrag öffentlicher und privater Entsorgungsträger im Abfallwirtschaftsraum Brandenburg/Berlin, sicher zu stellen. Investitionsschwerpunkte waren dabei die notwendigen Ersatzinvestitionen in Maschinenteknik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Im Berichtsjahr betragen die Investitionen für den laufenden Betrieb insgesamt 2.835 T€.

5. Personal- und Ausbildungssituation

Die Gesellschaft hatte im Jahresdurchschnitt 202 (VJ 215) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (mit Auszubildende) eingesetzt. Die Anzahl der Arbeitnehmer (ohne

Auszubildende) wurde im Ergebnis der Auswirkungen der Umsetzung des in 2011 beschlossenen Unternehmenskonzeptes gegenüber dem Vorjahr um 13 gesenkt.

Mit der Bereitstellung von 7 Ausbildungsplätzen in 2014 wurde durch die MEAB mbH der aktive Beitrag zur Stärkung der Ausbildungschancen und der Beschäftigung in der Region fortgesetzt. Ausgebildet werden Betriebswirte 4 (VJ 4), Baugerätefahrer 2 (VJ 3) und Fachkräfte für Kreislauf- und Abfallwirtschaft 1 (VJ 1).

6. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Risiken, die sich aus langfristigen Absatzverträgen und aus der Betreibung der Mechanisch-Biologischen Behandlungsanlagen ergeben, wurden konzeptionell im Jahresabschluss 2011 bewertet und erfasst. In 2013 und 2014 erfolgte eine Konkretisierung dieser Bewertung. Die ermittelten Auswirkungen wurden ergebniswirksam unter Berücksichtigung der jährlichen Aufzinsung - Zuführungen zu Rückstellungen für Drohverluste (T€ 1.769) im außerordentlichen Aufwand erfasst.

B. DARSTELLUNG DER UNTERNEHMENSLAGE

1. Ertragslage

In Weiterführung der konzeptionellen Neubewertung der Mechanisch-Biologischen-Behandlungsanlagen wurden im Geschäftsjahr 2014 unter Berücksichtigung – der jährlichen Aufzinsung – Zuführungen an Rückstellungen für Drohverluste (T€ 1.769) aufwandswirksam berücksichtigt.

Diese Notwendigkeit war wesentlich dadurch geprägt, dass die angestrebten Vertragsanpassungen bzw. -auflösung von langfristigen Verträgen zur Verwertung von Ersatzbrennstoffen in Verbindung mit den weiter sinkenden Inputmengen zur Behandlung noch nicht realisiert werden konnten.

Die in den Jahresabschlüssen 2011, 2012 und 2013 zur Vorsorge für eventuell nicht gedeckte Kosten aus den langfristigen Verträgen zur Belieferung mit Ersatzbrennstoffen gebildeten Rückstellungen in Höhe von € 4,4 Mio. wurden in 2014 um € 1,77 Mio. in Summe erhöht.

Einfluss auf das Jahresergebnis des Unternehmens hatten auch die im Rahmen einer langfristigen Planung ermittelten Aufwendungen für die Sicherung,

Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponien. Bei der Zuführung zu den Rückstellungen ist zu unterscheiden zwischen der notwendigen Erhöhung der Rückstellungen für die „Altdeponien“, die sich aus der gem. BilMoG vorgeschriebenen Aufzinsung (€ 2,2 Mio.) ergeben und der Rückstellungszuführung entsprechend des Verfüllungsgrades für derzeit im Betrieb befindliche Deponieteile (€ 1,8 Mio.). Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden hierfür insgesamt € 4,0 Mio. den Rückstellungen zugeführt.

Die Gesellschaft weist unter Berücksichtigung aller im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht bewerteten finanziellen Belastungen insgesamt einen Jahresüberschuss von € 6,4 Mio. (VJ Jahresüberschuss € 7,8 Mio.) aus.

2 . Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung gibt Auskunft über die Veränderung der Zahlungsmittel. Die Finanzierung durch Eigenmittel war im gesamten Geschäftsjahr gesichert.

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
<u>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresfehlbetrag/-überschuss = Periodenergebnis	6.413	7.834
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens inkl. Finanzanlagen	3.930	3.675
Zu-/Abnahme Steuerrückstellungen	365	-1.666
Zu-/Abnahme der sonstigen Rückstellungen	-22.514	-22.807
Gewinn/Verlust aus Anlagenabgänge	-76	-185
zahlungsunwirksame Erträge / Aufwand	0	85
Zu-/Abnahme der Vorräte	18	86
Zu-/Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	658	68
Zu-/Abnahme der Forderungen Beteiligungen	-68	162
Zu-/Abnahme sonstigen Vermögensgegenstände	6.800	-2.935
Zu-/Abnahme aktive Rechnungsabgrenzungsposten	24	52
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-1.791	98
Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten gegen Beteiligungen	0	0
Zu-/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	170	28
Zu-/Abnahme der passiven latenten Steuern	0	0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-6.071	-15.505

Anlage I

	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€
<u>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</u>		
Einzahlungen aus Abgänge von Gegenstände des Anlagevermögens	204	272
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-38	-10
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.796	-1.778
Ein-/Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	18.058	16.660
Cashflow aus Investitionstätigkeit	15.428	15.144
<u>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</u>		
Einzahlungen/Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten	-4.437	-4.437
Ein- und Auszahlungen an Gesellschafter	0	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-4.437	-4.437
<u>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1-3)	4.920	-4.798
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode ohne WP im AV	1.470	6.268
Finanzmittelfonds am Ende der Periode ohne Wertpapiere im Anlagevermögen	6.391	1.470
<u>Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</u>		
Liquide Mittel	6.391	1.470
Wertpapiere	382.283	400.340
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	388.673	401.810

3. Vermögens- und Kapitalstruktur

Ein Vergleich der Vermögensstruktur (Stand per 31.12.2014 im Vergleich zum 31.12.2013) zeigt folgende Entwicklung:

Das mittel- bzw. langfristig gebundene Vermögen beinhaltet auch den im Anlagevermögen bilanzierten Master-Spezialfonds und hat einen Anteil von 96,5 % am Gesamtvermögen.

Der Anteil des Eigenkapitals ist mit € 74 Mio. gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch den Jahresüberschuss auf 17,6 % vom Gesamtkapital gestiegen. Hauptanteil beim Fremdkapital bilden weiterhin die Rückstellungen, insbesondere für die Sicherung, Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponien. Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist unter Berücksichtigung der erhöhten Leistungen der Sicherung und Sanierung und der damit verbundenen Reduzierung der Rückstellungen sowie der weiteren Tilgung der im Fremdkapital enthaltenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute und des ausgewiesenen Jahresüberschusses gesunken.

Im Geschäftsjahr wurden dem im Anlagevermögen bilanzierten Masterfonds insgesamt Mittel in Höhe von T€ 18.058 zur Finanzierung der Maßnahmen der Sicherung und Sanierung der Deponien im laufenden Geschäftsjahr entnommen.

C. EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2014 haben, sind nicht aufgetreten.

D. CHANCEN UND RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft werden aus heutiger Sicht nachfolgende Chancen und Risiken gesehen:

1. Chancen für die MEAB

- Unabhängig von der in 2011 erfolgten Neubewertung der Mechanisch-Biologischen Abfallbehandlungsanlagen stehen die vorhandenen Kapazitäten der Anlagen an den Standorten Schöneiche und Vorketzin (bis 31.12.2015) weiterhin zur Verfügung und sind ausreichend, um die Entsorgung der kommunalen Restabfälle des Landes Brandenburg entsprechend den laufenden langfristigen Verträgen zu gewährleisten und mögliche Zusatzmengen aus dem Markt zu behandeln.
- Die an den Standorten Vorketzin, Schöneiche und Deetz vorhandenen basisgedichteten Deponieflächen sichern den langfristigen Weiterbetrieb der Deponien und stellen eine wichtige Voraussetzung zur umweltgerechten Abfallbeseitigung im Entsorgungsraum Berlin/Brandenburg dar; zumal es keine weiteren vergleichbar tätigen Deponien mit dem Stand der Technik entsprechenden DK-II-Flächen gibt.
- Durch veränderte Gesetzgebung im Bergrecht dürfen bislang in den Kiesgruben erfolgte Ablagerung von Baureststoffen zukünftig nicht mehr erfolgen. Hieraus eröffnen sich für die MEAB-Deponien neue Chancen.
- Die Kapazitäten von Altdeponien des Landes Brandenburg insbesondere derer, die nach Bergrecht betrieben werden, sind nahezu erschöpft, damit

steigen die Chancen der MEAB, dass bisher dort angelieferte Mengen zukünftig hier ankommen werden.

- Durch die Akquisition von Mengen an mineralischen Stoffen, die für die zu errichtenden Oberflächenabdichtungssysteme im Rahmen der Profilierungsarbeiten und die fachgerechte Abdeckung und Abdichtung der Deponien im Rahmen der Sicherung und Sanierung benötigt werden, besteht die Chance, die eigentlichen Sanierungskosten zu senken.
- Im Kapitalanlagebereich unterliegen die Anlagen der im Master-Spezialfonds gebündelten Wertpapiere den marktüblichen Schwankungen und beinhalten Kurschancen –aber auch Risiken.

2. Risiken für die MEAB

- Ein mögliches weiteres Absinken der Mengen zur Behandlung, Deponierung und Verwertung beeinflusst die Ertragslage des Unternehmens wesentlich. Diesem Risiko wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und einer Anpassung in 2012, 2013 und 2014 durch entsprechende bilanzielle Vorsorge auf Basis derzeitiger Erkenntnisse Rechnung getragen.
- Aus den abgeschlossenen langfristigen Verträgen zur Behandlung von Nativorganik bzw. Verwertung von EBS bestehen Risiken hinsichtlich der Bereitstellung der vertraglichen Mengen wegen rückläufiger Inputmengen sowie der gegenläufigen Marktpreisentwicklungen. Diesem Risiko wurde im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 und einer Anpassung in 2012, 2013 und 2014 durch entsprechende bilanzielle Vorsorge auf Basis derzeitiger Erkenntnisse Rechnung getragen.
- Die Entscheidung zur Wertstofftonne wird sich besonders negativ auf die Möglichkeiten der MEAB niederschlagen. Dies gilt gleichermaßen bei Einführung einer flächendeckenden Bioabfallsammlung in den vertraglich gebundenen Landkreisen. Neben dem erwarteten weiteren Mengentrückgang für die Behandlungsanlagen werden sinkende Heizwerte die Produktion von Ersatzbrennstoffen unmöglich machen und somit die Wirksamkeit langfristiger Lieferverträge in Frage stellen.
- Für alle Deponien besteht das Risiko der gegenüber der Langfristplanung möglichen erhöhten Kosten für die Sicherung und Sanierung, falls ursprünglich geplante kostengünstigere alternative Dichtungssysteme

keine Genehmigung durch die zuständigen Behörden erhalten oder bisherige genehmigungsrechtliche Anforderungen sich verschärfen.

- Für die Deponie Röthehof besteht weiterhin das Risiko, ob die zurückgestellten Mittel für die Beseitigung eines Schadens durch leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe ausreichend sind. Für die Deponien an den Standorten Schöneiche, Vorketzin und Deetz sind aus heutiger Sicht bei gesetzeskonformer Realisierung der Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen die vorhandenen Mittel ausreichend. Es ist nicht auszuschließen, dass bei eventuellen Änderungen der gesetzlichen Anforderungen ein zusätzlicher Finanzmittelbedarf bestehen kann.
- Im Kapitalanlagebereich unterliegen die Anlagen der im Master-Spezialfonds gebündelten Wertpapiere den marktüblichen Schwankungen und beinhalten Kurschancen und -risiken. Daneben können sich durch die Kostenbelastungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen bei einer langanhaltenden Niedrigzinsphase zusätzliche Belastungen ergeben.

E. AUSBLICK

Unter Berücksichtigung der dargestellten Chancen und Risiken wird die MEAB auch weiterhin eine wesentliche Grundlage zur Entsorgungssicherheit für die Länder Berlin und Brandenburg bieten.

Positive Impulse werden aus dem sich leicht abzeichnenden Wirtschaftsaufschwung für die nächsten Jahre erwartet. Auf die negativen Entwicklungen, die sich aus der Entscheidung zur Wertstofftonne bzw. Biotonne ergeben können, wurde im Rahmen der Risikobewertung hingewiesen.

Die Gesellschaft wird alle verfügbaren Mittel und Möglichkeiten einsetzen, um die bestehenden Chancen zu nutzen und die Auswirkungen der möglichen Risiken so gering wie möglich zu halten.

Die Schwerpunkte für das Geschäftsjahr 2015 liegen in der Fortführung der Optimierung der Einzelprozesse sowie der einzelnen Standorte im Unternehmen unter Berücksichtigung der bereits in 2011 bis 2014 getroffenen Vorsorge zu den erkennbaren Risiken. In der Folge der Marktentwicklung ist seit Jahren zu beobachten, dass Entsorgungsleistungen, die auf dem Prinzip der mechanisch-biologischen Behandlung beruhen, unter Marktbedingungen preislich, und damit wettbewerbsfähig, grundsätzlich unterlegen sind. Dieser Entwicklung ist es zuzuschreiben, dass die MEAB mbH in 2014 eine Entscheidung zur Desinvestition getroffen hat, die zu einem Kapazitätsabbau ab 01.01.2016 führt. Es wird derzeit an einem Nachnutzungskonzept gearbeitet.

Synergien, die sich aus dem Prozess der Sicherung und Sanierung und der operativen Geschäftstätigkeit ergeben, werden auch 2015 sinnvoll angewandt.

Im Jahr 2015 hat die MEAB insgesamt € 39,0 Mio. für notwendige Maßnahmen, insbesondere bei der Sicherung, Sanierung und Ertüchtigung der Deponien sowie für die Realisierung von Ersatzinvestitionen zur Sicherung der Verwertung und Beseitigung von Abfällen, eingeplant. Die Finanzierung aller vorgesehenen Maßnahmen erfolgt planmäßig aus Eigenmitteln.

Es ist zu erwarten, dass durch sinkende Mengen insbesondere im Verwertungsbereich die Umsatzentwicklung in 2015 leicht rückläufig sein wird. Vor dem Hintergrund der weiter fort schreitenden Leistungen für die Sicherung und Sanierung der Deponien, der dafür verwendeten Mittel, der aktuellen Zinsentwicklung und dem steigenden Verfüllungsgrad, ist von einem unter 2014 liegenden Zinsergebnis auszugehen. Die Ertragserwartung der Gesellschaft wird unter Berücksichtigung der weiteren Umsetzung der langfristigen konzeptionellen Maßnahmen, insbesondere durch Kostensenkungen und Veränderung der vertraglichen Bedingungen langfristiger Lieferverträge, positiv beurteilt.

Potsdam, 10.04.2015

Dirk-Uwe Michaelis

Bericht der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Märkischen Entsorgungsanlagen–Betriebsgesellschaft mbH, Potsdam, zum 31.12.2014 zu dem Corporate Governance Kodex

1. Geschäftsführung und Aufsichtsrat erklären, dass die MEAB mbH sämtlichen Regeln und Handlungsempfehlungen des von der Gesellschafterversammlung in Kraft gesetzten Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen des Landes Brandenburg an privatrechtlichen Unternehmen in der Neufassung von 2010 entspricht mit Ausnahme folgender Handlungsempfehlungen:

- Angemessene Frauenbeteiligung Geschäftsführung / Führungsfunktionen im Unternehmen

Bewerber bzw. Bewerberinnen für die Funktion eines Geschäftsführers werden gleichberechtigt behandelt. In der jetzigen Geschäftsführung ist keine Frau tätig; in den Führungsfunktionen beträgt der Frauenanteil 50 %.

- Bildung eines Prüfungsausschusses des Aufsichtsrates

Die Funktion eines Prüfungsausschusses wird vom Wirtschaftsausschuss des Aufsichtsrates wahrgenommen, der für den Aufsichtsrat alle kaufmännischen Fragen und auch die Bestellung des Wirtschaftsprüfers und die Empfehlung für zusätzliche Prüfungen bzw. Prüfungsschwerpunkte vorbereitet; den Vorsitz hat die Aufsichtsratsvorsitzende.

2. Vergütungen der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

- Die jährliche Bruttovergütung des Geschäftsführers sowie des ehemaligen Geschäftsführers setzt sich wie folgt zusammen:

Dirk-Uwe Michaelis	2014
Grundgehalt fix	165,0 T€
Anteil variabel	57,0 T€
Sonstiges (Altersvorsorge und Sachbezüge)	38,4 T€

Dr. Bernd Ernst Müller	bis 30.04.2013
Grundgehalt fix	0,0 T€
Anteil variabel	8,0 T€ (Restzahlung für 2013)
Sonstiges (Altersvorsorge und Sachbezüge)	0,0 T€

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht vereinbart.

- Die jährliche Bruttovergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates setzt sich wie folgt zusammen:

- Angaben in T€ -		Pauschale	Sitzungsgeld	gesamt
Jacqueline Tag	AR - Vorsitzende	10,00	0,00	10,00
Günther Schulz	AR - Mitglied	1,53	0,25	1,78
Gisela Wiehoff	AR - Mitglied	1,53	0,25	1,78
Bernhard Remde	AR - Mitglied	1,53	0,25	1,78
Carlo Zandonella	AR - Mitglied	1,02	0,15	1,17

Potsdam, 18.02.2015

Dirk-Uwe Michaelis
Geschäftsführer

Jacqueline Tag
Vorsitzende des Aufsichtsrates

Messe Berlin GmbH

Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns 2014

Messe Berlin GmbH

Grundlagen

Geschäftsmodell des Konzerns

Berlin gehört zu den dynamischsten internationalen Metropolen der Welt. Dieser einzigartige Standort, innovative Messekonzepte, ein erfolgreiches Kongressgeschäft und eine starke internationale Ausrichtung, gepaart mit langjähriger Kompetenz, Professionalität und ausgeprägtem Servicecharakter machen die Unternehmensgruppe Messe Berlin zu einer der erfolgreichsten und umsatzstärksten Messegesellschaften weltweit.

Organisatorische Struktur

Das operative Geschäft unterteilt sich in das von der Messe Berlin oder ihrer Tochtergesellschaften im eigenen Namen durchgeführte Eigenveranstaltungsgeschäft, das Gastveranstaltungs- und Kongressgeschäft sowie das veranstaltungsbezogene Servicegeschäft. Die Messe Berlin GmbH fungiert als Konzernobergesellschaft für insgesamt 12 direkt oder indirekt gehaltene vollkonsolidierte Tochtergesellschaften sowie ein Gemeinschaftsunternehmen. Die Konzernstruktur basiert vorwiegend auf operativen Notwendigkeiten.

Segmente und Absatzmärkte

Neben den internationalen Leitmessen Internationale Grüne Woche Berlin, ITB Berlin – THE WORLD'S LEADING TRAVEL TRADE SHOW®, IFA – Consumer Electronics Unlimited, InnoTrans – Internationale Fachmesse für Verkehrstechnik, Innovative Komponenten – Fahrzeuge – Systeme, FRUIT LOGISTICA – Internationale Messe für Früchte- und Gemüsemarketing, Berlin und ILA Berlin Air Show - Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung und Konferenzen hält das Veranstaltungsportfolio der Messe Berlin zahlreiche weitere Highlights im Messe- und Kongressbereich bereit. Über 100 regionale, nationale und internationale Eigen- und Gastveranstaltungen finden jährlich auf den Berliner Messegeländen, in Deutschland und weltweit statt.

Mit der Entwicklung neuer Messen im Ausland unterstützt die Messe Berlin den Wunsch ihrer Aussteller nach internationaler Expansion. So bieten die ASIA FRUIT LOGISTICA in Hongkong, die Aqua Ukraine in der Ukraine, die Water Sofia in Bulgarien sowie die ITB Asia in Singapur zusätzliche Präsentationsplattformen.

Standorte

Die Messe Berlin GmbH hat ihren Sitz in Berlin. Das Messegelände Berlin ExpoCenter City im Herzen Berlins beherbergt auf 170.000 qm, verteilt auf 26 Messehallen, viele internationale Leitmessen. In unmittelbarer Nachbarschaft zum Südeingang des Berlin ExpoCenter City eröffnete die Messe Berlin am 5. Mai 2014 die multifunktionale Messe-, Kongress- und Eventarena CityCube Berlin, die sowohl als Erweiterung der Hallenfläche für Messen als auch als zusätzlicher Kongressstandort dient. Angrenzend an den Flughafen Schönefeld befindet sich das Messegelände Berlin ExpoCenter Airport. Viele Freiflächen, Hallen ohne Säulen und eine große Kapazität an Parkplätzen bieten Raum für außergewöhnliche Messeideen und größtmögliche Flexibilität.

Zwei Tochtergesellschaften, die Messe Berlin Singapore Pte. Ltd. (MBS) und die Global Produce Events GmbH (GPE) sowie 85 Auslandsvertretungen in über 150 Ländern auf allen fünf Kontinenten nehmen die Interessen der Unternehmensgruppe im Ausland wahr und bieten Ausstellern und Besuchern weltweit ein umfassendes Dienstleistungsportfolio und eine kompetente und individuelle Beratung vor Ort.

Ziele und Strategien

Ziel der Messe Berlin ist es, die Dynamik des letzten Jahrzehnts durch weiteres deutliches Umsatzwachstum und sich kontinuierlich verbessernde Profitabilität fortzusetzen, um so das Marktwachstum der vergangenen Jahre erneut zu übertreffen und Marktanteile zu gewinnen. Dabei wird aufgrund von Überkapazitäten und stagnierenden Aussteller- und Besucherzahlen ein in Deutschland sich weiter verschärfender Wettbewerb erwartet.

Zur Umsetzung der geplanten Wachstumsstrategie wird die Gesellschaft die TOP 5 Leitmessen sichern, weitere Veranstaltungen konzeptionieren und entwickeln sowie das Kongressgeschäft am Standort Berlin weiter ausbauen. So wurden im Geschäftsjahr 2014 mit der Stage|Set|Scenery und MOTORWORLD Classics Berlin zwei neue Messekonzepte entwickelt, die im Jahr 2015 an den Start gehen. Zur Absicherung der Interessen der Messe Berlin wird auch die Internationalisierung und hier insbesondere der Ausbau der Aktivitäten in Asien und im Mittleren Osten weiter vorangetrieben. Die bestehenden Auslandsveranstaltungen ASIA FRUIT LOGISTICA und ITB Asia, welche die Marken FRUIT LOGISTICA bzw. ITB an die Messeplätze Hongkong und Singapur exportierten, sind in den letzten Jahren stetig gewachsen und vorbildlich für weitere Auslandsprojekte. Das sorgfältige Abwägen der Chancen und Risiken für jede Auslandsinvestition gehört dabei zu unserer strategischen Ausrichtung.

Darüber hinaus wird sich die Messe Berlin im internationalen Wettbewerb noch effizienter aufstellen. Ein Weg zu mehr Dynamik und Effizienz wird in einem verbesserten Operations-Management (Organisation, Prozesse, IT) gesehen. Piloten für erste Prozess- und Organisationsuntersuchungen waren die technischen Bereiche und der Bereich Finanzen. Das Projekt wurde im Sommer 2014 abgeschlossen. Ein Handlungsprogramm zur Optimierung der Prozesse wurde erstellt, das die Gesellschaft in den kommenden Jahren abarbeiten wird.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2014 stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren preisbereinigt um 1,5% gewachsen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts fiel jedoch um 0,4% schwächer aus, als noch zu Beginn des Jahres erwartet worden war. Geopolitische Turbulenzen und die ungünstige Entwicklung im Euroraum hatten die Konjunktur deutlich eingetrübt. Erst im letzten Quartal zeigten sich wieder positive konjunkturelle Signale. Die Euroabwertung trug zu einer spürbaren Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie kamen die Impulse für den Aufschwung von den privaten Konsumausgaben und den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten. Die Weltwirtschaft ist nach Angaben des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2014 – insbesondere befördert durch die Dynamik der Volkswirtschaften in USA, Großbritannien und China – um 3,3% gestiegen.

Der Branchenverband Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA) verzeichnet nach bisher vorliegenden Ergebnissen für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Anstieg von 3% an ausländischen Ausstellern und einen Rückgang von 1% an inländischen Ausstellern. Verglichen wurden 176 internationale und nationale Messen am Messeplatz Deutschland mit ihrer jeweiligen Vorveranstaltung. Die Besucherzahlen wuchsen ebenfalls um 1%, während die Aussteller-Standfläche mit absolut 6.800.000 qm unverändert blieb. Insgesamt zeige die Erhebung eine unverändert hohe Wertschätzung von Messen als Dialoginstrument.

Geschäftsverlauf

Für die Messe Berlin ist das Geschäftsjahr 2014 außerordentlich gut gelaufen. Die Unternehmensgruppe weist einen Rekordumsatz von EUR 269,4 Mio. (Vorjahr EUR 187,6 Mio.) und einem Konzerngewinn von EUR 4,8 Mio. (Vorjahr EUR 0,8 Mio.) aus.

28.709 ausstellende Unternehmen (Vorjahr 24.230) aus dem In- und Ausland haben am Messeplatz Berlin ihre Produkte und Dienstleistungen präsentiert. 1.944.635 Besucher (Vorjahr 1.404.430) kamen zu unseren 17 Eigenveranstaltungen (Vorjahr 14) und 52 Gastveranstaltungen (Vorjahr 44) an die Standorte Berlin ExpoCenter City und Berlin ExpoCenter Airport. Darüber hinaus fanden weitere 28 Veranstaltungen (Vorjahr 28) an Standorten außerhalb von Berlin statt, darunter u. a. die ITB Asia in Singapur, die ASIA FRUIT LOGISTICA in Honkong oder die Internationale Zulieferbörse in Wolfsburg. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 von uns 2.481.352 qm Bruttofläche (Vorjahr 1.750.440) an 35.284 ausstellende Unternehmen vermietet (Vorjahr 30.290). 2.482.785 Besucher (Vorjahr 1.932.230) aus dem In- und Ausland wurden von uns gezählt.

Modemesse PANORAMA weiter auf Wachstumskurs

Das Veranstaltungsjahr 2014 startete modisch mit der PANORAMA auf dem ExpoCenter Airport. Die Modemesse erweiterte ihre Ausstellungsfläche um 6.000 qm mit zwei neuen Bereichen. Zur Veranstaltung im Juli zog die PANORAMA auf das Messegelände ExpoCenter City um, da die Nachfrage nach Flächen auf dem Gelände ExpoCenter Airport nicht mehr bedient werden konnte. Mit dem Umzug ging ein Wachstum von 37% einher.

Eröffnung einer neuen Großküche und Start der Marke Prime Catering

Nach zehn Monaten Bauzeit wurde im Februar 2014 die neue Hauptküche der Messe Berlin eröffnet. Damit ist bei der Servicetochter, der Capital Catering GmbH (CCG), die aktuell modernste Großküche Berlins im Einsatz. Die Eröffnung der Hightech-Küche war gleichzeitig der Startschuss für die neue exklusive Catering-Marke des Unternehmens: Prime Catering. Damit erweiterte die CCG ihr Portfolio und bietet in Berlin ein erlesenes Outside-Catering für Galaabende und gehobene Veranstaltungen an.

Die neue Großküche erstreckt sich über zwei Etagen und befindet sich direkt auf dem Messegelände. Rund EUR 4,3 Mio. wurden investiert. Mit Spülzentrum und Wirtschaftsräumen beläuft sich die Gesamtfläche der Küche auf knapp 2.000 qm.

Stilllegung des Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC)

Im April 2014 fand die letzte Großveranstaltung im Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC Berlin) statt, da die Genehmigung zur Durchführung von Veranstaltungen am 30. Juni 2014 endete. Das ICC Berlin bleibt nach der Grundlagenvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Messe Berlin GmbH weiterhin in der Verantwortung der Messe Berlin. Die Kosten für Einleitung des Stillstandsbetriebs als auch die laufenden Kosten zur Aufrechterhaltung des ICC Berlin als Versammlungsstätte trägt die Messe Berlin und ist dazu in laufender und enger Abstimmung mit dem Land Berlin.

Eröffnung CityCube

Nach nur 22 Monaten Bauzeit wurde die neue multifunktionale Messe- und Kongresshalle CityCube Berlin am 5. Mai 2014 eröffnet. Der hochmoderne Neubau mit zwei Hauptebenen, flexiblen Wandsystemen und einer direkten Anbindung an das angrenzende Messegelände ermöglicht mit einer Nettogeschossfläche von ca. 33.000 qm, einer Nutzfläche von ca. 22.000 qm, einer Ausstellungsfläche von 12.030 qm sowie 47 Meetingräumen und 30 Büros, Suiten und Besprechungsräumen auch die Durchführung großer Veranstaltungen von bis zu 11.000 Teilnehmern.

Zum Auftakt tagte vom 11. bis 16. Mai 2014 der Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Direkt im Anschluss fand der Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) im CityCube Berlin statt.

Die Arbeiten an den Außenanlagen sowie Restarbeiten am Gebäude des CityCube dauerten noch bis August 2014 an. Am 27. August 2014 erteilte die oberste Bauaufsicht des Landes Berlin die endgültige Nutzungsfreigabe. Damit ist der CityCube nunmehr eine dauerhaft genehmigte Versammlungsstätte. Mit der IFA – Consumer Electronics Unlimited wurde im September dann auch erstmalig eine Messe im CityCube durchgeführt.

Der CityCube Berlin konnte alle Veranstaltungen, die zuvor im ICC stattgefunden haben, für den Berliner Kongressstandort halten. Die Nachfrage nach dem CityCube übersteigt jedoch bereits jetzt seine Kapazität.

InnoTrans 2014 wuchs in allen Kategorien

Die zehnte Auflage der InnoTrans war ein Branchenevent der Superlative. In allen relevanten Kategorien konnte die internationale Leitmesse für Verkehrstechnik Zuwächse verzeichnen. So haben vom 23. bis 26. September 2.758 Aussteller aus 55 Ländern in Berlin ihre bahntechnischen Innovationen präsentiert. Dabei lag der Anteil der ausländischen Aussteller bei 61 Prozent. Insgesamt kamen aus über 100 Ländern 138.872 Fachbesucher auf die InnoTrans 2014. Die Nettofläche des komplett belegten Messegeländes Berlin ExpoCenter City betrug 102.843 qm.

Gegenüber der vergangenen InnoTrans im Jahr 2012 bedeutet das ein Aussteller- und Fachbesucherplus von zehn Prozent. Die internationale Ausstellerbeteiligung ist um vier und die Nettoausstellungsfläche um zwei Prozentpunkte gestiegen. Highlight der InnoTrans 2014 waren die 145 neuen Schienenfahrzeuge auf dem Frei- und Gleisgelände. Insgesamt wurden in Berlin 140 Weltpremieren vorgestellt – ein überzeugender Beweis für die Innovationskraft der Bahnindustrie und die Bedeutung der Fachmesse als Marketingplattform und Innovationstreiber.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Lage des Konzerns und der Messe Berlin GmbH

Wir beurteilen die wirtschaftliche Lage des Konzerns positiv. Das Geschäftsjahr 2014 wurde außerordentlich erfolgreich abgeschlossen. Die gesteckten Ziele haben wir erreicht. Die Wachstumsdynamik der letzten zehn Geschäftsjahre konnte – bei kontinuierlicher Verbesserung der Profitabilität – fortgesetzt werden.

Das vormals umsatzstärkste Jahr der Unternehmensgeschichte 2012 (Konzernumsatz: EUR 246,8 Mio.) wurde im Geschäftsjahr 2014 noch einmal um EUR 22,6 Mio. übertroffen und ein Gesamtumsatz im Konzern in Höhe von EUR 269,4 Mio. erzielt. Dies entspricht einer Umsatzsteigerung von 9,2%. Die Messe Berlin vergleicht jeweils die Zahlen gerader oder ungerader Jahre miteinander, weil bestimmte Messen nur alle zwei Jahre stattfinden. In den geraden Geschäftsjahren organisiert das Unternehmen unter anderem die Bautech – Internationale Fachmesse für Bauen und Gebäudetechnik, die ILA Berlin Air Show - Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung und Konferenzen und die Bahntechnik- und Mobilitätsmesse InnoTrans.

Das operative Ergebnis (EBIT) der Unternehmensgruppe ist 2014 im Vergleich zum Referenzjahr 2012 um EUR 1,3 Mio. gestiegen. Die Umsatzrendite (EBIT/Umsatz) erhöhte sich von 3,8% auf 4,0%. Der prognostizierte Umsatz für das Jahr 2014 (EUR 247,2 Mio.) wurde um EUR 22,2 Mio. (9,0%), das prognostizierte operative Ergebnis (EBIT) um EUR 2,4 Mio. (28,6%) übertroffen.

Mehrjahresvergleich

Messe Berlin Konzern	2014	2013	2012	2011
	EUR Mio.	EUR Mio.	EUR Mio.	EUR Mio.
Umsatzerlöse	269,4	187,6	246,8	182,1
Bestandsveränderungen unfertige Leistungen	-0,2	0,1	0,0	-0,1
Sonstige betriebliche Erträge	7,0	6,8	6,5	6,2
Materialaufwand	-175,4	-118,3	-158,8	-115,3
Personalaufwand	-53,2	-46,3	-46,6	-45,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-28,7	-19,3	-33,6	-19,2
Beteiligungsergebnis	0,1	0,0	0,0	0,0
EBITDA	19,0	10,6	14,3	8,7
EBITDA %	7,1%	5,7%	5,8%	4,8%
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-8,2	-5,9	-4,8	-6,0
EBIT	10,8	4,7	9,5	2,7
EBIT %	4,0%	2,5%	3,8%	1,5%
Zinsergebnis	-2,3	-2,1	-1,3	-0,5
Steuern	-2,9	-1,3	-2,2	-1,1
Ergebnisanteile Minderheiten	-0,8	-0,5	-0,6	-0,7
Jahresergebnis	4,8	0,8	5,4	0,4

Ertragslage

Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Konzernumsatz um 43,6% höher. Der überproportionale Anstieg des Materialaufwandes (48,3%) ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Aufwendungen für die Instandhaltung des Messegeländes und die Stilllegung des ICC Berlin zurückzuführen.

Der Personalaufwand stieg im Geschäftsjahr im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen (plus 3% seit dem 1. März 2014) und Neueinstellungen. Unsere Konzerntochter K.I.T. Group GmbH hat ihr Geschäft erweitert und im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt 13 Mitarbeiter mehr beschäftigt.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Konzern resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung der Drohverlustrückstellungen bei der Messe Berlin.

Die Investitionen in die Erweiterung der Geländekapazitäten begründen den Anstieg der Abschreibungen um EUR 2,3 Mio. und den moderaten Anstieg des negativen Zinsergebnisses um EUR 0,2 Mio. Für die Fremdfinanzierung des CityCube Berlin wurde das Risiko in Bezug auf die Zinsbindung gestreut und EUR 21,0 Mio. mit variablen Zinssätzen (in Abhängigkeit vom 6-Monats-Euribor) finanziert. Die Messe Berlin profitiert aktuell von den niedrigen Zinsen.

Messe Berlin Konzern	2014	2013	Veränderung	
	EUR Mio.	EUR Mio.	EUR Mio.	%
Umsatzerlöse	269,4	187,6	81,8	43,6
Bestandsveränderungen unfertige Leistungen	-0,2	0,1	-0,3	>-100,0
Sonstige betriebliche Erträge	7,0	6,8	0,2	2,9
Materialaufwand	-175,4	-118,3	-57,1	48,3
Personalaufwand	-53,2	-46,3	-6,9	14,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-28,7	-19,3	-9,4	48,7
Beteiligungsergebnis	0,1	0,0	0,1	n. a.
EBITDA	19,0	10,6	8,4	79,2
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-8,2	-5,9	-2,3	39,0
EBIT	10,8	4,7	6,1	>100,0
Zinsergebnis	-2,3	-2,1	-0,2	9,5
Steuern	-2,9	-1,3	-1,6	>100,0
Ergebnisanteile Minderheiten	-0,8	-0,5	-0,3	60,0
Jahresergebnis	4,8	0,8	4,0	>100,0

Bei der Muttergesellschaft, der Messe Berlin GmbH, wurden EUR 187,3 Mio. Umsatz erwirtschaftet und ein operatives Ergebnis vor Zinsen und Steuern in Höhe von EUR 8,6 Mio. (Vorjahr EUR 3,1 Mio.) erzielt. Zum Referenzjahr 2012 ist hier der Umsatz um EUR 15,4 Mio. (9,0%) angestiegen. Der Wirtschaftsplan 2014 der Messe Berlin GmbH wurde beim Umsatz um EUR 6,0 Mio. übertroffen. Dies unterstreicht auch die positive Entwicklung der internationalen Leitmessen der Messe Berlin.

Messe Berlin GmbH	2014	2013	Veränderung	
	EUR Mio.	EUR Mio.	EUR Mio.	%
Umsatzerlöse	187,3	133,0	54,3	40,8
Sonstige betriebliche Erträge	9,7	9,3	0,4	4,3
Materialaufwand	-131,6	-93,9	-37,7	40,1
Personalaufwand	-32,1	-27,1	-5,0	18,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29,4	-20,3	-9,1	44,8
Beteiligungsergebnis	10,9	6,0	4,9	81,7
EBITDA	14,8	7,0	7,8	>100,0
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-6,2	-3,9	-2,3	59,0
EBIT	8,6	3,1	5,5	>100,0
Zinsergebnis	-1,6	-1,4	-0,2	14,3
Steuern	-1,3	0,1	-1,4	>-100,0
Jahresergebnis	5,7	1,8	3,9	>100,0

Eigenveranstaltungen

Von der Messe Berlin GmbH wurden im Geschäftsjahr 2014 17 Eigenveranstaltungen (Vorjahr 13) an den Standorten Berlin ExpoCenter City und ExpoCenter Airport durchgeführt. Weitere 28 Eigenveranstaltungen (Vorjahr 28) der Unternehmensgruppe wurden an weiteren nationalen und internationalen Standorten veranstaltet. 1.826.950 qm Bruttofläche Fläche (Vorjahr 1.375.940 qm) wurden im Namen der Messe Berlin GmbH, der MW Messe- und Ausstellungs- und Dienstleistungsgesellschaft Wolfsburg mbH, der E.G.E. European Green Exhibitions GmbH, der MAZ Messe- und Ausstellungszentrum Mühlengiez GmbH, der Global Produce Events GmbH oder der Messe Berlin (Singapore) Pte. Ltd. vermietet. 30.484 ausstellende Unternehmen (Vorjahr 25.700) und 2.092.340 Besucher (Vorjahr 1.681.730) wurden im Segment Eigenveranstaltungen für das Geschäftsjahr 2014 gezählt. Die Umsatzerlöse sind im Segment Eigenveranstaltungen von EUR 91,4 Mio. in 2013 auf EUR 134,4 Mio. angestiegen. Zum Referenzjahr 2012 ist der Umsatz in diesem Segment um EUR 15,5 Mio. gewachsen.

Kongresse und Gastveranstaltungen

Das Kongressgeschäft im Jahr 2014 war geprägt von der Schließung des ICC Berlin und der fulminanten Eröffnung des CityCube Berlin am 5. Mai 2014 mit dem DGB Bundeskongress und dem internationalen Gewerkschaftskongress. Neben etablierten medizinischen Kongressen wie dem Deutschen Chirurgenkongress und dem Hauptstadtkongress Medizin & Gesundheit konnten wir mit der Deutschen Diabetesgesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Senologie weitere Medizinveranstaltungen begrüßen. Dazu kamen eine Vielzahl neuer Corporate-Events hinzu (Siemens, NetApp, SAP), so dass im Ergebnis der Kongressbereich mit EUR 11,8 Mio. Umsatz deutlich über Plan (plus EUR 3,5 Mio.) abgeschnitten hat. Ein weiteres Highlight war die Tagung des Weltverbandes der Kongresszentren (AIPC) im Juli 2014, zu der sich die gesamte globale Kongressszene im CityCube versammelte.

Das Gast-Messegeschäft verlief 2014 in ruhigeren Bahnen, konnte aber mit einem Umsatz in Höhe von EUR 6,5 Mio. ebenfalls über Plan (plus EUR 0,5 Mio.) abschließen. Zu den herausragenden Messen gehörten der jährliche Stammkunde „Coil Winding“, die „InterGeo“, mit der ein mehrjähriger Rahmenvertrag geschlossen werden konnte, und der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag.

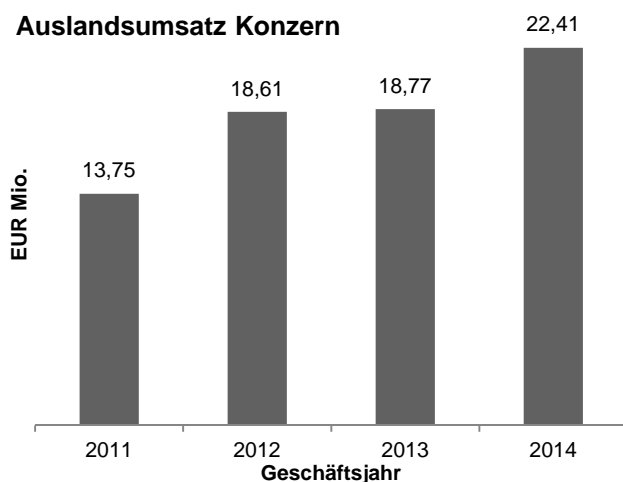
Tochtergesellschaften im In- und Ausland

Die K.I.T. Group GmbH, an der die Messe Berlin GmbH zu 75% beteiligt ist, ist eine professionelle Kongressagentur (PCO = professional conference organiser). Ihr Kerngeschäft ist die Planung und Organisation von Kongressen, Meetings und Messen. Im Geschäftsjahr 2014 lag der Umsatz im Teilkonzern K.I.T. Group GmbH, bestehend aus der Muttergesellschaft K.I.T. Group GmbH und zwei Tochtergesellschaften, mit EUR 41,3 Mio. (Vorjahr EUR 23,4 Mio.) deutlich über Plan (EUR 34,3 Mio.). Außerhalb des Planes konnte der EAACI (European Academy of Allergy and Clinical Immunology)

Kongress, Kopenhagen akquiriert werden. Darüber hinaus konnten bei der Fanmeile zur Fußball WM weitere Sponsoringeinnahmen generiert werden. 35% ihres Umsatzes erwirtschaftete die Gruppe im Ausland (Vorjahr 52,2%).

Die MB (Singapore) Pte. Ltd. erwirtschaftete mit ihrer Veranstaltung ITB Asia in 2014 einen Umsatz von EUR 2,9 Mio. (Vorjahr EUR 2,7 Mio.). Zu der Veranstaltung im Oktober kamen 9.650 Besucher (Vorjahr 9.100), 15.000 qm Bruttofläche (Vorjahr 12.000 qm Bruttofläche) wurden im Marina Bay Sands Expo and Convention Center in Singapur an 750 ausstellende Unternehmen (Vorjahr 830) vermietet.

Die Global Produce GmbH veranstaltet jährlich im September die ASIA FRUIT LOGISTICA – International Trade Fair for Fruit and Vegetable Marketing. Angebotschwerpunkte sind Gemüse, Lagertechnik, Nüsse, Obst, ökologische Produkte. Im Geschäftsjahr 2014 erzielte die Gesellschaft einen Umsatz von EUR 2,5 Mio. (Vorjahr EUR 2,0 Mio.). Hier wurde 15.600 qm Bruttofläche (Vorjahr 13.360 qm) an 480 Aussteller (Vorjahr 370) vermietet. Die Veranstaltung zählte 8.100 Besucher (Vorjahr 6.500).



Servicegesellschaften

Die Servicetochter Capital Catering GmbH (CCG) kümmert sich als Tochterunternehmen der Messe Berlin um das leibliche Wohl der Mitarbeiter und Gäste der Messe Berlin und um Drittmarktkunden. Das Kerngeschäft der CCG liegt auf dem Berlin ExpoCenter City und dem ExpoCenter Airport. Dort übernimmt die CCG die gastronomische Betreuung von Tagungen, Seminaren, Kongressen und Ausstellungen. Zudem werden der Funkturm und das Funkturm-Restaurant von der CCG betrieben.

Neben der Besucher- und Mitarbeiterversorgung betreut die CCG, mit der neu gegründeten Marke Prime Catering, Veranstaltungen im Outside Catering und richtet große Events professionell aus. So war Prime Catering im Geschäftsjahr auch für die Durchführung des traditionellen Sommerfestes der Wirtschaft (VBKI) verantwortlich.

Über 1.000 Gäste feierten am 30. August 2014 im Kronprinzenpalais – Unter den Linden.

Bei der CCG sind im Durchschnitt 116 festangestellte Mitarbeiter und bei großen Ereignissen bis zu 400 Aushilfen beschäftigt. Der Umsatz der CCG (EUR 13,6 Mio.; Vorjahr EUR 10,8 Mio.) liegt 6,3% über dem Plan.

Die MB Capital Services GmbH (CSG), die Servicetochter für die Organisation und weltweite Umsetzung von Konzepten für die Teilnahme an internationalen Events, Messen, Kongressen und sonstigen Veranstaltungen erzielte zusammen mit ihrer Tochtergesellschaft, der CSG-Team GmbH, im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von EUR 27,2 Mio. (Vorjahr EUR 21,1 Mio.). Davon wurden EUR 8,2 Mio. Umsatz (Vorjahr EUR 6,4 Mio.) an die Messe Berlin erbracht.

Die im Geschäftsjahr 2014 angestiegenen Umsätze der Servicetochtergesellschaften CCG und CSG sind auch auf die Abhängigkeit vom Messegewerbe und das sehr erfolgreiche Messejahr 2014 zurückzuführen. So konnte die CSG im Geschäftsjahr bei den führenden Leitmessen sehr gute Umsätze in den Geschäftsfeldern Standbau und Werbeflächenvermietung erzielen.

Das Gemeinschaftsunternehmen ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH (ECA), ein Joint Venture der ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und der Messe Berlin GmbH, verwaltet das von ihr in 2012 errichtete Veranstaltungsgelände ExpoCenter Airport in Selchow. Die Geschäftsentwicklung der ECA basiert maßgeblich auf dem Erfolg der Geländeübermarktung durch die Messe Berlin GmbH. Aufgrund des Betreibervertrages mit der Messe Berlin erhält die Gesellschaft einen Fixpacht- und einen Umsatzpachtzins. Im Frühsommer 2014 gastierte die ILA Berlin Airshow zum zweiten Mal auf dem Gelände. Die nicht erfolgte Eröffnung des Berliner Flughafens BER und die hiermit im Zusammenhang stehenden geplanten infrastrukturellen und nicht erfolgten öffentlichen Anbindungen haben sich für den Vertrieb des Geländes allerdings negativer ausgewirkt als zunächst angenommen. Darüber hinaus brachte das Geschäftsjahr – aufgrund des außergewöhnlichen Wachstums der Veranstaltung - den Wegzug der Modemesse PANORAMA vom ECA-Gelände mit sich. Die Gesellschaft schloss mit einem Umsatz von EUR 1,9 Mio. (Vorjahr EUR 1,6 Mio.) und einem Jahresfehlbetrag von EUR 0,4 Mio. (Vorjahr EUR 0,6 Mio.). Das Ergebnis des Gemeinschaftsunternehmens fließt quotaal in den Konzernabschluss ein.

Geschäftszweck der Capital Facility GmbH (CFG) ist im Wesentlichen die Erbringung von Dienstleistungen für die technische und infrastrukturelle Betreuung der Liegenschaften und des Messebetriebs der Messe Berlin und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Auch die Geschäftsentwicklung der CFG verlief im Geschäftsjahr positiv. Die Schließung des ICC im Sommer 2014 und die damit einhergehende Reduzierung der Wartungs- und Instandhaltungsleistungen, einschließlich des Übergangs in die Stillstandswartung dieses Objekts, verminderten die Umsätze in diesem Geschäftsfeld. Die Reduktion wurde allerdings durch die Übernahme der Betreuung des Werbemittelagers ab 1. Januar 2014 sowie die Übernahme von Wartungs- und Instandhaltungsleistungen für den CityCube Berlin ab Mai 2014 überkompensiert.

Sondereinflüsse auf die Ertragslage

Im Oktober wurden Maßnahmen für die Sicherung und Stilllegung des ICC eingeleitet, die voraussichtlich im III. Quartal 2015 abgeschlossen sind. Einmalkosten in Höhe von rund EUR 4,0 Mio. für Stilllegungsmaßnahmen wie die Teilstilllegung von technischen Anlagen, Anpassungen von Steuerungen, Installation von Notversorgungen, Modifizierung der Gebäudeleittechnik und Überwachungsanlagen sowie Nachrüstungen an Fenstern, Türen und Toren gehen zu Lasten der Messe Berlin GmbH und belasten das Ergebnis des Geschäftsjahres 2014. EUR 2,8 Mio. der geschätzten Gesamtaufwendungen aus der Verpflichtung zur Stilllegung des ICC wurden durch die Bildung einer Rückstellung berücksichtigt.

Finanz- und Vermögenslage

Der positive Cash Flow aus dem laufenden operativen Geschäft betrug EUR 18,4 Mio. (Vorjahr EUR 0,0 Mio.). Ursächlich für die Verbesserung ist der Konzernjahresüberschuss vor Minderheiten in Höhe von EUR 5,5 Mio., die im Ergebnis enthaltenen – nicht zahlungswirksamen – Abschreibungen in Höhe von EUR 8,2 Mio. sowie die Zunahme der Rückstellungen um EUR 9,3 Mio. (u. a. Anstieg der Drohverlustrückstellungen um EUR 4,1 Mio. und Instandhaltungsverpflichtungen um EUR 4,0 Mio.). Gegenläufig wirkte im Wesentlichen der – dem Messezyklus geschuldete – Anstieg der Kundenforderungen und übriger Aktiva in Höhe von EUR 4,9 Mio.

Kapitalflussrechnung Konzern

in Mio. EUR (Kurzfassung)	2014	2013
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	18,4	0,0
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-37,0	-42,5
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-2,6	42,8
Veränderung Finanzmittelfonds	-21,2	0,3
Wechselkurs- und Konsolidierungskreis bedingte Änderungen Finanzmittelfonds	0,1	0,0
Finanzmittelfonds zum 01. Januar	65,9	65,6
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	44,8	65,9

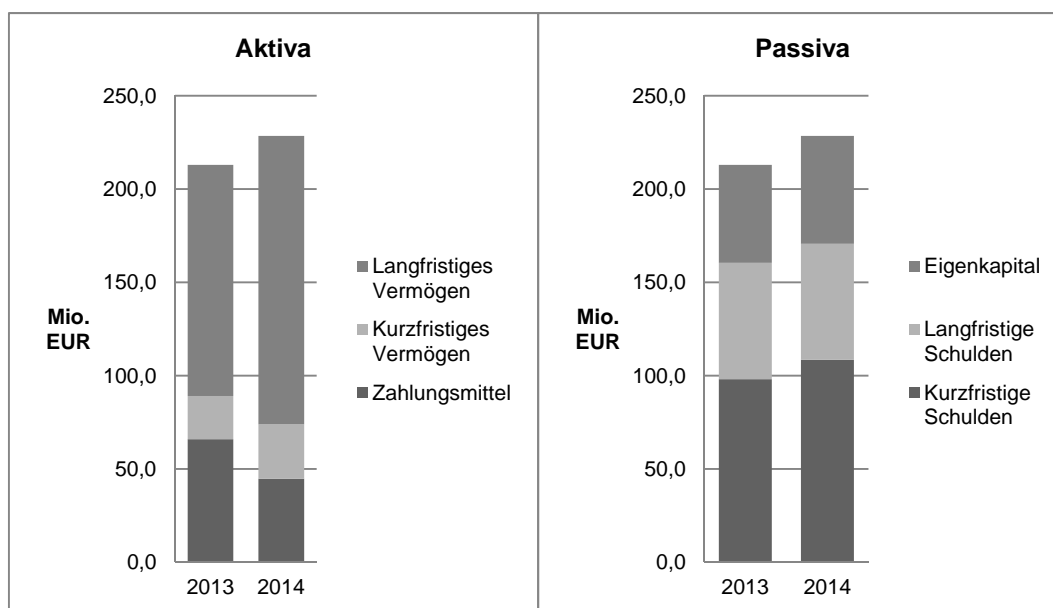
Der negative Cash Flow aus der Investitionstätigkeit lag mit EUR 37,0 Mio. um EUR 5,5 Mio. unter dem Vorjahr. Hier stehen im Wesentlichen Auszahlungen für Sachanlagevermögen in Höhe von EUR 38,7 Mio. Einzahlungen aus Investitionszuschüssen in Höhe EUR 3,0 Mio. gegenüber. Für die Errichtung des CityCube Berlin inklusive Außenanlagen flossen im Geschäftsjahr EUR 32,4 Mio. (Vorjahr EUR 37,5 Mio.), für den Bau der Zentralküche EUR 0,6 Mio. (Vorjahr EUR 3,6 Mio.).

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit war mit EUR 2,6 Mio. negativ (Vorjahr EUR 42,8 Mio.) und beinhaltete die Tilgung von Darlehen (EUR 2,4 Mio.) sowie Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter (EUR 0,2 Mio.).

Bei der Messe Berlin GmbH stellt sich die Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

Kapitalflussrechnung Messe Berlin GmbH		
in Mio. EUR (Kurzfassung)	2014	2013
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	19,8	-2,9
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-36,3	-41,5
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-2,4	43,2
Veränderung Finanzmittelfonds	-18,9	-1,2
Finanzmittelfonds zum 01. Januar	45,8	47,0
Finanzmittelfonds zum 31. Dezember	26,9	45,8

Zum Bilanzstichtag betrug die Bilanzsumme der Unternehmensgruppe EUR 228,5 Mio. gegenüber EUR 213,0 Mio. zum Vorjahr. Die Bilanzstruktur zeigt folgendes Bild:



Als langfristiges Vermögen gilt das Anlagevermögen sowie Vermögensgegenstände, deren Realisierung außerhalb von 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag erwartet wird.

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 31,8 Mio. von EUR 122,8 Mio. auf EUR 154,6 Mio. angestiegen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen in den Neubau unserer multifunktionalen Kongress- und Messehalle CityCube Berlin, in deren Außenanlagen sowie in den Investitionen in die neue Zentralküche. Der Anteil des gesamten Anlagevermögens an der Bilanzsumme erhöhte sich von 57,7% auf 67,6%.

Das kurzfristige Vermögen setzt sich hauptsächlich aus Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Vermögensgegenständen zusammen und ist im Vergleich zum Vorjahr um EUR 15,2 Mio. zurückgegangen. Dies resultiert insbesondere aus dem Rückgang der liquiden Mittel um EUR 21,1 Mio., während die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände um EUR 5,6 Mio. angestiegen sind.

Das gute Ergebnis des Geschäftsjahres hat unsere Finanzstruktur weiter verbessert. Das Eigenkapital hat sich um EUR 5,3 Mio. erhöht. Die Eigenkapitalquote ist von 24,6% auf 25,3% angestiegen.

In den langfristigen Schulden sind im Wesentlichen die Kreditverbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre in Höhe von EUR 37,1 Mio. (Vorjahr EUR 40,4 Mio.) enthalten. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus Tilgung der Darlehen in Höhe von EUR 2,4 Mio. Darüber hinaus betrachten wir den Sonderposten für Investitionszuschüsse (Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr um EUR 2,6 Mio.) und Pensionsrückstellungen als langfristige Schulden. Die historisch tiefe Zinslage hat zu einer Absenkung des Abzinsungssatzes und damit zu einer Erhöhung der Pensionsverpflichtungen um EUR 0,7 Mio. geführt.

Die kurzfristigen Schulden umfassen sonstige Rückstellungen und Steuerrückstellungen in Höhe von EUR 48,6 Mio. (Vorjahr EUR 40,0 Mio.), erhaltene Anzahlungen (EUR 25,2 Mio.; Vorjahr EUR 28,1 Mio.), kurzfristigen Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (EUR 20,2 Mio.; Vorjahr EUR 19,3 Mio.), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (EUR 8,1 Mio.; Vorjahr EUR 5,2 Mio.), sonstige Verbindlichkeiten (EUR 5,1 Mio.; Vorjahr EUR 4,1 Mio.) und passive Rechnungsabgrenzungsposten (EUR 1,3 Mio.; Vorjahr EUR 1,4 Mio.). Im Berichtsjahr sind die kurzfristigen Schulden um insgesamt EUR 10,4 Mio. angestiegen. Grund hierfür ist vor allem der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um EUR 8,5 Mio. (im Wesentlichen Stilllegungs- und Instandhaltungsverpflichtungen sowie Drohverlustrückstellungen).

Konzern			Veränderung	%
EUR Mio.	2014	2013		
Langfristiges Vermögen	154,6	123,9	30,7	24,8
Kurzfristiges Vermögen	73,9	89,1	-15,2	-17,1
Aktiva	228,5	213,0	15,5	7,3
Eigenkapital	57,8	52,5	5,3	10,1
Langfristige Schulden	62,2	62,4	-0,2	-0,3
Kurzfristige Schulden	108,5	98,1	10,4	10,6
Passiva	228,5	213,0	15,5	7,3

Bei der Messe Berlin stellt sich die Vermögens- und Kapitalstruktur wie folgt dar:

Messe Berlin GmbH			Veränderung	%
EUR Mio.	2014	2013		
Langfristiges Vermögen	153,2	120,6	32,6	27,0
Kurzfristiges Vermögen	55,0	69,3	-14,3	-20,6
Aktiva	208,2	189,9	18,3	9,6
Eigenkapital	58,5	52,8	5,7	10,8
Langfristige Schulden	52,1	52,2	-0,1	-0,2
Kurzfristige Schulden	97,6	84,9	12,7	15,3
Passiva	208,2	189,9	18,3	9,6

Die Bilanzsumme der Messe Berlin GmbH hat sich investitionsbedingt ebenfalls um EUR 18,3 Mio. erhöht. Sie beträgt EUR 208,2 Mio. und entfällt mit EUR 153,2 Mio. (73,6%) auf das Anlagevermögen. Die Finanzanlagen haben einen Anteil von EUR 12,7 Mio. Die Eigenkapitalquote der Messe Berlin GmbH beträgt 28,1% (Vorjahr 27,8%). Die langfristigen Schulden beinhalten den langfristigen Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Pensionsrückstellungen und Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen.

Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Messe Berlin GmbH und der Unternehmensgruppe werden insgesamt als positiv beurteilt. Die Gesellschaft ist ihren finanziellen Verpflichtungen jederzeit nachgekommen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Arbeitnehmerbelange

Die Messe Berlin verfügt über gut ausgebildete, leistungsfähige und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Damit dies so bleibt, sieht die Messe Berlin es als wichtige Aufgabe an, ihren Mitarbeitern neben interessanten und fordernden Aufgaben und flexiblen Arbeitszeitmodellen auch eine leistungsgerechte Vergütung und interessante Zusatzleistungen anzubieten.

Für die Messe Berlin GmbH gelten der TVöD und sein Vergütungssystem. Ergebnis der Tarifrunde 2014 war der Anstieg der Entgelte zum 1. März 2014 um 3,0%, mindestens aber um 90 EUR, und zum 1. März 2015 um weitere 2,4%. Die Ausbildungsvergütungen wurden und werden zu diesen Terminen um EUR 40 bzw. 20 erhöht. Der Urlaubsanspruch aller Beschäftigten beträgt seit 2014 einheitlich 30 Tage, für Auszubildende stieg der Urlaubsanspruch ab 2014 von 27 auf 28 Tage. Darüber hinaus wurde für Auszubildende die faktische Übernahmegarantie überall dort, wo bedarfsgerecht ausgebildet wurde, verlängert. Im Mai 2014 wurde wieder eine Sonderprämie für das gute Konzernergebnis 2013 an alle Tarifmitarbeiter ausgeschüttet.

Die betriebliche Altersvorsorge zur Sicherung des Lebensstandards nach dem Berufsleben ist für unsere Mitarbeiter von großer Bedeutung. Für alle Tarifmitarbeiter zahlt die Messe Berlin 6,45% des Bruttogehalts in eine Zusatzversorgung (VBL). Für außertarifliche Mitarbeiter bewegt sich die Versicherungssumme zwischen 4,5% und 6,9% der Bruttovergütung. Zusätzlich haben alle Mitarbeiter innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten die Option, im Rahmen der Entgeltumwandlung steuer- und sozialversicherungsfrei in zwei alternative Versicherungssysteme einzuzahlen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bietet die Messe Berlin ein flexibles Arbeitszeitmodell sowie unterschiedlichste Teilzeitmodelle an, die so weit möglich, auf die individuellen Bedürfnisse eingehen.

Eine wichtige Säule einer nachhaltig ausgerichteten Personalpolitik ist auch unsere Berufsausbildung. 30 Auszubildende (Vorjahr 32) befanden sich im Konzern am Jahresende in einem Ausbildungsverhältnis zu Bürokaufleuten, Veranstaltungskaufleuten und Bachelor of Arts (B.A.) Messe-, Kongress- und Eventmanagement. Dieses duale Studium der Betriebswirtschaft mit dem Schwerpunkt Messe- und Kongresswesen bietet die Messe Berlin GmbH in Kooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, Ravensburg, an.

Die Messe Berlin bietet regelmäßig hausintern Weiterbildungsmaßnahmen an und ermöglicht auch die Teilnahme an externen Qualifizierungsangeboten, die auf die Bedürfnisse des Unternehmens und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zugeschnitten sind.

Die Messe Berlin legt Wert auf eine gute Arbeitskultur und betrachtet die Stimmung in der Belegschaft als wichtigen Indikator hierfür. In regelmäßigen Abständen werden Mitarbeiterbefragungen durchgeführt. Diese Befragungen werden mit Unterstützung des Forschungs- und Beratungsinstituts „Great Place to Work“ (GPtW) durchgeführt.

Im Rahmen eines unternehmensspezifischen „Diversity“-Konzepts möchte die Messe darüber hinaus ihr Profil als Arbeitgeber schärfen, bei dem die Einzigartigkeit eines Jeden wertgeschätzt und gefördert wird. Schwerpunkte des „Diversity“-Konzeptes bilden die „Diversity“-Gruppen: Gender, Internationalität/Kulturelle Vielfalt, Behinderung, Alter und sexuelle Identität.

Darüber hinaus hat die Messe Berlin GmbH erfolgreich im Projekt „Gleicher Lohn“ teilgenommen und wurde dafür als eines von fünf Unternehmen von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2014 beschäftigte die Unternehmensgruppe 768 Mitarbeiter. Im Vergleich zum 31. Dezember 2013 stieg der Personalstand um 54 Personen an. Bei der Messe Berlin GmbH waren zum 31. Dezember 2014 399 Arbeitnehmer beschäftigt, was einem Zuwachs von 35 Arbeitnehmern gleichkommt.

Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich der Personalbestand der Unternehmensgruppe gegenüber dem Vorjahr von 691 Personen auf 753 Mitarbeiter.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Messe Berlin GmbH und der Unternehmensgruppe Messe Berlin GmbH haben sich nicht ereignet.

Risikomanagement

Risikostrategie

Wir definieren Risiken als Möglichkeiten einer negativen Abweichung der Unternehmensentwicklung von den geplanten Größen während Chancen für uns positive Abweichungen darstellen. Die Geschäftstätigkeit der Messe Berlin ist unvermeidlich mit Risiken verbunden, die sich trotz aller Sorgfalt nicht vollständig ausschließen lassen. Oberster Grundsatz der Risikopolitik der Messe Berlin ist es, vorhandene Chancen zu nutzen und Risiken nur dann einzugehen, wenn sich diese in einem angemessenen Rahmen bewegen und sich dadurch zusätzliche Ertragschancen ergeben.

Risikomanagementsystem

Die Messe Berlin verwendet zur Identifikation, Bewertung und Dokumentation von Risiken im Konzern ein Risikomanagementsystem, das regelmäßig auf Angemessenheit und Wirksamkeit überprüft wird.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in einer Organisationsrichtlinie festgeschrieben. Alle wesentlichen Risiken werden auf der Ebene von Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften klassifiziert.

Die im Zuge der Klassifizierung gewonnenen Erkenntnisse bilden die Basis für die Einschätzung der aktuellen und zukünftigen Risikosituation des Konzerns. Das Risikomanagement ist ein fortlaufender Prozess. Neben der regelmäßigen Monatsberichterstattung mit einer permanenten Hochrechnung der wirtschaftlichen Eckdaten zum Jahresende auf allen Ebenen des Konzerns werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit besondere Einzelrisiken in Form eines Konzern-Risiko-Reports regelmäßig und in definierten Abständen an die Geschäftsführung und an den Aufsichtsrat berichtet.

Die Überwachung der Risikoentwicklung in der Unternehmensgruppe erfolgt unter Berücksichtigung von Frühwarnindikatoren. Konjunkturelle Schwankungen werden als Risikofaktoren auf die Geschäftsentwicklung dargestellt. Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung werden Chancen und Risiken aller zukünftigen Geschäftsaktivitäten beurteilt und Markt- sowie Wettbewerbsveränderungen berücksichtigt. Unternehmerische Risiken bei der Erweiterung von Geschäftsfeldern und bei neuen Projekten werden nur dann eingegangen, wenn das Chance-Risiko-Profil nach unternehmerischer Abwägung angemessen erscheint.

Risikofelder

Typische Risiken einer Messegesellschaft sind unter den Erwartungen bleibende Aussteller- und Besucherzahlen, Preisdruck bei Gastveranstaltungen sowie die Abwanderung von Messen an andere Standorte. Darüber hinaus sind für die Messe Berlin vor allem Gelände- und Baurisiken von Bedeutung.

Derzeit bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit und sind auch nicht für das Geschäftsjahr 2015 zu erwarten.

Compliance

Bereits 2010 hat sich die Messe Berlin zur Errichtung eines Compliance Managementsystems (CMS) entschlossen. Dies wurde von externen Rechtsanwälten betreut. Im Februar 2014 wurden, unter dem Dach des Bereichs Corporate Governance, die Sachgebiete Compliance, Organisation, Risikomanagement und Revision vereint und neu aufgestellt und bilden in enger Kooperation ein integriertes Corporate Governance Management System.

Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien trägt die Geschäftsführung Sorge. Ein interner Compliance Beauftragter der Messe Berlin GmbH erfasst und bewertet in Zusammenarbeit mit den „Risk-Ownern“ die Compliance-Risiken der Unternehmensgruppe. Eine externe Ombudsperson erfasst ebenfalls etwaige ihr zugetragene Compliance-Risiken. Im Rahmen eines Hinweisgebersystems ist die Ombudsperson Anlaufstelle für „Whistleblower“. Ziel ist es interne Missstände aufzudecken und Compliance-Risiken frühzeitig entgegenzuwirken.

Ausblick sowie Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen

Zukunft der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH

In 2014 konnte die erforderliche Investition in das Messegelände ExpoCenter Airport, die Parkflächen des „P2“, abgeschlossen werden. Die Finanzierung der Investition erfolgte aus verbliebenen Mitteln des ursprünglichen Investitionsbudgets und aus einem Gesellschafterdarlehen der Messe Berlin GmbH in Höhe von EUR 1,0 Mio.

Die Verschiebung der Eröffnung des Hauptstadtflughafens Berlin Brandenburg BER auf das 2. Halbjahr 2017 birgt Gefahren für das Gemeinschaftsunternehmen ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH. Aufgrund der mit der Verschiebung der Flughafeneröffnung einhergehenden ungünstigen Vermarktungssituation sieht sich die Gesellschaft mit einer Liquiditätslücke ab Ende 2015 konfrontiert. Diese Lücke kann durch ein avisiertes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters ZAB ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH in Höhe von EUR 1,0 Mio. geschlossen werden; entsprechende Gespräche werden mit der Landesregierung Brandenburg geführt.

Um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft über 2015 hinaus sicherzustellen, werden von der Geschäftsführung in Abstimmung mit den Gesellschaftern verschiedene Lösungsalternativen erarbeitet und geprüft.

Neuausrichtung der ILA

Die anhaltend hohen Verluste der ILA in den vergangenen Jahren sowie die Überlegungen zur alternativen Zwischennutzung des Geländes ExpoCenter Airport veranlassten die Geschäftsführung, über eine grundsätzliche Neuausrichtung der Veranstaltung nachzudenken. So wurden bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr alternative Szenarien ermittelt und berechnet.

Ursächlich für die anhaltend hohen Verluste sind vor allem das Flugprogramm, die aufwändigen temporären Hallen sowie die temporären Parkplätze und Wege. Auch die Flächennachfrage stagniert seit mehreren Jahren aufgrund der generell schwierigen Lage auf dem Markt für die Hersteller von Luftfahrzeugen in Europa. Aufgrund der Eröffnung des BER ist davon auszugehen, dass ein Flugprogramm für die ILA 2018 nicht mehr durchführbar ist. Bereits für die ILA 2016 ist eine marktfähige Konzeptanpassung notwendig, die auch eine tragfähige Perspektive für die ILA 2018 und Folgejahre bietet.

Nutzungsbestimmung des ICC weiterhin offen

Die Entscheidung des Landes Berlin hinsichtlich der endgültigen Nutzungsbestimmung des ICC ist nach wie vor offen. Die Messe Berlin hat – neben den überwiegend das Geschäftsjahr 2014 belastenden einmaligen Stilllegungskosten in Höhe von EUR 4,0 Mio. – in der Wirtschaftsplanung für den Zeitraum von 2015 bis 2019 insgesamt EUR 14,4 Mio. Stillstandsaufwendungen aufgenommen, davon EUR 3,9 Mio. für das Jahr

2015. Aufwendungen, die über diesen Planansatz hinausgehen stellen ein Risiko für die Messe Berlin dar.

Wachstumsmärkte

Im gesättigten deutschen Messemarkt liegt unser Fokus primär auf dem Ausbau unserer Marktanteile durch weitere Stärkung unserer Leitmessen, aber auch in der Entwicklung neuer Produkte durch Erweiterung der Wertschöpfungskette. Darüber hinaus sieht die Geschäftsführung auch Chancen, durch Zukäufe und Kooperationen weiter zu wachsen. Als Einzelmarkt mit dem größten Wachstumspotential sehen wir China. In Vorbereitung der Etablierung einiger Messen in China plant die Messe Berlin eine Gesellschaft in China zu errichten.

Planungsgrundlagen zur erwarteten Geschäftsentwicklung

Die künftige Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage wird auf Basis von Annahmen, die aus heutiger Sicht plausibel und hinreichend wahrscheinlich, gleichwohl im wirtschaftlichen Umfeld mit gewissen Unsicherheiten behaftet sind, geplant. Die tatsächliche Entwicklung kann daher unter Umständen deutlich von den getroffenen Annahmen und den daraus resultierenden Planungen und Trendaussagen abweichen.

Erwartetes wirtschaftliches Umfeld

Wie sich bereits im IV. Quartal 2014 abzeichnete, hat - nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie - Deutschland seine konjunkturelle Schwächephase des letzten Sommers überwunden und ist auf dem Wachstumskurs zurückgekehrt. Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet man mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5%. Die niedrigen Ölpreise sowie der schwache Euro werden zu einer weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beitragen. Im Euro-Raum wird mit einer verhaltenen Entwicklung gerechnet, während die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich als Wachstumslokomotiven der Weltkonjunktur gesehen werden. Mit einem leichten Wachstum der Messeergebnisse von circa 1% im Vergleich zu den jeweiligen Vorveranstaltungen rechnet der Branchenverband AUMA. Nach einer Umfrage des AUMA setzen größere Unternehmen stärker auf das Medium Messe und wollen ihre Werbebudgets in den nächsten Jahren erhöhen. Geländeüberkapazitäten und stagnierende Aussteller- und Besucherzahlen in Deutschland werden die Zahl der Auslandsmessen deutscher Messeveranstalter weiter ansteigen lassen. Der Branchenverband rechnet, nach 277 Auslandsmessen in 2013 und 306 Auslandsmessen in 2014, mit voraussichtlich 313 Messen, die in aller Welt stattfinden. Zielländer sind unverändert China, Russland und Indien, aber auch Südafrika eröffnet inzwischen offensichtlich deutliche Geschäftschancen für deutsche Veranstalter.

Erwartete Geschäfts- und Ertragsentwicklung

Insgesamt wird die Unternehmensgruppe im Geschäftsjahr 2015 23 Eigenveranstaltungen organisieren, 16 davon finden in der Muttergesellschaft statt. 50 Gastmessen und Kongressveranstaltungen komplettieren den Messekalender 2015.

Erstmals wird vom 9. bis 11. Juni 2015 auf dem Berliner Messegelände eine internationale Fachmesse mit den Themen Theaterfachplanung, Architektur, Film, Eventservices, Bühnen-, Licht-, Ton-, Video- und Medientechnik sowie Maske, Kostümdesign und Dekorationsbau, Akustik, Studio-, Ausstellungs- und Museumstechnik, die Stage|Set|Scenery, organisiert. Integrativer Bestandteil der Stage|Set|Scenery wird die „International Stage Technology Conference“ mit einem internationalen Symposium, Fachvorträgen, Workshops und Seminaren sein. Vom 8. bis 11. Oktober 2015 ist die neue exklusive Oldtimer-Messe MOTORWORLD Classics Berlin geplant. Zielgruppe sind an erster Stelle nationale und internationale Top-Händler und Käufer sowie Szene-Spezialisten für hochwertige Automobilaritäten und Zubehör.

Für die fünf umsatzstärksten Veranstaltungen IFA, ITB, FRUIT LOGISTICA, internationale Grüne Woche und PANORAMA wird ein Umsatzzuwachs von insgesamt 9% gegenüber dem Referenzjahr 2013 erwartet. Die neue multifunktionale Messe- und Kongresshalle CityCube Berlin lässt die Umsätze im Kongressbereich ansteigen. Das Veranstaltungsportfolio ist hier auch in den folgenden Jahren von hoher Internationalität geprägt. 2015 werden im CityCube Berlin unter anderem die European Society of Intensiv Care Medicine und die European Academy of Neurology tagen.

Insgesamt liegt die Umsatzprognose für 2015 um circa 20% über dem Referenzjahr 2013. Einschließlich der Umsätze der Tochtergesellschaften erwartet die Messe Berlin für das turnusbedingt schwächere Geschäftsjahr 2015 einen Konzernumsatz von rund EUR 225,0 Mio. und einen Jahresfehlbetrag vor Steuern von EUR 5,0 Mio. Für die Messe Berlin GmbH wird mit einem Umsatz von EUR 150,4 Mio. und einem negativen Ergebnis von EUR 6,9 Mio. gerechnet. Die von der Messe Berlin zu tragenden Stillstandskosten für das ICC belasten das Ergebnis 2015 mit EUR 3,9 Mio.

Die ersten Veranstaltungen des Geschäftsjahres 2015 wurden bereits erfolgreich abgeschlossen. An der 80. IGW haben sich 1.658 Aussteller aus 68 Ländern (Vorjahr 1.650 Aussteller/69 Länder) beteiligt. Parallel dazu wurde die Modemesse PANORAMA auf dem Berlin ExpoCenter City veranstaltet und brachte sowohl die Flächenkapazität als auch die personelle Verfügbarkeit der Mitarbeiter an ihre Grenzen. In zehn Messehallen im Südbereich des Geländes präsentierten über 550 Marken auf 37.500 qm Ausstellungsfläche ihre neuen Kollektionen. Im Februar 2015 wurde mit rund 65.000 Fachbesuchern aus über 135 Ländern, 2.785 Ausstellern aus 83 Ländern die Plattform der Obst- und Gemüsebranche FRUIT LOGISTICA 2015 durchgeführt.

Erwartete Finanz- und Vermögenslage

Das turnusmäßig schwächere Geschäftsjahr 2015 wird planmäßig den operativen Cash Flow der Unternehmensgruppe der Messe Berlin GmbH belasten. Dagegen wird sich der negative Cash Flow aus der Investitionstätigkeit deutlich auf rd. EUR 5 Mio. reduzieren, da die wesentlichen Investitionsprojekte in 2014 abgeschlossen wurden. Die Gesellschaft rechnet mit einem negativen Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit von rd. EUR 4 Mio. Insgesamt soll der Bestand an liquiden Mitteln im Konzern um rd. EUR 17 Mio. auf EUR 28 Mio. sinken. Eine entsprechende Entwicklung wird für die Messe Berlin GmbH geplant.

Der Messe Berlin GmbH und der Unternehmensgruppe steht aus heutiger Sicht unter den derzeitigen Rahmenbedingungen ausreichend Liquidität im Geschäftsjahr 2015 zur Verfügung.

16. März 2015

Dr. Christian Göke

Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2014

Die Messe Berlin GmbH wendet als nicht börsennotiertes Unternehmen den Berliner Corporate Governance Kodex („Kodex“) auf der Grundlage der Beteiligungshinweise des Landes Berlin an, um deren Beachtung die Messe Berlin von der Senatsverwaltung für Finanzen als im Mehrheitsbesitz des Landes Berlin stehendes Unternehmen gebeten wurde.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Messe Berlin GmbH erklären in entsprechender Anwendung des § 161 AktG, dass die Messe Berlin GmbH wie nachfolgend dargestellt bis auf die ebenfalls dargestellten Abweichungen den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17.02.2009 entsprechen hat bzw. künftig entsprechen wird. Sofern sich nachfolgende Aussagen sowohl auf den Erklärungszeitraum 2014 als auch auf künftige Erklärungszeiträume beziehen, sind diese im Präsens dargestellt.

1. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat

Geschäftsführung und Aufsichtsrat arbeiten eng und vertrauensvoll zum Wohle der Gesellschaft zusammen. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse werden von der Geschäftsführung im Rahmen der Berichtspflicht offengelegt. Mitarbeiter der Geschäftsführung sowie Mitarbeiter der Aufsichtsratsmitglieder werden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hält seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung ab.

Die strategische Unternehmensplanung wird mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung berichtet regelmäßig über den Umsetzungsstand.

Neben den Regelungen zur Informations- und Berichtspflicht im Gesellschaftsvertrag besteht eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, die Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats regelt.

Die Geschäftsführung legt dem Aufsichtsrat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung vor und holt für zustimmungspflichtige Angelegenheiten seine Zustimmung ein.

Die Geschäftsführung kommt ihrer Informations- und Berichtspflicht hinsichtlich aller für das Unternehmen relevanter Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance regelmäßig und in schriftlicher Form nach; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine ist ausreichend. Es werden Soll/Ist-Vergleiche vorgenommen. Planabweichungen werden plausibel und nachvollziehbar dargestellt und Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat kommen ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nach; sie wahren die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden. In den Verträgen der Geschäftsführung wurde vereinbart, dass die Messe Berlin - insbesondere im Falle einer Änderung der Beteiligungshinweise des Landes Berlin – berechtigt ist, die D&O-Haftpflichtversicherung für die Geschäftsführer zu ändern, auch ohne dass dies der Zustimmung des Geschäftsführers bedarf. Ferner ist geregelt, dass der Geschäftsführer damit einverstanden ist, dass die D&O-Haftpflichtversicherung einen Selbstbehalt in Höhe von 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Geschäftsführers vorsehen kann. Von der Aufnahme eines Selbsthalts in die aktuellen Versicherungspolice ist bisher Abstand genommen worden, da eine entsprechende Vertragsänderung zu höheren Versicherungskosten führen würde.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat berichten jährlich im Geschäftsbericht über die Corporate Governance des Unternehmens (Corporate Governance Bericht), der auf der Website der Messe Berlin GmbH eingestellt ist. Hierzu gehört auch die Erläuterung eventueller Abweichungen von den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex.

2. Geschäftsführung

Die Geschäftsführung leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet

ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung. Tätigkeiten zum Nachteil des Unternehmens werden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien trägt die Geschäftsführung Sorge. Auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen wirkt die Geschäftsführung hin (Compliance). Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement und über ein Risikocontrolling.

Die Geschäftsführung besteht derzeit aus dem Vorsitzenden der Geschäftsführung Herrn Dr. Christian Göke. Die zweite Geschäftsführerin Frau Ingrid Maaß wurde zum 27.11.2014 abberufen. Die Geschäftsordnung regelt die Aufgaben der Geschäftsführung, die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Geschäftsführer (in Verbindung mit dem Organisationsplan), die der Gesamtgeschäftsführung vorbehaltenen Aufgaben sowie die erforderliche Stimmenmehrheit bei Geschäftsführungsbeschlüssen.

Die Vergütung des Vorsitzenden der Geschäftsführung setzt sich aus einem Fixum und einer variablen Vergütung zusammen. Die variable Vergütung erfolgt auf Basis einer Zielvereinbarung, die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden auf der Grundlage eines Beschlusses des Personal- und Präsidialausschusses abgeschlossen wurde. Sie setzt sich aus einer Erfolgsbeteiligung bezogen auf das Planergebnis sowie weiteren Strukturzielen zusammen. Die Zielvereinbarung enthält Vorgaben mit langfristiger Anreizwirkung und ist auf einen Höchstbetrag begrenzt.

Die Vergütungen der (ehemaligen) Geschäftsführer werden im Anhang zum Jahresabschluss einzeln ausgewiesen. Der Jahresabschluss ist auf der Website der Messe Berlin GmbH als Teil des Geschäftsberichts eingestellt.

Der Vertrag mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung ist aufgrund von Besitzstandswahrung bzw. mit Blick auf die dreijährige Vertragslaufzeit nicht so gestaltet, dass Zahlungen an die Geschäftsführer bei vorzeitiger Beendigung der Geschäftsführertätigkeit ohne wichtigen Grund einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) dürfen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Vertrages vergüten.

3. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat nimmt seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der

Geschäftsordnung für die Geschäftsführung wahr. Er wird in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sieht dabei bislang keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung findet ein regelmäßiger Kontakt statt. Über Strategie, Geschäftsentwicklung und Risikomanagement des Unternehmens wird dabei regelmäßig beraten. Der Vorsitzende der Geschäftsführung unterrichtet den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet seinerseits erforderlichenfalls den Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2014 hat eine außerordentliche Sitzung des Aufsichtsrats stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat einen Personal- und Präsidialausschuss. Vorsitzender dieses Ausschusses ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Abschluss und die Beendigung von Anstellungs- und Pensionsverträgen sowie die Befugnis, Tantiemen für die Geschäftsführer festzulegen, sind dem Personal- und Präsidialausschuss des Aufsichtsrats zur Beratung und Entscheidung übertragen.

Ferner ist der Personal- und Präsidialausschuss berechtigt, Rechtsgeschäfte jeder Art gegenüber Aufsichtsratsmitgliedern und Geschäftsführungsmitgliedern vorzunehmen. Das Plenum des Aufsichtsrats wird vom Vorsitzenden des Ausschusses über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.

Mit Beschluss vom 07.07.2014 hat der Aufsichtsrat dem Personal- und Präsidialausschuss bis zum Ende der laufenden Amtsperiode weiterhin die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungsausschusses („Audit Committee“) übertragen.

Der Personal- und Präsidialausschuss ist damit auch mit Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der

Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung befasst. Die Sitzungsleitung bei den Prüfungsangelegenheiten hat der Aufsichtsrat einem anderen Ausschussmitglied als dem Aufsichtsrats- und Ausschussvorsitzenden übertragen.

Im Geschäftsjahr 2014 hat eine außerordentliche Sitzung des Personal- und Präsidialausschusses stattgefunden.

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat einen Investitionsausschuss. Dieser hat die Aufgabe, den Aufsichtsrat auf der Grundlage der Gesamtstrategie des Unternehmens bei seinen Verhandlungen und Beschlüssen über Sach- und Finanzinvestitionen mit großer Bedeutung zu beraten.

Der Aufsichtsrat hat keine darüber hinaus gehenden Entscheidungskompetenzen auf Ausschüsse übertragen.

Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Der Wechsel eines Geschäftsführers in den Vorsitz des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse ist nicht die Regel.

Bei Vorschlägen zur Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird darauf geachtet, dass dem Aufsichtsrat jederzeit Mitglieder angehören, die über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Nach seiner eigenen Einschätzung gehören dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Kein Aufsichtsratsmitglied erreicht die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Wahl der Arbeitnehmervereiner erfolgt entsprechend den Vorschriften des DrittelbG. Die Anteilseignervereiner werden von der Gesellschafterversammlung nicht in Einzelwahl gewählt.

Die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wird durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festgelegt und trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des Unternehmens

sowie dem Vorsitz und dem stellvertretenden Vorsitz Rechnung. Die Vergütung besteht aus einem Fixum. Eine erfolgsorientierte Vergütung oder Sonderleistungen werden nicht gewährt. Die Gesamtvergütung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Die Vergütung der einzelnen Mitglieder wird individualisiert angegeben.

Der Aufsichtsrat wurde im Jahr 2014 turnusgemäß durch die Gesellschafterversammlung am 03.06.2014 neugewählt. Neun Aufsichtsratsmitglieder der vorigen Amtsperiode wurden erneut gewählt, sechs Aufsichtsratsmitglieder sind in das Gremium neu gewählt worden. Die erste und konstituierende Aufsichtsratssitzung, sowie die erste und konstituierende Sitzung des Personal- und Präsidialausschusses und die erste und konstituierende Sitzung des Investitionsausschusses fanden am 07.07.2014 statt. Ein Aufsichtsratsmitglied hat für die Zeit vom 01.01. bis zum 02.06.2014 (alte Amtsperiode) an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen. Für die Zeit vom 03.06. bis zum 31.12.2014 hat kein Aufsichtsratsmitglied an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat überprüft die Effizienz seiner Tätigkeit regelmäßig. Es sind nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.

4. Interessenkonflikte

Die Geschäftsführung beachtet die Regeln des Wettbewerbsverbots. Weder fordert sie von Dritten Zuwendungen oder Vorteile noch nehmen sie solche für sich oder andere Personen an. Sie gewährt Dritten keine ungerechtfertigten Vorteile. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung durch Beschäftigte des Unternehmens bekannt geworden.

Sowohl die Geschäftsführung als auch die Mitglieder des Aufsichtsrats wahren die Unternehmensinteressen, verfolgen keine persönlichen Interessen und nutzen Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, nicht für sich.

Kein Geschäftsführer oder Aufsichtsratsmitglied der neuen Amtsperiode war Interessenkonflikten ausgesetzt. Ein ehemaliges Aufsichtsratsmitglied der vorigen Amtsperiode war einem Interessenkonflikt ausgesetzt und hat sich demzufolge der Beschluss-

fassung enthalten.

Jedes Mitglied der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats wird Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen legen und die anderen Mitglieder der Geschäftsführung hierüber informieren.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch (ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht abgeschlossen und daher dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden. Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen ist für den Fall, dass sich derartige Geschäfte ergeben, keine einheitliche Konzernregelung für die Information und Offenlegung vor dem Aufsichtsrat getroffen worden.

Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Dr. Christian Göke, war 2014

- Vorstandsmitglied des Ausstellungs- und Messeausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. – AUMA,
- Mitglied des Aufsichtsrats der Berlin Tourismus & Kongress GmbH („visitBerlin“),
- Mitglied des Vorstands der Gemeinschaft Deutscher Großmessen e.V. – GDG,
- Mitglied des Board of Directors der Union de Foires Internationales – UFI,
- Mitglied des Aufsichtsrats von Hertha BSC GmbH & Co. KGaA,
- Mitglied des Aufsichtsrats der E.G.E. European Green Exhibitions GmbH,
- Mitglied des Aufsichtsrats der Kick-Media AG,
- Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Zentrale für Tourismus e.V. (DZT),
- Mitglied des Wirtschaftsbeirats des Landessportbundes Berlin,
- Mitglied im World Travel and Tourism Council (WTTC),
- Mitglied im Vorstandsrat AWB (Allgemeiner Verband der Wirtschaft Berlin-Brandenburg) (ab 11.4.2014),
- Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH (ab 01.12.2014)

Die ehemalige Geschäftsführerin Frau Maaß war 2014

- Aufsichtsratsvorsitzende der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH (bis 04.02.2014),
- Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der ExpoCenter Airport Berlin Brandenburg GmbH (05.02.2014 bis 28.11.2014)
- Mitglied des Aufsichtsrates der E.G.E. European Green Exhibitions GmbH (26.2.2014 bis 28.11.2014),
- Vorstandsmitglied Wasser Berlin e.V.

Weitere Nebentätigkeiten wurden von den (ehemaligen) Geschäftsführern außerhalb des Unternehmens nicht ausgeübt. Nebentätigkeiten werden dem Vorsitzenden des Personal- und Präsidialausschusses zur Zustimmung vorgelegt.

(Ehemaligen) Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder werden keine Darlehen gewährt.

5. Transparenz

Der Aufsichtsrat wurde über folgende Themen unterrichtet: Der CityCube Berlin wurde im Mai 2014 eröffnet. Die Abnahmen durch alle Prüfsachverständigen und die Brandschutzsachverständige sind erfolgreich durchgeführt worden. Die Nutzungsfreigabe durch die oberste Bauaufsicht des Landes Berlin ist am 27.08.2014 erteilt worden. Damit hat der CityCube endgültig den Status einer dauerhaft genehmigten Versammlungsstätte erhalten. Ein Teil der Schlussrechnungen steht noch aus. Demgegenüber stehen Schadenersatzansprüche gegenüber Baufirmen, deren Durchsetzbarkeit von der Zahlungsfähigkeit der in Anspruch genommenen Firmen und der Anerkennung durch die Versicherung abhängt.

Nach Freigabe durch die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung hat die Messe Berlin bei der obersten Bauaufsicht im August 2014 das Anzeigeverfahren zum Stillstandsbetrieb des ICC eingeleitet. Die Stilllegungskosten i.H. v. 4 Mio. EUR trägt aufgrund des Beschlusses des Aufsichtsrates vom 07.07.2014 die Messe Berlin. Da diese ungeplant waren mussten entsprechende Rückstellungen gebildet werden, die das Ergebnis der Messe Berlin 2014 mindern.

Die Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg BER ist nach wie vor offen, sodass sich die Wirtschafts- und Finanzplanungen im Vergleich zum letzten Jahr nicht verbessern lassen. Die ILA 2016 auf dem neuen Messegelände Selchow (Berlin ExpoCenter Airport) würde von einer Eröffnung profitieren, jedoch muss bis zu diesem Zeitpunkt mit weiteren zusätzlichen Kosten gerechnet werden.

Unternehmensinformationen werden zum Teil auch über das Internet veröffentlicht. Der aktuelle Corporate Governance Bericht wird auf der Internetseite der Gesellschaft zugänglich gehalten.

6. Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss werden entsprechend den anerkannten nationalen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und den Gesellschaftern nach dem entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrats in der vorgesehenen Frist vorgelegt.

Das Land Berlin als Hauptgesellschafter und der Aufsichtsratsvorsitzende werden über den Jahres- und Konzernabschluss hinaus während des laufenden Geschäftsjahres durch Quartalsberichte entsprechend den Vorgaben des Beteiligungscontrolling des Landes Berlin fristgemäß informiert und erörtern die Zwischenberichte mit der Geschäftsführung. Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage erfolgt gegenüber dem Aufsichtsrat zu den mindestens vierteljährlich stattfindenden Aufsichtsratssitzungen.

7. Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Feststellungen seiner Prüfung.

Messe Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge der Geschäftsführung der Messe Berlin GmbH

Dr. Christian Göke (Zeitraum: 01.01.-31.12.2014)

Bezüge	EUR
Grundgehalt	316.000,00
Prämie aus Zielvereinbarung	153.000,00
Nebenleistungen jeder Art	28.000,00
Gesamt	497.000,00

Ingrid Maaß (Zeitraum: 01.01.-27.11.2014)

Bezüge	EUR
Grundgehalt	264.000,00
Prämie aus Zielvereinbarung	50.000,00
Nebenleistungen jeder Art	32.000,00
Gesamt	346.000,00

Messe Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der Messe Berlin GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit folgende Vergütung:

Name	Zeitraum	EUR
Hans-Joachim Kamp Vorsitzender des Aufsichtsrats <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	16.074,22
Peter Zühlsdorff Mitglied des Aufsichtsrats	03.06.-06.07.14	279,45
Vorsitzender des Aufsichtsrats	07.07.-30.09.14	12.046,88
Vorsitzender des Aufsichtsrats (Vergütungsänderung)	01.10.-31.12.14	<u>2.520,55</u>
		14.846,88
Cornelia Yzer Erste stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	01.01.-02.06.14	1.886,30
Mitglied des Aufsichtsrats	03.06.-06.07.14	279,45
Erste stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	07.07.-30.09.14	1.060,27
Erste stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats (Vergütungsänderung)	01.10.-31.12.14	<u>1.890,41</u>
		5.116,43
Thomas Jaegler Zweiter stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	01.01.-02.06.14	1.886,30
Mitglied des Aufsichtsrats	03.06.-06.07.14	279,45
Zweiter stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	07.07.-30.09.14	1.060,27
Zweiter stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats (Vergütungsänderung)	01.10.-31.12.14	<u>1.890,41</u>
		5.116,43
Jean-Claude Baumgarten <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	1.257,53
Ute Biernat <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	1.257,53
Ulrike Brabant (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14	2.243,84
	01.10.-31.12.14	<u>1.512,33</u>
		3.756,17
Jan Eder (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14	2.243,84
	01.10.-31.12.14	<u>1.512,33</u>
		3.756,17

Thomas Ellerbeck (Vergütungsänderung)	03.06.-30.09.14 01.10.-31.12.14	986,30 <u>1.512,33</u> 2.498,63
Klaus Feiler (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14 01.10.-31.12.14	2.243,84 <u>2.016,44</u> 4.260,28
Ellen Funk (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14 01.10.-31.12.14	2.243,84 <u>2.016,44</u> 4.260,28
Dr. Beatrice Kramm <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	1.257,53
Catherine Mühlemann <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	1.257,53
Ulrike Niggemann (Vergütungsänderung)	03.06.-30.09.14 01.10.-31.12.14	986,30 <u>1.512,33</u> 2.498,63
Dr. Alexander Pett (Vergütungsänderung)	01.07.-30.09.14 01.10.-31.12.14	756,16 <u>1.512,33</u> 2.268,49
Joachim Rukwied (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14 01.10.-31.12.14	2.243,84 <u>2.016,44</u> 4.260,28
Stephan Ruppel <ausgeschieden zum 02.06.14>	01.01.-02.06.14	1.257,53
Dirk Schade (Vergütungsänderung)	03.06.-30.09.14 01.10.-31.12.14	986,30 <u>1.512,33</u> 2.498,63
Georg Walkenbach (Vergütungsänderung)	03.06.-30.09.14 01.10.-31.12.14	986,30 <u>1.512,33</u> 2.498,63
Wolf-Dieter Wolf (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14 01.10.-31.12.14	2.243,84 <u>1.512,33</u> 3.756,17
Norbert Zeglin (Vergütungsänderung)	01.01.-30.09.14 01.10.-31.12.14	2.243,84 <u>1.512,33</u> 3.756,17

Olympiastadion Berlin GmbH



LAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr vom 01. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2014

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Olympiastadion Berlin GmbH ist Betreiber des Olympiastadions Berlin, einer Sport- und Veranstaltungsstätte mit historischem Hintergrund. Mit dem Stadion verbindet man viele historische sportliche Rekorde, Modernität und emotionale Events. Der Betrieb und die Vermarktung des Olympiastadions als Sport-, Erlebnis- und Eventstätte erstrecken sich auf verschiedene Nutzungsmöglichkeiten. Kernaufgabe ist die Bereitstellung der Multifunktionsarena für sportliche und außersportliche Live-Events. Die Nutzung als Fußballstadion durch den Berliner Verein Hertha BSC als Heimstadion steht dabei im Vordergrund. Darüber hinaus wird das hochmoderne Stadion insbesondere als Event-Location für außersportliche Veranstaltungen im Freizeitbereich genutzt. Hierzu zählen vor allem Konzertveranstaltungen, Open-Air-Konzerte, Kongresse und Special- und Business-events. Unsere Kunden sind internationale und nationale Veranstalter für Sport- und Freizeitveranstaltungen. Weitere Geschäftszweige bilden die Vermarktung des Olympiastadions Berlin als Film- und Fotolocation sowie das Tourismus- und Besucherprogramm.

II. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft konnte im Umfeld einer schwachen weltwirtschaftlichen Konjunktur im Jahr 2013 nur ein sehr geringes Wachstum realisieren. Ursächlich waren die Verunsicherung der Finanzmärkte und strukturelle Probleme sowohl im Bereich der Finanzmärkte als auch in der Realwirtschaft. So nahm das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2013 lediglich um 0,4%¹ zu. Die Berliner Wirtschaft ist dabei im Jahr 2013 mit einem Bruttoinlandsprodukt von 1,2%² stärker als der Bundesdurchschnitt gewachsen. In der Folge hat sich die Berliner Wirtschaft in einem schwierigen konjunkturellen Umfeld gut behauptet und lag mit dem Wirtschaftswachstum an der Spitze der Bundesländer. Auch im ersten Halbjahr 2014 wächst die Weltwirtschaft nur mit gemäßigttem Tempo. Dabei kommt die Erholung im Euroraum nur zögerlich voran. Hinzu kamen mit der Russland-Ukraine-Krise und den Entwicklungen im Nahen Osten neue geopolitische Unwägbarkeiten, die zu einer gewissen Verunsicherung und damit Zurückhaltung bei unternehmerischen Entscheidungen beitrugen. Nach einem starken Wachstum von 0,8% im ersten Quartal (im Vergleich zur Vorperiode) dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Wirtschaft im zweiten Quartal abgeschwächt haben.

Der Arbeitsmarkt war weiterhin stabil und eine Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Die verfügbaren Einkommen entwickelten sich positiv. Wichtigste Wachstumsstütze im Jahr 2013 und im ersten Halbjahr 2014 war deshalb auch der private Konsum. Die Konsumneigung der Bevölkerung hat unmittelbaren Einfluss auf den Absatz von Veranstaltungstickets, die für unseren Erfolg entscheidend ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports als Wirtschaftsfaktor nimmt stetig zu. Dabei profitieren wir vom Wachstum des passiven Sportkonsums, also der Teilhabe am Sport

¹ Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Monatsbericht 3-2014, S. 9

² Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung Berlin, Wirtschaft aktuell Stand 28.03.2014

ohne den Sport selbst direkt auszuüben. Die privaten Konsumausgaben für den passiven Sportkonsum wurden 2013 erstmals in einer vom Bundesministerium der Wirtschaft beauftragten Studie mit Mrd. € 9,8 (im Jahr 2010) ermittelt. Davon entfallen allein 41% (rd. Mrd. € 4,0) auf Eintrittsgelder für Sportveranstaltungen³. Die Veranstalter von Sportevents profitieren dabei vor allem am Wachstum des Freizeitanteils und der Konsumneigung der Bevölkerung.

Das Olympiastadion Berlin ist Heimspielstätte des Fußballclubs Hertha BSC, so dass die Umsatzstabilität deutlich mit dem sportlichen Erfolg des Ankermieters verbunden ist. Durch den Aufstieg von Hertha BSC in die Bundesliga zum Ende der Spielzeit 2012/2013 konnte der Umsatz dieses Geschäftsfeldes stabilisiert werden, wobei die Auslastung der VIP-Bereiche und die damit verbundenen Umsätze im Cateringbereich rückläufig waren. Die Zuschauerzahlen steigerten sich um rund 168 Tausend auf rund 881 Tausend (Vorjahr: rund 713 Tausend). Das entspricht einer Steigerungsrate von rd. 24%, die auch auf den Wiederaufstieg von Hertha BSC in die Bundesliga zur Saison 2013/2014 zurückzuführen ist.

Wegen der Unsicherheit, ob unser Hauptmieter den sicheren Klassenerhalt in der Bundesliga erreicht, stand für weitere Veranstaltungen ein kürzeres Zeitfenster zur Verfügung. Deshalb konnten in diesem Geschäftsjahr nur die Traditionsveranstaltungen Pyronale und ISTAF sowie diverse Laufveranstaltungen mit hoher Zuschauerbeteiligung erfolgreich umgesetzt werden.

Zu den sportlichen Highlights im Berichtszeitraum zählte wieder das DFB-Pokalfinale der Herren im ausverkauften Olympiastadion Berlin. Zwischen dem Land Berlin und dem Deutschen Fußball Bund wurde eine Rahmenvereinbarung getroffen, die die Austragung der Pokalfinalspiele bis zum Jahr 2020 in Berlin – und damit auch im Olympiastadion Berlin – beinhaltet.

Mit der Stadionnutzung für sportliche Veranstaltungen haben wir ein Umsatzwachstum von 5,5% auf T€ 6.351 (Vorjahr: T€ 6.019) erzielt.

Sowohl im Bereich der kulturellen Großveranstaltungen als auch im Firmensegment Special- und Businessevents befinden wir uns im Wettbewerb mit anderen Veranstaltungsstätten. Große Konzerttourneen werden international umgesetzt und unterliegen neben der Kapazität des jeweiligen Austragungsortes auch wirtschaftlichen Interessen, so dass die Olympiastadion Berlin GmbH sich gegen andere Stadien, Hallen und Arenen sowie Open-Air-Venues in Berlin, aber auch im bundesweiten und internationalen Raum durchsetzen muss. Bei den Hospitalityveranstaltungen stehen wir vor allem im Wettbewerb mit der Vielzahl der Anbieter aus der Hotellerie, dem Messebereich und anderen sich stets neu entwickelnden Locations.

Neben dem Wettbewerbsumfeld ist die Konsumneigung relevant für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Der Live-Entertainment-Markt zeichnet sich durch die Bindung der Fans an ihre Idole aus und ist daher relativ entkoppelt von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Veranstaltungsbranche verzeichnete im Jahr 2013 nach dem starken Nachfragerückgang im Jahr 2012 vor allem aufgrund der Zunahme der Veranstaltungs-

³ Quelle: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH, Die wirtschaftliche Bedeutung des Sports in Deutschland, Juli 2013.

besucher ein kräftiges Umsatzwachstum von 15%⁴. Das Wachstum wurde insbesondere durch eine Zunahme der Besucherzahlen um 9% getrieben. Dabei betrug der Anteil der Musikveranstaltungen 2013 mehr als 70%. Vor diesem Hintergrund gelang es uns, mit dem Konzert von Roger Waters ein Top-Event in das Stadion zu holen. Der Comedian Mario Barth setzte seine Show an zwei Veranstaltungstagen um und erreichte hierbei einen neuen Zuschauer-Weltrekord. Damit steigerten sich die Veranstaltungstage von kulturellen Großveranstaltungen insgesamt auf 3 (Vorjahr: 2). Die Umsätze bei der Vermarktung des Stadions für außersportliche Großveranstaltungen erhöhten sich um T€ 173 auf T€ 821 (Vorjahr: T€ 648). Dies entspricht einem Anstieg von 26,7%.

Aufgrund der Angebotsvielfalt und dem guten Preis-Leistungsverhältnis nimmt Berlin den ersten Platz unter den Tagungs- und Kongressorten ein. Sowohl die Anzahl der Veranstaltungen als auch die Teilnehmerzahl lag mit 2% bei den Veranstaltungen und 1% bei den Teilnehmern über der des Jahres 2012⁵. Dieser positiven Entwicklung folgend, konnten die Veranstaltungstage im Fachbereich Special- und Business-events auf 166 (Vorjahr 92) gesteigert werden. Die damit verbundene Gästezahl bei den Hospitalityveranstaltungen konnte weit mehr als verdoppelt werden und betrug 25.844 (Vorjahr: 10.380). Der geplante Umsatz dieses Fachbereiches konnte somit erheblich übertroffen werden. Auch die Film- und Fotovermarktung konnte im Geschäftsjahr eine deutliche Steigerung sowohl bei der Anzahl der Drehtage als auch im Umsatz verzeichnen. Schwerpunkt hierbei bildeten verschiedene Aufnahmen für den Bereich Fernsehen, Kinofilm und auch die Werbebranche.

Die weiter wachsenden Gäste- und Übernachtungszahlen bestätigen die zunehmende Attraktivität Berlins für Besucher aus dem In- und Ausland. Der Wachstumstrend des Jahres 2013 setzte sich auch im ersten Halbjahr 2014 fort. Allein im Jahr 2013 besuchten 11,3 Millionen Gäste die Stadt. Dies waren 4,4% mehr als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 2014 beliefen sich die Anreisen auf 5,5 Millionen Gäste. Auch im Tourismusbereich im Rahmen unseres Besucherprogramms als Individualbesichtigung oder Führung kann ein erfolgreicher Geschäftsverlauf verzeichnet werden. Insbesondere die Einführung der Stadion-App im April 2014 kann als erfolgreiche Ergänzung des bisherigen Angebotes gewertet werden. Die Besucher haben nunmehr die Möglichkeit, bei einem 65- oder 100-minütigen Rundgang durch das Areal des Olympiastadion Berlin und des Olympiaparks zu wählen. Diese Stadion-App dient vor Ort mit seiner Luftbildansicht als GPS-Navigation durch das Olympiagelände, funktioniert ebenfalls offline außerhalb des Stadions und implementiert fünf Sprachen.

Die Einnahmen aus den Fachbereichen Special- und Business-events, Film- und Fotovermarktung, Besucherprogramm und Stadionpartnerschaften übertrafen das Vorjahr um T€ 750 und beliefen sich im Geschäftsjahr insgesamt auf T€ 4.482 (Vorjahr: T€ 3.732).

Die um periodenfremde Effekte bereinigte Umsatzerlöse haben sich um rd. 12,6% auf T€ 11.714 (Vorjahr: T€ 10.399) erhöht. Durch die konsequente Umsetzung der in den

⁴ Quelle: Pressemitteilung des Bundesverband der Veranstaltungswirtschaft e.V. vom 03.06.2014.

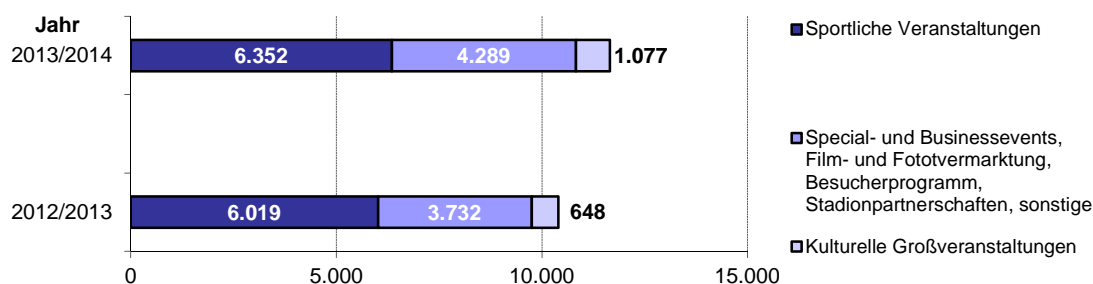
⁵ Quelle: Jahresrückblick 2013 für den Kongressstandort Berlin, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung

Vorjahren entwickelten Kosteneinsparungsmodellen im technischen und ökologischen Bereich konnte das wirtschaftliche Ergebnis auch in diesem Jahr positiv beeinflusst werden. Das Betriebsergebnis beträgt bei einem nach wie vor hohen Fixkostenanteil T€ 745 (Vorjahr: T€ 513). Nach Berücksichtigung von außerordentlichen Einmaleffekten konnte ein Jahresüberschuss von T€ 1.135 (Vorjahr: T€ 304) erwirtschaftet werden. Das um neutrale und außerordentliche Effekte bereinigte ordentliche Unternehmensergebnis betrug T€ 805 und lag damit um T€ 381 über dem Vorjahr. Das erzielte Ergebnis beurteilen wir als durchaus zufriedenstellend. Die bereinigte Umsatzrendite vor Steuern beträgt damit 6,9% (Vorjahr: 4,1%).

III. Darstellung der Lage, finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1. Umsatz- und Ergebnisentwicklung

Ursächlich für das Umsatzwachstum um T€ 1.315 auf T€ 11.714 waren insbesondere die Etablierung von Hertha BSC in der Fußballbundesliga sowie die Umsetzung der sog. Traditionsveranstaltungen. Die Verteilung des Umsatzes ergibt sich aus der nachfolgenden Grafik⁶.



Die Erhöhung der Veranstaltungstage in fast allen Vermarktungsbereichen führte auch zu einer Erhöhung der Besucherzahlen. Damit konnte die rückläufige Entwicklung der Vorjahre deutlich kompensiert werden. Die Zuschauer verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Arten der sportlichen und außersportlichen Großveranstaltungen.

Wirtschaftsjahr	2013/14	2012/13	Veränderung in Tausend	Veränderung in %
	in Tausend	in Tausend		
Fußballspiele Hertha BSC	881	713	168	23,6
Sonstige Sportveranstaltungen	167	253	-86	-34,0
Außersportliche Großveranstaltungen	216	133	83	62,4
Sonderveranstaltungen	<u>0</u>	<u>10</u>	<u>-10</u>	<u>-100,0</u>
Gesamt	<u>1.264</u>	<u>1.109</u>	<u>155</u>	<u>14,0</u>

Die Besucherzahlen im Bereich **Tourismus** entwickelten sich ebenfalls positiv und zeigen folgenden Verlauf.

⁶ Angaben in T€, Rundungsdifferenzen sind möglich

Wirtschaftsjahr	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/2014
in Tausend	217	221	247	273	274
Veränderung in Tausend	10	4	26	26	1
Veränderung in Prozent	+ 5%	+2%	+11,8%	+10,5%	+0,2%

Die aktive Nutzung der im Vorjahr eingeführten Systeme für CAFM u.a. im technischen Bereich führten zu weiteren Kosteneinsparungen im Bereich der Wartungs- und Betriebsführungsleistungen. Insgesamt erhöhten sich die veranstaltungsbezogenen Kosten und Betriebskosten um relativ 5,0 Prozentpunkte. Der absolute Anstieg um T€ 289 auf T€ 6.053 (Vorjahr: T€ 5.764) korreliert mit dem Umsatzwachstum. Die Personalaufwendungen waren nahezu stabil.

Die absolute und relative Zunahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um T€ 698 auf T€ 3.765⁷ steht im Zusammenhang mit den umsatz- und erfolgsabhängigen Pachttausgaben und Rechts- und Beratungskosten für eine Vielzahl von Ausschreibungen. Hervorzuheben sind die Ausschreibungen für die Konzession Catering, die Unterhalts- und Veranstaltungsreinigung sowie Wach- und Sicherheitsleistungen. Die wesentlichen Aufwandsposten betreffen darüber hinaus Instandhaltungs-, Werbekosten, Kosten der Warenabgabe und Versicherungsausgaben. Aufgrund rückläufiger Investitionstätigkeiten liegen die Abschreibungen unter dem Vorjahresniveau.

Das positive Finanzergebnis ist wesentlich auf die teilweise Rückführung von Verbindlichkeiten zurückzuführen und beträgt T€ 60 (Vorjahr: T€ - 89). Aufgrund eines Vergleichs ist die Gesellschaft von der Rückführung von Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 1.000 befreit worden. Der einmalige Sondereffekt wird im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. Der Gewinn vor Steuern und Zinsen (EBIT) einschließlich neutraler und außerordentlicher Vorgänge beträgt T€ 1.639 und liegt deutlich über dem Vorjahresniveau von T€ 495. Das um neutrale und außerordentliche Vorgänge bereinigte EBIT beträgt im Geschäftsjahr T€ 745 (Vorjahr: T€ 513). Nach partieller Verrechnung mit bestehenden Verlustvorträgen belaufen sich die Steueraufwendungen auf T€ 564 (Vorjahr: T€ 101). Der Jahresüberschuss wird mit T€ 1.135 (Vorjahr: T€ 304) ausgewiesen.

2. Bewirtschaftung, Beschaffung, Investitionen und ökologische Aspekte

Eine erfolgreiche Vermarktungstätigkeit in allen Fachbereichen als Grundlage unserer Geschäftstätigkeit bedingt die absolute und dauerhafte Funktionsfähigkeit aller technisch-fachlichen Gewerke. Die konsequente Umsetzung der Umstrukturierungen der Vorjahre und die Nutzung des CAFM-Systems bilden die Grundlage für eine qualitativ stabil auf hohem Niveau durchgeführte technische und wirtschaftliche Kontrolle einschließlich der Prüfung extern vergebener Gewerke. Hierfür wird eigenes hoch qualifiziertes Personal eingesetzt, das durch die hauseigene Handwerkercrew unterstützt wird.

Die Bereiche im infrastrukturellen und technischen Objektmanagement unterliegen dem

⁷ Sonstige betriebliche Aufwendungen bereinigt um neutrale Aufwendungen

stetigen Controlling sowohl in qualitativer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, auch wenn die Verträge zur Planungssicherheit jeweils mit mittelfristiger Laufzeit geschlossen wurden.

Die Investitionen im Geschäftsjahr betragen insgesamt T€ 45 (Vorjahr: T€ 68) und entfallen im Wesentlichen auf EDV- und Medientechnik sowie Büroausstattung.

Für Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Stadions sind im Geschäftsjahr Ausgaben in Höhe von T€ 830 angefallen. Weitere T€ 70 wurden in eine sog. Instandhaltungsrücklage eingestellt, die zum Schluss des Wirtschaftsjahres mit T€ 418 valutiert und unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Im Geschäftsjahr konnte eine Vereinbarung mit der Deutschen Telekom AG, Berlin, über eine für die Gesellschaft kostenneutrale Erneuerung und Erweiterung der LTE- und WLAN-Netze geschlossen werden. Die technische Innovation soll zum Champions-League-Finale im Mai 2015 zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Energiewende und der weltweiten Ressourcenverknappung erwarten wir insbesondere für das Energiesegment auch künftig weiterhin steigende Preise. Unser Schwerpunktprogramm „Ökologie und Nachhaltigkeit“ wurde deshalb stringent fortgeführt und weiterentwickelt. Durch technische Einzelmaßnahmen wurde bereits der Verbrauch von ökologischen Ressourcen, speziell bei den Medien Wasser und Strom unter Berücksichtigung der Anlagenmehrungen stabil gehalten und in diversen Anlageteilen gesenkt. Beispielhaft hierfür sind die Installation von wasserlosen Urinalen sowie die Einbringung von automatischen Abschaltanlagen für die Dauer des Ruhebetriebes.

3. Personal- und Sozialbereich

Für eine stabile Unternehmensentwicklung ist es erforderlich, jederzeit flexibel auf mögliche Störfaktoren im Veranstaltungs- und Ruhebetrieb zu reagieren und damit den erforderlichen Vermarktungszustand des Olympiastadion Berlin zu gewährleisten. Ein wichtiger Erfolgsfaktor unseres Unternehmens sind unsere Mitarbeiter. Unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind für ihre jeweiligen Aufgaben entsprechend qualifiziert und gleichfalls motiviert. Durch die Übernahme von Einzelgewerken des technischen Bereiches in die Aufgabenbereiche des Fachbereichs Technik ist eine angemessene Erhöhung des Personalstammes, auch im Handwerkssegment, absehbar. Sofern Personalbedarf besteht, ist die Übernahme einzelner Auszubildenden ein gutes Modell, Fachpersonal an die Gesellschaft zu binden und bedarfsgerecht zu entwickeln. Zudem ist geplant, zu Beginn des Jahres 2015 neue Auszubildende zu rekrutieren. Die Personalsituation zum Ende des Berichtszeitraums stellt sich wie folgt dar:

Fachkräfte 21 (Vorjahr 19)

Auszubildende 3 (Vorjahr 3)

4. Finanzlage

Im Berichtsjahr konnte ein hoher operativer Cash-Flow von T€ 3.220 (Vorjahr: T€ - 2.514) erzielt werden. Der Mittelzufluss speiste sich dabei wesentlich aus dem gestiegenen Periodenergebnis, dem Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 2.702 und dem Aufbau von Rückstellungen (T€ 449).

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit reduzierte sich wegen der im Vorjahresvergleich niedrigen Investitionsausgaben um T€ 26 auf T€ 42.

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von T€ 1.250 resultiert aus der im Rahmen eines Vergleichs geschlossenen teilweisen Rückzahlung eines Darlehens. Weitere Mittelzu- und abflüsse aus Finanzierungstätigkeit waren im Berichtsjahr wie im Vorjahr nicht zu verzeichnen.

Unter Einbeziehung der Wertpapiere des Umlaufvermögens erhöhte sich der Finanzmittelbestand zum Stichtag um T€ 1.928 auf T€ 8.102 (Vorjahr: T€ 6.174). Das Fremdkapital beträgt zum Berichtsstichtag T€ 9.449 und entfällt mit T€ 6.862 auf Verbindlichkeiten. Hiervon sind T€ 1.679 innerhalb des nächsten Geschäftsjahres fällig. Für die Liquiditätssteuerung unseres Unternehmens ziehen wir neben Finanzmittelbestand und cash flow die Liquidität 2. Grades und das working capital heran. Die Liquidität 2. Grades - das Verhältnis von kurzfristigen Verbindlichkeiten (T€ 1.679; Vorjahr: T€ 3.882) und liquiden Mitteln unter Einbeziehung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - hat sich wegen des hohen Mittelzuflusses aus laufender Geschäftstätigkeit auf 606,3% (Vorjahr: 282,2%) verbessert. Das working capital reduzierte sich um rd. 8,7% auf T€ 6.325 (Vorjahr: T€ 7.255). Bei weiterhin stetigem Geschäftsverlauf schätzen wir unsere Finanzlage als gesichert ein.

5. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen verzeichnete eine Abnahme um T€ 901 auf T€ 11.165 (Vorjahr: T€ 12.067), wobei sich keine signifikanten Veränderungen bezüglich des Verhältnisses von lang- und kurzfristig gebundenem Vermögen ergaben. Die Zuflüsse aus dem Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden überwiegend in eine festverzinsliche Anleihe mit kurzfristiger Fälligkeit investiert. Absolut und relativ größter Posten der Aktivseite sind mit 72,6% (Vorjahr: 51,2%) die liquiden Mittel (inkl. Wertpapiere des Umlaufvermögens). Das Anlagevermögen ist wegen unserer Betreiberposition mit 6,3% (Vorjahr: 6,5%) der Aktivsumme von nur geringer Bedeutung.

Die Eigenkapitalquote steigt mit dem positiven Jahresergebnis auf 15,4% (Vorjahr: 4,8%). Das langfristig gebundene Vermögen von T€ 704 wird vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Aufgrund der Rückführung der sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 2.157 ist das mittel- und kurzfristige Fremdkapital um 11,0 Prozentpunkte auf 83,4% (Vorjahr: 94,4%) gesunken. Die absolute Reduzierung beträgt T€ 2.034. Die sonstigen Rückstellungen haben sich stichtagsbedingt um T€ 400 auf T€ 2.253 erhöht. Die Einzahlungen für Erträge nach

dem Stichtag (passive Rechnungsabgrenzungsposten) reduzierten sich deutlich um T€ 279 auf T€ 6 (Vorjahr: T€ 285).

IV. Nachtragsbericht

In der Sitzung am 29. Oktober 2014 hat der Aufsichtsrat beschlossen Herrn Joachim E. Thomas als Geschäftsführer abzurufen und mit sofortiger Wirkung von seinen Pflichten freizustellen. Die Kündigung soll zum 30. November 2014 wirksam werden. Als Nachfolger ist ab dem 20. November 2014 Herr Peter von Löbbecke bestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die zu berichten wäre, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

V. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

1. Risikobericht

Unser Unternehmen ist in seiner Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die das Erreichen der gesetzten Ziele oder die Umsetzung langfristiger Strategien beeinträchtigen können.

Ziel der Gesellschaft ist es, die Unternehmenspolitik auch künftig so zu gestalten, dass eine kontinuierliche Unternehmensentwicklung bei gleichbleibender Vermögenssicherung gegeben ist. Hierbei ist die zeitliche und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Hauptmieter bei gleichzeitig steigendem Wettbewerb in der Veranstaltungsbranche zu berücksichtigen. Aus vorgenannten Gründen werden vorhandene Marketingkonzepte regelmäßig geprüft und fortgeführt sowie gegebenenfalls neue Konzeptionen entwickelt.

Durch aktives Monitoring in allen Fachbereichen ist es uns möglich, strategische und operative Risiken zu erkennen und diesen zeitnah entgegenzuwirken. Begleitet wird dieses Monitoring durch stetige und aktive Kommunikation der Fachbereiche untereinander und regelmäßiges Reporting an die Geschäftsleitung.

Die Vertreter der Gesellschaft berichten mindestens quartalsweise gegenüber dem Aufsichtsrat, so dass auch hier eine enge Informationskultur gepflegt wird und die Gremien über den aktuellen wirtschaftlichen Status der Gesellschaft auskunftsfähig sind. Die Einbindung des Aufsichtsrates oder der Gesellschafterversammlung erfolgt bei Erfordernis durch Sondertatbestände umgehend.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Risiken

Eine rückläufige Entwicklung der weltweiten oder inländischen Wirtschaft aufgrund der Russland-Ukraine-Krise kann zu einem konjunkturellen Abschwung führen, der sich auf den Arbeitsmarkt und damit das Konsumverhalten der Bevölkerung auswirkt. Denkbar ist ein Nachfragerückgang im Bereich der Sport- und Freizeitveranstaltungen. Die Folge wäre ein Zuschauerrückgang und/oder eine Reduzierung von Veranstaltungen. Vorrangig betroffen wären nach unserer Einschätzung Veranstaltungen im oberen Preissegment, also

auch Konzertveranstaltungen, die im Olympiastadion durchgeführt werden können. Ein möglicher Preisverfall bei Ticketpreisen für Freizeitveranstaltungen, der von den Veranstaltern weitergegeben wird, kann zu Margenverlusten führen. Andererseits kann eine massiv erhöhte Preispolitik der Konzertveranstalter dazu führen, dass aufgrund der geringen Absatzzahl an Tickets die Auslastung des Olympiastadion Berlin nicht mehr möglich ist und stattdessen auf kleinere Veranstaltungsstätten ausgewichen wird. Absatzrisiken bestehen auch aufgrund der Nachfragekonzentration, die zu einer ausgeprägten Verhandlungsstärke der Konzertveranstalter geführt hat.

Gleichermaßen stellt die Konzentration der regionalen Anbieter von Veranstaltungsstätten und die ungleichen Möglichkeiten bei der Preisgestaltung ein Marktrisiko dar. In unmittelbarer Umgebung stehen wir im Wettbewerb mit der Waldbühne und dem Berliner Maifeld im Areal des Olympiaparks. Bedeutend ist auch der Wettbewerb durch das Tempelhofer Feld.

Vermietungs-, Preis- und Ausfallrisiken

Die Nutzung des Olympiastadion Berlin im Rahmen der Pflichtspiele von Hertha BSC ist vertraglich bis zum 30.06.2017 sowohl zeitlich als auch wirtschaftlich festgeschrieben. Der Mietvertrag ist u.a. für den Spielbetrieb in der Bundesliga und in der zweiten Bundesliga geschlossen und beinhaltet entsprechende finanzielle Komponenten. Wir gehen davon aus, dass sich Hertha BSC in der Bundesliga etabliert und somit aus der Nutzungsvereinbarung stabile Umsätze generiert werden können. Wir gehen von einem zuverlässigen Zahlungszufluss aus. Deutliche Umsatz- und Ergebnismrückgänge werden sich jedoch mit dem vertraglich zugesicherten Übergang der Cateringrechte auf Hertha BSC ab dem Geschäftsjahr 2014/2015 bis einschließlich zum Geschäftsjahr 2016/2017 ergeben.

Zur weiteren Risikominimierung wird die Entwicklung und Etablierung neuer Veranstaltungsformate stetig geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt. Im Berichtszeitraum fand beispielhaft erstmals die Tuningmesse „XS Car-Night“ auf dem Gelände des Olympiastadion Berlin statt. Über eine Etablierung als jährlich wiederkehrende Dauerveranstaltung wird bereits verhandelt.

Auch Veranstaltungsreihen, die witterungsunabhängig im Gebäude des Olympiastadions durchgeführt werden können, werden weiterhin angestrebt. Für den Bereich Special- und Business events wurde ein neues Marketingkonzept aufgelegt, das insbesondere die Akquisition im Tagungssegment aktivieren soll.

Für das Besucherprogramm wurde eine spezielle Werbeaktion entwickelt, die im Spätsommer 2014 die Steigerung der touristischen Gästezahl im Olympiastadion begleiten soll. Im Übergangszeitraum wurde zudem eine Umfrage mit statistischer Erhebung bei den Stadionbesuchern durchgeführt, um mögliche weitere Interessen der Gäste aufzudecken und schnellstmöglich bedienen zu können.

Die einzigartige Architektur und die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten des multifunktionalen Stadions sehen wir als Wettbewerbsvorteil und Chance für außergewöhnliche Events. Auch die Nutzungsmöglichkeit für Wettkämpfe der Leichtathletik, die nur noch in wenigen deutschen Stadien ausgetragen werden können, ist von großem Vorteil.

Betriebsunterbrechung und Totalverlust des gemieteten Objekts

Gegen Beeinträchtigungen, die zur Betriebsunterbrechung oder zu Nutzungseinschränkungen führen, haben wir eine Betriebsunterbrechungsversicherung abgeschlossen. Das Risiko des Totalverlustes des gemieteten Objekts ist entsprechend der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Eigentümer ausreichend abgedeckt. Vermögensverluste bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie der Elektronik sind ebenfalls durch entsprechende Versicherungen abgesichert. Versicherungsart und -umfang werden in jährlichen Abständen geprüft und angemessen angepasst.

Ziel der Gesellschaft ist es, das Olympiastadion Berlin unter anderem im Rahmen der Betreiberpflichten durchgängig technisch und aus Vermarktungssicht funktionsfähig bereit zu halten. Hierzu dient unter anderem die Koordination, Kontrolle und Überwachung aller internen und externen Dienstleistungen mit Unterstützung des softwaregestützten CAFM-Systems. Somit gewährleisten wir in enger Zusammenarbeit mit dem Eigentümer Land Berlin eine zukunftsorientierte Unternehmensführung mit dem Ziel höchster Kundenzufriedenheit.

Betreiber- und Veranstaltungsrisiko

Für das Stadion entstehen nutzungsabhängige Unterhalts- und Betriebskosten sowie Fixkosten. Insbesondere die verbrauchsabhängigen Kosten sind von der allgemeinen Preisentwicklung abhängig. Die Energiekosten sind ein wesentlicher Kostenfaktor. Die umwelt- und energiepolitischen Rahmenbedingungen sind für unser Unternehmen von hoher Relevanz. Bedingt durch Steuern und Abgaben hat die Energiekostenbelastung in den vergangenen Jahren trotz technischer Kompensationsmaßnahmen kontinuierlich zugenommen. Die Energiewende der Bundesrepublik und die Förderpolitik für Erneuerbare Energien bedingt weiter steigende Energiepreise. Wir haben diese Entwicklung erkannt und werden neue technologische Ansätze für die haustechnischen Anlagen mit Kooperationspartnern und Spezialisten erarbeiten.

Fremdvergebene Dienstleistungen werden im vorgeschriebenen Turnus ausgeschrieben. Hierdurch wird eine hohe Qualität und Kostenoptimierung sichergestellt.

Versicherungen decken die vom Gebäude ausgehenden Risiken vollumfänglich (Gebäudehaftpflicht-, Veranstaltungshaftpflichtversicherung) ab. Darüber hinaus sind die jeweiligen externen Veranstalter zum Abschluss einer gesonderten Versicherung für den Veranstaltungstag vertraglich verpflichtet.

Gemäß Versammlungsstättenverordnung besteht ein Sicherheitskonzept, das die für den Veranstaltungsbetrieb erforderlichen sicherheitsrelevanten Schwerpunkte enthält. Das Sicherheitskonzept wurde erneut regelmäßig überarbeitet und im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden aktualisiert in Kraft gesetzt.

Finanzwirtschaftliche Risiken, Verwendung von Finanzinstrumenten

Unsere Gesellschaft verfolgt zur Sicherung des Unternehmenserfolges eine konservative Risikopolitik. Die verwendeten Finanzinstrumente bestehen im Wesentlichen aus Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten sowie Wertpapieren. Die stetigen Zinssenkungen der EZB wirken sich auch auf die Höhe der Zinserträge der Gesellschaft aus, werden aber bei den Finanzplanungen und in Anlagezeiträumen entsprechend berücksichtigt. Die Anlage in Wertpapiere erfolgt risikoavers.

Als Kreditrisiko wird das Risiko des Zahlungsausfalls unserer Kunden verstanden, welches zu Wertberichtigungen in der Bilanz ausgewiesener Vermögenswerte oder Forderungen führen kann. Das Kreditrisiko ist dabei auf den Buchwert der genannten Posten beschränkt. Vorsorgemaßnahmen wie beispielsweise Anzahlungsverpflichtungen oder die Hinterlegung von Kautionen werden entsprechend eingeleitet und sollen das Ausfallrisiko minimieren. Für unser Unternehmen ergeben sich Kreditrisiken im Wesentlichen bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Zur Vermeidung von Ausfallrisiken hat das Unternehmen ein Forderungsmanagement und zeitnahes Mahnwesen installiert. Im Berichtsjahr waren Forderungsausfälle von T€ 10 (Vorjahr: T€ 18) zu verzeichnen. Die Ausfallquote beträgt bezogen auf den Umsatz rd. 0,1% (Vorjahr: 0,2%). Bei den zum Berichtsstichtag ausgewiesenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen lagen keine weiteren Anhaltspunkte für Zahlungsausfälle vor.

Liquiditätsrisiken werden als mangelnde Verfügbarkeit liquider Mittel zur fristgerechten Erfüllung finanzieller Verpflichtungen verstanden. Solche Verpflichtungen bestehen aus unseren mittelfristigen Finanzschulden. Aufgrund der soliden Finanzierung schätzen wir unser Liquiditätsrisiko bei gleichbleibender Geschäftsentwicklung und fristgemäßer Mittelüberlassung sowie unter der Voraussetzung der vollständigen Erfüllung unserer ausstehenden Forderungen aus Lieferungen und Leistungen als gering ein. Unsere vorausschauende Liquiditätsplanung im Rahmen der operativen Steuerung gewährleistet eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit. Die Finanzlage schätzen wir daher als gesichert ein.

Instandhaltungs- und Instandsetzungsrisiken (technische Risiken), Umweltrisiken

Das jederzeit funktions- und vermarktungsfähige Olympiastadion bildet die Betriebsgrundlage unserer unternehmerischen Tätigkeit. Unsere nachhaltige Instandhaltungs- und Instandsetzungspolitik ist daher integraler Bestandteil des aktiven Handelns für das Gesamtgelände. Das jährlich zur Verfügung stehende Instandhaltungsbudget beträgt T€ 900. Darüber hinausgehende Maßnahmen werden nach intensiver Abstimmung vom Land Berlin als Eigentümer des Stadions finanziert. Sofern das festgeschriebene Instandhaltungsbudget unterschritten wird, bilden wir in Höhe der Differenz eine verzinsliche Verbindlichkeit (sog. Instandhaltungsrücklage). Ein Liquiditätsrisiko besteht daher nicht.

Durch ein aktives und stetiges Controlling und Monitoring, regelmäßige Objektbegehungen des technischen Personals und Berichtspflichten externer Dienstleister begrenzen wir das allgemeine Instandsetzungsrisiko. Behördlich vorgeschriebene Turnusuntersuchungen an den technischen und baulichen Einrichtungen werden regelmäßig durchgeführt.

Die Einbeziehung der ökologischen und nachhaltigen Aspekte im Rahmen der technischen Bewirtschaftung des Olympiastadion bestimmt eine Vielzahl der technischen Maßnahmen zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Umweltrisiken. Eine Maßnahme hierbei ist insbesondere die stringente Instandhaltung unserer technischen Anlagen. Nach unserem Kenntnisstand bestehen derzeit keine umweltbedingten Einflüsse, die wesentliche negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens haben könnten.

Rechtliche Risiken

Für bestehende Risiken wurde eine angemessene Risikovorsorge gebildet. Sofern rechtliche Risiken aus arbeitsrechtlichen, zivilrechtlichen Verfahren oder Ausschreibungsverfahren abzusehen sind, werden wir durch qualifizierte Juristen beraten. Zur Minderung möglicher Steuerrisiken, die sich vornehmlich im Zusammenhang mit steuerlichen Außenprüfungen und damit verbundener unterschiedlicher steuerlicher Würdigung ergeben können, haben wir ebenfalls qualifizierte Berater vertraglich gebunden. Signifikante Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Rechtliche Bestandsgefährdungspotentiale bestehen für unser Unternehmen derzeit nicht.

Gesamtaussage

Nach der von uns durchgeführten Gesamtbewertung sehen wir Risiken der künftigen Entwicklung hauptsächlich in der hohen finanziellen und zeitlichen Abhängigkeit von unserem Hauptnutzer und dem sich weiter verdichtenden Wettbewerbsumfeld der Berliner Veranstaltungsorte. Zudem können steigende Energiepreise zu Margenverlusten aufgrund verbrauchsabhängiger Betriebskosten führen. Die Risiken können wir mit Hilfe der installierten Überwachungsinstrumente nach unserer Einschätzung jedoch insgesamt gut beherrschen. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gegenwärtig gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar.

2. Prognosebericht

Die maßgeblichen konjunkturellen Impulse werden für das Jahr 2014 vor allem von den entwickelten Staaten, insbesondere den USA erwartet. Allerdings sorgt der Russland-Ukraine-Konflikt neben der Bewältigung struktureller Herausforderungen in den Staaten der Eurozone für Verunsicherung. Der IWF hat daher seine Prognose für das Welt-BIP auf 3,4%⁸ nach unten korrigiert. Die Prognosen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland liegen in einer Bandbreite von 1,6% - 2,2% und zeigen einen Aufwärtstrend. Vor dem Hintergrund stabiler Preise, niedriger Zinsen, eines robusten Arbeitsmarktes und

⁸ Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung vom 12.08.2014

steigender Einkommen wird ein kräftiger Anstieg des privaten Konsums erwartet. Nach den Prognosen der Bundesregierung dürften die Konsumausgaben um 1,4%⁹ steigen. Führende Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren auch für das Jahr 2015 eine positive konjunkturelle Entwicklung mit einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes zwischen 1,7% und 2,5%. Die sich aus den aktuellen geopolitischen Veränderungen im Nahen Osten und dem Russland-Ukraine-Konflikt ergebenden Unsicherheiten sind in diesen Prognosen jedoch noch nicht abgebildet. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft können derzeit noch nicht abgeschätzt werden und können einen negativen Einfluss auch auf unser Unternehmen haben.

Durch die Etablierung von Hertha BSC in der Bundesliga erwarten wir in diesem Bereich im Geschäftsjahr 2014/2015 entsprechend der vertraglichen Regelungen stabile Umsätze auf Vorjahresniveau. Schwankungen können lediglich durch die Zuschaueranzahl bei den Heimspielen entstehen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Clubs können sich Liquiditätsausfälle und -risiken ergeben. Die aktuellen Pressemitteilungen von Hertha BSC zur Bindung von weiteren Investoren und Partnern deuten auf eine positive Liquiditätsentwicklung des Clubs hin. Mit dem Übergang der Cateringrechte auf Hertha BSC ergeben sich jedoch deutliche Umsatzrückgänge für die Geschäftsjahre 2014/2015 bis 2016/2017.

Im Geschäftsjahr 2014/2015 wird das Finalspiel der Herren zur Champions-League im Olympiastadion Berlin ausgetragen. Hierdurch wird eine Erhöhung der Umsätze im Bereich der Vermarktung für Fußballereignisse generiert.

Bei den außersportlichen Veranstaltungen streben wir Umsatzsteigerungen durch die Erhöhung der Veranstaltungstage an. Zwei Großveranstaltungen für das Geschäftsjahr 2015/2016 sind bereits vertraglich fixiert. Für den Bereich Special- und Businesssevents, Besucherprogramme, Medienbetreuung (Film/Foto), Merchandising und Stadionvermarktung werden Einnahmen auf dem Vorjahresniveau erwartet.

Für das kommende Geschäftsjahr erwarten wir ein ausgeglichenes Ergebnis. Die Liquiditätslage wird auf Basis der getroffenen Annahmen, bei Einhaltung aller vertraglichen Zusagen, als gesichert eingeschätzt.

Aufgrund der Unsicherheiten bezüglich der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Binnenkonjunktur können wir derzeit nicht absehen, ob die von uns getroffenen Annahmen und Einschätzungen in dem geplanten Umfang eintreffen. Auch können für das Wirtschaftsjahr 2015/2016 noch keine weitergehenden Aussagen zur Unternehmensentwicklung getroffen werden.

⁹ Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Pressemitteilung vom 12.03.2014

VI. Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Kodex (BCG)

Die Olympiastadion Berlin GmbH entspricht den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Codex in der Fassung von Februar 2009. Die Entsprechenserklärung vom Geschäftsführer und Aufsichtsrat ist in der Anlage zum Lagebericht enthalten.

Berlin, 25. November 2014

Der Geschäftsführer der
Olympiastadion Berlin GmbH

Peter von Löbbecke

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
---------	------------	---

I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat

I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	<p>In Teilbereichen wurden im Geschäftsjahr 2013/14 Verstöße des Geschäftsführers gegen die Vorgaben des BCG festgestellt. Diese waren Gegenstand einer gesonderten Berichterstattung an den Aufsichtsrat (im Folgenden als „gesonderte Berichterstattung“ bezeichnet).</p> <p>Mit Ausnahme der in der gesonderten Berichterstattung erwähnten Punkte haben Geschäftsleitung und Aufsichtsrat eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt.</p> <p>Die außerhalb der Organe stehenden Mitarbeiter wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.</p>
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen regelmäßig unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.</p>
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung darüber durch die Geschäfts- 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	leitung. <ul style="list-style-type: none"> • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	Der Geschäftsführer hat mit Ausnahmen (Fußballturnier der Berliner Orchester am 26. Mai 2014 und Vertrag mit der VW AG, zu Details verweisen wir auf die gesonderte Berichterstattung) alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats an die Geschäftsführung (Geschäftsordnung vom 21.04.2007) für die Geschäftsleitung.
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht entsprechend § 90 AktG regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (mind. 2 Wochen vor der Sitzung). Geschäftsplanungen erfolgten für das laufende und die folgenden drei Geschäftsjahre. Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
I.5	<ul style="list-style-type: none">• Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats.• D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat.	<p>Verstöße des Geschäftsführers werden in der gesonderten Berichterstattung erläutert. Mit Ausnahme der dort beschriebenen Sachverhalte sind Geschäftsleitung und Aufsichtsrat ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsmäßiger Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
---------	------------	---

II. Geschäftsleitung

<p>II.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, den Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Verstöße des Geschäftsführers werden in der gesonderten Berichterstattung erläutert.</p> <p>Mit Ausnahme der dort beschriebenen Sachverhalte hat der Geschäftsführer seine Tätigkeit nach bestem Wissen und Gewissen ausgeübt und im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; sonstige das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Die unternehmensinternen Richtlinien wurden durch den Geschäftsführer nicht immer konsequent eingehalten, Details hierzu enthält die gesonderte Berichterstattung.</p> <p>Das Unternehmen verfügte über ein der Größe des Unternehmens entsprechendes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
<p>II.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<p>Im Geschäftsjahr war nur ein Geschäftsführer bestellt. Eine Geschäftsverteilung war daher nicht erforderlich. Zustimmungspflichtige Geschäfte sind im Anstellungsvertrag des Geschäftsführers und im Gesellschaftsvertrag geregelt. Die am 21.04.2007 in Kraft getretene Geschäftsordnung wurde beachtet.</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung 	<p>Die Vergütung des Geschäftsführers enthält neben dem Fixum auch einen erfolgsabhängigen Bestandteil.</p> <p>Für die erfolgsabhängige Vergütung werden jährliche Zielvereinbarungen getroffen.</p> <p>Die Festvergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen des Geschäftsführers, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt und betrug im Geschäftsjahr insgesamt T€ 140 zuzüglich Pkw-Sachbezug in Höhe von T€ 12; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge nicht berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden. Die im Geschäftsjahr gezahlte variable Vergütung für die Zielerreichung des Vorjahres (Verbrauch von Rückstellungen) betrug T€ 32. Für die variable Vergütung des laufenden Geschäftsjahres wurde eine Rückstellung gebildet, die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Personalaufwand ausgewiesen wird.</p> <p>Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung werden im Anhang veröffentlicht. Da die Gesellschaft lediglich einen Geschäftsführer hat, wird damit auch</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap. 	<p>dessen Einzelvergütung offengelegt.</p> <p>Regularien zum Abfindungs-Cap waren im Geschäftsjahr nicht existent.</p>

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für die Geschäftsleitung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat vom 05.11.2004 wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat einzelne Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p>
<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt.</p> <p>Die Entscheidungen des Aufsichtsrats werden im Plenum getroffen.</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis.	
III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat quartalsweise über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft entsprechend § 90 AktG berichtet. Die Geschäftsleitung hatte im Berichtsjahr über wichtige Ereignisse unterrichtet und gemeinsam entsprechend den Aufsichtsratsbeschlüssen entschieden.</p> <p>Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Im Geschäftsjahr 2013/14 hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.
III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. 	Alle Aufsichtsratsmitglieder haben weitere Mandate inne, wobei zwei Aufsichtsratsmitglieder weiteren drei und ein anderes Aufsichtsratsmitglied weiteren vier Aufsichtsräten und einem Beirat angehören.

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	<ul style="list-style-type: none"> • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>In Übereinstimmung mit den gesellschaftsvertraglichen Regelungen i.d.F. vom 14.12.2007 wurden insgesamt € 450,00 als Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder gezahlt.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung getroffene jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.</p>
III. 7. und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Die im Berichtsjahr abgehaltene Aufsichtsratssitzung erfolgte unter vollständiger Präsenz aller Aufsichtsratsmitglieder.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat sich in keiner Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäfts- 	<p>Verstöße des Geschäftsführers werden in der gesonderten Berichterstattung erläutert.</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	leitung	Im Übrigen haben die Mitglieder der Geschäftsleitung die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	Verstöße des Geschäftsführers werden in der gesonderten Berichterstattung erläutert. Ansonsten haben Geschäftsleitung und Aufsichtsrat die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	Berichtspflichtige Interessenkonflikte bestanden nicht.
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/ mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehenden Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen sind nicht erfolgt. Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
		bestehen nicht. Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Der Geschäftsführer ist ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandes der deutschen Stadionbetreiber. Weiterhin hat der Geschäftsführer ein Aufsichtsratsmandat bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen inne. Beide Tätigkeiten wurden vom Aufsichtsrat genehmigt.
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrats und an Angehörige. 	Den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt. Zum 30. Juni 2014 bestehen Forderungen gegen den Geschäftsführer in Höhe von T€ 31 aus zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollständig zurückgezahlten Vergütung aus seiner Nebentätigkeit als Aufsichtsratsmitglied.

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- und Langfristplanung nicht un- 	Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Lagebericht der Gesellschaft dargestellt.
------------	---	---

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. <ul style="list-style-type: none"> • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet; Unternehmensinformationen wurden nicht über das Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. • Erörterung der Zwischenberichte 	Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt. Die Aufstellung erfolgte innerhalb der Frist nach § 264 Abs. 1 HGB von 90 Tagen nach Geschäftsjahresende. Die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung erfolgt entsprechend § 42a Abs. 2 GmbHG bis zum Ablauf der ersten acht Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat mit dem Vorstand erörtert.
--------------------	---	--

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
---------	------------	---

VII. Abschlussprüfung

<p>VII. 1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer eine Erklärung darüber erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
<p>VII. 2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
<p>VII. 3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über die wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Verstöße des Geschäftsführers gegen den BCG werden in der gesonderten</p>

ANLAGE ZUM LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2014

Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats entsprechend § 161 AktG in Verbindung mit den Bestimmungen des Gesellschafters Land Berlin zum Berliner Corporate Governance Codex (BCG)

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung/ des Aufsichtsrats
	<ul style="list-style-type: none"> Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	Berichterstattung erläutert. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.
VII. 4	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	Der Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012/2013 hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss zum 30.06.2013 teilgenommen und über die von ihm durchgeführte Jahresabschlussprüfung sowie wesentliche Prüfungsergebnisse berichtet. Der für das Geschäftsjahr 2013/2014 bestellte Abschlussprüfer wird zu der Sitzung des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss für das am 30.06.2014 endende Wirtschaftsjahr eingeladen.

Die Olympiastadion Berlin GmbH entspricht den Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 17. Februar 2009.

Berlin, November 2014

Olympiastadion Berlin GmbH

Berichtszeitraum vom 01. Juli 2013 bis 30. Juni 2014

Bezüge des Geschäftsführers Herrn Joachim E. Thomas

Vergütungsbestandteil	Betrag in Euro
Geschäftsführervergütung	140.000,00
Erfolgsabhängige Vergütung (für Geschäftsjahr 2012/2013)	32.000,00
Urlaubsabgeltung	8.614,08
Summe	180.614,08
Sachbezüge	11.667,12
Bezüge 2013/2014	192.281,20
./. Verrechnung Einnahmen AR-Mandat d&b	./. 67.500,00
Gesamt 2013/2014	124.781,20

Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates der Olympiastadion Berlin GmbH

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit folgende Vergütung:

Mitglied des Aufsichtsrates	Betrag in Euro
Herr Senator Frank Henkel (AR-Vorsitzender)	150,00
Frau Monika Randow (stellv. AR-Vorsitzende)	150,00
Herr Senator a.D. Klaus Böger (AR-Mitglied)	150,00

STADT UND LAND
Wohnbauten-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung

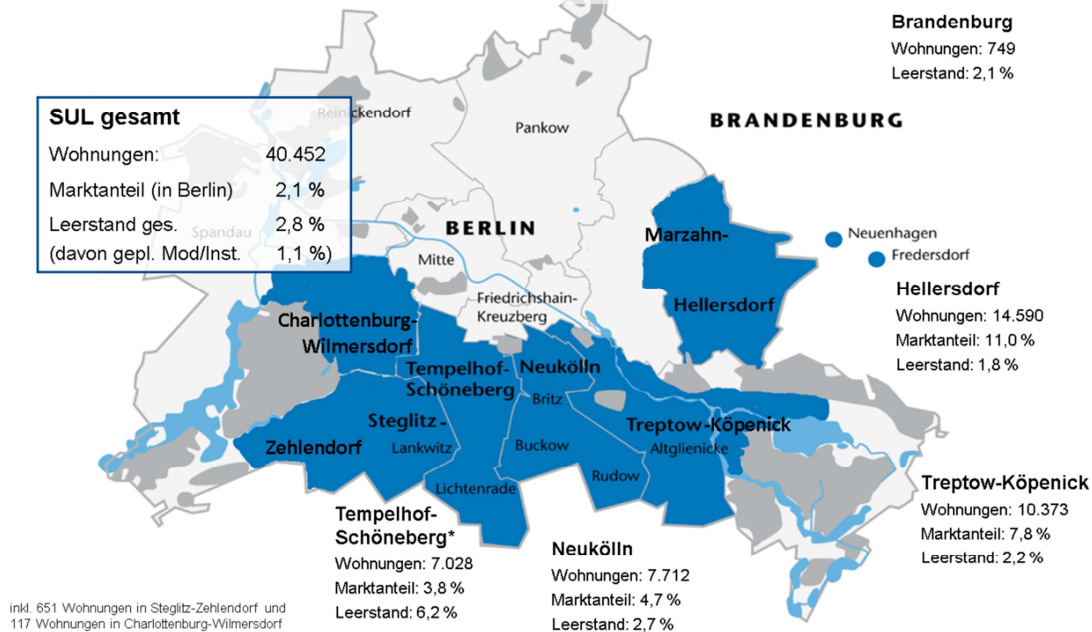
Lagebericht des Konzerns

1. Grundlagen des Konzerns

1.1 Geschäftsmodell des Konzerns

Die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH (STADT UND LAND) ist die Muttergesellschaft und leitende Einheit des Konzerns. Das Hauptgeschäftsfeld des Konzerns besteht aus der Vermietung und Bewirtschaftung von eigenen Wohn- und Gewerbeimmobilien mit Schwerpunkt in Neukölln, Treptow, Tempelhof und Hellersdorf.

Bestandsstruktur und Marktanteile



Zum 31. Dezember 2014 wurden im Konzern 40.452 eigene Wohnungen, 759 Gewerbeeinheiten und 7.755 sonstige Einheiten bewirtschaftet. Darüber hinaus wurden 9.454 Mieteinheiten für Dritte betreut. Damit bewirtschaftet der Konzern nahezu 60.000 Mieteinheiten.

Der Fokus des Konzerns liegt in den nächsten Jahren neben dem Kerngeschäft – der Bewirtschaftung von Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung – auf der Entwicklung von Grundstücksflächen für den Wohnungsneubau, vorrangig in Treptow-Köpenick sowie auf dem Ankauf von Immobilienbeständen.

1.2 Ziele und Strategien

Grundlegende Zielstellung des Konzerns STADT UND LAND ist die positive Wertentwicklung und die Erweiterung des Immobilienbestandes durch Ankauf und Neubau unter Berücksichtigung sozialer und umweltorientierter Aspekte.

Auf dieser Basis sind die drei strategischen Hauptziele ausgerichtet:

Erweiterung und Optimierung des Bestandsportfolios

- Grundstücke entwickeln und Wohnungsneubau vorantreiben
- Bestände ankaufen
- Immobilienwerte steigern

Stärkung der Quartiere

- Quartiere stabilisieren über Preis, Produkt und Service
- Quartiere durch Investitionen entwickeln unter Berücksichtigung energetischer Maßnahmen
- Kulturelle und soziale Projekte fördern und begleiten

Verbesserung der internen Strukturen und Abläufe

- Fluktuations- und altersbedingte Personalabgänge kompensieren
- Altersstruktur optimieren
- Personalressourcen effizient einsetzen
- Qualifikationen entsprechend den aktuellen Anforderungen weiterentwickeln
- IT Projekte zur Erhöhung der Effizienz der Prozesse durch Automatisierung fortsetzen

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen¹

Nach einem starken Start der deutschen Wirtschaft in das Jahr 2014 (0,8 % Zuwachs im ersten Quartal) verzeichnete diese eine stabile Situation im weiteren Jahresverlauf. So liegt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt bundesweit mit 1,5 % über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Die Wirtschaft Deutschlands ist trotz internationaler Krisen stärker gewachsen als in den zwei vorangegangenen Jahren. Neben einer verbesserten Arbeitsmarktsituation begünstigte insbesondere der inländische Konsum dieses Ergebnis, der maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beigetragen hat.

Die Wohnungswirtschaft in Deutschland entwickelte sich auch im Geschäftsjahr 2014 positiv. Das Interesse der Investoren ist 2014 weiterhin so hoch, dass im Wohnimmobilienbereich mit einem Investitionsvolumen von 13,3 Mrd. € bundesweit nahezu der Vorjahreswert erreicht wurde. Von dieser positiven Entwicklung profitieren insbesondere die großen Ballungsräume. Für 2015 wird ein ähnlich hohes Investitionsvolumen erwartet. Auch im Bereich des Neubaus gibt es eine positive Marktentwicklung. An prosperierenden Top-Standorten und in Universitätsstädten steigt die Zahl der Projektentwicklungen für den Wohnungsneubau, welche neben der

¹ Als Datenquellen wurden das statistische Landesamt Berlin, der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V., Berichte von Immobiliendienstleistern CBRE, JLL, savills herangezogen.

steigenden Nachfrage auch durch das nach wie vor günstige Zinsniveau begünstigt werden. Die Geschäftsführung geht kurz- bis mittelfristig von einem weiterhin moderaten Zinsniveau aus.

Im Geschäftsjahr 2014 wuchs die Berliner Wirtschaft weiterhin an. Vor allem der Dienstleistungsbereich und die Bauwirtschaft wirken positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundeshauptstadt. Die überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung mit einem Plus von 1,8 % (Prognose IBB) lag das Wachstum nicht nur deutlich über dem des Vorjahres (1,2 %), sondern auch über dem des Bundes. Der Berliner Arbeitsmarkt zeigte sich weiterhin dynamisch. Bei einer Quote von 11,1 % betrug die Abnahme der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr (11,7 %) erneut 0,6 %-Punkte. Die Kaufkraft stieg in Berlin um 3,5 %. Die Preisentwicklung verzeichnet mit 0,8 % im Jahr 2014 einen deutlich geringeren Anstieg als im Vorjahr (2,2 %). Für das Jahr 2015 wird von der IBB ein Wirtschaftswachstum für Berlin von 1,6 % prognostiziert. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich die prognostizierte Entwicklung in Berlin weiterhin mit einem positiven Trend fortsetzen wird.

Der Anstieg der Neuvertragsmieten in Berlin lag 2014 mit 6,6 % erneut auf einem hohen Niveau (2013 lag der Anstieg bei 6,9 %). Während bisher ein innerstädtisch stark differenzierter Anstieg bestand, steigen die Angebotsmieten zunehmend homogener über das gesamte Stadtgebiet. So ist in bisher sehr nachgefragten Gebieten zunehmend eine Verlangsamung des Preisanstieges zu verzeichnen. Die Angebotskaufpreise von Wohnungen steigen hingegen um 10,1 %. Durch die Verknappung des Angebots, die wachsende Kaufkraft und sinkende Arbeitslosenzahlen, ist bei Kaufpreisen für Eigentumswohnungen keine vergleichbare Verlangsamung zu verzeichnen. Die Bevölkerungszahl stieg 2014 in Berlin um rund 44.700 Personen an. Basierend auf der letzten umfassenden Bevölkerungsprognose erwartet der Berliner Senat bis 2030 eine Bevölkerungszunahme von rund 254.000 Personen. Auf Basis dieser prognostizierten Entwicklung nehmen auch der Neubaubedarf und die Marktbedeutung städtischer Wohnungsunternehmen in Berlin zu. In Anbetracht der Wirtschafts- und Bevölkerungsdynamik bleibt der Berliner Markt auch zukünftig für in- und ausländische Investoren interessant. Die Geschäftsführung rechnet für Wohnimmobilien mit weiteren Preissteigerungen.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Ankauf

Neben der Bestands- und Quartiersentwicklung stellt die Erweiterung des Portfolios durch Zukauf von Immobilien eine wichtige Unternehmensaufgabe dar. Vor diesem Hintergrund hat der Konzern im Jahr 2014 1.803 Wohnungen und 55 Gewerbeeinheiten erworben. Davon sind im Geschäftsjahr 1.172 Wohnungen und 54 Gewerbeeinheiten in den Bestand des Konzerns übernommen worden.

Die Bestandserweiterung erfolgte dabei stets im Kontext des Gesamtportfolios, um über die konkrete Erweiterung das Portfolio aufzuwerten. Bei dem Ankaufsprozess wurde darüber hinaus der Fokus auf die Qualität der Immobilien und deren Eingliederungsmöglichkeit in den vorhandenen Bestand gelegt. Die Portfolioerweiterung bleibt in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der strategischen Ausrichtung des Konzerns.

Neubau

Die Erweiterung des Wohnungsbestandes durch Neubau wurde im Geschäftsjahr 2014 konsequent vorangetrieben. Die im Jahr 2014 begonnenen Neubauvorhaben befinden sich im Bezirk Treptow-Köpenick.

Nach planerischen Vorarbeiten, Ausschreibung aller Bauleistungen und Vorliegen der Baugenehmigung konnte im Mai 2014 der erste Spatenstich für das Bauvorhaben Sterndamm 89-90/Winckelmannstraße 10 im Ortsteil Johannisthal mit 31 Wohnungen und einer Demenz-Wohngemeinschaft getätigt werden. Im I. Quartal 2015 startet bereits der Vermarktungsprozess der Wohnungen. Darüber hinaus erfolgen derzeit die bauvorbereitende Maßnahmen für das Grundstück Bruno-Bürgel-Weg 39 im Ortsteil Niederschöneweide. An diesem Standort an der Spree entstehen 124 Wohnungen, darunter 28 im geförderten Segment.

Darüber hinaus investierte der Konzern in das Baugebiet „Wohnen am Campus“ im Ortsteil Adlershof, wo auf einem Ende 2013 erworbenen Grundstück in der Katharina-Boll-Dornberger-Straße 62 Wohnungen entstehen werden. 2014 wurde ein Planungsbüro in einem VOF-Verfahren unter Beteiligung von Vertretern der Senatsverwaltung und dem städtebaulichen Entwicklungsträger und Treuhänder des Landes Berlin Adlershof Projekt GmbH ausgewählt. Der Bauantrag wurde Ende 2014 eingereicht, zwischenzeitlich wurde eine Teilbaugenehmigung erteilt.

Des Weiteren werden auf dem Bestandsgrundstück in der Lohmühlenstraße 27 im Ortsteil Alt-Treptow in einem straßenbegleitenden Gebäude 12 größere Wohnungen entstehen. Seit Mitte November liegt hierfür die Baugenehmigung vor, der bauausführende Generalunternehmer ist beauftragt.

Für ein weiteres, rd. 50.000 m² großes Bestandsgrundstück in der Ortofstraße 50-58/, Schönefelder Chaussee im Ortsteil Altglienicke wurden 2014 die Grundlagen für einen aufzustellenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan im Rahmen einer Konzeptwerkstatt erarbeitet. Die Ergebnisse fließen in die Ausschreibungsunterlagen für einen Total-Generalübernehmer ein, der 2015 beauftragt werden soll.

Die Neubautätigkeit bezieht sich zunächst auf konzernerneigene Bestandsgrundstücke, die sukzessive beplant und – je nach Art und Umfang der realisierbaren Projekte – mit Priorität bebaut werden.

Ferner werden landeseigene Grundstücke vom Liegenschaftsfonds Berlin als Sacheinlagen in das Anlagevermögen der STADT UND LAND eingebracht, deren Bebauung – im Gegenzug für die unentgeltliche Übertragung der Grundstücke - teilweise mit Wohnungen zu sozial gerechten Mieten in den kommenden Jahren erfolgen soll.

Der Wohnungsneubau wird auch durch den Erwerb von schlüsselfertigen Bauträgerprojekten vorangetrieben. Im Jahr 2014 wurden drei schlüsselfertige Vorhaben mit 285 Wohnungen erworben. Dieser Neubauerwerb erspart den Einsatz eigener Ressourcen und ergänzt das Immobilienportfolio im Neubaubereich damit auf effektive Weise.

Erwerb der IHZ GmbH

Der Aufsichtsrat der STADT UND LAND hat in seiner Sitzung am 18. September 2014 dem Erwerb der IHZ GmbH, einer Tochtergesellschaft der Wohnungsbaugesellschaft Mitte, zum 1. Januar 2015 zugestimmt. Damit wird dem Ziel des Gesellschafters Rechnung getragen, durch die Bündelung von Prozessen / Aufgaben in einzelnen landeseigenen Gesellschaften, Kosten zu senken und

wirtschaftliche Vorteile zu generieren. Nach Überleitung der Fremdverwaltungsbestände der IHZ GmbH von der STADT UND LAND in die Tochtergesellschaft WoBeGe, wird eine Unternehmensgröße in diesem Bereich erreicht, die einen deutlichen Markt- und Wettbewerbsvorteil durch die Nutzung von positiven Skaleneffekten am Markt realisieren kann.

Verkaufsstopp von Eigentumswohnungen

Bedingt durch die Änderung in der Landeshaushaltsordnung Berlin (LHO Berlin) erhielt der Konzern im ersten Quartal 2014 nur bei wenigen Wohnungsverkäufen die erforderliche Zustimmung des Unterausschusses für Vermögensverwaltung des Abgeordnetenhauses. Vor diesem Hintergrund wurde die weitere Veräußerung von Wohneigentum in den verbleibenden Monaten des Jahres 2014 eingestellt.

Kleinreparaturmanagement

Im Jahr 2014 wurde das Kleinreparaturmanagement bei der STADT UND LAND reorganisiert, mit dem Ziel, Kosteneinsparungen zu generieren und Prozessabläufe effizienter zu gestalten. Im Ergebnis wurden die bisher von den hauseigenen Werkstätten der Servicebüros Neukölln und Tempelhof erledigten Kleinreparaturen an externe Unternehmen vergeben. Für die gewerblichen Werkstattmitarbeiter konnten mit Unterstützung eines Personalberatungsunternehmens in den meisten Fällen sozialverträgliche Lösungen u. a. bei Tochtergesellschaften und Handwerksbetrieben gefunden werden.

„90 Jahre! 90 gute Taten“

An der Jubiläumsaktion "90 Jahre! 90 gute Taten" zum 90. Geburtstag der STADT UND LAND im Jahr 2014 haben 385 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern teilgenommen und über 1.500 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet. Ob Bewerbungstraining, Maler- und Gartenarbeiten, Unterstützung bei Festen und Feiern oder Sammlung von Spenden - viele Institutionen und Einrichtungen in den Kiezen der STADT UND LAND bekamen tatkräftige Hilfe.

Personelle Angelegenheiten

Frau Anne Keilholz wurde durch den Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. April 2014 als Geschäftsführerin der STADT UND LAND sowie als Geschäftsführerin der WoGeHe bestellt und hat ihre Tätigkeit planmäßig aufgenommen.

Herrn Dr. Thorsten Beutler, Bereichsleiter Finanz- und Grundstückswesen, wurde Prokura für die STADT UND LAND und die WoGeHe erteilt.

Geschäftsverteilungsänderung

In der Aufsichtsratssitzung am 19. Juni 2014 hat der Aufsichtsrat eine Veränderung in der Geschäftsverteilung beschlossen. So sollen die Geschäftsführer der STADT UND LAND zukünftig immer gemeinsam die Gesellschafterfunktion in den Tochtergesellschaften ausüben. Darüber hinaus sollen sie nicht mehr in Personalunion Geschäftsführungsfunktionen in Tochtergesellschaften wahrnehmen können. Angesichts dieser Entscheidung wurde Herr Malter zum 30. September 2014 als Geschäftsführer der WoBeGe abberufen und Frau Hildebrandt, die bisherige Prokuristin der WoBeGe, nach einem Auswahlverfahren zum 1. Oktober 2014 zur Geschäftsführerin bestellt. Die beschlossenen Regelungen gelten nicht für die Tochtergesellschaft WoGeHe, die auch weiterhin von den Geschäftsführern der

STADT UND LAND in Personalunion geführt werden soll. Die Gesellschaft wird von der STADT UND LAND geschäftsbesorgt und verfügt über kein eigenes Personal.

Fortschreibung Mietenbündnis

Die Geschäftsführung hat auf Wunsch der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt am 10. Dezember 2014 die Fortschreibung des „Bündnisses für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ unterzeichnet.

2.2.2 Bestandsmanagement

Miete und Betriebskostenmanagement

Die durchschnittlich erzielten Mietpreise haben sich im Geschäftsjahr, trotz der Restriktionen aus dem „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ sowie der Verpflichtung auf Basis von Kooperationsverträgen mit dem Land Berlin zur Versorgung von Wohnungslosigkeit betroffenen bzw. bedrohten Personen und Flüchtlingen, positiv entwickelt. So stieg 2014 die Nettokaltmiete je Quadratmeter Wohnfläche im Konzern von 5,21 €/m² im Jahr 2013 auf 5,32 €/m².

Den weiterhin steigenden Betriebskosten konnte durch ein konsequentes Betriebskostenmanagement im Zusammenhang mit einem wettbewerbsorientierten Leistungseinkauf und einer optimalen Betriebsführung von Heizungs- und Warmwasseranlagen weitestgehend entgegen gewirkt werden. Einen wichtigen Beitrag zur optimalen Steuerung der warmen Betriebskosten leistet die STADT UND LAND Facility GmbH, ein Tochterunternehmen der STADT UND LAND, durch die steigende Zahl von mit funkbasierten Messgeräten ausgestatteten Bestandswohnungen. Alle Bemühungen zielen auf eine nachhaltige Reduzierung bzw. Erhaltung des gegenwärtigen Betriebskostenniveaus ab.

Vermietung und Vermarktung

Der Konzern hat den Marktentwicklungen und -anforderungen bezogen auf alle Zielgruppen am Wohnungsmarkt in den Stadtbezirken Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, Neukölln und Hellersdorf Rechnung getragen.

Mit Blick auf die verschiedenen Preiskategorien und Zielgruppen außerhalb der preisgebundenen Wohnungsangebote ist speziell im unteren und mittleren Preissegment die Verengung des Wohnungsmarktes erkennbar.

Die weiterhin ansteigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in Berlin trägt bei den vermarktungsfähigen Wohnungen zu einer Stabilisierung der Leerstandsquote auf niedrigem Niveau bei. Dieses liegt bei unter 2 % und stellt damit lediglich den fluktuationsbedingten Leerstand dar. Aufgrund des Beginns bzw. der Fortführung vieler Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen, insbesondere in den umfangreichen Sanierungsgebieten innerhalb der Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick und Neukölln, hat sich die Leerstandsquote inklusive der sanierungsbedingten Leerwohnungen zum Ende des Jahres um 0,1 % Punkte auf 2,8 % erhöht.

Vermietung als sozialer Auftrag

Der Konzern hat die Vereinbarungen im Rahmen des „Bündnisses für soziale Wohnungspolitik“ und bezahlbare Mieten voll erfüllt, da 261 Wohnungen innerhalb des S-Bahnringes und 1.081 Wohnungen außerhalb des S-Bahnringes an die betreffenden Zielgruppen vermietet werden konnten. Im Zusammenhang mit angekündigten Mieterhöhungen haben eine Vielzahl der Haushalte Anträge auf Minderung der Mieterhöhung gestellt. In den überwiegenden Fällen konnte positiv für die Mieterinnen und Mieter entschieden werden, so dass vor allem Senioren und sozial schwächere Mieter weiterhin ihre Wohnungen nutzen können. Neben den gewährten Vorteilen für diese Bestandsmieter konnten zudem auch Studenten und Auszubildende mit bedarfsgerechtem Wohnraum zu sozialverträglichen Mieten versorgt werden.

Die vereinbarte Quote auf Basis der Kooperationsverträge mit dem Land Berlin zur Versorgung der von Wohnungslosigkeit betroffenen bzw. bedrohten Personen und der Flüchtlinge mit insgesamt 207 Wohnungen konnte zu 100 % erfüllt werden. Im Berichtszeitraum wurde besonderes Augenmerk auf die Versorgung von Studenten gelegt, so dass an insgesamt 170 Studierende Wohnungen vermietet werden konnten.

Forderungsmanagement

Mit Hilfe eines aktiven und präventiven Forderungsmanagements wurden zahlreiche Räumungen abgewendet bzw. vermieden. Die Anzahl der Räumungen konnte im Verhältnis zum Vorjahr weiter gesenkt und die Rückstände aus Mieten erneut verringert werden. Mieter in schwieriger finanzieller Situation konnten sich durch interne und externe Schuldnerberatung professionell unterstützen lassen. Der enge Dialog mit den Mietern trägt dabei signifikant zum Abbau von Forderungen bei.

Mieterpartizipation

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit ehrenamtlich engagierten Mietern in Mieterbeiräten und Sanierungsbeiräten konnte fortgesetzt werden. Um auch in weiteren Quartieren eine engere Kooperation zwischen Mieter und Vermieter zu ermöglichen, wurde in allen Siedlungen die Nachfrage zur Mitarbeit und Gründung weiterer Beiräte aufgerufen. Die Ergebnisse werden im Jahr 2015 ausgewertet.

Die Ergebnisse aus den Mieterbefragungen zur Wohnzufriedenheit in allen größeren Siedlungen der Jahre 2009/2011/2013 konnten als Grundlage zur weiteren Professionalisierung des Servicegedankens zum Vorteil der Mieter bis hin zu Instandhaltungs- und Modernisierungsentscheidungen genutzt werden.

2.2.3 Portfolioentwicklung

Nachhaltige Quartiers- und Standortentwicklung

Auf der nachhaltigen Entwicklung der Wohnquartiere lag auch im Jahr 2014 ein besonderer Fokus. Umfangreiche Sanierungsarbeiten wurden in einer Vielzahl von Quartieren vor allem in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Treptow-Köpenick begonnen bzw. fortgesetzt. Neben Instandsetzungsarbeiten wurden vor allem Modernisierungen in den Gebäuden durchgeführt, die sich von der Fassadensanierung bis zu Grundrissänderungen entsprechend der Zielgruppenkonzepte erstrecken. Im Rahmen eines Schadstoffprogrammes wurden die Bestände auf potenzielle Schadstoffe geprüft und bei Notwendigkeit instandgesetzt. Damit wird kontinuierlich der Anteil an schadstoffbelasteten

Wohnungen reduziert. Innerhalb der Modernisierungsmaßnahmen und Einzelwohnungssanierung wurden rund 500 Wohnungen schadstoffbefreit. Die Portfolioerweiterung durch Zukauf und Neubau wurde intensiviert. Während sich die Zukäufe territorial auf alle Bezirke, in denen der Konzern vertreten ist, erstrecken, konzentriert sich der Neubau überwiegend auf den Bezirk Treptow-Köpenick.

Ausgehend von der demografischen Entwicklung sind auch im Jahr 2014 vielfältige Angebote zur Sicherstellung der Selbständigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe von Senioren geschaffen worden. Die Serviceleistungen für Senioren wurden weiter ausgestaltet. Die Kooperation der Seniorenbeauftragten mit der STADT UND LAND-Tochtergesellschaft SOPHIA Berlin GmbH, die die Mieter in allen Fragen zum Thema selbstständiges Wohnen im Alter berät, wurde intensiviert.

Gemeinsam mit Unterstützung der Sozialversicherungen sind in rund 120 Einzelwohnungen seniorenfreundliche Einbauten vorgenommen worden. Am größten ist die Nachfrage nach Herstellung von Barrierearmut und Duscheinbauten.

Die Zusammenarbeit mit verschiedensten sozialen Trägern in den Wohnsiedlungen ist neben der technischen zielgruppenorientierten und städtebaulichen Entwicklung eine wesentliche Säule in der Quartiersentwicklung. So hält der Konzern den direkten Kontakt zu den Akteuren von fünf vom Land Berlin festgelegten Quartiersmanagementgebieten und unterstützt deren Arbeit. Ein Netzwerk von fast 50 sozialen und bezirklichen Akteuren in allen Siedlungen trägt zur Stabilität und positiven Entwicklung bei.

Modernisierung/Instandsetzung/Instandhaltung

Im Geschäftsjahr 2014 investierte der Konzern 51,6 Mio. € in den Bestand, davon entfallen auf die Instandhaltung inklusive der nicht aktivierungsfähigen Modernisierungs-/Instandsetzungsanteile 35,9 Mio. €, was einem Mitteleinsatz von 13,94 €/m² entspricht

Ende November startete die Instandsetzung und Modernisierung des Firmengebäudes der STADT UND LAND. Geplant sind Investitionen in Höhe von 9,9 Mio. €.

Weitere Modernisierungs- und Instandsetzungsprojekte aus der Bauplanung sind in der Vorbereitung. Die erforderlichen Modernisierungsankündigungen wurden versandt.

Die strategische Ausrichtung im Konzern wurde somit konsequent umgesetzt. Im Fokus standen hierbei insbesondere die kontinuierliche Quartiers- und Bestandsentwicklung, Modernisierung von Objekten mit zeitgemäßer, teilweise barrierearmer Ausstattung, Berücksichtigung der energetischen Erfordernisse sowie die Nutzung erneuerbarer Energien. Dabei waren die energetischen Maßnahmen verbunden mit dem wesentlichen Ziel einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes als Baustein zur Erreichung des mit dem Land Berlin vereinbarten Klimaschutzabkommens 2011 - 2020.

Bestandsentwicklung

Ankauf/Neubau

Im Jahr 2014 wurden in den Bezirken Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf insgesamt 1.803 Wohnungen und 55 Gewerbeeinheiten erworben. Die Objekte, die mit Nutzen-/Lastenwechsel 2014 zugegangen sind,

wurden in den Bestand integriert und werden seit der Übernahme erfolgreich bewirtschaftet.

Darüber hinaus erfolgte der Ankauf von fünf Baugrundstücken und durch den Tausch einer Grundstücksfläche wurde eine weitere Möglichkeit zur Errichtung von Wohnraum geschaffen. Insgesamt könnten auf den neu erworbenen Grundstücksflächen ca. 900 Wohnungen und 40 Gewerbeeinheiten errichtet werden. Durch die Tauschfläche Lohmühlenstraße 26 in Berlin Alt-Treptow, ist zusätzlich eine Baulückenschließung mit 12 Wohnungen möglich.

Im Geschäftsjahr wurden zwei unbebaute Grundstücke vom Liegenschaftsfonds Berlin im Bezirk Treptow-Köpenick übernommen. Diese Grundstücke wurden der STADT UND LAND als Sacheinlage übertragen mit der Verpflichtung, den aktuellen Grundstückswert innerhalb von 25 Jahren in Form von Mietsubventionen in einem Teil der zu errichtenden Neubauwohnungen vollständig zu refinanzieren. Dafür wurde bereits für ein Grundstück ein Projektvertrag mit dem Land Berlin geschlossen, für die zwei weiteren Grundstücke ist dies im Laufe des Jahres 2015 vorgesehen. Auf den 2014 übertragenen Flächen werden voraussichtlich 294 Wohnungen mit einer Wohnfläche von ca. 19.910 m² errichtet.

Im Rahmen des Ankaufs von Immobilien wurden 2014 auch drei schlüsselfertige Bauträgerprojekte, davon zwei in Treptow-Köpenick und eines in Tempelhof-Schöneberg erworben. Diese Ankäufe ermöglichen die Übernahme komplett errichteter Neubauten in das Anlagevermögen, ohne dass eigene Kapazitäten für deren Planung, Errichtung und Betreuung bereitgestellt werden müssten.

Stattdessen übernimmt der anbietende Bauträger diese Leistungen und stellt dem Erwerber ein schlüssel- bzw. bezugsfertiges Objekt zur Vermietung und weiteren Bewirtschaftung zur Verfügung. Erworben werden solche Projekte, die in Art und Maß der baulichen Nutzung Wohnzwecken im Interesse breiter Schichten der Bevölkerung dienen.

Immobilienveräußerung

Die Verkaufstätigkeit wurde 2014 aufgrund der politischen Vorgaben zurückgefahren und im II. Halbjahr des Berichtszeitraums schließlich eingestellt.

So gab es nur in wenigen Wohnungseigentumsanlagen Einzelprivatisierungen durch den Verkauf an Selbstnutzer. In anderen Eigentumsanlagen galt schon im Vorjahr ein interner Verkaufsstopp. Dieser diente bereits dem Ziel, auch im Eigentumssegment kommunale Gestaltungsmöglichkeiten und Einfluss auf die Mietpreisentwicklung in nennenswertem Umfang zu sichern.

2.2.4 Personalentwicklung

Bestand des Personals

Neben der Geschäftsführung sind folgende Mitarbeiter im Konzern beschäftigt:

Mitarbeiter per 31.12.	2014 Anzahl	2013 Anzahl	Veränderung Anzahl
kaufmännische Angestellte	340	350	-10
technische Angestellte	44	44	0
Gewerbliche Mitarbeiter	40	55	-15
Hauswarte	102	102	0
Summe	526	551	-25
Auszubildende	30	34	-4

Personalentwicklung und Ausbildung

Im Konzern werden zurzeit 15 Immobilienkaufleute, 10 Bürokommunikations- und Büromanagementkaufleute sowie 5 Bachelors of Arts in der Fachrichtung Immobilienwirtschaft ausgebildet. Alle Auszubildenden werden nach erfolgreichem Abschluss für mindestens ein Jahr übernommen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden über 302 T€ in die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert. Einen Schwerpunkt bildeten dabei fachspezifische Anpassungsqualifizierungen in Folge der Restrukturierung des Unternehmens. Ein Führungskräfteentwicklungsprogramm wurde fortgesetzt.

In Auswertung einer Mitarbeiterbefragung wurden Handlungsfelder identifiziert und erforderliche Maßnahmen abgeleitet, um den Konzern organisatorisch weiter zu optimieren. Mit der Bearbeitung der Maßnahmen im aktuellen Geschäftsjahr sind viele positive Effekte einhergegangen. Die Ergebnisse zeigen, dass in den Bereichen an den kritischen Aspekten insgesamt sehr erfolgreich gearbeitet wurde. Diese Arbeit ist als kontinuierliche Verbesserung zu sehen.

Organisationsentwicklung

Im Rahmen der Restrukturierung der STADT UND LAND wurden auch 2014 zahlreiche Organisationsprojekte umgesetzt. Einen Schwerpunkt bildete dabei die Neustrukturierung des Kleinreparaturmanagements.

Nach einer intensiven Vorbereitung des Projektes wurde das Kleinreparaturmanagement bis zu einem Auftragswert von 1.000,00 € brutto zunächst für den Bestand der Servicebüros in Neukölln und Tempelhof ausgeschrieben. Die beiden, nach dem Vergabeverfahren beauftragten Firmen verfügen über eine langjährige Expertise im Bereich des Kleinreparaturmanagements und ein dichtes Netz von Handwerkern. Vereinbarte Service Level Agreements, die von zwei internen Qualitätsmanagern überprüft und berichtet werden, sorgen für eine rasche und reibungslose Erledigung der Reparaturaufträge. Der bisherige Leistungskatalog wird weiterhin abgedeckt.

Der Vorteil für unsere Kunden ergibt sich aus der schnelleren Bearbeitungszeit durch z. B. direkte Terminvereinbarung mit den beauftragten Firmen.

2.3 Wirtschaftliche Lage des Konzerns

2.3.1 Ertragslage und Entwicklung des Geschäftsergebnisses

Der Konzern hat im Berichtsjahr einen Überschuss von 36,1 Mio. € erwirtschaftet. Die Entwicklung des Jahresergebnisses wird nachfolgend wie folgt dargestellt:

ENTWICKLUNG DES GESCHÄFTSERGEBNISSES	2014	2013	Veränderung
	T€	T€	T€
Erlöse und Bestandsveränderung	264.244	314.616	-50.373
Aufwendungen	-227.214	-274.881	47.667
Geschäftsergebnis	37.030	39.735	-2.706
Zins- und Beteiligungsergebnis	1.287	-4.041	5.327
Steuern	-2.211	-2.532	322
Jahresüberschuss	36.106	33.163	2.943
Operatives Ergebnis der Hausbewirtschaftung	36.482	30.151	6.331
Verkaufstätigkeit	3.623	5.178	-1.555
Neutrales Ergebnis und Sonstiges	-3.075	4.405	-7.480

Das operative Ergebnis der Hausbewirtschaftung hat sich von 30,2 Mio. € im Vorjahr auf 36,5 Mio. € im Jahr 2014 verbessert. So konnten die Erlöse trotz rückläufiger Förderung (-3,1 Mio. €) durch Mieterhöhungen vorrangig nach § 558 BGB, höheren Neuvermietungen u. a. nach Beendigung von Baumaßnahmen und nicht zuletzt durch im Laufe des Jahres zugegangenen Ankaufsobjekte gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Mio. € erhöht werden. Ergebnisverbessernd haben sich auch geringere Kapitalkosten (4,4 Mio. €) und geringere Verwaltungskosten (2,7 Mio. €) ausgewirkt. Hingegen haben höhere Instandhaltungsaufwendungen (+2,1 Mio. €), höhere Abschreibungen (+1,0 Mio. €) und höhere direkte Kosten der Hausbewirtschaftung sowie ein höherer Umlagenausfall das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr belastet.

Das Geschäftsfeld Verkaufstätigkeit weist ein Ergebnis von 3,6 Mio. € aus und ist gegenüber dem Vorjahr aufgrund des vom Gesellschafter gewünschten Verkaufsstopps von Eigentumswohnungen um 1,6 Mio. € gesunken.

Das neutrale Ergebnis umfasst die Auflösung von Rückstellungen für Instandsetzungsanteile bei komplexen Baumaßnahmen und Müllabwurfanlagen im Umfang von 4,1 Mio. €, zuzüglich Zuschreibungen (Wertaufholung auf die aktuelle Ertragskraft) in Höhe von 1,3 Mio. €, abzüglich Aufwendungen für Instandsetzungsmaßnahmen mit 8,0 Mio. €.

Das Zins- und Beteiligungsergebnis enthält vor allem Zinserträge für gestundete Restkaufgelder sowie Geldanlagen und beläuft sich auf 1,3 Mio. €.

Das Steuerergebnis in Höhe von -2,2 Mio. € beinhaltet die Zuführung für die Steuerrückstellung.

Der Jahresüberschuss des Konzerns hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mio. € auf 36,1 Mio. € erhöht und lag damit im Zielkorridor der Prognoserechnung. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Konzern erneut eine Ertragssteigerung in seinem Kerngeschäft – der Hausbewirtschaftung – erzielen.

2.3.2 Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

MITTELZUFLUSS/-ABFLUSS	2014	2013	Veränderung
	T€	T€	T€
aus laufender Geschäftstätigkeit	78.343	67.648	10.695
aus Finanzierungstätigkeit	108.973	-53.402	162.376
aus Investitionstätigkeit	-182.503	-8.709	-173.794
Veränderung der liquiden Mittel	4.813	5.537	-723
Entwicklung der liquiden Mittel			
01.01. des Jahres	53.795	48.258	5.537
Veränderung	4.813	5.537	-724
31.12. des Jahres	58.608	53.795	4.813

Die liquiden Mittel der Gesellschaft betragen zum Bilanzstichtag 58,6 Mio. € und erhöhten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Mio. €.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 78,3 Mio. € und hat sich gegenüber dem Vorjahr (67,6 Mio. €) um 10,7 Mio. € erhöht. Ursächlich hierfür sind höhere Einnahmen und geringere Ausgaben im operativen Geschäft. Das Tilgungspotenzial in Höhe von 75,9 Mio. € ist mehr als ausreichend, um die erforderlichen planmäßigen Tilgungsleistungen zu bedienen.

Das Liquiditätsergebnis aus Finanzierungstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Darlehensaufnahmen und Tilgungsleistungen. Vor allem für Ankaufsobjekte und Neubauvorhaben wurden Darlehen in Höhe von 188,7 Mio. € aufgenommen sowie für die planmäßige Tilgung und Ablösung von Darlehen 79,7 Mio. € aufgewandt.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden im Wesentlichen die Immobilienankäufe und Auszahlungen für werterhöhende Baumaßnahmen einerseits sowie die Einnahmen aus Tilgungsleistungen auf Restkaufgeldern und aus Immobilienverkäufen andererseits ausgewiesen. Der deutliche Anstieg der Investitionsausgaben gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den getätigten Immobilienankäufen im Berichtszeitraum.

2.3.3 Vermögenslage

In der folgenden Darstellung sind die einzelnen Vermögens- und Schuldposten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst. Bei der Vermögens- und Kapitalstruktur sind die unfertigen Leistungen mit den dafür erhaltenen Anzahlungen verrechnet worden.

VERMÖGENSAUFBAU KONZERN per 31.12. des Jahres	2014		2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
AKTIVA						
Langfristiger Bereich	1.638.307	95,9	1.496.080	95,5		9,5
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	1.602.691	93,9	1.453.014	92,7		10,3
Finanzanlagen	34.220	2,0	41.194	2,6		-16,9
Geldbeschaffungskosten und andere langfristige RAP	1.247	0,1	1.727	0,1		-27,8
Aktive latente Steuern	149	0,0	145	0,0		2,8
Kurz- und mittelfristiger Bereich	70.612	4,1	71.135	4,5		-0,7
zum Verkauf bestimmte Grundstücke	439	0,0	4.663	0,3		-90,6
übriges Vorratsvermögen	1.353	0,1	2.220	0,1		-39,1
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände, Vorräte und RAP	10.212	0,6	10.457	0,7		-2,3
Flüssige Mittel	58.608	3,4	53.795	3,4		8,9
Vermögen gesamt	1.708.919	100,0	1.567.215	100,0		9,0
PASSIVA						
Langfristiger Bereich	1.658.831	97,1	1.497.558	95,6		10,8
Eigenkapital	460.624	27,0	423.784	27,0		8,7
Rückstellungen	16.569	1,0	1.105	0,1		1399,6
Fremdmittel	1.181.638	69,1	1.072.669	68,4		10,2
Kurz- und mittelfristiger Bereich	50.088	2,9	69.657	4,4		-28,1
Rückstellungen	26.228	1,5	51.672	3,3		-49,2
Verbindlichkeiten	23.860	1,4	17.985	1,1		32,7
Kapital gesamt	1.708.919	100,0	1.567.215	100,0		9,0

Das langfristige Vermögen von 1.638,3 Mio. € wird vollständig durch langfristige Mittel in Höhe von 1.658,8 Mio. € gedeckt.

Die langfristigen Fremdmittel haben sich durch die Inanspruchnahme von Darlehen für Ankaufs- und Neubauvorhaben erhöht. Diesen stehen planmäßige Tilgungen und Darlehensablösungen gegenüber. Im Saldo haben sich die langfristigen Fremdmittel um 109,0 Mio. € erhöht.

Der Wert der langfristigen Vermögensgegenstände erhöhte sich durch die Immobilienankäufe (175,1 Mio. €), die aktivierten Baukosten (inkl. Neubau) (21,7 Mio. €) und Zuschreibungen. Diesen Zugängen stehen planmäßige Abschreibungen sowie Verkäufe aus Wohnungseigentumsanlagen und Streubesitz gegenüber.

2.3.4 Finanzwirtschaftliche Kennzahlen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung wesentlicher finanzwirtschaftlicher Kennzahlen.

finanzwirtschaftliche Kennzahlen		2014	2013
		Konzern	Konzern
Eigenkapital/Bilanzvolumen	%	27,0	27,0
Deckungsverhältnis langfristige Aktiva zu langfristigen Passiva	%	98,8	99,9
Unternehmensrestschulden gegenüber Kreditinstituten	EUR/m ²	450,05 <u>407,72</u> * ¹	420,67
Kapitaldienstquote* ²	%	42,3	45,0
durchschnittlicher Fremdkapitalkostensatz	%	3,0	3,5

1*ohne Darlehen für Ankauf / Neubau

2* ohne außerplanmäßige Tilgungen

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2013 hat der Gesellschafter der STADT UND LAND, das Land Berlin, die landeseigenen Wohnungsunternehmen aufgefordert, im Hinblick auf die Erweiterung der Portfolien durch Ankauf und Neubau einige Kennzahlen zur Beurteilung der jeweiligen Investitionen und deren Auswirkungen auf das Gesamtunternehmen zu erheben. Eine wichtige Kennzahl zur Unternehmenssteuerung ist die Kennzahl Loan to Value (LTV), welche das Verhältnis von Kreditverbindlichkeiten (1.186,1 Mio. €) zum Verkehrswert des Immobilienbestandes angibt. Der vereinfachte Verkehrswert ermittelt sich aus dem 14-Fachen der Nettokaltmieten (197,9 Mio. €). Für 2014 erzielt der Konzern einen LTV von 50 %, was der Zielvorgabe des Gesellschafters entspricht. In der Wirtschaftsplanung wird bis 2024 ein LTV von 34 % angestrebt. Damit würde die Zielvorgabe des Gesellschafters deutlich unterschritten werden.

Eine weitere wichtige Kennzahl stellt die Fähigkeit zur Erbringung des Schuldendienstes dar. Bei der Ermittlung des Schuldendienstdeckungsgrades wird der EBITDA (116,0 Mio. €), bereinigt um den Aufwand aus den nicht aktivierungsfähigen Modernisierungsaufwendungen (8,0 Mio. €), ins Verhältnis zum Kapitaldienst (72,5 Mio. €) gesetzt. Der Gesellschafter fordert einen Wert von größer 1,2. Bei einem bereinigten EBITDA von 124,0 Mio. € erzielt der Konzern 2014 das 1,7-Fache und hat damit die Anforderungen mehr als erfüllt. Bei der EBITDA-Rendite (EBITDA im Verhältnis zum Immobilienvermögen) erzielt der Konzern mit 4,9 % eine gute Markt- und Wettbewerbsposition.

2.4 Zusammenfassende Beurteilung von Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Geschäftsführung beurteilt den wirtschaftlichen Verlauf im Jahr 2014 positiv. Insbesondere die Ergebnisse im Kerngeschäft, der Hausbewirtschaftung, haben sich aufgrund der anhaltenden Attraktivität des Berliner Wohnungsmarktes und der damit einhergehenden günstigen Vermietungssituation planmäßig entwickelt. Auch der Wachstumskurs, durch Ankauf und Neubau die Immobilienbestände zu erweitern, wurde konsequent umgesetzt.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist insgesamt geordnet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns wird von der Geschäftsführung positiv bewertet.

3. Nachtragsbericht

Die Geschäftsanteile der IHZ GmbH sind mit Kaufvertrag vom 17. November 2014 mit Wirkung zum 01. Januar 2015 in das Vermögen der STADT UND LAND übergegangen.

Im Rahmen eines Umlaufverfahrens vom 28. Januar 2015 hat der Aufsichtsrat dem Ankauf eines bebauten Grundstücks in Treptow mit 42 Wohnungen und 5 Gewerbeeinheiten zugestimmt.

Zudem wurden weitere indikative Angebote zum Ankauf von Immobilien abgegeben.

Weitere Vorgänge, die für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der STADT UND LAND von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem 31. Dezember 2014 nicht eingetreten.

4. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

4.1 Prognosebericht

Die strategische Planung ist auf nachhaltiges Bestands- und Wertewachstum ausgelegt.

Die Langfristplanung des Konzerns geht bis Ende 2024 von der Errichtung von rund 2.800 Wohnungen aus. Die bereits 2014 begonnenen Projekte werden 2015 fortgeführt und zum Teil fertiggestellt. Darüber hinaus ist der Baubeginn bzw. die Vergabe sämtlicher Planungs- und Bauleistungen für drei Neubauvorhaben in den Ortsteilen Adlershof und Biesdorf mit insgesamt 372 Wohnungen vorgesehen. Bei den 2014 vertraglich gebundenen schlüsselfertigen Projektentwicklungen mit insgesamt 257 Wohnungen in Treptow wird ebenfalls 2015 mit dem Bau begonnen.

Ferner ist bis 2016 der weitere Ankauf von rund 2.900 Wohnungen geplant. Nach aktueller Einschätzung werden auch ab 2017 Wohnungen angekauft, sofern rentable und zum Portfolio des Konzerns passende Immobilien angeboten werden. Das Immobilienportfolio soll durch Ankäufe und Neubauten in den Bezirken Treptow-Köpenick und Neukölln kontinuierlich qualitativ und quantitativ verbessert werden. Dadurch wird die Marktposition gestärkt und eine ausgewogenere Risikostreuung des Gesamtportfolios erreicht.

Der Konzern verfolgt eine langfristig orientierte Bewirtschaftungsstrategie inklusive Modernisierungs- und Sanierungstätigkeit in seinem Immobilienportfolio. Der

Investitionsschwerpunkt liegt verstärkt auf zusammenhängenden Siedlungsgebieten und Wohnanlagen. Einen zunehmend größeren Anteil am Bauplanvolumen nehmen Instandsetzungsmaßnahmen in geförderten Beständen ein. Hier steht die Erneuerung der technischen Anlagen im Vordergrund, die sich aus dem Alter und dem Zustand der Anlagen und dem oft schlechten energetischen Zustand ergeben. Darüber hinaus wurden Programme zur Instandsetzung der Spielplätze, Sanierungen von Flachdächern und Aufzugsanlagen entwickelt.

Insgesamt sieht die Langfristplanung für Bestands- und Erweiterungsinvestitionen bis zum Jahr 2024 ein Volumen von rund 1.407 Mio. € vor.

Im Jahr 2015 steht die Fortführung des Organisationsprojektes, mit dem Ziel die Aufbauorganisation und die Prozessabläufe der STADT UND LAND in den nächsten Jahren zu optimieren, im Fokus der Personal- und Organisationsentwicklung. Dabei spielt auch die demografische Entwicklung der Mitarbeiter eine wichtige Rolle.

Die Ende 2014 begonnene Sanierung des Verwaltungsgebäudes in der Werbellinstraße 12 wird fortgeführt. In den ersten Monaten des Jahres 2016 soll das Objekt wieder bezugsfertig sein. Im Fokus stehen die energetische Optimierung und die Erneuerung der technischen Anlagen sowie die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, die den modernen Anforderungen an Bürokommunikation und Arbeitsplatzeffizienz gerecht werden.

Die 2014 erfolgreiche Auslagerung des Kleinreparaturmanagements auf externe Firmen für die Servicebüros Neukölln und Tempelhof soll gemäß Beschluss des Aufsichtsrates der STADT UND LAND im Jahr 2015 auch für die Servicebüros Hellersdorf und Treptow zur Anwendung kommen. Dabei werden für die von der Schließung der verbliebenen Werkstätten betroffenen gewerblichen Mitarbeiter sozialverträgliche Lösungen gesucht, indem Arbeitsplätze bei anderen Konzernfirmen aber auch externen Handwerksfirmen angeboten werden. Die Mitarbeiter erhalten, soweit gewünscht, eine ausführliche Outplacementberatung.

Der Wirtschaftsplan für 2015 wurde vom Aufsichtsrat bestätigt. Insbesondere aufgrund der 2014 getätigten Immobilienankäufe sowie planmäßiger Mieterhöhungen, wird sich die Istmiete (Sollmieten./Erlösschmälerungen) 2015 um 7,1 % (auf Basis vorläufiges IST) gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Da die Instandhaltungs-/Instandsetzungsaufwendungen sowie die Zinsaufwendungen nicht in gleichem Maße steigen, unterstellt die Geschäftsführung für 2015 einen positiven Jahresverlauf für den Konzern. Sie plant einen Überschuss in Höhe von 33,4 Mio. €.

Der Konzern geht für die nächsten Jahre von einer weiterhin positiven Geschäftsentwicklung aus. Die gute Marktlage auf dem Berliner Immobilienmarkt und das angestrebte Bestandswachstum werden sich positiv auf die wirtschaftliche Situation auswirken.

4.2 Risikobericht

4.2.1 Risikomanagementsystem

Ziel des Risikomanagementsystems ist es, frühzeitig Risiken zu analysieren, zu bewerten und zu überwachen, um auf dieser Basis geeignete Maßnahmen zur Risikoabwehr bzw. -vermeidung entwickeln zu können.

Das vom Konzern entwickelte Risikomanagementsystem analysiert regelmäßig die Risikofelder, Schadenssummen und Eintrittswahrscheinlichkeiten. Die Überprüfung, Ergänzung und Aktualisierung der für das Risikomanagementsystem maßgeblichen

Frühwarnindikatoren und Maßnahmen erfolgt einmal im Quartal. Die Auswertungen werden mit den Risikobeauftragten der Bereiche und der Geschäftsführung erörtert. Die Ergebnisse münden in einen Risikobericht, der auch dem Aufsichtsrat vorgelegt wird.

Ein wichtiger Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die Planungsrechnung. Die monatlichen Analysen zu Plan-/Ist-Abweichungen und die jeweils im Quartal erstellten Prognoserechnungen geben jederzeit Aufschluss über etwaige Chancen und Risiken. Damit kann das Unternehmen frühzeitig steuernd auf das Ergebnis einwirken.

Ferner ist das interne Überwachungssystem, wie auch das Compliance-Managementsystem, Teil des Risikomanagementsystems. Zudem leisten die regelmäßig durchgeführten internen Audits im Rahmen des integrierten Managementsystems einen Beitrag zur Verbesserung der Effektivität des Risikomanagements.

Nach aktuellem Kenntnisstand sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken für die Muttergesellschaft und ihre Tochtergesellschaften erkennbar.

4.2.2 Ankauf und Neubau

Gemäß der Vorgabe des Gesellschafters wird die STADT UND LAND in den nächsten Jahren weitere Immobilienobjekte ankaufen und den Wohnungsneubau vorantreiben. So sieht die Langfristplanung bis 2024 den Ankauf von weiteren 2.900 und den Neubau von rund 2.800 Wohnungen vor.

Die Neubaugrundstücke liegen vorzugsweise in Treptow-Köpenick, im Einzugsgebiet des Technologiezentrums in Adlershof bzw. dem Flughafen Berlin Brandenburg (BER). Nach wie vor ist die aktuelle Marktnachfrage nach Neubauwohnungen hoch und wird mit Fertigstellung des BER weiter zunehmen. Risiken im Neubaubereich werden vor allem in der Baukostenentwicklung sowie im Zuge der Vermietung gesehen. Diese Risiken sind möglichst in den Projektplanungen zu antizipieren bzw. zeitnah in der Risikobetrachtung zu berücksichtigen. Potenzielle Kostenerhöhungen und Terminverzögerungen bei den Neubauprojekten sind mit einem effizienten Kosten- und Termincontrolling gegenzusteuern.

Darüber hinaus ist auch der Ankauf von Immobilienobjekten vorgesehen. Die Nachfrage nach Berliner Immobilien aus dem In- und Ausland ist den letzten Jahren allerdings derart gestiegen, dass als Bestandshalter der Immobilienerwerb aus betriebswirtschaftlicher Sicht besonders in Innenstadtlagen immer weniger interessant wird. Damit besteht das Risiko, dass die Ankäufe nicht in dem geplanten Umfang getätigt werden können.

4.2.3 Geschäftsentwicklung

Miet- und Forderungsentwicklung

Die in den letzten Jahren zu beobachtende verstärkte Dynamik des Berliner Mietwohnungsmarktes wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Zuzüge, Haushaltsgründungen und Erhöhung des durchschnittlichen Flächenbedarfs in Berlin erhöhen weiterhin die Nachfrage nach Wohnraum. Die Leerstandszahlen gehen zurück. Die am Markt erzielbaren Mieten steigen spürbar schneller als noch im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts.

Der Senat von Berlin hat zur Dämpfung der allgemeinen Mietentwicklung und zur Abfederung von Härten im Einzelfall mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ geschlossen. Im Kern werden Mietsteigerungen durch gesenkte Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen und niedrigere Umlagepotenziale bei Modernisierungsvorhaben generell begrenzt. Aus Sicht des Gesellschafters bedurfte das Mietenbündnis einer Fortschreibung mit weiteren mietdämpfenden Regelungen. Diese Fortschreibungsvereinbarung wurde im Dezember 2014 unterschrieben.

Nicht nur das Mietenbündnis und dessen Fortschreibung begrenzen die Mieterhöhungsspielräume bei Neuvermietungen, sondern auch die Anfang März vom Bundestag beschlossene Mietpreisbremse wird weitere Einschränkungen des Ertrags in diesem Segment mit sich bringen. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung für den Konzern zur Versorgung von Flüchtlingen und Wohnungssuchenden im Rahmen des geschützten Marktsegments. Angesichts dieser Vorgaben sowie des Gesellschaftszwecks, günstige Mieten für breite Schichten der Bevölkerung anzubieten, können die vorhandenen Mieterhöhungspotenziale nicht voll ausgeschöpft werden.

In der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleibt der Konzern von der Mietzahlungsfähigkeit und -bereitschaft abhängig, die durch ein konsequentes Forderungsmanagement unterstützt wird. Mit dem konsequenten Forderungsmanagement und der Mietschuldnerberatung wird dem Risiko des Ausfalls von Mietforderungen ausreichend Rechnung getragen.

Investitionstätigkeit

Bei der Durchführung von Modernisierungsprojekten besteht generell das Risiko von bisher unbekanntem Schadstoffbelastungen, Bauschäden etc. Darüber hinaus können Insolvenzen der bauausführenden Firmen zu Zeitverzügen und Kostenerhöhungen führen. Diese Risiken können nur durch ein zeitnahes Termin- und Kostencontrolling gesteuert werden.

Gesetzliche Regelungen im technischen Bereich

Nach Änderung der DIN 1886-30 im Jahr 2012 hat das Land Berlin im September 2014 eine Regelung zur Prüfung der Dichtheit von Abwasserleitungen erlassen. Die damit verbundenen Kosten würden voll umfänglich zu Lasten der Gesellschaften gehen. Ferner ist zu erwarten, dass das Land Berlin in die Landesbauordnung die Verpflichtung aufnimmt, Wohnungen und Treppenhäuser mit Rauchmeldern auszustatten. Dies würde bedeuten, dass bei Neubauten unmittelbar und bei Bestandswohnungen voraussichtlich bis 2020 entsprechende Ausführungen im Rahmen der Rauchmelderpflicht zu erfolgen haben.

Kreditverbindlichkeiten, Zinsentwicklung und Liquidität

Ziel der Finanzierungsstrategie ist es weiterhin, die Kreditverbindlichkeiten für Bestandswohnungen kontinuierlich zu senken und lange bzw. sehr lange Zinsbindungen bei dem Abschluss neuer Darlehen zu vereinbaren. Damit wird das derzeit niedrige Zinsniveau möglichst weit in die Zukunft festgeschrieben. Die Auslaufzeitpunkte der Zinsbindungen werden so gestaffelt, dass später keine Prolongationsspitzen entstehen.

Darüber hinaus sollen flexible Finanzinstrumente zur Abdeckung zeitlich befristeter erhöhter Liquiditätsabflüsse aus Investitionsvorhaben (also Ankauf, Neubau, Sanierung) ergänzend genutzt werden. Damit soll jederzeit die Liquidität im Unternehmen gewährleistet sein. Die notwendigen Beleihungsspielräume für die anstehenden Ankäufe und Neubauten werden im Bereich der Pfandbrieffähigkeit sichergestellt. Vorzeitige Prolongations- und Umfinanzierungsmöglichkeiten werden wirtschaftlich sinnvoll genutzt, um Darlehensvolumina vorab langfristig auf dem geringen Zinsniveau zu sichern.

Im Rahmen des risikoorientierten Finanzmanagements werden bestehende Zinssicherungsderivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften abgeschlossen und als Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB geführt. Diese derivativen Geschäfte werden laufend überwacht und bewertet. Derzeit werden in Bezug auf abgeschlossene Finanzierungs- und Zinssicherungsgeschäfte keine Risiken gesehen.

In Bezug auf die Fremdfinanzierung werden derzeit keine über die Zinsänderungsrisiken des Kapitalmarktes hinausgehenden wesentlichen Finanzierungsrisiken für den Konzern gesehen.

Liquiditätsrisiken werden nicht erwartet.

Personal und IT-System

In den nächsten Jahren können knapp 50 Mitarbeiter im Angestelltenbereich das Unternehmen altersbedingt verlassen. Der Personalabbau kann Arbeitsabläufe beeinträchtigen und Informationsdefizite hinterlassen. Diesen Risiken steuert der Konzern u. a. durch das bereits 2014 begonnene Reorganisationskonzept zur Erstellung eines Zielbildes für das Unternehmen im Jahr 2022, mit dem Ziel, Prozesse zu optimieren, Schnittstellen zu eliminieren und Aufgaben neu zu ordnen, entgegen.

Durch die Einführung von SAP im Jahr 2011 und den jährlichen Investitionen in die IT-Technik zur Verbesserung der Workflows und der Datensicherheit werden keine Risiken im IT-Bereich gesehen.

Zum 31. Dezember 2014 liegen keine bestandsgefährdenden Risiken vor. Auch für die Zukunft sind keine die Muttergesellschaft des Konzerns STADT UND LAND und seiner Tochtergesellschaften gefährdenden Risiken erkennbar.

4.3 Chancenbericht

Ziel der Portfolioentwicklung ist es, den Veränderungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu begegnen, in dem das Wohnungsangebot erhöht und in Ausstattung und Preis auf die Marktbedürfnisse ausgerichtet wird. Der Berliner Wohnungsmarkt zeigt weiterhin eine dynamische Entwicklung. Zuzüge, Haushaltsgründungen und die gestiegene Zahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen in Berlin erhöhen die Nachfrage nach Wohnraum. Die am Markt erzielbaren Mieten steigen spürbar schneller als noch im vergangenen Jahrzehnt.

Der Konzern geht davon aus, dass sich diese positive Entwicklung auch in dem nächsten Mietspiegel, der voraussichtlich im Mai 2015 veröffentlicht wird, widerspiegeln wird. Regional liegt der Schwerpunkt einer überdurchschnittlichen künftigen Mietentwicklung in den Beständen rund um den Flughafen Berlin-Brandenburg in Altglienicke, Rudow und Lichtenrade. In Lichtenrade, namentlich der John-Locke-Siedlung, ist die positive Mietentwicklung eng mit den dortigen Investitionsvorhaben verknüpft und entfaltet sich erst sukzessive mit Abschluss der Sanierungsarbeiten.

Neben traditionell starken Standorten wie Adlershof wird es weiterhin eine deutliche Aufwärtsentwicklung in Nord-Tempelhof und - mit dem schrittweisen Wegfall der in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme öffentlicher Förderung eingegangenen Bindungen - in Schöneberg geben. Eine gleichmäßige positive Entwicklung wird für die Treptower Ortsteile Johannisthal, Plänterwald und Alt-Treptow angenommen.

Für die Hellersdorfer Bestände wird analog der steigenden Wohnungsnachfrage in Berlin eine positive, gleichwohl moderatere Mietentwicklung unterstellt.

Im sozialen Wohnungsbau wird der Förderabbau anders als in Vorjahren in der Regel an die Mieterschaft weitergegeben werden können. In einigen Fällen werden darüber hinaus Mietverzichte sukzessive zurückgenommen.

Da die strukturell bedingten Leerstände in den letzten Jahren abgebaut werden konnten, wird die Leerstandsquote im Konzern zukünftig lediglich durch die Modernisierungs- und Sanierungstätigkeit maßgeblich beeinflusst werden.

4.4 Gesamtaussage zu den Chancen und Risiken sowie der zukünftigen Entwicklung

Aufgrund der auch für die nächsten Jahre erwarteten positiven Entwicklung bewertet die Geschäftsführung die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung positiv. Besonderes Augenmerk wird auf den Neubauvorhaben liegen, um Kosten- und Vermarktungsrisiken zu verhindern bzw. zu begrenzen. Insgesamt überwiegen aber die Chancen bei weitem die Risiken.

Berlin, 06. März 2015

STADT UND LAND

Wohnbauten-Gesellschaft mbH

Anne Keilholz
Geschäftsführerin

Ingo Malter
Geschäftsführer

Anlage: Deutscher Corporate Governance Kodex

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 2005 sind die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat der STADT UND LAND dem Deutschen Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen, von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung unterworfen.

Der Corporate Governance umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich seiner Organisation, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und seiner Leitlinien, zu deren Anwendung die Organe des Konzerns ohnehin verpflichtet sind. Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex erklären die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat Folgendes:

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten von Relevanz sind von der Geschäftsführung offengelegt worden. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die Geschäftsführung hat am 12. Dezember 2013 die Mittelfristplanung für den Zeitraum 2014 bis 2018 des Konzerns sowie der Einzelunternehmen mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersendeten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung) und entsprach der vorgegebenen Frist laut Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Soll-/Ist-Vergleiche sind vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt worden. Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen. Ferner hat die Geschäftsführung über Compliance-Fälle des abgelaufenen sowie des laufenden Geschäftsjahres in der Aufsichtsratssitzung berichtet.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

Eine D&O-Versicherung für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den internen Compliance-Beauftragten wurde abgeschlossen. Die D&O-Versicherung beinhaltet einen Selbstbehalt für die Geschäftsführung.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten sind nicht ausgeübt worden. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement, ein Risikocontrolling sowie ein Compliance-Management-System. Die Geschäftsführung informiert regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen im Rahmen von Quartalsberichten über den Geschäftsverlauf, zu Plan-/Ist-Abweichungen sowie zum Stand des Risikomonitorings.

Es liegt eine vom Aufsichtsrat genehmigte Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung vor, die die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung regelt. Ferner besteht ein vom Aufsichtsrat beschlossener Geschäftsverteilungsplan. In der Aufsichtsratssitzung am 19. Juni 2014 hat der Aufsichtsrat eine Veränderung in der Geschäftsverteilung beschlossen. So sollen die Geschäftsführer der STADT UND LAND zukünftig immer gemeinsam die Gesellschafterfunktion in den Tochtergesellschaften ausüben. Darüber hinaus sollen sie nicht mehr in Personalunion Geschäftsführungsfunktionen in Tochtergesellschaften wahrnehmen können. Letzteres gilt nicht für die Tochtergesellschaft WoGeHe, die auch weiterhin von den Geschäftsführern der STADT UND LAND in Personalunion geführt werden soll. Die Gesellschaft wird von der STADT UND LAND geschäftsbesorgt und verfügt über kein eigenes Personal. Ein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung ist nicht bestimmt worden. Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.

Die Vergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammen. Der variable Teil der Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die gemäß Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat vom Personalausschuss beraten und entsprechend der Empfehlung des Personalausschusses vom Aufsichtsrat am 12. Dezember 2013 für den Geschäftsführer und am 19. Juni 2014 für die Geschäftsführerin für das Jahr 2014 beschlossen wurde. Die Zielvereinbarung wurde dem Gesellschafter zur Kenntnis weitergereicht. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen sind andere Bezüge nicht berücksichtigt worden. Auf Grundlage der Zielvereinbarungen wird die Höhe der Prämie nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den Wirtschaftsprüfer geprüft, im Anschluss durch den Personalausschuss beraten und durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung wird individualisiert im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die ausgewiesene Vergütung im Jahresabschluss 2014 umfasst das Fixum für 2014 und die Prämie für das Jahr 2013. Im Geschäftsjahr 2014 sind keine Abfindungen an Mitglieder der derzeitigen Geschäftsführung gezahlt worden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Der Aufsichtsrat ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen worden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat entscheidet, nach vorheriger Prüfung durch den Personalausschuss über den Abschluss, die Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge und Vergütungsregelungen mit der Geschäftsführung. Die Bestellung der Geschäftsführung erfolgt ebenfalls durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer bestimmt. Der Prüfungsausschuss hat eine beratende und empfehlende Funktion gemäß den in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegten Angelegenheiten. Der Bau- und Grundstücksausschuss prüft und berät ebenfalls, kann darüber hinaus Immobiliengeschäfte im Rahmen des vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplans anstelle des Aufsichtsrates beschließen. Auch der Personalausschuss kann entsprechend der ihm vom Aufsichtsrat übertragenen und in der Geschäftsordnung festgelegten Angelegenheiten anstelle des Aufsichtsrates Beschlüsse fassen.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung besteht ein regelmäßiger Kontakt, es werden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.

Neben den ordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse fand im Jahr 2014 eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung bezüglich des Erwerbs von Immobilien/-portfolien statt. Ferner wurde ein Umlaufverfahren zur Beschlussfassung für einen Grundstückserwerb durchgeführt und eine außerordentliche Personalausschusssitzung zu diversen Personalangelegenheiten einberufen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Prüfungsausschuss
- Bau- und Grundstücksausschuss
- Personalausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses; Vorsitzender ist kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung. Bewertungsfragen von Immobilien werden im Rahmen der Beratungen zu den Jahresabschlüssen und den Wirtschaftsplanungen im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat beraten.

Der Personalausschuss bereitet die Personalentscheidungen des Aufsichtsrates vor. In einzelnen geregelten Fällen beschließt er anstelle des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat ist von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Ergebnis und Inhalt der Ausschusssitzungen informiert worden.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat mehr als die gemäß § 100 Abs. 2 AktG maximal zulässige Anzahl an Aufsichtsratsmandaten wahrgenommen.

Ein Mitglied des Aufsichtsrates übt in einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft eine Funktion im Beirat aus und ist darüber hinaus in zwei weiteren Beteiligungsunternehmen des Landes Mitglied im Aufsichtsrat. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates bestand bis zum 30. September 2014 aus einer festen Grundvergütung und Sitzungsgeldern. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 17. Dezember 2014 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder

ab dem 1. Oktober 2014 eine jährlich höhere Vergütung, im Gegenzug entfällt die Zahlung der Sitzungsgelder.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig seine Effizienz durch die laufende Kontrolle seiner Beschlüsse und Anregungen. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat beschlossen, einmal pro Amtsperiode mit externer Unterstützung eine Effizienzprüfung durchzuführen. Diese erfolgte im Jahr 2014. Die Mitglieder des Aufsichtsrates kamen auf Basis des von Wirtschaftsberatern entwickelten und ausgewerteten Fragebogens zu dem Ergebnis, dass die Effizienz der Aufsichtsrats Tätigkeit uneingeschränkt gegeben ist.

Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist ein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Dieser wurde entsprechend der Regelungen des Compliance-Management-Systems behandelt. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat über diesen Vorgang schnellstmöglich unterrichtet. Ein weiterer Fall befindet sich derzeit noch in Prüfung.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht getätigt worden. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen abgeschlossen.

Die Geschäftsführung hat sich für die Ausübung ihrer Nebentätigkeiten/Funktionen jeweils die Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden eingeholt. Vorrangig werden diese Nebentätigkeiten in immobilienwirtschaftlichen/kommunalen Fachverbänden ausgeübt. Darüber hinaus werden auch Ehrenämter in sozialen/sportlichen Institutionen, die eine Verbindung zur STADT UND LAND aufweisen, wahrgenommen.

Den Mitgliedern der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Aufsichtsrat behandelt worden. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet; Unternehmensinformationen (u. a. Geschäftsberichte) werden auch über das Internet veröffentlicht.

Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2013 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) bis 3. März 2014 aufgestellt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 7. März 2014 erteilt. Der Beschluss des Gesellschafters zum Jahresabschluss 2013 ist am 26. Mai 2014 gefasst worden. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Quartalsberichterstattung erfolgte immer 30 Tage nach Quartalsende an das strategische Beteiligungscontrolling des Landes Berlin. Die Zwischenberichte in Form von Quartalsberichten sind vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert worden.

Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestehen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Auf Basis der Beschlussfassung des Gesellschafters hat der Aufsichtsratsvorsitzende dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Es bestehen keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung über die der Aufsichtsrat zu unterrichten ist.

Der Abschlussprüfer wird an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Die Entsprechenserklärung ist in der Anlage zum Lagebericht abgegeben und dem Gesellschafter zugänglich gemacht worden. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH, WoBeGe Wohnbauten- und Beteiligungsgesellschaft mbH und STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH haben die jeweilige Entsprechenserklärung als Anlage zum Lagebericht abgegeben.

Anlage: Deutscher Corporate Governance Kodex

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 8. Juli 2005 sind die Geschäftsführer und der Aufsichtsrat der STADT UND LAND dem Deutschen Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen, von der für die Beteiligungsführung zuständigen Stelle des Landes Berlin herausgegebenen Fassung unterworfen.

Der Corporate Governance umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich seiner Organisation, seiner geschäftspolitischen Grundsätze und seiner Leitlinien, zu deren Anwendung die Organe des Konzerns ohnehin verpflichtet sind. Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex erklären die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat Folgendes:

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten von Relevanz sind von der Geschäftsführung offengelegt worden. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen grundsätzlich unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Die Geschäftsführung hat am 12. Dezember 2013 die Mittelfristplanung für den Zeitraum 2014 bis 2018 des Konzerns sowie der Einzelunternehmen mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.

Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen im Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersendeten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend (2 Wochen vor der Sitzung) und entsprach der vorgegebenen Frist laut Gesellschaftsvertrag und Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat.

Soll-/Ist-Vergleiche sind vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt worden. Maßnahmen zur eventuell erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen. Ferner hat die Geschäftsführung über Compliance-Fälle des abgelaufenen sowie des laufenden Geschäftsjahres in der Aufsichtsratssitzung berichtet.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten einer ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführung bzw. Aufsichtsrats gewahrt.

Eine D&O-Versicherung für die Geschäftsführung, den Aufsichtsrat und den internen Compliance-Beauftragten wurde abgeschlossen. Die D&O-Versicherung beinhaltet einen Selbstbehalt für die Geschäftsführung.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten sind nicht ausgeübt worden. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein wirksames Risikomanagement, ein Risikocontrolling sowie ein Compliance-Management-System. Die Geschäftsführung informiert regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen im Rahmen von Quartalsberichten über den Geschäftsverlauf, zu Plan-/Ist-Abweichungen sowie zum Stand des Risikomonitorings.

Es liegt eine vom Aufsichtsrat genehmigte Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung vor, die die Zusammenarbeit in der Geschäftsführung regelt. Ferner besteht ein vom Aufsichtsrat beschlossener Geschäftsverteilungsplan. In der Aufsichtsratssitzung am 19. Juni 2014 hat der Aufsichtsrat eine Veränderung in der Geschäftsverteilung beschlossen. So sollen die Geschäftsführer der STADT UND LAND zukünftig immer gemeinsam die Gesellschafterfunktion in den Tochtergesellschaften ausüben. Darüber hinaus sollen sie nicht mehr in Personalunion Geschäftsführungsfunktionen in Tochtergesellschaften wahrnehmen können. Letzteres gilt nicht für die Tochtergesellschaft WoGeHe, die auch weiterhin von den Geschäftsführern der STADT UND LAND in Personalunion geführt werden soll. Die Gesellschaft wird von der STADT UND LAND geschäftsbesorgt und verfügt über kein eigenes Personal. Ein Vorsitzender/Sprecher der Geschäftsführung ist nicht bestimmt worden. Eine Beschlussmehrheit wurde nicht festgelegt.

Die Vergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammen. Der variable Teil der Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die gemäß Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat vom Personalausschuss beraten und entsprechend der Empfehlung des Personalausschusses vom Aufsichtsrat am 12. Dezember 2013 für den Geschäftsführer und am 19. Juni 2014 für die Geschäftsführerin für das Jahr 2014 beschlossen wurde. Die Zielvereinbarung wurde dem Gesellschafter zur Kenntnis weitergereicht. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen sind andere Bezüge nicht berücksichtigt worden. Auf Grundlage der Zielvereinbarungen wird die Höhe der Prämie nach Ablauf des Geschäftsjahres durch den Wirtschaftsprüfer geprüft, im Anschluss durch den Personalausschuss beraten und durch den Aufsichtsrat beschlossen. Die jährliche Gesamtvergütung der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung wird individualisiert im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen. Die ausgewiesene Vergütung im Jahresabschluss 2014 umfasst das Fixum für 2014 und die Prämie für das Jahr 2013. Im Geschäftsjahr 2014 sind keine Abfindungen an Mitglieder der derzeitigen Geschäftsführung gezahlt worden.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Der Aufsichtsrat ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen worden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat entscheidet, nach vorheriger Prüfung durch den Personalausschuss über den Abschluss, die Änderung, Aufhebung und Kündigung der Anstellungsverträge und Vergütungsregelungen mit der Geschäftsführung. Die Bestellung der Geschäftsführung erfolgt ebenfalls durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer bestimmt. Der Prüfungsausschuss hat eine beratende und empfehlende Funktion gemäß den in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegten Angelegenheiten. Der Bau- und Grundstücksausschuss prüft und berät ebenfalls, kann darüber hinaus Immobiliengeschäfte im Rahmen des vom Aufsichtsrat genehmigten Wirtschaftsplans anstelle des Aufsichtsrates beschließen. Auch der Personalausschuss kann entsprechend der ihm vom Aufsichtsrat übertragenen und in der Geschäftsordnung festgelegten Angelegenheiten anstelle des Aufsichtsrates Beschlüsse fassen.

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung besteht ein regelmäßiger Kontakt, es werden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten.

Neben den ordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse fand im Jahr 2014 eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung bezüglich des Erwerbs von Immobilien/-portfolien statt. Ferner wurde ein Umlaufverfahren zur Beschlussfassung für einen Grundstückserwerb durchgeführt und eine außerordentliche Personalausschusssitzung zu diversen Personalangelegenheiten einberufen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Prüfungsausschuss
- Bau- und Grundstücksausschuss
- Personalausschuss

Der Aufsichtsratsvorsitzende ist nicht Vorsitzender des Prüfungsausschusses; Vorsitzender ist kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung. Bewertungsfragen von Immobilien werden im Rahmen der Beratungen zu den Jahresabschlüssen und den Wirtschaftsplanungen im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsrat beraten.

Der Personalausschuss bereitet die Personalentscheidungen des Aufsichtsrates vor. In einzelnen geregelten Fällen beschließt er anstelle des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat ist von den Vorsitzenden der Ausschüsse über Ergebnis und Inhalt der Ausschusssitzungen informiert worden.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat mehr als die gemäß § 100 Abs. 2 AktG maximal zulässige Anzahl an Aufsichtsratsmandaten wahrgenommen.

Ein Mitglied des Aufsichtsrates übt in einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft eine Funktion im Beirat aus und ist darüber hinaus in zwei weiteren Beteiligungsunternehmen des Landes Mitglied im Aufsichtsrat. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates bestand bis zum 30. September 2014 aus einer festen Grundvergütung und Sitzungsgeldern. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 17. Dezember 2014 erhalten die Aufsichtsratsmitglieder

ab dem 1. Oktober 2014 eine jährlich höhere Vergütung, im Gegenzug entfällt die Zahlung der Sitzungsgelder.

Kein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.

Der Aufsichtsrat prüft regelmäßig seine Effizienz durch die laufende Kontrolle seiner Beschlüsse und Anregungen. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat beschlossen, einmal pro Amtsperiode mit externer Unterstützung eine Effizienzprüfung durchzuführen. Diese erfolgte im Jahr 2014. Die Mitglieder des Aufsichtsrates kamen auf Basis des von Wirtschaftsberatern entwickelten und ausgewerteten Fragebogens zu dem Ergebnis, dass die Effizienz der Aufsichtsrats Tätigkeit uneingeschränkt gegeben ist.

Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist ein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Dieser wurde entsprechend der Regelungen des Compliance-Management-Systems behandelt. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsrat über diesen Vorgang schnellstmöglich unterrichtet. Ein weiterer Fall befindet sich derzeit noch in Prüfung.

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind nicht getätigt worden. Es wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen abgeschlossen.

Die Geschäftsführung hat sich für die Ausübung ihrer Nebentätigkeiten/Funktionen jeweils die Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden eingeholt. Vorrangig werden diese Nebentätigkeiten in immobilienwirtschaftlichen/kommunalen Fachverbänden ausgeübt. Darüber hinaus werden auch Ehrenämter in sozialen/sportlichen Institutionen, die eine Verbindung zur STADT UND LAND aufweisen, wahrgenommen.

Den Mitgliedern der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

Transparenz

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind im Aufsichtsrat behandelt worden. Aufsichtsrat und Gesellschafter wurden darüber unverzüglich unterrichtet; Unternehmensinformationen (u. a. Geschäftsberichte) werden auch über das Internet veröffentlicht.

Rechnungslegung

Der Jahresabschluss 2013 wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen (HGB) bis 3. März 2014 aufgestellt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 7. März 2014 erteilt. Der Beschluss des Gesellschafters zum Jahresabschluss 2013 ist am 26. Mai 2014 gefasst worden. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Quartalsberichterstattung erfolgte immer 30 Tage nach Quartalsende an das strategische Controlling des Landes Berlin. Die Zwischenberichte in Form von Quartalsberichten sind vom Aufsichtsrat mit der Geschäftsführung erörtert worden.

Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestehen; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestehen keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Auf Basis der Beschlussfassung des Gesellschafters hat der Aufsichtsratsvorsitzende dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.

Es bestehen keine Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung über die der Aufsichtsrat zu unterrichten ist.

Der Abschlussprüfer wird an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Die Entsprechenserklärung ist in der Anlage zum Lagebericht abgegeben und dem Gesellschafter zugänglich gemacht worden. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen WoGeHe Wohnungsbaugesellschaft Hellersdorf mbH, WoBeGe Wohnbauten- und Beteiligungsgesellschaft mbH und STADT UND LAND Facility-Gesellschaft mbH haben die jeweilige Entsprechenserklärung als Anlage zum Lagebericht abgegeben.

E. WEITERE ANGABEN

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Jahr 2014 Bezüge (Vergütung, Sitzungsgeld) in Höhe von insgesamt 40,7 T€. Die Bezüge berücksichtigen den Beschluss des Gesellschafters, Land Berlin, vom 17. Dezember 2014, welcher rückwirkend ab dem 1. Oktober 2014 die Anhebung der Vergütung sowie den Wegfall des Sitzungsgelds beinhaltet. Die Zahlung der sich aus der Anhebung der Vergütung abzüglich der für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2014 gezahlten Sitzungsgelder entstehenden Nachzahlung in Höhe von 1,9 T€ ist Anfang Januar 2015 erfolgt.

MITGLIED	FUNKTION IM AUFSICHTSRAT	VERGÜTUNG	SITZUNGSGELD: 01.01. - 30.09.2014	GESAMT
Dr. Christoph Landerer* Geschäftsführender Gesellschafter TRICON Unternehmensberatung GmbH	Vorsitzender Aufsichtsrat Vorsitzender Personalaus- schuss	5.625,00 €	1.050,00 €	6.675,00 €
Petra Manegold Hauptsachgebietsleiterin Vereine/ Gemeinnützigkeit, Finanzamt für Körperschaften I	stellvertretende Vorsitzende Aufsichtsrat	4.218,75 €	900,00 €	5.118,75 €
Sylvia Freudenberger Gruppenleiterin Personalentwicklung/ Ausbildung, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführerin Aufsichtsrat Schriftführerin Personal- ausschuss	3.000,00 €	900,00 €	3.900,00 €
Heinz Buschkowsky* Bezirksbürgermeister von Neukölln, Leiter der Abteilung Finanzen und Wirtschaft	Vorsitzender Bau-/Grund- stücksausschuss	4.406,25 €	750,00 €	5.156,25 €
Andrea Jost* Geschäftsführerin, Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts		3.000,00 €	450,00 €	3.450,00 €
Andreas Kloß Betriebsratsvorsitzender, STADT UND LAND Wohnbauten- Gesellschaft mbH	Schriftführer Bau-/Grund- stücksausschuss	3.000,00 €	750,00 €	3.750,00 €
Wolf Schulgen** bis 30.09.2014 Leiter Abteilung IV bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, ab 01.10.2014 Berater/Senior Expert	Vorsitzender Prüfungsaus- schuss	4.406,25 €	900,00 €	5.306,25 €
Torsten Ulrich Innenrevisor, STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH	Schriftführer Prüfungsaus- schuss	3.000,00 €	750,00 €	3.750,00 €
Professorin Ariane Waegner Hochschullehrerin, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin		3.000,00 €	600,00 €	3.600,00 €
		33.656,25 €	7.050,00 €	40.706,25 €

* zuzüglich 19 % Umsatzsteuer

** Die Nachzahlung im Januar 2015 in Höhe von 206,25 € erfolgte zuzüglich 19 % Umsatzsteuer aufgrund der Umsatzsteuerpflicht ab dem 1. Januar 2015.

Ferner wurden weitere Kosten in Höhe von insgesamt 1,6 T€ im Rahmen der Wahrnehmung der Aufsichtsrats Tätigkeit (z. B. Reisekosten) übernommen.

Die Gesamtbezüge, inklusive der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung der Geschäftsführung, Prokuristen sowie leitenden Angestellten des Konzerns gemäß § 5 Abs.3 BetrVG, betragen im Geschäftsjahr 1.272,2 T€. Darin enthalten sind die Bezüge der Geschäftsführer wie folgt:

	Frau Anne Keilholz	Herr Ingo Malter
	€	€
Grundvergütung	120.000	160.000
Sonderzahlung/Zulagen/Einzelprämie		10.000
Altersvorsorge	18.000	13.680
betriebl. Altersvorsorge VBL		10.320
Prämien - variable Zieltantieme		35.447
Aufwandsentschädigung Nutzung privater PKW	5.400	
Geldwerter Vorteil Dienstwagen		10.963
BEZÜGE	143.400	240.409
Arbeitgeberanteil/-zuschüsse zur Sozialversicherung	8.867	14.695
	152.267	255.104

Die Pensionsverpflichtungen für frühere Geschäftsführer und ihre Hinterbliebenen sind mit dem versicherungsmathematischen Gutachten ermittelt worden. Zum 31. Dezember 2014 sind 64,4 T€ der Rückstellungen als Inanspruchnahme im Personalaufwand und 47,2 T€ als Zinsaufwand erfasst worden. Die Gesamtbezüge der ehemaligen Geschäftsführungsmitglieder und deren Hinterbliebener belaufen sich für laufende Pensionen auf 133,5 T€ und für andere Leistungen auf 241,6 T€.

Tempelhof Projekt GmbH

Tempelhof Projekt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Aufgabenfelder

Die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft umfassen die Verwaltung und Entwicklung des ehemaligen Flughafengebäudes mit den Geschäftsfeldern Büro- und Gewerbevermietung, Vermarktung und Betrieb eines Bereiches für Veranstaltungen und Messen, Parkraumbewirtschaftung sowie Gebäudeführungen.

Bis zum Volksentscheid am 25. Mai 2014 gehörte die Baufeldentwicklung mit der Schaffung zukunftsorientierter Quartiere, die auf die Belange der Stadt und der benachbarten Stadtbezirke reagieren, zu den Aufgabenfeldern. In diesem Zusammenhang war in Abstimmung mit dem Auftraggeber eine prozessbegleitende Öffentlichkeitsarbeit wahrzunehmen sowie das Standortmarketing weiter zu entwickeln.

Regelmäßige Berichtspflichten sind gegenüber dem Auftraggeber zu erfüllen. Neben der Sicherung der Liquidität aus dem Landeshaushalt über die jährlich aufzustellenden Wirtschaftspläne, ist die Gesellschaft aufgefordert Fördermittel einzuwerben.

Mit Datum vom 12. September 2014 wurde der Managementvertrag der Gesellschaft mit dem Land Berlin mit Wirkung zum 1. Januar 2015 auf die reduzierte Entwicklungsaufgabe angepasst. Die Entwicklungsaufgabe umfasst danach das Gebiet des ehemaligen Flughafens Tempelhof nebst den Freiflächen, die nicht im Geltungsbereich des neuen Gesetzes für den Erhalt des Tempelhofer Feldes (ThF-Gesetz) liegen. Das ThF-Gesetz ist nach dem erfolgreichen Volksentscheid in Kraft getreten.

Aufgabenerfüllung

Baufeldentwicklung

Bis zum Volksentscheid wurden die bereits 2013 begonnenen Arbeiten an den Bebauungsplänen am Tempelhofer Damm und am Südring mit den parallel laufenden städtebaulichen Qualifizierungsverfahren für die beiden Geltungsbereiche fortgesetzt und planerisch zum Abschluss gebracht, um das Prioritätsprojekt des Senates, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, nicht zu gefährden. Im Fall eines Scheiterns des Volksbegehrens durch den Volksentscheid hätte die Wiederaufnahme der Arbeiten deutlich höhere Kosten verursacht. Weitere Aktivitäten wurden nach dem erfolgreichen Volksbegehren zunächst zurückgestellt. Die Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2014 der zuständigen Senatsverwaltungen war in Hinblick auf den Volksentscheid bereits mit entsprechenden Einschränkungen versehen.

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid wurden die Arbeiten umgehend eingestellt, die laufenden Verträge beendet und abgerechnet. Danach wurde das Projekt abgewickelt, die bis dahin geleisteten Planungen wurden vollständig dokumentiert und an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übergeben. Die Abteilung Planung und Entwicklung der Tempelhof Projekt GmbH mit 9 Mitarbeitern musste zum 31. Dezember 2014 vollständig aufgelöst werden.

Verwaltung und Entwicklung des Gebäudes

Die Aufgabe in diesem Bereich der Gesellschaft gliedert sich in 2 Abteilungen. Eine verantwortet das Facility-Management, die Dauervermietung von Büro- und Gewerbeflächen sowie strategische Nutzungskonzeption und alle Investitionsmaßnahmen zu Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes. Die zweite Abteilung ist für die Vermietung und das Flächenmanagement für Events zuständig. Dabei sollen die zugeordneten Flächen als Eventlocation nachhaltig entwickelt und die Vermietung verstetigt werden.

Für die Eventflächen wurde eine Interims-Genehmigung zur Versammlungsstätte erteilt. Für die Erteilung einer dauerhaften Genehmigung, sind in den nächsten Jahren investive Maßnahmen, insbesondere für den Brandschutz und die Barrierefreiheit umzusetzen. Zusätzlich werden die Hangar-Dächer saniert. Der überwiegende Teil der Veranstaltungsflächen befindet sich in den ehemaligen Flugzeughallen. Mit einem 2. Bauabschnitt der Dachsanierung wurde im IV Quartal 2014 begonnen. Die Herausforderung dabei ist, Veranstaltungen und die parallel laufenden notwendigen Baumaßnahmen zu koordinieren und die veranstaltungsfreien Baufenster effizient für die Sanierungsmaßnahmen zu nutzen. Die prognostizierten Einnahmen in Höhe von Mio. EUR 4,5 im Eventbereich konnten im Berichtsjahr auf Mio. EUR 5,6 gesteigert werden.

Die prognostizierten Einnahmen im Dauermietbereich wurden erzielt.

Für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind im Berichtsjahr Haushaltsmittel in Höhe von Mio. EUR 3,5 eingesetzt worden. Wesentliche Projekte waren dabei der 2. BA der Hangar-Dachsanierung und die Planungen an der dauerhaften Versammlungsstätte. Darüber hinaus wurde mit der Schadstoffsanierung im Gebäudeteil H2 rund begonnen sowie mehrere kleine Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt.

Um für die derzeitige und zukünftige Umnutzung der Anlagen des ehemaligen Flughafens Berlin-Tempelhof ein denkmalgerechtes Vorgehen zu gewährleisten, wird ein Denkmalpflegeplan erstellt. Die Arbeiten daran umfassen in 3 Leistungsphasen, die baugeschichtliche Dokumentation, die Bestandserfassung, den daraus resultierenden Maßnahmenkatalog und den Denkmalpflegeplan. Es handelt sich um ein mehrjähriges Projekt. Die überwiegenden Leistungen wurden im Berichtsjahr erbracht, mit der Fertigstellung wird im 1. Halbjahr 2015 gerechnet.

Kosten- und Finanzierungsplanung

Nach dem Volksentscheid im Mai 2014 wurde die Kosten- und Finanzierungsplanung (KoFi) 2011 – 2025ff. auf die reduzierte Entwicklungsaufgabe angepasst.

Vergütung des Auftraggebers

Zur Deckung ihres Unternehmensaufwandes erhält die Gesellschaft vom Auftraggeber eine Vergütung auf der Grundlage von festgelegten Pauschalen. Die Beträge setzen sich aus den festgelegten Personalkosten-Pauschalsätzen sowie einem Sachkostenzuschlag zusammen. Die Pauschalsätze sind in Gruppen auf folgende Mitarbeiterstruktur ausgerichtet:

- Geschäftsführer
- Leitende Mitarbeiter, Bereichsleiter

- Projektmitarbeiter, Projektmanager
- Büromitarbeiter

In Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer soll der Auftraggeber jährliche Zielstellungen für die jeweiligen organisatorischen Bereiche des Auftragnehmers definieren. Für die Beurteilung der Leistung sollen nachvollziehbare Kriterien festgelegt werden. Auf dieser Grundlage ist eine erfolgsabhängige Vergütung vereinbart worden, die bei einer Erfüllung von mehr als 100 % eine Bonuszahlung für die Gesellschaft von bis zu 6 % der jährlichen Vergütung vorsieht. Der Vertrag enthält darüber hinaus einen Malus bei Nichterfüllung der definierten Ziele.

Als Gesellschaft des Landes Berlin werden für die Tempelhof Projekt GmbH kurz- und- langfristige fachpolitische Zielmarken definiert. Die Zielmarken für das Jahr 2014 wurden aus Sicht der Gesellschaft erfüllt. Eine Bewertung des Auftraggebers lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.

Organisationstruktur

Neben der Geschäftsführung mit den Stabsfunktionen Recht + Vertragswesen sowie der Büroleitung gliederte sich die Struktur der Gesellschaft in folgende Bereiche:

- Gebäudemanagement + Eventvermietung
- Strategie + Akquisition
- Finanzen + Controlling
- Planung + Entwicklung
- Kommunikation + Öffentlichkeitsarbeit

Die Bereiche sind personell neben der Bereichsleitung mit Projektmanagern und Büromitarbeitern besetzt.

Der Bereich Planung und Entwicklung wurde zum 31.12.2014 wegen des Wegfalls der Entwicklungsaufgabe aufgelöst. Zusätzlich wurde im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit eine Vollzeitstelle abgebaut.

2. Lage der Gesellschaft

Vermögenslage

	31.12.2014		31.12.2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	66	7	87	12
Umlaufvermögen und sonstige Aktiva	873	93	660	88
Gesamtvermögen	939	100	747	100
Eigenkapital	714	76	516	69
Kurzfristige Fremdmittel	225	24	231	31
Gesamtkapital	939	100	747	100

Das bilanzielle **Eigenkapital** hat sich durch den Jahresüberschuss (TEUR 198) von TEUR 516 auf TEUR 714 erhöht.

Ertragslage

	2014		2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	2.981	97,5	2.869	97,9
Übrige betriebliche Erträge	75	2,5	61	2,1
Gesamtleistung	3.056	100,0	2.930	100,0
Betriebliche Aufwendungen	2.771	90,7	2.670	91,1
Betriebsergebnis	285	9,3	260	8,9
Neutrales Ergebnis	-1		-8	
Steuern	-86		-76	
Jahresüberschuss	198		176	

Die Gesellschaft erzielt **Umsatzerlöse** aus der mit dem Land Berlin festgelegten Trägervergütung.

Die **Betrieblichen Aufwendungen** beinhalten im Wesentlichen die Personalkosten TEUR 2.175 (Vj. TEUR 2.056), Kosten der EDV TEUR 97 (Vj. TEUR 105), Rechts- und Beratungskosten TEUR 112 (Vj. TEUR 86) und sonstige Fremdleistungen TEUR 127 (Vj. TEUR 130), Raumkosten TEUR 95 (Vj. TEUR 89), Abschreibungen TEUR 29 (Vj. TEUR 53), Bürobedarf TEUR 18 (Vj. TEUR 28) sowie Telefon/Internet TEUR 22 (Vj. TEUR 23)

Im **neutralen Ergebnis** werden die Steuern vom Einkommen und von Ertrag ausgewiesen sowie die periodenfremden Erträge TEUR 60 (Vj. TEUR 0) und die periodenfremden Aufwendungen TEUR 1 (Vj. TEUR 8).

Finanzlage

Die Bankkonten wiesen zum Bilanzstichtag ein Guthaben von TEUR 708 aus.

Kreditlinien wurden nicht eingeräumt.

3. Chancen- Risiken- und Prognosebericht

3.1 Chancen und Risiken der Entwicklungsaufgabe

In den Betrachtungskreisen „Gesellschaft“ und „Entwicklungsprojekt“ sind die Chancen und Risiken differenziert. Da die Gesellschaft ausschließlich in einem Projekt des Landes Berlin tätig ist und sowohl ihre Aufgabe, als auch die Honorierung durch nur ein Auftragsverhältnis, nämlich den Managementvertrag vom 17./21. Dezember 2010, bestimmt ist, werden ihre Chancen und Risiken daraus abgeleitet. Die Gesellschaft nimmt nicht am Marktgeschehen teil.

Nach dem Volksentscheid am 25. Mai 2014, ist ein Teil der Entwicklungsaufgabe für die Gesellschaft entfallen. Der Bereich Planung und Entwicklung wurde zum 31. Dezember 2014 aufgelöst. Der Managementvertrag wurde am 12. September 2014 auf die reduzierte Entwicklungsaufgabe angepasst

Die ökonomische Chance der Gesellschaft ist mit der erfolgsabhängigen Vergütung im Managementvertrag (§ 7 Ziff. 12 bis 31. Dezember 2014, § 6 Ziff. 10 ab 1. Januar 2015) mit maximal 6 % Bonifizierung für den Fall der Übererfüllung von Zielen gedeckelt.

Ebenso ergibt sich aus der spiegelbildlichen Malus-Regelung des Vertrages das mögliche maximale Risiko einer Reduzierung der Gesamtvergütung dann, wenn die definierten Ziele nur bis zu 50 % erfüllt werden sollten. Diese Regelung greift differenziert für die Zielvereinbarung der jeweiligen Arbeitsbereiche der Gesellschaft. Nach dem Grad der bisherigen Kooperation mit dem Auftraggeber und seiner Zufriedenheit ist mit dem Risiko, dass ein Vergütungsrückbehalt vorgenommen wird, nicht zu rechnen.

Für das Jahr 2013 hat die Gesellschaft 2014 einen Bonus von 2 % auf die Vergütung des Vorjahres erhalten. Für 2014 geht die Gesellschaft davon aus, dass die Ziele zu mindestens 100 % erfüllt wurden.

Auch der am 12. September 2014 überarbeitete und aktualisierte Managementvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2020 und kann verändert und gekündigt werden. Gemäß § 9 Ziff. 6 können einvernehmliche Anpassungen an mögliche andere Leistungsbilder (Vertragsinhalte) eingefordert werden. In einem solchen Fall ist zu erwarten, dass die dann vereinbarte Mehr- oder Mindervergütung dem tatsächlichen Mehr- oder Minderaufwand in der Gesellschaft angepasst wird.

Ein wichtiger Grund für die Kündigung des Vertrages ist nach § 9 Ziff. 2 vereinbart.

3.2 Entwicklungsaufgaben

Grundlegende Zielvorgaben für die Entwicklungsaufgabe ab 1. Januar 2015 sind: Die Konversion des Gebäudes mit seinem Grundstück von einem ehemaligen Flughafen zu einer neuen, zeitgemäßen Nutzung unter Berücksichtigung der stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitischen Ziele des Landes Berlin.

- Entwickeln und Umsetzen von Konzeptionen, die der Einzigartigkeit des Objektes, seiner besonderen Stellung in der deutschen Hauptstadt sowie dem Standort und seiner Umgebung angemessen sind.
- Das Gebäude soll mit seinen Nutzungen wirtschaftlich autark werden und Beiträge zur Wirtschaftsentwicklung von Berlin leisten.

Für den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft ist das Verhältnis der Ausgaben zu den vom Auftraggeber gezahlten Pauschalvergütungen für Personalkosten und Sachaufwendungen maßgeblich. Diese Pauschalvergütung wird durch den Grad der Leistungserfüllung, z.B. durch einen Bonus oder einen Malus, mit bestimmt.

Die Aufwendungen werden im überwiegenden Maß durch den Personaleinsatz geprägt, über den zuvor mit dem Auftraggeber Einvernehmen herzustellen ist. Auch über den fachlichen Erfolg und über die Erfüllung der gestellten Aufgaben, wie z.B. Investitionsmaßnahmen und Projekte, bestimmt die personelle Ausstattung der Gesellschaft, die seit der Gründung bereits unter festen Restriktionen stand.

Der Betrieb des Eventbereiches soll durch aktives Vermarkten und Erhöhung der Zahl von Veranstaltungen wie auch der Einnahmen weiter verstetigt und stabilisiert werden. Bis zur Umsetzung der investiven Maßnahmen, die eine Dauergenehmigung der Versammlungsstätte ermöglichen werden, insbesondere Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen, ist beabsichtigt, die Vereinfachung der Verfahren zur Einzelgenehmigung mit den Behörden zu vereinbaren. Für die Sicherstellung der Veranstaltungssicherheit wie auch für die Verstärkung der Vermarktung ist personelle Erweiterung durch externe, freie Mitarbeiter vorgesehen. Die Umsätze des Bereiches entwickeln sich sehr gut.

Der Unternehmensbereich Gebäudemanagement hat weiterhin die Aufgabe parallel zur Bewirtschaftung und zur Erzielung möglichst ausgeglichener Bewirtschaftungsergebnisse, die Instandsetzung weiter voran zu treiben und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden begrenzten Mittel Flächen zu modernisieren, damit die Mieterträge gesteigert werden und vor allem Bewirtschaftungskosten stärker als bisher umgelegt werden können. Gleichzeitig wird an einem das gesamte Gebäude umfassenden Denkmalpflegeplan gearbeitet, der 2015 fertiggestellt sein wird.

3.3 Bestandsgefährdende Risiken

Risiken, die kurzfristig den Bestand des Unternehmens gefährden können, sind derzeit nicht erkennbar.

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid und der Reduzierung der Entwicklungsaufgabe, soll nach § 65 LHO geprüft werden, ob Notwendigkeit des Landes Berlin an der Beteiligung noch besteht. Dem Abgeordnetenhaus ist Mitte 2015 ein Bericht hierüber vorzulegen.

Die Gesellschaft hat bereits 2015 ein Beratungsunternehmen zur organisatorischen und strategischen Neuausrichtung beauftragt. Ziel ist, mit Hilfe dieser Gesellschaft ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln, das sich von dem anderer Gesellschaften des Landes Berlin unterscheidet.

Aus diesem Sachverhalt heraus könnten sich Tatsachen ergeben, die die weitere Entwicklung der Gesellschaft beeinträchtigen können.

3.4 Prognosebericht

Die Prognose für das Jahr 2015 weist unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 13 aus.

4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Ereignisse mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Berlin, 31. März 2015

Gerhard W. Steindorf

Erklärung von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat der Tempelhof Projekt GmbH zum Berliner Corporate Governance Kodex für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

Anlage zum Lagebericht 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung/des Aufsichtsrates
I. Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	Die Zusammenarbeit der Geschäftsleitung mit dem Aufsichtsrat hat sich an den Vorgaben aus dem Gesellschaftsvertrag sowie der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat orientiert. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung dem Aufsichtsrat offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen in der Gesellschaft wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	An allen Sitzungen des Aufsichtsrates hat die Geschäftsleitung, die auch die Sitzungsvorbereitung innehatte, teilgenommen.

I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsführung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	<p>Die Gesellschaft ist eine reine Zweckgesellschaft. Die strategische Zielsetzung folgt der durch den Auftraggeber vorgegebenen Aufgabenstellung. Einzige Aufgabe der Tempelhof Projekt GmbH ist die bestmögliche Entwicklung des ihr übertragenen Projektes. Strategische Unternehmensplanungen im Sinne der Erreichung ökonomischer Zieloptimierung für die Gesellschaft selbst, daher keine Rolle.</p> <p>Dem Aufsichtsrat wurde regelmäßig über den Personalaufbau der Gesellschaft sowie die Entwicklung der Umsätze und Ergebnisse berichtet.</p> <p>Die Zustimmungspflicht zu Geschäften von grundlegender Bedeutung ist in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wie auch im Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsanweisung für den Geschäftsführer geregelt. Im Jahr 2014 hat es keine diesbezüglichen zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle gegeben.</p>
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsführung ist der Verpflichtung, regelmäßig und in schriftlicher Form zu berichten, nachgekommen. Sie hat die erforderlichen Dokumente beigelegt. Alle Unterlagen für die Sitzungen des Aufsichtsrates wurden zuvor in der geforderten Frist von zwei Wochen übersandt. Soll- und Ist-Situationen sowie Planabweichungen sind plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen für Gegensteuerung waren bisher nicht erforderlich.</p>

I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat. 	<p>Die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat sind ihren Pflichten nachgekommen und haben dabei die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmannes sowie eines Aufsichtsrates gewahrt.</p> <p>Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, in deren Deckung die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrates eingeschlossen sind. Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wirkt dabei kein Selbstbehalt, für die Geschäftsführung ist ein Selbstbehalt vereinbart.</p>
-----	--	--

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens gearbeitet. Das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Die nachhaltige Wertsteigerung der Gesellschaft selbst ist nicht Unternehmensziel. Die Gesellschaft hat über Bilanzgewinne das Eigenkapital gestärkt, damit wurde eine ausreichende Risikovorsorge geschaffen.</p> <p>Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und auch der unternehmensinternen Richtlinien werden von der Geschäftsleitung für sie selbst und für die angestellten Mitarbeiter beachtet.</p> <p>Da die Gesellschaft nicht am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie auch den daraus resultierenden Risiken nicht unterworfen. Sie erfüllt nur einen einzigen Auftrag und erhält dafür angemessene Vergütung. Für die mit der auftragsgemäßen Entwicklung verbundenen Risiken, hier insbesondere aus der Verwaltung der Grundstücke und Finanzmittel, werden verschiedene Instrumente bereits angewendet. Ein angemessenes Risikocontrolling im Zusammenhang mit der Erfüllung des übertragenen Auftrages ist eingerichtet worden.</p>
------	---	---

II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. 	<p>Mit der Bestellung nur eines Geschäftsführers geht die Frage nach Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit innerhalb der Geschäftsführung, ebenso wie Beschlussmehrheiten in der Geschäftsführung ins Leere.</p>
-------------	---	---

II.3	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung. 	<p>Die Vergütung ist in dem Anstellungsvertrag mit dem Geschäftsführer geregelt. Dieser enthält neben einem festen Jahresgehalt auch einen erfolgsabhängigen Vergütungsanteil. Für das Jahr 2014 liegt eine Zielvereinbarung vor.</p> <p>Die Veröffentlichung der Vergütung der Geschäftsführung wird im Bezügebericht stattfinden. Da keine Abfindung gezahlt worden ist, sind Regularien zum „Abfindungs-Cap“ nicht zu beachten.</p>
-------------	--	--

III. Aufsichtsrat

III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsanweisung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung mit eingezogen. Der Aufsichtsrat hat keine Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Die Sitzungsfrequenzen entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p>
--------------	---	--

III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Die Regularien für Bestellung und Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsleitung ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag. Eine Nachfolgeregelung besteht nicht. Der Geschäftsführer wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 durch die Gesellschafterversammlung bestellt. Der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers läuft fristgemäß zum 31.05.2015 aus. Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse gebildet.</p>
III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen den Aufsichtsrats-Vorsitzenden und der Geschäftsführung hat es jeweils zu den Terminen der Sitzungsvorbereitung Kontakt gegeben. Es wurden situativ die in der Tagesordnung aufzunehmenden Punkte vorbesprochen, Für den Aufsichtsratsvorsitzenden gab es außerhalb seiner Sitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er unterrichtet werden musste.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat von der Option, aus dem Kreis seiner Mitglieder Ausschüsse bilden zu können, keinen Gebrauch gemacht.</p>

III.5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats. 	<p>Der Geschäftsleitung ist nicht bekannt, in welchem Umfang die Mitglieder des Aufsichtsrates weitere Mandate ausüben oder Organfunktionen bzw. Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausüben.</p> <p>Die bislang als „Vergütung“ bezeichneten Zahlungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates enthalten ein einheitliches Sitzungsgeld für jede Sitzung und zuzüglich Aufwandsentschädigungen für eventuelle Reise- und Übernachtungskosten. Eine Vergütung für die Tätigkeit als Aufsichtsrat wurde nicht gezahlt.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsleitung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.</p>

III 7. und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Dem Aufsichtsrat gehören entsprechend den Regelungen des Gesellschaftsvertrages § 8 sechs Mitglieder an, davon ein unabhängiger Fachmann. Die Amtszeit der aus den Verwaltungen entsandten Mitglieder endet, wenn die Person das Amt verliert, das für ihre Bestellung maßgeblich war.</p> <p>Die Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats ist gewährleistet.</p>
----------------------	---	--

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung bzw. -leitung. 	<p>Der Geschäftsführer hat die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Er hat weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Geschäftsführer ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden</p>
-------------	--	--

IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<p>Verbunden mit der Tätigkeit für die Gesellschaft hat der Geschäftsführer und haben die Mitglieder des Aufsichtsrates die Unternehmensinteressen gewahrt und in diesem Zusammenhang keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
-------------	--	---

IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats. 	<p>Konflikte unterschiedlicher Interessen sind weder bei der Geschäftsführung noch bei Mitgliedern des Aufsichtsrates bekannt geworden.</p>
-------------------	--	---

IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	Es gibt keine Geschäftsvorfälle des Unternehmens mit Mitgliedern der Geschäftsleitung, ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen, wie auch nicht mit Aufsichtsratsmitgliedern.
-------------	---	---

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	Der Geschäftsführer hat keine Nebentätigkeiten ausgeübt.
-------------	--	--

IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrats. 	Kredite oder Darlehen an die Geschäftsführer oder Mitglieder des Aufsichtsrates wurden nicht gewährt.
-------------	--	---

V. Transparenz

VI. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Da das Unternehmen am Marktgeschehen selbst nicht teilnimmt, sondern als reine Zweckgesellschaft des Landes Berlin für die Entwicklung des ihr übertragenen Gebietes verantwortlich ist, haben Ereignisse aus dem Branchenumfeld oder dem Markt auf die Jahresplanung des Unternehmens keine Auswirkungen.</p> <p>Der /Jahresabschluss des Unternehmens wird im Bundesanzeiger elektronisch veröffentlicht.</p>
--------------------	---	--

VII. Rechnungslegung

VII. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. 	Entsprechend § 15 (1) des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung innerhalb der Frist des § 264 Abs. 1 HGB den Jahresabschluss und den Lagebericht zu erstellen. Für kleine Kapitalgesellschaften, wie hier zutreffend, gilt dabei eine Frist von 6 Monaten nach Geschäftsjahresende. Für die Gesellschaft
---------------------	--	--

		<p>hat der Gesellschafter die Anwendung analog der Bestimmung für große Kapitalgesellschaften festgelegt. Danach ist der Jahresabschluss 3 Monate nach Geschäftsjahresende aufzustellen.</p> <p>Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Gesellschaft wurde im März 2015 erstellt..</p>
--	--	---

VII. Abschlussprüfung

VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Abschlussprüfer wird dem Aufsichtsrat erklären, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen mit dem Unternehmen und/oder seinen Organmitgliedern bestanden.</p>
VII. 2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfauftrages und Honorarvereinbarung. 	<p>Der Aufsichtsrat hat durch seinen Vorsitzenden dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
VII. 3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat 	<p>Dem Abschlussprüfer sind keine wesentlichen Feststellungen oder Vorkommnisse bekannt und auch keine solchen Tatsachen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>

	abgegebenen Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ergeben.	
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	Der Abschlussprüfer wird an der Sitzung des Aufsichtsrates teilnehmen, in dem über Ergebnisse des Jahresabschlusses sowie Ergebnisse seiner Prüfung berichtet wird.

Gerhard W. Steindorf	Geschäftsführer Tempelhof Projekt GmbH	Grundgehalt	135.000,00 €
		Erfolgsabhängige Vergütung	35.000,00 €
		geldwerter Vorteil PKW-Nutzung	6.471,12 €
		Gesamt	176.471,12 €

Die an die Sozialversicherung von der Gesellschaft geleisteten Arbeitgeberbeiträge stellen sich wie folgt dar:

Renten- und Arbeitslosenversicherung	7.818,36 €
Zuschüsse zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung	3.900,12 €
Insolvenzumlage	107,16 €
Umlage 1 + 2	1.449,48 €
Gesamt	13.275,12 €

Aufsichtsrat			
Michael Müller	Senator für Stadtentwicklung und Umwelt bis 11. Dezember 2014	Sitzungsgelder pauschal	600,00 €
Klaus Feiler	Senatsverwaltung für Finanzen, Staatssekretär	Sitzungsgelder pauschal	600,00 €
Björn Böning	Chef der Senatskanzlei, Staatssekretär	Sitzungsgelder pauschal	300,00 €
Dr. Annette Fugmann-Heesing	Senatorin für Finanzen a.D.	Sitzungsgelder pauschal	300,00 €
Uwe Lissau	Präsident des Amtsgerichtes Bremerhaven	Sitzungsgelder pauschal	600,00 €
Uwe Lissau	Präsident des Amtsgerichtes Bremerhaven	Erstattung von Reisekosten	1.674,40 €
Cornelia Yzer	Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung	Sitzungsgelder pauschal	600,00 €
		Gesamt	4.674,40 €

**Vivantes –
Netzwerk für Gesundheit GmbH**

Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin

Lagebericht und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2014

I. Grundlagen des Konzerns

Die Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin, hat als Mutterunternehmen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 315 Abs. 3 HGB den Lagebericht des Mutterunternehmens und den Konzernlagebericht zusammenzufassen und den Jahresabschluss und den Konzernabschluss gemeinsam offen zu legen.

Das Unternehmen hat sich als größter kommunaler Krankenhausträger Deutschlands seit Jahren fest auf dem Berliner Krankenhausmarkt etabliert. Mit einem Marktanteil der Gesellschaft von ca. 30 Prozent – in der Psychiatrie von ca. 50 Prozent – werden an den acht Klinikstandorten mit über einhundert Kliniken Leistungen auf höchstem medizinischem Niveau erbracht.

Der Vivantes-Konzern besteht zum Bilanzstichtag aus der Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH (Vivantes) mit seinen acht Klinikstandorten und den damit verbundenen Unternehmen Vivantes Rehabilitation GmbH (Reha), Vivantes – Forum für Senioren GmbH (Forum für Senioren), Vivantes – MVZ GmbH (MVZ GmbH), Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH (Ambulante Krankenpflege), Vivantes Komfortklinik GmbH (Komfortklinik), Vivantes Hospiz gGmbH (Hospiz), Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH (Vivantes Ida-Wolff), SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH (SVL GmbH), VivaClean Nord GmbH (VivaClean Nord), VivaClean Süd GmbH (VivaClean Süd), Vivantes Service GmbH (Vivantes Service), Vivantes personal GmbH (personal GmbH), Vivantes International GmbH i.L. (Vivantes International) und der Vivantes Therapeutische Dienste GmbH (Therapeutische Dienste).

Die Vivantes Therapeutische Dienste GmbH wurde am 3. Dezember 2014 gegründet. Alleiniger Gesellschafter ist Vivantes. Die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister wurde am 19. Dezember 2014 vorgenommen. Die Gesellschaft erbringt therapeutische Dienstleistungen vorrangig für Vivantes. Die Aufnahme der operativen Tätigkeit erfolgte zum 1. Januar 2015.

Die Geschäftstätigkeit (Beratungsleistungen) der Vivantes International GmbH i.L. wurde zum 31. Dezember 2013 beendet. Die notarielle Beurkundung der Liquidation erfolgte am 27. Januar 2014 und wurde am 14. März 2014 in das Handelsregister eingetragen. Die Löschung der Gesellschaft soll in 2015 vorgenommen werden. Das Geschäftsfeld der Be-

handlung internationaler Patienten und Ausbildung wird durch die Vivantes und die Komfortklinik fortgeführt und gestärkt.

Vivantes hat ihre gehaltenen Geschäftsanteile an der Vivantes Textilversorgung GmbH (VTV) durch Ausübung der Put-Option an den Mitgesellschafter der VTV, die Berendsen GmbH, Glückstadt, am 27. Januar 2014 verkauft. Die VTV hat ihre operative Geschäftstätigkeit zum 17. Januar 2014 vollständig beendet. Die Wäscheversorgung wird ab 2014 vollständig durch die Vivantes Service durchgeführt.

Durch den Verkauf der Geschäftsanteile ist die Berendsen GmbH ab 27. Januar 2014 alleiniger Gesellschafter der VTV. Aus der Entkonsolidierung der VTV ergibt sich kein wesentlicher Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist nicht beeinträchtigt.

Vivantes ist zu je 50 Prozent an den Gesellschaften Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH und Labor Berlin – Charité Vivantes Services GmbH beteiligt. Die Charité – Universitätsmedizin Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts (Charité), ist ebenfalls an beiden Gesellschaften mit 50 Prozent der Anteile beteiligt.

Geschäftsverlauf und Lage sowie Chancen und Risiken von Vivantes als Mutterunternehmen prägen im Wesentlichen die Entwicklung des Konzerns. Deshalb wird im Folgenden nicht gesondert über Vivantes berichtet.

II. Wirtschaftsbericht

II.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verlief vor dem Hintergrund internationaler Ereignisse (wie z.B. Ukraine-Konflikt, Nahost-Krise, Ebola-Epidemie) im Berichtsjahr positiv.

Nach den vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Stand 15. Januar 2015) konnte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, nach dem es in den vergangenen zwei Jahren sehr viel moderater gewachsen war (2013: 0,1 Prozent; 2012: 0,4 Prozent). Auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind im Vergleich zum Vorjahr lt. Meldungen der Bundesagentur für Arbeit weiter gewachsen. So ergibt sich in allen Bundesländern - im Oktober 2014 im Vorjahresvergleich - ein Beschäftigungszuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – der in Berlin mit +3,3 Prozent am höchsten ausfiel.

Für 2015 erwartet die Bundesregierung laut Jahreswirtschaftsbericht eine Zuwachsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,5 Prozent. Lt. dem Bericht sind Innovationen und Investitionen in die Zukunftsfähigkeit für Deutschland von zentraler Bedeutung: „Die seit längerem verhaltene Investitionsentwicklung in bestimmten Bereichen erfordert es, öffentliche Investitionen zu stärken und die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern.“.

Im Rahmen des „Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ ist vorgesehen, insgesamt 438 Millionen Euro in die Berliner Infrastruktur zu investieren. Gemäß Vorschlag der Senatsverwaltung für Finanzen sollen im Bereich der Berliner Krankenhäuser insgesamt 108 Millionen Euro investiert werden; davon sollen finanzielle Mittel in zweistelliger Millionenhöhe auf Projekte des Vivantes-Konzerns entfallen.

Eines der wichtigen Themen des Berichtsjahres war und ist die Thematik „Gesundheit und Demographie“, die auch auf der 87. Gesundheitsministerkonferenz als Schwerpunktthema beraten wurde. Laut Statistischem Bundesamt wird von einer zukünftigen Abnahme der Bevölkerungszahl ausgegangen, jedoch bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils der Menschen ab 65 Jahre. Mit der in 2012 von der Bundesregierung beschlossenen Demografiestrategie mit dem Titel „Jedes Alter zählt“ ist der Prozess zur Gestaltung des demografischen Wandels eingeleitet worden. Ein Teil dieser Demografiestrategie ist die Allianz für Menschen mit Demenz. Im September 2014 wurde die Agenda „Gemeinsam für Menschen mit Demenz“ der Allianz unterzeichnet und damit wesentliche Maßnahmen vereinbart.

In 2014 wurde beschlossen, die Optionsphase zur Einführung des Pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (PEPP) zur Vergütung stationärer und teilstationärer Leistungen um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2016 zu verlängern. Vivantes ist bereits in 2014 auf das pauschalierte Abrechnungssystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen umgestiegen.

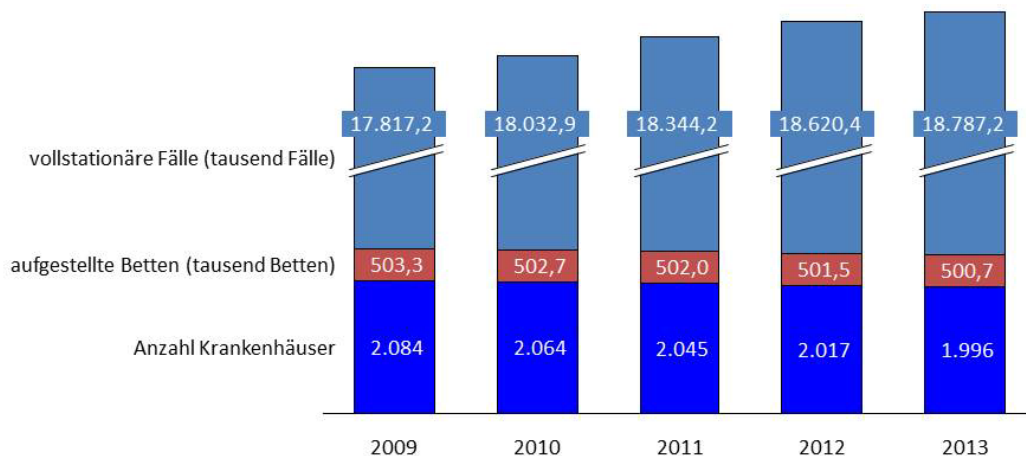
Neben Gesetzesänderungen und Neuerungen im Gesundheitswesen ist auch das im Berichtsjahr beschlossene Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) zu erwähnen.

Auch für 2015 sind einige wesentliche Änderungen im Bereich Pflege und Gesundheit geplant, die u.a. in folgenden Gesetzen verankert werden:

- Umsetzung des in 2014 beschlossenen Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz-GKV-FQWG),
- Das Erste Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Erstes Pflegestärkungsgesetz-PSG I) tritt 2015 in Kraft,

- Erstes Gesetz zur Änderung des Landeskrankenhausgesetzes tritt am 1. Juli 2015 in Kraft (u.a. Investitionspauschalen),
- Gesetzgebungsverfahren für das Gesetz zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz) soll im ersten Halbjahr 2015 abgeschlossen werden.

Laut Krankenhausstatistik 2013 hat sich die Zahl der Krankenhäuser und Krankenhausbetten in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr wiederum verringert. Die Zahl der vollstationären Fälle hat sich im Gegensatz jedoch um ca. 0,9 Prozent erhöht. In 2013 wurden in den Krankenhäusern 18,8 Millionen Patienten (im Vorjahr 18,6 Millionen) behandelt. Die durchschnittliche Verweildauer konnte auf 7,5 (im Vorjahr 7,6) Tage, davon in Allgemeinen Krankenhäusern auf 7,0 (im Vorjahr 7,1) Tage gesenkt werden.



Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland – Krankenhäuser

Für den Berliner Krankenhausmarkt zeigt sich folgende Entwicklung:

Im Jahr 2013 standen in 81 Krankenhäusern (im Vorjahr 81 Krankenhäuser) durchschnittlich 20.070 vollstationäre Betten (im Vorjahr 20.133) zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Abnahme von 63 Betten (0,3 Prozent). In Berlin liegt der Versorgungsgrad mit Krankenhausbetten bei 59,1 Betten je 10.000 Einwohner und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (60,1 Betten je 10.000 Einwohner) verringert. Damit liegt Berlin seit 2001 unter dem Durchschnitt der Bundesrepublik (2013 mit 62,1 Betten je 10.000 Einwohner).

II.2. Geschäftsverlauf

Trotz weiterhin schwieriger Rahmenbedingungen konnte der Vivantes-Konzern im Berichtsjahr ein Jahresergebnis in Höhe von 7,9 Millionen Euro (im Vorjahr 7,9 Millionen Euro) erwirtschaften und damit das Ziel laut Unternehmensplanung um 2,9 Millionen Euro (58,0 Prozent) übertreffen. Die Umsatzerlöse konnten auf nunmehr 1.027,8 Millionen Euro (im Vorjahr 940,8 Millionen Euro) gesteigert werden, was einer Erhöhung um 9,2 Prozent entspricht. In den acht Krankenhäusern von Vivantes wurden im zurückliegenden Geschäftsjahr deutlich mehr Patienten auf hohem medizinischem Qualitätsniveau behandelt. Demgegenüber stehen Erhöhungen im Personal- und Materialaufwand von insgesamt 84,7 Millionen Euro (im Vorjahr 43,2 Millionen Euro). Die Erhöhung des Personalaufwands aufgrund von Tarifsteigerungen und Rückkehr in den vollständigen Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) konnte durch die Umsatzsteigerungen kompensiert werden. Die Personalaufwandsquote in Bezug zum Umsatz inklusive Leasingpersonal liegt im Geschäftsjahr 2014 bei 70,1 Prozent (im Vorjahr 69,2 Prozent) und hat sich damit leicht erhöht.

Auch im Jahr 2014 konnte Vivantes umfangreiche Maßnahmen realisieren bzw. Vorhaben beginnen und somit seine Position als kommunales Krankenhausunternehmen im Wettbewerb behaupten. An allen Klinikstandorten wurde das medizinische Leistungsangebot weiter differenziert und erweitert.

Im April 2014 wurde im Konzern standortübergreifend das „Vivantes Prostatazentrum Berlin“ gegründet; das Zentrum verfügt über 170 stationäre Betten.

Im Vivantes Klinikum im Friedrichshain wurde die zur Klinik für Plastische, Rekonstruktive und Ästhetische Chirurgie gehörende Wundklinik als „Zentrum für Wundmedizin“ zertifiziert.

Die Klinik für Spezielle Orthopädische Chirurgie und Unfallchirurgie am Auguste-Viktoria Klinikum ist seit diesem Jahr Berlins erstes zertifiziertes „EndoProthetikZentrum der Maximalversorgung“.

Im Dezember 2014 wurde im Klinikum Neukölln eine Palliativstation mit 13 Betten für unheilbar erkrankte Menschen eröffnet. Damit konnte die Versorgungslücke im Südosten Berlins geschlossen werden.

Auch in 2014 wurde wieder eine Überprüfung und erfolgreiche Zertifizierung weiterer Standorte durch die „DEKRA“ hinsichtlich Patientensicherheit vorgenommen.

Das Klinikum Neukölln erfüllt als eines der ersten Berliner Krankenhäuser die internationalen Standards für das Silberzertifikat in Beratung und Tabakentwöhnung. Damit leistet das Klinikum hervorragende Arbeit auf dem Weg zum rauchfreien Krankenhaus.

Im Berichtsjahr wurde der Zentralsterilisation im Überwachungsaudit durch den TÜV Rheinland eine hohe Qualität bescheinigt.

Auch die SVL Speiseversorgung und -logistik GmbH wurde erneut nach ISO 9001 zertifiziert.

Vivantes ist bereits in 2014 auf das pauschalierte Abrechnungssystem für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen umgestiegen. Mit Datum 25. November 2014 wurde mit den Kassen die entsprechende Budgetvereinbarung für die Psychiatrie für 2014 abgeschlossen.

Im Juni 2014 erfolgte die Grundsteinlegung für das neue Bettenhaus im Klinikum im Friedrichshain. Der Neubau wird zukünftig 400 Betten haben. Damit wurde das derzeit größte Bauprojekt von Vivantes mit einer voraussichtlichen Laufzeit bis 2018 begonnen.

Im Berichtsjahr gab es wesentliche personelle Veränderungen in der Geschäftsführung von Vivantes:

- Herr Bernd Kahnes wurde als Geschäftsführer Finanzmanagement zum 17. März 2014 abberufen,
- Frau Dr. Andrea Grebe wurde im März 2014 zur Vorsitzenden der Geschäftsführung der Vivantes gewählt,
- Herr Dr. Christian Friese hat sein Amt als Geschäftsführer Personalmanagement zum 31. Dezember 2014 niedergelegt,
- Herr Dr. Eibo Kraemer wurde in der Aufsichtsratssitzung am 10. Dezember 2014 zum neuen Geschäftsführer Finanzmanagement berufen. Er wird die Tätigkeit zum 1. April 2015 aufnehmen.

II.3. Lage

II.3.1. Ertragslage

Die nachfolgenden Erläuterungen beziehen sich auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Umsatzerlöse im Konzern betragen im Berichtsjahr 1.027,8 Millionen Euro (im Vorjahr 940,8 Millionen Euro) und konnten somit deutlich gesteigert werden. Die Umsatzrentabilität als Verhältnis des Jahresergebnisses vor Steuern zum Umsatz beträgt unverändert zum Vorjahr 0,9 Prozent.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen in Höhe von 894,0 Millionen Euro (im Vorjahr 821,0 Millionen Euro) haben sich um 73,0 Millionen Euro (im Vorjahr 34,6 Millionen Euro) und damit um 8,9 Prozent (im Vorjahr 4,4 Prozent) erhöht.

Im Berichtsjahr wurde für Vivantes eine Nachtragsvereinbarung zur Budgetvereinbarung für das Jahr 2013 gem. § 12 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) abgeschlossen. In dieser haben die Vertragsparteien die krankenhausesindividuellen Zusatzentgelte gemäß § 6 Abs. 1 KHEntgG, das Hygieneprogramm gemäß § 4 Abs. 11 KHEntgG sowie gesonderte Erlösausgleiche für E1-DRGs vereinbart. Für 2014 wurden abschließend nur Vereinbarungen für Entgelte nach § 6 Abs. 2 KHEntgG (NUB) sowie eine Budgetvereinbarung für den Bundespflegesatzbereich abgeschlossen. Diese Vereinbarung berücksichtigt u.a. die gesetzlichen Vorschriften der Vereinbarung über die pauschalierenden Entgelte für die Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP), da Vivantes erklärt hat, ab 2014 dieses pauschalierte Entgeltsystem anzuwenden. Die Erlösausgleichsberechnungen für den Krankenhausentgeltbereich sind im Wesentlichen auf der Grundlage der für 2013 abgeschlossenen Budgetvereinbarung erfolgt.

Für das Ida-Wolff Krankenhaus besteht weiterhin nur eine vorläufige Vereinbarung für das Jahr 2013 gemäß § 12 KHEntgG für den Budgetzeitraum 1. September bis 31. Dezember 2013. Mit dieser vorläufigen Vereinbarung haben die Vertragsparteien Regelungen zu den Zahlungsbeträgen ab dem Übergangsstichtag sowie zum Übergang und zur Abrechnung von vollstationären Patienten, die sich zum Zeitpunkt des Trägerwechsel in weitergehender Behandlung befinden (Überliegerfälle zum Übergangsstichtag), getroffen. Vereinbarungen für das Berichtsjahr liegen bisher nicht vor.

Insgesamt wurden in 2014 in den Vivantes-Kliniken, der Komfortklinik und dem Ida-Wolff Krankenhaus 230.966 stationäre und teilstationäre Fälle (inkl. Fälle der Entwöhnung) behandelt (im Vorjahr 218.831). Das entspricht einer Steigerung um 12.135 Fälle (5,5 Prozent) aufgrund von Leistungserweiterungen und der guten Nachfrage. In Höhe von 18,9 Millionen Euro (im Vorjahr 17,1 Millionen Euro) sind Erlöse aus der Komfortklinik und in Höhe von 11,1 Millionen Euro (im Vorjahr 1,3 Millionen Euro) Erlöse des Ida-Wolff Krankenhauses enthalten. Die Erhöhung der Erlöse des Ida-Wolff Krankenhauses ist auf den

ganzjährigen Betrieb des Krankenhauses zurückzuführen (Übernahme zum 1. November 2013). Der Preiseffekt aus der Steigerung des Landesbasisfallwertes 2014 beträgt ca. 23 Millionen Euro.

Die Erlöse aus Pflegeleistungen im Bereich der Vivantes – Forum für Senioren GmbH in Höhe von 61,0 Millionen Euro (im Vorjahr 53,9 Millionen Euro) haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 Millionen Euro (13,2 Prozent) erhöht.

Im Berichtsjahr konnten in den unterjährig bestehenden 13 Pflegeeinrichtungen-Normalpflege (im Vorjahr 14) sowie den drei Kurzzeitpflegeeinrichtungen 642.299 Pflegetage erbracht werden (im Vorjahr 590.337 Pflegetage). Die Erhöhung ist insbesondere auf den ganzjährigen Betrieb des in 2013 von der Arbeiterwohlfahrt erworbenen Ida-Wolff-Pflegewohnheims zurückzuführen. Die Pflegeplätze haben sich zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 20 (im Vorjahr Erhöhung um 214 Plätze) auf insgesamt 1.913 Plätze, aufgrund der Schließung der Kurzzeitpflege im Klinikum Neukölln, verringert. Im Hospiz konnten Erlöse in Höhe von 1,4 Millionen Euro (im Vorjahr 1,4 Millionen Euro) erzielt werden. Es stehen unverändert zum Vorjahr 16 Pflegeplätze zur Verfügung.

Die Erlöse im Bereich der ambulanten Rehabilitation haben sich insbesondere durch die Abnahme der Behandlungstage um 0,3 Millionen Euro auf 5,3 Millionen Euro verringert (im Vorjahr 5,6 Millionen Euro). Den Erlösen liegen 48.776 Behandlungstage in den Abteilungen Orthopädie, Kardiologie, Onkologie, Neurologie und Pneumologie zu Grunde (im Vorjahr 53.340 Behandlungstage). Die Verringerung der Behandlungstage ist auf regelmäßig auftretende Belegungsschwankungen, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Behandlungsplätze nicht verändert (Vorjahr 220 Plätze).

Darüber hinaus haben sich die Umsatzerlöse in den Medizinischen Versorgungszentren gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Millionen Euro auf 13,7 Millionen Euro (im Vorjahr 12,2 Millionen Euro) erhöht. Die Steigerung konnte durch den weiteren Ausbau der operativen Geschäftstätigkeit der Vivantes – MVZ GmbH erreicht werden.

Die Bestandsveränderung an fertigen Erzeugnissen und unfertigen Leistungen (Bestandserhöhung von 2,2 Millionen Euro) resultiert im Wesentlichen aus der Abgrenzung der Überlieger-Patienten im Bereich des Krankenhausentgeltgesetzes. Die Bestandserhöhung ergibt sich insbesondere aufgrund einer gestiegenen Fallzahl, einer Erhöhung des abzurechnenden Basisfallwertes sowie durch die erhöhte Fallschwere der Überlieger-Patienten in den Vivantes-Kliniken. Für die Komfortklinik ergibt sich eine Bestandsverringerung von 0,1 Millionen Euro (im Vorjahr Erhöhung von 0,1 Millionen Euro) und für das Ida-Wolff Krankenhaus eine Verringerung von 0,04 Millionen Euro (im Vorjahr Erhöhung von 0,4 Millionen Euro).

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 71,1 Millionen Euro (im Vorjahr 70,8 Millionen Euro) umfassen im Wesentlichen Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (17,3 Millionen Euro), Erträge für Personalgestellungen (8,7 Millionen Euro), Miet- und Pachteinnahmen (6,6 Millionen Euro), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (5,8 Millionen Euro), Erträge aus Drittmitteln (4,0 Millionen Euro), Erstattungen für den Notarzdienst (2,9 Millionen Euro), Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen (2,0 Millionen Euro), Erträge aus Anlagenabgängen (1,5 Millionen Euro) sowie übrige periodenfremde Erträge (5,7 Millionen Euro). Die Erträge aus Anlagenabgängen resultieren überwiegend aus dem Verkauf von nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften. Die übrigen periodenfremden Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Millionen Euro verringert.

Der Materialaufwand in Höhe von 233,1 Millionen Euro hat sich gegenüber dem Vorjahr (213,0 Millionen Euro) um 20,1 Millionen Euro erhöht. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich um 17,2 Millionen Euro auf 186,0 Millionen Euro (im Vorjahr 168,8 Millionen Euro). Die bezogenen Leistungen haben sich um 2,9 Millionen Euro auf 47,1 Millionen Euro (im Vorjahr 44,2 Millionen Euro) erhöht.

Die Erhöhung des Materialaufwands resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Fallzahlen sowie der Ausweitung der Geschäftstätigkeit durch die Übernahme der Ida-Wolff Einrichtungen in 2013. Die Materialaufwandsquote als Verhältnis des Materialaufwands zu den Umsatzerlösen beträgt 22,7 Prozent (im Vorjahr 22,6 Prozent).

Im Konzern waren im Jahr 2014 durchschnittlich 11.279 Vollkräfte, gegenüber 11.021 Vollkräften im Vorjahr, beschäftigt (+258 Vollkräfte; +2,3 Prozent). Davon entfallen auf Vivantes 8.887 Vollkräfte gegenüber 8.633 im Vorjahr (+254 Vollkräfte; 2,9 Prozent) und 2.392 Vollkräfte auf andere Konzerngesellschaften (im Vorjahr 2.388 Vollkräfte). Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt entsprechend den Tarifvereinbarungen (z.B. TVÖD und TV-Ä, NGG und BAU) sowie außertariflich.

Der Personalaufwand beträgt 699,0 Millionen Euro (im Vorjahr 634,3 Millionen Euro) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 64,7 Millionen Euro erhöht. Die Leasingaufwendungen für Fremdpersonal haben sich gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Millionen Euro auf 21,0 Millionen Euro (im Vorjahr 17,1 Millionen Euro) aufgrund der Leistungssteigerung erhöht. Der Ausweis erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Bei Berücksichtigung von Personalaufwand und Fremdpersonalkosten ergibt sich eine leicht veränderte Personalaufwandsquote von insgesamt 70,1 Prozent (im Vorjahr 69,2 Prozent).

Es sind Abschreibungen in Höhe von 52,3 Millionen Euro (im Vorjahr 50,5 Millionen Euro) vorgenommen worden. Die Abschreibungen wurden in Höhe von 30,1 Millionen Euro (im Vorjahr 29,0 Millionen Euro) durch die Auflösung von Sonderposten neutralisiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Millionen Euro auf 137,5 Millionen Euro (im Vorjahr 135,5 Millionen Euro). Die Entwicklung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Aufwendungen für Fremdpersonal um 3,9 Millionen Euro, der Aufwendungen für Abgaben und Versicherungen um 1,8 Millionen Euro, der Miet- und Pachtaufwendungen um 1,4 Millionen Euro und des Verwaltungsbedarfs um 0,9 Millionen Euro. Dem steht im Wesentlichen ein Rückgang der Instandhaltungsaufwendungen um 5,4 Millionen Euro gegenüber. Die übrigen periodenfremden Aufwendungen haben sich um 0,2 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro (im Vorjahr 3,3 Millionen Euro) erhöht.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Millionen Euro (im Vorjahr 0,5 Millionen Euro) auf 0,7 Millionen Euro erhöht und betreffen insbesondere die Tochtergesellschaften.

Im Berichtsjahr wurde ein EBITDA als Ergebnis vor Ertragsteuern, ergebniswirksamen Abschreibungen sowie ergebniswirksamen Zinsaufwendungen und -erträgen von 32,1 Millionen Euro (im Vorjahr 31,1 Millionen Euro) erzielt und die Unternehmensplanung um 6,5 Millionen Euro überschritten.

Das Geschäftsjahr 2014 ist positiv verlaufen und schließt insgesamt mit einem Jahresüberschuss (Konzern) von 7,9 Millionen Euro (im Vorjahr 7,9 Millionen Euro) bzw. einem Jahresüberschuss (Mutterunternehmen) von 7,3 Millionen Euro (im Vorjahr 6,9 Millionen Euro) ab.

II.3.2. Finanzlage

Die Liquiditätssituation des Konzerns war im Geschäftsjahr 2014 positiv. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 30,8 Millionen Euro (im Vorjahr 30,8 Millionen Euro). Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -30,3 Millionen Euro hat sich um 10,5 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr erhöht (im Vorjahr -40,8 Millionen Euro), was insbesondere durch den Rückgang der Investitionen begründet ist. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt +22,5 Millionen Euro (im Vorjahr +14,4 Millionen Euro) und hat sich aufgrund der Kreditaufnahme im Rahmen des Konsortialkreditvertrages gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die frei verfügbaren Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten betragen 86,6 Millionen Euro (im Vorjahr 62,9 Millionen Euro) und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um 23,7 Millionen Euro erhöht. Zweckgebundene Mittel sind zum Bilanzstichtag in Höhe von 29,1 Millionen Euro vorhanden (im Vorjahr 29,9 Millionen Euro) und betreffen im We-

sentlichen öffentliche Fördermittel zur Finanzierung von Investitionen im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung.

Die Zahlungsfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Zwischen Vivantes und den Konzerngesellschaften - mit Ausnahme der Vivantes International GmbH i.L., der Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH und der Vivantes Hospiz gGmbH - bestehen konzerninterne Cash-Pooling Verträge, die die sich von den Vertragsparteien gegenseitig eingeräumten Kreditlinien regeln. Die Bestände werden auf einem zentralen Konto zusammengeführt und zu optimalen Zinskonditionen angelegt.

Durch den in 2012 abgeschlossenen Konsortialkreditvertrag stehen Vivantes 110,0 Millionen Euro für Investitionen und 15,0 Millionen Euro als Betriebsmittellinie bis 2017 bzw. 2019 zur Verfügung. Bis zum Bilanzstichtag wurden Kreditmittel in Höhe von 35 Millionen Euro für Investitionen in Anspruch genommen.

Die Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH bilanziert Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 0,4 Millionen Euro (im Vorjahr 1,2 Millionen Euro). Dabei handelt es sich um ein Darlehen im Rahmen eines Krankenhausfinanzierungsprojektes für die Errichtung eines Bettenhauses, bei dem der Schuldendienst durch das Land Berlin übernommen wird.

Des Weiteren besteht eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 3,9 Millionen Euro (im Vorjahr 4,6 Millionen Euro) bei der Vivantes – Forum für Senioren GmbH.

Durch ein europaweites Ausschreibungsverfahren wurden in 2009 zwei Finanzierungsrahmen von jeweils bis zu 10,0 Millionen Euro mit der VR medico LEASING GmbH, Berlin, für bewegliches Anlagevermögen und mit der CHG MERIDIAN Deutsche Computer Leasing AG, Groß-Gerau, für IT-Gegenstände abgeschlossen. Die Mietkauf-Rahmenverträge sind im Berichtsjahr ausgelaufen. Hinsichtlich der einzelnen abgeschlossenen Mietkaufverträge, deren Mietdauer bei Ablauf der Vertragslaufzeit noch nicht beendet ist, enden die wechselseitigen Verpflichtungen der Vertragsparteien erst mit Beendigung dieser Miet- und Kaufverträge. Die Inanspruchnahme beträgt zum Bilanzstichtag 3,0 Millionen Euro.

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtsjahr von 1.001,6 Millionen Euro in 2013 um 18,6 Millionen Euro auf 1.020,2 Millionen Euro gestiegen (1,9 Prozent). Nach Verrechnung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens mit dem Anlagevermögen ergibt sich eine Bilanzsumme von 608,9 Millionen Euro (im Vorjahr 579,3 Millionen Euro). Weitere Erläuterungen sind unter Punkt II.3.3. Vermögenslage dargestellt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 56,0 Millionen Euro im Konzern investiert (im Vorjahr 68,2 Millionen Euro), davon 19,1 Millionen Euro aus öffentlichen Fördermitteln und Zuschüssen sowie Zuwendungen Dritter (im Vorjahr 22,7 Millionen Euro).

Die Investitionsschwerpunkte entfallen im Wesentlichen mit 14,8 Millionen Euro auf das Bauvorhaben zur Standortkonzentration im Klinikum im Friedrichshain, mit 9,3 Millionen

Euro auf den Ersatzbau Psychiatrie/Geriatrie im Klinikum Hellersdorf und mit 2,1 Millionen Euro auf den Neubau der Strahlentherapie im Klinikum im Friedrichshain. Ausstattungsgegenstände wurden in Höhe von 23,4 Millionen Euro angeschafft (im Vorjahr 25,6 Millionen Euro).

Die beiden größten Investitionsvorhaben des Konzerns „Standortkonzentration im Klinikum im Friedrichshain“ mit einem Investitionsvolumen von 105,0 Millionen Euro und „Ersatzbau Psychiatrie im Klinikum Hellersdorf“ mit einem Investitionsvolumen von 29,7 Millionen Euro sind wesentlicher Bestandteil der Investitionsplanung. Insbesondere die Baumaßnahme im Friedrichshain wird über Kreditmittel finanziert.

Zum Bilanzstichtag hatten die in den Konzern einbezogenen Gesellschaften finanzielle Verpflichtungen aus Investitionsvorhaben in Höhe von 7,6 Millionen Euro (im Vorjahr 4,0 Millionen Euro), die im Wesentlichen aus Eigenmitteln finanziert werden. Maßnahmenbezogene Investitionen sind für 2015 in Höhe von 73,6 Millionen Euro und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 46,5 Millionen Euro geplant.

II.3.3. Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich nach Verrechnung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens mit dem Anlagevermögen folgendermaßen dar:

	31.12.2014		31.12.2013	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
AKTIVA				
Mittel- und langfristiges Vermögen	312,4	51,3	302,6	52,2
Kurzfristiges Vermögen	296,5	48,7	276,7	47,8
	608,9	100,0	579,3	100,0
PASSIVA				
Eigenkapital	345,9	56,8	338,4	58,4
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	50,7	8,3	29,3	5,1
Kurzfristiges Fremdkapital	212,3	34,9	211,6	36,5
	608,9	100,0	579,3	100,0

Das mittel- und langfristige Vermögen des Konzerns setzt sich aus dem freifinanzierten Anlagevermögen in Höhe von 305,4 Millionen Euro (im Vorjahr 295,3 Millionen Euro) und den mittel- und langfristigen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie dem aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 7,0 Millionen Euro (im Vorjahr 7,3 Millionen Euro) zusammen. Das mittel- und langfristige Vermögen hat sich im Wesentlichen durch die nicht-geförderten Investitionen erhöht.

Die Vorräte haben um insgesamt 3,4 Millionen Euro auf 30,7 Millionen Euro (im Vorjahr 27,3 Millionen Euro) im Wesentlichen aufgrund der Erhöhung der unfertigen Leistungen zugenommen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Millionen Euro auf 122,0 Millionen Euro (im Vorjahr 118,8 Millionen Euro) im Wesent-

lichen aufgrund der Steigerung der Umsatzerlöse sowie des höheren Landesbasisfallwertes erhöht.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 17,9 Millionen Euro (im Vorjahr 27,3 Millionen Euro) betreffen in Höhe von 11,6 Millionen Euro Forderungen nach dem KHG für Einzelfördermaßnahmen, darunter in Höhe von 11,2 Millionen Euro Fördermittel für die Maßnahme „Ersatzbau Psychiatrie im Klinikum Hellersdorf“ und in Höhe von 0,4 Millionen Euro das durch das Land Berlin geförderte Darlehen im Rahmen eines Krankenhausfinanzierungsprojektes für die Errichtung eines Bettenhauses in der Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH. In Höhe von 6,3 Millionen Euro sind Forderungen nach dem KHEntgG/BPflV aus noch nicht verrechneten Erlösausgleichen enthalten.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich um 1,6 Millionen Euro auf 0,7 Millionen Euro (im Vorjahr 2,3 Millionen Euro) im Wesentlichen aufgrund der Abnahme der Personalgestellungen verringert. Die Forderungen betreffen die Liefer- und Leistungsbeziehungen mit der Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 9,5 Millionen Euro (im Vorjahr 8,9 Millionen Euro) und haben sich somit um 0,6 Millionen Euro geringfügig gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Der Aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung hat sich um 0,1 Millionen Euro auf 5,3 Millionen Euro (im Vorjahr 5,4 Millionen Euro) verringert.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 345,9 Millionen Euro (im Vorjahr 338,4 Millionen Euro). Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere um das positive Jahresergebnis in Höhe von 7,9 Millionen Euro (im Vorjahr 7,9 Millionen Euro) erhöht.

Nach Verrechnung der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens mit dem Anlagevermögen liegt die Eigenkapitalquote aufgrund des höheren Fremdkapitalanteils bei 56,8 Prozent (im Vorjahr 58,4 Prozent).

Die Rückstellungen haben sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Millionen Euro auf 95,6 Millionen Euro (im Vorjahr 95,4 Millionen Euro) erhöht.

Die wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr betreffen die sonstigen Rückstellungen, wobei einem Anstieg der Personalrückstellungen um 6,2 Millionen Euro Rückgänge bei den Rückstellungen für Instandhaltungen um 1,9 Millionen Euro und den sonstigen anderen Rückstellungen um 3,8 Millionen Euro gegenüberstehen.

Im Berichtsjahr wurden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 38,7 Millionen Euro (im Vorjahr 15,8 Millionen Euro) passiviert. Diese betreffen in Höhe von 34,4 Millionen Euro die Inanspruchnahme des in 2012 abgeschlossenen Konsortialkredit-

vertrages, in Höhe von 3,9 Millionen Euro das Darlehen der Vivantes – Forum für Senioren GmbH und in Höhe von 0,4 Millionen Euro das Darlehen der Vivantes Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH, welches im Rahmen eines Krankenhausfinanzierungsprojektes durch das Land Berlin gefördert wird.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Millionen Euro auf 19,8 Millionen Euro (im Vorjahr 29,3 Millionen Euro) verringert.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz haben sich um 10,0 Millionen Euro auf 86,2 Millionen Euro erhöht (im Vorjahr 76,2 Millionen Euro). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Erlösausgleichsverpflichtungen nach dem KHEntgG/BPflV um 13,9 Millionen Euro.

Die Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, haben sich um 1,7 Millionen Euro auf 0,2 Millionen Euro (im Vorjahr 1,9 Millionen Euro) im Wesentlichen aufgrund der unterjährigen Preisanpassungen verringert. Die Verbindlichkeiten betreffen die Liefer- und Leistungsbeziehungen mit der Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Um den Geschäftsverlauf und die Lage und somit die Leistungsfähigkeit des Konzerns umfassend zu beurteilen, werden im Folgenden einige ausgewählte nichtfinanzielle Leistungsindikatoren beschrieben, die von wesentlicher Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Konzerns sind. Ebenfalls wird der Aspekt der Nachhaltigkeit im Rahmen von Projekten und Maßnahmen dargestellt.

- Vereinbarkeit Beruf und Familie

Vivantes unterstützt durch diverse Projekte die Mitarbeiter hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ist durch die Hertie-Stiftung zertifiziert. In 2014 erfolgte die Re-Auditierung.

Die in 2013 von Vivantes und der JuWo Kita GmbH gegründete Kita auf dem Gelände des Klinikums im Friedrichshain bietet insbesondere Mitarbeitern eine umfassende Betreuung ihrer Kinder. In der Vivantes-Zentrale besteht ein Eltern-Kind-Büro, um kurzfristige Betreuungseingpässe zu überbrücken. Neben jährlich stattfindenden Familien- und Gesundheitstagen an diversen Standorten und Informationen über die Intranetseite „vivaFamilia“ erstreckt sich die Unterstützung auch auf die Pflegefachberatung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu allen Fragen rund um häusliche Pflege.

- Aus-, Fort- und Weiterbildung

Vivantes ist auf dem Gebiet der Ausbildung in Gesundheitsfachberufen bundesweit der zweitgrößte Ausbildungsträger. Das konzerninterne Institut für berufliche Bildung im Gesundheitswesen (IbBG) als zentrale Ausbildungsstätte verfügt aktuell über 875 Ausbildungsplätze, davon 755 für pflegerische Berufe. Hierzu zählt auch die zweijährige Ausbildung Sozialassistent/in mit Schwerpunkt Pflege, die seit dem Jahr 2011 angeboten wird und nach wie vor die einzige staatlich anerkannte pflegerische Assistenzausbildung im Land Berlin ist und jungen Menschen ohne mittleren Schulabschluss den Einstieg in eine pflegerische Berufskarriere eröffnet. Um dem Fachkräftemangel insbesondere im Bereich Altenpflege entgegenzuwirken, beteiligt sich Vivantes an einem Qualifizierungsprojekt des Bundeswirtschaftsministeriums. Im September 2015 werden 18 vietnamesische Pflegekräfte die Abschlussprüfungen in der Ausbildung zur Altenpflegefachkraft ablegen. Getragen wird dieses Projekt vom Institut in enger Zusammenarbeit mit dem Forum für Senioren. Im Oktober 2015 startet der zweite Projektabschnitt, in dem dann zwei Klassen mit zusammen bis zu 50 Teilnehmerinnen die Ausbildung aufnehmen werden.

Damit hat Vivantes noch einmal sein Ausbildungsengagement verstärkt, um dem Unternehmen und dem Berliner Markt dringend benötigte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Vivantes hat auch im Jahr 2014 einen Großteil der 204 erfolgreichen Absolventen übernehmen können. Auch im Frühjahr 2015 wird Vivantes geeigneten Absolventen eine Übernahme anbieten können.

Der in enger Kooperation mit dem IbBG entwickelte Studiengang „Gesundheitspädagogik B.A.“ ist an der Akkon-Hochschule zum Wintersemester 2014 erfolgreich gestartet. Er wird dazu beitragen, den künftig für die Ausbildung dringend benötigten Lehrernachwuchs zur Verfügung zu stellen.

Der Vivantes-Konzern investiert in die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und hält ein umfangreiches Fortbildungsangebot im eigenen Institut für Fort- und Weiterbildung (IFW) vor.

In Kooperation mit der Hochschule Neubrandenburg ist im April 2014 zum zweiten Mal ein gemeinsamer berufsbegleitender MBA-Studiengang „Management im Gesundheitswesen – Krankenhausmanagement“ gestartet.

Mit Gründung der „Zukunftsakademie Gropiusstadt“ leistet Vivantes als eines der beteiligten Unternehmen Nachwuchsarbeit u.a. mit dem Ziel, Schule und Wirtschaft zu verzahnen.

Auch in 2014 nahm Vivantes am zweiten Durchgang des Cross-Mentoring-Programms unter dem Dach des „Kommunalen Arbeitgeberverbandes Berlin“ teil. Unternehmensübergreifend sollen erfahrene Fach-, Führungs- und Nachwuchskräfte regelmäßig Eindrücke austauschen und Kompetenzen ausbauen.

Im Berichtsjahr konnte die Weiterbildung zum Sprachbegleiter oder Sprachmentor bei Vivantes in Kooperation mit der Akademie der Steinbeis Hochschule Standort Marburg abgeschlossen werden. Mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – insbesondere aus dem Pflegebereich – wurden im reflektierten, wertschätzenden und deeskalierenden Umgang mit Sprache ausgebildet.

Des Weiteren bietet Vivantes die Nutzung des multimedialen Online-Fortbildungsportals für Pflegende und Funktionsdienste CNE („Certified Nursing Education“) an.

Unter dem Dach der Vivantes Akademie werden alle Aktivitäten aus dem umfassenden Komplex „Bildung“ zusammengefasst, wie z.B. Austausch und Auseinandersetzung mit dem Thema Gesundheit für Patienten, niedergelassenen Ärzten sowie Mitarbeitern in Form von Informationen, Fachsymposien, Kongressen, Fort- und Weiterbildung.

- Patientensicherheit/ Patientenzufriedenheit

Die Sicherstellung einer hervorragenden Behandlungsqualität ist oberstes Ziel der medizinischen Einrichtungen des Vivantes-Konzerns. Gleichzeitig sollen die Patienten umfassend informiert und betreut werden.

Um Abläufe, Prozesse und Strukturen ständig zu verbessern sind im Konzern neben dem Ressort für Medizin- und Qualitätsmanagement an den einzelnen Standorten Qualitätsbeauftragte, Medical Boards, Pflegexpertengruppen u.a. etabliert.

Im Rahmen von Qualitätsberichterstattungen, internen Audits, Patientenbefragungen sowie Risikobewertungen und Kennzahlensystemen usw. werden regelmäßig die Prozesse überprüft und zeitnah auf Probleme reagiert.

Auch in 2014 erfolgte an drei Vivantes-Standorten von der „DEKRA“ eine Überprüfung und Zertifizierung im Hinblick auf Patientensicherheit. Die sogenannte „Matrix-Zertifizierung Patientensicherheit“ sieht eine jährliche Überprüfung exemplarischer Standorte vor.

Für Patienten von Vivantes und deren Besucher gibt es ein Patientenmagazin „gesund! Leben in Berlin“, welches Wissenswertes zum Standort sowie Gesundheitstipps enthält.

Regelmäßig werden „Thementage“ zu bestimmten Krankheiten etc. als Infoveranstaltungen für Patienten, Besucher und Interessierte angeboten.

- Energiemanagement

Seit Jahren ist an allen Standorten von Vivantes ein Energiemanagement etabliert. Hier werden Energieverbrauch und Energiekosten erfasst und ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden Planungen und Unternehmensentscheidungen auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit getroffen.

Wie in den vergangenen Jahren bezog die Vivantes zu 100 Prozent zertifizierten grünen Strom aus erneuerbaren Energien. Das bezogene Erdgas enthielt einen Anteil von 8,5 Prozent Biogas.

Energiemanagement ist aber nicht nur die Erfassung und Auswertung von Daten, sondern auch der fachübergreifende Abgleich mit der vor Ort vorhandenen Technik. Hierbei gilt es Diskrepanzen und Optimierungspotentiale aufzudecken. Als Ergebnis wurde im Klinikum Spandau der Betrieb der Blockheizkraftwerke durch den Einbau von Pufferspeichern und einer Absorptionskälteanlage optimiert und die Laufzeit der Module erheblich verlängert.

In diesem Jahr wurde dem Vivantes Klinikum Neukölln für das nachweisliche Engagement die Auszeichnung „Energiesparendes Krankenhaus“ des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) verlängert. Durch verschiedene Maßnahmen konnte seit der Erstverleihung eine weitere Reduktion des Energieverbrauches erzielt und damit eine Senkung der CO₂ – Emission um 19 Prozent erreicht und nachgewiesen werden.

Zusammenfassend wird die Geschäftsentwicklung innerhalb des Konzerns und insbesondere von Vivantes als positiv beurteilt. Das laut Unternehmensplanung für 2014 geplante Jahresergebnis für den Konzern konnte um 2,9 Millionen Euro überschritten werden; der Planwert für Vivantes um 3,4 Millionen Euro. Die Konzernumsätze konnten weiter erhöht und das geplante EBITDA verbessert werden.

III. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge, die für eine Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

IV. Zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

IV.1. Chancen

Für 2014 wurde die Erlösausgleichsberechnung von Vivantes im Bereich des Krankenhausentgeltgesetzes im Wesentlichen auf der Grundlage der für 2013 abgeschlossenen Budgetvereinbarung und des letzten Verhandlungsstandes mit den Krankenkassen vorgenommen, da noch keine Budgetvereinbarung für 2014 abgeschlossen wurde (außer für Entgelte nach § 6 Abs. 2 KHEntgG (NUB)). Auch für die Ida-Wolff-Krankenhaus GmbH liegt für 2014 keine Budgetvereinbarung vor. Für 2013 besteht weiterhin nur eine vorläufige Vereinbarung. Es besteht somit die Chance, höhere Erlösbudgets endgültig zu vereinbaren.

Mit der „Gemeinsamen Erklärung zur Zukunftssicherung von Vivantes“ vom September 2011, unterschrieben vom Land Berlin, der Gewerkschaft ver.di, der Geschäftsführung und dem Betriebsrat von Vivantes, wird Vivantes zukünftig dahingehend unterstützt, weiterhin wettbewerbsfähig zu sein, einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsfürsorge im Land Berlin zu leisten und sichere Arbeitsplätze zu gewährleisten. Neben der Verpflichtung des Landes Berlin, bis Ende 2020 Gesellschafter von Vivantes zu bleiben und keine Gesellschafteranteile zu veräußern, der Unterstützung bei der Aufnahme von Kreditmitteln zur Umsetzung der erforderlichen Investitionen und dem Verzicht, bis 2020 jährliche Ausschüttungen an das Land abzuführen, sind durch Vivantes u.a. strukturelle Anpassungen und Einsparungen von Personalkosten zu realisieren.

Durch die Tatsache, dass Vivantes als größter kommunaler Krankenhauskonzern Deutschlands innerhalb des Vivantes-Netzwerks eine große Vielfalt qualitativ hochwertiger medizinischer und pflegerischer Leistungen und Spezialisierungen anbietet und auf dem Berliner Gesundheitsmarkt einen Anteil von ca. 30 Prozent abdeckt, bestehen auch weiterhin große Chancen für ein stetiges Wachstum und einen weiteren Ausbau der Geschäftstätigkeit.

Durch den Abschluss eines Konsortialkreditvertrages ist es dem Vivantes-Konzern möglich, einen Teil der erforderlichen Investitionen vordergründig im Krankenhausbereich umzusetzen, um Kapazitäten zu erweitern und Struktur- und Prozessoptimierungen zu realisieren. Daneben sind jedoch zusätzliche Fördermittel des Landes Berlin im Rahmen der dualen Finanzierung zwingend erforderlich. Mit der geplanten Bereitstellung der im Rahmen des „Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt“ vorgesehenen Mittel für diverse Projekte der Vivantes-Standorte könnte ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur bei Vivantes erzielt werden.

IV.2. Risiken

Zum 1. Januar 2014 lief der Verzicht der Beschäftigten, die dem TVöD unterliegen, auf Teile der Jahressonderzahlung aus. Gleichzeitig wurde für die ca. 70 Prozent der Beschäftigten des Konzerns, die dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) unterliegen, in den Tarifverhandlungen im April 2014 ein Abschluss erzielt, mit dem Ergebnis einer Erhöhung der Gehälter ab 1. März 2014. Im Juni 2014 wurde eine Tarifeinigung mit dem Marburger Bund mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2015 für die Ärztinnen und Ärzte erzielt, nach der u.a. die Gehälter sowie Bereitschaftsdienstentgelte rückwirkend ab 1. Januar 2014 sowie im Folgejahr erhöht werden. Die tarifbedingten Steigerungen im Personalaufwand werden Vivantes auch zukünftig erheblich belasten.

Der erforderliche Investitionsbedarf im Akut- und Pflegebereich kann nicht durch die derzeit verfügbaren Mittel gedeckt werden. Eine wesentliche Verbesserung ist nur durch weitere zusätzliche Mittel möglich.

Bereits im Geschäftsjahr 2011 hat die Geschäftsführung aufgrund von Ereignissen bei anderen Krankenhausträgern eine Prüfung der Prozesse der Abrechnung ambulanter ärztlicher Leistungen und eine Prüfung des Abrechnungsprozesses der an den Krankenhäusern angeschlossenen Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch die Interne Revision und zwei externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vornehmen lassen. Die Ergebnisse wurden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Staatsanwaltschaft zur Prüfung weitergeleitet. Für mögliche Rückzahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen gebildet. Aktuell liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

Das Risikomanagement des Konzerns ist umfassend für alle wesentlichen Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften aufgestellt. Es gliedert sich im Wesentlichen in die drei Hauptbereiche Service- und Verwaltungsbereiche, Klinika der Regionen und Tochtergesellschaften.

Im Berichtsjahr wurde erneut eine Risikoinventur in allen Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften durchgeführt. Im Rahmen eines Risikoberichtes werden die Risikosituation des Vivantes-Konzerns und der erforderliche Handlungsbedarf zur Risikobewältigung zusammenfassend dargestellt. Es erfolgt eine kontinuierliche Überwachung aller wesentlichen Risiken. Dabei wird auf die „Top-Risiken“, d. h. Risiken, deren momentane Ausprägung anhand der Messung über Kennzahlen von besonderer Bedeutung ist, ein wesentlicher Schwerpunkt gelegt. Die im Rahmen der Risikoberichterstattung vorgeschlagenen Maßnahmen werden in einem Katalog der Risikobewältigungsmaßnahmen zusammengefasst. Die Maßnahmen werden hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit überprüft bzw. im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit sowie im Rahmen von Projekten umgesetzt.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 17 wesentliche Risiken für den Konzern identifiziert worden. Die Definition der wesentlichen Risiken wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Zu den bedeutendsten Risiken (Top-Risiken) zählen die steigenden Personalkosten durch Tarifeffekte und Produktivitätsverlust, der Investitions- und Instandhaltungsstau und die Erlösverluste durch unzureichende Dokumentation der klinischen Leistungen.

Die 17 wesentlichen Risiken des Konzerns sind den folgenden Risikobereichen zugeordnet:

- Umfeldrisiken (5 Risiken)
- Strategische Risiken (1 Risiko)
- Finanzielle Risiken (4 Risiken)
- Betriebsquerschnittsrisiken (5 Risiken)
- Risiken im operativen Bereich Medizin/Pflege/Betreuung (1 Risiko)
- Risiken (Sonstige) in den Tochtergesellschaften (1 Risiko)

Krankenhäuser weisen Personalkostenquoten zwischen 50 und 70 Prozent aus. Daraus ergibt sich eine beträchtliche Abhängigkeit von der tariflichen Entwicklung. Darüber hinaus gewinnt die Rekrutierung von qualifiziertem Personal im erforderlichen Umfang immer mehr an Bedeutung. Durch den Auf- und Ausbau umfassender Rekrutierungs- und Qualifizierungskonzepte insbesondere im ärztlichen Bereich und in der Pflege werden gute Möglichkeiten gesehen, auch dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Die Vivantes Liegenschaften stehen trotz einer Reihe von Umbauten, Neubauten und Instandhaltungsmaßnahmen in den letzten Jahren vor umfangreichen baulichen und technischen Investitionsmaßnahmen. Aufgrund des geringen Mitteleinsatzes in den letzten Jahren hat sich ein erheblicher Instandhaltungsrückstand aufgebaut. Für den Abbau des Instandhaltungsrückstands sind umfangreiche Investitionen notwendig, die nur über öffentliche Fördermittel finanziert werden können.

Insbesondere durch eine Verbesserung der Dokumentation der klinischen Leistungen können fallbezogene Reklamationen der Kostenträger reduziert werden. Entsprechende Maßnahmen befinden sich an allen Klinikstandorten in der Umsetzung.

Ein umfassendes monatliches Berichtswesen über die Finanzkennzahlen weist zeitnah auf mögliche finanzwirtschaftliche Risiken hin.

Für den Konzern liegt ein Qualitätsmanagement-Handbuch vor, welches einen umfassenden Überblick über das Qualitäts- und Risikomanagement bei Vivantes gibt.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden Risiken im klinischen Bereich permanent überwacht. Zur Steigerung der Patientensicherheit wurde ab 2009 an allen Vivantes-Kliniken mit „CIRS“ (Critical Incident Reporting System) ein Meldesystem von Beinahe-

Fehlern eingeführt. Vivantes ist Gründungsmitglied des Projekts „CIRS-Berlin“ der Berliner Ärztekammer, das einen Erfahrungsaustausch und gegenseitiges Lernen ermöglichen soll.

Die seit 2012 bestehende Stelle eines Compliance-Beauftragten wird ab 2015 übergangsweise durch einen externen Berater übernommen.

Im Vorjahr wurde ein Compliance-Komitee eingerichtet. Diesem Komitee gehören folgende Mitglieder an:

- Compliance Beauftragter,
- Leiter Recht,
- Leiter Interne Revision,
- Leiter Personalwirtschaft,
- Leiter Controlling/Risikomanagement und
- Betrieblicher Datenschutz-Beauftragter.

Der Vorsitzende des Compliance Komitees ist der von der Geschäftsführung ernannte Compliance-Beauftragte bzw. im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter, der aus dem Kreis der Mitglieder des Compliance Komitees gewählt wird. Die Tätigkeit des Compliance Komitees besteht darin, Präventionsmaßnahmen zur Gewährleistung von Regelkonformität – auch im Hinblick auf den Berliner Corporate Governance Kodex – zu erarbeiten, mit dem Einverständnis der Geschäftsführung umzusetzen und zu überprüfen.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontrollsystem umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Einhaltung maßgeblicher rechtlicher Vorschriften.

Die wesentlichen Merkmale des im Vivantes-Konzern bestehenden Kontroll- und Risikomanagementsystems, in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess, können wie folgt beschrieben werden:

Es gibt eine klare Aufbau- und Ablauforganisation mit eindeutigen Verantwortlichkeiten.

Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche des Rechnungswesens und Controllings sind klar getrennt.

Es wird im Konzern im Wesentlichen Standardsoftware (SAP R/3 4.7 und SAP ECC 6.0) eingesetzt. Die Systeme sind durch entsprechende Einrichtungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt.

Ein adäquates Richtlinienwesen ist eingerichtet und wird laufend aktualisiert.

Buchhaltungsdaten werden laufend auf Vollständigkeit und Richtigkeit – auch auf Basis von Stichproben – überprüft. Es finden Plausibilitätsprüfungen durch die eingesetzte Software statt.

Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet.

Durch die im Rechnungslegungsprozess installierten Kontrollen sowie die Kontrollen auf Unternehmensebene werden der Ablauf der rechnungslegungsbezogenen Prozesse überwacht und mögliche Risiken zeitnah identifiziert. Das rechnungslegungsbezogene, interne Kontrollsystem stellt damit sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie in die Rechnungslegung übernommen werden. Eine geeignete personelle Ausstattung, die Verwendung einer adäquaten Software sowie klare, gesetzliche und unternehmensinterne Vorgaben bilden die Grundlage für einen ordnungsmäßigen, einheitlichen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess.

Die Gesellschaft hat keine Termingeschäfte, Optionen oder andere Derivate eingesetzt.

Das konzerneinheitliche Liquiditätsmanagement wird auf der Basis eines konzerninternen Cash-Poolings durchgeführt. Mahnungen werden zeitnah erstellt und fällige Forderungen ständig überwacht. Nicht werthaltige bzw. zweifelhafte Forderungen werden ausgebucht oder einer angemessenen Wertberichtigung unterzogen.

Die aufgezeigten Risiken und Chancen beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung des Vivantes-Konzerns. Aufgrund der Vielzahl der im Vivantes-Konzern etablierten Maßnahmen zur Überwachung der Unternehmensrisiken ist ein rechtzeitiges Gegensteuern und somit eine Vermeidung bzw. Verminderung der Ausprägung möglicher Risiken gegeben.

Der Konzern konnte im Berichtsjahr trotz der angespannten Rahmenbedingungen seine Leistungen weiter ausbauen und die Umsatzerlöse deutlich steigern. Zusammenfassend wird die wirtschaftliche Lage des Konzerns als positiv beurteilt.

IV.3. Prognosebericht

Mit der Strategie „Vivantes 2020“ sowie der gemeinsamen Erklärung von Aufsichtsrat und Geschäftsführung „Vivantes gemeinsam in die Zukunft führen“ wurde die zukünftige Ausrichtung des Konzerns - insbesondere die Entwicklung in den Leistungsbereichen Medizin und Pflege, die Personal- und Tarifentwicklung sowie die erforderlichen baulichen Investitionen - festgelegt.

Um den wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns langfristig zu sichern, sind Investitionen und Weiterentwicklungen in allen Unternehmensbereichen geplant. Durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel aufgrund des in 2012 abgeschlossenen Kreditvertrages ist es dem Vivantes-Konzern nur möglich, einen Teil der notwendigen Investitionen zu realisieren, um somit

zum einen die Kapazitäten zu erweitern sowie eine bestmögliche medizinische Betreuung zu gewährleisten. Von wesentlicher Bedeutung ist die zukünftig verstärkte Finanzierung durch Mittel der öffentlichen Hand. Mit der Umsetzung der im Rahmen des „Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ in 2015 vorgesehenen Vorschläge zur Investitionsfinanzierung könnte Vivantes notwendige Investitionsprojekte realisieren.

Die beiden Bauvorhaben des Konzerns „Standortkonzentration im Klinikum im Friedrichshain“ und „Ersatzbau Psychiatrie im Klinikum Hellersdorf“ sind wesentliche Bestandteile der Investitionsplanung. Die Maßnahme im Klinikum im Friedrichshain betrifft den Neubau eines Bettenhauses; die Grundsteinlegung erfolgte 2014. Die Finanzierung der Maßnahme läuft unter Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Kreditmittel. Der Psychiatrie-Neubau im Klinikum Hellersdorf wird mit Unterstützung durch Investitionsmittel des Landes durchgeführt. Der neue Gebäudekomplex der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik soll bis Ende 2015 am Standort Klinikum Hellersdorf fertiggestellt sein.

Zwischen der Vivantes – Forum für Senioren GmbH und dem Bezirk Tempelhof laufen Verhandlungen über die Realisierung eines Ersatzbaus für das Louise-Schroeder-Haus, der zu einer Aufstockung der Bettenkapazität um mindestens 40 Einheiten führen soll. Das Investitionsvolumen steht noch nicht fest.

Darüber hinaus wird die Entwicklung eines neuen Standortes in Berlin Marzahn-Hellersdorf mit ungefähr 130 Pflegeplätzen in verschiedenen Finanzierungsvarianten geprüft.

Die von der Vivantes Rehabilitation GmbH beschlossene Auslagerung der Speisenversorgung wird bis Ende März 2015 abgeschlossen sein. Damit werden dringend benötigte zusätzliche Therapieflächen für die Patientenversorgung gewonnen und gleichzeitig die Speisenversorgung als auch das Speisenangebot attraktiver gestaltet.

Die Vivantes Ambulante Krankenpflege GmbH plant für Mitte des Jahres 2015 die Eröffnung eines weiteren Standortes in Berlin Marzahn-Hellersdorf.

Zwischen Vivantes und der Charité ist eine Kooperation im Bereich Strahlentherapie am Standort Klinikum im Friedrichshain geplant. Hierzu soll eine gemeinsame Gesellschaft – Medizinisches Versorgungszentrum – gegründet werden.

Die Verträge zwischen Vivantes, Vivantes personal und dem Minderheitsgesellschafter jobs in time medical GmbH laufen zum 31. März 2015 aus. Vivantes wird danach keine eigene Zeitarbeitsfirma betreiben. Das dann benötigte Leasingpersonal soll ausschließlich von externen Firmen beschafft werden. Die Gesellschaft wird das operative Geschäft zum 1. April 2015 einstellen. Die Geschäftsanteile von Vivantes werden an die jobs in time medical GmbH verkauft.

In der mittelfristigen Unternehmensplanung des Konzerns sind wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Erlössituation enthalten. Diese betreffen im Wesentlichen die Leistungssteigerung im Kerngeschäft und Pflegebereich sowie den Ausbau der Komfortklinik.

Der von der Geschäftsführung aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 sieht ein Konzernergebnis nach Steuern in Höhe von 6,0 Millionen Euro und in Höhe von 5,3 Millionen Euro für Vivantes vor. Bei den Umsatzerlösen wird auf Basis der geplanten Wachstumsstrategie eine weitere deutliche Steigerung erwartet. Es werden im Konzern 233.744 stationäre und teilstationäre Fälle geplant. Der Personalaufwand einschließlich des Aufwands für Leasingpersonal wird auf der Basis der geltenden sowie der ergänzenden tarifvertraglichen Regelungen und dem zur Leistungssteigerung erforderlichen Personalaufbau unterproportional im Verhältnis zu den Umsatzerlösen ansteigen. Die Personalaufwandsquote wird sich in 2015 geringfügig verringern. Maßnahmenbezogene Investitionen sind für 2015 in Höhe von 73,6 Millionen Euro und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 46,5 Millionen Euro geplant. Durch den wahrscheinlichen Abfluss der Erlösausgleiche sowie der Investitions- und Instandhaltungserfordernisse wird sich die freiverfügbare Liquidität in 2015 leicht verringern.

Für die Jahre 2016 bis 2019 wird nach derzeitigem Erkenntnisstand jeweils von positiven Jahresergebnissen nach Steuern ausgegangen.

Die tatsächlichen Ergebnisse können durch veränderte Rahmenbedingungen, die Auswirkungen des Krankenhausfinanzierungsreformgesetzes sowie Verzögerungen bei der Umsetzung der vorgesehenen Restrukturierungsmaßnahmen wesentlich von den Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen.

Die Geschäftsführung geht ungeachtet der sich weiter verschärfenden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen davon aus, dass durch die erfolgreiche Weiterführung der Entwicklung der einzelnen Krankenhausstandorte die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauskonzerns auf Dauer gesichert und eine hohe medizinische Versorgungsqualität gewährleistet werden kann.

Berlin, 12. März 2015

Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH

Die Geschäftsführung

Dr. Andrea Grebe
Vorsitzende

Entsprechenserklärung des Aufsichtsrats und der Geschäftsführung zum Berliner Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
I. Zusammenwirken von Geschäftsführung und Aufsichtsrat		
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsführung • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsführung • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten 	Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsführung offen gelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats 	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichtserstattung darüber durch die Geschäftsführung • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat 	<p>Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt. Die Geschäftsführung hat regelmäßig über den Umsetzungsstand berichtet.</p> <p>Die Geschäftsführung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung liegen Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung vor.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Beifügung von Dokumenten mindestens drei Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen 	<p>Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Die schriftlichen Unterlagen lagen nicht in jedem Fall mindestens drei Wochen vor den Sitzungsterminen den Gremienmitgliedern vor.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen wurden plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Maßnahmen zur erforderlichen Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrats • D&O-Versicherung für Geschäftsführung und Aufsichtsrat 	<p>Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen. Sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers bzw. Aufsichtsrats gewahrt. Es besteht allerdings ein Anfangsverdacht gegen ehemalige Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft sowie gegen einen ehemaligen Geschäftsführer der Gesellschaft auf Verwirklichung von Vermögensdelikten zu Lasten der Tochtergesellschaft bzw. der Gesellschaft. Zur Klärung dieses Verdachts hat die Geschäftsführung Strafanzeige erstattet und im Berichtsjahr die zur Anzeige gebrachten sowie damit im Zusammenhang stehende Sachverhalte im Rahmen einer internen Untersuchung unter anderem auf mögliche Schadensersatzansprüche der Tochtergesellschaft und der Gesellschaft geprüft. Des Weiteren wurde gegen einen ehemaligen Geschäftsführer ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (Strafanzeige gestellt), wegen des Tatverdachts, sich durch mehrere Tathandlungen im Jahr</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>2014 der fortgesetzten und gewerbsmäßigen Bestechlichkeit im besonders schweren Fall sowie wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen strafbar gemacht zu haben.</p> <p>D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat abgeschlossen worden. In 2011 erfolgte eine Erhöhung der Versicherungssumme um 10 Mio. Euro auf 30 Mio. Euro je Schadensfall im D&O Bereich durch Abschluss einer Anschlussdeckung. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2015 mit der Option einer automatischen Verlängerung.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
II. Geschäftsführung		
II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen 	<p>Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet. Für das Unternehmen nachteilige Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Es besteht allerdings ein Anfangsverdacht gegen ehemalige Geschäftsführer einer Tochtergesellschaft sowie gegen einen ehemaligen Geschäftsführer der Gesellschaft auf Verwirklichung von Vermögensdelikten zu Lasten der Tochtergesellschaft bzw. der Gesellschaft. Zur Klärung dieses Verdachts hat die Geschäftsführung Strafanzeige erstattet und im Berichtsjahr die zur Anzeige gebrachten sowie damit im Zusammenhang stehende Sachverhalte im Rahmen einer internen Untersuchung unter anderem auf mögliche Schadensersatzansprüche der Tochtergesellschaft und der Gesellschaft geprüft. Des Weiteren wurde gegen einen ehemaligen Geschäftsführer ein Ermittlungsverfahren eingeleitet (Strafanzeige gestellt), wegen des Tatverdachts, sich durch mehrere Tathandlungen im Jahr 2014 der fortgesetzten und gewerbsmäßigen Bestechlichkeit im besonders schweren Fall sowie wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen strafbar gemacht zu haben.</p> <p>Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügt über ein Compliance-System und Controlling, das alle wesentlichen</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>Unternehmensbereiche umfasst. Es erfolgt eine zentrale Berichterstattung in Form von Monats- und Quartalsberichten. Die Geschäftsführung ist dabei, das Controlling weiter zu optimieren.</p> <p>Im Rahmen des Risikomanagements wurde im Geschäftsjahr 2014 eine Risikoinventur in allen wesentlichen Unternehmensbereichen und Tochtergesellschaften durchgeführt. Dabei wurden wesentliche Risiken in den einzelnen Bereichen identifiziert, aktualisiert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe bewertet. Ein Risikohandbuch liegt im Unternehmen vor und ist im Intranet allen Mitarbeitern zugänglich.</p> <p>Ein umfassendes monatliches Berichtswesen über die Finanzkennzahlen weist zeitnah auf mögliche wirtschaftliche Risiken hin. Im Rahmen des Qualitätsmanagements werden Risiken im klinischen Bereich permanent überwacht.</p>
II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<p>Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in der Geschäftsordnung der Geschäftsführung geregelt. Die Geschäftsordnung der Geschäftsführung liegt in der Fassung vom 20. September 2010 vor.</p> <p>Eine Beschlussmehrheit ist in der Geschäftsordnung festgelegt. Gemäß der Geschäftsordnung der Geschäftsführung sollen grundsätzlich alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden. Ist eine Einmütigkeit nicht zu erzielen, so wird mit der Mehrheit der anwesenden Geschäftsführer/innen entschieden. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der/des</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>Vorsitzenden den Ausschlag.</p> <p>Seit dem Ausscheiden des Geschäftsführers des Bereichs Finanzen im März 2014 besteht die Geschäftsführung nur noch aus zwei Geschäftsführern.</p>
<p>II.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsführung • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsführung • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap 	<p>Die Vergütung der Geschäftsführung erfolgte auf Basis der bestehenden Verträge.</p> <p>Für alle Geschäftsführer liegen für 2014 Zielvereinbarungen vor.</p> <p>Die Vergütung hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt. Bei der Festlegung der Vergütung werden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen entscheidet der Personal- und Organisationsausschuss des Aufsichtsrats. Sie unterlagen einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung wurde im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert und unterteilt nach Fixum und variablen Bestandteilen ausgewiesen.</p> <p>In den Arbeitsverträgen der Geschäftsführer ist eine Regelung zur Begrenzung der Abfindungszahlung (Abfindungs-Cap) enthalten.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
III. Aufsichtsrat		
III.1	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsführung; ggf. weitere Zustimmungsbindingen • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und den Geschäftsordnungen für Geschäftsführung und Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Die zustimmungspflichtigen Geschäfte sind eindeutig festgelegt. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.</p> <p>Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat liegt in der Fassung vom 11. September 2008 vor.</p>
III.2	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsführung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis 	<p>Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. In 2012 erfolgten zwei Erstbestellungen über einen Zeitraum von jeweils drei Jahren. In 2013 wurde eine Erstbestellung für den Zeitraum von drei Jahren vorgenommen. Anfang des Jahres 2014 wurde einem Geschäftsführer aufgrund der unter I.5. genannten Gründe gekündigt. Des Weiteren wurde im Berichtsjahr mit einem Geschäftsführer ein Aufhebungsvertrag mit Wirkung zum 4. September 2015 geschlossen.</p> <p>Im März 2014 wurde die Geschäftsführerin Klinikmanagement und bis dahin kommissarische Vorsitzende der Ge-</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>schäftsführung zur Vorsitzenden der Geschäftsführung bestellt.</p> <p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden dem Personal- und Organisationsausschuss des Aufsichtsrats zur Beratung und Entscheidung übertragen.</p>
III.3	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsführung/ Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsführung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden. Es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung, Compliance und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsführung hat den Aufsichtsratsvorsitzenden soweit erforderlich über besondere Ereignisse unterrichtet.</p> <p>Der Aufsichtsrat wurde über wichtige Ereignisse unterrichtet. Es hat unterjährig zusätzlich eine Sondersitzung stattgefunden.</p>
III.4	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen 	<p>Der Aufsichtsrat hat einen Personal- und Organisationsausschuss, einen Wirtschafts- und Prüfungsausschuss und einen Vermittlungsausschuss.</p> <p>Der Vorsitzende/ die Vorsitzende des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses war kein ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung und ist auch nicht Vorsitzender/Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist Vorsitzender des Personalausschusses.</p> <p>Der Wirtschafts- und Prüfungsausschuss hat keine Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>Vorsitzenden der Ausschüsse über Inhalt und Ergebnis der Ausschussberatungen unterrichtet.</p> <p>Im Februar 2014 wurde der Vorsitzende des Wirtschafts- und Prüfungsausschusses als Aufsichtsratsmitglied abberufen und an dessen Stelle ein neues Mitglied in den Aufsichtsrat bestellt. Der Vorsitz im Wirtschafts- und Prüfungsausschuss wurde im Mai 2014 neu besetzt. Im Berichtsjahr fand eine Neubesetzung des Vermittlungsausschusses statt.</p>
III. 5	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen* • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats <p>* <i>außerhalb des Bereichs landeseigener Unternehmen und Einrichtungen</i></p>	<p>Ein ehemaliges Aufsichtsratsmitglied bekleidete zehn Aufsichtsratsmandate, davon vier in der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Dieses ehemalige Mitglied ist zugleich Geschäftsführer eines Unternehmens.</p> <p>Ein weiteres Aufsichtsratsmitglied hat sieben Aufsichtsratsmandate inne, davon vier in der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Zu den Mandaten zählen drei Mandate bei Anstalten des öffentlichen Rechts und ein Mandat bei einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.“</p> <p>Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern außerhalb des Bereichs landeseigener Unternehmen und Einrichtungen ausgeübt.</p> <p>Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wird im Anhang zum Jahresabschluss und im Beteiligungsbericht veröffentlicht. Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Gesellschafterbeschlusses eine Anpassung der Vergütung der Auf-</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
		<p>sichtsrats- und Wirtschafts- und Prüfungsausschussmitglieder vorgenommen. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.</p> <p>Mindestens zwei Aufsichtsratsmitglieder verfügten über vertiefte Kenntnisse im Bereich Finanz- und Rechnungswesen.</p>
III.6	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Nur ausnahmsweise wurden die beabsichtigten jährlichen Zielvereinbarungen nicht dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt. Gründe hierfür waren die Verzögerungen beim Abschluss der Zielvereinbarungen bedingt durch die abrupte personelle Veränderung in der Geschäftsführung sowie die Beratungen der eigens für die Zielvereinbarung gegründeten Projektgruppe.</p>
III. 7 und 8	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Dazu ist auf der Basis eines Fragekatalogs eine zielgerichtete Befragung der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgt. Die im Rahmen der Befragung gegebenen Hinweise werden in der künftigen Arbeit des Aufsichtsrats berücksichtigt. Dieses Verfahren wird jährlich angewendet. Es waren keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
IV. Interessenkonflikte		
IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsführung • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsführung 	<p>Die Mitglieder der Geschäftsführung haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder Vorteilsgewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden. Allerdings wurde gegen einen ehemaligen Geschäftsführer aufgrund des dringenden Tatverdachtes, sich durch mehrere Tathandlungen im Jahr 2014 der fortgesetzten und gewerbsmäßigen Bestechlichkeit im besonders schweren Fall sowie wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen strafbar gemacht zu haben, Strafanzeige erstattet.</p>
IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses • Persönliche Interessen 	<p>Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Es wird auf die Ausführungen unter Punkt IV.1 verwiesen.</p>
IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsführung oder des Aufsichtsrats 	<p>Es wurden keine Interessenkonflikte offengelegt.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsführung • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitglie- 	<p>Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen haben nicht stattgefunden. Der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmerege-</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
	dern des Aufsichtsrats	<p>lung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>
IV.6	<ul style="list-style-type: none"> Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsführung 	<p>Ein Geschäftsführer ist als Vorstandsmitglied im kommunalen Arbeitgeberverband sowie im Interessenverband kommunaler Krankenhäuser tätig. Das Vorstandsamt im Interessenverband kommunaler Krankenhäuser ist im März 2014 niederlegt worden. Ein weiteres Mitglied der Geschäftsführung ist im Auftrag von Vivantes in diversen Gremien – insbesondere des Gesundheitsbereichs – tätig.</p> <p>Die Zustimmungen des Aufsichtsrats liegen vor.</p>
IV.7	<ul style="list-style-type: none"> Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsführung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige 	<p>Den Mitgliedern der Geschäftsführung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
---------	------------	--

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/ für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf • Informationen über das Unternehmen im Internet 	<p>Neue Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.</p> <p>Unternehmensinformationen wurden auch über das Internet veröffentlicht.</p>
-------------------	--	---

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angaben der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen • Erörterung der Zwischenberichte 	<p>Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt. Die Zwischenberichte wurden im Wesentlichen in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter übergeben. Der Jahresabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf. Die Zwischenberichte wurden vom Aufsichtsrat/ Wirtschafts- und Prüfungsausschuss mit der Geschäftsführung erörtert.</p>
-------------------	---	---

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
VII. Abschlussprüfung		
VII.1	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfer, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmer und seinen Organmitglieder andererseits • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/ entstehender Befangenheitsgründe 	Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers – und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.
VII.2	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrags und der Honorarvereinbarung 	Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.
VII.3	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsführung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben 	Der Abschlussprüfer wird den Aufsichtsrat über wesentliche Feststellungen unterrichten.

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats
VII.4	<ul style="list-style-type: none"> Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss 	Der Abschlussprüfer wird an der Beratung des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

Berlin, den 10. Dezember 2014

Vivantes - Netzwerk für Gesundheit GmbH

Der Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung

Peter Zühlsdorff

Dr. Andrea Grebe

Dr. Christian Friese

Vorsitzender

Vorsitzende

Vergütung der Geschäftsführung 2014

(Angaben in EUR)

	Grundvergütung	Variable erfolgsabhängige Vergütung	Altersversorgung	Sonstige (Einmal-) Zahlungen	PKW Sachbezüge	Parkplatz Sachbezüge	AG-Zuschuss KV/ PV	AG-Anteil RV/AIV	Gesamt
Dr. Andrea Grebe	300.170,01	63.333,33	37.656,24	9.275,20	3.124,20	1.080,00	3.230,04	7.818,36	425.687,38
Bernd Kahnes	45.753,92	0,00	5.748,26	0,00	1.871,05	231,00	584,79	1.672,26	55.861,28
Dr. Christian Friese	213.920,04	76.000,00	26.874,96	0,00	11.140,20	1.080,00	7.818,36	4.045,92	340.879,48
Gesamt	559.843,97	139.333,33	70.279,46	9.275,20	16.135,45	2.391,00	11.633,19	13.536,54	822.428,14

Ein früheres Mitglied der Geschäftsführung hat in 2014 ein Ruhegeld in Höhe von TEUR 107 erhalten.

Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder für 2014

(Angaben in EUR)

	Vergütung gem. §15 Gesellschaftsvertrag für 2014 (gezahlt in 2015)	Reisekosten Ersatz für Auslagen für 2014 (gezahlt in 2014)	Reisekosten Ersatz für Auslagen für 2014 (gezahlt in 2015)	Gesamt
Peter Zühlsdorff	11.900,00	0,00	0,00	11.900,00 *)
Susanne Stumpfenhusen	6.693,75	0,00	0,00	6.693,75 *)
Dr. Ulrich Nußbaum	4.927,42	0,00	0,00	4.927,42
Mario Czaja	5.250,00	0,00	0,00	5.250,00
Dr. Karl Kauermann	1.051,44	0,00	0,00	1.051,44 *)
Dagmar Pohle	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
Peter Jung	6.842,50	1.997,80	1.819,60	10.659,90 *)
Volker Gernhardt	5.250,00	0,00	0,00	5.250,00
Giovanni Ammirabile	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
Axel Burger	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
Dr. Eva Müller-Dannecker	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
Karin Albers	5.250,00	0,00	0,00	5.250,00
Christian Brost	5.250,00	0,00	0,00	5.250,00
Petra Gothe	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
Gunther Nolte	5.250,00	0,00	0,00	5.250,00
Karin Sonnenmoser	6.282,53	1.142,84	3.231,15	10.656,52
Dr. Thomas Werner	5.750,00	0,00	0,00	5.750,00
	98.447,64	3.140,64	5.050,75	106.639,03

*) Vergütung brutto inkl. USt.

WBM

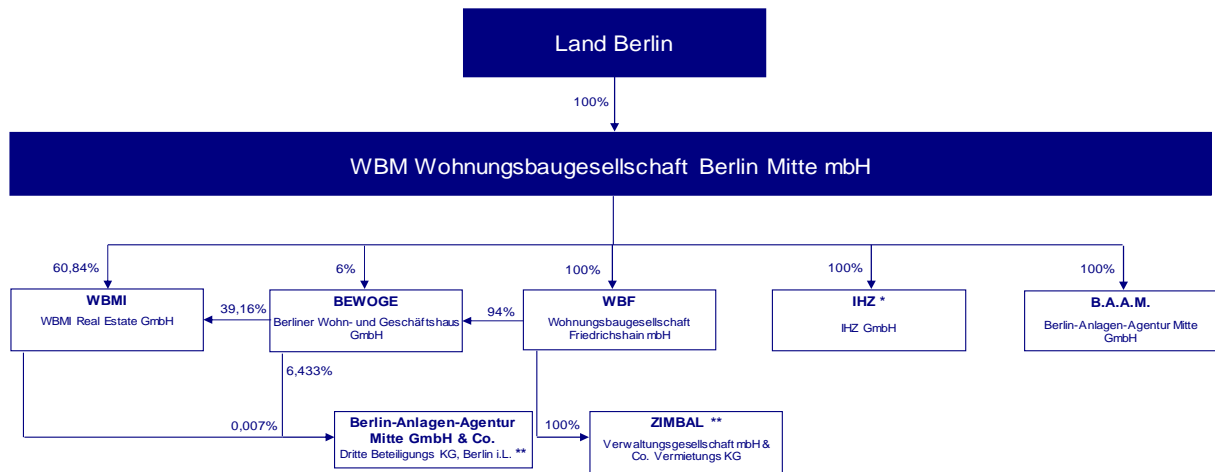
Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH

Konzernlagebericht 2014

1. Grundlagen des Konzerns

Die WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin- Mitte mbH (WBM) ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft des Landes Berlin.

Folgende Beteiligungen werden zum 31.12.2014 im WBM Konzern voll konsolidiert:



* verkauft mit Wirkung zum 01.01.2015
** Zweckgesellschaften

Am 02.12.2014 wurde die Liquidation der Berlin-Anlagen-Agentur Bassmann GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG i. L. mit Löschung aus dem Handelsregister beendet.

Mit dem Verkauf der Erbbaurechte von der Berlin-Anlagen-Agentur Mitte GmbH & Co. Dritte Beteiligungs KG i. L. an die WBM wurde die Gesellschaft zum Jahresende aufgelöst und befindet sich derzeit in Liquidation.

Die WBM, als alleinige Gesellschafterin der IHZ, hat mit Kaufvertrag vom 17.11.2014 den einzigen Geschäftsanteil mit Wirkung zum 01.01.2015 an die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH verkauft.

Der WBM Konzern kommt seinen gesellschaftlichen Aufgaben, Wohnungen zu errichten, zu bewirtschaften und diese breiten Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen, darunter auch Haushalten mit geringem Einkommen, nach. Die konsequente Umsetzung des „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ ist Ausdruck der sozialen Verantwortung der WBM. Diese zeigt sich sowohl in der Integration von Mietern mit unterschiedlichstem sozialem, demografischem und kulturellem Hintergrund in den Quartieren als auch in der dämpfenden Mietpreisgestaltung.

Mit rund 28.000 eigenen Wohnungen und 285.000 m² Gewerbeflächen hat der WBM Konzern in den stark nachgefragten Lagen Berlins vor allem in Mitte, Friedrichshain und Kreuzberg einen Großteil seiner Immobilienbestände. Kontinuierliche Bestandserhaltung und nachhaltige Investitionen tragen zur Beibehaltung der Attraktivität und Aufwertung der Quartiere bei.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Volkswirtschaft erhöhte sich im Jahr 2014 preisbereinigt um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr. Während im zweiten und dritten Quartal des Jahres eine Stagnation der Konjunktur zu verzeichnen war, stellte sich im vierten Quartal ein verhaltener Aufwärtstrend ein. Die wirtschaftlichen Stimmungsindikatoren verbesserten sich zum Jahresende.

Binnenwirtschaftlich blieben der private Konsum, der stabile Arbeitsmarkt, die steigenden Einkommen und die stabilen Preise der Konjunkturmotor. Während die Exporte im Verlauf des Jahres stagnierten, konnte der private Konsum durch die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt merklich zur Wirtschaftsleistung in Deutschland beitragen.

Weiterhin unverändert stark blieben die Konjunkturfaktoren Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und niedrige Zinsen.

Vor dem Hintergrund der stockenden Erholung des Euroraumes, insbesondere bedingt durch die großen Mitgliedsstaaten Frankreich und Italien, entwickelte sich das deutsche Auslandsgeschäft wenig dynamisch. Die hingegen spürbare Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit steht auch im Zusammenhang mit der Euroabwertung.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird als gut eingeschätzt, obwohl notwendige Investitionen im produzierenden Bereich hinter den Erwartungen zurückblieben und damit zukünftig zu verringerter Produktivität führen können. Es mehren sich jedoch die Signale, dass mit der Verbesserung der Geschäftserwartungen in der gewerblichen Wirtschaft ein Anstieg der Investitionstätigkeit verbunden sein wird.

Um die Konjunktorentwicklung im Euroraum voranzutreiben, hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahresverlauf den Hauptrefinanzierungszinssatz auf 0,05 % gesenkt, wobei damit nicht die notwendigen Struktur- und Wirtschaftsreformen in den Krisenländern abgefangen werden können. Trotz des geringen Finanzierungszinssatzes gibt es eine anhaltende Zurückhaltung bei der Kreditnachfrage und dementsprechend bei den Investitionen.

Die Berliner Wirtschaft verzeichnet neben zahlreichen aufstrebenden Unternehmensgründungen eine herausragende Forschungslandschaft und partizipiert vom Hauptstadtbonus. Dies ist die Basis für ein weiterhin stetiges Wirtschaftswachstum.

Berlin bleibt eine Stadt mit einer besonderen Lebensqualität und schafft damit ein interessantes Umfeld für gut qualifizierte Fachkräfte. Neben dem zu verzeichnenden positiven Wanderungssaldo sind der demografische Wandel der Gesellschaft und die anhaltende Tendenz zu Singlehaushalten die Gründe für die Zunahme der Anzahl der Privathaushalte. Berlin hat zwar gegenüber dem Bundesdurchschnitt weiterhin eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit (2014: 11,1 % in Berlin gegenüber 6,4 % im Bundesdurchschnitt), die solide Arbeitsmarktdynamik lässt die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in der Stadt jedoch tendenziell steigen. Berlin bleibt ein innovativer und attraktiver Wirtschaftsstandort.

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Immobilienwirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftszweig der deutschen Wirtschaft. Von der Stagnation der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist in der Immobilienwirtschaft wenig zu spüren. Politische Entscheidungen, wie die geplante so genannte Mietpreisbremse, beeinflussen jedoch den Entscheidungsrahmen der Immobilienunternehmen.

In den Metropolregionen hat der Immobilienmarkt eine positive Dynamik. Durch gute infrastrukturelle und wirtschaftliche Voraussetzungen erfolgen überdurchschnittliche Einwohnerzuwächse in den Metropolen. Darüber hinaus steigt die Zahl von Wohnraum nachfragender Haushalte aufgrund zunehmender Singularisierung. Von den Berliner Haushalten sind derzeit über 50 % Ein-Personen-Haushalte. Gleichzeitig waren die Neubauaktivitäten in den Vorjahren auf relativ geringem Niveau, so dass eine Verknappung des Angebots an attraktiven Wohnungen am Markt vorhanden ist. Somit entwickelten sich in den letzten Jahren überdurchschnittliche Mietpreissteigerungen bei gleichzeitig geringerem Wohnungsleerstand.

Wohnungsneubau ist daher die Herausforderung der Immobilienwirtschaft in den Metropolregionen und vor allem auch in Berlin. Die bestehende Bedarfslücke an Wohnraum muss in den nächsten Jahren geschlossen werden. Gleichzeitig sind die Anforderungen der Energieeinsparverordnung in Bestandsimmobilien umzusetzen.

Investoren aus der ganzen Welt sind an den vielfältigen Immobilien Berlins interessiert. Die Immobilientransaktionen nehmen stetig zu. Kaum noch Rendite bringende sichere Anlagemöglichkeiten und sehr günstige Immobilienkredite tragen zum stetigen Anstieg der Immobilientransaktionen bei. Dies führt auch zu einem höheren Anteil an Wohnungseigentum in einer traditionellen Mieterstadt. Berlin bleibt einer der interessantesten Immobilienmärkte Deutschlands.

2.3 Geschäftsverlauf

Der WBM Konzern schloss das Geschäftsjahr mit einem Ergebnis von 31,9 Mio. € ab und lag damit um 23,8 Mio. € über dem Planwert. Der höhere Jahresüberschuss resultierte vorrangig aus Einmaleffekten im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten.

Mit der Unterzeichnung des "Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten" in 2013 und dessen Fortschreibung im Berichtsjahr sollen Haushalte, deren Einkommen hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben, weiterhin angemessen mit Wohnraum versorgt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die gewachsene Struktur in den Kiezen mit ihrer typischen Berliner Mischung von Menschen mit unterschiedlichem Einkommen, sozialer und kultureller Herkunft gelegt.

Aus dieser Verantwortung heraus werden Mieterhöhungen gemäß den besonderen Anforderungen des Mietverbündnisses erstellt. Bei den Neuvermietungen wird Bürgerinnen und Bürgern mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) verstärkt die Möglichkeit gegeben, im Innenstadtbereich zu wohnen. In 2014 erfolgten 40 % aller Neuvermietungen an Personen, die die Kriterien zur Erlangung eines WBS erfüllten. Damit verbunden ist die Begrenzung der Miethöhe auf die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel. Die durchschnittliche Sollmiete des WBM Konzerns für Wohnungen lag planmäßig bei 5,70 €/m².

Neben der moderaten Mietpolitik setzt der WBM Konzern durch die Erweiterung seines Immobilienbestandes die strategischen Ziele des Landes Berlin und dessen gesellschaftliche

Anforderungen um. Im Berichtsjahr erhöhte sich der Wohnungsbestand durch Zukäufe von Immobilien um 32 Wohnungen. Weiterhin konnte ein Immobilienportfolio mit 552 Wohnungen in Berlin-Mitte mit Lasten-Nutzen-Wechsel am 01.01.2015, erworben werden. Weitere Portfolien befinden sich in der Ankaufsprüfung.

Mit dem Erwerb der Erbbaurechte hat die WBM die 1.328 Wohnungen des Fonds BAF III i. L. zur Sicherung der Wohnungsbestände für den WBM Konzern zum Ende des Jahres 2014 erworben.

Durch die Erweiterung bestehender Immobilien mittels Dachgeschossaufbauten und durch Umbauten gewerblich genutzter Räume in Wohnungen erhöhte der WBM Konzern zusätzlich seinen Wohnungsimmobiliensbestand um 60 Wohnungen.

Im Jahr 2014 erfolgte der Baubeginn von zwei Neubaurvorhaben mit insgesamt 110 Wohnungen. Im Rahmen der Bestrebungen des WBM Konzerns, die Neubaupotenziale der im Eigentum des Konzerns stehenden Liegenschaften durch Verdichtung auszunutzen, werden weitere Neubaurvorhaben folgen. Insgesamt plant der WBM Konzern Neubaurvorhaben mit rund 1.600 Wohnungen bis Ende des Jahres 2019. Der Gesellschafter, das Land Berlin, brachte im Berichtsjahr ein Grundstück in Berlin-Mitte zur Realisierung von Mietwohnungsbau ein. Der Baubeginn der 128 Wohnungen ist für das Jahr 2015 geplant.

Neben dem Neubau wurde die Strategie zur Werterhaltung der Bestandsimmobilien durch komplexe Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in quartiersprägenden Immobilienobjekten weitergeführt. Unter Beachtung des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen investierte der WBM Konzern insgesamt 63,9 Mio. €.

Die Revitalisierung von einzelnen Gewerbeobjekten in 1A-Lagen zur Nutzung von Marktpotentialen der Immobilien stand im Mittelpunkt der Tätigkeiten des Geschäftsbereiches Gewerbe. Gleichzeitig konnten nach Neukonzeption und Beginn der Neugestaltung des Obergeschosses in den Rathauspassagen Mietverträge für 75 % der leerstehenden Flächen abgeschlossen werden.

Zur Stärkung der kommunalen Shared Services Aktivitäten erfolgte der Verkauf des Geschäftsanteils an der IHZ GmbH an die Schwestergesellschaft der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH. Die Zusammenlegung dient der Bündelung von Kompetenzen im Bereich der WEG- und Fremdverwaltung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften und somit der Zukunftsfähigkeit dieses Geschäftsfeldes.

Unabhängige Prüfer der Initiative Corporate Governance der deutschen Immobilienwirtschaft e. V. bescheinigen dem WBM Konzern eine werte- und complianceorientierte Führungs- und Unternehmenskultur. Ende Dezember 2014 wurde das Zertifikat „ComplianceManagement“ offiziell der Geschäftsführung überreicht. Der WBM Konzern sieht diese Bestätigung nicht als bloßes Umsetzen der erforderlichen Mindestanforderungen, sondern als Ansporn, die Aktivitäten weiter voranzutreiben. Die Etablierung spezifischer Compliance-Regelungen wurde durch den WBM Konzern in den letzten Jahren konsequent vorgebracht und das Werte- und Compliancemanagement fest in die Geschäftsprozesse integriert.

Bestandsentwicklung

Die Entwicklung der Immobilienbestände im Konzern stellt sich zum 31.12.2014 wie folgt dar:

	Wohn- einheiten		Gewerbe- einheiten		Sonstige Mieteinheiten		gesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
eigener Bestand	27.915	27.830	1.439	1.409	6.601	6.637	35.955	35.876
angemieteter Bestand	29	99	0	0	0	0	29	99
Leihgrundstücke	112	112	0	0	1	1	113	113
Restitutionsbestand	64	64	9	9	46	66	119	139
Verwaltung für Dritte	4.962	5.073	223	222	1.091	1.057	6.276	6.352
Gesamtbestand	33.082	33.178	1.671	1.640	7.739	7.761	42.492	42.579

Der eigene Wohnungsbestand erhöhte sich durch:

- Kauf von zwei Objekten (32 Wohnungen),
- Umbau von Gewerbeflächen zu Wohnungen (32 Wohnungen),
- Aus-/Aufbau von Dachgeschossen (28 Wohnungen),
- Übernahme von Wohnungen in Liquidation befindenden Fondsgesellschaften (9 Wohnungen).

Gegenläufig wirken sich die Lasten-Nutzen-Wechsel von 16 Wohnungsverkäufen (im Wesentlichen Kaufverträge aus 2013) aus.

Veränderungen des Gewerbebestandes ergaben sich hauptsächlich aus der kleinteiligen Vermietung eines ehemaligen Servicecenters und der Zusammenlegung des Gewerbebestandes im Berlin Carré in Berlin Mitte, Karl-Liebknecht-Str. 13.

Die Veränderungen im angemieteten Bestand resultieren aus fristgemäßen Beendigungen von Generalmietverträgen.

Personal

Mit der Gewerkschaft ver.di konnten die Verhandlungen über einen Haustarifvertrag abgeschlossen werden. Es wurde vereinbart, dass im WBM Konzern das wohnungswirtschaftliche Tarifwerk mit Maßgaben Anwendung findet. Dieser Anwendungstarifvertrag trat am 01.07.2014 für alle tarifangestellten Beschäftigten des WBM Konzerns in Kraft.

Zum 31. Dezember 2014 beschäftigt die Gesellschaft 368 Mitarbeiter/-innen.

Anzahl der Mitarbeiter/-innen/Vollzeitkräfte

	31.12.2014		31.12.2013	
	MA *	VbE**	MA *	VbE**
Geschäftsführung	2	2,0	2	2,0
Angestellte	292	273,6	286	273,4
gewerbliche Arbeitnehmer (einschl. Hausmeister)	47	45,8	50	49,6
Mitarbeiter/-innen ohne Auszubildende	341	321,4	338	325,0
Auszubildende	21	20,4	18	18,0
Mitarbeiter/-innen in ATZ-Freiphase	6	0,0	10	0,0
Mitarbeiter/-innen gesamt	368	341,8	366	343,0

* Mitarbeiter/-innen

** Vollbeschäftigteneinheit

Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter/-innen lag zum Jahresende bei 49,1 Jahren und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei rund 22 Jahren.

Die Personalaufwendungen einschließlich der Rückstellungen für 2014 betragen 20,0 Mio. €.

Aufgrund des umfangreichen Neubau- und Ankaufsprogrammes erfolgten Personalerhöhungen in den Bereichen Projektentwicklung, Technik und Vergabe.

Da die Leistung eines jeden Beschäftigten den Unternehmenserfolg mit beeinflusst, haben die Weiterbildung und die Förderung der Qualifikation der Mitarbeiter - u. a. auch aufgrund der demografischen Entwicklung - hohe Priorität.

Dies gilt auch für die Nachwuchsförderung. Im Jahr 2014 hat der WBM Konzern vier Auszubildende und drei Studenten der Berufsakademie eingestellt. Insgesamt beschäftigt der WBM Konzern 17 Auszubildende und vier Studenten der Berufsakademie in den verschiedenen Fachrichtungen der Immobilienbewirtschaftung.

Die Ausbildungsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht; bei gegenwärtig 341,8 Vollbeschäftigteneinheiten liegt sie bei 6 %. Den drei im Berichtsjahr ausgelernten Auszubildenden konnte ein befristetes Arbeitsverhältnis angeboten werden.

Angesichts der sozialen Verantwortung des Unternehmens und der demografischen Entwicklung der Belegschaft wurden Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und -vorsorge angeboten und durchgeführt. Dazu gehörte ein Gesundheitsspass, Tipps für gesunde Ernährung bis hin zur Teilnahme an vielfältigen Programmen, wie Weight Watchers At Work, Yoga, diversen Laufevents oder das Berliner Radrennen Garmin-Velothon.

Die im Rahmen der Betriebsvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement für Langzeitkranke vereinbarten Gespräche und Maßnahmen zur dauerhaften Wiedereingliederung der Betroffenen in den Arbeitsprozess wurden konsequent und kontinuierlich durchgeführt.

Um im WBM Konzern eine aktive berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern sicherzustellen, erfolgte im Mai die Neuwahl der Frauenvertreterin und ihrer Stellvertreterin. In Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes wurde der bestehende Frauenförderplan erstmals aktualisiert und fortgeschrieben. Im Reporting konnte eine sehr positive Bilanz zur Situation der Frauen im Unternehmen gezogen werden.

2.4 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.4.1 Ertragslage

Der WBM Konzern schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 31,9 Mio. € ab. Das Ergebnis ist wesentlich beeinflusst durch einen gerichtlich festgestellten Vergleich, der sich mit 17,8 Mio. € im außerordentlichen Ergebnis widerspiegelt.

Angaben in T€	2014	2013	Veränderung
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	214.682	208.986	5.696
davon Istmiete	150.941	147.811	3.130
Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken	2.883	5.702	-2.819
Übrige Umsatzerlöse	2.167	2.235	-68
	<u>219.732</u>	<u>216.923</u>	<u>2.809</u>
Bestandsveränderungen	-6.227	1.139	-7.366
Sonstige betriebliche Erträge	29.490	56.168	-26.678
Aufwendungen für bezogene Lieferungen u. Leistungen	-122.030	-110.067	-11.963
Personalaufwendungen	-19.973	-19.182	-791
Abschreibungen	-32.757	-40.033	7.276
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.540	-16.446	5.906
Finanzergebnis	<u>-37.456</u>	<u>-41.009</u>	<u>3.553</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>20.239</u>	<u>47.493</u>	<u>-27.254</u>
Außerordentliches Ergebnis	17.775	0	17.775
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7.162	-2.199	-4.963
Sonstige Steuern	1.015	-892	1.907
<u>Konzernergebnis</u>	<u>31.867</u>	<u>44.402</u>	<u>-12.535</u>

Das Immobilienmanagement konnte im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 2,73 % höhere **Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung** erzielen. Die Sollmieten stiegen um 3,2 % im Wesentlichen durch Zukäufe, Modernisierungsumlagen und Mieterhöhungen nach § 558 BGB. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Sollmieten um 4,8 Mio. € auf 157,5 Mio. €.

Der Anstieg der Erlösschmälerungen von 4,8 Mio. € auf 6,5 Mio. € basiert im Wesentlichen auf der verstärkten Bautätigkeit. Dies spiegelt sich sowohl in höheren Leerstandzahlen als auch in gestiegenen Mietminderungsansprüchen wider.

Die um 3,3 Mio. € höheren Erlöse aus abgerechneten Betriebskosten als im Vorjahr ergaben sich u. a. durch erfolgte Ankäufe in 2013 und der damit erstmaligen Erstellung von Betriebskostenabrechnungen sowie zusätzlichen Abrechnungen aufgrund der Vereinheitlichung der Abrechnungszeiträume.

Aufgrund auslaufender Verträge entwickelten sich die Erlöse aus öffentlichen Fördermitteln um -0,4 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr planmäßig rückläufig.

	2014	2013	Veränderung
Sollmiete €/m²			
Wohnung	5,70	5,56	0,14
Gewerbe	10,36	10,01	0,35
Erlösschmälerungen in %			
Wohnung	2,98	2,43	0,55
Gewerbe	7,52	4,86	2,66
Istmiete je €/m²			
Wohnung	5,53	5,43	0,10
Gewerbe	9,58	9,52	0,06

Am 31.12.2014 standen 550 Wohnungen (Vorjahr: 577) leer - davon 400 aufgrund von Bau-
maßnahmen. Bei einem Gesamtbestand von 28.120 Wohnungen (ohne Drittverwaltung) ist
der vermietungsfähige Leerstand als fluktuationsbedingt zu bezeichnen.

	2014	2013	Veränderung
Fluktuationsquote			
Wohnung	5,9 %	5,8 %	0,1 %
Leerstandsquote (Anzahl)			
Wohnung	2,0 %	2,1 %	-0,1 %
ohne Bauleerstand	0,5 %	0,7 %	-0,2 %

Aufgrund des Aussetzens der Verkaufsaktivitäten für Eigentumswohnungen fielen die **Umsatzerlöse aus Verkaufstätigkeit** erheblich geringer als im Vorjahr aus. Ausgewiesen werden die Verkaufserlöse von 16 Wohnungen und 11 Teileigentumseinheiten (Vorjahr: 35 Wohnungen; 5 Teileigentumseinheiten), die zum Zeitpunkt des Verkaufsstops im Wesentlichen bereits beurkundet und genehmigt waren.

Die **Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit** blieben auf dem Vorjahresniveau. Die **Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen** reduzierten sich geringfügig (- 0,1 Mio. €).

Die Höhe der **Sonstigen betrieblichen Erträge** wird wesentlich beeinflusst durch Auflösungen von Prozessrisiken/-kostenrückstellungen (5,4 Mio. €) – vorrangig aufgrund positiver Ausgänge von Rechtsstreitigkeiten - sowie den Bewertungsergebnissen der Objekte (5,2 Mio. €).

Der Anstieg der **Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen** resultiert im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen für Instandsetzung / Instandhaltung. Für die Erhaltung und Verbesserung der Immobilien wendete der WBM Konzern neben umfangreichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Instandhaltung/Instandsetzung im Berichtsjahr 58,1 Mio. € (Vorjahr 41,2 Mio. €) auf.

Aufgrund der Umstellung des Abrechnungszeitraums bei einem Energieversorger enthielten die Betriebskostenaufwendungen des Vorjahres Heizungsaufwendungen für 14 Monate. Die in den Jahresvergleichen geringeren Betriebskostenaufwendungen in 2014 resultieren u. a. aus diesem Sachverhalt. Weitere Aufwandsreduzierungen ergaben sich aus der Senkung der Trinkwassertarife zum 01.01.2014 um 15 %.

Höhere **Personalaufwendungen** resultieren aus dem Abschluss des Anwendungstarifvertrages mit Wirkung ab dem 01.01.2014.

Der Rückgang der **Abschreibungen** ergab sich aus den außerplanmäßigen Abschreibungen des Vorjahres um 7,4 Mio. €.

Die Reduzierung des **sonstigen betrieblichen Aufwandes** ist wesentlich beeinflusst durch um 4,5 Mio. € geringere Rückstellungszuführungen für Prozesskosten/-risiken.

Das bessere **Finanzergebnis** resultiert vorrangig aus geringeren Zinsaufwendungen. Diese ergaben sich aus günstigeren Konditionen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie geringeren Aufzinsungsbeträgen von Rückstellungen und Verbindlichkeiten.

Aufgrund eines gerichtlich festgestellten Vergleiches wurden Altverbindlichkeiten und sich daraus ergebende Aufwendungen aus früheren Jahren durch einen Dritten in Höhe von 28,0 Mio. € ausgeglichen. Hieraus resultiert eine Berichtigung nach § 36 Abs. 4 DMBilG, welche zu einer Erhöhung der Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG um 10,2 Mio. € führt. Der die Berichtigung der Sonderrücklage übersteigende Betrag von 17,8 Mio. € ist im **außerordentlichen Ergebnis** erfasst.

2.4.2 Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage wurden restitutionsbehaftete Grundstücke mit den zugehörigen Rückstellungen (T€ -1.409), unfertige Leistungen mit den entsprechenden erhaltenen Anzahlungen (T€ -59.169), Treuhandvermögen mit Treuhandverbindlichkeiten (T€ 19.782) sowie Sicherheitsleistungen mit Sicherheitseinbehalten (T€ 69) saldiert.

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung im GJ
	T€	T€	T€
Aktiva			
<u>Langfristiger Bereich</u>			
Sachanlagen und immaterielle			
Vermögensgegenstände	1.465.615	1.431.318	34.297
Finanzanlagen	153	333	-180
Geldbeschaffungskosten	480	507	-27
Latente Steuern	45.431	45.978	-547
	<u>1.511.679</u>	<u>1.478.136</u>	<u>33.543</u>
<u>Mittel- und kurzfristiger Bereich</u>			
Leihgrundstücke	578	674	-96
Finanzanlagen	2.180	2.408	-228
Verkaufsgrundstücke	24.930	26.452	-1.522
Vorräte und Forderungen	5.418	10.742	-5.324
Liquide Mittel	40.288	10.780	29.508
Rechnungsabgrenzungsposten	206	292	-86
	<u>73.600</u>	<u>51.348</u>	<u>22.252</u>
Bilanzvolumen	<u>1.585.279</u>	<u>1.529.484</u>	<u>55.795</u>
Passiva			
<u>Langfristiger Bereich</u>			
Eigenkapital	572.348	529.134	43.214
Rückstellungen	1.129	1.209	-80
Verbindlichkeiten	847.549	843.086	4.463
Rechnungsabgrenzungsposten	21.111	21.778	-667
	<u>1.442.137</u>	<u>1.395.207</u>	<u>46.930</u>
<u>Mittel- und kurzfristiger Bereich</u>			
Rückstellungen	48.531	48.144	387
Verbindlichkeiten	94.611	86.133	8.478
	<u>143.142</u>	<u>134.277</u>	<u>8.865</u>
Bilanzvolumen	<u>1.585.279</u>	<u>1.529.484</u>	<u>55.795</u>

Die Bilanzsumme laut Vermögenslage erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 55,8 Mio. € auf 1.585 Mio. €. Die langfristigen Vermögensgegenstände waren mit 95,4 % durch langfristige Mittel gedeckt.

Der Anstieg im Sachanlagevermögen resultiert hauptsächlich aus den geleisteten Anzahlungen für einen Immobilienerwerb von 552 Wohnungen (mit Lasten-Nutzen-Wechsel zum 01.01.2015) und dem Beginn des umfangreichen Neubauprogrammes des WBM Konzerns. In den Folgejahren werden hier Investitionen von rd. 260,0 Mio. € erwartet.

Auf Grund des Lasten-Nutzen-Wechsels der überwiegend bereits in 2013 abgeschlossenen Wohnungs- und Teileigentumsverkäufe reduzieren sich die Verkaufsgrundstücke.

Der Anstieg des Eigenkapitals um 43,2 Mio. € resultiert aus dem positiven Jahresergebnis, aus der Einbringung eines unbebauten Grundstückes durch den Gesellschafter und aus der Erhöhung der Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG um 10,2 Mio. € (vergleiche Ertragslage: außerordentliches Ergebnis). Hierbei handelt es sich um einen Sachverhalt, der unter die Regelung des § 36 Absatz 4 des DMBilG fällt. Daher ist eine Berichtigung der Sonderrücklage in Höhe der Altverbindlichkeiten möglich.

Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital im Verhältnis zum Bilanzvolumen der Vermögenslage) stieg von 34,6 % auf 36,1 %.

Die langfristigen Verbindlichkeiten enthalten ausschließlich Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Den erfolgten Tilgungen (29,7 Mio. €) stehen Aufnahmen von 33,8 Mio. € gegenüber, die vorrangig den Ankauf von Immobilien und Baumaßnahmen finanzierten.

Wesentlicher Bestandteil der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern sowie der zur kurzfristigen Finanzierung von Zahlungen über den Jahreswechsel planmäßig in Anspruch genommene Kreditrahmen mit 10,0 Mio. €. Die Rückzahlung erfolgte im Januar 2015.

2.4.3 Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung ist Bestandteil des Konzernabschlusses und wird separat dargestellt.

Die Entwicklung der Liquidität stellt sich im Berichtsjahr (in T€) wie folgt dar:

	2014	2013
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	50.786	46.580
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-59.192	62.496
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	37.914	-116.074
Veränderung der Zahlungsmittel	29.508	-6.998
Zahlungsmittel zum 1.1.	10.780	17.778
Zahlungsmittel zum 31.12.	40.288	10.780

Der Finanzmittelbestand des WBM Konzerns beinhaltet den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten abzüglich des Treuhandvermögens und Sperrkonten für Sicherheitsinbehalte zum Stichtag. Der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2014 enthält 27,6 Mio. € auf laufenden Geschäftskonten, die zur Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern dienen und Anfang März 2015 zur Auszahlung gelangten.

Die Erhöhung des erwirtschafteten Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit in 2014 resultiert u. a. aus höheren Istmieten und geringeren Zinsausgaben.

Der Cashflow der Investitionstätigkeit ist stark durch die Ausgaben für den Ankauf von Immobilien (51,4 Mio. €) und die Bautätigkeit in Neubau und Bestandsobjekten (gesamt 8,3 Mio. €) bestimmt. Einnahmen von 1,2 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus Verkäufen von Eigentumswohnungen und Teileigentum.

Ein Zahlungseingang von 28,0 Mio. € ergibt sich aus einem gerichtlich festgestellten Vergleich (vergleiche Ertragslage: außerordentliches Ergebnis) und beeinflusst damit den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Für den Ankauf von Immobilien sowie die Umsetzung der Bauprojekte wurden 33,8 Mio. € an Fremdmitteln aufgenommen. Gleichzeitig betrug die Darlehenstilgung gegenüber Kreditinstituten 29,7 Mio. €. Über den Jahreswechsel bestand eine planmäßige Inanspruchnahme eines kurzfristigen Kredites von 10,0 Mio. € mit Rückführung im Januar 2015. Auszahlungen an andere Kreditgeber erfolgten von 4,3 Mio. €. Hierbei handelt es sich um wirtschaftlich bestehende Verpflichtungen gegenüber konzernfremden Investoren der Zweckgesellschaften.

Der WBM Konzern war stets in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Für eine ordnungsgemäße Disposition und Liquiditätssteuerung innerhalb des WBM Konzerns bestehen zwei Kreditlinien von insgesamt 34,0 Mio. €. Beide Kreditlinien sind bis auf Weiteres gewährt.

2.4.4 Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die wirtschaftliche Lage des WBM Konzerns ist weiterhin stabil. Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind geordnet.

Die Höhe des Jahresüberschusses ist - wie im Vorjahr - in erheblichem Maße durch Sondereffekte bedingt. Das operative Ergebnis vor Steuern ist positiv. Die gute wirtschaftliche Entwicklung u. a. bedingt durch steigende Istmieten und sinkenden Zinsaufwand, ermöglichten umfangreiche Investitionen in die Bestände des WBM Konzerns. So konnten im Vergleich zum Vorjahr 16,9 Mio. € höhere Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung zur Werterhaltung und Wertsteigerung der Immobilien verwandt werden.

Die Investitionen in die Bestandserweiterung beeinflussen den Cashflow der Investitionstätigkeit maßgeblich. Hier spiegeln sich die starken Bemühungen des Konzerns, dem gesellschaftlich politischen Anspruch nach mehr bezahlbaren Wohnungen zu entsprechen, wider. Dementsprechend resultiert die Erhöhung der Bilanzsumme im Wesentlichen aus den getätigten Bestandszukaufen und –verbesserungen.

Die zum Ende des Jahres zur Verfügung stehende Liquidität, die freien Kreditlinien und die vorhandenen Beleihungsreserven der Immobilien belegen die gute finanzielle Situation des Konzerns.

Zusammenfassend betrachtet steht der WBM Konzern auf einem soliden wirtschaftlichen Fundament und stellt sich mit Zuversicht den anstehenden Aufgaben des Berliner Wohnungsmarktes.

3. Nachtragsbericht

Zur Förderung des Neubaus in Berlin hat der Gesellschafter die Grundstückseinbringung für die Fischerinsel 1/ Ecke Mühlendamm (Arrondierungsfläche) in Berlin-Mitte und die Quedlinburger Str. 45 in Berlin-Charlottenburg-Wilmersdorf in die WBM beschlossen. Die vermögensrechtliche Umsetzung erfolgt voraussichtlich in 2015.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat am 24.02.2015 einen Vergleich zur Abgeltung sämtlicher etwaiger Ansprüche - insbesondere auf Rückübertragung, Erlösauskehr, Auskehr von Bewirtschaftungsguthaben - hinsichtlich des Vermögenswertes Neue Schönhauser Straße 1, 1a, 1b festgestellt. Unter der aufschiebenden Bedingung der Zahlung eines Vergleichsbetrages von 5,8 Mio. € durch die WBM verbleibt das Grundstück mit 42 Wohnungen und 2 Gewerbeeinheiten im Bestand der Gesellschaft.

Die WBF hat mit Schreiben vom 25.02.2015 die Option zum Rückkauf der Erbbaurechte gegenüber ZIMBAL zum 31.12.2015 ausgeübt.

4. Risiko-, Chancen-, und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

Unternehmensrisiken ergeben sich aus dem unternehmerischen Alltag und sind mit der Erreichung von Zielen untrennbar verbunden.

Unternehmensrisiken frühestmöglich zu erkennen und das unternehmerische Handeln auf eine Risikobegrenzung auszurichten, ist Aufgabe des effektiven Risikomanagementsystems des WBM Konzerns.

Das Risikomanagementsystem ist in alle Geschäfts-, Planungs- und Kontrollprozesse eingebunden und unterstützt fundiert bei unternehmerischen Entscheidungen. Als permanenter Prozess in allen Bereichen dient es zur frühzeitigen und umfassenden Risikoidentifizierung. Daraus erwachsen auch Handlungsspielräume für Unternehmensentscheidungen.

Der WBM Konzern hat in seinem Risikomanagementsystem die Risikostrategie, die risikopolitischen Leitlinien, die Berichtsinhalte, -wege und -frequenzen fixiert. Über eine Risikomanagementdatenbank werden die Entscheidungsträger zeitnah über mögliche neue Risiken informiert. Identifizierte Risiken mit ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe sind von den Verantwortlichen sofort zu erfassen. Bei schwerwiegenden neu identifizierten Risiken erfolgt durch das ad-hoc-Meldewesen eine Information an die Entscheidungsträger. Turnusmäßig wird in den Quartalsberichten über die vorhandenen Risiken informiert.

Die mittelfristige konzernweite und bereichskonkrete Planung ist ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementsystems. Quartalsweise erfolgen Vergleichs- und Abweichungsanalysen sowie Jahreshochrechnungen, um Auswirkungen von Abweichungen auf das Konzernergebnis zu ermitteln und regulierend eingreifen zu können.

Die interne Revision überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems prozessunabhängig.

Externe Risiken

Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Berlins in den letzten Jahren lag die Wirtschaftskraft weiterhin unterhalb des Durchschnitts der anderen Bundesländer.

Obwohl die Einkommensentwicklung in Berlin geringer als in anderen Bundesländern ausfiel, waren die Mietforderungen aus laufenden Mietverhältnissen in den vergangenen Jahren auf niedrigem Niveau. Um dies beizubehalten, begegnet das Unternehmen einer negativen Entwicklung mit einem konsequenten Forderungsmanagement und der Vereinbarung von Kauti-
onen.

Durch das mit dem Gesellschafter vereinbarte Mietenbündnis und die Auswirkungen der so genannten „Mietpreisbremse“ bleibt das Augenmerk auf die Entwicklung der am Markt steigenden Kosten für Leistungen einer rentablen Immobilienverwaltung gerichtet. Hier gilt es, mit detaillierten Leistungsausschreibungen und Zeitvertragspreisen auf die Preisentwicklung Einfluss zu nehmen.

Operative Risiken

In den kommenden Jahren wird der WBM Konzern hohe Investitionen, insbesondere in die Neubauvorhaben, tätigen. Als Unternehmen mit Grundstücken, vorrangig im innerstädtischen Bereich, werden vor allem Verdichtungsmaßnahmen geplant. Zur Umsetzung müssen daher neben den baurechtlichen Möglichkeiten auch die nachbarschaftlichen Interessen beachtet werden, um den Projektablauf nicht zu hemmen.

Gleichzeitig werden große Maßnahmen im Rahmen der Modernisierung und Instandhaltung durchgeführt, damit die Bestandsqualität der Immobilien des WBM Konzerns weiterhin gehalten und verbessert werden kann. Sowohl bei den Neubau- als auch bei den Modernisierungs- und Instandhaltungsprojekten sind die umfangreichen Vergaberichtlinien Berlins zu beachten. Insbesondere die Einhaltung der Baukosten sowie der geplante Zeithorizont für die Umsetzung der Baumaßnahmen werden durch die Leistungsfähigkeit der beauftragten Bauunternehmen beeinflusst.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Im WBM Konzern analysiert ein zentrales Finanzmanagement regelmäßig das gesamte Kreditportfolio. Verbesserungspotentiale in den Kreditbeziehungen werden kontinuierlich geprüft. Bei anstehenden Prolongationen und Neuaufnahmen nutzt der WBM Konzern die derzeit historisch niedrigen Zinsen.

In der mittelfristigen Wirtschaftsplanung wird von einem leicht steigenden Zinsniveau ausgegangen. Weitere Zinsänderungsrisiken werden zukünftig zwar gesehen, aber in Anbetracht des anstehenden Prolongationsvolumens und der geplanten Neuaufnahmen als tragfähig angesehen.

Zeitnahe Liquiditätsprognosen erstellt das Cashmanagement regelmäßig für den WBM Konzern und die Einzelgesellschaften. Liquiditätspotentiale werden unternehmensübergreifend konzernintern genutzt.

Zur Begrenzung von Risiken aus Darlehen mit variablen Zinssätzen werden zum Teil auch derivative Finanzinstrumente vereinbart. Das Sicherungsgeschäft gleicht die Zahlungsströme des Grundgeschäftes aus und bildet mit dem Grundgeschäft eine Einheit.

Personalrisiken

Die Altersstruktur im Unternehmen weist mit 49,1 Jahren einen hohen Wert aus und spiegelt die Entwicklung in der Gesellschaft wider. Dementsprechend geht der WBM Konzern in den nächsten 10 Jahren von Verrrentungen von 30 % der Belegschaft aus. Gleichzeitig besteht nach Entscheidung der Bundesregierung für einige Mitarbeiter die Möglichkeit, die frühere Rente mit 63 Jahren in Anspruch zu nehmen. Um diesen Fachkräfteabgang zu kompensieren, setzt die Gesellschaft auf die Ausbildung von jungen Menschen und deren Übernahme auf freigewordene Stellen. Gleichzeitig werden durch organisatorische Änderungen Geschäftsabläufe optimiert.

Sonstige Risiken

In den 1960er bis 1980er Jahren war es in den ehemaligen Westberliner Bezirken üblich, asbesthaltige Materialien in Wohn- und Geschäftsbauten zu verarbeiten. Bauten aus diesen Jahrgängen befinden sich vereinzelt im Wohnungsbestand des WBM Konzerns. Die betroffenen Gebäude wurden bereits identifiziert. Mit einem ausführlichen Schreiben wurden die Mieter informiert. Die Begutachtung der Wohnungen erfolgt durch ein qualifiziertes Ingenieurbüro. Saniert werden die Wohnungen unter Beachtung der behördlichen und gesetzlichen Vorgaben mit Unternehmen, die auf Asbestsanierung spezialisiert sind. Die Sanierungsaufwendungen wurden in der Planung bereits berücksichtigt.

Zum 31.12.2014 sind keine Risiken ersichtlich, die den Fortbestand des Konzerns oder der Einzelunternehmen gefährden könnten. Darüber hinaus sind auch im mittelfristigen Planungshorizont solche Risiken nicht erkennbar. Für die identifizierten und quantifizierten Risiken wird davon ausgegangen, dass ein eventueller Risikoeintritt durch den WBM Konzern zu bewältigen ist.

4.2 Chancenbericht

Aus dem unternehmerischen Alltag erwachsen neben den Risiken auch Chancen. Diese Chancen sind zu identifizieren und wahrzunehmen, denn sie gelten als wichtiger Grundstein für das Wachstum eines Unternehmens. Eine Umsetzung erfolgt in der täglichen Arbeit, immer unter Beachtung der daraus resultierenden Risiken.

Aus der jährlichen aktualisierten Mittelfristplanung geht der WBM Konzern von umfassenden Zukunftsannahmen aus. Diese Zukunftsannahmen werden mit realistischen Einschätzungen fortgeschrieben, unter der Annahme von weiteren internen oder externen Potenzialen. Für das laufende Geschäftsjahr werden kurzfristige Chancen, die vom geplanten Ergebnis positiv abweichen, in der quartalsmäßigen Hochrechnung erfasst. Identifizierte langfristige Chancen fließen in die neue Mittelfristplanung ein.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich der WBM Konzern bewegt, beeinflussen die Ertrags- und Liquiditätslage des Unternehmens. Die derzeitige Entwicklung am Berliner Wohnungsmarkt zeigt Chancen für gezielte Investitionen auf. Die Neubauintiative der städtischen Wohnungsbaugesellschaften schafft auch für den WBM Konzern die Chance, neue Wohnungen mit interessanten Konzepten dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Die derzeit historisch niedrigen Zinsen sorgen für günstige Refinanzierungsbedingungen bei Prolongationen und Neuaufnahmen von Krediten. Bleibt das derzeitige Zinsniveau, führt es zu einer weiteren Reduzierung der Zinslast des WBM Konzerns.

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung ist es eine Aufgabe des WBM Konzern, sich zukunftsicher aufzustellen. Die Chancen der eigenen Ausbildung sind zu nutzen. Dies betrifft sowohl die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter, um eine permanente Ausrichtung auf den aktuellen Wohnungsmarkt zu gewährleisten, als auch die Ausbildung von Schulabgängern zu gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig erfordert das Wissen um die in den kommenden Jahren in Ruhestand gehenden Mitarbeiter, sich mit der Optimierung der Geschäftsprozesse auseinanderzusetzen.

4.3 Prognosebericht

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wird sich in 2015 voraussichtlich verlangsamen. Hier wirken sich die ungünstige Entwicklung im EURO-Raum sowie die globalen politischen Spannungen aus. Von einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum kann aber u. a. aufgrund der guten Konsumgüternachfrage ausgegangen werden.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin stabil. Mit Einführung des Mindestlohnes wird mit einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gerechnet.

Der Immobilienstandort Deutschland bleibt durch seine langfristige positive Entwicklung weiterhin beständig. In den Ballungszentren bleibt die Nachfrage nach Immobilien als Geldanlage ungebrochen hoch.

Durch die wirtschaftliche und demografische Entwicklung in Deutschland setzt sich der Zuzug in die Großstädte weiter fort. Damit hält die angespannte Lage auch am Berliner Wohnungsmarkt weiter an. Die Nachfrage nach Wohnungen steigt stetig. Dem Wohnungsbedarf kann nur mit Neubau begegnet werden, wobei für den innerstädtischen Wohnungsbau nur begrenzt Flächen vorhanden sind. Bauprojekte müssen in die vorhandene Altbebauung integriert werden, damit eine Akzeptanz durch die Anwohner erreicht wird.

Der WBM Konzern hat sich dieser Aufgabe angenommen und bereits Vorhaben in der Bau-durchführung. Im Planungszeitraum bis 2019 sollen rd. 1.600 Mietwohnungen neu entstehen. Der WBM Konzern stellt sich damit der sozialen Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum mit einer sozialen Durchmischung zur Verfügung zu stellen.

Im mittelfristigen Planungshorizont geht der WBM Konzern von durchgehend positiven Jahresergebnissen aus. Diese werden im Vergleich zum Jahr 2014 voraussichtlich niedriger ausfallen, da im Berichtsjahr einmalige Sondereffekte (siehe Ertragslage) aufgetreten sind.

Die Wohnungsmieten unterliegen dem mit dem Gesellschafter Land Berlin geschlossenen „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ (Mietenbündnis), das in Teilen über die Mietpreisbremse des Koalitionsvertrages auf Bundesebene hinausgeht. Das Mietenbündnis ist die Grundlage für die Planung der Mietentwicklung. Prognostiziert wird eine durchschnittliche Wohnungsmiete von 5,80 m² im Jahr 2015. Die erwarteten Erlösschmälerungen für Leerstand und Mietminderungen sind stark beeinflusst durch die hohe Bautätigkeit des Unternehmens, bleiben aber auf einem niedrigen Niveau (2,8 %).

Neben dem Neubau bleibt die Bestandserhaltung und -entwicklung im Mittelpunkt des Unternehmens. 70,1 Mio. € plant der WBM Konzern hier im Jahr 2015 zu investieren.

Liquiditätsengpässe werden im Planungszeitraum nicht erwartet.

Mit der Beendigung der letzten sale-and-lease-back-Konstruktion im Jahr 2015 wird die Konzernstruktur weiter vereinfacht.

Für die anstehenden Herausforderungen sieht sich der WBM Konzern mit seinen engagierten Mitarbeitern/-innen gerüstet. Das wichtigste Ziel ist, auch weiterhin die Immobilien zukunftsgerecht mit einem soliden finanziellen Fundament zu gestalten.

5. Corporate Governance

Im WBM Konzern werden die im Berliner Corporate Governance ausgesprochenen Empfehlungen des Landes Berlin angewendet.

Dieser Lagebericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen und Informationen. Solche vorausschauenden Aussagen beruhen auf unseren heutigen Erwartungen und bestimmten Annahmen. Sie bergen daher eine Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Eine Vielzahl von Faktoren, von denen zahlreiche außerhalb des Einflussbereichs des WBM Konzerns liegen, beeinflussen die Geschäftsaktivitäten, den Erfolg, die Geschäftsstrategie und die Ergebnisse des WBM Konzerns. Diese Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, Erfolge und Leistungen des WBM Konzerns wesentlich abweichen.

Sollten sich eines oder mehrere dieser Risiken oder Ungewissheiten realisieren oder sollte sich erweisen, dass die zugrunde liegenden Annahmen nicht korrekt waren, können die tatsächlichen Ergebnisse sowohl positiv als auch negativ wesentlich von denjenigen Ergebnissen abweichen, die in der zukunftsgerichteten Aussage als erwartete, antizipierte, beabsichtigte, geplante, geglaubte, projizierte oder geschätzte Ergebnisse genannt worden sind.

Berlin, den 17. März 2015

Lars Ernst

Geschäftsführer

**Erklärung
der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
der WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH**

I. ZUSAMMENWIRKEN VON GESCHÄFTSFÜHRUNG UND AUFSICHTSRAT

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat arbeiteten eng und vertrauensvoll zusammen.

Im Jahr 2014 fanden insgesamt vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen, zwei Prüfungsausschusssitzungen, eine Bau- und Vermögensausschusssitzung sowie zwei Sitzungen des Personalausschusses statt. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr mittels Fragebögen mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Die Auswertung wird der Aufsichtsrat in seiner ersten Sitzung im Jahr 2015 vornehmen.

Alle relevanten Unternehmensangelegenheiten wurden von der Geschäftsführung dem Aufsichtsrat offen gelegt.

Der Aufsichtsrat, der Bau- und Vermögensausschuss sowie der Prüfungsausschuss haben ihre Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsführung abgehalten.

Neben dem Gesellschaftsvertrag bestehen eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat sowie eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung hat die zustimmungspflichtigen Geschäfte gemäß den Vorgaben des Gesellschaftsvertrages in Verbindung mit der Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

Die Geschäftsführung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Beifügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Die Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat erörtert und abgestimmt. Quartalsberichte mit Soll-/Ist-Vergleichen wurden erstellt und Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt. Zusätzliche Steuerungsmaßnahmen wurden in konkreter und nachvollziehbarer Form vorgeschlagen.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsführers und Aufsichtsrates gewahrt.

Es besteht eine D & O-Versicherung für die Aufsichtsräte, die Geschäftsführer und die Prokuristen aller zum Konzern gehörenden Unternehmen, soweit WBM mehr als 50 % der Stimmrechte hält, ohne Selbstbehalt.

II. GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Geschäftsführung hat ausschließlich im Interesse des Gesellschafters und des WBM Konzerns und dessen nachhaltiger Wertsteigerung und Wettbewerbsfähigkeit gearbeitet; für den Konzern nachteilige Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsführung Sorge getragen. Der Konzern verfügte über ein wirksames Risikomanagement und internes Kontrollsystem.

Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsführung sind in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt. Es wurde kein Vorsitzender der Geschäftsführung bestimmt.

Die Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Personalausschuss beraten und entschieden. Die Vergütungsregelungen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung.

Die Vergütung der Geschäftsführung setzt sich aus einem Fixum und aus einem variablen erfolgsabhängigen Bonus zusammen. Der variable Anteil basiert auf einer Zielvereinbarung, die am 30.04.2014 abgeschlossen und nachträglich nicht geändert wurde. Die Vergütung wurde, unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der Mitglieder der Geschäftsführung sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt. Die Vergütung wurde im Anhang des Jahresabschlusses des WBM Konzerns ausgewiesen.

Der Aufsichtsrat hat entschieden, die Bestellung und den Dienstvertrag eines Geschäftsführers über das Geschäftsjahr hinaus nicht zu verlängern. Die Suche einer Nachfolgerin/ eines Nachfolgers ist unverzüglich durchgeführt worden. Der Aufsichtsrat hat die Bestellung einer neuen Geschäftsführerin zum 01. April 2015 beschlossen. Gleichzeitig ist die Bestellung des zweiten Geschäftsführers für weitere fünf Jahre beschlossen worden.

III. AUFSICHTSRAT

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach dem Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in alle Entscheidungen gemäß den Zustimmungserfordernissen des Gesellschaftsvertrages und der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat außer den im Gesellschaftsvertrag und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung enthaltenen Fällen keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden.

Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens.

Die stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und die Geschäftsführung kommunizierten unter anderem über die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Die Geschäftsführung hatte der stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden keine, nicht in den Aufsichtsratssitzungen behandelte, außerordentlichen Ereignisse zu berichten.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse:

- Prüfungsausschuss
- Personalausschuss und
- Bau- und Vermögensausschuss.

Der Personalausschuss hat Entscheidungskompetenzen vom Aufsichtsrat übertragen bekommen.

Der Bau- und Vermögensausschuss hat analog dem Prüfungsausschuss nur eine beratende und empfehlende Funktion. Das Plenum des Aufsichtsrates wurde von den Vorsitzenden der Ausschüsse über die Ergebnisse der Ausschussberatungen unterrichtet

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von fünf oder zehn (gilt für Dienstkräfte des Landes Berlin) Aufsichtsratsmandaten erreicht.

Herr Dr. Jürgen Heyer (Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 02. April 2014) ist Mitglied des Aufsichtsrats der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) Intermodal Polska und Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung sowie Berater der Frankonia Eurobau AG.

Frau Dr. Margaretha Sudhof ist Mitglied in den Aufsichtsräten der

- BIM Berliner Immobilien Management GmbH (Vorsitzende)
- degewo AG
- Flughafen Berlin Brandenburg GmbH
- HOWOGE Wohnungsbaugesellschaft mbH
- Liegenschaftsfonds Berlin Verwaltungsgesellschaft mbH (Vorsitzende) und
- Berlinwasser Beteiligungs GmbH (Vorsitzende).

Des Weiteren ist sie Mitglied im Verwaltungsrat der Investitionsbank Berlin Anstalt des öffentlichen Rechts.

Herr Peter Heid ist Mitglied des Aufsichtsrates des Beamten-Wohnungs-Verein zu Köpenick e. G.

Frau Regula Lüscher ist Mitglied im Aufsichtsrat der BIM Berliner Immobilien Management GmbH sowie

in Kuratorien:

- Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Denkmal für die ermordeten Juden Europas
- Bet- und Lehrhaus Petriplatz Berlin e. V.
- Magnus-Hirschfeld-Denkmal

in Stiftungsräten:

- Preußischer Kulturbesitz
- Stiftung Berliner Schloss – Humboldtforum
- Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

im Verwaltungsausschuss des Bauhaus-Archiv und im Baukollegium.

Frau Dorette König ist Geschäftsführerin des ADAC Berlin-Brandenburg. Des Weiteren ist sie Mitglied im Verwaltungsrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Frau Dr. Katrin Leonhardt ist Direktorin bei der KfW Bankengruppe und Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Energie-Agentur GmbH.

Die weiteren Aufsichtsratsmitglieder, Herr Jens Peter Hein, Frau Sigrid Braatz und Frau Christiane Röseler, haben erklärt, im Berichtszeitraum keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben ausgeübt zu haben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrates ergibt sich aus dem Anhang zum Konzernabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.

Der Aufsichtsrat hat die zwischen ihm und der Geschäftsführung beabsichtigte jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter zur Beurteilung vorgelegt.

IV. INTERESSENKONFLIKTE

Die Mitglieder der Geschäftsführung haben die bestehenden Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsführung ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

Geschäftsführung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt. Es bestanden im Aufsichtsrat und in der Geschäftsführung keine Interessenkonflikte.

Folgende Tätigkeiten in Gremien außerhalb der WBM wurden von den Geschäftsführern ausgeübt:

Herr Lars Ernst

- Mitglied des Unternehmensbeirates der Aareon AG
- Mitglied des Verbandsausschusses des Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
- Delegierter des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
- Mitglied des Beirats der Investitionsbank Berlin AÖR
- Mitglied des Aufsichtsrats der BBT GmbH
- Mitglied im Kuratorium Berliner Mitte

Herr Uwe Schmack (Geschäftsführer bis 31. Dezember 2014)

- Delegierter des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Der Aufsichtsrat hat den vorgenannten Mandaten der Geschäftsführer zugestimmt.

Geschäfte mit zum Konzern gehörenden Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsführung oder ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden, da solche nicht abgeschlossen wurden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Konzern keinen Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Konzern zur Zustimmung vorgelegt, da solche nicht abgeschlossen wurden.

Mitgliedern der Geschäftsführung und Mitgliedern des Aufsichtsrates oder Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.

V. TRANSPARENZ

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und den aktuellen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden.

Unternehmensinformationen (u. a. die Geschäftsberichte) sind im Internet veröffentlicht worden.

VI. RECHNUNGSLEGUNG

Die Jahresabschlüsse und die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten deutschen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Gesellschafter vorgelegt.

Die Zwischenberichte wurden zwischen dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung intensiv erörtert. Die Bewertungsmethoden sind erläutert und begründet.

Der Konzernabschluss führt die Beteiligungsunternehmen des Konzerns auf.

VII. ABSCHLUSSPRÜFUNG

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch nicht gegenüber Organen des Abschlussprüfers – gegenüber dem Konzern sowie seinen Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe und der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

Die DOMUS AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft wurde zum Abschlussprüfer 2014 gewählt und hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2014 teilgenommen.

Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.

Berlin, 17. März 2015

Dr. Margaretha Sudhof
Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates

Lars Ernst
Geschäftsführung

Bezüge der Geschäftsführung	Lars Ernst T€	Uwe Schmack T€
Grundvergütung	180	180
Variable Vergütung	40	40
Altersversorgung	27	27
Arbeitgeberanteile zu Sozialversicherungen	11	11
Sachbezug	0	30
PKW	9	7
	267	295

	Gundver- gütung bis 30.09.2014 T€	Sitzungs- geld bis 30.09.2014 T€	festе Vergütung ab 01.10.2014 T€	Gesamt Bezüge (netto) T€
Herr Dr. Jürgen Heyer, Minister a. D. des Landes Sachsen-Anhalt Vorsitzender des Aufsichtsrates bis 02.04.2014	1,6	0,6	0,0	2,2
Frau Dr. Margaretha Sudhof Staatsekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin Stellvertretende Vorsitzende	2,8	0,8	1,4	5
Herr Peter Heid, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	2,8	0,6	1,6	5
Frau Dorette König, Geschäftsführerin des ADAC Berlin-Brandenburg e. V.	1,9	0,3	1,1	3,3
Frau Dr. Katrin Leonhardt, Direktorin bei der KfW Bankengruppe	1,9	0,5	1,1	3,5
Frau Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin	1,9	0,3	1,1	3,3
Frau Christiane Röseler, Arbeitnehmervertreterin der WBM	1,9	0,6	1,1	3,6
Frau Sigrid Braatz, Arbeitnehmervertreterin der WBM	1,9	0,5	1,1	3,5
Herr Jens Peter Hein, Arbeitnehmervertreter der WBM	1,9	0,6	1,1	3,6
gesamt:	18,6	4,8	9,6	33,0

WISTA-MANAGEMENT GMBH
WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT
BERLIN-ADLERSHOF

WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT BERLIN-ADLERSHOF, Berlin

Lagebericht 2014

1. Die allgemeine Lage in Berlin Adlershof im Jahr 2014

Ende 2014 arbeiteten am Hochtechnologiestandort Berlin Adlershof 15.931 (2013: 15.450) Menschen, 3 % mehr als im Jahr zuvor. Hinzu kamen 6.235 Studenten an den Instituten der Humboldt-Universität zu Berlin (HU). Die Umsätze, Haushalts- und Fördermittel lagen mit 1,74 Mrd. Euro (2013: 1,78 Mrd. Euro) auf dem Niveau des Vorjahres. Ursache dieses Wachstumsschubes war die Ansiedlung zahlreicher technologieorientierter Unternehmen, einige davon mit Mitarbeiterzahlen im dreistelligen Bereich. In Folge des Wegzugs einer Reihe von Kleinstunternehmen hat sich die Gesamtzahl der Firmen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit 1.001 (2013: 996) gegenüber 2013 kaum verändert.

Im **Wissenschafts- und Technologiepark** wurden 53 Unternehmen angesiedelt, 34 verließen den Standort. Die Auslastung der Technologiezentren betrug 87 % (2013: 86 %). Die Zahl der Beschäftigten stieg um 5,2 % auf 5.865 (2013: 5.576). Hinzu kamen 124 (2013: 126) Auszubildende. Die Umsätze der Unternehmen legten um 3,5 % auf 718,0 Mio. Euro (2013: 693,6 Mio. Euro) zu. 2014 flossen nur noch knapp 10,0 Mio. Euro an Fördermitteln zu; 2013 waren es noch rund 23,5 Mio. Euro, was einem Rückgang von 57,4 % gleichkommt.

Die **Medienstadt** wies 2014 ein leichtes Umsatz- und Beschäftigungsplus aus, obwohl die Zahl der Unternehmen um fünf auf 135 abnahm. Die Umsätze legten um 2 % auf 214 Mio. Euro (2013: 210 Mio. Euro) zu. An Fördermitteln flossen nur noch 100.000 Euro (2013: 4 Mio. Euro) zu. Die Zahl der fest angestellten Mitarbeiter lag mit 1.227 um 1,2 % über der des Vorjahres, die der freien Mitarbeiter stieg auf 777 (2013: 727). Hinzu kamen 77 Auszubildende (2013: 50).

Die Umsätze und Haushaltsmittel der **Unternehmen und Einrichtungen im übrigen Entwicklungsgebiet** stiegen mit 9,2 % auf 630,5 Mio. Euro (2013: 577,6 Mio. Euro) kräftig. Wie auch im Technologiepark schrumpften die Fördermittel beachtlich, nämlich von 17,5 Mio. Euro auf knapp 1,3 Mio. Euro. Die Zahl der Mitarbeiter lag mit 5.300 (2013: 5.188) um 2,2 % über der des Vorjahres. Hinzu kamen 475 (2013: 780) Auszubildende (u. a. bei mehreren Trägern überbetrieblicher Ausbildung).

Der Förder- bzw. Drittmittelanteil am Budget der sechs **Institute der Humboldt-Universität zu Berlin (HU)** betrug 31 Mio. Euro (2013: 28 Mio. Euro), die Grundfinanzierung belief sich wie 2013 auf 48 Mio. Euro.

Bei den zehn **außeruniversitären Instituten** lagen die Haushaltsmittel mit 132,3 Mio. Euro fast auf Vorjahreshöhe (133,3 Mio. Euro). Die Drittmittel lagen bei 40 Mio. Euro (2013: 47 Mio. Euro). Insgesamt gab es 2.762 (2013: 2.747) Beschäftigte in den wissenschaftlichen Einrichtungen.

Das Image des Hochtechnologiestandorts Adlershof genießt bei den Standortpartnern Priorität und erhielt bei der **Bewertung wichtiger Standortbedingungen** die höchsten Werte. Ebenso eindeutig waren die Antworten auf die Frage: „Würden Sie einem befreundeten Unternehmer Adlershof als Standort empfehlen?“ 95,7 % der Befragten gaben ein „Ja“ zur Antwort. Die Zufriedenheit der Mieter, auch das belegen die Zahlen, hat sich im letzten Jahr verbessert. Dies betrifft nicht nur das Angebot von Infrastrukturleistungen, sondern auch die Nebenkosten und das Abstellen von Mängeln. Die Unternehmen stellen sowohl der WISTA-MANAGEMENT GMBH als auch der Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH (IZBM) und vor allem der Adlershof Facility Management GmbH gute Noten aus. Erstmals wurde auch nach dem Interesse der Unternehmen gefragt, eine eigene Immobilie am Standort zu erwerben. Knapp 21 % aller Anlieger nannten diese Möglichkeit eine Option.

2. Die Aktivitäten der WISTA-MANAGEMENT GMBH und ihrer Tochtergesellschaften im Jahr 2014

Ansiedlung und städtebauliche Entwicklung

Die größte Ansiedlung war der IT-Dienstleister Atos Deutschland GmbH, der voraussichtlich bis März 2015 knapp 1.000 Mitarbeiter des Unternehmens und seiner Servicepartner aus sechs Berliner Standorten nach Adlershof verlegen wird. Ende 2014 hatten bereits 350 Beschäftigte ihre Büros in den einstigen Räumen der Solon Energy GmbH bezogen.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH betreibt **fünf moderne Technologiezentren** mit insgesamt 13 Gebäuden und rund 176.000 m² vermietbarer Fläche in Adlershof. Ende 2014 betrug deren Auslastung etwas über 87 %.

Im Wissenschafts- und Technologiepark kam mit dem Medizintechnikspezialisten Simpirica Spine GmbH das **1.000. Unternehmen** nach Adlershof. Wie Simpirica stammt auch der auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz tätige Softwareentwickler Zoral Labs aus den USA. Mit der Ellex Deutschland GmbH (Hauptsitz: Australien) ließ sich ein Entwickler von Lasern und diagnostischen Geräten für die Augenheilkunde nieder. Zu den interessantesten Ansiedlungen zählten außerdem die interface systems GmbH, ein Anbieter von Dienstleistungen für IT-Architektur und die G. Lufft Mess- und Regeltechnik GmbH, ein Hersteller von Präzisionsinstrumenten für die Meteorologie.

Etliche Firmen im Technologiepark erwarben 2014 von der WISTA-MANAGEMENT GMBH **Grundstücke**, darunter die Dan-Tech Energy GmbH, ein aus Israel stammender Spezialist für Batteriesysteme, und die WITT Sensoric GmbH, ein Hersteller optoelektronischer Sicherheitssensoren. Die vis:a:vis Filmproduktion GmbH kaufte an der Rudower Chaussee einen Teil eines denkmalgeschützten ehemaligen Flugzeughangars. Schließlich erwarb die Bauer Elektroanlagen GmbH ein Grundstück, um ihre am 26. September 2014 eingeweihte Betriebsstätte zu erweitern.

Im **Innovations- und Gründerzentrum Adlershof (IGZ)** bzw. **Internationalen Gründerzentrum (OWZ)** siedelte die Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH (IZBM) 16 Start-ups an, darunter die Chromicent GmbH (Analysemethoden für die pharmazeutische Industrie) und die jung diagnostics GmbH (computergestützte Analysen medizinischer Bilddaten), die RSR online Energiekonfigurator GmbH (Gebäudesanierungssysteme als Webplattform) und die Smives GmbH (Software für die Ansteuerung energieeffizienter Elektromotoren). Insgesamt betreut die IZBM in Adlershof 77 Unternehmen; ihre beiden Zentren waren zu 98 % ausgelastet.

Die von der Adlershof Projekt GmbH als Treuhänder der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt vorbereiteten **Gewerbeflächen im Entwicklungsgebiet** von Adlershof werden für wissenschaftliche Einrichtungen und Hochtechnologieunternehmen zunehmend interessant. Adlershof Projekt hat erfolgreich eine Reihe landeseigener Grundstücke an profilkonforme Unternehmen verkauft. Beispielhaft dafür ist die ifp Institut für Produktqualität GmbH (Lebensmittel-, Futter- und Pharmaanalytik), die ihren Sitz mit 160 Mitarbeitern nach Adlershof verlegt hat, oder auch die Ahlberg Metalltechnik GmbH, die Produktion und Verwaltung mit 135 Mitarbeitern in Adlershof zusammenführen wird. Auf einem Areal unweit des Segelfliegerdamms erschließt Adlershof Projekt ein Gewerbegebiet, auf dem die Budatec GmbH (Anlagenhersteller für die Halbleiter- und Solarindustrie) und das Ingenieurbüro Drews (Beton-Instandsetzung, Sanierung und technische Gebäudeausrüstung) Grundstücke erworben haben. Die Novak Siebdruck hat sich dort bereits mit einem neuen Produktions- und Bürogebäude niedergelassen. Anfang Dezember erwarb schließlich die Beos AG die Liegenschaft des einstigen Solarmodulherstellers Solteature GmbH am Groß-Berliner Damm. Sie plant, die Immobilie parzelliert zu vermieten.

Sichtbarer Beweis für die fortschreitende **urbane Gestaltung Adlershofs** – für die Adlershof Projekt GmbH ein zentrales städtebauliches Ziel – war am 2. September 2014 das Richtfest des dritten Bauabschnitts eines Bürokomplexes der Europa-Center AG an der Rudower Chaussee. Der Hamburger Immobilienentwickler verhandelt zudem mit der Adlershof Projekt GmbH bezüglich eines Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft des Forums für ein Büro- und Geschäftshaus. An der Albert-Einstein-Straße wird er ein Parkhaus mit Bürogebäude bauen lassen, wofür er von der WISTA-MANAGEMENT GMBH ein Grundstück erworben hat. Unweit des S-Bahnhofs Adlershof stehen demnächst zwei wichtige Bauvorhaben an: Die Projektgesellschaft Medienfenster mbH & Co. KG wird eine Anlage mit 150

Apartments für studentisches Wohnen und die Project Immobilien GmbH einen Bürokomplex errichten. Project Immobilien hat bereits im Technologiepark den zweiten Bauabschnitt eines Bürohauses („SPEKTRUM Adlershof 2“) fertiggestellt. Schließlich verhandelt die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) die mögliche Ansiedlung des Landeslabors Berlin-Brandenburg an der Rudower Chaussee, Ecke Wegedornstraße. Dieses Institut würde die zahlreichen Adlershofer Analytik-Unternehmen ideal ergänzen.

Das von Adlershof Projekt betreute Quartier **„Wohnen am Campus“** machte ebenfalls große Fortschritte. Beispielsweise sind bei der First Home Wohnbau die ersten 24 Eigentumswohnungen bezogen worden. Am 21. Oktober 2014 fand im Beisein von Michael Müller, Berlins Regierendem Bürgermeister (ehemals: Senator für Stadtentwicklung und Umwelt), die feierliche Eröffnung des Studentendorfs Adlershof statt, dessen Apartments bereits vermietet sind. Im Dezember erwarb die GSW Sigmaringen ein Grundstück, auf dem ein Veranstaltungs- und Ausstellungsbereich für AAL- (Ambient Assisted Living) Systeme in Kombination mit 70 Mehrgenerationen- Wohneinheiten errichtet wird. Insgesamt entstehen auf dem 14 ha großen Areal neben 386 Studentenapartments 1.050 Wohneinheiten. „Wohnen am Campus“ fand in den Medien ein breites und positives Echo, wie z. B. ein Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Dezember 2014 belegt.

Auf dem einstigen Gelände des Rangierbahnhofs Schöneweide („Gleislinse“) soll ein **40 ha großes Gewerbegebiet** entstehen. Adlershof erhält damit eine attraktive zusätzliche Wachstumsfläche. Das haben die Deutsche Bahn AG, das Land Berlin und der Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart. 2014 wurden die Planungen fortgeführt und mit der baulichen Umsetzung der gesamten Maßnahme begonnen. Adlershof Projekt verantwortet u. a. die Herstellung der Haupteinschließung und des öffentlichen Grünzuges.

Förderung von Unternehmensgründungen

Eine intensive Unterstützung von Unternehmensgründern ist für den Erfolg des Technologiestandorts Adlershof von entscheidender Bedeutung. Die Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH (IZBM) spielt mit ihren beiden Adlershofer Gründerzentren dabei eine entscheidende Rolle. Sie setzte 2014 neue Schwerpunkte:

Zugang zu Ressourcen: Im Unterschied zu Start-ups, die sich häufig mit Softwareentwicklung beschäftigen, benötigen hardwareorientierte Unternehmen einen Maschinenpark und viel technisches Detailwissen. Zu diesen Ressourcen, die im Technologiepark Adlershof reichlich vorhanden sind, wollen die IZBM und die WISTA-MANAGEMENT GMBH den Unternehmensgründern Zugang verschaffen. Der Arbeitstitel lautet: Hardware Cloud.

Vertriebserfahrung vermitteln: Unternehmensgründern fehlt es an Vertriebserfahrung und Kundenkontakten. Daher hat die IZBM 2014 gemeinsam mit der Technischen Universität Berlin (TU Berlin) ein Konzept erarbeitet, mit dessen Hilfe der Vertrieb junger Unternehmen durch spezielle Infrastruktur (z. B. Showrooms) unterstützt werden kann.

Finanzierung sichern: Nach Berlin fließt innerhalb Deutschlands mit Abstand das meiste Kapital zur Finanzierung von Start-ups, zumeist in die Digitalwirtschaft. Für Gründungen im verarbeitenden Gewerbe ist die Finanzierung weitaus schwieriger. Die IZBM informiert daher Unternehmen über Fördermöglichkeiten und stellt Kontakte zu Venture-Capital-Investoren her. 2014 kamen auf diese Weise einige Beteiligungen bzw. Kapitalrunden bei Unternehmen zustande. Sie reichten von mehreren hunderttausend bis zu mehr als sechs Mio. Euro.

Strategien für zukünftige Technologiefelder

Adlershof verfügt über eine einmalige Konzentration von Kompetenzen in der Analytik. Auf Initiative der WISTA-MANAGEMENT GMBH werden diese unter dem Dach einer **Analytic City Adlershof (ACA)** gebündelt, sodass ein neues branchenübergreifendes Cluster entstehen kann, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Technologiekreis Adlershof (TKA), der Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof e. V. (IGAFA), der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) sowie dem Kompetenznetz Optische Technologien Berlin-Brandenburg (OpTecBB) e. V. Schwerpunkte der Arbeit des „Initiativkreises ACA“ waren u. a. der Internetauftritt unter dem Dach von www.adlershof.de, die Teilnahme an der Messe „Analytica“ (München), die Herausgabe eines „Adlershof Specials“ und die Durchführung des „2. Forum Analytic City“ (Themen: Protein- und die Prozessanalytik).

Die Entwicklung eines Clusters rund um die Erneuerbaren Energien in Adlershof nahm 2014 weiter Gestalt an. Ende des Jahres arbeiteten neben wissenschaftlichen Einrichtungen rund 40 Unternehmen mit 1.200 Mitarbeitern an innovativen Lösungen für die Energiewende. Mehr noch: Die **Energiestrategie Berlin Adlershof 2020** soll einen Beitrag dazu leisten, bis 2020 am Hochtechnologiestandort 30 Prozent Primärenergie (2014: rund 380 GWh/a) einzusparen.

Unter Federführung der WISTA-MANAGEMENT GMBH, mit aktiver Beteiligung der Adlershof Projekt GmbH, der Adlershof Facility Management GmbH sowie mit finanzieller Unterstützung durch das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) soll bis August 2016 ein neues Versorgungskonzept für Adlershof entworfen werden. Zur Unterstützung nahm am 1. Februar 2014 ein Energiemanager seine Tätigkeit bei der WISTA-MANAGEMENT GMBH auf. Er informiert die Unternehmen, Forschungsinstitute, Mieter und Investoren über Energieeffizienz bzw. initiiert und betreut Energieeffizienzprojekte. Außerdem erarbeitet er ein Konzept zur systematischen Erfassung von Energieverbräuchen am Standort.

Drei sogenannte Umsetzungsprojekte wurden 2014 in Angriff genommen:

1. Für die Beleuchtungsoptimierung stattete das Standortunternehmen ICE Gateway GmbH Straßenlampen mit LED-Leuchtmitteln aus und integrierte eine kabellose Infrastruktur für Licht, Sensoren sowie für sogenannte Web Services. Im Oktober wurde das Pilotprojekt bei einem „LED-Spaziergang“ der Standortöffentlichkeit vorgestellt.
2. Auch innerhalb der Liegenschaften der WISTA-MANAGEMENT GMBH soll auf energieeffiziente Beleuchtung umgestellt werden. Hierfür wurde eine Bestandsaufnahme vorgenommen, auf deren Grundlage im Jahr 2015 Energieeinsparungen errechnet, eine Lichtkonzeption und Finanzierungsvarianten für die Umstellung von Beleuchtungsanlagen erarbeitet werden.
3. Im Technologiezentrum für Photonik und Optik (ZPO) soll mit neuen Speicherlösungen und einer verbesserten Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik eine Optimierung bei der Kälteversorgung erreicht werden. Hierfür bewilligte das BMWi im November 2014 einen Förderantrag.

Die „Energiestrategie Berlin Adlershof 2020“ stieß auf wachsendes Interesse: Anfang 2014 informierten sich 220 Vertreter aus Unternehmen und Kommunen über das Adlershofer Vorhaben, im Mai wurde es auf den Berliner Energietagen präsentiert. Seit Jahresmitte rückte die Energiestrategie auch in den Blickpunkt der Medien, u. a. bezeichnete das „Handelsblatt“ am 31. Oktober Adlershof als einen „Referenzort“ für „Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz“.

Aquisition und Vermarktung

Adlershof braucht Impulse durch die **Ansiedlung großer Unternehmen** mit internationaler Ausstrahlung. Ende des Jahres hatte die WISTA-MANAGEMENT GMBH rund 160 mögliche Interessenten kontaktiert, mit 108 Unternehmen fanden persönliche Gespräche statt. Rund 40 davon haben Interesse an Adlershof erkennen lassen. Mit neun bestehen direkte Verbindungen. Um das in Adlershof konzentrierte Know-how besser als bisher an Kunden herantragen zu können, wurde eine Datenbank (dt./engl.) erstellt, welche die Kernkompetenzen aller am Standort ansässigen Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen anschaulich darstellt. Sie ist unter www.adlershof.de jedermann zugänglich.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH nutzte zahlreiche **Messen im In- und Ausland zur gezielten Ansprache von Technologiefirmen**: Im Februar präsentierte sie sich auf der „Photonics West“ (San Francisco, USA) erstmals im neuen Corporate Design und das neue Vertriebsinstrument „Adlershof 360°“. Weitere Messeauftritte folgten auf der CeBIT (Hannover), der Laser Optics (Berlin), der Bio International Convention (San Diego, USA), der Analytica (München), der Hannover Messe, der ILA Berlin Air Show, der Intersolar (München) und der Medica (Düsseldorf).

Die Adlershof Projekt GmbH stellte mit „Wohnen am Campus“ auf der Berliner Immobilien Messe (BIM) ein wichtiges städtisches Wohnprojekt vor. Darüber hinaus präsentierte sie den Standort auf den beiden wichtigsten Immobilienmessen Europas, der „MIPIM“ (Cannes, Frankreich) und der „ExpoReal“ in München. Außerdem präsentierte die Tegel Projekt GmbH dort den Forschungs- und Industriepark „Berlin TXL – The Urban Tech Republic“, den sie auf dem Flughafen Tegel entwickeln wird.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH akquirierte 2014 außerdem eine ganze Reihe **Veranstaltungen**, deren thematische Ausrichtung mit der des Technologieparks korrespondiert. Beispielsweise führte die „EOSAM 2014“ rund 500 Forscher, Entwickler und Unternehmer nach Adlershof. Beim E-Publish-Kongress diskutierten 250 Verlags- und Medienvertreter über die Zukunft des digitalen Publizierens. Rund 200 Teilnehmer kamen zum internationalen Fachkongress mit Start-up-Ausstellung Smart Energy Community von EIT ICT LABS Germany und Deutscher Telekom AG. Derartige Großveranstaltungen werden seit 2014 innerhalb der WISTA-MANAGEMENT GMBH von einem Team betreut, um Miet- und Kaufinteressenten sowie Kooperationspartner zu gewinnen.

Kooperation und Vernetzung

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH intensivierte mit Präsentationen, gegenseitiger Betreuung von Besuchern und Studenten ihre **Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität zu Berlin (HU)** und dort insbesondere mit der „School of Analytical Sciences Adlershof“ (SALSA) sowie dem „Integrative Research Institute for the Sciences“ (IRIS). Dahinter steht die Absicht, Studenten, Wissenschaftler und Adlershofer Unternehmer zusammenzubringen, um gemeinsame Forschungs- und Transferprojekte zu initiieren sowie die Gründung universitärer Start-ups zu fördern.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH erreichen aus dem Ausland immer häufiger Anfragen zur beratenden Unterstützung beim Aufbau von Technologieparks. Sie hat daher mit dem Fachbereich Geographie der HU eine Vereinbarung über das **Adlershofer Innovations-Management (AIM)** unterzeichnet. Dieses bringt über Beratungsprojekte und Schulungen Know-how in den Aufbau ausländischer Technologieparks ein, wovon auch Adlershofer Unternehmen profitieren können. Neben einer Schulung thailändischer Technologieparkexperten konnte 2014 ein bedeutender Auftrag akquiriert werden. Dieser umfasst die Beratung bei Konzeption, Aufbau und Management eines Gründerzentrums im deutsch-chinesischen Technologiepark von Jieyang, Provinz Guangdong („Sino-German Metal EcoCity“ SGMEC). Das Konzept hierfür wurde im Januar 2015 erfolgreich verteidigt. Ein Kooperationsbüro der SGMEC befindet sich in Adlershof im Aufbau.

Unternehmen aus dem chinesischen Partnertechnologiepark Xi'An sondierten die Gründung von Filialen in Adlershof. Die WISTA-MANAGEMENT GMBH vereinbarte mit dem indischen Technologietransfer-Unternehmen JCurve die Gründung eines „India Desks“ in Adlershof zur gegenseitigen Unterstützung

bei Geschäftskontakten und Ansiedlungen. Kooperationspartner sind künftig auch der Teknopark Istanbul und der Los Angeles Clean Tech Incubator (gegenseitige Unterstützung beim Marktzugang im Energiebereich).

Im Mai nutzte die WISTA-MANAGEMENT GmbH die Innovationsmesse „MIXII Israel“ zu Kontakten mit Technologieunternehmen, -agenturen und Transferstellen von Universitäten und Einrichtungen wie der Hebrew University (Jerusalem), dem Technion (Haifa) und dem Weizmann Institute of Science (Rehovot). Im Oktober präsentierte sich die WISTA-MANAGEMENT GMBH auf der Jahrestagung der International Association of Science Parks (IASP) in Doha, der Hauptstadt des Emirats Katar, mit drei Beiträgen.

Marketing und Kommunikation

Das neue Corporate Design wurde weiterentwickelt und die Tochtergesellschaften IZBM sowie Adlershof Facility Management GmbH integriert. Ein völlig neues Vertriebsinstrument ist die App „**Adlershof 360°**“. Sie vermittelt in deutscher und englischer Sprache auf dem Computerbildschirm detaillierte wie plastische Einblicke in die Gebäude und Arbeitsbereiche des Technologieparks Adlershof. „Adlershof 360°“ ist auch im Internet abrufbar. Zur Unterstützung des Vertriebs wurden außerdem drei Werbespots konzipiert bzw. produziert und ein Werbemittelkatalog erstellt. Eine klare Ausrichtung auf die Belange des Vertriebs erhielten auch das „Adlershof Journal“ und die zweisprachigen (dt./engl.) „Adlershof Specials“ mit Themen wie Energie, IT, Analytik, Biotechnologie und Immobilien.

Adlershof genoss auch 2014 eine positive **Medienberichterstattung**. Die Medienarbeit konzentrierte sich auf die publizistische Betreuung von Neuansiedlungen, die Aktualisierung des „Storypools“ sowie auf einen neuen Fachpresseverteiler. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Mauerfalls spielte der Standort Adlershof eine wichtige Rolle in der von Berlin Partner konzipierten und durchgeführten Kampagne, zu der u. a. ein Live-Interview im US-Fernsehsender CNN (7. November 2014) zählte.

Seit Jahren schon hält www.adlershof.de mit dem „**Google Pagerank 7**“ eine Position an der Spitze internationaler Wissenschafts- und Technologieparks. Inzwischen liegt Adlershof hinsichtlich der meisten vertriebsrelevanten Suchbegriffe (z. B. Photonik, Optik, Biotechnologie, Veranstaltungsservice) bei der weltgrößten Suchmaschine auf der ersten Seite. Die Gründerzentren sind dort unter die „Top Five“ aufgerückt. Ein aktuelles, an der International Association of Science Parks and Areas of Innovation (ISAP) und dem ADT-Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren e. V. orientiertes Benchmarking ergab, dass Adlershof im nationalen wie internationalen Vergleich auch bei den Social Media führend ist. Zwei Workshops dienten deren Nutzung für die Vertriebs- und Imagearbeit des Standorts bzw. zur Verbesserung dessen digitaler Reputation.

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH hatte 2014 rund **150 Veranstaltungen** für externe Unternehmen und Einrichtungen akquiriert sowie organisiert, die zu 90 % dem Profil des Standortes entsprachen. Hinzu kamen ca. 200 Veranstaltungen für Standortpartner. Eine Reihe wichtiger Ereignisse diente auch 2014 dem „Public Understanding of Science“ und der Nachwuchsgewinnung: Am 13. Februar 2014 vergaben die Humboldt-Universität zu Berlin (HU), die Initiativegemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof e. V. (IGAFA) und die WISTA-MANAGEMENT GMBH zum zwölften Mal den Dissertationspreis Adlershof. Am 25. und 26. Februar 2014 richtete die WISTA-MANAGEMENT GMBH zum dritten Mal als Patenunternehmen den prestigeträchtigen „Jugend forscht“-Regionalwettbewerb aus. Insgesamt 123 Teilnehmer (Anmelderekord) präsentierten ihre Forschungsergebnisse. Die mit Abstand größte Publikumsveranstaltung in Adlershof ist nach wie vor die „Lange Nacht der Wissenschaften“. Trotz Vorverlegung auf den 10. Mai 2014 und Regenwetters zählte Adlershof rund 34.000 Besuche und belegte damit in Berlin souverän einen der Spitzenplätze. Am 25. und 26. September 2014 lockten WISTA-MANAGEMENT, IGAFA und HU rund 1.000 Schüler der gymnasialen Oberstufe zu den 21. „Tagen der Forschung“.

Der **Besucherservice** der WISTA-MANAGEMENT GMBH betreute rund 4.000 Gäste, die sich besonders für Adlershof als Musterbeispiel einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung interessierten. Deutlich zugenommen unter den 100 Führungen hatten diejenigen für Unternehmen aus dem Ausland. Hinzu kamen rund 40 ausländische Delegationen u. a. aus Ägypten, Australien, Brasilien, der Volksrepublik China, Frankreich, Indien, den Niederlanden, Polen, Russland, Südkorea und Schweden. Auch die IZBM informierte zahlreiche ausländische Delegationen über das Gründergeschehen in Adlershof.

Standortkommunikation: Seit Februar begrüßt unweit des S-Bahnhofes eine große Leuchtschrift mit dem Claim „Adlershof. Science at Work.“ die Besucher; eine weitere Schrift wurde im Dezember 2014 am Ernst-Ruska-Ufer aufgestellt. Auf einem 24 m langen Bauzaun an der Rudower Chaussee machte die „Energiestrategie Berlin Adlershof 2020“ auf sich aufmerksam. Statt eines winterlichen Jahresempfangs begrüßten die Adlershofer Standortpartner am 24. Juni 2014 auf dem Forum 700 Gäste zu einem Sommerfest.

Die Science Slams („Battle den Horst“) fanden mit bis zu 500 Besuchern nicht nur beim studentischen Publikum großen Anklang. Buchpräsentationen, darunter eine von Klaus Töpfer und Christiane Grefe („Die Zeit“) moderierte Vorstellung von Rainer Klingholz' „Sklaven des Wachstums“, lockten bis zu 100 Gäste an. An dem von WISTA-MANAGEMENT GmbH und Adlershof Projekt GmbH unterstützten 2. Firmenstaffellauf sowie am „Elly-Beinhorn-Lauf“, der 2014 erstmals den Zieleinlauf auf dem Forum an der Rudower Chaussee hatte, nahmen jeweils rund 300 Läufer teil. Schließlich lud der Verein Forum Adlershof e. V. zu sechs Business Lunches ein.

Beitrag für die Zukunftsorte Berlins

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH und ihre Tochtergesellschaften zeigten im Juni auf einem Gemeinschaftsstand beim traditionellen Hoffest des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ihren Beitrag zur Entwicklung der Zukunftsorte in Berlin:

Seit 2011 engagiert sich die Innovations-Zentrum Berlin Management GmbH (IZBM) beim Aufbau des **Charlottenburger Innovations-Centrum (CHIC)**. Ende 2014 hatten sich dort 31 Unternehmen in dem bereits ausgebauten Seitenflügel niedergelassen. Der Ausbau des Haupthauses (ehem. „Gerling-Haus“) steht vor dem Abschluss. Im CHIC stehen dort ab Juni 2015 rund 5.000 m² Mietfläche zur Verfügung.

Nach vollständigem Ausbau schließt das CHIC eine wichtige Lücke in der Gründerlandschaft auf dem Campus Charlottenburg, einem der größten zusammenhängenden innerstädtischen Universitätsareale Europas mit seinem Netzwerk aus Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik. Die IZBM engagierte sich besonders für Kooperationen mit der TU Berlin und der Universität der Künste Berlin (UdK). Sie bahnte Kooperationen mit den EIT ICT Labs Germany sowie der FOM Hochschule für Oekonomie & Management sowie weiteren Forschungseinrichtungen an und sondierte Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem von Bayer HealthCare (Bayer) in Berlin eröffneten Forschungsinzinkubator für junge Life-Sciences-Unternehmen („CoLaborator“).

Seit September 2011 engagiert sich ein Team der WISTA MANAGEMENT GMBH im **Regionalmanagement Berlin Schöneweide**. Dieses handelt im Auftrag des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung und wird von dieser sowie von ortsansässigen Unternehmen mitfinanziert. Aufgabe des Regionalmanagements ist es, diesen nur knapp zwei Kilometer vom Technologiepark Adlershof entfernten Stadtteil zu einem innovativen Wirtschaftsstandort im Umfeld der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Berlin) und des Technologie- und Gründerzentrums Spreeknitz (TGS) zu entwickeln. Schwerpunktthemen sind die Energieeffizienz, Kunst- und Kreativwirtschaft, Games-Development (Computerspieleentwicklung) und Restaurierung. Die erfolgreiche Tätigkeit des Regionalmanagements war ausschlaggebend dafür, dass dessen Tätigkeit am 27. Oktober 2014 um drei Jahre verlängert wurde.

Die Bemühungen des Regionalmanagements tragen mittlerweile Früchte: Seit 2011 sind Investitionen von rund 20 Mio. Euro getätigt worden. Im Jahr 2014 konnten mit der Qinous GmbH (Entwickler autarker Energieversorgungssysteme) und botSpot GmbH (Herstellung von 3D-Scannern) zwei innovative Unternehmen für Schöneweide gewonnen werden. Am 13. Oktober 2014 fand der erste Spatenstich für ein neues Studentenwohnheim mit 150 Apartments an der Wilhelminenhofstraße statt, dessen Investor durch das Regionalmanagement gewonnen wurde. Das Regionalmanagement entwickelte außerdem gemeinsam mit dem Bezirk, dem Senat, privaten Eigentümern und dem Liegenschaftsfonds Berlin sogenannte Nutzungs-

szenarien, insbesondere für die Flächen des ehemaligen Kabelwerks Oberspree (KWO) und der „Schauhallen Berlin“ auf dem Gelände des ehemaligen Transformatorenwerks Oberschöneeweide (TRO). Schließlich wurde die Zusammenarbeit mit der HTW Berlin intensiviert.

Die Medienpräsenz Schöneweides war beachtlich. Davon zeugte neben mehreren Berichten im Regionalfernsehen ein ganzseitiger Artikel in der „Berliner Zeitung“ zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls am 9. November 2014. Zu einem passablen Instrument der Standortkommunikation haben sich die „Schöneweider Salongespräche“ entwickelt. Schließlich stößt der Standort bei der Landespolitik sowie Wirtschafts- und Hochschuldelegationen auf Interesse. Ausdruck dessen waren z. B. eine am 9. September 2014 in Kooperation mit der HTW Berlin und der Heuer Dialog GmbH durchgeführte Informationsveranstaltung sowie eine Tagung des Berliner „Steuerungskreises Industriepolitik“, der am 20. November 2014 u. a. auf Initiative des Regionalmanagements unter Vorsitz des damaligen Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit in Schöneweide zusammenkam.

In unmittelbarer Nähe zum Campus der Freien Universität Berlin (FU) in Berlin-Dahlem soll das ehemalige US Militärkrankenhaus an der Fabeckstraße zu einem **Technologie- und Gründungszentrum Südwest (TGZ Südwest)** um- und ausgebaut werden.

Seit 1998 sind im Berliner Südwesten 150 Unternehmen aus Forschungseinrichtungen mit über 1.000 Arbeitsplätzen ausgegründet worden. Allerdings sind 70 % der Ausgründungen nicht mehr im Stadtbezirk Steglitz-Zehlendorf ansässig, weil es dort an geeigneten Flächen fehlt. Insofern liegt der Standort an der Fabeckstraße mit seinen kurzen Wegen zur FU und anderen Forschungseinrichtungen ideal für das geplante TGZ Südwest. Außerdem schließt es eine Lücke in der Berliner Landschaft von Technologie- und Gründerzentren.

Im Juli 2014 wurde die WISTA-MANAGEMENT GMBH mit dem Aufbau und Betrieb des TGZ Südwest beauftragt. Sie führte zunächst intensive Gespräche mit Vertretern der FU und der benachbarten Institute sowie mit dem Regionalmanagement Berlin Südwest, der Gründungsförderung der FU („profund“), aber auch mit der Innovations- Zentrum Berlin Management GmbH (IZBM) und dem ADT-Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren e. V. sowie mit auswärtigen Technologieparks.

Inzwischen wurde mit dem Büro regioconsult ein Nutzungskonzept und ein Bedarfsprogramm sowie ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet. Außerdem legte das Büro Numrich Albrecht Klumpp Gesellschaft von Architekten mbH (NAK) einen ersten städtebaulichen Entwurf zur Gesamtentwicklung des 50.000 m² großen Geländes vor. Dieser wurde Anfang 2015 öffentlich vorgestellt und fand hohe Akzeptanz. Das TGZ Südwest orientiert sich in seiner Ausrichtung an den Schwerpunkten Mathematik und Informatik, Biologie, Chemie und Pharmazie, Physik und Medizin. Das Nutzungs-

konzept sieht vor, dass auf dem Gelände Büros ebenso wie Labore entstehen. Hinzu kommen u. a. Konferenzräume, Gastronomie, Werkstätten, Co-working-Arbeitsplätze sowie Lagerflächen. Auf dem Gelände des TGZ Südwest können zwischen 60 und 80 Unternehmen mit rund 900 Mitarbeitern tätig werden. Die Baukosten werden auf 40 bis 50 Millionen Euro geschätzt. Mit einer Verabschiedung des Bebauungsplanes durch die Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf ist bis Ende 2016, mit einer Fertigstellung des TGZ Südwest voraussichtlich Ende 2020/Anfang 2021 zu rechnen.

Die Tegel Projekt GmbH entwickelt seit 2011 für die Nachnutzung des Flughafens Tegel einen Forschungs- und Industriepark für urbane Technologien, **Berlin TXL – The Urban Tech Republic**. Das Tochterunternehmen der WISTA-MANAGEMENT GMBH geht derzeit davon aus, 2018 mit der Bautätigkeit beginnen zu können. Die Errichtung der „Urban Tech Republic“ ist in vier Bauabschnitten geplant: Zunächst sollen Teile des Terminals umgebaut werden, so dass dort die Beuth Hochschule für Technik mit rund 2.600 Studierenden einziehen und andere Teile des Gebäudekomplexes für ein Kongress- und Start-up- Center genutzt werden können. Die angrenzenden Flächen sind sowohl für Forschung und Entwicklung als auch für produzierendes Gewerbe vorgesehen.

Langfristig können auf dem Areal bis zu 800 Unternehmen mit rund 15.000 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Am östlichen Rand des Geländes soll mit dem „Kurt-Schumacher-Quartier“ ein Wohnungsbauprojekt mit bis zu 5.000 Wohneinheiten entstehen.

Die Tegel Projekt GmbH befasste sich 2014 u. a. mit der Überarbeitung des Masterplans, der Markenentwicklung, den Planungen für die technische, energetische und verkehrliche Infrastruktur, der Immobilienentwicklung und der Kommunikation der Pläne in der Öffentlichkeit. Außerdem steht sie mit derzeit rund 90 Interessenten für eine mögliche Ansiedlung in Kontakt.

Die Planungen für den Straßen- und Hochbau, den künftigen Ausbau des Terminals und die Bauleitplanung sind weit fortgeschritten. 2014 setzte Tegel Projekt sie für den Städtebau, Verkehr und Infrastruktur fort und schloss die Arbeit an einer Machbarkeitsstudie zu Betreibermodellen für die technische Infrastruktur ab. Ein Bedarfsprogramm für die Beuth Hochschule wurde gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie externen Dienstleistern fertiggestellt. Für den bedeutsamen Bereich rund um die zentralen Terminals wurden Konzept- bzw. Machbarkeitsstudien erstellt, ebenso für die Hangars, in welche die Berliner Feuerwehr- und Rettungsschule („Berlin Fire & Rescue Academy“) einziehen soll.

Das Team der Tegel Projekt GmbH stellte die „Urban Tech Republic“ auf zahlreichen Messen und Veranstaltungen im Rahmen von „Smart City“-Initiativen vor, teils mit eigenen Messeauftritten (u. a. „Metropolitan Solutions“, „Nationale Plattform Zukunftsstadt“, „Smart City Expo“, „Smart Cities Wien“, „Dubai Smart City“, „Morgenstadt“). In Anbetracht des nach

wie vor unsicheren Eröffnungstermins des Flughafens BER befindet sich das Unternehmen in einer schwierigen kommunikativen Situation, der mit einer behutsamen Medienarbeit begegnet wurde. Dies belegen u. a. Berichte in der „Berliner Morgenpost“ (17. August 2014) und in der französischen Wirtschaftszeitschrift „La Tribune“ (31. Dezember 2014).

Für Berlin TXL – The Urban Tech Republic wurde im Rahmen eines diskursiven Workshopverfahrens unter Einbeziehung zahlreicher Stakeholder eine Zwei-Marken-Strategie (Forschungs- und Industriepark einerseits sowie Wohnen am Kurt-Schumacher-Platz andererseits) und ein entsprechendes Kommunikationskonzept entwickelt.

3. Darstellung der wirtschaftlichen Lage

Die **Ertragslage** der WISTA-MANAGEMENT GMBH hat sich 2014 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert. Der Jahresüberschuss beträgt 1.739 T€ (Vj: 515 T€). Die Gründe hierfür liegen insbesondere in den höheren Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken (623 T€) sowie den gestiegenen Erträgen aus dem Ergebnisabführung durch die AFM (178 T€; 2013: Aufwendungen in Höhe von 35 T€).

	2014		2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	16.730	102,6%	16.658	66,5%	72	0,4%
Zuwendungen	0	0,0%	8.341	33,3%	-8.341	-100,0%
Bestandsveränderung	-419	-2,6%	55	0,2%	-474	<-100,0%
Gesamtleistung	16.311	100,0%	25.054	100,0%	-8.743	-34,9%
Grundstücksaufwendungen	10.096	61,9%	10.257	40,9%	-161	-1,6%
Personalaufwand	2.927	17,9%	2.749	11,0%	178	6,5%
Abschreibungen	12.133	74,4%	11.071	44,2%	1.062	9,6%
Sonstiger Betriebsaufwand	3.470	21,3%	11.876	47,4%	-8.406	-70,8%
abzgl. sonstige betriebliche Erträge	-14.475	-88,7%	-12.187	-48,6%	-2.288	18,8%
Steuern (ohne Ertragssteuern)	303	1,9%	273	1,1%	30	11,0%
Betrieblicher Aufwand	14.454	88,7%	24.039	96,0%	-9.585	-39,9%
Betriebsergebnis	1.857	11,3%	1.015	4,0%	842	83,0%
Beteiligungsergebnis	388		161		227	
Finanzergebnis	-506		-661		155	
Jahresergebnis	1.739		515		1.224	

Die Umsatzerlöse resultieren ausschließlich aus Vermietung und Verpachtung.

Der Rückgang der Zuwendungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem geringeren Volumen an Baumaßnahmen.

Die Grundstücksaufwendungen entstanden im Wesentlichen mit 7.409 T€ (Vj: 7.587 T€) für Betriebskosten, mit 1.983 T€ (Vj: 1.954 T€) für Instandhaltungsarbeiten sowie mit 704 T€ (Vj: 716 T€) für Leasingaufwendungen.

Der Rückgang des sonstigen Betriebsaufwandes ist auf die geringeren Zuwendungen für Investitionen zurückzuführen. Diese werden im Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen passivisch abgegrenzt. Die Aufwendungen aus der Zuführung zum Sonderposten für Investitionszuschüsse, die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen werden, beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0 T€ (Vj: 11.876 T€).

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträgen resultiert hauptsächlich aus höheren Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (9.453 T€; Vj: 8.685 T€), und aus höherer Herabsetzung der Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin aus Einbringungsvertrag (2.275 T€; Vj: 1.643 T€).

Das Beteiligungsergebnis resultiert aus der Gewinnausschüttung der Adlershof Projekt GmbH für das Geschäftsjahr 2013 von 210 T€ (Vj: 196 T€) und aus den Erträgen aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit Adlershof Facility Management GmbH in Höhe von 178 T€ (Vj: Aufwand -35 T€).

Das Finanzergebnis ermittelt sich aus Zinsaufwendungen (557 T€; Vj: 723 T€), die mit Zinserträgen (51 T€; Vj: 62 T€) saldiert wurden.

Zur Darstellung der **Vermögenslage** wurde dem Anlagevermögen das Eigenkapital, der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie das langfristige Fremdkapital gegenübergestellt. Das Anlagevermögen ist zu 102,3 % durch das Eigenkapital, den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie das langfristige Fremdkapital gedeckt. Dies entspricht einer Überdeckung von 5.133 T€ (Vj: 5.532 T€).

Die Vermögensstruktur zum 31. Dezember 2014 stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Anlagevermögen</u>	227.734	93,0	239.549	92,3	- 11.815	- 4,9
<u>Umlaufvermögen</u>						
Noch nicht abgerechnete Leistungen	5.961	2,3	6.380	2,4	- 419	- 6,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.013	0,4	853	0,3	+ 160	+ 18,8
Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis.....	2.055	0,8	1.224	0,5	+ 831	+ 67,9
Forderungen gegen das Land Berlin	0	0,0	1.510	0,6	- 1.510	- 100,0
Sonstige Vermögensgegenstände	254	0,2	276	0,1	- 22	- 8,0
Liquide Mittel	7.757	3,3	9.820	3,8	- 2.063	- 21,0
	<u>17.040</u>	<u>7,0</u>	<u>20.063</u>	<u>7,7</u>	<u>- 3.023</u>	<u>- 15,1</u>
<u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	2	0,0	4	0,0	- 2	- 50,0
	<u>244.776</u>	<u>100,0</u>	<u>259.616</u>	<u>100,0</u>	<u>- 14.840</u>	<u>- 5,7</u>

Der Rückgang des Anlagevermögens resultiert primär aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 12.133 T€ und Abgängen aus Grundstücksverkäufen zu Buchwerten in Höhe von 2.107 T€. Diese Entwicklung wird durch die Zugänge des Geschäftsjahres in Höhe von 2.425 T€, die insbesondere die Investitionen in den Bunsensaal sowie das ZPV betreffen, teilweise kompensiert.

In den Vorräten sind ausschließlich die noch nicht abgerechneten Betriebskosten enthalten. Die Abrechnung der Betriebskosten für das Geschäftsjahr 2014 gegenüber den Mietern erfolgt erst im Folgejahr. Der Rückgang der Vorräte ist auf geringere umlagefähige Betriebskosten zurückzuführen.

Die Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem zum Stichtag noch ausstehenden Grundstückskaufpreis.

Die Erhöhung der Forderung gegen verbundene Unternehmen ergibt sich durch die Gewährung eines Darlehens an die IZBM in Höhe von 800 T€.

Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände ist durch den Rückgang der Forderungen gegen das Finanzamt aus Vorsteuerbeträgen zu erklären.

Der Rückgang der liquiden Mittel resultiert vorrangig aus den im Berichtsjahr getätigten Investitionen und der Darlehensgewährung an die IZBM.

Die Kapitalstruktur zum 31. Dezember 2014 stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
<u>Eigenkapital</u>						
Stammkapital	11.776	4,8	11.776	4,5	+ 0	+ 0,0
Eigene Anteile	0	0,0	-125	0,0	+ 125	- 100,0
Rücklagen	14.733	6,0	14.733	5,7	+ 0	+ 0,0
Gewinnrücklage	0	0,0	125	0,0	- 125	- 100,0
Gewinnvortrag	19.998	8,2	19.483	7,5	+ 515	+ 2,6
Jahresüberschuss	1.739	0,7	515	0,2	+ 1.224	+ 237,7
	<u>48.246</u>	<u>19,7</u>	<u>46.507</u>	<u>17,9</u>	<u>+ 1.739</u>	<u>+ 3,7</u>
<u>Sonderposten</u>						
	<u>112.416</u>	<u>45,9</u>	<u>121.865</u>	<u>46,9</u>	<u>- 9.449</u>	<u>- 7,8</u>
<u>Fremdkapital</u>						
<u>langfristig</u>						
Verbindlichkeit gegenüber dem Land Berlin aus Einbringungsvertrag (mit Rangrücktrittsvereinbarung)	64.531	26,4	66.806	25,8	- 2.275	- 3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.674	3,1	9.903	3,8	- 2.229	- 22,5
	<u>232.867</u>	<u>95,1</u>	<u>245.081</u>	<u>94,4</u>	<u>- 12.214</u>	<u>- 5,0</u>
<u>kurz- und mittelfristig</u>						
Rückstellungen	767	0,3	1.901	0,7	- 1.134	- 59,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.334	1,0	2.682	1,0	- 348	- 13,0
Erhaltene Anzahlungen	6.235	2,5	6.408	2,5	- 173	- 2,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.143	0,5	1.521	0,6	- 378	- 24,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Berlin	974	0,4	1.484	0,6	- 510	- 34,4
Sonstige Verbindlichkeiten	198	0,1	241	0,1	- 43	- 17,8
Rechnungsabgrenzungsposten	76	0,0	147	0,0	- 71	- 48,3
	<u>182</u>	<u>0,1</u>	<u>151</u>	<u>0,1</u>	<u>+ 31</u>	<u>+ 20,5</u>
	<u>11.909</u>	<u>4,9</u>	<u>14.535</u>	<u>5,6</u>	<u>- 2.626</u>	<u>- 18,1</u>
	<u>244.776</u>	<u>100,0</u>	<u>259.616</u>	<u>100,0</u>	<u>- 14.840</u>	<u>- 5,7</u>

Die Entwicklung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen resultiert aus der Auflösung in Höhe von 9.449 T€, die mit den Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen korrespondiert.

Die Verbindlichkeit aus Einbringungsvertrag hat sich im Berichtsjahr um die jährlichen Abschreibungen auf das übertragene Anlagevermögen in Höhe von 189 T€ sowie in Höhe des Restbuchwerts der Abgänge von Grundstücken (2.086 T€) reduziert.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist ausschließlich auf die planmäßige Tilgung der Darlehen zurückzuführen.

Der Rückgang der Rückstellungen ist im Wesentlichen auf den Verbrauch der Rückstellungen für die im Vorjahr noch ausstehenden Rechnungen in Zusammenhang mit der Investition in das ZPV zu erklären.

Die Reduzierung der erhaltenen Anzahlungen resultiert aus der gesunkenen Betriebskostenvorauszahlungen der Mieter.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrifft im Wesentlichen die verringerten Betriebskostenabrechnungen der AFM.

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung stellt dar, wie die Gesellschaft finanzielle Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet hat und welche zahlungswirksamen Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen vorgenommen wurden:

	2014 T€	2013 T€
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	1.273	4.878
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-759	-8.383
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.577	5.619
Summe Cashflow	-2.063	2.114
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.820	7.706
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.757	9.820

Der operative Cashflow des Geschäftsjahres 2014 beträgt 1.273 T€ und ist vor allem im Zusammenhang mit der Begleichung von Rechnungen im Zusammenhang mit der im Vorjahr getätigten Investition in das ZPV zurückgegangen.

Der Investitions-Cashflow ist auf Grund der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Investitionen wesentlich gesunken (2014: 2.425 T€; Vorjahr: 9.857 T€).

Die Verringerung des Finanzierungs-Cashflows ist auf geringere Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens, korrespondierend zur geringeren Investitionstätigkeit, zurückzuführen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Gesellschaft jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Entwicklung der Vermögen-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2014 wird insgesamt als positiv beurteilt.

4. Risiken und voraussichtliche Entwicklung

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagement, welches darauf ausgerichtet ist, insbesondere bestandsgefährdende Risiken und Risiken mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft zu erkennen und diesen entgegen zu wirken.

Bestandsgefährdende Risiken

Bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht der Geschäftsführung nicht gegeben oder erkennbar.

Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Technologiezentren der WISTA-MANAGEMENT GMBH unterliegen zum großen Teil förderrechtlichen Vorgaben. Diese begrenzen die maximale Nutzungszeit der geförderten Immobilien auf acht Jahre. In wichtigen Gebäuden wird von zahlreichen Mietern diese Grenze erreicht. Die Gesellschaft steht daher vor der Herausforderung, diese Mieter zu bewegen, in nicht geförderte Immobilien privater Anbieter am Standort zu ziehen oder eigene Immobilien zu errichten. Die Risiken dieser Maßnahme liegen einerseits im Verlust von Arbeitsplätzen in Adlershof, falls es nicht gelingt, diese Firmen am Standort zu halten. Andererseits könnte aus dieser Maßnahme ein erhöhter Leerstand in Bestandsgebäuden auftreten.

Durch die zusätzlichen Flächen im ZMM, ZIM 3 und seit August 2013 des ZPV kommen zusätzliche Flächen an den Markt. Zwar sind diese Gebäude genau für die geplante Zielgruppe von KMU im Hochtechnologiebereich besonders attraktiv. Potentiell besteht jedoch das Risiko von Leerstand.

Durch verstärkte Vertriebsanstrengungen versucht die Geschäftsführung, dieser Bedrohung entgegen zu wirken. Die Vermietungen im ZMM, ZIM 3 und im ZPV sind vielversprechend. Auch zeichnen sich Nachnutzungen für die von den „migrierten“ Unternehmen frei gemachten Flächen ab.

Die von der Geschäftsführung betriebenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertrags- und Finanzsituation liegen in:

- Verstärkung der Vertriebsaktivitäten
- Kostendisziplin im Personal- und Sachkostenbereich
- Schaffung von Erträgen aus Personalüberlassung an und Dienstleistungen für die Adlershof Projekt GmbH und Tegel Projekt GmbH
- Refinanzierung von Aktivitäten durch EU-Projektmittel, Werbeeinnahmen etc.

- Durchführung von internationalen Beratungsaufträgen auf Basis des Knowhow bei der WISTA MANAGEMENT GMBH und ihren Tochtergesellschaften
- Ausbau der Erträge des Veranstaltungsdienstes und Erlösen aus Gewinnen der Tochtergesellschaften
- erster Linie jedoch durch den Verkauf von Grund und Boden an Ansiedler, die selbst investieren. Die Gesellschaft verfügt zur Zeit über rund 5,4 ha verkaufsfähige, unbelastete Grundstücke. Diese Flächen entsprechen einem Bodenrichtwert von nahezu 8,6 Mio. €.

Voraussichtliche Entwicklung der allgemeinen Lage in Adlershof

Für das Jahr 2015 erwartet die Gesellschaft ein positives Ergebnis in Höhe von 1.495 T€. Die geplanten Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2015 werden von der Geschäftsführung mit 18.212 T€ eingeschätzt.

Die voraussichtliche **Geschäftsentwicklung für das Jahr 2015** schätzen die Unternehmen im Wissenschafts- und Technologiepark optimistischer als im Vorjahr ein: 57 % (2013: 50 %) gehen von einer Steigerung des Umsatzes aus. Lediglich 4 % (2013: 5 %) befürchten einen Umsatzrückgang, 33 % (2013: 36 %) der befragten Unternehmer erwarten eine steigende, 64 % (2013: 60 %) eine konstante Mitarbeiterzahl.

5. Nachtragsbericht

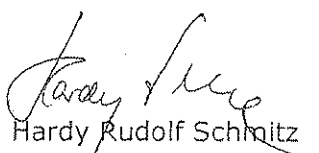
Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6. Dank

Die WISTA-MANAGEMENT GMBH dankt den Mitgliedern des Aufsichtsrates für Beratung und Förderung und den die WISTA-MANAGEMENT GMBH betreuenden und fördernden Senatsverwaltungen für die Unterstützung.

Berlin, 3. Juni 2015

WISTA-MANAGEMENT GMBH
WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT
BERLIN-ADLERSHOF


Hardy Rudolf Schmitz

**Entsprechenserklärung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der
WISTA-MANAGEMENT GMBH WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTS-
STANDORT BERLIN-ADLERSHOF**

1. Grundsaterklärung nach Maßgabe der Berliner Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Wir erklären, dass den vom Senat von Berlin beschlossenen Empfehlungen des Berliner Corporate Governance Kodex mit folgenden Ausnahmen im Jahr 2014 entsprochen wurde.

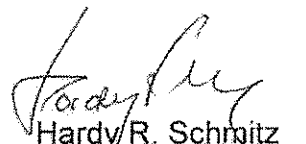
2. Ausnahmen
 - a. D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden (I. 5).
 - b. Der Geschäftsführer hat die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden abgeschlossene jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter nicht vorgelegt (III. 6).
 - c. Der Jahresabschluss wurde nicht binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende dem Gesellschafter zur Feststellung vorgelegt (VI. 1-3).

Berlin, den 3. Juni 2015

WISTA-MANAGEMENT GMBH
WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT
BERLIN-ADLERSHOF



Henner Bunde
Vorsitzender des Aufsichtsrates



Hardy R. Schmitz
Geschäftsführer

Anlage zum Lagebericht des Jahresabschlusses zum 31.12.2014

Verweis	Gegenstand	Erklärung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates
I.	Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat	
I.1	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Geschäftsleitung. • Offenlegung aller für eine sachgemäße Beurteilung über den Gang der Geschäfte erforderlichen Informationen und Kenntnisse durch die Geschäftsleitung. • Einhaltung der Verschwiegenheit Dritter über Geschäftsangelegenheiten. 	Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden von der Geschäftsleitung offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.
I.2	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Aufsichtsrats. 	Der Aufsichtsrat hat seine Sitzungen unter Beteiligung der Geschäftsleitung abgehalten.
I.3	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung der strategischen Ausrichtung des Unternehmens, ihre Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und regelmäßige Berichterstattung durch die Geschäftsleitung. • Behandlung von Geschäften grundlegender Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage einschl. Änderungen von Bewertungsverfahren im Aufsichtsrat. 	Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; die Geschäftsleitung ist ihren Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in schriftlicher Form nachgekommen. Die Geschäftsleitung hat alle Geschäfte von grundlegender Bedeutung dem Aufsichtsrat zur Zustimmung vorgelegt.

I.4	<ul style="list-style-type: none"> • Bericht der Geschäftsleitung an den Aufsichtsrat über alle relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance unter Befügung von Dokumenten mindestens 2 Wochen vor Sitzungs- oder Entscheidungsterminen. • Darstellung der Soll/Ist-Situation und Gründe von Abweichungen. 	<p>Die Geschäftsleitung ist ihrer Berichtspflicht regelmäßig und in schriftlicher Form unter Hinzufügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen; der zeitliche Vorlauf der übersandten Dokumente für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.</p> <p>Soll/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt; Maßnahmen eventuell erforderlicher Gegensteuerung wurden in umsetzungsfähiger Form vorgeschlagen.</p>
-----	---	--

I.5	<ul style="list-style-type: none"> • Beachtung der Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung und Wahrung der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters und Aufsichtsrats. • D&O-Versicherung für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltpflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsrats gewahrt.</p> <p>D&O-Versicherungen sind ohne Selbstbehalt für Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgeschlossen worden.</p>
-----	--	---

II. Geschäftsleitung

II.1	<ul style="list-style-type: none"> • Pflicht, dem Unternehmensinteresse zu dienen und eine nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes zu betreiben. • Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien. • Risikomanagement und Risikocontrolling im Unternehmen. 	<p>Die Geschäftsleitung hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet; das Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien wurde von der Geschäftsleitung Sorge getragen. Das Unternehmen verfügte über ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling.</p>
------	---	---

II.2	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsverteilung und Zusammenarbeit in der Geschäftsleitung. • Festlegung der Beschlussmehrheit bei Vorstandsbeschlüssen 	<p>Es ist nur ein Geschäftsführer bestellt.</p>
------	--	---

<p>II.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vergütungsregelungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Abschluss von Zielvereinbarungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung. • Veröffentlichung der Einzelvergütung • Beachtung der Regularien zum Abfindungs-Cap 	<p>Die Vergütung erfolgte auf Basis einer Zielvereinbarung, die am 1. April 2014 abgeschlossen wurde; sie wurde nicht nachträglich geändert. Sie hat sich aus einem Fixum und aus einer Erfolgsbeteiligung (variabler Bestandteil einmalig/wiederkehrend) zusammengesetzt. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung, der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und durch Branchen- und Umfeldvergleiche festgelegt; bei der Festlegung der Vergütungen wurden andere Bezüge berücksichtigt. Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Plenum beraten und entschieden; sie unterlag einer regelmäßigen Überprüfung. Die Vergütung wird im Anhang zum Jahresabschluss ausgewiesen.</p>
--------------------	---	---

III. Aufsichtsrat

<p>III.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats aus Satzung und Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung; ggf. weitere Zustimmungsbindungen. • Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. 	<p>Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Eine Geschäftsanweisung für die Geschäftsleitung besteht nicht. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen ergänzenden Regelungsbedarf. Er hat keine weiteren Geschäfte an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprachen den Erfordernissen des Unternehmens. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung.</p>
---------------------	---	---

<p>III.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Regelungen für die Bestellung und das Ausscheiden von Mitgliedern der Geschäftsleitung: Erst- und Wiederbestellung; Altershöchstgrenzen; Nachfolgeplanung. • Entscheidungsstrukturen im Aufsichtsrat: (i) im Plenum nach/ohne Vorbereitung in einem Ausschuss; (ii) nur in einem Ausschuss mit Entscheidungsbefugnis. 	<p>Anstellungs- und Vergütungsregelungen wurden im Plenum des Aufsichtsrats ohne Vorbefassung durch einen Ausschuss entschieden. Der Aufsichtsrat hat keine Altershöchstgrenze für die Geschäftsführer festgelegt. Eine Nachfolgeregelung bestand nicht. Es gab keine Erstbestellung; eine Wiederbestellung wurde nicht vorzeitig ausgesprochen.</p>
---------------------	--	--

<p>III.3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit Geschäftsleitung/Aufsichtsratsvorsitzender und Unterrichtung über für das Unternehmen wichtige Ereignisse. • Unterrichtung des Aufsichtsrats über wichtige Angelegenheiten; Einberufung außerordentlicher Aufsichtsratssitzungen. 	<p>Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und der Geschäftsleitung hat ein regelmäßiger Kontakt stattgefunden, es wurde die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement beraten. Die Geschäftsleitung hatte über keine wichtigen Ereignisse zu berichten.</p> <p>Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse über die er unterrichtet wurde. Es hat keine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattgefunden.</p>
<p>III.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausschüsse des Aufsichtsrats; Besetzung und Entscheidungskompetenzen. 	<p>Der Aufsichtsrat hat keine Ausschüsse.</p>
<p>III.5</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Zahl der Aufsichtsratsmandate von Aufsichtsratsmitgliedern. • Funktionen von Aufsichtsratsmitgliedern in Wettbewerbsunternehmen. • Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl von 5 bzw. 10 Aufsichtsratsmandaten erreicht. Die Aufsichtsratsmitglieder haben keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern ausgeübt.</p> <p>Die Vergütung wurde nicht in ein Fixum und in einen variablen Teil unterteilt. Die Gesamtvergütungen ergaben sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen wurden nicht gezahlt.</p>
<p>III.6</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vorlage der Zielvereinbarung 	<p>Der Geschäftsführer hat die mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden abgeschlossene jährliche Zielvereinbarung dem Gesellschafter nicht vorgelegt.</p>

III.7 und 8.	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen und Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrats. 	<p>Kein Aufsichtsratsmitglied hat weniger als an der Hälfte der Aufsichtsratssitzungen teilgenommen.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat sich in jeder Sitzung im Geschäftsjahr mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Es waren nach seinen Feststellungen keine Ereignisse zu verzeichnen, die eine eingeschränkte Effizienz erkennen lassen.</p>
--------------	---	---

IV. Interessenkonflikte

IV.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wettbewerbsverbot für Mitglieder der Geschäftsleitung. • Vorteilsannahmen und Vorteilsgewährung der Geschäftsleitung. 	<p>Die Mitglieder der Geschäftsleitung haben die Regeln des Wettbewerbsverbots beachtet. Sie haben weder Vorteile gefordert noch angenommen oder solche Vorteile Dritten ungerechtfertigt gewährt. Der Geschäftsleitung ist kein Fall der Vorteilsannahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.</p>
------	--	--

IV.2	<ul style="list-style-type: none"> • Wahrung des Unternehmensinteresses. • Persönliche Interessen. 	<p>Geschäftsleitung und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.</p>
------	--	---

IV.3 und 4	<ul style="list-style-type: none"> • Entstehung und Offenlegung von Interessenkonflikten bei Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Aufsichtsrats. 	<p>Es gab keine Interessenkonflikte.</p>
IV.5	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der unmittelbaren/mittelbaren Ebene der Geschäftsleitung. • Geschäfte mit dem Unternehmen auf der Ebene von Mitgliedern des Aufsichtsrats. 	<p>Es bestanden keine Geschäfte mit dem Unternehmen durch Mitglieder der Geschäftsleitung oder ihnen nahestehende Personen oder ihnen persönlich nahestehende Unternehmen.</p> <p>Es bestanden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen.</p> <p>Der Aufsichtsrat hat keine auf Einzelfälle bezogenen Verfahrensregelungen für Geschäfte mit dem Unternehmen erlassen.</p>

IV.6	<ul style="list-style-type: none"> • Nebentätigkeiten von Mitgliedern der Geschäftsleitung. 	<p>Der Geschäftsführer hat 5 Nebentätigkeiten ausgeübt, [u. a. Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens]. Dem Aufsichtsrat sind die Nebentätigkeiten, die nach Beginn der Tätigkeit aufgenommen wurden, zur Zustimmung vorgelegt worden.</p>
------	--	---

IV.7	<ul style="list-style-type: none"> • Gewährung von Krediten an Mitglieder der Geschäftsleitung und an Mitglieder des Aufsichtsrates und an Angehörige. 	<p>Der Geschäftsleitung und den Mitgliedern des Aufsichtsrats bzw. Angehörigen dieser Organmitglieder wurden keine Darlehen gewährt.</p>
------	---	--

V. Transparenz

V. 1 und 2	<ul style="list-style-type: none"> • Tatsachen, etwa des Branchen- und Marktumfeldes im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, mit für die Jahresplanung/für die Mittel- bis Langfristplanung nicht unwesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf. • Informationen über das Unternehmen im Internet. 	<p>Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die nicht unwesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage bzw. auf den allgemeinen Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen wurden auch über Internet veröffentlicht.</p>
------------	---	---

VI. Rechnungslegung

VI. 1 bis 3	<ul style="list-style-type: none"> • Fristen für Jahresabschluss (90 Tage nach Geschäftsjahresende) und Zwischenberichte (Quartalsberichte 30 Tage nach Ende des Berichtszeitraums) des Unternehmens gemäß den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen unter Angabe der vom Unternehmen gehaltenen Beteiligungen. 	<p>Die Zwischenberichte wurden entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt. Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt, konnte aber nicht innerhalb der vorgesehenen Frist dem Gesellschafter vorgelegt werden. Der Jahresabschluss/Zwischenbericht führt die Beteiligungsunternehmen des Unternehmens auf.</p>
-------------	--	---

VII. Abschlussprüfung

<p>VII.1</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche, finanzielle oder sonstige Beziehungen des Abschlussprüfers, seiner Organe und Prüfungsleiter einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits. • Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, im vorausgegangenen Geschäftsjahr bzw. bereits vertraglich vereinbart oder in Aussicht gestellt. • Unterrichtung des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Abschlussprüfer im Fall vorliegender/entstehender Befangenheitsgründe. 	<p>Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen - auch nicht mit Organen des Abschlussprüfers - und dem Unternehmen/seinen Organmitgliedern bestanden; an der Unabhängigkeit des Prüfers, seiner Organe bzw. der Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten; der Abschlussprüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.</p>
<p>VII.2</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erteilung des Prüfungsauftrags und Honorarvereinbarung 	<p>Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarung getroffen.</p>
<p>VII. 3</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Unterrichtung des Aufsichtsrats durch den Abschlussprüfer über wesentliche Feststellungen und Vorkommnisse während der Abschlussprüfung. • Feststellung von Tatsachen durch den Abschlussprüfer, die eine Unrichtigkeit der von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben. 	<p>Der Abschlussprüfer hat den Aufsichtsrat über keine wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unterrichtet. Dem Abschlussprüfer sind keine Tatsachen bekannt geworden, die eine Unrichtigkeit dieser abgegebenen Erklärung zum Berliner Corporate Governance Kodex ergeben.</p>
<p>VII.4</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme des Abschlussprüfers an den Beratungen des Aufsichtsrats über den Jahresabschluss. 	<p>Der Abschlussprüfer wird an den Beratungen des Aufsichtsrats teilnehmen und wird über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.</p>

Herrn Hardy Schmitz	WISTA-MANAGEMENT GMBH	Grundvergütung	169.100,04 €
		variable Vergütung 2013	48.701,00 €
		sonstige Bezüge und geldwerte Vorteile da private PKW-Nutzung	10.080,00 € 10.080,00 €
		Zuschuss private Krankenversicherung unc	18.006,48 €
		Gesamt	245.887,52 €

Aufsichtsrat

Herr Henner Bunde	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	4.250,00 €
Frau Karoline Beck	Geschäftsführende Gesellschafterin der in.wendt Management GmbH	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.437,50 €
Frau Stephanie Bschorr	Geschäftsführende Gesellschafterin der HTG Wirtschaftsprüfung GmbH und der HTG Rechtsan	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
Herr Klaus Feiler	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Finanzen	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
Frau Dr. Anastasia Lauterbach	Geschäftsführerin der Anastasia Lauterbach Consulting & Venturing GmbH	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
Herr Prof. Dr. Jürgen Mlynek	Präsident der Herrmann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren HGF e.V.	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
Herrn Dr. Knut Nevermann (bis 12.12.2014)	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
Herrn Wolf Schulgen	Staatssekretär, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt	Vergütung Aufsichtsratsmitglied	2.250,00 €
		Gesamt AR-Vergütung	20.187,50 €

Zoologischer Garten Berlin AG

LAGEBERICHT 2014

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Zoologischer Garten Berlin AG ist eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, deren satzungsmäßige Aufgabe es ist, den einmaligen und artenreichsten Tierbestand nach dem neuesten Stand tiergärtnerischer Erkenntnisse zu halten, zu vermehren und einer breiten Allgemeinheit zu präsentieren. Die Gesellschaft will wissenschaftliche Forschung auf den Gebieten der Zoologie, der Tiermedizin und der Tiergartenbiologie betreiben und fördern und naturwissenschaftliche Bildung verbreiten und vertiefen. Darüber hinaus will sie den Artenschutz fördern, indem sie zur Erhaltung und Vermehrung bedrohter Arten beiträgt, die Verhaltensweisen und Lebensbedingungen solcher Arten im Rahmen der Tiergartenbiologie wissenschaftlich erforscht, mit anderen Institutionen gleicher Zielsetzung bei solchen Forschungen zusammenarbeitet und die Forschungsergebnisse der Allgemeinheit zur Verfügung stellt.

GESCHÄFTSVERLAUF

Die Zoologischer Garten Berlin AG kann für das Berichtsjahr 2014 einen sehr positiven Geschäftsverlauf verzeichnen. Insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Besucherzahlen kann das Geschäftsjahr 2014 als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Im Jahr 2014 konnten der Zoologische Garten Berlin und sein Zoo Aquarium insgesamt 3.256.231 Besucher aus aller Welt begrüßen, rd. 6,4% mehr als im Jahr davor.

Begünstigt wurde diese Entwicklung zum Einen von den sehr günstigen Wetterverhältnissen im Berichtsjahr. Zum anderen hat der Zoologische Garten Berlin auch im Jahr 2014 aufgrund seiner zentralen Lage direkt und unmittelbar von dem nach wie vor enormen Wachstum des Tourismussektors bundesweit und vor allem in Berlin profitiert, das 2014 neue Rekorde erreicht hat. Auch die Entwicklung des unmittelbaren städtischen Umfeldes hat u.a. durch die Eröffnung des Gebäudekomplexes „Bikini Berlin“ und der Wiedereröffnung des Zoo-Palastes zur Erhöhung der Attraktivität und des Besucherzuspruchs beigetragen. Gleichwohl zeigt sich auch in dem Anstieg der Anzahl der Jahreskarten um rd. 9% (Tageseintritte +8%) im Vergleich zum Vorjahr, dass neben dem enormen Zuspruch von Touristen der Zoo Berlin auch für die Berliner und Brandenburger Besucher nach wie vor ein attraktives Ausflugsziel ist und sich steigender Beliebtheit erfreut.

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. 3,568 Mio. Euro und mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. 3,514 Mio. Euro, der damit fast doppelt so hoch ist wie im Jahr 2013 (Vj.: 1,764 Mio. Euro). Im Wesentlichen konnte dieses Ergebnis durch eine signifikante Erhöhung der Gesamtleistung (+ rd. 1,964 Mio. Euro, +8%) und einer gleichzeitigen Stabilisierung der Aufwendungen annähernd auf Vorjahresniveau erreicht werden.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung war das Geschäftsjahr 2014 insbesondere geprägt durch den Wechsel des Vorstandes zum 1. April 2014 und den damit verbundenen strategischen und strukturellen Änderungen im Unternehmen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR ERTRAGS-, VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

UMSATZ- UND ERTRAGSENTWICKLUNG

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 2014 insgesamt rd. 18.087 Mio. Euro und konnten damit im Vergleich zum Vorjahr durch den deutlichen Anstieg der Besucherzahlen um rd. 9% gesteigert werden. Der Anteil der Eintrittserlöse an diesen Gesamtumsätzen beträgt rd. 94%.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge 2014 belaufen sich auf insgesamt rd. 1,838 Mio. Euro und haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um rd. 427,3 TEuro erhöht (Vj. 1.410 Mio. Euro). Diese Entwicklung ist auf eine Erstattung von Aufwendungen aus Vorjahren für Abwasserentgelte (394,9 TEuro) zurückzuführen. Bereinigt um diese periodenfremden Erträge betragen die sonstigen betrieblichen Erträge 2014 rd. 1,443 Mio. Euro und liegen damit annähernd auf Vorjahresniveau.

Der Zoologische Garten Berlin AG sind im Berichtsjahr 2014 insgesamt rd. 7,456 Mio. Euro aus Spenden und Zuwendungen zugeflossen (Vj.: 7,404 Mio. Euro). Damit sind diese Erträge im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um rd. 1% gestiegen.

Für das Geschäftsjahr 2014 ergibt sich eine Gesamtleistung in Höhe von rund 27,381 Mio. Euro (Vj.: 25,417 Mio. Euro).

Materialaufwand (3,939 Mio. Euro), Personalaufwand (10,706 Mio. Euro), Abschreibungen (1,381 Mio. Euro) und sonstige betriebliche Aufwendungen (5,130 Mio. Euro) betragen im Jahr 2014 insgesamt rd. 21,157 Mio. Euro (Vj.: 21,070 Mio. Euro) und haben sich damit insgesamt nur geringfügig geändert. Die einzelnen Aufwandspositionen zeigen jedoch eine unterschiedliche, sich in Summe wieder ausgleichende Entwicklung.

Während bei den Materialaufwendungen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr Einsparungen erzielt werden konnten, haben sich die Abschreibungen aufgrund der Investitionstätigkeit der Vorjahre erhöht. Des Weiteren ist der Personalaufwand aufgrund der strukturellen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Vorstandswechsel, der Tarifvereinbarungen aus 2013 sowie auch der jährlich notwendigen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen deutlich gestiegen.

Der Zinsaufwand beläuft sich im Berichtsjahr 2014 auf rd. 722,4 TEuro (Vj.: 733,3 TEuro) und resultiert im Wesentlichen aus der Aufzinsung im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen.

Die Zoologische Garten Berlin AG hat im Berichtsjahr 2014 im Rahmen der Mittelverwendung rund 2,220 Mio. Euro vor allem für die Sanierung und Erhaltung von tiergärtnerischen Anlagen eingesetzt (Vj.: 2,256 TEuro).

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Aufgrund des Gesellschaftszweckes der Zoologische Garten Berlin AG muss die Geschäftspolitik auf Stabilität, Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Diese Unternehmensstrategie spiegelt sich auch in der Entwicklung der Bilanz in der Stärkung des langfristigen Bereiches wider. Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag ein Gesamtvermögen in Höhe von 65,012 Mio. Euro aus (Vj.: 60,849 Mio. Euro).

Das Anlagevermögen beläuft sich im Berichtsjahr 2014 auf rd. 23,212 Mio. Euro (Vj. 23,382 TEuro) und ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt. Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt 36% (Vj.: 38%).

Im Berichtsjahr 2014 wurden Investitionen in Höhe von rd. 1,211 Mio. Euro getätigt (Vj.: 3,739 Mio. Euro). Vor dem Hintergrund des Vorstandswechsels und der damit verbundenen Neuausrichtung der strategischen Entwicklung wurden im Berichtsjahr 2014 keine Großprojekte umgesetzt. Die Mittel sind überwiegend in mehrere kleinere Investitionsvorhaben geflossen wie u.a. in die Erneuerung der technischen Infrastruktur des Zoo Aquariums (362,86 TEuro für Gebäudeleittechnik, Notrufanlage und Filtertechnik) und der Parkinfrastruktur (103,78 TEuro). Des Weiteren wurden zwei Hirschanlagen umgestaltet (76,38 TEuro). Die Neugestaltung der Zwerg-

flamingovoliere (85,37 TEuro) wurde durch eine Spende der Stiftung Zoologischer Garten Berlin mitfinanziert (65,0 TEuro).

Das Umlaufvermögen (einschließlich Rechnungsabgrenzungsposten) hat sich insbesondere durch den Anstieg der liquiden Mittel auf rd. 41,8 Mio. Euro erhöht (Vj.: 37,467 Mio. Euro). Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt 64% (Vj.: 62%).

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital in Höhe von rd. 48,62 Mio. Euro (Vj.: 45,109 Mio. Euro), das sich durch den Bilanzgewinn 2013 sowie den Jahresüberschuss 2014 erhöht hat. Der Eigenkapitalanteil beträgt 75% (Vj.: 74%).

Das Fremdkapital (einschl. Rechnungsabgrenzungsposten) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 648,8 TEuro (+4%) erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag rd. 16,389 Mio. Euro (Vj.: 15,740 Mio. Euro).

Die bestehenden Verpflichtungen aus Rückstellungen in Höhe von 13,393 Mio. Euro und Verbindlichkeiten in Höhe von 2,079 Mio. Euro können durch die zum 31.12.2014 vorhandenen liquiden Mittel von 41,234 Mio. Euro vollständig finanziert werden.

NACHTRAGSBERICHT

Besondere Ereignisse haben sich seit dem Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

RISIKOMANAGEMENT

Die gesamte Geschäftspolitik der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, das Vermögen der Zoologischer Garten Berlin AG zu erhalten und so langfristig nachhaltig die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben zum Wohle der Allgemeinheit und zukünftiger Generationen sicherzustellen.

Neben den üblichen Risiken unternehmerischen Handelns bestehen für die Zoologischer Garten Berlin AG aufgrund ihrer Struktur und des Geschäftsmodells stärker als bei anderen Unternehmen Risiken, die durch die Abhängigkeit von externen und nur sehr begrenzt oder nicht beeinflussbare Faktoren entstehen. Die Veränderungen dieser Faktoren können jedoch erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben. Dies sind vor allem die Entwicklung des Tourismussektors, besondere Tiergeburten, das Wetter und das Freizeitverhalten der Menschen.

Zur Früherkennung und effektiven Steuerung dieser Risiken und deren Auswirkungen werden auf der Grundlage der jährlich erstellten Wirtschafts-, Investitions- und Liquiditätspläne regelmäßige Soll-Ist-Vergleiche und Prognoserechnungen erstellt, mit deren Hilfe die Umsatz- und Budgetentwicklung sowie die Liquiditäts- und die Rücklagesituation beobachtet, die aktuelle wirtschaftliche Lage eingeschätzt und bewertet sowie die möglichen Einflüsse auf Umsatz, Aufwand und Ergebnis dargestellt werden. Dem Vorstand werden außerdem die Tagesumsätze und Besucherzahlen täglich zur Verfügung gestellt. Durch den personellen und inhaltlichen Ausbau des Controllingbereiches sollen diese Prozesse gestärkt und verstetigt werden.

Das bestehende interne Kontrollsystem regelt die internen Prozesse und Abläufe und soll organisatorisch und prozessbedingten Risiken möglichst effektiv vorzubeugen. Das interne Kontrollsystem sowie auch das im Jahr 2012 installierte Risikomanagement- und -reportingsystem wird an die im Zusammenhang mit dem Vorstandswechsel vorgenommenen Änderungen der Organisationsstruktur und der dahinterliegenden Prozesse angepasst und optimiert.

CHANCEN UND RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG UND AUSBLICK AUF DAS JAHR 2015

Im laufenden Jahr 2015 wird es vor allem darum gehen, die begonnenen Prozesse der Neuausrichtung abzuschließen. Im Mittelpunkt steht hierbei, die Erstellung des Ziel- und Entwicklungsplanes, der durch den Vorstand in Abstimmung mit der zukünftigen Entwicklung der Tochtergesellschaft, der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH, entwickelt wurde, abzuschließen und mit der Umsetzung zu beginnen. Auf dieser Grundlage wird 2015 neben der Durchführung der notwendigen Substanzerhaltungs- und Infrastrukturmaßnahmen mit der Realisierung der ersten Großprojekte begonnen werden. Hierzu gehören die Umgestaltung der Eingangssituation am Löwentor und am Elefantentor, die Veränderung der Shopsituation am Elefantentor sowie die Umgestaltung des Raubtierhauses.

Gleichzeitig gilt es, vor allem durch die Erhöhung der Besucherattraktivität und des Besucherservices die Besucherzahlen zu halten und nachhaltig zu erhöhen. Neben der Verbesserung der Kassensituation sollen hierzu Maßnahmen zur Parkanlagen- und Gehegeaufwertung sowie die Errichtung eines neuen und besucherfreundlichen Wegeleitsystems beitragen. Darüber hinaus wird auch die Präsenz in den sozialen Medien weiter verbessert und die Möglichkeiten des Ticketverkaufes sollen, ggf. auch in Kooperationen mit den unmittelbar in der Nähe befindlichen Einrichtungen, Verbänden und Unternehmen wie dem „Bikini Berlin“, dem Zoo-Palast und den Hotels der City West, erweitert und komfortabler gestaltet werden. Geplant ist außerdem auch eine deutliche Aufwertung und Verbesserung des gastronomischen Angebotes. Durch die Neukonzeptionierung des Führungsangebotes der Zoo-Schule und die Verbesserung der didaktischen Informationen in allen Bereichen soll das Bildungsangebot weiter verbessert und vor allem für Kinder- und Jugendliche attraktiv und interessant gestaltet werden.

Die Berliner Tourismuswirtschaft rechnet auch für das laufende Jahr 2015 mit einem weiteren Wachstum der Branche und damit auch der Zahl der Berlintouristen. Es wird davon ausgegangen, dass auch der Zoo Berlin von den damit einhergehenden steigenden Ausgaben der Berlin-Besucher profitieren kann.

Vor diesem Hintergrund wird für das Jahr 2015 mit einer stabilen Geschäftsentwicklung und einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Es wird durch die Steigerung der Besucherzahl eine Erhöhung der Umsatzerlöse aus Eintritten um rd. 2% angestrebt.

Berlin, 16.03.2015

Dr. Andreas Knieriem

Anhang zum Lagebericht 2014

Berichterstattung nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex (in der geltenden Fassung des Berliner CGK (BCGK) mit Stand vom 17.02.2009)

I. Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

I.1

Vorstand und Aufsichtsrat haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Alle Unternehmensangelegenheiten und Kenntnisse wurden vom Vorstand offengelegt. Die außerhalb der Organe stehenden Personen wurden auf ihre Verschwiegenheit verpflichtet.

I.2

Der Aufsichtsrat hat alle seine Sitzungen unter Beteiligung des Vorstandes abgehalten. Es wurden ausschließlich Tagesordnungspunkte ohne den Vorstand behandelt, die diesen unmittelbar betreffen (Vertragsangelegenheiten).

I.3

Die strategischen Unternehmensplanungen wurden mit dem Aufsichtsrat abgestimmt; der Vorstand ist seinen Berichtspflichten über den Umsetzungsstand regelmäßig in mündlicher und schriftlicher Form nachgekommen.

Der Vorstand hat die Geschäfte, die dem Aufsichtsrat gemäß Satzung der AG zur Zustimmung vorzulegen sind, vorgelegt. Neben den Regelungen in der Satzung bestand eine Geschäftsordnung für den Vorstand und den Aufsichtsrat. Die Geschäftsordnung für den Vorstand wurde im November 2014 neu gefasst.

I.4

Der Vorstand ist seiner Berichtspflicht regelmäßig in mündlicher und schriftlicher Form und unter Beifügung der erforderlichen Dokumente nachgekommen. Der zeitliche Vorlauf für Sitzungs- und Entscheidungstermine war ausreichend.

Soll-/Ist-Vergleiche wurden vorgenommen, Planabweichungen plausibel und nachvollziehbar dargestellt.

I.5

Vorstand und Aufsichtsrat sind ihren Pflichten unter Beachtung ordnungsgemäßer Unternehmensführung nachgekommen; sie haben die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen und gewissenhaften Vorstandes und Aufsichtsrates gewahrt. Vorstand und Aufsichtsrat haben im Hinblick auf ihre Verantwortung als Organe der Muttergesellschaft der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH aufgrund noch nicht geklärter Vorfälle bei der Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH im Geschäftsjahr 2013 entschieden, der Hauptversammlung 2014 zunächst keine Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat für das Jahr 2013 vorzuschlagen und die Entscheidung auf das Jahr 2015 zu vertagen. Die Hauptversammlung ist dem entsprechenden Geschäftsordnungsantrag gefolgt. Directors & Officers-Versicherungen sind für den Aufsichtsrat und mit gesetzlichem Selbstbehalt für den Vorstand abgeschlossen worden.

II. Vorstand

II.1

Mit Wirkung zum 01.04.2014 wurde ein neuer Vorstand berufen. Der Vorstand hat ausschließlich im Interesse des Unternehmens und dessen nachhaltiger Wertsteigerung gearbeitet, das

Unternehmen benachteiligende Tätigkeiten wurden nicht ausgeübt. Für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen wurde vom Vorstand Sorge getragen. Der Vorstand verfügt über Instrumente zum Risikomanagement und Risikocontrolling, die ständig weiter entwickelt werden. So erfolgt ein regelmäßiges Reporting an den Aufsichtsrat, welches die wichtigsten Kennzahlen sowie einen Soll-Ist-Vergleich und einen Vergleich mit dem Vorjahr enthält. Weiterhin werden mit Hilfe von Planungsrechnungen und Szenarien die Risiken monatlich geschätzt und bewertet sowie die möglichen Einflüsse auf Umsatz, Aufwand und Ergebnis dargestellt. Die Tagesumsätze und Besucherzahlen werden dem Vorstand täglich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus besteht ein internes Kontrollsystem, das ebenfalls ständig weiterentwickelt und optimiert wird.

II.2

Seit dem 01.10.2013 gibt es einen Alleinvorstand. Die Befugnisse des Vorstandes sind in einer Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt, die 2014 neu gefasst wurde.

II.3

Die Vergütung erfolgt auf Basis des Anstellungsvertrages und einer Zielvereinbarung. Die Vergütung setzt sich aus einem fixen und einem variablen Bestandteil zusammen. Die Vergütung wurde unter Beachtung der Aufgaben und Leistungen des Vorstands sowie der aktuellen und erwarteten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens festgelegt.

Über die Vergütungsregelungen hat der Aufsichtsrat im Präsidium beraten und entschieden. Die Vergütung des Vorstands wird unter Anwendung des § 286 Abs. 4 HGB nicht einzeln ausgewiesen.

III. Aufsichtsrat

III.1

Der Aufsichtsrat hat seine Aufgaben nach der Satzung und der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat wahrgenommen. Er wurde in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen einbezogen und sah keinen Regelungsbedarf. Er hat über die in der Satzung und der Geschäftsordnung festgelegten Geschäfte hinaus keine weiteren an seine Zustimmung gebunden. Sitzungsfrequenzen und Zeitbudgets entsprechen den Erfordernissen des Unternehmens.

III.2

Vergütungsregelungen für den Vorstand wurden dem Präsidium des Aufsichtsrates in seiner Funktion als Personalausschuss zur Beratung und Entscheidung übertragen. Eine Erstbestellung ist 2014 für die Dauer von fünf Jahren erfolgt.

III.3

Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand fand ein regelmäßiger Kontakt statt. Es wurden die Unternehmensstrategie, die Geschäftsentwicklung und aktuelle Ereignisse beraten. Als Instrument des Risikomanagements steht dem Aufsichtsrat ein regelmäßiges Reporting des Vorstandes zur Verfügung, welches die wichtigsten Kennzahlen, einen Soll-Ist-Vergleich sowie einen Vergleich mit dem Vorjahr enthält. Für den Aufsichtsrat gab es außerhalb der Aufsichtsratssitzungen keine wichtigen Ereignisse, über die er hätte unterrichtet werden müssen. Es haben drei außerordentlichen Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

III.4

Der Aufsichtsrat hat ein Präsidium, welches auch die Aufgaben eines Personalausschusses wahrnimmt, einen Wirtschaftsausschuss und einen Beteiligungsausschuss, wobei nur dem Beteiligungsausschuss Entscheidungskompetenz übertragen wurde. Der Aufsichtsratsvorsitzende

ist nicht Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Der Vorsitzende ist auch kein ehemaliges Mitglied des Vorstands. Das Plenum des Aufsichtsrats wurde von den jeweiligen Vorsitzenden des Präsidiums und des Wirtschaftsausschusses in den Sitzungen über Inhalt und Ergebnis der Beratungen unterrichtet.

III.5

Kein Aufsichtsratsmitglied hat die maximale Zahl der Aufsichtsratsmandate überschritten. Die Aufsichtsratsmitglieder üben keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei Wettbewerbern aus.

Die Satzung der Zoologischer Garten Berlin AG sieht seit dem 18.06.2009 die Zahlung eines Sitzungsgeldes für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor. Die Gesamtvergütung ergibt sich aus dem Anhang zum Jahresabschluss. Sonderleistungen an den Aufsichtsrat oder einzelne Mitglieder wurden nicht gezahlt.

III.6

Es wurde eine Zielvereinbarungen für den Vorstand vereinbart.

III.7 und 8

Ein Aufsichtsratsmitglied hat an weniger als an der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Der Aufsichtsrat hat sich in seiner letzten Sitzung im Geschäftsjahr 2014 mit der Effizienz seiner Tätigkeit befasst. Auf Basis eines Fragenkataloges ist eine zielgerichtete Befragung der Mitglieder des Aufsichtsrates vorgesehen. Die eingehenden Hinweise aus der Befragung werden in der künftigen Arbeit des Aufsichtsrates berücksichtigt. Die Auswertung erfolgt in 2015.

IV. Interessenkonflikte

IV.1

Der Vorstand hat die Regeln des Wettbewerbsverbotes beachtet. Er hat weder Vorteile gefördert noch angenommen noch Dritten ungerechtfertigt gewährt. Dem Vorstand ist kein Fall der Vorteilsnahme oder -gewährung bei den Beschäftigten des Unternehmens bekannt geworden.

IV.2

Vorstand und Aufsichtsrat haben die Unternehmensinteressen gewahrt und keine persönlichen Interessen verfolgt.

IV.3 und 4

Interessenkonflikte beim Vorstand oder bei Mitgliedern des Aufsichtsrates bestanden nicht.

IV.5

Geschäfte mit dem Unternehmen durch den Vorstand oder ihm nahe stehende Personen oder ihm persönlich nahe stehende Unternehmen sind dem Aufsichtsrat nicht zur Zustimmung vorgelegt worden; der Aufsichtsrat hat von der Ausnahmeregelung für Geschäfte mit dem Unternehmen keinen Gebrauch gemacht.

Dem Aufsichtsrat wurden keine Berater-, Dienstleistungs- und Werkverträge oder sonstige Verträge von Aufsichtsratsmitgliedern mit dem Unternehmen zur Zustimmung vorgelegt.

IV.6

Die Geschäftsleitung darf Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übernehmen. Der Vorstand hat eine Nebentätigkeit ausgeübt. Die Genehmigung des Aufsichtsrates hat vorgelegen.

IV.7

Keinem Mitglied des Aufsichtsrats und des Vorstandes wurde ein Darlehen gewährt.

V. Transparenz

V.1 und 2

Tatsachen im Tätigkeitsbereich des Unternehmens, die Auswirkungen auf die Vermögens- und Finanzlage oder auf den allg. Geschäftsverlauf hatten, sind nicht bekannt geworden. Unternehmensinformationen (z.B. Geschäftsbericht) wurden auch im Internet veröffentlicht.

VI. Rechnungslegung

VI.1 bis 3

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt und in den vorgesehenen Fristen dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der Jahresabschluss führt seit 01.01.1994 die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH als Tochtergesellschaft auf. Weitere Beteiligungen bestehen nicht.

VII. Abschlussprüfung

VII.1

Der Aufsichtsrat hat vom Abschlussprüfer die Erklärung erhalten, dass keine beruflichen, finanziellen oder sonstigen Verpflichtungen – auch mit Organen des Abschlussprüfers – mit Organmitgliedern bestanden. An der Unabhängigkeit des Prüfers und seiner Organe und dem Prüfungsleiter bestanden keine Zweifel. Der Abschlussprüfer ist aufgefordert worden, den Aufsichtsratsvorsitzenden bei Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe unverzüglich zu unterrichten. Der Prüfer hat keine Befangenheitsgründe vorgetragen.

VII.2

Der Aufsichtsrat hat dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag erteilt und mit ihm die Honorarvereinbarungen getroffen.

VII.3

Es bestanden keine wesentlichen Feststellungen und es lagen keine Vorkommnisse vor, über die der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat hätte unterrichten müssen.

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen seiner Redepflicht gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Vorstand keine Tatsachen vorgetragen, die eine Unrichtigkeit der abgegebenen Erklärung zum BCGK ergeben.

VII.4

Der Abschlussprüfer hat und wird an den Beratungen des Aufsichtsrats satzungsgemäß teilnehmen und über wesentliche Ergebnisse seiner Prüfung berichten.

17. Dezember 2014

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 770.598,00 Euro enthalten. Sie wurden gem. § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit den Zinserträgen aus dem Deckungsvermögen zur Absicherung der Pensionsverpflichtungen in Höhen von 48.208,00 Euro saldiert.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Im Jahresdurchschnitt waren gemäß § 267 Abs. 5 HGB im Berichtsjahr 233 (i.V. 231) Mitarbeiter im Unternehmen angestellt. Außerdem waren durchschnittlich 18 Auszubildende im Unternehmen beschäftigt.

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 56,7 TEuro setzt sich aus dem Abschlussprüferhonorar (52,7 TEuro) sowie aus sonstigen Leistungen (4,0 TEuro) zusammen.

Die Bezüge des Vorstandes werden unter Ausübung des Wahlrechtes gem. § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben.

Die Gesamtbezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder oder deren Witwen betragen 312.756,26 Euro. Die gebildete Rückstellung für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern oder Hinterbliebenen ehemaliger Vorstandsmitglieder beträgt 3.425.429,00 Euro.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten gem. § 14 Abs. 2 der Satzung der Zoologischer Garten Berlin AG ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrates und seiner Ausschüsse. Die Bezüge des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2014 betragen insgesamt 17.082,00 Euro und teilen sich wie folgt auf:

Frank Bruckmann	1.800,00 Euro
Prof. Dr. med. vet. Leo Brunnberg	1.190,00 Euro
Horst Grysczyk	800,00 Euro
Dr. Holger Hatje	952,00 Euro
Horst-Achim Kern	2.618,00 Euro
Prof. Swantje Kühn	1.190,00 Euro
Prof. Dr. Klaus Neumann	1.666,00 Euro
Ulrich Preuss	1.400,00 Euro
Theodor M. Strauch	1.666,00 Euro
Christian Toll	1.400,00 Euro
Hans-Georg Wieck	600,00 Euro
Norbert Zahmel	1.200,00 Euro

Für die Organmitglieder besteht eine D & O – Versicherung, für die im Berichtsjahr eine Prämie in Höhe von 8.675,10 Euro gezahlt wurde.

Vorstand und Aufsichtsrat der Zoologischer Garten Berlin AG haben die nach § 161 AktG für börsennotierte Aktiengesellschaften vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung des Berliner CGK abgegeben, ohne dass insoweit eine Rechtspflicht bestünde. Die Erklärung kann im Internet eingesehen werden (www.zoo-berlin.de).

Vorstand

Dr. Andreas Knieriem, Zoodirektor (seit 01.04.2014)

Dr. Bernhard Blaszkiewitz, Zoodirektor (bis 31.03.2014)